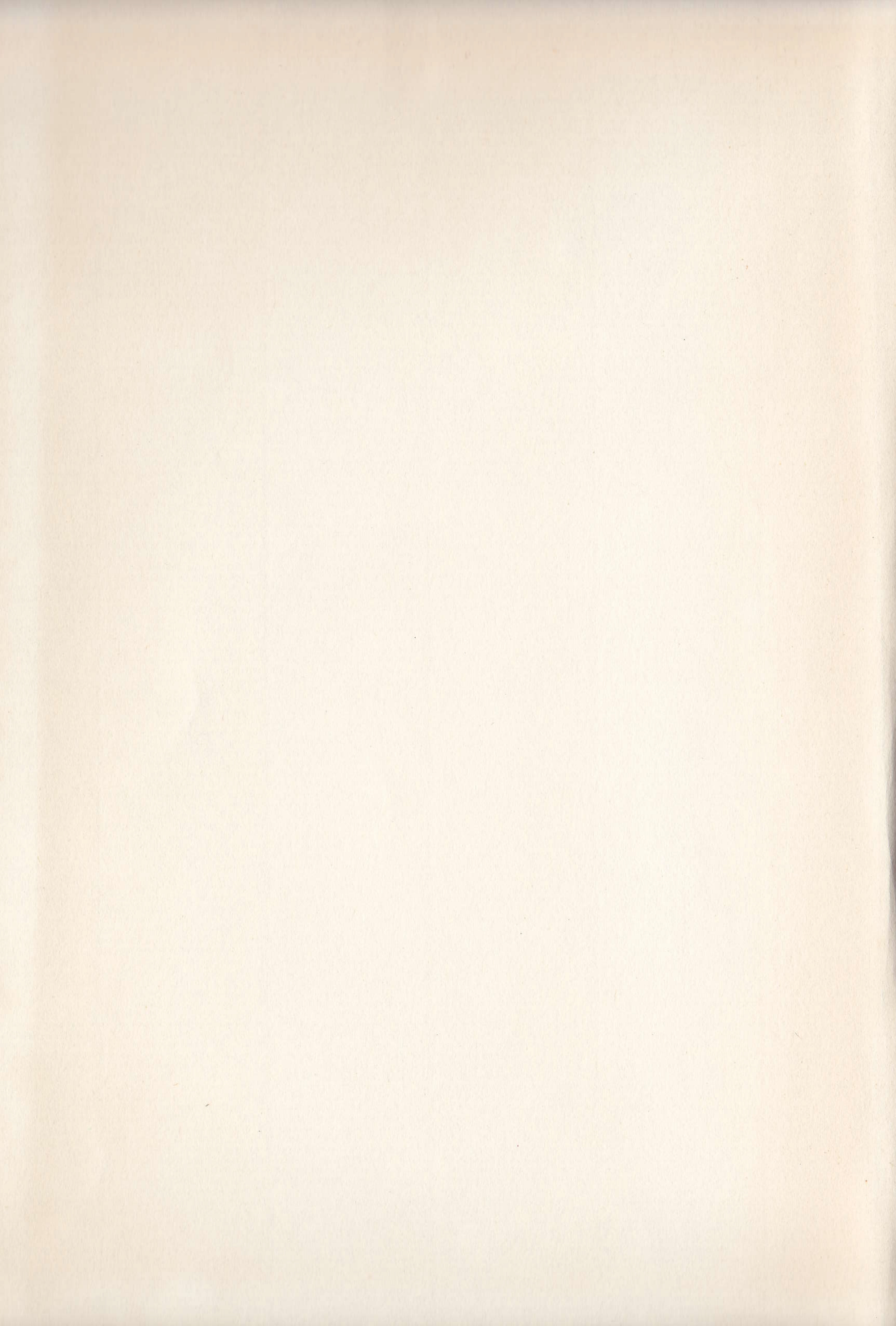
DER WEG ZUR TEILUNG DER WELT



Hans-Adolf Jacobsen · Der Weg zur Teilung der Welt

Meinen Kindern:

Margarete,

Sabine,

Christiane,

Hans,

Eva und Martin

Hans-Adolf Jacobsen

Der Weg zur Teilung der Welt

Politik und Strategie 1939-1945

wehr&wissen



ISBN 3-8033-0258-7

Umschlagentwurf: Michael Elsner-Marasson
Druck: Strüder Druck Neuwied

Vorwort: 7

I. Einführung: 9

II. Dokumente mit Kommentaren

Erster Teil: Der Kampf um die Neugestaltung Europas und des großostasiatischen Raumes 1939–1943 22

A. Der europäische Krieg 1939–1941

1. Kapitel Die militärische Niederwerfung und Aufteilung Polens (1939/1940) 22

2. Kapitel Sowjetische Außenpolitik im Zeichen von Annexionen als Mittel strategischer Sicherung und traditioneller Machterweiterung 40

3. Kapitel Das Ringen "Großdeutschlands" um die Vormachtstellung in Europa (1939–1940) 50

4. Kapitel Um die Wiedererrichtung eines "Römischen Mittelmeerreiches" : Der Parallelkrieg Italiens (1940/1941) 72

5. Kapitel Die "Neue Ordnung" in Europa unter Führung Deutschlands und Italiens (1940/1941) 79

6. Kapitel Hitlers Angriff im Osten zur Zerstückelung und wirtschaftlichen Ausbeutung Sowjetrußlands unter gleichzeitiger Vernichtung des Bolschewismus 103

7. Kapitel Das "unnatürliche" Bündnis zwischen Großbritannien, dem Frankreich de Gaulles, den USA und der Sowjetunion als Werk der nationalsozialistischen-faschistischen -japanischen Aggressionspolitik 1941 140

B. Die Ausweitung des Krieges zum Weltkrieg 1941

8. Kapitel Japans Kampf um die Errichtung einer "Großostasiatischen Wohlstandssphäre" (1941/1942) 175

9. Kapitel Die Reaktion der anglo-amerikanischen Koalition auf den japanischen Angriff (1941/1942). 195

10. Kapitel Die militärische Kriegswende auf dem europäischen-, nordafrikanischen- und atlantischen Kriegsschauplatz: 1942/1943 201

11. Kapitel Das Kriegsziel Hitlers: Die erstrebte "Neuordnung" Europas. Das "Großgermanische Reich" unter Führung des deutschen "Herrenvolkes" (1942/1943) 230

12. Kapitel Überspannte Zielsetzung Japans im Pazifikkrieg und der Übergang der Initiative auf die USA (1942/1943) . . .277

Zweiter Teil: — Die Pazifizierung der Aggressoren durch die Anti-Hitler-Koalition 286
13. Kapitel Alliierte-sowjetische Kriegs- und Operationsziele (1943) im Zeichen der "Germany-first" Strategie 286
14. Kapitel Die große Diplomatie der "Anti-Hitler-Koalition" (1943/1944) 309
15. Kapitel Der Sturm auf die "Festung Europa" (1943/1944). 353
16. Kapitel Das "Inselspringen" der Amerikaner im Pazifik (1943/1944) 385
17. Kapitel Sieg ohne Frieden: Militärischer Triumph und politisches Dilemma der Verbündeten (1944/1945) 392
18. Kapitel Die Niederwerfung Japans 1944/1945 430
19. Kapitel Europäischer Widerstand 1939–1945 437
20. Kapitel Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und in den arabischen Staaten (1942–1945) 460
21. Kapitel Die Gründung der Vereinten Nationen (1945). 479
22. Kapitel Zum Kriegsbild 1939–1945 488

III. Chronik: 513
Karten und Skizzen 625
IV. Dokumentenverzeichnis 637
V. Bibliographie zur Geschichte des 2. Weltkrieges 648
VI. Abkürzungsverzeichnis 654
VII. Sach- und Personenregister 657

VORWORT

Über dreißig Jahre sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen, das den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts so entscheidend geprägt hat. Seine unmittelbaren Folgen haben nicht nur den Untergang des Deutschen Reiches besiegelt, sondern auch Deutschland, Europa und die Welt geteilt. Ursachen, Verlauf und Ausgang dieses weltweiten Ringens sind bekanntlich immer von neuem kritisch untersucht worden. Einem einzelnen dürfte es jedoch kaum noch möglich sein, die Flut von Publikationen zu übersehen, geschweige denn auszuwerten. Es wird daher stets erforderlich sein, allgemeine Überblicke über die Jahre 1939–45 zu verfassen, die zudem allen historisch und politisch Interessierten unter bestimmten Fragestellungen sorgfältig ausgewählte Unterlagen für die eigene selbständige Beurteilung der Ereignisse in die Hand geben. Denn es zeigt sich, wie wichtig auch in unserer Gegenwart eine ernsthafte geistige Auseinandersetzung mit den mannigfachen Problemen dieses Krieges für die Generationen und ihr Selbstverständnis bleibt.

1959 veröffentlichte ich zum ersten Mal ein Nachschlage- und Quellenwerk zur Geschichte des 2. Weltkrieges (Handbuch), mit dem ich versucht habe, wesentliche Gründe für die deutsche Niederlage von 1945 zusammenzufassen. Schon nach wenigen Jahren konnte ich unter stärkerer Berücksichtigung der Kriegsziele der beteiligten Staaten und unter Einbeziehung bis dahin unbekannter Dokumente mehrere überarbeitete Ausgaben herausbringen (6 Auflagen). Allerdings ging ich dabei noch vorwiegend von einer nationalstaatlichen bzw. militärischen Betrachtungsweise aus, die mir bald überholt zu sein schien. So gab ich in der Mitte der sechziger Jahre ein Taschenbuch heraus, in dem ich mehr regionale und weltpolitische Aspekte des 2. Weltkrieges herausgearbeitet habe. Inzwischen sind beide Ausgaben vergriffen, so daß eine Neuauflage erforderlich wurde.

In dem vorliegenden Buch, eine überarbeitete Zusammenfassung und Ergänzung der oben genannten Publikationen, steht wiederum jenes Betrachtungsprinzip im Mittelpunkt, das schon durch den Titel angedeutet wird und das den Leser befähigen soll, die weltpolitischen Zusammenhänge und Konsequenzen der Jahre von 1939–1945 besser zu verstehen. Dabei bilden Kommentar, Dokumentation und Chronik eine Einheit. Aus der Reihe der hier erstmals, z. T. in vollem Wortlaut abgedruckten Dokumente sind vor allem die amerikanischen Operationspläne für die Eroberung Nordafrikas, Siziliens und für die Invasion 1944 zu erwähnen, ferner zahlreiche britische Memoranden über die Sicherung des Friedens in Europa nach Kriegsende. Leider sind ähnliche Dokumente aus den Archiven in Moskau und Paris, um nur zwei Beispiele zu nennen, noch immer nicht zugänglich.

Bonn, im Januar 1978

Hans-Adolf Jacobsen



I. EINFÜHRUNG

Obgleich bereits über dreißig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, beweisen die sich manchmal überstürzenden Ereignisse der Tagespolitik, wie stark unsere Gegenwart immer noch mit den schwerwiegenden, schicksalhaften Entscheidungen der Jahre 1939 bis 1945 verflochten ist, aber auch, wie sehr der Ausgang dieser weltweiten Auseinandersetzung das Gesicht unserer Zeit geprägt hat: Die Teilung Deutschlands, Europas und Koreas, die Verschiebung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse, die Entstehung verschiedener, z. T. antagonistischer Machtblöcke und den Prozeß einer wachsenden politischen Bedeutung der Dritten Welt. Wie verständlich, daß sich uns stets die Frage aufdrängt: Wie war das überhaupt möglich? Was damals den Zeitgenossen unentwirrbar, unverständlich oder gar unfaßbar erschien, ist nunmehr dank der internationalen Forschung in Motiven, Anlässen und im Verlauf überschaubarer geworden, mögen auch noch zahlreiche Detailfragen zu beantworten bleiben.

Heute können wir die Geschichte dieses Krieges in seinen wichtigsten Konturen und Dimensionen objektiver schreiben, als dies unmittelbar nach Kriegsende vielfach geschehen ist. Allerdings ist die Flut der Veröffentlichungen zum Zweiten Weltkrieg (Überblicke, Memoiren, Tagebücher, Monographien, Dokumentationen und Aufsätze) inzwischen unübersehbar geworden. Allein eine Spezialbibliographie zur Geschichte Südosteuropas von 1939 bis 1945 führt annähernd 2000 Titel auf. Unter diesen Umständen ist der einzelne Wissenschaftler kaum mehr imstande, alle Neuerscheinungen systematisch zu verfolgen, geschweige denn auszuwerten. Er wird sich daher auf das Wesentliche beschränken müssen, will er nicht den Überblick über das Ganze und die entscheidenden Entwicklungslinien verlieren.

Wer ein Resümee der bis zum Jahre 1977 erschienenen Publikationen der internationalen Forschung zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu ziehen versucht, wird zu dem Ergebnis kommen, daß Zusammenhänge aufgezeigt, viele Streitfragen geklärt, die mannigfachen Aspekte des Krieges in Einzelstudien behandelt und die wichtigsten strategischen Pläne wie Maßnahmen aller kriegführenden Seiten gewürdigt worden sind. Aber ebenso wird er feststellen müssen, daß noch erhebliche Lücken und Schwächen bestehen (diese sind in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich), im besonderen, was die Gesamtdarstellungen des Krieges betrifft und die sozialen Bedingungen, unter denen die Menschen in vielen Ländern zu leben gezwungen waren.

Vor allem ist es bisher kaum gelungen, den Zweiten Weltkrieg weltgeschichtlich zutreffend einzuordnen, d. h. ihn als Phänomen des Spätimperialismus, des Zeitalters der Revolutionen, nationaler Unabhängigkeitsbewegungen, Weltkriege und totalitärer Ideologien in Ausbruch, Verlauf und Folgen wertend darzustellen. Das erfordert eine klare Unterscheidung der Zäsur 1939–1945 von den Epochejahren 1914–1918 mit ihren Denkformen und Zielsetzungen sowie die Behandlung der *Einheit* und *Ordnungsprinzipien Europas, Asiens* – ja der ganzen übrigen Welt – mit den sich daraus ergebenden Problemen politischer und wirtschaftlicher Natur.

Analysiert man die bisherigen Untersuchungen der internationalen Forschung zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, so wird man vielleicht *fünf verschiedene Betrachtungsprinzipien* unterscheiden können: 1. das militärische; 2. das nationalstaatliche; 3. das regionale; 4. das weltgeschichtliche (im Ansatz) und 5. das ideologische Prinzip.

Fraglos dominiert unter diesen immer noch das *militärische Betrachtungsprinzip,* d. h. jene Darstellungs- und Wertungsweise, die den Krieg überwiegend oder fast ausschließlich als eine rein militärische Auseinandersetzung – als ein Phänomen von Feuer und Bewegung mittels eines gesteigerten Zusammenwirkens aller Waffengattungen – zwischen Gruppen, Völkern, Kontinenten und den Weltmächten begreift; einen Krieg, dessen Ziel es ist, die feindlichen Streitkräfte unter Ausschöpfung aller eigenen Mittel (einschließlich der psychologischen) zu vernichten – oft unabhängig von der Frage, welche politischen Folgen dies haben könnte. Ein solches Prinzip vermittelt wesentliche Erkenntnisse über Grundformen,

Charakter, Wandlungen, aber auch über die Ausdehnung des Krieges nach Quantität und Qualität. Das beginnt bei der Schilderung des Rüstungs- und Ausbildungsstandes, des Wehrwirtschaftspotentials oder der personell-materiellen Reserven der Kriegführenden in Umfang, mutmaßlicher Steigerung und äußerster Leistungsgrenze. Naturgemäß nehmen die Operationen (Vorbereitung, Durchführung und Abschluß) in der Darstellung einen breiten Raum ein. Dabei werden Rolle und Wirksamkeit der jeweils eingesetzten Teilstreitkräfte (Infanterie, Artillerie, Panzerwaffe, Fallschirmjäger, Luftwaffe, Unter- und Überwasserseestreitkräfte, des Nachrichten- und Transportwesens usw.) und der sich entwickelnden Technik in den mannigfachen Phasen und auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen gewürdigt. Ebenso werden Organisation, Mechanismus, Stärken, Schwächen und Friktionen des eigenen Führungsapparates (im Rahmen totalitärer, halbtotalitärer, autoritärer oder demokratischer Ordnungen) sowie die Zusammenarbeit der Verbündeten untereinander (Koalitionskriegführung) kritisch analysiert, und zugleich wird deren Bedeutung für den Ablauf der militärischen Kampfhandlung untersucht.

Sind die wichtigsten Detailfragen geklärt, werden grundsätzliche Fragen aufgeworfen und beantwortet: welche Höhepunkte und Krisen auf dem Land, in der Luft und zur See haben dem Krieg eine ganz bestimmte Wendung und in welcher Richtung gegeben: so Dünkirchen, die Luftschlacht um England, der deutsche Angriff auf Rußland, Pearl Harbor, die Schlachten von Moskau, bei Midway, bei El Alamein, bei Stalingrad und Kursk, in Tunis und Marokko, im Mai 1943 zur See und im Leyte-Golf (1944) usw. Welcher Wert ist der defensiven oder offensiven Strategie beizumessen? Was ist über den Kampf auf der inneren Linie zu sagen, über die Vorteile eines Einfronten-, die Schwierigkeiten eines Mehrfronten- und die unlösbaren Probleme eines Allfrontenkrieges? Deutschland hat bekanntlich 1943 an einer Landfront von rund 15 000 km die sogenannte 'Festung Europa' – auf die Dauer erfolglos – zu verteidigen versucht. Je nach dem geistigen Vermögen der Autoren werden die Interdependenz aller Waffen und die Unterschiede kontinentaler, maritimer oder weltweiter Strategie dargelegt. Vielfach sind die Wirkungen und Einflüsse der psychologischen Kriegführung, der Wehrwirtschaft und Technik, der industriellen und personellen Mobilisierung im totalen Kriege, des Kampfes im Dunkeln, der Partisanen und der Guerillas (einschließlich der Kommando-Unternehmen) auf die Kämpfe studiert worden, um schließlich alle Faktoren summieren zu können, die den militärischen Erfolg sichergestellt oder den Mißerfolg auf den Schlachtfeldern verursacht haben.

So notwendig ein solches Betrachtungsprinzip sein mag – um etwa über das moderne Kriegsbild Aufschlüsse zu gewinnen (unabhängig davon, daß dieses heute schon längst überholt ist) und sich über den Krieg als Phänomen der Machtpolitik sowie über den wechselvollen Verlauf der militärischen Kämpfe Klarheit zu verschaffen –, dabei darf doch niemals übersehen werden, welche bedenkliche Einseitigkeit ihm zugrunde liegt. Seine größte Schwäche besteht in der fast völligen Isolierung des militärischen Geschehens von der Gesamtpolitik. Dadurch wird der Blick für die Beurteilung des Krieges unzulässig verengt. Häufig werden dann falsche, nicht stichhaltige Schlußfolgerungen von 'verlorenen Siegen' (so z. B. von E. von Manstein) o. ä. gezogen. Das militärische Ringen wird von den ihm innewohnenden politischen Impulsen manchmal soweit abstrahiert, daß der unerläßliche Zusammenhang von Politik und Kriegführung verlorengeht. Die entscheidende Frage nach dem Sinn des Krieges kann nicht beantwortet werden.

Bei dem *nationalstaatlichen Betrachtungsprinzip* werden dagegen der Krieg und seine Erscheinungsformen primär aus dem Gesichtswinkel, zugleich auch aus den Besonderheiten der historischen Vergangenheit und Gegenwart der eigenen oder einer einzelnen Nation erklärt. Unter Auswertung der militärischen Erkenntnisse (ein Prinzip baut natürlich auf dem anderen auf) werden Entfesselung, Ablauf und Ausgang des Krieges stärker auf das gesamtstaatliche, gesellschaftliche und soziale Schicksal des eigenen Volkes bezogen. Gewinn und Überzeugungskraft einer solchen Betrachtungsweise liegen vor allem in der Tatsache begründet, daß hier das weite Spannungsfeld von politischer Zielsetzung (den Gegner zur Erfüllung des

eigenen politischen Willens zu zwingen), Gesamtplanung und militärischer Notwendigkeit verdeutlicht wird oder, wie es Clausewitz einmal formuliert hat, die so gewichtige, weil ausschlaggebende Relation von politischem Zweck, gegebenen Mitteln (auf allen Gebieten) und militärischem Ziel. Es vermittelt die Einsicht, in welch hohem Maße Wesensart, Zielsetzung, Motivation und Instrumentarium des Krieges durch die staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien der Kriegführenden geprägt werden. Erst dieses Prinzip läßt den Funktionszusammenhang von Innen- und Außenpolitik, die Bemühungen der gesamten Nation in der Heimat und an der Front in ihren spezifischen Wechselbeziehungen (etwa zwischen dem Einsatz von Rüstungsarbeitern und Soldaten) zur Verwirklichung der von der Politik gestellten Aufgaben erkennen; das Verhältnis von "gesellschaftlichen Bewegungskräften" (Schieder) und "politischer Ordnung" kann in seiner Bedeutung für die Intensität der Leistungen im Kriege veranschaulicht werden. Daß nur bei diesem Prinzip die prinzipielle, ethische Seite des Krieges, die Frage nach dem Sinn des Geschehens, zutreffend beantwortet werden kann, liegt auf der Hand.

Gewiß ist dieses Betrachtungsprinzip legitim – doch bedeutet es letzten Endes noch immer eine gewisse Verengung des geistigen Horizontes, weil das Interesse eben auf partielle Erkenntnisse, wenn nicht gar auf provinzielle Erscheinungen gelenkt wird bzw. beschränkt bleibt. Die Folge ist, daß die Gleichwertigkeit oder -gewichtigkeit der nicht auf nationalstaatlicher Ebene zu erklärenden Faktoren, die doch entscheidend den Gang der Ereignisse beeinflußt haben, nicht hinreichend erfaßt werden kann. Insbesondere erschwert es den so notwendigen Vergleich mit der Vielfalt anderer Ordnungsprinzipien, geistiger Kräfte, Vorstellungen und Rechte anderer Völker. Überdies kommt es zur Überbewertung des eigenen nationalstaatlichen Schicksals. Dabei wird vergessen, daß dieser Nationalstaat im Grunde nur Teil einer größeren Lebensgemeinschaft ist.

Im Mittelpunkt des *regionalen Betrachtungsprinzips* steht das politische, gesellschaftliche und kulturelle Schicksal einer durch Geographie, Kultur und Geschichte besonders geprägten, bestimmten Region (z. B. Europa oder Ostasien) und der hier miteinander ringenden Ordnungssysteme (entweder bilateral oder multilateral) totalitärer, autoritärer, diktatorischer oder demokratischer Natur. Bei einem solchen Bild gewinnt das über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus wirksam bleibende Verbindende ebenso Konturen wie das Trennende, das Aufbauende ebenso wie das Zerstörende; das Mannigfaltige ist in ihm zu erkennen und doch wieder das Gemeinsame der Gesittung, die engstirnigen Eigeninteressen einzelner Staaten und Machtgruppen oder der Wille bestimmter Kräfte zu übernationalen Zusammenschlüssen auf der Grundlage freier Willensentscheidung. Erst dieses Prinzip vermag den entscheidenden Grundzug des totalen und revolutionären Krieges, des Weltbürgerkrieges des 20. Jahrhunderts, mit aller Schärfe aufzuzeigen: daß es in unserem Zeitalter weniger darum geht, Provinzen, strategische Stellungen und religiöse Symbole (Konstantinopel) zu erobern oder gar bestehende Machtverhältnisse zu ändern als vielmehr bestimmte Wertordnungen zu vernichten, um andere, zum Absoluten erhobene Herrschaftssysteme zu etablieren. Folglich optieren mehr und mehr "Widerstandskämpfer" oder "Quislinge" in "kämpferischem oder duldendem Gegensatz zu ihrer nationalen Umgebung und staatlichen Ordnung" für die Freiheit oder für den Totalitarismus. Und schließlich verdeutlicht dieses Betrachtungsprinzip – etwa am Beispiel Europas –, daß die regionalen Kräfte aus eigener Macht nicht mehr imstande gewesen sind, weltpolitische Entscheidungen herbeizuführen oder etwa ihre kolonialen Positionen gegen den Ansturm feindlicher Armeen zu halten (Südostasien). Schon der Verlauf des Ersten Weltkrieges hat gezeigt, daß das Eingreifen einer außereuropäischen Großmacht erforderlich war (oder der Flügelmächte), um den Konflikt zugunsten einer Kräftegruppierung zu beenden. Auch in Asien haben 1945 die Amerikaner den Krieg entschieden. So gesehen ist die wohl bedeutendste Zäsur des Zweiten Weltkrieges das Jahr *1941*: als sich der europäische Konflikt zu einem weltumspannenden Krieg ausweitete.

Damit ist zugleich das vierte Prinzip berührt: das *weltgeschichtliche*. Dieses stellt fraglos höchste Anforderungen, und zwar ebenso an den Wissenschaftler wie an den

Leser, da hier die Geschichte Außereuropas gleichwertig und gleich bedeutsam in die Gesamtdarstellung einbezogen wird. Vielleicht zwingen Literatur- und Stofffülle dazu, eher die Geschichte bestimmter Regionen vor dem Hintergrund der Weltpolitik zu behandeln, als eine Weltgeschichte zu schreiben, in der alle Teile angemessen proportioniert sind. Aber die weltweite Verflochtenheit von Politik, Wirtschaft und Kriegführung, die Verkehrseinheit oder kurz gesagt: die globale Interdependenz ist Wirklichkeit geworden. Sie ist seit 1941 immer stärker in Erscheinung getreten und hat den Lauf unserer Menschheitsgeschichte bis heute entscheidend bestimmt. Schließlich wurde an der Elbe nicht nur Deutschland, sondern die Welt geteilt; das gleiche gilt für den 38. Breitengrad in Korea.

Kein geringerer als Winston Churchill hat über seine Eindrücke vom Dezember 1941 geschrieben, jetzt sei ihm klar geworden, daß das Schicksal Hitlers und Mussolinis besiegelt sei und Japan zwischen "zwei Mühlsteinen zerrieben" werde. "Nichts blieb zu tun als unsere überwältigenden Machtmittel einzusetzen. Keine andere Kombination auf der Welt konnte unserer vereinten Macht (Großbritanniens, Sowjetrußlands und der USA) widerstehen." Und in welchem Umfang die amerikanische Strategie im wahrsten Sinne des Wortes global gewesen ist, geht aus den zahlreichen politischen und militärischen Planungsarbeiten, Operationen und Wirtschaftslieferungen (Lend-Lease), vor allem auch aus der Verteilung und Versorgung der Streitkräfte hervor. Ende 1943 hatten die Amerikaner 8 800 Flugzeuge und 515 Kriegsschiffe aller Art in Europa und 7 800 Flugzeuge sowie 713 Kriegsschiffe in Ostasien eingesetzt. Ein Jahr später zeigte die Dislozierung der US-Armee folgendes Bild: 50 % der außerhalb des Mutterlandes eingesetzten Truppen kämpften (oder standen) auf dem europäischen Kontinent, 17 % im Mittelmeerraum, 26 % im Pazifik, der Rest (7 %) in Afrika, im Mittleren Osten, in China, Burma, Indien, Alaska und im Karibischen Meer. Zur gleichen Zeit hatte Großbritannien 50 % seiner Streitkräfte 'overseas' und 50 % in Europa verteilt. Es kämpfte im Atlantik, im Mittelmeer, vom Mittleren Osten bis Indien und Burma, um sein Reich zu schützen.

Das fünfte Betrachtsprinzip läßt sich vielleicht als das *ideologische* bezeichnen. Es wird vor allem im sowjetkommunistischen Machtbereich angewandt und zwingt das ganze Geschehen in das Prokrustesbett des Marxismus-Leninismus. Die Weltgeschichte wird hier primär nach dem Klassenschema, d. h. unter der Fragestellung des Nutzens für den Sieg des Kommunismus beurteilt. Denn die marxistische Geschichtswissenschaft ist "untrennbar" mit dem "politischen Kampf der Arbeiterklasse verbunden". Freilich ist es die Parteiführung, die je nach den gegebenen Verhältnissen der Umwelt die neue, vom Endziel determinierte Wahrheit bestimmt. So wird behauptet: Der Zweite Weltkrieg sei 1939 ausgebrochen, weil die stetig wachsenden inneren Widersprüche des modernen kapitalistischen Systems sich weiter verschärft hätten. Zwischen den faschistischen Mächten (Japan, Italien und Deutschland) – "Faschismus als die extremste und räuberischste Form des Imperialismus" – und den anderen kapitalistischen Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich) sei der Kampf um die "Vorherrschaft in der Welt" entbrannt. Die reaktionären Kräfte der Westmächte hätten die deutsche Aufrüstung unterstützt, um Hitlers Expansionsdrang – durch eine "Beschwichtigungspolitik" – nach Osten abzulenken mit dem Ziel, dadurch den lästigen Konkurrenten zu schwächen und dann selbst einen imperialistischen Frieden zu diktieren.

Einzig und allein die "friedliebende Sowjetunion" habe demgegenüber, ihren Grundsätzen getreu, in den Jahren bis zum Kriegsausbruch (bzw. bis 1941) eine Politik der "kollektiven" Sicherheit verfolgt; sie habe alles in ihrer Macht Stehende getan, um einen Krieg zu verhindern.

Nach Meinung kommunistischer Historiker wurde die Errichtung der 'Zweiten Front' absichtlich immer wieder hinausgezögert, um die Sowjetunion zu schwächen. Erst unter dem "Druck der Volksmassen" und als der Sieg der Roten Armee in greifbare Nähe gerückt sei, seien die Alliierten in Nordfrankreich (6. 6. 1944) gelandet. Und schließlich hätten die reaktionären Kräfte der USA und Großbritanniens seit 1941 hinter dem Rücken ihres Verbündeten, der UdSSR, mit Deutschland

Geheimverhandlungen geführt. Beginnend mit dem Flug von Rudolf Heß (10. Mai 1941) bis zum 20. Juli 1944 hätten alle Maßnahmen darauf abgezielt, einen "militärischen Einheitsblock gegen die Sowjetunion zustande zu bringen" und diese "zu vernichten".

Eine besondere Schwäche bei den meisten Darstellungen ist die *Periodisierung* des *Zweiten Weltkrieges.* Überwiegend gehen die Autoren infolge des einseitig militärischen Betrachtungsprinzips von einem rein militärischen Ablauf der Ereignisse aus. Sie unterteilen den Krieg in die Phase der 'siegreichen Blitzfeldzüge' (der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten) entsprechend den von Hitler nacheinander geführten Feldzügen von 1939 bis 1942, in die der Kriegswende (d. h. des militärischen Umschwungs 1942/1943 im Pazifik, Nordafrika, in Rußland und zur See) und der deutsch-japanischen Rückschläge an allen Fronten bis zum militärischen Zusammenbruch 1945 (die britischen und amerikanischen Autoren bevorzugen naturgemäß die umgekehrte zeitliche Reihenfolge).

Es hat aber auch nicht an Bemühungen gefehlt, den Krieg in ein Nebeneinander von militärischen Feldzügen und politisch-wirtschaftlichen Maßnahmen aufzugliedern. In Sonderkapiteln wurden sodann ganz bestimmte Problemkreise wie die Judenverfolgung, der Widerstand, die Wirtschaft, die Rüstung, die Kriegszielpolitik, der SS-Staat usw. erörtert. Begreiflicherweise folgt die sowjetische Geschichtsschreibung einer solchen Periodisierung nicht. Entsprechend der Sowjetideologie unterscheiden die Historiker des Kreml "gerechte" und "ungerechte" Phasen des Krieges, je nachdem, ob dabei die "sozialistischen Errungenschaften" auf dem Spiel stehen oder nicht. Demnach haben z. B. England und Frankreich 1939 noch keineswegs einen "gerechten" Krieg geführt, sondern einen "imperialistischen Eroberungskrieg". Erst mit dem wachsenden Widerstand der "Volksmassen gegen die deutschen Okkupanten" hat sich der Übergang zum "gerechten Krieg" angebahnt. (Sogenannte Übergangsperioden vom Juli 1940 bis zum Juni 1941). Mit dem Eintritt der Sowjetunion in den Konflikt (1941) hat sich der Krieg endgültig zu einem "wahrhaft gerechten Befreiungskampf" entwickelt. Auch für die "kapitalistischen Teilnehmer der Antihitlerkoalition" hat der Krieg zu diesem Zeitpunkt einen "gerechten" und "fortschrittlichen" Charakter angenommen, da es um die gemeinsame Rettung des ersten sozialistischen Staates in der Welt ging.

Wer Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges begreifen und diesen unbarmherzigen Prozeß der Weltgeschichte richtig schildern und erklären will, der muß die kämpfenden Heere und Partisanen, die eingesetzten Flugzeuge und Kriegsschiffe, die verschiedenen Waffen, die fortschreitende Technik, die Mobilisierung der gesamten Wirtschaft und die entfesselten Leidenschaften, kurz das umfassende *Wehrpotential der Kriegführenden als Mittel der Politik zur Verwirklichung ganz spezifischer machtpolitischer Ziele werten* und gleichzeitig den totalen Krieg bei aller Vielfalt seiner Elemente als einheitliches Ganzes erfassen. Es ist verfehlt, die Entwicklung der Jahre von 1939 bis 1945 lediglich in siegreiche und verlorene Schlachten oder Feldzüge einzuteilen, einseitig das wechselvolle Auf und Ab der Kampfhandlungen auf beiden Seiten zu verfolgen oder gar isoliert behandelte Teilprobleme (vgl. die zahlreichen mehr oder minder 'keimfreien' militärischen Memoiren, operativen Studien und Divisionsgeschichten) zum Maßstab unserer Beurteilung zu machen. Vielmehr müssen wir als erstes den *Kriegszielen der Großmächte* – ja auch denjenigen der überstaatlich zusammenarbeitenden Gruppen (der Europäischen Widerstandsbewegungen und der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Asien) – und damit der unabdingbaren Wechselwirkung von Politik und Kriegführung in ihren mannigfachen Dimensionen und Unwägbarkeiten nachspüren. Sodann wird es darauf ankommen, die militärischen Anstrengungen (aller Waffengattungen), die Maßnahmen auf dem Gebiet der Technik, der Wirtschaft und der Rüstung sowie die psychologischen Gegebenheiten usw. zutreffend in den historischen Gesamtablauf einzuordnen, um schließlich die ihnen im Rahmen des Ganzen zukommende Bedeutung herauszuarbeiten. Und endlich gehört dazu die keineswegs leichte Aufgabe, das Völkerringen unter regional-weltgeschichtlichen Perspektiven und Ordnungsprinzipien zu erfassen, so daß eine wirkliche Geschichte

des Zweiten Weltkrieges entsteht, nicht aber eines von vielen Werken, die den weltweiten Konflikt aus dem engen Blickwinkel nationalstaatlicher Entwicklungstendenzen und Sonderinteressen behandeln. Dabei sollte der Historiker nicht nur der Wahrheit gerecht zu werden suchen, sondern auch der "Forderung nach Gerechtigkeit". Er sollte nicht nur feststellen, "wie es eigentlich gewesen, sondern eben damit den Menschen ihre Ehre geben, ihre Verstricktheit in Schuld und Schicksal zeigen, das Böse und Dunkle beim Namen nennen, das Bessere nicht verschweigen" (Wittram).

Der Kampf um die Neugestaltung Europas und des Großostasiatischen Raumes 1939–1943

Die Darstellung einer Geschichte des *Zweiten Weltkrieges* sollte sich in *zwei Hauptteile* aufgliedern: Unter der Überschrift: *Der Kampf um die Neugestaltung Europas und des Großostasiatischen Raumes (1939–1943)* wären im Mittelpunkt des Teils I die politischen Pläne, Ziele, Maßnahmen und Methoden jener Großmächte zu verfolgen, die Asien und Europa – beginnend mit den dreißiger Jahren – in einem "atemraubenden Anlauf zur imperialen Eroberung" (Schieder) herauszufordern begannen: Japan, Italien und Deutschland, die zu spät gekommenen Nationen oder auch die sogenannten "Habenichtse". Deren Aktionen blieben allerdings nachweislich voneinander getrennt, ja zum Teil ohne gegenseitige Fühlungnahme. Es ist also unzutreffend, von einer gemeinsamen, zielbewußten Verschwörung dieser drei Partner gegen den Frieden zu sprechen. Sie waren Verbündete, deren Herrschaftssysteme sich in ihren Strukturelementen bei allen nachweisbaren Parallelen doch auch grundlegend unterschieden. Zudem standen hinter der von ihnen verfolgten expansionistischen Politik jeweils verschiedene Kreise: In Europa waren es vor allem die rast- und ruhelosen Diktatoren mit ihren spezifischen Führungseliten, die gegen den Willen vieler Generale zum Krieg trieben. In Japan hatten sich die militante Heeresgeneralität gegenüber Marine und Außenministerium durchgesetzt.

Was die *Kriegsschuldfrage von 1939 (1941)* betrifft, so ist im Lichte der Forschung festzuhalten: Gewiß ist der Zweite Weltkrieg nicht ganz ausschließlich durch den Ehrgeiz und Machthunger eines einzelnen entstanden. Ganz frei von jeder Mitverantwortung für diese erneute Katastophe war kaum eine Macht. Der faschistischen und nationalsozialistischen Politik ist – indirekt und unfreiwillig – auch von ihren Gegnern Vorschub geleistet worden, wobei die wesentlich passive 'Mitschuld' mit der Kriegspolitik des Dritten Reichs natürlich nicht zu vergleichen ist. Dahin gehört die 'Beschwichtigungspolitik' der Engländer und Franzosen mit dem Ziel, den Frieden um jeden Preis zu erhalten; die Fahrlässigkeit Italiens beim Abschluß des 'Stahlpaktes' mit Deutschland; der Egoismus der südosteuropäischen Länder; die Überheblichkeit der polnischen Staatsmänner, die u. a. in der Überschätzung ihrer eigenen Kräfte zum Ausdruck kam; vor allem aber das Verhalten der Sowjetunion im Sommer 1939. Auch die Vereinigten Staaten mögen ihren Teil zum Kriegsausbruch im Pazifik beigetragen haben (z. B. durch ihren 'harten Wirtschaftskurs'), ohne daß deswegen Japan von der Verantwortung für den 7. Dezember 1941 freigesprochen werden könnte.

Mag sich das geschichtliche Urteil über Theorie und Praxis des Nationalsozialismus – als eines vereinzelten Rückfalls in die Barbarei und in die Mißachtung der die Völker verpflichtenden Normen für ein geregeltes Zusammenleben – wandeln angesichts der Erfahrungen des 'Kalten Krieges', der Kampfmethoden auf dem afrikanisch-asiatischen Erdteil und der Wirkungen moderner Massenvernichtungswaffen – nichts wird sich darum an der Erkenntnis ändern, daß Hitler und sein Regime durch ihre hemmungslose Gewaltpolitik den größten Teil der Verantwortung für das Jahr 1939 und seine Folgen vor der Geschichte tragen.

Zweifellos strebten *Japan, Italien und Deutschland,* von "historischem Sendungsbewußtsein" durchdrungen, eine regional begrenzte Neuverteilung des Rohstoff- und Siedlungsraumes in der Welt an, um in diesem ihre autoritären und

totalitären Ordnungssysteme gewaltsam durchzusetzen. Sie wollten den status quo zu ihren Gunsten ändern. Ihre Ziele waren letztlich Ausdrucksform spätimperialistischer Machtpolitik. Schieder hat in seiner Untersuchung über 'Imperialismus in alter und neuer Sicht' darauf hingewiesen, daß die japanische Politik mit der faschistischen und nationalsozialistischen vor allem eines verband: die Expansion war nicht mehr wie in der Zeit des klassischen Imperialismus "Ausdehnung aus Überfluß – Überfluß an Kapital, Menschen und Waren –", sondern "Ausdehnung aus einer Art Kurzschlußreaktion auf politische Depression, wirtschaftliche Krise und Verarmung". Hier wäre freilich zu ergänzen, daß die nationalsozialistische Ausprägung des Spätimperialismus – sehen wir einmal von der veränderten Stoßrichtung ab, die 1939 bis 1943 im Gegensatz zur "überseeisch-weltpolitischen" des Kaiserreiches "kontinental" ausgerichtet war – auch Elemente zielstrebiger Planung und revolutionärer Programmatik enthielt, wie sie für die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts symptomatisch sind.

Auf welchen Wegen, mit welchen Mitteln und an welchen Fronten diese Großmächte bestrebt waren, ihre weitgesteckten Ziele zu realisieren, welche Bündniskonstellationen sie dadurch verursachten, auf welchen Widerstand sie stießen und in welcher Weise sie die besiegten Völker beherrschten: die Behandlung dieser Themen sollte wie ein roter Faden die einzelnen Kapitel durchziehen. Dabei wären territoriale Ausdehnung, Wesen und Methoden der Herrschaftssysteme in Europa und Ostasien, das heißt die verschiedenen Ordnungsprinzipien, in umfassender Weise zu veranschaulichen, und weiter wäre zu begründen, warum Hitler und sein Regime, ebenso Italien und Japan, diesen Krieg niemals gewinnen konnten. Eingehend wäre darzulegen, wie das Antlitz des Nationalsozialismus schon vor 1939 in Deutschland und dann auch in den besetzten Gebieten die moralische Empörung jener wachrief, die sich nicht von den äußeren Erfolgen und hohlen Parolen ihrer Zeit blenden ließen, sondern zur Überwindung des Systems und zur geistig-sittlichen Erneuerung Deutschlands bzw. Europas drängten. Dagegen könnte die Behandlung der Abwehr durch die herausgeforderten Mächte in diesem ersten Hauptteil etwas zurücktreten. Zunächst kämpften Großbritannien und die Sowjetunion ja primär um die Erhaltung ihrer staatlichen wie gesellschaftlichen Existenz oder mit anderen Worten: um zu überleben. Dabei müßten die temporären bzw. langfristigen politischen Intentionen durch entsprechende Kapitelüberschriften – soweit möglich – hervorgehoben werden. Das setzt voraus, daß endlich auf alte, beliebte Klischees – 'Von Feldzug zu Feldzug' – verzichtet wird. Es ist nicht einzusehen, warum man nicht statt vom 'Polenfeldzug' von der militärischen Niederwerfung und neuen Teilung Polens ausgehen soll, statt vom 'Norwegen- und Westfeldzug' von dem Ringen 'Großdeutschlands' um die Vormachtstellung in Europa. Auch hat Hitler den Feldzug im Osten nicht in erster Linie mit dem Ziel geführt, die Rote Armee zu vernichten (das war lediglich Mittel zum Zweck), vielmehr in der Absicht, die Sowjetunion aufzuteilen, wirtschaftlich auszubeuten und für den 'großgermanischen' Siedlungsraum nutzbar zu machen (unter gleichzeitiger Vernichtung des Bolschewismus); freilich mit der schwerwiegenden Konsequenz, daß er damit den 1919 geschaffenen 'Cordon Sanitaire' zwischen Mitteleuropa und dem bolschewistischen Rußland zerschlug und zum eigentlichen Schrittmacher des Sowjetkommunismus in Europa wurde. Mussolini aber kämpfte in Nordafrika und in Griechenland (Balkan) um die Wiedererrichtung eines 'Römischen Mittelmeerreiches' und Japan für den Aufbau einer 'Großostasiatischen Wohlstandssphäre'.

Analyse der Kriegführung I: 1939–1943/44

Im achten Buch seines Werkes 'Vom Kriege' hat Clausewitz davor gewarnt, daß "man keinen Krieg anfange" oder "vernünftigerweise keinen anfangen sollte, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will; das erste ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang, Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er

äußert seinen Einfluß bis in die kleinsten Glieder der Handlung hinab". Um aber "das Maß der Mittel kennenzulernen, welches man für den Krieg" aufzubringen habe, müßten wir "den politischen Zweck desselben unsererseits und von seiten des Feindes bedenken; wir müssen die Kräfte und Verhältnisse des feindlichen Staates und des unsrigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und das alles wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betracht ziehen". Diese kriegstheoretischen Erkenntnisse des 19. Jahrhunderts hat bezeichnenderweise im 20. Jahrhundert gerade die deutsche Führung weithin außer acht gelassen, ja im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges völlig negiert. Der wahnwitzige Versuch, den politischen und sozialen Pluralismus zu zerstören und durch eine totalitäre Herrschaftsordnung zu ersetzen, die sich auf einen spezifischen Geschichtsmythos berief, scheiterte nicht nur an dem Willen der unterworfenen oder bedrohten Völker, sondern vor allem an dem dadurch zwangsläufig heraufbeschworenen Widerstand der großen See- und Weltmächte. Vor allem haben Hitler und die deutsche Wehrmachtführung neben der Fehlbeurteilung Großbritanniens die militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der UdSSR weit unterschätzt und den Machtfaktor USA viel zu wenig in Rechnung gestellt.

Gewiß waren die *Ziele Mussolinis* gemessen an denjenigen Hitlers maßvoller, wenn auch nicht weniger ehrgeizig. Der Duce, der Doktrinär der Tat, der es als die eigentliche "europäische Aufgabe" der Verbündeten betrachtete, Europa gegen Asien (d. h. den Kommunismus) offensiv zu verteidigen, kämpfte vor allem um Ruhm und Ansehen für das italienische Volk, was er – wie bei den meisten Diktatoren – bald mehr und mehr mit seiner persönlichen Macht identifizierte. Sein Verhängnis war, daß er – geblendet von den Anfangserfolgen der deutschen Wehrmacht – in Parallelkriegen gleichen "Siegen" nachjagte wie sein nördlicher Nachbar. Die Einsicht, daß die Kräfte des faschistischen Italiens nicht ausreichten, diese überspannte Politik auch gegen den Willen seines Generalstabes und Teile seines eigenen Volkes durchzusetzen, kam zu spät. Ganz im Schlepptau der nationalsozialistischen Kriegführung und fast unlösbar mit dieser verbunden, kam er im Laufe der Jahre 1941–1943 zu der wachsenden Erkenntnis, daß Italien nicht einmal im Falle eines deutschen Sieges in Europa als gleichberechtigter Partner behandelt, vielmehr zu einer "verbündeten Provinz" herabsinken würde.

Recht divergierende Ziele verfolgten indessen auch die Verbündeten der Achsenmächte. Mit dem demokratischen Finnland, der klerikal-autoritär geleiteten Slowakei, dem halbfeudal strukturierten Ungarn Horthys und dem durch die ideologiefreie Militärdiktatur Antonescus geführten Rumänien gab es "keine irgendwie gemeinsame ideologische Basis als Voraussetzung des Bündnisses". Reale Grundlagen hatte das "Zusammengehen Finnlands und Rumäniens mit Deutschland in gewissem Grade, solange ... die Erfüllung ihrer begrenzten nationalen Ziele überwiegend territorialer Art möglich schien. Völkerpsychologisch konnte allenfalls der verbreitete Russenhaß in der Masse des rumänischen Volkes und die antisowjetische Einstellung des ganzen finnischen Volkes von deutscher Seite in Rechnung gestellt werden. Die überspannten militärischen Ziele, die Hitler auch den anderen Verbündeten wies, mußten früher oder später in eine kritische Einstellung oder gar feindliche antideutsche Reaktion umschlagen" (Hillgruber).

Im übrigen haben mannigfache militärische, wirtschaftliche und technische Gründe das Schicksal der Herausforderer 1943 bis 1945 endgültig besiegelt. Ohne Übertreibung darf man daher folgern, daß der Krieg für die Angreifer politisch verloren war, bevor der erste Schuß fiel und sich daher alle Spekulationen über die sogenannten "verpaßten Chancen" erübrigen.

Die 'Pazifizierung' der Aggressoren durch die Anti-Hitler-Koalition.
Um den Aufbau und die Sicherung einer neuen Weltfriedensordnung (1943–1945)

Im Mittelpunkt dieses zweiten Hauptteils müßten analog der Anwendung des Clausewitzschen Prinzips auf die Kriegführung der 'Achse' und Japans im ersten Hauptteil, Politik und Strategie der sogenannten 'Anti-Hitler-Koalition' stehen, das heißt Großbritanniens, der UdSSR, der USA und ihrer Verbündeten (einschließlich der europäischen Widerstandsbewegungen sowie der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Asien), die 1943/44 die militärische Initiative auf allen Kriegsschauplätzen an sich gerissen hatten und nunmehr das Gesetz des Handelns zu diktieren begannen. Demgegenüber könnten die hartnäckigen, verzweifelten Abwehrkämpfe Deutschlands (bis zum Herbst 1943 auch Italiens) an den verschiedenen Fronten der 'Festung Europa' sowie die Rückzüge Japans im Pazifik von 1943–1945 in der Darstellung etwas zurücktreten. Doch müßten hier ihre militärischen Siege 1939–1943 über die alten Kolonialmächte (Niederlande, Frankreich und Großbritannien) in ihren psychologischen Auswirkungen auf die nationalistischen Bewegungen in Asien und Afrika 1943–1945 behandelt werden.

Die Verbündeten, die durch die Überfälle Hitlers und Japans über die sie trennenden Gegensätze hinweg zusammengeführt wurden, hatten ein unverrückbares Primärziel mehr destruktiver Natur: Deutschland, Italien und Japan, aber 'Germany first', militärisch schnell und vollständig bis zur bedingungslosen Kapitulation niederzuwerfen und hierzu die Allianz, so heterogen ihre Kräfte in allen Ländern und innerhalb der Widerstandsgruppen auch sein mochten, möglichst wirksam zu halten. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Zweite Weltkrieg eben nur als ein Zusammenwirken gleichzeitiger und oft miteinander verwobener Auseinandersetzungen zu Lande, zur See und in der Luft bei globaler Interdependenz der großen Kriegsschauplätze zutreffend bewertet werden kann.

Darüber hinaus wollten die Alliierten freilich nicht nur die besiegten Staaten – vor allem Deutschland – politisch in der Weise umgestalten bzw. festlegen, daß sie die Völker nie wieder mit der 'Geißel des Krieges' überziehen konnten und den status quo von 1937 wiederherstellen (in Europa wie in Asien), sondern auch ein neues kollektives Sicherheitssystem ins Leben rufen, das, ausgehend von den Prinzipien der Atlantik-Charta, den internationalen Frieden und die Stabilität in der Welt gewährleisten würde. Damit war das mehr konstruktive Kriegsziel formuliert.

Freilich haben nicht alle Kriegführenden der alliierten-sowjetischen Koalition in erster Linie dafür gekämpft, und wenn sie dies taten, hatten sie jeweils verschiedene Beweggründe. Zudem bestanden zwischen den beiden Hauptverbündeten, Großbritannien und USA, in manchen Fragen divergierende Auffassungen. Ähnlich wie in Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Griechenland und in der Tschechoslowakei war es z. B. das erklärte Ziel in Frankreich, die demokratische Republik wiederherzustellen. In Indien, Süd- und Ostasien strebten die Staaten als erstes die nationale Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten an und damit die Veränderung des status quo zu ihren Gunsten. In China ging es vor allem um die Entscheidung über die innerstaatliche Ordnung zwischen Kuomintang und Kommunisten. In Nord- und Westafrika wirkte die Atlantik-Charta als neuer zündender Funke: z. B. berief sich die intellektuelle Führungsschicht der marokkanischen Nationalistenpartei (Istiqlal) in ihrer Petition vom Dezember 1943 auf sie. Im gleichen Jahr hatte Azikiwe (Nigeria) sein historisches Memorandum 'Atlantik-Charta und Britisch-Westafrika' veröffentlicht, in dem er die Anwendung des Punktes 3 der Charta auf Westafrika forderte. Wie in Asien so sahen auch in Afrika die nationalistischen Bewegungen in den Vereinten Nationen und ihrer Charta einen der besten Befürworter und zugleich Garanten ihrer staatlichen Unabhängigkeit.

Mochte der Antikolonialismus und die Befreiung der Kolonialvölker von fremder Herrschaft zu den wichtigen Postulaten amerikanischer Außenpolitik

zählen, Großbritannien sträubte sich nachhaltig gegen eine Liquidierung seines Empire, bis es sich schließlich unter der Labour-Regierung nach Kriegsende doch den Realitäten beugen mußte. Und die Sowjetunion hat der Schaffung eines neuen kollektiven Sicherheitssystems vor allem deshalb zugestimmt, weil sie dieses als einen weiteren Schutz vor neuen Aggressionen betrachtete, wohl weniger als ein Instrument zur Wahrung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte, des wiederhergestellten status quo und weltweiter friedlicher Zusammenarbeit, denn seit 1944 hatte sie unter dem Schutz ihrer Bajonette eine revolutionäre Sicherheits- und Annexionspolitik betrieben.

Höhepunkt und Ausblick in diesem Teil könnte endlich die Erklärung dafür bilden, daß die Antwort auf die nationalsozialistische-faschistische und die japanische Herausforderung durch die 'unnatürliche' Koalition zwar mit einem militärischen Sieg endete, aber zugleich ein neues politisches Dilemma heraufbeschwor: den Ost-West-Konflikt mit all seinen Konsequenzen. Denn über der Diskussion um die künftigen Mittel und Wege zur politischen Neugestaltung Europas wie zur Befriedung der Welt und infolge der einseitig eingeleiteten Maßnahmen in Osteuropa brach das Bündnis auseinander. Zu tief waren die ideologischen Gegensätze, die bis dahin von der einen Seite verschleiert, von der anderen entweder unterschätzt oder zurückgestellt worden waren. Als die Rote Armee in den von ihr 'befreiten' Gebieten ein 'fait accompli' geschaffen hatte – das mehr wog als alle bis 1945 vertagten Beschlüsse –, wurde deutlich, daß man gegen einen gemeinsamen Gegner gekämpft hatte, ohne doch für dieselbe Sache zu kämpfen.

In Asien aber war der abschließende Prozeß der Entkolonialisierung nicht mehr aufzuhalten, nachdem die überwiegend kommunistisch gelenkten Untergrundarmeen Japan mitbesiegt und zusammen mit den nationalistischen Führern 1945 die politische Macht an sich gerissen hatten.

Die mannigfachen Entscheidungen und Maßnahmen in dieser Zeit dürfen freilich nicht aus der Sicht des 'Kalten Krieges' beurteilt werden, sondern aus dem jeweiligen historischen Augenblick, den stets die Summe aller bis dahin gemachten Erfahrungen beeinflußt. Mit Recht hat George Kennan einmal auf die Atmosphäre jener Tage, Wochen und Monate hingewiesen, in der 'die Ängste, Stimmungen, Träume und Hoffnungen, die Illusionen, die Aufwallungen der Erbitterung, die Anspannung erschöpfender Kriegsarbeit, die Komplexe und die Psychose eines militärischen Denkens' die "Akteure des Dramas" getrieben haben. Nur wer diese Gesichtspunkte gleichsam als eine der Voraussetzungen für das historische Verstehen beherzigt, wird imstande sein, den Ereignissen und Gestalten der damaligen Epoche gerecht zu werden und in einem Ausblick jene historische Entwicklung zutreffend zu analysieren, die unsere Welt nach 1945 in einen einheitlichen politisch-wirtschaftlichen Schauplatz verwandelt und vor Aufgaben gestellt hat, die zu lösen wohl noch keiner Generation aufgetragen worden ist.

Analyse der Kriegführung II: 1942–1945

Im Gegensatz zur Analyse der Politik und Kriegführung der 'Achse' (einschließlich Japans) wird eine solche der alliierten-sowjetischen ergeben, daß auf dieser Seite in den Jahren 1942–1945 alle Voraussetzungen gegeben waren bzw. geschaffen wurden, den Krieg militärisch zu gewinnen. Daß dies der sogenannten 'Anti-Hitler-Koalition' allerdings nicht "gesetzmäßig" zugefallen ist, weil hier das "Neue gegen das Alte" kämpfte, wie es kommunistische Historiker wahrhaben wollen, dürfte ohne besondere Schwierigkeiten nachzuweisen sein. Erst das Zusammenwirken zahlreicher Faktoren hat ihr den militärischen Triumpf unter schweren Opfern gesichert. Entscheidend fiel ins Gewicht, daß diese Koalition bald über 75 Prozent aller personellen und materiellen Reserven der Welt verfügte, daß sie von einer weitaus günstigeren strategischen Position aus operieren konnte und daß ihr zudem die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa und in gewisser Weise auch diejenige Japans in Asien geradezu in die Hände arbeiteten, obwohl in Asien vor

allem auch die nationalistischen Bewegungen davon profitierten. Im übrigen ist es müßig, die Frage zu beantworten, wer von den Verbündeten den größten Anteil am militärischen Sieg über die Feindmächte gehabt hat. Daß die sowjetischen Wissenschaftler den Sieg ihres Landes, ihres Systems und ihrer Streitkräfte übertreiben, – das gilt neuerdings auch für die allzu gelehrigen Schüler in der DDR – schreibt ihnen die Partei vor. Fest steht, daß die große Allianz nur mit vereinten Kräften die Angreifer niederwerfen konnte. Keiner hätte ohne den anderen erreicht, was sie 1945 gemeinsam vollendeten.

Doch haben auch die westlichen Alliierten – sehr zum Nachteil der Nachkriegsentwicklung – gegen einen gewichtigen Grundsatz von Clausewitz verstoßen: als sie nämlich in der Endphase des Krieges bei der Ausarbeitung und Durchführung ihrer Operationspläne (in Frankreich und im Pazifik) keinerlei Rücksichten auf die "Formen des politischen Zustandes" nahmen, wie "sie voraussichtlich nach dem Ende der Feindseligkeiten bzw. in dem danach eintretenden Nichtkriegszustand herrschen" würden. Betrachtet man den "Krieg als Teil eines politischen Problemkomplexes auf lange Sicht", dann "hätte man sich fragen müssen", so kritisiert u. a. Kennan, „bis zu welchem Grade (z. B.) Japan zum Vorteil Rußlands auf die Dauer geschwächt werden durfte". Bei derartigen Überlegungen wäre dann auch "die Antwort auf die Frage, ob eine Beteiligung der Sowjetunion am Kriege gegen Japan erwünscht gewesen sei, etwas anders ausgefallen", als es de facto geschah.

Aufs Ganze gesehen, hat wahrscheinlich nur die *Sowjetunion* konsequent und zielstrebig operiert. Sie ist mit einem klaren, festumrissenen politischen Programm in die letzte Phase des Krieges eingetreten – wie wir heute wissen; aus dem Verteidigungskrieg des "ersten sozialistischen Staates" entwickelte sie eine Annexionspolitik im Dienste ihrer Ideologie. Ihre politische Kriegführung – die von Clausewitz und Lenin lernte – verhalf dem Weltkommunismus zu einem entscheidenden Erfolg: er konnte nicht nur seine Macht im Innern konsolidieren, sondern auch die Grenzen seines Herrschaftsbereiches bis gegen die Mitte Deutschlands, an die Elbe, vorschieben und fast den gesamten Balkan unter seine Kontrolle bringen, als er dort unter der Losung der "Befreiung" und mit Hilfe seiner Bajonette kommunistische Regierungen einzusetzen begann. Und auch in China gelang ihm, was Stalin in den zwanziger Jahren vergeblich angestrebt hatte: das Land dank der tatkräftigen Initiative Mao Tse-tungs in einem systematischen und zielstrebigen Bürgerkrieg kommunistisch umzugestalten.

Auf der anderen Seite wird man das Illusionäre in der Politik des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* mit seinen weitreichenden Folgen nicht übersehen dürfen. Roosevelt hat es versäumt, im Lichte des Marxismus-Leninismus zu prüfen, ob die von den drei großen Koalitionspartnern so häufig verwendeten essentiellen Begriffe und die von ihnen verkündeten politischen Ziele wie Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus inhaltlich in Ost und West das gleiche bedeuten. Er hat bis zuletzt geglaubt, mit Stalin fair handeln und auskommen zu können. Dabei beurteilte er die sowjetischen Ambitionen falsch. Freilich sollte der Historiker bei einem solchen Urteil nicht vergessen, daß für den Staatsmann das "bloße Wissen selten nützlich" und die "reine Vernunft" keineswegs immer der "große Beweger des Menschengeschlechts" gewesen ist. Ebenso sollte er bedenken, daß in der Politik, in dem "Reich des Zwielichts", nicht beständig die "Gewißheit des Erkennens", sondern viel häufiger die "Ungewißheit des Kampfes" (Freund) regiert. Vor allem aber ist doch zu fragen, ob angesichts der einmal etablierten globalen Strategie, des hartnäckigen deutschen Widerstandes an allen Fronten und der entfachten Leidenschaften überhaupt eine wesentlich andere Endphase des Krieges denkbar gewesen wäre, in der nicht zugleich das "unnatürliche" Bündnis zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und der Sieg über Hitler in Gefahr geraten wären? Standen die westlichen Staatsmänner nicht vor einem fast unlösbaren Dilemma: den aggressiven Nationalsozialismus und seine Satelliten zu schlagen, ohne die Vorherrschaft der Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa zu begünstigen? Die Frage, ob sich durch eine frühzeitigere Landung der Alliierten 1942 oder 1943 in Frankreich bzw. auf dem Balkan die Lage wirklich zugunsten der Demokratien

entwickelt hätte, gehört in das Reich der Spekulation. Die Alliierten haben das Unternehmen 'Overlord' vor dem 6. Juni 1944 nicht riskiert, und viele Gründe dafür (nicht zuletzt die Sicherung des Transportes über See) muß man als berechtigt ansehen.

Überblicken wir Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges, so erkennen wir die ungeheure Umwälzung, die sich durch ihn vollzogen hat oder durch ihn ausgelöst wurde.

Deutschland erlitt, begleitet von einer zweiten Völkerwanderung, die schwerste politisch-militärische Niederlage in seiner Geschichte; Italien und Japan, obwohl ebenfalls besiegt, blieb wenigstens die staatliche Einheit erhalten. Deutschland und Japan schieden als Weltmächte aus und wurden zu Mächten zweiter Ordnung. Als der Nationalsozialismus, der Faschismus und die Kräfte Nippons gleichzeitig die großen Demokratien und den Sowjetkommunismus in die Schranken forderten, hatten sie damit nicht nur ihr eigenes Schicksal besiegelt, sondern zugleich auch die letzten Dämme gegen den Bolschewismus in Europa und Asien niedergerissen. Denn die Demokratien waren in diesem weltweiten, erbarmungslosen Krieg gezwungen – wollten sie selbst überleben –, den Kommunismus an allen Fronten und in ihren Untergrundarmeen zu unterstützen. Dieses Zweckbündnis, von dem sich viele in den Jahren 1941–1944 eine dauerhafte Allianz versprachen, hielt allen Belastungen stand, bis die gemeinsamen Gegner niedergerungen waren. Es zerbrach in dem Augenblick, in dem der militärische Sieg errungen war und das Trennende zwischen den Bündnisparteien sichtbar wurde: Großbritannien und die USA hatten für das universalistische Prinzip der Demokratie gefochten, ein Prinzip, das jedem Staat ermöglichen sollte, die "Regierungsform zu wählen", unter der seine Angehörigen leben wollten. Die Sowjetunion aber, begünstigt durch ihren endgültigen Aufstieg zur zweiten führenden Weltmacht, den sie ihren eigenen, aber auch den alliierten Anstrengungen von 1941–1945 zu verdanken hatte, nützte die historischen Stunden 1944/45, um ihr Ordnungssystem des Marxismus-Leninismus mittels revolutionärer Kriegführung weiter auszubreiten. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verschärft, daß sich seit dem Treffen an der Elbe (1945) amerikanisch-britisch-französische und sowjetische Truppen in Mitteldeutschland unmittelbar gegenüberstanden.

Der Zweite Weltkrieg hat das Kräfteverhältnis im europäischen und Weltstaatensystem grundlegend verschoben und seine Schwerpunkte – unabhängig von der Gründung der Vereinten Nationen – nach Washington und Moskau verlagert. An Stelle des europäischen Gleichgewichts, das bereits durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges erschüttert worden war, trat, ebenso als Folge der waffentechnischen Revolution, das bipolare Gleichgewicht der Supermächte, das sich erst in den sechziger Jahren wieder zu einem multilateralen System von Mächtegruppen und Staaten aufzulockern begann.

Ausgelöst hat der Zweite Weltkrieg jenen spannungsreichen Prozeß, der nach 1945 als Ost-West-Konflikt und Entkolonialisierung in Asien und Afrika in die Geschichte eingegangen ist. Die Teilung der Welt (Europas und Deutschlands), die Auseinandersetzung um den status quo und die Bolschewisierung Osteuropas waren seine ersten Stationen, die von einer wachsenden wechselseitigen Durchdringung von Außenpolitik und Gesellschaftspolitik begleitet waren. In Asien folgten der Sieg des Kommunismus unter Mao Tse-tung und die Aufwertung der kommunistischen Parteien in fast allen Ländern, in denen kommunistische Widerstandsorganisationen zusammen mit den Alliierten gegen Japan gekämpft und gesiegt hatten.

Unter Berufung auf die Atlantik-Charta und die Charta der Vereinten Nationen drängten die nationalistischen Parteien zur Unabhängigkeit. Ihre Bewegungen erreichten in Asien Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre und in Afrika in den 60er Jahren ihren Höhepunkt. Eingeleitet hat der Krieg aber auch das weltweite Engagement der Vereinigten Staaten. Die USA konnten sich nicht mehr wie 1919 ihrer weltpolitischen Verantwortung entziehen, wollten sie nicht ihre eigene Sicherheit und die Stabilität in der Welt gefährden.

Alles zusammen verdeutlicht, daß dieser Krieg nicht allein mit der Kategorie der

Hegemonialkriege verglichen werden kann, die den Gang der letzten Jahrhunderte bestimmt haben. Vielmehr hat es sich von 1939–1945 um einen totalen, weltweiten Konflikt gehandelt, in dem verschiedene Staaten – z. T. regional begrenzte – neue Ordnungsprinzipien durchsetzen wollten, alte Ordnungsmächte um die Behauptung des status quo, ihrer Lebensordnung und Wertvorstellungen kämpften, jüngere farbige Völker in Asien und Afrika diesen Konflikt der weißen Rasse ausnutzten, ihre alten Bande und Fesseln abzustreifen, und der Sowjetkommunismus die für ihn einzigartige historische Chance wahrnahm, sein Herrschaftssystem Teilen der Welt zu oktroyieren.

Indessen aus dem Wissen um das Vergangene und das Gewandelte ist der imperativen Forderung von Wendell Willkie zuzustimmen, die dieser in seinem Buch 'one World' bereits 1943 ausgesprochen hat: "Wir leben mit den Völkern der anderen Weltteile auf einer eng gewordenen, von drei Milliarden Menschen bevölkerten einzigen Welt zusammen. Die Entwicklung der Technik, die rasche Vermehrung der Erdbewohner, die Notwendigkeit, für alle Verdienst und Brot zu beschaffen, werden zur Folge haben, daß entweder Organisationsformen für die Zusammenarbeit auch zwischen verschiedenen und rivalisierenden Mächten und Systemen gefunden werden müssen oder daß die Menschheit unbeschreiblichen Katastrophen preisgegeben wird."

II. DOKUMENTE MIT KOMMENTAREN

ERSTER TEIL: *)

Der Kampf um die Neugestaltung Europas und des großostasiatischen Raumes 1939–1943.

A. DER EUROPÄISCHE KRIEG : 1939–1941

1. KAPITEL

DIE MILITÄRISCHE NIEDERWERFUNG UND AUFTEILUNG POLENS (1939/1940)

Als Hitler am 31. August 1939 [4] seiner Wehrmacht befahl, in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages Polen anzugreifen wollte er seine seit dem Frühjahr 1939 wiederholt verkündeten territorialen Forderungen mit Waffengewalt durchsetzen, d. h. "eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage" im Osten herstellen; der Freistaat Danzig sollte "spätestens mit Beginn des Konfliktes" zum deutschen Reichsgebiet erklärt werden. Aufgabe der politischen Führung war es, den Krieg auf Polen zu beschränken. Daß Hitler jedoch über die Niederwerfung der polnischen Wehrmacht und die Rückgewinnung der 1919 von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete hinaus weit ehrgeizigere [1] Pläne verfolgte, hatte er seinen engsten militärischen Mitarbeitern schon am 23. Mai 1939 enthüllt; dies ging auch aus dem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 hervor [2] [3]. Und daß er in dem kommenden Kampfe als "erster Soldat des deutschen Volkes" zum Letzten entschlossen war und notfalls für die "Größe Deutschlands" sein Leben zu opfern bereit sei – was er in gleicher Weise von jedem Volksgenossen verlangte –, verkündete er am 1. 9. 1939 vor dem Reichstag [5].

Das deutsche Kriegspotential im August 1939 – Stärke und Bewaffnung der Wehrmacht, Stand der Rüstung und Kapazität der gesamten Wirtschaft, kurz die Summe aller Faktoren, die im Zeitalter des totalen Krieges Verlauf und Ausgang eines derartigen Waffenganges mitbestimmen – reichte aus, um das genannte politische Ziel zu verwirklichen, sofern keine der anderen Großmächte Polen unterstützte.

Aber drei Tage nach Kriegsausbruch erklärten England, das Commonwealth (Australien, Indien, Neuseeland; die Südafrikanische Union und Kanada folgten am 6. bzw. 19. September 1939) und Frankreich Deutschland den Krieg; Italien [7] blieb "nichtkriegführend", während die USA ihre bewaffnete Neutralität bekundeten. Die Westmächte waren, ungeachtet der feierlichen Versprechungen Hitlers, er habe keine Interessen im Westen, entschlossen, ihren Bündnisverpflichtungen nachzukommen. [6] Der zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion abgeschlossene Nichtangriffspakt (vom 23. 8. 1939) [3] hatte die Alliierten nicht zur Aufgabe ihrer Politik veranlaßt. Die Zeit war vorbei, in der diese sich wie früher mit vollendeten Tatsachen abfanden. Allein zu einer jetzt notwendigen, beschleunigten Offensive traten die Westmächte nicht an; dazu schienen sie im Augenblick weder

---

*) In den Kommentaren beziehen sich die Ziffern in eckigen [ ] Klammern auf die Nummer der Dokumente.

willens noch fähig zu sein. So gewann die deutsche Führung kostbare Zeit. Sie konnte, wenn auch unter risikoreicher Verteidigung des Westwalls, die Masse ihrer Verbände, vor allem der motorisierten und Panzer-Einheiten, in zwei Heeresgruppen aufgeteilt, gegen Polen in den Kampf werfen und damit den Feldzug innerhalb von wenigen Wochen siegreich zu ihren Gunsten entscheiden. Der "Blitzkrieg" war geboren – jene Form der Waffenauseinandersetzung, die durch den Einsatz operativ geführter Panzereinheiten und motorisierter Verbände und ihrer Koppelung mit der taktischen Verwendung der Luftwaffe auf dem Schlachtfelde in kürzester Zeit entschieden wurde.

Hitler hatte von Beginn des Feldzuges an großen Wert auf das Eingreifen der Sowjetunion in Polen gelegt. Er war überzeugt, daß damit die Kampfhandlungen nicht nur schneller abgeschlossen, sondern daß dadurch auch England und Frankreich vor die Alternative gestellt würden, entweder Stalin den Krieg zu erklären oder aber einen Ausgleich mit Deutschland anzustreben. Ein Eingreifen der UdSSR schuf seiner Meinung nach die besten Voraussetzungen, den bisher beschränkt gebliebenen Konflikt so bald wie möglich zu beenden. Doch als die Rote Armee angesichts der überraschend großen und schnellen militärischen Erfolge Deutschlands und unter dem Vorwand, die weißrussische und ukrainische Bevölkerung schützen zu müssen, am 17. September 1939 in Polen einmarschierte, war zwar das Ende des polnischen Staates besiegelt – Rumänien hatte dessen Regierung, Staatspräsident und Heerführung interniert – aber die von Hitler zunächst erhoffte Reaktion der Westmächte blieb aus.

Nach der vierten historischen Teilung Polens, die Deutschland und die Sowjetunion am 28. September 1939 unterzeichneten, [8] ließ Hitler das Schicksal Westpolens vorerst in der Schwebe. Zunächst trennte er durch einen Erlaß vom 8. Oktober 1939 auch rein polnische Territorien unter der offiziellen Bezeichnung 'eingegliederte Ostgebiete' (Reichsgaue Westpreußen und Posen) von dem sogenannten Reststaat ab; diesem gab er vier Tage später den Namen 'Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete'. Während in den 'Eingegliederten Ostgebieten' der Prozeß der 'konsequenten Germanisierung' einsetzte, wurde in jenen Teilen des Landes mit einer rücksichtslosen Ausbeutung begonnen und die ersten 'völkischen Ausrottungsmaßnahmen' unter Leitung des Reichsführers SS Himmler eingeleitet [9] [10]. Hitler sah in dem entmilitarisierten Generalgouvernement eine Zeitlang ein Kompensationsobjekt für künftige Friedensverhandlungen mit Großbritannien. Göring untersagte noch im Sommer 1940 mit diesem Hinweis eine Änderung der Grenzen. Als sich jedoch trotz des siegreichen Frankreichfeldzuges Anfang Juli 1940 der Widerstandswille Großbritanniens versteifte, erklärte Hitler das nunmehrige 'Generalgouvernement' zum 'Nebenland des Reiches'. Wohl wollte er den Polen eine gewisse 'Heimstätte' mit nationalem, wirtschaftlichem und kulturellem Eigenleben zugestehen, in der Praxis aber wurde die Bevölkerung "mindestens für die Dauer des Krieges auf die Stufe eines halbfreien, politisch unbewußten und lediglich technisch gebildeten Hilfsvolkes" (Roos) gehalten. Schließlich erfolgte im Herbst 1940 die definitive Eingliederung des Generalgouvernements in das Reich.

DOKUMENTE

[1] *Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern am 22. August 1939*

Ich habe Sie zusammengerufen, um Ihnen ein Bild der politischen Lage zu geben, damit Sie Einblick tun in die einzelnen Elemente, auf die sich mein Entschluß zu handeln aufbaut und um Ihr Vertrauen zu stärken.
Danach werden wir militärische Einzelheiten besprechen.
Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen mußte. Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr, dachte aber, daß ich mich zunächst in

einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten. Aber die Zeitfolge läßt sich nicht festlegen. Man darf auch vor bedrohlichen Lagen nicht die Augen schließen. Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen. Dieser mir sympathische Plan war aber nicht durchführbar, da sich Wesentliches geändert hatte. Es wurde mir klar, daß bei einer Auseinandersetzung mit dem Westen Polen uns angreifen würde. Polen strebt den Zugang zum Meer an. Nach der Besetzung des Memelgebietes zeigt sich die weitere Entwicklung, und es wurde mir klar, daß u. U. eine Auseinandersetzung mit Polen zu einem ungünstigen Zeitpunkt kommen könnte. Als Gründe für diese Überlegung führe ich an:

1. Zunächst zwei persönliche Bedingungen:
Meine eigene Persönlichkeit und die Mussolinis.
Wesentlich hängt es von mir ab, von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten. Dann die Tatsache, daß wohl niemand wieder so wie ich das *Vertrauen des ganzen deutschen Volkes* hat. In der Zukunft wird es wohl niemals wieder einen Mann geben, der mehr Autorität hat als ich. Mein Dasein ist also ein großer Wert-Faktor. Ich kann aber jederzeit von einem *Verbrecher, von einem Idioten* beseitigt werden.
Der zweite persönliche Faktor ist der Duce. Auch sein Dasein ist entscheidend. Wenn ihm etwas zustößt, wird die Bündnistreue Italiens nicht mehr sicher sein. Die Grundeinstellung des italienischen Hofes ist gegen den Duce. Vor allem der Hof sieht in der Erweiterung des Imperiums eine Belastung. Der Duce ist der nervenstärkste Mann in Italien.
Der dritte persönliche für uns günstige Faktor ist Franco. Wir können von Spanien nur wohlwollende Neutralität verlangen. Aber das hängt von der Persönlichkeit Francos ab. Er garantiert eine gewisse Einheitlichkeit und Stetigkeit des jetzigen Systems in Spanien. Wir müssen in Kauf nehmen, daß es in Spanien noch keine faschistische Partei von unserer inneren Geschlossenheit gibt.
Auf der Gegenseite ein negatives Bild, soweit es die maßgebenden Persönlichkeiten betrifft. In England und Frankreich gibt es keine Persönlichkeit von Format.
Bei uns ist das Fassen von Entschlüssen leicht. Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln. Unsere Gegner riskieren viel und können nur wenig gewinnen. Der Einsatz Englands in einem Kriege ist unfaßbar groß. Unsere Gegner haben Führer, die unter dem Durchschnitt stehen. Keine Persönlichkeiten. Keine Herren, keine Tatmenschen.
Neben den persönlichen Faktoren ist die politische Lage für uns günstig: Im Mittelmeer Rivalitäten zwischen Italien und Frankreich und England, in Ostasien Spannung zwischen Japan und England, im Orient Spannung, die zur Alarmierung der mohammedanischen Welt führt.
Das englische Empire ist schon aus dem letzten Krieg nicht gestärkt hervorgegangen. Maritim wurde nichts erreicht. Konflikt England-Irland. Die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Union ist größer geworden. Indien mußte Konzessionen gemacht werden. England wird auf das Äußerste bedroht. Ungesunde Industrialisierung. Ein britischer Staatsmann kann nur mit Sorgen in die Zukunft sehen.
Frankreichs Stellung ist ebenfalls schlechter geworden, vor allem im Mittelmeer.
Als günstig für uns ist ferner anzusprechen:
Auf dem Balkan ist seit Albanien das Gleichgewicht der Kräfte. Jugoslawien trägt den Todkeim des Verfalls in sich infolge seiner inneren Verhältnisse. Rumänien ist nicht stärker geworden. Es ist angreifbar und verwundbar. Es wird bedroht durch Ungarn und Bulgarien. Seit dem Tode Kemals wird die Türkei von kleinen Geistern regiert, haltlose, schwache Menschen.
Alle diese glücklichen Umstände bestehen in zwei bis drei Jahren nicht mehr. Niemand weiß, wie lange ich noch lebe. Deshalb Auseinandersetzung besser jetzt.
Die Gründung Großdeutschlands war politisch eine große Leistung, militärisch war sie bedenklich, da sie erreicht wurde durch einen Bluff der politischen Leitung. Es ist notwendig, das Militär zu erproben. Wenn irgend möglich, nicht in einer Generalabrechnung, sondern bei der Lösung einzelner Aufgaben.
Das Verhältnis zu Polen ist untragbar geworden. Meine bisherige polnische Politik stand im Gegensatz zu der Auffassung des Volkes. Meine Vorschläge an Polen (Danzig und Korridor) wurden durch Eingreifen Englands gestört. Polen änderte seinen Ton uns gegenüber. Spannungszustand auf die Dauer unerträglich. Gesetz des Handelns darf nicht auf andere übergehen. Jetzt ist der Zeitpunkt günstiger als in 2–3 Jahren. Attentat auf mich oder Mussolini könnte Lage zu unseren Ungunsten ändern. Man kann nicht ewig mit gespanntem Gewehr einander gegenüberliegen. Eine uns vorgeschlagene Kompromißlösung hätte von uns verlangt Gesinnungsänderung und gute Gesten. Man sprach wieder in der Versailler Sprache zu uns. Die Gefahr des Prestige-Verlustes bestand. Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit noch groß, daß der Westen nicht eingreift. Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen. Der Politiker muß

ebenso wie der Feldherr ein Wagnis auf sich nehmen. Wir stehen vor der harten Alternative zu schlagen oder früher oder später mit Sicherheit vernichtet zu werden.
Hinweis auf die früheren Wagnisse.
Man hätte mich gesteinigt, wenn ich nicht Recht behalten hätte. Gefährlichster Schritt war der Einmarsch in die neutrale Zone. Noch acht Tage vorher bekam ich eine Warnung durch Frankreich. Immer habe ich ein großes Wagnis auf micht genommen in der Überzeugung, daß es gelingen könnte.
Auch jetzt ist es ein großes Risiko. Eiserne Nerven. Eiserne Entschlossenheit.
Folgende besonderen Gründe bestärken mich in meiner Auffassung: England und Frankreich haben sich verpflichtet, beide sind nicht in der Lage dazu. In England ist keine tatsächliche Aufrüstung, sondern nur Propaganda. Sehr hat es geschadet, daß viele Deutsche, die ablehnend waren, nach der Lösung der tschechischen Frage Engländern gesagt und geschrieben haben: Der Führer hat Recht behalten, weil ihr die Nerven verloren habt, weil ihr zu früh kapituliert habt. Dadurch erklärt sich der jetzige Propaganda-Krieg. Die Engländer sprechen vom Nerven-Krieg. Ein Element dieses Nerven-Kriegs ist die Darstellung der Steigerung der Rüstung. Wie ist die britische Aufrüstung aber tatsächlich? Das Bauprogramm der Marine für 1938 ist noch nicht erfüllt. Nur Einberufung der Reserve-Flotte. Ankauf von Fischdampfern. Wesentliche Verstärkung der Flotte nicht vor 1941 oder 1942.
Auf dem Lande ist nur wenig geschehen. England wird in der Lage sein, höchstens drei Divisionen nach dem Festland zu schicken. Auf dem Gebiete der Luftwaffe ist einiges geschehen, aber es ist nur ein Anfang. Luftabwehr ist in den Anfangsstadien. Zur Zeit verfügt England nur über 150 Flaks. Das neue Flak-Geschütz ist in Auftrag gegeben. Es wird noch lange dauern, bis genügend hergestellt sind. Es fehlt an Kommando-Geräten. Noch ist England Luftverwundbar. In 2–3 Jahren kann sich dies ändern. Die englische Luftwaffe hat z. Z. nur 130 000 Mann, Frankreich 72 000 Mann, Polen 15 000 Mann. In England wünscht man, daß der Konflikt erst in 2–3 Jahren eintritt.
Charakteristisch für England ist folgendes: Polen wollte Anleihe von England für seine Aufrüstung. England gab aber nur Kredite, um sicherzustellen, daß Polen in England kauft, obwohl England gar nicht liefern kann. Das spricht dafür, daß England Polen nicht wirklich unterstützen will. Es riskiert nicht 8 Mill. Pfund in Polen, obwohl es eine halbe Milliarde in China hineingesteckt hat. Die Lage Englands in der Welt ist sehr prekär. Es wird kein Risiko auf sich nehmen.
In Frankreich ist Mangel an Menschen (Geburtenrückgang). Für die Aufrüstung geschah wenig. Die Artillerie ist veraltet. Frankreich wollte nicht in dieses Abenteuer hinein. Der Westen hat nur zwei Möglichkeiten, gegen uns zu kämpfen:
1. Blockade: sie wird unwirksam sein infolge unserer Autarkie und weil wir die Hilfsquellen im Osten haben.
2. Angriff im Westen aus der Maginot-Linie heraus: das halte ich für unmöglich.
Es wäre nun noch die Möglichkeit der Verletzung der Neutralität von Holland, Belgien und der Schweiz. Ich habe keinen Zweifel, daß alle diese Staaten und auch Skandinavien ihre Neutralität mit allen Mitteln verteidigen werden. England und Frankreich werden die Neutralität dieser Länder nicht verletzen. England kann also Polen tatsächlich nicht helfen. Angriff gegen Italien bleibt noch übrig. Militärisches Eingreifen ist ausgeschlossen. Mit langer Dauer des Krieges rechnet niemand. Wenn mir Herr v. Brauchitsch gesagt hätte, ich brauche vier Jahre, um Polen zu erobern, dann hätte ich geantwortet: dann geht's nicht. Unsinn ist es, wenn man sagt, England will einen langen Krieg führen.
Wir werden den Westen halten, bis wir Polen erobert haben. Wir müssen uns unserer großen Produktionsleistung bewußt sein. Sie ist noch viel größer als 1914–18.
Der Gegner hatte noch die Hoffnung, daß Rußland als Gegner auftreten würde nach Eroberung Polens. Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München.
Ich war überzeugt, daß Stalin nie auf das englische Angebot eingehen würde. Rußland hat kein Interesse an der Erhaltung Polens und dann weiß Stalin, daß es mit seinem Regime zu Ende ist, einerlei, ob seine Soldaten siegreich oder geschlagen aus einem Kriege hervorgehen. Litwinows Ablösung war ausschlaggebend. Ich habe die Umstellung Rußland gegenüber allmählich durchgeführt. Im Zusammenhang mit dem Handelsvertrag sind wir in das politische Gespräch gekommen. Vorschlag eines Nichtangriffspakts. Dann kam ein universaler Vorschlag von Rußland. Vor vier Tagen habe ich einen besonderen Schritt getan, der dazu führte, daß Rußland gestern antwortete, es sei zum Abschluß bereit. Die persönliche Verbindung mit Stalin ist hergestellt. Von Ribbentrop wird übermorgen den Vertrag schließen. Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte.
Wir brauchen keine Angst vor Blockade zu haben. Der Osten liefert uns Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink. Es ist ein großes Ziel, das vielen Einsatz fordert. Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgend ein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.

Die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht. Weg für den Soldaten ist frei, nachdem ich die politischen Vorbereitungen getroffen habe.
Die heutige Veröffentlichung des Nichtangriffspakts mit Rußland hat eingeschlagen wie eine Granate. Auswirkungen sind nicht zu übersehen. Auch Stalin hat gesagt, daß dieser Kurs beiden Ländern zugute kommen wird. Die Einwirkung auf Polen wird ungeheuer sein.
Göring antwortet mit Dank an den Führer und der Versicherung, daß die Wehrmacht ihre Pflicht tun wird.

[2] *Deutschland–Sowjetunion; Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939*

(Mit geheimem Zusatzprotokoll)
Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel 1
Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel 2
Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel 3
Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel 4
Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgend einer Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel 5
Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werde beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzen von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel 6
Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch als für weitere fünf Jahre verlängert gilt.

Artikel 7
Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.
Moskau, am 23. August 1939
Für die deutsche Reichsregierung
gez. von Ribbentrop
in Vollmacht der Regierung der UdSSR
gez. W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll vom 23. August 1939
Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der

beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Die Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:
1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet biederseits anerkannt.
2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.
3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.
4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.
Moskau, den 23. August 1939
gez. von Ribbentrop
gez. W. Molotow

[3] *NS-Propaganda:*

Richtlinien für den deutsch-russischen Nichtangriffspakt

22. 8. 1939
1. Für die eigene Auswertung der Meldung vom bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelten folgende Richtlinien:
Die Nachricht hat in aller Welt wie eine Bombe eingeschlagen. Der Entschluß stellt einen sensationellen Wendepunkt in den Beziehungen beider Völker dar und greift auf die traditionelle Gemeinsamkeit der deutsch-russischen Politik zurück. Gerade diese Seite der geschichtlichen Voraussetzungen für eine solche politische Linienführung muß in den Kommentaren und Leitartikeln vertieft werden, da sie seit jeher ausschlaggebend für die europäische Gesamtlage war.
Es kann ruhig betont werden, daß die Ankündigung auch im Volke einen tiefen Widerhall gefunden hat. Während die Demokratien geredet haben, haben wir und die Russen gehandelt.
Diesem Entschluß sind wirtschaftliche Verhandlungen vorausgegangen. In einer natürlichen Fortsetzung dieser Gespräche ergaben sich auf beiderseitigen Wunsch die Möglichkeiten für Erweiterung der politischen Beziehungen. Beide Partner haben mit größter Vertraulichkeit und Ernsthaftigkeit verhandelt und mit offenen Karten gespielt.
Die Zusammenarbeit beider Staaten findet ihre natürliche Ergänzung in ihrer wirtschaftlichen Struktur. Für ein hochindustrialisiertes Land und ein Agrar- und Rohstoffland sind stets die natürlichsten Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Zusammenspiel gegeben, das naturgemäß auch seinen Niederschlag auf politischem Gebiet findet.
Auf die weltanschaulichen Verschiedenheiten beider Staaten darf dabei weder in positiver noch in negativer Hinsicht eingegangen werden.
Kombinationen über die vermutliche Veränderung der politischen Lage in der Welt sind auch nicht in Form von Zitaten ausländischer Meinungen anzustellen. Dazu gehört beispielsweise auch die Frage nach dem weiteren Schicksal der englisch-französischen Militärmissionen. Es ist damit zu rechnen, daß jetzt von verschiedensten Seiten versucht wird, Verhandlungen mit uns anzubahnen. Auf solche Verhandlungsgerüchte, ganz gleich, welcher Art und woher sie auch kommen mögen, ist nicht einzugehen.
Die Form der Betrachtungen muß sachlich und nüchtern sein. Aus ihr darf weder Triumph noch Schadenfreude herauszulesen sein.
Diese Gesichtspunkte gelten sinngemäß auch für die Auswahl der Auslandspressestimmen. Bei der Verwertung ausländischer Äußerungen kann selbstverständlich das Überraschungsmoment in den Vordergrund gestellt werden. Aber auch hier darf nicht der Eindruck einer Schadenfreude oder eines Triumphes erweckt werden. Besonders die Äußerungen unserer Achsenpartner, der italienischen Presse, müssen in den Vordergrund gestellt werden.
2. Die Meldungen über Polen und Danzig sind nach wie vor groß aufzumachen. Der besonderen Beachtung und Auswertung wird der Artikel des „Danziger Vorposten" empfohlen, der sich mit der gefährdeten Existenz Danzigs durch die polnische Blockade beschäftigt. [...]

24.8.1939

1. Für die Behandlung des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes gelten vorerst folgende Richtlinien:
Das Dokument ist der Grundstein für eine neue geschichtliche Wende in den Beziehungen beider Völker. Die eindrucksvolle Schnelligkeit ist ein Beweis für die Ernsthaftigkeit und Offenheit, mit der beide vertragsschließende Teile an die zwischen ihnen schwebenden Fragen herantraten. Der Pakt spricht eine klare und deutliche Sprache, die nicht auf dem Boden einer verhaltenen Diplomatie gewachsen ist. Es gibt für beide Partner nun keine Seitenwege mehr. Die noch gestern in der Auslandspresse genährten Hoffnungen, daß die deutsch-russischen Verhandlungen sich endlos in die Länge ziehen könnten, und daß demgegenüber die englisch-französisch-russischen Militärbesprechungen zu einem überraschenden Abschluß gelangen würden, sind durch die Ereignisse der letzten Nacht restlos zerstört worden. Hierbei kann ruhig eine leise Schadenfreude durchklingen, die jedoch nicht etwa den Tenor des Kommentars bilden darf. Es entspricht dem Geiste des Paktes, daß über die reinen Nichtangriffsverpflichtungen hinaus Konsultationen vorgesehen sind. Damit erfährt der Vertrag eine bedeutsame Erweiterung. Es ist deshalb auch richtiger, das Abkommen künfig als "Deutsch-russischen Nichtangriffs- und Konsultationspakt" zu bezeichnen. Besonders hervorgehoben werden müssen die bedeutsamen Tatsachen, daß der Pakt auf 10 Jahre befristet ist und sofort in Kraft tritt. Allein diese beiden Punkte schließen jeden Zweifel an der Wirksamkeit des Abkommens und an der Entschlossenheit der beiden Partner aus. In der Schlußfolgerung kann sehr wohl angedeutet werden, daß es auch der Sinn dieses Paktes ist, daß Deutschland und Rußland die offenen Fragen in ihrem Lebensraum, das heißt also Osteuropa, alleine lösen können und werden. Allerdings ist es im Augenblick noch unzweckmäßig, diesen Gedanken etwa durch Aufzählungen der sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu vertiefen.
Die gestern gegebene Sprachregelung über den Ton unserer Betrachtungen kann nach erfolgtem Abschluß des Vertrages nunmehr erweitert werden. Die Vertiefung der deutsch-russischen Zusammenarbeit wird eine gesunde Basis für eine fortschreitende Erwärmung des Tones gegenüber der Sowjetunion bilden.
Obwohl selbstverständlich diese Fragen eine große Aufmachung erfordern, müssen Meldungen über Polen und Danzig weiterhin im Vordergrund bleiben.
DNB gibt ein Zitat aus der "Prawda" aus, in dem sich die russische Zeitung zur Frage der weltanschaulichen Unterschiede äußert. Es besteht im Augenblick noch keine Veranlassung, von uns aus eine solche Diskussion zu beginnen und auszuweiten. Ein Abdruck dieses Zitats ist daher völlig ausreichend für den augenblicklichen Stand der Dinge.

[4] *Weisung Nr. 1 für die Kriegführung*

Berlin, den 31.8.1939

1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.
2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen, mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.
Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.
Angriffstag: 1. 9. 39
Angriffszeit: 4,45 Uhr
Diese Zeit gilt auch für die Unternehmungen Gdingen-Danziger Bucht und Brücke Dirschau.
3. Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegenzutreten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten.
Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten.
Zur See gilt das gleiche für alle kriegerischen oder als solche zu deutenden Handlungen.
Die defensiven Maßnahmen der Luftwaffe sind zunächst auf die unbedingte Abwehr feindlicher Luftangriffe an der Reichsgrenze zu beschränken, wobei solang als möglich die Grenze der neutralen Staaten bei der Abwehr einzelner Flugzeuge und kleinerer Einheiten zu achten ist. Erst wenn beim Einsatz stärkerer franz. und engl. Angriffsverbände über die neutralen Staaten gegen deutsches Gebiet die Luftverteidigung im Westen nicht mehr gesichert ist, ist die Abwehr auch über diesem neutralen Gebiet freizugeben.
Schnellste Orientierung des OKW über jede Verletzung der Neutralität dritter Staaten durch die Westgegner ist besonders wichtig.

4. Eröffnen England und Frankreich die Feindseligkeiten gegen Deutschland, so ist es Aufgabe der im Westen operierenden Teile der Wehrmacht, unter möglichster Schonung der Kräfte die Voraussetzungen für den siegreichen Abschluß der Operationen gegen Polen zu erhalten. Im Rahmen dieser Aufgabe sind die feindl. Streitkräfte und deren wehrwirtschaftl. Kraftquellen nach Kräften zu schädigen. Den Befehl zum Beginn von Angriffshandlungen behalte ich mir in jedem Falle vor. Das Heer hält den Westwall und trifft Vorbereitungen, dessen Umfassung im Norden – unter Verletzung belgischen oder holländischen Gebietes durch die Westmächte – zu verhindern. Rücken franz. Kräfte in Luxemburg ein, so bleibt die Sprengung der Grenzbrücken freigegeben.
Die Kriegsmarine führt Handelskrieg mit dem Schwerpunkt gegen England. Zur Verstärkung der Wirkung kann mit der Erklärung von Gefahrenzonen gerechnet werden. OKM meldet, in welchen Seegebieten und in welchem Umfang Gefahrenzonen für zweckmäßig gehalten werden. Der Wortlaut für eine öffentl. Erklärung ist im Benehmen mit dem Ausw. Amte vorzubereiten und mir über OKW zur Genehmigung vorzulegen.
Die Ostsee ist gegen feindl. Einbruch zu sichern. Die Entscheidung, ob zu diesem Zwecke die Ostsee-Eingänge mit Minen gesperrt werden dürfen, trifft Ob. d. M. Die Luftwaffe hat in erster Linie den Einsatz der franz. und engl. Luftwaffe gegen das deutsche Heer und den deutschen Lebensraum zu verhindern.
Bei der Kampfführung gegen England ist der Einsatz der Luftwaffe zur Störung der engl. Seezufuhr, der Rüstungsindustrie, der Truppentransporte nach Frankreich vorzubereiten. Günstige Gelegenheit zu einem wirkungsvollen Angriff gegen massierte engl. Flotteneinheiten, insbes. gegen Schlachtschiffe und Flugzeugträger, ist auszunutzen. Angriffe gegen London bleiben meiner Entscheidung vorbehalten. Die Angriffe gegen das englische Mutterland sind unter dem Gesichtspunkt vorzubereiten, daß unzureichender Erfolg mit Teilkräften unter allen Umständen zu vermeiden ist.

Adolf Hitler

[5] *Aus der Rede Hitlers am 1. September 1939 (Reichstag)*

....
Wenn ich diese Wehrmacht aufrief, und wenn ich nun vom deutschen Volk Opfer und, wenn notwendig, alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu. Denn ich bin auch selbst heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen. Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes, als was ich selber über vier Jahre freiwillig bereit war, jederzeit zu tun. Es soll keine Entbehrung in Deutschland geben, die ich nicht selber sofort übernehme. Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volk. Ich will nichts anderes jetzt sein als der erste Soldat des Deutschen Reiches.
Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir einst selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg, oder ich werde dieses Ende nicht erleben!
Sollte mir in diesem Kampfe nun etwas zustoßen, dann ist mein erster Nachfolger Parteigenosse Göring. Sollte Parteigenossen Göring etwas zustoßen, ist der nächste Nachfolger Parteigenosse Hess. Sie würden diesen dann als Führern genau so zu blinder Treue und Gehorsam verpflichtet sein wie mir. Sollte auch Parteigenossen Heß etwas zustoßen, werde ich durch Gesetz nunmehr den Senat berufen, der dann den Würdigsten, d. h. den Tapfersten aus seiner Mitte wählen soll.
Als Nationalsozialist und als deutscher Soldat gehe ich in diesen Kampf mit einem starken Herzen hinein. Mein ganzes Leben war nichts anderes als ein einziger Kampf für mein Volk, für seine Wiederauferstehung, für Deutschland. Über diesem Kampf stand immer nur ein Bekenntnis des Glaubens an dieses Volk. Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation. Wenn irgend jemand aber glaubt, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, dann möchte ich ihn bitten, zu bedenken, daß einst ein preußischer König mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubige starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen. Und ich möchte daher jetzt der ganzen Welt gleich versichern: Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!
So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben einzusetzen – jeder kann es mir nehmen – für mein Volk und für Deutschland, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen. Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersetzen zu können, der fällt! Verräter haben nichts zu erwarten als den Tod!
Wir alle bekennen uns damit nur zu unserem alten Grundsatz:
Es ist gänzlich unwichtig, ob wir leben, aber notwendig ist es, daß unser Volk lebt, daß Deutschland lebt. ....

[6] *Britisch-französisches Ultimatum vom 1. 9. 1939*

Von den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs, Henderson und Coulondre, dem Reichsaußenminister überreichte gleichlautende Noten

Berlin, den 1. September 1939

Euer Exzellenz,
Im Auftrage des Ministers seiner Majestät für Auswärtige Angelegenheiten (des Französischen Außenministers) beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen.
In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht erlassen, aus der klar hervorging, daß er im Begriff war, Polen anzugreifen.
Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich (der Französischen Regierung) und der Französischen Regierung (der Regierung seiner Majestät im Vereinigten Königreich) gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.
Unter diesen Umständen sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs (Frankreichs und des Ver. Königreichs) der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzung geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs (Frankreichs und des Ver. Königreichs) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.
Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich (die Französische Regierung) ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Regierung des Vereinigten Königreichs (der Französischen Regierung) befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlungen gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Das englische Ultimatum vom 3. 9. 1939
9 Uhr vormittags

(Berlin), den 3. September 1939

In der Mitteilung, welche ich die Ehre hatte, Ihnen am 1. September zu machen, unterrichtete ich Sie, auf Weisung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtung gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlungen gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.
Obwohl diese Mitteilung vor mehr als 24 Stunden erfolgte, ist keine Antwort eingegangen, hingegen wurden die deutschen Angriffe auf Polen fortgesetzt und verstärkt. Ich habe demgemäß die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britischer Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September , eine befriedigende Zusicherung im obenerwähnten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

[7] *Telegramm Hitlers an den Duce vom 3. 9. 1939*

Duce,
Ich danke Ihnen zunächst für Ihren letzten Versuch einer Vermittlung. Ich wäre bereit gewesen, anzunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich eine Möglichkeit hätte finden lassen, mir gewisse Garantien zu geben für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz. Denn seit zwei Tagen sind die deutschen Truppen in einem teilweise außerordentlich schnellen Vormarsch in Polen begriffen. Es wäre unmöglich gewesen, die dabei gebrachten Blutopfer sich durch diplomatische Ränke wieder entwerten zu lassen. Trotzdem glaube ich, daß ein Weg hätte gefunden werden können, wenn nicht England von vornherein entschlossen gewesen wäre, es unter allen Umständen zum Krieg kommen zu lassen. Ich bin vor der englischen Drohung nicht zurückgewichen, weil ich, Duce, nicht mehr daran glaube, daß der Friede länger als ein halbes oder sagen wir ein Jahr hätte aufrecht erhalten werden können. Unter diesen Umständen hielt

ich aber den jetzigen Zeitpunkt eines Widerstandes trotz allem für geeigneter. Zur Zeit ist die Überlegenheit der deutschen Wehrmacht in Polen auf allen technischen Gebieten eine so ungeheure, daß die polnische Armee in ganz kurzer Zeit zusammenbrechen wird. Ob dieser schnelle Erfolg in ein oder zwei Jahren auch noch zu erzielen gewesen wäre, glaube ich, bezweifeln zu müssen. England und Frankreich hätten ihren Verbündeten immerhin so weit aufgerüstet, daß die durchschlagende technische Überlegenheit der deutschen Wehrmacht nicht mehr so in Erscheinung hätte treten können. Ich bin mir bewußt, Duce, daß der Kampf, in den ich gehe, ein Kampf auf Leben und Tod ist. Mein eigenes Schicksal spielt dabei überhaupt keine Rolle. Ich bin mir aber weiter bewußt, daß man einem solchen Kampf auf die Dauer nicht ausweichen kann und daß man mit eisiger Überlegung den Augenblick des Widerstandes so wählen muß, daß die Wahrscheinlichkeit des Erfolges gewährleistet ist, und an diesen Erfolg, Duce, glaube ich felsenfest. Sie haben mir freundlicherweise neulich zugesichert, daß Sie auf manchem Gebiete glauben, helfen zu können. Ich nehme dies schon im voraus mit aufrichtigem Dank entgegen. Ich glaube aber weiter, daß – auch wenn wir jetzt getrennte Wege marschieren – das Schicksal uns noch aneinander binden wird. Sollte das nationalsozialistische Deutschland von den westlichen Demokratien zerstört werden, würde auch das faschistische Italien einer schweren Zukunft entgegengehen. Ich war mir persönlich dieser Verbundenheit der Zukunft unserer beiden Regime stets bewußt, und ich weiß, daß Sie, Duce, genau so denken. Zur Lage in Polen möchte ich nur kurz bemerken, daß wir natürlich alles Unwichtige liegen lassen, keinen Mann an nebensächlichen Aufgaben verbrauchen, sondern alle unsere Handlungen nur von großen operativen Erwägungen aus leiten lassen. Die im Korridor befindliche polnische Nordarmee ist schon jetzt durch dieses unser Handeln vollkommen eingeriegelt. Sie wird entweder aufgerieben oder sich ergeben. Im übrigen finden alle Operationen planmäßig statt. Die Tagesleistungen der Truppen stehen weit über allen Erwartungen. Die Herrschaft unserer Luftwaffe ist, obwohl sich kaum ein Drittel in Polen befindet, eine ausschließliche. Im Westen werde ich mich defensiv verhalten. Frankreich kann hier zunächst sein Blut opfern. Es wird dann der Augenblick kommen, daß wir mit der ganzen Kraft der Nation uns auch dort dem Gegner stellen können. Nehmen Sie nochmals meinen Dank entgegen, Duce, für alle ihre Unterstützungen, die Sie mir in der Vergangenheit gegeben haben und die ich bitte, mir auch in der Zukunft nicht versagen zu wollen.

Adolf Hitler

[8] *Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939*

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zweck haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I
Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen Polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II
Beide Teile erkennen die in Artikel I festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III
Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der in Artikel I angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV
Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V
Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung
gez. v. Ribbentrop

In Vollmacht der Regierung der UdSSR.
gez. W. Molotow.

Vertrauliches Protokoll

Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, daß diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und daß dabei die Vermögensrechte der Auwanderer gewahrt bleiben.
Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.

Moskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung
gez. v. Ribbentrop

In Volmacht der Regierung der UdSSR. gez. W. Molotow.

Geheimes Zusatzprotokoll
Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest:
Das am 23. August 1939 unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll*) wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, daß das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vgl. die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrage). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, daß das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

[9] *NS-POLENPOLITIK*

Besprechung des Führers mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse zu Deutschland (17. Oktober 1939, abends)

1. Die Wehrmacht soll es begrüßen, wenn sie sich von den Verwaltungsfragen in Polen absetzen kann. Grundsätzlich können nicht 2 Verwaltungen bestehen.
2. Polen soll selbständig gemacht werden. Es wird kein Teil des Deutschen Reiches und auch kein Verwaltungsbezirk des Reiches werden.
3. Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. Es

---

*) Vgl. Dok. Nr. 2

muß verhindert werden, daß eine polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niederer Lebensstandard bleiben; wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen. Zur Verwaltung des Landes sollen auch Polen eingesetzt werden. Eine nationale Zellenbildung darf aber nicht zugelassen werden.
4. Die Verwaltung muß mit eigenen klaren Befehlskompetenzen arbeiten und darf nicht von Berlin abhängig sein. Wir wollen dort nichts machen, was wir im Reiche tun. Die Verantwortung tragen nicht Berliner Ministerien, da es sich nicht um eine deutsche Verwaltungseinheit handelt. Die Durchführung bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Die Methoden werden mit unseren sonstigen Prinzipien unvereinbar sein. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten.
5. In Krakau haben deutsche Offiziere beim Bischof Besuch gemacht, Fürst Radziwill, Besitzer seiner Latifundien. Man kann diese Probleme nicht gesellschaftlich lösen.
6. Unsere Interessen bestehen in Folgendem: Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorgeschobenes Glacis für uns militärische Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. Dazu müssen die Bahnen, Straßen und Nachrichtenverbindungen für unsere Zwecke in Ordnung gehalten und ausgenutzt werden. Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen müssen beseitigt werden. Die „polnische Wirtschaft" muß zur Blüte kommen: Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. Zusammenarbeit mit neuen Reichsgauen (Posen und Westpreußen) nur für Umsiedlungen (vgl. Auftrag Himmler).
Zweck: Klugheit und Härte in diesem Volkstumskampf müssen es uns ersparen, dieses Landes wegen noch einmal auf das Schlachtfeld zu müssen.

Der Oberbefehlshaber Ost, H. Qu. Schloß Spala, den 6. 2. 40

Aus der Vortragsnotiz des Gen. Oberst Blaskowitz für einen Vortrag beim O. b. d. H. am 15. 2. in Spala

I. Militärpolitische Lage.
Im Industriegebiet Kazierna ist zum ersten Male das Bestehen einer weitverzweigten Aufstands- und Sabotageorganisation festgestellt. Hauptträger der Organisation sind Angehörige des ehemaligen polnischen Heeres. Das bei zahlreichen Verhafteten vorgefundene Material wird zur Zeit noch gesichtet. Die Staatspolizei sieht zunächst von weiteren Verhaftungen ab, um die spätere Zerstörung der Gesamtorganisation nicht zu gefährden.
Die sich hiermit aufzeigende Gefahr zwingt, zur Frage der Behandlung des polnischen Volkes allgemein Stellung zu nehmen.
Es ist abwegig, einige 10.000 Juden und Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten; denn damit werden angesichts der Masse der Bevölkerung weder die polnische Staatsidee totgeschlagen noch die Juden beseitigt. Im Gegenteil, die Art und Weise des Abschlachtens bringt größten Schaden mit sich, kompliziert die Probleme und macht sie viel gefährlicher als sie bei überlegtem und zielbewußtem Handeln gewesen wären. Die Auswirkungen sind:
a) Der feindlichen Propaganda wird ein Material geliefert, wie es wirksamer in der ganzen Welt nicht gedacht werden kann. Was die Auslandsender bisher gebracht haben, ist zwar ein winziger Bruchteil von dem, was in Wirklichkeit geschehen ist. Es muß damit gerechnet werden, daß das Geschrei des Auslandes stetig zunimmt und größten politischen Schaden verursacht, zumal die Scheußlichkeiten tatsächlich geschehen sind und durch nichts widerlegt werden können.
b) Die sich in aller Öffentlichkeit abspielenden Gewaltakte gegen Juden erregen bei den religiösen Polen nicht nur tiefsten Abscheu, sondern ebenso großes Mitleid mit der jüdischen Bevölkerung, der der Pole bisher mehr oder weniger feindlich gegenüberstand. In kürzester Zeit wird es dahin kommen, daß unsere Erzfeinde im Ostraum – der Pole und der Jude, dazu noch besonders unterstützt von der kath. Kirche – sich in ihrem Haß gegen ihre Peiniger auf der ganzen Linie gegen Deutschland zusammenfinden werden.
c) Auf die Rolle der Wehrmacht, die gezwungen ist, diesem Verbrechen tatenlos zuzuschauen, und deren Ansehen besonders bei der polnischen Bevölkerung eine nicht wieder gut zu machende Einbuße erleidet, braucht nicht nochmal hingewiesen zu werden.
d) Der schlimmste Schaden jedoch, der dem deutschen Volkskörper aus den augenblicklichen Zuständen erwachsen wird, ist die maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit, die sich in kürzester Zeit unter wertvollem deutschem Menschenmaterial wie eine Seuche ausbreiten wird.
Wenn hohe Amtspersonen der SS und Polizei Gewalttaten und Brutalität verlangen und sie in der Öffentlichkeit belobigen, dann regiert in kürzester Zeit nur noch der Gewalttätige. Überraschend schnell finden sich Gleichgesinnte und charakterlich Angekränkelte zusammen, um wie es in Polen der Fall ist, ihre tierischen und pathologischen Instinkte auszutoben. Es besteht

kaum noch die Möglichkeit, sie im Zaum zu halten; denn sie müssen sich mit Recht von Amtswegen autorisiert und zu jeder Grausamkeit berechtigt fühlen.
Die einzige Möglichkeit, sich dieser Seuche zu erwehren, besteht darin, die Schuldigen und ihren Anhang schleunigst der militärischen Führung und Gerichtsbarkeit zu unterstellen.
Der Oberbefehlshaber im Grenzabschnitt Süd, General der Artillerie *Ulex*, äußert sich am 2. Februar 1940:

An den
Oberbefehlshaber Ost
Spala
Die sich gerade in letzter Zeit anhäufenden Gewalttaten der polizeilichen Kräfte zeigen einen ganz unbegreiflichen Mangel menschlichen und sittlichen Empfindens, so daß man geradezu von Vertierung sprechen kann. Dabei glaube ich, daß meiner Dienststelle nur ein kleiner Bruchteil der geschehenen Gewaltakte zur Kenntnis kommt.
Es hat den Anschein, daß die Vorgesetzten dieses Treiben im Stillen billigen und nicht durchgreifen wollen.
Den einzigen Ausweg aus diesem unwürdigen, die Ehre des ganzen deutschen Volkes befleckenden Zustand sehe ich darin, daß die gesamten Polizeiverbände einschließlich ihrer sämtlichen höheren Führer und einschließlich aller bei den Generalgouvernementsstellen befindlichen Führer, welche diesen Gewalttaten seit Monaten zusehen, mit einem Schlag abgelöst und aufgelöst werden und daß intakte, ehrliebende Verbände an ihre Stelle treten.

gez. Ulex

Am 5. 2. teilt der Verbindungsoffizier beim Generalgouvernement, Major v. Tschammer und Osten, mit, in Reassow und Tschenstochau seien bei der Ordnungspolizei eine Reihe von Todesurteilen gefällt und sollten dem Führer zur Bestätigung vorgelegt werden. In Tschenstochau seien allein 4 Offiziere angeklagt, der Bataillonskommandeur sei dreimal zum Tode verurteilt.
Nachdem, was bisher geschehen ist, muß abgewartet werden, ob tatsächlich der Wille besteht, Ordnung zu schaffen, obwohl mehr oder weniger sämtliche Führer sich an diesem Treiben beteiligt, es zumindest unterstützt oder geduldet haben.
Was in Tschenstochau im Einzelnen vorgefallen, entzieht sich der hiesigen Kenntnis. Nach Angabe eines Polizeioffiziers haben sich hier Offiziere der Polizei, wie auch an vielen anderen Stellen, in einem Blutrausch befunden.
Welcher Rohheiten diese Bestien fähig sind, ergibt die in der Anlage 1 beigefügte Vernehmung eines Unterfeldwebels, eines Unteroffiziers und eines Gefreiten des Infanterieregiments 414.
Die Einstellung der Truppe zur SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.
Eine eigentlich ständige Begleiterscheinung jeder polizeilichen Durchsuchung und Beschlagnahme sind Ansätze von Raub und Plünderung durch die an der Aktion beteiligten Polizeipersonen. Daß beschlagnahmte Waren jeder Art in den Polizei- und SS–Verbänden verteilt oder gegen eine geringe Anerkennungsgebühr verkauft werden, ist offenbar gang und gebe.
In einer Besprechung beim Generalgouverneur am 23. 1. 1940 teilt Generalmajor Rührmann, der Beauftragte für den Vier-Jahres-Plan mit, daß es seinem gewandten Außenstellenleiter, einem Rittmeister Schuh, gelungen sei, die SS zu bewegen, große Mengen von Uhren und Goldwaren abzugeben.
Angesichts solcher Zustände ist es natürlich nicht verwunderlich, daß der Einzelne jede Gelegenheit benutzt, um sich selbst zu bereichern. Er kann dieses ja auch ohne jede Gefahr, denn wenn die Gesamtheit stiehlt, braucht der einzelne Dieb so leicht keine Strafe zu befürchten.
Es besteht kein Zweifel, daß die polnische Bevölkerung, die alle diese Verbrechen wehrlos mit ansehen muß oder durch sie selbst betroffen und zur Verzweiflung getrieben, jede Aufruhr- und Rachebewegung fanatisch unterstützen wird. Weite Kreise, die niemals an einen Aufstand gedacht haben, werden jede Möglichkeit hierzu ausnützen und ihr als entschlossene Kämpfer zuströmen. Besonders die zahlreiche kleinbäuerliche Bevölkerung, die bei vernünftiger Behandlung und sachgemäßer deutscher Verwaltung ruhig und zufrieden für uns gearbeitet hätte, wird sozusagen mit Gewalt ins feindliche Lager getrieben.

Eine ganz besonders und stetig wachsende Beunruhigung des Landes bringt die Umsiedlung mit sich. Es liegt auf der Hand, daß die darbende und um ihre Existenz und ihr Leben ringende Bevölkerung nur mit größter Sorge die völlig mittellos, über Nacht aus ihren Häusern gerissen, sozusagen nackt und hungernd bei ihr unterkriechenden Massen der Umgesiedelten betrachten

muß. Daß diese Gefühle durch die zahlreichen verhungerten, toten Kinder jedes Transportes und die Waggons voll erfrorener Menschen zu maßlosem Haß gesteigert werden, ist nur zu erklärlich.
Die Ansicht, man könne das polnische Volk mit Terror einschüchtern und am Boden halten, wird sich bestimmt als falsch erweisen. Dafür ist die Leidensfähigkeit des Volkes viel zu groß.
Die Truppe hat in den letzten Monaten etwa hundert Erschießungen nach standrechtlicher Verurteilung in der Hauptsache wegen Waffenbesitz und Sabotage vorgenommen. Die polnische Bevölkerung hält dies für unser gutes Recht und findet sich damit ab. Dagegen wird sie sich mit allen Mitteln gegen alle verbrecherischen Grausamkeiten, Mißhandlungen und Plünderungen, wie sie von SS, Polizei und Verwaltung begangen werden, zur Wehr setzen.
Die ältere polnische Generation kennt sehr genau aus hunderjährigem Kampf alle erprobten Schliche einer geschickten Verschwörung aus eigener Erfahrung. Sie wird sie an die Jugend weitergeben und diese damit zum besonders ernstzunehmenden Gegner machen.
Die mehrfach geäußerte Ansicht, ein kleiner polnischer Aufstand sei ganz erwünscht, weil man dann Gelegenheit habe, im großen Stil die Polen zu dezimieren, wird für sehr leichtfertig gehalten. Es sind nachweislich Massen von Waffen und Munition im Lande versteckt, so daß eine Aufstandsbewegung bestimmt viel deutsches Blut kosten würde. Zudem muß befürchtet werden, daß für die Niederkämpfung unter Umständen schwer entbehrliche Verstärkungen aus dem Westen herangezogen werden müssen.
Es besteht kein Zweifel, daß mit diesem Treiben in einer unverantwortlichen Weise die militärische Sicherheit und wirtschaftliche Ausnutzung des Ostens nutzlos gefährdet wird.
Aus der großen Zahl der nach dem 9. 12. zur Kenntnis von Oberost gekommenen Übergriffe und Verstöße der Polizei, SS und Verwaltung werden einige bezeichnende Fälle in Erweiterung der früheren Liste in der Anlage 2 aufgeführt.
In dem Verhältnis zum Generalgouverneur und der Polizei hat sich nach dem Besuch in Spala nichts geändert. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob zur Wehrmacht überall die besten Beziehungen unterhalten würden. Der Truppe gegenüber ist man vorsichtiger geworden. Der Truppe selbst ist fraglos das Rückgrat gestärkt. Übergriffe gegen sie werden sich so leicht nicht wiederholen.
(...)

[10] *Auszüge aus dem Tagebuch von Hans Frank: Polizeisitzung vom 30. 5. 1940*

(...) Ich möchte Ihnen sagen, daß die Sitzung heute absichtlich von mir in diesen Zeitpunkt gelegt wurde, in welchem wir viel freier und auch im engsten Rahmen über alles das sprechen können, was nun an Aufgaben polizeilicher Art auf uns liegt, als das vor dem 10. Mai 1940, also vor dem Zeitpunkt des Beginns der Westoffensive, der Fall war. Sie wissen, daß wir am Anfang hier die Meinung vertreten hörten, daß wir sie sogar teilweise selber mit vertreten haben; dieses Gebiet soll in kurzer Zeit der völligsten Ausplünderung, der Herauspressung all desjenigen dienen, was nur aus ihm herausgeholt werden kann; alles, was Wert hat, soll ins Reich gebracht werden und was derlei mehr war. Was mir damals in Berlin vorgetragen wurde, das schwand uns aber bald unter der Einwirkung der kritischen Ereignisse dahin. Schon nach kurzer Zeit entdeckten wir, daß es notwendig ist, die Möglichkeiten dieses Gebietes für das Deutsche Reich viel intensiver anzusehen, als es in dem Zeitpunkt der Fall war, in welchem man nur von Zerstörung sprach.
Dann kam eine merkwürdige Wendung. Zwar hat mir der Führer noch Anfang Oktober gesagt, daß er dieses Gebiet als Restgebiet des polnischen Volkstums, als eine Art Reststaat sicherstellen wolle, den wir dann dereinst der polnischen Nation wieder zurückgeben würden. Aber nicht zuletzt unter dem Einfluß der Berichte, die allmählich aus dem Lande über die Möglichkeiten in agrarpolitischer, industrieller Beziehung, über die Möglichkeiten einer großen deutschen kolonisatorischen Tätigkeit eingingen, weiter auch unter dem Eindruck des Umstandes, daß das eigentliche kleine niedere polnische Volk, nämlich die Arbeiter und Bauern, im wesentlichen durchaus gewillt war, unter starker Hand zu arbeiten, unter dem Einfluß aller dieser Meldungen sagte mir dann der Führer – und ich weiß das noch wie heute, es war Anfang November: – Wir wollen das Generalgouvernement behalten, wir geben es nicht mehr her. Angesichts dieser Änderung der Sachlage war nun ein ganz neues Programm aufzustellen. Was der Führer schon wiederholt mit mir besprochen hatte, das wurde nun in steigendem Maße Gegenstand der Erörterung, daß nämlich das Gebiet des Generalgouvernements im deutschen Machtbereich bleibt, nicht in der Form eines Protektorats oder einer ähnlichen Form, sondern in der Form eines klar unter deutscher Herrschaft stehenden Machtgebildes des Deutschen Reiches, in welchem irgendwie gegenüber der polnischen arbeitenden Unterschicht die absolute Führung des Deutschtums gesichert ist, und in welchem nach Abschluß der Germanisierung und Zurückführung der Deutschen des Warthegaues, Westpreußens, Süd-und Ostpreußens und Ober-

schlesiens auf weite Sicht die Germanisierung durchgesetzt werden wird. Ich spreche ganz offen von Germanisierung; denn nicht anders war ja das Problem für unsere Vorfahren vor 1.000 Jahren, wo dasselbe fremdsprachige slawische Volk hier zusammengedrängt wurde. Wie oft müssen wir nicht, wenn wir ein blondes, blauäugiges Kind sehen, uns darüber wundern, daß es polnisch spricht, und ich sage mir dann: Wenn wir dieses Kind deutsch erziehen würden, dann würde es ein hübsches deutsches Mädel sein. Wir sehen also einen absolut germanischen Rassekern in diesem Volkstum, und diesen Rassekern zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern, wird auf weite Sicht die Möglichkeit geben, diesen Raum des Generalgouvernements dem Deutschtum zuzuführen.
Über all das habe ich mit dem Führer gesprochen, und wir sind uns auch darüber einig, daß sukzessive dieses Gebiet in der Form dem Deutschtum zurückgeführt werden muß. In welchen Zeitläufen es geschieht, ob das in 50 oder 100 Jahren vor sich geht, das interessiert jetzt nicht. Entscheidend ist – und das ist nun das wichtigste, weswegen wir auch heute zusammen gekommen sind – daß wir jeden Augenblick benutzen, der uns gegeben ist, um diesem Ziel zu dienen und in diesem Sinne eine förderliche Arbeit zu leisten.
[...]
Ich habe dem gegenüber nur eins zu sagen: Ich kann diese Polenpolitik nur mit Ihnen machen. Entschuldigen Sie dieses ganz offene Wort. Wenn ich hier im Lande nicht die alte nationalsozialistische Kämpfergarde der Polizei und SS hätte, mit wem wollten wir dann diese Politik machen? Das könnte ich nicht mit der Wehrmacht tun, überhaupt mit niemandem; das sind so ernste Dinge, und wir stehen hier als Nationalsozialisten vor einer so ungeheuer schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit, daß wir auch nur im engsten Kreise überhaupt über diese Dinge reden können.
Wenn wir demnach angesichts aller dieser Schwierigkeiten das Ziel der vollkommenen Beherrschung des polnischen Volkes in diesem Raum erreichen wollen, dann müssen wir die Zeit nutzen. Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d. h. an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in diesem Gebiet in der Welt angerichtet hat, – nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten – aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder die Stimmen aus dem Propagandaministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, daß das ein Mordregime wäre, daß wir mit diesem Greuel aufhören müßten usw. Dabei war es natürlich klar, daß wir auch die Erklärung abgeben mußten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, daß bis zu dem Augenblick, wo das Weltscheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges im großen Ausmaße geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draußen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, daß sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses außerordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluß zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, daß das einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiß, welche Verantwortung wir damit übernehmen. Aber es ist klar, daß wir das tun können, und zwar gerade aus der Notwendigkeit heraus, den Flankenschutz des Reiches im Osten zu übernehmen.
Aber mehr noch: SS-Obergruppenführer Krüger und ich haben beschlossen, daß die Befriedungsaktion in beschleunigter Form durchgeführt wird. Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen. Ich appelliere an Sie als nationalsozialistische Kämpfer, und mehr brauche ich wohl dazu nicht zu sagen.
Wir werden diese Maßnahme durchführen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzu-

schaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande.

Wir werden es auch in der Form tun, die die einfachste ist. Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der auf Grund dieser Maßnahme amtlich oder dienstlich verpflichtet ist, die Exekution durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Wir können leicht Hunderte von Todesurteilen hier unterzeichnen; aber ihre Durchführung deutschen Männern, anständigen deutschen Soldaten und Kameraden zu übertragen, das bedeutet eine furchtbare Belastung. Ich bin deshalb auch dem Parteigenossen Siebert sehr dankbar für die Herausgabe des Erlasses, in welchem er den Polizeiorganen eine gewisse Rücksichtnahme auf die physische Situation der mit solchen Exekutionen betrauten Männern zur Pflicht macht. Ich würde Sie bitten, diesen Erlaß, wenn es irgend möglich ist, unter allen Umständen zu berücksichtigen. Aber nicht nur das, jeder Polizei- und SS-Führer, der nun die harte Pflicht hat, diese Urteile zu vollstrecken, muß auch hundertprozentig die Gewißheit haben, daß er hier in Erfüllung eines Rechtspruches der deutschen Nation handelt. Daher wird auch für diese Fälle der AB-Aktion das summarische polizeiliche Standgerichtsverfahren durchgehalten, wie ich es mit dem Kameraden Streckenbach vereinbart habe, damit auf keinen Fall der Eindruck einer willkürlichen Aktion oder ein ähnlicher Eindruck entsteht. Ich glaube, daß diese zusammenhängende Maßnahme bis 15. Juni beendet werden kann, jedenfalls muß alles geschehen, damit es möglich ist. Die bei mir eingeführte Gnadenkommission hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Die AB-Aktion vollzieht sich ausschließlich zwischen dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger und seinen Organen.

Es ist das eine reine interne Befriedungsaktion, die notwendig ist, und die außerhalb des normalen Verfahrens liegt.

(...) Die Wehrmacht hat das Interesse am Generalgouvernement verloren; der entscheidende Waffenträger in diesem Gebiet sind Polizei und SS geworden. Meine Bitte an Sie geht daher dahin, diesen Umständen Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, daß entsprechend den Schwächungen der Wehrmacht, die entsprechend dem Fortgang der Operationen im Westen sich vollziehen werden, Polizei und SS immer mehr in Erscheinung treten. Polizei und SS müssen in den Städten marschieren, damit den Polen gezeigt wird, daß wir da sind. (...)

SS-Obergruppenführer Krüger stellt einleitend fest, daß heute nach fast neunmonatigem Einsatz der SS und der Polizei im Generalgouvernement zum ersten Mal Gelegenheit gegeben sei, zu dem verantwortlichen SS- und Polizeiführerkorps zu sprechen, um ihm die Weisung des Führers und die Richtlinien für ihre zukünftige Tätigkeit zur Kenntnis zu bringen. Die Aufgaben der SS und Polizei im Generalgouvernement seien nur zu lösen gewesen und auch weiterhin nur zu lösen dadurch, daß der Generalgouverneur in seiner Person die tatkräftigste Unterstützung gewährt, und die SS und Polizei jederzeit und in jeder Weise gefördert habe.

Für die SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement handele es sich nicht nur um die Frage, wie die Aufgaben polizeilicher Art technisch gelöst werden können, sondern darum, daß die Lösung dieser Aufgaben praktisch möglich ist in engster Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Trägern der zivilen Verwaltung. In dieser Hinsicht sei zu melden, daß im großen und ganzen die Zusammenarbeit zwischen den SS- und Polizeiführern und den Gouverneuren ebenso wie die Zusammenarbeit der Kommandeure der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei eine gute ist. Dort, wo sich persönliche Reibungen ergaben, habe er sich als Höherer SS- und Polizeiführer bemüht, diese Reibungen möglichst örtlich zu beheben. Eine reibungslose Zusammenarbeit sei die unerläßliche Voraussetzung für die Lösung der schwierigen und vielseitigen Aufgaben im Generalgouvernement. In dieser Beziehung sei die Polizei auf die Unterstützung der Distriktchefs angewiesen, und er bitte die Distriktchefs, für die Schwierigkeiten der polizeilichen Aufgaben Verständnis zu haben.

Nach den heutigen Ausführungen des Generalgouverneurs können für die SS- und Polizeiführer keine Zweifel über den Umfang für die Polizei bevorstehenden Aufgaben bestehen. (...)

Brigadeführer Streckenbach berichtet dann über den gegenwärtigen Stand der AB-Aktion und weist einleitend darauf hin, daß die Sicherheitspolizei in der Zeit vom Herbst vergangenen Jahres bis zum März die Aufgaben, die ihr zugewiesen worden seien, gelöst und die Aktionen durchgeführt habe, die sich aus der allgemeinen Arbeit der Polizei ergeben hätten. Nebenher seien die Vorbereitungen zur planmäßigen und damit auch zur endgültigen Niederhaltung des polnischen politischen Widerstandes und gleichzeitig der Unschädlichmachung des Verbrechertums im Generalgouvernement gelaufen. Mit der ersten Großaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung habe eigentlich nunmehr die planmälige Arbeit begonnen. Dieser große Einbruch in die polnische Widerstandsbewegung bedeute einen Anfang, der nie ein Ende nehme. Denn die einmalige Verhaftung von Funktionären bedeute nicht ein Ende der Bewegung, sondern es gehe immer von einer Verhaftung zur anderen. So sei denn auch die Sicherheitspolizei seit der Aktion vom 31. März nicht wieder von der Widerstandsbewegung losgekommen,

sondern sie werde immer Gegner bleiben, solande es überhaupt im Generalgouvernement Kreise gebe, die der deutschen Verwaltung Widerstand entgegensetzen wollten. (...)
In den Händen der Sicherheitspolizei hätten sich zu Beginn der außerordentlichen Befriedungsaktion etwa 2.000 Männer und einige hundert Frauen befunden, die als irgendwie geartete Funktionäre der polnischen Widerstandsbewegung in Haft gesetzt worden seien. Sie stellen wirklich eine geistige Führerschicht der polnischen Widerstandsbewegung dar. Natürlich sei diese Führerschicht nicht auf die 2.000 Personen beschränkt. In den Akten und Karteien des Sicherheitsdienstes befänden sich weitere etwa 2.000 Namen von Personen, die diesem Kreis zuzurechnen seien. Das seien Personen, die angesichts ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos ohnehin unter die für das Generalgouvernement geltende Standrechtsverordnung fielen. Die summarische Aburteilung dieser Leute habe in dem Augenblick begonnen, in welchem die außerordentliche Befriedungsaktion angeordet worden sei. Die standrechtliche Aburteilung der 2.000 Inhaftierten nähere sich ihrem Ende, und es seien nur noch wenige Personen abzuurteilen.
Nach Durchführung dieses summarischen Standgerichtsverfahrens habe nun schon eine Festnahmeaktion begonnen, die den Kreis der dem Sicherheitsdienst bekannten, aber noch nicht inhaftierten Leute ebenfalls in die Hände der Sicherheitspolizei und damit zur summarischen Aburteilung bringen sollte. Das Ergebnis dieser Festnahmeaktion stehe noch nicht fest. Er rechne mit einem 75%-igen Ergebnis. Insgesamt würde also die Aktion einen Kreis von etwa 3.500 Menschen umfassen. Es sei kein Zweifel, daß man mit diesen 3.500 Personen wirklich den politisch gefährlichsten Teil der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement erfasse. (...)
Gouverneur Dr. Zörner drückt im Hinblck auf die bevorstehende AB-Aktion den Wunsch aus, daß von ihr nicht Bauern und Arbeiter, die sich nur im beschränkten Umfang politisch betätigt haben, erfaßt werden. Es bestehe ein Interesse daran, daß der Großteil friedlicher Bauern, der seinen Acker für uns besorge oder mitbesorge, nicht in dauernder Beunruhigung gehalten werde. (...)
Gouverneur Dr. Fischer bezeichnet das Verhältnis zwischen Distriktsverwaltung einerseits und SS und Polizei anderseits in seinem Distrikt als ganz ausgezeichnet. Aus einer selbstverständlichen Kameradschaft sei eine persönliche Freundschaft geworden, und dementsprechend würden alle Fragen in Stadt und Kreis Warschau geregelt. Zu wünschen wäre nur die Verlegung eines Polizeibataillons von Ostrow nach Siedlce.
Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er grundsätzlich angeordnet habe, Bauern und Arbeiter von der Aktion auszunehmen.
Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus: [...]
In den Ausführungen der Redner ist der Gedanke einer Zusammenarbeit von Zivilverwaltung und Polizei sehr schön zum Ausdruck gekommen. Gewiß wurde von der Zivilverwaltung und von der Polizei gesprochen. Das klang beinahe wie ein Gegensatz; aber dieser Gegensatz besteht praktisch nicht. Denn innerhalb des Reichsgefüges und der Reichsverwaltung ist selbstverständlich die sogenannte Zivilverwaltung auch nur ein Teil des Ganzen, zu dem ebenso die Polizei gehört. Von meinem Standpunkt aus gesehen, ist diese Einheit auch da. Ob nun der Gouverneur eine Angelegenheit direkt erledigt oder ob es durch die Polizei geschieht, das bedeutet in Wirklichkeit keine Konkurrenz. Auch die Polizei steht dem Gouverneur zur Verfügung, auch der Polizeiapparat im Distrikt ist ein Bestandteil der gesamten Verwaltung. Einen Gegensatz: Verwaltung einerseits und Polizei andererseits darf es also nicht geben.
Unter diesem Gesichtspunkt wären allerdings noch verschiedene Fragen zu klären gewesen. Wenn eine Justizstelle wahnsinnig genug wäre, das Vergehen irgend einer Polizeidienststelle im Zusammenhang mit einer großen politischen Aktion einer strafrechtlichen Untersuchung zu unterziehen und allenfalls eine Anklage gegen diese Polizeidienststelle oder eine andere Dienststelle wegen Verletzung von Dienstpflichten usw. zu erheben, so könnte man in diesem Vorgehen natürlich gerade aus dieser nicht echten Konkurrenz von Verwaltung und Polizei einen scharfen Verstoß gegen das Gemeinschaftsinteresse erblicken. Ich habe ja gerade die Sitzung aus dem Grunde einberufen, um die Gouverneure und die Polizeidienststellen darauf aufmerksam zu machen, daß wir über den legalen Rahmen unserer Aufgaben hinaus eine ganz große politische Verantwortung hier in diesem Raum zu tragen haben. Es kommt nicht darauf an, daß wir einen legal vorbildlichen Musterstaat ins Leben rufen, sondern es kommt hauptsächlich darauf an, die große nationalsozialistische Ostaufgabe hier in diesem Raum zu erfüllen. Es kann also nicht das Ziel sein, hier einen Rechtsstaat aufzubauen, sondern die Ostpolitik muß so geführt werden, daß immer als die entscheidenste Mission der Ausbau der Befehle des Generalgouverneurs im Vordergrund steht. [...]
Was die Konzentrationslager anlangt, so waren wir uns klar, daß wir hier im Generalgouvernement Konzentrationslager im eigentliche Sinne nicht einrichten wollen. Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. Was sich draußen in den Konzentrationslagern des Reiches an Häftlingen aus dem Generalgouvernement befindet, das soll uns zur AB-Aktion zur Verfügung gestellt oder dort erledigt werden. Wir können nicht die Reichskonzentrations-

lager mit unseren Dingen belasten. Was wir mir den Krakauer Professoren an Scherereien hatten, war furchtbar. Hätten wir die Sache von hier aus gemacht, wäre sie anders verlaufen. Ich möchte Sie daher dringend bitten, niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reiches abzuschieben, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen oder eine ordnungsgemäße Strafe zu verhängen. Alles andere ist eine Belastung des Reiches und eine dauernde Erschwerung. Wir haben hier eine ganz andere Form der Behandlung, und diese Form muß beibehalten werden. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich an dieser Behandlung nichts ändern wird durch einen allenfallsigen Friedensschluß. Dieser würde nur bedeuten, daß wir dann als Weltmacht noch viel intensiver als bisher unsere allgemeinen politischen Aktionen durchführen würden, er würde bedeuten, daß wir in noch großzügigerem Maße zu kolonisieren haben, aber ändern würde er an dem Prinzip nichts. Es bleibt bei der schärfsten antipolnischen Tendenz, wobei jedoch Rücksicht genommen werden muß auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des polnischen Arbeiters und des polnischen Bauern. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir dieses Gebiet des Generalgouvernements nicht halten können, wenn wir einen Ausrottungsfeldzug gegen die polnischen Bauern und Arbeiter beginnen würden in der Form, wie er von einzelnen Phantasten gedacht ist. Es kann sich nur um die Beseitigung der Führerschicht handeln, aber das arbeitende Volk muß unter unserer verantwortlichen Befehlsgewalt nutzbringende Arbeit leisten. Daher ist es zweckmäßig, daß die Polizei auch von diesem Volk der Bauern und Arbeiter als eigener Schutz angesehen wird. Helfen Sie mir bitte, diese Splitterungspolitik zu unterstützen! Es würde nicht schaden, wenn die Polizei von sich aus öfters demonstrativ den Schutz eines polnischen Arbeiters übernehmen würde gegen einen polnischen Großkapitalisten. Es müßte sich ganz allgemein unter den polnischen Bauern und Arbeitern die Meinung verbreiten: wir stehen unter dem Schutz des Reiches und seiner Exekutivorgane und brauchen uns nicht zu fürchten, wenn wir unsere Arbeit tun. Diese allgemeine Aktion ist um so wichtiger, je schärfer wir gegen die eigentlichen Machthaber und Führerpersönlichkeiten in Polen vorgehen. [...]
Ich werde im Benehmen mit SS-Obergruppenführer Krüger Ende Juni wieder eine Sitzung hier halten. Es wird dann Bericht erstattet werden über die AB-Aktion, und es werden einige grundsätzliche Fragen, die mit der Umsiedlung zusammenhängen, erörtert werden. [...]
SS-Obergruppenführer Krüger dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, daß er den Männern der SS und Polizei neue Richtlinien für ihre zukünftige Arbeit gegeben hat, und bittet ihn, versichert zu sein, daß Polizei und SS unbeirrt und verantwortungsbewußt unter der Führung des Generalgouverneurs ihre Pflicht weiterhin erfüllen werden.
Schluß der Sitzung 13.10 Uhr

2. KAPITEL

SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK IM ZEICHEN VON ANNEXIONEN ALS MITTEL STRATEGISCHER SICHERUNG UND TRADITIONELLER MACHTERWEITERUNG

(Der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939/40)

Während Deutschland seine Kampfdivisionen aus Polen an die Westfront abtransportierte, Frankreich und Großbritannien ihre Abwehrbereitschaft erhöhten und der Krieg im Schwebezustand blieb ("Sitzkrieg") richtete sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Vorgänge im Baltikum und in Finnland. Die Sowjetunion, die außenpolitisch ganz im Zeichen der Zusammenarbeit mit dem NS-Deutschland stand [11] – die auch die kommunistischen Emigranten dialektisch zu begründen suchten [12] –, hatte Ende September/Anfang Oktober 1939 die baltischen Staaten gezwungen, mit ihr Beistandspakte abzuschließen und der Roten Armee Stützpunkte im Lande einzuräumen –. Am 5. Oktober erhielt der finnische Außenminister Erkko eine Einladung, in Moskau über "konkrete politische Fragen" zu verhandeln. In den am 12. Oktober beginnenden sowjetisch-finnischen Besprechungen forderte Stalin den Abschluß eines Beistandspaktes entsprechend den Verträgen mit Estland, Litauen und Lettland sowie die Einräumung von Stützpunkten zur Sicherung des strategischen Vorfeldes von Leningrad. Die finnische Regierung war aber nicht gewillt, ihre Neutralitätspolitik und staatliche Unabhängigkeit aufzugeben; sie lehnte ab. Daraufhin versuchte die Sowjetunion, ihre Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen.

Nachdem die UdSSR am 27. 11. den 1932 mit Finnland abgeschlossenen Nichtangriffspakt gekündigt hatte, ging die Rote Armee, unterstützt von Luftangriffen, am 30. 11. 1939 an zahlreichen Stellen der sowjetisch-finnischen Grenze zur Offensive über. Aber die finnischen Truppen, unter dem Oberbefehl des Marschalls Mannerheim, wehrten alle Angriffe ab; durch ihre geschickte Motti-Taktik (Waldkampf) fügten sie den sowjetischen Verbänden hohe Verluste zu.

Am 14. Dezember 1939 erklärte der Völkerbund die Sowjetunion zum Angreifer und schloß sie aus den kollektiven Sicherheitssystem aus. Schweden hielt sich in der Auseinandersetzung strikt neutral; auch lehnte es eine Aufforderung des Völkerbundes ab, Hilfsaktionen für Finnland einzuleiten. England und Frankreich lieferten dagegen am 20. Dezember erste Waffen nach Finnland. Gleichzeitig prüften sie, ob sie durch ein Expeditionskorps von 50.000 Mann (über Nordnorwegen) Finnland militärisch unterstützen konnten. Am 5. Februar 1940 faßte der alliierte Kriegsrat einen entsprechenden Beschluß, der aber durch die Entwicklung an der sowjetisch-finnischen Front bald überholt wurde. Am 6. 2. war die Rote Armee mit weit überlegenen Kräften zum Großangriff gegen die Mannerheim-Linie angetreten; Ende Februar hatte sie den 2. Sperrgürtel dieser Verteidigungsfront durchbrochen. Unter dem Eindruck dieser sowjetischen Erfolge und der eigenen Verluste beschloß Finnland, mit der Sowjetunion zu verhandeln.

Während Italien offen mit dem kleinen finnischen Volk sympathisierte – Mussolini Hitler aufforderte, zum Kampf gegen den Bolschewismus zurückzukommen [13], um nicht die gemeinsame Revolution zu verraten – war die deutsche Haltung zwiespältig. Insgeheim bewunderten viele die Abwehrleistungen der Finnen, offiziell aber kam das Reich seinen Verpflichtungen aus dem Nichtangriffsabkommen mit der Sowjetunion vom 23. 8. 1939 nach, in "keiner Form" eine dritte Macht zu unterstützen, falls die Sowjetunion Gegenstand kriegerischer Handlungen mit dieser würde. Hitler schrieb Mussolini Anfang März, seiner Meinung nach habe sich der Bolschewismus in Rußland zu einer "russisch-nationalen Staatsideologie und Wirtschaftsidee" entwickelt, gegen die zu kämpfen er weder "Interesse noch Anlaß" habe. [14] Freilich war Deutschland schon aus wirtschaftlichen

Gründen (Nickellieferungen aus Petsamo; Erznachfuhr aus Schweden) stark daran interessiert, den Krieg im Norden einzudämmen. Mit Erleichterung nahm es daher dessen Ende zur Kenntnis.

Angesichts der personellen und materiellen Überlegenheit der Roten Armee, ohne Hilfe von außen, sah die politische Führung Finnlands keinen anderen Ausweg, als den Kampf einzustellen: am 12. März 1940 unterzeichnete sie den Frieden von Moskau [15]. Die Bereitschaft der Sowjetunion, dieses Abkommen rasch abzuschließen, wurde gewiß auch durch die Einsicht begünstigt, ernsthafte Verwicklungen mit England und Frankreich vermeiden zu müssen, wollte sie nicht in den europäischen Krieg hineingezogen werden.

DOKUMENTE

[11] *Aus der Rede des sowjetischen Außenministers Molotow über die sowjetische Außenpolitik, gehalten anläßlich der 5. (außerordentlichen) Sitzung des Obersten Sowjet am 31. Oktober 1939*

In der internationalen Lage haben sich während der letzten zwei Monate wichtige Änderungen ergeben. Vor allem trifft dies für Europa, aber auch für Länder weit jenseits der Grenzen Europas zu. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang drei grundlegende Umstände vor Augen führen, die von entscheidender Bedeutung sind. Als erstes möchte ich die Veränderungen im Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland erwähnen. Der Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes am 23. August hat den anomalen Beziehungen, die zwischen der Sowjetunion und Deutschland jahrelang bestanden, ein Ende bereitet. Anstatt einander anzufeinden, was von gewissen europäischen Mächten in jeder Weise gefördert wurde, haben wir uns nunmehr verständigt und freundschaftliche Beziehungen zueinander aufgenommen.
Die weitere Verbesserung dieser neuen und guten Beziehungen fand ihren Niederschlag in dem am 28. September in Moskau unterzeichneten deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Diese radikale Änderung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Deutschland, den beiden größten Staaten Europas, mußte sich zwangsläufig auf die gesamte internationale Lage auswirken. Überdies haben die Ereignisse die anläßlich der letzten Sitzung des Obersten Sowjets abgegebene Beurteilung der politischen Bedeutung der sowjetisch-deutschen Verständigung voll und ganz bestätigt.
Des weiteren müssen wir die Tatsache der militärischen Niederlage Polens und den Zusammenbruch des polnischen Staates erwähnen. Die führenden Kreise in Polen haben sich oft und lautstark der "Stabilität" ihres Staates und der "Macht" ihres Heeres gerühmt. Jedoch genügten zwei, erst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee, rasch geführte Schläge gegen Polen, und nichts blieb mehr übrig von diesem unschönen Produkt des Versailler Vertrages, das die Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten zur Folge hatte. Die "traditionelle Politik" des prinzipienlosen Manövrierens zwischen Deutschlands und der UdSSR und das Ausspielen des einen gegen den anderen haben sich als vernunftwidrig erwiesen und zum völligen Schiffbruch geführt.
Schließlich müssen wir zugeben, daß der in Europa entbrannte große Krieg grundlegende Veränderungen in der gesamten internationalen Lage verursacht hat. Dieser Krieg begann als Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen und entwickelte sich zu einem Krieg zwischen Deutschland einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits. Dank des völligen Bankrotts der polnischen Führung nahm der Krieg zwischen Deutschland und Polen ein rasches Ende. Wie wir wissen, waren weder die britischen noch die französischen Garantien für Polen eine Hilfe. In der Tat weiß bis heute noch niemand, worin die "Garantien" eigentlich bestanden. Der Krieg zwischen Deutschland und dem anglo-französischen Block befindet sich erst im Anfangsstadium und hat sich noch nicht voll entwickelt. Dennoch liegt es auf der Hand, daß ein derartiger Krieg radikale Veränderungen der Lage Europas, und nicht nur in Europa allein, hervorrufen mußte.
In Anbetracht dieser bedeutsamen Veränderungen in der internationalen Lage stellen wir fest, daß gewisse althergebrachte Schlagworte, die wir noch vor kurzem angewandt haben und die vielen Leuten zur Gewohnheit geworden sind, heute unverkennbar überholt und nicht mehr anwendbar sind. Wir müssen uns hierüber völlig klar werden, denn nur so können wir vermeiden, bei der Beurteilung der neuen politischen Situation, die sich in Europa entwickelt hat, krassen Irrtümern zum Opfer zu fallen. Wir wissen zum Beispiel, daß in den gerade hinter uns liegenden

Monaten Betriffe wie "Aggression" und "Aggressor" einen neuen konkreten Sinn, eine neue Bedeutung angenommen haben. Es dürfte einleuchten, daß wir diese Begriffe nicht mehr in der Bedeutung anwenden können, wie wir es – sagen wir vor drei oder vier Monaten – getan haben. Heute nimmt Deutschland im Rahmen der europäischen Großmächte die Position eines Staates ein, der danach strebt, den Krieg so früh wie möglich zu beenden und den Frieden wiederherzustellen, während Großbritannien und Frankreich, die noch gestern gegen die Aggression gewettert haben, heute für die Fortsetzung des Krieges und gegen einen Friedensschluß sind. Die Rollen wechseln, wie Sie sehen.
Die Bemühungen der britischen und französischen Regierung, diese ihre neue Haltung mit ihren Verpflichtungen Polen gegenüber zu begründen, sind natürlich unsinnig. Jedermann sieht ein, daß eine Wiederherstellung des alten Polen überhaupt nicht in Frage kommt. Es ist daher absurd, den gegenwärtigen Krieg unter dem Motto der Wiederherstellung des früheren polnischen Staates fortzusetzen.
Obgleich sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs dessen bewußt sind, wünschen sie das Kriegsende und den Friedensschluß nicht, sondern suchen nach neuen Begründungen für die Fortführung des Krieges gegen Deutschland. Die führenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs haben in letzter Zeit versucht, sich als die Verfechter der demokratischen Rechte der Nationen gegen den Hitlerismus hinzustellen, und die britische Regierung hat verkündet, ihr Ziel im Kriege gegen Deutschland sei kein geringeres als die "Vernichtung des Hitlerismus". Dies bedeutet im Endeffekt, daß die britischen und mit ihnen die französischen Befürworter des Krieges Deutschland eine Art "ideologischen" Krieg angesagt haben, der Erinnerungen an die Religionskriege längst vergangener Zeiten wachruft.
Wie dem auch sei, unter dem "ideologischen" Banner hat jetzt ein Krieg begonnen, der noch weitere Ausmaße annehmen wird und noch größere Gefahren für die Völker Europas und der ganzen Welt in sich birgt. Und doch gibt es keinerlei Rechtfertigung für einen derartigen Krieg. Man kann die nationalsozialistische Ideologie wie jedes andere ideologische System akzeptieren oder ablehnen; das ist eine Frage der politischen Einstellung. Aber jedermann sollte einsehen, daß sich eine Ideologie weder durch Gewaltanwendungen vernichten, noch durch Krieg ausmerzen läßt. Es ist daher nicht nur sinnlos, sondern sogar verbrecherisch, einen solchen Krieg mit dem Ziel der "Vernichtung des Hitlerismus", als Kampf für die "Demokratie" getarnt zu führen...
Der wahre Grund für den anglo-französischen Krieg gegen Deutschland ist nicht darin zu sehen, daß Großbritannien und Frankreich gelobt haben, das alte Polen wiederherzustellen, und es ist natürlich auch nicht wahr, daß sie beschlossen haben, einen Kampf für die Demokratie zu führen. Die führenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs haben selbstverständlich andere und weitaus schwerwiegendere Gründe für einen Krieg gegen Deutschland. Diese Motive beruhen jedoch auf keiner Ideologie, sondern auf ihren krassen materiellen Interessen als große Kolonialmächte...
Somit ist der imperialistische Charakter dieses Krieges offenkundig für jeden, der die Gegebenheiten unvoreingenommen betrachtet und seine Augen nicht vor den Tatsachen verschließt. Aus alledem kann man sehen, wer an diesem Kriege interessiert ist, bei dem es um die Weltherrschaft geht. Sicherlich nicht die Arbeiterklasse. Für die Arbeiterklasse beinhaltet dieser Krieg nur blutige Opfer, Not und Mühsal. Nun beurteilen Sie selber, ob sich die Bedeutung von Begriffen wie "Aggression" und "Aggressor" in jüngster Zeit geändert hat oder nicht...
In meinen weiteren Ausführungen möchte ich nunmehr auf die Veränderungen zu sprechen kommen, die sich in der internationalen Stellung der Sowjetunion selbst ergeben haben. Auch hier waren die Veränderungen von nicht geringer Bedeutung. Wenn wir uns jedoch auf das Wesentliche beschränken, müssen wir anerkennen, daß es uns dank der konsequenten Verfolgung einer friedlichen Außenpolitik gelungen ist, unsere Stellung und das internationale Gewicht der Sowjetunion beträchtlich zu stärken.
Wie ich bereits sagte, haben sich unsere Beziehungen zu Deutschland grundlegend gebessert. Hier lief die Entwicklung auf eine Stärkung unserer freundschaftlichen Beziehungen mit dem Anerbieten unserer echten Mitarbeit und der politischen Schützenhilfe für Deutschland in seinen Bemühungen um den Frieden hinaus. Der zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossene Nichtangriffspakt verpflichtete uns zur Einhaltung der Neutralität, falls Deutschland in einen Krieg verwickelt werden sollte. Wir haben diesen Kurs konsequent verfolgt und ihm widersprach auch in keiner Weise der am 17. September begonnene Einmarsch unserer Truppen in das Territorium des früheren Polen. Es möge genügen, hier daran zu erinnern, daß die sowjetische Regierung noch am gleichen Tage, am 17. September, eine Sonderbotschaft an alle Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, richtete; sie beinhaltete, daß die UdSSR ihnen gegenüber ihre Neutralitätspolitik fortsetzen würde.
Es ist Ihnen allen wohlbekannt, daß unsere Truppen polnisches Territorium erst betraten, als der polnische Staat zusammengebrochen war und praktisch zu bestehen aufgehört hatte. Natürlich konnten wir in Anbetracht dieser Tatsache nicht neutral bleiben, da sie dringliche Probleme

aufwarf, die die Sicherheit unseres Staates betrafen. Ferner mußte sich die Sowjetregierung auch mit der Ausnahmesituation befassen, die sich für unsere Brüder in der West-Ukraine und im westlichen Weißrußland, die infolge des polnischen Zusammenbruchs ihrem Schicksal überlassen worden waren, ergeben hatte.

Die nachfolgenden Ereignisse haben voll bestätigt, daß das neue deutsch-sowjetische Verhältnis auf dem festen Fundament gemeinsamer Interessen ruht. Nachdem die Verbände der Roten Armee in das Territorium des früheren polnischen Staates einmarschiert waren, ergaben sich wichtige Fragen bezüglich der Abgrenzung der staatlichen Interessen der UdSSR und Deutschlands. Sie wurden im gegenseitigen Übereinkommen prompt gelöst. Der Ende September abgeschlossene deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag, in dem auch das Problem der Grenzen zwischen den beiden Ländern geregelt wurde, hat unser Verhältnis zum deutschen Staat noch weiter gefestigt...

Wir waren ständig bestrebt, unser Verhältnis zu Deutschland zu verbessern, und haben von ganzem Herzen ähnliche Bestrebungen in Deutschland selbst begrüßt. Heute beruhen unsere Beziehungen zum deutschen Staat auf Freundschaft, auf unserer Bereitschaft, Deutschlands Friedensbemühungen zu unterstützen, und gleichzeitig auf unserem Wunsche, auf jede Weise zur Weiterentwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum gemeinsamem Wohle beider Staaten beizutragen...

Gestatten Sie mir, mich nunmehr den Ereignissen zuzuwenden, die mit dem Einmarsch unserer Truppen in das Territorium des früheren polnischen Staates in unmittelbarem Zusammenhang standen. Ich brauche Ihnen hier nicht den Ablauf dieser Ereignisse zu schildern. Unsere Presse hat sie in allen Einzelheiten gemeldet, und Sie, Genossen Abgeordnete, sind mit den Tatsachen wohlvertraut. Ich werde mich nur auf das Wesentlichste beschränken. Es bedarf keines Beweises, daß unsere Regierung nach dem völligen Zusammenbruch des polnischen Staates verpflichtet war, unseren ukrainischen und weißrussischen Brüdern (in der Ukraine und im westlichen Weißrußland) ihre helfende Hand hinzustrecken. Und das hat unsere Regierung getan.

Als die Rote Armee in diese Gebiete einmarschierte, wurde sie von der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung mit großer Sympathie begrüßt und als Befreier vom Joch der Feudalherren, vom Joch der polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten willkommen geheißen. Mit dem Vorrücken der Roten Armee in diese Räume kam es auch mancherorts zu schweren Gefechten zwischen unseren eigenen und den polnischen Truppen und folglich gab es auch Verluste. Hier sind die Verlustziffern: An der weißrussischen Front verlor die Rote Armee an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften insgesamt 749 Mann, davon 246 Gefallene und 503 Verwundete. An der ukrainischen Front fielen 491 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, 1359 wurden verwundet, insgesamt also 1850 Ausfälle. Somit beliefen sich die Gesamtausfälle der Roten Armee in Weißrußland und der Westukraine auf 737 Gefallene und 1862 Verwundete, also insgesamt 2599 Ausfälle...

Ich möchte in meinen Ausführungen nunmehr auf unsere Beziehungen zu den baltischen Ländern zu sprechen kommen. Wie Sie wissen, haben sich auch hier wichtige Veränderungen ergeben. Die Beziehungen der Sowjetunion zu Estland, Lettland und Litauen beruhen auf den mit diesen Ländern im Jahre 1920 abgeschlossenen Friedensverträgen. Auf Grund dieser Verträge wurden Estland, Lettland und Litauen unabhängige Staaten, und die Sowjetunion hat seither immer eine Politik der Freundschaft gegenüber diesen neugeschaffenen kleinen Staaten verfolgt. Hier sehen Sie den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Politik der Sowjetregierung und der Politik des zaristischen Rußlands, das die kleinen Nationen brutal unterdrückte, ihnen jede Möglichkeit zur selbständigen nationalen und politischen Entwicklung verwehrte und in ihnen sehr schmerzliche Erinnerungen hinterließ.

Wir müssen erkennen, daß die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte hinsichtlich der Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion einerseits und Estland, Lettland und Litauen andererseits günstige Voraussetzungen geschaffen haben für die weitere Konsolidierung der politischen und aller anderen Beziehungen zwischen der UdSSR und ihren baltischen Nachbarn. Dies zeigte sich auch in den unlängst geführten diplomatischen Verhandlungen mit den Vertretern dieser Staaten und in den Verträgen, die als Ergebnis der Verhandlungen in Moskau unterzeichnet wurden.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die Sowjetunion mit Estland, Lettland und Litauen Beistandspakte abgeschlossen, die politisch von außerordentlicher Bedeutung sind. Die diesen Verträgen zugrunde liegenden Prinzipien sind immer die gleichen. Sie basieren auf der gegenseitigen Hilfeleistung der Sowjetunion einerseits und Estlands, Lettlands und Litauens andererseits, sie umfassen auch militärische Hilfe, falls eines dieser Länder angegriffen wird. Angesichts der geographischen Lage dieser Länder, die eine Art Zugangsweg der UdSSR besonders zum Ostseeraum bilden, erlauben es diese Verträge der Sowjetunion, an bestimmten Stellen Estlands und Lettlands Marinestützpunkte und Flugplätze zu unterhalten. In dem Beistandspakt mit Litauen ist vorgesehen, daß die litauische Grenze gemeinsam mit der Sowjetunion verteidigt wird...

Der besondere Charakter dieser gegenseitigen Beistandspakte beinhaltet in keiner Weise eine Einmischung der Sowjetunion in die Angelegenheiten Estlands, Lettlands oder Litauens, wie es einige ausländische Zeitungen hinzustellen versuchen. Das Gegenteil ist der Fall. Alle diese Verträge betonen ausdrücklich die Unverletzlichkeit der Souveränität der Unterzeichnerstaaten und den Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer. Sie basieren auf dem gegenseitigen Respekt vor der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur der vertragschließenden Parteien und sollen dazu dienen, das Fundament für eine friedliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern zu stärken...
Die Grundsätze der Sowjetpolitik gegenüber kleineren Ländern wurden der Weltöffentlichkeit ganz besonders augenscheinlich gemacht durch den Vertrag, der die Rückgabe der Stadt und des Bezirkes Wilna an die litauische Republik vorsieht. Der litauische Staat mit seiner Bevölkerung von 2,5 Millionen vergrößert sein Staatsgebiet dadurch beträchtlich. Seine Bevölkerung steigt um 550.000, und er erhält die Stadt Wilna, deren Einwohnerzahl fast doppelt so groß ist wie die der derzeitigen litauischen Hauptstadt, zugesprochen. Die Sowjetunion hat der Rückgabe der Stadt Wilna an die litauische Republik nicht etwa deshalb zugestimmt, weil die Einwohner dieser Stadt überwiegend Litauer wären. Nein, die Mehrzahl der Einwohner Wilnas sind keine Litauer. Die Sowjetunion hat aber der Tatsache Rechnung getragen, daß die Stadt Wilna, die Litauen von Polen mit Gewalt entrissen worden war, zu Litauen gehören sollte, weil mit dieser Stadt sowohl die historische Vergangenheit des litauischen Staates als auch die nationalen Bestrebungen des litauischen Volkes eng verknüpft sind...
Unsere Beziehungen zu Finnland sind ganz besonderer Art. Dies erklärt sich hauptsächlich aus der Tatsache, daß sich in Finnland mehr Anzeichen für eine verschiedenartige Beeinflussung von außen her seitens dritter Mächte finden. Jeder Unvoreingenommene muß jedoch zugeben, daß die gleichen, die Sicherheit der Sowjetunion und besonders Leningrads betreffenen Probleme, die in den Verhandlungen mit Estland eine Rolle spielten, auch in den Verhandlungen mit Finnland zur Sprache kommen müssen. In gewissem Sinne kann man fast sagen, daß in diesem Falle das Problem der Sicherheit der Sowjetunion sogar noch akuter ist, da ja Leningrad – nach Moskau die wichtigste Stadt in Sowjetrußland – nur 32 km von der finnischen Grenze entfernt ist. Das bedeutet, daß die Entfernung von Leningrad zur Grenze eines anderen Staates geringer ist als die Entfernung, die heutzutage von moderner weitreichender Artillerie erreicht werden kann. Andererseits hängen auch die Seezugänge nach Leningrad in großem Umfange davon ab, ob Finnland, dem die gesamte Nordküste des Finnischen Meerbusens und alle Inseln entlang des Mittelteils des Meerbusens gehören, der Sowjetunion feindlich oder freundlich gegenübersteht. Angesichts dieser Tatsachen und der derzeitigen Situation in Europa darf man annehmen, daß Finnland das notwendige Verständnis aufbringen wird...
Die sowjetisch-finnischen Verhandlungen wurden vor kurzem auf unsere Initiative hin aufgenommen. Worum geht es bei diesen Verhandlungen? Es ist nicht schwer einzusehen, daß beim gegenwärtigen Stande der internationalen Lage, da sich im Herzen Europas ein Krieg zwischen den mächtigsten Nationen entwickelt – ein Krieg, der große Überraschungen und Gefahren für alle europäischen Staaten in sich birgt –, die Sowjetunion nicht nur berechtigt, sondern sogar dazu verpflichtet ist, ernsthafte Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Sicherheit zu treffen. Es ist nicht mehr als natürlich, wenn sich die Sowjetunion besonders mit dem Finnischen Meerbusen, der den Zugang nach Leningrad von See her bildet, und mit der Land-Grenze befaßt, die aus einer Entfernung von etwa 30 km einen beherrschenden Einfluß auf Leningrad hat. Ich muß Sie hierbei daran erinnern, daß die Einwohnerzahl von Leningrad auf 3,5 Millionen angestiegen ist und fast der Gesamtbevölkerung von Finnland (3.650.000) entspricht.
Es ist kaum der Rede wert, hier über die Märchen zu sprechen, die von der Auslandspresse über die sowjetischen Vorschläge in den Verhandlungen mit Finnland verbreitet werden. Einige Zeitungen behaupten, die Sowjetunion "fordere" die Stadt Wiborg und den Nordteil des Ladogasees. Lassen Sie mich hier für uns alle sagen, daß dies eine reine Erfindung und eine Lüge ist. Andere wiederum behaupten, die UdSSR "fordere" die Aalandinseln. Auch das ist völlig aus der Luft gegriffen und gelogen. Weiterhin vernimmt man unsinniges Gerede über angebliche Ansprüche der Sowjetunion an Schweden und Norwegen. Doch alle diese unverzeihlichen Lügen sind es kaum wert, daß man sie zurückweist. In Wirklichkeit sind alle unsere Vorschläge in den Verhandlungen mit Finnland äußerst bescheiden. Sie beschränken sich auf ein Minimum, ohne das es unmöglich ist, die Sicherheit der UdSSR zu garantieren und die Beziehungen zu Finnland auf eine freundschaftliche Basis zu stellen...
Nun einige Worte zu unseren Verhandlungen mit der Türkei. Über den Inhalt dieser Verhandlungen werden im Ausland alle möglichen Gerüchte verbreitet. Einige besagen, die UdSSR fordere die Überlassung der Distrikte Ardahan und Kars. Lassen Sie mich hier feststellen, daß dies eine reine Erfindung und eine Lüge ist. Andere wiederum behaupten, die UdSSR habe Änderungen in der in Montreux abgeschlossenen internationalen Konvention sowie eine bevorrechtigte Stellung hinsichtlich der Meerengen gefordert. Auch das ist erstunken und erlogen. Worum es in diesem Falle wirklich ging, war der Abschluß eines zweiseitigen Beistandspaktes,

der sich auf die Gebiete des Schwarzen Meeres und der Meerengen beschränken sollte. Die Überlegungen der UdSSR gingen dahin, daß erstens der Abschluß eines solchen Paktes sie nicht zwingen dürfe, Maßnahmen ergreifen zu müssen, durch die sie Gefahr laufe, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zu geraten; und zweitens sollte die UdSSR eine Garantie dafür haben, daß es die Türkei angesichts der Kriegsgefahr nicht zulassen würde, Kriegsschiffe nicht an das Schwarze Meer angrenzender Staaten durch den Bosporus ins Schwarze Meer gelangen zu lassen. Die Türkei wies diese beiden Bedingungen zurück und machte so den Abschluß eines Paktes unmöglich.

Die sowjetisch-türkischen Verhandlungen führten zwar nicht zum Abschluß eines Vertrages, trugen jedoch dazu bei, eine Anzahl politischer Fragen, die uns interessieren, klarzustellen oder zumindest zu prüfen...

Nun einige Worte über unsere Beziehungen zu Japan. In der jüngsten Vergangenheit haben sich die sowjetisch-japanischen Beziehungen in gewisser Weise verbessert. Anzeichen dieser Besserung kann man seit dem unlängst erfolgten Abschluß des Moskauer Abkommens beobachten, das dem Konflikt an der mongolisch-mandschurischen Grenze ein Ende bereitete. Mehrere Monate lang oder genauer gesagt im Mai, Juni, Juli, August und bis Mitte September kam es im Distrikt Nomonhan, in der Nähe der mongolisch-mandschurischen Grenze zu Kämpfen zwischen japanisch-mandschurischen und sowjetisch-mongolischen Truppen. In dieser Zeit kamen alle möglichen Arten von Waffen, auch Kampfflugzeuge und schwere Artillerie zum Einsatz und es kam manchmal zu sehr blutigen Gefechten. Dieser völlig unnötige Konflikt forderte von unserer Seite einen recht hohen Blutzoll und die Ausfälle auf der japanisch-mandschurischen Seite waren noch um ein Mehrfaches höher. Schließlich machte Japan Vorschläge zur Beendigung dieses Konfliktes, und wir kamen den Wünschen der japanischen Regierung mit Freuden entgegen. Wie Ihnen bekannt ist, kam es zu dieser Auseinandersetzung, weil Japan versucht hatte, sich einen Teil des Territoriums der Mongolischen Volksrepublik anzueignen und dadurch mit Gewalt die mongolisch-mandschurische Grenze zu seinen Gunsten zu ändern. Eine solche einseitige Handlugsweise mußte mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, und es hat sich wieder einmal gezeigt, wie unsinnig es ist zu glauben, mit der Sowjetunion oder ihren Verbündeten derart verfahren zu können.

Wenn das Beispiel des unglückseligen Polens unlängst gezeigt hat, wie wertlos gegenseitige Beistandspakte, die die Unterschrift europäischer Großmächte tragen, manchmal sind, so haben uns die Geschehnisse an der mongolisch-mandschurischen Grenze etwas ganz anderes vor Augen geführt. Sie haben den Wert gegenseitiger Beistandspakte gezeigt, unter die die Sowjetunion ihre Unterschrift gesetzt hat. Was nun den hier geschilderten Konflikt anbetrifft, so wurde er durch das am 15. September in Moskau geschlossene Abkommen beendet und der Friede an der mongolisch-mandschurischen Grenze wiederhergestellt. Damit war der erste Schritt zur Verbesserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen getan.

Der nächste Schritt ist die Bildung einer gemischten Grenzkommission, bestehend aus Vertretern der sowjetisch-mongolischen und japanisch-mandschurischen Parteien. Diese Kommission wird die Aufgabe haben, gewisse strittige Grenzfragen zu untersuchen. Wenn alle Beteiligten und nicht nur wir allein guten Willen zeigen, dann wird die sachliche Prüfung der Grenzprobleme zweifellos auch gute Früchte tragen. Weiterhin wurde eine Grundlage für den Beginn sowjetisch-japanischer Wirtschaftsverhandlungen geschaffen. Es muß anerkannt werden, daß die Entwicklung des sowjetisch-japanischen Handels im Interesse beider Länder liegt.

Wir haben somit guten Grund, von dem Beginn einer Besserung unserer Beziehungen zu Japan zu sprechen. Noch ist es schwer zu beurteilen, wie weit wir mit einem raschen Fortschritt in dieser Richtung rechnen dürfen. Es war uns bisher noch nicht möglich zu klären, wie weit in japanischen Kreisen der Boden dafür vorbereitet ist. Was unser Land angeht, muß ich sagen, daß wir derartige Annäherungswünsche Japans freudig begrüßen und an diese Dinge im Sinne unserer fundamentalen politischen Konzeption und unseres Interesses an der Sache des Friedens herangehen...

[12] *Aus einer Flugschrift Ulbrichts "Hilferding über den Sinn des Krieges" (Oktober 1939)*

...Wenn es der englischen und französischen Regierung damals [als Deutschland Österreich und die CSR annektierte], wie Hilferding sagt, um die Erhaltung des Friedens gegangen wäre, dann hätten sie das durch den Abschluß eines Paktes mit der Sowjetunion sehr wohl erreichen können. Das englische Großkapital suchte jedoch aus den Schwierigkeiten des verfaulenden Kapitalismus den Ausweg im Krieg. Es suchte jede Möglichkeit auszunutzen, um das deutsche Volk und das Sowjetvolk gegeneinander in den Krieg zu hetzen. Es gab durch den Münchener Pakt die Tschechoslowakei Deutschland preis, in der Erwartung, daß die deutschen herrschen-

den Kreise bereit sind, den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Die Taktik der englischen Regierung gegenüber Polen hatte das gleiche Ziel.
Demgegenüber wuchs im deutschen werktätigen Volke der Wille zur Erhaltung des Friedens. Seit der Annexion der Tschechoslowakei verstärkt sich die Unzufriedenheit bei vielen deutschen Werktätigen über die Unterdrückung fremder Nationen durch Deutschland und sie sagten, daß diese Eroberungspolitik sich gegen die Interessen des deutschen Volkes selbst richtet.
Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der Lage in Europa standen die herrschenden Kreise Deutschlands vor der Frage, als Werkzeug Englands den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen oder die Erklärung Stalins auf dem XVIII. Parteitag zur Kenntnis zu nehmen, die besagt, daß die englische, französische und nordamerikanische Presse den Zweck verfolgt, "bei der Sowjetunion Wut gegen Deutschland, ohne daß hierfür sichtbare Gründe vorliegen, zu provozieren". In Bezug auf die Außenpolitik sagt Stalin: "Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern, auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, soweit sie nicht versuchen werden, die Interessen unseres Landes zu verletzen."
Das Hitlerregime hielt es für zweckmäßig, den Weg zur Herstellung friedlicher Beziehungen zur Sowjetunion zu gehen, weil die Unterstützung des englischen Planes nicht nur Deutschland zu einem Objekt des englischen Planes, zu einem Vasallen des englischen Imperialismus gemacht hätte, sondern auch, weil die Stärke der Roten Armee, die internationale Kraft der Sowjetunion und die Sympathie in den werktätigen Massen Deutschlands für die sozialistische Sowjetunion dieses Abenteuer als aussichtslos erscheinen ließ. Die herrschenden Kreise Deutschlands entschlossen sich zu einer Neuorientierung der Außenpolitik Deutschlands.
Die deutsche Regierung erklärte sich zu friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion bereit, während der englisch-französische Kriegsblock den Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion will. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands haben ein Interesse an der Verhinderung des englischen Kriegsplanes. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands wünschen eine baldige Beendigung des Krieges in einer Weise, die den Interessen der werktätigen Massen entspricht. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands sind gegen die Ausdehnung des Krieges. Das werktätige Volk Deutschlands hat ein Interesse an einem umfassenden Wirtschaftsverkehr mit der Sowjetunion, mit den andern Völkern Ost- und Südosteuropas kann Deutschland nicht nur seinen Warenbedarf decken, sondern es wird damit auch der Beweis erbracht, daß nicht "Mangel an Lebensraum" die Ursache der Not der Werktätigen ist und daß nicht imperialistische Unterdrückung fremder Völker, sondern friedliche und freundschaftliche Beziehungen vor allem zum großen Sowjetvolk dem deutschen Volke nützen. Viele Werktätige, die den Sozialismus wollen, begrüßen den Pakt besonders, weil er die Freundschaft zum großen Land des Sozialismus stärkt.

Herr Hilferding wärmt nun die alte sozialdemokratische Agitationsphrase wieder auf, der Pakt beweise, daß das bolschewistische und das faschistische Regime wesensgleich seien. Er kann nicht die einfache Tatsache unterscheiden, daß in Deutschland der Kapitalismus herrscht, während in der Sowjetunion der Kapitalismus durch die große Sozialistische Oktoberrevolution vernichtet und durch die Stalin'sche Verfassung die sozialistische Demokratie der Werktätigen weiterentwickelt wurde. Die Sowjetunion hat mit der Regierung des kapitalistischen Deutschland Verträge abgeschlossen wie vordem mit andern kapitalistischen Ländern. Der Abschluß eines Vertrages zwischen der Sowjetunion und einer kapitalistischen Regierung ist also an sich nichts wesentlich Neues. Das Neue besteht darin, daß die Sowjetmacht, gestützt auf die Stärke der sozialistischen Wirtschaft und auf die moralisch-politische Einheit des Sowjetvolkes, zu einer aktiven Politik im Kampfe um den Frieden in der Welt überging.
Wenn Hilferding und die andern früheren sozialdemokratischen Führer ihre Kriegspropaganda gegen den deutsch-sowjetischen Pakt richten, so deshalb, weil der englische Plan um so weniger zum Ziel führt, je tiefer die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und dem Sowjetvolke in den werktätigen Massen verwurzelt ist. Deshalb sehen nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele sozialdemokratische Arbeiter und nationalsozialistische Werktätige ihre Aufgabe darin, unter keinen *Umständen einen Bruch des Paktes zuzulassen.* Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des Sowjetvolkes intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt. Im werktätigen Volke Deutschlands verstärken sich die Bemühungen, die Anhänger der Thyssen-Clique, dieser Feinde des sowjetisch-deutschen Paktes, aufzudecken. Vielfach wurde die Entfernung dieses Feinde aus der Armee und dem Staatsapparat und die Konfiscierung ihres Eigentums gefordert...
Die deutschen Kommunisten und die revolutionären Arbeiter, die schon in der Weimarer Zeit gegen das Erstarken der reaktionären großkapitalistischen Kräfte in Deutschland gekämpft und die größten Opfer im Kampfe gegen das nationalsozialistische Terrorregime gebracht haben, halten es für Wahnsinn und Verbrechen, wenn einige sozialdemokratische und katholische Führer glauben, auf dem Wege eines reaktionären Krieges, durch Vernichtung von Millionen

deutscher Werktätiger, durch die Herbeiführung grenzenlosen Elends, schlimmer als es im 30jährigen Kriege war, das Regime in Deutschland ändern zu wollen. Diese Kriegspolitik ist um so verbrecherischer, als jene Macht, die nach Hilferdings Meinung das politische Schicksal Deutschlands durch die Entscheidung des Krieges bestimmen solle, die reaktionärste Kraft in der Welt ist. Der englische Imperialismus stellte sein reaktionäres Wesen aufs neue unter Beweis, indem er den Vorschlag Deutschlands, der von der Sowjetunion unterstützt wurde, auf Beendigung des Krieges, ablehnte, indem er die Offensive gegen die Werktätigen führt und in der antibolschewistischen Verleumdungskampagne alles bisher Dagewesene übertrifft, und indem er vor allem die Konzentration aller reaktionären Kräfte zum Kriege gegen die Sowjetunion organisiert.
Der Kampf für die demokratischen Freiheiten und für die Herrschaft des werktätigen Volkes in Deutschland kann nicht im Bunde mit dieser reaktionären Kraft, mit dem englischen Imperialismus, geführt werden...

[13] *Aus dem Brief des Duce "an den Führer und Reichskanzler" vom 3. Januar 1940*

...*Die Verträge mit Rußland.* Niemand weiß besser als ich, der ich nunmehr 40 Jahre politische Erfahrung besitze, daß die Politik ihre taktischen Forderungen stellt. Dies trifft auch auf eine revolutionäre Politik zu. Ich habe die Sowjets im Jahre 1924 anerkannt; 1934 habe ich mit ihnen einen Handels- und Freundschaftsvertrag geschlossen. Daher verstehe ich, daß Sie, nachdem sich die Voraussichten von Ribbentrops über das Nichteingreifen Englands und Frankreichs nicht erfüllt haben, die zweite Front vermieden haben. Rußland ist, ohne einen Schlag zu tun, in Polen und im Ostseegebiet der große Nutznießer des Krieges gewesen.
Aber ich, der ich Revolutionär von Geburt bin und meine Anschauung nicht geändert habe, sage Ihnen, daß Sie nicht ständig die Grundsätze Ihrer Revolution zu Gunsten der taktischen Erfordernisse eines bestimmten politischen Augenblicks opfern können. Ich fühle, daß Sie nicht das antisemitische und antibolschewistische Banner aufgeben dürfen, das Sie 20 Jahre hindurch hochgehalten haben und für das so viele Ihrer Kameraden gefallen sind; Sie können nicht Ihr Evangelium verleugnen, an das das deutsche Volk blindlings geglaubt hat. Ich habe die unbedingte Pflicht, hinzuzufügen, daß ein weiterer Schritt vorwärts in Ihren Beziehungen mit Moskau katastrophale Rückwirkungen in Italien auslösen würde, wo die allgemeine antibolschewistische Gesinnung, besonders unter den faschistischen Massen, absolut, ehern und unerschütterlich ist.
Lassen Sie mich annehmen, daß dieses nicht der Fall sein wird. Die Lösung der Frage Ihres Lebensraumes liegt in Rußland und nicht anderswo, in Rußland mit seiner ungeheuren Fläche von 21 Millionen Quadratkilometern und 9 Einwohnern auf den Quadratkilometer. Es gehört nicht zu Europa. Trotz seiner Ausdehnung und seiner Bevölkerung hat es keine Kraft, sondern eine Schwäche. Die Masse seiner Bevölkerung ist slawisch und asiatisch. In früheren Zeiten waren die Balten das bindende Element, heute sind es die Juden; aber dies erklärt alles. Es ist die Aufgabe Deutschlands, Europa gegen Asien zu verteidigen. Das ist nicht nur Spenglers These. Noch vor vier Monaten war Rußland der Weltfeind Nummer Eins, es kann nicht der Freund Nummer Eins geworden sein und ist es auch nicht. Dies hat die Faschisten in Italien und vielleicht auch viele Nationalsozialisten in Deutschland tief erregt.
An dem Tag, an dem wir den Bolschewismus vernichtet haben, werden wir unseren beiden Revolutionen die Treue gehalten haben. Dann kommen die großen Demokratien an die Reihe, die den Krebs nicht überleben können, der an ihnen frißt, und der auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung, der Politik und der Moral zu Tage tritt...

[14] *Aus dem Antwortbrief Hitlers an den Duce vom 8. 3. 1940*

...Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland ergibt sich
1. aus einer Gesamtbeurteilung der allgemeinen europäischen Entwicklung und
2. aus der Berücksichtigung der besonderen Lage, in der sich das Reich heute befindet.
Das Ergebnis der Beurteilung der allgemeinen Lage ist folgendes:
Rußland erlebt seit dem endgültigen Sieg Stalins ohne Zweifel eine Wandlung des bolschewistischen Prinzips in der Richtung auf eine nationale russische Lebensform, die für uns undiskutabel ist, die aber in Rußland selbst ohne Zweifel durch nichts anderes zur Zeit ersetzt werden könnte. Das, was den Nationalsozialismus zum tödlichsten Feind des Kommunismus gemacht hat, war dessen jüdisch-internationale Führung mit dem ausgesprochenen Ziel einer Vernichtung der nicht-jüdischen Völker bzw. ihrer führenden Kräfte. Inwieweit hier nach

unserer Überzeugung eine epochale Wendung in Rußland eingetreten ist, wird Ihnen, Duce, am besten der Reichsaußenminister aus seinen persönlichen Eindrücken und Erfahrungen schildern können. Von mir aus möchte ich nur konstatieren, daß seit dem Abgang Litvinovs in Rußland Deutschland gegenüber ein Wandel der Einstellung ohnre Zweifel vor sich gegangen ist. Die Möglichkeit der Herstellung eines tragbaren Zustandes zwischen den beiden Ländern ist heute unzweifelhaft gegeben. Wir haben keinen Anhaltspunkt mehr, daß irgend eine russische Stelle versucht, einen Einfluß auf innerdeutsche Verhältnisse zu nehmen. Ich brauche nicht zu versichern, daß im übrigen das nationalsozialistische Deutschland gegenüber jedem bolschewistischen weltanschaulichen Angriff vollständig immun ist. Es denkt daher hier auch niemand daran, Konzessionen zu machen. Wenn aber der Bolschewismus sich in Rußland zu einer russisch-nationalen Staatsideologie und Wirtschaftsidee entwickelt, dann stellt er eine Realität dar, gegen die zu kämpfen wir weder Interesse noch einen Anlaß besitzen. Im Gegenteil! Im Kampf gegen die Blockierung der Welt durch die plutokratischen Demokratien kann uns, Duce, nur jeder Faktor und jede Hilfe willkommen sein. Deutschland und Rußland haben oft sehr lange Zeit miteinander friedlich und freundschaftlich gelebt. Wirtschaftlich ergänzen wir uns natürlich in einer außerordentlichen Weise. Es gibt fast keinen Rohstoff, den wir brauchen, den nicht Rußland zur Verfügung hat oder in absehbarer Zeit zur Verfügung stellen kann. Und es gibt umgekehrt kein deutsches Industrieprodukt, für das nicht in Rußland entweder schon jetzt ein Bedürfnis besteht oder in absehbarer Zeit bestehen wird. Der Handelsvertrag, den wir mit Rußland zum Abschluß brachten, bedeutet, Duce, in unserer Lage sehr viel!
Im besonderen aber hat Deutschland Rußland gegenüber nur eine klare Begrenzung der Interessenzone vorgenommen; an der wird sich auch niemals mehr etwas ändern. Ich habe hier keinen anderen Schritt vollzogen, als ich dies auch mit Ihnen, Duce, schon vorher tat, als ich den Brenner als die endgültige Lebens- und Schicksalsscheide für unsere beiden Völker akzeptierte. Die Aussiedlung von über 200.000 Deutschen aus Italien wird diesen Entschluß für alle Zeiten befestigen und ihn damit endgültig sanktionieren...

[15] *Aus dem Friedensvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Finnischen Republik vom 12. März 1940*

Artikel 1
Die militärischen Aktionen zwischen der Sowjetunion und Finnland werden entsprechend dem Verfahren, das in dem dem gegenwärtigen Vertrag beigefügten Protokoll vorgesehen ist, unverzüglich eingestellt.
Artikel 2
Die Staatsgrenze zwischen der Sowjetunion und Finnland wird durch eine neue Linie festgesetzt, gemäß welcher in den Bestand des Territoriums der Sowjetunion einverleibt wird:
Die ganze Karelische Landenge mit der Stadt Wiborg (Viipuri) einschließlich der Wiborger Bucht mit ihren Inseln, das westliche und das nördliche Ufer des Ladoga-Sees mit den Städten Kexholm, Sortavala, Soujärvi, eine Reihe von Inseln im Finnischen Meerbusen, das Territorium östlich von Merkärwi mit der Stadt Kuolajärvi, ein Teil der Fischer- und Srednij-Halbinseln – gemäß der dem gegenwärtigen Vertrag beigefügten Karte.
Eine genauere Beschreibung der Grenzlinien wird durch eine aus Vertretern beider vertragschließenden Parteien bestehende Gemischte Kommission festgesetzt, die in einer Frist von 10 Tagen nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages gebildet werden soll.
Artikel 3
Beide vertragschließenden Parteien verpflichten sich, sich jedes Angriffs gegeneinander zu enthalten und keinerlei Bündnis abzuschließen, noch an Koalitionen teilzunehmen, die gegen eine oder andere der vertragschließenden Parteien gerichtet sind.
Artikel 4
Die finnische Republik willigt ein, der Sowjetunion die Halbinsel Hangö zu verpachten gegen eine jährliche Zahlung von acht Millionen Finnmark seitens der Sowjetunion für die Dauer von dreißig Jahren, sowie das umliegende Seeterritorium in einem Radius von fünf Meilen nach Süden und Osten und drei Meilen nach Westen und Norden, ferner eine Reihe von Inseln, die dazu gehören, entsprechend der beiliegenden Karte – zur Errichtung einer Marinebasis, die geeignet ist, den Zugang zum Finnischen Meerbusen gegen einen Angriff zu verteidigen, wobei der Sowjetunion zum Zwecke der Verteidigung ihrer Marinebasis das Recht erteilt wird, dort auf ihre Kosten die erforderliche Anzahl von Landtruppen und Luftstreitkräften zu unterhalten.
Die finnische Regierung zieht im Laufe von zehn Tagen von dem Augenblick der Inkrafttretung des gegenwärtigen Vertrages an alle ihre Truppen von der Halbinsel Hangö zurück, und die

Halbinsel Hangö geht mit den umliegenden Inseln in die Verwaltung der Sowjetunion über, entsprechend diesem Artikel des Vertrages.
Artikel 5
Die Sowjetunion verpflichtet sich, ihre Truppen aus dem Gebiet von Petsamo zurückzuziehen, das an Finnland seitens des Sowjetstaates im Friedensvertrag von 1920 freiwillig abgetreten wurde.
Finnland verpflichtet sich, wie dies im Friedensvertrag von 1920 vorgesehen war, in den Gewässern seiner Küste am nördlichen Eismeer keine Kriegsschiffe oder sonstige bewaffnete Schiffe zu unterhalten, mit Ausnahme bewaffneter Schiffe im Ausmaß von weniger als 100 Tonnen, die Finnland in unbegrenzter Zahl dort unterhalten kann, sowie nicht mehr als fünfzehn Kriegs- uns sonstige bewaffnete Schiffe dort zu unterhalten, deren Tonnage vierhundert Tonnen für jedes Schiff nicht überschreiten soll.
Finnland verpflichtet sich, wie dies in demselben Vertrag vorgesehen war, in den besagten Gewässern keine Unterseeboote und keine bewaffneten Flugzeugträger zu unterhalten.
Gleichermaßen verpflichtet sich Finnland, wie dies in demselben Vertrag vorgesehen war, an dieser Küste keine Kriegshäfen anzulegen, noch Kriegsmarinebasen und militärische Reparaturwerkstätten in einem größeren Umfang, als dies für die erwähnten Schiffe und ihre Bewaffnung erforderlich ist.

...
Artikel 8
Nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden vertragschließenden Parteien wieder aufgenommen, und zu diesem Zweck werden die vertragschließenden Parteien in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages eintreten.
Artikel 9
Der gegenwärtige Friedensvertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und wird einer nachträglichen Ratifizierung unterzogen werden.
Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird innerhalb von zehn Tagen in Moskau vorgenommen werden.
Der gegenwärtige Vertrag ist in zwei Originalen, in russischer, finnischer und schwedischer Sprache, ausgefertigt.

Moskau, den 12. März 1940.

W. Molotow A. Shdanow A. Wassiljewski
Risto Ryti J. Paasikivi R. Walden Waine Wojonmaa

3. KAPITEL

DAS RINGEN "GROSSDEUTSCHLANDS" UM DIE VORMACHTSTELLUNG IN EUROPA (1939–1940)
(Vom Unternehmen "Weserübung" bis zum Beginn der Luftschlacht um England).

Noch während der Kampfhandlungen in Polen war Hitlers Entschluß gereift, auch Frankreich und Großbritannien unter rücksichtsloser Verletzung der holländischen, belgischen und luxemburgischen Neutralität so schnell wie möglich zu einer Entscheidungsschlacht zu zwingen. Hitlers Kriegsziel [16] war, die Westmächte militärisch zu schlagen, damit sie nie wieder "der staatlichen Konsolidierung und Weiterentwicklung des deutschen Volkes" in Europa entgegentreten könnten; erst dann schien ihm die Vormachtstellung "Großdeutschlands" in Europa gesichert zu sein [21]. Dazu sollten in erster Linie die feindlichen Streitkräfte vernichtet und soviel strategisches Vorfeld wie möglich besetzt werden, um notfalls den Krieg gegen England mittels Luft- und Seestreitkräften (von der Kanalküste aus) erfolgreich beenden zu können.

Ungeachtet der warnenden Stimmen seiner engsten militärischen Berater trieb Hitler fortgesetzt zum Angriff [18]. Solange er die Waffenüberlegenheit besaß, wollte er die vermeintliche Gunst der Stunde nutzen. Ein von der Königin der Niederlande und dem König der Belgier [17] unternommenes Vermittlungsangebot lehnte er ebenso ab wie Daladier und Chamberlain. Schließlich zwangen ihn Wetterlage, unbefriedigende operative Planungen und eine unverholene Opposition deutscher Generale, den vorgesehenen Termin immer wieder von neuem zu verschieben. Überdies veranlaßte ihn die politische Entwicklung in Skandinavien (Sowjetisch-Finnischer Winterkrieg), zunächst die strategische Flanke im Norden abzuschirmen. Am 9. April 1940 besetzten deutsche Truppen Dänemark und landeten in Norwegen [20]. Hitler kam mit seinem Unternehmen den alliierten Aktionen nur um wenige Stunden zuvor; er gewann damit gleichzeitig auch für die eigene Kriegführung die Ausfallpforte zum Atlantik und sicherte sich die schwedische Erznachfuhr. Die wechselvollen Kämpfe endeten hier im Juni.

Unter für Deutschland günstigsten Bedingungen begann schließlich am 10. Mai 1940 die lang erwartete Offensive im Westen, mit der Hitler den Krieg in kürzester Zeit siegreich beenden zu können hoffte. Dank des überlegenen Operationsplanes, den Churchill später einmal den "Sichelschnitt" [19] [22] nannte, wurden Holland-Belgien und Luxemburg überrannt und die Alliierten zu einer "Schlacht mit verkehrten Fronten" gezwungen. Während der Schwerpunkt des Angriffs bei der Heeresgruppe Bock (B) vorgetäuscht wurde, durchbrachen die schnellen Verbände der Heeresgruppe Rundstedt (A) die Maasfront und stießen bis zur Kanalküste vor. In der zweiten Phase wurde der bereits dezimierte und stark demoralisierte Gegner zunächst nach Süden und Südwesten, sodann gegen seine eigene Verteidigungsfront geworfen. Die kühn geführten Operationen gipfelten ungeachtet des britisch-französischen Evakuierungserfolges bei Dünkirchen in einem bis dahin wohl beispiellosen militärischen Sieg: die Engländer wurden vom Festland vertrieben; im Wald von Compiègne, an der historischen Stätte von 1918, unterschrieben die Vertreter Frankreichs die im ganzen gemäßigten deutschen Waffenstillstandsbedingungen. Die Waffenruhe trat ein, als diese auch den Vertrag mit Italien unterzeichnet hatten. Allein Großbritannien, das sich am 10. Mai 1940 der zielstrebigen Führung Winston Churchills anvertraut hatte, gab den Kampf nicht auf. Hitlers erneuter "Appell an die Vernunft" vom 19. Juli 1940 [25] blieb ohne Antwort.

Hitler, seit 1933 von einem politischen Erfolg zum anderen eilend, jetzt auch in drei Feldzügen siegreich, stand nunmehr auf dem Höhepunkt seiner kometenhaften Karriere. Wiederum hatte er mit seiner Vorhersage recht behalten: Die Gegner

waren in kürzester Zeit zusammengebrochen. Er hatte offenbar sein weitgestecktes politisches Ziel erreicht. Es war sein "Instinkt" für den richtigen Augenblick, mit dem er bis dahin seine Außenpolitik fast nachtwandlerisch geleitet hatte. Wie es schien, meisterte er auch die Kriegführung ebenso leicht dank seiner "Intuition". Vom Nordkap bis zur spanischen Grenze erstreckte sich sein Herrschaftsbereich, gesichert durch die damals wohl schlagkräftigste Wehrmacht der Welt. Mochten im Winter 1939/40 kritische, ja oppositionelle Stimmen vor dem Waffengang im Westen mutig gewarnt haben, der Sieg im Mai und Juni 1940 ließ sie entweder für lange Zeit verstummen oder ohne Resonanz verhallen. Hitlers Prestige war im deutschen Volk entscheidend gefestigt.

Die von Hitler praktizierte Methode des "Blitzkrieges", bei der er sich institutionell auf den inzwischen eingespielten Apparat von Wehrmacht, Partei, SS und des Staates stützen konnte, hatte den Vorteil, langwierige Materialschlachten und große Belastungen der Zivilbevölkerung zu vermeiden, die natürliche Schwäche der deutschen Wirtschaft (Gefahr eines totalen Ruins) auszugleichen, wirtschaftspolitisch gefährliche Allianzen gegen das Reich zu verhindern und durch Koppelung mit diplomatischen Friedensangeboten die "moralische Schuld" für das "Weiterkämpfenmüssen" den Gegnern aufbürden zu können. Das "Blitzkrieg"-Konzept entsprach zudem den realen Möglichkeiten der deutschen Rüstungswirtschaft, die statt auf "Tiefenwirkung" auf "Breitenrüstung" angelegt und 1939 höchstens für einen 9–12-monatigen Waffengang vorbereitet war. Es zerstreute aber auch die anfänglich weitverbreiteten Zweifel an dem Endsieg, ließ die Kritik am System weiterhin verstummen, förderte die wachsende Identifizierung großer Teile der Bevölkerung mit den partiell enthüllten Kriegszielen des "Großdeutschen Reiches" und sicherte somit die Positionen der NS-Führungseliten.

Verbündet mit Italien, das am 10. Juni 1940 an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten war, hielt Hitler das Schicksal Mitteleuropas in seiner Hand. Wie verständlich, wenn sich das Selbstgefühl der meisten Deutschen hob, das sichere Augenmaß aber für das politisch-militärisch Mögliche vielfach verlorenging. Konnte es doch nur eine Frage von Tagen, höchstens Wochen sein, bis England, der letzte Gegner, den fast aussichtslosen Kampf aufgab. Im Auswärtigen Amt waren bereits die ersten detaillierten Vorschläge für einen deutschen Friedensvertrag ausgearbeitet worden [23].

Mit Recht hat man Hitler in jenen Monaten mit einem Schachspieler verglichen, der anfänglich vier oder fünf Züge für denkbar hält, um seinen Gegner schachmatt zu setzen. Gerade ist er im Begriff, den ersten Zug zu tun, da zögert er im letzten Augenblick, weil er hofft, mit einem noch wirkungsvolleren Zuge schneller zum Ziele zu kommen. Aber auch diesen gibt er im letzten Augenblick wieder auf, um schließlich immer von neuem auf seinen Lieblingszug zu verfallen [26] [27].

So setzte er einmal seine Hoffnungen auf einen verstärkten Luft- und Seekrieg. Schon vor Kriegsausbruch hatte Hitler mehrmals behauptet, daß England nur durch einen umfassenden Wirtschaftskrieg tödlich zu verwunden sei. Von seiner Einfuhr abgeschnitten, könne es nicht länger Widerstand leisten. Es komme also darauf an, günstige U-Boot- und Luftbasen an der Kanalküste zu erobern, um von dort einen ausgedehnten Blockadekrieg einzuleiten. Während die deutsche Kriegsmarine bereits im Winter 1939/40 ihren Kampf gegen den britischen Handel mit Über- und Unterwasserstreitkräften eröffnet hatte, sollte nach dem Frankreich-Feldzug die Luftwaffe in erhöhtem Umfange eingreifen. Hitler, vor allem aber Göring hofften, Großbritannien durch eine großangelegte Luftoffensive gefügiger zu machen und damit die Voraussetzungen für die endgültige Niederwerfung des Feindes zu schaffen [28].

Am 13. 8. setzte die erste Phase der "Luftschlacht über England" ("Adler") ein; ihr Ziel war, zunächst die Luftüberlegenheit zu gewinnen. Hierzu wurden Großangriffe gegen die feindlichen Stützpunkte der Jägerwaffe und gegen die Flugabwehr geflogen. In der am 5./7. 9. beginnenden zweiten Phase sollte das britische Wirtschaftspotential zerschlagen und die Bevölkerung der Insel demoralisiert werden.

Die Bekämpfung Englands zur See konnte naturgemäß erst auf längere Sicht Erfolg haben. Dies lag vor allem an der Flottenpolitik im Dritten Reich. Nach dem deutsch-englischen Abkommen von 1935, das das Tonnageverhältnis zwischen der deutschen und der britischen Kriegsmarine auf 35:100 % festgesetzt hatte, war ein Krieg mit England zunächst nicht in Betracht gezogen worden. Erst Anfang 1938 äußerte Hitler gegenüber Raeder, die Kriegsmarine habe sich auch auf eine Auseinandersetzung mit Großbritannien vorzubereiten und darauf ihre Maßnahmen abzustellen. Die Seekriegsleitung erörterte daher in Planspielen den möglichen Einsatz gegen England. Sie kam zu dem Ergebnis, daß, solange ein deutscher Kreuzerkrieg im wesentlichen mit U-Booten geführt würde, der Kern der britischen Flotte nicht zu vernichten sei. Die Folge war, daß ein auf sechs Jahre (1944) befristetes Programm aufgestellt wurde mit dem Ziel, die deutsche Kriegsmarine personell und materiell, vor allem die Zahl der schweren Schiffe, erheblich zu vergrößern (Z-Plan), um für den Eventualfall besser gerüstet zu sein. Hitler befahl, diesen Aufbau den beiden anderen Wehrmachtsteilen vorzuziehen.

Freilich ließ die nunmehr angestrebte doppelte Zielsetzung der Seekriegführung, Bekämpfung der feindlichen Handelsschiffahrt und Zerschlagung der britischen Seeherrschaft, "jede politische Erfahrung und Einsicht in die kontinentale Gebundenheit Deutschlands" vermissen. Wohl hatte der Befehlshaber der U-Boote, der spätere Admiral Dönitz, den verstärkten Ausbau seiner Waffe gefordert, weil nur sie seiner Meinung nach im Ernstfall – mit entsprechenden Kräften auf See – zur Entscheidung des Krieges beitragen könne; er war aber mit seiner Ansicht nicht durchgedrungen. Schließlich hatte Hitler den Offizieren der U-Bootwaffe noch am 22. 7. 1939 erklären lassen, es würde auf keinen Fall zum Kriege mit England kommen, denn das würde das "Finis Germaniae" bedeuten.

Die deutsche Kriegsmarine wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überrascht. Zu diesem Zeitpunkt war sie ein Torso, da der Z-Plan gerade erst angelaufen war. Ihre Unterlegenheit allein gegenüber der englischen Flotte betrug bei den großen und mittleren Überwasserstreitkräften 1 : 7,5, bei den Zerstörern 1 : 9,2, nur die U-Bootwaffe wies ein Verhältnis von 1 : 1 auf. Eine solche Lage war nach der deutschen Flottenpolitik seit 1935 vorauszusehen. Hitler aber glaubte, einen Krieg trotz der feindlichen Überlegenheit zur See riskieren zu können; er wollte, befangen in den Vorstellungen kontinentalen Denkens, die Entscheidung mit der Seemacht England auf dem Lande erzwingen.

Die britische Flotte wie im Ersten Weltkrieg zu einer "rangierten Seeschlacht" zum Kampf zu stellen, war aus den obengenannten Gründen nicht möglich und auch taktisch kaum mehr üblich. Vielmehr mußte die deutsche Kriegsmarine versuchen, mit allen verfügbaren Mitteln einen Wirtschafts- und Blockadekrieg gegen die Insel einzuleiten, der um so durchschlagender sein konnte, je bessere Ausgangsbasen vorhanden waren. Der ObdM veranlaßte bei Kriegsausbruch als erstes, alle Großbauten des Z-Planes, soweit sie noch nicht vom Stapel gelaufen waren, stillzulegen, um jetzt den U-Bootbau zu beschleunigen und Hilfsschiffe zum Kaperkrieg auszurüsten. Anstelle der 300 Boote, die Dönitz für eine erfolgreiche Seekriegführung gegen England als Minimum bezeichnet hatte, besaß Deutschland nur 57 Boote, von denen 46 für den Fronteinsatz geeignet waren. Im Zuge der Schwerpunktverlagerung innerhalb der Marine sollten monatlich 29 Boote gebaut werden. Da aber dieses Programm nicht in die erste Dringlichkeitsstufe der Rüstungsvorhaben eingeordnet wurde, mußte die Zahl schließlich im März 1940 auf 25 – als Dauerlösung – gesenkt werden. Jedoch nicht einmal dieses Programm ließ sich in den ersten zwei Kriegsjahren auch nur annähernd verwirklichen. Im ersten Halbjahr 1940 lieferten die überforderten Werften zwei, bis Dez. 1940 sechs Boote, erst Ende 1941 betrug die Ausstoßziffer 20 Boote im Monat.

Daher konnte die Seekriegsleitung im ersten Kriegsjahr durchschnittlich nur 12–14 U-Boote im Operationsgebiet zur Bekämpfung der feindlichen Geleitzüge einsetzen. Diese Kräfte reichten aber für einschneidende Erfolge nicht aus. Die zweite Phase der Atlantikschlacht, die nach Beendigung des Norwegenunternehmens im Juni 1940 unter bedeutend günstigeren seestrategischen Bedingungen

begann (neue Basen an der Biskaya), zeigte, welche Ergebnisse die deutsche Kriegsmarine mit einer größeren U-Bootflotte zu erzielen vermocht hätte: allein die zwölf im Operationsgebiet befindlichen Boote versenkten bis zum März 1941 2,31 Mill. BRT, das entsprach etwa 530 % der englischen Schiffsneubauten.

Eine andere Lösung des Problems, England entscheidend zu treffen, versprach die Landung auf der Insel ("Seelöwe"). Zahlreiche Forschungen haben bestätigt, daß dieser Plan nicht allein in das Gebiet der psychologischen Kampfführung einzureihen ist, Hitler die Vorbereitungen also keineswegs nur als Bluff vorantreiben ließ, sondern daß er die feste Absicht hatte, mit stärkeren Kräften in England zu landen, falls die hierfür unbedingt notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden konnten. [24]

Das OKM und das OKH hatten bereits im November–Dezember 1939 erste Studien für eine solche Operation entworfen. Auf Befehl des OKW wurden diese Pläne ab Juli 1940 von allen Wehrmachtteilen weiter diskutiert und ergänzt. Am 16. 7. befahl Hitler, Vorbereitungen für die Landung zu treffen für den Fall, daß England keine Friedensbereitschaft zeigen sollte. Als Bedingungen für ein erfolgreiches See- und Landeunternehmen betrachtete er: die Luftüberlegenheit im Operationsraum, ein minenfreies Gebiet für den An- und Abtransport, die Absperrung der Flanken im Kanal durch Minenfelder, die Vertreibung der englischen Seestreitkräfte von der Südküste sowie die Fesselung aller übrigen um England stationierten Einheiten durch eigene Marinestreitkräfte und schließlich der Aufbau einer starken Küstenartillerie an der Kanalfront.

Bei den operativen Planungen ergaben sich sehr bald Differenzen zwischen dem OKM und dem OKH. Großadmiral Raeder vertrat die Auffassung, daß die im Augenblick verfügbaren Verbände der Kriegsmarine (nach den Verlusten in Norwegen) höchstens für eine Landung auf schmaler Basis ausreichten. Demgegenüber forderten Gen. Feldm. v. Brauchitsch und Gen. Oberst Halder einen Ansatz auf breiter Front (300 km), damit die verschiedenen Kräftegruppen des Heeres ihre Operationen flankierend unterstützen konnten. Ende August entschied Hitler, die Landung auf einer Basis von rund 120 km vorzubereiten. Doch im September vertagte er zunächst die für den 21. 9. vorgesehene Landung. Am 12. 10. verschob er sie auf das Frühjahr 1941; damit war der "Seelöwe" praktisch tot.

Hitler hat das Unternehmen "Seelöwe" schließlich aufgegeben, weil die deutsche Luftwaffe die an sie gestellte Aufgabe nicht in dem geforderten Umfange lösen konnte. Der ObdM hatte daher in seinen Vorträgen bei Hitler mit besonderem Nachdruck betont, daß die Landung 1940 kaum zu verantworten sei, zumal der notwendige Transportraum für den Nachschub bisher nicht ganz erstellt werden konnte. Raeders Bedenken waren offenbar nicht ohne Wirkung auf Hitler geblieben, zumal dieser sich mehr als ein "Fachmann" des Landkrieges fühlte und Operationen auf See recht skeptisch gegenüberstand. Seinen soeben erworbenen Ruf als "größter Feldherr aller Zeiten" aber durch ein im Grunde riskantes Unternehmen aufs Spiel zu setzen, schien ihm zu gewagt; hier mahnte noch die Führungskrise um Narvik. Und in allem, was sein persönliches Prestige betraf, war Hitler überaus empfindlich.

Hinzu kam die ungünstige Wetterlage, die – wie schon so oft – die Operationen in Frage stellte. Doch all die vorgenannten Gründe scheinen für seinen Entschluß nicht den Ausschlag gegeben zu haben, vielmehr die Hoffnung, England in Rußland schlagen zu können.

Mit dem Kriegseintritt Italiens war auch das Mittelmeer Kriegsschauplatz geworden, das Hitler zunächst ganz als Domäne seines Achsenpartners betrachtete. Jedoch wiesen ihn der ObdH, in erster Linie aber der ObdM eindringlich darauf hin, welche Bedeutung die Mittelmeerstrategie im Rahmen des Kampfes gegen England besitze. Raeder vertrat die Ansicht, daß hier geführte Operationen – etwa gegen Gibraltar, gegen die Kanarischen Inseln um das Mittelmeer zu schließen und Malta abzuschnüren, der Schutz von Vichy-Nordafrika gegen feindliche Landungen, ein Durchbruch zum Suezkanal und die Vertreibung des Gegners aus dem Nahen Osten – eher dem Aktionsradius der deutschen militärischen Kräfte entsprechen würden.

So wurde seit Juli 1940 auch die Eroberung Gibraltars (Unternehmen Felix) unter spanischer Mithilfe erwogen. Da die Beziehungen zwischen der Achse und Spanien auf Grund der Hilfeleistungen im Bürgerkrieg recht freundschaftlich waren, – Franco gratulierte bereits am 3. 6. begeistert zu den deutschen Waffenerfolgen –, hoffte Hitler, dieses in Kürze an seiner Seite in den Kampf ziehen zu können.

Im Juli intensiverte er zunächst die diplomatischen Bemühungen, Spanien für seine Pläne zu gewinnen. Aber Franco, wenn auch nach dem deutschen Sieg einer Beteiligung am Kriege nicht abgeneigt, schraubte seine Forderungen einerseits bewußt sehr hoch; so verlangte er Kriegsmaterial aller Art, schwere Waffen, Munition,Treibstoff, Ausrüstung und Getreide für sein Land, das die Folgen der inneren Auseinandersetzungen noch nicht überwunden hatte. Andererseits reizte ihn der Erwerb neuer Territorien wie Gibraltar, Franz. Marokko, Teile Algeriens (Oran), die Vergrößerung der Kolonie Rio de Oro auf Kosten Frankreichs und Gebiete am Golf von Guinea. Aber wollte Hitler diese Wünsche berücksichtigen, mußte er mit Vichy-Frankreich in Konflikt geraten; dies widersprach zu diesem Zeitpunkt allerdings seinen Absichten, da er noch mit dem Gedanken spielte, eine große Kontinental-Koalition (mit Spanien, Frankreich und Italien) gegen England zustande zu bringen. Außerdem war zu befürchten, daß dann weitere Teile des französichen Kolonialgebietes zu De Gaulle übergingen. Hitler stand hier also vor einem unverkennbaren Dilemma.

Großbritannien unter Churchill aber gab nicht nach. Im Gegenteil: fieberhaft organisierte es alles zur Abwehr einer möglichen deutschen Invasion. Es beurteilte seine Lage vor allem als Welt- und Seemacht, und so gesehen lag kein zwingender Grund vor, die Waffen zu strecken. Während es sich für den französischen Marschall und Staatspräsidenten Pétain bei dem Konflikt um eine der üblichen Machtauseinandersetzungen gehandelt hatte, die mit der militärischen Niederlage auf dem Festland ihr Ende finden mußte, beurteilte der britische Premierminister die Situation grundlegend anders: er war überzeugt, daß dieser Krieg nicht auf den traditionellen Schlachtfeldern Europas, sondern nur von weltweiten, ideologischen und wirtschaftlichen Faktoren entschieden würde. Natürlich hoffte er, daß der amerikanische Präsident Roosevelt, dessen erste materielle Hilfe sich bereits im Sommer 1940 fühlbar machte, die isolationistische Haltung des amerikanischen Kongresses bald überwinden und an der Seite Englands zur Verteidigung der großen Demokratien in den Krieg eintreten würde. In diesem Punkte hatte Hitler also nicht recht behalten. Sehr bald offenbarte sich, wie teuer ihn dieser Irrtum zu stehen kommen sollte. Denn welche politischen und militärischen Mittel und Möglichkeiten besaß er, Großbritannien auf der Grundlage des status quo zu Friedensverhandlungen geneigt zu machen?

Zur gleichen Zeit befahl Hitler dem Oberkommando des Heeres, die Frage eines militärischen Feldzuges gegen die Sowjetunion zu prüfen, um Großbritannien eventuell im indirekten Verfahren – Vernichtung des letzten Festlandgegners – in die Knie zu zwingen.

DOKUMENTE

Hitlers Kriegsziele im Westen

[16] *Aus dem Kriegstagebuch des Chefs des Generalstabes des Heeres, General Halder: Besprechung beim Führer, 27. September 1939, 17,00 Uhr*

Auffassung der Lage: Wenn nur Vernunft, dann keine Weiterführung des Krieges. Anzeichen dafür. Verderblich, von vornherein eine solche Hoffnung als Wirklichkeit anzusehen. Nicht Vernunft regiert Landesinteressen, Prestigefragen – schwer zu messen. Vertraut machen damit, daß [der] Krieg weitergeht.
Konsequenzen: jetzige Lage bekannt, in 6 Monaten [Lage] nicht vorauszusehen; auch Verträge sind keine sichere Grundlage für die Beurteilung! Über Verträgen steht Staatsinteresse (Bismarck) (Beispiel aus letzter Geschichte). Ewig gültig der Erfolg, die Macht.

Nicht sicher, ob in 6–8–10 Monaten Neutralitätswille noch so stark, wie jetzt unter [dem] Eindruck deutscher Siege. England wird versuchen, gegen uns zu arbeiten. Daher [gibt es] keine Sicherheit in der Beurteilung der Zukunft. Mit der Zeit wird Verschlechterung eintreten. "Zeit" wird im allgemeinen gegen uns arbeiten, wenn wir sie nicht weitestgehend ausnützen. Wirtschaftliche Mittel auf der anderen Seite stärker. [Gegner] sind in der Lage, einzukaufen und zu transportieren. Auch in militärischer Hinsicht arbeitet [die] "Zeit" nicht für uns.
Das Schlimmste ist nicht auf psychologischem und rein materiellem Gebiet, sondern in der möglichen Veränderung der strategischen Ausgangslage [zu sehen]. Nicht wahrscheinlich, daß man in Frankreich und England glaubt, durch Angriff auf Westwall den Krieg beendigen zu können. Wird wahrscheinlich auch in Zukunft bleiben. Franzosen werden nicht am Westwall angreifen (Beurteilung der Möglichkeiten Rhein, Rhein-Mosel). Wenn sie angreifen, [dann] da, wo Raumgewinn genügt, [um] weitere Fortführung des Krieges zu einer vernichtenden Wirkung zu führen.
Das ist Verletzung der belgisch-holländischen Neutralität. [Das ist] bei Beibehaltung unserer jetzigen Verteidigungszone für uns gefährlich für das Ruhrgebiet. Fernfeuer. Jeder Einbruch erhöht [die] Gefahr...
In der Geschichte haben wir Frankreich immer geschlagen, wenn Deutschland einig war. Volkszahl! Angegebene Stärken der Franzosen werden bezweifelt. Keine Erziehung zum Bewegungskrieg. Eine deutsche Division viel mehr wert als eine französische.
Das Entscheidende ist der Engländer. Notwendig, [daß] für alle Fälle sofort der Angriff gegen Frankreich vorbereitet wird...
Für lange Kriegführung: Voraussetzung Geländegewinn. Das ist das mindeste. Besser noch Ziel, Feind vernichtend zu schlagen. Italien wird seine [nicht-kriegführende] Haltung erst aufgeben und mitmachen, wenn wir Westwall aufgeben. In 3 Wochen möglich! Wenn wir das nicht fertigbringen, verdienen wir geprügelt zu werden. Flak als Kampfwaffe im Infanteriekampf.
Entscheidung [ist] zu versuchen: 1. Ganze Sache abzublasen = zu bereinigen (Tote in London).
2. Wenn nicht möglich, dann Entschluß, Feind niederzuschlagen, bis er niederbricht.
Kriegsziel: England auf die Knie zu zwingen, Frankreich zu zerschlagen. Größte Chance im Norden [der Westfront]; dort auch größter Wert...

Aus Hitlers Denkschrift vom 9. 10. 1939

[...]Das deutsche Kriegsziel hat demgegenüber in der endgültigen militärischen Erledigung des Westens zu bestehen, d. h. in der Vernichtung der Kraft und Fähigkeit der Westmächte, noch einmal der staatlichen Konsolidierung und Weiterentwicklung des deutschen Volkes in Europa entgegentreten zu können.

Diese innere Zielsetzung muß allerdings der Welt gegenüber die von Fall zu Fall psychologisch bedingten propagandistischen Korrekturen erfahren. Am Kriegsziel selbst ändert aber dies nichts. Es ist und bleibt die Vernichtung unserer westlichen Gegner...
"...Im Falle der endgültigen Auseinandersetzung mit Frankreich und England kann das deutsche Kriegsziel nur in der unter allen Umständen anzustrebenden Vernichtung der französisch-britischen Streitkräfte bestehen.... Es ist daher primär die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte anzustreben und erst sekundär die Besetzung feindlichen Bodens..."
"...Vernichtung der lebendigen feindlichen Kraft... als zweites Ergebnis die Sicherung eines Raumes..., der die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kriegführung auch auf längere Sicht hin bietet, und zwar... nicht nur für die Luftwaffe, sondern auch für die U-Bootwaffe..."

Aus dem Tagebuch des Generalobersten Ritter von Leeb

3. Oktober 1939: Aussprache mit Generaloberst von Brauchitsch [Oberbefehlshaber des Heeres] allein. Meine Meinung: schlechte Stimmung der Bevölkerung, keinerlei Begeisterung, keine Beflaggung der Häuser, alles erwartet den Frieden. Das Volk fühlt das Unnötige des Krieges. Wir Soldaten wissen ja aus der Besprechung Obersalzberg [22. 8. 39], daß der Führer diesen Krieg gewollt hat.
Alles deutet darauf hin, daß der Führer einen Angriff durch Belgien-Luxemburg, vielleicht Südteil Holland beabsichtigt. Der Franzose ist aber nicht zu überraschen. Er weiß genau, wenn der Deutsche angreift, muß er durch Belgien. Die Franzosen haben ca. 60 Divisionen operativ frei. Überraschung nicht möglich. Unsere Blutopfer werden unendlich groß sein, und der Franzose wird doch nicht niedergerungen werden können. Ein Angriff gegen Frankreich wird nicht wie der Angriff gegen Polen geführt werden können, sondern langwieriger und äußerst verlustreich sein. Leider wird ja das Friedensangebot des Führers so sein, daß es die Engländer nicht annehmen werden. Darauf hat es der Führer wohl abgesehen. Wenn er dann angreifen will,

dann tut er das, was die Franzosen sich wünschen, da sie dann selbst nicht anzugreifen brauchen.
Brauchitsch ist meiner Auffassung. Führer nicht leicht zu beeinflussen. Außerdem steht Brauchitsch immer allein, die anderen beiden tun meist nicht mit, obwohl Göring [Oberbefehlshaber der Luftwaffe] absolut für den Frieden ist. Brauchitsch hält den Entschluß anzugreifen oder nicht anzugreifen für eine Nervenprobe. Er hofft, daß der Führer die Nerven behält, den anderen den Angriff und die Neutralitätsverletzung zuzuschieben. Er hofft, wenigstens eine Entschlußfassung bis zum Frühjahr hinausschieben zu können.

Aus dem Jodl-Tagebuch vom 20. 5. 1940

...Führer ist außer sich vor Freude. Spricht in Worten höchster Anerkennung vom deutschen Heer und seiner Führung. Befaßt sich mit dem Friedensvertrag, der nur lauten soll, Rückgabe des seit 400 Jahren dem deutschen Volk geraubten Gebietes und sonstiger Werte. Erste Verhandlungen im Wald von Compiégne wie 1918.
Engländer können jeder Zeit Sonderfrieden haben nach Rückgabe der Kolonien...

[17] *Telegramm des Königs der Belgier und der Königin der Niederlande an den Deutschen Reichskanzler*

In einer für die ganze Welt schicksalsschweren Stunde, bevor der Krieg in Westeuropa in seiner ganzen Gewalt beginnt, haben wir die Überzeugung, daß es unsere Pflicht ist, unsere Stimme abermals zu erheben.
Schon vor einiger Zeit haben die kriegführenden Parteien erklärt, daß sie nicht abgeneigt wären, um redliche und sichere Grundlagen für einen gerechten Frieden zu untersuchen. Wir haben den Eindruck, daß es ihnen unter den gegenwärtigen Umständen schwer fällt, Fühlung zu nehmen zur genauerenDarlegung und zur Annäherung ihrer Standpunkte.
Als Souveräne zweier neutraler Staaten, die mit allen ihren Nachbarn gute Beziehungen pflegen, sind wir bereit, ihnen unsere guten Dienste anzubieten. Falls es ihnen genehm wäre, sind wir gewillt, ihnen mit allen zu unserer Verfügung stehenden Mitteln, wie es ihnen beliebt uns anheimzustellen und in der Gesinnung freundschaftlichen Verständnisses die Vermittlung von Beiträgen für eine zu erreichende Übereinstimmung zu erleichtern.
Das ist unseres Erachtens die Aufgabe, die wir für das Wohlergeben unserer Völker und im Interesse der ganzen Welt zu erfüllen haben. Wir hoffen, daß unser Angebot angenommen werden wird und daß damit der erste Schritt getan wird zur Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens.

Haag, den 7. November 1939.
gez.: Wilhelma Leopold.

[18] *23. 11. 39, 12 Uhr: Besprechung beim Führer, zu der alle Oberbefehlshaber befohlen sind*

Der Führer trägt Folgendes vor:
Zweck der Zusammenkunft ist es, Ihnen Einblick zu geben in die Gedankenwelt, die mich angesichts der bevorstehenden Ereignisse beherrscht, und Ihnen meine Entschlüsse zu sagen. Der Aufbau der Wehrmacht war nur möglich im Zusammenhang mit der weltanschaulichen Erziehung des deutschen Volkes durch die Partei. Als ich meine politische Arbeit 1919 begann, basierte mein starker Glauben an den endgültigen Erfolg auf gründlicher Beobachtung der Zeitereignisse von damals und dem Studium der Ursachen der damaligen Geschehnisse. Deshalb habe ich auch bei Rückschlägen, die mir während meiner Kampfzeit nicht erspart blieben, niemals den Glauben verloren. Die Vorsehung hat das letzte Wort gesprochen und mir den Erfolg gebracht. Darüber hinaus hatte ich die klare Erkenntnis des voraussichtlichen Ablaufs der geschichtlichen Ereignisse und den festen Willen, brutale Entschlüsse zu ziehen. Der erste Entschluß war 1919, als ich nach langen inneren Kämpfen Politiker wurde und den Kampf gegen meine Feinde aufnahm. Das war der schwerste Entschluß von allen. Ich hatte aber die feste Überzeugung, daß ich mein Ziel erreichen würde. Vor allem strebte ich ein neues Auslese-Verfahren an. Ich wollte eine Minorität heranziehen, die die Führung übernehmen sollte. Nach 15 Jahren habe ich das Ziel erreicht, nach schweren Kämpfen und vielen Rückschlägen. Als ich 1933 zur Macht kam, lag eine Periode des schwersten Kampfes hinter mir. Alles was vorher da war, hatte abgewirtschaftet. Ich mußte alles neu reorganisieren, angefangen vom Volkskörper bis zur Wehrmacht. Erst innere Reorganisation, Beseitigung der Erscheinungen des Zerfalls und

des defaitistischen Geistes, Erziehung zum Heroismus. Im Zuge der inneren Reorganisation nahm ich mir die zweite Aufgabe vor: Lösung Deutschlands aus den internationalen Bindungen. Zwei besondere Merkmale sind hierbei hervorzuheben: Austritt aus dem Völkerbund und Absage an die Abrüstungs-Konferenz. Es war ein schwerer Entschluß. Die Zahl der Propheten, die erklärten, es werde zur Besetzung des Rheinlands führen, war sehr groß, die Zahl der Gläubigen war sehr gering. Ich führte meine Absicht durch, gedeckt durch die Nation, die geschlossen hinter mir stand. Danach Befehl zur Aufrüstung. Auch hier wieder zahlreiche Propheten, die das Unglück kommen sahen, und nur wenige Gläubige. 1935 folgte die Einführung der Wehrpflicht. Danach Remilitarisierung des Rheinlands, wieder damals ein Vorgang, den man zunächst nicht für möglich hielt. Die Zahl derer, die an mich glaubten, war sehr gering. Dann Beginn der Befestigung des ganzen Gebiets, vor allen Dingen im Westen.
Ein Jahr später kam Österreich, auch dieser Schritt wurde für sehr bedenklich angesehen. Er brachte eine wesentliche Stärkung des Reichs. Der nächste Schritt war Böhmen, Mähren und Polen. Aber dieser Schritt war nicht in einem Zuge zu tun. Zunächst mußte im Westen der Westwall fertiggestellt werden. Es war nicht möglich, das Ziel in einem Anhieb zu erreichen. Vom ersten Augenblick an war mir klar, daß ich mich nicht mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte. Es war nur eine Teil-Lösung. Der Entschluß zum Einmarsch in Böhmen war gefaßt. Dann kam die Errichtung des Protektorats, und damit war die Grundlage für die Eroberung Polens gelegt, aber ich war mir zu dem Zeitpunkt noch nicht im Klaren, ob ich erst gegen den Osten und dann gegen den Westen oder umgekehrt vorgehen sollte. Moltke hat seinerzeit oft die gleichen Überlegungen angestellt. Zwangsläufig kam es erst zum Kampf gegen Polen. Man wird mir vorwerfen: Kampf und wieder Kampf. Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen. Niemand kann dem Kampf entgehen, falls er nicht unterliegen will. Die steigende Volkszahl erforderte größeren Lebensraum. Mein Ziel war, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Volkszahl und Volksraum herbeizuführen. Hier muß der Kampf einsetzen. Um die Lösung dieser Aufgabe kommt kein Volk herum oder es muß verzichten und allmählich untergehen. Das lehrt die Geschichte...
Mein Entschluß ist unabänderlich. Ich werde Frankreich und England angreifen zum günstigsten und schnellsten Zeitpunkt. Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben. Wir werden die Verletzung der Neutralität nicht so idiotisch begründen wie 1914. Wenn wir die Neutralität nicht verletzen, so tun es England und Frankreich. Ohne Angriff ist der Krieg nicht siegreich zu beenden. Ich halte es für allein möglich, den Kampf durch einen Angriff zu beenden. Die Frage, ob der Angriff erfolgreich sein wird, kann niemand beantworten. Alles hängt von der günstigen Vorsehung ab. Die militärischen Bedingungen sind günstig. Vorbedingung ist aber, daß die Führung von oben Beispiel einer fanatischen Entschlossenheit gibt. Wenn die Führung im Völkerleben immer den Mut gehabt hätte, wie ihn jeder Musketier haben muß, so gäbe es keine Mißerfolge. Wenn, wie 1914, Oberbefehlshaber schon Nervenzusammenbrüche hatten, was sollte man dann vom einfachen Musketier verlangen.
Alleinige Erkenntnis: Der Gegner muß geschlagen werden nur durch Angriff. Chancen sind heute anders als bei der Offensive 1918. Zahlenmäßig verfügen wir über mehr als 100 Divisionen. Menschenmäßig kann Ersatz gestellt werden. Die Materiallage ist gut. Was im übrigen heute nicht geschieht, muß morgen geschehen. Das Ganze bedeutet den Abschluß des Weltkrieges, nicht eine Einzelaktion. Es handelt sich nicht um eine Einzelfrage, sondern um Sein oder Nichtsein der Nation.
Ich bitte Sie, den entschlossenen Geist nach unten weiterzugeben.
1. Entschluß ist unabänderlich.
2. Nur Aussicht auf Erfolg, wenn ganze Wehrmacht geschlossen ist.
Der Geist der großen Männer unserer Geschichte muß uns alle beseelen. Von uns fordert das Schicksal nicht mehr als von den Großen der deutschen Geschichte. So lange ich lebe, werde ich nur an den Sieg meines Volkes denken. Ich werde vor nichts zurückschrecken und jeden vernichten, der gegen mich ist. Ich bin entschlossen, mein Leben so zu führen, daß ich anständig bestehen kann, wenn ich sterben muß.
Ich will den Feind vernichten. Hinter mir steht das deutsche Volk, dessen Moral nur schlechter werden kann. Nur wer mit dem Schicksal kämpft, kann eine günstige Vorsehung haben. In den letzten Jahren habe ich viele Beispiele der Vorsehung erlebt. Auch in der jetzigen Entwicklung sehe ich die Vorsehung.
Wenn wir den Kampf erfolgreich bestehen, – und wir werden ihn bestehen, – wird unsere Zeit eingehen in die Geschichte unseres Volkes. Ich werde in diesem Kampf stehen oder fallen. Ich werde die Niederlage meines Volkes nicht überleben. Nach außen keine Kapitulation, nach innen keine Revolution.

[19] *Der "Sichelschnittplan":*
Neufassung der Aufmarschanweisung "Gelb"
vom 24. 2. 1940

1. Der Angriff "Gelb" bezweckt, durch rasche Besetzung Hollands das niederländische Hoheitsgebiet dem Zugriff Englands zu entziehen, durch Angriff über belgisches und luxemburgisches Gebiet möglichst starke Teile des franz.-englischen Heeres zu schlagen und damit die Vernichtung der militärischen Machtmittel des Feindes anzubahnen.
Der Schwerpunkt des über belg.-luxemb. Gebiet zu führenden Angriffes liegt südl. der Linie Lüttich-Charleroi.
Die nördl. dieser Linie angesetzten Kräfte durchbrechen die belgische Grenzverteidigung. Durch weiteren Angriff in westl. Richtung schalten sie eine unmittelbare Bedrohung des Ruhrgebietes aus dem nordostbelgischen Raume aus und ziehen möglichst starke Teile des engl.-franz. Heeres auf sich.
Die südlich der Linie Lüttich–Charleroi angesetzten Kräfte erzwingen den Übergang über die Maas zwischen Dinant und Sedan (beide einschl.) und öffnen sich den Weg durch die nordfranzösische Grenzverteidigung in Richtung auf den Unterlauf der Somme.
2. Den Angriff nördl. der Linie Lüttich–Charleroi führt das Ob.Kdo. der H.Gr. B mit 18. und 6. Armee, den Angriff südl. dieser Linie das Ob.Kdo. der H.Gr. A mit 4., 12. und 16. Armee.
Heeresgruppe C bindet den ihr gegenüberstehenden Feind und bleibt bereit, feindl. Ablenkungsangriffe abzuwehren.
3. Trennungslinien [...]
4. Gliederung, Bereitstellung zum Angriff und Art des Antretens richten sich nach den am 24. 2. mündlich gegebenen Weisungen. Kräfteverteilung liegt an.
5. Aufträge der Heeresgruppen und erste Aufgaben der Armeen.
Auftrag der Heeresgruppe B ist, unter Einsatz schneller Kräfte Holland rasch zu besetzen und eine Verbindung zwischen dem niederländischen Heer und belgisch-englischen Kräften zu verhindern. Sie zerschlägt durch raschen und starken Angriff die belgische Grenzverteidigung und wirft den Feind über die Linie Antwerpen–Namur zurück.
Die Festung Antwerpen ist im Norden und Osten, die Festung Lüttich von Nordosten und nördl. der Maas abzuschließen.
18. Armee verhindert durch rasche Besetzung ganz Hollands (einschl. Festung Holland) die Festsetzung feindl. Kräfte im holländischen Küstengebiet.
Gleichzeitig mit dem Vorführen von Kräften nördl. des Waal gegen die Ostfront der Festung Holland ist durch Vorstoß schneller Kräfte südl. des Waal die Küste zwischen Holländisch Diep und Westerschelde zu gewinnen, die Vereinigung engl.-belgischer Kräfte mit holländischen Kräften zu vereiteln und die Voraussetzung für überraschenden Einbruch in die Südfront der Festung Holland im Zusammenwirken mit Luftlandetruppen zu schaffen.
Die Provinz Groningen ist gleichzeitig durch schwächere Kräfte unter Verwendung von Panzerzügen zu besetzen. Überraschende Besitznahme des nördlichen Abschlußdammes der Ijssel See ist anzustreben.
Die baldige Besetzung der Westfriesischen Inseln ist für die Zwecke der deutschen Luftwaffe wichtig.
6. Armee tritt aus der Linie Venlo–Aachen (Orte einschl.) derart an, daß sie die Maas rasch überwinden und die belgischen Grenzbefestigungen mit möglichst geringem Zeitaufwand durchstoßen kann. Sie greift weiter nördl. der Linie Lüttich–Namur in allgemein westl. Richtung an. Befehl über Abschließung von Antwerpen und Lüttich ergeht durch H.Gr.B.
Auftrag der Heeresgruppe A ist, unter Deckung der linken Flanke des Gesamtangriffs gegen feindl. Einwirkung aus dem geschützten Bereich um Metz und Verdun, möglichst rasch den Übergang über die Maas zwischen Dinant und Sedan (beide einschl.) zu erzwingen, um weiterhin unter Abdecken der Flanken möglichst rasch und möglichst stark im Rücken der nordfranzösischen Grenzbefestigungszone in Richtung auf die Somme-Mündung durchzustoßen. Hierfür wird A. O. K. 2 als weiteres A. O. K. zur Verfügung stehen.
Vor der Front der Heeresgruppe sind starke schnelle Kräfte in tiefer Gliederung gegen den Maas-Abschnitt Dinant–Sedan vorzutreiben. Ihre Aufgabe ist, nach Südbelgien und Luxemburg vorgeworfenen Feind zu zersprengen, in überraschendem Ansturm das Westufer der Maas zu gewinnen und dadurch günstige Vorbedingungen für die Weiterführung des Angriffs in westl. Richtung zu schaffen.
4. Armee durchbricht die befestigte Grenzzone zwischen Lüttich und Houffalize, schließt nach näherer Anordnung der H. Gr. A die Festung Lüttich im Südosten und Süden ab und erzwingt – schnelle Kräfte auf Dinant und Givet vortreibend – unter Deckung gegen Namur den Übergang über die Maas zwischen Yvoir und Fumay (ausschl.) für weiteres Vorgehen über Beaumont und Chimay in westl. Richtung.
12. Armee durchstößt die belgischen Grenzbefestigungen beiderseits Bastogne und erzwingt

unter scharfem Nachdrängen hinter den vor ihrer Front vorgehenden schnellen Kräften den Übergang über die Maas zwischen Fumay und Sedan (beide einschl.) derart, daß möglichst rasch starke Kräfte im Anschluß an 4. Armee über Linie Signy le Petit–Signy L'Abbaye in westl. Richtung weiter angreifen können.
16. Armee gewinnt, aus Linie Wallendorf–Mettlach angreifend, unter scharfem Vorwärtstreiben des rechten Flügels zunächst die allgemeine Linie Mozon–Longwy–Sierck, deckt in dieser Linie die Südflanke des Gesamtangriffs und hält Anschluß an die befestigte Saarlinie südlich Mettlach nach Vereinbarung mit 1. Armee. Nach Erreichen der befohlenen Linie ist Unterstellung der Armee unter H. Gr. C vorgesehen. Mit ihr ist vom Antreten an enge Fühlung zu halten.
Heeresgruppe C bindet durch Täuschungsmaßnahmen und Drohen mit starkem Angriff ihr gegenüberstehende Kräfte – Schwerpunkt im Bereich westl. des Pfälzer Waldes – und hält sich bereit, die rasche Bildung einer starken Abwehrfront im Bereich der 16. Armee zu unterstützen. Spätere Übernahme der 16. Armee in den Bereich der H. Gr. ist vorgesehen.
6. Auslösung des Falles „Gelb":
a) OKH wird am A-Vortage bis 13.00 Uhr für die Auslösung des Falles "Gelb" folgendes Stichwort an die Heeresgruppe durchgeben:
„Gelb, Datum, Uhrzeit".
b) Außerdem wird OKH die bisher vorgesehenen Stichworte „Danzig" oder „Augsburg" bis 24.00 Uhr des A-Vortages an die Heeresgruppen durchgeben.
c) Das Stichwort gemäß a) löst die Inmarschsetzung der Infanterie-Divisionen und schnellen Verbände vorderer Linie mit Beginn der Dämmerung sowie deren Grenzübertritt zu der befohlenen Zeit aus. Die Verbände sind möglichst spät zu alarmieren.
Für die Alarmierung und Inmarschsetzung der übrigen Verbände der Heeresgruppen sowie der OKW-Reserven und Transportdienststellen gelten folgende Richtlinien:
Die Masse der genannten Verbände und Transportdienststellen darf erst mit dem Zeitpunkt des Grenzübertritts alarmiert und bewegt werden.
Einzelne Verbände, deren rasches Nachführen an die Grenze von besonderer Bedeutung ist, dürfen nach Bestimmung der Heeresgruppen früher alarmiert und in Marsch gesetzt werden. Doch hat diese Alarmierung in unverfänglicher Form erst dann zu erfolgen, wenn eine Übermittlung dieser Nachricht über die Grenze vor dem Grenzübertritt nicht mehr zu befürchten steht.
7. Über Mitwirkung und Aufgabe der Luftwaffe folgt Befehl.
8. Diese Weisung ist verteilt an die Heeresgruppen A, B. und C mit je 1 Ausfertigung. Schriftliche Weitergabe der geschlossenen Weisung ist verboten. Auszüge dürfen nur in knappster Form und unter äußerster Beschränkung des Verteilers gemacht werden. [...]

[20] *Weisung für "Fall Weserübung"*
Berlin 1. 3. 1940

1. Die Entwicklung der Lage in Skandinavien erfordert es, alle Vorbereitungen dafür zu treffen, um mit Teilkräften der Wehrmacht Dänemark und Norwegen zu besetzen ("Fall Weserübung"). Hierdurch soll englischen Übergriffen nach Skandinavien und der Ostsee vorgebeugt, unsere Erzbasis in Schweden gesichert und für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England erweitert werden.
Kriegsmarine und Luftwaffe fällt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Sicherung des Unternehmens gegen das Eingreifen englischer See- und Luftstreitkräfte zu.
Die für "Fall Weserübung" einzusetzenden Kräfte werden im Hinblick auf unsere militärpolitische Stärke gegenüber den nordischen Staaten so schwach als möglich gehalten. Ihre zahlenmäßige Schwäche muß durch kühnes Handeln und überraschende Durchführung ausgeglichen werden. Grundsätzlich ist anzustreben, der Unternehmung den Charakter einer friedlichen Besetzung zu geben, die den bewaffneten Schutz der Neutralität der nordischen Staaten zum Ziel hat. Entsprechende Forderungen werden mit Beginn der Besetzung den Regierungen übermittelt werden. Flotten- und Luftdemonstrationen werden erforderlichenfalls den nötigen Nachdruck geben. Trotzdem auftretender Widerstand ist unter Einsatz aller militärischen Mittel zu brechen.
2. Mit der Vorbereitung und Führung des Unternehmens gegen Dänemark und Norwegen beauftrage ich den Kommandierenden General des XXI. A. K., General d. Inf. v. Falkenhorst (Befehlshaber der "Gruppe XXI").
Dieser untersteht mir in Führungsfragen unmittelbar. Der Stab ist aus den drei Wehrmachtteilen zu ergänzen.
Die für "Fall Weserübung" zur Verfügung zu stellenden Kräfte werden gesondert befohlen. Über sie darf für andere Kriegsschauplätze nicht verfügt werden.

Die Kräfte der Luftwaffe werden zur Durchführung der "Weserübung" der Gruppe XXI taktisch unterstellt. Sie treten nach Beendigung ihrer Aufgabe unter den Befehl des O. d. L. zurück.
Der Einsatz der von Kriegsmarine und Luftwaffe unmittelbar geführten Kräfte hat in engem Einvernehmen mit dem Befehlshaber der Gruppe XXI zu erfolgen.
Die Versorgung der zur Gruppe XXI abgestellten Kräfte ist durch die Wehrmachtteile nach den Anforderungen des Befehlshabers sicherzustellen.
3. Grenzübertritt gegen Dänemark und Landung in Norwegen haben gleichzeitig zu erfolgen. Die Unternehmungen sind mit größtem Nachdruck so schnell als möglich vorzubereiten. Falls der Feind die Initiative gegen Norwegen ergreift, müssen eigene Gegenmaßnahmen sofort ausgelöst werden können.
Von größter Bedeutung ist, daß unsere Maßnahmen die nordischen Staaten wie die Westgegner überraschend treffen. Dem haben alle Vorbereitungen, insbesondere die Art der Bereitstellung des Laderaums und der Truppen, ihre Einweisung und ihre Verladung Rechnung zu tragen. Können Vorbereitungen für die Verschiffung nicht mehr geheimgehalten werden, sind Führern und Truppen andere Ziele vorzutäuschen. Der Truppe dürfen die wahren Ziele erst nach dem Auslaufen bekannt werden.
4. Besetzung Dänemarks: ("Weserübung Süd").
Aufgabe der Gruppe XXI: Überraschende Besetzung von Jütland und Fünen, anschließend Besetzung von Seeland.
Hierzu ist unter Sicherung der wichtigsten Punkte möglichst schnell bis Skagen und bis zur Ostküste von Fünen durchzustoßen. In Seeland sind als Ausgangsstellungen für die spätere Besetzung frühzeitig Stützpunkte in Besitz zu nehmen.
Die Kriegsmarine stellt Kräfte zur Sicherung der Verbindung Nyborg-Korsoer und zur raschen Besitznahme der Kleinen-Belt-Brücke, nötigenfalls auch zu Truppenlandungen, zur Verfügung. Sie bereitet ferner die Küstenverteidigung vor.
Von der Luftwaffe sind Fliegerverbände in erster Linie zu Demonstrationszwecken und für Flugblattabwurf vorzusehen. Die Ausnutzung der dänischen Bodenorganisation sowie die Luftverteidigung sind sicherzustellen.
5. Besetzung Norwegens: ("Weserübung Nord").
Aufgabe der Gruppe XXI: Überraschende Besetzung der wichtigsten Küstenplätze von See her und durch Luftlandeunternehmen.
Die Kriegsmarine übernimmt Vorbereitung und Durchführung des Seetransportes der Landungstruppen und der im weiteren Verlauf nach Oslo nachzuführenden Kräfte.
Sie sichert den Nachschub auf dem Seewege dahin. Der beschleunigte Ausbau des Küstenschutzes in Norwegen ist vorzubereiten.
Die Luftwaffe hat nach erfolgter Besetzung die Luftverteidigung sowie die Ausnutzung der norwegischen Basis für die Luftkriegführung gegen England sicherzustellen.
6. Gruppe XXI meldet OKW laufend Stand der Vorbereitungen und legt eine zeitlich geordnete Übersicht über den Ablauf der Vorbereitungen vor. Dabei ist die Mindestzeitspanne, die zwischen Befehlsausgabe zum "Fall Weserübung" und der Durchführung liegen muß, anzugeben. Beabsichtigter Gefechtsstand ist zu melden.
Decknamen: Wesertag = Tag des Unternehmens
Weserzeit = Uhrzeit des Unternehmens

(gez.) Adolf Hitler

[21] *Unterredung zwischen Hitler und dem amerikanischen Unterstaatssekretär Sumner Welles*
Berlin, den 2. März 1940

Sumner Welles begann nach einem Dankeswort für den Empfang durch den Führer mit einer bereits in der gestrigen Unterredung mit dem Reichsaußenminister abgegebenen Erklärung über die Art seines Auftrags. Er führte aus, daß der Präsident der Vereinigten Staaten ihn angewiesen habe, nach Italien, Deutschland, Frankreich und England zu reisen, um ihm über die gegenwärtige Lage in Europa Bericht zu erstatten, und er unterstrich, wie bereits gestern bei der Unterredung mit dem Reichsaußenminister, daß er nicht ermächtigt sei, im Namen der Vereinigten Staaten irgendwelche Vorschläge zu machen oder Verbindlichkeiten einzugehen. Wie bei der gestrigen Unterredung fügte er hinzu, daß die Mitteilungen, die ihm im Verlaufe seiner Unterhaltungen mit den fremden Staatsmännern gemacht würden, von ihm als streng vertraulich angesehen und nur zur Unterrichtung des Präsidenten Roosevelt verwendet würden.
Präsident Roosevelt habe ihm diesen Auftrag erteilt, um festzustellen, ob im gegenwärtigen Augenblick irgendwelche Möglichkeiten zur Schaffung eines dauernden und sicheren Friedens in Europa bestünden. Präsident Roosevelt sei nicht an einem nur vorübergehenden, unsicheren Friedenszustand interessiert. Er sei der Ansicht, daß ein Vernichtungskrieg eine ungeheure

Zerstörung von Leben und allem, was uns unsere Zivilisation schätzen gelehrt hätte, mit sich bringen würde, und er sei sich bewußt, daß ein derartiger Vernichtungskrieg einen Einfluß auf jedes Land ausüben würde. Auch die Vereinigten Staaten würden als größtes neutrales Land die Wirkungen eines derartigen Krieges in ihrem sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen und Handelsleben zu spüren bekommen.
Präsident Roosevelt habe in öffentlichen Erklärungen bereits die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten bekanntgegeben, nach Herstellung eines dauernden und sicheren Friedens ihrerseits voll und ganz an der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen und der Herbeiführung eines gesunden Wirtschaftslebens mitzuarbeiten.
Aus allen diesen Gründen habe Sumner Welles um die Audienz beim Führer gebeten und wäre dankbar, wenn ihm dieser seine Ansicht mitteilen würde.
Der Führer erwiderte, daß die erste Mitteilung, die er zu machen hätte, sich auf die Tatsache bezöge, daß nicht Deutschland England und Frankreich den Krieg erklärt hätte, sondern daß das Umgekehrte der Fall sei, daß nicht Deutschland Kriegsziele habe, die gegen England und Frankreich gerichtet seien, sondern daß auch hier wieder das Umgekehrte zutreffe. Entscheidend sei daher, ob England und Frankreich ihre Kriegsziele preisgäben oder nicht. Die Kriegsziele der Gegner seien Deutschland bekannt und seien derartig, daß sie überhaupt nicht diskutierbar wären. Deutschland glaube nun nicht, daß England und Frankreich von diesen Kriegszielen abgehen würden, und sei daher der Ansicht, daß der Konflikt ausgefochten werden müsse.
Im übrigen habe der Führer selbst seine Bedenken über eine Ausweitung des Konflikts in seiner Rede am 6. Oktober ausgesprochen. Er sei nicht im Zweifel über die Folgen einer solchen Ausweitung und hätte daher in dieser Rede den Gegnern noch einmal die Hand hingestreckt. Er habe eine brüske Zurückweisung erfahren. Außerdem sei vielleicht weniger entscheidend, was die Staatsmänner offiziell erklärten, als das, was die tatsächlichen Gestalter der öffentlichen Meinungen über die Kriegsziele der Gegner verlauten ließen. Sie ließen den Vernichtungswillen unserer Feinde klar erkennen, und da Deutschland schon eine Erfahrung mit derartigen Kriegszielen hinter sich habe, sei es entschlossen, diese Kriegszielsetzung zu beseitigen. Außerdem sei das letzte Angebot des Führers wiederum als Schwäche ausgelegt worden, so daß von deutscher Seite nun eigentlich nichts mehr zu sagen sei. Wenn England danach trachte, Deutschlands Zukunft zu vernichten, so würde das deutsche Volk diesen Willen zu durchkreuzen wissen.
Im übrigen sei zu bemerken, daß die Wirtschafts- und Abrüstungsfragen, die Präsident Roosevelt nach Herbeiführung des Friedens regeln wolle, bereits jahrzehntelang gestellt gewesen seien. Die anderen Länder hätten in dieser langen Zeit nicht nur nicht vermocht, weder in der Wirtschaft noch in der Abrüstung, irgend ein Problem zu lösen, sondern hätten sich sogar noch gegen die vernünftigen Vorschläge, die vom Führer auf dem Gebiet der Abrüstung und der Wirtschaftsregelung gemacht wurden, gewendet.
Erst heute morgen seien aus Amerika Nachrichten eingetroffen, daß ein neuer Boykott gegen Deutschland im Gange sei. Es ergäbe sich daraus, daß die gegenwärtige Atmosphäre für die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht geeignet sei. Hierbei erinnerte der Führer an die Boykottbewegung, die in Amerika einsetzte, als er auf vollständig demokratische Weise auf Grund der deutschen Volksabstimmung an die Macht kam, und versuchte, angesichts der sieben Millionen Arbeitslosen und des darniederliegenden Wirtschaftslebens den deutschen Handel auszuweiten. Obwohl damals die deutsch-amerikanische Handelsbilanz für Amerika aktiv war (700 bis 900 Millionen amerikanischer Absatz in Deutschland gegen 300 Millionen deutscher Absatz in den Vereinigten Staaten), wurde sofort in den Vereinigten Staaten eine gegen Deutschland gerichtete Boykottbewegung ins Leben gerufen, ohne daß ihr irgendwelche Hindernisse bereitet worden wären. Im weiteren Verlauf sah sich Deutschland natürlich gezwungen, auch seine Einfuhr aus den Vereinigten Staaten einzuschränken (und zwar um 2/3 gegenüber einer Einschränkung des deutschen Absatzes in Amerika um 1/3). Diese Beschränkung sei sicherlich nicht auf ein Verschulden des Führers zurückzuführen, denn Deutschlands Interesse sei ja gerade entgegengesetzt auf eine Ausweitung gerichtet gewesen.
Man dürfe sich in Wirtschaftsdingen nicht von ideologischen Erwägungen leiten lassen. Deutschland hätte ebenso mit den demokratischen Ländern wie mit Rußland Handel getrieben, ohne sich um das Regime der Handelspartner zu kümmern; andere Länder aber hätten sich von ideologischen Erwägungen leiten lassen und oft nur wegen der Verschiedenheit des Regimes und der wirtschaftlichen Konstruktion nicht mit Deutschland Handel treiben wollen. Dabei wäre oft vergessen worden, daß Deutschland mit seinen 140 Menschen auf dem Quadratkilometer natürlich eine andere Wirtschaftskonstruktion besitzen müßte als die Vereinigten Staaten, in denen nur 13 oder 14 Menschen auf dem Quadratkilometer wohnen. Es ergebe sich schon aus diesem Vergleich, daß Deutschland zu seiner Ernährung usw. ungefähr zehnmal soviel pro Quadratkilometer produzieren müsse als die Vereinigten Staaten. Es wäre auch möglich gewesen, den Handel auszuweiten, aber die ideologischen Hindernisse hätten dies unmöglich gemacht.
Der Führer erwähnte, daß er immer Achtung vor der Art gehabt habe, in der andere Länder mit ihren Problemen fertig zu werden suchten, aber die gleiche Achtung von anderen für die Bemü-

hungen Deutschlands vermißt hätte. Die Voraussetzung für ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten sei jedoch die Achtung der Methoden, die andere Länder anzuwenden gezwungen seien. Alle Versuche, die der Führer unternommen hätte, um auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Rüstung und der politischen Entspannung durch großzügige Vorschläge etwas zu erreichen, seien zurückgewiesen worden. Auf demselben Platz, auf dem der Unterstaatssekretär Sumner Welles jetzt säße, hätte der englische Botschafter kurz vor Ausbruch des Krieges gesessen, als ihm der Führer das größte Angebot seines Lebens machte. Auch das wäre nicht angenommen worden, und man dürfe nicht vergessen, daß auch für den Führer einmal der Augenblick käme, wo ein weiteres Nachgeben den anderen gegenüber eine Pflichtvergessenheit dem deutschen Volk gegenüber sein würde. Und wenn dann vernünftige Vorschläge, wie der im Oktober gemachte, sogar noch als Schwächezeichen ausgelegt würden, dann könne sich Deutschland schließlich nur noch auf seine Kraft verlassen, und der einzig dann noch übrigbleibende Weg sei, den Konflikt eben auszukämpfen, und zwar nicht etwa, um irgendwelche Kriegsziele durchzusetzen, sondern um sich gegen den Vernichtungswillen der feindlichen Kriegsziele zu wehren. Ein Hundertmillionenblock denke nicht daran, sich von anderen Ländern vernichten zu lassen, und man sehe in Deutschland der weiteren Entwicklung der Dinge entschlossen und eiskalt entgegen.

Sumner Welles erwiderte, daß seine Regierung voll und ganz die Bemühungen des Führers zur Herbeiführung einer Begrenzung und Herabsetzung der Rüstung anerkannt habe. Er sei auch der Ansicht, daß es als eine wahre Tragödie für Europa und für die Welt angesehen werden müßte, daß die auf diesen Gebieten gemachten Angebote des Führers nicht großzügig geprüft und durchgeführt worden wären.

Bezüglich des nach den letzten in Berlin eingetroffenen Nachrichten in Amerika ausgebrochenen Boykotts gegen Deutschland erklärte sich Sumner Welles uninformiert und bemerkte, die amerikanische Regierung habe zu keiner Zeit irgendeine Boykottbewegung gefördert oder begünstigt, da es eine ihrer Grundanschauungen sei, daß wohl nie ein größerer Schaden angerichtet werden könne, als wenn wirtschaftliche und finanzielle Mittel für politische Zwecke verwendet würden. Daher habe auch die Regierung der Vereinigten Staaten, wohl als einzige Regierung der Welt, noch bis in die jüngste Vergangenheit hin die Herabsetzung der Handelshemmnisse und die Beseitigung der künstlichen Behinderungen eines freien Warenaustausches betrieben; und sie sei sich bewußt, daß es für das Bestehen eines stabilen Friedenszustandes keinen größeren Anreiz geben könne als eine Erhöhung der Kaufkraft und der Lebenshaltung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit durch Erweiterung des Welthandels.

Sumner Welles erklärte, er sei tief beeindruckt von den Worten des Führers und würde es tief bedauern, wenn er nach dieser Unterredung das Gefühl haben müßte, daß keine Hoffnung mehr für eine Vermeidung des Vernichtungskrieges bestünde. Die amerikanische Regierung stünde auf dem Standpunkt, daß es zur Abwendung dieses Unglücks noch Zeit wäre und daß einige Staatsmänner noch die Schrecken, die der Welt beim Losbrechen des Vernichtungskrieges bevorstünden, bannen könnten. Obgleich die Mitteilungen, die er von den Staatsmännern erhalte, vertraulich behandelt werden müßten, wolle er doch über die Ansicht des Duce soviel sagen, daß auch dieser der Ansicht sei, es wäre noch immer Zeit, die Schwierigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen.

Der Führer erwiderte, er habe eingangs schon erklärt, daß diese Frage mit Deutschland nichts zu tun habe, da wir ja nicht den Krieg erklärt hätten. Wenn es nach Deutschland gegangen wäre, würde jetzt absoluter Friede herrschen, und wenn England und Frankreich den Vorschlag des Führers angenommen hätten, so würde man wahrscheinlich jetzt längst zusammensitzen, um die noch zu lösenden Probleme durch Verhandlungen zu regeln. Die Regierungen könnten oft nicht so handeln, wie sie wollten. Die öffentlichen Meinungen, die von anderen Elementen geformt würden, schalteten sich ein und würden oft zu Herrschern über die Regierungen.

Grundsätzlich müsse man drei Elemente unterscheiden:

1. Die historischen Reminiszenzen, die nicht zu gering eingeschätzt werden dürften,
2. die politischen Interessen, die zum Teil mit Sicherheitsfragen und dergleichen zusammenhingen und
3. die wirtschaftlichen Interessen.

Zum ersten Punkt bemerkte der Führer, daß man unmöglich auf die Dauer einer großen Nation die Stellung in der Welt verweigern könne, die ihr auf Grund der Tradition und der Geschichte zukomme. Dies treffe insbesondere auf Italien und Deutschland zu. Bereits 500 Jahre vor Ankunft der ersten Europäer in Amerika, ein halbes Jahrtausend vor Columbus, hätte ein großes deutsches Reich bestanden, das schon damals alle Gebiete in sich schloß, die der Führer jetzt wieder mit dem Reich vereinigt habe. Diese historischen Tatsachen träten vielleicht vorübergehend einige 100 Jahre lang während einer Erschlaffungszeit der betreffenden Nationen in den Hintergrund; sie kämen aber nach Wiedererstarken der Völker, wie sich dies im Falle Italiens und Deutschlands deutlich gezeigt habe, dann sofort wieder an die Oberfläche und setzten sich durch.

Zweitens, bezüglich des politischen Elements, erklärte der Führer, daß es im Zeitalter der Nationalitätenpolitik ein Unding sei, die Vereinigung eines Volkes in einem großen Reich verhindern zu wollen. Auch wenn England oder Amerika in einzelne Teile zersprengt wäre, würden diese Teile unweigerlich wieder zueinander streben. Das gleiche habe sich im Falle Deutschlands und Italiens gezeigt. Wenn nun eine politische Konstellation sich angewöhnt hätte, derartige naturgegebene Tendenzen wie im Falle Italiens und Deutschlands nicht zu sehen, so wäre es selbstverständlich unbequem, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt diese Kräfte so stark würden, daß sie sich nicht mehr übersehen ließen. Der Gedanke aber, die politische Vereinheitlichung des deutschen Volkes etwa durch Krieg verhindern zu wollen, sei einfach absurd.
Was die wirtschaftliche Seite angehe, so sei es einfach unsinnig, ein Volk, das zu 140 Menschen pro Quadratkilometer leben müßte, von den Rohstoffquellen ausschalten zu wollen. Deutschland habe seine Kolonien nicht durch Eroberung und Gewalt, sondern durch Kauf, Tausch und Vertrag gewonnen. Man habe ihm diese Kolonien genommen, ohne die damit verknüpften lebenswichtigen Probleme zu lösen. So sei ein Block von 80 Millionen in die größten Existenzschwierigkeiten geraten, und man könne nicht erwarten, daß ein Volk, dem man die Lebensgrundlagen auf diese Weise entzogen habe, dafür auch noch dankbar sei. Es sei nur natürlich, daß, sobald dieses Volk wieder erstarkt wäre, es danach strebe, seine Lebensgrundlagen wieder zu gewinnen. Deutschland könne auch die "Blockade im Frieden" nicht verstehen, die darin bestünde, daß gewisse Länder sich große Gebiete der Welt einfach reservierten, wie dies durch die Ottawa-Abkommen geschehen sei.
Außerdem muß bemerkt werden, daß der Welthandel nicht das einzige Hilfsmittel für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei. Als Beispiel führte der Führer das deutsch-amerikanische Verhältnis an. Amerika erzeuge einen Überschuß an Lebensmitteln, Rohstoffen und Industrieprodukten, Deutschland leide an einem Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, habe aber einen Überschuß an Industrieprodukten. Amerika würde sicher gern Deutschland aus seiner überschüssigen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion entsprechende Mengen zur Verfügung stellen, könne aber die als Gegenleistung gedachte deutsche Industrieausfuhr deshalb nicht bei sich aufnehmen, weil es ja eine eigene überschüssige Industrieproduktion habe. So sei es unmöglich, auf diesem Wege den mitteleuropäischen Lebensraum mit allem Nötigen zu versorgen; daher müsse dieser Lebensraum in sich selbst die Grundlagen für seine Rohstoff- und Lebensmittelversorgung schaffen. Wenn dies nicht geschähe, würden die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstehen. Entweder nämlich würde der mitteleuropäische Raum zum Unterbieten und Dumping gezwungen sein, oder es würde ein gefährlicher Spannungszustand entstehen.
Der Führer wies darauf hin, daß er England und Frankreich vorgeschlagen habe, nach Rückgabe der deutschen Kolonien zu gemeinsamer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu schreiten. Diese Vorschläge seien jedoch abgelehnt worden. Den Krieg führe er nicht um des Krieges willen; im Gegenteil, der Krieg bedeute für ihn eine verlorene Zeit, wenn man in Betracht ziehe, daß er die riesengroße Aufgabe gestellt erhalten habe, den mitteleuropäischen Lebensraum des deutschen Volkes zu organisieren und lebensfähig zu machen. In diesem Bestreben stände das deutsche Volk hundertprozentig hinter ihm.
Zusammenfassend wies der Führer darauf hin, daß, wenn die wirtschaftlichen, politischen und historischen Realitäten, die er soeben auseinandergesetzt habe, nicht beachtet würden, kein wirklich dauernder und fester Friedenszustand zu erreichen wäre. Die Achtung vor diesen drei Elementen sei die Voraussetzung eines dauernden Friedens. Im übrigen wolle Deutschland nicht in den Lebensraum anderer großer Völker eindringen, sondern nur das behalten, was ihm tatsächlich gehöre. Es habe die Einigung aller deutschen Menschen als das natürlichste Erfordernis der Gegenwart durchgeführt. Es wolle sich die für sein Leben notwendigen wirtschaftlichen und räumlichen Grundlagen sichern. Das riesige englische Weltreich mit großen, ungenutzten Landstrecken habe von den deutschen Kolonien doch keinen Nutzen. Auch das militärische Argument sei nicht zugkräftig, da ja Deutschland als einzige Macht seine Kolonien nicht zu militärischen Zwecken benutzt hätte. Wenn diese Gesichtspunkte nicht geachtet würden, schloß der Führer seine Ausführungen, gäbe es keinen anderen Ausweg als den Kampf auf Leben und Tod, dem jedoch Deutschland mit voller Zuversicht entgegensehe.
Sumner Welles führte aus, daß er persönlich die vom Führer in den sieben Jahren seiner Regierung geleistete Aufbauarbeit voll und ganz anerkenne. Er habe auch die Bedeutung der historischen und politischen Erfordernisse, von denen ihm der Führer gesprochen hätte, sehr wohl erkannt. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß es keine größere Sicherheit für einen dauernden und festen Frieden geben könne als ein geeinigtes, zufriedenes und wohlhabendes deutsches Volk.
Zu den Ausführungen des Führers über den deutsch-amerikanischen Handel und die Unmöglichkeit, alle Schwierigkeiten nur durch den Welthandel zu regeln, bemerkte Sumner Welles, daß er dieser letzteren Ansicht zustimme, jedoch mit der Maßgabe, daß eine liberalere Handhabung des Welthandels zwar nicht allein alle Schwierigkeiten beseitigen könne, aber doch eines der größten

und wichtigsten Hilfsmittel zu ihrer Beseitigung sei. Hinsichtlich des deutsch-amerikanischen Handels erinnerte Sumner Welles daran, daß Amerika immerhin trotz seiner eigenen Industrieproduktion gewisse Fertigwaren aus Deutschland sehr gern eingeführt hatte, genau wie Deutschland, trotz einer eigenen Agrarproduktion, auch aus Amerika landwirtschaftliche Produkte einführte. Die verbleibenden Teile des Ausfuhrüberschusses müßten eben auf dem Wege des mehrseitigen Handels untergebracht werden, und hier sei die Liberalisierung des Welthandels von großer Bedeutung. Sumner Welles wies dann darauf hin, daß in Wirtschafts- und Abrüstungsfragen die deutsche und die amerikanische Regierung vielfach gleicher Ansicht seien, und stellte in diesem Zusammenhang dem Führer die Frage, ob er mit der amerikanischen Regierung der Ansicht sei, daß nach Herbeiführung eines dauernden, festen Friedens, der dem deutschen Volke gemäß den vom Führer soeben aufgestellten Richtlinien alle Sicherheit gebe, die Abrüstungs- und Wirtschaftsprobleme gleichzeitig zu lösen seien.
Der Führer erwiderte, er sei persönlich der Ansicht, daß die Rüstungslast herabgesetzt werden müßte, weil sie sonst zum Ruin der Völker führen würde. Sie stelle nicht nur die größte Belastung für den sozialen Aufbau dar, sondern es würden auch Millionen von Arbeitskräften für nichtproduktive Zwecke eingesetzt, die auf anderen Gebieten für die Erhöhung des Wohlstandes des Volkes besser eingesetzt werden könnten. Es gäbe zwei Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung:
1. durch internationale Abmachungen, auf Grund deren sämtliche Völker nach einem bestimmten Schema auf langwierigen und umständlichen Wegen gleichzeitig abrüsteten;
2. durch Zusammenschluß einer Anzahl von abrüstungsbereiten Völkern, die ihre Verteidigungsinteressen gemeinsam in die Hand nehmen und trotz der eigenen Abrüstung zusammen genommen immer noch stark genug bleiben, um sich gegen andere, nicht abrüstungsbereite Völker durchzusetzen, die infolge ihrer hohen Rüstungslast schließlich zusammenbrechen müßten. Derartige Vorschläge habe er England und Frankreich, allerdings erfolglos, gemacht.
Sumner Welles erwiderte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten genau wie der Führer die Rüstungsfrage für eines der ernstesten Probleme hielte und mit ihm der Ansicht sei, daß sie die Völker, anstatt sie zu produktiver Arbeit zu führen, zur Zerstörungsarbeit ablenkte. Wenn die Aufrüstung fortdauere, so würden die Länder dem Ruin entgegengehen, wie der Führer dies sehr richtig bemerkt habe.
Über das technische Verfahren der Abrüstung könne er sich im Augenblick nicht aussprechen.
Der Führer wiederholte, daß das Entscheidende sei, daß es nicht um die deutschen Kriegsziele, sondern um die Kriegsziele der anderen gehe, die auf die Vernichtung Deutschlands hinausliefen. Er könne Herrn Sumner Welles versichern, daß Deutschland nie vernichtet werden würde. Er habe als Soldat vier Jahre an der Westfront gestanden und sei der Ansicht, daß auch damals Deutschland nicht besiegt worden wäre, wenn ein anderes Regime am Ruder gewesen wäre. Es handele sich nicht darum, ob Deutschland vernichtet würde; Deutschland würde sich der Vernichtung zu erwehren wissen, und im allerschlimmsten Falle würden alle vernichtet werden. Deutschland befinde sich heute in einer ganz anderen Lage als im letzten Kriege, und er, der Führer, habe alle Vorbereitungen getroffen, und zwar gründlich getroffen, um den Vernichtungswillen der anderen brechen zu können. Das deutsche Kriegsziel "Frieden" stehe gegen das Kriegsziel der anderen "Vernichtung". Wie ein Mann stehe das deutsche Volk hinter ihm, das durch die furchtbare Erfahrung von 1918 klug geworden sei. Wenn jemand Frieden stiften wolle, so müsse er daher Deutschlands Gegner dazu bringen, ihre Vernichtungskriegsziele aufzugeben. Deutschland sei der Ansicht, daß es Amerika auch bei dem besten Willen, der von deutscher Seite ohne weiteres anerkannt würde, schwer gelingen könnte, dies Ziel zu erreichen.
Sumner Welles dankte dem Führer für die offene und freimütige Art, in der er seine Darlegungen gemacht hätte. Er sei von dem, was er gehört habe, tief beeindruckt und würde es so genau wie möglich dem Präsidenten Roosevelt berichten. Anknüpfend an eine Bemerkung des Führers sagte Sumner Welles, die amerikanische Regierung hoffe, es könnte nicht nur verhindert werden, daß, wie der Führer sich ausgedrückt habe, alle vernichtet würden, sondern daß auch nicht eines der jetzt am Konflikt beteiligten Länder vernichtet würde. Im übrigen nehme er davon Kenntnis, daß der Führer den Frieden als deutsches Kriegsziel erklärt hätte. Das würde er nicht vergessen.
Hiermit dem Herrn Reichsaußenminister ergebenst vorgelegt.

Schmidt, Gesandter

[22] *Erlaß über die Verwaltung der besetzten Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands vom 9. Mai 1940*

1. Die dem Oberbefehlshaber des Heeres übertragene Befugnis, die vollziehende Gewalt im Operationsgebiet auszuüben, erstreckt sich auch auf die Erweiterung des Operationsgebietes, die

durch das Vorgehen der deutschen Truppen über die Reichsgrenze im Westen eintritt.
2. Der Oberbefehlshaber des Heeres hat für die zu besetzenden Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands eine Militärverwaltung einzusetzen. Die Durchführung der Militärverwaltung ist hierfür ausgestatteten militärischen Dienststellen zu übertragen. Die Exekutivorgane sind vom Heer zu stellen.
3. Die Handhabung der Militärverwaltung hat so zu erfolgen, daß der Eindruck einer beabsichtigten Annektion der besetzten Gebiete nicht entsteht. Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung sind zu achten. Die Bevölkerung ist zu schonen, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten.
4. Feindselige Handlungen der Landesbevölkerung (Freischärlerei, Sabotage, passiver Widerstand, politisch-demonstrative Arbeitsniederlegung) sind mit voller Schärfe zu unterdrücken.
5. Die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und den besetzten Gebieten Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands wird vom Beginn des Einmarsches der deutschen Truppen ab für den nichtmilitärischen Personen- und Warenverkehr gesperrt. Über Ausnahmen von dieser Grenzsperre entscheiden der Oberbefehlshaber des Heeres und die von ihm beauftragten Dienststellen. Sie sind zunächst auf ein Mindestmaß zu beschränken.
Die Grenzsperre erstreckt sich auch auf leitende Persönlichkeiten und Beauftragte der Obersten Reichsbehörden und der Dienststellen der Partei. Grundsätzliche Anträge dieser Stellen auf Einreisegenehmigungen sind über das Oberkommando der Wehrmacht zu leiten.

gez. Adolf Hitler

[23] *Vorschläge für einen deutschen Friedensvertrag (Auswärtiges Amt, Botschafter Ritter) vom 1. Juni 1940*

...I. Großwirtschaftsraum
Jetzt zeichnet sich für die Zukunft die Möglichkeit eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung ab. Diesem Raum gehören an
1. Großdeutschland (mit Böhmen und Mähren und Polen) als wirtschaftliches und politisches Zentrum.
2. Ihm sind einzugliedern Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen in einer wirtschaftspolitischen Form, die noch zu entscheiden ist. Es kommen dafür in Betracht Zollpräferenzen, Zollunion, Zoll- und Währungsunion, Wirtschaftsunion. Es liegt nahe, die endgültige Entscheidung über die wirtschaftspolitische Form zurückzustellen bis die künftige staatsrechtliche und völkerrechtliche Stellung dieser Staaten geklärt ist und auch dann von der leichteren Form des wirtschaftlichen Anschlusses stufenweise zu den stärkeren Formen fortzuschreiten, um die unvermeidlichen wirtschaftlichen Umstellungen und Schwierigkeiten in diesen Ländern schonender zu gestalten. Gleichwohl bin ich der Auffassung, daß wir – wenn die militärische und politische Lage dies gestattet – bald zur endgültigen und letzten Form des wirtschaftlichen Anschlusses, der Wirtschaftsunion, schreiten sollten. Krieg, Währungsverfall und Wiederaufbau werden von selbst in diesen Ländern zu großen wirtschaftlichen und sozialen Umstellungen führen. Es geht gewissermaßen in einem Aufwaschen oder in einem Aufbauen, wenn wir dann auch die beabsichtigte handelspolitische Umstellung sofort auf die letzte Form bringen. Das umgekehrte Verfahren, ein stufenweises Fortschreiten von Zollpräferenzen zur Zollunion, zur Zoll- und Währungsunion bis schließlich zur Wirtschaftsunion würde diese Staaten jahrelang aus einer Umstellung in die andere führen. Es ist besser, ihnen gleich am Anfang eine endgültige Grundlage für den Aufbau und die Umstellung zu geben.
3. Dem Großwirtschaftsraum sind bereits angegliedert, wenn auch nicht in einer besonderen wirtschaftspolitischen Form, so doch tatsächlich die Länder im Donauraum. Schon Großdeutschland hatte eine wirtschaftliche Vormachtstellung in der Einfuhr und Ausfuhr dieser Länder von durchschnittlich 50 %. In einem Falle geht diese Vormachtstellung schon bis fast 70 %. Wenn Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen in den Großwirtschaftsraum eingegliedert werden, wird diese Vormachtstellung sich automatisch um weitere Prozente vermehren. Sie wird sich darüber hinaus im Laufe einiger Jahre noch weiter steigern, wenn die bisher vernachlässigten Austauschmöglichkeiten zwischen dem nordischen Raum und dem Donauraum planmäßig entwickelt werden.
Bei den Ländern im Donauraum sind daher neue wirtschaftspolitische Formen nicht notwendig. Es genügt die Pflege und der weitere Ausbau der bestehenden tatsächlichen Beziehungen.
4. Die übrigen Staaten im nordischen Raum: Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland sind in einer ähnlichen tatsächlichen Weise wie der Donauraum stärker anzugliedern. Mit den drei baltischen Staaten ist dies durch die kürzlichen Verträge bereits geschehen. Diese Verträge sichern Großdeutschland bereits eine ausschlaggebende wirtschaftliche Vormachtstellung. Es kann uns genügen, wenn diese Vormachtstellung gegenüber der in letzter Zeit stärker bemerkbaren Aktivität der Sowjetunion verteidigt und aufrechterhalten wird. Mit Schweden und Finn-

land stehen wir eben am Beginn von Wirtschaftsverhandlungen. Das Hauptziel dieser Verhandlungen ist, jetzt den Grund dafür zu legen, daß diese zwei Staaten sich vom Weltmarkt und Übersee wegorientieren nach dem europäischen Großwirtschaftsraum und nach der Ostsee. Zu diesem Zweck werden einerseits die gegenwärtigen starken Druckmittel ausgenutzt. Andererseits muß man diesen zwei Staaten aber auch durch Entgegenkommen, vielleicht sogar durch Opfer auf einzelnen Gebieten, einen positiven Anreiz für eine solche Neuorientierung geben.
Ein solcher Großwirtschaftsraum umfaßt rund 200 Millionen Menschen. Diese Menschen haben zum großen Teil eine überdurchschnittliche Konsum- und Produktionskraft.
Dieser Großwirtschaftsraum wird sich im großen und ganzen selbst ernähren bei durchschnittlichen Ernten und unter der Voraussetzung der ohnehin notwendigen landwirtschaftlichen Umstellung in einigen Ländern und unter der Voraussetzung einer aufbauenden Preispolitik. Bei Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch- und Milcherzeugnissen steht der Großwirtschaftsraum auf sich selbst. Bei Futtergetreide wird eine relativ nicht große Spitze von außerhalb zugeführt werden müssen. Ein starkes Manko besteht bei Speisefetten, ein kleineres Manko bei Zucker.
Ein allgemeines Manko besteht bei tropischen und subtropischen pflanzlichen Rohstoffen und bei einigen Metallen (vgl. dazu die Aufzeichnungen II "Künftige Ausfuhr" und III "Kolonialreich").
In diesem Zusammenhang sind zwei Bedingungen für die Friedensverträge in Erwägung zu ziehen. Die eine ist, anstelle von finanziellen Entschädigungen in bar, die Gratislieferung der notwendigen Einfuhrmengen an Lebensmitteln und Rohstoffen für 3,4 oder 5 Jahre zu verlangen. (Jährlich für etwa 3–4 Milliarden Reichsmark). Die zweite ist die Abtretung der Rechte und Interessen (Eigentum, Aktien, Obligationen) an die im Großwirtschaftsraum liegenden industriellen und Verkehrsunternehmungen, die den Feindmächten oder ihren Staatsangehörigen gehören, z. B. die französischen Kupferminen in Jugoslawien, die englisch-kanadischen Nickelminen in Finnland, die englisch-französische Erdölinteressen in Rumänien. Dies würde zugleich ein starkes wirtschaftliches Bindemittel innerhalb des Großwirtschaftsraumes sein...

III. Kolonialreich
Ein Kolonialreich bestehend aus den deutschen Kolonien in Afrika, Belgisch Kongo, Französisch Äquatorialafrika (vielleicht auch Britisch Nigeria) kann nach einer längeren Periode intensiver Entwicklung den Bedarf Großdeutschlands und des Großwirtschaftsraumes an tropischen und subtropischen pflanzlichen Rohstoffen und Genußmitteln weitgehend decken. Darüber hinaus auch zu einem großen Teil den Bedarf an Kupfer. Vielleicht werden auch noch andere mineralische Rohstoffe gefunden. In zehn bis fünfzehn Jahren kann es den Bedarf an pflanzlichen Speisefetten ganz decken, was wichtig ist, da bei Speisefetten die größte Lücke im Großwirtschaftsraum besteht. Ferner ganz oder zum Teil den Bedarf an Kakao, Kaffee, Tee, Tabak, Baumwolle, Kautschuk, Spezialhölzern, Gerbstoffen und anderem.
Voraussetzung ist eine pflegliche Eingeborenen- und Arbeiterpolitik. Die Arbeiterfrage ist das schwierigste Problem in diesem Gebiet.
Reichsmarkwährung.
Grundsätzliche Zollfreiheit zwischen Großdeutschland und dem Kolonialreich. Eine Ausnahme wird aus finanziellen Gründen wahrscheinlich für Genußmittel wie Kaffee, Tee, Tabak gemacht werden müssen.
Vorläufige Übernahme belgischer und französischer Kolonialbeamter für eine Übergangszeit, bis ein deutscher Beamtenstab herangebildet ist.
Einladung an deutschstämmige Siedler in Südamerika und anderen Ländern zur Übersiedlung in das Kolonialreich.
Ein solches Kolonialreich ist nicht geeignet für eine Siedlung im großen Stil. Dies ist auch nicht notwendig.
Berlin, den 1. Juni 1940

gez. Ritter

[24] *Weisung Nr. 16*
Über die Vorbereitungen einer Landungsoperation gegen England.

F. H. Qu., den 16. 7. 1940
Da England, trotz seiner militärisch aussichtslosen Lage noch keine Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft zu erkennen gibt, habe ich mich entschlossen, eine Landungsoperation gegen England vorzubereiten und, wenn nötig, durchzuführen.
Zweck dieser Operation ist es, das englische Mutterland als Basis für die Fortführung des Krieges

gegen Deutschland auszuschalten und, wenn es erforderlich werden sollte, in vollem Umfang zu besetzen.

Hierzu befehle ich folgendes:
1. Die Landung muß sich in Form eines überraschenden Überganges in breiter Front etwa von Ramsgate bis in die Gegend westlich der Insel Wight vollziehen, wobei Teilen der Luftwaffe die Rolle der Artillerie, Teilen der Kriegsmarine die Rolle der Pioniere zufallen wird.
Ob es zweckmäßig ist, vor dem allgemeinen Übergang Teilaktionen, etwa zur Besetzung der Insel Wight oder der Grafschaft Cornwall, zu unternehmen, ist vom Standpunkt jedes Wehrmachtsteiles aus zu prüfen und das Ergebnis mir zu melden. Die Entscheidung behalte ich mir vor.
Die Vorbereitungen für die Gesamtoperation müssen bis Mitte August abgeschlossen sein.
2. Zu diesen Vorbereitungen gehört auch, daß diejenigen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Landung in England möglich machen:
a) Die englische Luftwaffe muß moralisch und tatsächlich so weit niedergekämpft sein, daß sie keine nennenswerte Angriffskraft dem deutschen Übergang gegenüber mehr zeigt.
b) Es müssen minenfreie Wege geschaffen sein.
c) Durch eine dichte Minensperre muß die Straße von Dover in beiden Flanken sowie der Westeingang des Kanals etwa in der Linie Alderney-Portland abgesperrt sein.
d) Durch starke Küstenartillerie muß das Küstenvorfeld beherrscht und artilleristisch abgeschirmt sein.
e) Die Fesselung der englischen Seestreitkräfte kurz vor dem Übergang sowohl in der Nordsee als auch im Mittelmeer (durch die Italiener) ist erwünscht, wobei schon jetzt versucht werden muß, den englischen Seestreitkräften, die sich im Mutterland befinden, durch Luft- und Torpedoangriffe nach Kräften Abbruch zu tun.
3. Organisation der Führung und der Vorbereitungen.
Unter meinem Befehl und nach meinen allgemeinen Weisungen führen die Herren Oberbefehlshaber die von ihren Wehrmachtteilen anzusetzenden Kräfte.
Die Führungsstäbe des Ob. d. H., Ob. d. H. und Ob. d. M., müssen sich vom 1. 8. an in einem Umkreis von höchstens 50 km von meinem Hauptquartier (Ziegenberg) befinden.
Zweckmäßig erscheint mir die gemeinsame Unterbringung der engeren Führungsstäbe des Ob. d. H. und des Ob. d. M. in Gießen.
Der Ob. d. H. wird daher zur Führung der Landungsarmeen eine Heeresgruppe einschalten müssen.
Das Unternehmen führt den Decknamen "Seelöwe".
Bei der Vorbereitung und der Ausführung des Unternehmens fallen den Wehrmachtteilen folgende Aufgaben zu:
a) Heer:
Stellt den Operationsplan und den Übersetzplan zunächst für alle zu verschiffenden Verbände 1. Welle auf. Die mit der 1. Welle überzusetzende Flak-Artillerie wird dabei so lange dem Heer (den einzelnen Übersetzgruppen) unterstellt, bis sich eine Teilung der Aufgaben in Unterstützung und Schutz der Erdtruppe, Schutz der Ausschiffungshäfen und Schutz der zu besetzenden Luftstützpunkte durchführen läßt. Das Heer verteilt ferner die Übersetzmittel auf die einzelnen Übersetzgruppen und legt die Einschiffungs- und Landungsstellen im Einvernehmen mit der Kriegsmarine fest.
b) Kriegsmarine:
Stellt die Übersetzmittel sicher und führt sie entsprechend den Wünschen des Heeres nach den seemännischen Gesichtspunkten in die einzelnen Einschiffungsräume zu. Soweit als möglich ist auf Schiffe der niedergeworfenen feindlichen Staaten zurückzugreifen.
Sie stellt für jede Übersetzstelle den zur seemännischen Beratung nötigen Marinestab mit Begleitschiffen und Sicherungsstreitkräften.
Sie schützt, neben den zur Überwachung eingesetzten Luftstreitkräften, den gesamten Kanalübergang in den beiden Flanken. Über die Regelung der Befehlsverhältnisse während des Übersetzens folgt Befehl. Es ist ferner Aufgabe der Kriegsmarine, den Aufbau der Küstenartillerie, d. h. aller für die Bekämpfung von Seezielen in Betracht kommenden Batterien sowohl des Heeres wie der Kriegsmarine einheitlich anzuordnen und die Feuerleitung im großen zu organisieren.
Eine möglichst große Zahl schwerster Artillerie ist zur Sicherung des Überganges und der Abschirmung der Flanken gegen feindliche Einwirkung von See her so schnell als (!) möglich einzusetzen. Hierzu ist auch die Eisenbahnartillerie (ergänzt durch alle verfügbaren Beutegeschütze) ohne die nur zur Bekämpfung von Zielen auf dem englischen Festland vorgesehenen Batterien (K 5 und K 12) heranzuziehen und unter Benutzung von Eisenbahndrehscheiben einzubauen.
Unabhängig hiervon sind die verfügbaren schwersten Bettungsbatterien gegenüber der Straße

von Dover so unter Beton einzubauen, daß sie auch schwersten Luftangriffen widerstehen können und damit die Straße von Dover unter allen Umständen auf die Dauer, innerhalb ibrer Wirkungsmöglichkeit, beherrschen.
Die technischen Arbeiten obliegen der Organisation Todt.
c) Aufgabe der Luftwaffe ist es:
das Eingreifen der feindlichen Luftwaffe zu verhindern, Küstenbefestigungen, die gegen die Landungsstellen wirken können, niederzukämpfen, den ersten Widerstand feindlicher Erdtruppen zu brechen und im Anmarsch befindliche Reserven zu zerschlagen. Für diese Aufgabe ist engste Zusammenarbeit einzelner Verbände der Luftwaffe mit den Übersetzgruppen des Heeres nötig;
ferner wichtige Transportstraßen zum Heranführen feindlicher Reserven zu zerstören und feindlicher Seestreitkräfte, die sich im Anmarsch befinden, schon weit ab von den Übersetzstellen anzugreifen.
Über die Verwendung von Fallschirm- und Luftlandetruppen ersuche ich mir Vorschläge zu machen. Dabei ist in Verbindung mit dem Heer zu prüfen, ob es hier zweckmälig ist, Fallschirm- und Luftlandetruppen als eine im Notfall rasch einzusetzende Reserve vorerst zur Verfügung zu halten.
4. Die notwendigen Vorbereitungen für die Nachrichtenverbindungen von Frankreich nach dem englischen Festland trifft der Wehrmacht-Nachrichtenchef.
Der Einbau der restlichen 80 km Ostpreußen-Kabel ist in Verbindung mit der Kriegsmarine vorzusehen.
5. Die Herren Oberbefehlshaber ersuche ich, mir sobald als (!) möglich vorzulegen:
a) die Absichten der Kriegsmarine und der Luftwaffe, um die Voraussetzungen für den Kanalübergang zu schaffen (s. Ziffer 2),
b) den Aufbau der Küstenbatterien im einzelnen (Kriegsmarine),
c) einen Überblick über den einzusetzenden Schiffsraum und die Methode der Bereitstellung und Herrichtung. Beteiligung ziviler Stellen? (Kriegsmarine),
d) die Organisation des Luftschutzes in den Bereitstellungsräumen der Übersetztruppen und der Übersetzmittel (Luftwaffe),
e) den Übersetz- und Operationsplan des Heeres, Gliederung und Ausrüstung der 1. Übersetzwelle,
f) Organisation und Maßnahmen der Kriegsmarine und der Luftwaffe für die Durchführung des Überganges selbst, seine Sicherung und die Unterstützung der Landung,
g) Vorschläge für den Einsatz der Fallschirm- und Luftlandetruppen, sowie für die Unterstellung und Führung der Flak-Artillerie, nachdem ein ausreichender Raumgewinn auf englischem Boden erzielt ist (Luftwaffe),
h) Vorschläge für die Plätze der Führungsstäbe des Ob. d. H. und Ob. d. M.,
i) eine Stellungnahme von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe, ob und welche Teilaktionen vor der allgemeinen Landung für zweckmäßig gehalten werden,
k) Vorschlag von Heer und Kriegsmarine über die Befehlsführung während des Übersetzens.
(...) (...)

(gez.) Adolf Hitler

[25] *Aus der Rede Hitlers im Reichstag vom 19. 7. 1940*
[...]
Mister Churchill hat es soeben wieder erklärt, daß er den Krieg will. Er hat nun vor etwa sechs Wochen mit dem Krieg in dem Raum begonnen, in dem er anscheinend glaubt, wohl besonders stark zu sein, nämlich dem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, allerdings unter dem vorgeschobenen Motto gegen sogenannte kriegswichtige Einrichtungen. Diese Einrichtungen sind seit Freiburg offene Städte, Marktflecken und Bauerndörfer, Wohnhäuser, Lazarette, Schulen, Kindergärten und was sonst noch alles getroffen wird. Ich habe bisher darauf kaum antworten lassen. Aber das soll nun nicht bedeuten, daß dies die einzige Antwort ist oder bleiben wird.
Ich bin mir nun darüber im klaren, daß aus dieser unserer einmal kommenden Antwort namenloses Leid und Unglück über die Menschen hereinbrechen wird. Natürlich nicht über Herrn Churchill, denn er wird ja dann sicherlich in Kanada sitzen, dort, wohin man ja das Vermögen und die Kinder der vornehmsten Kriegsinteressenten schon gebracht hat. Aber es wird für Millionen anderer Menschen ein großes Leid entstehen. Und Herr Churchill sollte mir dieses Mal vielleicht ausnahmsweise glauben, wenn ich als Prophet jetzt folgendes ausspreche: Es wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden. Ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war. Allein ich bin mir darüber im klaren, daß die Fortführung dieses Kampfes nur mit der vollständigen Zertrümmerung des einen der beiden Kämpfenden enden wird. Mister Churchill mag glauben, daß dies Deutschland ist. Ich weiß, es wird England sein.

In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte.
Ich bedaure die Opfer, die er fordern wird. Auch meinem eigenen Volk möchte ich sie ersparen. Ich weiß, daß Millionen deutscher Männer und Jünglinge bei dem Gedanken glühen, sich endlich mit dem Feind auseinandersetzen zu können, der ohne jeden Grund uns zum zweitenmal den Krieg erklärte.
Allein ich weiß auch, daß zu Hause viele Frauen und Mütter sind, die trotz höchster Bereitwilligkeit, auch das Letzte zu opfern, doch mit ihrem Herzen an diesem Letzten hängen.
Herr Churchill mag nun diese meine Erklärung wieder abtun mit dem Geschrei, daß dies nur die Ausgeburt meiner Angst sei und meines Zweifels am Endsieg. Ich habe dann jedenfalls mein Gewissen erleichtert gegenüber den kommenden Dingen...

[26] *Aus dem Tagebuch Halders*

Aus der Besprechung mit Hitler am 21. Juli 1940:
[...]
2. ...
Die Lage Englands ist hoffnungslos. Der Krieg ist von uns gewonnen, Umkehr der Erfolgsaussichten unmöglich.
d) Frage an Marine: In welcher Zeit kann Schiffsraum bereitgestellt werden?
Wie kann artilleristischer Flankenschutz gewährleistet werden?
Was kann von See her für Sicherung getan werden?
Bindende Erklärung
Raeders Mitte
dieser Woche.
e) Übersetzen erscheint dem Führer ein großes Risiko. Übersetzen daher erst, wenn kein anderer Weg offen ist, um mit England zum Schluß zu kommen.
f)England sieht vielleicht folgende Möglichkeiten: Unruhe stiften via Rußland auf dem Balkan, um uns Betriebsstoff wegzunehmen und unsere Luftflotte lahmzulegen. Gleicher Zweck durch Einstellung Rußlands gegen uns. Luftangriff auf unsere Hydrieranlagen.
g) Rumänien: König Carol II hat friedliche Auseinandersetzung angebahnt. Brief an den Führer.
h) Wenn England weiter Krieg führen will, dann wird versucht werden, alles politisch gegen England einzuspannen. Spanien, Italien, Rußland.
i) Bis Mitte September muß England erledigt sein, wenn wir zum Angriff schreiten. Kampf mit Luftwaffe und U-Booten.
Luftwaffe schlägt vor: Zum Großangriff gegen feindliche Luftwaffe übergehen; feindliche Jäger zerschlagen, herauslocken und in der Luft stellen. Heer betont gleiche Notwendigkeit und will diesen Angriff mit verschärftem U-Bootkrieg gekoppelt wissen.
k) Beurteilung der Wirkung des Friedensfühlers: Presse zunächst scharf ablehnend, dann milder...
7. Stalin kokettiert mit England, um England in Kampf zu erhalten und uns zu binden, um Zeit zu haben, das zu nehmen, was er nehmen will und was nicht mehr genommen werden kann, wenn Frieden ausbricht.
Er wird Interesse haben, daß Deutschland nicht zu stark wird. Aber es liegen keine Anzeichen für russische Aktivität uns gegenüber vor.
8. Russisches Problem in Angriff nehmen. Gedankliche Vorbereitungen treffen. Dem Führer ist gemeldet:
a) Aufmarsch dauert 4–6 Wochen.
b) Russisches Heer schlagen oder wenigstens so weit russischen Boden in die Hand nehmen, als nötig ist, um feindliche Luftangriffe gegen Berlin und schlesisches Industriegebiet zu verhindern. Erwünscht, so weit vorzudringen, daß man mit unserer Luftwaffe wichtigste Gebiete Rußlands zerschlagen kann.
c)Politisches Ziel: Ukrainisches Reich; Baltischer Staatenbund; Weiß-Rußland-Finnland; Baltikum "Pfahl im Fleisch".
d) Nötig 80–100 Divisionen; Rußland hat 50–75 gute Divisionen. Wenn wir in diesem Herbst Rußland angreifen, wird England luftmäßig entlastet. Amerika kann an England und Rußland liefern.
e) Operation: Welche Operationsziele können wir stellen? Welche Kräfte? Zeit und Raum der Bereitstellung?
Operationsbahnen: Baltikum, Finnland-Ukraine. Berlin und schlesische Gebiete schützen. Rumänische Ölzentren schützen.

v. Etzdorf: Rumänien: Gespräche mit den Ungarn in München hatten zum Ziele, auf friedlichen Ausgleich zu drängen. Briefwechsel des Führers mit Carol in diesem Sinne. Duce voll einverstanden. Carol hat zustimmend geantwortet.
Bulgarien fordert etwa 300 000 Untertanen zurück. Ungarn "minimale Forderung" Arad--Kronstadt (!).
Italien: Mitwirkung italienischer Truppen bei Landung in England abgelehnt. Ciano anscheinend geneigt, auf Balkan "Pfänder in die Hand zu nehmen"; Führer fordert Zurückhaltung angeblich baldiger Operation gegen Suez.
Rußland – England: Beide wollen zueinander. Russen haben Angst, sich uns gegenüber zu kompromittieren, wollen keinen Krieg.
Besprechungen Stalin-Cripps lassen offiziell eine erfreuliche Ablehnung Stalins gegen England erkennen. Rußland lehnt "Gleichgewichts"-Politik Englands ab, lehnt englische Bedingungen für Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ab. Es will nicht die Führung und Zusammenfassung auf dem Balkan in Anspruch nehmen, weil ein solcher Anspruch keine Macht ergeben könne. Die wirkliche Stimmung in Rußland kommt aber bei anderen Gelegenheiten (Gespräch Kalinin mit jugoslawischen Gesandten [*Gavrilovič*]) zum Ausdruck. Hier wird zum Kampf gegen Deutschland aufgefordert. "In einen Block zusammenschließen".
England: Offizielle Reaktion auf Führerrede: Ablehnung. Amerika erwartet Ablehnung.
Aus Ungarn Nachricht: Man scheue sich vor einem Friedensschluß in diesem Augenblick. Verlagerung englischen inneren Schwergewichts in Richtung Attlee.
Spanien und Portugal: Angeblich Absicht Spaniens, ein Militärbündnis mit Portugal zu schließen. Wir sind einverstanden. Voraussetzung, daß Portugal sich von seinem Bündnis mit England trennt.
Politisches Gespräch, [das bei Hitler geführt worden war]: Großgermanisches Reich. In Dänemark besteht für den Gedanken Sympathie. In Schweden wird auch schon davon gesprochen. Überwindung des germanischen Partikularismus...

[27] *Aus dem Tagebuch Halders vom 31. Juli 1940*

[Hitler:]
...d) Angenommen: England tritt nicht ein: Ausschalten der Hoffnungen, die England bewegen können, noch auf eine Änderung zu hoffen: Krieg an sich gewonnen. Frankreich fällt für britischen Geleitschutz weg; Italien bindet britische Kräfte.
U-Boot-Krieg und Luftkrieg kann Krieg entscheiden, wird aber 1–2 Jahre dauern. Englands Hoffnung ist Rußland und Amerika. Wenn Hoffnung auf Rußland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil Wegfall Rußlands eine Aufwertung Japans in Ostasien in ungeheurem Maß folgt.
Rußland ostasiatischer Degen Englands und Amerikas gegen Japan. Hier für England unangenehmer Wind. Japaner haben ihr Programm wie Rußland, das vor Kriegsende noch erledigt werden soll.
Siehe russischen Kriegsfilm über russischen Krieg!
Rußland Faktor, auf den England am meisten setzt. Irgend etwas ist in London geschehen! Die Engländer waren schon ganz down, nun sind sie wieder aufgerichtet. Abgehörte Gespräche. Rußland unangenehm berührt von schneller Entwicklung der westeuropäischen Lage.
Rußland braucht England nie mehr zu sagen, als daß es Deutschland nicht groß haben will, dann hofft England wie ein Ertrinkender, daß in 6–8 Monaten die Sache ganz anders sein wird.
Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland.
Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser. Operation hat nur Sinn, wenn wir Staat in einem Zug schwer zerschlagen. Gewisser Raumgewinn allein genügt nicht. Stillstehen im Winter bedenklich.
Daher besser warten, aber bestimmter Entschluß, Rußland zu erledigen. Notwendig auch wegen Lage an der Ostsee. Zweiter Groß-Staat [Rußland] an Ostsee nicht brauchbar. [Beginn des Feldzuges:] Mai 1941. 5 Monate Zeit zur Durchführung. Am liebsten noch in diesem Jahr. Geht aber nicht, um Operation einheitlich durchzuführen.
Ziel: Vernichtung der Lebenskraft Rußlands. Zerlegen in:
1. Stoß Kiew Anlehnung an Dnjepr. Luftwaffe zerstört Übergänge Odessa.
2. Stoß Randstaaten mit Richtung Moskau.
Schließlich Zusammenfassung aus Norden und Süden.
Später Teiloperation auf Ölgebiet Baku.
Inwieweit man Finnland und Türkei interessiert, wird man sehen.

Später: Ukraine, Weißrußland, Baltische Staaten an uns. Finnland bis ans Weiße Meer.
7 Div. Norwegen (autark machen!), Munition,
50 Div. Frankreich
3 Div. Holland, Belgien.

60
120 für Osten

180
Mit je mehr Verbänden wir kommen, um so besser. Wir haben 120 plus 20 Urlaubsdiv. [...]

[28] *Weisung Nr. 17 für die Führung des Luft- und Seekrieges gegen England*
Führerhauptquartier, 1. 8. 1940

Um die Voraussetzungen für die endgültige Niederringung Englands zu schaffen, beabsichtige ich, den Luft- und Seekrieg gegen das englische Mutterland in schärferer Form als bisher weiterzuführen.
Hierzu befehle ich folgendes:
1. Die deutsche Fliegertruppe hat mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die englische Luftwaffe möglichst bald niederzukämpfen. Die Angriffe haben sich in erster Linie gegen die fliegenden Einheiten, ihre Bodenorganisation und Nachschubeinrichtungen, ferner gegen die Luftrüstungsindustrie einschließlich der Industrie zur Herstellung von Flakgerät zu richten.

2. Nach Erringung einer zeitlichen oder örtlichen Luftüberlegenheit ist der Luftkrieg gegen die Häfen, hierbei insbesondere gegen die Einrichtungen der Lebensmittelbevorratung im Innern des Landes weiterzuführen.
Angriffe gegen die Häfen der Südküste sind mit Rücksicht auf eigene beabsichtigte Operationen in möglichst geringem Maße anzusetzen.

3. Der Kampf gegen feindliche Kriegs- und Handelsschiffe aus der Luft kann demgegenüber zurücktreten, soweit es sich nicht um besonders günstige Augenblicksziele handelt oder soweit im Rahmen der Angriffe zu Ziff. 2 zusätzliche Wirkung erzielt wird oder soweit er zur Ausbildung von Besatzungen für die weitere Kampfführung notwendig ist.
4. Der verschärfte Luftkrieg ist so zu führen, daß die Luftwaffe zur Unterstützung von Seeoperationen auf günstige Augenblicksziele mit genügend starken Kräften jederzeit herangezogen werden kann. Außerdem muß sie für das Unternehmen "Seelöwe" kampfkräftig zur Verfügung stehen.
5. Terrorangriffe als Vergeltung behalte ich mir vor.
6. Die Verschärfung des Luftkrieges kann ab 5. 8. beginnen. Der genaue Zeitpunkt ist von der Luftwaffe je nach Beendigung der Vorbereitungen und je nach Wetterlage selbst zu wählen.
Der Kriegsmarine wird die vorgesehene Verschärfung der Seekriegsmaßnahmen gleichzeitig freigegeben.
(...)

(gez.) Adolf Hitler

4. KAPITEL

UM DIE WIEDERERRICHTUNG EINES "RÖMISCHEN MITTELMEER-REICHES": DER PARALLELKRIEG ITALIENS (1940/1941)

Nach dem überstürzten Kriegseintritt am 10. Juni 1940 [29] drängte Mussolini zunächst darauf, das "italienische Gefängnis" mit den Ausgängen Korsika, Tunis und Malta, ferner dessen Mauern Gibraltar, Suez und die Dardanellen aufzubrechen. Im Zuge der "Politik der getrennten Räume" – die deutsche Kriegführung sollte auf den Teil nördlich der Alpen, die italienische auf denjenigen südlich der Alpen beschränkt bleiben – überließ Hitler den Kampf im Mittelmeer ganz seinem Achsenpartner, gewiß auch deshalb, weil er die italienische Leistungsfähigkeit weit überschätzte. Trotz des im Mai 1939 zwischen Deutschland und Italien abgeschlossenen Militärpaktes waren keinerlei gemeinsame Kriegsziele festgelegt und strategische Pläne erörtert worden. Statt die operativen Maßnahmen zu Lande, zur See und in der Luft von Anfang an sorgfältig aufeinander abzustimmen, war die politische Führung auf beiden Seiten bestrebt, der anderen nur so viel mitzuteilen, wie es die diplomatische Höflichkeit gebot. Das gegenseitige Mißtrauen überwog. Der italienische Wehrmachtsgeneralstab hatte sich zudem gegen den Kriegseintritt seines Landes heftig gesträubt, da er Ausrüstung und Ausbildung seiner Streitkräfte für völlig unzureichend hielt. Indessen hatte Mussolini den Generälen seinen Willen aufgezwungen in der Hoffnung, der Krieg werde in kürzester Zeit gewonnen sein und dann könne er sich an der Aufteilung des französischen Kolonialreiches beteiligen. So forderte er u. a.: Nizza, Tunis, Korsika, Teile Algeriens und große Teile des Sudans [30].

Die Italiener wollten zum "geeigneten Zeitpunkt" einen "Parallelkrieg" führen, jedoch "nicht mit und für Deutschland, sondern für Italien". Dahinter verbarg sich freilich als letztes großes Kriegsziel die Wiedererrichtung einer Art modernen "Römischen Mittelmeer-Imperiums." Für diese Waffenbrüderschaft auf oberster Ebene war es bezeichnend, daß sich beide Staatsführer gegenseitig immer wieder mit einem "Fait accompli" überraschten. Hitler hatte damit begonnen, daß er Italien mit dem Einmarsch in Prag, mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Abkommens 1939, mit der Landung in Norwegen und mit der Entsendung der deutschen Militärmission nach Rumänien vor vollendete Tatsachen stellte, (ebenso wie bei der Besetzung Kretas und dann später beim Rußlandfeldzug). Es war daher nicht verwunderlich, daß Mussolini in gleicher Weise reagierte. Er ließ am 28. Oktober 1940 Griechenland überfallen, ohne Hitler davon rechtzeitig zu unterrichten und in dem Glauben, das "Blitzkrieg"-Rezept hier genau so erfolgreich anwenden zu können wie sein Partner; freilich mit unübersehbaren Folgen [31].

Nach dem Frankreichfeldzug verschob sich das Kräfteverhältnis im Mittelmeer zugunsten Italiens. Im Rahmen dieser Kriegführung mußte Malta für Italien immer ein "Pfahl im Fleische" bleiben, vor allem dann, wenn es den Engländern gelang, es als Festung zur See und Luft zu erhalten und zu verstärken sowie es zum Mittelpunkt des Kampfes gegen den italienischen Nachschub zu machen. Die italienische Wehrmachtführung handelte nicht tatkräftig genug. Entscheidend fiel jedoch ins Gewicht, daß Mussolini aus Mißtrauen gegenüber dem deutschen Führungsanspruch die Angebote Hitlers seit Oktober 1940 zurückwies, seinen Kampf gegen Großbritannien in Afrika zu unterstützen. So war aus politischen Gründen zunächst gar nicht daran zu denken, den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung nach der Westoffensive etwa in das Mittelmeer zu verlegen, wie dies verschiedene militärische Führungsstellen vorgeschlagen hatten.

Die Lage änderte sich erst, als Italien gezwungen wurde, die von Mussolini gegen den Widerstand der Generäle befohlene Offensive gegen Ägypten (13. September) [32] nach geringen Anfangserfolgen einzustellen, dann in die Defensive gedrängt,

schließlich schwer geschlagen wurde und auch das Abenteuer in Griechenland zu einem Rückschlag führte. Darüber hinaus erlitt die starke, aber der englischen Marine gegenüber gehemmte italienische Flotte im Hafen von Tarent (11.–12. 11. 1940) starke Verluste, dann am 28. März 1941 bei Kap Matapan eine Niederlage, die einmal das Kräfteverhältnis zur See merklich zugunsten Großbritanniens verschoben, zum anderen die italienische Kriegsmarine, die keine ausreichende Seeluftwaffe für die Aufklärung besaß, in Zukunft zu einem mehr als vorsichtigen, nicht die Entscheidung suchenden Operieren veranlaßten. Auch der kämpferische Appell Mussolinis an seine Mitstreiter Mitte November 1940 [32] änderte nichts an der Tatsache, daß die italienische Kriegführung gescheitert war und nunmehr auf deutsche Hilfe angewiesen blieb.

DOKUMENTE

[29] *Aus der Rede Mussolinis vom 10. Juni 1940*

Um 18 Uhr vom Balkon des Palazzo Venezia
"Kämpfer zu Lande, zu Wasser und in der Luft, Schwarzhemden der Revolution und der Legionen, Männer und Frauen Italiens, des Imperiums und des Königreiches Albanien, hört! Die vom Schicksal bestimmte Stunde steht am Firmament unseres Vaterlandes. Die Stunde unwiderruflicher Entscheidungen hat geschlagen. Die Kriegserklärung ist bereits an die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs überreicht. Wir treten gegen die plutokratischen und reaktionären Demokratien des Westens zum Kampf an, die zu jeder Zeit unseren Aufstieg behindert und oft die Existenz des italienischen Volkes hinterlistig bedroht haben. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte kann in folgende Worte zusammengefaßt werden: Phrasen, Versprechen, Drohungen, Erpressungen und schließlich als Krönung die niederträchtige, vom Völkerbund angeordnete Belagerung durch 52 Staaten. Unser Gewissen ist völlig ruhig. Mit euch ist die Welt Zeuge, daß das Italien des faschistischen Liktorenbündels alles getan hat, was menschenmöglich war, um den Kampf, der Europa aufwühlt, zu vermeiden. Aber alles war umsonst. Es hätte genügt, die Verträge, die nicht für alle Ewigkeit unantastbar sind, zu revidieren und sie den veränderten Verhältnissen und dem Leben der Völker anzupassen. Es hätte genügt, nicht die wahnsinnige Politik der Garantien aufzunehmen, die sich gerade für jene, die sie angenommen haben, als mörderisch erwiesen hat. Es hätte genügt, den Vorschlag, den der Führer am 6. Oktober 1939 nach Beendigung des Polenfeldzuges gemacht hat, nicht zurückzuweisen. Aber alle diese Dinge gehören nunmehr der Vergangenheit an und wenn wir heute entschlossen sind, die Risiken und die Opfer eines Krieges auf uns zu nehmen, so geschieht es, weil die Ehre, die Interessen, die Zukunft das mit ihrem ehernen Gesetz verlangen, da ein großes Volk wirklich nur ein solches ist, wenn es seine heiligen Verpflichtungen einlöst und nicht den Ereignissen, die die Geschichte gestalten, aus dem Wege geht. Wir greifen zu den Waffen, um, nachdem das Problem unserer Kontinentalgrenzen gelöst ist, auch das Problem unserer Meeresgrenzen zu lösen. Wir wollen die territoriale und militärische Kette sprengen, mit der man uns in unserem Meer ersticken will, denn ein Volk von 45 Millionen ist nicht wahrhaft frei, wenn es nicht den freien Zugang zu den Weltmeeren hat. Dieser gigantische Kampf ist nur eine Phase, und die logische Entwicklung unserer Revolution ist der Kampf der armen, aber an Arbeitskräften überreichen Völker gegen die Aushungerer, die alle Reichtümer und alles Gold dieser Welt monopolisieren und gierig in ihren Krallen halten. Es ist der Kampf der fruchtbaren und jungen gegen die unfruchtbaren und dem Untergang geweihten Völker, es ist der Kampf zwischen zwei Jahrhunderten und zwei Weltanschauungen. Jetzt, da die Würfel gefallen sind und die Brücken in unserem Rücken kraft unseres Willens verbrannt sind, erkläre ich feierlich, daß Italien nicht die Absicht hat, andere Mächte, die zur See oder zu Lande unsere Nachbarn sind, in den Konflikt hineinzuziehen. Die Schweiz, Jugoslawien, Griechenland, die Türkei, Ägypten mögen von diesen meinen Worten Kenntnis nehmen, die durch die Tatsachen ihre strikte Bestätigung erfahren werden. Italiener! In einer denkwürdigen Massenkundgebung, der von Berlin, sagte ich, daß nach den Gesetzen der faschistischen Moral man mit einem Freund bis an das Ende marschiert. So haben wir es gehalten und so werden wir es halten an der Seite Deutschlands, an der Seite seines Volkes und an der Seite der siegreichen deutschen Wehrmacht. An diesem Vorabend eines Ereignisses von säkularer Tragweite erheben wir unsere Gedanken zu Seiner Majestät dem König und Kaiser, der immer die Stimme des Vaterlandes zum Ausdruck gebracht hat, und entbieten mit lauter Stimme dem Führer unseren Gruß, dem Haupt Großdeutschlands. Zum drittenmal erhebt sich das proletarische faschistische Italien, stark, stolz, geschlossen wie

noch nie. Die Losung ist eine einzige, kategorische und für alle verpflichtende, die bereits auf den Wellen des Äthers dahinschwebt und die Herzen von den Alpen bis zum Indischen Ozean entflammt und begeistert: Siegen! Und wir werden siegen, bis endlich eine lange Periode des Friedens und der Gerechtigkeit für Italien, für Europa, für die Welt anbrechen wird. Volk Italiens, ans Gewehr! Zeige deine Zähigkeit, deinen Mut und deine ganze Tüchtigkeit!"

[30] *Aus einem Telegramm des deutschen Botschafters in Rom vom 17. Juli 1940*

Betr. : Italienische Forderungen bei Friedensschluß
...Graf Ciano war zu den Besprechungen nach Berlin mit der Besorgnis gefahren, Deutschland wolle Frankreich gegenüber besonderes Entgegenkommen zeigen und die großherzige Politik fortsetzen, wie sie beim Waffenstillstand in Erscheinung getreten war. In Berlin wurde ihm klar, daß dort eine ähnliche Besorgnis wegen der Haltung Italiens zu Frankreich bestand. Graf Ciano erkannte zu seiner Beruhigung, daß Deutschland das Verhältnis zu Frankreich in gleicher Weise betrachtet wie Italien.
Der italienische Außenminister hatte zu den Besprechungen in großen Linien einen Friedensplan aufstellen lassen. Danach erstrecken sich die italienischen Forderungen auf Nizza, Corsica, Tunis und einen Teil von Algier. Der Rest von Algier soll mit Französisch-Marokko an Spanien kommen, vielleicht aber auch bei Frankreich verbleiben. Italien verlangt ferner eine breite Landverbindung zwischen Libyen und Äthiopien, womit ein großer Teil des Sudan an Italien fallen müßte, während der Rest des Sudan ganz unter ägyptische Souveränität käme. Mit Ägypten, Palästina, Syrien würden zweiseitige Verträge geschlossen, durch die der italienische Einfluß in diesen Gebieten und das italienische Interesse an ihren Rohstoffen, vor allem Baumwolle und Öl, sichergestellt würden. Italien hofft, einen solchen Vertrag auch mit dem Irak abschließen zu können, und ist entschlossen, Ägypten in den Fragen seiner Souveränität und Unabhängigkeit weit entgegenzukommen. Es verlangt ferner Französisch- und Englisch-Somaliland und will Libyen bis zum Tschadsee ausdehnen.
Dem Gewährsmann ist nicht bekannt, ob Italien eine Landverbindung nach der Westafrikanischen Küste zum offenen Atlantik verlangt. Desgleichen nicht, was mit Südafrika geschehen soll. Man spricht in der Umgebung des Grafen Ciano davon, daß Deutschland in Afrika ein breites Band verlangen wird, das quer von West nach Ost, etwa bei der Togoküste beginnend, vom Atlantik zum Indischen Ozean verläuft und das ganze Mittelstück Afrikas unter Einbeziehung von Belgisch-Kongo umfaßt.

gez. v. Mackensen

[31] *Aus den Tagebüchern des italienischen Außenministers Graf Ciano*

12. Oktober 1940
Der Duce kehrt zurück. Er ist empört über Graziani, der auf den Befehl zur Offensive wiederum ausweichend geantwortet hat. Er spricht von Absetzung und nennt die Namen der Generäle Messe und Vercellino. Aber am meisten empört er sich über die deutsche Besetzung Rumäniens. Er sagt, daß dies die öffentliche Meinung in Italien tief und in schlechtem Sinne beeindruckt habe, weil nach dem Schiedsspruch von Wien niemand dieses Ergebnis erwarten konnte. "Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Diesmal werde ich ihm in der gleichen Münze heimzahlen: er wird aus den Zeitungen erfahren, daß ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wiederhergestellt sein."
Ich frage ihn, ob er mit Badoglio einig ist. "Noch nicht", antwortet er, "aber ich gebe meine Demission als Italiener, wenn jemand Schwierigkeiten darin findet, sich mit den Griechen zu schlagen." Jetzt scheint der Duce entschlossen zu handeln. Ich halte die Operation für nützlich und leicht durchführbar.
14. Oktober 1940
Mussolini spricht zu mir von neuem von der Aktion gegen Griechenland und setzt das Datum auf den 26. Oktober fest. Jacomoni gibt sehr günstige Informationen, vor allem über die seelische Verfassung der Bevölkerung in der Ciamuria, die uns sehr günstig gestimmt ist.
15. Oktober 1940
Beim Duce im Palazzo Venezia; es findet eine Besprechung wegen der griechischen Angelegenheit statt. Es nehmen teil: Badoglio, Roatta, Soddu, Jacomoni, Visconti Prasca und ich. Es wird ein stenographisches Protokoll aufgenommen. Später spreche ich im Palazzo Chigi mit Ranza und Visconti Prasca, die ihren militärischen Plan darlegen, und auch mit Jacomoni, der die

militärische Situation umschreibt. Er sagt, daß in Albanien die Erwartung denkbar hoch gespannt und enthusiastisch ist. Die albanische Jugend, die sich uns gegenüber immer reserviert verhielt, gibt jetzt ihrem Einverständnis offenen Ausdruck.

16. Oktober 1940

Ich erhalte die Kopie eines Rapportes von Graziani. Er erklärt, daß er mindestens zwei Monate braucht, um den Vormarsch in Ägypten wiederaufzunehmen. Ich schicke das Dokument sogleich an den Duce und kann mir seine Empörung vorstellen.

17. Oktober 1940

Der Marschall Badoglio kommt mich besuchen und spricht mir mit großem Ernst von der Aktion gegen Griechenland. Die drei Chefs des Generalstabs haben sich einstimmig dagegen ausgesprochen. Die verfügbaren Streitkräfte wären unzulänglich, und die Flotte hält es für unmöglich, in Prevesa eine Landung vorzunehmen, weil das Wasser nicht tief genug sei. Badoglios Rede hat einen pessimistischen Ton: er sieht eine Verlängerung des Krieges voraus und damit eine Erschöpfung unserer an und für sich schon mageren Reserven. Ich höre ihm zu, ohne zu diskutieren. Ich betone nur, daß die Sache vom politischen Gesichtspunkt aus gut ist. Griechenland ist isoliert, die Türkei wird sich nicht rühren, Jugoslawien auch nicht.

[32] *Aus der Rede Mussolinis vom 18. November 1940 in Rom zum Jahrestag der Völkerbundsanktionen*

Kameraden!

Ihr versteht, daß ich nicht zufällig diesen Tag gewählt habe, um die Leiter der Partei nach Rom zu berufen. Es ist ein Tag des Sieges für das faschistische Italien und der Niederlage für die Völkerbund-Koalition der 52 Belagererstaaten. Der 18. November 1935 erscheint als entscheidendes Datum in der Geschichte Europas. Es ist der erste und letzte Angriffsversuch großen Stils der alten Welt, die in ihrem grausamen Egoismus und in ihren überholten Ideologien vom Völkerbund verkörpert wurde, gegen die neuen, jungen und revolutionären Kräfte Europas, die von Italien und Deutschland verkörpert werden. Seit jenem Tag beginnt die Trennung, der Gegensatz und der Kampf, der nach den Kompromissen von München, die von den Demokratien einzig und allein, um Zeit zu gewinnen, vorgenommen wurden, in dem von Frankreich und England erklärten Krieg gegen Deutschland ausmünden sollte. Man darf niemals vergessen, daß die Initiative zum Krieg von London ausgegangen ist, der Paris mit einem Zwischenraume von wenigen Stunden folgte.

Ich erkläre feierlich, daß die Verantwortung am Krieg ausschließlich auf Großbritannien zurückfällt, und fürchte weder heute noch in aller Zukunft Lügen gestraft zu werden. Der Friede hätte erhalten werden können, hätte Großbritannien nicht – mit der willfährigen Mittäterschaft Frankreichs – anstatt einer konstruktiven Revision der Verträge die Einkreisungspolitik begonnen, die nicht den Zweck hatte, den Polen das urdeutsche Danzig zu überlassen, sondern das Ziel verfolgte, die aufstrebende politische und militärische Macht Deutschlands niederzuwerfen. Der Friede hätte gerettet werden können, wenn England nicht alle Annäherungsversuche Deutschlands zurückgewiesen hätte, das so weit gegangen war, ein Flottenabkommen zu unterzeichnen, das ihm eine Stellung klarer und dauernder Unterlegenheit eintrug. Der Friede hätte auch noch in den letzten Stunden des August 1939 gerettet werden können, wenn nicht England unter dem Druck des polnischen Botschafters, der sich am 1. September um 23 Uhr ins Foreign Office begab, für seine Teilnahme an der von Italien vorgeschlagenen Konferenz die absolut unannehmbare, weil demütigende Bedingung gestellt hätte, daß die bereits marschierenden deutschen Truppen nicht nur stehen bleiben, sondern sich auf ihre Ausgangsstellungen zurückziehen sollten. Was in den darauffolgenden Monaten geschehen ist, haben wir alle erlebt, und es ist überflüssig, daran zu erinnern.

Nie hat man in der Geschichte der Menschheit eine gewaltigere Welle von Fälschungen und Lügen erlebt als die, welche von den Regierungs- und Nachrichtenorganen Großbritanniens während der Feldzüge in Polen, Norwegen, Belgien und Holland verbreitet wurden, die mit der Niederlage des britischen und französischen Heeres endeten, einer Niederlage, die angesichts ihrer ungeheuren Ausmaße und ihrer unglaublichen Schnelligkeit beispiellos dasteht. Wenn die Verbreitung der Lüge das beste System darstellt, um den Geist eines Volkes zu verdummen und stur zu machen, so kann man getrost erklären, daß das englische Volk in dieser Hinsicht einen unbestreitbaren und unübertrefflichen Primat erreicht hat. Frankreich wankte zwar, war aber noch lange nicht auf die Knie gezwungen, und niemand in der Welt hätte voraussehen können, daß das Heer, das als das stärkste Europas gepriesen wurde, wie Schnee an der Sonne zerrinnen würde, als Italien am 10. Juni in den Krieg eintrat, um dem Buchstaben und dem Geist des Bündnisses die Treue zu halten und endlich die Gitter seines Kerkers in seinem Meer zu

sprengen. Zwei Wochen später war der Waffenstillstand da, und Frankreich gab den Kampf auf, den es in der Folgezeit zeitweise wieder aufgenommen hat, aber nur, um sich, wie bei Oran und Dakar, gegen die verräterischen Angriffe seines einstigen Verbündeten zu verteidigen.
Vom 10. Juni bis heute sind fünf Kriegsmonate verflossen, die an entfernten und zahlreichen Fronten zu Land, zu Wasser und in der Luft, in Europa und in Afrika ernste Kämpfe brachten. Laßt mich einen Gruß voller Bewunderung an die Italiener richten, die in diesem Augenblick den Vorzug haben, die Waffen zu tragen. Das Heer hat an der Alpen- und an der Afrikafront bewiesen, daß seine Kampfkraft unseren Erwartungen entspricht. Die Niederlage der Engländer in Britisch-Somaliland war vollkommen. In Berbera sind die Engländer ebenso wie in Dünkirchen geflohen und haben sich dadurch gerächt, daß sie uns vorhielten, daß wir mit ihrer Besiegung einen nicht wieder gutzumachenden strategischen Fehler begangen hätten. Die Streitkräfte des afrikanischen Imperiums, das den Voraussagen des Feindes zufolge auffliegen sollte, haben überall die Initiative ergriffen, und die englischen Aufwiegelungsversuche im Innern sind kläglich gescheitert. Auch in Libyen waren wir es, die angriffen, und die blitzartige Besetzung von Sidi Barani ist nicht als ein Abschluß, sondern als ein Auftakt anzusehen. Die Heldentaten italienischer Offiziere und Soldaten des Heeres an den Landfronten können zu Recht die Nation mit Stolz erfüllen.
Die Offiziere und Mannschaften der Marine erfüllen in aller Stille und oft als Helden ihre Pflicht auf den vielen Meeren vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean, wo sie eingesetzt sind. Sie folgen einer strengen Losung, und harte Schläge sind der feindlichen Marine versetzt worden. Von unserer Flotte werden unsere Verbindungen im Mittelmeer und in der Adria so wirksam geschützt, daß die feindliche Flotte sie weder unterbrechen und nicht einmal stören konnte.
Die italienische Luftwaffe ist immer, und mehr den je, auf der Höhe ihrer Aufgabe. Sie hat den Luftraum beherrscht und beherrscht ihn weiter: ihre Bomber erreichen die fernsten Ziele. Ihre Jäger machen den feindlichen Jagdfliegern das Leben sehr schwer. Ihre Männer sind wahrhaftig vom Schlag unserer Zeit: kalt-entschlossene Verwegenheit zeichnet sie aus. Von unseren Flugzeugwerken werden heute monatlich viermal mehr Flugzeuge als vor dem Kriege geliefert. Mit dem Massenbau der neuen Flugzeugtypen werden wir binnen kurzem vielleicht an der Spitze, sicher aber mit den modernsten Maschinen der anderen Länder in gleichem Rang stehen.
Aber nach der Wehrmacht will ich die Disziplin, den Pflichteifer, die unerschütterliche Ruhe des italienischen Volkes lobend erwähnen. Ruhig nimmt es die Entbehrungen auf sich, die der Kriegszustand mit sich bringt – immer noch erträgliche Entbehrungen, die aber in der Folge härter werden können. Geleitet von seinem tausendjährigen politischen Instinkt weiß es, daß dieser Krieg ein Entscheidungskampf ist, der, wie der dritte Punische Krieg [149–146 v. Ch.] mit der Vernichtung des modernen Karthago, mit der Vernichtung Englands enden muß und enden wird.
Ein starkes Volk wie das italienische fürchtet die Wahrheit nicht, es verlangt sie. Das ist der Grund, warum unsere Wehrmachtsberichte Dokumente der Wahrheit sind. Wir verzeichnen die Schläge, die wir geben, und die wir erhalten, die Flugzeuge, die wir abschießen und jene, die der Feind abschießt, die günstigen Tage und jene, die es weniger oder gar nicht sind. Wir veröffentlichen monatlich die Verluste an Menschen und Kriegsmaterial. Ich würde mich vor dem Volk und vor mir selbst erniedrigt fühlen, wenn ich anders vorgehen und die Wirklichkeit, sei sie gut oder schlecht, verhüllen oder beschönigen würde. Mit einem solchen Verfahren würde das Volk schlecht erzogen und zugleich erniedrigt. Niemals werde ich das tun. Bereits habe ich in der kategorischsten Form den Kommandostellen an der Front und den Zivilbehörden an der Peripherie den Befehl erteilt, keine Nachrichten, die nicht streng und persönlich, ich sage persönlich, nachgeprüft worden sind, nach Rom zu geben, von wo sie verbreitet werden müssen. In diesem Zusammenhang will ich gerade an das Freudengeschrei erinnern, das sich im Unterhaus erhob, als Churchill endlich eine gute Nachricht geben konnte. Sie betraf die Aktion der englischen Torpedo-Flugboote im Hafen von Tarent. Tatsächlich sind drei Schiffe getroffen worden, aber keines von ihnen wurde versenkt, und nur eines von ihnen ist, wie in unserem Wehrmachtsbericht mitgeteilt, ernsthaft beschädigt worden, und seine Herstellung wird lange Zeit beanspruchen. Die beiden anderen werden nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachverständigen rasch in ihrer alten Gefechtskraft wiederhergestellt sein. Es ist falsch, ich sage, es ist falsch, daß zwei weitere Kriegsschiffe und zwei Hilfskreuzer versenkt oder getroffen oder auch nur irgendwie leicht beschädigt wurden. Es ist nur ein Anzeichen des schlechten Gewissens, daß ein Erfolg, den wir selbst zuerst anerkannt haben, so aufgebauscht ind ins Sechsfache gesteigert wird, Herr Churchill hätte zur Vervollständigung des Bildes seinen Abgeordneten einige Angaben über das Schicksal der "Liverpool", der "Kent" und jener anderen großen Einheiten machen können, die unlängst im mittleren Mittelmeer bzw. im Hafen von Alexandrien von italienischen U-Booten oder Torpedo-Flugbooten torpediert wurden.
Unser Kriegseintritt hat gezeigt, daß die Achse kein leeres Wort ist. Seit Juni dieses Jahres war unsere Zusammenarbeit mit Deutschland eine kameradschaftliche und totale. Wir marschieren Seite an Seite. Dieser Zusammenschluß der beiden Völker wird immer enger und dehnt sich auf

alle Gebiete ihrer militärischen, wirtschaftlichen, politischen und geistigen Tätigkeit aus. Die Übereinstimmung der Ansichten in bezug auf die Gegenwart wie auf die Zukunft ist vollkommen.

Meine Begegnungen mit dem Führer sind nur die feierliche Bestätigung dieser vollkommenen Verschmelzung unserer Gedanken. Wenn ich mich mit dem Führer treffe, so sehe ich in ihm nicht nur den Schöpfer Großdeutschlands, den Feldherrn, dessen geniale strategische Ideen, die zuweilen mehr als kühn und geradezu für verwegen gehalten worden sind, durch den Sieg bestätigt wurden, sondern auch – ich möchte sagen in ganz besonderer Weise – den Begründer der nationalsozialistischen Bewegung, den Revolutionär, der das deutsche Volk wieder erweckt hat und es zum Träger einer neuen Weltanschauung machte, die der des italienischen Faschismus in hohem Grade verwandt ist. Die Übereinstimmung der Auffassungen ist das Ergebnis dieser revolutionären Voraussetzung: sie ergibt sich aus dem Zusammentreffen von zwei Revolutionen, die sowohl auf internationalem wie auf sozialem Gebiet eben erst am Anfang ihres Weges stehen.

Alles, was die Entwicklung des Dreimächteabkommens im Westen oder im Donauraum betrifft, ist in gemeinsamem Einvernehmen erfolgt. Das gleiche gilt für die zukünftige Stellung Frankreichs. Es ist nunmehr klar, daß die Achse keinen Frieden der Vergeltung oder der Rachsucht machen will. Aber es ist ebenso klar, daß einige Forderungen erfüllt werden müssen. Diese Forderungen sind mehr als berechtigt. Sie hätten schon vor dem Krieg Gegenstand von Verhandlungen sein können, wenn man uns nicht das lächerliche und zugleich tragische "Niemals" entgegengestellt hätte. Als man erkennen ließ, daß man es fallen lassen wolle, war es zu spät. Italien hatte bereits seit Mai 1939 seinen Weg gewählt. Die Würfel waren gefallen. Gerade wegen ihres rechtmäßigen Charakters werden unsere Forderungen ohne Kompromisse oder Zwischenlösungen angenommen werden müssen, die wir schon jetzt, und zwar in kategorischer Form ablehnen. Nur nach dieser totalen Klärung wird es möglich sein, im Rahmen des neuen Europa, wie es von der Achse geschaffen werden wird, ein neues Kapitel in der so bewegten Geschichte der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich zu beginnen. Es ist überflüssig, zu betonen, daß, wie der Waffenstillstand, auch der Friede gemeinsam geschlossen werden wird. Das heißt, es wird der Friede der Achse sein. Zur Bekräftigung der deutsch-italienischen Waffenbrüderschaft habe ich beim Führer eine direkte Beteiligung an dem Kampf gegen England mit Flugzeugen und U-Booten beantragt und erlangt. Ich füge sofort hinzu, daß Deutschland diese unsere Hilfe nicht nötig hatte. Der Wert seiner Truppen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, seine industrielle Stärke, seine organisatorische und technische Fähigkeit, die Leistung seiner Arbeitskräfte, sind wohl bekannt. Die Produktionszahlen für Flugzeuge und U-Boote, die Deutschland erreicht hat, sind wahrhaft außergewöhnlich und noch in stetem Anwachsen. Um so mehr bin ich dem Führer dankbar, daß er mein Angebot angenommen hat: nichts macht die Beziehungen zwischen den Völkern fester und dauerhafter als gemeinsam vergossenes Blut und gemeinsam getragene Opfer, wenn diese Völker von einer unbedingten Aufrichtigkeit und von gleichen Interessen und Idealen getragen sind. Ich bin sicher, daß unsere Flieger und unsere U-Bootbesatzungen unserer Fahne Ehre machen werden.

Nach einem langen und geduldigen Zuwarten haben wir einem von Großbritannien "garantierten" Land die Maske vom Gesicht gerissen, einem hinterlisten Feind, nämlich Griechenland. Hier war seit langem eine Rechnung zu begleichen. Eins muß gesagt werden und wird vielleicht einige in der Vergangenheit lebende italienische Altphilologen überraschen: daß nämlich die Griechen Italien hassen wie kein anderes Volk. Dieser Haß erscheint im ersten Augenblick unerklärlich, ist aber in allen Klassen, in allen Städten, in allen Dörfern, bei hoch und niedrig allgemein tief verwurzelt und unheilbar. Der Grund dafür ist ein Geheimnis, aber die Tatsache besteht. Vielleicht weil Santorre Santarosa das heimatliche Piemont verließ, um freimütig und heldenhaft in Sfacteria für Griechenland zu sterben? Vielleicht, weil der Garibaldiner Antonio Fratti aus Forli die gleiche Tat höchster Großmütigkeit siebzig Jahre später wiederholte, indem er in Domokos fiel? Das sind Fragen – aber die Tatsache steht fest. Auf diesem Haß, den man als grotesk bezeichnen kann, hat sich die griechische Politik der letzten Jahre gegründet, eine Politik unbedingter Mittäterschaft mit Großbritannien. Dies konnte auch nicht anders sein, da der König ein Engländer ist, die politischen Führer sowie die Börse im eigentlichen und im übertragenen Sinne englisch sind. Diese Mittäterschaft, die zu gegebener Zeit mit unwiderlegbaren Dokumenten belegt wird, hat sich auf vielfache Weise gezeigt und war eine fortgesetzte feindselige Handlung gegen Italien. Aus den vom deutschen Generalstab in Frankreich bei Vitry la Charité aufgefundenen Dokumenten ergibt sich, daß Griechenland seit dem Mai den Franzosen und Engländern alle seine Luft- und Flottenstützpunkte angeboten hatte. Dieser Lage mußte ein Ende gesetzt werden. Dies ist am 28. Oktober geschehen, als unsere Truppen die griechisch-albanische Grenze überschritten. Die unzugänglichen Berge des Epirus und ihre verschlammten Täler eignen sich nicht für Blitzkriege, wie dies die Unverbesserlichen behaupten wollen, die die bequeme Strategie des Fähnchensteckens auf der Karte betreiben. Keine Tat und

kein Wort von mir oder meiner Regierung oder irgendwelcher verantwortlichen Stelle hat einen Blitzkrieg voraussehen lassen.
Ich glaube nicht, daß es der Mühe wert ist, alle von der griechischen Propaganda und ihren englischen Lautsprechern verbreiteten Nachrichten zu dementieren. Die Gebirgsdivision "Julia", die angeblich furchtbare Verluste erlitten hat und geflohen und von den Griechen aufgerieben worden sein soll, ist von General Soddu besichtigt worden, der mir nach Beendigung seiner Besichtung am 12. November wie folgt telegraphierte: "Ich begab mich heute morgen zur Besichtigung der Julischen Alpenjägerdivision. Ich muß Ihnen, Duce, den hervorragenden Eindruck melden, den diese prächtige, stolze Einheit gemacht hat, die mit ihren granitharten Alpenjägern mehr als je stolz und unversehrt dasteht."
Erinnert sich einer von euch, Kameraden, an die unveröffentlichte Rede von Eboli, die vor dem äthiopischen Krieg im Juli 1935 von mir gehalten wurde? Damals sagte ich, daß wir dem Negus das Rückgrat brechen würden. Heute wiederhole ich mit der gleichen unbedingten – ich wiederhole unbedingten – Sicherheit, daß wir Griechenland das Rückgrat brechen werden; dabei fällt wenig ins Gewicht, ob es in zwei oder zwölf Monaten geschehen wird. Der Krieg hat kaum begonnen. Wir haben Männer und Mittel genug, um jeden griechischen Widerstand zu überwinden. Die englische Hilfe wird die Verwirklichung dieses unseres festen Entschlusses weder verhindern, noch den Griechen jene Katastrophe ersparen können, die sie gewollt und verdient haben. Etwas anderes glauben oder daran zweifeln heißt, mich nicht kennen. Wenn ich einmal etwas in Angriff genommen habe, so gebe ich bis zum Schluß nicht nach. Ich habe dies bereits bewiesen, und was immer auch geschehen ist, geschieht oder geschehen wird, ich werde es erneut beweisen.
Die 372 Gefallenen, die 1081 Verwundeten und die 650 Vermißten der ersten zehn Kampftage an der Epirus-Front werden gesühnt werden.
Kameraden! In dieser historischen und wahrhaft feierlichen Stunde, in der Kontinente Seite an Seite oder gegeneinander stehen, muß die Partei als Verteidiger und Träger der Revolution auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit das Höchste leisten. Bei Beginn des Krieges hatte sich darin eine gewisse Verlangsamung eingestellt, die mit der Tatsache der Einberufung aller politischen Leiter zusammenhing. Jetzt ist dies nicht mehr der Fall. Es gibt keine Generalmobilmachung und wird keine geben. Nur zwei Jahrgänge sind einberufen. Es sind noch etwa dreißig Jahrgänge verfügbar. Wir haben eine Million Mann unter den Waffen. Wir können, falls es notwendig sein sollte, weitere acht einberufen. Unter diesen Umständen muß die Partei ihre Funktion mit unverminderter und zunehmender Kraft wieder aufnehmen, indem sie den Kampf an der inneren Front auf politischem, wirtschaftlichem, geistigem sowie auf dem Gebiet der Lebensgestaltung weiterführt. Die Partei muß sich und die Nation von den letzten Resten des kleinbürgerlichen Ballastes im weitesten Sinne des Wortes befreien. Der Geist großer und harter Zeiten muß gepflegt und gestärkt werden. Die Partei muß mehr und besser als früher ins Volk hineingehen, indem sie seine moralische Gesundheit und seine materielle Existenz schützt. Ein gewisser universalistischer und schöngeistiger Pazifismus muß aufmerksam bewacht und bekämpft werden. Er gehört nicht in diese Zeit des Eisens und der Kanonen. Außer dem höchsten Ziel, zu dessen Erreichung wir in Waffen stehen, darf es nichts anderes geben. Wir Deutsche und Italiener bilden einen Block von 150 Millionen Menschen, die entschlossen und geschlossen von Norwegen bis Libyen im Herzen Europas stehen. Dieser Block hat bereits den Sieg in den Händen.

5. KAPITEL

DIE "NEUE ORDNUNG" IN EUROPA UNTER FÜHRUNG DEUTSCHLANDS UND ITALIENS (1940/41)

Zur gleichen Zeit, als Luft- und Seestreitkräfte der deutschen Wehrmacht England bekämpften, um den letzten Gegner in die Knie zu zwingen, die deutsche Wehrwirtschaft in ihren Schwerpunktprogrammen u. a. zwischen "Seelöwe" (Landung in England) und "Achse" (Unterstützung der Italiener) hin und her schwankte, und Großbritannien die Verteidigungsbereitschaft seiner Insel unablässig erhöhte, entschloß sich Hitler, zunächst gemeinsam mit Italien auf dem Balkan Frieden zu stiften. Er wünschte in Südosteuropa keinen neuen Unruheherd. Im Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940[33] wurden die Grenzen zwischen Rumänien und Ungarn rücksichtslos diktiert.

Zur gleichen Zeit beschäftigte Hitler die Frage der "großen Koalition". Seit 1936 hatte Reichsaußenminister von Ribbentrop versucht, ein politisches weltumspannendes Bündnis mit Japan zustande zu bringen. Dieses sollte sich zuerst gegen die Sowjetunion (1936/37) richten, dann gegen England (1938/39). Jetzt im Sommer 1940 ging es darum, "Amerikas Eintritt in den gegenwärtigen Krieg oder in eine zukünftige bewaffnete Auseinandersetzung mit Japan" zu verhindern. Nur eine "starke und entschlossene, unzweideutige und unverkennbare Haltung" Deutschlands, Italiens und Japans, von der "die Vereinigten Staaten und die ganze Welt zum jetzigen Zeitpunkt" erfahren, könne als "kraftvolle und effektive Abschreckung auf die USA" wirken. In dem am 27. September 1940 von den Vertretern der drei Mächte unterzeichneten Vertrag [34] verpflichteten sich Deutschland und Italien, Japans führende Rolle in Großostasien anzuerkennen und zu respektieren. Japan tat das gleiche für die "neue Ordnung" in Europa unter Führung Deutschlands und Italiens. Freilich: der Frieden, den dieser Dreimächtepakt in den angemaßten "Lebensräumen" bringen sollte, war der "Frieden der Bajonette, nicht derjenige der Gerechtigkeit". Allerdings blieb dieses weltpolitische Dreieck, das sich "niemals zu einer klaren Interessengemeinschaft, geschweige denn zu einer verschworenen Aktionsgemeinschaft" entwickelte, letzten Endes eine "Allianz ohne Rückgrat". Deutschland gelang es vorerst nicht, Japan zum "aktiven Handeln" [42] im Fernen Osten zu bewegen, geschweige denn, den Kampf des indischen Nationalistenführers Subhas Chandra Boses gegen Großbritannien nachhaltig zu unterstützen. [44] Zudem verdeutlichte Roosevelts Antwort vom 22. Oktober 1940 auf das Bündnis und seine Rede vom 17. 12. 1940, daß sich die amerikanischen Länder nicht durch Drohungen auf dem Wege schrecken ließen, den ihnen die Diktatoren verbieten wollten, vielmehr aus ihrer Unterstützung Englands keinen Hehl machten. Ebenso trotzig antwortete Churchill: "Keiner der Zweige der englisch-sprechenden Rasse ist es gewohnt, auf Gewaltandrohungen durch Unterwerfung zu reagieren."

Während sich die Luftschlacht um England zu einer deutschen Niederlage entwickelte und damit die wichtigste Voraussetzung (Luftherrschaft) für das Gelingen einer Invasion entfiel, liefen die deutschen militärischen Vorbereitungen zur Offensive gegen die Sowjetunion an. Außerdem hatte die Wehrmachtführung den Befehl erhalten, Truppen nach Rumänien zu verlegen, um das kriegswichtige Ölgebiet gegen jeden Angriff – von welcher Seite auch immer – zu sichern. Noch spielte Hitler mit dem Gedanken, neben Vichy-Frankreich, Spanien, Portugal und die Sowjetunion in die antibritische Kontinental-Front einzureihen, um das weltpolitische Dreieck zu einem unwiderstehlichen Mehrmächteblock zu erweitern [35] [36]. Nach "Auffassung des Führers" war es die historische Aufgabe der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands, "ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken". Dabei wollte Hitler

die Sowjetunion auf die Regionen südlich ihres Staatsgebietes in Richtung auf den Indischen Ozean abdrängen. Für Deutschland beanspruchte er neben Mitteleuropa und dem Balkan das mittelafrikanische Gebiet, während Italien Nord- und Nordostafrika und Japan den ostasiatischen Raum südlich des japanischen Inselreiches beherrschen konnten [38] [41].

Allein so sehr sich auch Hitler bei den Besprechungen mit dem sowjetischen Außenminister Molotow am 12./13. November 1940 in Berlin über die Aufteilung der 'britischen Konkursmasse' darum bemühte, die russischen Energien auf Indien und den Mittleren Osten (Persischer Golf) und damit gegen England abzulenken, sein Gesprächspartner beharrte unnachgiebig auf den sowjetischen Interessen in Finnland, in Bulgarien und an den Meerengen [37]. Die Bedingungen der UdSSR für einen Beitritt zum Dreimächtepakt ließen erkennen, daß eine Einigung der beiden expansiven Partner über die Festlegung der "Interessensphären" im Weltmaßstab jetzt und auch in Zukunft kaum möglich war. Sie beseitigten freilich auch Hitlers letzte Zweifel darüber, ob seine Absicht, die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen, die einzige und richtige Lösung seiner jetzigen und zukünftigen Probleme bedeutete. Die Politik des französischen Staatspräsidenten Pétain, die u. a. in der Entlassung des deutschfreundlichen Ministerpräsidenten Laval ihren ersten Höhepunkt fand [40], vor allem der Abschluß des sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes vom 5. 4. 1941, wenige Tage nach dem antideutschen Putsch in Belgrad, bestärkten Hitler schließlich endgültig in seinem "unabänderlichen Entschluß": Nur das "Schwert" konnte das Gewonnene behaupten, die Unbelehrbaren zur Anerkennung seiner Forderungen zwingen, die gewünschten Gebiete erobern und damit die Grundlage für die völlige rassische Neugestaltung Europas schaffen. Seine kontinentale Allianzpolitik richtete sich daher mehr und mehr gegen die Sowjetunion: Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und schließlich Kroatien traten dem Dreimächtepakt bei. Wohl hatte Hitler inzwischen beschlossen, die Italiener auf dem Balkan und in Libyen zu unterstützen, doch war er überzeugt, daß "die Entscheidung über die europäische Hegemonie nur im Kampf gegen Rußland" fallen werde [39]. Nach seinen Vorstellungen mußte die von ihm vorgesehene "europäische Monroe-Doktrin" dann ebenso Europa wie Afrika [46] umschließen. Dadurch sollte zugleich der Aufbau eines zusammenhängenden deutsch-westostafrikanischen Kolonialreiches (einschl. Dakars, der Azoren und der Kanaren als Seestützpunkte) gewährleistet werden.

In der Wahl der Mittel, im Sommer und Herbst 1940 den Krieg zu beenden, hat Hitler sich vollständig vergriffen. Seine Entscheidungen aus jener schicksalhaften Zeit, die mit Recht als die erste große Zäsur des Zweiten Weltkrieges bezeichnet werden müssen, erhellen, daß er nach dem Triumph im Westen in dem Glauben lebte, nunmehr alle weitgesteckten machtpolitischen Ziele mit dem scharf geschliffenen, erprobten Schwert seiner Wehrmacht realisieren zu können. Von jetzt ab steigerte er seine Pläne ins Uferlose. Anfang 1941 befahl er dem Wehrmachtführungsstab sogar, Studien für einen deutschen Aufmarsch in Afghanistan gegen Indien (England) zu entwerfen. Es war sicherlich ein tragisches Verhängnis, daß seine Pläne nicht mehr auf jene Opposition stießen, wie dies noch im Winter 1939/40 der Fall gewesen war. Aber schließlich hatte er mit seinen Prognosen bis dahin immer Recht behalten. Indem Hitler auf die Landung in England verzichtete – nicht zuletzt infolge des Scheiterns der Luftschlacht – und sich zum Angriff gegen die Sowjetunion entschloß, beschwor er die Katastrophe Mitteleuropas herauf.

Zehn Monate nach dem Waffenstillstand im Westen begannen die Operationen gegen Griechenland und Jugoslawien (6. April 1941) [43], die noch einmal hohe deutsche militärische Führungskunst demonstrierten, in wenigen Wochen siegreich beendet und mit der Eroberung Kretas (20. Mai bis 1. Juni) abgeschlossen wurden. Hitler wollte vor Auslösung des Falles "Barbarossa" unter allen Umständen die Südostflanke gegen englische Landungen sichern, damit mögliche Bedrohungen des wertvollen rumänischen Ölgebietes ausschaltend; er wollte aber auch den Prestigeverlust der Achsenkriegführung in diesem Raum wieder wettmachen.

Anfang 1941 beschloß Hitler, einen für die Defensivzwecke ausreichenden Panzer-Sperrverband nach Libyen (OB: General Rommel) zu entsenden, um ein weiteres Vordringen der Briten in Richtung Tripolis zu verhindern. Im übrigen betrachtete er die deutschen Operationen auf dem Balkan und in Libyen lediglich als Unterstützungsmaßnahmen für Italien, nicht aber als kriegsentscheidend für den Kampf gegen England. Die Möglichkeit zur Eroberung Maltas beurteilte er sehr skeptisch. Ganz im Banne seiner Rußlandpläne richtete er seinen Blick viel stärker auf den östlichen Teil des Mittelmeeres; hier erschien ihm die Besetzung Kretas wichtiger.

Die Lage im Mittelmeer hatte den politischen Aufstand im Irak unter Raschid Ali el Gailani begünstigt, der am 4. April ausgebrochen war. Als Hitler diese "arabische Freiheitsbewegung" Ende Mai 1941 [45] zu unterstützen befahl, war es schon zu spät. Angesichts der englischen Gegenmaßnahmen war das antibritische Kabinett über die persische Grenze ins Exil geflohen.

Inzwischen hatte General Rommel Ende März 1941 den Entschluß gefaßt, die britischen Auffangstellungen bei Mersa el Brega anzugreifen. In schnellem Vormarsch gegen die durch den Griechenlandfeldzug geschwächten britischen Truppen drang er im April 1941 bis an die ägyptische Grenze vor. Jedoch gelang es ihm nicht, Tobruk zu erobern; monatelang belagerte er die Festung. Unterdessen hatten britisch-indische Truppen in Ostafrika die Initiative ergriffen. Nach der Eroberung von Eritrea (Januar 1941) besetzten sie durch konzentrierte Angriffe Abessinien von Norden, Westen und Süden. Der Widerstand italienischer Einheiten war bald gebrochen. Am 5. April 1941 marschierten die Briten in Addis Abeba ein; fünf Wochen später zwangen sie die Reste der geschlagenen italienischen Kräfte unter dem Herzog von Aosta in der Nähe von Amba Aladschi zur Kapitulation. Kaiser Haile Selassie, der seit 1936 im Exil in London lebte, konnte wieder von seinem Land Besitz ergreifen.

Wohl hatte sich nach dem Erscheinen der deutschen Wehrmacht die Lage im Mittelmeerraum wieder zugunsten der "Achsenstreitkräfte" verändert, auch hatten sich Italien und Kroation über die territoriale Neugestaltung des Südostraumes [41] weitgehend geeinigt, während Deutschland und die Türkei einen Freundschaftspakt abschlossen [47], aber das Problem der einheitlichen Kommandoführung der beiden Partner und die damit verbundene Absprache ihrer gemeinsamen Kriegspläne blieben nach wie vor ungelöst.

DOKUMENTE

[33] *Der zweite Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940*

Die Königlich Rumänische und die Königlich Ungarische Regierung haben sich an die Reichsregierung und die Königlich Italienische Regierung gewandt mit dem Ersuchen, die zwischen Rumänien und Ungarn schwebende Frage des an Ungarn abzutretenden Gebietes durch einen Schiedsspruch zu regeln. Auf Grund dieses Ersuchens und auf Grund der von der Königlich Rumänischen und der Königlich Ungarischen Regierung mit diesem Ersuchen verbundenen Erklärung, einen solchen Schiedsspruch ohne weiteres als für sie verbindlich anzuerkennen, haben der deutsche Reichsminister des Auswärtigen Joachim von Ribbentrop und der Minister des Äußeren seiner Majestät des Königs von Italien und Albanien, Kaisers von Äthiopien, Graf Galeazzo Ciano nach nochmaliger Aussprache mit dem Königlich Rumänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Mihail Manoilescu und dem Königlich Ungarischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Stephan Csaky heute in Wien folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Als endgültige Grenze zwischen Rumänien und Ungarn wird die in die anliegende Karte eingezeichnete Grenze festgelegt. Die genauere Grenzziehung an Ort und Stelle bleibt einer rumänisch-ungarischen Kommission überlassen.

[Die neue Grenze begann südlich Nagyszalonta an der bisherigen ungarisch-rumänischen Grenze, führte in nordwestlicher Richtung etwa 10 km südöstlich an Großwardein vorbei, verlief nun in östlicher Richtung südlich an Klausenburg vorbei bis zu einem Punkt etwa 30 km nordwestlich

Neumarkt. Von da führte sie südwestlich an Neumarkt vorbei nach Südosten. Etwa 22 km nordöstlich Kronstadt wendete sie sich ostwärts zum Hauptkamm der Karpaten, worin sie entlang der alten ungarisch-rumänischen Grenze von vor 1914 nach Norden bis zur rumänisch-sowjetischen Grenze führte. |

2. Das hiernach an Ungarn fallende bisher rumänische Gebiet wird von den rumänischen Truppen innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen geräumt und in ordnungsmäßigem Zustand an Ungarn übergeben. Die einzelnen Etappen der Räumung und Besetzung sowie deren sonstige Modalitäten sind sofort durch eine rumänisch-ungarische Kommission festzusetzen. Die Königlich Rumänische und die Königlich Ungarische Regierung haben dafür Sorge zu tragen, daß sich die Räumung und Besetzung in voller Ruhe und Ordnung vollziehen.

3. Alle rumänischen Staatsangehörigen, die am heutigen Tage in dem von Rumänien abzutretenden Gebiete ansässig sind, erwerben ohne weiteres die ungarische Staatsangehörigkeit. Sie sind berechtigt, innerhalb einer Frist von sechs Monaten für die rumänische Staatsangehörigkeit zu optieren. Die Personen, die von diesem Optionsrecht Gebrauch machen, haben das ungarische Staatsgebiet innerhalb einer weiteren Frist von einem Jahr zu verlassen und werden von Rumänien übernommen. Sie können ihr bewegliches Vermögen frei mit sich führen. Sie können ferner ihr unbewegliches Vermögen bis zu ihrer Abwanderung liquidieren und den Erlös gleichfalls frei mit sich nehmen. Falls die Liquidierung nicht gelingt, sind sie von Ungarn zu entschädigen. Ungarn wird alle mit der Umsiedlung der Optanten zusammenhängenden Fragen in großzügiger und entgegenkommender Weise behandeln.

4. Die dem ungarischen Volkstum angehörenden rumänischen Staatsangehörigen, die in dem 1919 von Ungarn an Rumänien abgetretenen, jetzt bei Rumänien verbleibenden Gebiet ansässig sind, erhalten das Recht, innerhalb einer Frist von sechs Monaten für die ungarische Staatsangehörigkeit zu optieren. Für die Personen, die von diesem Optionsrecht Gebrauch machen, gelten die vorstehend unter 3 niedergelegten Grundsätze.

5. Die Königlich Ungarische Regierung übernimmt die feierliche Verpflichtung, die Personen, die auf Grund dieses Schiedsspruches die ungarische Staatsangehörigkeit erwerben, aber dem rumänischen Volkstum angehören, den übrigen ungarischen Staatsangehörigen in jeder Weise gleichzustellen. Die Königlich Rumänische Regierung übernimmt feierlich die entsprechende Verpflichtung für die in ihrem Staatsgebiet verbleibenden rumänischen Staatsangehörigen ungarischen Volkstums.

6. Die Reglung sonstiger, sich aus dem Souveränitätswechsel ergebenden Einzelfragen bleibt unmittelbaren Verhandlungen zwischen der Königlich Rumänischen und der Königlich Ungarischen Regierung überlassen.

7. Falls sich bei der Durchführung dieses Schiedsspruchs Schwierigkeiten oder Zweifel ergeben, werden die Königlich Rumänische und die Königlich Ungarische Regierung sich hierüber unmittelbar verständigen. Sollten Sie sich dabei über eine Frage nicht einigen können, so werden sie diese Frage der Reichsregierung und der Königlich Italienischen Regierung zur endgültigen Entscheidung unterbreiten.

Joachim von Ribbentrop

Wien, 30. August 1940 Ciano

[34] *Der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27. September 1940*

Artikel 1.

Japan anerkennt und respektiert die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa.

Artikel 2.

Deutschland und Italien anerkennen und respektieren die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im großostasiatischen Raum.

Artikel 3.

Deutschland, Italien und Japan kommen überein, bei ihren Bemühungen auf der vorstehend angegebenen Grundlage zusammenzuarbeiten. Sie übernehmen ferner die Verpflichtung, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen, falls einer der drei Vertragschließenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesich-japanischen Konflikt verwickelt ist.

Artikel 4.

Um den gegenwärtigen Pakt zur Durchführung zu bringen, werden unverzüglich gemeinsame technische Kommissionen zusammentreten, deren Mitglieder von den Regierungen Deutschlands, Italiens und Japans zu ernennen sind.

Artikel 5.
Deutschland, Italien und Japan erklären, daß die vorstehenden Abmachungen in keiner Weise den politischen Status berühren, der gegenwärtig zwischen jedem der drei Vertragschließenden Teile und Sowjetrußland besteht.
Artikel 6.
Der gegenwärtige Pakt soll sofort mit der Unterzeichnung in Kraft treten und 10 Jahre, gerechnet vom Tage seines Inkrafttretens an, in Geltung bleiben.
Rechtzeitig vor dem Ablauf dieser Frist werden die Hohen Vertragschließenden Teile, falls einer von ihnen darum ersucht, in Verhandlungen über seine Erneuerung eintreten.
Zur Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigt, diesen Pakt unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.
Ausgefertigt in dreifacher Urschrift in Berlin am 27. September 1940 – im XVII. Jahr der Faschistischen Ära – entsprechend dem 27. Tage des 9. Monats des 15. Jahres der Ära Syowa.

Joachim v. Ribbentrop.
Ciano.
Kurusu.

[35] *Aus dem Tagebuch Haldes vom 24. Oktober 1940*

[...]3. Aus den Besprechungen mit dem Führer:
a) Das spanische Unternehmen (Gibraltar) ist in seinen Grundlagen noch nicht ganz klar. Es kann in Frage kommen, daß vorher die Canaren [=Kanarische Inseln] durch Luftlandung besetzt werden. Spanien ist an sich gewillt mitzutun, will aber seine Zusammenarbeit mit uns erst erkennen lassen, wenn tatsächlich die militärische Handlung beginnt. Der Beitritt zur Achse ist zwar mündlich zugesagt, aber noch nicht unterschrieben. Vor England besteht anscheinend immer noch erhebliche Besorgnis...
d) Dreierpakt: Beigetreten ist Ungarn, Bulgarien, Slowakei und Spanien. Jugoslawien soll im Begriff sein; Griechenland möglich. Bekanntgabe soll erst erfolgen, wenn europäischer Kreis geschlossen ist. Gegenmaßnahme, wenn Roosevelt [zum Präsidenten der USA] gewählt wird.
e) Rußland: Molotow 10. 11. Berlin. Antwort Stalins auf Brief des Führers: Er stimmt den Ausführungen des Führers zu. Molotow wird nach Berlin kommen. Dann erwartet man Eintritt Rußlands in den Dreierpakt.
f) Frankreich: Von Pétain wird klare Erklärung gefordert. Von Frankreich wird eine Gebietsabtretung in Gegend Nizza (nicht die Stadt selbst), Korsika, Tunis bis Tschadsee und Djibuti verlangt werden.
g) Spanien: Es wurde keine sichere Zusage wegen Marokkos gegeben. Wenn es möglich sein sollte, Frankreich anderweitig zu entschädigen, kann Erfüllung spanischer Wünsche in Frage kommen. Gibraltar wird den Spaniern, wenn von deutschen Truppen erobert, übergeben werden...

[36] *Aus der Weisung Nr. 18*
F. H. Qu., den 12. 11. 40

Die vorbereiteten Maßnahmen der Oberkommandos für die Kriegführung der nächsten Zeit sind nach folgenden Richtlinien zu treffen:
1. *Verhältnis zu Frankreich*
Das Ziel meiner Politik gegenüber Frankreich ist, mit diesem Land in einer für die zukünftige Kriegführung gegen England möglichst wirkungsvollen Weise zusammenzuarbeiten. Frankreich wird dabei vorläufig die Rolle einer "nicht kriegführenden Macht" zufallen, die in ihrem Hoheitsgebiet, besonders in den afrikanischen Kolonien, Maßnahmen der deutschen Kriegführung zu dulden und, soweit erforderlich, auch durch Einsatz eigener Verteidigungsmittel zu unterstützen hat. Vordringliche Aufgabe der Franzosen ist die defensive und offensive Sicherung ihrer afrikanischen Besitzungen (West- und Äquatorial-Afrika) gegen England und die de-Gaulle-Bewegung. Aus dieser Aufgabe kann sich die Teilnahme Frankreichs am Krieg gegen England in vollem Maße entwickeln.
Die an meine Zusammenkunft mit Marschall Pétain anknüpfenden Besprechungen mit Frankreich werden – abgesehen von der laufenden Arbeit der Waffenstillstandskommission – vorerst ausschließlich durch das Auswärtige Amt in Verbindung mit dem Oberkommando der Wehrmacht geführt.
Nähere Weisungen folgen nach Abschluß dieser Besprechungen.
2. *Spanien und Portugal*
Politische Maßnahmen, um den baldigen Kriegseintritt Spaniens herbeizuführen, sind einge-

leitet. Das Ziel des deutschen Eingreifens auf der Iberischen Halbinsel (Deckname Felix) wird sein, die Engländer aus dem westlichen Mittelmeer zu vertreiben.
Hierzu soll
a) Gibraltar genommen und die Meerenge abgeschlossen,
b) verhindert werden, daß sich die Engländer an einer anderen Seite der Iberischen Halbinsel oder der Atlantischen Inseln festsetzen.
Die Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens ist wie folgt beabsichtigt:
I. Abschnitt:
a) Erkundungstrupps (Offiziere in Zivil) schließen die für den Einsatz gegen Gibraltar und für die Übernahme von Flugplätzen erforderlichen Vorbereitungen ab. Sie sind bezüglich Tarnung und Zusammenarbeit mit den Spaniern an die Sicherungsmaßnahmen des Chefs Ausl. /Abw. gebunden.
b) Sonderverbände des Amtes Ausl./Abw. übernehmen in getarnter Zusammenarbeit mit den Spaniern die Sicherung des Gibraltar-Geländes gegen englische Versuche, das Vorfeld zu erweitern bzw. die Vorbereitungen vorzeitig zu entdecken und zu stören.
c) Die für den Einsatz bestimmten Verbände stellen sich, weit abgesetzt von der französisch-spanischen Grenze und ohne frühzeitige Einweisung der Truppe, bereit. Für den Anlauf des Unternehmens ergeht 3 Wochen vor Übertritt der Truppen über die spanisch-französische Grenze (jedoch erst nach Abschluß der Vorbereitungen bezüglich Atlantische Inseln) eine Vorwarnung.
Im Hinblick auf die geringe Leistungsfähigkeit der spanischen Bahnen sind für das Unternehmen vom Heer hauptsächlich motorisierte Verbände zu bestimmen, so daß die Bahnen für den Nachschub zur Verfügung stehen.
II. Abschnitt:
a) Verbände der Luftwaffe führen, abgerufen durch Beobachtung bei Algeciras, von französischem Boden aus zu einem günstigen Zeitpunkt einen Luftüberfall auf die im Hafen von Gibraltar liegenden englischen Flottenteile durch und fallen nach dem Angriff in spanische Flughäfen ein.

b) Kurz danach überschreiten bzw. überfliegen die für den Einsatz in Spanien vorgesehenen Verbände die französisch-spanische Grenze.
III. Abschnitt:
a) Angriff zur Wegnahme von Gibraltar mit deutschen Truppen.
b) Bereitstellen von Truppen, um in Portugal einzumarschieren, falls die Engländer dort Fuß fassen sollten. Die hierfür vorgesehenen Verbände marschieren unmittelbar hinter den für Gibraltar bestimmten Kräften in Spanien ein.
IV. Abschnitt:
Unterstützung der Spanier beim Abschließen der Meerenge nach Wegnahme des Felsens, wenn erforderlich, auch von Spanisch-Marokko aus.
Für die Stärke der für das Unternehmen "Felix" einzusetzenden Verbände gilt:
Heer:
Die für Gibraltar bestimmten Verbände müssen stark genug sein, um den Felsen auch ohne spanische Hilfe zu nehmen.
Daneben muß eine kleinere Gruppe zur Verfügung stehen, um die Spanier bei einem an sich unwahrscheinlichen englischen Landungsversuch an einer anderen Stelle der Küste zu unterstützen.
Für den möglichen Einmarsch in Portugal sind in der Hauptsache schnelle Verbände vorzusehen.
Luftwaffe:
Für den Luftüberfall auf den Hafen von Gibraltar sind Kräfte zu bestimmen, die einen ergiebigen Erfolg gewährleisten.
Für die anschließende Bekämpfung von Flottenzielen und zur Unterstützung beim Angriff auf den Felsen sind vor allem Sturzkampfverbände nach Spanien zu überführen.
Den Heeresverbänden ist ausreichende Flakartillerie, auch zur Bekämpfung von Erdzielen, zuzuteilen.

Kriegsmarine:
Zur Bekämpfung des englischen Gibraltar-Geschwaders, vor allem bei dem voraussichtlichen Auslaufen nach dem Luftüberfall, sind U-Boote vorzusehen.
Zur Unterstützung der Spanier bei der Sperrung der Meerenge ist die Überführung einzelner Küstenbatterien in Verbindung mit dem Heer vorzubereiten.
Eine italienische Beteiligung ist nicht vorgesehen.
Die Atlantischen Inseln (vor allem Kanaren und Kap Verden) gewinnen durch das Unternehmen Gibraltar erhöhte Bedeutung die englische und die eigene Seekriegführung. Die Herren Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Luftwaffe prüfen, wie die spanische Verteidigung der Kanaren zu unterstützen ist bzw. die Kap Verden in Besitz genommen werden können.

Die Frage einer Besetzung von Madeira und der Azoren bitte ich ebenfalls zu prüfen, ebenso die sich daraus für die See- und Luftkriegführung ergebenden Vor- und Nachteile. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind mir baldigst vorzulegen.

3. *Italienische Offensive gegen Ägypten*

Der Einsatz deutscher Kräfte kommt, wenn überhaupt, erst dann in Frage, wenn die Italiener Marsa Matruh erreicht haben. Aber auch dann wird in erster Linie der Einsatz deutscher Fliegerkräfte vorzusehen sein, wenn die Italiener die dafür benötigte Flugbasis zur Verfügung stellen.
Die Vorbereitungen der Wehrmachtteile für Einsatz auf diesem oder einem anderen nordafrikanischen Kriegsschauplatz sind in folgendem Rahmen weiterzutreiben:

Heer:

Bereithalten einer Panzer-Division (Zusammensetzung wie bisher vorgesehen) für Einsatz in Nordafrika.

Kriegsmarine:

Herrichtung der in italienischen Häfen liegenden deutschen Schiffe, die als Transportdampfer geeignet sind, für die Überführung möglichst starker Truppen entweder nach Libyen oder nach Nordwest-Afrika.

Luftwaffe:

Vorbereitungen für Angriffsunternehmungen gegen Alexandria und den Suez-Kanal, um letzteren für die englische Kriegführung zu sperren.

4. *Balkan*

Ob. d. H. trifft Vorbereitungen, um im Bedarfsfall aus Bulgarien heraus das griechische Festland nördlich des Ägäischen Meeres in Besitz zu nehmen und damit die Voraussetzung für den Einsatz deutscher Fliegerverbände gegen Ziele im ostwärtigen Mittelmeer zu schaffen, insbesondere gegen diejenigen englischen Luftstützpunkte, die das rumänische Ölgebiet bedrohen.
Um allen möglichen Aufgaben gewachsen zu sein und die Türkei in Schach zu halten, ist den Überlegungen und Aufmarschberechnungen der Einsatz einer Armeegruppe in der Stärke von etwa 10 Divisionen zugrunde zu legen. Auf eine Benutzung der durch Jugoslawien führenden Eisenbahn wird für den Aufmarsch dieser Kräfte nicht zu rechnen sein. Um den Zeitbedarf für den Aufmarsch abzukürzen, ist eine baldige Verstärkung der deutschen Heeresmission in Rumänien in einem mir vorzuschlagenden Ausmaß vorzubereiten.
Ob.d. L. bereitet im Einklang mit den beabsichtigten Heeresoperationen Einsatz deutscher Luftwaffenverbände auf dem südostwärtigen Balkan und den Einsatz eines Flugmeldedienstes an der Südgrenze Bulgariens vor. Die deutsche Luftwaffenmission in Rumänien wird in dem mir vorgeschlagenen Umfang verstärkt.
Wünsche der Bulgaren für Aufrüstung des Heeres (Waffen- und Munitionslieferungen) sind entgegenkommend zu behandeln.

5. *Rußland*

Politische Besprechungen mit dem Ziel, die Haltung Rußlands für die nächste Zeit zu klären, sind eingeleitet. Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.
Weisungen darüber werden folgen, sobald die Grundzüge des Operationsplanes des Heeres mir vorgetragen und von mir gebilligt sind.

6. *Landung in England*

Da bei Veränderungen in der Gesamtlage die Möglichkeit oder Notwendigkeit gegeben sein kann, im Frühjahr 1941 doch noch auf das Unternehmen "Seelöwe" zurückzukommen, müssen die drei Wehrmachtteile ernstlich bestrebt sein, die Grundlagen für ein solches Unternehmen in jeder Hinsicht zu verbessern.

7. *Berichten der Herren Oberbefehlshaber*

zu denen in dieser Weisung vorgesehenen Maßnahmen sehe ich entgegen. Die Art der Durchführung sowie die zeitliche Übereinstimmung der einzelnen Aktionen werde ich sodann befehlen.
Zum Schutz der Geheimhaltung sind durch Beschränkung des Bearbeiterkreises besondere Maßnahmen zu treffen. Dies gilt besonders für das Unternehmen in Spanien und für die Pläne bezüglich der Atlantischen Inseln.

Adolf Hitler

[37] *Aus den Aufzeichnungen des Gesandten Dr. Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Molotow am 13. November 1940 in Berlin.*

[...]
In Erwiderung der Ausführungen Molotows über die militärische Gefahrlosigkeit der finnischen Frage betonte der Führer, daß er von militärischen Dingen einiges verstehe und es durchaus für

möglich hielte, daß sich bei einer Teilnahme Schwedens an einem evtl. Krieg Amerika in diesen Gegenden festsetze. Er (der Führer) wolle den europäischen Krieg beenden und könne nur wiederholen, daß ein neuer Krieg in der Ostsee eine Belastung des deutsch-russischen Verhältnisses darstellen würde mit Konsequenzen, die angesichts der ungeklärten Haltung Schwedens nicht abzusehen wären. Würde denn Rußland an Amerika den Krieg erklären, falls dieses im Zusammenhang mit dem finnischen Konflikt intervenieren würde?

Als Molotow darauf entgegnete, daß diese Frage nicht aktuell sei, erwiderte der Führer, daß es zu einer Stellungnahme zu spät wäre, wenn sie aktuell würde. Als Molotow dann erklärte, daß er kein Anzeichen für den Ausbrucheines Krieges in der Ostsee sehe, erwiderte der Führer, daß in diesem Fall ja alles in Ordnung wäre und die ganze Diskussion eigentlich einen rein theoretischen Charakter trage.

Der Reichsaußenminister wies zusammenfassend darauf hin, daß

1. der Führer erklärt habe, Finnland bleibe in der Interessensphäre Rußlands und Deutschland würde dort keine Truppen unterhalten;
2. Deutschland nichts mit den Demonstrationen Finnlands gegen Rußland zu tun habe, sondern seinen Einfluß in entgegengesetzter Richtung geltend mache, und
3. das entscheidende Problem von säkularer Bedeutung in der Zusammenarbeit beider Länder liege, die ja in der Vergangenheit schon für Rußland große Vorteile mit sich gebracht habe, in der Zukunft aber Vorteile zeitigen würde, neben denen die Dinge, die jetzt erörtert worden seien, völlig unbedeutend erscheinen würden. Es liege eigentlich keine Veranlassung vor, aus der finnischen Frage überhaupt ein Problem zu machen. Vielleicht handele es sich lediglich um ein Mißverständnis. Im übrigen habe ja Rußland durch seinen Friedensschluß mit Finnland strategisch seine sämtlichen Wünsche erfüllt. Demonstrationen seien in einem besiegten Lande nicht ganz unnatürlich, und wenn etwa der Durchmarsch der deutschen Truppen bei der finnischen Bevölkerung gewisse Reaktionen hervorgerufen haben sollte, so würden diese mit dem Aufhören der Durchmärsche ebenfalls verschwinden. Wenn man daher die Dinge real betrachte, so bestünden keine Differenzen zwischen Deutschland und Rußland.

Der Führer wies darauf hin, daß sich beide Teile grundsätzlich darüber einig seien, daß Finnland zur russischen Interessensphäre gehöre. Anstatt daher eine rein theoretische Diskussion fortzusetzen, solle man sich lieber wichtigeren Problemen zuwenden.

Nach der Niederringung Englands würde das britische Weltreich als eine gigantische Weltkonkursmasse von 40 Millionen qkm zur Verteilung kommen. In dieser Konkursmasse läge für Rußland der Weg zum eisfreien und wirklich offenen Weltmeer. Eine Minderheit von 45 Millionen Engländern habe bisher 600 Millionen Einwohner des britischen Weltreichs regiert. Er stehe im Begriff, diese Minderheit zusammenzuschlagen. Auch Amerika täte eigentlich nichts, als sich bereits jetzt aus dieser Konkursmasse einige für die Vereinigten Staaten besonders geeignete Stücke herauszuholen. Deutschland möchte natürlicherweise jeden Konflikt vermeiden, der es von seinem Kampf gegen das Herz des Weltreichs, die britischen Inseln, ablenke. Daher sei ihm (dem Führer) auch der Krieg Italiens gegen Griechenland unsympathisch, weil er die Kräfte auf die Peripherie abzöge, anstatt sie an einem Punkt gegen England zu konzentrieren. Das Gleiche würde bei einem Ostseekrieg eintreten. Die Auseinandersetzung mit England würde bis zur letzten Konsequenz durchgekämpft werden, und er habe keinen Zweifel, daß die Niederlage der britischen Inseln zur Auflösung des Imperiums führen würde. Es sei eine Utopie zu glauben, daß das Weltreich etwa von Kanada aus regiert und zusammengehalten werden könne. Unter diesen Umständen eröffneten sich weltweite Perspektiven. Im Laufe der nächsten Wochen müßten sie in gemeinsamen diplomatischen Verhandlungen mit Rußland geklärt und Rußlands Beteiligung an der Lösung dieser Probleme festgelegt werden. Alle Staaten, die etwa Interessenten an dieser Konkursmasse sein könnten, müßten sämtliche Konflikte untereinander abstoppen und sich lediglich mit der Verteilung des britischen Weltreichs befassen. Dies gelte für Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland und Japan.

Molotow erwiderte, daß er den Gedankengängen des Führers mit Interesse gefolgt sei und mit allem, was er verstanden habe, einverstanden wäre. Er könne jedoch weniger dazu sagen, als der Führer, da dieser sicherlich mehr über diese Probleme nachgedacht und sich konkrete Vorstellungen davon gemacht habe. Das Endscheidende sei, sich zunächst über die deutsch-russische Zusammenarbeit klar zu werden, an die dann auch Italien und Japan angeschlossen werden könnten. Dabei sollte an Begonnenem nichts geändert, sondern lediglich eine Fortsetzung des Begonnenen in Aussicht genommen werden.

Der Führer führte dazu aus, daß die weitere Arbeit im Sinne der Eröffnung großer Perspektiven nicht einfach sein würde, und betonte in diesem Zusammenhang, daß Deutschland Frankreich nicht annektieren wolle, wie die Russen anzunehmen schienen. Es wolle eine Weltkoalition von Interessenten schaffen, die aus Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland, Sowjetrußland und Japan bestehen würde und gewissermaßen eine von Nordafrika bis nach Ostasien reichende Interessengemeinschaft aller derjenigen darstellen würde, die aus der britischen Konkursmasse befriedigt werden wollten. Zu diesem Zweck müßten alle inneren Gegensätze zwischen den

Mitgliedern dieser Interessengemeinschaft beseitigt oder zum mindestens neutralisiert werden. Dazu sei die Klärung einer ganzen Reihe von Fragen notwendig. Im Westen, d. h. zwischen Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland, glaube er nunmehr eine Formel gefunden zu haben, die alle gleichmäßig befriedige. Es sei nicht leicht gewesen, z. B. Spanien und Frankreich in bezug auf Nordafrika auf eine Linie zu bringen; aber in Erkenntnis der größeren Zukunftsmöglichkeiten hätten sich beide Länder schließlich doch dazu bewegen lassen. Nachdem auf diese Weise der Westen bereinigt sei, müsse nunmehr auch eine Übereinstimmung im Osten erzielt werden. Hier handele es sich nicht nur um das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und der Türkei, sondern auch um den Großasiatischen Raum. Dieser bestehe nicht nur aus dem Großostasiatischen Raum, sondern enthalte auch einen rein asiatischen Raum, der nach Süden hin orientiert wäre und den Deutschland bereits jetzt als Interessengebiet Rußlands anerkenne. Es handle sich darum, in großen Linien die Grenzen für die künftige Aktivität der Völker festzulegen und den Nationen große Räume zuzuweisen, in denen sie fünfzig bis hundert Jahre lang ihr Betätigungsfeld zur Genüge finden könnten.
Molotow erwiderte, daß der Führer eine Reihe von Fragen aufgeworfen habe, die nicht nur Europa, sondern darüber hinaus auch noch andere Gebiete beträfen. Er wolle sich zunächst über ein Europa näher liegendes Problem, die Türkei, aussprechen. Die Sowjetunion hänge als Schwarzmeermacht mit einer Reihe von anderen Staaten zusammen. In diesem Zusammenhang gäbe es noch eine ungeklärte Frage, über die die Donaukommission gerade jetzt beriete (Bukarester Donaukonferenz, 29. Oktober bis 20. Dezember 1940). Im übrigen habe die Sowjetunion Rumänien ihre Unzufriedenheit darüber ausgesprochen, daß dieses Land ohne Konsultation mit Rußland die Garantie Deutschlands und Italiens angenommen habe. Die Sowjetregierung hätte ihren Standpunkt bereits zweimal dargelegt und sei der Ansicht, daß die Garantie gegen die Interessen Sowjetrußlands gerichtet sei, "wenn man sich so grob ausdrücken dürfe". Es erhebe sich daher die Frage der Aufhebung dieser Garantie. Dazu habe der Führer erklärt, daß sie für eine gewisse Zeit notwendig sei, die Aufhebung daher unmöglich wäre. Dies berühre die Interessen der Sowjetunion als Schwarzmeermacht.
Molotow kam sodann auf die Meerengen zu sprechen, die er unter Hinweis auf den Krimkrieg und die Vorgänge in den Jahren 1918/19 als historisches Angriffstor Englands auf die Sowjetunion bezeichnete. Die Lage sei für Rußland um so bedrohlicher, als sich die Briten jetzt in Griechenland festgesetzt hätten. Aus Gründen der Sicherheit seien die Beziehungen Sowjetrußlands mit anderen Schwarzmeerländern von großer Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang stellte Molotow an den Führer die Frage, was Deutschland dazu sagen würde, wenn Rußland Bulgarien, d. h. dem den Meerengen am nächsten gelegenen unabhängigen Lande, eine Garantie unter genau den gleichen Bedingungen gäbe, wie sie Deutschland und Italien Rumänien gegeben hätten. Rußland beabsichtige jedoch, sich vorher mit Deutschland und möglichst auch mit Italien über diese Frage zu einigen.
Auf eine Frage Molotows nach der deutschen Stellungnahme zur Meerengenfrage erwiderte der Führer, daß der Reichsaußenminister diesen Punkt bereits vorgesehen und eine Revision des Montreux-Abkommens zugunsten der Sowjetunion in Aussicht genommen habe.
Der Reichsaußenminister bestätigte dies und teilte mit, daß auch die Italiener in der Frage dieser Revision eine wohlwollende Haltung einnähmen.
Molotow kam erneut auf die Garantie an Bulgarien zu sprechen und versicherte, daß die Sowjetunion sich keinesfalls in die innere Ordnung des Landes einmischen wolle. Diese würde "nicht um Haaresbreite" verändert werden.
Zur Frage der Garantie Deutschlands und Italiens an Rumänien erklärte der Führer, daß diese Garantie die einzige Möglichkeit gewesen sei, um Rumänien zu veranlassen, Bessarabien ohne Kampf an Rußland abzutreten. Außerdem stelle Rumänien wegen seiner Ölquellen ein absolutes deutsch-italienisches Interesse dar, und schließlich hätte die rumänische Regierung selbst darum gebeten, daß Deutschland den Schutz des Ölgebietes in der Luft und auf dem Lande mit übernähme, da man sich vor Angriffen der Engländer nicht ganz sicher fühle. Unter Hinweis auf eine drohende Landung der Engländer in Saloniki wiederholte der Führer in diesem Zusammenhang, daß Deutschland eine solche Landung nicht dulden würde, gab jedoch die Versicherung ab, daß bei Kriegsende sämtliche deutschen Soldaten aus Rumänien zurückgezogen würden.
In Beantwortung der Frage Molotows nach der deutschen Ansicht über eine russische Garantie an Bulgarien erwiderte der Führer, daß, wenn diese Garantie unter den gleichen Bedingungen gegeben werden sollte wie die deutsch-italienische an Rumänien, zunächst die Frage entstehe, ob Bulgarien selbst um eine Garantie gebeten habe. Es sei ihm (dem Führer) von einem Ersuchen Bulgariens nichts bekannt. Außerdem müsse er selbstverständlich die Stellungnahme Italiens erfragen, ehe er sich selbst äußern könne.
Die entscheidende Frage sei jedoch, ob Rußland die Möglichkeit sähe, durch eine Revision des Abkommens von Montreux eine genügende Sicherheit für seine Schwarzmeerinteressen zu gewinnen. Er erwarte auf diese Frage keine sofortige Antwort, da er wisse, daß Molotow diese Frage erst mit Stalin besprechen müsse.

Molotow erwiderte, daß Rußland in dieser Hinsicht nur ein Ziel habe. Es wolle vor einem Angriff durch die Meerengen gesichert sein und möchte diese Frage mit der Türkei regeln, wobei eine an Bulgarien gegebene Garantie die Lage erleichtern würde. Als Schwarzmeermacht habe Rußland ein Recht auf eine derartige Sicherung und glaube, zu einer Verständigung mit der Türkei darüber gelangen zu können.
Der Führer erwiderte, daß dies ungefähr den deutschen Gedankengängen entsprechen würde, wonach durch die Dardanellen nur russische Kriegsschiffe frei hindurchfahren dürften, während die Meerenge für alle anderen Kriegsschiffe gesperrt sei.
Molotow fügte hin, daß sich Rußland die Garantie gegen einen Angriff auf das Schwarze Meer durch die Meerengen nicht nur auf dem Papier, sondern "in der Tat" verschaffen wolle und glaube, sich mit der Türkei darüber einigen zu können. Er kam in diesem Zusammenhang erneut auf die Frage der russischen Garantie an Bulgarien zurück und wiederholte, daß das innere Regime des Landes unberührt bleiben würde, während andererseits Rußland bereit wäre, Bulgarien einen Ausgang zum Ägäischen Meer zu sichern. Er richtete nochmals an den Führer als denjenigen, der über die gesamte deutsche Politik zu entscheiden habe, die Frage, welche Stellungnahme Deutschland zu dieser russischen Garantie einnehme.
Der Führer erwiderte mit der Gegenfrage, ob denn die Bulgaren um eine Garantie gebeten hätten und erklärte erneut, daß er den Duce nach seiner Ansicht fragen müsse.
Molotow unterstrich, daß er vom Führer keine endgültige Entscheidung verlange, sondern nur um eine vorläufige Meinungsäußerung bitte.
Der Führer erwiderte, daß er keinesfalls Stellung nehmen könne, ehe er nicht mit dem Duce gesprochen hätte, da Deutschland hier erst in zweiter Linie interessiert sei. Als große Donaumacht sei es nur an dem Donaustrom interessiert, nicht aber an der Durchfahrt ins Schwarze Meer. Denn wenn es etwa Reibungsflächen mit Rußland suche, so brauche es dazu nicht die Meerengen.
Das Gespräch wandte sich dann erneut den großen Plänen der Zusammenarbeit zwischen den an der Konkursmasse des britischen Weltreichs interessierten Mächten zu. Der Führer wies darauf hin, daß er natürlich nicht absolut sicher sei, ob sich diese Pläne durchführen ließen. Falls es nicht möglich wäre, würde jedenfalls eine große historische Gelegenheit verpaßt werden. Alle diese Fragen müßten eventuell durch die Außenminister von Deutschland, Italien und Japan zusammen mit Herrn Molotow in Moskau erneut geprüft werden, nachdem sie auf diplomatischem Wege entsprechend vorbereitet worden seien.
An diesem Punkt der Unterhaltung machte der Führer auf die vorgerückte Zeit aufmerksam und erklärte, es sei angesichts der Möglichkeit von englischen Luftangriffen besser, die Besprechung jetzt abzubrechen, da die Hauptpunkte wohl genügend erörtert wären.
Zusammenfassend erklärte er, daß in der Folge die Möglichkeiten, Rußlands Interessen als Schwarzes-Meer-Macht zu sichern, weiter untersucht werden und überhaupt die weiteren Wünsche Rußlands in bezug auf seine künftige Stellung in der Welt in Betracht gezogen werden müßten.
In einem Schlußwort erklärte Molotow, daß sich für Sowjetrußland eine ganze Reihe von großen und neuen Fragen ergeben habe. Die Sowjetunion könne als mächtiger Staat nicht abseits der großen Fragen in Europa und Asien stehen.
Er kam dann noch auf die russisch-japanischen Beziehungen zu sprechen, die sich vor kurzem gebessert hätten: Er sähe voraus, daß die Verbesserung in einem noch schnelleren Tempo weitergehen würde, und danke der Reichsregierung für ihre Bemühungen in dieser Hinsicht.
Hinsichtlich der japanisch-chinesischen Beziehungen sei es sicherlich die Aufgabe Rußlands und Deutschlands, für ihre Regelung zu sorgen. Es müsse aber dabei ein ehrenvoller Ausgang für China gesichert werden, um so mehr als Japan jetzt Aussicht auf "Indonesien" hätte.

[38] *Brief Hitlers an Mussolini vom 20. 11. 1940*

Duce! Lassen Sie mich an die Spitze dieses Briefes die Versicherung stellen, daß seit den letzten 14 Tagen mein Herz und meine Gedanken mehr denn je bei Ihnen weilen. Nehmen Sie weiter, Duce, Kenntnis von meiner Entschlossenheit, alles zu tun, was in der augenblicklichen Lage für Sie entlastend wirken kann. Als ich Sie bat, mich in Florenz zu empfangen (28. 10.), trat ich die Reise an in der Hoffnung, Ihnen noch vor dem Beginn der drohenden Auseinandersetzung mit Griechenland, von der ich nur im allgemeinen Kenntnis erhalten hatte, meine Gedanken darlegen zu können. Ich wollte Sie zunächst bitten, die Aktion noch hinauszuschieben, wenn möglich bis zu einer günstigeren Jahreszeit, auf alle Fälle aber bis nach der amerikanischen Präsidentenwahl. Auf jeden Fall aber wollte ich Sie bitten, Duce, diese Aktion nicht zu unternehmen ohne eine vorhergehende blitzartige Besetzung Kretas, und ich wollte Ihnen zu diesem Zweck auch praktische Vorschläge mitbringen für den Einsatz einer deutschen Fallschirmjägerdivision und einer weiteren Luftlandedivision. Der nunmehr eingetretene Tatbestand hat sehr

schwere psychologische und militärische Auswirkungen, über die es wichtig ist, vollständige Klarheit zu besitzen. Ich führe die einzelnen Momente an, weil sich aus ihnen die meiner Auffassung nach dringlich erforderlichen Gegenmaßnahmen ergeben:

A. Psychologische Folgen:
Die psychologische Auswirkung der Situation ist insofern eine unangenehme, als sie die in Entwicklung begriffenen diplomatischen Vorbereitungen ungünstig belastet. Im allgemeinen spüren wir die Folgen in der Form einer Verstärkung der Tendenzen, sich in dem Konflikt nicht vorzeitig zu unseren Gunsten festzulegen, sondern die weitere Entwicklung abzuwarten.
Bulgarien, das an sich wenig Lust für einen Beitritt zum Dreierpakt zeigte, ist jetzt gänzlich abgeneigt, einen solchen Schritt auch nur zu erwägen.
Auch Rußland gegenüber ist es schwierig, eine Interessen-Übereinstimmung herbeizuführen und die russischen Ambitionen nach Osten abzulenken. Herr Molotow ließ im Gegenteil ein starkes Interesse am Balkan durchblicken. Der Eindruck in Jugoslawien ist von hier zunächst nicht festzustellen. Aber selbst in Frankreich findet unzweifelhaft eine Stärkung der Position jener statt, die zur Zurückhaltung mahnen und versichern, daß in diesem Kriege das letzte Wort möglicherweise doch noch nicht gesprochen ist.
Wie immer aber auch die psychologischen Folgen sein mögen, entscheidend ist, daß sich aus ihnen nicht Hemmungen für unsere weiteren Operationen ergeben, besonders aber, daß nicht unfreundliche Stellungnahmen seitens jener Mächte erfolgen, die, wie Jugoslawien, wenn auch keine Katastrophe, so doch eine unangenehme Ausweitung des Konflikts herbeiführen können. Besonders wichtig ist die Haltung der Türkei, weil von ihrer Einstellung auch entscheidend das Verhalten Bulgariens mitbestimmt wird.
B. Die militärischen Folgen:
Die militärischen Folgen der Entwicklung dieser Situation, Duce, sind sehr schwere.
England erhält nunmehr eine Reihe von Stützpunkten, die es in nächste Nähe des Petroleumgebietes von Ploesti bringen, ebenso aber in greifbare Nähe ganz Süditaliens und besonders der Ein- und Ausschiffungshäfen sowohl im italienischen Mutterland als in Albanien.
Während bisher das rumänische Petroleumgebiet für englische Bomber überhaupt noch nicht greifbar war, sind diese nunmehr in eine Nähe gerückt, die unter 500 km liegt. Ich wage über die Folgen kaum nachzudenken. Denn, Duce, über eines muß Klarheit bestehen, einen wirksamen Schutz eines Petroleumgebietes gibt es nicht. Selbst die eigene Flakwaffe kann durch Blindgänger einem solchen Gebiet genau so gefährlich werden, wie der angreifende Gegner. Gänzlich unreparabel würde der Schaden sein, wenn größere Ölraffinerien ebenfalls der Zerstörung anheim fielen.
Süditalien, seine Häfen sowie ganz Albanien liegen jetzt in der bequemsten Reichweite der englischen Bomber. Es ist dabei selbstverständlich England völlig gleichgültig, ob Italien durch Vergeltungsangriffe griechische Städte zerstört. Entscheidend wird der Angriff gegen italienische sein. Ich halte dabei eine erfolgreiche Erdoffensive aus dem albanischen Raum heraus gegen die neuen britischen Stützpunkte vor Anfang März für gänzlich ausgeschlossen.
Eine Zerstörung der britischen Luftbasen durch Luftangriffe ist nach den Erfahrungen des bisherigen Luftkrieges ebenfalls ausgeschlossen. Man kann alles leichter zerstören als Flugplätze. Tatsache ist also, daß England, wie ich es befürchtete, nunmehr Kreta besetzt hat und nunmehr im Begriffe steht, auf einer ganzen Anzahl weiterer Inseln Fuß zu fassen und in einer Reihe griechischer Orte Luftbasen einzurichten, darunter zwei bei Saloniki, zwei weitere vermutlich in Thracien. Auch Rhodos liegt jetzt in der Reichweite britischer Jagdzerstörer, und wenn, wie es den Anschein hat, die Engländer auch in Westgriechenland Luftstützpunkte errichten, werden in kurzer Zeit auch alle süditalienischen Küstenorte auf das Schwerste bedroht sein.
Diese Lage ist, militärisch gesehen, drohend. Wirtschaftlich gesehen, soweit es sich um das rumänische Petroleumgebiet handelt, geradzu unheimlich. Ich schlage daher hierüber nunmehr folgendes vor:
I. Politische Maßnahmen:
a) Spanien muß sofort bewogen werden, nunmehr in den Krieg einzutreten. Der früheste Zeitpunkt kann in etwa sechs Wochen angenommen werden. Der Zweck des spanischen Eintritts muß für uns sein, Gibraltar wegzunehmen und die Meerenge zu nehmen, nach Spanisch-Marokko mindestens eine oder zwei deutsche Divisionen zu bringen, um Sicherungen gegen einen eventuellen Abfall Französisch-Marokkos bzw. Nordafrikas von Frankreich zu gewinnen. Denn, Duce, ein solcher Abfall würde einer englisch-französischen Luftwaffe den Abflugraum sicherstellen, der für ganz Italien verhängnisvoll werden müßte. Dies muß vermieden werden und darf deshalb unter keinen Umständen der Hoffnung überlassen bleiben oder gar dem Zufall. Durch den Fall Gibraltars wird aber das Mittelmeer nach dem Westen hin abgeriegelt. England ist dann gezwungen, seine gesamten Transporte um Südafrika zu leiten. Tritt eine Entlastung im östlichen Mittelmeer ein, so wird dadurch Französisch-Nordafrika am sichersten der Regierung Petain erhalten.

b) Es muß jetzt mit allen Mitteln versucht werden, Rußland aus der Balkan-Sphäre wegzuziehen und nach dem Osten hin zu orientieren.
c) Es muß versucht werden, mit der Türkei zu irgend einer Verständigung zu kommen, um Bulgarien vom türkischen Druck zu entlasten.
d) Jugoslawien muß desinteressiert werden, wenn möglich in unserem Sinne sogar positiv interessiert, an der Beendigung der griechischen Frage mitzuarbeiten. Ohne Sicherung von seiten Jugoslawiens ist keine erfolgreiche Operation auf dem Balkan zu riskieren.
e) Ungarn muß einwilligen in den sofort anlaufenden Transport größerer deutscher Verbände nach Rumänien.
f) Rumänien wird diese Vermehrung der deutschen Streitkräfte zu seinem eigenen Schutz akzeptieren müssen.
Ich bin entschlossen, Duce, dann, wenn die Engländer versuchen, sich in Thracien eine wichtige Position auszubauen, mit entscheidenden Kräften vorzugehen. Und zwar auf jede Gefahr hin.
Ich muß aber leider festellen, daß die Führung eines Krieges auf dem Balkan vor März unmöglich ist. Es würde daher auch jede drohende Einwirkung auf Jugoslawien zwecklos sein, da dem serbischen Generalstab die Unmöglichkeit einer praktischen Verwirklichung einer solchen Drohnung vor dem März genau bekannt ist. Jugoslawien muß daher, wenn irgend möglich, durch andere Mittel und Wege gewonnen werden.

II. Militärische Maßnahmen:
Die wichtigste militärische Maßnahme scheint mir zuerst die Zuriegelung des Mittelmeeres zu sein. Zu diesem Zweck will ich, wie schon unter I. gesagt, versuchen, Spanien zu einem schleunigen Kriegseintritt zu bewegen, um dann zunächst den westlichen Ausgang abzusperren.
Ich halte es nunmehr aber weiterhin für notwendig, Duce, daß Sie, sowie die Vorbereitungen es zulassen, Marsa Matruh zu erreichen versuchen, um dort einen Luftstützpunkt zu schaffen, der es ermöglicht, erstens durch Sturzkampfbomber die britische Flotte vor Alexandrien endgültig zu vertreiben, zweitens durch Fernbomber den Suez-Kanal so mit Minen zu verseuchen, daß er für den tatsächlichen Verkehr praktisch ausfällt.
Ich halte es weiter für erforderlich, daß eine stärkste planmäßige Konzentration unserer vereinigten Luftstreitkräfte in bezug auf die anzugreifenden Objekte vorgenommen wird. Der bisherige Krieg hat einwandfrei erwiesen, daß die Angriffe auf zivile Orte gänzlich belanglos sind. Erfolg verspricht nur der Angriff auf militärisch oder wirtschaftlich wichtige Positionen. Das wichtigste Ziel im Mittelmeer aber ist zunächst die Ausräucherung der britischen Flotte. Darauf hat sich in meinen Augen – abgesehen von der direkten Unterstützung der kämpfenden Truppe in Albanien – die Wucht unseres ganzen gemeinsamen Angriffs zu richten. Es muß eine fortgesetzte Überwachung und ein dauernder Angriff auf alle Fahrzeuge einsetzen, die im Mittelländischen Meer unter feindlicher Flagge verkehren. Daß dies möglich ist, Duce, beweist unser Kampf in der Nordsee, wo britische Schiffe nur unter dem Schutz von küstengebundenen Jagdstreitkräften zu verkehren wagen.
Ich schlage Ihnen daher zu diesem Zweck vor, Duce, daß Sie die uns nach dem Westen abgestellten italienischen Streitkräfte, außer den U-Booten, deren Wirksamkeit sich dauernd erhöht, wieder zurückrufen und an dem jetzt wichtigsten Abschnitt einsetzen. Sie sind jetzt am Kanal in der ungünstigsten Jahreszeit und leiden unter Witterungsverhältnissen, die für sie genau so schwer sind, als für uns etwa die südlichen Klimata im Sommer wären. Wie ich überhaupt folgende Auffassung besitze: Die Mittelmeerfrage muß noch in diesem Winter bereinigt werden, da zu dieser Zeit auch am besten der Einsatz deutscher Kräfte möglich ist, während umgekehrt jeder Einsatz italienischer Kräfte in West- und Nordeuropa um diese Jahreszeit aus klimatischen Gründen unpraktisch erscheint.
Ich möchte aber im Frühjahr, spätestens bis Anfang Mai, meine deutschen Kräfte wieder zurückerhalten, so daß sich schon dadurch der zweckmäßigste Zeitpunkt unseres Handelns ergibt.
Zu diesem Zusammenwirken unserer Luftstreitkräfte im Mittelmeer möchte ich vor allem ein Geschwader der Ju 88 abstellen sowie die notwendigen Aufklärer, Zerstörer usw. Ich habe über diese Frage mit dem Reichsmarschall noch nicht eingehend gesprochen und würde es daher ihm überlassen, die endgültige Fixierung der in seinen Augen notwendigen Kräfte vorzunehmen. Es würden sich dann, Duce, in erster Linie zwei große Luft-Operationsgebiete im Mittelmeerraum ergeben: das italienische, das im wesentlichen luftmäßig den italienisch-albanisch-griechischen, sowie den ägyptischen Raum beherrscht, und ein deutsches Operationsgebiet, das mit Rücksicht auf unsere Langstreckenbomber vor allem das östliche Mittelmeer umfassen würde. Wenn wir unsere Luftwaffe richtig ansetzen, wird das Mittelländische Meer in drei bis vier Monaten zum Grab der englischen Flotte werden, und dies ist die entscheidende Voraussetzung für die militärischen Operationen, die meines Erachtens vor Anfang März nicht einsetzen können, insoweit es sich um Griechenland selbst handelt. Ich halte diesen Zeitraum aber auch schon deshalb für notwendig, weil es mir nicht möglich sein würde, vorher jene Kräfte in Rumänien zu konzentrieren, die unter allen Umständen einen eindeutigen Erfolg sicherstellen. Auch die Versamm-

lung genügender italienischer Kräfte in Albanien erfordert mindestens drei Monate. Erst dann kann ein Erfolg in kürzester Frist erwartet werden.
Die Frage Ägyptens kann dabei zunächst gänzlich offen bleiben, denn nach reiflicher Überlegung bin ich zu der Ansicht gekommen, daß ein Angriff auf das Nil-Delta vor dem Herbst des nächsten Jahres überhaupt nicht möglich ist. Das Wichtigste scheint mir nun die Gewinnung einer Position etwa bei Marsa-Matruh zu sein, von der aus man unter Jagdschutz mit dem Sturzkampfbomber die britische Flotte in Alexandrien angreifen kann.
Aber auch vom psychologischen Standpunkt aus sind das jene Maßnahmen, die geeignet sind, entlastend zu wirken und wieder eine positive Stimmung für die Achse zu erzeugen.
Dies, Duce, sind die Gedanken, die ich Ihnen mit dem heißen Herzen eines Freundes übermittle, der bereit ist, mit allem Fanatismus mitzuhelfen, in kürzester Frist die Krise zu überwinden und aus einem scheinbaren Mißerfolg erst recht eine endgültige Niederlage des Gegners zu erzwingen....

Adolf Hitler

[39] *Darlegungen Hitlers am 5. Dezember 1940*

1. Zur Frage Libyen: Ist für uns erledigt.
2. Augenblickliche Lage in Albanien: Ist in ihrer Auswirkung nicht zu übersehen. Die italienische Widerstandslinie ist angeknabbert. Wenn sie nicht gehalten werden kann, dann ist die Versammlung von 30 Divisionen, wie beabsichtigt, unmöglich. Es besteht dann die Gefahr, daß die Jugoslawen Albanien in die Hand nehmen. Die Unsicherheit der Lage Albaniens kommt darin zum Ausdruck, daß die Jugoslawen auf die Aufforderung zum Anschluß an den Dreierpakt bisher noch keine Antwort gegeben haben. Zunächst soll noch gewartet werden, ehe ein Druck ausgeübt wird.
3. Erschwerend auf die Entwicklung der Dinge in unserem Sinn wirkt Rußland. Es versucht, auf Bulgarien Einfluß zu gewinnen mit dem Ziel, auf dem Umwege über einen Garantiepakt Truppen in die Nähe der Meerengen zu bekommen. Die hierdurch entstehenden Schwierigkeiten können überwunden werden, wenn auch jetzt, nachdem Bulgarien den Beitritt zum Pakt vorläufig abgelehnt hat, die Überwindung schwierig geworden ist. Die Bulgaren haben gebeten, Sachverständige für Küstenschutz, Luftschutz usw. zu entsenden. Die Bitte ist erfüllt.
Jede Schwächung in der Stellung der Achse führt zu einem Vordringen der Russen. Sie können nicht von sich aus uns das Gesetz des Handelns vorschreiben, aber sie werden jede Gelegenheit ausnützen, um die Stellung der Achse zu schwächen.
Sollte England gezwungen werden können, um einen Waffenstillstand zu bitten, so wird es versuchen, Rußland als seinen kontinentalen Degen zu gewinnen.
4. Hilfe für Italien. a) (heute eingeleitet): Einsatz von Sturzkampfbombern, um die englische Flotte anzugreifen. 2 Stuka-Gruppen nach Sizilien, 2 Stuka-Gruppen nach Apulien, die Tobruk als Zwischenlandeplatz benutzen sollen. Kondorstaffel soll Suezkanal verminen. b) Wegnahme von Gibraltar: Die psychologische Auswirkung der italienischen Niederlage macht die Wegnahme nötig. England muß fallen nicht durch ein Kampfmittel, sondern durch eine Mehrheit von Schlägen (Luftwaffe, U-Boote), darunter auch Abriegelung der internationalen Verbindungen. Dabei ist der Fall Gibraltars – eines Wahrzeichens der englischen Größe – ein entscheidendes Element.
5. Frankreich lehnt Zugeständnis an Italien schroff ab. Ein Entgegenkommen der Vichy-Regierung gegenüber Italien würden die französischen Kolonien nicht mitmachen. Zusammenspiel der Kolonien gegen Vichy ist nicht ausgeschlossen. Wenn Französisch-Nordafrika s sich selbständig erklärt, wird die Lage für uns schwieriger. Es besteht dann die Gefahr, daß die Regierung von Vichy sich außerstande erklärt durchzugreifen. Das wird sofort anders, wenn wir in Marokko stehen. Durch unser Einrücken in Marokko und durch die Beherrschung der Meerenge von Gibraltar durch uns trifft man den Engländer und die französische Gefahr gleichzeitig. Ist die Meerenge in unserer Hand und stehen deutsche Truppen in Marokko, dann kann man mit der Regierung Vichy deutlich reden; dann kann sie nicht mehr ausweichen.
6. Balkan: Unsere Drohungen gegen Griechenland haben den Erfolg, daß der Engländer bis jetzt Rumänien nicht angreift. Die Griechen wollen nicht durch den Engländer in einen Konflikt mit uns gezogen werden. Auch die Türken scheinen in dieser Richtung zu wirken, um die Bildung einer englischen Front am Balkan zu verhindern. Es ist zu hoffen, daß durch diese Einwirkung der Engländer 2–4 Monate hingehalten wird, ohne Angriffsmaßnahmen gegen die rumänischen Ölgebiete zu ergreifen.
Jugoslawien macht mit uns alles, mit den Italienern nichts. Sie halten sie für politisch und militärisch unzuverlässig.
7. Die unerfreuliche Lage in Albanien hat auch ihre Vorteile: Italien vermindert seine An-

sprüche. Der Mißerfolg wirkt als gesunde Zurückschraubung der italienischen Ansprüche auf die natürlichen Grenzen des italienischen Vermögens.
8. Wenn die Griechen nicht selbst den Engländer hinaussetzen, wird für uns eine bulgarische Aktion notwendig werden. Es ist möglich, daß diese Erkenntnis auch in Griechenland dämmert, besonders dann, wenn die Italiener zum Abzug aus Albanien kommen sollten. Setzt der Grieche den Engländer hinaus, dann ist ein Angriff unsererseits nicht nötig.
Für alle Fälle aber ist es notwendig, den Angriff "Marita" vorzubereiten.
9. Die Entscheidung über die europäische Hegemonie fällt im Kampf gegen Rußland.
10. Angriff "Felix" [Eroberung Gibraltars]: Soll etwa Anfang Februar wirksam werden. Dann kann unter diesem Eindruck Griechenland sein Verhältnis zu England ändern. Aus diesem Grund erhalten wir zunächst die Beziehungen zu Griechenland aufrecht. Wir sind Griechenland gegenüber ein "nicht kriegführender Staat".
11. Die Türkei hat Angst, in den Krieg hineinzuschliddern. Das Ende würde der Verlust von Thrazien sein. Die Türkei wird nicht in einen Kampf zwischen Deutschland und Griechenland eingreifen. Wenn wir die Türken angreifen, dann wird auch Rußland auf den Plan gerufen.
Die Operation "Marita" [gegen Griechenland], die vorzubereiten ist, bedeutet keinen Verlust für unsere sonstigen Pläne.
12. Rumänien wird gegen Rußland mitmachen.
13. Wenn wir durch Bulgarien gegen Griechenland vorgehen, werden die Russen nichts tun, sondern nur auf die Türken schauen.
Finnen und Rumänen müssen mit uns gehen, denn ihre Zukunft ist an den Sieg Deutschlands gebunden.
14. Wenn die Italiener sich in Albanien halten, dann wird der Grieche bis zum kommenden Frühjahr nicht an Stärke gewinnen können. Es ist möglich, daß angesichts der dann veränderten Stärkeverhältnisse der Grieche auf kleinere italienische Forderungen eingeht. Durchführung der Operation "Marita" Anfang oder Ende März geplant. Die Durchführung der Operation unsererseits kann bis 4 Wochen dauern.
15. Luftlage: Der jetzige Luftkrieg kostet uns keine großen Opfer. Wir sammeln materielle und personelle Kräfte auf.
Die Engländer werden durch den Luftkrieg in der Stärke ihrer Luftmacht nicht sehr stark geschwächt sein. Sie waren offenbar einmal an einem kritischen Punkt angelangt. Vielleicht hat die Einstellung unserer Tagesangriffe sie vor der Vernichtung ihrer Jagdwaffe gerettet. Unsere Angriffe gegen die englische Industrie können diese nicht zertrümmern. Die Wirkung dieser Angriffe gleicht Windbrüchen. Die eingetretenen Verluste können in England selbst nicht ersetzt werden. Amerikanische Lieferungen gleichen aus. Man darf sie nicht überschätzen. Im letzten Jahr hat England – auf den Kaufwert umgerechnet – nur für 150 Millionen aus Amerika bezogen.
Bis zum nächsten Sommer ist keine wesentliche Steigerung der amerikanischen Hilfeleistung zu erwarten (neue Werkstätten werden erst 1941 fertig).
Die Engländer werden im Frühjahr 1941 keine stärke Flugwaffe haben als jetzt. Sie können damit eine wirksame Offensive gegen das Reichsgebiet nicht leisten. Die Nachtfliegerei wird im Frühjahr für uns günstiger. Unsere Luftwaffe wird im nächsten Frühjahr wesentlich stärker sein als im vergangenen. Unsere Jagdwaffe ist den Russen an Modellen überlegen. Im Mai/Juni kommen die ersten Serien unserer neuen Modelle heraus. Sie gehen nach dem Westen. Die älteren Typen sollen gegen Rußland verwendet werden.
Voraussetzung dafür, daß die Luftlage tragbar bleibt, ist rasches Fortschreiten der Landoperationen.
16. Rußland: Die bisherigen Feldzüge beweisen, daß Angriffe an einem günstigen Zeitpunkt gestartet werden müssen. Die Gunst des Zeitpunktes hängt nicht nur von der Witterung ab, sondern auch von dem gegenseitigen Verhältnis der Kräfte, der Bewaffnung usw. Der Russe ist uns waffenmäßig unterlegen wie der Franzose. Er hat wenige moderne Feldbatterien, alles andere ist nachgebautes altes Material. Uns gibt unser Panzer III mit 5-cm-Kanone (im Frühjahr 1.500 Stück) eine klare Überlegenheit. Die Masse der russischen Panzer ist schlecht gepanzert.
Der russische Mensch ist unterwertig. Die Armee ist führerlos. Ob die in letzter Zeit gelegentlich festgestellten richtigen Erkenntnisse der militärischen Führung in der Armee ausgewertet werden, ist mehr als fraglich. Die innere Neuorientierung der russischen Armee wird im Frühjahr noch nicht besser sein.
Wir haben im Frühjahr einen sichtlichen Höchststand in Führung, Material, Truppe, die Russen einen unverkennbaren Tiefstand. Wenn diese russische Armee einmal geschlagen ist, dann ist das Desaster unaufhaltsam.
Bei einem Angriff gegen die russische Armee muß die Gefahr vermieden werden, die Russen vor sich her zu schieben. Durch die Art unseres Ansatzes muß die russische Armee zerlegt und in Paketen abgewürgt werden. So muß eine Ausgangsposition geschaffen werden, die es gestattet, zu großen Umfassungsoperationen zu kommen. Werden die Russen durch starke Teilschläge

getroffen, dann werden von einem gewissen Moment ab, wie in Polen, das Verkehrswesen, das Nachrichtenwesen usw. zusammenbrechen und eine volle Desorganisation eintreten.
Bis zum Frühjahr kommen 1.600 schwere Flaks und Beute-Flaks neu heran. Ferner zweieinhalb- bis dreitausend kleinkalibrige Flaks. Dann sind Tagesangriffe im Sommer nicht mehr möglich.
17. Seelöwe: Nur möglich, wenn englische Jäger restlos ausgeschaltet sind. Das ist nicht zu erwarten, auch wenn unsere Luftwaffe im Frühjahr stärker sein wird als im vergangenen Frühjahr 1940.
18. Ergebnis: Felix: sobald wie möglich. Spätester F-Tag 10. 1. 41. Zwischen dem ersten Luftüberfall und dem Beginn des artilleristischen Angriffs soll ein möglichst geringer Zeitabstand liegen. Marita: Vorbereitungen voll durchführen nach Vorschlag derart, daß Einmarsch in Feindgebiet Anfang März erfolgen kann. Otto: Vorbereitungen entsprechend den Grundlagen der Planung voll in Gang setzen. In Aussicht genommener Zeitpunkt der Durchführung: Ende Mai. Seelöwe: kann außer Betracht bleiben. Libyen: kommt nicht mehr in Frage.

[40] *Wortlaut eines Schreibens von Marschall Pétain an den Führer vom 13. Dezember 1940*

Herr Reichskanzler! Mir liegt daran, unverzüglich auf Ihre Botschaft zu antworten und Ihnen für die edelmütige Absicht zu danken, die Sie leitet.
Indem Sie heute der Invalidengruft die sterbliche Hülle des Herzogs von Reichstadt zuführen, haben Sie dem Ruhm unserer Waffen eine Ehre erwiesen, die das Herz aller Franzosen rühren wird.
...Diese Geste zeichnet sich eindringlich in den Cyclus einer loyalen Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern ein. Sie kennzeichnet "die Wege des Edelmutes", auf denen sie sich immer begegnen können.
So wie in Montoire beseelt mich diese Absicht. Ich will diese Zusammenarbeit mit jedem Tag wirksamer gestalten.
Herr Pierre Laval, der sich an meiner Seite zu ihrem glühenden Verfechter gemacht hat, besitzt heute im Lande nicht mehr genügend Vertrauen und Autorität, um sie zu einem guten Ende zu führen. Seine Arbeitsmethoden und seine Geisteshaltung, die Beziehungen, die er in gewissen politischen Kreisen aufrechterhalten hat, machen seine Person den Franzosen zu verdächtig, als daß nicht das Werk, dem er sich gewidmet hat, darunter tatsächlich Einbuße erleidet.
Ich habe daher beschlossen, mich von ihm zu trennen und mit Unterstützung eines neuen Ministers des Auswärtigen, Herrn Pierre Etienne Flandin, die Politik zu verfolgen, die wir, Sie und ich, vor 6 Wochen ins Auge gefaßt haben.
Ich habe Wert darauf gelegt, daß Sie der Erste sind, der von diesem Entschluß unterrichtet wird, den ich durchaus nicht ohne lange Überlegung gefaßt habe, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie meinem neuen Minister Ihre beste Aufnahme gewähren würden.
Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenehmen zu wollen.

Philipp Pétain.

[41] *Abkommen über die Festlegung der Grenzen zwischen Italien und Kroatien vom 18. 5. 1941*

Die italienische und kroatische Regierung, in dem Wunsche, die Grenzen zwischen dem Königreich Italien und dem Königreich Kroatien festzulegen, in dem gemeinsamen Wunsche, eine territoriale Regelung zu treffen, die eine sichere Grundlage für eine lange Zusammenarbeit beider Staaten bilden möge, sind über folgendes übereingekommen.
Artikel 1
Es werden folgende Gebiete als zu Italien gehörend anerkannt: die Bezirke Castua, Susak, Kabar und vom Bezirk Dolnice ein Teil gemäß der Linie, die ausgehend von Punkt 710 von Biljovina über die Bergkämme des Starcov Vrh, V. Tomac, Ostrac, Ragozno und Borlos und die Verwaltungsgrenze von Susak in der Höhe des Jolenci (Punkt 1106) erreicht, und danach bei Buccarizza über die Höhenzüge des Gozica, Mee und über die Punkte 623, 424 und 252 das Meer erreicht, so daß in kroatischem Gebiet die Orte Hrljin, Dol-Bakarac und Porto Re mit der Brücke und den Straßenknoten, die dorthin führen, belassen werden;
Die Klippen von San Marco, die Inseln Veglia, Arbe und die kleinen Inseln bis zur Höhe von Jablanazzo; alle Inseln des Archipel von Zara;
das Gebiet, das von einer Linie umschlossen wird, die – ausgehend von Provlaca, den Morlacca-Kanal erreicht, dessen diesseitigem Ufer bis zum Meer bei Novogradska folgt, längs der Küste

dieses Meeres verläuft, die Bukowizza umfaßt, bei Podjono den Lauf des Cherca erreicht und diesem folgt bis sie ihn wieder verläßt und das gesamte Gebiet von Sebenico, Trau und Spalato, einschließlich der Vororte und ohne die Inseln Brazzo und Lesina einzuschließen;
die Inseln von Bua, Zirona, Solta, Lissa, Bisevo, Sant' Andrea und andere kleinere in der Nähe liegende,
die Inseln Curzola und Moleda;
das Gebiet der ganzen Bucht von Cattaro gemäß einer Linie, die die Küste zwischen den Orten vom Cavtat und von Vitaljinia verläßt, nordostwärts ansteigt, und die Ortschaft von Gruda und das Massiv des Berges Orjen einschließt bis sie die Grenze von Montenegro erreicht.
Eine Karte im Maßstab von 750.000, auf der man die obenangeführten Linien verfolgen kann, ist zur Verdeutlichung dem Abkommen beigefügt. Ein Spezialabkommen in Bezug auf die Verwaltung der Stadt Spalato und Umgebung sowie der Insel Curzola wird noch abgeschlossen werden.
Artikel 2
Eine Kommission, bestehend zur einen Hälfte aus Beauftragten der italienischen Regierung und zur anderen Hälfte aus Beauftragten der kroatischen Regierung wird so bald als möglich an Ort und Stelle die Grenzlegung zwischen dem Königreich Italien, einschließlich der Provinz Laibach, und dem Königreich Kroatien vornehmen. Die endgültige Festlegung der Grenzen wird im Geiste der Gerechtigkeit unter Berücksichtigung der geographischen Lage, der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Verbindungswege erfolgen.
Artikel 3
Das Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das obige Abkommen unterschrieben. Gegeben in Rom, in zweifacher Ausfertigung am 18. Mai 1941/XIX.

[42] *Aus der Weisung Nr. 24 über Zusammenarbeit mit Japan*
F. H. Qu., den 5. 3. 1941

Der Führer hat für die Zusammenarbeit mit Japan folgendes befohlen:
1. Das Ziel der durch den Drei-Mächte-Pakt begründeten Zusammenarbeit muß es sein, Japan so bald wie möglich zum aktiven Handeln im Fernen Osten zu bringen. Starke englische Kräfte werden dadurch gebunden, das Schwergewicht der Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika wird nach dem Pazifik abgelenkt.
Die Erfolgsaussichten für Japan werden angesichts der noch unentwickelten Kriegsbereitschaft seiner Gegner um so größer sein, je früher es zum Eingreifen kommt. Das Unternehmen "Barbarossa" schafft hierfür besonders günstige politische Voraussetzungen.
2. Zur Vorbereitung der Zusammenarbeit ist es erforderlich, die japanische Wehrkraft mit allen Mitteln zu stärken.
Hierzu ist von den Oberkommandos der Wehrmachtteile den japanischen Wünschen auf Mitteilung deutscher Kriegs- und Kampferfahrungen und Unterstützung wehrwirtschaftlicher und technischer Art in umfassender und großzügiger Weise zu entsprechen. Gegenseitigkeit ist erwünscht, darf aber nicht die Verhandlungen erschweren. Im Vordergrund stehen hierbei naturgemäß diejenigen japanischen Anträge, die sich in kurzer Zeit für die Kriegführung auswirken können.
In besonderen Fällen behält sich der Führer die Entscheidung vor.
3. Die Abstimmung der beiderseitigen Operationspläne fällt dem Oberkommando der Kriegsmarine zu.
Hierfür gelten folgende Richtlinien:

a) Als gemeinsames Ziel der Kriegführung ist herauszustellen, England rasch niederzuzwingen und USA dadurch aus dem Kriege herauszuhalten. Im übrigen hat Deutschland im Fernen Osten weder politische noch militärische oder wirtschaftliche Interessen, die zu einem Vorbehalt gegen japanische Absichten Anlaß geben.
b) Die von Deutschland im Handelskrieg erzielten großen Erfolge lassen es besonders angezeigt erscheinen, starke japanische Kräfte zu gleichem Zweck anzusetzen. Daneben ist jede Unterstützungsmöglichkeit für den deutschen Handelskrieg auszunutzen.
c) Die Rohstofflage der Mächte des Pakts verlangt, daß Japan diejenigen Gebiete an sich bringt, die es für die Fortsetzung des Krieges, besonders, wenn die Vereinigten Staaten eingreifen, braucht. Kautschuklieferungen müssen auch nach Kriegseintritt Japans durchgeführt werden, da für Deutschland lebenswichtig.
d) Die Wegnahme von Singapore als Schlüsselstellung Englands im Fernen Osten würde einen entscheidenden Erfolg für die Gesamtkriegführung der Drei-Mächte bedeuten.

Außerdem sind Angriffe auf andere Stützpunkt-Systeme der englischen – der amerikanischen Seemacht nur, wenn Kriegseintritt USA nicht verhindert werden kann – geeignet, das dortige Macht-System des Feindes zu erschüttern und, ebenso wie beim Angriff auf die Seeverbindungen, wesentliche Kräfte jeder Art zu binden (Australien).

Ein Zeitpunkt für den Beginn operativer Besprechungen läßt sich noch nicht bestimmen.

4. In den nach dem Drei-Mächte-Pakt zu bildenden Militär-Kommissionen sind lediglich solche Fragen zu behandeln, die in gleicher Weise die drei beteiligten Mächte angehen. In erster Linie werden die Aufgaben des Wirtschaftskrieges hierunter fallen.

Festlegung im einzelnen ist Sache der "Hauptkommission" unter Mitwirkung des Oberkommandos der Wehrmacht.

5. Über das Barbarossa-Unternehmen darf den Japanern gegenüber keinerlei Andeutung gemacht werden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Entwurf gez. Keitel

[43] *Aus der Weisung Nr. 25*
F. H. Qu., den 27. 3. 1941

1. Der Militärputsch in Jugoslawien hat die politische Lage auf dem Balkan geändert. Jugoslawien muß auch dann, wenn es zunächst Loyalitätserklärungen abgibt, als Feind betrachtet und daher so rasch als möglich zerschlagen werden.

2. Meine Absicht ist, durch eine konzentrische Operation aus dem Raum Fiume–Graz einerseits und dem Raum um Sofia andererseits in allgemeiner Richtung Belgrad und südlich in Jugoslawien einzubrechen und die jugoslawische Wehrmacht vernichtend zu schlagen, außerdem den äußersten Südteil Jugoslawiens vom übrigen Land abzutrennen und als Basis für die Fortführung der deutsch-italienischen Offensive gegen Griechenland in die Hand zu nehmen.

Die baldige Öffnung des Donau-Verkehrs und die Besitznahme der Kupfergruben von Bor sind aus wehrwirtschaftlichen Gründen wichtig.

Durch die Aussicht auf Zurückgewinnung des Banats und von Mazedonien wird versucht, Ungarn und Bulgarien für die Teilnahme an den Operationen zu gewinnen.

Die innerpolitische Spannung in Jugoslawien wird durch politische Zusicherungen an die Kroaten verschärft werden.

3. Im einzelnen befehle ich folgendes:

a) Sobald ausreichende Kräfte bereitstehen und die Wetterlage es zuläßt, sind die jug. Fliegerbodenorganisation und Belgrad durch fortgesetzte Tag- und Nachtangriffe durch die Luftwaffe zu zerstören.

b) Möglichst gleichzeitig – keinesfalls früher – ist die Operation Marita zu beginnen, vorläufig mit dem beschränkten Ziel, das Becken von Saloniki in Besitz zu nehmen und auf dem Höhengelände von Edessa Fuß zu fassen. Das XVIII. A. K. kann hierzu über jugoslawisches Gebiet ausholen.

Günstige Gelegenheiten, um den planmäßigen Aufbau einer Front zwischen Olymp und dem Höhengelände von Edessa zu verhindern, sind auszunutzen.

c) Zu den aus dem Raum um Sofia in nordwestlicher und aus dem Raum um Küstendil – Gorna Djumaya in westlicher Richtung zu führenden Angriffen können alle in Bulgarien und Rumänien noch verfügbaren Kräfte herangezogen werden, mit der Maßgabe, daß Kräfte in Stärke von etwa 1 Division neben Luftverteidigungskräften als Sicherung im rumänischen Ölgebiet verbleiben müssen.

Die Sicherung an der türkischen Grenze ist vorläufig den Bulgaren zu überlassen. Dahinter ist ein deutscher Verband, möglichst eine Panzer-Division, als Rückhalt neu bereitzustellen.

d) Der aus allgemeiner Richtung Graz nach Südosten zielende Stoß ist zu führen, sobald die hierfür erforderlichen Kräfte versammelt sind. Ob zur Öffnung der Grenze über ungarisches Gebiet ausgeholt werden soll, bleibt dem Heer überlassen.

Die Grenzsicherung an der jugoslawischen Grenze ist sofort zu verstärken.

Ebenso wie an der bulgarischen Grenze können wichtige Objekte schon vor dem allgemeinen Angriff gleichzeitig mit dem Luftangriff auf Belgrad in Besitz genommen werden.

e) Die Luftwaffe hat mit 2 Angriffsgruppen die Operationen der 12. Armee und die der neu zu bildenden Stoßgruppe im Raum um Graz zu unterstützen und bildet hierzu Schwerpunkt entsprechend dem zeitlichen Ablauf der Operationen des Heeres. Die ungarische Bodenorganisation kann zum Aufmarsch und zum Einsatz ausgenutzt werden.

Es ist zu prüfen, ob das X. Fl. Korps von italienischem Boden aus zum Einsatz herangezogen werden soll. Jedoch muß der Geleitschutz der Transporte nach Afrika gesichert bleiben.

Die Vorbereitungen für die Wegnahme der Insel Lemnos sind weiter zu führen, jedoch

behalte ich mir Befehl für die Durchführung vor. Für ausreichenden Flakschutz von Graz, Klagenfurt, Villach und Leoben, daneben von Wien, ist Sorge zu tragen.
4. Die grundsätzlichen Vereinbarungen mit Italien werden zunächst vom O. K. W. getroffen werden.
Vom Heer sind Verbindungsstäbe zur italienischen 2. Armee und zu den Ungarn vorzusehen.
Die Luftwaffe wird ermächtigt, schon jetzt über die Abgrenzung der Operationsräume zur Luft gegenüber der italienischen und ungarischen Fliegertruppe mit den Oberkommandos der betreffenden Staaten Vereinbarungen zu treffen. Die Bevorratung der ungarischen Bodenorganisation kann sofort beginnen.
5. Über die beabsichtigte Führung der Operationen und die damit zusammenhängenden Fragen ist mir von den Herrn Oberbefehlshabern über das O. K. W. zu berichten.

gez. Adolf Hitler

[44] Pläne für Indien

Memorandum des indischen Nationalistenführers Subhas Chandra Bose über den Plan einer Zusammenarbeit zwischen den Achsenmächten und Indien Berlin, den 9. April 1941

Wie schon im Weltkrieg versuchte England auch im gegenwärtigen Kriege, Indien für seine Kriegsziele auszubeuten. Seit Kriegsbeginn hat England weder seinen politischen noch wirtschaftlichen Druck auf Indien gelockert, trotz der zahlreichen Niederlagen durch Deutschland. Für uns in Indien ist es daher vollkommen klar, daß England, wenn es auch nach und nach zusammenbricht, sich immer fester an Indien anklammern wird bis zum äußersten. Ebenso klar ersieht man aus der gegenwärtigen Politik Englands in Indien, daß, falls England den Krieg übersteht, es versuchen wird, seine Machtstellung wieder herzustellen durch die Ausbeutung der reichen indischen Hilfsquellen, um dann in einigen Jahren die Neuordnung neuerdings zu bekämpfen.
Indien ist natürlich daran interessiert, daß England in diesem Kriege vollkommen geschlagen und das Britische Imperium gänzlich aufgelöst wird, so daß es seine nationale Freiheit wiedererlangt. Das Britische Imperium bedeutet den größten Hemmschuh nicht nur auf dem Wege Indiens zu seiner nationalen Freiheit, sondern auch auf dem Wege des menschlichen Fortschritts.
Da das indische Volk Britannien gegenüber im gegenwärtigen Kriege sehr feindlich eingestellt ist, ist es ihm möglich, materielle Hilfe zu leisten, um den Fall Großbritanniens herbeizuführen.
Um eine volle Zusammenarbeit zwischen den Achsenmächten und Indien zur Durchführung des gemeinsamen Zieles zu erreichen, nämlich die Vernichtung Großbritanniens, bringe ich den folgenden Plan in Vorschlag. Er wird Arbeit in Europa, in Afghanistan, im Tribal Territorium (unabhängige Zone) – zwischen Afghanistan und Indien gelegen – und nicht zuletzt in Indien selbst mit sich bringen.
I. Arbeit in Europa
1. Eine "Freie Indische Regierung" sollte in Europa, möglichst in Berlin, aufgestellt werden.
2. Ein Vertrag zwischen den Achsenmächten und der Freien Indischen Regierung sollte eingegangen werden, der unter anderem die Freiheit Indiens im Falle eines Sieges der Achsenmächte vorsieht. Spezielle Vorteile für die Achsenmächte in Indien, wenn dort eine freie Regierung ans Ruder kommt etc.,etc.
3. Errichtung von Gesandtschaften der Freien Indischen Regierung in womöglich allen befreundeten Staaten in Europa. (NB. Die oben erwähnten Maßnahmen werden das indische Volk überzeugen, daß seine Freiheit durch die Achsenmächte garantiert würde im Falle eines Sieges der Achse und daß die Tatsache der Unabhängigkeit Indiens bereits anerkannt ist.)
4. Propaganda, speziell durch Radio, sollte dann einsetzen, die das indische Volk aufruft, für seine Freiheit einzustehen und eine Revolte gegen die britischen Behörden anzufachen. Die Radiosendungen müßten im Namen des Freien Indischen Radiosenders übertragen werden.
5. Vereinbarungen müßten getroffen werden, um die notwendigen Hilfsmittel über Afghanistan nach Indien zur Unterstützung des Aufstandes zu senden. (Die für Indien notwendigen Hilfsmittel sind nachstehend erwähnt.)
II Arbeit in Afghanistan (Kabul)
1. In Kabul sollte eine Zentrale errichtet werden, um die Verbindung zwischen Europa und Indien aufrechtzuerhalten. Die bereits vorhandenen Gesandtschaften könnten zu diesem Zwecke erweitert werden, um der Arbeit gerecht zu werden, oder man müßte eigene Komitees aufstellen, um die notwendige Arbeit zu leisten.

2. Diese Zentralen sollten die nötigen Einrichtungen besitzen – Autos, Lastwagen, Kuriere etc. –, die die Verbindung zwischen Indien und Europa aufrechterhalten können.
III. Arbeit in der unabhängigen Zone.
1. Unsere Agenten arbeiten bereits jetzt in dieser unabhängigen Zone, die zwischen Afghanistan und Indien gelegen ist. Ihre Arbeit müßte einbezogen und ein Plan zum Anschlag im großen auf britische Militärzentren ausgearbeitet werden. Die vereinzelten Angriffe antibritischer Elemente, wie die des Fakirs von Ipi, könnten auch eingeordnet werden in diesen großen Plan.
2. Einige Militärsachverständige müßten aus Europa nach diesem Landstrich entsandt werden.
3. Ebenso müßte man in dieser Zone ein starkes Propaganda-Zentrum errichten und die nötigen Materialien für eine Druckerei beschaffen.
4. Auch für eine Radio-Sendestation sollte Sorge getragen werden in diesem Landstrich.
5. Agenten aus der unabhängigen Zone müßten aufgestellt werden, die die nötigen Kundschafter aus der Grenzprovinz auswählen. (Das ist die Provinz anschließend an die unabhängige Zone.)
IV. Arbeit in Indien
1. Radioübertragungen für Indien müßten auf großer Basis aufgezogen werden. Zuerst müßten die Sendungen von einer europäischen Station ausgehen und dann von Sendern in der unabhängigen Zone.
2. Die Druckereien in der unabhängigen Zone werden auch die Propaganda in Indien zu tragen haben.
3. Unsere Agenten und Parteimitglieder in den verschiedenen indischen Provinzen müßten angewiesen werden, den britischen Behörden in Indien die größtmöglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Ihre Arbeit würde folgende Punkte beinhalten:
a) Intensive Propaganda unter der indischen Bevölkerung, keine Soldaten zu stellen und keine Rupie für die Britische Regierung zu zahlen.
b) Die Zivilbevölkerung durch Propaganda so weit zu bringen, daß sie keine Steuern an die Behörden abliefert sowie die Gesetze der Britischen Regierung nicht befolgt etc.
c) Geheime Arbeit in den indischen Abteilungen des Heeres, um die indischen Soldaten zu veranlassen, sich in einer Militärrevolte zu erheben.
d) Die Organisation von Streiks in solchen Fabriken, die Großbritannien in ihren Bemühungen unterstützen.
e) Sabotageakte an strategisch wichtigen Bahnlinien, Brücken, Fabriken etc. (Das hierzu nötige Material müßte nach Indien gesandt werden.)
f) Das Organisieren von Revolten unter der Zivilbevölkerung in den verschiedenen Teilen des Landes, die dann als Sprungbrett für eine Massenrevolution benutzt werden können.
V. Finanzielle Fragen
Die für die oben erwähnten Arbeiten nötigen Finanzen müßten von den Achsenmächten zur Verfügung gestellt werden, und zwar in Form eines Darlehens an die Freie Indische Regierung, die ihren Sitz in Europa hat. Nach Kriegsende, wenn eine unabhängige Regierung in Indien eingesetzt ist, wird dieses Darlehen zur Gänze zurückgezahlt.
Für die Ausgaben in Europa müßte man die Markwährung benützen. Für in Afghanistan entstehende Ausgaben kann man Mark in "Afghanis" umwechseln. Und für Zahlungen in Indien könnten die "Afghanis" in Rupien eingewechselt werden, obwohl dies zur Zeit einige Schwierigkeiten bereiten dürfte. Doch wäre noch zu erwägen, ob man nicht 10-Rupien-Noten in Europa drucken könnte, um diese dann auf dem Wege über Afghanistan nach Indien zu schaffen.
VI. Militärische Hilfe zur Vernichtung der britischen Gewalt in Indien
Die Britische Regierung besitzt in Indien eine maximale militärische Stärke von 70.000 Mann britischer Truppen und Hilfskräfte, die loyal zur Regierung stehen. Daraus folgt, daß es für England schwer sein wird, Indien mit den britischen Truppen allein zu halten, wenn sich die indischen Truppen erheben. Wenn man zu diesem Zeitpunkt ein kleines Kontingent von 50.000 Soldaten, ausgerüstet mit modernsten Kampfmitteln, zur Hilfe nach Indien entsenden würde, könnten die Engländer vollkommen aus Indien vertrieben werden. Die Achsenmächte sollten diesen wichtigen Punkt auf jeden Fall in Erwägung ziehen.

[45] *Aus der Weisung Nr. 30*
Mittlerer Orient
F. H. Qu., den 23. 5. 1941

1. Die arabische Freiheitsbewegung ist im Mittleren Orient unser natürlicher Bundesgenosse gegen England. In diesem Zusammenhang kommt der Erhebung des Irak besondere Bedeutung zu. Sie stärkt über die irakischen Grenzen hinaus die England feindlichen Kräfte im Mittleren Orient, stört die englischen Verbindungen und bindet englische Truppen sowie englischen Schiffsraum auf Kosten anderer Kriegsschauplätze.
Ich habe mich daher entschlossen, die Entwicklung im Mittleren Orient durch Unterstützung des Irak vorwärtszutreiben.

Ob und wie die englische Stellung zwischen Mittelmeer und Persischem Golf – im Zusammenhang mit einer Offensive gegen den Suez-Kanal – später endgültig zu Fall zu bringen ist, steht erst nach Barbarossa zur Entscheidung.
2. In Zusammenfassung meiner Einzelentscheidungen befehle ich für die Unterstützung des Irak die Entsendung einer Militärmission,
Hilfeleistung durch die Luftwaffe,
Waffenlieferungen.
3. Die Militärmission (Deckname: Sonderstab F) untersteht dem General der Flieger Felmy.
Ihre Aufgaben sind:
a) die irakische Wehrmacht zu beraten und zu unterstützen,
b) nach Möglichkeit militärische Verbindung mit England feindlichen Kräften auch außerhalb des Irak herzustellen,
c) für die deutsche Wehrmacht Erfahrungen und Unterlagen in diesem Raum zu gewinnen.
Die Zusammensetzung entsprechend dieser Aufgaben regelt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.
Für die Unterstellungsverhältnisse gilt:
a) Dem Chef der Militärmission unterstehen alle nach dem Irak zu entsendenden Angehörigen der Wehrmacht, außerdem das Verbindungskommando Syrien.
b) Der Chef der Militärmission untersteht dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht mit der Maßgabe, daß Befehle und Richtlinien für die fliegenden Verbände ausschließlich vom Oberbefehlshaber der Luftwaffe ergehen.
c) Der Chef der Militärmission verkehrt nur mit den militärischen Dienststellen des Irak. Verhandlungen mit der irakischen Regierung in Angelegenheiten der Mission führt der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Irak.
d) Die Angehörigen der Militärmission gelten vorerst als Freiwillige (nach Art der Legion Condor). Sie tragen Tropenuniform mit irakischen Abzeichen. Letztere sind auch von deutschen Flugzeugen zu führen.
4. Luftwaffe.
Ihr zahlenmäßig zu begrenzender Einsatz dient über die reine Waffenwirkung hinaus dem Zweck, Selbstvertrauen und Widerstandswillen der irakischen Wehrmacht und des Volkes zu stärken.
Art und Umfang des deutschen Eingreifens bestimmt der Oberbefehlshaber der Luftwaffe.
5. Waffenlieferungen.
Die erforderlichen Anordnungen (Lieferungen aus Syrien auf Grund des hierfür mit den Franzosen getroffenen Abkommens und aus Deutschland) trifft der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.
6. Steuerung der Propaganda im Mittleren Orient ist Aufgabe des Auswärtigen Amtes, das hierzu mit dem Oberkommando der Wehrmacht (WFSt/WPr) zusammenarbeitet.
Grundgedanke der Propaganda ist:
"Der Sieg der Achse bringt den Ländern des Mittleren Orients Befreiung vom englischen Joch und damit Selbstbestimmungsrecht. Wer die Freiheit liebt, tritt daher in die Front gegen England ein."
Propaganda gegen die französische Stellung in Syrien hat dabei zu unterbleiben.
7. Sofern italienische Wehrmachtsangehörige im Irak eingesetzt werden, ist mit ihnen auf Grund vorstehender Weisung zusammenzuarbeiten. Ihre Unterstellung unter den Chef der Deutschen Militärmission wird angestrebt werden.
(...)

gez. Adolf Hitler

[46] *Die deutsch-französischen Protokolle vom 27. und 28. Mai 1941*

Im Rahmen der zwischen der Deutschen und Französischen Regierung im Gang befindlichen politischen Verhandlungen haben in der Deutschen Botschaft in Paris in der Zeit vom 20. bis 26. Mai 1941 militärische Verhandlungen zwischen den Oberkommandos der deutschen und französischen Wehrmacht stattgefunden und zu folgenden Vereinbarungen geführt:
I. Vereinbarung betr. Syrien-Irak, II. Vereinbarung betr. Nord-Afrika, III. Plan einer Vereinbarung betr. West- und Äquatorial-Afrika.

I. Syrien-Irak

1. Die französische Regierung verpflichtet sich, die nachstehenden Wünsche des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht zu erfüllen:

a) Grundsätzliche Bereitschaft, das in Syrien stockierte Franz[ösische] Kriegsmaterial bis zur s. Zt. vereinbarten Höhe von 3/4 des Gesamtbestandes gegen Bezahlung abzugeben (für Irak). Ausgenommen bleiben auf Grund näherer Vereinbarungen die zur unmittelbaren Verteidigung von Syrien benötigten Waffen.
b) Zwischenlandung und, soweit die Bestände reichen, Versorgung deutscher und italienischer Flugzeuge unter Einräumung eines Stützpunktes für die deutsche Luftwaffe im Nordteil Syriens (Aleppo) für die Dauer der gegenwärtigen Lage im Irak.
c) Benutzung syrischer Häfen, Straßen und Bahnen für die Lieferungen nach dem Irak.
d) Ausbildung irakischer Soldaten auf syrischem Boden an gelieferten französischen Waffen nach näherer Anordnung des Französischen Oberkommissars.
e) Übermittlung aller dem französischen Oberkommando bekannt werdenden Nachrichten über englische Streitkräfte und Kriegsmaßnahmen im Nahen Osten an das deutsche Oberkommando (Austauschverfahren).
Die Französische Regierung erklärt darüber hinaus, daß der Hohe Französische Kommissar auf Anforderung der örtlichen deutschen Stellen je nach der Lage weitere Leistungen im Rahmen des Möglichen zugestehen wird, und versichert im übrigen ihre Entschlossenheit, Syrien und Libanon zur Aufrechterhaltung der franz[ösischen] Souveränität mit allen dortigen Mitteln gegen jeden Angriff zu verteidigen.
2. Unter Berücksichtigung der Lage im Nahen Osten ist das Oberkommando der deutschen Wehrmacht einverstanden, daß die nachstehenden über den Waffenstillstandsvertrag hinausgehenden Maßnahmen sofort durchgeführt werden:
a) Freigabe von einem Viertel des Gesamtbestandes des in Syrien stockierten franz[ösischen] Kriegsmaterials sowie der darüber hinaus nach besonderer Vereinbarung zu belassenden Bestände.
b) Überführung einer schweren Flak-Abteilung zu drei Batt[e]r[ien] mit fünf Munitionsausstattungen und 150 Mann Bedienung aus freigegebenen Verbänden des Mutterlandes nach Syrien. Ersatz dieser Geschütze aus im Mutterland stockierten Beständen.
d) Überführung von 24 25-mm-P[an]z[er]-Abw[ehr] Geschützen mit 7200 Schuß Munition aus stockierten Beständen des Mutterlandes nach Syrien.
e) Überführung von 24 75-mm-Geschützen aus stockierten Beständen des Mutterlandes nach Syrien. Diese Geschütze sind dort zunächst unter italienischer Kontrolle erneut zu stockieren. Freigabe zum Einsatz bleibt entsprechend den Erfordernissen der Lage vorbehalten.
f) Überführung von 80 t Material (Ersatzteile für Flugzeuge).
g) Überführung von 150 Spezialisten vom Mutterlande nach Syrien zur Verstärkung des Bedienungspersonals für drei dort fest eingebaute Flak-Batterien 75 mm.
Zu b) bis g):
Falls ausnahmsweise die Überführung dieser oder deutscher Nachschubtransporte nach Syrien auf dem Seeweg erfolgt, wird die Sicherung im gefährdeten Raum bis zur Insel Castelrosso von deutscher Seite, von dort bis Syrien von franz[ösicher] Seite übernommen. Bei Inanspruchnahme des Landweges wird der Transport durch deutsches Hoheitsgebiet von deutscher Seite geregelt.
h) Überführung einer verstärkten Jagdgruppe aus Nord-Afrika mit einzelnen Transportflugzeugen nach Syrien mit Zwischenlandung in Brindisi, Athen oder Larissa und auf Rhodos.
i) Verstärkung der Luftverteidigung Syriens mit MGs, die den unter a) freigegebenen Beständen zu entnehmen sind.
Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht ist außerdem grundsätzlich zur Ergänzung der in Syrien vorhandenen Treibstoffvorräte und Öle im Rahmen des Möglichen bereit. Sofern der Transport auf dem Seewege erfolgt, werden die franz[ösischen] Transportschiffe in Griechenland und die Geleitstreitkräfte, falls erforderlich, dort mit Treibstoffen versehen werden. Hierfür wird im Rahmen des Möglichen franz[ösischer] Tankschiffraum an Deutschland verchartert werden.

II. Nord-Afrika

1. Die Französische Regierung verpflichtet sich, die nachstehenden Wünsche des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht zu erfüllen:
a) Benutzung des Kriegshafens von Bizerta als Ausladehafen von Nachschub- und Versorgungsgut mit beschränktem Begleitpersonal (in Zivilkleidung) für die deutschen Truppen in Afrika. Als Einladehäfen werden süd-italienische Häfen und beim Einsatz franz[ösischen] Schiffsraumes möglichst Toulon benutzt. Erforderlich werdendes Geleit für Transporte auf franz[ösischen] Schiffen von Toulon nach Bizerta wird durch die franz[ösische] Kriegsmarine gestellt (siehe auch Ziffer b).
b) Vercharterung in franz[ösischem] Besitz befindlichen Schiffsraumes für Nachschub- und Treibstofftransporte sowie für Küstenverkehr in Nord-Afrika nach deutscher Anforderung.

c) Durchfuhr und Benutzung der von Bizerta nach Gabun führenden Bahn für deutsche Nachschub- und Versorgungstransporte nach Libyen.
d) Das in Bizerta und zum anschließenden Weitertransport nach Libyen eingesetzte deutsche Begleitpersonal sowie die Versorgungsgüter selbst sind von jeglichen sonstigen für die Einfuhr und an den Landesgrenzen geltenden Paß-, Zoll- u. ä. Bestimmungen ausgenommen.
e) Grundsätzliche Bereitschaft zur käuflichen Überlassung von schwerer Artillerie, Küstengeschützen und entsprechenden Munitionsmengen aus den Beständelagern in Nord-Afrika. Dabei sollen zunächst ausreichende Vorräte in den Beständelagern belassen werden, die im Bedarfsfalle dazu dienen können, die Verteidigung von Franz[ösisch-]Nordafrika zu verstärken.
f) In Ergänzung der in Nord-Afrika z. Z. im Ankauf befindlichen 1100 Lkw, 300 Pkw, 300 Krafträder, 30 Omnibusse, 10 Autowerkstätten, käufliche Überlassung von weiteren 400 gebrauchsfähigen Lastkraftwagen aus dem Mutterlande und deren Überführung auf franz[ösischen] Schiffen nach Nord-Afrika bis zur libyschen Grenze oder auf dem Landwege bis zu einem süditalienischen Hafen.
g) Grundsätzliche Bereitschaft zur Überlassung von Ladegut für die von Deutschland für Libyen angekauften Kraftfahrzeuge. Diese Waren werden durch deutsche Lieferungen ersetzt werden.
2. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht ist damit einverstanden, daß die nachstehenden, über den Waffenstillstandsvertrag hinausgehenden Maßnahmen sofort getroffen werden:
a) Beibehaltung einer der drei zur Auflösung vorgesehenen Leichten Artillerie-Abteilungen (besp[annt]) über die bisher zugestandene Stärke hinaus.
b) Freigabe von insgesamt 33 25-mm-P[anzer-]Abw[ehr-]Geschützen mit 33 000 Schuß Munition aus Stockierungsbeständen des Mutterlandes, soweit vorhanden. Hiervon sind 11 Geschütze zur Verstärkung der Küstenverteidigung vorgesehen.
c) Freigabe von 140 Maschinengewehren aus nordafrikanischen Stockierungsbeständen zur Verstärkung der Luftverteidigung in Nord-Afrika.
3. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht ist außerdem mit folgenden Maßnahmen einverstanden:
a) Überführung von 200 Offizieren und 6000 Unteroffizieren und Mannschaften des Heeres aus dem Mutterlande nach Nord-Afrika zur Auffüllung von Fehlstellen in den dort zugestandenen Verbänden des Heeres.
b) Überführung von 50 Offizieren, 1600 Unteroffizieren, 3000 Mannschaften des Heeres aus dem Mutterlande nach Nord-Afrika zur Auffüllung von Fehlstellen bei den dort genehmigten Verbänden der Luftwaffe. In vorstehenden Zahlen sind auch die für Zwecke des Bodenpersonals benötigten Zivilpersonen enthalten.
c) Beschränkung der gemischten deutsch-italienischen Mittelmeer-Kontrolle in den französischen Mittelmeer-Häfen auf Militärpersonen unter der Voraussetzung, daß die z. Z. auf die Zivilpersonen angewendeten Maßnahmen aufrechterhalten bleiben.
d) Erweiterung der Bewegungsfreiheit der französischen Kriegsmarine:
aa) Geleitschutzkräfte der Marine und Luftwaffe erhalten Bewegungsfreiheit unter einfacher Anmeldung an die Kontrolldienststellen bzw. Waffenstillstandskommissionen.
Die Auswahl der Handelsschiffahrtswege bleibt dem freien Ermessen der französischen Marinebehörden je nach Lage unter Unterrichtung der Waffenstillstandskommissionen überlassen.
bb) Nicht zum Geleitschutz und zur Deckung freigegebene Einheiten erhalten Bewegungsfreiheit für den Fall aktiver englischer Bedrohung. Die hierfür beabsichtigten Bewegungen sind spätestens bei der Ausgabe des Einsatzbefehls den örtlichen Kontrollorganen und den Waffenstillstandskommissionen anzumelden; diese Stellen sind über die Aktionen und Bewegungen auf dem laufenden zu halten. Das Durchlaufen der Meerenge von Gibraltar in beiden Richtungen für die Gruppe Strasbourg ist von der Genehmigung beider Waffenstillstandskommissionen abhängig.
cc) Bewegungsfreiheit zu Übungszwecken ist innerhalb begrenzter Räume, innerhalb deren eine Behinderung italienischer oder deutscher Absichten ausgeschlossen erscheint, nach einer Voranmeldung von drei Tagen vor Auslaufen zugestanden.
e) Ersatz der nach Syrien überführten [Jagd]gruppe durch Freigabe des entsprechenden Materials aus Stockierungsbeständen des Mutterlandes oder Nord-Afrikas.
f) Ersatz der zur Verschiffung und zum Geleit deutscher Nachschub- und Versorgungsgüter benötigten Treibstoffe und Öle.
4. Über die folgenden französischen Wünsche ist die Entscheidung bis zur näheren Klärung ausgesetzt:
a) Beibehalt der aufzulösenden Eingeborenen-Polizisten (Goumiers, Chaouch usw.),
b) Freigabe von 961 Offizieren (darunter General Juin), 3200 Unteroffizieren und Mannschaften, 2686 Spezialisten aus deutscher Kriegsgefangenschaft für das nordafrikanische Übergangsheer,

c) Freigabe von 62 P[an]z[er]-Kampfwagen aus nordafrikanischen Stockierungsbeständen für das französische Übergangsheer in Nord-Afrika.

Zu I. und II.:

Alle Einzelheiten, die sich aus diesem Protokoll ergeben, werden durch die Waffenstillstandskommissionen geregelt.

Paris, den 27. Mai 1941
Für das Oberkommando der deutschen Wehrmacht
Warlimont, Generalmajor
Der Admiral der Flotte und Vizepräsident des Ministerrats
F[rançois] Darlan

III. West- und Äquatorial-Afrika

1. Die Französische Regierung erklärt sich grundsätzlich bereit, die Benutzung des Hafens und Anlagen von Dakar als Stützpunkte für deutsche Kriegs- und Handelsschiffe sowie einen Stützpunkt für die deutsche Luftwaffe in diesem Bereich einzuräumen.

Diese Vereinbarung soll in einem ersten Zeitabschnitt, und zwar vom 15. Juli 1941 an, vorerst dahin gelten, daß deutsche U-Boote vermittels eines Versorgungsschiffes im Hafen von Dakar versorgt werden und deutsche Handelsschiffe sich dort vorübergehend aufhalten können.

Weitere Leistungen, wie insbesondere die Benutzung des Stützpunktes auch für Überwasserstreitkräfte, die Ausnutzung der Hafenanlagen sowie die Inanspruchnahme des Luftstützpunktes sollen entsprechend den in dem nachfolgenden Zusatzprotokoll niedergelegten allgemeinen Vereinbarungen in einem zweiten Zeitabschnitt verwirklicht werden.

Die Französische Regierung übernimmt es, mit eigenen Mitteln die Verteidigung dieser von deutscher Seite in Anspruch genommenen Anlagen wie auch ihres gesamten westafrikanischen Besitzes sicherzustellen und jegliche Angriffe, gegebenenfalls auch durch offensives Vorgehen gegen die feindlichen Stützpunkte, von denen diese Angriffe ausgehen, abzuwehren.

2. Die Französische Regierung hält zur Durchführung der in Ziffer 1 Abs. 2 ausgeführten Maßnahmen folgende vorherige Verstärkung ihrer westafrikanischen Streitkräfte für unumgänglich notwendig:

(Detaillierte Aufstellung der benötigten Streitkräfte.)

3. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht nimmt zur Kenntnis, daß die Französische Regierung zur Wiederherstellung der Regierungshoheit in den von de-Gaulle-Truppen besetzten äquatorial-afrikanischen Gebieten die Bewilligung folgender zusätzlicher Maßnahmen zur Verstärkung der Streitkräfte in West- bzw. Äquatorial-Afrika für erforderlich hält, die mit Rücksicht auf die spätere Gefährdung von Dakar in der Hauptsache bis Mitte Juli 1941 durchgeführt werden müßten:

[...]

4. Regelung aller Einzelheiten der in diesem Protokoll festgelegten bzw. beabsichtigten Maßnahmen ist Aufgabe der Deutschen Waffenstillstandskommission.

Für das Oberkommando der deutschen Wehrmacht
Warlimont, Generalmajor
Paris, den 28. Mai 1941
Der Admiral der Flotte und
Vizepräsident des Ministerrats
F[rançois] Darlan

Zwischen dem Deutschen Botschafter in Paris und dem Vizepräsidenten des Französischen Ministerrats ist im Anschluß und in Verbindung mit den vorstehenden Vereinbarungen nachfolgendes

Zusatzprotokoll

vereinbart worden:

Die Französische Regierung muß damit rechnen, daß das in der Vereinbarung betr. Nord-Afrika festgelegte Benutzungsrecht des Hafens Bizerta und des Geleitschutzes des in diesem Hafen anlaufenden Nachschubmaterials für das Deutsche Afrika-Korps sowie die in der Vereinbarung betr. West- und Äquatorial-Afrika vorgesehenen Unterstützungen der deutschen See- und Luftstreitkräfte zu einem sofortigen bewaffneten Konflikt mit England bzw. den Vereinigten Staaten führen können.

Die Französische Regierung muß daher die militärischen und politischen Voraussetzungen für eine solche Lage erhalten.

Die in der Vereinbarung betr. Nord-Afrika festgelegten und noch vorgesehenen deutschen Zu-

geständnisse für die erhöhte Verteidigungsbereitschaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gestatten es, das Risiko für die französische Leitung von Bizerta sofort zu übernehmen.
Die großen Gefahren, welche die in der Vereinbarung betr. Französisch-West- und Äquatorial-Afrika vorgesehenen Leistungen mit sich bringen, machen es jedoch erforderlich, die praktische Durchführung dieser grundsätzlich vereinbarten Leistungen davon abhängig zu machen, daß die Reichsregierung
1. die für den erhöhten Verteidigungszustand Französisch-West-Afrikas erforderlichen Verstärkungen vorher bewilligt,
2. die Französische Regierung durch ihr gewährte politische und wirtschaftliche Zugeständnisse in die Lage versetzt, den möglichen Ausbruch eines bewaffneten Konflikts mit England und den Vereinigten Staaten vor der öffentlichen Meinung ihres Landes zu rechtfertigen.

Paris, den 28. Mai 1941
Deutscher Botschafter in Paris
Otto Abetz
Stellvertretender Französischer Ministerpräsident
F[rançois] Darlan

F

[47] *Der deutsch-türkische Freundschaftsvertrag*
Ankara, den 18. Juni 1941

Das Deutsche Reich und die Türkische Republik, von dem Wunsche beseelt, ihre Beziehungen auf eine Grundlage gegenseitigen Vertrauens und aufrichtiger Freundschaft zu stellen, sind unter dem Vorbehalt der gegenwärtigen Verpflichtungen beider Länder übereingekommen, einen Vertrag abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:
Der Deutsche Reichskanzler Herrn Franz von Papen, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter des Deutschen Reiches,
Der Präsident der Türkischen Republik Seine Exzellenz Herrn Sücrü Saracoglu, Deputierter von Izmir, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten,
welche nach Vorlage ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, folgendes beschlossen:
Artikel 1. Das Deutsche Reich und die Türkische Republik verpflichten sich, gegenseitig die Integrität und Unverletzlichkeit ihres Staatsgebietes zu respektieren sowie keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die sich direkt oder indirekt gegen den anderen Vertragspartner richten.
Artikel 2. Das Deutsche Reich und die Türkische Republik verpflichten sich, künftig in allen ihre gemeinsamen Interessen berührenden Fragen freundschaftlich miteinander Fühlung zu nehmen, um über die Behandlung solcher Fragen eine Verständigung herbeizuführen.
Artikel 3. Dieser Vertrag tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt von da an für eine Dauer von zehn Jahren; die vertragschließenden Teile werden sich zu gegebener Zeit über die Frage einer Verlängerung des Vertrages verständigen.
Der Vertrag soll ratifiziert und die Vertragsurkunden sollen mit möglichster Beschleunigung in Berlin ausgetauscht werden.
Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit besitzen.

Franz von Papen
S[ücrü] Saracoglu

6. KAPITEL

HITLERS ANGRIFF IM OSTEN ZUR ZERSTÜCKELUNG UND WIRTSCHAFTLICHEN AUSBEUTUNG SOWJETRUSSLANDS UNTER GLEICHZEITIGER VERNICHTUNG DES BOLSCHEWISMUS
(Der indirekte Kampf gegen Großbritannien)

Am Morgen des 22. 6. 1941 wurde die Weltöffentlichkeit von der Nachricht des deutschen Angriffs auf Rußland überrascht. Doch war dieser kein Präventivkrieg. Hitlers Entschluß zur Offensive [48] entsprang nicht der tiefen Sorge vor einem drohenden, bevorstehenden sowjetischen Angriff, sondern war vielmehr Ausdruck seiner Aggressionspolitik, wie sie seit 1938 immer unverhohlener zutage getreten war. Die Sowjets haben einen Angriff gegen Deutschland 1940/41 wohl kaum als ein Mittel ihrer Politik betrachtet. Sie hatten ihre Absichten bis dahin ja viel ungefährdeter, auf "kaltem Wege" – ihre erfolgreichere Methode – verwirklicht. Bestimmend für den ganzen Verlauf des Feldzuges blieb, daß die nationalsozialistische Führung nicht nur die militärischen Kräfte ihres Gegners vernichten wollte, sondern viel extremere Pläne verfolgte. Schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten hatte Hitler den kommenden Kampf im Osten als Vernichtungskrieg gegen den Bolschewismus bezeichnet [49]. Er war fest entschlossen, Rußland zu zerstückeln, es als Kolonialgebiet rücksichtslos auszubeuten und die "östlichen Untermenschen" despotisch zu unterdrücken. Dafür schien ihm im Sommer 1941 auch der leistungsmäßige Höchststand des deutschen Wehrpotentials zu sprechen. Warnungen von berufener Seite schenkte er kein Gehör mehr [50]. Damit bahnte sich der endgültige qualitative Umschlag des Krieges zur wachsenden Radikalisierung und Ideologisierung an. Zweifellos hatten die sowjetischen Annexionen des Baltikums, von Bessarabien und der Nordbukowina im Juni 1940 die deutsche Führung beunruhigt, wurde dadurch doch, was nicht zu leugnen war, das wichtige rumänische Ölgebiet bedroht. Jedoch mußte sich Hitler seit Abschluß des deutsch-sowjetischen Geheimabkommens vom 23. August 1939 darüber im klaren sein, daß sein Partner über kurz oder lang für das "Stillhalten" während der deutschen Offensiven seine Rechnung präsentieren würde.

Vor Ausbruch der Feindseligkeiten entwarf das OKW noch eine als Arbeitsgrundlage dienende strategische Weisung, in der es die Aufgaben der Wehrmacht nach der Niederwerfung der Sowjetunion umrissen hatte [52]. Offenbar wollte es den vor dem Frankreichfeldzug gemachten Fehler vermeiden und dieses Mal auch Vorbereitungen für die Zeit nach Abschluß der Kampfhandlungen treffen, um desto schneller und reibungsloser später derartige Pläne verwirklichen zu können. Gerade diese Weisung enthüllte nicht nur die kontinentale Einseitigkeit, sondern auch die überheblichen Dimensionen deutscher Strategie, die alle bisherigen Vorstellungen operativer Kriegführung zu sprengen drohten und die zweifellos das Ergebnis der ununterbrochenen Erfolgsserie der deutschen "Blitzkriege" waren. Hitler wollte nichts geringeres, als im Anschluß an den Sieg in Rußland im Jahre 1942 die britische Weltmachtstellung im Mittelmeer durch eine weitausholende dreifache Zangenoperation zu Lande zum Einsturz bringen. 60 Divisionen hatten den "Ostwall" (Archangelsk-Wolga) zu halten; ein Stoßarm sollte von Libyen über Ägypten nach Syrien vorbrechen, ein zweiter über Bulgarien unter möglicher Einbeziehung der Türkei und ein dritter über den Kaukasus durch den Iran, um im konzentrischen Angriff die britischen Positionen auszuschalten. Der Reichspropagandaminister aber, in der Erkenntnis, daß der Kampf gegen den Bolschewismus in vielen Kreisen Europas Sympathien weckte, und mit der ihm eigenen Witterung für zugkräftige Parolen, proklamierte den "Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus" und Hitler zum "Heerführer Europas" in diesem "Kreuzzug". Zugleich erteilte er

neue Richtlinien für Presse und Rundfunk [56] zur "psychologischen Umstellung des deutschen Volkes" auf die Vernichtung des "Weltfeindes" Nr. 1 [54][56]. Wenige Wochen vor Beginn der Kampfhandlungen hatte Hitler [51] Japan und unmittelbar vor Eröffnung der Offensive Italien [53] von seinen Absichten unterrichtet.

Die deutschen Anfangserfolge bei den Grenzschlachten in Rußland – die drei Heeresgruppen erreichten bis Mitte Juli wie vorgesehen die Düna-Dnjepr-Linie – schienen zunächst die Hoffnungen auf eine rasche Beendigung des Feldzuges zu rechtfertigen [57] [60], doch mußte das OKH Mitte August mehr als betroffen feststellen, wie sehr die deutsche Wehrmachtführung die Leistungsfähigkeit der Sowjetunion unterschätzt hatte. Als nun die Operationen nach Erreichen des ersten Angriffsziels fortgesetzt werden sollten, schlugen Gfm. v. Brauchitsch (ObdH) und Gen.Oberst Halder (Chef des GenSt.) vor, den Schwerpunkt allein gegen Moskau anzusetzen, zumal die schnellen Verbände nur noch für eine entscheidende Operation einsatzfähig waren und hierfür die beiden Monate September–Oktober – vor Einbruch des Winters – ausgenutzt werden mußten. Das OKH hoffte, eine letzte Vernichtungsschlacht vor den Toren der sowjetischen Hauptstadt schlagen zu können, denn hier erwartete es den Hauptteil der noch verfügbaren Kräfte des Gegners.

Doch Hitler wünschte im Norden die Einnahme von Leningrad, um Rußlands Ostseezugang abzuriegeln und zugleich die Verbindung mit Finnland herzustellen. Im Süden hatten es ihm die reichen Kornfelder der Ukraine angetan. Zudem versprach er sich von einem Vordringen in den Kaukasus ein Druckmittel gegen die neutrale Türkei, die er gern an seiner Seite in den Krieg gezogen hätte.

Hitlers Angriff im Süden, der mit der erfolgreichen Schlacht um Kiew abschloß, verzögerte den Vorstoß auf Moskau um mehrere Wochen. Erst am 2. Oktober 1941 griff die Heeresgruppe Mitte unter Feldmarschall von Bock an, um die Metropole der Sowjetunion, den bedeutendsten Verkehrs- und Eisenbahnknotenpunkt, zu erobern und der Roten Armee einen vernichtenden Stoß zu versetzen. Wenige Tage später verkündeten die NS-Propagandisten, daß nunmehr die "militärische Entscheidung" des Krieges [62] [64] gefallen sei, und es daher darauf ankomme, sich den "gewaltigen europäischen Aufgaben der Zukunft" zuzuwenden. Sie wurden allerdings bald eines Besseren belehrt.

Denn bis dahin hatten die harten Kämpfe im Osten bereis starke Spuren hinterlassen. Zum erstenmal bereitete die Versorgung der Truppe erhebliche Schwierigkeiten, da die Leistungen der Bahnen weit hinter den Berechnungen zurückgeblieben waren [71].Trotzdem schien zunächst alles planmäßig zu verlaufen, als die einsetzende Schlammperiode die operativen Bewegungen der Heeresgruppe zu hemmen begann. Der Angriff gegen Moskau kam mehrere Wochen lang nur schleppend vorwärts, während die Sowjets für die Verteidigung ihrer Hauptstadt eine wichtige Atempause gewannen. Erst in der Frostperiode Mitte November gelang wieder größerer Geländegewinn. Im Norden von Moskau stießen deutsche Kräfte bis an den Moskwa-Wolga-Kanal (30 km nördlich der Hauptstadt) vor. Zur gleichen Zeit wurde im Südabschnitt Rostow am Don erobert, das aber bald wieder aufgegeben werden mußte. Auch im Norden wehrte Leningrad alle Anstürme der Heeresgruppe Leeb ab.

Dann setzte der russische Winter ein, auf den die Truppen und der Nachschub infolge der leichtfertigen und siegesgewissen Führung überhaupt nicht vorbereitet waren, und am 5. Dezember 1941 begann die erste – überraschende – Gegenoffensive der Sowjets [66]. Unbemerkt von der deutschen Fernluftaufklärung hatte das sowjetische Oberkommando aus seinen strategischen Reserven, im besonderen aus Sibirien, für den Winterkrieg vorzüglich ausgestattete Verbände herangeführt, die es durch improvisierte Einheiten noch zu verstärken wußte, in den Kampf geworfen. In dieser kritischen Situation gab Hitler den kategorischen Befehl vom 16. Dezember 1941[69] – jetzt auch in seiner neuen Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Heeres –, keinen Fußbreit Boden aufzugeben. Am 15. Januar 1942 genehmigte er auf Drängen des OKH schließlich den allgemeinen Rückzug auf die

"Winterstellung", die gegen weitere Feindangriffe gehalten wurde.[71] Mochte Hitler auch gegenüber dem italienischen Außenminister Ciano Ende November [64] hochtrabend erklärt haben, daß der "Krieg im großen gesehen bereits gewonnen sei", der "Blitzkrieg" gegen die Sowjetunion war gescheitert. Noch 1939 hatte Hitler voller Stolz auf seine "staatsmännische Leistung" hingewiesen, daß Deutschland in diesem Krieg nur an einer Front zu kämpfen habe, jetzt war der Zweifrontenkrieg Tatsache geworden, zu dem Goebbels später in seinem Tagebuch vermerkte, ein solcher sei "vom Reich noch nie gewonnen worden". Die Widerstandskraft der Alliierten und der Sowjets erhielt durch diese erste sichtbare Niederlage der deutschen Wehrmacht gewichtigen Auftrieb, war ihr jetzt doch der Nimbus der "Unbesiegbarkeit" genommen. England aber fand die so dringend notwendige Atempause, um seine Rüstung zu beschleunigen und die Ausbildung seiner Verbände zu verbessern.

Die Unterschätzung des russischen Raumes, im besonderen aber der personellen und materiellen Kräfte sowie Reserven der Sowjetunion war einer der Hauptgründe für den Mißerfolg der deutschen Führung. Zudem hatte sich das bolschewistische Regime als widerstandsfähiger erwiesen als man angenommen hatte. Natürlich trugen die klimatischen Bedingen zu diesem deutschen Fehlschlag ebenso bei wie der zähe Widerstand der feindlichen Truppen. Freilich: auch ein militärischer Sieg 1941 (Eroberung Moskaus) hätte kaum die erhoffte Wende des Krieges zugunsten Deutschlands herbeigeführt. Es wäre verhängnisvoll, wollte man hier von einer "verpaßten Gelegenheit" sprechen. Die Sowjetunion war noch keineswegs am Ende ihrer personellen und materiellen Kraft. Das haben die späteren Operationen zur Genüge gezeigt, wenn dies auch z. T. den amerikanischen Materiallieferungen zu verdanken war. Bestimmend blieb, daß Hitler nicht nur die militärischen Kräfte seines Gegners vernichten wollte, sondern viel weitergesteckte politische Pläne verfolgte [58]. Angesichts der wahnwitzigen NS-Kriegsziele im Osten war ein Nachgeben oder Entgegenkommen des Gegners völlig ausgeschlossen. So wurden die "Ideale" mancher Freiwilliger (Spanier, Franzosen, Flamen, Wallonen, Norweger, Dänen, Kroaten, Slowenen, Niederländer und Schweizer [63]), die auf der Seite der Achse für eine „bessere Ordnung" in Europa zu kämpfen meinten, ebenso furchtbar mißbraucht, wie die aller deutschen Soldaten.

Moskau bedeutete in der deutschen Kriegführung noch in anderer Hinsicht eine Zäsur. Bis zum Herbst 1941 hatte Hitler immer wieder in die operative Kriegführung eingegriffen und ihr besondere Akzente verliehen. In den sogenannten "Führerweisungen" hatte er die Strategie meist im großen Rahmen festgelegt und den einzelnen Wehrmachtteilen in der Ausführung doch relative Freiheiten gelassen. Nun aber riß er die gesamte Führung, besonders des Heeres an sich, befahl bis in alle Einzelheiten vieler Divisionen, ja sogar mancher Regimenter hinein und machte die Bewegungen auf dem Schlachtfelde von seiner persönlichen Entscheidung abhängig. Zugleich beherrschte er allein das komplizierte und vielschichtige Räderwerk des militärischen Apparates. Bereits vor Dünkirchen hatte die Entmachtung des OKH eingesetzt. Mit der Ablösung von Gfm. v. Brauchitsch am 19. 12. 1941 fand diese nun ihren Abschluß. Wenige Tage zuvor hatte der Chef d. Genst. in sein Tagebuch geschrieben: "ObdH ist kaum mehr Briefträger". Das war eine erschütternde Bilanz. Hitler selbst übernahm die Führung des Heeres mit den Worten: das bißchen Operationsführung kann jeder machen; es komme darauf an, das Heer im Geiste des Nationalsozialismus zu erziehen. Diktatorisch, sprunghaft und meist unbelehrbar bestimmte er von nun an das Gesetz des militärischen Handelns ohne Rücksicht auf die Maxime operativer Führung. Der Untergang des Generalstabes des Heeres als Führungsorgan aber zog die Katastrophe der gesamten Armee nach sich.

Die Krisentage vor Moskau hatten zwar auch Hitler mitgenommen. Aber nachdem er einerseits die "Naturgewalten", andererseits die "Generale", an der Spitze Brauchitsch, für den Fehlschlag verantwortlich gemacht und letztere zu "Sündenböcken" gestempelt hatte, gewann er sehr bald sein altes Selbstvertrauen wieder. Jetzt sollte seine Führung erzwingen, was die Generale durch ihr dauerndes Dazwischenreden verdorben hatten.

Hitler hatte die Krise vor Moskau noch einmal gemeistert. Seine Strategie hatte wohl eine Schlappe erlitten, aber im Lichte jener Monate schien es sich weniger um eine Niederlage gehandelt zu haben, wie es dem Betrachter post festum offenkundig wird, als um einen Rückschlag, der u. a. auch deshalb nicht so tief in das Bewußtsein des deutschen Volkes eindrang, weil ab Dezember die großen japanischen Erfolge einsetzten, die vom Propagandaministerium geschickt in den Vordergrund gestellt wurden. Hitlers persönlicher Ruf als "Feldherr" war ungeschmälert, und nach wenigen Wochen waren auch die Truppen an der Ostfront wieder von dem Gefühl unbedingter Überlegenheit beseelt.

Eine Entscheidung im Osten 1942 wurde nunmehr umso dringlicher, da Hitler in leichtfertiger Überschätzung der japanischen Stärke zusammen mit Italien im Dezember 1941 den Vereinigten Staaten den Krieg erklärt hatte. [68] Dies bedeutete ein weiterer folgenreicher psychologischer Fehler, wenngleich auch zu diesem Zeitpunkt ein Kriegseintritt Amerikas auf der Seite Englands aufgrund der gemeinsamen Interessen unvermeidbar war, und der offene Konflikt Deutschland in der U-Boot-Kriegführung wieder die volle Handlungsfreiheit zurückgab. [70] Aber seit dem Winter 1941 standen der Achse und ihren Verbündeten 75% aller Menschen, der Industrie und Rohstoffe der ganzen Welt gegenüber.

Fragt man nach den zahlreichen Gründen, die für die deutsche Katastrophe von 1945 bestimmend gewesen sind, so ist vor allem einer besonders zu erwähnen. Hierzu gilt es, die deutsche Kriegführung im Lichte der Theorien von *Clausewitz* zu betrachten. Wenn dieser den Krieg als die Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel bezeichnete, so meinte er damit , daß jede militärische Auseinandersetzung "vor allem nach der Wahrscheinlichkeit ihres Charakters" und ihrer "Hauptumrisse" aufzufassen sei, wie sie sich "aus den politischen Größen und Verhältnissen ergeben." Es komme darauf an, stets den Gesamtüberblick über alle Verhältnisse zu behalten. Alle Instanzen müßten "wohl überlegt" sein, um nicht "in der letzten den Prozeß zu verlieren", den man in den früheren gewonnen habe und "dann in die Kosten verurteilt zu werden". Der Krieg ist für Clausewitz ein Instrument der Politik und man fängt keinen an oder "sollte vernünftigerweise keinen anfangen" ohne sich zu sagen, "was man mit und was man in demselben erreichen will". Dies zwingt zur Ausarbeitung eines umfassenden Kriegsplanes, in dem einmal der Zweck, also die politische Absicht des Krieges festgelegt ist (was soll und was kann mit diesem Krieg erreicht werden?), zum anderen die Mittel (der Wehrmacht, Wirtschaft usw.) sorgfältig geprüft werden und in dem es schließlich die Frage nach dem militärischen Ziel zu beantworten gilt. "Um also das Maß der Mittel kennen zu lernen", heißt es bei Clausewitz, "welche wir für den Krieg aufzubieten haben, müssen wir den politischen Zweck desselben unsererseits und von Seiten des Feindes bedenken; wir müssen die Kräfte und Verhältnisse des feindlichen Staates und der unsrigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider und das alles wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg darin hervorbringen kann, in Betrachtung ziehen".

Zweifellos war das einer der größten Fehler Hitlers und seiner engsten Berater, sehen wir einmal von der moralischen Seite ihrer Handlungsweise ab, daß sie eine "Risikopolitik" trieben, die als Konsequenz den Krieg in sich barg, bei der sie aber weder alle politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und militärischen Erscheinungsformen und Möglichkeiten planmäßig und rational durchdachten noch diese genügend in Rechnung stellten. Als 1939 der Krieg begann, besaß Deutschland keinen Kriegsplan, keine strategische Gesamtkonzeption, in dem Zweck, Mittel und Ziel des Krieges in ein rechtes Verhältnis zueinander gebracht worden waren. Stattdessen wurden fortlaufend Teilpläne ad hoc entworfen mit dem Ergebnis, daß die NS-Führung immer vermessener unbegrenzte, maßlose Ziele mit klar begrenzten Mitteln verfolgte.

Clausewitz hat an einer anderen Stelle seines Werkes davon gesprochen, daß der Krieg "niemals von dem politischen Verkehr getrennt" werden dürfe, denn sonst würden gewissermaßen "alle Fäden des Verhältnisses zerrissen", und es entstehe

"ein sinn- und zweckloses Ding". In der Tat: so glänzend die deutschen militärischen Erfolge in der ersten Hälfte des Krieges auch gewesen sein mochten, sie blieben letzten Endes wertlos, weil sie nicht politisch ausgewertet wurden. Seit 1941 lebte Hitler zurückgezogen in seinem Hauptquartier, um sich voll und ganz der Kriegführung zu widmen; die Beteiligung Japans am Kriege blieb sein einziger politischer Akt in dieser Zeit.

Clausewitz betonte, daß die Politik (Staatsmann) an den Krieg (Armee) keine Forderungen stellen dürfe, die diese nicht leisten könne, da eine Überforderung des Heeres schädliche Einflüsse auf die Kriegführung zur Folge habe; man müsse in solchem Falle eher die Politik selbst tadeln. Der Verlauf des 2. Weltkrieges hat gezeigt, daß das von der NS-Führung angestrebte politische Ziel die Leistungsfähigkeit der zur Verfügung stehenden militärischen und wirtschaftlichen Mittel weit überschritt. Andererseits warnte Clausewitz davor, "Feldwachen", also rein militärische Fragen, nach politischen Gesichtspunkten aufzustellen bzw. zu entscheiden. Auch gegen diesen Grundsatz verstieß sie, indem sie wiederholt politischen und wirtschaftlichen Erwägungen bei militärischen Entscheidungen den Vorrang gab. Dies kam schon in der 2. Phase des Weltfeldzuges, später bei Stalingrad bei der Räumung der Krim und Kurlands sowie bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck.

Für das oben Geschilderte sei ein besonders prägnantes Beispiel angeführt. In der Annahme, auch die Sowjetunion könne in einem "Blitzfeldzug" niedergeworfen werden, hatte die politische Führung Deutschlands keinerlei Pläne ausgearbeitet, – "von der Ausrottung Unerwünschter abgesehen" –, Rußland mit Hilfe der Russen zu pazifizieren und das Land vom bolschewistischen System zu befreien. [55,59] Vielmehr leitete die nationalsozialistische Besatzungspolitik mit ihren Theorien vom Rasse- und Lebensraum jene verhängnisvolle Entwicklung im Osten ein, die schließlich entscheidend zur deutschen Niederlage beigetragen hat.

Im großen gesehen gab es wahrscheinlich drei Gruppen, die in Rußland bestimmte Konzeptionen verwirklichen wollten. Zu den extremen Vertretern gehörten u. a. Himmler, Bormann und E. Koch, um nur die wichtigsten zu nennen, die sich mit ihren Ansichten und Maßnahmen durchsetzten, da Hitler diese voll und ganz billigte [58,61]. Sie handelten nach dem Grundsatz "Herren" und "Untermenschen". Die Deutschen sollten ausbeuten, beherrschen und verwalten. Jede Rücksichtnahme auf die Gefühle und die Lebensweise der Russen lehnten sie als sentimentale Gefühlsduselei ab. Der Reichsführer SS faßte dies in dem Satz zusammen: "...Wie es Russen, Tschechen... geht, ist mir total gleichgültig, ob sie im Wohlstand leben oder vor Hunger verrecken; es interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht". So legten sich seine und die anderen ausführenden Organe, u. a. die sog. "Goldfasane", auch keinerlei Zurückhaltung in der Behandlung der Bevölkerung auf.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein von den Amerikanern nach Kriegsende unter 1000 russischen DP's durchgeführter Test, die im Osten die deutsche Besatzungszeit miterlebt hatten. Auf die Frage, ob sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Deutschen vom Einmarsch bis zum Abzug gewandelt habe, antworteten 728 mit ja und 85 mit nein. Der Stimmungsumschwung war nach Meinung der meisten 1942 eingetreten, nachdem die Praxis der Besatzungspolitik keinen Zweifel mehr an den deutschen Zielen gelassen hatte: als statt Freiheit neue Unfreiheit gesät und positive Ansätze zu einer deutsch-russischen Zusammenarbeit mit der Absicht, das von vielen abgelehnte bolschewistische System zu stürzen, im Keim erstickt wurden. Das Anwachsen der riesigen Partisanenbewegung in Rußland – später mit operativer Auswirkung – ist nicht zuletzt auf diese Tatsache zurückzuführen. Interessant ist auch die Beantwortung der Frage: Wer von den Deutschen hat sich nach Ihrer Meinung am besten benommen: es stimmten 162 für die Zivilisten, 545 für den Frontsoldaten, 69 für die Garnisonstruppen und nur 10 für die SS und den SD.

Etwas "gemildert" waren die Vorschläge Rosenbergs und seiner Mitarbeiter zur Lösung des Ostproblems, die sich allerdings nicht realisieren ließen, da sie nicht die Zustimmung Hitlers fanden. Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, ein

erklärter Gegner des Kremls und des Großrussentums, wollte die nationalen Gegensätze in Rußland gegeneinander ausspielen und verschiedenen "Völkern" (so etwa den Baltenstaatlern, Weißruthenіern, Ukrainern und Kaukasiern) in enger politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland ein gewisses Maß an Freiheit und Autonomie zugestehen.

Unter den gegebenen Verhältnissen am "vernünftigsten" argumentierten noch einige Vertreter des Auswärtigen Amtes und eine Reihe von Offizieren des Heeres; sie forderten von Anfang an die Verwirklichung einer konstruktiven Besatzungspolitik. Deutschlands Aufgabe müsse es sein, einen Keil zwischen Bevölkerung und System zu treiben, die Russen menschenwürdig zu behandeln und ihnen die Befreiung vom Bolschewismus als konkretes Ziel in Aussicht zu stellen. Derartige Pläne durchzuführen, etwa gar den russischen General Wlassow mit seinen Tausenden von Freiwilligen an dem Kampf auf deutscher Seite aktiv zu beteiligen, war unmöglich, da sie der nationalsozialistischen Ideologie und Hitlers Absichten widersprachen. Als sich 1944 die Niederlage Deutschlands abzeichnete, besaßen die Parolen der nun zum Einsatz befohlenen Russischen Befreiungsarmee naturgemäß keine Zugkraft mehr. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die katastrophale NS-Herrschaft in Rußland feldzugentscheidend gewesen sei.

DOKUMENTE

[48] *Aus der Weisung Nr. 21:*
Fall "Barbarossa"
Führerhauptquartier, den 18. Dezember 1940

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).
Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen. Für die Luftwaffe wird es darauf kommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, daß der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muß und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhren, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während des Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.
Vorbereitungen, die eine längerer Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. Mai 1941 abzuschließen. Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffs nicht erkennbar wird.
Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlage zu treffen:
I. Allgemeine Absicht:
Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.
In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga-Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.
Im Zuge dieser Operationen wird die russische Ostseeflotte schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.
Wirksames Eingreifen der russischen Luftwaffe ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben:
1. Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetrußland zu rechnen. In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.
2. Rumäniens Aufgabe wird es sein, zusammen mit der dort aufmarschierenden Kräftegruppe den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln und im übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.
3. Finnland wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen Nordgruppe (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finnland die Ausschaltung von Hangö zufallen.
4. Mit der Möglichkeit, daß schwedische Bahnen und Straßen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.
[...]

Adolf Hitler

[49] *Ideologische Kriegführung*
Aus dem Tagebuch Halders vom 3o. März 1941

30. 3. 1941 (Sonntag)... 11 Uhr Generals-Versammlung beim Führer: Fast 2 1/2 stündige Ansprache: Lage nach dem 30. 6. 1940. Fehler Englands, die Möglichkeit eines Friedens auszuschlagen. Schilderung der weiteren Ereignisse. Scharfe Kritik an italienischer Kriegführung und Politik. Vorteile für Englands Lage aus den Mißerfolgen Italiens.
England setzt seine Hoffnung auf Amerika und Rußland. Höchstleistung erst in 4 Jahren; Transportproblem.
Rußlands Rolle und Möglichkeiten. Begründung der Notwendigkeit, die russische Lage zu bereinigen. Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfragen endgültig und gründlich lösen.
Unsere Aufgaben gegenüber Rußland: Wehrmacht zerschlagen, Staat auflösen...
Problem des russischen Raumes: Unendliche Weite des Raumes macht Konzentration auf entscheidende Punkte notwendig. Masseneinsatz von Luftwaffe und Panzern an entscheidender Stelle. Luftwaffe kann diesen Riesenraum nicht gleichzeitig beackern, sie kann bei Kriegsbeginn nur Teile der Riesenfront beherrschen. Ihr Einsatz muß daher in engster Beziehung zur Landoperation erfolgen. Der Russe wird versagen gegenüber dem Masseneinsatz von Tanks und Luftwaffe.
Keine Illusionen über Verbündete! Finnen werden tapfer kämpfen, sind aber zahlenmäßig schwach und nicht erholt [nach dem Winterkrieg 1939/40]. Mit Rumänien ist gar nichts anzufangen. Vielleicht werden sie hinter einem ganz starken Hindernis (Fluß) zur Sicherung da ausreichen, wo nicht angegriffen wird. Antonescu hat sein Heer vergrößert, statt es zu verkleinern und zu verbessern. Das Schicksal großer deutscher Verbände darf nicht abhängig gemacht werden von der Standfestigkeit des rumänischen Verbandes...
Frage des russischen Ausweichens: Nicht wahrscheinlich, da Bindung an Ostsee und Ukraine. Wenn der Russe sich absetzen sollte, müßte er es sehr frühzeitig tun, sonst kommt er nicht mehr in Ordnung weg.
Nach Lösung der Aufgaben im Osten werden 50–60 Divisionen (Panzer) genügen. Ein Teil der Landmacht wird entlassen werden können für Rüstungsarbeiten für Luftwaffe und Marine, ein Teil wird für andere Aufgaben benötigt sein, z. B. Spanien. Koloniale Aufgaben!
Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechertum. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren.
Künftiges Staatenbild: Nordrußland gehört zu Finnland. Protektorate Ostseeländer, Ukraine, Weißrußland.
Kampf gegen Rußland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.
Die neuen Staaten müssen sozialistische Staaten sein, aber ohne eigene Intelligenz. Es muß verhindert werden, daß eine neue Intelligenz sich bildet. Hier genügt eine primitive sozialistische Intelligenz.
Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegs-

gerichte. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen. Die Truppe muß sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden.
Deshalb braucht die Truppe nicht aus der Hand der Führer zu kommen. Der Führer muß seine Anordnungen im Einklang mit dem Empfinden der Truppe treffen.
Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.
Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden....

Aus den Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare (vom 6. Juni 1941)

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.
Die Truppe muß sich bewußt sein:
1. In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.
2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne Weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.
Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen...

[50] *Warnung des Reichsaußenministers von Ribbentrop durch Staatssekretär von Weizsäcker vor einem Kriege gegen die Sowjetunion 28. April 1941*

Ich kann meine Auffassung über einen deutsch-russischen Konflikt in einem Satz zusammenfassen: Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebensoviel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutsch-russischen Krieg in diesem Sommer befürworten; ich glaube aber, daß wir gegen Rußland nur militärisch gewinnen, dagegen wirtschaftlich verlieren würden.
Man könnte es vielleicht für verlockend halten, dem kommunistischen System den Todesstoß zu geben, und vielleicht auch sagen, es liege in der Logik der Dinge, den europäisch-asiatischen Kontinent jetzt aufmarschieren zu lassen gegen das Angelsachsentum mit seinem Anhang. Entscheidend bleibt aber allein, ob dieses Unternehmen den Sturz Englands beschleunigt.

Zwei Fälle sind zu unterscheiden:
a) England steht nahe vor dem Zusammenbruch; rechnen wir hiermit, so wäre es verfehlt, die Engländer dadurch zu ermutigen, daß wir uns noch einen neuen Gegner vornehmen. Rußland ist kein potentieller Alliierter der Engländer. England hat von Rußland nichts Gutes zu erwarten. Die Hoffnung auf Rußland hält den englischen Zusammenbruch nicht auf. Mit Rußland vernichten wir keine englische Hoffnung.
b) Glauben wir nicht an den nahen Zusammenbruch Englands, so könnte sich der Gedanke aufdrängen, daß wir uns aus der Sowjetländermasse durch Anwendung von Gewalt verköstigen müssen. Daß wir militärisch bis Moskau und darüber hinaus siegreich vordringen, halte ich für selbstverständlich. Ich bezweifle aber durchaus, daß wir das Gewonnene gegen die bekannte passive Resistenz der Slawen ausnutzen könnten. Ich sehe im Russischen Reich keine tragfähige Opposition, welche das kommunistische System ablösen und sich uns anschließen sowie sich uns dienstbar machen könnte. Wir hätten also wahrscheinlich mit dem Fortbestand des Stalin-Systems in Ostrußland und in Sibirien und mit dem Wiederaufleben von Feindseligkeiten im Frühjahr 1942 zu rechnen. Das Fenster nach dem Pazifischen Ozean bliebe zugeschlagen.
Ein deutscher Angriff auf Rußland würde den Engländern nur neuen moralischen Auftrieb gehen. Er würde dort bewertet als deutscher Zweifel am Erfolg unseres Kampfes gegen England. Wir würden damit nicht nur zugeben, daß der Krieg noch lange dauern würde, sondern könnten ihn auf diesem Wege geradezu verlängern, statt ihn abzukürzen.

Weizsäcker.

[51] *Bericht des Generals Oshima über seine Unterredung mit Adolf Hitler am 3. Juni 1941 auf dem Berghof*

Der Inhalt eines Gespräches mit dem Führer Hitler war wie folgt:
1. Der Führer Hitler gab zunächst seiner unbedingten Siegeszuversicht in diesem Kriege Aus-

druck und erklärte, die deutsche Wehrmacht sei seit dem Ausbruch des Krieges durch Erfahrungen und durch Instruktionen in Organisation, Ausrüstung, Strategie, Waffen usw. laufend verbessert worden. Besonders betonte er, daß die Vervollständigung der Rüstung nach Beendigung der Operationen im Westen innerhalb von zwölf Monaten voll und ganz abgeschlossen wäre. Vor allem bringe man den Führungsqualitäten der Kommandeure aller Ränge und der Tapferkeit der Soldaten größtes Vertrauen entgegen. Danach sprach er davon, daß die Verluste der deutschen Wehrmacht bis zum heutigen Tage überaus gering seien, und die Zahl der Toten im allgemeinen kaum 10 % über der normalen Sterblichkeitsziffer in Deutschland läge. Natürlich hege er tiefes Mitgefühl gegenüber den Gefallenen und den Hinterbliebenen, aber Deutschland stünde kurz vor der Vollendung eines großen Werkes, und Opfer in diesem Umfang seien unvermeidlich. Er glaube fest daran, daß, wenn man heute diese Opfer nicht bringen würde, Deutschland in fünf oder zehn Jahren große Opfer, die das Zig-fache ausmachten, bezahlen müsse.
2. Mit der neuen Taktik bei der Insel Kreta, nur von der Luft aus zu operieren, habe man 18 Kriegsschiffe versenkt und 12 000 Gefangene gemacht. Man sei jetzt in der Lage, Alexandria fortgesetzt zu bombardieren. Er hob nachdrücklich hervor, er habe den unumstößlichen Vorsatz, England in eine vernichtende Niederlage zu führen. Wenn er das Verhalten Englands betrachte, so erschiene es ihm verschlagen und hinterhältig; man praktiziere stets die Methode, mit der einen Hand zu paktieren und mit der anderen zu schlagen. Beim Äthiopienkrieg im Jahre 1935 habe die englische Regierung ihm zugeredet, sich mit England zu verbünden und Italien zu unterwerfen, er hätte aber bemerkt, daß England, nach einer Niederwerfung Italiens, sich bestimmt Deutschland als nächstes Ziel aussuchen würde. So habe er abgelehnt und sich mit Italien verbündet. Er sei davon überzeugt, daß es zum Nutzen der drei Länder Japan, Deutschland und Italien sei, wenn sie sich von nun an noch enger zusammenschlössen; auch Staatschef Mussolini habe sich gestern im gleichen Sinne geäußert.
3. Die kürzliche Rede von Roosevelt [vom 27. 5. 1941] sei wie gewöhnlich voller Gehässigkeit gewesen, und er [Hitler] glaube, daß dabei keinerlei neue Aussagen gemacht werden konnten, sei das Verdienst Japans, das im Fernen Osten eine respektgebietende Existenz darstelle. Er sei für die Einstellung Japans dankbar.
4. Im folgenden kam er auf das deutsch-sowjetische Verhältnis und erklärte, daß er mir gegenüber dieses heute ausspräche, geschehe aus dem Grund, weil die Angelegenheit Japan in außerordentlichem Maße anginge, und er wolle nicht, daß Japan das Gefühl habe, wie von einem Blitz aus heiterem Himmel [überrascht zu werden]. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen verschlechterten sich immer mehr, und es sei denkbar, daß ein deutsch-sowjetischer Krieg vielleicht nicht zu vermeiden wäre. Die Haltung der Sowjetunion sei nach außen hin zwar noch freundschaftlich, in Wirklichkeit aber stets das ganze Gegenteil davon. Vor allem beim Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt kurz vor dem Putsch wäre ein Nichtangriffspakt abgeschlossen wurden, und sowjetische Generalstabsoffiziere hätten die militärischen Operationen Jugoslawiens direkt unterstützt. Diese und andere Vorfälle seien offensichtlich feindselige Handlungen, und er könne diese Haltung der Sowjetunion keinesfalls hinnehmen. Er glaube, daß Zugeständnisse gegenüber der Sowjetunion immer etwas absolut Schädliches seien. Er sei ein Mann, der stets früher als sein Gegenüber das Schwert zöge, wenn er bei diesem eine feindliche Gesinnung entdecke. Kürzlich habe es in der Donaumündung Streitigkeiten zwischen sowjetischen und rumänischen Truppen gegeben. Da deutsche Truppen in der Nähe waren, konnten sie die Unruhen unterdrücken, wenn aber in Zukunft gegenüber den deutschen Truppen derartige Aktionen unternommen würden, so werde man ein für alle Mal keinen Pardon mehr kennen.
5. Nachdem Hitler auf die Schwächen der sowjetischen Armee hingewiesen hatte, erklärte er in großen Zügen anhand einer Landkarte, daß bei einem Angriff auf die Sowjetunion sich auch Rumänien und Finnland beteiligen würden und daß dann, nach seiner festen Überzeugung, die Hauptoperationen innerhalb eines überaus kurzen Zeitraumes abgeschlossen werden könnten.
6. Hitler sagte, es sei ein langgehegter Wunsch von ihm, die kommunistische Sowjetunion zu beseitigen, und bis heute habe er ihn nicht aufgegeben. Er glaube, daß es ein Dienst an der ganzen Menschheit wäre, ihn in die Tat umzusetzen.
7. Welche Haltung Japan bei einem deutsch-sowjetischen Krieg einnehmen würde, stünde völlig in unserem eigenen Ermessen. Folglich wäre es Japan auch freigestellt, erst später, nach einer deutschen Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, in den Krieg einzutreten, falls Japan sich an der deutschen Sache beteiligen wolle. Aus seiner Redeweise klang heraus, man könne nicht verlangen, daß sich für Japan keine Verpflichtungen aus dem Bündnis ergäben. Nach seinen Fragen zu schließen, die er nach der Lage von Wladiwostok, der Stärke der sowjetischen Unterseeboote und den Gebieten stellte, in die Japan nach dem sibirischen Zwischenfall einmarschiert ist, kam ich zu dem Urteil, daß man eine japanische Mitwirkung wünscht.
8. Meine Eindrücke, die ich als Ergebnis der Unterredungen am 3. und 4. Juni mit Hitler bzw. Ribbentrop gewonnen habe, stellen sich wie folgt dar:
1. Obwohl Hitler und Ribbentrop vor dem Angriff auf die Sowjetunion nicht als etwas Endgültiges sprachen und in ihren Ausführungen einigen Spielraum offen ließen, so ergibt sich

doch daraus, daß man mich gleich am Tage nach dem Treffen mit Mussolini um einen Besuch bat und Hitler als Staatsoberhaupt seines Landes mir gegenüber in deutlicher Weise Dinge äußerte, wie sie in diesem Telegramm stehen, daß man den Ausbruch eines deutsch-sowjetischen Krieges jetzt wahrscheinlich als unvermeidbar ansehen muß.

2. Wenn auch beide, Hitler und Ribbentrop, über den Zeitpunkt eines Kriegsbeginns sich nicht deutlich aussprachen, so möchte ich doch außer dem in diesem Telegramm bereits Dargelegten das Urteil abgeben, daß es für Hitler keinen Zweifel mehr gibt, wenn er sich erst einmal zu etwas entschlossen hat, und daß er, nach seiner bisherigen Handlungsweise zu urteilen, seinen Entschluß innerhalb weniger Tage in die Tat umsetzt.
3. Zwischen Deutschland und der Sowjetunion laufen keinerlei Verhandlungen mehr. Daraus kann man erkennen, daß es das wahre Ziel Deutschlands ist, seine unerschütterliche Position auf dem europäischen Festland noch weiter zu verstärken und die Durchführung eines Angriffs auf England dadurch zu erleichtern. Hitler kann in Verbindung damit seinen langgehegten Wunsch, die Niederwerfung der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung, verwirklichen. Es ist also keine Einstellung, bei der man es sich damit leicht macht, der Sowjetunion Forderungen vorzusetzen und dann von einem Kriege abzusehen, wenn sie erfüllt werden.
4. Was Deutschland als Vorwand zum Kriegsbeginn nehmen wird, ist noch ungewiß, aber ich meine, es liegt der Gedanke zugrunde, in der gegenwärtigen Situation, wo sich beide Heere gegenüberstehen und ein Funke genügt, die Explosion auszulösen, den Zusammenstoß lokaler Einheiten auszunutzen und zu einem Krieg auf ganzer Front auszudehnen.

...

[52] *Aus der Weisung Nr. 32*
*Vorbereitungen für die Zeit nach Barbarossa**
F. H. Qu., 11. 6. 1941

A. Nach der Zerschlagung der sowjetrussischen Wehrmacht werden Deutschland und Italien das europäische Festland – vorläufig ohne die iberische Halbinsel – militärisch beherrschen. Irgend eine ernsthafte Gefährdung des europäischen Raumes zu Lande besteht dann nicht mehr. Zu seiner Sicherung und für die noch in Betracht kommenden Angriffsoperationen genügen wesentlich geringere Kräfte des Heeres, als sie bisher aufrechterhalten werden mußten.

Der Schwerpunkt der Rüstung kann auf die Kriegsmarine und auf die Luftwaffe gelegt werden.
Die Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit soll und wird weitere englische Kräfte fesseln, die Rückenbedrohnung des nordafrikanischen Kriegsschauplatzes beseitigen, die Bewegungsmöglichkeit der britischen Flotte im westlichen Mittelmeer weiter einschränken und die tiefe Südwestflanke des europäischen Kampfraumes einschl. der atlantischen Küste Nord- und Westafrikas gegen angelsächsischen Zugriff schützen.
Spanien wird in absehbarer Zeit vor die Frage gestellt werden, ob es bereit ist, an der Vertreibung der Engländer aus Gibraltar mitzuwirken oder nicht.
Die Möglichkeit, auf die Türkei und den Iran einen starken Druck auszuüben, verbessert die Aussichten, auch diese Länder mittelbar oder unmittelbar für den Kampf gegen England nutzbar zu machen.
B. Aus dieser Lage heraus wie sie sich nach der siegreichen Beendigung des Ostfeldzuges ergeben wird, können der Wehrmacht für den Spätherbst 1941 und den Winter 1941/42 folgende strategische Aufgaben erwachsen:
1. Der neugewonnene Ostraum muß organisiert, gesichert und unter voller Mitwirkung der Wehrmacht wirtschaftlich ausgenutzt werden. Wie stark diese Sicherungskräfte im russischen Raum zu bemessen sind, läßt sich mit Sicherheit erst später übersehen. Aller Voraussicht nach werden aber etwa 60 Divisionen und eine Luftflotte, neben den Verbündeten und befreundeten Kräften, für die weiteren Aufgaben im Osten genügen.
2. Fortsetzung des Kampfes gegen die britische Position im Mittelmeer und in Vorderasien durch konzentrischen Angriff, der aus Libyen durch Ägypten, aus Bulgarien durch die Türkei und unter Umständen auch aus Transkaukasien heraus durch den Iran vorgesehen ist.
a) In Nordafrika kommt es darauf an, daß Tobruk erledigt und hierdurch die Grundlage zur Fortführung des deutsch-italienischen Angriffes gegen den Suez-Kanal geschaffen wird. Er ist etwa für November vorzubereiten mit der Maßgabe, daß das Deutsche Afrika-Korps personell und materiell bis dahin auf den höchstmöglichen Stand gebracht und mit ausreichenden Reserven aller Art zu eigener Verfügung ausgestattet wird (bei Umbildung der 5. leichte Div. in

---

*)Entwurf: (Als "Vorläufige Arbeitsgrundlage" gedacht für den Fall eines schnellen, siegreichen Rußlandfeldzuges).

eine volle Panzer-Division), daß aber weitere große deutsche Verbände nicht nach Nordafrika überführt werden.
Die Vorbereitungen für den Angriff erfordern, daß das Transporttempo unter Zuhilfenahme französisch-nordafrikanischer Häfen und womöglich des neuen Seeweges aus dem süd-griechischem Raum mit allen Mitteln gesteigert wird.
Aufgabe der Kriegsmarine ist es, in Zusammenarbeit mit der italienischen Kriegsmarine für die Bereitstellung des nötigen Schiffsraumes und Charterung französischer und neutraler Schiffe zu sorgen.

Die spätere Überführung deutscher Schnellboote in das Mittelmeer ist zu prüfen.
Zur Verbesserung der Ausladeleistung in den nordafrikanischen Häfen ist der italienischen Kriegsmarine jede Unterstützung zu gewähren. Ob. d. L. führt dem Afrika-Korps entsprechend dem Freiwerden im Osten ausreichende Fliegerverbände und Flak-Artillerie für die Weiterführung der Operation zu und verstärkt den italienischen Geleitzugschutz der Seetransporte in der Luft durch Einsatz deutscher Fliegerverbände.
Zur einheitlichen Leitung der Transportvorbereitungen ist der "Heimatstab Übersee" gebildet worden, der nach den Richtlinien des Oberkommandos der Wehrmacht in Verbindung mit dem Deutschen General beim Hauptquartier der italienischen Wehrmacht und mit dem Wehrmachtsbefehlshaber Südost arbeitet.

b) Angesichts der zu erwartenden englischen Verstärkungen im Vorderen und Mittleren Orient und namentlich zum Schutz des Suez-Kanals wird eine deutsche Operation aus Bulgarien durch die Türkei ins Auge zu fassen sein mit dem Ziel, die englische Stellung am Suez-Kanal auch vom Osten her anzugreifen.
Zu diesem Zweck ist vorzusehen, so frühzeitig als (!) möglich so starke Kräfte in Bulgarien zu versammeln, wie nötig sind, die Türkei politisch gefügig zu machen oder ihren Widerstand mit Waffengewalt zu brechen.
c) Wenn der Zusammenbruch der Sowjetunion die Voraussetzung dafür geschaffen hat, ist ferner der Ansatz eines motorisierten Expeditionskorps aus Transkaukasien gegen den Irak in Verbindung mit den Operationen zu b) vorzubereiten.
d) Ausnutzung der arabischen Freiheitsbewegung. Die Lage der Engländer im Mittleren Orient wird bei größeren deutschen Operationen um so schwieriger sein, je mehr Kräfte durch Unruheherde oder Aufstandsbewegungen zeitgerecht gebunden werden. Alle diesem Zweck dienenden militärischen, politischen und propagandistischen Maßnahmen müssen in der Vorbereitungszeit engstens aufeinander abgestimmt sein. Als zentrale Außenstelle, die in allen Planungen und Maßnahmen im arabischen Raum einzuschalten ist, bestimme ich den Sonderstab F, der seinen Sitz im Bereich des Wehrmachtbefehlshaber Südost zu nehmen hat. Ihm sind die besten Sachkenner und Agenten beizugeben.
Die Aufgaben des Sonderstabes F regelt der Chef OKW – soweit politische Fragen berührt werden, im Benehmen mit dem Reichsaußenminister.

3. Schließung des Westeinganges in das Mittelmeer durch Ausschaltung von Gibraltar
Die Vorbereitungen für das schon einmal geplante Unternehmen "Felix" müssen schon während des Anlaufens der Operationen im Osten in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Dabei kann damit gerechnet werden, daß auch das unbesetzte französische Gebiet, wenn nicht für den Durchtransport deutscher Truppen, so doch sicherlich für Versorgungstransporte zur Verfügung steht. Auch die Mitwirkung französischer See- und Luftstreitkräfte liegt im Bereich der Möglichkeit.
Zum Übersetzen nach Spanisch-Marokko nach der Wegnahme von Gibraltar sind Heeresverbände nur insoweit vorzusehen, als es die Sicherung der Meerenge erfordert.
Die Verteidigung der atlantischen Küste von Nord- und Westafrika, die Ausschaltung der englischen Besitzungen in Westafrika und die Rückgewinnung des von de Gaulle beherrschten Gebietes fällt den Franzosen zu, denen im Zuge der angebahnten Entwicklung die erforderlichen Verstärkungen bewilligt werden. Die Ausnutzung westafrikanischer Stützpunkte durch Kriegsmarine und Luftwaffe, u. U. auch die Besitznahme atlantischer Inseln, wird nach Beherrschung der Meerenge erleichtert sein.
4. Neben diesen möglichen Operationen gegen die britische Machtstellung im Mittelmeer muß die "Belagerung Englands" nach Abschluß des Ostfeldzuges durch Kriegsmarine und Luftwaffe wieder in vollem Maße aufgenommen werden.
Alle diesem Zweck dienenden Rüstungsvorhaben haben damit innerhalb der Gesamtrüstung den Vorrang. Gleichzeitig gilt es, die deutsche Luftverteidigung aufs höchste zu steigern. Vorbereitungen für eine Landung in England werden dem doppelten Ziel zu dienen haben, englische Kräfte im Mutterland zu binden und einen sich abzeichnenden Zusammenbruch Englands auszulösen und zu vollenden.
C. Zu welchem Zeitpunkt die geplanten Operationen im Mittelmeerraum und im Vorderen Orient begonnen werden können, läßt sich noch nicht übersehen. Die stärkste operative Wir-

kung würde ein möglichst gleichzeitiger Beginn der Angriffe gegen Gibraltar, Ägypten und Palästina ergeben.

Ob das möglich sein wird, hängt, neben einer Reihe von Faktoren, die heute noch nicht zu übersehen sind, in erster Linie davon ab, ob die Luftwaffe in der Lage sein wird, die erforderlichen Kräfte zur Unterstützung dieser drei Operationen gleichzeitig einzusetzen.

D. Die Herren Oberbefehlshaber ersuche ich, nach diesen vorläufigen Absichten ihre gedanklichen und organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und mich von deren Ergebnissen so rechtzeitig zu unterrichten, daß meine endgültigen Weisungen noch während des Ostfeldzuges erlassen werden können.

[nicht unterzeichnet]

[53] *Aus den Ciano-Tagebüchern*

18. Juni 1941
Langes Telephongespräch mit Ribbentrop. Zwei Neuigkeiten: eine gute und eine weniger gute. Die erste ist der Abschluß eines Abkommens mit der Türkei: Neutralität, gegenseitiger Respekt, friedliche Lösung aller Kontroversen. Kein Geheimprotokoll. Die zweite Neuigkeit ist die Ausweisung aller Konsule der Vereinigten Staaten aus den Achsenländern und umgekehrt. Das heißt, daß wir allmählich dem offenen Kriegszustand entgegengehen.

Der Präfekt von Bozen ist in Deutschland gewesen, um die Frage wegen der Evakuation der nichtitalienischen Bevölkerung aus dem Alto Adige zu verhandeln. Das Ganze geht langsam voran unter dem fadenscheinigen Vorwand, daß Hitler bisher das Land nicht ausgewählt habe, wohin sie gehen sollen. Der Präfekt ist der Überzeugung, daß die Deutschen auf der Stelle treten wollen, um am Ende des Krieges die Frage von neuem aufzurollen.

In Libyen steht es gut. Der englische Angriff ist gebrochen worden, und wir haben einen bemerkenswerten Erfolg davongetragen. Bismarck zögerte keinen Moment, das Ereignis mit folgenden Worten zu kommentieren: "Deswegen wird der Krieg noch lange nicht aufhören."

21. Juni 1941
Zahllose Anzeichen deuten darauf hin, daß der Beginn der Operationen gegen Rußland sehr nahe ist. Bismarck sagte im Vertrauen zu Filippo, daß er im Laufe der Nacht eine Nachricht Hitlers erwartet. Die Idee eines Krieges gegen Rußland ist an und für sich populär, insofern als der Zusammenbruch des Bolschewismus unter die bedeutsamsten Daten der menschlichen Zivilisation gerechnet werden muß. Aber als Symptom gefällt mir dieser Krieg nicht, denn es fehlt ihm ein einsichtiger und überzeugender Grund; die durchschnittliche Deutung dieses Krieges ist, daß er ein "Faute de mieux" ist, der Versuch, einen Ausweg aus einer ungünstigen Lage zu finden, die sich anders als die Erwartungen entwickelt hat. Wie wird der Verlauf dieses Krieges sein? Die Deutschen denken, daß alles in acht Wochen fertig sein wird, und das ist möglich, weil ihre militärischen Berechnungen immer richtiger waren als die politischen. Aber wenn dem nicht so wäre? Wenn das sowjetische Heer eine größere Widerstandskraft als die bürgerlichen Länder hätte, welche Reaktion würde das in den proletarischen Massen der Welt hervorrufen?

[54] *Psychologische Vorbereitung des deutschen Volkes zur Vernichtung des Bolschewismus*

Das Wichtigste aus den Richtlinien der Pressekonferenz von 11 Uhr 22. 6. 41

Der Reichspressechef Dr. Dietrich machte es der gesamten deutschen Presse zur Pflicht, gerade in den nächsten Tagen und Wochen des Volk psychologisch umzustellen auf die Vernichtung des Bolschewismus. Niemals sei der Einsatz der Presse notwendiger gewesen als heute. Das schon jetzt vorliegende höchst umfangreiche dokumentarische Material kann nicht in einer einzigen Zeitungsausgabe veröffentlicht werden. Es soll verteilt und in einer Form veröffentlicht werden, die dem Verständnis der breiteren Volksschichten entgegenkommt,

Es ist also keine Rede davon, daß alle diese Dokumente und Noten wörtlich wiedergegeben werden müssen. Dies ist technisch unmöglich und propagandistisch gar nicht einmal erwünscht. Die wichtigsten Gegenstände sollen behandelt und in der Sprache des Volkes entsprechend dem früheren Kampf gegen den Bolschewismus ausgewertet werden. Die deutsche Presse habe eine eindeutige Sprache zu führen und keinerlei Zweifel über die Richtigkeit des deutschen Handelns aufkommen zu lassen.

Für die Montagfrühblätter muß ein Leitartikel erscheinen. Berliner Büro wird ihn liefern. Die Zeitungen können in den Montagausgaben 6 Seiten mehr Papier verbrauchen, müssen aber diese

Seiten bis zum 30. 6. wieder einsparen. Unter Umständen sollen die Montagszeitungen von Anzeigen frei bleiben, damit der Abdruck der großen Erlasse und Noten nicht gefährdet wird. Die deutsche Papierlage ist sehr kritisch, so daß Mehrbewilligungen nicht gegeben werden können.
Vom Auslandspresseecho ist vorläufig nicht viel zu verwerten. Es kommt auch darauf an, erst einmal die deutschen Argumente zu erläutern, ehe das Ausland mit seinen Kombinationen zu Worte kommt. Die Aufrufe der mitkämpfenden Regierungen Rumäniens und Finnlands sollen nicht vergessen werden, aber treten natürlich aus Platzgründen sowieso in den Hintergrund. Über DNB kommt noch eine Warnungsmeldung gegen russische Fallschirmspringer mit eimem Kommentar. Diese Meldung ist vor allem in den Zeitungen der östlichen Gebiete gut herauszustellen.
Nach Aussagen von Dr. Dietrich stehen die Operationen sehr gut. An vielen Punkten ist die Überraschung und Überrumpelung vollständig gelungen. Dennoch wird der heutige OKW-Bericht nur einige allgemeine Angaben enthalten, die den Beginn der Kriegshandlungen aufzeigen. Es liegen auch schon einige PK-Berichte vor, die z. Zt. geprüft werden, ob sie schon morgen oder erst in einigen Tagen veröffentlicht werden können. London hat amtlich mitgeteilt, daß Churchill heute abend zum englischen Volk sprechen wird. Dies soll in der deutschen Presse nicht angekündigt werden. Über die Churchill-Rede werden besondere Sprachregelungen ergehen.
Unter den Dokumenten ist besonders wichtig das Spionagedokument des Reichsführers SS, der Grenzzwischenfallbericht des OKW und einige Einzelbeweisstücke das AA. Jedes dieser Dokumente umfaßt 20 Schreibmaschinenseiten. Weitere folgen.
[...]
Aus einem Wust von politischen und militärischen Richtlinien zum großen Ostfeldzug gebe ich nachstehend die wichtigsten Punkte wieder, die in den nächsten Wochen beachtet werden müssen:
1. In der deutschen Bevölkerung ist das Echo folgendes: Wir dachten, der Krieg ist in diesem Jahr zu Ende, jetzt gibt es dagegen eine neue Front, das Kriegsende ist nicht abzusehen. Demgegenüber kann in den nächsten Tagen hervorgehoben werden, daß der volle Einsatz der deutschen Kampfkraft im Westen unmöglich war, solange im Osten eine unbekannte Größe stand, die uns jederzeit in den Rücken fallen konnte. Die weitere öffentliche Meinung geht dahin, daß jetzt dem deutschen Volk erneut eine Schwenkung zugemutet wird. Erst war man antibolschewistisch, dann hielt man Burgfrieden mit den Sowjets und jetzt ist man wieder antibolschewistisch. Hinsichtlich dieser Meinung muß psychologisch sehr vorsichtig vorgegangen werden. Es ist natürlich noch nicht möglich, heute sofort wieder in die antibolschewistische Linie der Propaganda der Reichsparteitage einzubiegen. Vielmehr muß in einer Reihe von Übergangstagen ruhig darauf hingewiesen werden, daß Deutschland zwei Jahre gegenüber dem Bolschewismus geschwiegen hat aus politischer Vernunft. In den zwei Jahren ist sehr viel passiert, was nunmehr im Kampf gegen den Bolschewismus nachrichtlich nachgeholt werden soll. Außerdem, und das wäre die weitere Stufe der Propaganda, sind Plutokratie und Bolschewismus gleichen Ursprungs, nämlich jüdischen Ursprungs. Sie haben immer zum Schaden Deutschlands zusammengearbeitet, 1918 in Versailles und in der roten Revolte, im spanischen Bürgerkrieg und bei tausend anderen Anlässen bis jetzt. Die entsprechenden Propagandastellen werden den Zeitungen ein unerschöpfliches Material in dieser Hinsicht zur Verfügung stellen. Es soll gut ausgewertet werden mit populären Parolen usw. Es handelt sich nicht darum, große Broschüren zu schreiben, sondern die Dinge aktuell zu behandeln.
[...]

[55] *Schreiben des ehemaligen litauischen Gesandten Kazys Sirpa an Adolf Hitler*

Berlin, den 23. Juni 1941

Eure Exzellenz,

in dieser historischen Stunde, in der das litauische Volk seine Freiheit wiedererlangt, gestatte ich mir als Gesandter der früheren verfassungsmäßigen Litauischen Regierung im Deutschen Reich, Ihnen und dem siegreichen deutschen Heer den tiefsten Dank für die Errettung Litauens aus der bolschewistischen Okkupation auszusprechen.
Zugleich habe ich die große Ehre, Ihnen ganz ergebenst folgendes vorzutragen:
Nachdem im vorigen Jahr Litauen durch den Gewaltakt der Moskauer Regierung in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingegliedert worden war, bildete sich angesichts des bolschewistischen Terrors aus den aktivsten und tatkräftigsten Elementen im Lande unter meiner Führung die litauische Aktivistenbewegung mit dem Ziel, die bolschewistische Herrschaft abzuschütteln und die staatliche Unabhängigkeit Litauens wieder zu erkämpfen.
Nach der Erreichung dieses Ziels erstrebt die litauische Aktivistenbewegung die innere Neu-

ordnung des litauischen Staates auf völkischer Grundlage und seine Einordnung in die Schicksals- und Solidaritätsgemeinschaft des neuen Europas. Eine genauere Darlegung der Einstellung und der Wünsche Litauens ist in einer von mir am 19. Juni 1941 dem Herrn Gesandten von Grundherr im Auswärtigen Amt überreichten Denkschrift niedergelegt. In dieser ist die grundlegende, durch die Vergangenheit erwiesene Erkenntnis, daß eine engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit Litauens mit dem Deutschen Reich im lebenswichtigen Interesse des litauischen Volkes liegt, hervorgehoben.
Nunmehr hat die litauische Aktivistenbewegung im Wege der durch den heldenhaften Vormarsch der deutschen Truppen ermöglichten Revolution am 22. Juni 1941 das Sowjetregime beseitigt, die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Litauens proklamiert und eine nationale Regierung gebildet, an deren Spitze ich berufen worden bin.
In der Hoffnung auf Ihr geneigtes Wohlwollen bin ich aus vaterländischem Verantwortungsgefühl heraus bereit und sehe ich mich als Führer der litauischen Aktivistenbewegung auch verpflichtet, dem an mich ergangenen Ruf meines Vaterlandes zu folgen und mich in dessen Dienst zu stellen.
Ich betrachte es daher im Augenblick als meine erste Aufgabe, mich – das Einverständnis der Deutschen Reichsregierung vorausgesetzt – sofort in meine Heimat zu begeben, um aus Anlaß der Übernahme der Regierungsgeschäfte im Namen des gesamten litauischen Volkes dessen Ihnen und dem deutschen Volk für die Ermöglichung der Wiederaufrichtung des litauischen Staates geschuldeten Dank und die Verbundenheit Litauens mit dem deutschen Volk vor aller Welt zu verkünden.
Ich wäre Ihnen außerordentlich verbunden, wenn Sie mir die Ehre erweisen würden, in einer persönlichen Aussprache meine volle Ergebenheit Ihnen und dem Deutschen Reich gegenüber zu erweisen.

[56] *Aufrufe zum „Kreuzzug gegen den Bolschewismus"*

Proklamation des rumänischen Staatsführers General Antonescu vom 22. Juni 1941

Rumänen!
Vor dem Gotte unserer Vorfahren, vor der Weltgeschichte und im Angesicht der Ewigkeit habe ich heute die Verantwortung auf mich genommen, durch Waffenehre das wieder zu gewinnen, was uns durch aufgezwungene Demütigung und Verrat entrissen wurde, und den heiligen Kampf zur Wiedergewinnung der Rechte unseres Volkes aufzunehmen.
In der Stunde, da die Völker auf den Schlachtfeldern ihre Geschichte schreiben, da die geheiligten Rechte in der Glut des Opfers geboren werden und die Zivilisation aus dem Blute von Jahrhunderten sich neu formt, kann Rumänien nicht tatenlos und mit leerer Seele diesem gewaltigen Kampfe um die Ehre der Nationen zusehen.
Die Särge unserer Ahnen, die Grabkreuze unserer Märtyrer und die Rechte unserer Kinder verlangen von uns, daß wir mit unsrem eigenen Blut unser Anrecht auf Ehre schreiben, indem wir mit diesem unserem Blut die Seite der im vorigen Jahr begangenen Ungerechtigkeit, die nicht von dem rumänischen Volke selbst, sondern von Verrätern begangen wurde, aus dem Buche unserer Geschichte löschen.
Im Namen des christlichen Glaubens, der rumänischen Rechte und einer von Angst befreiten Zukunft, Rumänen, rufe ich euch zum Kampfe. Zum heiligen Kampfe gegen die Vernichter der Zivilisation und der Kirche, der Gerechtigkeit und unserer eigenen Rechte. Zum heiligen Kampf für Volk und König. Zum großen und gerechten Kampf an der Seite der großen deutschen Nation, zur Wahrung der gerechten Zukunft der Menschheit.
Rumänen!
Am 6. September 1940 legte mir das Schicksal die schier untragbare Bürde eines zerstückelten und zerrissenen Landes auf die Seele.
Ich habe gelobt, daß ich auch nicht einen Augenblick lang auf die heiligen Rechte und die Würde Rumäniens verzichten werde.
Ich habe mich bemüht, die Seelen aufzurichten, die Kräfte zusammenzuschweißen und die Arbeitsfreudigkeit des rumänischen Volkes wieder zu erwecken, um unser Volk zu erhalten und emporzuheben.
Ich verlangte von euch, daß ihr mit mir hoffen sollt, daß ihr mir euren Glauben schenkt, indem ich euch versprach, für den Aufstieg des Landes zu kämpfen, und ihr hörtet auf mich.
Der Allmächtige half mir, daß es mir im Verlaufe von nur einem Jahre – dieses Jahr der Entwürdigung, der Leiden und bitteren Lehren Rumäniens – gelang, das rumänische Volk von neuem auf den Weg des Kampfes und der heiligen, von den Ahnen übernommenen Rechte zu führen.

Ich trug auf meinen überlasteten Armen die zerwühlten Reste unseres teuren und großen Rumäniens – das zusammenbrach durch unsere Schuld und den Verrat einiger.
Ich habe geschwiegen über das Leid und meine Kämpfe um die Rechte eines immerwährenden Rumäniens, für welches ich schon seit jeher gekämpft habe.
Nun ist der Tag zur Erfüllung meiner Gelöbnisse gekommen. Wir schreiten zum Kampf. In dieser Stunde der Bewährung schwöre ich, daß ich euch zum Sieg für unsere heiligen Rechte an unsere alte Moldau führe, daß ich aufs neue aus dem Boden Bessarabiens einen Hort unserer Toten und Wiege unserer Nachkommen schaffen werde, und aus den Wäldern der Bukowina einen unvergänglichen Wall der Glorie Rumäniens.
Ich danke dem Allmächtigen, daß er mich berufen hat, die Ketten der roten Anarchie zu sprengen, um dadurch zum Kampfe um die Erneuerung der Zivilisation beizutragen, diesen Kampf, den in Europa das Deutschland Adolf Hitlers und das Italien des Duce führt.
Ich danke im Namen meines Volkes dem schöpferischen Genius der neuen Welt, dem Führer und Kanzler Adolf Hitler, daß er mit soviel Gerechtigkeitssinn die Ungerechtigkeit empfand, die einem loyalen Volke zugefügt wurde – das gekämpft hat und ewig kämpfen wird für seine heilige Einigkeit – indem er dem rumänischen Volke den Stolz zuteil werden ließ, mutig und tapfer teilzunehmen an einem Kampf, der nicht nur um den Wiederaufbau der nationalen Rechte geführt wird, sondern auch gegen den größten Feind der Welt: den Bolschewismus.
Verbunden zum Opfer für das neue und große Ideal der sich neuformenden Welt, werden die Rumänen sich ihr Recht durch ihre Tat des Vertrauens wiedererobern, durch ihren ehrenvollen Kampf für die Zivilisation, an der Seite des großen deutschen Volkes...

Manifest des spanischen Ministers und Generalsekretärs der falangistischen Partei José Luis Arrese, vom 27. Juni 1941

Kameraden! Seit dem Augenblick, in dem der deutsche Angriff gegen Rußland bekannt wurde, haben Tausende von Kameraden unserer Falange begeistert ihren Willen bekundet, an diesem Kampf teilzunehmen. Es handelt sich dabei nicht, wie in anderen Fällen, um einfache Sympathiekundgebungen für diejenigen, die unser Schicksal in den entscheidenden Stunden mit uns teilten, sondern um das Eintreten für revolutionäre Ideen gleich denen, die wir für unser Vaterland wünschen, für die Weltanschauung eines Volkes, welches leidet oder gelitten hat unter der Ungerechtigkeit und das beraubt wurde wie wir. Unsere Gründe sind tiefere und stärkere: es handelt sich darum, daß wir den Kampf Deutschlands gegen den Kommunismus absolut als unseren eigenen Kampf empfinden.
Wenn der letzte Zweck der nationalen Bewegungen einen revolutionären Sinn hat, dann ist es offensichtlich, daß die Tatsache des Bestehens einer zerstörenden und negativen Gegenrevolution die Ursache war, daß die Jugend der Welt die Gefahr erkannte und seither die notwendigen heroischen Gefühle aufbrachte, um eigene Wege zu gehen.
Es ist deshalb nur natürlich, daß das Bild dieser Gefahr, wie sie zur Zeit noch in Rußland besteht, der erste Antrieb für unsere Jugend ist, mit den realen Mitteln der Kriegsführung an ihrer Bekämpfung teilzunehmen.
Rußland wollte Spanien zerstören und hat es auch zu einem großen Teil zerstört, es wollte Spanien als Mittel benutzen, das ganze Abendland zu zerstören, und es sind mehr als eine Million Tote, die Spanien in diesem Kampf um die Wiedererlangung seiner Freiheit verlor. Das ganze Europa wird keinen Frieden und keine Ruhe haben, solange Sowjetrußland existiert, und nie die wirkliche befreiende Revolution des Volkes erleben. Niemals wird diese Revolution siegreich sein, solange auf den Grenzen Europas der Schatten des Kommunismus liegt. Wir müssen unsere Gefallenen rächen, und wir müssen die Existenz unserer Nachfolger sicherstellen. Wir müssen Spanien rächen und müssen gegenwärtig sein in dem Kampf um die Rettung Europas. Es wird nicht nötig sein, überall von unseren natürlichen Wegen und unseren berechtigten Interessen abzugehen. Spanien beschränkt sich heute darauf, den Gefühlen seiner Jugend freien Lauf zu lassen, damit sie teilnehme an diesem großen europäischen Kreuzzug.
In Anerkennung aller dieser Gründe wird die Falange diesen Enthusiasmus der Freiwilligen in diszplinierte Bahnen lenken und Werbebüros eröffnen, um eine Legion von Kämpfern zu bilden, die an dem Feldzug gegen Sowjetrußland teilnehmen wird.

[57] *Aus dem Tagebuch Halders*

3. 7. (12. Tag des Ostfeldzuges):...Es ist also wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch

nicht beendet. Die Weite des Raumes und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes werden uns noch viele Wochen beanspruchen...

Weitere Pläne:
Sobald die Kriegführung im Osten aus dem Bereich der Zertrümmerung der feindlichen Wehrmacht in den Bereich der wirtschaftlichen Lahmlegung des Feindes übergeht, werden die weiteren Aufgaben der Kriegführung gegen England in den Vordergrund treten und eingeleitet werden müssen. Diese sind:
Vorbereitung der Offensive gegen die Landbrücke zwischen Nil und Euphrat sowohl von der Seite der Cyrenaika her als auch über Anatolien und vielleicht auch aus dem Kaukasus gegen Iran. Ersteres, das immer abhängig bleibt von der Zufuhr über See und daher unberechenbaren Wechselfällen ausgesetzt ist, wird Nebenkriegsschauplatz und wird in der Hauptsache italienischen Kräften zu überlassen sein. Nur die zwei auf volle Stärke aufzufüllenden deutschen Panzerdivisionen (5. leichte und 15.) mit verschiedenen Zutaten werden von uns zu stellen sein. Die Operation durch Anatolien gegen Syrien, gegebenenfalls mit einer Nebenoperation aus dem Kaukasus wird zunächst durch Aufmarsch der erforderlichen Kräfte in Bulgarien einzuleiten sein, welcher gleichzeitig als politischer Druck auf die Türkei ausgenutzt werden muß, um den Durchmarsch zu erzwingen...
8. 7., 12.30 Uhr: Vortrag beim Führer (in seiner Befehlsstelle) ... Aussprache, Ergebnis: Feststehender Entschluß des Führers ist es, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssen. Die Städte sollen durch die Luftwaffe vernichtet werden. Panzer dürfen dafür nicht eingesetzt werden. "Volkskatastrophe, die nicht nur den Bolschewismus, sondern auch das Moskowitertum der Zentren beraubt..."
11. 8. 41 (51. Tag):...In der gesamten Lage hebt sich immer deutlicher ab, daß der Koloß Rußland, der sich bewußt auf den Krieg vorbereitet hat, mit der ganzen Hemmungslosigkeit, die totalitären Staaten eigen ist, von uns unterschätzt worden ist. Diese Feststellung bezieht sich ebenso auf die organisatorischen wie auf die wirtschaftlichen Kräfte, auf das Verkehrswesen, vor allem aber auf rein militärische Leistungsfähigkeit. Wir haben bei Kriegsbeginn mit etwa 200 feindlichen Divisionen gerechnet. Jetzt zählen wir bereits 360. Diese Divisionen sind sicherlich nicht in unserem Sinne bewaffnet und ausgerüstet, sie sind taktisch vielfach ungenügend geführt. Aber sie sind da. Und wenn ein Dutzend davon zerschlagen wird, dann stellt der Russe ein neues Dutzend hin. Die Zeit dazu gewinnt er dadurch, daß er nah an seinen Kraftquellen sitzt, wir immer weiter von ihen abrücken.
So ist unsere auf größte Breite auseinandergezerrte Truppe ohne jede Tiefe immer wieder den Angriffen des Feindes ausgesetzt. Diese haben teilweise Erfolg, weil eben auf den ungeheuren Räumen viel zu viele Lücken gelassen werden müssen...

[58] *Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Rußland*
Führerhauptquartier, 16. 7. 1941

[...]

Auf Anordnung des Führers fand heute bei ihm um 15 Uhr eine Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg, Reichsminister Lammers, Feldmarschall Keitel, mit dem Reichsmarschall und mir (Bormann) statt.
Die Besprechung begann um 15 Uhr und dauerte mit einer Kaffeepause bis gegen 20 Uhr.
Einleitend betonte der Führer, er wolle zunächst einige grundsätzliche Feststellungen treffen. Verschiedene Maßnahmen seien jetzt notwendig; dies beweise u. a. ein von einer unverschämten Vichy-Zeitung gebrachter Hinweis, der Krieg gegen die Sowjet-Union sei ein Krieg Europas; er sei also auch für ganz Europa zu führen. Offenbar wollte diese Vichy-Zeitung mit diesen Hinweisen erreichen, daß die Nutznießer dieses Krieges nicht allein die Deutschen sein dürften, sondern daß alle europäischen Staaten daraus ihren Nutzen ziehen müßten.
Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollen. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was außerhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun.
Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten. Wir müßten hier genau so vorgehen, wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Auch in diesen Fällen hätten wir nichts über unsere Ansichten gesagt, und wir würden dies auch weiterhin klugerweise nicht tun.
Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr

usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.
Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. Uns muß aber dabei klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.
Demgemäß handelt es sich darum:
1. Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten;
2. wir betonen, daß wir die Bringer der Freiheit wären.

Im einzelnen:
Die Krim muß von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden. Ebenso wird das alt-österreichische Galizien Reichsgebiet.

Jetzt ist unser Verhältnis zu Rumänien gut, aber man weiß nicht, wie künftig zu jeder Zeit unser Verhältnis sein wird. Darauf haben wir uns einzustellen, und danach haben wir unsere Grenzen einzurichten. Man soll sich nicht vom Wohlwollen anderer abhängig machen; danach müssen wir unser Verhältnis zu Rumänien einrichten.
Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn
erstens beherrschen,
zweitens verwalten und
drittens ausbeuten können.
Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanen-Krieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanen-Krieg hat auch wieder seinen Vorteil; er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt.
Grundsätzliches:
Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural kein fremdes Militär existiert; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland.
Eiserner Grundsatz muß sein und bleiben:
Nie darf erlaubt werden, daß ein Anderer Waffen trägt, als der Deutsche!
Dies ist besonders wichtig; selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kosak oder der Ukrainer!
Keinesfalls dürfen wir eine Schaukel-Politik führen, wie dies vor 1918 im Elsaß geschah. Was den Engländer auszeichnet, ist sein immer gleichmäßiges Verfolgen einer Linie und eines Zieles! In dieser Hinsicht müssen wir unbedingt vom Engländer lernen. Wir dürfen demgemäß unsere Stellungnahme auch nie abhängig machen von einzelnen vorhandenen Persönlichkeiten: auch hier ist das Verhalten der Engländer in Indien gegenüber den indischen Fürsten usw. ein Beispiel: Immer muß der Soldat das Regime sicherstellen!
Aus den neugewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle.
Auch wenn wir einzelne Gebietsteile jetzt schon abteilen, immer müssen wir als Schützer des Rechts und der Bevölkerung vorgehen. Demgemäß seien die jetzt notwendigen Formulierungen zu wählen; wir sprechen nicht von einem neuen Reichsgebiet, sondern von einer durch den Krieg notwendigen Aufgabe.
Im einzelnen:
Im Baltikum muß jetzt das Gebiet bis zur Düna nach näherer Festlegung mit Feldmarschall Keitel in Verwaltung genommen werden.
Reichsleiter Rosenberg betont, nach seiner Auffassung sei in jedem Kommissariat eine andere Behandlung der Bevölkerung notwendig. In der Ukraine müßten wir mit einer kulturellen Betreuung einsetzen, wir müßten dort das Geschichtsbewußtsein der Ukrainer wecken, müßten eine Universität in Kiew gründen und dergleichen.
Der Reichsmarschall stellt demgegenüber fest, daß wir doch zunächst an die Sicherung unserer Ernährung denken müssen, alles andere könne doch erst viel später kommen.
(Nebenfrage: Gibt es überhaupt noch eine kulturelle Schicht in der Ukraine oder gibt es Ukrainer gehobenen Standes lediglich außerhalb des heutigen Rußland als Emigranten?)

Rosenberg fährt fort, auch in der Ukraine müßten gewisse Selbständigkeitsbestrebungen gefördert werden.

Der Reichsmarschall bittet den Führer um Mitteilung, welche Gebiete anderen Staaten zugesagt seien.
Der Führer erwidert, Antonescu wolle Bessarabien und Odessa nebst einem Streifen, der von Odessa in West-Nordwest führt.
Auf die Einwände des Reichsmarschalls und Rosenbergs stellt der Führer fest, daß die neue von Antonescu gewünschte Grenze wenig außerhalb der alten rumänischen Grenze führe.
Der Führer betont weiter, den Ungarn, den Türken und den Slowaken sei nichts Bestimmtes zugesagt worden.
Der Führer stellt dann zur Erwägung, ob man nicht den altösterreichischen Teil Galiziens sofort zum Gouvernement geben soll; auf Einwände hin bestimmt der Führer, dieser Teil solle nicht zum Gouvernement kommen, sondern lediglich gleichzeitig dem Reichsminister Frank unterstellt werden (Lemberg).
Der Reichsmarschall hält es für richtig, verschiedene Teile des Balten-Landes, z. B. die Bialystoker Forsten, Ostpreußen zuzuteilen.
Der Führer betont, das gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden.
Ebenso müsse die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland müsse möglichst groß sein. Hiergegen hat Rosenberg Bedenken wegen der dort wohnenden Ukrainer.

(Nebenbei: Es tritt mehrfach in Erscheinung, daß Rosenberg für die Ukrainer sehr viel übrig hat; er will die alte Ukraine auch erheblich vergrößern.)
Der Führer betont weiter, auch die Wolga-Kolonie müsse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; es müsse deutsche Konzession werden (Militär-Kolonie).
Die Finnen wollen Ost-Karelien, doch soll wegen der großen Nickel-Vorkommen die Halbinsel Kola zu Deutschland kommen.
Mit aller Vorsicht müsse die Angliederung Finnlands als Bundesstaat vorbereitet werden. Das Gebiet um Leningrad wird von den Finnen beansprucht; der Führer will Leningrad dem Erdboden gleichmachen lassen, um es dann den Finnen zu geben.
Es folgt dann eine längere Erörterung über die Eignung des Gauleiters *Lohse,* den Rosenberg als Gouverneur für das Balten-Land vorgesehen hat. Rosenberg betont immer wieder, er habe nun schon mit Lohse gesprochen und es wäre sehr peinlich, wenn Lohse nicht beauftragt würde; den westlichen Teil des Balten-Landes soll *Kube* unter Lohse bekommen; für die Ukraine hat Rosenberg *Sauckel* vorgesehen.
Demgegenüber betonte der Reichsmarschall die wichtigsten Gesichtspunkte, die zunächst ausschließlich für uns bestimmend sein können: Sicherung der Ernährung, soweit notwendig, der Wirtschaft, Sicherung der Straßen usw.
Der Reichsmarschall betont, entweder müsse *Koch* für das Balten-Land in Frage kommen, weil er das Balten-Land genau kenne, oder aber man gebe Koch die Ukraine, die sicherlich Koch am besten bewirtschaften würde, weil Koch eben die Persönlichkeit mit der stärksten Initiative und der besten Vorbildung sei.
Der Führer fragte, ob *Kube* nicht als Reichskommissar für das Moskauer Gebiet in Frage kommen könne; Rosenberg und der Reichsmarschall meinen, Kube sei dazu zu alt geworden.
Auf nochmalige Vorstellungen erklärte Rosenberg, er befürchte, daß Koch seinen Direktiven sehr rasch keine Folge leisten würde; Koch habe dies im übrigen schon selbst ausgesprochen.
Der Reichsmarschall wies demgegenüber darauf hin, Rosenberg könne die eingesetzten Leute ja nun nicht ständig gängeln, sondern diese Leute müßten doch sehr selbständig arbeiten.
Für das Kaukasus-Gebiet hat Rosenberg seinen Stabsleiter *Schickedanz* vorgesehen; er betonte wiederholt, Schickedanz werde diese Aufgabe sicher sehr gut erfüllen, was vom Reichsmarschall bezweifelt wird.
Rosenberg erklärte dann, Lutze habe ihm den Vorschlag gemacht, verschiedene SA.-Führer einzusetzen, und zwar *Scheppmann* nach Kiew – *Manthey* – *Dr. Bennecke* –, *Litzmann* nach Estland und nach Lettland den Bürgermeister Dr. Drexler.
Der Führer hat gegen die Verwendung der SA.-Führer keine Bedenken.
Rosenberg erklärt dann, er habe einen Brief von Ribbentrop erhalten, der die Einschaltung des Auswärtigen Amtes gewünscht habe; er bitte aber den Führer festzustellen, daß die innere Gestaltung des neuen Raumes das Auswärtige Amt nichts anginge. Diese Auffassung wird vom Führer durchaus geteilt. Es genügt zunächst, wenn das Auswärtige Amt zum Reichsleiter Rosenberg einen Verbindungsmann abstellt.
Der Führer betont, das wichtigste Gebiet für die nächsten drei Jahre sei zweifellos die Ukraine. Daher werde *Koch* am besten dort eingesetzt; wenn *Sauckel* Verwendung finden solle, dann sei es besser, ihn im Balten-Land zu verwenden.
Rosenberg erklärt weiter, er wolle im Moskauer Gebiet als Kommissare *Schmeer, Selzner* und *Manderbach* verwenden. Der Führer wünscht, daß auch *Holz* verwendet wird und daß die Verwaltung der Krim dem ehemaligen Gauleiter Frauenfeld übertragen wird.

Rosenberg erklärt, er wolle seiner Verdienste wegen auch den Hauptmann *v. Petersdorff* verwenden; allgemeines Entsetzen, allgemeine Ablehnung. Der Führer und der Reichsmarschall betonten, v. Petersdorff sei zweifellos geisteskrank.
Rosenberg erklärt weiter, daß ihm auch der Stuttgarter Oberbürgermeister *Stroelin* zur Verwendung vorgeschlagen sei. Dagegen bestehen keine Bedenken.
Da nach Auffassung des Reichsmarschallsund Rosenbergs *Kube* für das Moskauer Gebiet zu alt ist, soll *Kasche* dieses Gebiet übernehmen.
(Vermerk für Pg. Klopfer:
Bitte erbitten Sie sich baldigst bei Dr. Meyerdie Unterlagen über die beabsichtigte Organisation und über die beabsichtigten Stellen-Besetzungen.)
Der Reichsmarschall betont, er wolle die Halbinsel Kola dem Gauleiter *Terboven* zur Ausbeutung übergeben; der Führer ist damit einverstanden.
Der Führer betont, *Lohse* solle also zunächst, wenn er sich dieser Aufgabe gewachsen fühle, das Balten-Land übernehmen, *Kasche* Moskau, *Koch* die Ukraine, *Frauenfeld* die Krim, *Terboven* Kola und *Schickedanz* den Kaukasus.
Reichsleiter Rosenberg schnitt dann die Frage der Sicherung der Verwaltung an.
Der Führer sagt dem Reichsmarschall und dem Feldmarschall, er habe immer darauf gedrängt, daß die Polizei-Regimenter Panzerwagern bekämen; für den Einsatz der Polizei in den neuen Ostgebieten sei dies höchst notwendig, denn mit einer entsprechenden Anzahl von Panzerwagen könne ein Polizei-Regiment natürlich ein Vielfaches leisten. Im übrigen, betont der Führer, aber sei die Sicherung natürlich sehr dünn. Der Reichsmarschall werde aber alle seine Übungs-Flugplätze in die neuen Gebiete verlegen und wenn es notwendig sei, dann könnten selbst Ju 52 bei Aufruhr Bomben schmeißen. Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, daß man Jeden, der nur schief schaue, totschieße.
Feldmarschall Keitel betont, für ihre Dinge müsse man die Einwohner selbst verantwortlich machen, denn es sei natürlich nicht möglich, für jeden Schuppen und für jeden Bahnhof eine Wache zu stellen. Die Einwohner müßten wissen, daß Jeder erschossen würde, der nicht funktioniere, und daß sie für jedes Vergehen haftbar gemacht würden.
Auf die Rückfrage Reichsleiter Rosenbergers erwiderte der Führer, Zeitungen – auch z. B. für die Ukraine – müßten wieder ins Leben gerufen werden, um die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Landeseinwohner zu bekommen.
Nach der Pause betonte der Führer, wir müßten uns darüber klar sein, daß das heutige Europa nur ein geographischer Begriff sei, in Wirklichkeit ginge Asien bis zu unseren bisherigen Grenzen.
Reichsleiter Rosenberg schildert nun die von ihm beabsichtigte organisatorische Einteilung; er wolle einen ständigen Vertreter des Reichskommissars nicht von vornherein bestimmen, sondern der tüchtigste der Generalkommissare solle jeweils die Vertretung des Reichskommissars übernehmen.

Beim Reichskommissar will Rosenberg vier Abteilungen gründen:
erstens für die allgemeine Verwaltung,
zweitens für Politik,
drittens für Wirtschaft,
viertens für Technik und Bauwesen.

(Nebenbei: Der Führer betont, die Tätigkeit von Kirchen käme keinesfalls in Frage. Papen habe ihm über das Auswärtige Amt schon eine lange Denkschrift geschickt, in der behauptet wird, jetzt sei der richtige Augenblick, die Kirchen wieder einzuführen; dies komme aber keinesfalls in Frage.)

Der Reichsmarschall wird zur Dienststelle Rosenberg die Ministerialdirektoren Schlotterer und Riecke abstellen.
Reichsleiter Rosenberg bittet nun um ein entsprechendes Dienstgebäude; er bittet um das Gebäude der Handelsvertretung der Sowjet-Union in der Lietzenburger Straße; das Auswärtige Amt sei zwar der Auffassung, dieses Gebäude sei exterritorial. Der Führer erwidert, dies sei Unsinn; Reichsminister Dr. Lammers wird beauftragt, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, das Haus sei ohne Verhandlung augenblicklich an Rosenberg zu übergeben.
Rosenberg macht dann den Vorschlag, einen Verbindungsmann zum Führer abzustellen; diese Aufgabe solle sein Adjutant *Koeppen* übernehmen; der Führer ist damit einverstanden und erklärt, Koeppen solle die Parallel-Rolle zu Hewel übernehmen.
Reichsminister Dr. Lammers verliest nun die von ihm gefertigten Entwürfe (siehe Anlage!)
Eine längere Diskussion setzt über die Zuständigkeit des RFSS ein; offenbar wird dabei von allen Beteiligten aber auch an die Zuständigkeit des Reichsmarschalls gedacht.
Der Führer, der Reichsmarschall etc. betonen wiederholt, *Himmler* solle ja keine andere Zuständigkeit bekommen, als er sie im Reich habe; dies aber sei unbedingt notwendig.

Der Führer betont wiederholt, in der Praxis werde sich der Streit sehr rasch geben; er erinnert an die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe an der Front.
Abschließend wird bestimmt, das Balten-Land solle Ostland genannt werden.
[Anlagen]

[59] *Schreiben des ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera an Reichsminister Alfred Rosenberg*

Berlin, den 14. August 1941

Euere Exzellenz! Hochverehrter Herr Reichsminister!

Am 6. August d. J. hat Herr Hauptmann Prof. Dr. Koch als bevollmächtigter Vertreter Eurer Exzellenz, als des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, in Anwesenheit des Herrn Prof. Dr. v. Mende den Vertretern der Organisation Ukrainischer Nationalisten – OUN – die Bedingungen überreicht, nach deren Erfüllung die deutschen Behörden die Tätigkeit der OUN sowie auch anderer ukrainischer, deutschfreundlich gesinnter politischer Gruppen und Richtungen in den von der Deutschen Wehrmacht besetzten ukrainischen Gebieten zulassen werden. Die Bedingungen lauteten:

a) Die Organisation Ukrainischer Nationalisten – OUN – verzichtet im gegenwärtigen Augenblick auf jede parteipolitische Propaganda, indem sie sich auf allgemein-nationale ukrainische Propagandaparolen beschränkt.
b) Die OUN wird keine Propaganda für einen lebenden ukrainischen Volksgenossen treiben.
Die beiden Bedingungen sollen auch anderen ukrainischen Gruppen und Richtungen gestellt werden.
c) Ferner wurde eine besondere Forderung an die OUN gestellt, die als Vorbedingung für die Verhandlungen über eine weitere Zusammenarbeit der OUN mit den deutschen Behörden zu betrachten ist, die am 30. 6. 1941 in Lemberg gebildete Ukrainische Staatsregierung aufzulösen.
Zu den Bedingungen unter a) und b) habe ich als Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten erklärt, daß die OUN, obwohl sie ihrerseits die Zweckmäßigkeit dieser Bedingungen nicht einsehe, bereit sei, diese auf eine vorübergehende, durch die Kriegserfordernisse bestimmte Zeit anzunehmen, da diese deutscherseits als Voraussetzung für jede Zusammenarbeit gestellt wurden.
Die Forderung aber, die Ukrainische Staatsregierung aufzulösen, ist für das Ukrainertum, für die ukrainisch-deutschen Beziehungen und, unserer Meinung nach, für die weitere Entwicklung der deutschen Politik bezüglich der Neuordnung Osteuropas eine Angelegenheit von weitreichender Bedeutung. Man kann diese Forderung nicht auf die kurze Antwort „ja" oder „nein" bringen, sondern es ist unumgänglich nötig, die mit ihr untrennbar verbundenen Momente zu berücksichtigen. Da Herr Hauptmann Prof. Dr. Koch, als Vertreter Euerer Exzellenz, abgelehnt hatte, über unsere Argumente in dieser Angelegenheit zu diskutieren, indem er erklärte, daß er diesbezüglich keine Vollmachten besitze, und da er gleichzeitig dem Ansuchen, den Vertretern der OUN durch einen persönlichen Vortrag Euerer Exzellenz den Standpunkt der OUN klarzulegen, eine ablehnende Antwort gab, beehre ich mich hiermit, den Standpunkt der OUN dazu in der beigefügten Denkschrift schriftlich vorzubringen.
Indem ich tief überzeugt bin, daß Euere Exzellenz unsere Einwendungen bei der Entscheidung über die Zusammenarbeit der OUN mit den deutschen Behörden in Betracht ziehen werden, verbleibe ich mit dem Ausdruck tiefempfundener Hochachtung

gez. Stepan Bandera
Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten

[60] *Auszug aus einer von Hitler gebilligten Denkschrift des OKW über die strategische Lage Deutschlands im Spätsommer (September) 1941*

...7. Eigene Entschließungen: Ziel bleibt, England niederzuwerfen und zum Frieden zu zwingen. Luftwaffe allein genügt nicht. Mittel: Invasion und Belagerung.
Invasion: Sicherstes Mittel zur schnellen Beendigung des Krieges.
Voraussetzungen:
a) Luftherrschaft

b)Masseneinsatz, der bisher erfolgreichsten Kampfmittel gegen englische Flotte, um sie an Erfolgen gegen unsere Transportflotte zu verhindern.
c) Massenherstellung hochwertiger Schiffsgefäße mit Selbstantrieb.
d) Schaffung einer starken Fallschirm- und Luftlandetruppe.
Nur möglich, auf Kosten anderer Rüstungsvorhaben.
Brauchen Zeit bis Spätsommer 1942.
Man muß die weitere Rüstung davon abhängig machen, ob man England an der Peripherie oder auf der Insel angreifen will. Die Angriffsmittel sind ganz verschieden. Entscheidung wäre jetzt nötig, kann aber noch nicht gefällt werden. Rüstung muß einen Weg einschlagen, der beide Möglichkeiten offen hält.
Belagerung: Notwendig monatliche Versenkung von 1 Mill. t feindlichen Schiffsraums. Kriegsmarine will starke Seeaufklärungsverbände und Luft-Atlantik-Geschwader für Kampf gegen Zufuhr an den Küsten und auf See. Großeinsatz der neuen Luftminen und Torpedos, Fortsetzung des systematischen Angriffs gegen Häfen und Werften.
Diese Ansichten lassen sich in vollem Umfange 1942 noch nicht verwirklichen.
Belagerung Englands kann mit ausreichenden Luftstreitkräften erst begonnen werden, wenn Ostfeldzug im wesentlichen abgeschlossen ist und die Luftwaffe wieder aufgefrischt und vermehrt ist. Nach Auffassung der Kriegsmarine ist daher um so nötiger durch neue strategisch günstig gelegene Stützpunkte die Aussichten für eine erfolgreiche Fortsetzung der Schlacht im Atlantik zu verbessern (Bizerta, Ferrol, Cadiz, Gibraltar, Casablanca, Dakar). Um diese Stützpunkte zu gewinnen, braucht man das politische Einverständnis von Spanien oder Frankreich. Spanien würde sich vielleicht unserem Druck beugen. Gegenüber dem französischen Kolonialreich fehlen uns alle Druckmittel; denn durch Besetzen von Frankreich können wir keinen Ausgleich schaffen für den Nachteil des Übergangs der französisch-afrikanischen Kolonien und der französischen Flotte zum Feind.
In der Erkenntnis, daß dem Feind zum gleichen Zweck militärische und politische Mittel reichlich zur Verfügung stehen und daß der Besitz dieser französischen Stützpunkte von kriegsentscheidender Bedeutung sein kann, wäre ein hoher politischer Einsatz hierzu notwendig und gerechtfertigt, vorausgesetzt, daß der politische Erfolg militärisch ausgenützt werden kann. Ob ein derartiger politischer Einsatz unternommen werden kann, hängt weniger von unserem guten Willen ab als von dem der französischen Regierung.
Ebenso wichtig wie die Schlacht im Atlantik ist die Schlacht im Mittelmeer. Voraussetzung für beide ist die Niederwerfung Sowjetrußlands.
Die Lage Englands wird hoffnungslos, wenn es gelingt, die politischen Gegensätze Frankreichs, Spaniens und der Türkei, teils unter sich, teils zu Italien, so weit zu überwinden, daß alle 3 Staaten am Krieg gegen England teilnehmen. Dieses höchste Ziel ist vielleicht in vollem Umfange nicht zu verwirklichen.
Wenn die Türkei mit uns geht, werden wir sie mit Munition und Material unterstützen müssen. Spanien wird uns materiell ebenfalls stark belasten. Es bringt uns die Flottenstützpunke Ferrol und Cadiz, die Beseitigung des englischen Flottenstützpunktes Gibraltar. Der politische Nutzen ist also sehr groß, aber nur dann, wenn gleichzeitig das französische Kolonialreich in Afrika seine bisherige Haltung nicht ändert. Der Gedanke, mit Hilfe eines spanischen Brückenkopfes das französische Kolonialreich in Afrika mit Gewalt zu bezwingen, ist schwer zu verwirklichen. Spanisch-Marokko würde durch gemeinsame englisch-französische Operation wahrscheinlich verloren sein, bevor deutsche Kräfte zur Stelle sein könnten. Der Besitz von Gibraltar hat aber seine wesentliche Bedeutung verloren, wenn Nordafrika in englisch-französische Hand fällt.
Der Kriegseintritt Frankreichs an unserer Seite führt zu einer sofortigen Entspannung unserer Lage in Nordafrika. Der Einsatz der französischen Flotte wäre von höchstem Wert. Andererseits sind die Machtmittel Frankreichs in Westafrika beschränkt, während sich südlich davon ein immer stärkeres englisches Machtzentrum aufbaut. Wenn also Frankreich an unserer Seite in den Krieg eintreten soll, so muß es vorher die Möglichkeit bekommen, sich in Westafrika zu verstärken und wir müssen in der Lage sein, stützend einzugreifen. Die Möglichkeiten für uns hierzu bleiben immer gering.
Folgerung: Ein Kriegseintritt der Türkei ist für uns jederzeit – je früher desto besser – militärisch von großem Vorteil. Sie ist auch ohne deutsche Hilfe stark genug, den z. Zt. verfügbaren englisch-russischen Streitkräften auf dem Lande, zur See und in der Luft standzuhalten und kann für die Beherrschung des Schwarzen Meeres wertvolle Hilfe bieten.
Anders Frankreich und Spanien: Ohne unsere Hilfe bleibt der Kriegseintritt dieser Länder problematisch. Daran ändert auch die Benutzung spanischer Häfen durch uns nicht viel. Dem großen Vorteil, die Versorgung des italienischen Kriegsschauplatzes auf breitere Basis zu stellen, steht die Gefahr des Verlustes von Dakar an die Engländer gegenüber, da insbesondere die französischen Luftstreitkräfte um Dakar noch unzureichend sind.
8. Zusammenfassung: England verfolgt politisch und militärisch zwei große Ziele:
Durch die über Iran hergestellte Verbindung mit Sowjetrußland dessen Widerstandswillen zu

erhalten und Deutschland den Zugriff auf das Ölgebiet zu verwehren und früher oder später ganz West- und Nordafrika als Operationsraum zu gewinnen.
Spanien und Türkei sollen wenigstens als Nichtkriegführende erhalten bleiben.
Für die eigene Weiterführung des Krieges ergibt sich daher folgendes:
1. Der Zusammenbruch Rußlands ist das nächste und entscheidende Kriegsziel, das unter Einsatz aller an anderen Fronten entbehrlichen Kräfte erzwungen werden muß. Soweit es 1941 nicht völlig verwirklicht wird, steht die Fortsetzung des Ostfeldzuges 1942 an erster Stelle. Raumgewinn am Südflügel wird politisch und wirtschaftlich große Auswirkungen zur Folge haben. Unser Bestreben muß sein, eine Änderung der politischen Haltung der Türkei zu unseren Gunsten zu erreichen. Die militärische Lage würde dadurch im Südosten bedeutend verbessert werden.
2. Erst nach Ausschaltung Rußlands als Machtfaktor wird die Schlacht im Atlantik und im Mittelmeer gegen England, wenn möglich mit Hilfe französischer und spanischer Positionen im vollen Maß aufzunehmen sein. Auch wenn Rußland noch in diesem Jahr im großen niedergeworfen wird, stehen die Kräfte des Heeres und der Luftwaffe für entscheidende Operationen im Mittelmeer, im Atlantik und auf dem spanischen Festland kaum vor Frühjahr 1942 zur Verfügung.
3. Wichtig ist es, bis zum nächsten Frühjahr die politischen und militärischen Beziehungen zu Frankreich und Spanien nicht abreißen zu lassen, sondern im Gegenteil zu vertiefen, Frankreich bei der Stange zu halten und weiterhin zu beeinflussen, daß es Westafrika militärisch verstärkt, um jedem englisch-amerikanischen Angriff gewachsen zu sein. Die Schwierigkeit für uns gegenüber Frankreich liegt in der Rücksichtnahme auf berechtigte Interessen des mit uns verbündeten Italien. Militärisch gesehen ist sie aber für die Niederwerfung Englands in absehbarer Zeit absolut notwendig und darf daher nicht unversucht bleiben.
4. Auf dieser erweiterten Grundlage kann dann erst im nächsten Frühjahr dem sich steigernden Unterseebooteinsatz auch die Unterstützung der Luftwaffe in größerem Ausmaß zuteil werden, um die Belagerung Englands mit größerem Erfolg fortzusetzen.
5. Operationen im östlichen Mittelmeerraum sind erst möglich, wenn Transkaukasien erreicht ist.
6. Die Invasion gegen England kann ernsthaft erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn trotz des Niederbruchs Rußlands alle Mittel versagen, Spanien oder Frankreich zur Teilnahme am Kriege auf Seite der Achse zu bekommen und dadurch die Schlacht im Atlantik oder Mittelmeer nicht solche Erfolge zeigt, daß mit der Niederzwingung Englands auf diesem Wege zu rechnen ist.

[61] *Aus der Ereignismeldung UdSSR Nr. 106 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 7. Oktober 1941*

[...]
II. Exekutionen und sonstige Maßnahmen
Einmal auf Grund der wirtschaftlichen Besserstellung der Juden unter bolschewistischer Herrschaft und ihrer Zuträger- und Agentendienste für das NKWD, zum anderen wegen der in erfolgten Sprengungen und der daraus entstandenen Großfeuer, war die Erregung der Bevölkerung gegen die Juden außerordentlich groß. Hinzu kommt, daß Juden sich nachweislich an der Brandlegung beteiligt hatten. Die Bevölkerung erwartete deshalb von den deutschen Behörden entsprechende Vergeltungsmaßnahmen. Aus diesem Grunde wurden in Vereinbarung mit dem Stadtkommandanten sämtliche Juden Kiews aufgefordert, sich am Montag, den 29. 9. bis 8.00 Uhr an einem bestimmten Platz einzufinden. Diese Aufrufe wurden durch die Angehörigen der aufgestellten ukrainischen Miliz in der ganzen Stadt angeschlagen. Gleichzeitig wurde mündlich bekanntgegeben, daß sämtliche Juden Kiews umgesiedelt würden.
In Zusammenarbeit mit dem Gruppenstab und 2 Kommandos des Polizeiregiments Süd hat das Sonderkommando 4a am 29. und 30. 9. 33771 Juden exekutiert. Geld, Wertsachen, Wäsche und Kleidungsstücke wurden sichergestellt und zum Teil der NSV zur Ausrüstung der Volksdeutschen, z. T. der kommissarischen Stadtverwaltung zur Überlassung an bedürftige Bevölkerung übergeben. Die Aktion selbst ist reibungslos verlaufen. Irgendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ergeben. Die gegen die Juden durchgeführte "Umsiedlungsmaßnahme" hat durchaus die Zustimmung der Bevölkerung gefunden. Daß die Juden tatsächlich liquidiert wurden, ist bisher kaum bekannt geworden, würde auch nach den bisherigen Erfahrungen kaum auf Ablehnung stoßen. Von der Wehrmacht wurden die durchgeführten Maßnahmen ebenfalls gutgeheißen. Die noch nicht erfaßten, bzw. nach und nach in die Stadt zurückkehrenden geflüchteten Juden werden von Fall zu Fall entsprechend behandelt.
Gleichzeitig konnte eine Reihe NKWD-Beamter, politischer Kommissare und Partisanenführer erfaßt und erledigt werden.
Die Bandera-Männer hatten durch die vor Kiew seitens der Kommandos erfolgten Festnahme an

Stoßkraft verloren, und es wurde eine Betätigung bisher nur im Verteilen von Flugblättern und Ankleben von Plakaten festgestellt.
3 Festnahmen sind erfolgt, weitere eingeleitet.
Seitens des Gruppenstabes sowie des Sonderkommandos 4a und des ebenfalls in Kiew eingerückten Ersatzkommandos 5 wurde sofort die Verbindung mit den zuständigen Stellen aufgenommen. Mit diesen Stellen wurde eine laufende Zusammenarbeit erzielt und in täglichen Besprechungen die aktuellen Probleme durchgesprochen. Über die Tätigkeit der Einsatzkommandos muß bei der Fülle des Materials jeweils durch entsprechende Tätigkeitsberichte im Einzelnen berichtet werden.
III. Shitomir, Aktionen gegen die Juden.
Nachdem auf Vorschlag des Sonderkommandos 4a seitens der Feldkommandantur eine räumlich begrenzte Zusammenziehung der Juden Shitomirs erfolgt war, konnte festgestellt werden, daß gleichzeitig damit eine merkliche Beruhigung eintrat, wie z. B. auf den Märkten usw. Gleichzeitig flauten bisher sich hartnäckig haltende Gerüchte stark ab und es schien, als ob mit der Zusammenfassung der Juden damit auch einer kommunistischen Propaganda weitgehend der Boden entzogen wäre. Bereits nach einigen Tagen stellte es sich jedoch heraus, daß nur räumliche Zusammenfassung der Juden ohne Errichtung eines Ghettos nicht genügte und in kurzer Zeit die alten Schwierigkeiten wieder auftauchten. Von verschiedenen Dienststellen liefen Klagen über das freche Verhalten der Juden auf der Arbeitsstelle ein. Es konnte festgestellt werden, daß eine rege Propaganda unter den Ukrainern, die besagte, daß die Rote Armee sehr bald die ihr entrissenen Gebiete wieder zurückerobern würde, ihren Ausgangspunkt aus dem Judenviertel nahm. Die örtliche Miliz wurde des Nachts und auch bei Tage aus dem Hinterhalt beschossen. Weiter wurde festgestellt, daß Juden ihr Hab und Gut in Geldeswert umtauschten und die Stadt verließen, um in die westliche Ukraine – d. h. in Gebiete, wo bereits eine Zivilverwaltung besteht – hinüberzuwechseln. Alle genannten Erscheinungen konnten festgestellt werden, die betreffenden Juden wurden jedoch in den seltensten Fällen gegriffen, da sie genügend Möglichkeiten hatten, sich einem Zugriff zu entziehen. Es fand deshalb am 10. 9. 1941 eine diesbezügliche Besprechung mit der Feldkommandantur statt, in deren Ergebnis beschlossen wurde, die Judenschaft von Shitomir endgültig und radikal zu liquidieren, da alle bisherigen Verwarnungen und Sondermaßnahmen keine fühlbare Entlastung gebracht hatten.
Am 19. 9. 41 wurde das Judenviertel ab 4.00 Uhr früh geräumt, nachdem es am Abend vorher von 60 Mann ukrainischer Miliz umstellt und abgesperrt worden war. Der Abtransport erfolgte mit 12 LKW, von denen einen Teil die Feldkommandantur bzw. die Stadtverwaltung von Shitomir zur Verfügung gestellt hat. Nachdem der Abtransport erfolgt war und die notwendigen Vorbereitungen mit Hilfe von 150 Gefangenen getroffen worden waren, wurden insgesamt 3145 Juden registriert und exekutiert...

[62] *13. Oktober 1941: Hans Fritzsches grundsätzliche Ausführungen über die künftigen politischen Planungen.*

"Die militärische Entscheidung dieses Krieges ist gefallen. Was nun noch zu tun bleibt, trägt vorwiegend politischen Charakter nach Innen und nach Außen. An irgendeinem Punkte werden die deutschen Heere im Osten stehenbleiben, und es wird dann eine von uns gezogene Grenze errichtet, die das große Europa und den unter deutscher Leitung stehenden europäischen Interessenblock abschirmt gegen Osten. Es ist möglich, daß militärische Spannungen und auch kriegerische Auseinandersetzungen im kleinen noch acht oder zehn Jahre andauern, diese Lage ändert jedoch nach dem Willen der deutschen Staatsführung nichts daran, den europäischen Kontinent aufzubauen und ihn nach eigenen, von Deutschland diktierten Gesetzen zu ordnen. Gewiß ist dies ein 'Europa hinter Stacheldraht', aber dieses Europa wird wirtschaftlich, industriell und agrarisch vollständig autark sein und militärisch im Grunde unangreifbar.
Die deutsche Staatsführung denkt nicht daran, England und Amerika in den Weiten der Räume zu verfolgen und zum Kampf zu stellen. Für Europa ist dabei nichts zu gewinnen, der Aufwand an Menschen und Material stünde in keinem Verhältnis zu dem erreichbaren Nutzen. Etwas anderes ist es mit dem Gebiet der britischen Insel. Das am Montag ausgegebene sehr massive deutsche Dementi gegen angebliche Friedensfühler des Reiches bei England und den USA hat schon die politische Linie aufgezeigt, nach der jetzt gehandelt wird. Es kommt nicht in Frage, daß wir England nach der Entscheidung im Osten einen Ausgleichsvorschlag machen, sondern es kommt höchstens in Frage, daß die britische Insel im Augenblick ihrer totalen militärischen Niederlage an uns herantritt, um im Rahmen des neuen Europa als äußere Insel einen von uns zugemessenen Platz zu erhalten. Die Frage ist dabei gleichgültig, ob nun sehr bald die britische Insel militärisch angegriffen und besetzt wird, ob im Frühjahr nächsten Jahres oder im Sommer oder

wann immer. Ein derartiges militärisches Unternehmen wird nur von einem kleineren Teil unserer Gesamtwehrmacht durchzuführen und zu beenden sein. Deutschland wird jetzt den europäischen Kontinent wohlbeschützt und gesichert einem Aufbau zuführen, wenn auch hinter Stacheldraht und immer abwehrbereit. Wir wollen nicht die uferlose Ferne, sondern die Konzentration auf die gewaltigen europäischen Aufgaben der Zukunft. Sollten wir darin durch Bombenangriffe des Gegners oder durch Angriffe an der Ostgrenze oder an anderen Grenzgebieten gestört werden, so wird jeweils die Vergeltung furchtbar sein, bis derartige Unternehmungen von seiten des Gegners unterbleiben.Gegenüber den von uns beherrschten Völkern wird die Sprache sehr viel freier und kälter werden. Es ist natürlich nicht angängig, daß ein kleiner Miststaat gegen den europäischen Frieden mit Sonderwünschen und Sonderforderungen angeht, er wird dann nämlich mit Härte an seine europäische Aufgabe erinnert werden müssen. Damit ist auch verbunden, daß die deutsche Presse in Zukunft, wenn nämlich der Status des friedlichen Europa verkündet wird, sehr viel freier hinsichtlich der Behandlung der europäischen Völker und Kleinstaaten arbeiten kann. Es bedarf dann keiner Zensur mehr, da der imperiale Instinkt ausreichen dürfte, um bei jeder Gelegenheit den deutschen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Tritt also das Militärische zurück – da der Krieg als Kette von Kampfhandlungen im wesentlichen beendet ist – so tritt das Politische um so stärker in den Vordergrund. Hierfür sind aber die Zeitungen von ungemeiner Wichtigkeit und überhaupt das entscheidende Führungsmittel des Volkes. Geführt werden soll das deutsche Volk zum imperialen europäischen Gedanken, zur Erkenntnis, daß der Spannungszustand noch viele Jahre bleibt und daß dies eine natürliche Ordnung des Weltgeschehens für unsere europäische Zukunft darstellt. Genau wie die Engländer in Indien an ihrer Nordostgrenze dauernd Plänkeleien haben, so wird Deutschland vielleicht im Osten oder an anderen Grenzen irgendwelche Kämpfe oder Scharmützel auszufechten haben. Dies stärkt den Kampfgeist und die Ausbildung der jungen Mannschaft des Reiches. Die großen Heere des Reiches können automatisch vermindert werden, vielleicht auf 3/4 Millionen oder 1 Million oder 1 1/2 Millionen Mann. Man braucht dann wohl eine starke Luftflotte, aber nicht mehr ein 10-Millionen-Heer. Nach Auffassung der deutschen Staatsführung ist der Süden ein absolut zweitrangiger Kriegsschauplatz, nachdem die gewaltige militärische Entscheidung im Osten gefallen ist und die Sowjets sich nie wieder erheben können.

Wörtlich sagte sagte Fritzsche, wenn das deutsche Volk innerlich sich damit abgefunden habe, daß diese Art Kriegszustand mit selbstverständlich vermindertem Einsatz an kämpfenden Menschen und an Material für 10 Jahre andauert, dann wären praktisch neun Jahre dieser Zeit bereits überwunden. Es ist nun die Aufgabe der deutschen Presse, diese Aufklärung auf bestimmte Stichworte hin im kommenden Winter zu betreiben, und diese Aufgabe ist aus psychologischen Gründen natürlich hochpolitisch. Das Stehvermögen des deutschen Volkes muß gestärkt werden, dann wird sich die Entwicklung so planmäßig vollziehen, daß innerhalb kurzer Zeit niemand mehr merkt, daß überhaupt kein Frieden geschlossen wurde. Dies klingt auf den ersten Blick merkwürdig, aber man muß bedenken, daß ja innerhalb absehbarer Zeit große Entlastungen vorgenommen werden und im Sinne der europäischen Aufgabe ja auch vorgenommen werden müssen, daß ferner in weiten Gebieten des Reiches, vor allem im Osten, Süden und Mitte die Verdunkelung teilweise aufgehoben wird, daß die ganze Arbeit des Volkes sich konzentrieren wird auf mehr friedensmäßige Produktionsziele, daß innerhalb übersehbarer Zeiträume auch die Nahrungsmittelzufuhr aus dem Osten usw. zu funktionieren anfängt – kurzum, daß die Härten des Krieges zwar nicht mit einem Schlage, aber doch nach und nach verschwinden, ein ungeheurer Arbeitsrhythmus einsetzt mit Verdienst und Landgewinn und großen Geschäften. Die Bombenangriffe werden nach Berechnung der Staatsführung nach und nach ebenfalls geringer werden, weil eben die jeweilige deutsche Vergeltung es dem Gegner unratsam erscheinen lassen wird, auf diesem Wege das deutsche Volk einzuschüchtern. Die Presse wird beweglicher werden, sie wird in einem sehr viel größeren Raum zu Hause sein und mit souveräner Hand politisch arbeiten können,wo sie vorher an kleinlichste Richtlinien gebunden war. Für diesen Zweck ist natürlich Papier notwendig, und Fritzsche gab das Versprechen, daß noch im Laufe dieses Winters die Papierkontingente reichlicher und immer reichlicher zu fließen beginnen, da dies eine Entscheidung des Führers sei. Sollte aber diese Papierausschüttung zunächst noch durch eine weitere Verschärfung der Papierkontingente eingeleitet werden müssen, so solle man nicht an der Aufgabe verzweifeln, die geradezu naturgesetzlich der deutschen Presse im größten Umfange bald gestellt werden muß. Wörtlich sagte Fritzsche: " Und wenn die Zeitungen nur noch als Flugblätter erscheinen müßten, so hätten diese Flugblätter heute schon eine derartige europäische Geltung, daß ihr Echo größer ist als eine sonstige lendenlahme dickleibige Zeitschrift.

Die Entscheidung dieses Krieges ist gefallen. Der deutsche Journalismus habe nach so viel Jahren der Mühen und der Disziplin bald die Chance, den Lohn für diese komplizierte Arbeit der vergangenen Jahre einzuheimsen. Er wird weiter das Führungsmittel sein gegenüber dem der Rundfunk, die Volksversammlung und jeder Gauleiter und Reichskommissar zu verstummen hat"."

[63] Die „europäische Front" gegen den Bolschewismus. Beitritt zum Antikominternpakt (25. 11. 1941)

Erklärung des dänischen Außenministers Scavenius

Als der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 22. Juni dieses Jahres ausbrach, trat die große Waffenauseinandersetzung in eine neue Phase, die in besonderem Grade die Aufmerksamkeit meines Landes hervorrufen mußte. Deutschland mußte jetzt seine Waffen gegen eine Macht richten, die in einer Reihe von Jahren eine Bedrohnung der nordischen Staaten bedeutete. Diese Furcht war nicht unbegründet. Finnland wurde Ende 1939 von der Sowjetunion angegriffen. Mit der größten Sympathie wurde der tapfere Kampf Finnlands gegen die unbegründeten Angriffe, die sich gegen dieses nordische Land richteten, in Dänemark verfolgt. Im Kampf gegen den übermächtigen Feind führte Finnland einen von der ganzen Welt bewunderten heldenmütigen Verteidigungskampf. In dem Kriege, der jetzt vor sich geht, steht Finnland nicht allein, sondern es kämpft zusammen mit europäischen Mächten unter der Führung Deutschlands, um eine Gemeinschaftsordnung in Übereinstimmung mit der europäischen Kultur zu bewahren. Große Opfer sind von diesen Mächten gebracht worden. Dänemark gehört zu den nichtkriegführenden Mächten, aber der Ausgang des Krieges kann für Dänemark nicht gleichgültig sein. Das Ergebnis wird in entscheidender Weise dazu beitragen, die Länder Europas vor der inneren Zersetzung zu bewahren. Steht Dänemark somit zwar außerhalb der kriegerischen Auseinandersetzungen, so hat die dänische Regierung doch in Erkenntnis der Gefahr, die der Kommunismus für unsere ganze Kultur darstellt, gleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion die Beziehungen zwischen Dänemark und diesem Lande durch die Zurückberufung der dänischen Gesandtschaft in Moskau abgebrochen. Die Regierung ergriff die Initiative zur Durchführung von Maßnahmen gegen den Kommunismus. Kommunistische Vereine und kommunistische Tätigkeit überhaupt sind in Dänemark verboten. Als eine natürliche Konsequenz der politischen Linie, die in Dänemark befolgt worden ist, hat die dänische Regierung es für richtig befunden, der Einladung der deutschen Reichsregierung Folge zu leisten, um heute bei diesem feierlichen Staatsakt in der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches den Beitritt Dänemarks zum Antikominternpakt zu erklären und an der gemeinsamen Bekämpfung des Kommunismus teilzunehmen.

Erklärung des finnischen Außenministers Witting

Viele von den Ländern, die bei dieser Gelegenheit vertreten sind, sind Waffenbrüder in dem Kampf gegen den Bolschewismus. Das Land, welches zu vertreten ich die Ehre habe, hat ständig in Verteidigungsstellung gegen den Bolschewismus sein müssen. Die außerhalb unserer Grenzen geleitete kommunistische Zersetzungsarbeit ist auf die Vernichtung unserer nationalen Einigkeit, unserer Gesellschaftsordnung und unserer Selbständigkeit gerichtet gewesen. Gegen diese Gefahr haben alle Schichten des finnischen Volkes kämpfen müssen. Das finnische Volk gehört zu denjenigen, welche zuerst eingesehen haben, wie sehr die gesamte Menschheit durch den Kommunismus bedroht ist. Wegen seiner Überzeugung und zur Sicherung seiner Freiheit ist das finnische Volk gezwungen gewesen, gegen diese Gefahr mit den Mitteln des Geistes tätig zu sein und auch die Herausforderung entgegenzunehmen, sich mit Waffengewalt gegen den Angriff des Bolschewismus zu verteidigen.

Das finnische Volk hat im Laufe der Zeiten durch harte Arbeit die Wildnis urbar gemacht. Dies Erbe der Zeit hat den wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Grund geschaffen, auf dem das finnische Volk steht. Dies Erbe der Jahrhunderte hat die Freiheitsliebe und das Gefühl der Gemeinschaft und der persönlichen Verantwortlichkeit entstehen lassen. Die Schule der harten Prüfungen, welche das finnische Volk in seiner Geschichte durchgemacht hat, hat den Sinn für Freiheit erzeugt, der sich immer dann geltend gemacht hat, wenn die teuersten Werte unseres Volkes bedroht worden sind.

Wir sind den Regierungen Deutschlands, Italiens und Japans sowie denen Ungarns, Mandschukuos und Spaniens, von welchen ein Teil auch im offenen Krieg unsere Waffenbrüder sind, zu Dank verpflichtet für die uns gebotene Gelegenheit, unserem Wunsche, dem Abkommen gegen die Kommunistische Internationale beizutreten, Ausdruck zu geben. Dadurch können wir uns über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale unterrichten, über die notwendigen Abwehrmaßnahmen beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchführen.

Erklärung des slowakischen Ministerpräsidenten Professor Tuka

Als im Jahre 1936 die Vorkämpfer für die Erhaltung der Zivilisation der stetig wachsenden Gefahr der kommunistischen Zersetzungsarbeit entgegentraten und zur Unterzeichnung des

Antikominternpaktes schritten, konnte das slowakische Volk, da es keine politische Unabhängigkeit hatte, diesem Pakt noch nicht formell beitreten.
Doch muß man es schon seit damals als einen stillen Bundesgenossen betrachten.
Es ist eine historische Tatsache, daß das slowakische Volk vom Beginn zu jenen Völkern gehört, welche die Grundsätze des Antikominternpaktes angenommen haben und sie in ihrem Programm konsequent geltend machten.
Als die tschecho-slowakische Regierung mit der Sowjetregierung einen Bund zur gegenseitigen Unterstützung ihrer Politik schloß, und Benesch damit dem Kommunismus das Tor nach dem Herzen Europas öffnen wollte, lehnte das slowakische Volk unerschrocken und kompromißlos den Schritt der Prager Regierung ab.
Am 20. September 1936, gerade an jenem Tage, an dem Benesch in die slowakische Hauptstadt kam, um seine Ideen zu verbreiten, berief die slowakische Volkspartei, die Trägerin des politischen Willens des slowakischen Volkes, eine Nationale Manifestation in Piestany ein. Hier unter dem Vorsitz des verewigten Führers der Slowaken Andrej Hlinka sprach die Slowakei feierlich dieses wortwörtliche Bekenntnis aus: "Wir lehnen in der Innen- wie in der Außenpolitik jene Richtungen ab, welche die Vernichtung der europäischen Zivilisation bedeuten. Wir verdammen die Zusammenarbeit mit den internationalen Repräsentanten der jüdisch-bolschewistischen Anarchie. Wir reihen uns in die antikommunistische Front ein."
Als dann am 25. November 1936, also zwei Monate später, der erste Antikominternpakt unterzeichnet wurde, was das slowakische Volk schon solidarisch mit den Signatarmächten des Paktes.
Es gab auch keine einzige Entscheidung und Tat der Slowakischen Volkspartei, die nicht konsequent im Geiste der erwähnten Piestanyer Stellungnahme erfolgt wäre.
Ich erwähne nur den 4. Juni 1938, als das slowakische Volk, obwohl die Slowakei noch nicht befreit war, in einer feierlichen Kundgebung die bolschewistische rote Fahne und symbolisch eine Abschrift des tschechisch-sowjetischen Schutz- und Trutzbündnisses öffentlich verbrannte. Auf jenen Scheiterhaufen leuchtete wieder das antikommunistische Bekenntnis der Slowakei auf.
Ein halbes Jahr später war einer der ersten Schritte der autonomen slowakischen Regierung nach der Machtübernahme die Auflösung der Kommunistischen Partei in der Slowakei.
Auf diesem bewährten Wege schritt die Slowakei auch dann weiter, als sie die staatliche Selbständigkeit durch die großmütige Hilfe des Führers des Großdeutschen Reiches Adolf Hitler erlangt hatte.
Vor fünf Jahren hat es im slowakischen Manifest in Piestany geheißen: "Wir reihen uns in die antikommunistische Front ein." Als wir daher im Juni dieses Jahres mit der Waffe in der Hand zur Bekämpfung des Bolschewismus schritten, erfüllten wir nur die moralische Verpflichtung, die wir vor mehr als fünf Jahren in jenem Manifest freiwillig auf uns genommen haben.
Wenn wir heute, ein selbständiger Staat, dem Antikominternpakt formell beitreten, wollen wir damit feierlich betonen, daß wir auch in der Zukunft auf diesem Wege unerschütterlich und konsequent weiterschreiten wollen.

[64] *Aufzeichnung über die Unterrredung zwischen dem Führer und dem italienischen Außenminister Graf Ciano in Berlin am 29. November 1941*

Der Führer entwickelte zu Beginn der Unterredung seine Gedanken über die allgemeine Lage und kam zu der Schlußfolgerung, daß im großen gesehen der Krieg bereits gewonnen sei...
Zusammenfassend seien daher die zukünftigen Aufgaben folgende:
1. Liquidierung des Ostens,
2. Sicherung des Westens,
3. Aktivierung des U-Boot-Krieges und
4. unabhängig davon die Eroberung des Kaukasus.

Rußlands verzweifelte Lage charakterisierte der Führer mit einigen Zahlen. Es habe 65–75 % seiner gesamten Industrie verloren., 65–70 % seiner Eisenerzvorkommen, 75 % seiner Kohlevorkommen, 100 % seines Molybdäns, 75 % seines Mangans und 75 % seines Aluminiums. Da sich Amerika in einigen dieser Bodenschätze aus Rußland versorge, werde auch dieses Land von den Verlusten betroffen. Weiterhin habe Rußland 3,8 Millionen Gefangene, 4 Millionen Tote, 22800 Panzer, 16000 Flugzeuge und 28000 Geschütze verloren. Eine Erholung von diesen Schlägen sei unmöglich. Es fehle nicht nur das Material, sondern auch die ausgebildeten Truppen. Industrieen könne man nicht ohne weiteres verlegen, besonders nicht im Winter, wo infolge Gefrierens des Mörtels und des Betons die Errichtung von Fabrik- und Lagergebäuden unmöglich sei Zudem übe die deutsche Luftwaffe ihre zerstörende Tätigkeit gerade auf den Industrieaufbau

aus. Züge mit wertvollen Werkzeugmaschinen, die aus einer zu verlegenden Fabrik nach dem Osten unterwegs wären, würden vernichtet, die Fabriken selber bombardiert.
Im Mittelmeer sei im Augenblick der schwerste Angriff in Nordafrika im Gange. Churchill könnte nicht länger warten. Er hätte eigentlich erst in dem Augenblick angreifen müssen, in dem Deutschland und Italien gegen Tobruk vorgingen...
Der Führer kam sodann auf die weiteren deutschen Operationspläne zu sprechen und bezeichnete als eins der Ziele der deutschen Armee den Kaukasus, von dem aus dann Iran und der Irak erobert werden sollten. Bei diesem Vormarsch, der durch Wüstengebiete heißen Klimas führe, könne vielleicht Italien einen nützlichen Beitrag leisten. Für den Kaukasus würden Alpentruppen in Frage kommen. An und für sich wäre natürlich die Eroberung Kaukasiens nicht kriegsentscheidend, aber einer Inbesitznahme Irans, des Iraks, Syriens und Palästinas könne man wohl einen solchen Charakter zuschreiben.
Im übrigen könne Italien eine nützliche Rolle spielen, wenn es alle Anstrengungen mache, um Nordafrika zu halten. Es sei absolut notwendig, daß Deutschland und Italien von dort nicht verdrängt würden. Zwar sei in Französisch-Nordafrika durch den Weggang Weygands der Druck etwas leichter geworden, aber endgültig sei auch dort die Lage erst dann als gesichert zu betrachten, wenn sich Deutschland und Italien auch im übrigen Nordafrika den Feinden gegenüber durchsetzen könnten.
Zum Schluß kam die Rede noch auf die innere Lage in Deutschland und Italien. Der Führer erklärte, daß sich das deutsche Volk fabelhaft hielte und daß lediglich eine kleine übelwollende, unbelehrbare Minderheit in Deutschland abseits stünde. Wo er sich heute in Deutschland zeige, erhielte er begeisterte Ovationen wie nie zuvor. Das sei immerhin nach zwei Jahren Krieg eine bemerkenswerte Tatsache.

[65] *Aus der Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Großmufti von Jerusalem Hadji Mohammed Amin el Hussein am 28. November 1941*

Der Großmufti bedankte sich zunächst beim Führer für die große Ehre, die ihm dieser erwiese, indem er ihn empfinge. Er benutzte die Gelegenheit, um dem von der gesamten arabischen Welt bewunderten Führer des Großdeutschen Reiches seinen Dank für die Sympathie auszusprechen, die er stets für die arabische und besonders die palästinensische Sache gezeigt habe, und der er in seinen öffentlichen Reden deutlichen Ausdruck verliehen habe. Die arabischen Länder seien der festen Überzeugung, daß Deutschland den Krieg gewinnen würde, und daß es dann um die arabische Sache gut stehen würde. Die Araber seien die natürlichen Freunde Deutschlands, da sie die gleichen Feinde wie Deutschland, nämlich die Engländer, die Juden und die Kommunisten, hätten. Sie seien daher auch bereit, von ganzem Herzen mit Deutschland zusammenzuarbeiten, und stünden zur Teilnahme am Kriege zur Verfügung, und zwar nicht nur negativ durch Verübung von Sabotageakten und Anstiftung von Revolutionen, sondern auch positiv durch Bildung einer arabischen Legion. Die Araber könnten für Deutschland als Verbündete nützlicher sein als es vielleicht auf den ersten Blick den Anschein habe, sowohl aus geographischen Gründen als auch wegen der Leiden, die ihnen von den Engländern und Juden zugefügt worden seien. Zudem besäßen sie zu allen muselmanischen Nationen enge Beziehungen, die sie für die gemeinsame Sache benutzen könnten. Die arabische Legion würde mit Leichtigkeit aufzustellen sein. Ein Appell des Mufti an die arabischen Länder sowie an die Gefangenen arabischer, algerischer, tunesischer und marokkanischer Nationalität in Deutschland würde eine große Anzahl von kampfeswilligen Freiwilligen ergeben. Vom Siege Deutschlands sei die arabische Welt fest überzeugt, nicht nur weil das Reich eine große Armee, tapfere Soldaten und geniale militärische Führer besäße, sondern weil der Allmächtige niemals einer ungerechten Sache den Sieg verleihen könne.
Die Araber erstrebten in diesem Kampf die Unabhängigkeit und Einheit Palästinas, Syriens und des Irak. Sie hätten das vollste Vertrauen zum Führer und erwarteten von seiner Hand den Balsam für die Wunden, die ihnen die Feinde Deutschlands geschlagen hätten.
Der Mufti erwähnte sodann das Schreiben, das er von Deutschland erhalten habe, in dem ausgeführt sei, daß Deutschland keine arabischen Länder besetzt halte und die Unabhängigkeits- und Freiheitsbestrebungen der Araber verstünde und anerkenne, ebenso wie es für die Beseitigung der national-jüdischen Heimat eintrete.
Im jetzigen Augenblick würde für die propagandistische Einwirkung auf die arabischen Völker eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne von größtem Nutzen sein. Sie würde die Araber aus ihrem augenblicklichen Lähmungszustand aufrütteln und ihnen neuen Mut geben. Sie würde außerdem dem Mufti die Arbeit der geheimen Organisierung des Arabertums für den Augenblick

des Losschlagens erleichtern. Gleichzeitig könne er zusagen, daß die Araber voller Disziplin den richtigen Augenblick geduldig erwarten und erst auf einen Befehl von Berlin losschlagen würden.
Zu den Vorgängen im Irak bemerkte der Mufti, daß die Araber dort keineswegs etwa von Deutschland zum Angriff auf England aufgefordert worden seien, sondern lediglich auf einen direkten Angriff Englands auf ihre Ehre gehandelt hätten.
Die Türken würden seiner Ansicht nach die Errichtung einer arabischen Regierung in den Nachbargebieten begrüßen, da sie lieber eine schwächere arabische Regierung als starke europäische Regierungen in den Nachbarländern sähen und im übrigen von den 1,7 Millionen Arabern, die in Syrien, Transjordanien, Irak und Palästina wohnten, nichts zu befürchten hätten, da sie selbst ein Volk von 17 Millionen seien.
Auch Frankreich würde gegen die Vereinigung nichts einzuwenden haben, da es bereits im Jahre 1936 Syrien die Unabhängigkeit gewährt habe und bereits im Jahre 1933 der Vereinigung von Irak und Syrien unter König Feisal zugestimmt hätte.
Unter diesen Umständen erneuere er die Bitte, der Führer möge eine öffentliche Erklärung abgeben, damit die Araber nicht die Hoffnung, die eine so große Kraft im Leben der Völker darstelle, verlören. Mit dieser Hoffnung im Herzen seien die Araber, wie gesagt, bereit zu warten. Sie hätte es mit der sofortigen Durchführung ihrer Bestrebungen nicht eilig; ein halbes oder ein ganzes Jahr könnten sie leicht warten. Wenn ihnen jedoch durch eine derartige Erklärung eine solche Hoffnung nicht gegeben würde, sei zu erwarten, daß die Engländer den Nutzen daraus ziehen würden.
Der Führer erwiderte, daß die grundsätzliche Einstellung Deutschlands zu diesen Fragen, wie das vom Mufti bereits selbst ausgesprochen sei, klar wäre. Deutschland trete für einen kompromißlosen Kampf gegen die Juden ein. Dazu gehöre selbstverständlich auch der Kampf gegen die jüdische Heimstätte in Palästina, die nichts anderes sei als ein staatlicher Mittelpunkt für den destruktiven Einfluß der jüdischen Interessen. Deutschland wisse auch, daß die Behauptung, das Judentum übe die Rolle eines Wirtschaftspioniers in Palästina aus, eine Lüge sei. Dort arbeiteten nur die Araber, nicht aber die Juden. Deutschland sei entschlossen, Zug um Zug eine europäische Nation nach der anderen zur Lösung des Judenproblems aufzufordern und sich im gegebenen Augenblick mit einem gleichen Appell auch an außereuropäische Völker zu wenden. Gegenwärtig stehe Deutschland in einem Kampf auf Leben und Tod gegen zwei Machtpositionen des Judentums: Großbritannien und Sowjetrußland. Theoretisch sei der Kapitalismus Englands und der Kommunismus Sowjetrußlands voneinander verschieden, in Wirklichkeit jedoch verfolge des Judentum in beiden Ländern ein gemeinsames Ziel.
Dieser Kampf sei das Entscheidende; auf der politischen Ebene stelle er sich im Grunde als eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England dar, weltanschaulich sei es ein Kampf zwischen dem Nationalsozialismus und dem Judentum. Selbstverständlich würde Deutschland dem im gleichen Ringen stehenden Arabertum positive und praktische Hilfe zukommen lassen, denn platonische Zusicherungen seien in einem Kampf um Sein oder Nichtsein, wo das Judentum die britischen Machtmittel für seine Zwecke einsetzen könne, zwecklos.
Die Unterstützung der Araber müßte materieller Art sein. Wie wenig in einem solchen Kampf Sympathien allein hülfen, sei an der Unternehmung in Irak klar geworden, wo die Umstände eine wirklich durchschlagende praktische Hilfe nicht zugelassen hätten. Trotz aller Sympathien habe die deutsche Hilfe nicht genügt, und der Irak sei von den britischen Machtmitteln, das heißt von dem Vormunde der Juden, besiegt worden.
Der Mufti müsse jedoch einsehen, daß in dem gegenwärtigen Kampf auch das Schicksal der arabischen Welt mit entschieden werde. Der Führer müsse daher nüchtern und kühl abwägend als Verstandesmensch und primär als Soldat, als Führer der deutschen und alliierten Armeen denken und sprechen. Alles, was geeignet sei, in diesem riesigen Kampf der gemeinsamen Sache und daher auch dem Arabertum zu helfen, müsse geschehen. Alles jedoch, was zu einer Schwächung der militärischen Lage beitragen könne, müsse trotz evtl. Unpopularität zurückgestellt werden.
Deutschland stehe in sehr schweren Kämpfen, um sich den Zugang zum nordkaukasischen Gebiet zu eröffnen. Die Schwierigkeiten lägen vor allem im Nachschub, der infolge der Zerstörung der Eisenbahnen und Straßen sowie des einsetzenden Winters außerordentlich erschwert sei. Wenn in diesem Augenblick der Führer in einer Erklärung das Problem Syrien vorwegnähme, so würde dies diejenigen Elemente in Frankreich stärken, die unter dem Einfluß de Gaulles stehen. Sie würden die Erklärung des Führers als eine Absicht der Auflösung des französischen Kolonialreiches auslegen und ihre Landsleute auffordern, lieber gemeinsame Sache mit den Engländern zu machen und zu retten zu versuchen, was noch zu retten wäre. Man würde in Frankreich die deutsche Erklärung bezüglich Syriens auf die französischen Kolonien im allgemeinen beziehen, und daher würden im jetzigen Augenblick daraus neue Schwierigkeiten in Westeuropa entstehen, das heißt ein Teil der deutschen Wehrmacht würde im Westen gebunden werden und nicht mehr für den Ostfeldzug zur Verfügung stehen.

Der Führer gab sodann dem Mufti folgende Erklärung ab, indem er ihn bat, sie in seinem tiefsten Herzen zu verschließen:
1. Er (der Führer) werde den Kampf bis zur völligen Zerstörung des jüdisch-kommunistischen europäischen Reiches fortführen.
2. Im Zuge dieses Kampfes würde zu einem heute noch nicht genau nennbaren, aber jedenfalls nicht fernen Zeitpunkt von den deutschen Armeen der Südausgang Kaukasiens erreicht werden.
3. Sobald dieser Fall eingetreten sei, würde der Führer von sich aus der arabischen Welt die Versicherung abgeben, daß die Stunde der Befreiung für sie gekommen sei. Das deutsche Ziel würde dann lediglich die Vernichtung des im arabischen Raum unter der Protektion der britischen Macht lebenden Judentums sein. In dieser Stunde würde dann auch der Mufti der berufenste Sprecher der arabischen Welt sein. Es würde ihm obliegen, die von ihm insgeheim vorbereitete arabische Aktion auszulösen. Dann würde auch Deutschland die Reaktion Frankreichs auf eine derartige Erklärung gleichgültig sein können.
Wenn Deutschland sich den Weg über Rostow zum Iran und nach Irak erzwinge, würde dies gleichzeitig den Beginn des Zusammenbruchs des britischen Weltreichs bedeuten. Er (der Führer) hoffe, daß sich für Deutschland im nächsten Jahr die Möglichkeit ergeben werde, das Kaukasische Tor nach dem Mittleren Orient aufzustoßen. Es sei besser, im Dienst der gemeinsamen Sache mit der arabischen Proklamation noch einige Monate zu warten, als daß sich Deutschland selbst Schwierigkeiten schüfe, ohne den Arabern dadurch helfen zu können.
Er (der Führer) verstehe durchaus die Sehnsucht der Araber nach einer öffentlichen Erklärung, wie sie der Großmufti verlange. Er gäbe diesem jedoch zu bedenken, daß er (der Führer) selbst fünf Jahre lang Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs gewesen sei, ohne seiner eigenen Heimat gegenüber die Erklärung der Befreiung abgeben zu können. Er habe damit bis zu dem Augenblick warten müssen, in dem auf Grund der durch die Waffen geschaffenen Tatsache die Erklärung erfolgen konnte, daß der Anschluß vollzogen sei.
In dem Augenblick, in dem Deutschlands Tankdivisionen und Luftgeschwader südlich des Kaukasus erschienen, könne auch der vom Großmufti erwartete öffentliche Appell an die arabische Welt erfolgen.
Der Großmufti erwiderte, daß sich seiner Ansicht nach alles so verwirklichen werde, wie es der Führer angedeutet habe. Er sei absolut beruhigt und zufriedengestellt durch die Worte, die er vom deutschen Staatsoberhaupt vernommen hätte. Er frage jedoch, ob es nicht möglich sei, wenigstens insgeheim eine Abmachung mit Deutschland zu treffen, so wie er sie dem Führer vorher skizziert habe.
Der Führer antwortete, daß er ja bereits soeben diese vertrauliche Erklärung dem Großmufti gegenüber abgegeben habe.
Der Großmufti bedankte sich dafür und bemerkte abschließend, daß er voller Vertrauen mit nochmaligem Dank für die Interessennahme an der arabischen Sache vom Führer scheide.

[66] *Aufzeichnung des OB der HGr. Mitte, GFm. v. Bock, vom 7. 12. 1941*

Schwerer Tag. Der rechte Flügel der Panzergruppe 3 hat in der Nacht begonnen, sich abzusetzen. Die Einbrüche am Nordflügel der Panzergruppe sind unangenehm. Auch auf dem rechten Flügel der 9. Armee hat der Feind seinen Einbruch wesentlich erweitert. Zur Panzergruppe 3 setze ich in Marsch, was irgend erreichbar ist: Ein Regiment der 255. Division wird bataillonsweise mit Kraftwagen nach Klin geworfen, wo die ersten Teile morgen ankommen; die Panzergruppe 4 hat zur Unterstützung bisher nur eine verstärkte Kompanie frei machen können; das motorisierte Lehr-Pionier-Bataillon, das nach Deutschland sollte, wird angehalten und gleichfalls in Richtung auf die Panzergruppe 3 vorgeworfen. – 9. Armee will und muß sich selber helfen. –
Auch vor der 4. Armee ist der Feind unruhiger, namentlich gegenüber der Panzergruppe 4. Der Rest der 255. Division wird deshalb in Gegend Rusa versammelt.
Panzerarmee erlebt eine Schlappe bei Michailow, das von einer vorgeschobenen Abteilung der 1o. (mot.) Division, unter Einbuße von mancherlei Material, aufgegeben werden muß. Das Absetzen der Panzerarmee vollzieht sich im übrigen planmäßig.
Die 2. Armee, die trotz aller Mahnungen weiter nach Osten drängt, gerät in verlustreiche Kämpfe mit starkem Feind. Auch Kälteverluste treten ein; bei einem Regiment werden 318 Ausfälle durch Erfrierungen gemeldet. –
Drei Dinge haben zu der gegenwärtigen schweren Krise geführt:
1. Die einsetzende Herbst-Schlammzeit. Truppenbewegungen und Nachschub sind durch die tief verschlammten Wege nahezu völlig lahmgelegt. Die Ausnutzung des Sieges von Wjasma ist nicht mehr möglich.

2. Das Versagen der Bahnen.
Mängel im Betriebe, Mangel an Wagen, Lokomotiven und geschultem Personal – mangelnde Widerstandsfähigkeit der Lokomotiven und Betriebseinrichtungen gegen den russischen Winter.
3. Die Unterschätzung der Widerstandskraft des Feindes und seiner personellen und materiellen Reserven.
Der Russe hat es verstanden, unsere Transportschwierigkeiten durch Zerstörungen nahezu aller Kunstbauten an den Hauptbahnen und Straßen so zu steigern, daß es der Front am Allernötigsten zum Leben und Kämpfen fehlt. Munition, Betriebsstoff, Verpflegung und Winterbekleidung kommen nicht heran. Die Leistungen der, infolge Versagens der Bahnen und nach 1500 km langem Vormarsch überbeanspruchten Kraftfahrgeräte sinken zusehends ab. So kommt es, daß wir heute jeder Möglichkeit zu nennenswerten Truppenverschiebungen beraubt und mit versagendem Nachschub einem Feinde gegenüberstehen, der unter rücksichtslosem Einsatz seiner unerschöpflichen Menschenmassen zum Gegenangriff antritt. In überraschend kurzer Zeit hat der Russe zerschlagene Divisionen wieder auf die Beine gestellt, neue aus Sibirien, aus Iran und dem Kaukasus an die bedrohte Front geworfen und seine verlorene Artillerie durch zahlreiche Raketengeschütze zu ersetzen gesucht. Heute stehen 24 – größtenteils aufgefüllte – Divisionen mehr vor der Heeresgruppenfront als am 15. November. Demgegenüber ist die Kraft der deutschen Divisionen durch die ununterbrochenen Kämpfe und durch den mit großer Gewalt hereinbrechenden Winter auf weniger als die Hälfte herabgesetzt; der Kampfwert der Panzertruppen ist weit geringer. Die Verluste an Führern und Unterführern sind erschreckend hoch und können zur Zeit noch weniger wie die Mannschaftsverluste ausgeglichen werden. –
Die Befehle zu rücksichtslosem Nachdrängen waren gerechtfertigt, solange die oberste Führung Anhaltspunkte dafür zu haben glaubte, daß der Feind nur noch mit allerletzter Kraft um sein Leben rang; das Streben, ihn dann in einem kurzen Anlauf endgültig niederzuwerfen, war "des höchsten Einsatzes wert" – wie das Oberkommando des Heeres forderte. Das aber war ein Irrtum, und die Heeresgruppe ist nun gezwungen, unter schwierigsten Verhältnissen zur Abwehr überzugehen.
[...]

[67] *Deutsch-italienisch-japanisches Abkommen vom 11. 12. 1941 über die gemeinsame Kriegführung.*

In dem unerschütterlichen Entschluß, die Waffen nicht niederzulegen, bis der gemeinsame Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und England zum erfolgreichen Ende geführt worden ist, haben sich die Deutsche Regierung, die Italienische Regierung und die Japanische Regierung über folgende Bestimmungen geeinigt:
Artikel I
Deutschland, Italien und Japan werden den ihnen von den Vereinigten Staaten von Amerika und England aufgezwungenen Krieg mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln gemeinsam bis zum siegreichen Ende führen.
Artikel II
Deutschland, Italien und Japan verpflichten sich, ohne volles gegenseitiges Einverständnis weder mit den Vereinigten Staaten von Amerika noch mit England Waffenstillstand oder Frieden zu schließen.
Artikel III
Deutschland, Italien und Japan werden auch nach siegreicher Beendigung des Krieges zum Zwecke der Herbeiführung einer gerechten Neuordnung im Sinne des von ihnen am 27. September 1940 abgeschlossenen Dreimächtepaktes auf das engste zusammenarbeiten.
Artikel IV
Dieses Abkommen tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft und bleibt ebensolange wie der Dreimächtepakt vom 27. September 1940 in Geltung. Die Hohen Vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Geltungsdauer über die weitere Gestaltung ihrer im Artikel 3 dieses Abkommens vorgesehenen Zusammenarbeit verständigen.
Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigt, dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.
Ausgefertigt in dreifacher Urschrift, in deutscher, italienischer und japanischer Sprache in Berlin am 11ten Dezember 1941 – im XXten Jahre der Faschistischen Ära – entsprechend dem 11ten Tage des 12ten Monats des 16ten Jahres der Ära Syowa.

v. Ribbentrop
Dino Alfieri
Oshima

[68] *Aus der Rede Hitlers im Deutschen Reichstag am 11. 12. 1941 über den Krieg mit Rußland und Amerika.*

[...]

Ich habe keinen Krieg gesucht, sondern habe im Gegenteil alles getan, um ihn zu vermeiden. Ich würde aber pflichtvergessen und gewissenlos handeln, wenn ich trotz der Kenntnis der Unvermeidbarkeit eines Waffenganges versäumen würde, die daraus einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.
Weil ich Sowjet-Rußland für die tödlichste Gefahr nicht nur des Deutschen Reiches, sondern für ganz Europa hielt, habe ich mich entschlossen, wenn möglich noch wenige Tage vor Ausbruch dieser Auseinandersetzung selbst das Signal zum Angriff zu geben.
Für die Tatsache der Absicht aber des russischen Angriffs liegt heute ein wahrhaft erdrückendes und authentisches Material vor. Ebenso sind wir uns im klaren über den Zeitpunkt, an dem dieser Angriff stattfinden sollte. Angesichts der uns vielleicht im ganzen Umfang aber wirklich erst heute bewußt gewordenen Größe der Gefahr kann ich dem Herrgott nur danken, daß er mich zur richtigen Stunde erleuchtet hat und mir die Kraft schenkte, das zu tun, was getan werden mußte...
Schon am 2. Oktober begann die Durchbruchsschlacht nunmehr in der Mitte der Ostfront, während am 11. Oktober die Schlacht am Asowschen Meere ihren erfolgreichen Abschluß fand. Wieder wurden 107000 Gefangene, 212 Panzer, 672 Geschütze gezählt. Am 16. Oktober erfolgte nach hartem Kampf der Einzug der deutschen und rumänischen Verbände in Odessa. Am 18. Oktober war die am 2. Oktober begonnene Durchbruchsschlacht in der Mitte der Ostfront mit jenem neuen, weltgeschichtlich einmaligen Erfolg beendet. 663000 Gefangene waren das Ergebnis, 1242 Panzer, 5452 Geschütze teils vernichtet, teils erbeutet, das andere. Am 21. Oktober wurde die Eroberung von Dagö abgeschlossen, am 24. Oktober das Industriezentrum Charkow genommen, am 28. Oktober in schwersten Kämpfen der Zugang zur Krim endgültig erzwungen und schon am 2. November die Hauptstadt Simferopol erstürmt. Am 16. war die Krim durchstoßen bei Kertsch. Am 1. Dezember aber betrug die Gesamtzahl der gefangenen Sowjetrussen 3 806 865, die Zahl der vernichteten oder erbeuteten Panzer betrug 21 391, die der Geschütze 32 541 und die der Flugzeuge 17 322. Im gleichen Zeitraum wurden 2191 britische Flugzeuge abgeschossen, durch die Kriegsmarine 4 170 611 Bruttoregistertonnen, durch die Luftwaffe 2 346 180 Bruttoregistertonnen versenkt, also zusammen 6 516 791 Bruttoregistertonnen vernichtet....
Der Einbruch des Winters allein wird dieser Bewegung nunmehr eine Hemmung auferlegen. Der Einbruch des Sommers wird die Bewegung wieder nicht mehr verhindern können...
Und nun lassen Sie mich demgegenüber zu jener anderen Welt Stellung nehmen, die ihren Repräsentanten in dem Manne hat, der, während die Völker und ihre Soldaten in Schnee und Eis kämpften, in taktvoller Weise vom Kaminfeuer aus zu plaudern pflegt, und damit also vor allem von jenem Mann, der der Hauptschuldige an diesem Kriege ist...
Die Kräfte, die Herrn Roosevelt trugen, waren die Kräfte, die ich auf Grund des Schicksals meines Volkes und meiner heiligsten inneren Überzeugung bekämpfte. Der "Gehirntrust", dessen sich der neue amerikanische Präsident bedienen mußte, bestand aus Angehörigen desselben Volkes, das wir als eine parasitäre Erscheinung der Menschheit in Deutschland bekämpften und aus dem öffentlichen Leben zu entfernen begannen. Und doch hatten wir beide etwas Gemeinsames: Franklin Roosevelt übernahm einen Staat mit einer infolge der demokratischen Einflüsse verfallenen Wirtschaft, und ich trat an die Spitze eines Reiches, das sich ebenfalls dank der Demokratie vor dem vollkommenen Ruin befand. Die Vereinigten Staaten besaßen 13 Millionen Erwerbslose, Deutschland 7 Millionen und allerdings noch weitere 7 Millionen Kurzarbeiter. In beiden Staaten waren die öffentlichen Finanzen zerrüttet... Während im Deutschen Reich unter der nationalsozialistischen Führung in wenigen Jahren ein ungeheurer Aufstieg des Lebens, der Wirtschaft, der Kultur, der Kunst usw. einsetzte, war es dem Präsidenten Roosevelt nicht gelungen, auch nur die geringsten Verbesserungen in seinem eigenen Land herbeizuführen....
So beginnt denn steigend der Einfluß des amerikanischen Präsidenten sich in dem Sinne auszuwirken, Konflikte zu schaffen oder vorhandene Konflikte zu vertiefen, auf alle Fälle aber zu verhindern, daß Konflikte eine friedliche Lösung finden. Jahrelang hat dieser Mann nur einen einzigen Wunsch, daß irgendwo in der Welt ein Streit ausbricht, am besten in Europa, der ihm die Möglichkeit gibt, durch Verpflichtung der amerikanischen Wirtschaft an einem der beiden Streitenden eine politische Interessenverflechtung herzustellen, die geeignet sein konnte, Amerika einem solchen Konflikt langsam näher zu bringen und damit die Aufmerksamkeit von seiner zerfahrenen Wirtschaftspolitik im Innern nach außen abzulenken.
Vom November 1938 beginnt er planmäßig und bewußt jede Möglichkeit einer europäischen Befriedungspolitik zu sabotieren....
Vom Juli 1940 ab steigern sich die Maßnahmen Roosevelts immer mehr, um, sei es durch den

Eintritt amerikanischer Staatsangehöriger in die britische Luftwaffe oder durch die Ausbildung von englischem Flugpersonal in den Vereinigten Staaten, den Weg zum Kriege selbst zu finden. Und schon im August 1940 erfolgt die gemeinsame Aufstellung eines militärischen Programms für die Vereinigten Staaten und Kanada...

Im September 1940 nähert er sich dem Krieg noch mehr. Er tritt an die englische Flotte 50 Zerstörer der amerikanischen Flotte ab, wofür er allerdings militärische Stützpunkte in den britischen Besitzungen von Nord- und Mittelamerika übernimmt... Nachdem nun England nicht mehr in der Lage ist, mit barem Gelde amerikanische Lieferungen bezahlen zu können, preßt er dem amerikanischen Volk das Pacht-Leih-Gesetz auf... Im Monat März (1941) war unterdes die Beschlagnahme aller deutschen Schiffe durch die amerikanischen Behörden erfolgt... Und am 9. April kommt die erste englische Meldung, daß auf Grund eines Befehls des Präsidenten Roosevelt ein USA-Kriegsschiff ein deutsches U-Boot bei Grönland mit Wasserbomben bekämpft habe.

Am 14. Juni erfolgt wieder völkerrechtswidrig die Sperrung der deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten. Am 17. Juni verlangt Präsident Roosevelt unter verlogenen Vorwänden die Zurückziehung der deutschen Konsuln und Schließung der deutschen Konsulate... Zu gleicher Zeit schickt er ein amerikanisches Hilfsversprechen an die Sowjetunion ab. Am 10. Juli gibt plötzlich der Marineminister Knox bekannt, daß die USA einen Schießbefehl gegen die Achsenkriegsschiffe besitzen. Am 4. September operiert der USA-Kreuzer "Greer" entsprechend dem ihm gegebenen Befehl mit englischen Flugzeugen gegen deutsche U-Boote im Atlantik... Am 11. September endlich hält Roosevelt jene Rede, in der er selbst den Befehl zum Schießen gegen alle Achsenschiffe neu erteilt...

Daß die japanische Regierung es nach jahrelangem Verhandeln mit diesem Fälscher es endlich satt hatte, sich noch weiter in so unwürdiger Weise verhöhnen zu lassen, erfüllt uns alle, das deutsche Volk und, ich glaube, auch die übrigen anständigen Menschen auf der ganzen Welt mit einer tiefen Genugtuung... Ich habe daher dem amerikanischen Geschäftsträger die Pässe zustellen lassen und ihm folgendes eröffnen lassen:

Im Verfolg der immer weiteren Ausdehnung einer auf unbegrenzte Weltherrschaftsdiktatur gerichteten Politik des Präsidenten Roosevelt sind die Vereinigten Staaten von Amerika im Verein mit England vor keinem Mittel zurückgewichen, um dem deutschen, dem italienischen und auch dem japanischen Volke die Voraussetzungen ihrer natürlichen Lebenshaltung zu bestreiten. Die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich aus diesem Grunde nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für alle Zukunft jeder berechtigten Revision einer besseren Neuordnung der Welt entgegengesetzt.

Seit Kriegsbeginn hat sich der amerikanische Präsident Roosevelt in steigendem Maße eine Reihe schwerster völkerrechtswidriger Verbrechen zuschulden kommen lassen. Gesetzlose Übergriffe auf Schiffe und sonstiges Eigentum deutscher und italienischer Staatsbürger verbanden sich mit der Bedrohung, ja der willkürlichen Beraubung der persönlichen Freiheit der Betroffenen durch Internierungen.

Die sich auch sonst weiter verschärfenden Angriffe des Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelt führten am Ende so weit, daß er der amerikanischen Marine den Befehl gab, entgegen allen Völkerrechtsbestimmungen Schiffe deutscher und italienischer Nationalität überall sofort anzugreifen, zu beschießen und sie zu versenken. Amerikanische Minister rühmten sich auch, auf diese verbrecherische Weise deutsche U-Boote vernichtet zu haben. Deutsche und italienische Handelsschiffe wurden von amerikanischen Kreuzern überfallen, gekapert und ihre friedlichen Besatzungen ins Gefängnis abgeführt. Ohne jeden Versucht einer amtlichen Widerlegung von seiten der amerikanischen Regierung wurde aber darüber hinaus nunmehr in Amerika der Plan des Präsidenten Roosevelt veröffentlicht, spätestens im Jahre 1943 Deutschland und Italien mit militärischen Machtmitteln in Europa selbst angreifen zu wollen. Dadurch ist das aufrichtige und von beispielloser Langmut zeugende Bestreben Deutschlands und Italiens trotz der seit Jahren erfolgten unerträglichen Provokationen durch den Präsidenten Roosevelt eine Erweiterung des Krieges zu verhüten und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, zum Scheitern gebracht worden. Deutschland und Italien haben sich demgegenüber nunmehr endlich gezwungen gesehen, getreu den Bestimmungen des Drei-Mächte-Paktes vom 27. September 1940 Seite an Seite mit Japan den Kampf zur Verteidigung und damit zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Völker und Reiche gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und England gemeinsam zu führen....

[69] *Weisung Hitlers für die HGr. Mitte vom 20. 12. 1941*

[...]

Der Führer hat gelegentlich des Vortrages am 20. 12. (41) in nochmaliger Bekräftigung seiner in

der Weisung OKH GenSt. d. H. Op. Abt. ...Nr. 1736/41 G. Kdos. Chefs nur an HGr. Mitte (Ziff. 1) geäußerte Gedanken folgendes ausgeführt:
1. Der fanatische Wille zur Verteidigung des Bodens, auf dem die Truppe steht, muß mit allen, auch den schärfsten Mitteln der Truppe eingeimpft werden. Wenn jede Truppe in gleicher Weise von ihm beseelt ist, dann werden die Angriffe des Gegners, auch wenn sie an einzelnen Stellen zu Einbrüchen bzw. Durchbrüchen führen, letzten Endes zum Scheitern verurteilt sein. Wo dieser Wille jedoch nicht in vollem Umfange vorhanden ist, wird die Front ins Wanken geraten, ohne daß eine Aussicht besteht, sie in einer vorbereiteten Stellung wieder zum Stehen zu bringen. Denn darüber muß sich jeder Offizier und Mann im klaren sein, daß das Ausweichen die Truppe den Gefahren des russischen Winters in viel höherem Maße aussetzt, als das Aushalten in einer, wenn auch dürftig hergerichteten Stellung. Abgesehen von den erheblichen unvermeidlichen Materialverlusten, die bei einer Ausweichbewegung eintreten müssen. Der Russe wird einer ausweichenden Truppe sofort nachstoßen, er wird sie nicht zur Ruhe kommen lassen, sie immer wieder angreifen und anfallen, ohne daß diese Truppe einen Halt finden würde, weil rückwärtige vorbereitete Stellungen fehlen. – Das Wort vom Napoleonischen Rückzug droht Wahrheit zu werden. Es darf daher nur dort eine Ausweichbewegung vorgesehen werden, wo weiter rückwärts eine Stellung vorbereitet ist. Nur wenn der Soldat sieht, daß er nach dem Absetzen vom Feinde wieder in eine, wenn auch notdürftig hergerichtete Stellung hineinkommt, wird er das Absetzen verstehen. Nur dann wird ein solcher Rückzug das Vertrauen zwischen Truppe und Führung nicht untergraben. Erlebt aber die Truppe, daß sie eine Stellung verlassen muß, ohne daß ihr dafür ein entsprechender Ersatz geboten wird, dann droht sich aus jedem Rückzug eine Vertrauenskrise zur Führung zu entwickeln. –
2. Dem (!) Absinken der Gefechtsstärken der Divisionen muß mit allen Mitteln gesteuert werden. Abgesehen von dem Bestreben, möglichst bald die Ersatztransporte der Truppe zuzuführen, wird es aber auch darauf ankommen, innerhalb der Divisionen soviel Leute wie irgendmöglich zum Einsatz in der Front zu bringen und die große Zahl der hinter der Front eingesetzten Kräfte der rückwärtigen Dienste zu verringern. Jede Truppe, auch wenn sie zu den rückwärtigen Diensten gehört, muß mit dem gleichen fanatischen Willen, sich dort zu verteidigen, wo sie steht, erfüllt werden. Die Ausrede, daß eine Kolonne schutzlos sei, wenn sich keine Infanterie bei ihr befände, darf nicht gelten. Jeder einzelne muß sich genauso als Kämpfer fühlen, wie der vorn eingesetzte Infanterist. Jede belegte Ortschaft muß zum Stützpunkt werden, für dessen Abwehrbereitschaft ein Kommandant verantwortlich ist. Wenn das der Fall ist, dann wird ganz von selbst hinter der Front eine tiefe Abwehrzone entstehen, in der der Gegner immer wieder zum Kämpfen gezwungen und dadurch aufgehalten wird.
3. Jedes Gelände, das dem Gegner zwangsläufig überlassen werden muß, muß für ihn weitgehend unbenutzbar gemacht werden. Jede Ortschaft muß ohne Rücksicht auf die Bevölkerung niedergebrannt und zerstört werden, um dem Gegner die Unterkunftsmöglichkeit zu nehmen. Das muß vorbereitet sein. Sollte die Zerstörung nicht gelingen, so müssen durch Einsatz der Luftwaffe unzerstört gebliebene Ortschaften nachträglich vernichtet werden. Denn auch der Gegner wird, genauso wie unsere Truppe, bei der Kälte auf Ortschaften angewiesen sein. Für ihn als den Angreifer werden die Schwierigkeiten immer noch größer sein als für unsere Truppe, wenn sie sich in einer leidlich eingerichteten Stellung befindet.
4. Der Gegner wird sich bei seinen Angriffen allmählich verbluten. Er wirft jetzt die letzten verfügbaren Kräfte in den Kampf. Ihre Ausstattung und Bewaffnung mag an einzelnen Stellen sehr gut sein, an den meisten Stellen kämpft er mit schlecht geführten und geringen Waffen ausgestatteten Massen. Es liegt daher keinerlei Grund vor, daß die Truppe ihr stets bisher bewiesenes Überlegenheitsgefühl über diesen Gegner verlieren sollte. Im Gegenteil wird es darauf ankommen, überall das berechtigte Selbstvertrauen zu stärken und den Willen zu haben, mit diesem Gegner und den durch die Witterung bedingten Schwierigkeiten fertig zu werden bis ausreichender Ersatz herangekommen und die Front damit endgültig gesichert ist. –
Vorstehende Gedankengänge werden mit der Bitte übermittelt, sie zur Kenntnis der unterstellten Kdo-Behörden zu bringen...
[...]

[70] *Aus der Unterredung Hitlers mit dem japanischen Botschafter Oshima über die gemeinsame Kriegführung gegen USA und Großbritannien. 3. 1.1942*

Der Führer bringt zunächst dem Botschafter Oshima in herzlicher Form zum Ausdruck, daß er die erfolgreichen Operationen Japans im ostasiatischen Raum als Soldat und als Verbündeter mit allergrößtem Interesse und mit bewegtem Herzen verfolge. Der Fall Manilas sei ein schwerer Schlag für die Alliierten, und der Vormarsch auf Singapur bedeute eine ungeheure Bedrohung der englischen Position. Man könne sich den Kopf darüber zerbrechen, welche Reaktion diese Erfolge in England und in den Vereinigten Staaten wohl auslösen würden.

Auf die europäische Kriegszone übergehend, erklärte der Führer, daß er zur Zeit starke U-Boot- und Luftwaffenverbände in die Mittelmeerzone überführen ließe. Es dauere jedoch Wochen und Monate, bis diese Kräfte voll einsatzbereit seien. Leider seien die Eisenbahnverbindungen nach Italien sehr begrenzt, und da wir den Italienern monatlich 1 Million t Kohle schicken müßten, ließen sich nur wenige Transportzüge für andere Zwecke einschieben. Besonders die Überführung der Bodenorganisation für die Luftwaffe nehme einen großen Zeitraum in Anspruch. Trotzdem hätten die deutschen Kampfkräfte im Mittelmeer jetzt schon beachtliche Erfolge. Die englischen Schiffsbewegungen würden fühlbar gestört und Malta in rollendem Einsatz angegriffen. Er plane, im ganzen 51 U-Boote ins Mittelmeer zu entsenden. Leider sei ein großer Teil des Nachschubs auf dem Wege nach Nordafrika verloren gegangen, da die Italiener nicht in der Lage gewesen wären, die Geleitzüge hinreichend zu schützen. Dies allein sei die Ursache für den Rückzug Rommels gewesen. Aber die Lage würde sich wieder bessern. Es sei bereits eine Entspannung für Rommel eingetreten. Auch die Verluste seien verhältnismäßig gering gewesen. Sie beliefen sich bei den insgesamt 60 000 Mann des Afrikakorps auf ca. 5 000, allerdings kämpfende Truppe. Vor 14 Tagen sei es endlich wieder gelungen, Panzer hinüberzubringen. In Neapel stünden 120 Panzer zum Abtransport bereit. Bei den Engländern würden die Verbindungen nun auch immer länger. Er hoffe, in einigen Wochen soviel Panzer nach Nordafrika zu bringen, daß Rommel die Engländer wieder anpacken könne. Wir gäben den nordafrikanischen Kampfplatz nicht auf. Die englische Lufttätigkeit hätte sich bereits merklich verringert, während die unsrige, ständig zunehme.
Er beabsichtige,vorläufig in der Mitte der Front keine Angriffsoperationen mehr durchzuführen. Sein Ziel sei die Offensive an der Südfront... Den Faden seiner Ausführungen wieder aufnehmend, erklärt der Führer, daß er entschlossen sei, die Offensive in Richtung des Kaukasus wieder aufzunehmen, sobald das Wetter günstig würde. Diese Stoßrichtung sei die wichtigste; man müsse an das Öl und an Iran und den Irak herankommen. Wenn man erst einmal dort stünde, so hoffe er, daß man auch der Freiheitsbewegung der arabischen Welt zum Durchbruch verhelfen könne. Natürlich würde er außerdem alles daran setzen, Moskau und Leningrad zu vernichten...
Wir alle und auch Japan stünden in einem gemeinsamen Kampf auf Leben und Tod, und es sei daher von größter Wichtigkeit, daß wir unsere militärischen Erfahrungen gegenseitig austauschen...
Heute und morgen träfen nun die ersten deutschen U-Boote in den Küstengewässern der Vereinigten Staaten ein. Er wolle den U-Booteinsatz an der nordamerikanischen Küste so organisieren, daß die Ablösung gesichert sei, so daß die Amerikaner nicht dazu kämen, Abwehrmaßnahmen zu treffen. Sie seien dann auch gezwungen, weitere U-Bootsicherungen aus dem Pazifik abzuziehen.
Eine gewisse Sorge bereite ihm die norwegische Küste in ihrer ungeheuren Ausdehnung von 2800 km. Im Winter seien nur wenige Flugplätze benutzbar und Truppenbewegungen außerordentlich schwer durchzuführen. Die Engländer setzten ganze Flottengeschwader auf eine Küstenbatterie an, die auf einer Insel isoliert stünde, und könnten auf diese Weise kleine Erfolge erzielen. An den wichtigsten Punkten, u. a. in Narvik, seien die Abwehrmaßnahmen derartig, daß nichts passieren könne...
An der Karte erklärt der Führer dem japanischen Botschafter nunmehr die Seekriegslage im Atlantik, wobei er hervorhebt, daß er es als seine wichtigste Aufgabe betrachte, den U-Boot-Krieg voll in Gang zu bekommen. Die U-Boote befänden sich in der Neuaufstellung. Er habe die im Atlantik operierenden U-Boote zuerst einmal alle zurückgerufen. Sie würden jetzt, wie schon erwähnt, vor den USA-Häfen, später dann auch vor Freetown und die großen Boote bis hinunter nach Kapstadt postiert. Er hoffe, daß er bis Februar 20–24 Boote allein an der Küste der Vereinigten Staaten ansetzen könne. Diese Boote seien in der Lage, 4 Wochen dort zu liegen, bevor sie wieder zurückkehren müßten. Nachdem er an Hand der Karte weitere Ausführungen gemacht hat, weist der Führer darauf hin, daß, wieviele Schiffe die USA auch bauten, eines ihrer Hauptprobleme der Personalmangel sei. Aus diesem Grunde würden auch die Handelsschiffe ohne Warnung versenkt, mit der Absicht, daß ein möglichst großer Teil der Besatzung hierbei umkäme. Würde es sich einmal herumsprechen, daß bei den Torpedierungen die meisten Seeleute verloren gingen, so würden die Amerikaner schon bald Schwierigkeiten haben, neue Leute anzuwerben. Die Ausbildung von seefahrendem Personal dauere sehr lange. Wir kämpften um unsere Existenz und könnten deshalb keine humanitären Gesichtspunkte walten lassen. Aus diesem Grunde müsse er auch den Befehl geben, daß, falls die fremden Seeleute nicht zu Gefangenen gemacht werden könnten, was auf offener See meist nicht möglich wäre, die U-Boote nach Torpedierung auftauchten und die Rettungsboote zusammenschössen.
Botschafter Oshima stimmt diesen Ausführungen des Führers aufrichtig zu und sagt, daß auch die Japaner gezwungen seien, diese Methoden zu befolgen. Wenn einmal Singapur gefallen sei, wäre die Lage der Alliierten völlig anders; die englische Flotte könne dann nur noch nach

Ceylon oder vielleicht nach Bombay gehen; Kalkutta wäre jetzt schon sehr gefährlich für sie. Er glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten und England sich über die Art ihrer Kriegführung einig würden. Der Führer ist der Auffassung, daß die Engländer die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sehr gern nach Libyen brächten, um zu verhindern, daß sie, so wie diese es gern möchten, in die ostasiatischen Gebiete hineinkämen, da sie fürchten, daß die Amerikaner dort nicht mehr hinausgingen. Oshima ist der Ansicht, daß die japanische Armee bald einen Vorstoß zur Besetzung Burmas machen würde, schon um die Zufuhren für Tschiangkaischek abzuschneiden. Er hält es in diesem Zusammenhang für äußerst wichtig, daß Deutschland und Japan eine gemeinsame Erklärung Indien gegenüber abgeben. Seien einmal die englischen Stützpunkte in Indien ausgeschaltet, so sei es für Japan ein Leichtes, Konvois zum Persischen Golf zu schicken. Sehr wichtig sei auch, daß Japan die Kautschuk- und Zinnausfuhr nach Amerika restlos verhindern könne.
Der Führer weist Oshima auf die große Gefahr hin, daß England, wenn der Krieg lange dauere, seine Zentrale nach Australien und Neuseeland verlegen könnte, um von dort aus Japan zu bekämpfen. Er hält es aus diesem Grunde für sehr wichtig, daß Japan sich zunächst ganz auf die Sicherstellung des südostasiatischen Raumes beschränkt, um zu verhindern, daß ihm von hier aus noch irgendwelche Gefahren erwachsen können. Oshima, der mit dem Führer gleicher Meinung ist, fügt hinzu, daß Japan sich auch den Nordraum sichern müsse und zu diesem Zwecke im Frühjahr Stützpunkte auf den Aleuten in Besitz nehmen müsse. Die japanische und die deutsche Marine stünden zur Zeit in Verhandlungen, um eine Strecke nördlich des asiatischen Kontinents auszumachen, auf der ein Austausch von Dampfern stattfinden könne. Soviel ihm bekannt sei, seien dort deutsche Hilfskreuzer schon einmal durchgekommen.
Er hebt besonders hervor, daß es wohl zum ersten Male in der Geschichte sei, daß zwei so gewaltige Militärmächte, die voneinander weit entfernt lägen, gemeinsam im Kampfe stünden. Diese Position gäbe die Möglichkeit, bei genauer Abstimmung der militärischen Operationen eine Hebelwirkung in der Kriegführung zu erzeugen, die gewaltige Rückwirkungen auf den Feind haben müsse, da dieser dadurch gezwungen würde, seine Schwerpunkte immer wieder zu verlagern und auf diese Weise seine Kräfte hoffnungslos zu verzetteln. Er glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten noch Mut hätten, Angriffsoperationen im ostasiatischen Raum zu führen...
Der Führer fährt nun fort: "Wenn England Indien verliert, stürzt eine Welt ein. Indien ist der Kern des englischen Empire. Aus Indien hat England seinen ganzen Reichtum erworben."
Oshima sagt, daß Japan durch den China-Krieg wirtschaftlich sehr gelitten habe, daß es aber, sobald es den südostasiatischen Raum besetzt habe, durch die dort gewonnenen Rohstoffe in der Lage sein werde, einen langen Krieg durchzuhalten. Es sei notwendig, daß Deutschland und Japan über die gemeinsamen Pläne für 1942/43 berieten. Die beiden Verbündeten dürften unter keinen Umständen auf halbem Wege aufhören. Der Führer ist der Auffassung, daß man England vernichten kann. Wie man die USA besiege, wisse er noch nicht. Die Staaten Südamerikas würden, seiner Überzeugung nach, langsam von Nordamerika abrücken. Auf eine Bemerkung des Reichsaußenministers, daß Japan vielleicht im Mai in der Lage sein würde, Rußland anzugreifen, sagt der Führer, daß es für Deutschland das Wichtigste sei, daß Japan den angelsächsischen Mächten nicht unterliege. Es dürfe unter keinen Umständen seine Kräfte frühzeitig zerpslittern. Auch für uns sei England der Hauptfeind. Den Russen würden wir sicherlich nicht unterliegen. Er macht Oshima nochmals auf die Gefahr aufmerksam, die auf lange Sicht Japan daraus erwachsen würde, wenn sich die Vereinigten Staaten und England in großem Ausmaße auf dem australischen Kontinent festsetzen würden. Oshima ist der gleichen Ansicht und der Überzeugung, daß Japan sich auch bald die Stützpunkte in Australien sichern würde. Darüber hinaus sei es natürlich, daß Japan auch eines Tages Rußland schlagen müsse, denn sonst sei eine Neuordnung in Ostasien nicht möglich. Im Augenblick sei Japan noch in China truppenmäßig sehr gebunden, doch sei er der Überzeugung, daß die Chungking-Regierung in den nächsten Monaten immer schwächer würde. Dann sei Japan in der Lage, Truppen aus China herauszuziehen.
Der größte Fehler Roosevelts sei der gewesen, Japan Sanktionen aufzuerlegen, ohne gleichzeitig entsprechend gerüstet zu sein. Dies sei eine geradezu wahnsinnige Politik gewesen. Der Führer ist der gleichen Auffassung und sagt, wenn man nicht warten will, bis einem die Kehle durchschnitten wird, muß man eben vorher losschlagen, und das habe Japan richtig erkannt und getan... Der Führer ist der Auffassung, daß es außerordentlich wichtig sei, daß Japan und Deutschland gegenseitig ihre Kriegserfindungen austauschten. Deutschland habe keine Interessen in Ostasien und Japan keine in Europa und Afrika. Oshima nimmt diesen Gedanken begeistert auf und erzählt von einem zur Zeit in Paris weilenden japanischen Major, den man als den Fachmann für Landungsoperationen bezeichnen könne. Wenn es der deutschen Wehrmacht angenehm sei, so würde dieser Major seine Erfahrung und seine Kenntnisse Deutschland zur Verfügung stellen...
Ein Zukunftsproblem für Japan sei es, seine Leute in den neu eroberten Gebieten hart zu erhalten. Die südostasiatischen Länder seien unendlich reich an Bodenschätzen, und auch der

Boden selbst sei so fruchtbar, daß er nie Düngung brauche. Dazu käme das ermattende Klima. Es sei eine sehr wichtige Aufgabe, zu verhindern, daß die Japaner ihre kämpferischen und dynamischen Eigenschaften auf die Dauer verlieren würden. Hierzu meint der Führer, daß Deutschland in dieser Hinsicht in einer besseren Lage sei, denn es sei alles andere zu erwarten, als daß die Arbeit in Rußland den deutschen Menschen weich mache. Zum Schluß sagt Oshima noch, daß auch für Deutschland noch ein großes Tätigkeitsfeld in Ostasien sei, denn sicherlich habe Japan einen riesigen Bedarf an deutschen Ingenieuren und Fachleuten, die ihm helfen müßten, diese Gebiete zu erschließen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland und Japan nach dem Kriege zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommen werden.

[71] *Aufzeichnung über eine Besprechung Adolf Hitlers mit Reichsminister Speer 24. Mai 1942 (Führerhauptquartier)*

Der Führer: Das Transportproblem ist ein entscheidendes; es muß gelöst werden. Ich habe in meinem ganzen Leben, am stärksten aber im vergangenen Winter, vor entscheidenden Fragen gestanden, die eine Lösung finden mußten. Immer wurde mir von sogenannten Fachleuten und eigentlich zur Führung berufenen Männern erklärt: das ist nicht möglich, das geht nicht. Damit kann ich mich nicht abfinden. Es gibt Probleme, die unbedingt gelöst werden müssen. Wo richtige Führer vorhanden sind, sind sie immer gelöst worden und werden auch immer gelöst werden. Es läßt sich nicht immer mit liebenswürdigen Mitteln durchsetzen; aber für mich kommt es nicht auf Liebenswürdigkeiten an, ebenso, wie es mir völlig gleichgültig ist, was mal die Nachwelt von den Methoden sagen wird, die ich anwenden mußte. Für mich gibt es nur eine einzige Frage, die gelöst werden muß, das ist: wir müssen den Krieg gewinnen, oder Deutschland geht seiner Vernichtung entgegen. Infolgedessen kommt es mir nicht darauf an, wie wir den Krieg gewinnen, sondern nur, daß wir es tun. Leider habe ich oft ein Versagen der Führung erleben müssen. Ich habe dann rücksichtslos durchgegriffen. Selbst Leute, die mir sehr nahe standen, wie z. B. zwei Generaloberste des Heeres, habe ich nach Hause geschickt; ihre Kraft war verbraucht, sie konnten nicht mehr. Es ist mir das sehr schwer geworden, aber es gab keinen Ausweg. Da war einer von diesen Herren im Winter bei mir gewesen und erklärte: "Mein Führer, wir können uns nicht halten, wir müssen zurück." Ich habe gefragt: "Herr, wohin wollen Sie denn in Gottes Namen zurückgehen, wie weit wollen Sie zurückgehen? " Ja, er sagte mir: "Das weiß ich nicht, wie weit." Wollen Sie 50 km zurückgehen; glauben Sie, daß es dort weniger kalt ist; glauben Sie, daß dort das Transportproblem für den Nachschub besser gelöst werden kann? Und wenn Sie zurückgehen – wollen Sie Ihre schweren Waffen mitnehmen, können Sie sie mitnehmen? Der Herr antwortete: "Nein, das geht nicht." Aber die wollen Sie dem Feinde überlassen, und wie wollen Sie sich weiter rückwärts ohne schwere Waffen schlagen? Er antwortete: "Mein Führer, retten Sie wenigstens die Armee ohne Rücksicht auf das Material." Ich fragte: "Wollen Sie etwa bis zur deutschen Reichsgrenze zurückgehen, oder wo wollen Sie haltmachen? " "Ja, mein Führer", antwortete er, "es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, ich muß Ihnen das offen gestehen."
Ich konnte den Herren nur sagen: Meine Herren, gehen Sie für Ihre Person so schnell wie möglich nach Deutschland zurück, aber die Armee überlassen Sie meiner Führung, und die bleibt vorn.
Es gab Tage, die an meinen Nerven rissen. Fast alle versagten, bis auf wenige Männer, die kämpften mit mir und schlugen sich mit mir: und Tag und Nacht habe ich darüber nachdenken müssen, ohne Schlaf und Ruhe zu finden; was kann ich tun, was muß geschehen, wie kann ich diese oder jene Lücke schließen, denn mir war klar, ein Zurückgehen bedeutete das Schicksal Napoleons. Und ich habe es geschafft! Daß wir diesen Winter überwunden haben und heute in der Lage sind, siegreich wieder anzutreten, siehe Kertsch, siehe jetzt die große Kesselschlacht bei Charkow, in der ich 250–400000 Russen vermute, ist nur der Tapferkeit des Soldaten an der Front und meinem festen Willen durchzuhalten, koste es was es wolle, zu verdanken.
Vor gleichen Fragen haben auch hier die Herren gestanden: So sagte mir das Waffenamt, als ich von ihm den Einsatz von schweren Paks verlangte: das geht nicht vor so und soviel Monaten, d. h. zu einem Zeitpunkt, wo sie zu spät gekommen wären. Ich mußte mit dem Einsatz schwerer russischer Panzer weiter rechnen und der Truppe weiterhin eine Waffe dagegen in die Hand geben. Mit diesem Heereswaffenamt war die Frage nicht zu lösen. Aber der Minister Speer, der hier sitzt, der hat mir diese Waffe verschafft, und zwar in einer Zeit und in einem Ausmaß, die meine Erwartungen übertrafen. Und ebenso hat der Feldmarschall Milch die Lage in Norwegen gemeistert, als er hinkam, die vorher auch wenig klar und erfreulich aussah. Und auch auf seinem heutigen Gebiet der Schaffung der Fliegerwaffen hat er Dinge möglich gemacht, die vorher als undurchführbar galten. Warum? Weil hier Männer da waren, die genau so wie ich das Wort "unmöglich" nicht kennen.

Bei der Eisenbahn soll es an Eisenbahnanlagen fehlen. Das ist Idiotie! Die vorhandenen Anlagen reichen vollständig aus. An rollendem Material mag es wohl fehlen, das gebe ich zu; aber auch hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen, und zwar:

a) müssen die Umlaufzeiten abgekürzt werden; beim Ent- und Beladen lassen sich Zeiten sparen. Hierfür sind auch Entladeorganisationen mit Kriegsgefangenen usw. aufzuziehen.

b) Alle unsinnigen Transporte können vermieden werden. Im Kriege braucht man kein Bier von München nach Berlin und von Berlin nach München oder Gemüse aus der Steiermark nach Hamburg, aus Holland nach Wien zu transportieren. Hier muß auch eine sinnvolle Organisation geschaffen werden, die alle die vielen vernünftigen Anregungen und Beschwerden, die aus der Öffentlichkeit kommen, aufnimmt und verwertet.

c) Aus den besetzten Gebieten ist rollendes Material ohne Rücksicht heranzuziehen. Wie mir der Reichsmarschall gemeldet hat, verkehren immer noch zwischen Brüssel und Paris vier D-Züge am Tage. Hier geht rücksichtslos das deutsche Interesse vor.

d) Wir müssen schnell mehr rollendes Material bauen, und zwar in primitiver Form. Wenn eine Lokomotive oder ein Waggon fünf Jahre halten, so ist das vollkommen ausreichend, wenn nur das Material der gestellten Aufgabe genügen kann.

e) Auch der Reparaturstand des rollenden Materials der Bahn muß schneller gebessert werden. Auch hier sind beschleunigt und bevorzugt Arbeiter heranzuziehen.

Wenn so alle Maßnahmen schnell ergriffen und erschöpfend eingesetzt werden, werden wir über die jetzige Transportnot hinwegkommen. Das ist die Vorbedingung für den Sieg und deshalb darf es keinerlei Zweifel und Zögern in dieser Frage geben. Die Vorbedingungen für Kriegsführung und Rüstung sind:

1. Die Kohle, 2. das Eisen und 3. der Verkehr.

Sie sind in dieser Reihenfolge schnellstens zu ordnen. Ich habe die Herren Speer und Milch damit beauftragt, in dieser Frage durch entsprechende Weisungen und Maßnahmen zu helfen. In der Überzeugung, daß der jetzige Staatssekretär der Reichsbahn, Kleinmann, seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, habe ich mich entschlossen, ihn zu ersetzen und Sie, Herr Ganzenmüller, als Staatssekretär der Reichsbahn einzusetzen, da Sie an der Front bewiesen haben, daß Sie über die Energie verfügen, so verfahrene Verkehrs-Situationen wieder in Ordnung zu bringen. Ich erwarte, daß Sie Ihre neue Aufgabe mit voller Tatkraft und brutaler Energie aufnehmen. Speer und Milch werden Ihnen dabei jederzeit behilflich sein.

Von seiten des Ministers Speer und Feldmarschalls Milch wurde auf das Problem Binnenwasserstraßen, sowie auf die Notwendigkeit, in der Reichsbahn eine starke Verjüngung in den führenden Stellen eintreten zu lassen, hingewiesen. Der Führer erklärte sich damit einverstanden. Sodann wurden Minister Dorpmüller und Ministerialdirektor Leibbrand zur Sitzung hinzugezogen. Der Führer: Auf Grund eines Vortrages des Reichsmarschalls über die Verkehrslage habe ich mich entschlossen, in diese Frage einzugreifen, da von ihr der Sieg abhängig ist. Auch ich habe seinerzeit mit nichts begonnen, als unbekannter Soldat des Weltkrieges, und erst als alle anderen, die viel mehr als ich zur Führung berufen schienen, versagten. Ich hatte nur meinen Willen und habe mich durchgesetzt. Mein ganzer Lebensweg beweist, daß ich niemals kapituliere. Die Kriegsaufgaben müssen gemeistert werden!

Ich erinnere an den vor kurzem stattgefundenen Vortrag über die Schiffahrtslage, in dem von den sogenannten Fachleuten immer das Wort "unmöglich" gebraucht wurde. Und nachher wurde die Frage ohne weiteres gelöst, und sie wird ihre Früchte tragen.

Vorn an der Front sehe ich ein ungeheures Heldentum. Nur der kleine Soldat in der vordersten Linie hat überhaupt das Recht, irgend etwas als zu schwer zu finden und als nicht durchführbar anzusehen, wenn dieses Recht überhaupt jemandem zugestanden werden darf. Dort wird aber jede Leistung erfüllt!

Ich wiederhole: für mich gibt es das Wort "unmöglich" nicht, das gibt es nicht für mich! Kohle und Eisen und Verkehr müssen brutal in Ordnung gebracht werden. – Hierbei wies der Führer nochmals auf die fünf Wege, die er bereits im ersten Teil des Vortrages genannt hatte, hin. Zur Erfülllung meiner Forderungen müssen jüngere Leute herangezogen werden; die Alten haben nicht mehr die erforderliche Spannkraft. Unsere ganze Schicht ist ungefähr gleich alt; sie besteht aus den alten Kämpfern des Weltkrieges im Alter von Mitte 40 bis Ende 50. Wir werden alle später gleichzeitig ausfallen und müssen daher dafür sorgen, daß die Nachfolge gesichert ist. Ich habe daher auch meinen besten Mann *(Göring)*, der etwas jünger ist als ich, zu meinem Nachfolger ernannt. Leider hat der zweite Vertreter (Hess), den ich damals auch benannt habe, versagt. Ich habe mich daher entschlossen, zur Erfüllung der kriegswichtigen Aufgaben innerhalb der Reichsbahn den Staatssekretär Kleinmann, da er seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen ist, zu verabschieden und an seiner Stelle den aus der Front kommenden und sich bewährt habenden Ganzenmüller zum Staatssekretär zu ernennen. – Ich erwarte von diesem, daß er sich mit größter Rücksichtslosigkeit durchsetzt und Ihnen, Herr Dorpmüller, als tatkräftiger Helfer zur Seite tritt. Im übrigen werden Minister Speer und Feldmarschall Milch in der ganzen Frage Ihnen tatkräftig zur Seite stehen und dafür sorgen, daß die von mir gestellten Forderungen in weitestgehendem Umfang und in schnellster Zeit erfüllt werden. Wegen der Transportfrage darf der Krieg nicht verloren gehen, sie ist also zu lösen.

[...]

7. KAPITEL

DAS "UNNATÜRLICHE" BÜNDNIS ZWISCHEN GROSSBRITANNIEN, DEM FRANKREICH DE GAULLES, DEN USA UND DER SOWJETUNION ALS WERK DER NATIONALSOZIALISTISCHEN-FASCHISTISCHEN-JAPANISCHEN AGGRESSIONSPOLITIK 1941

Seit Juni 1940 hatte Großbritannien, durch die rastlose Tatkraft und den schier unerschöpflichen Ideenreichtum Churchills [72] vorangetrieben, den Kampf gegen die Achsenmächte allein fortgesetzt. Dieser unbeugsame Widerstandswille des britischen Volkes hatte weltgeschichtliche Folgen. Hitler gab den direkten Kampf gegen die Insel auf und zersplitterte systematisch seine Kräfte. Gestützt auf die materiellen Lieferungen aus den USA [74], auf die Ergebenheit des Commonwealth, der Dominien und der Nebenländer und auf die Kräfte des französischen Gen. de Gaulle überstand Großbritannien alle Prüfungen... Nach dem Verlust des Kontinents hatte es wohl die "Schlacht um England" gewonnen, durch Verteidigungsanstrengungen die deutsche Kriegführung von einer Invasion auf der Insel abgeschreckt und in Nordafrika die Italiener in die Flucht getrieben, aber die tödliche Bedrohnung der eigenen Hauptschlagader durch deutsche U-Boote hatte es noch nicht abzuwenden vermocht. [75] Ungeachtet zahlreicher Rückschläge bis zum Frühjahr 1941 konnte es jedoch durch eine flexible Strategie im Mittelmeerraum und in Afrika eine Reihe wichtiger Erfolge erzielen. Im Januar 1941 fiel Eritrea in seine Hand, im Mai konnte er ganz Abessinien zurückerobern und den Aufstand im Irak niederwerfen, bevor deutsche Verstärkungen die Rebellion vollends entfachten. Im Juni-Juli 1941 marschierten britische und freifranzösische Truppen in Syrien ein, um eine weitere strategische Schlüsselposition in die Hand zu nehmen, von der aus Deutschland und Italien die lebenswichtige Kanalzone und die Petroleumraffinerien in Abadan hätten erobern und die britische Landverbindung zwischen dem Irak und Ägypten hätten unterbrechen können. Churchill glaubte, dadurch auch die Gefahr gebannt zu haben, daß Hitler weiter in Richtung auf den Persischen Golf (Indien) ausgriff, um zu einem Zusammenwirken mit Japan zu kommen.

Freilich erst am 22. Juni 1941 erhielt Großbritannien die notwendige Atempause, um die Ausbildung seiner Verbände und die Abwehr zur See systematisch zu verbessern. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion zwang die deutsche Kriegführung, die Luftangriffe auf England fast gänzlich zu drosseln und die Invasion vorerst aufzugeben. So konnte die britische Rüstungsproduktion aufholen, was sie vor Kriegsausbruch versäumt hatte. Churchill zögerte keinen Augenblick, dem überfallenen Rußland jede nur erdenkliche Unterstützung anzubieten. Diese wurde am 12. 7. 1941 auch vertraglich zwischen der UdSSR und Großbritannien vereinbart. [82]

In seiner Rundfunkansprache vom 22. 6. 1941 bekannte er zwar, immer ein unversöhnlicher Gegner des Kommunismus gewesen zu sein, aber das alles verblasse angesichts des Schauspiels, das sich jetzt abwickele. England, so erklärte er, habe nur ein Ziel, "Hitler und jede Spur des Naziregimes" auszutilgen. [80]

Das erste gemeinsame Unternehmen führten Großbritannien und die Sowjetunion bereits Ende August 1941 in Persien durch. Schnell und fast kampflos besetzten sie das Land. Auf diese Weise sicherten sie sich die persischen Ölfelder und gewährleisteten sie einen leistungsfähigen Transit der Kriegslieferungen (durch den Persischen Golf) nach Rußland.

Hatte die Politik der UdSSR bis zum Kriegsausbruch 1939 aus verschiedenen Gründen auf der staatlich-diplomatischen Ebene stärker im Zeichen der Defensive gestanden, die auch mit der These von der "Einkreisung" der Sowjetunion durch die

"faschistischen Mächte" begründet wurde, die gleichzeitige ideologische Offensive im Rahmen der Komintern blieb davon unberührt. Wie unnachgiebig und konsequent die sowjetischen Politiker im übrigen die internationale Lage zur eigenen strategischen Sicherung, vor allem aber auch im Sinne weltrevolutionärer Zielsetzung zu nutzen verstanden, hatten die Ereignisse von 1939–1940 im Osten und Südosten Europas bewiesen. Sie hatten im übrigen tatenlos zugesehen, ja Hitler wirtschaftlich unterstützt, als dieser halb Europa überrannte, bis er sich – auch von dem britischen Abwehrwillen beeindruckt – mit seiner Kriegführung Rußland zuwandte.

So regelte z. B. das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland vom Februar 1940, daß die Sowjetunion innerhalb des ersten Vertragsjahres 1 Mill. t Futtergetreide und Hülsenfrüchte, 99 999 t Erdöl, 100 000 t Baumwolle, 100 000 t Chromerz und 500 000 t Manganerz lieferte und das Deutsche Reich Maschinen und Kriegsgerät. Beide Lieferungen sollten sich proportional halbjährlich ausgleichen, und die deutschen Waren jeweils 80 % des Wertes der sowjetischen ausmachen. Durch das Handelsabkommen vom Januar 1941 wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit noch einmal gesteigert. Vorgesehen waren Lieferungen im Wert von 620–640 Millionen RM bis Mitte 1942. Die Sowjetunion verpflichtete sich vor allem, 2,5 Mill. t Getreide zu liefern.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion vom 22. 6. 1941 änderte die Situation von Grund auf. Im "Großen Vaterländischen Krieg" [81] kämpfte die Sowjetunion zunächst mit allen ihr zur Gebote stehenden Mitteln um die nackte staatliche und gesellschaftliche Existenz. In den Tagen "tödlicher Gefahr" forderte Stalin Großbritannien mit allem Nachdruck auf, in Frankreich oder auf dem Balkan eine "Zweite Front" zu errichten [84], um den deutschen Druck an der eigenen Front zu verringern (ohne jedoch über die Schwierigkeiten solcher Landeoperationen hinreichende Kenntnisse zu besitzen). Aber dazu reichte das englische Wehrpotential angesichts der deutschen Waffenüberlegenheit – insbesondere der U-Boot-Blockade – noch nicht aus. So mußte nunmehr die Sowjetunion, in verzweifelte hartnäckige Rückzugskämpfe verwickelt, die Hauptlast des Krieges tragen [88]. Immerhin weckten die Appelle Stalins und der Kommunistischen Partei mehr und mehr alle nationalen, patriotischen Gefühle und Leidenschaften zur Verteidigung der Heimat und öffneten damit eine der großen Kraftquellen in der jahrhundertlangen Geschichte Rußlands für den erfolgreichen Widerstand gegen fremde Eindringlinge. Die Aufrufe fanden im russischen Volk um so mehr Gehör, je deutlicher die nationalsozialistische Besatzungspolitik die wahren Absichten des Angriffes enthüllten: statt der von vielen ersehnten Freiheit brachten die Eroberer nur neue Unfreiheit.

Angesichts der schweren Kämpfe in Rußland 1941 hatte Stalin immer dringender eine Entlastung seiner Streitkräfte durch die Errichtung einer "Zweiten Front" im Westen erbeten, ohne daß sich die Alliierten jedoch anfangs in der Lage sahen, derartige Operationen in größerem Maßstab einzuleiten. Immerhin sagte die amerikanische Regierung schon frühzeitig materielle Hilfe zu. Im Oktober 1941 wurde vertraulich vereinbart, 200 Flugzeuge und 250 Panzer im Monat, insgesamt 5000 Jeeps und 85 000 LKW, also Waren im Wert von 1 Mrd. Dollar zu liefern. Am 7. 11. 1941 konnte nach Zustimmung durch den US-Kongreß die Sowjetunion offiziell in das Lend-Lease-System einbezogen werden. Im Sommer 1942 kam es zu einer weiteren Vereinbarung. 3,3 Millionen Tonnen Güter sollten über die Häfen Murmansk und Archangelsk, 4,4 Millionen Tonnen über die inzwischen ausgebaute Route Iran in die UdSSR transportiert werden. Bis Ende des Krieges lieferten die USA über 18 000 Flugzeuge, 10 000 Panzer und fast 10 000 Geschütze, das entsprach, nach sowjetischen Quellen, ca. 12 %, 10,4 % bzw. 2 % der sowjetischen Kriegsproduktion auf diesem Gebiet.

Im Dezember 1941 hatte Rußland die schwerste Krise überwunden. Jetzt verhieß auch das Bündnis mit Großbritannien [87] und den Vereinigten Staaten berechtigte Aussichten, den Krieg auf lange Sicht militärisch zu gewinnen [88]. Stalin hat denn auch erstmals im gleichen Monat in einem Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden seine Zukunftspläne angedeutet, die in der Teilung Deutschlands, in der Schwächung der europäischen Mitte und in der Anerkennung der osteuro-

päischen Annexionen der Sowjetunion durch die Westmächte gipfelten[89]. Doch weckten [90] diese Pläne auf britischer Seite vorerst wenig Sympathien. Churchill berief sich auf die Grundsätze der Atlantik-Charta [83; 90] und wünschte, alle Grenzfragen auf einer Friedenskonferenz zu regeln. Daher verkündete Stalin im Februar 1942 als Kriegsziel der UdSSR lediglich, sein Land von den "Eindringlingen" befreien und die ganze "Hitlerclique" vernichten zu wollen, allerdings mit der bezeichnenden, propagandistischen Wendung, daß er wohl zwischen dem deutschen Volk und seinen Führern zu unterscheiden wisse [94].

Mit wachsender Besorgnis hatten unterdessen die USA, vor allem ihr Präsident Roosevelt, den unaufhaltsamen Siegeslauf der deutschen Armeen in Europa verfolgt [73]. Wohl hatten die USA zu Beginn des Krieges ihre Neutralität bekundet, aber diesen Kurs hatten sie schrittweise verlassen, je deutlicher es wurde, daß Hitlers Vorherrschaft in Europa auch die eigene nationale Sicherheit gefährden könnte und daß in diesem Kampf zweier Ordnungssysteme das demokratische dem totalitären zu unterliegen drohte. Roosevelt betrachtete die USA aber als "Arsenal der Demokratie". [76] Zwar hatten die USA seit dem Sommer 1940 mit der Lieferung von Waffen und Material an England begonnen, der Ausbildung britischer Piloten in Florida zugestimmt und im Oktober 1940 ihr Verteidigungsbudget um weitere 17 Milliarden Dollar erhöht, aber ein aktives Eingreifen in den Konflikt stieß immer noch auf eine unüberwindliche Opposition im Kongreß und in der Öffentlichkeit.

Jedoch vollzog Roosevelt 1941 [77] von sich aus den Übergang zur Politik des "unerklärten Krieges" der USA. Mit dem am 11. 3. 1941 verabschiedeten Leih- und Pachtabkommen [78], das allen Gegnern Hitlers und Japans zugute kommen sollte, leitete er eine der wirksamsten Hilfsmaßnahmen für Großbritannien, später auch für die UdSSR ein. Nachdem er am 27. Mai den unbegrenzten nationalen Notstand proklamiert hatte [79], befahl er wenige Wochen später, Island (auf Grönland waren bereits im April amerikanische Stützpunkte errichtet worden) zu besetzen, um das eigene strategische Vorfeld zu sichern. Militärische Geheimbesprechungen mit Großbritannien, wirtschaftliche Boykottmaßnahmen gegen Deutschland und Italien und schließlich das Eingreifen der US-Navy in die 3. Phase der Schlacht im Atlantik (April–Dezember 1941) ließen bald keinen Zweifel mehr an der Haltung der USA. Der US-Generalstab hatte sich schon seit längerem auf die weltweite militärische Verpflichtung der USA vorbereitet, freilich nicht mehr allein mit dem Ziel, die eigene Hemisphäre und das britische Königreich zu sichern, die Seeverbindung über den Atlantik aufrechtzuerhalten und die aktive Front in Rußland zu unterstützen, sondern Deutschland völlig niederzuwerfen, jedes weitere Ausgreifen der Achsenstreitkräfte zu verhindern und auch in Asien die "Unversehrheit" der Philippinen, Malayas, Niederländisch Indiens, Australiens, Burmas und Chinas zu gewährleisten [85].

Am 30. September 1941 schrieb Roosevelt an Stalin, daß seine (Stalins) Armeen "letzten Endes über Hitler den Sieg davontragen würden", und daß er fest entschlossen sei, "alle nur mögliche materielle Hilfe zu leisten". Ende Oktober teilte er Stalin in einer persönlichen Botschaft mit, daß "unverzügliche Maßnahmen" getroffen würden, um die Lieferungen, die seit dem 2. August 1941 angelaufen waren, an die Sowjetunion "bis zu einer Höhe von einer Milliarde Dollar" zu steigern. Der japanische Überfall auf die US-Flotte in Pearl Harbor (7. 12. 1941) riß dann das widerstrebende amerikanische Volk in einer geschichtlich seltenen Einmütigkeit mit zu jenem Engagement auf Tod und Leben, das zugleich Churchill von dem furchtbaren Alpdruck erlöste.

Die westlichen Demokratien haben ihre Kriegsziele erstmals am 14. 8. 1941 in der Atlantik-Charta [83] für die Weltöffentlichkeit verkündet. Die darin betonten demokratischen Prinzipien wurden dann in die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. 1. 1942 [91] übernommen und von 26 Staaten anerkannt, mit der sich bis 1945 weitere 19 Länder solidarisch erklärten. Jedoch besaßen diese recht vagen Formulierungen in mancher Hinsicht mehr deklamatorischen Charakter, zumal sie als Fanal für die unterdrückten Völker dienten und diesen Ziele und Sinn ihres Widerstandes gegen Hitler weisen sollten. Die Diskussionen auf den alliierten

Kriegskonferenzen haben gezeigt, wie weitgehend Churchill und Roosevelt unter dem Eindruck der militärischen Lage von ihren verkündeten Prinzipien abgewichen sind. Doch hat Punkt 3 der Charta besonders auf die afrikanischen und asiatischen Unabhängigkeitsbewegungen seine Wirkung nicht verfehlt. Ausschlaggebender war indessen, daß Hitler, aber auch Japan, das "unnatürliche" (weil ideologisch trotz allem gegensätzliche) Bündnis zwischen Großbritannien, der UdSSR und den Vereinigten Staaten zusammengeschmiedet hatten; eine Allianz, die sehr bald [92] 75 % der personellen und materiellen Reserven der Welt mobilisierte und die allen Belastungen und Krisen des Bündnisses fest standhielt, bis sie den militärischen Sieg in Europa und Asien gemeinsam errungen hatte.

DOKUMENTE

[72] *Aus der Rede des britischen Premierministers Sir Winston Churchill vom 13. Mai 1940.*

Freitag abends erhielt ich den Auftrag seiner Majestät, eine neue Regierung zu bilden. Es war der deutliche Wunsch und Wille des Parlaments und der Nation, daß diese Regierung auf einer möglichst breiten Basis gebildet werden und alle Parteien einschließen solle, sowohl diejenigen, die die vorige Regierung unterstützt haben, als auch die Oppositionsparteien. Ich habe den wichtigsten Teil dieser Aufgabe bereits erfüllt. Es wurde ein aus fünf Ministern bestehendes Kriegskabinett gebildet, das durch die Aufnahme der Oppositionellen Liberalen die Einheit der Nation repräsentiert. Die Führer der drei Parteien haben sich bereit erklärt, an der Regierung teilzunehmen, sei es im Kriegskabinett oder in hohen Regierungsfunktionen.
[...]
Eine Regierung von solchem Ausmaß und solcher Vielgestaltigkeit zu bilden, ist an sich eine schwere Aufgabe; man muß aber bedenken, daß wir uns im Anfangsstadium einer der größten Schlachten der Weltgeschichte befinden, daß wir im Mittelmeer kampfbereit sein müssen, daß der Luftkrieg ohne Unterlaß weitergeht und daß wir hier im Lande viele Vorbereitungen treffen müssen. Ich hoffe, man wird es mir verzeihen, wenn ich in dieser kritischen Lage mich heute nicht mit einer längeren Ansprache an das Haus wende. Ich hoffe, daß jeder meiner Freunde und jeder meiner jetzigen oder früheren Kollegen, der von der Regierungsbildung berührt ist, den etwaigen Mangel an Förmlichkeit nachsehen wird, mit dem wir vorgehen mußten. Ich möchte dem Hause dasselbe sagen, was ich den Mitgliedern dieser Regierung gesagt habe: "Ich habe nichts zu bieten, als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß."
Uns steht eine Prüfung von allerschwerster Art bevor. Wir haben viele, viele lange Monate des Kämpfens und des Leidens vor uns. Sie werden fragen: Was ist unsere Politik? Ich erwidere: Unsere Politik ist, Krieg zu führen, zu Wasser, zu Lande und zur Luft, mit all unserer Macht und mit aller Kraft, die Gott uns verleihen kann; Krieg zu führen gegen eine ungeheuerliche Tyrannei, die in dem finsteren trübseligsten Katalog des menschlichen Verbrechens unübertroffen bleibt. Das ist unsere Politik. Sie fragen: Was ist unser Ziel? Ich kann es in einem Wort nennen: Sieg – Sieg um jeden Preis, Sieg trotz allem Schrecken, Sieg, wie lange und beschwerlich der Weg dahin auch sein mag; denn ohne Sieg gibt es kein Weiterleben. Möge man darüber im klaren sein: kein Weiterleben für das Britische Weltreich; kein Weiterleben für all das, wofür das Britische Weltreich eingetreten ist; kein Weiterleben für den jahrhundertealten Drang und Impuls des Menschengeschlechts, seinem Ziel zuzustreben. Doch ich übernehme meine Aufgabe voll Energie und Hoffnung. Ich bin dessen gewiß, daß es nicht geduldet werden wird, daß unsere Sache Schiffbruch erleide. So fühle ich mich in diesem Augenblick berechtigt, die Hilfe aller zu fordern, und ich rufe: "Auf denn, laßt uns gemeinsam vorwärtsschreiten mit vereinter Kraft."

[73] Aus der Botschaft des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt an den Kongreß vom 16. Mai 1940
[...]
Wir erleben schicksalschwere Tage – Tage einer blitzschnellen und aufrüttelnden Entwicklung, die jedes neutrale Land zwingt, seine Abwehrmaßnahmen im Lichte neuer Faktoren zu überprüfen. Die brutale Stärke des modernen Angriffskrieges ist mit allen ihren Schrecken losgelassen worden. Neue Zerstörungsmittel, unglaublich schnell und von todbringender Wirkung, sind erfunden worden, und die, die über diese Werkzeuge verfügen, sind rücksichtslose und wagemutige Menschen. Keine der bisherigen Verteidigungseinrichtungen ist so stark, daß sie nicht

einer weiteren Stärkung bedürfte, und kein Angriff ist so unwahrscheinlch oder unmöglich, daß man ihn außer acht lassen könnte.
Wir wollen ohne Selbstbetrug die Gefahren untersuchen, die uns bedrohen. Wir wollen, ohne uns Illusionen zu machen, unsere Stärke und unsere Abwehrbereitschaft überprüfen.
Es ist ganz einfach so, daß wir Amerikaner unsere Vorstellungen von einer geeigneten Landesverteidigung völlig ummodeln müssen.
Motorisierte Armeen jagen heute mit einer Geschwindigkeit von dreihundert Kilometern am Tage durch feindliches Gebiet, Fallschirmtruppen werden in großer Zahl hinter den feindlichen Linien abgesetzt. Truppentransportflugzeuge landen mit ihrer Mannschaft auf offenem Felde, auf breiten Landstraßen und auf Verkehrsflugplätzen.
Wir haben erlebt, wie die "Fünfte Kolonne" ihre verräterische Arbeit leistete, wie Personen, die man für friedliche Touristen hielt, eigentlich ein Teil der feindlichen Okkupationstruppen waren.
Blitzartige Überfälle, die dem Feinde ermöglichen, Flugzeug- und Munitionsfabriken Hunderte von Kilometern hinter der Front zu zerstören, gehören zu der neuen Technik moderner Kriegführung.
Das Überraschungsmoment, das im Kriege stets eine wichtige taktische Rolle gespielt hat, ist jetzt um so gefährlicher geworden durch die erstaunliche Schnelligkeit, mit der moderne Waffen das feindliche Gebiet erreichen und angreifen können.
Unsere eigenen Lebensinteressen erstrecken sich über einen großen Bereich. Mehr denn je sind die einundzwanzig amerikanischen Republiken einschließlich der Vereinigten Staaten einig und entschlossen, die amerikanische Hemisphäre zu schützen und nicht zu dulden, daß nichtamerikanische Nationen sie überfallen, kontrollieren oder beherrschen. Mehr denn je erfordert dieser Schutz ausreichende Waffen, die schlagkräftig und sehr beweglich sind, weil ein Überfall mit überraschender Schnelligkeit eintreten kann.
Solange unsere Segelschiffe durchschnittlich acht Kilometer in der Stunde zurücklegten, waren der Atlantik und der Stille Ozean ziemlich ausreichende Verteidigungsbarrieren. Aber auch damals war es dem Gegner möglich gewesen, durch einen plötzlichen Vorstoß das Kapitol in Washington in Brand zu stecken. Als dann in späterer Zeit die Dampferflotten mit einer Geschwindigkeit von fünfundzwanzig bis dreißig Kilometern in der Stunde den Ozean befuhren, war das Meer immer noch ein starker Schutz für uns.
Das neue Element aber – die Luftfahrt – steigerte die Schnelligkeit eines eventuellen Angreifes auf dreihundert bis vierhundert Kilometer in der Stunde.
Außerdem schafft das Flugzeug neue Möglichkeiten, näherliegende Basen auszunützen, von denen aus ein einzelner Angriff oder mehrere gleichzeitige Angriffe auf die amerikanischen Kontinente durchgeführt werden könnten. Von den Fjorden Grönlands nach Neufundland sind es vier Flugstunden, fünf Stunden nach Nova Scotia, New Brunswick und Quebec und nur sechs Stunden nach New England.
Die Azoren sind nur etwa dreitausendzweihundert Kilometer von gewissen Punkten unserer Ostküste entfernt, und wenn die Bermudas in feindliche Hände geraten, brauchen moderne Bomber nicht mehr als drei Stunden, um unsere Küsten zu erreichen.
Von einer Basis auf den westindischen Inseln aus wäre die Küste von Florida in zweihundert Minuten zu erreichen.
Die Inseln an der Westküste Afrikas sind nur etwa zweitausendfünfhundert Kilometer von Brasilien entfernt. Ein modernes Flugzeug, das von den Kapverdischen Inseln startet, kann in sieben Stunden über Brasilien sein.
Para in Brasilien, in der Nähe der Mündung des Amazonas, liegt nur vier Flugzeugstunden von Caracas in Venezuela entfernt und Venezuela nur zweieinhalb Stunden von Kuba und der Kanalzone. Von Kuba und der Kanalzone sind es zweieinviertel Stunden bis Tampico in Mexiko und von Tampico zweieinviertel Stunden bis St. Louis, Kansas City und Omaja.
Auf der anderen Seite des Kontinents liegt Alaska mit einer weißen Bevölkerung von nicht mehr als dreißigtausend Köpfen, und von dort sind es vier bis fünf Flugstunden nach Vancouver, Seattle, Tacoma und Portland. Die Inseln im südlichen Stillen Ozean sind nicht weit von der Westküste Südamerikas entfernt, daß sie nicht von einem Angreifer als außerordentlich wichtige strategische Basen ausgenützt werden könnten.
Sicherlich hat die Entwicklung der letzten paar Wochen allen unseren Landsleuten klargemacht, daß wir mit der Möglichkeit eines Angriffes auf wichtige amerikanische Gebiete rechnen müssen und infolgedessen über zureichende Mittel verfügen sollten, um einem solchen Angriff rasch zu begegnen und sein Ziel zu vereiteln.
Das bedeutet, daß wir über militärische Machtmittel verfügen müssen – und zwar nicht nur auf dem Papier – die uns immer zur Hand sind, damit wir jede Blitzoffensive gegen amerikanische Interessen abschlagen können. Das bedeutet auch, daß unsere Produktion darauf eingestellt sein muß, mit höchster Geschwindigkeit Munition und Kriegsmaterial zu liefern.
Wir haben immer wieder denselben Anschauungsunterricht erhalten: Völker, die nicht bereit

waren und sich nicht bereit machen konnten, wurden vom Feinde überrannt. Die sogenannten uneinnehmbaren Festungen existieren nicht mehr. Jede Verteidigung, die dem Gegner erlaubt, ungehindert seine Zugänge zu festigen, hat das Spiel verloren. Jede Verteidigung, die sich nicht wirksam bemüht, die Nachschublinien und Kommunikationen des Feindes zu zerstören, hat das Spiel verloren.
Eine wirksame Abwehr erfordert ihrem Wesen nach solche Waffen, die uns ermöglichen, einen Angreifer schon unterwegs zu überfallen, noch bevor er sich starke Stützpunkte in wichtigen amerikanischen Interessengebieten geschaffen hat.
Gewisse Leute können durch ihr gedankenloses Geschwätz den falschen Eindruck erwecken, als ob unsere Armeen und unsere Flotte nicht erstklassig oder das Geld nicht wert seien, das sie gekostet haben.
Nichts könnte unrichtiger sein.
In den letzten Jahren ist die Defensivstärke unserer Armee, unserer Flotte und unserer Marinetruppen sehr ausgebaut worden.
Unsere Flotte ist so stark wie noch nie in der Geschichte Amerikas. Außerdem haben wir mit einer Reihe umfangreicher Neubauten begonnen. Jedes einzelne unserer Schiffe ist ebenso gut oder besser als die Schiffe irgendeiner fremden Macht.
Auch die Armee hat ihre bisher größte Friedensstärke erreicht. Ihre Ausrüstung ist sowohl qualitativ wie quantitativ verbessert und beträchtlich vermehrt worden.
Die Nationalgarde und die Reservetruppen beider Dienstgattungen sind besser ausgerüstet und besser gedrillt als jemals zuvor in Friedenszeiten.
Auf der anderen Seite aber müssen wir uns darüber klar sein, daß seit dem ersten Septembertag des Jahres 1939 jede Woche uns neue Lehren aus dem Land- und Seekrieg gebracht hat. Ich nenne ein paar Beispiele. Sobald Kriegsschiffe ohne genügende Flugeskorte operierten, waren sie durch einen Flugunfall leichter zu verwunden. In allen Ländern studiert man eifrig die Notwendigkeit einer wirksameren Luftabwehr.
Als vor einigen Monaten eine neue Art von magnetischen Minen in Gebrauch kam, waren viele kurzsichtige Leute überzeugt, alle über Wasser gehenden Schiffe seien nun zum Untergang verurteilt. Binnen wenigen Wochen hatte man ein wirksames Abwehrmittel gegen diese Minen in Anwendung gebracht, und es ist eine Tatsache, daß die Anzahl der durch Torpedos, Minen oder Bomben versenkten Handelsschiffe entschieden viel geringer ist, als in der entsprechenden Periode des Jahres 1915.
Die Kampfbedingungen in der Luft haben sich noch schneller verändert. Die Flugzeug- und Flugmotorenkonstruktion hat so erstaunliche Fortschritte gemacht, daß das Modell des vorigen Jahres heute bereits veraltet ist. Es ist zu langsam, es ist nicht genug gepanzert, es ist zu schwach bestückt.
Was die Flugzeugtypen betrifft, sind uns die anderen Länder nicht voraus. Ein großer Teil der Flugzeuge, über die die kriegführenden Mächte verfügen, sind nicht von neuestem Modell. Aber eine dieser kriegführenden Mächte hat nicht nur mehr Flugzeuge als alle ihre Gegner zusammen, sondern scheint auch im Augenblick eine wöchentliche Fabrikationskapazität zu besitzen, die weit größer ist als die ihrer Gegner.
Mit Rücksicht auf unsere eigene Abwehrbereitschaft in der Luft brauchen wir daher in erster Linie eine größere Produktionskapazität.
Ich möchte im Protokoll unterstreichen, daß ich den Kongreß ersuche, nichts zu unternehmen, was in irgendeiner Weise die Lieferung amerikanischer Flugzeuge an fremde Länder, die sie bei uns bestellt haben oder die neue Flugzeuge kaufen wollen, behindern oder verzögern könnte. Das wäre im Hinblick auf unsere eigene Landesverteidigung äußerst kurzsichtig.
Im Laufe des letzten Jahres ist unsere Produktionskapazität für Kampfflugzeuge, einschließlich der Motoren von ungefähr sechstausend Stück pro Jahr auf mehr als das Doppelte gestiegen, und das haben wir zum größten Teile den ausländischen Bestellungen zu verdanken.
Das dringendste Problem ist nun die zusätzliche Erweiterung dieser Produktionskapazität. Ich würde es gerne sehen, wenn unser Land allmählich so weit kommen würde, wenigstens fünfzigtausend Flugzeuge im Jahre erzeugen zu können. Außerdem bin ich dafür, schon jetzt ein Programm festzulegen, das uns fünfzigtausend Kriegsflugzeuge für Heer und Flotte sichert.
Unsere Landtruppen verlangen eine sofortige Beschleunigung des Programms vom letzten Winter, betreffend alle Arten von Ausrüstung, inklusive Motorfahrzeuge, Artillerie, Flugabwehrgeschütze und Munitionslager. Es war geplant, diesen Bedarf im Laufe der nächsten drei bis vier Jahre zu decken. Wir müssen ihn sofort decken.
[...]
Es gibt Leute, die behaupten, daß die Demokratien mit den neuen Regierungsmethoden, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre in einigen wenigen Ländern entwickelt haben, nicht konkurrieren könnten – ich meine jene Länder, die die Freiheiten verwerfen, die uns als wesentlich für unseren demokratischen Lebensstil erscheinen. Diesen Gedanken lehne ich ab.
Ich weiß, daß unsere ausgebildeten Offiziere und Soldaten mehr vom Kriegführen und von den

für die Kriegführung nötigen Waffen und Geräten verstehen als irgend einer von uns Laien, und ich habe Vertrauen zu ihnen.
Ich weiß, um den drohenden Gefahren gewachsen zu sein, müssen wir stark sein im Herzen und stark im Handeln und stark in unserem Glauben – stark im Glauben an unseren Lebensstil.
Auch ich bete um Frieden – daß Angriffslust und Gewalt von der Erde verbannt sein mögen – aber ich bin entschlossen, in realistischer Weise der Tatsache Rechnung zu tragen, daß unser Volk moralische Zähigkeit und physische Widerstandskraft braucht. Ich bin überzeugt, daß das amerikanische Volk diese Eigenschaften in hohem Grade besitzt.
Unsere Aufgabe ist klar. Der Weg, den wir einschlagen müssen, liegt deutlich sichtbar vor uns. Unsere Verteidigung muß unverwundbar sein, unsere Sicherheit absolut. Aber so wie unsere Abwehrmaßnahmen gestern aussahen oder auch so wie sie heute aussehen, schützen sie uns nicht vor Ereignissen und Gefahren, die in der Zukunft eintreten könnten.
Eine Abwehrbereitschaft darf nicht statisch sein, muß von Tag zu Tag sich verändern, sie muß dynamisch sein und geschmeidig, ein Ausdruck für die Lebenskraft der Nation und für den bestimmten Willen, allen Prüfungen, die die Zukunft mit sich bringen könnte, gewachsen zu sein. Ich brauche deshalb kaum zu versichern, daß ich, nachdem der Kongreß sich vertagt hat, nicht zögern werde, ihn zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen, falls in irgend einem Augenblick der Zustand der Landesverteidigung es erfordern sollte. Wenn es sich um die Landesverteidigung handelt, müssen Kongreß und Präsident Hand in Hand gehen.
Unser Ideal, unser Ziel ist nach wie vor der Friede – Friede im Innern und Friede im Ausland. Trotzdem sind wir bereit, nicht nur Millionen für unsere Verteidigung auszugeben, sondern uns auch selber in ihren Dienst zu stellen und sogar unser Leben zu opfern, um unsere amerikanischen Freiheiten zu bewahren.
Unsere Sicherheit beruht nicht nur auf den Waffen. Der Arm, der die Waffe schwingt, muß stark sein, das Auge, das sich richtet, klar, der Wille, der sie führt, unbezähmbar.
Das sind die Eigenschaften eines freien Volkes, eines Volkes, das an den Einrichtungen hängt, die es sich selber geschaffen hat, eines Volkes, das gewillt ist, eine Lebensform zu verteidigen, die ihm teuer ist, eines Volkes, das auf Gott vertraut.

[74] *Amerikanische Unterstützung für Großbritannien*
Schreiben des britischen Botschafters in Washington, Marquess of Lothian, an den amerikanischen Staatssekretär Cordell Hull.
Washington D. C., 2. September 1940

Sir!
Ich habe die Ehre, gemäß den Anweisungen des Ersten Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, Sie darüber zu unterrichten, daß hinsichtlich des freundschaftlichen und harmonischen Interesses, das die Regierung seiner Majestät im Vereinigten Königreich an der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrem Wunsch nimmt, die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zu festigen, wirksam mit den anderen amerikanischen Nationen bei der Verteidigung der Westlichen Hemisphäre zusammenzuarbeiten, die Regierung seiner Majestät zusichern wird die Garantie an die Regierung der Vereinigten Staaten, frei und ohne Entschädigung, zu verpachten und bestimmte Einrichtungen und die Benutzung von Marine- und Luftstützpunkten durch Erleichterungen für den dortigen Verkehr und die Bewegungsfreiheit sowie den dortigen Schutz auf der Avalon-Halbinsel und an der Südküste von Neufundland und an der Ostküste und an der großen Bermudabucht.
Weiterhin – im Hinblick auf das oben Erwähnte und im Hinblick auf den Wunsch der Vereinigten Staaten, zusätzliche Luft- und Marinestützpunke im Karibischen Meer und in Britisch-Guayana zu erwerben und ohne danach zu streben, einen finanziellen oder kaufmännischen Wert auf die vielen greifbaren und nicht greifbaren Rechte und Eigentumsverhältnisse, die darin enthalten sind – wird die Regierung Seiner Majestät den Vereinigten Staaten zugänglich machen zur unmittelbaren Einrichtung und zum Gebrauch von Marine- und Luftflottenstützpunkten und Einrichtungen zum dortigen Verkehr sowie Bewegungsfreiheit und dem Schutz darauf an der Ostseite der Bahamas-Inseln, der Südküste Jamaikas, der Westküste von Santa Lucia, der Westküste von Trinidad im Golf von Paria, auf der Insel Antigua und in Britisch Guayana innerhalb fünfzig Meilen von Georgetown im Austausch für Marine- und Militärausrüstung und Material, welches die Regierung der Vereinigten Staaten der Regierung Seiner Majestät übertragen wird.
Alle Stützpunkte und Einrichtungen, auf die in den vorhergehenden Artikeln Bezug genommen wird, werden den Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 99 Jahren überlassen, frei von jeder Pacht und Lasten, ausgenommen solche Entschädigungen, die im gegenseitigen Einvernehmen von den Vereinigten Staaten bezahlt werden sollen, um die Besitzer von Privateigentum

zu entschädigen für den Verlust durch Enteignung oder Schaden, der entstanden ist aus der Errichtung der in Frage stehenden Stützpunkte und Einrichtungen.
Die Regierung Seiner Majestät wird bei den Verpachtungen, denen sie zugestimmt hat, den Vereinigten Staaten für den Zeitraum der Verpachtung alle Rechte, Machtbefugnisse und Vollmachten innerhalb der verpachteten Stützpunkte zugestehen sowie innerhalb der Grenzen der Territorialgewässer und Lufträume, die benachbart sind oder in der Nähe derartiger Stützpunkte liegen, die notwendig sind, um für den Zugang zu sorgen und zur Verteidigung solcher Stützpunkte dienen, desgleichen geeignete Vorsorge für ihre Kontrollen.
Ohne Voreingenommenheit gegenüber den oben erwähnten Rechten der Vereinigten Staaten sollen die Behörden und ihre Jurisdiktion innerhalb der verpachteten Gebiete, die Schlichtung und Vermittlung zwischen der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten innerhalb dieser Bereiche und der Gerichtsbarkeit der Behörden derjenigen Gebiete, in denen diese Bereiche gelegen sind, in gemeinsamer Übereinstimmung entschieden werden.
Die Regierung Seiner Majestät ist entschlossen, sofort Fachleute zu ernennen, um mit den Fachkräften der Vereinigten Staaten für diesen Zweck zusammenzutreffen. Sollten die Fachkräfte nicht imstande sein, in einer besonderen Situation übereinzustimmen, ausgenommen den Fall Neufundland und der Bermudas-Inseln, dann wird die Angelegenheit durch den Staatssekretär der Vereinigten Staaten und den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät entschieden.
[...]

[75] *Churchills Brief an Roosevelt vom 8. Dezember 1940*

Mein lieber Herr Präsident,
1. Da wir uns nun dem Ende dieses Jahres nähern, glaube ich, daß Sie von mir eine Darlegung der Aussichten für 1941 erwarten. Ich unternehme diese Aufgabe mit Offenheit und Vertrauen, denn mich dünkt, daß die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Bürger ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen hat, die Sicherheit der Vereinigten Staaten sowie die Zukunft unserer beiden Demokratien und die Form der Zivilisation, die sie verkörpern, seien mit dem Weiterleben und der Unabhängigkeit der britischen Völkergemeinschaft verknüpft. Nur so werden die Bollwerke der Seemacht, auf denen die Herrschaft über den Atlantischen und den Indischen Ozean beruht, in zuverlässigen, befreundeten Händen bleiben. Die Beherrschung des Stillen Ozeans durch die Flotte der Vereinigten Staaten und des Atlantischen Ozeans durch die englische Flotte ist für die Sicherheit und für die Handelsstraßen unserer beiden Länder unerläßlich und das sicherste Mittel, den Krieg von den Küsten der Vereinigten Staaten fernzuhalten.
2. Noch ein anderer Aspekt ist zu beachten. Um die Industrie eines modernen Staates auf Kriegsproduktion umzustellen, bedarf es drei oder vier Jahre. Der Sättigungspunkt ist erreicht, wenn das Höchstmaß industrieller Leistung, das von der Befriedigung ziviler Bedürfnisse abgespart werden kann, der Kriegsproduktion zugewendet wird. Deutschland hat diesen Punkt Ende 1939 bestimmt erreicht. Wir im Britischen Reich stehen jetzt erst ungefähr halbwegs im zweiten Jahr. Die Vereinigten Staaten sind, wie ich vermute, nicht annähernd so weit wie wir. Zudem höre ich, daß riesige Programme für die Verteidigung zu Land, zur See und in der Luft jetzt in den Vereinigten Staaten in Angriff genommen werden, und zu ihrer Durchführung werden bestimmt zwei Jahre erforderlich sein. Es ist unsere Pflicht als Engländer, im gemeinsamen Interesse wie auch um unserer Existenz willen, die Front zu halten und die Nazis zu bekämpfen, bis die Vereinigten Staaten ihre Vorbereitungen beendet haben. Der Sieg mag uns zufallen, bevor die zwei Jahre um sind; aber wir haben kein Recht, mit Sicherheit darauf zu zählen und dürfen in unseren Bemühungen nicht erlahmen, überall das Menschenmögliche zu leisten. Darum bitte ich Sie mit tiefstem Respekt, wohlwollend und freundschaftlich in Erwägung zu ziehen, daß eine feste Interessengemeinschaft zwischen dem Britischen Weltreich und den Vereinigten Staaten besteht, solange diese Umstände andauern. Und auf dieser Grundlage erlaube ich mir, mich an Sie zu wenden.
3. Die Form, die dieser Krieg angenommen hat und wahrscheinlich beibehalten wird, macht es uns unmöglich, den riesigen Armeen Deutschlands auf irgendeinem Kriegsschauplatz die Stirne zu bieten, wo sie ihre Hauptmacht in die Waage werfen können. Dagegen vermögen wir dank dem Einsatz unserer Seemacht und unserer Luftwaffe den deutschen Armeen in jenen Gebieten entgegenzutreten, wo nur verhältnismäßig kleine Streitkräfte in den Kampf eingreifen können. Wir müssen unser Möglichstes tun, um ein Übergreifen der deutschen Herrschaft von Europa auf Afrika und Südasien zu verhindern. Wir müssen auch auf unserer Insel Armeen in ständiger Bereitschaft halten, die so stark sind, daß eine überseeische Invasion ausgeschlossen ist. Zu diesen Zwecken stellen wir, wie Ihnen bekannt ist, so schnelll wie möglich zwischen 50 und 60 Divisionen auf. Selbst wenn die Vereinigten Staaten unser Verbündeter wäre statt eines Freundes und unentbehrlichen Partners, würden wir keine große amerikanische Expeditions-

armee verlangen. Der Schiffsraum, nicht die Mannschaft ist der einschränkende Faktor, und der Transport von Kriegsmaterial und Vorräten hat den Vorrang vor dem Seetransport großer Truppenmassen.

4. Die erste Hälfte des Jahres 1940 war eine Periode der Katastrophen für die Alliierten und für Europa. Die letzten fünf Monate sahen eine kräftige und vielleicht unerwartete Erholung Großbritanniens, das allein weiterkämpfte, doch mit der unschätzbaren Hilfe an Kriegsmaterial und Zerstörern, die uns von der großen Republik zur Verfügung gestellt wurden, die Sie zum dritten Male zu ihrem Oberhaupt gewählt hat.

5. Die Gefahr, England könnte durch einen schnellen, überwältigenden Schlag vernichtet werden, ist zur Zeit weitgehend gebannt. An ihre Stelle tritt eine langdauernde, Schritt für Schritt wachsende Gefahr, die weniger jäh und weniger aufsehenerregend, aber nicht minder tödlich ist. Diese tödliche Gefahr ist die ständige und immer schnellere Verringerung des Schiffsraumes. Wir können die Zerstörung unserer Wohnstätten und das Hinmorden unserer Zivilbevölkerung durch wahllose Luftangriffe überdauern, und wir hoffen, ihnen dank den Fortschritten unserer Wissenschaft besser Trotz bieten zu können und, in dem Maße, wie unsere Luftwaffe den Vorsprung der feindlichen Luftstreitkräfte aufholt, an militärischen Zielen in Deutschland Vergeltung zu üben. Die Entscheidung für das Jahr 1941 wird auf den Meeren fallen. Wenn es uns nicht gelingt, unsere Insel zu ernähren, das Kriegsmaterial aller Art, dessen wir bedürfen, zu importieren, wenn wir nicht imstande sind, unsere Armeen nach den verschiedenen Kriegsschauplätzen zu werfen, wo wir Hitler und seinem Verbündeten Mussolini entgegentreten müssen, und sie fortlaufend zu versorgen – wenn wir bei all dem nicht die Gewißheit haben, daß wir durchzuhalten vermögen, bis die Macht der Diktatoren auf dem Festland gebrochen ist, dann besteht die Gefahr, daß wir unterwegs zusammenbrechen, bevor die Vereinigten Staaten Zeit haben, ihre Abwehrmaßnahmen zu vollenden. Darum wird im Jahre 1941 das entscheidende Moment des Krieges der Schiffsraum sein und unsere Fähigkeit, Transporte über die Ozeane, insbesondere über den Atlantischen Oezan zu führen. Sind wir andererseits in der Lage, den nötigen Schiffsraum auf unbegrenzte Zeit über die Weltmeere hin und her zu lenken, so mögen der Einsatz überlegener Luftstreitkräfte gegen Deutschland und der wachsende Groll der Deutschen und der andern von den Nazi unterjochten Völker der tödlichen Krise der Zivilisation ein gnädiges und ruhmreiches Ende setzen.

Aber wir wollen die Aufgabe nicht unterschätzen.

6. Unsere Schiffsverluste, deren letzte Monatszahlen im Anhang angeführt sind, lassen sich schon beinahe den Verlusten im schlimmsten Jahr des letzten Krieges vergleichen. In den dem 3. November vorausgegangenen fünf Wochen betrugen die Verluste im gesamten 420 300 Tonnen. Nach unseren Schätzungen müssen wir jährlich 43 Millionen Tonnen importieren, um unsere Kriegsleistung in vollem Maß aufrechtzuerhalten; die Einfuhr im September entsprach jedoch nur einem Jahresimport von 37 Millionen Tonnen und im Oktober von 38 Millionen Tonnen. Sollte der Rückgang in diesem Ausmaß anhalten, so wäre das verhängnisvoll, es sei denn, es gelänge uns, rechtzeitig Ersatz in einem Umfang zu beschaffen, der alles weit übertrifft, was derzeit denkbar ist. Zwar tun wir alles, was in unserer Macht steht, um dieser Lage mit neuen Methoden Herr zu werden, aber es ist offenbar viel schwieriger als im vorigen Krieg, die Verluste einzudämmen. Es fehlt uns die Unterstützung der französischen Flotte, der italienischen und japanischen Flotte und, vor allem, der Marine der Vereinigten Staaten, die uns während der entscheidenden Jahre so lebenswichtige Unterstützung lieh. Der Feind beherrscht alle Häfen an der Nord- und Westküste Frankreichs. Immer mehr benützt er diese Häfen und Inseln vor der französischen Küste als Stützpunkte für seine Unterseeboote, Flugboote und Kampfflugzeuge. Uns ist die Benützung der Häfen oder des Gebietes von Eire versagt, wo wir unsere Küstenpatrouillen in der Luft und zur See organisieren könnten. Tatsächlich verfügen wir jetzt über eine einzige Zufahrtslinie zu den britischen Inseln, nämlich die nördliche Zufahrt, gegen die der Feind seine Angriffe immer stärker konzentriert, indem er den Aktionsradius seiner Unterseeboote und Langstreckenbomber ständig erweitert. Überdies sind in den letzten Monaten im Atlantischen wie im Indischen Ozean bewaffnete Handelsschiffe aufgetaucht. Und jetzt müssen wir auch noch ein schlagkräftiges Kaperschlachtschiff in Schach halten. Wir brauchen Schiffe zur Verfolgung und zur Eskorte. So groß auch unsere Reserven und unsere Vorbereitungen sind, besitzen wir doch nicht genug.

7. In den nächsten sechs oder sieben Monaten wird unsere Überlegenheit an Schlachtschiffen in den Heimatgewässern auf einen unbefriedigend niederen Stand sinken. Die "Bismarck" und die "Tirpitz" werden im Januar bestimmt zum Einsatz kommen. Wir haben schon die "King George V" und hoffen zur gleichen Zeit auch die "Prince of Wales" in Dienst stellen zu können. Diese modernen Schiffe sind natürlich weit besser gepanzert, zumal gegen Luftangriffe, als die "Rodney" und die "Nelson", deren Pläne vor zwanzig Jahren entworfen wurden. Wir mußten jüngst die "Rodney" zur Eskorte über den Atlantischen Ozean verwenden, und angesichts so weniger Schiffe kann eine Mine oder ein Torpedo jederzeit die Flottenstärke entscheidend verändern. Im Juni tritt eine Erleichterung ein, wenn die "Duke of York" fertig ist, und noch

günstiger wird die Lage Ende 1941, wenn die "Anson" gleichfalls in Dienst gestellt wird. Doch diese zwei erstklassigen, modernen deutschen Schlachtschiffe mit ihrer Wasserverdrängung von 35 000 Tonnen (in Wirklichkeit erreichten sie fast 45 000 Tonnen) und ihren 38--cm-Geschützen zwingen uns, eine Konzentration aufrechtzuerhalten, wie sie in diesem Krieg vorher niemals nötig war.

8. Wir hoffen, daß die zwei italienischen "Littorios" für einige Zeit kampfunfähig bleiben, jedenfalls sind sie nicht so gefährlich, als wenn sie mit Deutschen bemannt wären. Vielleicht kommt es dazu! Wir sind Ihnen für Ihre Hilfe im Fall der "Richelieu" und "Jean Bart" zu Dank verpflichtet und man darf wohl hoffen, daß diese Frage geregelt ist. Aber, Herr Präsident, wir haben uns, wie niemand klarer beurteilen kann als Sie, während der nächsten Monate zum erstenmal in diesem Krieg darauf gefaßt zu machen, daß der Feind bei einer Flottenaktion zwei Schiffe einsetzen kann, die mindestens so schlagkräftig sind wie unsere beiden besten und einzigen modernen. Der Türkei wegen wird es unmöglich sein, unsere Streitkräfte im Mittelmeer herabzusetzen, und die ganze Lage im östlichen Becken hängt tatsächlich davon ab, daß wir dort eine starke Flotte besitzen. Die älteren, nicht modernisierten Schlachtschiffe werden als Geleitschiffe dienen müssen. So sind wir sogar in der Klasse der Schlachtschiffe aufs äußerste angespannt.

9. Eine zweite Gefahrenquelle ist nicht zu übersehen: Die Vichy-Regierung könnte, entweder durch ihren Anschluß an Hitlers "Neue Ordnung" oder durch irgend ein Manöver, das uns zwingt, eine gegen die freifranzösischen Kolonien ausgesandt Flottenexpedition anzugreifen, einen Vorwand finden, mit den beträchtlichen unbeschädigten Flottenstreitkräften, über die sie noch immer verfügt, ins Lager der Achsenmächte abzuschwenken. Sollte die französische Flotte sich der Achse anschließen, dann würde die Herrschaft über Westafrika sogleich in ihre Hände übergehen, was die schwersten Folgen für unsere Verbindungen zwischen dem nördlichen und südlichen Atlantik mit sich brächte, aber auch Dakar und natürlich nachher Südamerika in Mitleidenschaft ziehen müßte.

10. Eine dritte Gefahrenzone ist der Ferne Osten. Hier ist Japan offensichtlich im Begriff, durch Indochina nach Saigon und anderen Flotten- und Flugstützpunkten durchzustoßen, wodurch es seine Basen verhältnismäßig nahe an Singapur und Holländisch-Ostindien heranschiebt. Meldungen zufolge ziehen die Japaner im Hinblick auf eine Übersee-Expedition fünf Elitedivisionen zusammen. Wir haben heute im Fernen Osten keine Kräfte stehen, die imstande wären, eine derartige Bedrohung abzuwehren.

11. Angesichts dieser Gefahren müssen wir trachten, das Jahr 1941 auszunützen, um sowohl durch eine – trotz Bombardierungen – erhöhte Produktion im Lande wie auch durch überseeische Lieferungen so umfangreiche Vorräte an Waffen, insbesondere an Flugzeugen anzulegen, daß dadurch die Voraussetzungen für den Sieg geschaffen werden. In Anbetracht der Schwere und Größe dieser Aufgabe, wie sie aus all den angeführten Tatsachen hervorgeht, denen sich noch zahlreiche andere hinzufügen ließen, fühle ich mich berechtigt, ja, verpflichtet, Ihnen die verschiedenen Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich den Vereinigten Staaten darbieten, einen gewaltigen und entscheidenden Beitrag zur Verteidigung der Sache zu leisten, die in gewisser Hinsicht unsere gemeinsame Sache ist.

12. Das Wichtigste ist, dem Tonnageverlust auf unsern atlantischen Zufahrtsgewässern Einhalt zu gebieten oder ihn doch zu beschränken. Das kann sowohl durch Vermehrung der Flottenstreitkräfte erzielt werden, die gegen die Angriffe eingesetzt werden, wie auch durch Erhöhung der Zahl der Handelsschiffe, von denen wir abhängen. Zur Erreichung des ersten Zieles sind wohl folgende Maßnahmen denkbar:

a) Die Vereinigten Staaten verschaffen dem Grundsatz der Freiheit der Meere gegenüber ungesetzmäßigen, barbarischen Kriegsmethoden neue Geltung, gemäß den Vereinbarungen, die nach dem letzten großen Krieg getroffen und im Jahre 1935 von Deutschland aus freien Stücken angenommen und unterschrieben wurden. Auf Grund dieses Abkommens würde es den Vereinigten Staaten freistehen, mit Ländern Handel zu treiben, gegen die keine wirksame gesetzmäßige Blockade besteht.

b) Daraus müßte, wie ich meine, folgen, daß diesem rechtmäßigen Handel der Schutz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten zuteil würde, durch eskortierende Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Fliegerstaffeln. Dieser Schutz würde unvergleichlich wirksamer sein, wenn Sie in der Lage wären, für Kriegsdauer Stützpunkte in Eire zu erlangen. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß ein derartiger Schutz eine Kriegserklärung Deutschlands an die Vereinigten Staaten provozieren würde, obgleich gefährliche Zwischenfälle zur See von Zeit zu Zeit wohl unvermeidlich wären. Herr Hitler hat die Neigung gezeigt, den Fehler des Kaisers zu vermeiden. Er wünscht nicht, in einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten verwickelt zu werden, bevor er die Macht Großbritanniens ernstlich untergraben hat. Sein Grundsatz lautet: "Immer nur einer auf einmal".

Die Politik, die ich mir zu unterschreiben erlaubt habe, oder eine ihr ähnliche, würde einen entscheidenden Akt konstruktiver Nichtkriegführung von seiten der Vereinigten Staaten dar-

stellen und, mehr als jede andere Maßnahme, die Gewißheit schaffen, daß England seinen Widerstand so lange fortsetzen kann, bis der Sieg errungen ist.
c) Wenn das nicht ausführbar sein sollte, dann ist es für die Aufrechterhaltung der Atlantikroute unerläßlich, daß uns eine große Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe, vor allem Zerstörer, die sich bereits im Atlantik befinden, geschenkt, geliehen oder geliefert wird. Könnten ferner die Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten die Überwachung der amerikanischen Seite des Atlantischen Ozeans nicht so weit ausdehnen, daß sie alle feindlichen Störangriffe auf der Zufahrt zu der neuen Linie von Marine- und Flugstützpunkten unterbinden, die sie jetzt auf britischen Inseln in der westlichen Hemisphäre errichten? Die Flottenstärke der Vereinigten Staaten ist so groß, daß der Beistand, den sie uns, wie oben angeführt, im Atlantischen Ozean leisten könnten, ihre Herrschaft über den Pazifik nicht beeinträchtigen würde.
d) Wir würden dann auch die guten Dienste der Vereinigten Staaten und vollen, ständig ausgeübten Einfluß ihrer Regierung brauchen, um Großbritannien die notwendigen Stützpunkte an der Süd- und Westküste Eires für unsere Flottillen und, wichtiger noch, für unsere Luftstreitkräfte zu verschaffen, die von dort aus über dem westlichen Atlantik operieren können. Wenn die amerikanische Regierung erklären würde, das Interesse der Vereinigten Staaten verlange, daß Großbritannien den Widerstand fortsetze und die Route über den Atlantischen Ozean für die wichtigen Waffenlieferungen offen gehalten werde, die jetzt in Nordamerika für Großbritannien in Vorbereitung sind, dann wären die Irländer in den Vereinigten Staaten vielleicht bereit, die Regierung von Eire darauf hinzuweisen, welche Gefahren ihre jetzige Politik für die Vereinigten Staaten selbst schafft.
Die Regierung Seiner Majestät würde natürlich vorher die wirksamsten Maßnahmen ergreifen, um Irland zu schützen, wenn das irische Vorgehen das Land einem deutschen Angriff aussetzen sollte. Es ist uns unmöglich, die Bevölkerung von Nordirland gegen ihren Willen zu zwingen, das Vereinigte Königreich zu verlassen und sich dem südlichen Irland anzuschließen. Wenn aber die Regierung von Eire in dieser Krise ihre Solidarität mit den Demokratien der Englisch sprechenden Welt bezeugen würde, so zweifle ich nicht daran, daß ein Verteidigungsrat für ganz Irland errichtet werden könnte, aus dem wahrscheinlich nach dem Krieg in dieser oder jener Form die Einheit der Insel hervorgehen würde.
13. Das Ziel der vorerwähnten Maßnahmen ist, die derzeitigen verheerenden Verluste zur See auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Überdies ist es unerläßlich, daß die zur Versorgung Großbritanniens und zur energischen Kriegführung verfügbare Handelstonnage wesentlich über die 1 1/4 Millionen Tonnen jährlich hinaus erhöht wird, die wir jetzt bauen können. Das Geleitzugsystem, die Umwege, die Zickzackfahrten, die großen Entfernungen, über die wir unsere Importe jetzt heranschaffen müssen, und die Verstopfung unserer westlichen Häfen haben die Nutzbarkeit unserer vorhandenen Tonnage um etwa ein Drittel verringert. Um den Endsieg zu sichern, werden nicht weniger als drei Millionen Tonnen zusätzlicher Baukapazität von Handelsschiffen erforderlich sein. Nur die Vereinigten Staaten vermögen diesem Bedürfnis zu genügen. Blickt man in die Zukunft, so will es scheinen, daß für das Jahr 1942 ein Produktionsniveau ins Auge gefaßt werden müßte, das sich mit dem Hog-Island-Plan im letzten Krieg vergleichen läßt. In der Zwischenzeit bitten wir, daß die Vereinigten Staaten uns im Jahre 1941 jede Tonne Handelsschiffsraum zur Verfügung stellen, die sie besitzen oder kontrollieren, aber nicht selber brauchen, und Mittel und Wege finden mögen, um einen großen Teil der Handelsschiffe in unseren Dienst zu stellen, die jetzt für das amerikanische Schiffahrtamt im Bau sind.
14. Zudem erhoffen wir vom Industriepotential der Republik eine Steigerung unserer eigenen Produktionskapazität auf dem Gebiet der Kampfflugzeuge. Ohne diese Verstärkung, die uns in beträchtlichem Ausmaß zukommen müßte, werden wir nicht jene wuchtige Luftüberlegenheit erreichen, auf die wir uns stützen müssen, um die deutsche Umklammerung Europas zu lockern und zu sprengen. Derzeitig sind wir im Begriff, einen Plan durchzuführen, der unsere Luftwaffe bis zum Frühjahr 1942 auf siebentausend Flugzeuge der ersten Linie verstärken soll. Doch es ist vollkommen klar, daß dieses Programm nicht genügt, um uns jene Überlegenheit zu verleihen, die die Tore des Sieges aufsprengen wird. Um solch eine Überlegenheit zu erlangen, brauchen wir offenbar das Maximum an Flugzeugen, die die Vereinigten Staaten produzieren und liefern können. Wir hoffen sehr, daß wir der unablässigen Bombardierung zum Trotz unser Produktionsziel zum größten Teil erreichen werden. Doch selbst wenn wir unsere Staffeln mit allen jenen Flugzeugen verstärken, die uns, nach den jetzigen Übereinkommen, von der geplanten Produktion in den Vereinigten Staaten zufallen werden, können wir nicht damit rechnen, das nötige Übergewicht zu erreichen. Darf ich Sie nun ersuchen, Herr Präsident, einen sofortigen Auftrag für gemeinsame Rechnung für eine weitere Lieferung von 2000 Kampfflugzeugen im Monat in ernste Erwägung zu ziehen? Von diesen Flugzeugen sollte, wie ich mir anzuregen erlaube, ein möglichst großer Anteil auf schwere Bomber entfallen, jene Waffe, von der wir, mehr als von allen andern, abhängen, um die Grundlagen der militärischen Macht Deutschlands zu erschüttern. Ich bin mir der gewaltigen Aufgabe bewußt, die diese Forderung der industriellen Organisation der Vereinigten Staaten auferlegen würde. Doch in unserer schweren Not

wenden wir uns vertrauensvoll an die einfallsreichsten, scharfsinnigsten Techniker der Welt. Wir bitten um eine beispiellose Anstrengung, glauben aber, daß sie vollbracht werden kann.
15. Auch über die Bedürfnisse unserer Armeen sind Sie unterrichtet worden. In der Rüstungsproduktion machen wir, trotz der feindlichen Bombardierungen, stetige Fortschritte. Ohne Ihre dauernde Hilfe durch Lieferungen von Werkzeugmaschinen und durch die Freigabe bestimmter Gegenstände aus Ihren Lagerbeständen könnten wir nicht hoffen, im Jahre 1941 50 Divisionen auszurüsten. Ich bin für die so gut wie abgeschlossenen Vereinbarungen dankbar, für Ihre Unterstützung bei der Ausrüstung der Armee, die wir bereits vorgesehen haben, und für die Beschaffung der amerikanischen Waffentypen für weitere zehn Divisionen für den Feldzug des Jahres 1942. Beginnt aber die Hochflut des Diktatorentums zu weichen, dann werden manche Länder, die ihre Freiheit wieder zu erlangen suchen, Waffen fordern und es gibt keine andere Quelle, auf die ihre Blicke sich richten können, als die Fabriken der Vereinigten Staaten. Darum muß ich auch unterstreichen, wie wichtig es ist, die Produktionskapazität Amerikas auf dem Gebiet der Handwaffen, der Geschütze und der Tanks aufs äußerste zu steigern.
16. Ich bereite für Sie ein vollständiges Programm für das Rüstungsmaterial aller Art vor, das wir von Ihnen zu erlangen hoffen, und dessen größter Teil natürlich bereits bewilligt worden ist. Eine wesentliche Ersparnis an Zeit und Mühe wäre es, wenn die für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ausgewählten Typen, wo immer möglich, jenen gleichen würden, die sich bereits unter den derzeitigen Kriegsbedingungen bewährt haben. Auf diese Art würden die Reserven an Geschützen und Munition und an Flugzeugen untereinander austauschbar und schon durch diesen Umstand allein erhöht. Doch das ist ein so hochtechnisches Gebiet, daß ich nicht auf Einzelheiten eingehen will.
17. Zuletzt komme ich zur Finanzfrage. Je rascher und reichlicher der Strom von Kriegsmaterial und Schiffen, die Sie uns senden können, desto früher werden unsere Dollarkredite erschöpft sein. Sie sind bereits, wie Sie wissen, durch die Zahlungen schwer in Anspruch genommen, die wir bis heute geleistet haben. Tatsächlich übersteigen, wie Ihnen bekannt ist, die bereits erteilten oder im Verhandlungsstadium befindlichen Aufträge, inbegriffen die bereits festgesetzten oder schwebenden Auslagen für den Bau von Rüstungsfabriken in den Vereinigten Staaten, die gesamten zur Verfügung Englands verbliebenen Devisenreserven um ein Vielfaches. Der Augenblick ist nicht mehr fern, da wir nicht länger imstande sein werden, Schiffe und andere Lieferungen bar zu bezahlen. Während wir unser Äußerstes tun und vor keinem Opfer zurückschrecken, um Zahlungen auf dem Clearingweg zu leisten, werden Sie wohl zugeben, daß es grundsätzlich unrichtig und in den Auswirkungen für beide nachteilig wäre, wenn England auf dem Höhepunkt dieses Kampfes sich all seiner verwertbaren Guthaben begeben müßte, so daß wir, nachdem wir den Sieg mit unserem Blut errungen, die Zivilisation gerettet und den Vereinigten Staaten genügend Zeit gewonnen hätten, um für alle Möglichkeiten voll gerüstet zu sein, bis auf die Knochen entblößt dastünden. Eine solche Entwicklung läge weder im moralischen noch wirtschaftlichen Interesse unserer beiden Länder. Dann wären wir nach dem Krieg nicht imstande, den großen Überschuß an Importen aus den Vereinigten Staaten über das Volumen unserer Exporte hinaus zu bezahlen, das mit Eurer Zoll- und Wirtschaftspolitik vereinbar ist, Nicht nur müßten wir in England grausame Entbehrungen erdulden, sondern es würde in den Vereinigten Staaten der Einschränkung der amerikanischen Ausfuhrmöglichkeiten auch eine weitverbreitete Arbeitslosigkeit folgen.
18. Ich glaube auch nicht, daß Regierung und Volk der Vereinigten Staaten es mit den Grundsätzen vereinbar finden würden, von denen sie sich leiten lassen, die Hilfe, die sie in so hochherziger Weise versprochen haben, auf jene Kriegsmaterialien und Waren zu beschränken, die sofort bezahlt werden können. Sie mögen versichert sein, daß wir uns bereit zeigen werden, der Sache wegen die größten Leiden und Opfer auf uns zu nehmen und daß wir auf unsere Rolle als Vorkämpfer der Freiheit stolz sind. Das Übrige überlassen wir vertrauensvoll Ihnen und Ihrem Volke, in der Gewißheit, daß sich Mittel und Wege finden werden, die künftige Generationen auf beiden Seiten des Atlantiks billigen und bewundern werden.
19. Wenn Sie, Herr Präsident, wie ich annehme, davon überzeugt sind, daß die Niederlage der nazistischen und faschistischen Tyrannei für das amerikanische Volk und für die westliche Hemisphäre von hoher Bedeutung ist, dann werden Sie dieses Schreiben nicht als Hilferuf betrachten, sondern als eine Übersicht dessen, was geschehen muß, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen können.

[76] *Aus der Rede Roosevelts vom 17. Dezember 1940*

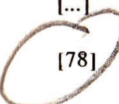
...Es ist für die Vereinigten Staaten möglich, britische Aufträge zu übernehmen – weil es sich im wesentlichen um die gleichen Munitionsarten handelt, die wir selbst benutzen – und dies Material den Leuten drüben entweder zu leihen oder zu verkaufen.

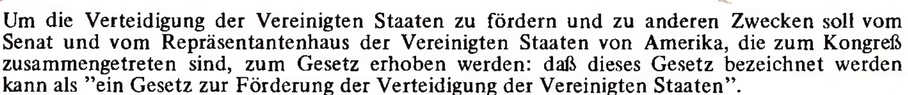
Mein neuer Versuch geht dahin, das Dollarzeichen verschwinden zu lassen. Das ist, wie ich annehme, eine vollkommen neue Vorstellung für alle hier im Raum – schafft das dumme, alte Dollarzeichen ab.
Angenommen, das Haus meines Nachbarn fängt Feuer, und zweihundert Meter entfernt liegt bei mir ein langer Gartenschlauch. Wenn er meinen Gartenschlauch nehmen und an seinem Hydranten anschließen kann, dann helfe ich ihm vielleicht sein Feuer löschen. Was werde ich also tun? Ich werde nicht vorher zu ihm sagen: "Nachbar, mein Gartenschlauch hat mich fünfzehn Dollar gekostet, Sie müssen mir fünfzehn Dollar dafür zahlen." Ich will nicht die fünfzehn Dollar – ich will meinen Gartenschlauch zurück, wenn das Feuer gelöscht ist. Wenn der Schlauch das Feuer gut übersteht, noch richtig funktioniert und keine Beschädigung aufweist, wird mein Nachbar ihn zurückgeben und mir sehr dafür danken. Aber nehmen wir an, er geht während des Brandes drauf. Dann sage ich zu meinem Nachbar: "Ich kann ihn nicht mehr gebrauchen, er ist völlig draufgegangen." Er wird sagen: "Wie lang ist er gewesen? " Ich erkläre ihm, daß er fünfzig Meter lang war. Er wird sagen: "Gut. Ich werde ihn ersetzen." Wenn ich jetzt wieder einen hübschen Gartenschlauch bekomme, bin ich bestens bedient.
[...]

[77] *Aus der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt an den Kongreß vom 6. Januar 1941*

[...]
Wir haben es nicht nötig, von den Unvollkommenheiten des Versailler Friedens übermäßiges Aufheben zu machen. Wir haben es nicht nötig, auf den Fehlern der Demokratien bei der Lösung der Probleme des Wiederaufbaus der Welt herumzureiten. Wir sollten uns daran erinnern, daß der Friede von 1919 nicht im entferntesten so ungerecht war wie die "Befriedung", die noch vor München begann, nun unter der "Neuen Ordnung" der Tyrannei durchgeführt wird und sich heute über alle Kontinente auszubreiten sucht. Dieser Tyrannei tritt das amerikanische Volk unerschütterlich entgegen.
Jedermann, der klar sieht, weiß, daß die demokratische Lebensform heute überall in der Welt direkten Angriffen ausgesetzt ist, entweder durch Waffengewalt, oder durch die geheime Verbreitung giftiger Propaganda. Es ist das Werk derer, die sich bemühen, die Einheit der Welt zu zerstören und Zwietracht unter den Völkern zu säen, die noch in Frieden leben. Während der letzten sechszehn Monate – sechzehn langer Monate – hat dieser Angriff dem demokratischen Leben einer erschreckend hohen Zahl großer und kleiner unabhängiger Völker ein Ende bereitet. Die Angreifer sind noch immer in der Offensive und bedrohen immer neue Völker, große wie kleine.
[...]
Bewaffnete unerschrockene Verteidigung demokratischer Lebensform ist heute in vier Kontinenten im Gange. Sollte dieser Verteidigungskampf fehlschlagen, dann werden alle Bewohner und alle Hilfsquellen Europas, Asiens, Afrikas und Australiens unter die Herrschaft der Eroberer geraten.
[...]
Kein realistisch denkender Amerikaner wird erwarten, daß ein Diktator einen Frieden auf der Basis internationalen Großmuts, der Rückkehr zur wirklichen Unabhängigkeit der Völker, der Weltabrüstung, der Gesinnungs- und Religionsfreiheit oder auch nur ungestörte Handelsbeziehungen gewähren wird. Solch ein Friede würde weder uns noch unseren Nachbarn Sicherheit bieten. "Wer grundsätzliche Freiheit preisgibt, um sich zeitweilige schäbige Sicherheit zu erkaufen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit."
[...]
Wir wollen den Demokratien sagen: "Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit unseres eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Hilfsquellen und unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wiederzugewinnen und sie zu bewahren. Wir werden euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist unser Vorsatz und unser Gelübde."
In der Erfüllung dieses Entschlusses werden wir uns von den Drohungen der Diktatoren nicht einschüchtern lassen. Diese erklären, daß sie unsere Unterstützung der Demokratien, die den Mut gefunden haben, sich ihrer Angriffe zu erwehren, als einen Bruch des Völkerrechtes und als einen Kriegsakt ansehen würden. Unser Beistand ist keine Kriegshandlung, selbst wenn ein Diktator ihn einseitig als solchen proklamiert.
Wenn die Diktatoren einmal entschlossen sind, gegen uns Krieg zu führen, dann werden sie nicht erst auf eine Kriegshandlung unsererseits warten. Sie haben nicht gewartet, bis Norwegen, Belgien und Holland Kriegshandlungen begangen haben. Sie sind nur an einem neuen, einseiti-

gen Völkerrecht interessiert, das keine gegenseitigen Bindungen kennt und so zu einem Instrument der Unterdrückung wird.
[...]





[78] *Auszug aus dem amerikanischen Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941*

Um die Verteidigung der Vereinigten Staaten zu fördern und zu anderen Zwecken soll vom Senat und vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika, die zum Kongreß zusammengetreten sind, zum Gesetz erhoben werden: daß dieses Gesetz bezeichnet werden kann als "ein Gesetz zur Förderung der Verteidigung der Vereinigten Staaten".
Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet
a) die Bezeichnung "Verteidigungsmittel": jede Waffe, Munition, jedes Luftfahrzeug, Schiff oder Boot, jede Maschine, Anlage, jedes Werkzeug, Material und jede Lieferung, die für die Anfertigung, die Produktion, die Verarbeitung, die Reparatur, die Wartung oder den Betrieb jedes in diesem Absatz angeführten Verteidigungsmittels notwendig sind; jedes Teilmaterial oder jeder Bestandteil von Kriegsmaterial für jedes in diesem Absatz angeführte Verteidigungsmittel; alle landwirtschaftlichen oder industriellen oder anderweitigen Waren oder Posten, die für die Verteidigung in Frage kommen;
b) die Bezeichnung "Erfahrungen in der Verteidigung" bedeutet jeden Plan, jede Beschreibung, jeden Entwurf, jedes Muster oder jede Nachricht, die sich auf irgendein Verteidigungsmittel beziehen.
Ungeachtet der Bestimmungen jedes anderen Gesetzes kann der Präsident von Zeit zu Zeit, wenn er es im Interesse der nationalen Verteidigung als notwendig erachtet, dem Kriegsminister, dem Marineminister oder dem Chef jedes anderen Ministeriums oder jeder anderen Regierungsstelle die Vollmacht erteilen:
Jedes Verteidigungsmittel in Rüstungswerken, Fabriken und Schiffswerften, die ihrer Oberaufsicht unterstehen, herzustellen oder anderweitig bis zu dem Umfang, für den Mittel zur Verfügung gestellt worden sind oder Verträge von Zeit zu Zeit vom Kongreß genehmigt werden oder wie er durch beide Verfahren festgelegt wird, für die Regierung jedes Landes zu beschaffen, dessen Verteidigung der Präsident für die Verteidigung der Vereinigten Staaten für lebenswichtig erachtet.

[79] *Proklamation des unbegrenzten nationalen Notstandes durch den Präsidenten der USA vom 27. Mai 1941*

Eine Proklamation

vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der kundtut, daß ein unbegrenzter nationaler Notstand diesem Land gegenübersteht, der fordert, daß dessen militärische, Marine-, Luft- und Zivilverteidigung auf die Basis der Bereitschaft gesetzt wird, all und jeden Angriffsakt und -drohung, die gegen irgend einen Teil der westlichen Hemisphäre gerichtet sind, zurückzuweisen.
In Anbetracht dessen, daß am 8. September 1939 wegen des Kriegsausbruchs in Europa eine Proklamation erlassen wurde, die einen begrenzten Notstand und Richtlinien zum Zweck der Stärkung unserer nationalen Verteidigung innerhalb der Grenzen friedensmäßiger Vollmachten erklärte;
in Anbetracht dessen, daß eine Folge von Ereignissen offenbar macht, daß die Ziele der kriegführenden Achsenmächte in solchem Kriege nicht auf jene begrenzt sind, die sie an seinen Anfang bekanntgaben, sondern den völligen Umsturz der Welt der gegenwärtigen demokratischen Ordnung und eine weltumfassende Herrschaft über Völker und Wirtschaft durch die Zerstörung allen Widerstandes zu Land und See und in der Luft einschließen und
in Anbetracht dessen, daß Unentschiedenheit auf seiten der Vereinigten Staaten der wachsenden Drohnung gegenüber gefährlich sein würde und daß gewöhnliche Vorsicht fordert, daß zur Sicherung dieser Nation und dieser Hemisphäre wir von den friedensmäßigen Vollmachten hinsichtlich militärischer Stärke zu solch einer Basis fortschreiten sollten, die uns ermöglichen wird, ständig und entschieden jedem Versuch zu feindlicher Einkreisung dieser Hemisphäre oder der Errichtung einer Angriffsbasis gegen sie die Spitze zu bieten ebenso wie die Drohnung räuberischen Einfalls durch fremde Agenten in unser Territorium und unsere Gemeinschaft zurückzuweisen.
Deshalb tue ich, Franklin D. Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, jetzt kund, daß ein unbegrenzter nationaler Notstand diesem Land gegenübersteht, der fordert, daß

dessen militärische, Marine-, Luft- und Zivilverteidigung auf die Basis der Bereitschaft gesetzt wird, all und jeden Angriffsakt oder -drohung, die gegen irgendeinen Teil der westlichen Hemisphäre gerichtet sind, zurückzuweisen.
Ich rufe daher alle die loyalen Bürger auf, die in der Verteidigungsindustrie beschäftigt sind, den Notwendigkeiten der Nation den Vorzug zu geben zu dem Zweck, daß ein Regierungssystem, das private Unternehmung möglich macht, weiterleben kann.
Ich rufe alle unsere Arbeiter ebenso wie Unternehmer auf, ihre geringeren Differenzen in der größeren Anstrengung aufgehen zu lassen, das Weiterleben der einzigen Art von Regierung zu sichern, welche die Rechte der Arbeit oder des Kapitals anerkennt.
Ich rufe alle loyalen staatlichen und lokalen Leiter und Beamten auf, mit den zivilen Verteidigungsstellen der Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, um unsere internationale Sicherheit gegen fremden unmittelbaren Umsturz zu sichern und jedes Gemeinwesen instand zu setzen für größere produktive Anstrengung und auf ein Minimum überflüssiger und unnötiger Reibungen.
Ich rufe alle loyalen Bürger auf, die Notwendigkeiten der Nation in Geist und Tat voranzustellen zu dem Zweck, daß wir alle physischen Kräfte, alle moralische Stärke und alle materiellen Hilfsmittel dieser Nation mobilisieren werden und an ihnen für ständigen defensiven Gebrauch genug haben...

[80] *Aus der Rundfunkansprache des britischen Premierministers Winston S. Churchill am 22. Juni 1941*

[...]
Heute um vier Uhr morgens fiel Hitler in Rußland ein. Alle Formalitäten der Treulosigkeit waren genauest eingehalten worden. Ein Nichtangriffspakt wurde unterzeichnet und bestand zwischen den beiden Ländern zu Recht. Deutschland hatte keine Klage wegen Nichterfüllung dieses Vertrages erhoben. Unter dem Deckmantel falscher Vertraulichkeit stellten sich deutsche Armeen von ungeheurer Stärke an einer Front auf, die sich vom Weißen bis an das Schwarze Meer erstreckt. Langsam und methodisch bezogen ihre Luftflotten und Panzerdivisionen Stellung. Dann regneten plötzlich ohne Kriegserklärung, ja sogar ohne Ultimatum, deutsche Bomben auf russische Städte, und deutsche Truppen überschritten die Grenze. Eine Stunde später rief der deutsche Botschafter, der am Abend zuvor noch seine Freundschafts-, ja beinahe Allianzzusicherungen an die Russen verschwendet hat, den russischen Außenminister an, um ihm mitzuteilen, daß Deutschland und Rußland sich im Kriegszustand befänden.
Wieder einmal, nur in viel größerem Ausmaß, als wir es bei Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien erlebt haben, war jeder unterschriebene Vertrag, war jedes Vertrauen zwischen den Staaten gebrochen worden. Ein Verfahren, das Hitlers Komplize und Schakal Mussolini im Falle Griechenlands getreulich kopiert hatte.
Das alles war für mich keine Überraschung. Ich hatte Stalin klar und präzise vor dem, was kommen würde, gewarnt. Ich habe ihn gewarnt, wie ich andere zuvor gewarnt habe. Ich kann nur hoffen, daß diese Warnung nicht ungehört verhallte. Alles, was wir im Augenblick wissen, ist, daß das russische Volk seinen Heimatboden verteidigt und daß es von seinen Lenkern aufgefordert wurde, Widerstand zu leisten.
Hitler ist ein Ungeheuer an Verruchtheit, unersättlich in seiner Blut- und Raubgier. Nicht zufrieden damit, Europa den Fuß auf den Nacken gesetzt zu haben oder es mit den verschiedenen Formen gemeiner Unterwerfung zu terrorisieren, muß er sein Werk des Niedermetzelns und Verwüstens an den ungeheuren Massen Rußlands und Asiens üben. Die schreckliche Militärmaschine, die wir und der Rest der zivilisierten Welt in törichter, gedankenloser und unvernünftiger Weise der Nazibande Jahr für Jahr fast aus dem Nichts aufzubauen erlaubten, kann nicht ungenutzt bleiben, wenn sie nicht verrosten oder in Stücke fallen soll. Sie muß ständig in Tätigkeit sein, Menschenleben zermahlen und die Heimstätte und Rechte von Hunderten von Millionen zertrampeln. Überdies muß sie nicht nur mit Fleisch, sie muß auch mit Öl gespeist werden.
Und so muß dieser blutdürstige Straßenjunge für seine mechanisierten Armeen neue Gebiete finden, um metzeln, plündern und verwüsten zu können. Arm wie die russischen Bauern, Arbeiter und Soldaten sind, muß er ihnen ihr tägliches Brot stehlen. Er muß ihre Ernte verschlingen. Er muß ihnen das Öl rauben, mit dem sie ihre landwirtschaftlichen Maschinen treiben. Und so muß er eine Hungersnot wie noch nie zuvor in der Weltgeschichte erregen. Aber selbst das Blutbad und der Zusammenbruch, den sein Sieg, falls er siegen sollte – er hat noch nicht gesiegt – über das russische Volk bringen würde, wäre wieder nur ein Schritt zu dem Versuch, die vier- oder fünfhundert Millionen, die in China leben und die dreihundertfünfzig Millionen, die in Indien leben, in den bodenlosen Abgrund menschlicher Erniedrigung zu stürzen, über dem das teufliche Emblem des Hakenkreuzes prangt. Es ist nicht zu viel gesagt,

wenn wir hier an diesem Sommerabend behaupten, daß das Leben und das Glück von noch tausend Millionen Menschen von der brutalen Nazigewalt bedroht sind. Wir halten schon den Atem an. Aber nun will ich Ihnen noch etwas zeigen, das hinter dem allen liegt, etwas, das Großbritannien's und der Vereinigten Staaten Leben berührt.
Das Naziregime läßt sich von den schlimmsten Erscheinungen des Kommunismus nicht unterscheiden. Es ist bar jedes Zieles und jedes Grundsatzes, es sei denn Gier und Rassenherrschaft. Es übertrifft jede Form menschlicher Verworfenheit an Grausamkeit und wilder Angriffslust. Niemand war ein folgerichtigerer Gegner des Kommunismus als ich in den letzten fünfundzwanzig Jahren. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich darüber gesagt habe.
Aber dies alles verblaßt vor dem Schauspiel, das sich nun abspielt. Die Vergangenheit mit ihren Verbrechen, ihren Narrheiten und Tragödien verschwindet im Nu. Ich sehe die russischen Soldaten an der Schwelle des Landes stehen, das ihre Väter seit undenklichen Zeiten bebaut haben. Ich sehe sie ihre Heimstätten schützen, in denen Mütter und Frauen beten – es gibt Zeiten, in denen jeder betet – für die Sicherheit ihrer Lieben, für die Heimkehr des Ernährers, des Kämpfers und Verteidigers. Ich sehe die zehntausend Dörfer Rußlands, in denen die Existenzmittel dem Boden so hart abgerungen werden, in denen aber noch immer die ursprünglichsten Freuden des Menschen herrschen, in denen Mädchen lachen und Kinder spielen. Über sie hinweg sehe ich die Nazi-Kriegsmaschine ihren scheußlichen Angriff vortragen, mit ihren säbelrasselnden, Hacken zusammenschlagenden, stutzerhaften preußischen Offizieren, ihren geschickten Fachleuten, die eben erst ein Dutzend Länder eingeschüchtert und in Fesseln gelegt haben. Und ich sehe auch die stumpfe, gedrillte, fügsame, rohe Masse der Hunnensoldateska daherkommen wie ein Schwarm wimmelnder Heuschrecken. Ich sehe die deutschen Bomber und Jäger am Himmel, noch leidend von manchem britischen Hieb, aber voller Freude über das, was sie eine leichtere und sichere Beute glauben.
[...]
Doch nun muß ich den Entschluß der Regierung seiner Majestät bekanntgeben – und ich bin sicher, dieser Entschluß wird von den großen Dominions in gebührender Reihenfolge geteilt werden – denn wir müssen jetzt offen reden, ohne auch nur einen Tag zu verlieren. Ich habe die Erklärung abzugeben, aber können Sie daran zweifeln, wie unsere Politik sein wird? Wir haben nur eine Absicht, wir haben nur ein einziges, unverrückbares Ziel. Wir sind entschlossen, Hitler und jede Spur des Naziregimes zu vernichten. Und davon wird uns nichts abhalten – nichts. Wir werden niemals mit Hitler oder irgend einem aus seiner Bande verhandeln oder unterhandeln. Wir werden ihn bekämpfen zu Lande, wir werden ihn bekämpfen zur See, wir werden ihn in der Luft bekämpfen, bis wir mit Gottes Hilfe die Erde von seinem Schatten und die besiegten Völker von seinem Joch befreit haben. Jeder Mensch und jeder Staat, der gegen das Nazitum kämpft, wird unsere Hilfe haben. Jeder Mensch und jeder Staat, der mit Hitler marschiert, ist unser Feind. Das richtet sich nicht nur gegen bestehende Staaten, sondern auch gegen das elende Gezücht der Quislinge, das sich selbst zum Werkzeug des Naziregimes macht, gegen die eigenen Landsleute, gegen die eigene Heimat. Sie – diese Quislinge – werden, genau wie die Naziführer, sofern nicht von ihren eigenen Landsleuten über sie verfügt wird, was Unannehmlichkeiten ersparen würde, am Morgen des Sieges alliierten Gerichten übergeben werden. Das ist unsere Politik, das ist unsere Erklärung. Daraus folgt, daß wir jede nur mögliche Hilfe Rußland und dem russischen Volke gewähren werden. Wir werden auch an alle unsere Freunde und Alliierten in der ganzen Welt appellieren, denselben Kurs einzuschlagen und ihn, wie wir, getreu und standhaft bis ans Ende durchzuhalten.
[...]
Es ist nicht die Zeit, über die Narrheit der Länder und Regierungen, die es zugelassen haben, daß sie eines nach dem anderen niedergeschlagen wurden, moralische Betrachtungen anzustellen, während sie durch einiges Handeln sich selbst und die Welt vor dieser Katastrophe gerettet hätten. Als ich aber vor einigen Minuten von Hitlers Blutgier und seinen hassenwerten Trieben sprach, die ihn in das russische Abenteuer gelockt haben, sagte ich, es läge noch ein tieferes Motiv hinter seiner Freveltat. Er will Rußland zerstören, weil er hofft, daß er dann die Hauptmacht seiner Armee und seiner Luftwaffe aus dem Osten zurückziehen kann, um sie gegen die Insel zu werden. Denn er weiß, sie muß er erobern oder die Strafe für seine Verbrechen erleiden. Sein Überfall auf Rußland ist nur das Vorspiel zu einem Invasionsversuch der britischen Inseln. Er hofft zweifellos, das alles würde noch vor Einbruch des Winters getan sein und er könnte Großbritannien überwältigen, bevor die Flotte und die Luftmacht der Vereinigten Staaten sich einmengen. Er hofft noch einmal, nur im größeren Ausmaß als je zuvor, einen seiner Feinde nach dem anderen vernichten zu können, womit er so lange Glück und Erfolg gehabt hat, und daß dann der Schauplatz für den letzten Akt bereit stünde, ohne den alle Eroberungen nichts wären – nämlich die Unterwerfung der gesamten westlichen Hemisphäre unter seinen Willen und sein System. Daher ist die Gefahr Rußlands unsere Gefahr und die Gefahr der Vereinigten Staaten. Und die Sache jedes Russen, der für seinen Herd und sein Heim kämpft, ist die Sache der freien Menschen und der freien Völker in jedem Teil der Erde. Wir

wollen die Lehren aus dieser grausamen Erfahrung ziehen. Wir wollen unsere Anstrengungen verdoppeln und mit vereinter Kraft kämpfen, solange wir noch Leben und Kraft haben.

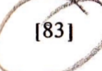
[81] *Aus Stalins Rundfunkrede vom 3. Juli 1941*

Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern! Kämpfer unserer Armee und Flotte! An Euch wende ich mich, meine Freunde!
Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni begonnene militärische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstandes der Roten Armee und ungeachtet dessen, daß die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, setzt der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, sein Vordringen weiter fort. Es ist den Hitlertruppen gelungen, Litauen, einen beträchtlichen Teil Lettlands, den westlichen Teil Belorußlands, einen Teil der Westukraine zu besetzen. Die faschistische Luftwaffe erweitert den Tätigkeitsbereich ihrer Bombenflugzeuge und bombardiert Murmansk, Orscha, Mogilew, Smolensk, Kiew, Odessa, Sewastopol. Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen...
Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen. Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten. Durchaus begreiflich und bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die historische Rede des Herrn Churchill, des Premierministers Großbritanniens, über die Hilfe für die Sowjetunion, sowie die Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über ihre Bereitschaft, unserem Lande Hilfe zu erweisen – Erklärungen, die in den Herzen der Völker der Sowjetunion nur das Gefühl der Dankbarkeit hervorrufen können.
Genossen! Unsere Kräfte sind unermeßlich. Der frechgewordene Feind wir sich bald davon überzeugen müssen. Zusammen mit der Roten Armee erheben sich Tausende und aber Tausende der Arbeiter, Kollektivbauern und der Intelligenz zum Krieg gegen den Feind, der uns überfallen hat. Erheben werden sich die Millionenmassen unseres Volkes. Die Werktätigen von Moskau und Leningrad sind schon dazu übergegangen, eine vieltausendköpfige Volkswehr zur Unterstützung der Roten Armee zu schaffen. In jeder Stadt, der die Gefahr eines feindlichen Überfalls droht, müssen wir eine derartige Volkswehr schaffen, müssen wir alle Werktätigen zum Kampf mobilisieren, um in unserem Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus unsere Freiheit, unsere Ehre, unsere Heimat unter Einsatz unseres Lebens zu verteidigen.
Um alle Kräfte der Völker der UdSSR schnellstens zu mobilisieren, um dem Feind, der wortbrüchig unsere Heimat überfallen hat, eine Abfuhr zu erteilen, ist das Staatliche Verteidigungskomitee gebildet worden, in dessen Händen jetzt die gesamte Macht im Staat konzentriert ist. Das Staatliche Verteidigungskomitee hat seine Arbeit aufgenommen und ruft das ganze Volk auf, sich fest um die Partei Lenins-Stalins, um die Sowjetregierung zusammenzuschließen zu dem Zweck, die Rote Armee und die Rote Flotte opferwillig zu unterstützen, den Feind zu zerschmettern, den Sieg zu erkämpfen.
Alle unsere Kräfte – für die Unterstützung unserer heldenhaften Roten Armee, unserer ruhmvollen Roten Flotte!
Alle Kräfte des Volkes – für die Zerschmetterung des Feindes!
Vorwärts zu unserem Sieg!

[82] *Moskauer Übereinkommen zwischen Seiner Majestät Regierung des Vereinigten Königreiches und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über gemeinsames Vorgehen in dem Krieg gegen Deutschland vom 12. Juli 1941*

Seiner Majestät Regierung des Vereinigten Königreiches und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben das vorliegende Übereinkommen geschlossen und erklären folgendes:

1. Die beiden Regierungen verpflichten sich wechselseitig, einander in dem gegenwärtigen Kriege gegen Hitler-Deutschland Hilfe und Unterstützung jeder Art zu leisten.
2. Sie verpflichten sich weiter, daß sie während dieses Krieges, außer in gegenseitigem Einverständnis, über keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag verhandeln noch einen solchen abschließen werden.
Dieses Übereinkommen ist in doppelter Ausfertigung abgeschlossen worden in englischer und russischer Sprache.
Beide Texte sind in gleicher Weise authentisch.
Protokoll zu dem vorstehenden Übereinkommen. Beim Abschluß des Übereinkommens zwischen seiner Majestät Regierung des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über ein gemeinsames Vorgehen in dem Kriege gegen Deutschland sind die vertragschließenden Teile übereingekommen, das vorgenannte Übereinkommen sofort nach der Zeichnung in Kraft treten zu lassen und nicht einer Ratifizierung vorzubehalten...



[83] *Gemeinsame Erklärung der britischen und amerikanischen Regierungen vom 14. August 1941*

Atlantik Charta

1. Sie erstreben weder die Erweiterung ihrer Gebiete noch ihrer Einflußsphären.
2. Sie wünschen keine Gebietsveränderungen, die nicht mit den frei erklärten Wünschen der beteiligten Völker im Einklang stehen.
3. Sie achten das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie sind entschlossen, die souveränen Rechte und die Selbstregierung jener Völker wiederherzustellen, die ihrer gewaltsam beraubt worden sind.
4. Sie werden unter Achtung ihrer bestehenden Verpflichtungen darauf hinarbeiten, daß alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zugang zu den Märkten und den Rohstoffen der Welt erhalten, die für das Gedeihen ihrer Wirtschaft notwendig sind.
5. Sie wünschen die weitestgehende Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Wirtschaft zu entwickeln und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten.
6. Nach der endgültigen Zerstörung der Nazi-Tyrannei erhoffen sie die Herstellung eines Friedens, der es allen Völkern ermöglicht, in ihren eigenen Grenzen in Sicherheit zu leben, und der eine Gewähr dafür bietet, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not werden genießen können.
7. Solch ein Frieden soll allen Nationen die Freiheit der Meere sichern.
8. Sie glauben, daß alle Völker der Welt aus materiellen wie aus sittlichen Gründen von der Anwendung der Gewalt in Konflikten von Staaten absehen werden. Frieden kann nicht bewahrt werden, wenn angriffslustige Nationen weiterhin über eine Land-, See- oder Luftstreitmacht verfügen. Bis zur Schaffung eines umfassenderen und festen Systems, das den Frieden der Völker sichert, ist nach ihrer Ansicht die Entwaffnung solcher Nationen unerläßlich. Sie werden alle praktischen Maßnahmen fördern, die die erdrückenden Rüstungslasten vermindern können.

Franklin D. Roosevelt
Winston Churchill

[84] *Aus einer persönlichen Botschaft Stalins an den britischen Premierminister Churchill (abgesandt am 3. September 1941)*

Ich danke Ihnen für das Versprechen, der Sowjetunion außer den bereits zugesagten 200 Jagdflugzeugen weitere 200 Jäger zu verkaufen. Ich zweifle nicht daran, daß es den sowjetischen Fliegern gelingen wird, sich mit ihnen vertraut zu machen und sie im Kampf einzusetzen.
Ich muß allerdings sagen, daß diese Flugzeuge, die offensichtlich nicht so bald und nicht gleichzeitig, sondern zu verschiedenen Zeiten und in einzelnen Gruppen einsatzbereit sein werden, die Lage an der Ostfront nicht ernsthaft werden verändern können. Sie können eine solche wesentliche Veränderung auch gar nicht herbeiführen, da sich, abgesehen von dem gewaltigen Ausmaß des Krieges, das den ständigen Nachschub von einer großen Anzahl von Flugzeugen erfordert, in den letzten drei Wochen die Lage der sowjetischen Truppen in so wichtigen Gebieten wie der Ukraine und Leningrad wesentlich verschlechtert hat.
Die relative Stabilisierung der Front, die wir vor drei Wochen erreicht hatten, ist nämlich in den letzten Wochen zusammengebrochen, da 30 bis 34 frische deutsche Infanteriedivisionen und

gewaltige Mengen von Panzern und Flugzeugen an die Ostfront geworfen worden sind und die 20 finnischen sowie 26 rumänischen Divisionen eine große Aktivität entfaltet haben. Die Deutschen betrachten die Gefahr im Westen als Bluff und verlegen ungestraft alle ihre Kräfte aus dem Westen nach dem Osten, da sie überzeugt sind, daß es eine zweite Front im Westen weder gibt noch geben wird. Sie halten es für durchaus möglich, ihre Gegner einzeln zu schlagen, zuerst die Russen und dann die Engländer.
Das Ergebnis ist, daß wir mehr als die Hälfte der Ukraine verloren haben und der Feind außerdem vor den Toren Leningrads steht.
Dadurch verloren wir das Eisenerzbecken von Kriwoi Rog sowie eine Reihe von Stahlwerken in der Ukraine und mußten ein Aluminiumwerk am Dnjepr und ein anderes in Tichwin, ein Motoren- und zwei Flugzeugwerke in der Ukraine, zwei Motoren- und zwei Flugzeugwerke in Leningrad evakuieren. Diese Werke können ihre Produktion an den neuen Standorten jedoch erst in sieben bis acht Monaten wiederaufnehmen.
Das alles führte zur Schwächung unserer Verteidigungskraft und brachte die Sowjetunion in tödliche Gefahr.
Hier ist die Frage angebracht: Wie können wir aus dieser mehr als ungünstigen Lage herauskommen?
Ich glaube, es gibt aus einer solchen Situation nur einen einzigen Ausweg: die Errichtung einer zweiten Front auf dem Balkan oder in Frankreich noch in diesem Jahr, die die Deutschen zwingt, 30 bis 40 Divisionen von der Ostfront abzuziehen. Gleichzeitig müßten der Sowjetunion Anfang Oktober 30 000 Tonnen Aluminium geliefert und eine monatliche Mindesthilfe von 400 Flugzeugen und 500 (kleinen oder mittleren) Panzern gewährleistet werden.
Ohne diese beiden Hilfeleistungen wird die Sowjetunion entweder eine Niederlage erleiden oder so geschwächt werden, daß sie für lange Zeit außerstande sein wird, ihren Verbündeten durch aktive Operationen an der Kampffront gegen den Hitlerfaschismus Hilfe zu leisten.
Ich weiß, daß diese Botschaft Eurer Exzellenz Kummer bereiten wird. Aber was soll man tun?
Die Erfahrung hat mich gelehrt, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, und sei sie noch so unangenehm, und mich nicht zu fürchten, die Wahrheit auszusprechen, so unerwünscht sie auch sein mag.
Die Angelegenheit in Iran ist wirklich nicht schlecht gelaufen. Die gemeinsamen Operationen der britischen und sowjetischen Streitkräfte haben den Ausgang im voraus bestimmt. So wird es auch in Zukunft sein, solange unsere Truppen gemeinsam handeln. Aber Iran ist nur eine Episode. Das Schicksal des Krieges wird natürlich nicht in Iran entschieden.
Die Sowjetunion will ebenso wie England keinen Krieg mit Japan. Die Sowjetunion denkt nicht daran, Verträge, also auch nicht den Neutralitätsvertrag mit Japan zu verletzen. Sollte aber Japan diesen Vertrag brechen und die Sowjetunion überfallen, so wird es von den sowjetischen Truppen die entsprechende Abfuhr erhalten. Erlauben Sie mir abschließend, Ihnen für Ihre Bewunderung der Kampfhandlungen der sowjetischen Truppen zu danken, die einen blutigen Kampf gegen die Räuberhorden Hitlers für unser gemeinsames Ziel, die Befreiung, führen.

[85] *Aus dem Memorandum des US-Generalstabes vom 11. September 1941*

Als Gegner sind vorauszusetzen: Deutschland und alle von den Deutschen besetzten Länder, deren militärische Streitkräfte mit Deutschland kooperieren; Japan und Mandschukuo, Italien, Vichy-Frankreich und möglicherweise Spanien und Portugal. Die Länder, die als Freunde oder mögliche Verbündete in Frage kommen sind: das Britische Commonwealth, Niederländisch-Indien, China, Rußland, das freie Frankreich, die Völker in den deutsch besetzten Territorien, die gegen Deutschland sind, und die Länder der westlichen Hemisphäre.
Die allgemeinen nationalen Ziele der Vereinigten Staaten, soweit sie mit der militärischen Politik zusammenhängen, sind in großen Zügen folgende: Wahrung der territorialen, wirtschaftlichen und ideologischen Integrität der Vereinigten Staaten und der übrigen westlichen Hemisphäre; Verhinderung des Zerfalls des Britischen Empire; Verhinderung weiterer Ausdehnung der japanischen Herrschaft; Herstellung des politischen Gleichgewichts in Europa und Asien zur Sicherung der politischen Stabilität in jenen Bereichen und der zukünftigen Sicherheit der Vereinigten Staaten; und, soweit durchführbar, die Errichtung von Regimes, die für wirtschaftliche Freizügigkeit und die Freiheit der Person eintreten.
Da die territorialen Interessen der Vereinigten Staaten überwiegend in der westlichen Hemisphäre liegen, müssen die Vereinigten Staaten vor allem über zweckmäßig verteilte Streitkräfte verfügen, die für alle Fälle und in Kooperation mit den Streitkräften anderer amerikanischer Mächte in der Lage sind, mit Erfolg einen politischen oder militärischen Übergriff europäischer oder asiatischer Mächte auf die westliche Hemisphäre zu verhindern, selbst wenn das Britische Commonwealth zusammengebrochen sein sollte.

Diese Politik unserer Nation kann in vollem Umfang nur durch militärische Siege außerhalb unserer Hemisphäre wirksam werden, entweder durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, durch diejenigen befreundeter Mächte oder durch beide zusammen.
Sollte es Deutschland gelingen, ganz Europa zu unterwerfen, so kann es den Wunsch hegen, mit den Vereinigten Staaten für mehrere Jahre Frieden zu schließen zu dem Zweck, seine Gewinne zu organisieren, die Wirtschaft wiederaufzubauen und sein militärisches Potential zu vergrößern, um am Ende Südamerika zu erobern und die militärische Niederlage der Vereinigten Staaten herbeizuführen.

Sollte Japan etwa China und Rußland besiegen und die Kontrolle über Siam, Malaya und Niederländisch-Indien erlangen, so wird es wahrscheinlich ebenfalls versuchen, Frieden zu schließem, um die "Interessengemeinschaft Ostasien" (East Asia Co-Prosperity Sphere) zu organisieren. Es ist dann kaum zu vermeiden, daß die Philippinen unter japanische Hegemonie kommen.
Vorausgesetzt, daß die in den oben stehenden Abschnitten enthaltenen Gesichtspunkte zutreffen, geht unsere Meinung dahin, daß Deutschland und seine europäischen Satelliten nicht von den europäischen Mächten besiegt werden können, die zur Zeit gegen es kämpfen. Wenn also unsere europäischen Feinde besiegt werden sollen, werden die Vereinigten Staaten nicht umhin können, in den Krieg einzutreten und einen Teil ihrer Streitkräfte zum Angriff im östlichen Atlantik und in Europa oder Afrika zu verwenden.
Angesichts der vorhergehenden Überlegungen empfiehlt die Kommission, die gesamte Produktion und die Materialbeschaffung so einzurichten, daß die Vereinigten Staaten für den gleichzeitigen Krieg gegen Deutschland und Japan gerüstet sind, und zwar unter folgenden möglichen Kombinationen:
a) Als kriegführender Verbündeter des Britischen Commonwealth, Niederländisch-Indiens, Rußlands und Chinas.
b)Als kriegführender Verbündeter Kanadas und einiger lateinamerikanischer Länder, falls andere kriegführende Mächte von Deutschland und Japan besiegt sind.
Im einzelnen scheint Deutschland zur Zeit strategische Pläne im Auge zu haben, deren Art und mutmaßliche Verwirklichung folgendermaßen beschrieben werden kann:
a) Die Eroberung des europäischen Rußland, Vernichtung der russischen Wehrmacht und Sturz des Sowjetregimes. Dieses Unternehmen der deutschen Armee und ihrer Luftwaffe wird zweifellos für die nächsten Monate den größten Teil der diesen Kontingenten zur Verfügung stehenden Kräfte absorbieren. Der Enderfolg dieses Unternehmens hängt noch in der Schwebe.
b) Vernichtung der Widerstandskraft Großbritanniens durch beschleunigte Versenkung von Schiffsraum und fortgesetzte Bombardierung der britischen Industrie. Man wird hierzu Kriegsschiffe verwenden, Unterseeboote und die Luftwaffe auf dem nordwestlichen Seeweg bis hinab zum mittleren Atlantik, ausgehend von den Operationsbasen in Norwegen, Frankreich, Portugal und Französisch-Westafrika, und man wird auf allen Meeren bewaffnete Handelsschiffe verwenden. Eine Invasion in England mag vielleicht erst dann versucht werden, wenn diese Maßnahmen fehlschlagen.
c) Eroberung Ägyptens, Syriens, des Irak und Irans. Dies mag der Bereich sein, in welchem die nächste deutsche Großoffensive zu erwarten ist. Dazu sind große Land- und Luftstreitkräfte erforderlich, sowohl deutsche wie italienische, unterstützt durch italienische Seestreitkräfte im östlichen Mittelmeer und im Schwarzen Meer. Der Erfolg mag davon abhängen, ob oder ob nicht britische und russische Streitkräfte verfügbar sind, um die Verteidigung im großen Maßstab zu konzentrieren; er hängt ferner von der Entwicklung des zur Zeit unbekannten militärischen Potentials Italiens ab.
d) Okkupation Spaniens Portugals, Marokkos, Französisch-Westafrikas, Senegals und der atlantischen Inseln, mit dem Ziel, die deutsche Offensive gegen die britische Schiffahrt zu verstärken und diese Positionen Deutschlands Gegnern vorzuenthalten...
Das japanische Kriegsziel besteht in der Errichtung der "Ostasiatischen Interessengemeinschaft". Japan besitzt den Ehrgeiz, mit dieser Gemeinschaft schließlich auch Ostsibirien, Indochina, Thailand, Malaya, Niederländisch-Indien, die Philippinen und möglicherweise Burma zu umfassen. Für Japans Kraft ist die Erreichung dieses Zieles eine gewaltige Aufgabe, eine Tatsache, deren sich die Japaner durchaus bewußt sind...
Die Kommission ist überzeugt, daß das Hauptziel der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten die vollständige militärische Niederwerfung Deutschlands sein sollte. Wenn Deutschland besiegt ist, bricht sein europäisches Herrschaftssystem zusammen, und es ist möglich, daß Japan gezwungen werden könnte, einen großen Teil seiner territorialen Gewinne aufzugeben, es sei denn, daß es seine Position so stark gefestigt hat, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht in der Lage wären, den Krieg gegen Japan fortzusetzen.
Es ist sinnlos zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in nächster Zukunft eine zusammengefaßte und erfolgreiche Landoffensive gegen das Zentrum der deutschen Macht unternehmen werden. Da es klar ist, daß die verbündeten Mächte Deutschland

nicht durch defensive Maßnahmen besiegen können, muß die Strategie andere offensive Methoden an Stelle einer baldigen Landoffensive in Europa anwenden. Diese Methoden könnten in folgendem bestehen: Fortsetzung der Wirtschaftsblockade, Einleitung von Landoffensiven in entfernteren Gegenden, wo deutsche Truppen nur einen Teil ihrer Gesamtkraft einsetzen können; Luftangriffe und Flottenunternehmungen gegen die militärischen, wirtschaftlichen und industriellen Hilfsquellen Deutschlands und die Unterstützung von Untergrundbewegungen in den besetzten Ländern.
Die allgemeinen Kriegsziele, welche u. E. die Vereinigten Staaten und die verbündeten Mächte sich zu eigen machen sollten, sind nebst den erforderlichen Maßnahmen unten aufgeführt. Die materielle Unterstützung befreundeter Mächte (soweit sie in den folgenden Absätzen erwähnt ist) müßte mit dem Bedarf der Vereinigten Staaten in Einklang gebracht werden.
a) Die Sicherung der westlichen Hemisphäre gegen jede politische oder militärische Ausbreitung europäischer oder asiatischer Mächte ist für die Strategie der Vereinigten Staaten ausschlaggebend. Im Verfolg dieser Sicherung müssen die Vereinigten Staaten unter allen Umständen Marine-, Land- und Luftstreitkräfte in solchen Positionen unterhalten, daß sie sowohl auf dem Atlantischen wie dem Stillen Ozeansofort verfügbar sind, und zwar in hinreichender Stärke, um im Fall eines Zusammenbruchs Englands oder Rußlands eine Invasion zu verhindern. Im Falle eines solchen Zusammenbruchs ergäbe sich die wesentliche Frage, ob Nordwestafrika und die atlantischen Inseln in deutschem oder befreundetem Besitz sind. In ähnlicher Weise sind Alaska, Hawaii und Inseln des südlichen Pazifik von wesentlicher Bedeutung für die Sicherheit des östlichen Pazifik. Die Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten dürften für defensive Zwecke bis 1944 ausreichen.
b) Die Sicherung des Vereinigten Königreichs ist eine wesentliche Voraussetzung für die Unternehmung militärischer Operationen gegen Deutschland und Japan in der östlichen Hemisphäre. Die Sicherung Englands ist aber auch von hoher Bedeutung für die Verteidigung der westlichen Hemisphäre. Die Sicherung des Vereinigten Königreichs hängt von einer wirksamen Verteidigung zur See, zu Lande und in der Luft ab. Wiederum hängt diese Verteidigung von der Sicherheit der Seewege ab. Die Unterstützung des Vereinigten Königreichs kann nur dann fortgesetzt werden, wenn die jetzige Bedrohung der Seewege bedeutend vermindert wird durch Verstärkung der Abwehrkräfte zur See und zur Luft, die ihre Stützpunkte auf den britischen Inseln, Island und den Positionen im mittleren und östlichen Atlantik haben. Wenn die Verluste der britischen Handelsschiffahrt nicht bedeutend verringert werden, oder wenn Deutschland nicht im Innern zusammenbricht, kann nach der Meinung der Kommission der Widerstand Englands nicht ins Unabsehbare fortgesetzt werden, mögen auch die Vereinigten Staaten ihre Industrien aufs äußerste anspannen. Wenn also das Vereinigte Königreich den Krieg durchhalten soll, so ist es erforderlich, die britischen Streitkräfte im Atlantik sofort und wirksam durch Marine- und Luftkontingente der Vereinigten Staaten zu verstärken und die britische Handelstonnage aus eigenem Bestand stark zu vermehren. Diese Kontingente müssen mit Amerikanern bemannt werden, da die britischen Reserven für die Verwendung in Europa schon praktisch erschöpft sind. Zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen britischen Potentials müssen die Vereinigten Staaten darin fortfahren, die britische Blockade zu unterstützen mit Hilfe von Schiffsbauten und Reparaturwerkstätten. Ferner müssen beträchtliche Mengen von Flugzeugen geliefert werden.
c) Die Sicherung der Seeverbindungen der Verbündeten Mächte in der ganzen Welt ist wesentlich für die Fortführung des Krieges. Die Marine- und Luftstreitkräfte in und bei Europa sollten, soweit das durchführbar ist, stark genug sein, um das Entkommen von Patrouillenschiffen auf hoher See zu verhindern und um Unterseeboote und Luftjäger zu vernichten. Außerdem wird eine weit ausgedehnte Verteilung von Marine- und Luftstreitkräften zum unmittelbaren Schutz der Brennpunkte und Routen des Schiffsverkehrs erforderlich sein.
d) Die Aufrechterhaltung einer aktiven Front in Rußland bietet bei weitem die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Landoffensive gegen Deutschland, weil nur Rußland über ausreichende Menschenreserven verfügt und dem Zentrum der deutschen Militärmacht am nächsten benachbart ist. Für Rußland ist das Wichtigste die Unterhaltung von Land- und Luftstreitkräften. Es wäre verfrüht, den Ausgang des derzeitigen Kampfes in Rußland vorauszusagen. Indessen, selbst wenn die Sowjetarmeen sich hinter den Ural zurückziehen müßten und dort einen geordneten Widerstand fortsetzen könnten, so bliebe immer noch die Hoffnung, Deutschland zu Lande endlich und vollständig zu besiegen. Die wirksame Ausrüstung der russischen Armeen, sowohl durch Versorgung von außerhalb wie durch die Industrie im Wolgabecken oder durch die im Osten des Urals, würde zu den wichtigsten Aufgaben der verbündeten Mächte gehören.
e) Die Verhinderung eines Eindringens der Achse in Nordwestafrika und die atlantischen Inseln ist sehr wichtig, nicht nur als Beitrag zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre, sondern auch zur Sicherung der britischen Seewege und der Gewinnung einer möglichen Basis für eine zukünftige Landoffensive. Im französischen Nord- und Westafrika stehen französische Truppen, die

vielleicht einmal als Gegner Deutschlands gelten können, vorausgesetzt, daß sie neu ausgerüstet werden und die Vereinigten Staaten befriedigende politische Verhältnisse herstellen. Da das Britischen Commonwealth dort nur über wenige Truppen verfügt und zwischen den Engländern und dem Regime Weygand unfreundliche Beziehungen bestehen, so folgt daraus, daß ein großer Teil der in dieser Region zu verwendenden Truppen der verbündeten Mächte von den Vereinigten Staaten gestellt werden muß.
f) Die Aufrechterhaltung der Unversehrheit der Philippinen, Malayas, Niederländisch-Indiens, Australiens, Burmas und Chinas durch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten würde weitreichende Wirkungen haben. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten im Fernen Osten können nicht wesentlich verstärkt werden, wenn sie sich ihrer schweren Aufgabe in anderen Regionen unterziehen sollen, aber die Operationen der Pazifikflotte werden einen bedeutenden Einfluß auf die Ereignisse haben. Die Vereinigten Staaten sollten es auf sich nehmen, einen Teil der Rüstungs- und Flugzeugerzeugung China und Niederländisch-Indien zukommen zu lassen. Ein großer Teil dieses Materials muß in amerikanischen Fahrzeugen transportiert werden.

[86] *Stalin am 6. November 1941*

...Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben, wie die Eroberung fremder Gebiete oder die Unterwerfung fremder Völker, ganz gleich, ob es sich um Völker und Gebiete Europas oder um Völker und Gebiete Asiens...handelt. Unser Ziel besteht darin, unsere Gebiete und unsere Völker vom faschistischen deutschen Joch zu befreien.
Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler-Tyrannei zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Völker. ...

[87] *Churchill an Stalin am 22. November 1941*

...Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie auch über die Friedensregelung nach dem Kriege sprechen möchten. Unsere Absicht ist es, im Bündnis und in ständiger Fühlungnahme mit Ihnen den Krieg mit äußerster Anstrengung zu führen, ganz gleich, wie lange er dauern möge. Und wenn der Krieg gewonnen ist – ich bin sicher, daß es so sein wird –, erwarten wir, daß Sowjetrußland, Großbritannien und die USA auf der Konferenz der Sieger zusammenkommen als die drei Hauptpartner und als die Mächte, die den Nazismus vernichtet haben. Natürlich muß es die erste Aufgabe sein, Deutschland und vor allem Preußen daran zu hindern, ein drittes Mal über uns herzufallen. Die Tatsache, daß Rußland ein kommunistischer Staat ist und daß Großbritannien und die USA das nicht sind und es auch nicht zu werden beabsichtigen, ist kein Hindernis für uns, einen guten Plan zur Gewährleistung unserer gegenseitigen Sicherheit und unserer berechtigten Interessen aufzustellen. Der Außenminister wird in der Lage sein, diesen ganzen Fragenkomplex mit Ihnen zu besprechen.
Es ist gut möglich, daß sowohl die Verteidigung Moskaus und Leningrads als auch der prachtvolle Widerstand gegen den Eindringling entlang der ganzen russischen Front der inneren Struktur des Naziregimes tödliche Wunden zufügen werden. Aber wir dürfen uns nicht auf solch einen Glücksfall verlassen, sondern müssen weiterhin bis zum Äußersten und mit aller Kraft gegen den Feind kämpfen.

[88] *Botschaft Stalins an Churchil (abgesandt am 23. November 1941)*

Ich danke Ihnen für Ihre Botschaft.
Ich begrüße aufrichtig den in Ihrer Botschaft zum Ausdruck gebrachten Wunsch, mit mir durch eine persönliche Korrespondenz auf der Grundlage der Freundschaft und des Vertrauens zusammenzuarbeiten, und hoffe, daß dies bedeutend zum Erfolg unserer gemeinsamen Sache beitragen wird.
Hinsichtlich Finnlands hat die UdSSR, zumindest für die erste Zeit, nichts anderes vorgeschlagen als die Einstellung der Kriegshandlungen und den De-facto-Austritt Finnlands aus dem Krieg. Wenn aber Finnland auch das in dem von Ihnen genannten kurzen Zeitraum nicht tut, dann halte ich die Kriegserklärung an Finnland durch Großbritannien für zweckmäßig und unumgänglich. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, daß wir uns über den Krieg gegen Hitler und seine eifrigsten Komplicen nicht einig sind und die Mitbeteiligten an der Aggression

Hitlers ungestraft ihr schändliches Werk betreiben dürfen. In bezug auf Ungarn und Rumänien kann man offenbar noch etwas warten.
Ihren Vorschlag, in der nächsten Zeit Außenminister Eden in die UdSSR zu entsenden, unterstütze ich voll und ganz. Beratungen und Vereinbarungen über gemeinsame Operationen der sowjetischen und englischen Streitkräfte an unserer Front sowie die beschleunigte Verwirklichung dieses Vorhabens wären von großer positiver Bedeutung. Es ist völlig richtig, daß die Erörterung und Annahme eines Plans über die Friedensregelung nach dem Kriege davon ausgehen müssen, daß Deutschland und vor allem Preußen, daran gehindert wird, noch einmal den Frieden zu verletzen und die Völker in einen neuen blutigen Krieg zu stürzen.
Ich stimme mit Ihnen auch darin überein, daß uns die unterschiedliche Staatsordnung der UdSSR einerseits und Großbritanniens und der USA andererseits nicht daran hindern soll und kann, die grundlegenden Fragen über die Gewährleistung unserer gegenseitigen Sicherheit und unserer berechtigten Interessen günstig zu lösen. Ich hoffe, daß in dieser Hinsicht eventuell noch vorhandene unausgesprochene Bedenken oder Zweifel in den Verhandlungen mit Herrn Eden zerstreut werden...
Die Kampflage der sowjetischen Truppen gegen die Streitkräfte Hitlers bleibt weiterhin angespannt. Ungeachtet aller Schwierigkeiten wächst der Widerstand unserer Truppen und wird weiter wachsen. Unsere Entschlossenheit, den Feind zu schlagen, ist unerschütterlich.

[89] *Edens Bericht vom 5. Januar 1942 über die Moskauer Verhandlungen*

In meiner ersten Unterredung mit Stalin und Molotow am 16. Dezember ließ sich Stalin mit einiger Ausführlichkeit über die von ihm als richtig betrachteten Nachkriegsgrenzen in Europa aus und über die Behandlung, die Deutschland widerfahren solle. Er schlägt die Wiederherstellung Österreichs als unabhängigen Staat vor, die Loslösung des Rheinlandes von Preußen als unabhängigen Staat oder als Protektorat und evtl. die Bildung eines selbständigen Bayern. Ostpreußen soll an Polen abgetreten und das Sudentenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden...
Die besetzten Länder, einschließlich der Tschechoslowakei und Griechenlands, sind im allgemeinen in ihrem Vorkriegsbestand wiederherzustellen. Stalin sei bereit, das Vereinigte Königreich zu unterstützen, falls es in westeuropäischen Ländern – d. h. Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark – durch besondere Abkommen Stützpunkte errichten wolle. Hinsichtlich der eigenen Interessen der Sowjetunion wünscht Stalin in bezug auf die baltischen Staaten, Finnland und Bessarabien die Wiederherstellung der Lage von 1941 vorgängig dem deutschen Angriff. Die "Curzon-Linie" bilde eine geeignete Grundlage für die künftige russisch-polnische Grenze; Rumänien solle der Sowjetunion die Errichtung von Stützpunkten erleichtern und dafür durch jetzt zu Ungarn gehörende Gebiete entschädigt werden.
Im Verlauf dieser ersten Unterredung billigte Stalin das allgemeine Prinzip, daß Deutschland die den besetzten Ländern zugefügten Schäden durch Sachlieferungen, insbesondere von Maschinen, Werkzeugen usw., gutmache, während er Geldreparationen als nicht wünschenswert bezeichnete. Er zeigte sich an einem Nachkriegsmilitärbündnis der "demokratische Mächte" interessiert und erklärte, die Sowjetunion habe nichts dagegen, falls einzelne europäische Staaten das Bedürfnis fühlten, in ein Bundesverhältnis zueinander zu treten.
In der zweiten Unterredung verlangte Stalin, die Regierung Seiner Majestät solle unverzüglich die künftigen Grenzen der UdSSR – insbesondere den Einschluß der baltischen Länder in den sowjetischen Staatsverband und die Wiederherstellung der finnisch-sowjetischen Grenze von 1941 – anerkennen. Davon mache er den Abschluß jedes englisch-sowjetischen Abkommens abhängig. Meinerseits erklärte ich Stalin, im gegenwärtigen Moment sei es der Regierung Seiner Majestät unmöglich, sich auf irgendwelche Nachkriegsgrenzen in Europa festzulegen, da wir diesbezüglich bereits Verpflichtungen gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten eingegangen seien; doch wolle ich es übernehmen, nach meiner Rückkehr die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich, die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Seiner Majestät in den Dominien darüber zu informieren. Diese von Stalin als grundlegend betrachtete Frage kam bei der dritten Zusammenkunft am 18. Dezember neuerdings zur Sprache.

[90] *Telegramm Churchills an den Außenminister Eden vom 8. Januar 1942*

1. Wir haben die russischen Grenzen von 1941 nie anders als de facto anerkannt. Sie sind die Folge von Gewaltakten, die das schändliche Einverständnis mit Hitler ermöglicht hat. Die Überantwortung der baltischen Länder gegen den Willen ihrer Völker an Sowjetrußland widerspräche allen Grundsätzen, für die wir uns in diesem Krieg schlagen, und gereichte unserer Sache zur

Unehre. Das gilt auch für Bessarabien und die Nordbukowina, in geringerem Ausmaß auch für Finnland, desssen Unterwerfung und Einverleibung anscheinend nicht zur Gänze geplant ist.
2. Rußland kann für das Vorgelände von Leningrad, das die Finnen als Aufmarschgebiet benutzt haben, strategische Gründe vorbringen. Auch gibt es Ostseeinseln, die für Rußlands Sicherheit von großer Bedeutung sind. Für gewisse Grenzgebiete der Bukowina und Bessarabiens mag man ebenfalls strategisches Sicherheitsbedürfnis ins Feld führen. In diesen Fällen muß der Bevölkerung soweit sie es wünscht, Umsiedlung und Entschädigung angeboten werden. In allen anderen Fällen sind Gebietsverschiebungen nach Kriegsende zu regeln, und zwar durch frei und fair durchgeführte Volksabstimmungen, die sich von dem uns Vorgeschlagenen sehr wesentlich unterscheiden. Auf keinen Fall kann die Rede davon sein, daß Grenzen vor der Friedenskonferenz festgelegt werden. Ich weiß, daß Präsident Roosevelt genauso denkt wie ich, denn er hat mir mehrmals seine Befriedigung über unsere feste Haltung in Moskau ausgedrückt. Ich könnte nicht als Wortführer eines britischen Kabinetts auftreten, das einen solchen Kurs einschlüge.
3. Meiner Ansicht nach steht unsere politische Zuverlässigkeit auf dem Spiel, falls wir von den Grundsätzen der Atlantikcharta, zu denen sich auch Stalin bekannt hat, abgingen. Von deren Aufrechterhaltung hängt auch unsere Verbindung mit den Vereinigten Staaten ab...
5. Bei der Beurteilung der russischen Reaktion auf unsere Weigerung, den Friedensverhandlungen in diesem Kriegsstadium vorzugreifen und von den Grundsätzen der Atlantikcharta abzugehen, muß festgehalten werden, daß Rußland in den Krieg erst eintrat, als es von Deutschland angegriffen wurde, nachdem es sich bis dahin unserem Schicksal gänzlich gleichgültig verhalten hatte, und daß es in der Zeit unserer größten Gefährdung unsere Lasten nur noch vermehrt hat. Rußlands Armeen schlagen sich tapfer und entwickeln bei der Verteidigung ihrer Heimaterde eine ungeahnte Kraft. Aber sie kämpfen um ihr eigenes Dasein und haben dabei nie an uns gedacht. Wir dagegen stehen ihnen bis an die Grenze des Möglichen bei, weil wir diese tapfere Verteidigung der Heimat bewundern und ihr Kampf Hitler gilt.
6. Niemand kann voraussehen, wie sich bei Kriegsende das Kräfteverhältnis gestalten wird und wo die siegreichen Armeen stehen werden. Immerhin scheint es wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten und das britische Reich, weit davon entfernt, erschöpft zu sein, den schwerstbewaffneten und wirtschaftlich mächtigsten Block darstellen werden, den die Welt je gesehen hat, und daß die Sowjetunion unseren Beistand für den Wiederaufbau in viel größerem Maße brauchen wird als wir den ihren.
7. Sie haben die Zusage gegeben, daß wir diese Ansprüche Rußlands gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und den Dominien prüfen werden. Diese Zusage müssen wir einhalten. Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offenlassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantikcharta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen. Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.

[91] *Erklärung der Vereinigten Nationen [Washington-Pakt]*
Anerkennung der Prinzipien der Atlantik-Charta
am 1. Januar 1942

Eine gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-Irland, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, Chinas, Australiens, Belgiens, Kanadas, Costaricas, Kubas, der Tschechoslowakei, der Dominikanischen Republik, El Salvadors, Griechenlands, Guatemalas, Haitis, Honduras', Indiens, Luxemburgs, der Niederlande, Neuseelands, Nicaraguas, Norwegens, Panamas, Polens, Südafrikas und Jugoslawiens.
Die unterzeichneten Regierungen haben ein gemeinsames Programm der Zielsetzungen und Prinzipien, enthalten in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Ministerpräsidenten des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-Irland vom 14. August 1941, die als die Atlantik-Charta bekannt ist, anerkannt.
Sie sind überzeugt, daß der vollständige Sieg über ihre Feinde notwendig ist, um Leben, Freiheit, Unabhängigkeit und religiöse Freiheit zu verteidigen und die Menschenrechte und Gerechtigkeit in ihren eigenen Ländern wie auch in anderen Ländern zu erhalten. Sie sind überzeugt, daß sie sich jetzt in einem gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte befinden, die die Welt zu unterwerfen suchen.
Sie erklären:
1. Jede Regierung verpflichtet sich, alle ihre Hilfsmittel, und zwar militärische oder wirtschaftliche, gegen jene Mitglieder des Dreimächtepaktes und seine Anhänger, mit denen sie sich im Kampf befindet, einzusetzen.

2. Jede Regierung verpflichtet sich, mit den unterzeichneten Regierungen dieser Erklärung zusammenzuarbeiten und keinen gesonderten Waffenstillstand und keinen Sonderfrieden mit den Feinden zu schließen.
Andere Nationen, die in dem Kampf für den Sieg über den Hitlerismus materiellen Beistand oder Hilfe leisten werden, können sich der vorgenannten Erklärung anschließen.

Ausgefertigt in Washington, 1. Januar 1942.

Die Unterzeichner der Erklärung der Vereinten Nationen sind die eingangs erwähnten Mächte.
Der Erklärung der Vereinten Nationen haben sich folgende Mächte an den nachstehend aufgeführten Daten angeschlossen:

Mexiko 5. Juni 1942
Philippinen 10. Juni 1942
Äthiopien 28. Juli 1942
Irak 16. Januar 1943
Brasilien 8. Februar 1943
Bolivien 27. April 1943
Iran 10. September 1943
Kolumbien 22. Dezember 1943
Liberien 26. Februar 1944
Frankreich 26. Dezember 1944
Ekuador 7. Februar 1945
Peru 11. Februar 1945
Chile 12. Februar 1945
Paraguay 12. Februar 1945
Venezuela 16. Februar 1945
Uruguay 23. Februar 1945
Türkei 24. Februar 1945
Ägypten 27. Februar 1945
Saudi-Arabien 1. März 1945.

[92] *Aus der Botschaft des Präsidenten der USA, Franklin Delano Roosevelt, an den Kongreß vom 6. Januar 1942 über das amerikanische Rüstungsprogramm.*

[...]
Genau vor einem Jahr habe ich vor dem Kongreß erklärt: "Wenn die Diktatoren zum Krieg gegen uns bereit sind, dann werden sie nicht erst auf eine Kriegshandlung unsererseits warten. Sie, und nicht wir, werden den Augenblick, den Ort und die Methode des Angriffs wählen."
Wir kennen nun den Zeitpunkt ihrer Wahl: ein friedlicher Sonntagmorgen – der 7. Dezember 1941.
Wir kennen nun den Ort ihrer Wahl: ein amerikanischer Außenposten im Stillen Ozean.
Wir kennen nun die Methode, die sie wählten: die Methode Hitlers.
Japans Eroberungspläne lassen sich fünfzig Jahre zurückverfolgen...
Aber die imperialistischen Träume der japanischen und faschistischen Führer waren bescheiden im Vergleich mit der gefräßigen Gier Hitlers und seiner Nazis, die ihre Eroberungspläne schon fix und fertig hatten, bevor sie im Jahre 1933 zur Macht kamen. Diese Pläne zielten auf die schließliche Beherrschung nicht allein eines Teiles der Welt ab, sondern der ganzen Erde und aller Meere.
Als Hitler das Bündnis zwischen Berlin, Rom und Tokio abschloß, verschmolzen alle diese Eroberungspläne zu einem einzigen Plan.
Danach war es Japans Aufgabe, in Ergänzung seiner eigenen Eroberungspläne die Lieferung von Kriegswaffen nach Großbritannien, Rußland und China abzuschneiden – Waffen, die den Tag des Unterganges für Hitler immer näher brachten. Was Japan in Pearl Harbor tat, sollte uns betäuben – sollte uns so in Schrecken versetzen, daß wir unsere industriellen und militärischen Kräfte von anderen Gebieten ab- und dem des Stillen Ozeans, ja vielleicht sogar nur der Verteidigung unseres eigenen Kontinents, zulenken würden.
Der Plan schlug fehl. Wir sind nicht betäubt. Wir sind weder erschreckt noch verwirrt. Der Wiederzusammentritt des 77. Kongresses vor unseren Augen beweist es. Denn die Stimmung ruhiger und fester Entschlossenheit, die hier herrscht, ist ein böses Vorzeichen für die, welche sich verschworen und gemeinsam darangemacht haben, den Weltfrieden zu morden.
Diese Stimmung ist stärker als ein bloßes Verlangen nach Vergeltung. Sie bringt den Willen des amerikanischen Volkes zum Ausdruck, dafür zu sorgen, daß die Welt nie wieder solches Unheil erleiden soll.
[...]
Machtvolle Angriffsmaßnahmen müssen und werden zur rechten Zeit getroffen werden. Wir sind daran, den totalen Kriegseinsatz der Vereinten Nationen gegen unsere gemeinsamen Feinde zur Wirklichkeit zu machen.
Hier und in den anderen Hauptstädten sind Pläne für einheitliches und gemeinsames Vorgehen aller Vereinten Nationen ausgearbeitet worden – in militärischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir haben bereits eine einheitliche Befehlsgewalt für die Land-, See- und Luftstreitkräfte im südwestlichen Stillen Ozean eingesetzt. Die Konferenzen und Beratungen zwischen den militärischen Stäben werden fortgeführt. Die Pläne und Operationen jedes einzelnen Stabes werden in eine Gesamtstrategie zusammengefaßt, die den Feind zerschmettern soll. Wir werden keine Einzelkriege führen, in denen jede Nation ihren eigenen Weg geht. Diese 26 Nationen sind vereint – nicht nur im Geist und in ihrer Entschlossenheit, sondern in der gemeinsamen Führung des Krieges in allen seinen Stadien.

Zum erstenmal seit die Japaner, die Faschisten und die Nazis sich auf ihren blutigen Eroberungszug begeben haben, stehen wir jetzt vor der Tatsache, daß überlegene Kräfte gegen sie aufgeboten sind. Für immer sind die Tage vorüber, da die Angreifer ihre Opfer, eines nach dem anderen, anfallen und vernichten konnten, weil kein einheitlicher Widerstand vorhanden war.
Wir, die Vereinten Nationen, werden unsere Kräfte so einsetzen, daß wir den gemeinsamen Feind dort treffen, wo wir die größte Wirkung erzielen.
Die Militaristen in Berlin und Tokio haben den Krieg begonnen. Aber die zusammengeballten, empörten Kräfte der vereinten Menschheit werden ihn beenden.
Die Vernichtung der Zentren materieller und geistiger Kultur war seit jeher das Ziel Hitlers und seiner italienischen und japanischen Schachfiguren. Sie wollen die Macht des Britischen Reiches, Rußlands, Chinas und der Niederlande zerschmettern und dann alle ihre Kräfte auf ihr Endziel konzentrieren: die Eroberung der Vereinigten Staaten.
Sie wissen, Sieg bedeutet für uns den Sieg der Freiheit.
Sie wissen, Sieg bedeutet für uns den Sieg der Demokratie, des Familiengedankens, der einfachen Grundsätze von Anstand und Menschlichkeit.
Sie wissen, Sieg bedeutet für uns den Sieg der Religion.
Und das können sie nicht dulden. Die Welt ist zu klein, um angemessenen Lebensraum für Hitler und für Gott zu bieten. Zum Beweis dessen haben die Nazis nunmehr ihren Plan verkündet, ihre neudeutsche heidnische Religion der ganzen Welt aufzuzwingen, jenen Plan, der die Heilige Schrift und das Kreuz der Gnade durch 'Mein Kampf', das Hakenkreuz und das nackte Schwert ersetzen will.
Unsere eigenen Ziele sind klar: Zerschmetterung des Militarismus, den die Kriegsherren ihren versklavten Völkern aufgezwungen haben: Befreiung der unterworfenen Völker; Einführung und Sicherung der Redefreiheit, der Religionsfreiheit, der Befreiung von Not und Befreiung von Furcht – überall in der Welt.
Wir werden nicht innehalten, bevor diese Ziele erreicht sind –, wir werden uns auch nicht damit begnügen, sie einfach zu erreichen und dann auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Ich weiß, ich spreche im Namen des amerikanischen Volkes – und ich habe allen Grund zu glauben, daß ich auch im Namen der anderen Völker spreche, die an unserer Seite kämpfen –, wenn ich sage, daß wir diesmal entschlossen sind, nicht nur den Krieg zu gewinnen, sondern auch den Frieden zu sichern, der ihm folgen wird.
Aber die modernen Methoden der Kriegführung stellen uns nicht nur die Aufgabe, zu schießen und zu kämpfen, sondern die noch dringendere, zu arbeiten und zu produzieren.
Der Sieg erfordert nicht nur Kriegswaffen, sondern auch Mittel, sie auf ein Dutzend Kriegsschauplätze zu befördern.
Es genügt nicht, daß wir und die anderen Vereinten Nationen eine etwas größere Menge von Kriegsmaterial herstellen als Deutschland, Japan, Italien und die geraubten Industrien der von ihnen überrannten Länder.
Die Überlegenheit der Vereinten Nationen an Kriegsmaterial und Schiffen muß erdrückend sein, so erdrückend, daß den Achsenmächten keinerlei Hoffnung bleibt, sie jemals einholen zu können. Um diese erdrückende Übermacht zu erreichen, müssen die Vereinigten Staaten Flugzeuge und Tanks, Geschütze und Schiffe bis zur äußersten Grenze ihrer Produktionsfähigkeit bauen. Wir haben die Fähigkeit und die Mittel, Waffen nicht nur für unsere Streitkräfte, sondern auch für die Armeen, Flotten und Luftstreitkräfte unserer Verbündeten zu bauen.
Und die erdrückende Übermacht unserer Rüstungen muß ausreichen, um Kriegswaffen zur rechten Zeit in die Hände der Männer in den eroberten Ländern zu legen, die bereitstehen, sich bei der ersten Gelegenheit gegen ihre deutschen und japanischen Unterdrücker zu erheben – und gegen die Verräter in ihren eigenen Reihen, die mit dem Schandnamen 'Quislinge' bezeichnet werden. Wenn wir den Patrioten in diesen Ländern Gewehre bringen, dann werden auch sie Schüsse abfeuern, die man auf der ganzen Welt vernehmen wird.
Unsere Produktion in den Vereinigten Staaten muß weit über ihren gegenwärtigen Stand hinaus erhöht werden, selbst wenn das eine plötzliche tiefgreifende Veränderung des Lebens und Berufs von Millionen unserer Volksgenossen bedeutet. Wir müssen unsere Produktionsziele auf der ganzen Linie erhöhen. Niemand soll sagen, das sei unmöglich. Es muß möglich sein – und wir haben es uns zur Aufgabe gemacht.
Ich habe soeben an die zuständigen Regierungszweige und -behörden eine Anweisung gesandt, die folgende Sofortmaßnahmen anordnet:
1. Unsere Flugzeugproduktion so zu beschleunigen, daß wir in diesem Jahre, 1942, 60 000 Flugzeuge herstellen werden, 10 000 mehr als das Ziel, das wir uns vor anderthalb Jahren gesetzt hatten. In dieser Zahl sind 45 000 Kampfflugzeuge einbegriffen – Bomber, Sturzbomber, Jagdflugzeuge. Die Zahl wird weiter erhöht werden, so daß wir nächstes Jahr, 1943, 125 000 Flugzeuge herstellen werden, darunter 100 000 Kampfflugzeuge.
2. Unsere Produktion von Tanks so zu beschleunigen, daß wir in diesem Jahr, 1942, 45 000 Tanks bauen, und diese Erhöhung fortsetzen, so daß wir nächstes Jahr, 1943, 75 000 Tanks herstellen werden.

3. Unsere Produktion von Flugabwehrgeschützen so zu beschleunigen, daß wir in diesem Jahr, 1942, 20 000 herstellen und die Beschleunigung so steigern, daß wir nächstes Jahr, 1943, 35 000 Flugabwehrgeschütze herstellen werden.
4. Unsere Handelsschiffsproduktion so zu beschleunigen, daß wir in diesem Jahre, 1942, 8 000 000 Nettoregistertonnen bauen werden, gegenüber einer Produktion von 1 100 000 im Jahre 1941. Und schließlich werden wir dieses Wachstum fortsetzen, so daß wir im kommenden Jahr, 1943, 10 Millionen Tonnen bauen werden.
Diese Zahlen und ähnliche Ziffern für eine Menge anderen Kriegsmaterials werden den Japanern und den Nazis eine kleine Vorstellung davon geben, was sie mit dem Angriff auf Pearl Harbor erzielt haben.
[...]
Wir müssen uns vor Zerwürfnissen im eigenen Lager und Zwietracht unter den Vereinten Nationen in acht nehmen. Insbesondere müssen wir vor Rassenverfolgungen in allen ihren häßlichen Erscheinungsarten auf der Hut sein. Hitler wird wiederum versuchen, Mißtrauen und Argwohn zu säen zwischen Mensch und Mensch, Gruppe und Gruppe, Volk und Volk, Regierung und Regierung. Er wird dieselben Künste der Lüge anwenden und wieder versuchen, Gerüchte auszustreuen – Künste, durch die er Großbritannien und Frankreich entzweit hat. Jetzt versucht er dasselbe mit uns zu tun. Aber er wird auf die Einigkeit unseres Willens und die Gemeinsamkeit unserer Abwehr stoßen, die unerschütterlich bleiben werden, bis wir Hitlers niedrige Anschläge auf die Freiheit und Sicherheit der Völker der Welt zunichte machen.
[...]
Viele Leute fragen: 'Wann wird dieser Krieg enden? ' Darauf gibt es nur eine Antwort: Er wird dann zu Ende sein, wenn wir ihm ein Ende bereiten, durch unsere gemeinsamen Anstrengungen, unsere geeinte Kraft, und unser aller Entschlossenheit, uns durchzukämpfen und durchzuarbeiten, auf dem Schlachtfelde und in den Fabriken, bis zum Ende, zum Ende des Militarismus in Deutschland, Italien und Japan. Wir werden uns niemals mit einem geringeren Erfolg zufrieden geben.
[...]
Wir kämpfen an der Seite der britischen Nation, die lange, schreckliche Monate hindurch allein kämpfte und voll Mut, Hartnäckigkeit und Geschicklichkeit dem Feind Widerstand geleistet hat.
Wir kämpfen an der Seite der russischen Nation, die die Nazihorden bis dicht an die Tore Moskaus dringen sah und dann die Eindringlinge mit fast übermenschlicher Willenskraft und Tapferkeit zum Rückzug gezwungen hat.
Wir kämpfen an der Seite der tapferen chinesischen Nation, die viereinhalb lange Jahre den Bomben und dem Hunger standgehalten und trotz der japanischen Übermacht an Ausrüstung und Waffen die Eindringlinge immer wieder geschlagen hat.
Wir kämpfen an der Seite der unbezwinglichen Holländer.
Wir kämpfen an der Seite aller anderen Regierungen im Exil, die Hitler mit allen seinen Armeen und seiner ganzen Gestapo nicht zu besiegen in der Lage ist.
Aber wir von den Vereinten Nationen bringen alle diese Opfer an Arbeitskraft und Menschenleben nicht, um zu einer Welt zurückzukehren, wie wir sie nach dem ersten Weltkrieg hatten.
Heute kämpfen wir für Sicherheit, Fortschritt und Frieden, nicht nur für uns selbst, sondern für alle Menschen, nicht nur für eine Generation, sondern für alle Generationen. Wir kämpfen dafür, die Welt von alten Übeln und alten Krankheiten zu reinigen.
Unsere Feinde leitet brutaler Zynismus, gottlose Verachtung des Menschengeschlechtes. Uns erfüllt ein Glaube, der durch all die Jahrhunderte bis zum ersten Kapitel der Schöpfungsgeschichte zurückgeht, wo es heißt: 'Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde.'
Wir unsererseits sind bemüht, dieser göttlichen Erbschaft würdig zu sein. Wir kämpfen, wie unsere Väter gekämpft haben, um die Lehre zu verteidigen, daß alle Menschen vor Gott gleich sind. Auf der Gegenseite ist man bemüht, diesen tiefen Glauben zu zerstören und eine Welt zu schaffen nach ihrem Bilde – eine Welt der Tyrannei, der Grausamkeit und der Knechtschaft.
Das ist das Ringen, das nun Tag und Nacht unser Leben erfüllt. Kein Kompromiß kann dieses Ringen beenden. Erfolgreiche Kompromisse zwischen Gut und Böse hat es nie gegeben – und kann es niemals geben. Nur der totale Sieg kann die Vorkämpfer der Duldung, des Anstands, der Freiheit und des Glaubens belohnen.

[93] *Aus der Direktive Nr. 22 zur Durchführung von britischen Bombenangriffen vom 14. Februar 1942*

Sir,
Im Auftrage und bezugnehmend auf das Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 4. 2. 1942 habe ich Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Offensive mit Einführung des Geräts TR 1335 wirkungsvoller gestaltet werden soll und deshalb entschieden worden ist, die im Schreiben des Luftfahrt-

ministeriums vom 13. 11. 1941 enthaltenen Grundsätze für die Erhaltung Ihrer Streitkräfte zu modifizieren. Danach sind Sie bevollmächtigt, bis auf weiteres ohne Einschränkung gemäß den im folgenden dargelegten Grundsätzen vorzugehen. Das bedeutet nicht, daß Sie Ihre Angriffe unter allen Umständen erzwingen, wenn etwa die Wetterverhältnisse ungünstig sein sollten oder Ihre Flugzeuge sehr großen Risiken ausgesetzt werden müßten.

2. Nach Auffassung des Air Staff wird die Einführung des TR 1335 die Ihnen unterstellten Kräfte befähigen, ihre Leistungen so zu konzentrieren, wie es bisher unter den gegebenen Voraussetzungen nicht möglich gewesen ist. Deshalb muß die Einführung dieser Geräte bei den Operationen als revolutionärer Fortschritt der Bombenabwurftechnik angesehen werden, und solange dieses Zielortungsgerät verwendet werden kann, werden wesentlich bessere Erfolge zu erzielen sein.

3. Wie lange dieses Gerät zur Zielortung und als Zielgerät bei Blindbombardierungen wird verwendet werden können, hängt davon ab, wann der Feind Gegenmaßnahmen entwickelt hat, nachdem es ihm gelungen ist, das Geheimnis der Wirkungsweise und des Einsatzes zu entschleiern. Dabei wird es sehr darauf ankommen, daß alle bei seinem Einsatz erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen beachtet werden, daß die Besatzungen das Gerät zerstören und es dem Feinde gegenüber nicht erwähnen, wenn ihr Flugzeug über feindlichem Gebiet zur Landung gezwungen wird. Doch ist nicht zu erwarten, daß die Periode der Geheimhaltung unter günstigsten Voraussetzungen länger dauern wird als sechs Monate vom Tage der Einführung an. Deshalb ist es äußerst wichtig, die Vorteile, die das Gerät uns jetzt bietet, voll auszunutzen. Die größten Anstrengungen, die unter Berücksichtigung des Wetters und anderer Risiken unternommen werden können, sind während dieser Zeit zu unternehmen, ganz besonders während der ersten Wochen Ihrer jetzt folgenden Operationen.

4. Außer dem eben behandelten wichtigsten Umstand gibt es noch folgende Gründe, die die Wiederaufnahme Ihrer Offensive als wünschenswert erscheinen lassen:

(i) In der gegenwärtigen Jahreszeit lassen sich von Brandbombenangriffen die besten Erfolge erwarten.

(ii) Eine Wiederaufnahme unserer Offensive mit schweren Angriffen wird die Russen ermutigen und ihnen helfen, während sie selbst bei ihrer Gegenoffensive gegen die deutschen Armeen so große Erfolge erringen.

(iii) Das Zusammentreffen unserer Offensive mit den russischen Erfolgen wird die Kampfmoral des Feindes beeinträchtigen, die, wie wir wissen, schon durch die deutschen Mißerfolge an der Ostfront gelitten hat.

5. In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen und dieser Lage sind die Ihnen mit dem Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 9. 7. 1941 erteilten Anweisungen überprüft worden, und es ist entschieden worden, daß ihre Operationen sich auf die Schwächung der Moral der feindlichen Zivilbevölkerung zu konzentrieren haben, besonders der Industriearbeiter. Angesichts dieser Aufgabe (und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Reichweite des TR 1335-Geräts) ist dem Schreiben als Anhang A eine Liste ausgewählter Flächenziele beigefügt. Weiter enthält Anhang A eine Liste von Angriffszielen außerhalb dieser Reichweite, die angegriffen werden sollen, wenn die Voraussetzungen besonders günstig sind und wenn feststeht, wie genau und konzentriert die Bobenabwürfe mit dem Gerät durchgeführt werden können.

6. Sie werden feststellen, daß sich unter den letzteren Angriffszielen auch Berlin befindet. In diesem Falle sollten Sie Störangriffe durchführen, damit der Gegner stärkere Angriffe gegen die Stadt befürchtet und Luftschutzmaßnahmen einleitet. Die Operationen sollten nach Umfang und taktischer Methode so geführt werden, daß möglichst geringe eigene Verluste eintreten. Deshalb soll in großer Höhe geflogen werden, auch wenn die mitgeführte Bombentonnage deswegen verringert werden muß. Abgesehen von den Sondereinsätzen gegen Berlin soll bei der Verwendung des Geräts TR 1335 von Anfang an der Grundsatz beachtet werden, daß jedes Ziel so lange angegriffen wird, bis die für seine Zerstörung als notwendig geschätzte Leistung erbracht worden ist. Schätzungen über den notwendigen Umfang der Angriffe werden in Anhang C gegeben.

7. Essen ist das wichtigste Ziel der ersten Kategorie. Um das Überraschungsmoment möglichst weitgehend auszunutzen, soll Essen zuerst angegriffen werden. Ich schlage deshalb vor, daß Sie diese Stadt als erstes Angriffsziel für Ihre Operationen mit dem Gerät TR. 1335 auswählen und anschließend die weiteren Flächenziele der ersten Kategorie der Liste in Anhang A angreifen.

8. Wenn die Erfahrungen bei der Verwendung des Geräts TR. 1335 gezeigt haben, daß unter günstigen Voraussetzungen Präzisionsangriffe gegen Einzelziele möglich sind, dann schlage ich vor, daß Sie zunächst Angriffe gegen Präzisionsziele der Liste in Anhang A innerhalb der Reichweite des Geräts TR 1335 durchführen, um anschließend Ziele außerhalb der Reichweite von TR 1335 in Anhang B anzugreifen.

9. Es wird nicht möglich sein, mehr als einen relativ kleinen Prozentsatz Ihres Verbandes mit dem Gerät TR 1335 auszustatten, solange das Gerät als Zielortungs- und Bombenzielgerät seine

volle Wirksamkeit behält. Es ist daher von größter Bedeutung, daß Taktiken angewendet werden, die es dem Verbände ermöglichen, die Abwürfe zu konzentrieren. Solche Methoden müssen sowohl für den Fall, daß das Ziel beleuchtet werden kann, als auch für Blindabwürfe untersucht, entwickelt und soweit wie möglich angewendet werden. In diesem Zusammenhang habe ich Sie an die im Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 25. 10. 41 festgelegten Grundsätze über den Umfang von Angriffen mit Brandbomben zu erinnern.

10. Außer der nach obigen Richtlinien durchzuführenden Offensive ersten Ranges werden Sie von Zeit zu Zeit auch noch folgende Aufgaben erfüllen müssen:

(i) Angriffe gegen Fabriken in Frankreich sind gemäß Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 5. 2. 42 durchzuführen. Sollte sich keine günstige Gelegenheit für einen ersten Angriff gegen Renault ergeben, bevor Sie die Operationen mit dem Gerät TR 1335 begonnen haben, dürften die Angriffe gegen französische Fabriken nur unter besonders günstigen Wetterverhältnissen durchgeführt werden und auch nur, wenn zugleich die Voraussetzungen für Angriffe gegen Ziele in Deutschland, die in dieser Direktive genannt werden, ungünstig sind.

(ii) Die Operationen der 2. Gruppe sind gemäß dem Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 25. 11. 41 fortzusetzen. Dabei sind die Anordnungen betreffend eine Unterstützung der Heerestruppen gemäß § 7 dieses Schreibens zu beachten.

(iii) Die wiederholte Unterstützung der von Adviser of Combined Operations geplanten Operationen wird gemäß den im Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 21. 12. 41 an Sie gegebenen Richtlinien auch weiter notwendig sein.

11. Schließlich habe ich den Auftrag, Ihnen zu sagen, daß man sich zwar bemühen wird, Ihre Operationen auf die vordringliche Offensive zu beschränken, Sie aber doch anerkennen sollten, daß es gelegentlich nötig werden kann, Ablenkungsangriffe gegen Objekte zu verlangen, deren Zerstörung angesichts der gerade herrschenden strategischen Lage erforderlich ist. Besonders kann es notwendig werden, von Zeit zu Zeit wichtige Flotteneinheiten und die U-Bootwerften anzugreifen, besonders wenn diese Unternehmen durchgeführt werden können, ohne günstige Gelegenheiten für Angriffe gegendie Ziele der ersten Kategorie versäumen zu müssen.

(gezeichnet) N. H. Bottomley

Anhang A
zum Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 14. 2. 42.
Besonders wichtige Industriegebiete (innerhalb der Reichweite des Gerätes TR. 1335 – 350 Meilen von Mildenhall).

Mittleres (Ruhr)-Gebiet

Essen (Transportziele und Schwerindustrie)
Duisburg (Transportziele und Schwerindustrie)
Düsseldorf (Transportziele und allgemeine Industrieziele)
Köln (Transportziele und allgemeine Industrieziele)
Industriegebiete als Ausweichziele (innerhalb der Reichweite des Geräts TR. 1335–350 Meilen von Mildenhall)

Nördliches (Küsten)-Gebiet

Bremen (Werften der Kriegsmarine)
Wilhelmshaven (Werften der Kriegsmarine)
Emden (Werften der Kriegsmarine)
Industriegebiet als Ausweichziele (Einflüge über die Reichweite des Geräts TR. 1335 hinaus).

Norden
Hamburg (Werften der Kriegs- und Handelsmarine)

Kiel (Werften der Kriegsmarine)
Lübeck (Ostseehafen) (Kriegsindustrie und allgemeine Industrie)
Rostock (Heinkelwerke)

Mitte
Berlin (allgemeine Industrie)
Kassel (Lokomotivbau)
Hannover (Gummifabriken)

Anhang C
zum Schreiben des Luftfahrtministeriums vom 14. 2. 1942

Schätzungen über notwendige Angriffsstärken zur Erreichung entscheidender Zerstörungen

1 Gebiet	2 Gesamtfläche Meilen²	3 Bebautes Gebiet Meilen²	4 Fläche des gegen Angriffe empfindlichsten Zentralgebiets Meilen²	5 Gesamteinwohnerzahl	6 Bombentonnage erforderlich bei 7 ts pro 1 Meile², und 50 % Wirkung	7 Bombentonnage erforderlich bei 1 ts Bomben auf 800 Einwohner und 50 % Wirkung
A. Essen	70	25	9	650 000	1000 ts	1600 ts
B. Duisburg	55	16	3	440 000	800 ts	1100 ts
C. Düsseldorf	62	18	3	500 000	850 ts	1200 ts
D. Köln	100	30	5	750 000	1400 ts	1800 ts

[94] *Aus Stalins Tagesbefehl vom 23. Februar 1942*

...Kein deutscher Soldat kann sagen, er führe einen gerechten Krieg, denn er muß unbedingt sehen, daß er gezwungen wird, Krieg zu führen, um andere Völker auszurauben und zu unterdrücken. Der deutsche Soldat hat kein erhabenes und edles Kriegsziel, das ihn begeistern und auf das er stolz sein könnte. Und umgekehrt, jeder beliebige Kämpfer der Roten Armee kann mit Stolz sagen, daß er einen gerechten, einen Befreiungskrieg, einen Krieg für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes führt. Die Rote Armee hat ihr edles und erhabenes Kriegsziel, das sie zu Heldentaten begeistert. Dadurch ist eigentlich auch zu erklären, daß der Vaterländische Krieg bei uns Tausende von Helden und Heldinnen hervorbringt, die bereit sind, für die Freiheit ihrer Heimat in den Tod zu gehen.
Darin besteht die Stärke der Roten Armee.
Darin besteht aber auch die Schwäche der faschistischen deutschen Armee.
In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich ein dummes Gefasel und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen.
Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.
Die Stärke der Roten Armee besteht endlich darin, daß sie keinen Rassenhaß gegen andere Völker, auch nicht gegen das deutsche Volk, hegt und hegen kann, daß sie im Geiste der Gleichberechtigung aller Völker und Rassen, im Geiste der Achtung der Rechte anderer Völker erzogen ist. Die Rassentheorie der Deutschen und die Praxis des Rassenhasses haben dazu geführt, daß alle freiheitliebenden Völker zu Feinden des faschistischen Deutschlands geworden sind. Die Theorie der Gleichberechtigung der Rassen in der UdSSR und die Praxis der Achtung der Rechte anderer Völker haben dazu geführt, daß alle freiheitliebenden Völker zu Freunden der Sowjetunion geworden sind...

[95] *Der ABC-1-Plan vom 29. März 1942*

1. Der Europäische Kriegsschauplatz ist der wichtigere Schauplatz, auf dem zuerst eine Entscheidung angestrebt werden muß.
2. Die allgemeine Politik sollte deshalb darauf gerichtet sein, Deutschland und Italien zuerst niederzuwerfen, und sich dann Japan zuzuwenden.

3. Die Sicherheit im Fernen Osten einschließlich Australien und Neuseeland ist wichtig für den Zusammenhalt des Britischen Commonwealth und für die Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit in bezug auf den Krieg. Singapore ist der Schlüssel zur Verteidigung dieser Interessen und muß daher unter allen Umständen gehalten werden. In Übereinstimmung mit dieser strategischen Linie sollten die Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten nach entsprechenden Maßnahmen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre nach englischer Ansicht hauptsächlich im Atlantik und im Mittelmeer eingesetzt werden. Sie erklärten aber gleichzeitig, daß die Vereinigten Staaten im Pazifik eine Flotte belassen sollten, die stark genug ist, um die Japaner daran zu hindern, den Hauptanstrengungen im Atlantik zu schaden.

[96] *Bündnisvertrag UdSSR – Großbritannien vom 26. Mai 1942*

Bündnisvertrag in dem Kriege gegen Hitler-Deutschland und seine Verbündeten in Europa und Vertrag zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfeleistung nach dem Kriege zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominien in Übersee, Kaiser von Indien, und das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben, in dem Wunsche, die Bestimmungen des Abkommens zwischen der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über das gemeinsame Vorgehen in dem Kriege gegen Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. Juli 1941, zu bekräftigen und durch einen förmlichen Vertrag zu ersetzen,

in dem Wunsche, nach dem Kriege an der Aufrechterhaltung des Friedens und an der Verhinderung weiterer Angriffe durch Deutschland oder die mit ihm in Angriffsakten in Europa verbündeten Staaten mitzuwirken,

in dem Wunsche ferner, ihrer Absicht einer engen gegenseitigen Zusammenarbeit sowie der Zusammenarbeit mit den anderen Vereinten Nationen beim Friedensschluß und in der darauffolgenden Zeit des Wiederaufbaus Ausdruck zu verleihen, die sich auf die Prinzipien gründen wird, die in der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Premierminister von Großbritannien am 14. August 1941 abgegebenen Erklärung proklamiert worden sind, der sich die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angeschlossen hat,

in dem Wunsche schließlich, im Falle eines Angriffes auf eine der Hohen-Vertragschließenden Parteien durch Deutschland oder irgendeinen der mit ihm in Angriffsakten in Europa verbündeten Staaten für gegenseitigen Beistand Vorsorge zu treffen,

beschlossen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den britischen Dominien in Übersee, Kaiser von Indien,

für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland: den sehr ehrenwerten Anthony Eden, M. P., Seiner Majestät Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

Herrn Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten;

die nach Überreichung ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten in folgendem übereingekommen sind:

Teil I

Artikel 1

Im Sinne des zwischen dem Vereinigten Königreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden Bündnisses verpflichten sich die Hohen Vertragschließenden Parteien, gegenseitig einander jede militärische und sonstige Hilfe im Kriege gegen Deutschland und alle mit ihm in Angriffsakten in Eurpa verbündeten Staaten zu gewähren.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Parteien übernehmen es, weder mit der Hitler-Regierung noch mit irgendeiner anderen deutschen Regierung, die nicht klar auf alle Angriffsabsichten verzichtet, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, und nicht über einen Waffenstillstand oder einen Friedensvertrag – es sei denn mit beiderseitigem Einverständnis – zu verhandeln oder einen solchen mit Deutschland oder irgendeinem der mit ihm in Angriffsakten in Europa verbündeten Staaten abzuschließen.

Teil II

Artikel 3

1. Die Hohen Vertragschließenden Parteien betonen ihren Wunsch, gemeinsam mit anderen

gleichgesinnten Staaten Vorschläge auszuarbeiten, die in der Nachkriegszeit ein gemeinsames Vorgehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und zum Widerstand gegen Angriffe vorsehen.
2. Bis zur Annahme solcher Vorschläge werden sie nach Beendigung der Feindseligkeiten alle in ihren Kräften stehenden Maßnahmen treffen, um eine Wiederholung der Angriffe und Friedensverletzungen durch Deutschland oder irgendwelche der mit ihm durch Angriffsakte in Europa verbündeten Staaten unmöglich zu machen.
Artikel 4
Sollte in der Nachkriegszeit eine der Hohen Vertragschließenden Parteien mit Deutschland oder mit einem in Abschnitt 2 des Artikels 3 erwähnten Staat infolge eines Angriffs von seiten dieses Staates auf diese Partei in Feindseligkeiten geraten, so wird die andere Hohe Vertragspartei der so in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede in ihrer Macht stehende militärische Unterstützung gewähren.
Dieser Artikel soll so lange in Kraft bleiben, bis die Hohen Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen anerkennen werden, daß dieser Artikel durch die in Abschnitt 1 des Artikels 3 angeführten Vorschläge ersetzt wird. In Ermangelung der Annahme derartiger Vorschläge bleibt der Artikel zwanzig Jahre und nach dieser Zeit bis zur Kündigung durch eine der Hohen Vertragschließenden Parteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 8 in Kraft.
Artikel 5
Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen im Interesse der beiderseitigen Sicherheit darin überein, nach der Wiederherstellung des Friedens an der Sicherheit und dem wirtschaftlichen Wohlergehen Europas in enger und freundschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten. Sie werden hierbei die Interessen der Vereinigten Nationen berücksichtigen und in Übereinstimmung mit den beiden Grundsätzen handeln, weder nach territorialen Erweiterungen für sich selbst zu streben, noch sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.
Artikel 6
Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen überein, sich nach dem Kriege gegenseitige jede nur mögliche wirtschaftliche Hilfe zu leisten.
Artikel 7
Die Hohen Vertragschließenden Parteien übernehmen es, keinerlei vertragliche Bindungen einzugehen und an keiner Koalition teilzunehmen, die sich gegen die andere Hohe Vertragspartei richtet.
Artikel 8
Der vorliegende Vertrag soll in kürzester Zeit ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Moskau ausgetauscht werden.
Er tritt unmittelbar nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und tritt danach an die Stelle des von der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung Seiner Majestät in dem Vereinigten Königreich in Moskau am 12. Juli 1941 unterzeichneten Abkommen.
Teil I des vorliegenden Vertrages bleibt in Kraft bis zur Wiederherstellung des Friedens zwischen den Hohen Vertragschließenden Parteien und Deutschland und den mit ihm in Angriffsakten in Europa verbündeten Staaten.
Teil II des vorliegenden Vertrages soll für die Dauer von zwanzig Jahren in Kraft bleiben. Hat danach die eine oder die andere Partei mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist den Vertrag nach Ablauf der genannten Periode von zwanzig Jahren nicht gekündigt, so wird er bis zu zwölf Monaten nach dem Tage, an dem eine der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien der anderen schriftlich ihre Absicht mitgeteilt hat, den Vertrag zu kündigen, weiter in Kraft bleiben.
Zur Beurkundung dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.
Ausgefertigt in London in doppelter Ausfertigung am 26. Mai 1942 in russischer und englischer Sprache, wobei beide Texte als authentisch anzusehen sind.

[97] *Abkommen der UdSSR mit den Vereinigten Staaten vom 11. Juni 1942*

Abkommen zwischen den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika über die Prinzipien der gegenseitigen Hilfeleistung in der Kriegführung.

Mit Rücksicht darauf, daß die Regierungen der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß sie im Einvernehmen mit allen Staaten und Völkern handeln, die ihre Ansichten in Bezug auf das gemeinsame Werk mit ihnen teilen, das zum Ziele hat, die Grundlagen für einen allgemeinen, gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, der die Gewähr für eine gesetzliche Ordnung für sie selbst und für alle übrigen Völker bieten wird,

mit Rücksicht darauf, daß die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika als Signatarstaaten der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 ein allgemeines Programm über die Ziele und Richtlinien unterzeichnet haben, die in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Premierministers des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland vom 14. August 1941 dargelegt wurden und unter der Bezeichnung Atlantik-Charta bekannt sind, der sich auch die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angeschlossen hat,
mit Rücksicht darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in Durchführung der Kongreßakte vom 11. März 1941 beschloß, daß die Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegen den Angriff von vitalem Interesse auch für die eigene Verteidigung der Vereinigten Staaten sei,
mit Rücksicht darauf, daß die Vereinigten Staaten von Amerika der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei ihrem Widerstand gegen den Angriff Hilfe gewährt haben und weiterhin leisten,
mit Rücksicht darauf, daß es ratsam ist, die endgültige Präzisierung der Bedingungen, unter denen die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die erwähnte Hilfe erhält, und die Festsetzung der Vergünstigungen, die als Gegenleistung der Vereinigten Staaten gewährt werden sollen, so lange zu verschieben, bis der Umfang der Waffenhilfe bekannt ist und bis der Gang der Ereignisse die Bedingungen und endgültigen Vergünstigungen, die den gemeinsamen Interessen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechen und die zudem zur Schaffung und Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt beitragen, besser erkennen läßt,
mit Rücksicht darauf, daß die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam den Wunsch hegen, gegenwärtig ein Vorabkommen über die Hilfeleistung bei der Abwehr und über gewisse Erwägungen abzuschließen, denen bei der Festlegung der erwähnten Bedingungen Rechnung getragen werden wird, und damit der Abschluß dieses Abkommens in jeder Hinsicht rechtmäßig erfolge und daß alle Handlungen, Umstände und Formalitäten gemäß den sowjetrussischen wie den amerikanischen Gesetzen vor sich gehen,
haben die von ihren Regierungen mit den nötigen Vollmachten gebührend ausgestatteten Unterzeichneten folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird der Regierung der UdSSR weiterhin das Verteidigungsmaterial liefern und die Verteidigungsdienste und Verteidigungsinformationen zur Verfügung stellen, die zu liefern oder zu gewähren der Präsident der Vereinigten Staaten bevollmächtigt ist.

Artikel 2

Die Regierung der UdSSR wird weiterhin zur Verteidigung der Vereinigten Staaten und zu deren Stärkung beitragen und den Vereinigten Staaten nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten Material, Dienstleistungen, Vorteile und Informationen gewähren.

Artikel 3

Die Regierung der UdSSR wird ohne Zustimmung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika weder der Form nach noch tatsächlich irgendwelches Verteidigungsmaterial oder Informationen, die die Verteidigung betreffen, die sie gemäß der Kongreßakte vom 11. März 1941 erhalten wird, weitergeben, was es auch sei, noch wird sie irgend jemandem, wer es auch sei, gestatten, sich dessen zu bedienen mit Ausnahme der Funktionäre, Angestellten oder Agenten der Regierung der UdSSR.

Artikel 4

Wenn nach Übergabe von Verteidigungsmaterial oder von irgendwelchen Informationen zur Verteidigung an die Regierung der UdSSR sich diese genötigt sehen würde, Maßnahmen zu treffen oder eine Zahlung zu leisten, um alle Rechte irgendeines Bürgers der Vereinigten Staaten von Amerika, der Patentrechte an dem erwähnten Material oder an den Informationen für die Verteidigung besitzt, sicherzustellen, wird die Regierung der UdSSR diese Maßnahmen oder Zahlungen auf Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika treffen bzw. leisten.

Artikel 5

Sobald der gegenwärtige Ausnahmezustand aufgehört hat, wird die Regierung der UdSSR auf Weisung des Präsidenten der Vereinigten Staaten das gemäß dem vorliegenden Abkommen erhaltene Verteidigungsmaterial zurückerstatten, das nicht vernichtet, verschwunden oder verbraucht ist und das laut Angaben des Präsidenten zur Verteidigung der Vereinigten Staaten oder der westlichen Hemisphäre dienen oder sonstwie von den Vereinigten Staaten von Amerika benutzt werden könnte.

Artikel 6

Bei der endgültigen Festlegung der Vergünstigungen, die den Vereinigten Staaten von der Regie-

rung der UdSSR gewährt werden sollen, wird über alle Dienstleistungen, Informationen, Vergünstigungen und anderen Vorteile abgerechnet werden, die von der Regierung der UdSSR nach dem 11. März 1941 gewährt und vom Präsidenten im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika erhalten und angenommen worden sind.
Artikel 7
Bei der endgültigen Festlegung der Vergünstigungen, die den Vereinigten Staaten von der Regierung der UdSSR als Gegenleistung für die gemäß der Kongreßakte vom 11. März 1941 geleistete Unterstützung gewährt werden, müssen die Bedingungen dieser Vergünstigungen so sein, daß sie nicht nur keine Hindernisse für den Handel zwischen diesen beiden Ländern schaffen, sondern im Gegenteil zur Herstellung vorteilhafter gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und zur Verbesserung der Weltwirtschaftsbeziehungen beitragen. Zu diesem Zwecke müssen sie die Möglichkeit eines übereinstimmenden Vorgehens der Vereinigten Staaten und der UdSSR vorsehen, dem alle anderen Staaten mit gleicher Auffassung sich anschließen können. Dieses Vorgehen würde mit geeigneten Maßnahmen sowohl internationaler Natur als auch solcher im Innern der Staaten das Ziel verfolgen, die Produktion und den Arbeitseinsatz zu erweitern, wie auch den Warenaustausch und -verbrauch zu fördern, was die materielle Grundlage der Freiheit und des Wohlergehens aller Völker darstellt, ferner alle Formen der Diskriminierung im internationalen Handel zu beseitigen, die Zölle und anderen Hemmnisse des Handels abzubauen und im allgemeinen alle wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, wie sie in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Premierministers des Vereinigten Königreichs vom 14. August 1941 dargelegt sind, welcher Erklärung sich auch die Regierung der UdSSR angeschlossen hat.
So bald wie möglich sollen zwischen den beiden Regierungen Verhandlungen eingeleitet werden, um auf Grund der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse den besten Weg festzustellen, wie die bezeichneten Ziele durch ihr übereinstimmendes Vorgehen sowie durch Sicherstellung entsprechenden Vorgehens gleichgesinnter Regierungen erreicht werden können.
Artikel 8
Das vorliegende Abkommen tritt mit dem heutigen Tage der Veröffentlichung in Kraft. Es gilt für eine zwischen den beiden Regierungen noch zu vereinbarende Zeitdauer.
Gegeben und gefertigt in Washington in zwei Ausfertigungen und mit Siegeln versehen.

Maxim Litwinow, Cordell Hull

[98] *Mitteilung des Präsidenten Roosevelts und des Premierministers Churchill an Stalin (eingegangen am 27. 1. 1943)*

1. Wir haben mit unseren militärischen Beratern eine Konferenz abgehalten und die Operationen beschlossen, die von den amerikanischen und britischen Streitkräften in den ersten neun Monaten des Jahres 1943 durchgeführt werden sollen. Wir möchten Sie sofort über unsere Absichten informieren. Wir glauben, daß diese Operationen, zusammen mit Ihrer machtvollen Offensive, Deutschland im Jahre 1943 sicher in die Knie zwingen können. Jede Anstrengung muß unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen.
2. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Strategie richtig ist, wenn wir uns auf die Niederlage Deutschlands konzentrieren mit der Absicht, auf dem europäischen Kriegsschauplatz einen raschen und entscheidenden Sieg zu erringen. Gleichzeitig müssen wir auf Japan einen genügend starken Druck ausüben, um im Pazifik und im Fernen Osten die Initiative in der Hand zu behalten, China zu unterstützen und die Japaner daran zu hindern, ihre Aggression auf andere Kriegsschauplätze, wie zum Beispiel ihre Küstenprovinzen, auszudehnen.
3. Unser Hauptanliegen ist es gewesen, starke deutsche Land- und Luftstreitkräfte von der russischen Front abzulenken und Rußland die größstmögliche Menge an Nachschub zu schicken. Wir werden keine Anstrengung scheuen, um Ihnen auf jeden Fall über jede verfügbare Route materielle Unterstützung zu gewähren.
4. Unser nächstes Ziel ist es, die Achsenmächte aus Nordafrika zu vertreiben und dort Flotten- und Luftstützpunkte zu errichten, um
a) einen brauchbaren Durchgangsweg durch das Mittelmeer für militärische Transporte zu erschließen und
b) eine intensive Bombardierung wichtiger Objekte der Achsenmächte in Südeuropa einzuleiten.
5. Wir haben den Entschluß gefaßt, im Mittelmeer zum frühest möglichen Zeitpunkt umfangreiche amphibische Operationen durchzuführen. Die Vorbereitungen für diese Operationen sind jetzt im Gange, und sie werden mit einer bedeutenden Konzentration von Streitkräften, einschließlich Landungsfahrzeuge und Schiffe, in Ägypten und den nordafrikanischen Häfen verbunden sein. Außerdem werden wir im Vereinigten Königreich starke amerikanische Land- und Luftstreitkräfte konzentrieren. Diese werden sich, zusammen mit den im Vereinigten König-

reich befindlichen britischen Truppen, darauf vorbereiten, wieder auf dem europäischen Kontinent Fuß zu fassen, sobald das durchführbar ist. Diese Konzentrationen werden unseren Feinden sicherlich bekannt werden, aber sie werden nicht wissen, wo, wann und in welchem Umfang wir losschlagen werden. Sie werden deshalb genötigt sein, Land- und Luftstreitkräfte an alle Küstengebiete Frankreichs, der Niederlage, Korsikas, Sardiniens, Siziliens, der Levante, Italiens, Jugoslawiens, Griechenlands, Kretas und des Dodekanes zu verlegen.

6. In Europa werden wir in kürzester Zeit die alliierten Bombenangriffe auf Deutschland vom Vereinigten Königreich aus verstärken, so daß sie bis zum Hochsommer das Doppelte ihrer jetzigen Stärke erreichen dürften. Unsere bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß bei Bombenangriffen am Tage sehr viele deutsche Jagdflugzeuge vernichtet oder beschädigt wurden. Wir glauben, daß die zunehmende Zahl der Tages- und Nachtangriffe sowie die Erhöhung der abgeworfenen Bombenlast in Deutschland zu beträchtlich anwachsenden materiellen und moralischen Schäden und zu einer raschen Dezimierung der deutschen Jagdfliegerwaffe führen werden. Wie Sie wissen, binden wir bereits mehr als die Hälfte der deutschen Luftwaffe in Westeuropa und im Mittelmeerraum. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere verstärkten und mannigfaltigen Bombenangriffe zusammen mit den anderen Operationen, die wir durchführen, die Deutschen zwingen werden, noch weitere Luft- und andere Streitkräfte von der russischen Front abzuziehen.

7. Im pazifischen Raum ist es unser Ziel, die Japaner in den nächsten Monaten aus Rabaul zu vertreiben und danach den Erfolg allgemein gegen Japan auszunutzen. Wir beabsichtigen auch, den Umfang unserer Operationen in Burma zu verstärken, um diesen Nachschubweg nach China wieder zu erschließen. Ferner wollen wir sofort unsere Luftstreitkräfte in China verstärken. Wir werden allerdings nicht zulassen, daß unsere Offensive gegen Japan unsere Fähigkeit in Frage stellt, jede sich bietende Gelegenheit für die entscheidende Niederlage Deutschlands im Jahre 1943 auszunutzen.

8. Unser oberstes Ziel ist es, gegen Deutschland und Italien ein Maximum an physisch verwendbaren Land-, See- und Luftstreitkräften zum Einsatz zu bringen.

B. Die Ausweitung des Krieges zum Weltkrieg 1941

8. KAPITEL

JAPANS KAMPF UM DIE ERRICHTUNG EINER „GROSSOSTASIATISCHEN WOHLSTANDSSPHÄRE" (1941/1942)

Zur gleichen Zeit, in der Deutschland vor Moskau seine erste große militärische Krise durchzustehen hatte, überschwemmten im Fernen Osten Japans Truppen weite Gebiete Ostasiens [100;101] [108]. Am 7. 12. 1941 hatten die Japaner überraschend die amerikanische Flotte in Pearl Harbor überfallen. Damit weitete sich der europäische Krieg zum globalen Weltkrieg mit dem neuen Schauplatz im Pazifik aus.

Seit den dreißiger Jahren glaubten die Extremisten in Tokio an eine Neuordnung ganzer Erdteile durch das Schwert. Sie wollten das Sonnenbanner bis tief in das „Reich der Mitte" (China) hineintragen, um die notwendige Scholle für das zu eng gewordene Imperium zu erobern. Bei den Dreimächteverhandlungen zwischen Japan, Deutschland und Italien im Sommer 1940 [34] ging es ihnen vor allem darum, die "Anerkennung der japanischen Vorherrschaft in ganz Ostasien einschließlich der Südsee" zu erreichen, während sie gleichzeitig gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Neutralität verfolgten [99;107]. Japans "Lebensraum zur Errichtung einer großostasiatischen Neuen Ordnung" [101] – in Form eines autarken Wirtschaftsblocks mit entsprechendem Währungs- und Finanzsystem [109] – sollte die verschiedensten Gebiete umfassen: die früheren deutschen Inseln unter Mandatsverwaltung, Französisch-Indochina und die pazifischen Inseln, Thailand [105], Britisch-Malaya, Britisch-Borneo, Niederländisch-Ostindien, Burma, Australien, Neuseeland, Indien usw. mit Japan, der Mandschurei und China als "Rückgrat". Gewiß haben bei dieser maßlosen politischen Zielsetzung wirtschaftliche Erwägungen eine wichtige Rolle mitgespielt, sich angesichts der britisch-amerikanischen Boykottmaßnahmen [102] (als Reaktion auf die fortschreitende Expansion Japans in Asien) die notwendigen Rohstoffvorkommen (z. B. Öl, Kautschuk, Zinn und Bauxit) gewaltsam zu sichern [101]. Aber ausschlaggebend war doch die Überzeugung, Japan müsse die geistige und kulturelle Führungsrolle in Asien übernehmen und dadurch die Bevormundung durch die alten Kolonialmächte beseitigen. Hinzu kam der Glaube an die moralische Überlegenheit des Yamato-Geistes der kaiserlichen Streitkräfte, mit dem sich die Hoffnung auf einen raschen militärischen Sieg über den "entarteten Materialismus" der Anglo-Amerikaner verband.

Mochten Minister Aoki (Ministerium für Großostasien) und Ministerpräsident Tojo 1942 immer wieder die Würde der asiatischen Völker und die moralischen Prinzipien des Pan-Asiatentums hervorheben, gemäß denen das neue Asien nach Beendigung des "heiligen Krieges" unter Führung Japans aufgebaut werden sollte – die Praxis der japanischen Besatzungspolitik, eine Mischung von Arroganz und Brutalität, ließ bald offenbar werden, daß die Japaner die anderen Völker keineswegs als ihresgleichen betrachteten.

Im großen wollte Japan den neuen großostasiatischen Raum folgendermaßen aufteilen:

1. In völlig annektierte Gebiete: das wären in erster Linie strategische Schlüsselpositionen gewesen, um die japanische Vorherrschaft zu Wasser und zu Lande aufrechtzuerhalten: Hongkong, Singapur, Britisch-Nordborneo, Neu-Guinea, Niederländisch-Timor. Diese sollte ein japanischer Generalgouverneur, mit Sitz in Singapur, regieren.

2. In Gebiete mit beschränkter Autonomie, aber von Japan beherrscht: wie die Malayischen Staaten (lediglich die nördlichen Reg.-Bezirke sollten an Thailand abgegeben werden), Sumatra, Java und Madura, vielleicht auch Celebes. Und schließlich

3. in die vertraglich an Japan gebundenen "verbündeten Nationen: zu diesen

zählten Mandschukuo, China, die Philippinen, Indochina, Siam (Thailand) und Burma. Zweifellos hätte sich Japan in einigen dieser Länder das Recht vorbehalten, an wichtigen strategischen Punkten Garnisonen zu unterhalten.

Wohl hatten die Japaner mit Italien und Deutschland einzelne ihrer zunächst völlig unabhängig voneinander geführten Operationen zur See zu koordinieren versucht [106] – soweit dies bei der Entfernung der großen Kriegsschauplätze und ihrer Verbindungswege überhaupt möglich war – und eine technisch-militärische Zusammenarbeit vereinbart, doch blieben derartige Übereinkommen mehr oder weniger auf dem Papier. Zu sehr gingen die Interessen und Ziele der drei Partner auseinander. Während die Stärke der anglo-amerikanischen Koalition u. a. in der Abstimmung der gemeinsamen Ziele und der Konzentration aller Kräfte bestand, lag die besondere Schwäche Deutschlands, Italiens und Japans in dem gegenseitigen Mißtrauen. Jeder von ihnen führte mehr oder weniger seinen eigenen Krieg, ganz zu schweigen von der uneinheitlichen Politik gegenüber der Sowjetunion.

Deutschland versuchte vergeblich, Japan zum Kriegseintritt gegen die UdSSR zu bewegen, und das japanische Oberkommando bemühte sich um einen deutsch-sowjetischen Waffenstillstand in der Hoffnung, daß die deutsche Wehrmacht dann in weit stärkerem Maße ihre Kräfte gegen Großbritannien und Amerika einsetzen würde, das mußte die Japaner im Pazifik fühlbar entlasten. Vielleicht konnte außerdem die Verbindung über Rußland zu einer intensiven gegenseitigen technisch-militärischen Hilfe führen. Aber solche weitgesteckten Ziele waren nicht mit denjenigen Hitlers vereinbar

DOKUMENTE

[99] *Sowjetunion – Japan:*
Neutralitätspakt vom 13. April 1941

Das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Seine Majestät der Kaiser von Japan haben, geleitet von dem Wunsch, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu befestigen, beschlossen, einen Neutralitätspakt abzuschließen, und zu diesem Zweck als ihre Bevollmächtigten ernannt:
Das Präsidium des Obersten Rates der UdSSR: Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und Volkskommissar für Auswärtiges der UdSSR:
Seine Majestät der Kaiser von Japan:
Yosuke Matsuoka, Minister des Auswärtigen, Zjusanmi, Ritter des Ordens des Heiligen Schatzes Erster Klasse, und Yosizugo Tatekawa, Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der UdSSR, Generalleutnant, Zjusanmi, Ritter des Ordens der Aufsteigenden Sonne Erster Klasse und des Ordens des Goldenen Geiers Vierter Klasse.
welche nach der gegenseitigen Vorlegung ihrer entsprechenden Vollmachten, die als in gehöriger und gesetzlicher Form ausgestellt befunden wurden, Nachstehendes vereinbart haben:

Artikel 1
Die beiden Vertragschließenden Teile verpflichten sich, friedliche und freundschaftliche Beziehungen untereinander zu unterhalten und gegenseitig die territoriale Integrität und Unantastbarkeit des anderen Vertragschließenden Teiles zu achten.

Artikel 2
Im Falle, daß einer der Vertragschließenden Teile zum Objekt kriegerischer Handlungen seitens einer oder mehrerer dritter Mächte wird, wird der andere Vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten.

Artikel 3
Der gegenwärtige Pakt tritt in Kraft am Tage seiner Ratifizierung durch beide Vertragschließenden Teile und bleibt fünf Jahre in Kraft. Wenn keiner der Vertragschließenden Teile den Pakt bis zum Ablauf der Frist kündigt, wird er automatisch als auf weitere fünf Jahre verlängert betrachtet.

Artikel 4
Der gegenwärtige Pakt unterliegt einer Ratifizierung in möglichst kurzer Frist. Der Austausch der Ratifikationsurkunden soll auch in möglichst kurzer Frist in Tokio stattfinden.

Zur Bestätigung dessen haben die oben genannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Pakt unterzeichnet in zwei Exemplaren, die in russischer und japanischer Sprache abgefaßt sind und mit ihren Siegeln versehen.
Ausgefertigt in Moskau am 13. April 1941, was dem 13. Tag des vierten Monats des 16. Jahres Siowa entspricht.

W. Molotow, Yosuke Matsuoka, Yosizugo Tatekawa

Deklaration vom 13. April 1941
Entsprechend dem Geiste des Neutralitätspaktes, der am 13. April 1941 zwischen der UdSSR und Japan geschlossen worden ist, erklären die Regierung der UdSSR und die Regierung Japans feierlich im Interesse der Sicherung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, daß die UdSSR sich verpflichtet, die territoriale Integrität und Unantastbarkeit von Mandschukuo zu achten, und daß Japan sich verpflichtet, die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der Mongolischen Republik zu achten.

Moskau, den 13. April 1941

W. Molotow, Yosuke Matsuoka, Yosizugo Tatekawa

[100] *Aus dem japanischen Operationsplan (Herbst 1941) (Grundkriegsplan)*

1. Ziel der Operationen.
Das Ziel der Südoperation liegt darin, die wichtigen Basen Amerikas, Englands und Hollands in Ostasien auszuschalten, die wichtigen Gebiete zu erobern und zu sichern. Die Gebiete, die bei der Hauptoperation zu besetzen sind, sind die Philippinen, Guam, Hongkong, Britisch-Malaya, Burma, Java, Sumatra, Borneo, Celebes, die Bismarck-Gruppe und Niederländisch-Timor.
2. Richtung der Operationen.
Unter engem Zusammenwirken des Heeres und der Marine werden die Operationen gegen die Philippinen und gegen Malaya gleichzeitig begonnen, um möglichst kurzfristig das Ziel der Operationen zu erreichen.
3. Abriß der Operationsführung.
a) Die Operationen werden mit der Landung vorgeschobener Truppenteile in Malaya und mit Luftangriffen gegen die Philippinen begonnen. Danach, den Erfolg der Luftoperationen ausnutzend, erfolgt zunächst die Landung der Hauptkräfte auf den Philippinen, dann in Malaya, um rasch beide in die Hand zu bekommen.

Außerdem müssen zu Beginn des Krieges wichtige Punkte wie Suam, Hongkong und Britisch-Borneo in Besitz genommen und dazu Thailand und Indochina gesichert werden.
Im gleichen Zeitraum müssen möglichst rasch wichtige Punkte der Bismarck-Gruppe, von Niederländisch-Borneo, Celebes usw. und dann, der Entwicklung der Operation auf Malaya entsprechend, solche von Südsumatra in Besitz genommen werden. Zugleich mit der Vorbereitung der Operation gegen Java müssen zur Sicherung der Hilfsquellen wichtige Punkte auf der Molukken-Gruppe und von Timor besetzt werden.
b) Mit der Einrichtung von Flugbasen gegen Java muß gleichzeitig die feindliche Luftwaffe niedergeschlagen und Java erobert werden. Und nach der Eroberung von Singapore müssen rechtzeitig die wichtigen Gebiete von Nord-Sumatra besetzt werden.
c) Wenn während dieser Operationen, der Bewegung der amerikanischen Hauptflotte entsprechend, die japanische Flotte zu einem Gegenangriff übergehen muß und wenn auch die Sowjetunion am Kriege teilnimmt, müssen die Operationen in Malaya und auf den Philippinen doch fortgesetzt und möglichst rasch das gestellte Ziel der Operationen erreicht werden.
d) In diesem Zeitraum müssen die Luftbasen usw. in Süd-Burma in Besitz genommen werden. Noch bevor die Operation zu einem Abschluß gekommen ist, muß, soweit es die Lage erlaubt, die Operation zur Besetzung Burmas verwirklicht werden.
e) Die Landungsoperationen gehen von dem Grundsatz aus, daß es eine Landung vor dem Feinde ist und der Angriff der feindlichen Luftwaffe und Marine ausgeschaltet ist.
f) Wenn während unserer Operationsvorbereitung der Engländer vor uns in Thailand eindringen sollte, so dürfen wir uns die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, mit einem Teil unserer Truppen zu Wasser und zu Lande in Thailand einzurücken, Bangkok zu sichern und zugleich im Süden Luftbasen zu erobern. Wenn in einem solchen Falle vorgeschobene Truppenabteilungen von ihren Aufmarschplätzen aus aufbrechen, wird nach einem bereits festgelegten Operations-

plan verfahren. Müssen demgemäß die Operationen vorzeitig beginnen, so erfolgt die Landung der Hauptkräfte später, und zwar gewaltsam im Anschluß an die Luftoperation.
g) Sollte während der Vorbereitung der Operation von der Seite des Feindes im voraus ein Angriff erfolgen, so haben die Truppen, je nach Gelegenheit, diesem an Ort und Stelle zu begegnen. Nach der Erteilung des Befehls zum Kriegsbeginn ist sofort mit der Kampfhandlung zu beginnen...
5. Beginn der Operationen.
a) Der Tag des Kriegsbeginns (1. Operationstag) wird besonders festgesetzt.
b) Die Operationen werden am 1. Kriegstag mit überraschenden Landungen auf Malaya (je nach Lage mit vorhergehendem Luftangriff) und auf die Philippinen begonnen.
c) Wenn wegen der Wetterlage usw. am ersten Tag des Krieges keine Luftangriffe gegen die Philippinen und Malaya geflogen werden können, so ist doch die Überraschungslandung auf Malaya zu wagen. Auf den Philippinen ist die Landung der Vorausabteilungen entsprechend der Luftoperation zu verschieben.
d) Der Angriff gegen Hongkong ist nach Bestätigung der Landung auf Malaya, der Angriff gegen Guam nach Bestätigung des Luftangriffs gegen Hawaii und gegen die Philippinen zu beginnen.
e) Wenn dem Beginn unserer Operationen ein ernster feindlicher Angriff zuvorkommt, wird die Angriffsoperation nach Ausgabe des Kaiserlichen Befehls rechtzeitig angesetzt, aber vor dessen Ausgabe nach besonderen Befehlen gehandelt.
6. Die Hauptziele der Operationen.
a) Die Operationen gegen die Philippinen:
Das Ziel der Operation gegen Hongkong ist, den Feind dort zu schlagen und ihm seine wichtigen Stützpunkte zu entreißen. Zu Beginn des Krieges greift die Luftwaffe des Heeres und der Marine gemeinsam von Formosa und Palau oder den Trägern die feindliche Luftwaffe, die Kriegsschiffe und Fahrzeuge an. Die Marinetruppen überraschen die Insel Batan und bringen dort rasch die Flugplätze in Einsatzbereitschaft...

b) Die Operation gegen Britisch-Malaya:
Das Ziel der Operation gegen Britisch-Malaya liegt darin, den Feind in dessen Gebiet zu schlagen und die wichtigen Punkte, vor allem Singapore, zu erobern sowie die Stützpunkte der Engländer in Ostasien in die Hand zu nehmen...
c) Die Operation gegen Britisch-Borneo:
Das Ziel der Operation gegen Britisch-Borneo ist, die wichtigsten Orte mit Rohstoffquellen und Flugplätzen zu erobern und zu sichern...
d) Die Operation gegen Hongkong:
Das Ziel der Operation gegen Hongkong ist, den Feind dort zu schlagen und Hongkong einzunehmen...
e) Die Operationen gegen die Insel Guam und die Bismarck-Gruppe: Das Ziel der Operationen gegen die Insel Guam und die Bismarck-Gruppe ist zunächst, die Insel Guam zu erobern und danach die Luftbasen der Bismarck-Gruppe zu nehmen, um eine feindliche Bedrohnung der Südseeinseln auszuschließen...
f) Die Operationen gegen Niederländisch-Indien:
Das Ziel der Operationen gegen Niederländisch-Indien ist, den Feind dort niederzuschlagen und dessen Stützpunkte zu erobern, zugleich die wichtigsten Rohstoffquellen einzunehmen und zu sichern...
g) Die Operationen gegen Thailand und Burma:
Das Ziel der anfänglichen Operationen gegen Thailand und Burma ist, die Sicherheit von Thailand zu bewahren und zugleich die Operation gegen Malaya zu erleichtern und dazu Vorbereitungen für weitere Operationen gegen Burma zu treffen...
8. Allgemeines über die Etappe.
a) Das südliche Französisch-Indochina ist das Hauptetappengebiet, Formosa ist der Hauptumschlagplatz, der Raum von Kanton Hilfsumschlagplatz für die Versorgung.
b) Die im Südraum erforderlichen Etappentruppen werden in der Hauptsache den aus der Mandschurei verlegten Truppen entnommen. Die in China befindlichen Truppen bilden die allgemeine Reserve und sollen nicht verlegt werden.
c) Im Zusammenhang mit dem Einsatz des größten Teiles der Reichsstreitkräfte bei den Südoperationen werden die in Japan und der Mandschurei befindlichen Rüstungshilfsmittel für den Bedarf der Südoperation zur Verfügung gestellt. Der Bedarf der Heeresgruppe im Süden für eine Schlacht wird für den ersten Abschnitt zugleich mit dem Transport der Landungsoperation oder unmittelbar anschließend abgefertigt.
d) Der Schwerpunkt der Heeresversorgung wendet sich nach dem Süden, die Mandschurei und China bilden versorgungsmäßig nur Hilfsquellen; besonders in China fordert und verstärkt man die Selbstunterhaltung aus dem Lande.

[101] *Aus dem Protokoll über die Sitzung des japanischen Kronrats am 5. November 1941*

Tagesordnung:
"Wesentliches zur Durchführung der Reichspolitik."
I. Unser Reich sichert, um die gegenwärtige kritische Lage zu beseitigen, seine Selbsterhaltung und Selbstverteidigung und errichtet eine Neuordnung in Groß-Ostasien. Bei dieser Gelegenheit entscheidet es sich, gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien in den Krieg zu ziehen und ergreift folgende Maßnahmen:
1. Die Zeit zur Gewaltanwendung wird auf Anfang Dezember festgesetzt; Heer und Marine werden ihre Operationsvorbereitungen vervollständigen.
2. Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten werden in Übereinstimmung mit den beigefügten Unterlagen durchgeführt werden.
3. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien wird gefestigt.
4. Enge militärische Beziehungen mit Thailand werden unmittelbar vor der Gewaltanwendung festgesetzt.
II. Wenn die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bis zur Mitternacht des 1. Dezember erfolgreich sind, wird die Anwendung von Gewalt aufgeschoben.

...
Yoshimichi Hara, Präsident des Staatsrats:
Das Thema der heutigen kaiserlichen Konferenz ist die Erweiterung und Durchführung des Beschlusses des Kronrats vom 6. September. Der Beschluß vom 6. September befaßte sich in erster Linie mit der Entwicklung der japanisch-amerikanischen Verhandlungen. Zu meinem Bedauern haben die Verhandlungen jedoch nicht zu einem Übereinkommen geführt. Ich weiß nichts von ihrem Inhalt. Ich kann keine Schlußfolgerungen aus den Unterlagen, die heute vorgelegt wurden, ziehen. Zunächst möchte ich den Außenminister fragen, was erreicht wurde, ehe die derzeitigen Vorschläge abgefaßt wurden.
Außenminister Shigenori Togo:
Die japanisch-amerikanischen Verhandlungen wurden im April eingeleitet. Dann wurde der revidierte Vorschlag vom 21. Juni gemacht. Der Vorschlag enthielt Ausdrücke, die vorher gegen Japan von keinem anderen Lande gebraucht wurden, und er unterschied sich in vieler Hinsicht von gewöhnlichen Verträgen. Ich möchte Einzelheiten übergehen.
Hara:
Ich möchte gern die technischen Punkte der Diplomatie übergehen und fragen, wie der gegenwärtige Stand der Verhandlungen ist. Welches sind die wichtigsten Punkte? Worüber wurde man sich endgültig einig und worüber nicht?
Togo:
Ich werde die theoretischen Angelegenheiten auslassen. Betreffs der Haltung beider Mächte gegenüber dem Krieg in Europa: Beide Parteien stimmen im wesentlichen darin überein, die Ausdehnung des Krieges zu verhindern. In diesem Punkt wollen die Vereinigten Staaten militärische Gewalt gegen Deutschland als ein Recht der Selbstverteidigung anwenden, während Japan das Versprechen abgibt, keine militärische Gewalt im Raum des Pazifik anzuwenden.
Betreffs der Frage des Friedens zwischen Japan und China: Beide Parteien stimmten nicht überein in der Frage der Stationierung und des Rückzuges von Truppen. Japan wird Truppen an wichtigen Stellen für einen notwendigen Zeitraum stationieren und wird andere Truppen unter gewissen Bedingungen in einem bestimmten Zeitraum abziehen. Nichtsdestoweniger fordern die Vereinigten Staaten, wir sollen den Abzug aller Truppen verkünden, aber diese Forderung können wir nicht annehmen.
Betreffs der Tätigkeit beider Länder im Pazifischen Raum: Die Vereinigten Staaten fordern, es solle keine Handelsdiskriminierung im gesamten Raum des Pazifik geben, China eingeschlossen; in Anbetracht dessen kann Japan der Forderung nicht bedingungslos zustimmen wegen des Problems, in China Hilfsquellen zu erhalten und so fort. Andererseits: Seitdem die Vereinigten Staaten behaupteten, dieser Grundsatz [der Nichtdiskriminierung] im Handel sollte überall aufrechterhalten werden, haben wir im Verlaufe der Verhandlung gesagt, wir würden ihrer Forderung zustimmen, wenn es möglich ist, den Grundsatz in der gesamten Welt aufrechtzuerhalten.
Beide Parteien stimmten darin überein, politische Probleme im Pazifischen Raum nicht mit militärischer Gewalt zu lösen. In dieser Hinsicht ist der Abzug der Truppen aus Französisch-Indochina ein Problem, dem wir nicht zugestimmt haben. Das ist eine Zusammenfassung der Verhandlungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten.
Ministerpräsident und Kriegsminister General Hideki Tojo:
Da der Außenminister mit einigen Angelegenheiten nicht vertraut sein konnte, die das frühere Kabinett betrafen, werde ich einige ergänzende Bemerkungen machen.

Die amerikanische Antwort, die wir am 2. Oktober erhielten, ist bemüht, Japan die vier Grundsätze aufzuzwingen: 1) Achtung vor territorialer Integrität und Souveränität; 2) Nichteinmischung in internationale Angelegenheiten; 3) Nichtdiskriminierung im Handel; und 4) Ablehnung, den status quo [im Pazifik] gewaltsam zu ändern. Diese vier Grundsätze sind eine Zusammenfassung des Neun-Mächte-Abkommens [1922]. Wenn wir Punkt 1. zustimmen, wird das Übereinkommen sogar Mandschukuo einschließen, das die Amerikaner nicht anerkannt haben, vom China-Zwischenfall [1937] erst gar nicht zu reden. Wenn wir Punkt 2. zustimmen, besteht die Gefahr, dies könnte zur Aufhebung des Abkommens mit der Nanking-Regierung führen, d. h. des japanisch-chinesischen Verbindungsvertrags. Obwohl Punkt 3. als richtig vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes angesehen werden müßte, können wir ihn doch nicht billigen, soweit es die Selbsterhaltung und Selbstverteidigung des Reiches betrifft. Das würde auch die Haltung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sein. Die Nichtdiskriminierung würde auch unsere Rechte in den nächstgelegenen Räumen ändern, wie sie durch Artikel 6 des japanisch-chinesischen Vertrags vorgeschrieben sind. Was Punkt 4. betrifft, so sind wir der Auffassung, daß wir ihn wahrscheinlich im südwestlichen Raum des Pazifik annehmen können, jedoch nicht in Räumen, die lebenswichtig für unsere nationale Verteidigung und für die Beschaffung von Hilfsquellen sind, wie z. B. China. Die Vereinigten Staaten fordern, wir sollen diese Grundsätze annehmen. Das können wir nicht, weil wir die mandschurische Angelegenheit und den chinesischen Zwischenfall durchführten, um des Joches ledig zu werden, auf dem diese Grundsätze aufgebaut sind. Der neue Außenminister [Togo] und der neue Finanzminister [Kaja Okinori] sagen, es sei gefährlich, diesen Grundsätzen zuzustimmen. Das frühere Kabinett gestand zu, was nicht zugestanden werden durfte, um ein Übereinkommen im Verlaufe der japanisch-amerikanischen Verhandlungen zu erlangen. Obwohl der amerikanische Vorschlag vom 2. Oktober blumige Worte gebraucht, bleiben Geist und Haltung jedoch unverändert. Die Vereinigten Staaten haben in keinem Punkte Zugeständnisse gemacht; der Vorschlag stellt an Japan nur harte Forderungen.
Die wichtigsten Punkte hat der Außenminister schon hervorgehoben. Im Zusammenhang: Hinsichtlich unserer Haltung gegenüber dem europäischen Krieg "würdigen sie Japans Haltung" und fügen hinzu: "Wenn Japan die Angelegenheit nochmals erwägen würde, so wäre es in höchstem Maße nützlich". Das heißt, sie verlangen von uns, wir sollen unsere Haltung zum Dreimächtepakt klären. Die Billigung der vier Grundsätze und ihre örtliche Anwendung sind ernsthafte Fragen. Ernsthaft ist die Frage der Stationierung und des Rückzuges von Truppen. Worauf sie bestehen, ist Japans Annahme des Grundsatzes, die Truppen abzuziehen. Sie nötigen uns, den Abzug sowohl daheim als auch auswärts zu verkünden, während sie annehmen, wir könnten vielleicht einige Vorkehrungen treffen, um insgeheim Truppen zu stationieren. So wie ich es verstehe, bedeutet ein Abzug unserer Truppen den Rückzug. Wir haben eine starke Streitmacht von einer Million Mann [nach China] geschickt, und es hat uns über 100 000 Tote und Verletzte gekostet, [den Schmerz ihrer] hinterlassenen Familien, die Notlage von vier Jahren und eine nationale Schuld von mehr als zehn Billionen Yen. Mit allen Mitteln müssen wir zufriedenstellende Ergebnisse dafür bekommen. Wenn wir die Truppen abziehen würden, die in China auf Grund des japanisch-chinesischen Vertrags stationiert sind, würde China gefährlicher werden, als vor dem Zwischenfall. Es würde sogar versuchen, die Mandschurei, Korea und Formosa zu beherrschen. Wir können eine Ausdehnung unseres Landes nur erwarten, wenn wir Truppen stationieren. Das ist den Vereinigten Staaten nicht willkommen. Die Stationierung von Truppen, auf der Japan besteht, ist jedoch nicht unvernünftig.
Was die japanisch-amerikanische Konferenz der Staatsoberhäupter betrifft, stimmen wir miteinander auch nicht überein. Die Vereinigten Staaten bestehen darauf, daß dieses Treffen abgehalten werde, nachdem in den wichtigen Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Japan schlägt dagegen vor, die fundamentalen Fragen bei diesen Gesprächen zu regeln.
[...]
Hara:
Ich möchte gern, daß die Stabchefs sowohl des Heeres als auch der Marine uns erklären wollen, was eintreten wird, wenn die Verhandlungen scheitern werden. Bitte geben Sie die Erklärungen so ab, daß sie bei Anwendung des gesunden Menschenverstandes begriffen werden können. Hinsichtlich der Operationen im Süden umfaßt das Schlachtfeld auf der Karte, die wir hier vorliegen haben, den gesamten Raum. Wie ist die Reichweite der Operationen und wie erfolgreich werden unsere militärischen Operationen sein?
General Hajime Sugiyama, Chef des Generalstabes des Heeres:
Ziele dieser Operationen sind die militärischen Stützpunkte und die Luftstützpunkte in Guam, Hongkong, Britisch-Malaya, Sumatra, Celebes, dem Bismarck-Archipel. Die zahlenmäßige Stärke des Feindes an diesen Stellen beträgt über 200 000 Mann, während die Zahl der feindlichen Flugzeuge 800 beträgt. Es gibt noch andere Streitkräfte in Indien, Australien und Neu-Seeland, die, wie ich annehme, früher oder später teilnehmen werden. Das Heer wird die Operationen unter diesen Bedingungen in Zusammenarbeit mit der Marine durchführen. Seine größten An-

strengungen werden sich auf die Philppinen und Malaya erstrecken. Die Operationen sind so geplant, daß sie in Malaya und auf den Philippinen gleichzeitig beginnen und sich dann nach Niederländisch-Ostindien wenden werden. Es wird dabei abgeschätzt, daß es fünfzig Tage dauern wird, um die Operationen auf den Philippinen zum Abschluß zu bringen, einhundert Tage in Malaya und fünfzig Tage in Niederländisch-Ostindien. Die gesamte Operation wird innerhalb von fünf Monaten nach Kriegsbeginn abgeschlossen sein.
In dem Fall jedoch, daß die amerikanische Flotte erscheint, um uns anzugreifen, und unsere Flotte ausfährt, um ihr zu begegnen, oder in dem Falle, die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union werden uns im Norden angreifen – diese Möglichkeit ist jedoch gering – dann würden die schon erwähnten Zeitangaben sich wahrscheinlich verlängern. Ich nehme jedoch an, wir werden imstande sein, einen in die Länge gezogenen Krieg durchzuhalten, wenn wir solche wichtigen Militärstützpunkte wie Hongkong, Manila und Singapore unter unsere Kontrolle bringen könnten sowie wichtige Gebietsteile in Niederländisch-Ostindien.
Hara:
Indien und Australien fehlen auf dieser Karte. Obwohl behauptet wird, daß es dort eine Streitkraft von über 200 000 Mann und einige Flugzeuge gibt, befinden sich dort auch Kriegsschiffe. Können wir ihre Flotte in einem kurzen Zeitraum zerstören?
Admiral Osami Nagano, Chef des Admiralstabes:
Das Verhältnis unserer Flotte zu der der Vereinigten Staaten ist 7,5 zu 10; jedoch befindet sich 40 % der amerikanischen Flotte im Atlantischen Ozean und 60 % im Pazifik. Ich glaube nicht, daß Großbritannien imstande sein wird, eine starke Flotte gegen uns zu schicken. Seine Flotte wird wahrscheinlich aus einem Schlachtschiff, zehn oder einigen Kreuzern mehr bestehen und einigen Flugzeugträgern. Was die Kampfmethode betrifft, würden die Vereinigten Staaten beträchtliche Zeit benötigen, wenn sie Schiffe vom Atlantik wegziehen und heranfahren würden, um uns anzugreifen. Ein Teil ihrer Seestreitkräfte könnte jedoch imstande sein, unsere Operationen im Süden zu hindern, obwohl die Stärke dieser Seestreitmacht wahrscheinlich nicht ausreichend wäre, um sich in eine Entscheidungsschlacht einzulassen. Folglich müßten sie ihre Atlantikflotte in den Pazifik bringen. Großbritannien könnte einen Teil seiner Flotte schicken, weil es Singapore nicht verlieren will. In diesem Falle besteht die Möglichkeit, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Flotten vereinigen könnten. Unsere Marine hat Flugzeuge für diese Möglichkeit, obwohl diese Kampfmethode sich von der anderen unterscheiden würde. Die zusammengefaßte Streitkraft Großbritanniens und der Vereinigten Staaten hat schwache Punkte. Wir haben daher Vertrauen auf einen Sieg. Wir können ihre Flotte vernichten, wenn sie eine Entscheidungsschlacht wollen. Jedoch selbst wenn wir sie vernichten, wird der Krieg noch lange nach den Operationen im Süden andauern.
Hara:
Obwohl der Stabschef des Heeres festgestellt hat, daß die Operationen fünfzig bis hundert Tage dauern würden, so könnte ich mir vorstellen, daß die Landungen nicht durchgeführt werden könnten, ehe wir uns mit den feindlichen Flotten, die sich jetzt im südlichen Pazifik befinden, befaßt hätten. Was denken Sie darüber?
Nagano:
Ich nehme an, daß sich bei den feindlichen Flotten die Überwasserstreitkräfte, die in der Nachbarschaft unserer Flotte operieren, zeitweise zurückziehen werden. Wir würden sie vernichten, wenn möglich; selbst wenn wir es nicht könnten, wären sie nicht imstande, viel zu unternehmen. Es sind jedoch die U-Boote, mit denen wir versuchen müßten, fertig zu werden. Es würde nicht schwer sein, die feindlichen Flotten jetzt im Pazifischen Ozean zu übewältigen.
Hara:
Ich möchte eine Frage über die Sowjetunion stellen, Während geäußert wurde, daß unsere Flugzeuge den größten Teil des südlichen Pazifik etwa nach 100 Tagen beherrschen würden, stellen sich im allgemeinen Prophezeiungen als falsch heraus. Obwohl zur Zeit des Russisch-Japanischen Krieges die Eroberung von Port Arthur im Sommer des 37. Jahres der Meiji [1904] als abgeschlossen betrachtet wurde, konnte sie erst am 1. Januar des folgenden Jahres vollendet werden. Das Gleiche trifft bei den deutschen Plänen im Kriege zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu. Obwohl ich der Meinung bin, daß der Plan unseres Oberkommandos äußerst realistisch ist, würden Sie Truppen aus dem Süden nach dem Norden schaffen, gesetzt den Fall, der Krieg zieht sich in die Länge und die Sowjetunion beginnt einen Krieg gegen uns? Was würde sich dann auf dem chinesischen Kriegsschauplatz ereignen? Um ganz sicher zu gehen, möchte ich ihren Standpunkt kennenlernen.
Sugiyama:
Für die Sowjetunion ist es schwierig, im Winter eine größere Operation durchzuführen. Im Lichte der gegenwärtigen Lage ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß die Sowjetunion in den Krieg eintritt. Selbst wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Streitkräfte vereinigten, wären sie nicht imstande, eine größere Operation durchzuführen. Selbst wenn gemeinsame Operationen durchgeführt würden, kämen sie nur für die Sowjetunion in Frage. Wir sind vorbereitet, uns mit ihren Winteroperationen zu befassen.

Wovon wir am meisten betroffen sind, ist ein mögliches US-Sowjet-Bündnis, das zusammentrifft mit einer Verzögerung unserer Pläne, Malaya innerhalb von 100 Tagen zu besetzen und die Eroberung von Niederländisch-Ostindien innerhalb von fünf Monaten zu vollenden. Das ist gefährlich. Ich glaube, wir sollten imstande sein, dieser Situation entsprechend zu begegnen, indem wir ein Armeekorps einsetzen, das sich jetzt auf den heimischen Inseln befindet und Streitkräfte, die aus China herangeführt werden.

Hara:

Ich nehme an, es ist klar, daß die Sowjetunion uns nicht sofort angreifen würde. Ich nehme ebenfalls an, daß das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion so sein würde, wie sie es beschrieben haben. Ich möchte gern eine weitere Frage stellen, ob wir die Möglichkeit außer acht lassen können, daß unser Handel und der Übersee-Handel durch Aktionen der sowjetischen Marine und durch die feindliche Flotte, die in der Südsee stationiert ist, behindert werden könnte. Können wir sicher sein, daß der Transport von Rohstoffen und anderen Gütern nicht durch Eingriffe von Schiffen der Sowjetunion und feindlicher Schiffe in der Südsee beeinträchtigt werden könnte?

Nagano:

Wenn die Sowjetunion einen Krieg beginnt und ihre Unterseeboote aktiv werden, dann wären wir nicht imstande, genügend Kräfte gegen sie auszuschicken, während unsere Marine ihre Operationen in der Südsee durchführt. Wir würden gegen [die sowjetische] Aktivität eine Abwehr aufbauen; erst wenn unsere Operationen in der Südsee Fortschritte erzielt hätten, dann würde wir sie wirksam bekämpfen. In der Südsee befinden sich feindliche Kriegsschiffe, Unterseeboote und Flugzeuge. Deshalb sind wir darauf vorbereitet, erhebliche Verluste zu erleiden, wenn wir mit den Operationen erst begonnen haben. Da unsere Operation im Süden die größte ist, würden wir unsere Anstrengungen darauf konzentrieren. Folglich erwarten wir beträchtliche Verluste. Was die Flugzeuge betrifft, so könnten sie ein Drittel oder die Hälfte verlieren. Die Handelsschiffahrt würde natürlich ebenfalls schwere Einbußen erleiden. Da der Seetransport für das Leben unseres Landes von allerwichtigstem Interesse ist, würden wir alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um ihn zu schützen. Dennoch erwarte ich, daß wir in jedem Jahr beträchtliche Verluste auf uns nehmen müßten. Wenn wir die Schiffe schützen und die Verluste ergänzen könnten, dann glaube ich, daß unser Seetransport in Ordnung bleiben wird.

Hara:

Habe ich recht verstanden, daß die Rohstoffe gesichert werden können, sogar wenn die sowjetischen Flotten und die Flotten Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Niederlande eingreifen?

General Teiichi Suzuki, Direktor des Planungsamtes:

Heer und Marine haben über die Schiffsverluste schon Untersuchungen angestellt.

Hara:

Obwohl in Punkt 4 unter I in "Wesentliches zur Durchführung der Reichspolitik" Beziehungen zu Thailand schon früher, ehe an die Waffen appelliert wird, zur Diskussion stehen, würde es den Anschein haben, als wären wir nicht imstande, mit ihnen zu verhandeln, wenn es vor der Gewaltanwendung notwendig wäre. Was halten Sie davon? Wenn wir Zeit zu Verhandlungen einräumen, wird Großbritannien davon erfahren. Dann werden die Absichten des Oberkommandos dem Feinde bekannt. Was ist mit "unmittelbar" gemeint? Wenn Sie Druck anwenden wollen, wird es Zwang sein und keine Verhandlung für engere militärische Zusammenarbeit. Diese Annäherung würde unsere Beziehungen zu Thailand in Zukunft berühren.

Tojo:

Da hier diplomatische und militärische Angelegenheiten in engen Beziehungen zueinanderstehen, werde ich antworten. Mit dem Gedanken, Thailand für unsere Seite zu gewinnen, haben wir schon [Ministerpräsident] Pibul Songgram bearbeitet, seit der Zeit unseres Vormarsches in das südliche Französische Indochina, mit uns enge militärische Beziehungen einzugehen. Wie Sie schon hervorgehoben haben, gibt es dabei kritische Punkte. Vom Standpunkt der Operationen aus ist es für uns möglich, in Thailand zu landen. Es wäre nicht zweckmäßig, das zu früh bekannt werden zu lassen. Deshalb können wir nichts anderes tun, als die Angelegenheit gewaltsam vorwärtszutreiben, wenn sie [die thailändische Regierung] mit uns bei den vor der Aktion zu führenden Gesprächen nicht übereinstimmt.

Hara:

Obwohl die Beschreibung unserer Beziehungen zu Thailand durch den Gebrauch des Wortes "errichtet" abgeschwächt wurde, sehe ich, daß wir Zwangsherrschaft meinen, wie es auch der Ministerpräsident erwähnte. Ich werde keine Erläuterungen geben, da ich nur weiß, was ich von Regierung und Oberkommando gehört habe. Ich habe keine zusätzlichen Angaben und fahre fort.

Es wäre nicht wünschenswert, wenn es bei den japanisch-amerikanischen Verhandlungen hinsichtlich einer Vereinbarung zu einem Fehlschlag käme. Wir haben vier Jahre hindurch Not ertragen, weil wir eine Nation sind, die unter einer kaiserlichen Familie geeinigt ist, mit einer

Geschichte von 2600 Jahren. Es hat den Anschein, daß Großbritannien schon kriegsmüde ist. Ich möchte gern etwas über Deutschland wissen. Anscheinend gibt es auch in Italien eine Bewegung gegen den Krieg. Ich glaube, die günstige Situation in unserem Lande ist das Ergebnis unserer nationalen Politik, mit der kaiserlichen Familie an der Spitze. Dennoch möchte unser Volk den China-Zwischenfall schnell beilegen. Die Staatsmänner müssen ernsthafte Überlegungen anstellen, ob es klug ist, den Krieg gegen eine Großmacht wie die Vereinigten Staaten zu wagen, ohne Aussicht darauf, daß der China-Zwischenfall schnell geregelt wird. Auf der letzten Kronratssitzung wurde entschieden, daß wir in den Krieg eintreten würden, wenn die Verhandlungen, die zu einem Übereinkommen führten sollten, fehlschlagen würden. Nach den heute übermittelten Informationen ist die derzeitige amerikanische Haltung nicht die gleiche wie vorher, sondern sie ist sogar noch unvernünftiger. Deshalb bedauere ich sehr, daß die Verhandlungen wenig Aussicht auf Erfolg haben.
Vom Standpunkt unserer heimischen politischen Lage und unserer Selbsterhaltung aus ist es unmöglich, alle amerikanischen Forderungen anzunehmen. Wir müssen an unserer Position festhalten. So wie ich es verstehe, ist das japanisch-chinesische Problem der wichtigste Punkt bei den Verhandlungen, und daher besteht der Verdacht, daß die Vereinigten Staaten als Sprecher für die Tschungking-Regierung handeln werden. Wenn Tschiang [Kai-schek], der sich auf die amerikanische Macht verläßt, mit uns verhandeln sollte, hege ich daran Zweifel, daß die Verhandlungen in zwei oder drei Monaten abgeschlossen werden könnten. Es würde erfreulich sein, wenn er angesichts der festen japanischen Haltung kapitulieren würde; ich glaube jedoch, daß dafür absolut keine Hoffnung besteht.
Andererseits können wir die gegenwärtige Lage nicht andauern lassen. Wenn wir die derzeitige günstige Gelegenheit verpassen, in den Krieg einzutreten, müssen wir uns dem amerikanischen Diktat unterwerfen. Deshalb erkenne ich an, es ist unvermeidlich, daß wir uns dazu entscheiden müssen, den Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu eröffnen. Ich werde mein Vertrauen in das, was mir berichtet wurde, setzen: nämlich die Dinge werden im Frühstadium des Krieges gut verlaufen, und obwohl wir uns beim Fortschreiten des Krieges wachsenden Schwierigkeiten gegenübersehen werden, gibt es Aussicht auf Erfolg.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Kommentar für die Regierungsführung geben. Obwohl der China-Zwischenfall einer der Gründe für den Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, sowie Großbritanniens ist, so ist der deutsch-britische Krieg doch ein weiterer. Ich glaube nicht, daß sich die derzeitige Lage gerade aus dem China-Konflikt heraus entwickelt haben würde. Wir sind zu unserem gegenwärtigen Zustand nur durch den Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien gekommen. Was wir uns immer vor Augen halten müssen, ist, was würde geschehen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien und Deutschland und den Vereinigten Staaten – es sind alles Länder, deren Bevölkerung der weißen Rasse angehört – wenn Japan in den Krieg eintreten würde. Hitler hat gesagt, daß die Japaner eine zweitklassige Rasse sind, und Deutschland hat den Vereinigten Staaten nicht den Krieg erklärt. Japan wird eine bestimmte Aktion gegen die Vereinigten Staaten unternehmen. Wird in diesem Fall das amerikanische Volk psychologisch die gleiche Haltung einnehmen, wie gegen die Deutschen? Ihr Unwille gegen die Japaner wird stärker sein, als ihr Haß auf Hitler. Die Deutschen in den Vereinigten Staaten denken über Möglichkeiten nach, mit denen sie zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland einen Frieden zustande bringen könnten. Daher befürchte ich, wenn Japan einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten beginnt, werden Deutschland und die Vereinigten Staaten zu Abmachungen kommen, um die Japaner sich selbst zu überlassen. Das heißt, wir müssen auf die Möglichkeit vorbereitet sein, daß der Haß gegen die gelbe Rasse nun den Haß, der sich jetzt gegen Deutschland richtet, auf Japan verlegen könnte, so daß sich dann der deutsch-britische Krieg gegen Japan richten würde.
Die Verhandlungem mit den Vereinigten Staaten, die eine Vereinbarung zustande bringen sollten, sind fehlgeschlagen. Ein Krieg gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien ist unvermeidlich, wenn Japan überleben will. Wir müssen jedoch den Rassenbeziehungen ernsthafte Überlegungen widmen, wir müssen ständige Sorge darauf verwenden, um zu vermeiden, von der gesamten arischen Rasse eingekreist zu werden – das würde Japan insolieren – und Schritte unternehmen, um die Beziehungen zu Deutschland und zu Italien zu festigen. Abmachungen auf dem Papier werden das nicht zuwegebringen. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Regierungsmitglieder daher auf folgenden Punkt richten: Sorgen Sie dafür, daß der Haß gegen Japan nicht stärker wird, als der Haß gegen Hitler, so daß jeder mit bloßen Worten und in Wirklichkeit sich gegen Japan zusammenrottet. Ich hoffe, unsere Beamten werden bei internationalen Angelegenheiten in Zukunft entsprechend handeln.
Tojo:
Die Hinweise des Präsidenten des Staatsrates werden beifällig aufgenommen. Mit der vorhergehenden Konratssitzung hat die Regierung wiederholt den ernsthaften Wunsch nicht aufgegeben, irgendwie aus der Sackgasse betr. unsere Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten herauszukommen. Für das Oberkommando ist es selbstverständlich, sich ausschließlich mili-

tärischen Operationen zu widmen, seitdem es wenig Hoffnung für einen Erfolg der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sieht. In der Hoffnung jedoch, daß irgendein Weg vorhanden sein könnte, um aus dem Engpaß herauszukommen, dachte die Regierung an eine Schlichtung, selbst wenn diese Opfer für die Freiheit militärischer Operationen bedeutet. Darum setzen wir Diplomatie und militärische Planung gleichzeitig fort. Noch ist Hoffnung für einen Erfolg vorhanden. Der Grund, warum die Vereinigten Staaten zustimmten, mit uns zu verhandeln, ist der, daß sie einige Schwächen haben:
1) Sie sind für Operationen auf zwei Ozeanen nicht vorbereitet;
2) Sie sind noch nicht fertig mit der Festigung ihrer inneren Struktur;
3) Es fehlt ihnen an Ausrüstung für die nationale Verteidigung (sie haben nur genügend für ein Jahr) usw.
Sie werden erfahren haben, wie sehr Japan entschlossen ist, unsere Truppen aufmarschieren zu lassen, was wir auf der Grundlage des vorliegenden Vorschlags durchführen werden. Die Vereinigten Staaten haben von Anfang an geglaubt, Japan würde wegen des wirtschaftlichen Drucks aufgeben; wenn sie jedoch erkennen werden, daß Japan entschlossen ist, dann ist dies der Zeitpunkt, an dem wir zu diplomatischen Maßnahmen unsere Zuflucht nehmen sollten. Ich glaube, das ist der einzige Weg, der uns übrigbleibt. Das ist der gegenwärtige Vorschlag. Das ist die letzte Maßnahme, die wir ergreifen können, das ist die Linie, die Präsident Hara genannt hat: "Voranschreiten durch Diplomatie". In der gegenwärtigen Situation kann ich mir keinen anderen Weg vorstellen.
Wenn wir in einen Krieg eintreten, der sich in die Länge zieht, wird es Schwierigkeiten geben, worauf schon hingewiesen wurde. Das erste Stadium des Krieges wird nicht kompliziert sein. Wir sind über einen Krieg, der sich in die Länge zieht, etwas in Sorge. Aber auf welche Weise können wir die Vereinigten Staaten hindern, das, was sie wollen, fortzusetzen, selbst wenn es einige Unruhe gibt? In zwei Jahren, von jetzt an gerechnet, werden wir keinen Treibstoff mehr für militärische Zwecke haben. Die Schiffe müssen ihre Fahrten einstellen. Wenn ich an die Verstärkung der amerikanischen Verteidigung im südwestlichen Pazifik denke, an den Ausbau der amerikanischen Flotte, den noch nicht beendeten China-Zwischenfall usw., dann sehe ich kein Ende der Schwierigkeiten. Wir können über Härte und Leiden sprechen, aber kann unser Volk ein solches Leben für eine lange Zeit ertragen? Die Situation ist nicht die gleiche wie im Verlaufe des Chinesisch-Japanischen Krieges [1894/95].
Ich fürchte, nach zwei oder drei Jahren würden wir eine Nation dritter Klasse werden, wenn wir genau so ärmlich dastehen würden! Wir stimmten über den gegenwärtigen Vorschlag überein als Ergebnis eines sorgfältigen Studiums im Lichte der schon erwähnten Möglichkeiten. Der Präsident sollte unsere Ansichten in diesem Punkt teilen.
Wenn der Krieg erst einmal anfängt, habe ich die Absicht, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Rassenkrieg zu verhindern. Ich möchte gern Deutschland und Italien daran hindern, mit Großbritannien oder mit den Vereinigten Staaten Frieden zu schließen, indem sie aus den Ergebnissen der Feldzüge im Süden Nutzen ziehen. Ich nehme an, die Gefühle des amerikanischen Volkes werden so sein, wie es der Präsident des Staatsrats aufgezeigt hat, und deswegen habe ich die Absicht, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.
Was unsere moralische Grundlage für den Kriegseintritt betrifft, so ist es ein gewisser Vorzug, daß man klarmachen kann, Großbritannien und die Vereinigten Staaten bedeuten eine starke Bedrohung für die japanische Selbsterhaltung. Also, wenn wir gerecht bei der Verwaltung besetzter Gebiete vorgehen, dann wird die Abwehrhaltung gegen uns wahrscheinlich nachlassen. Amerika kann für einige Zeit erzürnt sein, aber später wird es doch dazu kommen einzusehen, warum wir unternommen haben, was wir taten. Auf jeden Fall werde ich sorgfältig vermeiden, daß der Krieg ein Rassenkrieg wird.
Haben Sie noch andere Erklärungen? Wenn nicht, dann werde ich anordnen, daß die Vorschläge in ihrer Originalfassung gebilligt werden.

[102] *Zusammenfassender japanischer Bericht vom 5. November 1941 über die künftigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika*

Wir werden mit den Vereinigten Staaten verhandeln und ein Übereinkommen auf der Grundlage des beigefügten Vorschlages A oder des Vorschlags B zu erreichen suchen. Beide drücken in einer gemäßigteren und verbesserteren Form wichtige Angelegenheiten aus, die zwischen beiden Ländern schweben.
Vorschlag A:
Wir werden unsere Stellungnahme hinsichtlich der wichtigsten Punkte abmildern, die bei den Verhandlungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten noch unentschieden sind.

1) Stationierung und Zurückziehung von Truppen in China und Französisch-Indochina;
2) Nichtdiskriminierung im China-Handel;
3) Auslegung und Ausführung des Dreimächtepaktes;
4) Die vier Grundsätze.
Das wird folgendermaßen durchgeführt:
1. Stationierung und Zurückziehung von Truppen in China:
Wir werden unseren Standpunkt in diesem Punkt folgendermaßen abmildern (im Hinblick auf die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten – indem sie z. Z. den Grund für die Stationierung von Truppen unbeachtet lassen – es für wichtig halten, Truppen für eine unbestimmte Periode zu stationieren, daß sie es ablehnen, diesen Punkt in die Friedensbestimmungen aufzunehmen und daß sie uns nötigen, eine deutlichere Feststellung unserer Absichten hinsichtlich des Truppenabzugs zu machen):
Von den japanischen Truppen, die während des China-Vorfalls nach China geschickt wurden, werden diejenigen in den bezeichneten Gebieten Nordchinas, der Inneren Mongolei und der Insel Hainan für einen notwendigen Zeitraum bleiben, nach Herstellung des Friedens zwischen Japan und China. Alle übrigen Truppen werden sofort nach Friedensschluß in Übereinstimmung mit den zwischen Japan und China zustandegekommenen Abmachungen innerhalb von zwei Jahren zurückgezogen werden.
Anmerkung:
Im Falle einer Anfrage der Vereinigten Staaten, wie lange "der notwendige Zeitabschnitt" dauern wird, werden wir antworten, wir seien der Meinung 25 Jahre.
Stationierung und Abzug der Truppen in Französisch-Indochina:
Wir werden unseren Standpunkt über diesen Punkt folgendermaßen abschwächen, da wir erkennen, daß die Vereinigten Staaten darüber besorgt sind, Japan habe territorialen Ehrgeiz in Französisch-Indochina und baue dort eine Basis für den militärischen Vorstoß in benachbarte Gebiete aus:
Japan achtet die Souveränität von Französisch-Indochina über sein Gebiet. Die japanischen Truppen, die laufend in Französisch-Indochina stationiert sind, werden sofort nach der Beilegung des China-Vorfalls oder der Wiederherstellung eines gerechten Friedens im Fernen Osten abgezogen werden.
2. Nichtdiskriminierung im China-Handel.
Im Falle, daß keine Aussicht besteht, ein Übereinkommen auf der Grundlage des Vorschlags zu erzielen, der am 25. September vorgelegt wurde, werden wir auf folgender Grundlage verfahren:
Die japanische Regierung wird die Anwendung des Prinzips der Nichtdiskriminierung im gesamten Pazifischen Gebiet einschließlich China anerkennen, falls dieses Prinzip in der gesamten Welt angewandt wird.
3. Auslegung und Durchführung des Dreimächtepaktes.
In diesem Punkt werden wir folgendermaßen antworten:
Wir haben nicht die Absicht, unvernünftigerweise die Auslegung des Rechts der Selbstverteidigung zu verbreitern. Hinsichtlich der Ausführung und Durchführung des Dreimächtepaktes wird die japanische Regierung, wie schon früher festgestellt, unabhängig handeln. Unsere Stellungnahme wird so sein, daß wir annehmen können, die Vereinigten Staaten werden darüber unterrichtet sein.
4. Hinsichtlich der sogenannten vier Grundsätze, die von den Vereinigten Staaten vorgebracht sind, werden wir jede Anstrengung unternehmen, um ihre Einbeziehung in offizielle Übereinkommen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu vermeiden (das schließt Verständigungen mit anderen Kommuniqués ein).
Vorschlag B:
1) Sowohl Japan als auch die Vereinigten Staaten verpflichten sich, keinen militärischen Vorstoß in das Gebiet Südostasiens und des Südpazifik zu unternehmen, ausgenommen Französisch-Indochina.
2) Die Regierungen Japans und der Vereinigten Staaten werden hinsichtlich der Sicherstellung des Erwerbs der Güter aus Niederländisch-Ostindien zusammenarbeiten.
3) Die Regierungen Japans und Amerikas werden die Handelsbeziehungen wiederherstellen auf den Stand der Zeit vor dem Einfrieren der Guthaben. Die Vereinigten Staaten werden die Zusicherung geben, Japan mit dem Mineralöl zu beliefern, das Japan benötigt.
4. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird von solchen Aktionen Abstand nehmen, die die Bemühungen um die Wiederherstellung eines Friedens zwischen Japan und China beeinträchtigen wird.
Anmerkungen: Falls notwendig, kann bei Abschluß dieses Abkommens versprochen werden, die japanischen Truppen, die im südlichen Indochina stationiert sind, sollen vorbereitet werden, in Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach dem Norden Indochinas verlegt zu werden. Die japanischen Truppen werden aus Indochina nach einer Beilegung des China-Zwischenfalls oder bei der Herstellung eines gerechten Friedens im pazifischen Raum abgezogen.

[103] *Note des amerikanischen Staatssekretärs Cordell Hull an die japanische Regierung*

Streng vertraulich

Washington, den 26. November 1941

Versuchsweise und ohne Verpflichtung
Entwurf der vorgeschlagenen Grundlage eines Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan.

Abschnitt I.
Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans, beide besorgt um den Frieden im Pazifik, versichern, daß ihre nationale Politik auf einen dauernden und weitgespannten Frieden im gesamten pazifischen Gebiet gerichtet ist, daß sie keine territorialen Pläne in diesem Gebiet haben, daß sie nicht beabsichtigen, andere Länder zu bedrohen oder aggressive militärische Gewalt gegen irgendeine Nachbarnation zu gebrauchen, und daß sie dementsprechend in ihrer nationalen Politik die folgenden Grundprinzipien, auf denen ihre Beziehungen miteinander und aller anderen Regierungrn gegründet sind, aktiv unterstützen und zu praktischer Anwendung bringen werden:
1) Das Prinzip der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und Souveränität jeder einzelnen und aller Nationen.
2) Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.
3) Das Prinzip der Gleichheit, einschließlich der Gleichheit der Handelschancen und der Behandlung im Handelsverkehr.
4) Das Prinzip des Vertrauens auf internationale Zusammenarbeit und Versöhnung zur Verhinderung und friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und zur Verbesserung der internationalen Verhältnisse durch friedliche Methoden und Verfahren.
Die Regierungen Japans und der Vereinigten Staaten sind übereingekommen, daß sie zur Ausschaltung chronischer politischer Unsicherheit, zur Verhütung sich wiederholender wirtschaftlicher Zusammenbrüche und zur Schaffung einer Friedensgrundlage die folgenden Prinzipien in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zueinander und mit anderen Nationen und Völkern aktiv unterstützen und praktisch anwenden werden.
1) Das Prinzip der Nichtdiskriminierung in internationalen Handelsbeziehungen.
2) Das Prinzip internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und der Abschaffung des extremen Nationalismus, wie er sich in unmäßigen Handelsbeschränkungen ausdrückt.
3) Das Prinzip eines unterschiedslosen Zugangs aller Nationen zu den Rohstoffvorkommen.
4) Das Prinzip vollen Schutzes der Interessen der Konsumländer und -bevölkerungen im Hinblick auf die Durchführung internationaler Rohstoffvorkommen.
5) Das Prinzip der Schaffung solcher Einrichtungen und internationaler Finanzmaßnahmen, die den unentbehrlichen Unternehmungen und der beständigen Entwicklung aller Länder helfen und Zahlungen durch Handelsgeschäfte im Einklang mit der Wohlfahrt aller Länder erlauben.

Abschnitt II.
Schritte, die von der Regierung der Vereinigten Staaten und von der Regierung Japans zu unternehmen sind.
Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans schlagen vor, folgende Schritte zu unternehmen:
1) Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans werden sich bemühen, einen mehrseitigen Nichtangriffspakt zwischen dem Britischen Empire, China, Japan, den Niederlanden, der Sowjetunion, Thailand und den Vereinigten Staaten zu schließen.
2) Beide Regierungen werden sich bemühen, zwischen der amerikanischen, britischen, chinesischen, japanischen, niederländischen und thailändischen Regierung ein Übereinkommen zu schließen, in dem jede dieser Regierungen sich verpflichtet, die territoriale Integrität Französisch-Indochinas zu respektieren und im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität Indochinas unverzüglich in Beratungen einzutreten, mit der Maßgabe, solche Maßnahmen zu ergreifen, die für notwendig und ratsam erachtet werden mögen, der in Frage stehenden Bedrohnung zu begegnen. Ein derartiges Übereinkommen würde auch vorsehen, daß jede der daran beteiligten Regierungen eine Präferenzbehandlung in ihren Handels- oder Wirtschaftsbeziehungen mit Indochina weder anstreben noch annehmen, sondern ihren Einfluß aufbieten würde, für jede der Unterzeichnermächte gleiche Behandlung im Inlands- und Auslandshandel Indochinas zu erlangen.
3) Die japanische Regierung wird alle Heeres, Marine-, Luftwaffen- und Polizeikräfte aus China und Indochina zurückziehen.
4) Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans werden militärisch, poli-

tisch und wirtschaftlich keine andere Regierung, kein anderes Regime in China unterstützen als die Nationale Regierung der Republik China, deren Hauptstadt sich zeitweilig in Tschunking befindet.
5) Beide Regierungen werden alle exterritorialen Rechte in China aufgeben, einschließlich der Rechte und Interessen an und in bezug auf internationale Siedlungen und Konzessionen sowie die Rechte nach dem Boxer-Protokol von 1901.
Beide Regierungen werden sich bemühen, die Zustimmung der englischen und anderen Regierungen zu erlangen, die exterritorialen Rechte in China aufzugeben, einschließlich der Rechte an internationalen Siedlungen und Konzessionen sowie der Rechte nach dem Boxer-Protokoll von 1901.
6) Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans werden in Verhandlungen eintreten, um ein Handelsabkommen auf Grund gegenseitiger Meistbegünstigung und der Herabsetzung der Handelsschranken durch beide Länder zu schließen, wobei die Vereinigten Staaten es auf sich nehmen, Rohseide auf die Freiliste zu setzen.
7) Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung Japans werden beiderseits die Einfrierungsbestimmungen für japanische Guthaben in den Vereinigten Staaten beziehungsweise für amerikanische Guthaben in Japan aufheben.
8) Beide Regierungen werden sich über einen Plan für die Stabilisierung des Dollar-Yen-Kurses verständigen, wozu ein diesem Zweck angemessener, zur Hälfte von Japan, zur Hälfte von den Vereinigten Staaten aufzubringender Fonds gebildet werden soll.
9) Beide Regierungen kommen überein, daß kein Abkommen, das eine von ihnen mit einer dritten Macht oder Mächtegruppe geschlossen hat, von ihr so ausgelegt werden wird, daß es mit dem Hauptzweck dieses Abkommens, nämlich Frieden im ganzen Pazifikgebiet zu schaffen und zu wahren, in Widerspruch geriete.
10) Beide Regierungen werden ihren Einfluß aufbieten, andere Regierungen zu veranlassen, sich an die politischen und wirtschaftlichen Grundprinzipien, wie sie in diesem Abkommen dargelegt sind, zu halten und sie praktisch anzuwenden.

[104] *Botschaft des Tenno an die japanische Nation am 8. Dezember 1941*

Wir durch die Gnade des Himmels Kaiser von Japan, die wir in einer seit ewigen Zeiten ununterbrochenen Linie den Thron innehaben, geben euch treuen und tapferen Untertanen zur Kenntnis: Wir erklären hiermit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem britischen Empire den Krieg. Mannschaften und Offiziere unseres Heeres und unserer Flotte sollen zur Durchführung dieses Krieges ihr Äußerstes tun, unsere Beamten der verschiedenen Ministerien sollen die ihnen gestellten Aufgaben mit Treue und Fleiß lösen und alle unsere übrigen Untertanen sollen ihre jeweilige Pflicht erfüllen; die gesamte Nation wird sich in dem Willen vereinigen, alle ihr zur Verfügung stehende Stärke zu mobilisieren, so daß uns nichts an der Erreichung ihres Zieles hindert. Die Sicherstellung der Stabilität Ostasiens und die Herbeiführung des Weltfriedens ist die weitblickende Politik, die von unseren großen berühmten kaiserlichen Vorfahren und unserem großen allergnädigsten Kaiser, der ihm folgte, formuliert wurde, und die uns ständig am Herzen liegt. Es war immer das Leitprinzip der Außenpolitik unseres Reiches, die Freundschaft mit den anderen Nationen zu pflegen und uns gemeinsam mit allen Nationen des Wohlstandes zu erfreuen. Es ist wirklich unvermeidlich geworden und durchaus nicht unseren Wünschen entsprechend, daß unser Kaiserreich nun dazu veranlaßt worden ist, mit Amerika und England Krieg zu führen. Mehr als vier Jahre sind vergangen, seit China die wahren Absichten unseres Reiches verkannte und rücksichtslos Unruhe stiftete, die den Frieden in Ostasien störte. Wenn auch eine nationale chinesische Regierung errichtet worden ist, mit der Japan einen nachbarschaftlich freundschaftlichen Verkehr pflegt und mit der es zusammenarbeitet, so fährt doch das Regime in Tschungking, das noch weiterlebt und sich auf den Schutz und die Hilfe Englands und Amerikas verläßt, mit seinem Widerstand, der den Brudermord zur Folge hat, fort. In ihrem heißen Wunsch nach Verwirklichung ihrer zügellosen Bestrebungen, den Orient zu beherrschen, haben sowohl Amerika wie England, indem sie das Tschungking-Regime unterstützten, die kriegerischen Verwicklungen in Ostasien noch verschlimmert. Noch mehr, diese beiden Nationen haben, indem sie andere Länder zur Nachfolge veranlaßten, die militärischen Vorbereitungen auf allen Seiten unseres Reiches verstärkt, um uns herauszufordern. Sie haben mit allen Mitteln unseren friedlichen Handel gehindert, und schließlich haben sie einen direkten Abbruch unserer Wirtschaftsbeziehungen vorgenommen. Sie bedrohen dadurch aufs ernsteste das Bestehen unseres Reiches. Lange haben wir gewartet und viel haben wir ertragen in der Hoffnung, daß unsere Regierung wieder eine friedliche Lage herbeiführen könne. Aber unsere Gegner, die nicht die geringste Absicht zu einer Versöhnung bewiesen, haben die Regelung

ungebührlich lange hinausgeschoben, und inzwischen haben sie ihren wirtschaftlichen und politischen Druck verstärkt, um so unser Reich zur Unterwerfung zu zwingen. Dieser Gang der Ereignisse würde, wenn er so bliebe, nicht nur die langjährigen Bemühungen unseres Reiches um die Stabilisierung Ostasiens zunichte machen, sondern er würde auch die Existenz unseres Volkes gefährden. Wie die Dinge jetzt liegen, kann unser Reich für sein Fortbestehen und seine Selbstverteidigung nichts anderes tun, als zu den Waffen zu rufen, um jedes Hindernis, das auf seinem Wege liegt, zu beseitigen. Die Seelen unserer kaiserlichen Vorfahren blicken auf uns herab. Wir verlassen uns auf die Loyalität und den Mut unserer Untertanen und erwarten, daß die Aufgabe, die uns von unseren Vorfahren anvertraut worden ist, weitergeführt werden wird, daß die Quellen des Bösen schnell vernichtet werden und daß ein dauerhafter Friede in Ostasien errichtet werden wird, der den Ruhm unseres Reiches bewahrt.

[105] *Bündnisvertrag zwischen Japan und Thailand vom 21. Dezember 1941*

Die Kaiserliche Regierung von Japan und die Königliche Regierung von Thailand, fest davon überzeugt, daß die Errichtung einer neuen Ordnung in Ostasien der einzige Weg zur Verwirklichung des Wohlergehens dieser Gebiete und die unentbehrliche Vorbedingung für die Wiederherstellung und Förderung des Weltfriedens ist, und erfüllt von der festen und unbeugsamen Entschlossenheit, alle verderblichen Einflüsse, die diesem Ziel im Wege stehen, auszumerzen, haben sich wie folgt geeinigt:
Artikel 1. Auf der Basis von gegenseitiger Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität wird zwischen Japan und Thailand ein Bündnis abgeschlossen.
Artikel 2. Im Falle, daß entweder Japan oder Thailand sich in einem bewaffneten Konflikt mit einer oder mehreren dritten Mächten befindet, soll Thailand oder Japan sich sofort als Verbündeter auf die Seite des anderen Landes stellen und soll letzteres mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln unterstützen.
Artikel 3. Die Einzelheiten über die Durchführung des Artikels 2 sollen durch gegenseitiges Übereinkommen der zuständigen Behörden Japans und Thailands beschlossen werden.
Artikel 4. Japan und Thailand verpflichtet sich, im gemeinsamen Kriegsfall keinen Waffenstillstand oder Frieden ohne vollkommene gegenseitige Übereinstimmung abzuschließen.
Artikel 5. Der vorliegende Pakt soll sofort bei seiner Unterzeichnung in Kraft treten und soll für die Dauer von zehn Jahren gültig bleiben. Die Unterzeichner sollen über die Erneuerung des vorliegenden Vertrages zu gegebener Zeit vor dem Ablauf des erwähnten Zeitraumes beraten.

[106] *Militärische Vereinbarung zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 18. Januar 1942*

I. Aufteilung der Zonen für die Operationen.
Die Deutsche und die Italienische Wehrmacht sowie die Japanische Armee und Marine werden im Rahmen der ihnen nachstehend zugeteilten Zonen die erforderlichen Operationen ausführen.
1. Japan
a) die Gewässer ostwärts etwa vom 70. Grad östlicher Länge bis zur Westküste des amerikanischen Kontinents sowie das Festland und die Inseln (Australien, Niederländisch-Indien, Neuseeland usw.), die in diesen Gewässern liegen.
b) der asiatische Kontinent ostwärts etwa vom 70. Grad östlicher Länge.
2. Deutschland und Italien
a) die Gewässer westwärts etwa vom 70. Grad östlicher Länge bis zur Ostküste des amerikanischen Kontinents sowie das Festland und die Inseln (Afrika, Island usw.), die in diesen Gewässern liegen.
b) Der Nahe Osten, der Mittlere Osten und Europa westwärts etwa vom 70. Grad östlicher Länge.
3. Im Indischen Ozean können die Operationen je nach der Lage über die oben vereinbarte Zonengrenze hinaus durchgeführt werden.

II. Allgemeiner Operationsplan.
1. Japan wird, im Zusammenwirken mit den deutschen und italienischen Operationen gegen England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Operationen im Südseeraum und im Pazifik durchführen.
a) Es wird wichtige Stützpunkte Englands, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Hollands in Großostasien vernichten, deren dortige Gebiete angreifen oder besetzen.

b) Es wird die Vernichtung der nordamerikanischen und englischen Land-, See- und Luftstreitkräfte im Pazifik und im Indischen Ozean anstreben, um sich die Seeherrschaft im westlichen Pazifik zu sichern.
c) Wenn die nordamerikanische und die englische Kriegsflotte sich größtenteils im Atlantik konzentrieren, wird Japan im ganzen Gebiet des Pazifiks und des Indischen Ozeans seinen Handelskrieg verstärken und außerdem einen Teil seiner Marinestreitkräfte nach dem Atlantik entsenden und dort mit der deutschen und der italienischen Kriegsmarine unmittelbar zusammenarbeiten.
2. Deutschland und Italien werden, im Zusammenwirken mit den japanischen Operationen im Südseeraum und im Pazifik, die Operationen gegen England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika durchführen.
a) Sie werden wichtige Stützpunkte Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Nahen Osten und im Mittleren Osten, im Mittelmeer und im Atlantik vernichten, deren dortige Gebiete angreifen oder besetzen.
b) Sie werden die Vernichtung der englischen und nordamerikanischen Land-, See- und Luftstreitkräfte im Atlantik und im Mittelmeer und die Zerstörung des feindlichen Handels anstreben.
c) Wenn die englische und die nordamerikanische Kriegsflotte sich größtenteils im Pazifik konzentrieren, werden Deutschland und Italien einen Teil ihrer Marinestreitkräfte nach dem Pazifik entsenden und dort mit der japanischen Marine unmittelbar zusammenarbeiten.

III. Hauptpunkte der militärischen Zusammenarbeit.
1. Gegenseitige Fühlungnahme hinsichtlich wichtiger Punkte der operativen Planung.
2. Zusammenarbeit im Rahmen des Handelskriegs, darunter
a) gegenseitige Fühlungnahme hinsichtlich der Planung des Handelskriegs,
b) gegenseitige Fühlungnahme hinsichtlich des Verlaufs des Handelskriegs, wichtiger Informationen und anderer notwendiger Einzelheiten,
c) falls ein Partner der Vereinbarung außerhalb der ihm zugeteilten Operationszone den Handelskrieg durchführen will, wird er die anderen Partner über seinen eigenen Plan im voraus unterrichten, um die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung hinsichtlich der Benutzung der Operationsbasen, des Nachschubs, der Versorgung, der Erholung der Besatzungen, der Reparaturen usw. sicherzustellen.
3. Zusammenarbeit bezüglich der Sammlung und des Austauschs der für die Operationen wichtigen Informationen.
4. Zusammenarbeit bezüglich der militärischen Zersetzungsarbeit.
5. Zusammenarbeit zur Sicherstellung der gegenseitigen militärischen Nachrichtenübermittlung.
6. Zusammenarbeit zwecks Herstellung der militärischen Luftverbindung zwischen Deutschland, Italien und Japan, soweit die technischen Voraussetzungen gegeben sind, sowie für die Eröffnung des Seeweges und des Seetransports über den Indischen Ozean.
Zu Urkund dessen haben der Chef des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht, der Bevollmächtigte des Oberkommandos der Italienischen Wehrmacht und die Bevollmächtigten des Chefs des Kaiserlich-Japanischen Großen Generalstabs und des Chefs des Kaiserlich-Japanischen Admiralstabs diese Vereinbarung unterzeichnet.
Ausgefertigt in deutscher, italienischer und japanischer Urschrift in Berlin am 18. Januar 1942 – im XX. Jahr der Faschistischen Ära – entsprechend dem 18. Tage des 1. Monats des 17. Jahres der Ära Syowa.

[107] Japans Haltung gegenüber der Sowjetunion

Telegramm des deutschen Botschafters in Tokio,
Generalleutnant Ott, an Reichsaußenminister von Ribbentrop
Tokio, den 3. März 1942

Für Herrn Reichsaußenminister persönlich
Leiter Attachégruppe japanischer Marineleitung bat in Formen, die geheimzuhalten bei politischer Fühlungnahme der Wehrmachtsteile üblich, Marineattaché [*Wenneker*] zur Besprechung in Anwensenheit verschiedener Seeoffiziere, die politischer Leitung Marine angehören. Einleitend betonte er, Flottenchef Yamamoto sei über Inhalt Besprechung informiert und mit vorzutragenden Gedankengängen ebenso wie einflußreiche Offiziere der Armee voll einverstanden.
Die letzthin aus Kujbischew und Moskau eingegangenen Nachrichten ließen erkennen, daß in Sowjetregierung Wandel Auffassung über Fortführung Krieges mit Deutschland eingetreten sei. Der Wunsch, den auf die Dauer allzu kostspieligen Krieg, wenn möglich, zu beenden, habe erheblich zugenommen. In einer am 17. Februar an Sowjetwehrmacht gerichteten Ansprache

habe Stalin bisher übliche Tonart stark geändert. Wenn auch in Rede wohl für den inneren Konsum von Fortsetzung Krieges bis zur Wiedereroberung russischen Territoriums gesprochen werde, so habe Stalin im Gegensatz zu Ausführungen vom 8. November nicht mehr von einer Vernichtung Deutschlands, sondern von notwendigem Wiederaufbau Rußlands gesprochen. Grund für veränderte innere Haltung sei einmal Erkenntnis, daß Hoffnung auf Wirkung russischen Winters vergeblich sei. Weiter habe Unvermögen der Angelsachsen, wirksame Hilfe und Entlastung zu bringen, schwer enttäuscht, und schließlich hätten die japanischen Erfolge außerordentlich ernüchternd gewirkt. Hohe russische Offiziere hätten japanischen Waffenattaches Glückwünsche zu großem Sieg Japans ausgesprochen, und hartnäckig halte sich in Kujbischew trotz allen Dementis selbst in Regierungskreisen das Gerücht, Matsuoka habe sich zur Friedensvermittlung nach Moskau begeben. Die Neigung, zu einem Frieden mit Deutschland zu kommen, sei in maßgebenden russischen Kreisen unverkennbar.
Im jetzigen Stadium des Krieges könne Entscheidung über die anzuwendende Strategie für Dreierpaktmächte von ausschlaggebender Bedeutung sein. Gelingt es uns, in den nächsten Monaten, eine Verbindung zwischen Ostasien und Europa über den Indischen Ozean herzustellen, so sei der Krieg so gut wie gewonnen und das britische Empire erledigt. Aber dieser Durchbruch müsse bald erfolgen, wenn der Krieg zu einem schnellen und glücklichen Ende gebracht werden solle. Zu einem späteren Zeitpunkt werde die Herstellung der Verbindung angesichts Aufrüstung der Angelsachsen sehr viel schwieriger sein.
Es stelle sich daher die Frage, ob nicht Deutschland seine Kräfte jetzt gleichfalls auf dieses Ziel konzentrieren solle. Es sei Deutschland gelungen, durch vernichtende Schläge dem Bolschewismus das Rückgrat zu brechen und die Welt auf absehbare Zeit von dieser Gefahr zu befreien. Wenn aber auch Rußlands Offensivkraft gebrochen sei, so werde doch seine Widerstandskraft erst bei Besetzung allen Gebietes mindestens bis zum [...] erlahmen. Diese Aufgabe werde Deutschland sicherlich bis zum Herbst in Anspruch nehmen. Werde Deutschland angesichts der dafür notwendigen enormen Vorbereitungen und Anstrengungen gleichzeitig zu einem von der japanischen Marine als notwendig angesehenen Zusammenwirken zur Öffnung der Verbindung über den Indischen Ozean in der Lage sein? Wenn eine gleichzeitige Niederwerfung Rußlands und eine Öffnung des Weges über den Indischen Ozean nicht möglich sei, erscheint es vielleicht ratsam, die endgültige Vernichtung der Sowjetunion zu vertagen und zu versuchen, auf einer für Deutschland tragbaren Basis zu einem Arrangement zu gelangen. Die noch neutralen Mächte wie die Türkei, die iberischen Staaten und Vichy würden hiervon sicherlich im höchsten Maße beeinflußt werden. Die japanische Flotte sei bis Ende April mit Aufräumungsarbeiten im Südgebiet und mit notwendigen Ergänzungen und Reparaturen in Anspruch genommen. Alsdann stände sie für eine gleichzeitig vom Westen und Osten in Richtung auf Suez und den Nahen Orient einerseits und den Indischen Ozean andererseits anzusetzende Aktion zur Verfügung. Falls die deutsche Regierung sich mit diesem Programm einverstanden erkläre, sei Japan jederzeit zu einer Vermittlung mit der Sowjetunion bereit.
Der Marineattaché verwies in seiner Erwiderung auf die eindeutigen Ausführungen des Führers zur Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und führte aus, daß die Basis für ein Übereinkommen ihm nicht vorstellbar erscheine. Der Sprecher der Marine bat trotzdem in fast inständiger Form, die Überlegungen der japanischen Marine weiterzuleiten. Die japanische Wehrmacht würde nichts so sehr bedauern, als wenn die einzigartige Gelegenheit des Zusammenwirkens ungenutzt vorübergehen werde.
Die Initiative der Marine trifft in auffallender Weise zusammen mit der Ernennung Naotake Satos zum Botschafter Japans in Kujbischew. Wie ich verschiedentlich berichtete, spukt der Gedanke der Vermittlungsaktion zwischen Deutschland und der Sowjetunion seit langem in japanischen Köpfen. Neu ist dabei der auch in der Presse stark hervortretende Gedanke der Notwendigkeit gemeinsamer Operationen in Richtung des Indischen Ozeans. Die Marine war von jeher einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion abgeneigt und befürchtet, daß sich das Heer schließlich doch veranlaßt fühlen könnte, in den Kampf mit der Sowjetunion einzutreten, hierdurch würden die angesichts der Tiefe des Südvorstoßes nicht sehr stark disponiblen Kräfte Japans sehr in Anspruch genommen.

Die in Form und Inhalt typische japanische Initiative der Marine birgt Momente in sich, die nicht unbedenklich sind. Bei aller zuzumutenden Offenherzigkeit liegt darin die Gefahr, daß die Verantwortlichkeit für zukünftige Unternehmungen einseitig verteilt und Gelegenheit für spätere Berufungen geschaffen wird. Trotzdem ist an der Ernsthaftigkeit der Absichten der Marine nicht zu zweifeln. Ich habe sorgsam vermieden, die von der Marine aufgeworfene Frage mit Vertretern des Heeres oder der Politik zu erörtern, Gedanke Schwerpunktverlegung Operationen Drei[er]paktmächte nach dem Süden ist allerdings auch von den politisch führenden Offizieren der Armee, so von Generalleutnant Muto, kürzlich gegenüber Militärattaché [*Kretschmer*], allerdings ohne die Idee einer Verlegung der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, stark vertreten worden. Andererseits verweise ich auf Ausführungen, die der jetzige Premierminister [*General Tojo*] noch als Kriegsminister mir gegenüber gemacht hatte, die sich mit dem Gedanken der Marine weitgehend decken.

Angesichts der Bedeutung, die der Marine als politischer Faktor in Japan zur Zeit vielleicht noch im stärkeren Maße als dem Heer zukommt, erscheint mir eine eingehende Klarstellung des deutschen Standpunktes, die hier in geeigneter Form vorzubringen wäre, erforderlich zu sein.
[...]

[108] *Bericht des Botschafters Ott über die militärischen Erfolge Japans*
Tokio, den 15. Mai 1942

Der sechste Monat nach Ausbruch des Ostasienkrieges findet Japan im Besitz aller geographisch zu Großostasien gehörenden Südgebiete. Nach dem Fall von Corregidor am 5. Mai und der Kapitulation der amerikanischen Streitkräfte in Mindanao am 11. Mai sind letzte Widerstandsnester auf den Philippinen genommen. Damit hat Japan in fünf Kriegsmonaten mit einer jedermann und nicht zuletzt seine eigene politische und militärische Führung überraschenden Schnelligkeit alle Gebiete gewonnen, auf die im letzten Menschenalter die weitestgehende nationale Aspiration gerichtet und wofür militärische Pläne in langer Arbeit vorbereitet waren. An einzelnen Stellen haben bereits Vorstöße weit über Großostasien hinaus geführt. Auch unter Berücksichtigung der gegebenen günstigen Voraussetzungen – stärkste Bindung aller tatsächlichen und potentiellen Gegner an anderen Fronten, geringe Kampfmoral des Feindes, Vorteile der Initiative, des einheitlichen Kommandos usw. – kann man den japanischen Leistungen ehrliche Bewunderung nicht versagen.
Es verlohnt sich, einige Daten ins Gedächtnis zurückzurufen. Am 25. Dezember [1941] fiel Hongkong, am 2. Januar [1942] Manila, am 15. Februar Singapur, am 8. März Rangun, am 9. März ergab sich ganz Niederländisch-Indien, am 1. Mai fiel Madalay, und anschließend wurden die geschlagenen chinesischen Truppen entlang der Burma-Straße nach Yünan hinein verfolgt. Roh geschätzt wurden 300 000 Gefangene gemacht, 1250 Tanks, 3000 Geschütze erbeutet, etwa 1500 Flugzeuge abgeschossen oder am Boden zerstört. Zur See wurden unter anderem 7 feindliche Schlachtschiffe, 6 Flugzeugträger und Mutterschiffe, 15 Kreuzer, 15 Zerstörer versenkt. Insgesamt standen 27 feindliche Divisionen, allerdings sehr unterschiedlicher Güte, im Kampf. Von japanischer Seite waren Teile der Flotte, Luftstreitkräfte und etwa 16 Divisionen eingesetzt.
Wie ich Anfang März berichtete, sah sich japanische Führung nach Erreichung der ostasiatischen Ziele vor neue Aufgaben gestellt, die noch nicht, wie die vorhergehenden, vorbereitet und studiert waren. Abgesehen von einem Anfang April durchgeführten, erfolgreichen Luftüberfall von Flugzeugträgern auf Ceylon, hat sie sich der Erledigung von Restaufgaben und der Reorganisation ihrer Streitkräfte gewidmet; in den Philippinen und an anderen Punkten sind inzwischen größere Streitkräfte freigeworden.
Nach Beobachtungen, die sich auch auf die Untersuchungen der Militärattachés stützen, stellt sich die Lage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen wie folgt dar:
In der Mandschurei finden gewisse Truppenbewegungen statt, die wahrscheinlich mit Verlegung aus den Winterquartieren in die der taktischen Lage entsprechenden Räume zusammenhängen. Die Marine ist einem Vorgehen gegen die Sowjetunion im gegenwärtigen Zeitpunkt abgeneigt. Eine Überprüfung der Lage ist jederzeit möglich, sie hängt in erster Linie von den Ergebnissen der deutschen Offensive und der Entwicklung des russisch-angelsächsischen Verhältnisses ab. Politisch bleibt selbstverständlich die Eingliederung der fernöstlichen Seeprovinzen, von denen allein aus eine ernste Luftbedrohnung Japans möglich wäre [...] zu erstreben. In gewissen Kreisen wird auch die Idee eines von Japan abhängigen Mongolenstaates gefördert. Abgesehen hiervon fehlt es aber an einer politischen Konzeption, für die zu erwerbenden und mit Ausnahme von Nordsachalin wirtschaftlich weniger ergiebigen Gebiete.
An der chinesischen Front ist vorderhand nur mit lokalen Aktionen, etwa zur Wegnahme von Flugstützpunkten in Mittelchina, von denen aus Japan angegriffen werden könnte, zu rechnen. Auch der Vorstoß nach Yünan über die Burma-Straße scheint eher zur Ausschaltung chinesischer Operationsmöglichkeiten gegen Burma und Zerstörung der dort vorhandenen chinesischen Rüstungsindustrie als etwa zu einem ernsthaften Vorstoß auf Kunming oder gar Chungking durchgeführt zu werden. Mit einem Zusammenbruch oder Nachgeben Chungkings wird vorerst nicht gerechnet.
Soweit zur Zeit übersehbar, sind größere Operationen gegen das indische Festland nicht vorgesehen. Einmal sind die für einen planmäßigen Angriff auf das 400-Millionen-Reich erforderlichen Truppen und der notwendige Transportraum noch nicht bereitgestellt. Zum anderen ist sich die japanische Führung über die politische Gestaltung der indischen Frage nicht im klaren und hegt nach wie vor die Bedenken, über die ich verschiedentlich berichtet habe.
Wie ich streng vertraulich erfahre, steht auch eine Landung auf Ceylon nicht unmittelbar bevor. Das Einsetzen der Monsumstürme Ende Mai läßt ein derartiges Unternehmen bei noch vorhan-

denem Widerstandswillen des Gegners ziemlich riskant erscheinen. Eine Festsetzung in Ceylon allein ohne anschließendes energisches Anpacken der britisch-indischen Stellung müßte mit dauernder Luftbedrohnung vom Festland her und schwierigen Nachschubverhältnissen erkauft werden. Ohne einen gleichzeitigen Angriff auf die angelsächsische nahöstliche Stellung hält die japanische Führung das Unternehmen augenscheinlich für schwierig. Bis auf weiteres werden sich daher die japanischen Operationen im Indischen Ozean auf Störunternehmungen der See- und Luftstreitkräfte beschränken. Der Gedanke einer Festsetzung auf Madagaskar, mit dem die japanische Marine sich im März und April beschäftigt hatte, ist mangels hierfür erforderlicher Kräfte und wohl aus ähnlichen Erwägungen wie der Angriff auf Ceylon, der zeitlich in jedem Fall wohl vorausgehen müßte, zurückgestellt worden.
Es ist zu vermuten, daß der Schwerpunkt der zukünftigen Operationen, über die man strengstes Stillschweigen wahrt, für die nächste Zeit im Südpazifik liegen wird. Die Überlegung, daß den Amerikanern keine Zeit gelassen werden sollte, sich in Australien eine Angriffsbasis zu schaffen, ist wohl hierfür maßgebend. Geplant scheint zunächst, im Anschluß an die großen Erfolge zur See, an die Besetzung der Australien und Neuseeland vorgelagerten Inselgruppen heranzugehen, um den Seeverkehr mit Amerika möglichst zu unterbinden und auch die Luftverbindung zu stören. Für einen Großangriff auf die australische Ostküste sind zur Zeit kaum genügend Vorbereitungen getroffen.
Schließlich laufen immer wieder Gerüchte um, die von einem Handstreich auf die Hawaii-Inseln und Operationen gegen die Aleuten wissen wollen. Obwohl derartige Pläne nicht außerhalb der Möglichkeiten liegen und angesichts der erfolgreichen Kühnheit der bisherigen Kriegführung einen Anreiz bieten, annehme ich nicht, daß sie zur Zeit im Vordergrund stehen.
Die Kriegswirtschafts-Organisation der großasiatischen "Wohlstandssphäre" ist erklärlicherweise noch nicht sehr fortgeschritten. Wie aus verschiedenen Reden Tojos und anderen Äußerungen von Regierungsseite hervorging, besteht die Absicht, einen engeren Kreis, bestehend aus Japan, Mandschukuo und dem besetzten China zu schaffen. Für diesen Kreis soll für die Lebensmittelversorgung innerhalb von zehn Jahren Autarkie angestrebt werden. Man versucht, die eroberten Südgebiete gegenwärtig voll für die Kriegführung auszubeuten, und es besteht der Plan, sie später zu speziellen Rohstofflieferanten Großostasiens und Komponenten einer ostasiatischen Autarkie zu gestalten.
Im Augenblick sind durch den Krieg starke Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge dieser Gebiete durchgeführt worden, die den Ruin gewisser Wirtschaftszweige mit sich bringen können. Dazu kommt, daß nach den bisher gemachten Beobachtungen der Feind ausgiebige Zerstörungen hat durchführen können, die eine volle wirtschaftliche Ausnutzung sehr erschweren. Vor allem scheint es den Holländern und Engländern gelungen zu sein, die Ölraffinerien zu zerstören. Den glänzenden militärischen Erfolgen stehen also gegenwärtig nur wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten gegenüber, die in keinem Vergleich zu der früheren Ergiebigkeit der betreffenden Gebiete stehen. Die ostasiatische Sphäre wird also im ganzen gesehen zunächst weder auf dem Rohstoff- noch dem Konsumgüter- und vor allem Nahrungsmittelgebiet eine merkbare Entlastung erfahren, dazu kommt ein Mangel an Schiffsraum, der die Regierung veranlaßt hat, eine Verdreifachung des vorhandenen Bestandes als unbedingt notwendig zu fordern. Amerikanische U-Boot-Angriffe machen sich zudem in steigendem Maße fühlbar. Weitere Einschränkungen für Japan und eine sehr viel einschneidendere Senkung des Lebensstandards in den eroberten Gebieten sind kaum vermeidbar. Es ist aber nicht zweifelhaft, daß das japanische Volk dies willig ertragen wird, und daß sich die eroberten Südgebiete dem gleichfalls fügen werden.
Japan wird die einmal eroberten Gebiete mit rücksichtsloser Energie, wenn auch unter totaler Umgestaltung der bisherigen Struktur und unter Verzicht auf frühere größere Ergiebigkeit, für seine Bedürfnisse einsetzen. Es besteht keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß Japan dies trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehlgriffe in einem für ostasiatische Verhältnisse ausreichendem Maße gelingen wird.

[109] *Offiziöse Darstellung der Währungs- und Finanzpolitik Japans in den von ihm besetzten Südgebieten (1943)*

Währung und Finanzen in den besetzten Südgebieten
1. Errichtung der Großostasiatischen Finanzsphäre.
Der Wiederaufbau der besetzten Südgebiete vollzieht sich auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft, Kultur, öffentlichen Ordnung usw. mit dem Ziel der Errichtung der Großostasiatischen Wohlstandssphäre, wobei ständig Fortschritte zu verzeichnen sind. Da jedoch die siegreiche Beendigung des Großostasienkrieges die erste Voraussetzung für den Aufbau dieser Sphäre ist, hat naturgemäß alles, was mit der Kriegführung zusammenhängt, auf allen Gebieten den Vorrang. So muß insbesondere die Verstärkung der Wehrkraft Japans als eine der unerläßlichen Bedingungen zur Durchführung des gewaltigen Krieges die Hauptaufgabe des Wirtschaftsaufbaus

sein. Zu diesem Zweck ist es notwendig, den großen Reichtum an Rohstoffen in den besetzten Südgebieten mit größtmöglicher Beschleunigung zu erschließen und gleichzeitig das dort wirksam gewesene angelsächsische Wirtschaftssystem, das ausschließlich auf Ausbeutung gestellt war, einem neuen der Großostasiatischen Wohlstandssphäre entsprechenden System Platz machen zu lassen. Diese Förderung der Rohstofferschließung und die Errichtung jenes neuen Wirtschaftssystems haben aber ihrerseits eine gesunde Entwicklung auf dem Gebiet der Währung und Finanzen zur ersten Voraussetzung. Da die Währungen und das Finanzwesen der einzelnen Länder vielfach unter dem Einfluß von Dollar und Pfund standen, ergibt sich hier die unbedingte Notwendigkeit, diese Einflüsse zu beseitigen und ein der Idee der Großostasiatischen Wohlstandssphäre entsprechendes Währungs- und Finanzsystem zu errichten.
Der Gedanke einer Großostasiatischen Finanzsphäre, deren Zweck es ist, die Warenerzeugung und den Warenverkehr in den angeschlossenen Gebieten sowohl für die Stärkung der Wehrkraft Japans als auch für den Ausbau und die Entwicklung der Sphäre selbst dienstbar zu machen, wurde in letzter Zeit von den zuständigen Behörden unter vergleichsweiser Heranziehung der Währungsmaßnahmen, die Japan nach dem Chinakonflikt auf dem asiatischen Festland durchgeführt hat und Deutschland in den von ihm besetzten Gebieten gegenwärtig durchführt, studiert. Es ergibt sich hier die Notwendigkeit, einen Yenblock zu schaffen, in dem alle innerhalb der Sphäre im Umlauf befindlichen Währungen mit dem japanischen Yen als Mittelpunkt miteinander verknüpft sind; d. h. alle Gebiete der Großostasiatischen Wohlstandssphäre sollen ihren gegenseitigen Wirtschaftsverkehr mit dem japanischen Yen als Verrechnungsbasis durchführen, während die Verrechnung mit Gebieten außerhalb der Sphäre nach einem vielseitigen, die ganze Sphäre umfassenden Clearingsystem grundsätzlich mit dem Yen als Basis in Tokio durchgeführt werden soll. Zu diesem Zwecke werden sich die einzelnen Zentralbanken und die Japanische Reichsbank gegenseitig Kredite einräumen. Um das reibungslose Funktionieren dieser auf dem japanischen Yen basierenden Großostasiatischen Finanzsphäre zu gewährleisten, müssen folgende zwei Voraussetzungen erfüllt sein:
1. Das Wirtschaftssystem eines jeden Gebietes muß so geregelt sein, daß die Verrechnung in dem betreffenden Gebiet mit dem japanischen Yen auf die einfachste Weise durchgeführt werden kann;
2. Der Wechselkurs zwischen dem japanischen Yen und der Währung des betreffenden Gebietes muß in angemessener Höhe festgesetzt sein und darf keinen häufigen Schwankungen unterliegen. Um die erste Voraussetzung zu erfüllen, muß die Wirtschaft der in Frage kommenden Gebiete, die bisher der angelsächsischen Ausbeutung ausgesetzt war, als ein Teil der mit Japan als zentraler Kraft geschaffenen selbständigen Wehrwirtschaftssphäre reorganisiert werden. Zum Zwecke der Erfüllung der zweiten Voraussetzung müssen bei der Festsetzung des Wechselkurses der Preisstand sowie die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und anderen örtlichen Bedingungen Berücksichtigung finden.
Diese Grundprinzipien sollen im folgenden des näheren erörtert werden:ı Gutachten der am 23. Juli 1942 abgehaltenen 5. Vollsitzung des Beratungsausschusses für den Großostasiatischen Aufbau festgelegt sind, zeichnen den klaren Weg ihrer Errichtung vor.
Diese Grundprinzipien sollen im folgenden des näheren erörtert werden:
I. Grundsätze:
1. Umfassende und intensive Ausnutzung der in Großostasien vorhandenen Rohstoffe, um die höchste Entwicklung der wehrwirtschaftlichen Kraft Großostasiens zu sichern und zu fördern.
2. Errichtung einer großostasiatischen Finanzsphäre mit Japan als Mittelpunkt, um die finanzielle Zusammenfassung aller großostasiatischen Gebiete zu festigen und organisch zu gestalten.
3. Auf dem Gebiet dieser finanziellen Zusammenfassung aller Teile des großostasiatischen Raums mit Japan: Beseitigung des alten überholten Leitgedankens, demzufolge der finanzielle Zusammenhang zwischen Japan und den anderen großostasiatischen Gebieten lediglich durch die Verrechnungskraft und die Kapitalkraft als treibender Faktor bewerkstelligt wurde, und seine Ersetzung durch einen neuen Gedanken, Lenkung der finanziellen Beziehungen dieser Länder mit den Ländern außerhalb der großostasiatischen Finanzsphäre durch Japan als dem Mittelpunkt der Sphäre.
4. Durchführung der Kapitalbildung und Kapitalverstärkung in allen Gebieten der Großostasiatischen Finanzsphäre und Durchführung finanzieller Maßnahmen entsprechend den örtlichen Verhältnissen zum Zwecke der Entwicklung der einheimischen Bevölkerung.
II. Durchführung:
a) Errichtung eines Notenbank- und Währungssystems in allen Gebieten der Sphäre unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowie der politischen und wirtschaftlichen Lage unter Durchführung einer zweckmäßigen Gebietseinteilung. Die Banknoten, welche von den Notenbanken ausgegeben werden, sollen als einzige gesetzliche Währung in dem betreffenden Gebiet gelten; diese Währung soll auf dem japanischen Yen basiert sein.
b) Festsetzung des Umrechnungskurses zwischen den Währungen der Gebiete der Sphäre und dem japanischen Yen in einer Weise, daß umfassende Pläne in bezug auf alle Rohstoffe und

Arbeitskräfte in ganz Großostasien wirksam durchgeführt werden können, sowie Ergreifung von Maßnahmen zur Stabilisierung des einmal festgesetzten Kurses.
c) Grundsätzliche Vornahme der Verrechnung zwischen den Gebieten innerhalb der Sphäre sowie zwischen diesen und denjenigen außerhalb der Sphäre auf der Basis des japanischen Yen; Ergreifung geeigneter Maßnahmen für die Schaffung eines umfassenden Clearingsystems
d) Aufstellung eines grundsätzlichen Plans für den Außenhandel und für die nicht außenhandelsmäßigen Angelegenheiten zwischen der gesamten Großostasiatischen Sphäre und den Ländern außerhalb derselben mit dem Ziel der Erreichung einer günstigen Handels- und Zahlungsbilanz. Aufstellung eines Plans für eine der obengenannten entsprechenden Bilanz unter den Gebieten der Großostasiatischen Sphäre untereinander und zwischen diesen Gebieten und denjenigen außerhalb der Sphäre. Durchführung einer Devisenkontrolle unter japanischer Führung zum obengenannten Zwecke. Gleichzeitig werden alle Gebiete dieser Sphäre unter Japans Lenkung und ihrer Lage entsprechend die erforderlichen Maßnahmen wie die Kapitalregelung, durchführen und durch eine Stärkung der Kapitalsammlung die Finanzautarkie anstreben.
e) Möglichste Stabilhaltung des Werts der in allen Gebieten der Sphäre geltenden Währung, damit keine Hindernisse für die Verstärkung der Wehrwirtschaft auftreten. Die Preise in den Gebieten der Sphäre werden so gestaltet, daß sie die Produktionssteigerung, den Warenverkehr und die Heranziehung von Arbeitskräften innerhalb ganz Großostasiens erleichtern und die Lasten für jedes einzelne Gebiet beim Aufbau der großostasiatischen Wirtschaft gerecht verteilen. Bei der Kontrolle der Preise ist jedoch auf die jeweilige Lage und die Gebräuche in jedem Gebiet Rücksicht zu nehmen.
f) Organisierung der Finanzorgane aller Gebiete der Sphäre entsprechend der Industrie und Wirtschaft des betreffenden Gebietes sowie entsprechend dem Vordringen der zur Kontrollierung des dortigen Finanzwesens eingerichteten japanischen Finanzorgane.
g) Den Banken für Überseechinesen sowie den Provinzialbanken wird, sofern sie keinen feindlichen Einflüssen unterliegen und ihre Bilanzen günstig sind, grundsätzlich die Möglichkeit gegeben, sich unter japanischer Führung mit der provinziellen Finanzierung zu befassen.
h) Die Investierung in den Gebieten innerhalb der Sphäre untereinander sowie von der Sphäre nach außerhalb derselben und umgekehrt wird unter japanische Kontrolle gestellt.
Von diesen Grundsätzen geleitet, macht der Aufbau der Großostasiatischen Finanzsphäre ständige Fortschritte, wobei Japan den Kern der Sphäre bildet und der Japanischen Reichsbank die Aufgabe einer Zentralbank für ganz Großostasien zufällt. Diese hat ihre Organisation der neuen Aufgabe als Zentralbank der Großostasiatischen Wohlstandssphäre bereits dadurch angepaßt, daß sie am 1. Mai v. J. auf Grund eines neuen Reichsbankgesetzes eine bedeutende Umorganisation durchführte...

9. KAPITEL

DIE REAKTION DER ANGLO-AMERIKANISCHEN KOALITION AUF DEN JAPANISCHEN ANGRIFF (1941/1942)

Seit 1940 war Roosevelt bis zur äußersten Grenze einer Neutralitätspolitik gegangen, im Grunde hatte er sie überschritten, um die demokratischen Mächte in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen und die eigene Nation in der Zwischenzeit für ein mögliches Eingreifen in den europäischen Konflikt vorzubereiten. Im September 1940 hatte er durch das Burke-Wadsworth Law die allgemeine Dienstpflicht eingeführt – es war die erste Zwangsrekrutierung in Friedenszeiten in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Zunächst blieb die Registrierung auf die 21jährigen bis 36jährigen beschränkt, aber im Herbst 1941 wurde diese Beschränkung aufgehoben und die Altersgrenze von zwanzig bis fünfundvierzig erweitert. Schließlich kamen Ende 1942 auch noch die 18- und 19jährigen hinzu. Um die industrielle Mobilmachung zu beschleunigen, schuf Roosevelt die "Advisory Commission on National Defence", die aus sieben Mitgliedern bestand, während der Kongreß die Regierung bevollmächtigte, Fabriken zur Produktion von Kriegsmaterial zu finanzieren, zu pachten und zu requirieren oder zu bauen.

Der zündende Funke aber zur radikalen Umstellung der amerikanischen Politik, Wirtschaft und des öffentlichen Lebens auf den Krieg war der japanische Überfall auf Pearl Harbor. Jetzt nahm das amerikanische Volk den "ihm auferlegten Kampf mit bitterer Entschlossenheit" (Schlesinger) auf sich. Unter dem Eindruck der Katastrophe und angesichts der Erfordernisse einer globalen Strategie bewilligte der US-Kongreß große Summen für den Kampf. In den Jahren 1935 bis 1938 hatten die Amerikaner über 3 Milliarden Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Jetzt, vom 1. 7. 1940 bis 1. 7. 1943, stiegen diese auf 110 Milliarden Dollar. Allein im Juni 1943 betrugen die Ausgaben 7,7 Milliarden Dollar. Alle Anstrengungen wurden unternommen, die Vereinigten Staaten in kürzester Zeit zu einer See- und Luftmacht aufzurüsten, die nicht ihresgleichen hatte: bei Kriegsbeginn verfügten die USA über 346 Kriegsschiffe, am Ende des Krieges zählte die Marine 1171 Kriegsschiffe; die Flugzeugproduktion kletterte von 8000 auf 120 000 Kampfmaschinen aller Art, während die Gesamtstreitkräfte von 4,25 Millionen im Oktober 1942 auf 8,3 Millionen im Jahre 1945 erhöht wurden.

Ebenso zeigten die Eingriffe in das öffentliche Leben, in welchem Umfange sich Amerika auf den Krieg umstellte: Post, Rundfunk und alle anderen Verbindungen zum Ausland wurden kontrolliert. Die gesamte Wissenschaft wurde mobilisiert. Die Produktionsschlacht nahm ungeheure Ausmaße an, es wurden zusätzliche Fabriken geschaffen, bestehende Produktionsstätten für Kriegszwecke nutzbar gemacht, Rohstoffe und Materialien zugeteilt, um Engpässe zu vermeiden. Dies alles geschah ohne eine allzu starke Drosselung der Gebrauchsgüterproduktion. Die Materialbeschaffung, Rangordnung und Fabrikation lagen in den Händen des "War Production Board" unter D. M. Nelson. Den gemeinsamen Bemühungen des Landes war es zu verdanken, daß die Gesamtproduktion der USA einschließlich der Leih- und Pachtlieferungen am Ende des ersten Kriegsjahres bereits die gleiche Höhe erreicht hatte wie die aller drei Achsenpartner (Deutschland, Italien und Japan) zusammengenommen. Bis 1944 war die ungeheure Produktion so weit gestiegen, daß sie doppelt so groß war wie die ihrer Gegner (dabei war noch nicht einmal diejenige Großbritanniens und der UdSSR miteinbezogen).

In welchem Maße das amerikanische Wehrpotential den Ausgang dieses Krieges entscheiden mußte, haben damals auch deutsche Wirtschaftsexperten erkannt. General Thomas, der Chef des Wehrwirtschaftsamtes im OKW, hatte die deutsche politische Führung darauf hingewiesen, daß die USA nach "einem 1–1 1/2jährigen

Anlauf auf fast allen Rüstungsgebieten eine Leistungsfähigkeit erreichen" würden, die alle anderen Staaten weit überträfe. Doch hat Hitler aus diesen Überlegungen niemals die notwendigen Konsequenzen gezogen. Er hat vielmehr geglaubt, 1941/42 die Entscheidung auf dem Kontinent erzwingen zu können, bevor die USA in den Krieg eingriffen.

Aber bis die amerikanischen Streitkräfte in hinreichender Stärke auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen eingreifen konnten, vergingen kostbare Monate. General Marshall, der damalige Chef des US-Generalstabes, hat später einmal geschrieben: "Unser Land benötigte ungefähr acht Monate, um in Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten seine Rüstung zu vollenden, die ersten Streitkräfte auszubilden und sie dorthin zu transportieren, wo sie zu offensiven Aktionen gegen den Feind eingesetzt werden konnten."

Von dem Augenblick an, in dem Großbritannien und die Vereinigten Staaten Schulter an Schulter für die gemeinsame Sache der westlichen Demokratien kämpften, war es ihre vordringlichste Aufgabe, ihre weltweite Strategie aufeinander abzustimmen und sinnvoll zu koordinieren [110]. Der wichtigste und zugleich bedeutsamste Schritt hierzu war die Bildung des Komitees der Vereinigten Stabchefs der beiden Staaten auf der Konferenz von Washington im Januar 1942. Dieser Generalstab, dem die Stabchefs der einzelnen Wehrmachtsteile angehörten, hatte die Aufgabe, strategische Weisungen für die anglo-amerikanischen Streitkräfte auszuarbeiten und diese den Regierungschefs zur Entscheidung vorzulegen [111].

Ihre Konferenzen, die manchmal bis zu 14 Tage dauerten, [112] hielten sie in allen Weltteilen ab: in Casablanca, Washington, Quebec, Teheran, Kairo, Malta und auf der Krim. Nach dem Bericht Churchills fanden während des Krieges zweihundert offizielle Sitzungen statt, davon 89 Vollkonferenzen. Außerdem wurde für jeden Kriegsschauplatz ein gemeinsamer Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und zur Luft ernannt, der nach den Direktiven der Vereinigten Stabschefs zu führen hatte.

Als Roosevelt und Churchill Anfang Januar 1942 in Washington zusammentrafen, sahen sie sich einer kritischen militärischen Lage gegenüber: Nach wie vor stand der Zusammenbruch Rußlands und Chinas zu befürchten. Außerdem gaben die hohen Verluste zur See Anlaß zu ernster Besorgnis. Im ersten Halbjahr 1942 konnten die Alliierten für je zwei verlorene Schiffe nur ein neues bauen. Solange die Neubauten aber nicht die Versenkungsziffern übertrafen, war an ein Entscheidung suchendes Unternehmen in Europa nicht zu denken. Angesichts des ungestümen Siegeszuges der Japaner im Pazifik mußte zudem die Frage geklärt werden, wie die verfügbaren Kräfte der beiden Verbündeten auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen eingesetzt werden konnten. Zwei Entscheidungen haben schließlich die große Strategie der Alliierten für die Jahre 1942–1944 bestimmt: die Alliierten beschlossen, zuerst die Achsenmächte niederzuringen (sie bestätigen damit also die "Germany first"-Strategie). Deutschland war nicht nur der stärkste, sondern auch der nächste Gegner, der von der Basis Großbritannien und von Rußland aus bekämpft werden konnte; seine Niederlage mußte den Zusammenbruch Japans nach sich ziehen, was umgekehrt nicht der Fall sein würde [111].

Von Anfang an kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den amerikanischen und britischen Planern über die Frage, an welcher Front der entscheidende Schlag gegen Deutschland geführt werden sollte. Die Amerikaner, nach den Worten Chester Wilmots optimistisch, selbstbewußt und ungeduldig von Natur aus, glaubten, der direkteste Angriff müsse auch der kürzeste sein. Für sie war der Angriff über den Kanal lediglich eine Angelegenheit des Nachschubs und der Verbindungswege. Sie befürworteten daher eine möglichst starke Massierung alliierter Streitkräfte auf der britischen Insel, um von dort aus den Kampf auf den Kontinent hinüberzutragen. Doch die Briten wehrten sich gegen diesen Vorschlag; sie wandten sich gegen einen direkten Angriff an der stärksten Stelle der feindlichen Abwehrfront. Wohl bejahten sie die Notwendigkeit einer Invasion, doch wollten sie diese erst dann durchführen, wenn dazu die erforderlichen personellen und materiellen Voraussetzungen gegeben schienen. Vor allem mußten die Alliierten ihrer Meinung nach zuerst die absolute

See- und Luftüberlegenheit gewinnen, bevor ein solches Landeunternehmen überhaupt gewagt werden konnte. Einen Rückschlag dürften sich die Alliierten nicht leisten. Unter dem Eindruck der britischen Argumente stimmte Roosevelt schließlich dem britischen Plan zu, den Gegner zunächst an seiner schwächeren Stelle anzugreifen. So wurde die Landung in Nordafrika beschlossen.

DOKUMENTE

[110] *Aus dem Roosevelt-Memorandum vom 16. 2. 1942*

Prioritätenliste A
1. Die Vereinigten Staaten müssen zunächst die Verantwortung für die Verteidigung Niederländisch-Indiens, Australiens und Neuseelands übernehmen. Mannschaften und Kriegsbedarf müssen die Vereinigten Staaten noch vor dem 31. März verlassen. Zusätzlicher Nachschub an Menschen und Material zur Ergänzung für Verluste soll regelmäßig folgen.
2. Die Flotte soll außer dem Geleitdienst mit allen verfügbaren Mitteln die Nachschublinien zu den Konzentrationspunkten der Japaner angreifen. Die Flotte hat, soweit erforderlich, für Materialbeschaffung in australischen Marinestützpunkten zu sorgen.
3. Alles ist aufzubieten, um Java zu halten und mit allen verfügbaren Mitteln weiteren Vormarsch der Japaner aufzuhalten. Die Insel Timor halten. (Anmerkung: Die Japaner landeten schon vier Tage später auf Timor, in gefährlicher Nähe Australiens).
4. Die Briten müssen mit Schiffen und Mannschaften, soweit sie darüber auf diesem Kriegsschauplatz verfügen, zusätzliche Hilfe leisten.
5. Die Briten übernehmen die Verantwortung für die sofortige Befestigung Burmas und Verteidigung Rangoons. Die Vereinigten Staaten leisten dabei Hilfe, soweit sie können.
6. Die Vereinigten Staaten bleiben weiterhin verantwortlich für die Unterstützung Chinas mit Kriegsmaterial, das aber vorläufig auf den dringendsten Bedarf beschränkt bleibt, wie Flugzeuge, Munition, hochwertigen Treibstoff und andere Waffen, soweit diese die chinesische Armee erreichen können. Das jetzt in Rangoon befindliche freiwillige Fliegerkorps soll als ein Teil der amerikanischen Unterstützung Tschiang-Kai-scheks betrachtet werden.
7. Verstärkte Bekämpfung der U-Boote im Atlantik, zugleich reichlichere Verwendung kleinerer Schiffe.
8. Das Russische Protokoll, der Nachschub nach dem Nahen Osten, dem Persischen Golf, dem Vereinigten Königreich und nach bestimmten südamerikanischen Ländern.
9. Verstärkung Hawaiis. Erhöhung unserer Angriffskräfte auf dem Atlantik auf 100 000 Mann. Die Briten müßten ihre Spezialkräfte von 55 000 Mann auf 100 000 Mann erhöhen.
10. Die vorgefaßten Pläne für die Bombengeschwader in England ausführen.
11. Verstärkung des Transportdienstes auf dem Atlantik.
12. An bevorzugter Stelle beschleunigte Produktion für Werkzeugmaschinen, für alles erforderliche Material der Produktion der Treibstoff-Fabriken, aller Kampfflugzeuge der Armee und Flotte und der Handelsschiffe.

Prioritätenliste B
1. Die vollständige Besetzung Islands durch amerikanische Streitkräfte und Verwirklichung unserer Vorhaben in Nordirland.
2. Ein vollständiger Plan der Aufstellung der Streitkräfte in Alaska und auf den Aleuteninseln und Durchführung dieses Planes wenn möglich bis spätestens 1. Juli.
3. Einziehung und Musterung von x-hunderttausend Mann für die Armee und Flotte, die auszubilden und auszurüsten sind.

[111] *Aus einem Memorandum Roosevelts vom 16. 7. 1942*
an die Stabschefs der USA

...zur Weltlage:
a) Falls Rußland große deutsche Streitkräfte bindet, ist "Round-up" [Landung in Frankreich] 1943 durchführbar. Die Pläne hierfür sind sofort zu entwerfen und die Vorbereitungen zu treffen.
b) Falls Rußland zusammenbricht und deutsche Land- und Luftstreitkräfte freigesetzt werden, ist zu gewärtigen, daß "Round-up" 1943 nicht zur Durchführung gelangen kann.
VIII. Der Nahe und Mittlere Orient müssen, ob Rußland zusammenbricht oder nicht, mit

stärksten Kräfte behauptet werden. Der Verlust dieser Räume würde – was ich Sie zu berücksichtigen bitte – folgendes bedeuten:
1. Den Verlust Ägyptens und des Suezkanals,
2. den Verlust Syriens,
3. den Verlust der Erdölfelder von Mossul,
4. den Verlust des Persischen Golfs und des Zugangs zum persischen Erdöl durch kombinierten Angriff aus Norden und Westen,
5. die Vereinigung von Deutschen und Japanern mit dem wahrscheinlichen Verlust des Indischen Ozeans,
6. die höchst wahrscheinliche Besetzung Tunesiens. Algeriens, Marokkos und Dakars durch die Deutschen mit Schließung der über Freetown und Liberien führenden Routen,
7. ernsteste Gefährdung unserer gesamten Schiffahrt im Südatlantik und ernsteste Bedrohung Brasiliens und der übrigen Ostküste Südamerikas. Zu den erwähnten Möglichkeiten gesellt sich die einer deutschen Besetzung Spaniens und Portugals, einschließlich ihrer Besitzungen.
8. Sie werden das beste Vorgehen zur Behauptung des Nahen und Mittleren Orients festlegen. Dieses Vorgehen hat auf alle Fälle eine oder beide der folgenden Möglichkeiten einzuschließen:
a) Die Entsendung von Landstreitkräften nach Ägypten, Syrien und dem Persischen Golf,
b) eine neue Unternehmung in Marokko und Algerien in der Absicht, Rommels Armeen im Rücken zu fassen.
9. Ich bin gegen eine Konzentration der amerikanischen Anstrengungen im Stillen Ozean zur möglichst schnellen Bezwingung Japans. Es ist außerordentlich wichtig, sich darüber klarzuwerden, daß Japans Niederlage Deutschland nicht besiegt und daß die Konzentration Amerikas gegen Japan heuer oder im nächsten Jahr die deutschen Aussichten stärkt, Europa und Afrika in völlige Botmäßigkeit zu bringen. Andererseits liegt es auf der Hand, daß Deutschlands Niederlage, beziehungsweise seine Eindämmung in den Jahren 1942 und 1943 vermutlich seine endgültige Niederlage in Europa, Afrika und im Orient nach sich ziehen wird. Der Sieg über Deutschland bedeutet auch den Sieg über Japan, vermutlich ohne einen einzigen Schuß und einen einzigen Toten.
10. Halten Sie sich bitte die drei Hauptgrundsätze vor Augen: Schnelligkeit bei der Beschlußfassung über die Pläne, Vereinheitlichung der Pläne nebst Kombination von Angriff und Abwehr, nicht Abwehr allein. Das gilt für die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe, amerikanische Landstreitkräfte schon 1942 gegen Deutschland einzusetzen.
11. Ich erwarte binnen einer Woche nach Ihrer Ankunft völliges Einvernehmen.

Der Oberste Befehlshaber
Franklin D. Roosevelt

[112] *Aus dem Tagebuch von Lord Alan Brooke – dem Chef des Empire Genst.*

"20. Juli [1942] Um 12.30 Uhr gingen wir zur Downing Street 10, um mit PM [Churchill] und den amerikanischen Stabschefs zusammenzutreffen. Ursprünglich hatten wir beabsichtigt, uns mit ihnen "außerplanmäßig" schon um 10 Uhr zu einer privaten Aussprache zusammenzufinden, aber der sehr mißtrauische PM hatte mir in Chequers gesagt, Marshall bemühe sich, den obersten Befehl über die amerikanischen Truppen an sich zu reißen, der das Vorrecht des Präsidenten sei.
Nach dem Essen hatten wir eine lange Unterredung mit *Marshall* und *King*. Beide sind immer noch für einen Angriff über den Kanal in diesem Jahr, um die Russen zu entlasten. Sie sind nicht klar darüber, daß solche Aktion nur zum Verlust von etwa sechs Divisionen führen kann, ohne daß etwas dabei herauskommt. Als nächstes brachten sie vor, daß wir die Inanspruchnahme der Deutschen in Rußland ausnutzen und schon jetzt einen Brückenkopf für die Operationen im Jahre 1943 errichten sollten. Ich mußte sie überzeugen, daß keine Aussicht bestünde, den Brückenkopf über den Winter hinaus zu behaupten. Darauf erörterten wir Alternativoperation in Nordafrika. Sie sind nicht sehr dafür, ziehen den Pazifik vor.
21. Juli. Kurze COS-Sitzung um 10 Uhr, und um 11 Uhr Zusammenkunft mit amerikanischen Stabschefs. Enttäuschender Start. Wir standen wieder genau da, wo wir gestern vormittag angefangen hatten. Nur gab Marshall zu, er sehe bis September keine Möglichkeit, eine Offensive in Europa zur Entlastung der Russen einzuleiten. Er übersah dabei, daß die Russen möglicherweise nach September ohnehin keine Hilfe mehr brauchen würden und daß auf alle Fälle dann das jahreszeitliche Wetter jede Kanalüberquerung unmöglich macht. Wir argumentierten zwei Stunden lang; währenddessen saß King wie eine Sphinx da, deren einziger Gedanke allerdings leicht zu erraten war: Verlegung der Operationen in den Pazifik. Um 13 Uhr trennten wir uns schließlich. Ich hatte das Gefühl, daß wir sehr wenig vorangekommen seien. Wir verabredeten, die Gespräche am nächsten Tag um 11 Uhr neu aufzunehmen...

...Um 23 Uhr mußte ich wieder zur Downing Street. Eden und Hopkins waren dort, und ich wurde nicht zu ihnen gelassen, da man befürchtete, Marshall und King könnten es erfahren und auf den Gedanken kommen, Hopkins nähme im Sinne von Roosevelts Wünschen Einfluß auf mich. Darum empfing Churchill mich im Kabinettszimmer und ließ sich über die Ergebnisse der Vormittagssitzung berichten.
22. Juli. Während COS-Sitzung, die um 10 Uhr begann, bat PM mich zu sich. Er hatte ein Telegramm an Auk aufgesetzt, um ihn zum Gegenangriff zu drängen. Ich ließ mir Entwurf vom Stenographen vorlesen und bat ihn, mir die Reinschrift vor Abgang zu zeigen, um Zeit zu gewinnen und Absendung nach Möglichkeit zu verhindern. Um 11 Uhr wieder Sitzung mit amerikanischen Stabschefs. Sie überreichten mir ein schriftliches Memorandum, worin sie an einem Angriff auf Cherbourg-Halbinsel im Jahre 1942 als vorbereitende Maßnahme für allgemeine Offensive 1943 festhielten.
Memorandum hob die Vorteile hervor, übersah aber den Hauptnachteil, daß keine Hoffnung bestand, Cherbourg bis zum nächsten Frühjahr zu behaupten. Ich führte ihnen alles Abträgliche vor Augen. Sie kamen dann auf den Angriff nicht mehr zurück, sagten jedoch, daß sie nunmehr den Präsidenten um Instruktion bitten müßten und vorher PM sehen möchten. Ich setzte daher eine Aussprache mit PM auf 15 Uhr fest, ging anschließend zu ihm, informierte ihn über den Stand der Dinge und überlegte mit ihm, wie man am besten vorgehe...
Um 15 Uhr trafen wir uns alle in Downing Street 10 und blieben dort bis 16 Uhr. PM teilte den amerikanischen Stabschefs mit, daß er der gleichen Meinung sei wie die englischen Stabschefs und die ganze Angelegenheit um 17.30 Uhr dem Kriegskabinett vortragen werde. In der Kabinettssitzung mußte ich den Reigen eröffnen; ich berichtete über alle Sitzungen mit den Amerikanern und sprach mich gegen Cherbourg-Angriff im Jahre 1942 aus. Mir fiel nicht schwer, das Kabinett zu überzeugen; es war ebenfalls einstimmig dagegen. Nunmehr kabelten die Amerikaner nach Washington, so daß wir jetzt auf nächste Phase unserer Besprechungen warten. Hoffentlich ist sie weniger erschöpfend als die bisherige.
...23. Juli. Mein Geburtstag: 59! Mir ist gar nicht so zumute. Schwierige COS-Sitzung, in der wir notfalls erforderliche Vorkehrungen gegen deutschen Vorstoß auf persische Ölfelder besprachen, wenn russischer Widerstand zusammenbrechen sollte. Dann mit türkischem Botschafter im Ritz geluncht. Er legte mir lang und breit auseinander, aus welchen Gründen die Türkei unter keinen Umständen gemeinsame Sache mit den Deutschen machen könne. Ganz zu überzeugen vermochte er micht nicht.
Beim Lunch erhielt ich Nachricht, daß PM die Stabschefs um 15 Uhr in Dowing Street 10 wolle. Dort erfuhren wir neueste Entwicklung unserer Verhandlungen mit Amerikanern: Roosevelts Antworttelegramm war eingetroffen. Er fand sich mit der Tatsache ab, daß Westfront für 1942 abgeschrieben werden müsse. Er sei ebenfalls für eine Operation in Nordafrika und werde seine Stabschefs entsprechend instruieren. Diese würden die verschiedenen Aspekte mit ihrem Stab erwägen und wahrscheinlich morgen mit uns zusammentreffen. Winston hatte Sorge, ich könnte Marshall durch Hinweis auf Mittelost-Gefahren für 1943 wieder von Afrika abbringen. Ich sagte ihm, es sei meine Pflicht, den Amerikanern die strategische Gesamtlage darzustellen. Sehe Schwierigkeiten voraus.
Auchinleck eröffnete vorgestern Gegenangriff. Bin nicht sehr glücklich über bisherige Resultate. Am Abend hatte ich Marshall zum Essen bei mir, dazu Grigg, Venning und Weeks. Marshall sehr liebenswürdig und freundlich."

[113] *Erklärung des amerikanischen Außenministers Cordell Hull, über die Ziele des Krieges (in einer Rundfunksendung vom 23. Juli 1942)*

Der Konflikt, der jetzt die ganze Erde erfaßt hat, ist kein Krieg zwischen Nationen. Es ist kein örtlich oder regional begrenzter Krieg und auch keine Mehrzahl solcher Kriege. Auf der Seite unserer Feinde, die von den ehrgeizigsten, verworfensten und grausamsten Führern der Geschichte angeführt und getrieben werden, ist es der Versuch, dieses Land und jedes andere Land zu erobern und zu versklaven. Auf unserer Seite, der Seite der Vereinten Nationen, ist es für jeden von uns ein Kampf auf Leben und Tod zur Erhaltung unserer Freiheit, unserer Heimat und unserer ganzen Existenz. Wir sind einig in der Entschlossenheit, die Kräfte restloser Eroberung und brutaler Sklaverei auf der ganzen Welt zu vernichten. Durch ihre Niederlage wird die Freiheit oder die Voraussetzung zur Freiheit für alle Länder und alle Völker wiederhergestellt...
In diesem weltweiten Kampf stehen wir, die Amerikaner, vereint mit denen, die wie wir selbst für die Erhaltung ihrer Freiheit kämpfen; mit denen, die kämpfen, um ihre Freiheit wiederzugewinnen, die man ihnen brutal geraubt hat; mit denen, die kämpfen, um die Voraussetzungen der Freiheit zu schaffen...
Wenn der Sieg errungen ist, müssen wir uns zunächst mit denen befassen, deren Leiden mensch-

lisches Maß fast überschritten haben. Wenn die Armeen unserer Feinde geschlagen sind, wird die Bevölkerung vieler Länder Hunger leiden und keine Möglichkeit zur Erzeugung von Nahrungsmitteln haben; die Menschen werden ohne Wohnungen sein und keine Mittel haben, sich ein Obdach zu schaffen; ihre Felder sind verwüstet; ihr Vieh ist geschlachtet; ihr Handwerkszeug ist gestohlen; ihre Fabriken und Bergwerke sind zerstört; ihre Straßen und Transportmittel zugrunde gerichtet. Unzählige Millionen werden fern von ihrer Heimat sein – Kriegsgefangene, Insassen von Konzentrationslagern, Zwangsarbeiter aus fremden Ländern und alle, die geflüchtet sind, vor den Schrecken des Krieges, vor der Grausamkeit, vor dem Hunger. Überall besteht die Gefahr von Seuchen. In einigen Ländern werden auf die Beendigung der Feindseligkeiten Unruhen und Chaos folgen. Dem Sieg muß eine schnelle und wirkungsvolle Hilfe zur Beseitigung dieser brennenden menschlichen Not folgen...

Während dieser Übergangszeit müssen die Vereinten Nationen im gleichen Geiste der Zusammenarbeit, der jetzt ihre Kriegsanstrengungen kennzeichnet, die einzelnen Länder in ihren Bemühungen unterstützen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen; sie müssen schnelle Hilfe leisten, um die vielfältigen Probleme des Wiederaufbaus zu lösen...

Seit Jahrzehnten haben alle Nationen im Schatten eines drohenden Krieges gelebt. Dadurch hatten sie die schweren Lasten der Aufrüstung zu tragen, die bei einigen Nationen einen so großen Teil der Produktivität beanspruchten, daß der Rest des Volkseinkommens zum Aufrechterhalten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensstandards nicht ausreichte ganz zu schweigen von einer Verbesserung. Eng damit verbunden ist eine andere Belastung, die weniger offensichtlich, aber von gewaltigem Gewicht ist – die unausweichliche Lähmung produktiver Aktivität durch die Furcht vor einem Kriege. Viele Einzelmenschen, Gruppen von Menschen und ganze Nationen wagten es nicht, ihre Produktionsmittel zu verbessern, auszuweiten oder neu zu schaffen, weil sie fürchteten, daß durch einen Krieg alle ihre Mühen vergeblich sein könnten.

Keine Nation kann sich zufriedenstellend entwickeln, wenn ihre Bürger in ständiger Furcht vor äußeren Angriffen oder Einmischungen leben. Es ist offensichtlich, daß eine internationale Einrichtung geschaffen werden muß, die – notfalls durch Gewalt – in Zukunft den Frieden zwischen den Völkern wahrt. Dieser Mechanismus zur Sicherung des Friedens muß in internationaler Zusammenarbeit geschaffen werden. Dazu gehört schließlich auch die Begrenzung der nationalen Rüstung in einer solchen Weise, daß ein Bruch der Gesetze des Friedens nicht mehr möglich ist, und daß die Rüstungslasten auf ein Mindestmaß verringert werden.

Bei der Schaffung solcher Mechanismen würde eine praktische und zweckmäßige Übertragung von Hoheitsrechten durch Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens stattfinden. Durch Beteiligung aller Nationen an diesen Maßnahmen würde jede einzelne ihr Teil beitragen zur Sicherung der eigenen Zukunft gegen äußere Angriffe.

Die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln und tatsächlich sogar alle Angelegenheiten internationaler Zusammenarbeit setzen die Achtung von Gesetzen und Verpflichtungen voraus. Es ist daher klar, daß eine der Einrichtungen, die geschaffen und mit Macht ausgestattet werden muß, ein internationaler Gerichtshof ist. Ebenfalls ist klar, daß bei der Wiederherstellung der internationalen Ordnung die Angreifernationen durch die Vereinten Nationen so lange überwacht werden müssen, bis sie ihre Bereitwilligkeit und Fähigkeit unter Beweis stellen, mit anderen Nationen in Frieden zu leben. Wie lange eine solche Überwachung anhalten muß, hängt davon ab, wie schnell die Bevölkerungen Deutschlands, Japans, Italiens und ihrer Satelliten überzeugend nachweisen können, daß sie die absurde Philosophie der Herrenrasse und der Eroberung durch Gewalt verworfen und abgelegt und statt dessen die Grundprinzipien friedlichen Zusammenlebens zuverlässig angenommen haben. Während der Aufbauperiode der Weltorganisation muß eine Störung durch diese Angreifer unmöglich gemacht werden...

Wenn der Frieden zwischen den Nationen ausreichend gesichert ist, wenn das politische Leben stabilisiert ist, wenn wirtschaftliche Behinderungen beseitigt sind, werden in jeder Nation Kräfte frei werden, die dem Fortschritt dienen, die es jedem ihrer Bürger ermöglichen, einen höheren Lebensstandard zu erringen, und die die schöpferischen Kräfte der Initiative und des Unternehmertums beleben. Die Nationen der Erde werden dann mehr als jemals in der Vergangenheit die Möglichkeit haben, nach ihrer eigenen Wahl die Wege menschlichen Fortschritts auszubauen. Sie werden dies aus eigener Kraft tun und an Selbstachtung gewinnen. Die fortgesetzte Selbstentwicklung von Völkern und Einzelmenschen ist der richtige und logische Weg zu einer höheren Ebene des Lebens, die wir alle suchen und ersehnen...

10. KAPITEL

DIE MILITÄRISCHE KRIEGSWENDE AUF DEM EUROPÄISCHEN-, NORDAFRIKANISCHEN- UND ATLANTISCHEN KRIEGSSCHAUPLATZ: 1942/43

Der deutsche Operationsplan für die Sommeroffensive 1942 ließ zunächst vermuten, daß die Wehrmachtführung aus den Erfahrungen des Jahres 1941 gelernt hatte. Sie wollte statt der bisherigen drei Angriffspitzen (Heeresgruppe Nord, Mitte, Süd) einen Schwerpunkt im Südabschnitt bilden: operatives Ziel war die russische Südgrenze. Im Norden sollte Leningrad genommen werden, damit endlich die Verbindung mit den Finnen hergestellt würde. Mit der restlichen Ukraine, dem Dongebiet und dem Kaukasus hoffte Hitler, die "kriegswirtschaftlichen Kraftquellen" der Sowjetunion (Kohle, Erz, Öl) in die Hand zu bekommen und auf dem Wege dorthin die dem Gegner "noch verbliebene lebendige Wehrkraft endgültig" vernichten zu können. Er wollte dieses Mal die Operation rechtzeitig einstellen, in die "Winterquartiere" einrücken und eventuell eine riesenhafte Verteidigungslinie ("Ostwall") im Osten aufbauen, um dann den Ostfeldzug auf sich beruhen zu lassen und England über Syrien-Ägypten zu treffen. Goebbels meinte, es könne dann im Osten ruhig zu einem 100jährigen Krieg kommen, der Deutschland aber keine Sorgen zu bereiten brauche; es würde dann Rußland gegenüberstehen wie England Indien.

Wohl blieb der deutsche Angriffsflügel von Juni bis September noch einmal erfolgreich, wenn auch unter exzentrischem Auseinanderfließen der beiden Hauptstoßarme: eine Heeresgruppe hißte am 21. August auf dem Elbrus die Reichskriegsflagge und stieß durch den Hochkaukasus bis 30 km vor Ssuchum vor, während Teile einer anderen in den West- und Nordteil von Stalingrad eindrangen [115]. Damit war aber die äußerste Leistungsgrenze erreicht. Statt nun den Entschluß zu fassen, entweder den Kaukasus oder Stalingrad aufzugeben, um den Winter in verkürzter Abwehrfront zu überstehen, versteifte sich Hitler auf die Inbesitznahme und das Halten beider Positionen, obwohl er selbst den weit vorspringenden Bogen der deutschen Front an Don und Wolga, der zum Teil von den verbündeten Armeen (Rumäniens und Italiens) gehalten wurde, für gefährlich hielt. Zudem beraubte er sich durch seine Propagandarede vom 8. November 1942 ("Wir haben Stalingrad schon...") jeder Operations- und Entschlußfreiheit [119].

Unterdessen war General Rommel zur Rückeroberung der Cyrenaika angetreten. Mitte Februar 1942 stand er bei El Gazala. Jetzt schienen ein zweites Mal alle Voraussetzungen gegeben, die bedrohliche Insel Malta auszuschalten.

Am 29. und 30. April 1942 faßten Hitler und Mussolini den Entschluß, mit dem Großangriff Rommels gegen die britischen Verteidigungspositionen in Nordafrika Anfang Mai, spätestens Anfang Juni zu beginnen. Als Rommel am 26. Mai 1942 zu seiner großen Offensive antrat, die Wüstenfeste Tobruk eroberte, und es nun an der ägyptisch-libyschen Grenze zu entscheiden galt, ob man jetzt erst haltmachen sollte, um Malta zu erobern, oder aber – den Erfolg ausnutzend – den Marsch auf Kairo fortzusetzen, schrieb Hitler an Mussolini: An diesem "geschichtlichen Wendepunkt", der für den "Ausgang des ganzen Krieges ausschlaggebend" sein könne, müßten die Briten bis zur vollständigen Vernichtung pausenlos verfolgt werden, allein schon deshalb, um zu verhindern, daß durch eine Konzentration aller britischen und amerikanischen Truppen im Mittelmeer eine Änderung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Achsenmächte eintrete. Ende Juni erreichte die deutsch-italienische Panzerarmee zwar die El-Alamein-Linie (100 km westlich von

Alexandria), aber die weiteren Angriffe, die sich bis Ende August hinzogen, führten nicht zu dem erhofften Durchbruch; vielmehr reichten die vorhandenen Kräfte für einen durchschlagenden Erfolg nicht mehr aus.

Der deutsche U-Boot-Krieg, seit 1939 von Jahr zu Jahr erfolgreicher, der im zweiten Halbjahr 1942 immer noch unter den zu geringen U-Boot-Zahlen litt, wurde durch die britische Abwehr und das Konvoisystem stark behindert und sank in seiner Wirksamkeit ab. Die großen Möglichkeiten der Luftwaffe im Tonnagekrieg wurden in dieser Periode nur gelegentlich und mit unzulänglichen Kräften genutzt. Zwar brachte das erste Halbjahr 1942 den U-Booten in dem abwehrschwachen Gebiet vor der nord- und mittelamerikanischen Küste große Erfolge, die alle alliierten Planungen des Jahres 1942 beeinflußten, aber schon im zweiten Halbjahr 1942 wurden die U-Boote aus dem amerikanischen Küstenvorfeld abgedrängt. Obwohl die Bootszahlen jetzt wesentlich gestiegen waren, hatten sich die Versenkungserfolge des einzelnen U-Bootes wesentlich verringert; die Operationen litten bei den verbesserten Abwehrmöglichkeiten des Gegners weiterhin unter dem Mangel an U-Booten, vor allem aber machte sich das Fehlen einer leistungsfähigen Luftaufklärung nachteilig bemerkbar.

Am 23. Oktober 1942 begann der britische General Montgomery bei El Alamein [117; 118; 120] mit überlegenen Kräften die Gegenoffensive der Rommels Divisionen auf die Dauer nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten, zumal sich gerade in diesem entscheidenden Augenblick die steigenden Ausfälle im Nachschub fühlbar machten. Als zu gleichen Zeit – am 7./8. November 1942 – starke alliierte Verbände unter General Eisenhower im Rücken der Afrikaarmee in Algerien und Marokko landeten,[116][123] gerieten die "Achsenmächte" bald in einen hoffnungslosen Zweifrontenkrieg. Angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses, im besonderen zur Luft, war es nur eine Frage der Zeit, wann hier der Kampf zu Ende gehen mußte. Mitte Mai 1943 kapitulierten die letzten Teile der deutsch-italienischen Heeresgruppe Tunis. Damit war Nordafrika im Besitz der Alliierten; sie hatten sich den Ausgangspunkt für den tödlichen Stoß in den "Unterleib" der "Achse" erkämpft.

Zur gleichen Zeit hatten die britische und amerikanische Luftwaffe ihre Angriffe gegen deutsche Basen, Industriezentren und Städte verstärkt [114]. Ende Januar 1943 erfolgten die ersten Tagesangriffe der USAAF auf das Reichsgebiet ohne Jagdschutz und im Juni setzte die in Casablanca beschlossene "Combined Bomber Offensive" der Alliierten ein. Während die US-Luftwaffe Präzisionsbombardierungen am Tage durchführte, begann die RAF mit Flächenwürfen bei Nacht. Ihre Bomber- und Jagdverbände besaßen jetzt nicht nur die britische Insel als Basis, sondern auch Süditalien. So war es ihnen möglich, das Reich doppelseitig zu umfassen und alle Punkte desselben zu erreichen. Ihre wachsende Luftüberlegenheit war sowohl auf die gewaltigen Anstrengungen in der Flugzeugproduktion als auch auf zahlreiche technische Errungenschaften (Radar-Gerät H 2 S u. a.) zurückzuführen. Hinzu kam, daß Hitler es lange Zeit ablehnte, hiergegen eine Defensivstrategie großen Stils einzuleiten.

Unterdessen hatten die Sowjets an der Ostfront die Schwächen der deutschen Donfront erkannt (hier standen Teile der verbündeten Rumänen, Italiener und Ungarn) und sorgfältig alle Vorbereitungen für eine Umfassungsoperation eingeleitet. Am 19./20. November 1942 trat die Rote Armee mit starken Kräften nördlich und südlich von Stalingrad zum Gegenangriff an, durchstieß die Fronten der 3. und 4. rumänischen Armee und kesselte innerhalb von fünf Tagen die deutsche 6. Armee ein [121].

Auf Befehl Hitlers kämpfte die 6. Armee in der "Rundumverteidigung", auf Entsatz von außen und auf Versorgung aus der Luft hoffend [122]. Aber das eine scheiterte, das andere blieb völlig unzureichend. So zwang die erdrückende Übermacht der Sowjets Ende Januar 1943 die 6. Armee zur Kapitulation. Sie hatte bei Stalingrad zeitweilig sieben feindliche Armeen mit weit über 60 Divisionen im Kampf gebunden. Generalfeldmarschall von Manstein konnte so den russischen Stoß auf Rostow auffangen und die gesamte Südfront noch einmal stabilisieren,

während die Heeresgruppe A (Kaukasus) vorbereitete Rückzugsbewegungen bis zur Taman-Halbinsel (westlich von Krasnodar) durchführte. Aber spätestens nach dem Scheitern der letzten großen deutschen Offensive bei Kursk ('Zitadelle") [127] Mitte Juli 1943 hatten die Streitkräfte der Sowjetunion die militärische Initiative auf dem östlichen Kriegsschauplatz endgültig an sich gerissen.

Im März 1943 erreichten die deutschen U-Boot-Zahlen im Nordatlantik die Höhe, die Großadmiral Dönitz bereits 1939 gefordert hatte. In diesem Monat wurden erstmalig so große Erfolge erzielt, daß die Alliierten ernsthaft erwogen, das Konvoi-System aufzugeben. Doch schließlich konnten sie neue Kampfmittel einsetzen, die zum Zusammenbruch des deutschen U-Boot-Krieges im April/Mai 1943 führten. Dabei handelte es sich um Langstreckenflugzeuge mit dem neuen "Rotterdam"-Radargerät auf Zentimeterwelle, um Geleitflugzeuge und um die Bildung der "Support Groups" zur Unterstützung der Konvois. Diese zusammen erlaubten es, das "Loch der Luftüberwachung" im Nordatlantik, in dem die U-Boote ihre Erfolge errungen hatten, zu schließen und durch offensiven Einsatz die Aufstellungen der U-Boote zu durchbrechen. Nach mehreren Fehlschlägen und großen Verlusten mußte der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine am 24. Mai 1943 die U-Boote aus dem Nordatlantik zurückziehen [128].

El Alamein, Tunis und Marokko, Stalingrad, das Ende der 5. Phase der Schlacht im Atlantik, Midway und Guadalcanal bedeuteten den militärischen Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges. Wenige Wochen später setzte auch die "Combined Bomber-Offensive" der Alliierten gegen die "Festung Europa" mit immer größerer Wirkung ein, während der Partisanenkampf auf dem Balkan, vor allem aber in Rußland fast operative Bedeutung gewann. Der Krieg war für die "Achsen"-Streitkräfte und die Japaner trotz der fanatischen Mobilisierung auch der letzten personellen und materiellen Reserven militärisch nicht mehr zu gewinnen. Bei den Verbündeten begann jetzt das Vertrauen in Hitlers Strategie mehr und mehr zu schwinden; die psychologischen Rückwirkungen auf das deutsche Volk waren beträchtlich. Der Widerstand einer Gruppe einsichtiger und verantwortungsbewußter Politiker und Militärs aber wuchs von neuem gegen ein System, das nicht daran dachte, aus der veränderten Lage die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, sondern vielmehr alles tat, Deutschland, das deutsche Volk, ja Europa lieber dem totalen Ruin preiszugeben, als den Krieg zu beenden. Hitlers und Goebbels Antwort auf die ernste Krise war die Proklamierung des totalen Krieges, mit der sie die letzten Kräfte für den "Endsieg" mobilisieren zu können glaubten [125].

In dieser geschichtlich entscheidenden Stunde war es Papst Pius XII (in seiner Weihnachtsbotschaft 1942), der erneut für die Wiederherstellung der Rechtsordnung unter Gottes Oberherrschaft in der Welt betete, während der spanische Außenminister Jordanas Großbritannien vor der drohenden Gefahr des Kommunismus in Europa warnte, falls Deutschland "aller Macht beraubt" den gemeinsamen Anstrengungen der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion erliegen würde [126].

[114] *Denkschrift von Air Marshal Sir Arthur Harris für den Premierminister und das Kriegskabinett, verfaßt auf Veranlassung des Premierministers, über die Aufgaben und Leistungen des Bomber Command, 28. Juni 1942*

1. Wer die Auflösung des Bomber Command empfiehlt, um damit das Coastal Command und die zur Unterstützung der Armee erforderlichen Verbände zu stärken und den Erfordernissen in Übersee zu entsprechen, gleicht einem Amateurpolitiker, der sich einbildet, das Goldene Zeitalter werde hereinbrechen, wenn man alles vorhandene Geld gleichmäßig unter die Menschen verteilt. Da er nicht weiß, wieviel Geld im ganzen zur Verfügung steht, ist es ihm nicht klar, daß jeder einzelne nur 50 Pfund erhalten würde, und zwar auf Kosten des Zusammenbruchs der gesamten Industrieorganisation und des Nationaleinkommens. Wollte man die einsatzfähigen mittleren und schweren Kampfflugzeuggeschwader des Bomber Command auf die verschiedenen Stellen verteilen, die darauf Anspruch erheben, dann würde keine von ihnen mehr als nur einen Bruchteil dessen erhalten, was sie angeblich braucht. Andererseits würde damit unsere einzige gegen

Deutschland gerichtete Offensivwaffe zerstört werden. Durch Verteidigung allein kann man Kriege nicht gewinnen. Die defensive Verwendung von Offensivwaffen muß daher auf das zum Überleben unbedingt Notwendige eingeschränkt werden.
2. Es herrscht eine erstaunliche Unkenntnis über die wirkliche Stärke des Bomber Command. Durchschnittlich verfügt es über 30 einsatzfähige mittlere und schwere Bombenflugzeug-Squadrons und sechs leichte Bomber-Squadrons. Die letzteren verfügen über keine Flugzeugreserven. Die Gefechtsstärke der einsatzfähigen Squadrons des Bomber Command beträgt nicht mehr als 11 Prozent der gesamten Gefechtsstärke aller Heeres- und Marinefliegerverbände, und weit über die Hälfte der Einsätze dieser 11 Prozent richtet sich gegen die feindliche Kriegsflotte und das feindliche Heer. (...)
3. Oft spricht man über die umfangreiche Ausbildungsorganisation, die hinter dem Bomber Command steht. Diese Leute erkennen jedoch nicht, daß die Ausbildungsorganisation des Bomber Command alle Kampfflugzeugverbände in Übersee und noch viele andere mit Mannschaftsersatz versorgt. Gegenwärtig werden monatlich 178 Piloten und 95 komplette Flugzeugbesatzungen für Kampfflugzeug-Squadrons in Übersee ausgebildet. Früher sind diese Ziffern zum Teil noch höher gewesen. Außer dieser monatlichen Leistung zugunsten von Verbänden in Übersee hat das Bomber Command während des letzten Jahres 24 Squadrons an das Coastal Command, nach Übersee und an andere Stellen abkommandiert oder versetzt. Außerdem stellt es zwei Squadrons für SOE- und SIS-Sonderaufgaben und gibt Besatzungen für eine große Zahl von Versuchs- und Sonderausbildungseinheiten ab, die für alle Commands in Großbritannien und in Übersee arbeiten. Schließlich werden von Zeit zu Zeit 300 bis 400 Flugzeuge abgestellt, um einen für besonders schwere Angriffe gegen sehr wichtige Ziele geeigneten Verband von etwa 1000 Flugzeugen aufzufüllen.
4. Ein weiterer häufig auftretender Irrtum liegt in der Annahme, das Bomber Command beschäftige sich mit Angriffen gegen Ziele in Deutschland, die ohne Rücksicht auf die allgemeine militärische und Flottenlage ausgewählt werden. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Etwa 50 Prozent aller Operationen des Bomber Command während der 12 Monate von April 1941 bis März 1942 richteten sich direkt gegen die feindliche Flotte (...). Während des letzten Vierteljahres sind diese 50 Prozent weit überschritten worden. Die verbleibenden Leistungen des Bomber Command wirken sich sehr stark auf die gesamte Kriegführung zu Land und zur See aus.
5. Praktisch haben die Squadrons des Bomber Command fast alle während des ganzen Krieges vorgenommenen Verminungen, die von Flugzeugen aus durchgeführt wurden, übernommen. Von Kriegsbeginn bis Dezember 1941 haben sie etwa 2000 Minen gelegt. Die Versenkung jeweils eines feindlichen Schiffes auf 26,2 Minen konnte nachgewiesen werden (man darf aber annehmen, daß auf jedes nachweisbar versenkte Schiff noch eines kommt, dessen Versenkung nicht bekanntgeworden ist). Das Command hat seit März dieses Jahres die Verminung ganz wesentlich erhöht. Gegenwärtig werden monatlich etwa 1000 Minen gelegt, und schon jetzt häufen sich die Meldungen über Schiffsversenkungen, deren Zahl weit über allem liegt, was bisher erreicht werden konnte. Zu den besonderen Erfolgen gehört die Sperrung des Kieler Kanals für die schwere feindliche Schiffahrt über einen Zeitraum von etwa vier Monaten und die Beschädigung und Versenkung hochspezialisierter Ostsee-Eisenbahnfähren und Eisbrecherfähren, die für den Feind ganz besonders wichtig sind. Dazu kommen Versenkungen durch Minen und Bomben von etwa 300 beim Feinde in Dienst gestellten Schiffen und Beschädigung einer weiteren großen Anzahl solcher Schiffe. Diese Angaben sind deutschen Tabellen über Schiffsverluste entnommen. Die „Scharnhorst" und die „Gneisenau" sind ebenso wie andere feindliche Kriegsschiffe und Truppentransporter von Minen getroffen worden. Dabei hat es zum Teil schwere Verluste an Menschenleben gegeben. Auch das muß in Rechnung gestellt werden.
6. Die Geschichte der "Scharnhorst" und der "Gneisenau" ist vielleicht ein besonders zu erwähnendes Ereignis, das zeigt, zu welchen hervorragenden Leistungen der kleine Verband des Bomber Command im Rahmen des Seekrieges befähigt ist. Diese beiden Schiffe haben unserer Schiffahrt auf ihrer einzigen Feindfahrt im Atlantik schwere Schäden zugefügt. Sie versenkten nicht weniger als 19 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 150 000 Tonnen. Sie kehrten nach Brest zurück, um Treibstoff aufzunehmen und dann zu neuen Feindfahrten auszulaufen, aber seit jenem Tage vor fünfzehn Monaten haben sie nur infolge der Leistungen des Bomber Command nicht ein einziges britisches oder alliiertes Schiff mehr versenken können. Sie konnten nur noch entkommen und mühsam den Heimathafen erreichen, denn beide liefen auf von Flugzeugen gelegte Minen. Seit sie zu Reparaturen in Kiel eingetroffen sind, ist die "Scharnhorst" erneut getroffen und schwer beschädigt worden. Die "Gneisenau" ist von Bomben so schwer getroffen und beschädigt worden, daß man sie nach Gdingen geschleppt und zum Teil abgewrackt hat. Wir besitzen Hinweise darauf, daß man die Reparaturarbeiten aufgegeben hat. Auch die "Prinz Eugen" wurde in Brest vom Bomber Command getroffen. Die direkte Folge der Beschädigung dieser wichtigen Schiffe ist es gewesen, daß die deutsche Kriegsmarine während des ganzen Krieges nicht zu gemeinsamen Operationen geschlossen auslaufen konnte, und

alles, was damit zusammenhängt. Weil die "Scharnhorst" und die "Gneisenau" nicht mehr verwendungsfähig waren, mußte die "Bismarck" allein zu ihren Feindfahrten in den Atlantik auslaufen, und das hat ihre Versenkung zur Folge gehabt. Daher ist es vor allem den Leistungen des Bomber Command zu verdanken, wenn heute die "Tirpitz" als einsamer Wolf noch im Dienst steht.

7. Als zusätzliche une direkte Auswirkungen auf die Kriegstüchtigkeit der deutschen Flotte, die dem Einsatz des Bomber Command zuzuschreiben sind, müssen außerdem die folgenden angesehen werden:

(i) Der wichtigste Kriegshafen des Feindes in Kiel ist durch wiederholte Bombenangriffe schwer beschädigt worden. Sehr viele Reparaturanlagen sind zerstört und die Arbeiterwohnungen sind schwer beschädigt worden. Diese Tatsache hat beträchtliche Auswirkungen im Hinblick auf die Versorgung der deutschen Kriegsmarine und die Reparaturarbeiten.

(ii) Unter anderem ist das Depotschiff "Monte Olivia" bombardiert worden und ausgebrannt. Dabei sind unter den in der Ausbildung befindlichen Mannschaften für die U-Bootwaffe und einem Teil der "Gneisenau"-Besatzung, die an Bord des Schiffes lebten, schwere Verluste eingetreten.

(iii) Zweifellos hat die Moral des Personals der feindlichen Kriegsmarine, das vor allem aus den deutschen Hafenstädten stammt, durch die schweren Schäden und die Furcht vor weiteren Luftangriffen in diesen Häfen und bei deren Bevölkerung erheblich gelitten.

8. Die sechs leichten Squadrons des Bomber Command werden der Armee im Falle einer Invasion oder bei einer Verlegung von Heeresverbänden nach Übersee für eine direkte Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Sie stellen den Köder für das Fighter Command dar, ohne den die Feindflüge der Jagdflugzeuge keinen Erfolg haben würden, denn der Gegner weicht dem Luftkampf oft aus, wenn keine Bombenflugzeuge an einer Operation teilnehmen. Aus ihren Reihen kommen auch die nach Malta abgestellten Kräfte, die mit so großem Erfolg feindliche Verbindungslinien angegriffen haben. Wir wissen, daß sie auf den Nachschubwegen etwa 51 000 Tonnen feindlichen Schiffsraum versenkt haben. Bei direkten Bombenangriffen in europäischen Gewässern haben diese leichten Kampfflugzeuge etwa 250 00 Tonnen versenkt, 287 000 Tonnen schwer beschädigt und weitere 380 000 Tonnen beschädigt.

9. Die Erfolge gegen die Operationen der feindlichen U-Boote sind ebenso bedeutend gewesen. Wir wissen, daß die Ausbildung von U-Bootbesatzungen in der Ostsee und der Deutschen Bucht durch von uns gelegte Minen erheblich behindert worden ist. Von Zeit zu Zeit sind U-Bootwerften in Hamburg, Kiel, Rostock, Emden und anderen Häfen schwer beschädigt worden. Schwere Schäden haben drei Hauptwerke zum Bau von U-Boodieselmotoren in Augsburg, Deutz und bei den Germania-Werften in Kiel davongetragen. Auch die beiden wichtigsten U-Boot-Akkumulatorenfabriken sind beschädigt worden. Außerdem hat die deutsche Industrie durch Angriffe des Bomber Command schwere Schäden davongetragen, und die in Köln verursachten Schäden müssen sich besonders ungünstig auf die Operationen der feindlichen U-Bootflotte ausgewirkt haben. Wir wissen, daß drei in der U-Bootwerft in Le Trait im Bau befindliche Unterseebote zerstört und zwischen 150 und 200 dort beschäftigte Arbeiter getötet worden sind.

10. Wir dürfen auch mit Sicherheit annehmen, daß U-Booten, die von Häfen an der französischen Westküste aus operieren, schwere Schäden zugefügt worden sind. Wenn man auch die Ursache des Verlustes eines nicht zurückgekehrten Unterseebootes selten bestimmen kann, so lassen die uns bekannten Verlustziffern der deutschen Schiffahrt keinen Zweifel daran aufkommen, daß ein Teil dieser Verluste, vielleicht sogar ein erheblicher Teil der den U-Booten zugefügten Verluste auf die vom Bomber Command gelegten Minen zurückzuführen ist [...]

11. Das Bomber Command hat durch die Zerstörungen in den Invasionshäfen und die Vernichtung von Landungsfahrzeugen und Schiffsansammlungen dem Feinde zweifellos die Schwierigkeiten, wenn nicht sogar die Unmöglichkeit einer Invasion klargemacht. Die Geschichte wird vielleicht einmal feststellen, daß das Bomber Command eine Invasion vereitelt hat. Sollte später noch ein derartiger Versuch unternommen werden, dann wird das sicher der Fall sein.

12. Die bekannten Erfolge der Bombenangriffe gegen Deutschland bestehen in starken Zerstörungen und einer erheblichen Beunruhigung des Feindes. Es ist unmöglich, in einer Denkschrift auch nur einen Teil der ungeheuren Zerstörungen zu nennen, die wir in Deutschland verursacht haben. Während etwa 7000 Flugstunden benötigt werden, um ein U-Boot auf See zu versenken, konnte mit der gleichen Zahl von Flugstunden ein Drittel der Stadt Köln zerstört werden. Köln ist die drittgrößte Stadt Deutschlands, besitzt eine bedeutende Industrie, und der Angriff erfolgte in einer einzigen Nacht. 250 in Köln gelegene Fabriken wurden dabei zerstört oder beschädigt. Das muß auf die Kriegsanstrengungen des Gegners in jeder Richtung eine erhebliche Wirkung gehabt haben. Die Städte Rostock, Lübeck, Emden und Köln sind alle soweit oder sogar über den Punkt hinaus zerstört worden, an dem sie für den Feind nur noch eine Belastung und nicht mehr einen Wert darstellen. Die sehr schweren Beschädigungen der Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock haben, wie wir wissen, die Produktionsziffern erheblich

absinken lassen, und nach vorliegenden Meldungen hat das die ernstesten Auswirkungen auf die feindlichen Operationen in der Luft an allen Fronten und auf See. Auch die Focke-Wulf-Werke in Bremen sind schwer getroffen worden.

13. Die Zerstörung der Renault-Werke darf als erstaunliche Leistung des Bomber Command angesehen werden. In wenigen Stunden wurde hier praktisch ohne eigene Verluste ein größerer Sieg über die feindlichen Streitkräfte erfochten, wie ihn bisher kein anderer Teil unserer Streitkräfte errungen hat. Durch den Verlust dieser Fabrik und der Matford-Werke in Poissy hat der Feind nach Schätzungen des Ministeriums für wirtschaftliche Kriegführung Material für den Bau von gepanzerten Fahrzeugen für immer verloren, das genügt hätte, 10–12 motorisierte Divisionen aufzustellen und zu versorgen. Die bedeutenden feindlichen Flugzeugfabriken in Gennevilliers und Salmsons sind zerstört worden. Die Goodrich Gummiwerke und die Thomson Houston und Ericson Fabriken zur Herstellung elektrischer Apparate sind ebenso zerstört worden. 16 benachbarte Fabriken sind beschädigt worden, einige "ungeheuer stark" (Auswertungsbericht).

14. Eines der dringlichsten Probleme Deutschlands besteht darin, das interne Verkehrsnetz intakt zu halten. Der deutsche Verkehrsminister hat kürzlich gesagt, Deutschlands Sieg werde gefährdet, wenn die Transporteinrichtungen in Deutschland nicht verbessert werden könnten. Er hat behauptet, in den westlichen und nordwestlichen Gebieten Deutschlands, die oft mit Bomben angegriffen werden, könne der Güterverkehr nur unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechterhalten werden. Die Eisenbahnen werden zusätzlich belastet, weil sie einen Teil der Transportaufgaben der durch die Verminungen behinderten Schiffahrt übernehmen müssen, während die Bombenangriffe gegen Häfen und Industriestädte nebenbei den Transporteinrichtungen erhebliche Schäden beibringen. Wir wissen, daß das interne Transportsystem erst kürzlich dem deutschen Rüstungsminister unterstellt worden ist. Dem Lokomotiv- und Waggonbau und den Reparaturen an Eisenbahnmaterial hat man sehr hohe Prioritäten zugeteilt, und das hat in anderen Industriezweigen nachteilige Auswirkungen. Zur gleichen Zeit, als diese Erklärung des Reichsministers bekanntgegeben wurde, hat das Bomber Command die wichtigen Waggonfabriken in Köln zerstört und Waggonfabriken in Bremen schwer beschädigt.

15. Zu den negativen, aber sehr lohnenden Auswirkungen der Operationen des Bomber Command gehört es, daß der Feind ungeheure Anstrengungen unternehmen muß, um Minen zu räumen, und daß er gezwungen ist, die größte Fliegerabwehr- und Luftschutzorganisation der Welt zu errichten und zu unterhalten. Etwa 3/4 Millionen Menschen sind in Deutschland in der Fliegerabwehr beschäftigt. Wenn man den Luftschutz, den technischen Hilfsdienst und die Fabrikation von Fliegerabwehrgeschützen und Munition hinzurechnet und außerdem die Minenräumdienste und die Schiffsreparaturen, dann besteht kein Zweifel, daß die bloße Existenz des Bomber Command den Gegner mindestens die volle Arbeitszeit von drei Millionen dienstfähiger Menschen kostet. Außerdem zwingt das Bomber Command den Feind, einen großen und schnell wachsenden Verband von Nachtjägern zu halten, der gegenwärtig über etwa 300 Flugzeuge verfügt. Viele dieser Maschinen sind Ju 88, ein Flugzeugtyp, der wirkungsvoll für Angriffe gegen unsere Schiffahrt eingesetzt werden könnte, wenn er für diese Aufgabe freigegeben würde. Zweifellos wäre im Falle eines Aufgebens unserer Bombenangriffe das Freiwerden dieser großen Reserve an Arbeitskräften für Deutschland von größtem Wert. Die Freigabe der zweimotorigen Jagdbomber und der Fliegerabwehrgeschütze für die Ostfront und den Mittelmeerraum würde schwerwiegende, ja vielleicht entscheidende Auswirkungen auf den Verlauf dieser Feldzüge haben.

16. Die rein defensive Verwendung von Luftstreitkräften ist eine erhebliche Verschwendung. Der Einsatz von Flugzeugen im Seekrieg bedeutet ein bloßes Picken am Rande der feindlichen Stärke, ein Warten auf Gelegenheiten, die vielleicht niemals kommen, ja man darf sagen, diese Gelegenheiten werden auch niemals kommen. Dieser Einsatz gleicht dem Suchen einer Stecknadel im Heuhaufen. Man versucht dabei, ein kleines Äderchen nach dem anderen zu durchschneiden, anstatt die Hauptader durchzutrennen. Das Bomber Command greift die Basis der gesamten Seemacht an und nicht die äußeren Bezirke des Typs der feindlichen Seestreitkräfte, der uns augenscheinlich am meisten bedroht – des Unterseeboots. Ein bezeichnendes Beispiel für die Verwendung von fliegenden Verbänden ist die Tatsache, daß man dem Bomber Command die Hampden-Flugzeuge fortgenommen hat, um sie zu Torpedoflugzeugen zur Verteidigung unseres Landes umzubauen. Diese Geschwader haben mehr als zwei Jahre lang einen fortwährenden und direkten Druck auf Deutschland ausgeübt. Seit sie dem Coastal Command zugeteilt worden sind, haben sie praktisch nichts getan. Es besteht die Möglichkeit, daß sie nie die Gelegenheit erhalten werden, etwas zu leisten. Der Feind ist kein solcher Narr, daß er wertvolle Schiffe in der Reichweite von an der Küste stationierten Flugzeugen operieren läßt, wenn ihn die Umstände nicht dazu zwingen, und auch dann wird er es nur nach seinen Methoden und geschützt durch Jagdflugzeuge tun.

17. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß das Bomber Command die einzigen offensiven Kampfhandlungen durchführt, die gegen Deutschland unternommen werden. Alle anderen

Kriegsleistungen sind defensiver Natur und wollen und können niemals mehr erreichen, als unsere Existenz im Angesicht des Feindes zu erhalten. Das Bomber Command gibt uns die einzige Möglichkeit, Rußland rechtzeitig zu unterstützen. Die einzige Möglichkeit, Deutschland so weit physisch zu schwächen und nervlich zu erschöpfen, daß eine Invasion aussichtsreich erscheinen könnte, liegt daher bei der Art von Gewaltanwendungen, die unseren Feind jetzt schädigen und später unseren Sieg sicherstellen kann. Das ist auch die einzige Art der Gewaltanwendung, die wir direkt gegen Japan ins Feld führen können.
18. Zum Schluß müssen wir feststellen, daß außerhalb des Bomber Command im Hinblick auf die Bedeutung, das Ausmaß und die Erfolge der Operationen des Bomber Command ein erstaunlicher Mangel an Verständnis herrscht. Welcher Siegestaumel würde die Menschen ergreifen, wenn ein Kommandotrupp mit Verlusten von nur sieben Mann die gesamte Renaultfabrik zerstören würde! Wir nahe würde man das Ende des Krieges glauben, wenn ein Drittel der Stadt Köln durch einen schnellen motorisierten Verband im Handstreich in 1 1/2 Stunden zerstört worden wäre, und wenn dieser Verband sich mit Verlusten von nur 200 Mann zurückzöge, um nach 24 Stunden zu einem gleichen Unternehmen bereit zu sein! Welchen Beifall würde man der Flotte zollen, wenn sie Rostock und die Haupt- und Nebenwerke von Heinkel bei einer Beschießung von See aus zerstört hätte! All dieses und vieles mehr hat das Bomber Command geleistet, und doch gibt es noch viele, die den Blick abwenden, auf die andere Seite gehen und fragen, ob die 30 Nachtbombergeschwader einen lohnenden Beitrag zu unseren Kriegsanstrengungen leisten.

[115] *Auszug aus der Weisung Nr. 45 für die Fortsetzung der Operation "Braunschweig" vom 23. Juli 1942*

I. In einem Feldzug von wenig mehr als drei Wochen sind die von mir dem Südflügel der Ostfront gesteckten weiten Ziele im wesentlichen erreicht worden. Nur schwächeren feindlichen Kräften der Armeen Timoschenkos ist es gelungen, sich der Umfassung zu entziehen und das südliche Donufer zu erreichen. Mit ihrer Verstärkung aus dem Kaukasusgebiet ist zu rechnen.

Die Versammlung einer weiteren feindlichen Kräftegruppe im Raum um Stalingrad, das der Gegner voraussichtlich zäh verteidigen wird, ist im Gange.
II. Ziele der weiteren Operationen:
A. Heer:
1. Die nächste Aufgabe der Heeresgruppe A ist es, nunmehr die über den Don entkommenen feindlichen Kräfte im Raum südlich und südostwärts Rostow einzuschließen und zu vernichten...
2. Nach Vernichtung der feindlichen Kräftegruppe südlich des Don ist es die wichtigste Aufgabe der Heeresgruppe A, die gesamte Ostküste des Schwarzen Meeres in Besitz zu nehmen und damit die Schwarzmeerhäfen und die feindliche Schwarzmeerflotte auszuschalten...
3. Zugleich ist mit einer im wesentlichen aus schnellen Verbänden zu bildenden Kräftegruppe unter Ausscheiden eines Flankenschutzes nach Osten der Raum um Grossni zu gewinnen und mit Teilkräften die Ossetische und Grusinische Heerstraße möglichst auf den Paßhöhen zu sperren. Anschließend ist im Vorstoß entlang des Kaspischen Meeres der Raum um Baku in Besitz zu nehmen...
4. Der Heeresgruppe B fällt – wie befohlen – die Aufgabe zu, neben dem Aufbau der Donverteidigung im Vorstoß gegen Stalingrad die dort im Aufbau befindliche feindliche Kräftegruppe zu zerschlagen, die Stadt selbst zu besetzen und die Landbrücke zwischen Don und Wolga selbst zu sperren.
In Anschluß hieran sind schnelle Verbände entlang der Wolga anzusetzen, mit dem Auftrag, bis nach Astrachan vorzustoßen und dort gleichfalls den Hauptarm der Wolga zu sperren...

ANLAGE B
2. Fassung
GEHEIM
E. T. O. U. S. A. (Gruppe NORFOLK)
Initialien..
Datum, ... 21. 8. 1942

HAUPTQUARTIER
EUROPÄISCHER KRIEGSSCHAUPLATZ
US HEER
GRUPPE NORFOLK
RAHMENPLAN
OPERATION „TORCH"

Ausfertigung Nr. – – –
21. August 1942.

1. Der vorliegende Rahmenplan wurde gemeinsam von einer britisch-amerikanischen Planungsgruppe unter Leitung des Kommandierenden Generals, europäischer Kriegsschauplatz, US-Heer, ausgearbeitet. Er soll eine mehr ins einzelne gehende Planung einleiten und die dazugehörigen Anleitungen geben.

2. Unmittelbare Zielsetzung: Ein kombinierter Sturmangriff auf die Mittelmeerküste Algeriens zu Lande, zur See und aus der Luft, mit dem Ziel der frühest möglichen Besetzung Tunesiens und der Aufstellung eines Kampfverbandes in Französisch-Marokko, der falls erforderlich, in der Lage ist, durch schnelles Einrücken in Spanisch-Marokko die Kontrolle über die Straße von Gibraltar sicherzustellen.

3. Angriffstermin: (vorläufig - siehe Begleitschreiben) 15. Oktober 1942, am Tage "D 1" (entspricht dem amerikanischen Tage "D").
Praktisch sämtliche strategischen und politischen Überlegungen erfordern, daß dieses Unternehmen zum frühest möglichen Zeitpunkt eingeleitet wird – je früher desto besser. Eingedenk dieser Tatsache sind alle Aspekte des Problems im Hinblick darauf untersucht worden, daß der Angriff am 15. Oktober gestartet wird.

4. Angriffsphase: Gleichzeitig Angriffe auf ORAN, ALGIR und BÔNE.

(a) ORAN – Zwei Landungen vor Tagesanbruch, je mit einem Verband von der Stärke eines Regimental Combat Teams (britische Entsprechung – eine Brigadegruppe). Ein Verband in der Nähe des Golfs von ARZEU (20 Meilen östlich von ORAN) und der andere an der Bucht von ANDALOUSES.
Gemeinsamer Angriffsverband: Vier Regimental Combat Teams, von denen drei für die Sturmlandung bereit zu verladen sind, und ein zusammengesetzter leichtgepanzerter Verband, der ebenfalls zur Sturmlandung bereit zu verladen ist.
Ziel: Besetzung des Hafens von ORAN und der in der Nähe liegenden Flughäfen LA SENIA und TAFAROUI.
Vorgeschlagene Zusammensetzung der Angriffsverbände:
Eine amphibisch ausgebildete US-Infanteriedivision, ein Regimental Combat Team und ein gemischter leichtgepanzerter Verband etwa von Regimentsstärke zusammen mit Hilfstruppen und einem Teil der Bodenstaffeln, die für die US-TORCH-Luftwaffe benötigt werden. Drei Infanterieregimenter und das Panzerregiment sind nach Einsatzgesichtspunkten zu verladen.

(b) ALGIR – Drei Landungen vor Tagesanbruch, je mit einem Regimental Combat Team eine in der Nähe von SIDI FERRUCH (15 Meilen westlich von ALGIR), eine in der Nähe von CASTIGLIONE (20 Meilen südwestlich von ALGIR) und eine in der Nähe von AIN TAYA (11 Meilen östlich von ALGIR).
Gemeinsamer Angriffsverband: Vier Regimental Combat Teams, von denen drei zur Sturmlandung bereit zu verladen sind.
Ziel: Besetzung des Hafens von ALGIR und der Flughäfen in MAISON BLANCHE und HUSSEIN DEY.
Vorgeschlagene Zusammensetzung der Angriffsverbände: Eine britische Division mit einem US-Regimental Combat Team, das unter Befehl des Kommandierenden Generals der 78.

britischen Division von der 34. amerikanischen Division abkommandiert wird. Ein dienstältester amerikanischer Vertreter des alliierten Oberbefehlshabers wird zu diesem Verband abgestellt, um mit irgendwelchen französischen Behörden zu verhandeln, die zur Mitwirkung bereit sind.

(c) BÔNE – Eine Landung vor Tagesanbruch in der Nähe von KAP GARDE, nördlich der Stadt, und zwar etwa mit einem Regimental Combat Team.
Gemischter Angriffsverband: Ein amerikanisches "Ranger"-Bataillon, wobei der Rest des Verbandes aus britischen Truppen besteht. Die restlichen Kräfte des Verbandes treffen in einem zweiten Geleitzug am Tage "D 2" ein.
Ziel: Besetzung des Hafens von BÔNE und des Flughafens in der Nähe von DUZERVILLE (6 1/2 Meilen südlich von BÔNE).

5. AUFBAUPHASE: Unter der Annahme, daß ORAN und ALGIR bis Ende des Tages "D 3" erobert sein werden, muß der Marsch der Unterstützungs- und Nachfolgetruppen in diese Häfen und nach BÔNE hinein für den Tag "D 4" angesetzt werden.

(a) ALGIR und östlich davon: Zur Konsolidierung unserer Position und zum Aufbau eines Verbandes, der eine feindliche Landung in TUNESIEN bzw. westlich davon verhindern kann, werden insgesamt sechs Divisionen (2 Panzer- und 4 Infanteriedivisionen), einschließlich der Landungskräfte, benötigt.
Der Einsatzverband in TUNESIEN ist von Land und See her und möglicherweise aus der Luft östlich von ALGIR und BÔNE aufzubauen, wobei die Vorauskräfte so schnell wie möglich mit dem Aufbau beginnen.

(b) ORAN und östlich davon: Zur Konsolidierung unserer Position in ORAN und FRANZÖSISCH-MAROKKO sowie zum Aufbau von Einsatzverbänden, die nötigenfalls in der Lage sind, SPANISCH-MAROKKO zu besetzen, werden insgesamt sieben Divisionen (2 Panzer- und 5 Infanteriedivisionen), einschließlich der Landungskräfte, benötigt.
Der zweite Geleitzug bringt Luftstreitkräfte und eine Panzerdivision an Land, um nach Westen vorzugehen, Verbindungswege durch MAROKKO zu erschließen und CASABLANCA von hinten zu erobern. Sollte der französische Widerstand, während dieser Konvoi noch unterwegs ist, eingestellt werden, so könnte er nach CASABLANCA hinein umgeleitet werden. Danach würde der Aufbau über die beiden Häfen fortgesetzt werden.
Folgende Lagen sind letztlich vorgesehen:
Eine Division besetzt jeweils das CASABLANCA- und das ORAN-Gebiet.
Eine Division hält die Verbindungen zwischen CASABLANCA und ORAN offen.
Eine Division bildet einen Kampfverband an der Südostgrenze von SPANISCH-MAROKKO.
Drei Divisionen bilden einen Kampfverband an der Südwestgrenze von SPANISCH-MAROKKO.

(c) Zeitfaktoren: Nachdem die Sturmlandungskräfte hinsichtlich Transportmittel und Gerät auf normalen Stand gebracht worden sind, wird das mutmaßliche Tempo des Aufbaus wie folgt sein:

Über ALGIR	1 1/2	Divisionen	pro Monat
BÔNE	2/3	Divisionen	pro Monat
ORAN	1	Division	pro Monat)
CASABLANCA	1	Division	pro Monat) x

x Unter der Voraussetzung, daß genügend Geleitfahrzeuge zur Verfügung stehen, um zwei Geleitzüge pro Monat hereinzubringen. Dieses Tempo muß aufrechterhalten werden, bis wenigstens die dreizehn ins Auge gefaßten Divisionen sich auf dem Kriegsschauplatz befinden.

6. AUFGABENTEILUNG;

(a) Vereinigte Staaten: Der Sturmangriff bei ORAN, die Besetzung des Gebiets von ORAN und FRANZÖSISCH-MAROKKO, Einrichtung und Unterhaltung der Verbindungen zwischen ORAN und CASABLANCA sowie der Aufbau eines Kampfverbandes an der Grenze von SPANISCH-MAROKKO.

(b) Großbritannien: Die Sturmangriffe bei ALGIR und BÔNE, die Besetzung ALGERIENS (mit Ausnahme des Gebiets von ORAN) und TUNESIENS.

Da es aus politischen Gründen für zweckmäßig gehalten wird, daß sämtliche Sturmangriffe von amerikanischen Truppen angeführt werden, werden ein amerikanisches Combat Team, das dem britischen Verband für ALGIR zugeteilt wird, und das amerikanische Ranger-Bataillon, das dem britischen Verband für BÔNE zugeteilt wird, zuerst an Land gehen.

7. Endgültige Truppenbasis: Zweckmäßigerweise muß die britische Personallage und deren Rückwirkung auf die Verfügbarkeit von Truppen bedacht werden, Zusätzlich muß das dringende Erfordernis zur Sparsamkeit beim Einsatz der Schiffe berücksichtigt werden.
Da in GROSSBRITANNIEN starke Kräfte zur Verteidigung der Insel unterhalten werden müssen, auch um andere Kriegsschauplätze mit Truppen zu versorgen, ist es offensichtlich, daß nach Erreichen eines gewissen Zeitpunktes jede an die neue NORDAFRIKANISCHE Front abgestellte Division der Briten durch einen gleichwertigen amerikanischen Verband abgelöst werden muß.
Das dringende Erfordernis, im frühen Stadium des Unternehmens von den am meisten zur Verfügung stehenden Truppen Gebrauch zu machen, macht es notwendig, einige britische Divisionen einzusetzen. Es sollten jedoch so weit wie möglich in der Aufbauphase amerikanische Truppen eingesetzt werden. Von 13 Divisionen, die schätzungsweise für das gesamte Unternehmen benötigt werden, meint man, daß etwa 9 amerikanisch und 4 britisch sein müßten, wobei eine entsprechende Anzahl von Unterstützungseinheiten hinzukäme.

8. LUFTWAFFE: Die Luftwaffe übernimmt die Luftsicherung und die Unterstützung des ersten Sturmangriffs, den Schutz der Basen und Verbindungswege sowie die Unterstützung der nachfolgenden Landoperationen.
Die Angriffe bei ORAN und ALGIR werden von trägergestützten Flugzeugen unterstützt, bis Flugplätze für landgestützte Flugzeuge zur Verfügung stehen.
Sobald Flugplätze an Land sichergestellt und bevorratet werden können, werden Flugzeuge dorthin verlegt.
Jäger zum Entsatz der trägergestützten Jäger werden von GIBRALTAR aus eingeflogen.
Nach Sicherstellung der Basen werden Bombenflugzeuge vom VEREINIGTEN KÖNIGREICH aus eingeflogen.
Eine Reserve an amerikanischen Langstreckenjägern wird im VEREINIGTEN KÖNIGREICH für den Entsatz der trägergestützten Jäger im Notfall eingerichtet, falls GIBRALTAR nicht gehalten werden kann.
Für den endgültigen Aufbau eines Einsatzverbandes werden Bombenflugzeuge unmittelbar aus dem VEREINIGTEN KÖNIGREICH und aus den VEREINIGTEN STAATEN über das VEREINIGTE KÖNIGREICH und WEST-AFRIKA eingeflogen.
Der Bedarf an Luftunterstützung ist für den Erfolg des Unternehmens so kritisch, daß der Bereitstellung der erforderlichen Luftstreitkräfte höchste Priorität eingeräumt werden muß.
Einzelheiten des Luftplans sind im Luftanhang (Air Annex) enthalten.

9. MARINE: Die Seestreitkräfte werden folgende Aufgaben haben:
(a) Sicherung der Übersee-Bewegungen.
(b) Unterstützung und Landung der Streitkräfte an ihren jeweiligen Zielen.
(c) Aufrechterhaltung der Seeverbindungen.
Um das obengesagte auszuführen, wird es notwendig sein, Kräfte für folgende Aufgaben bereitzustellen:
(1) Flottensicherungskräfte gegen Überwasserangriffe im ATLANTIK.
(2) Schutz gegen U-Boote für jede Gruppe von Sturmlandungsschiffen und alle nachfolgenden Geleitzüge.
(3) Nahunterstützung bei den Landungen, einschließlich Beschießung, Flugabwehr und Minensuchen.
(4) Luftsicherung der Sturmangriffe (mit Ausnahme des Angriffs bei BÔNE) und der Überwassereinheiten und Schiffe der Marine bis landgestützte Flugzeuge sich auf eroberten Flugplätzen eingerichtet haben.
(5) Ein Sicherungsverband im Mittelmeer zur Abwehr von Achsenstreitkräften und Kräften der Vichy-Franzosen.
(6) Flottenbasispersonal für die Inbetriebnahme eroberter Häfen und für die Unterhaltung von Unterwasser-Verteidigungsanlagen und für die Durchführung eines örtlichen Vorpostendienstes.
(7) Seeaufklärung, im Zusammenwirken mit der Luftwaffe, falls erforderlich.
(8) Ein Marineverband, auf MITTELMEER-Häfen gestützt, für offensive Maßnahmen im Verlaufe der Aufbauphase und während des Vormarsches nach TUNESIEN hinein. Das Unternehmen "TORCH" wird im wesentlichen als ein amphibisches Unternehmen aufgefaßt, bei dem der Vormarsch nach Osten längs des MITTELMEERS nur möglich sein wird durch Einsatz wirkungsvoller Marineeinheiten zum Schutz von Häfen, Geleitzügen, Landungsfahr-

zeugen und Stränden, sowie als Gegenaktion, um Störungen der Bewegungen zu Lande längs der Küste durch feindliche Marinekräfte zu verhindern.

[117] *– El Alamein –*
Gen. Montgomery: 22. Oktober 1942

"Notizen für meine Ansprache an die Offiziere vor der Schlacht."
(Deckname: Unternehmen "Lightfoot")
1. Vorgeschichte seit August. Der Auftrag. Mein Plan, ihn auszuführen.
Die Neuaufstellung des X. Korps.
Führung – Ausrüstung – Schulung.
2. Störung durch Rommel.
3. Der ursprüngliche Rahmen des AOK-Planes für "Lightfoot", wie am 14. September bekanntgegeben. Zerstörung der feindlichen Panzer.
4. Lage Anfang Oktober. Unausgebildete Armee.
Allmählich klargeworden, daß ich Plan ummodeln muß, so daß Truppe ihn ausführen kann.
Der neue Plan – der "Zerkrümmelungsoperationen".
Umkehrung des üblichen Verfahrens.
5. Hauptpunkte des AOK-Planes. Drei Phasen
Einbruch des XXX. Korps)
Durchbruch des X. Korps) Kämpfe um Stellung und taktischen Vorteil
Einbruch des XIII. Korps)

Der Nahkampf und die "Zerkrümmelungsoperationen".
Das endgültige "Zerbrechen" des Feindes.
6. Der Feind
Seine Schwächen: geringe Kopfstärke; geringe Benzin-, Munitions- und Proviantvorräte.
Moral ist gut, möglicherweise ausgenommen Italiener.
7. Wir selbst
Ungeheure Überlegenheit an Geschützen, Panzern und Soldaten.
Können langandauernde Schlacht schlagen und werden es.
832 Feldgeschütze
753 Schwere Pak
500 Leichte Pak
1200 Panzer (davon 470 schwere)
Moral erstklassig
8. Allgemeines zur Führung in der Schlacht.
Methodisches Vorgehen; Feind Teil für Teil vernichten, langsam, aber sicher.
Auf Panzer und einzelne Deutsche schießen.
Er kann lange Schlacht nicht durchhalten, wir können es. Wir dürfen daher nicht nachlassen, kein Einheitskommandeur darf mit Druck nachlassen. Sich vorbereiten auf eine Woche Nahkämpfe. Dauer der ganzen Schlacht
Sache etwa zehn (berichtigt zwölf) Tage.
Erwarten Sie nicht zu früh große Ergebnisse,
operieren Sie von festen Stützpunkten aus,
schnelle Umstellung auf neue Ziele,
achten Sie auf Gleichgewicht,
erhalten Sie den Angriffsgeist,
lassen Sie mit Druck nicht nach!
Wenn wir das alles tun, ist der Sieg uns sicher!
12. Moral – Maßnahmen zur Förderung – Ansprachen.
Jeder Soldat in der Armee ein Kämpfer – keine Nichtkämpfer.
Alle ausgebildet, Deutsche zu töten.
Meine Botschaft an die Truppen.
10. Soldaten erinnern, was sie sagen dürfen, falls gefangen:
Rang, Name und Stammrollennummer.

B. L. M.

Achte Armee
Persönliche Botschaft des Armeeoberbefehlshabers
1. Als ich das Kommando der 8. Armee übernahm, sagte ich, unsere Aufgabe sei, Rommel und seine Armee zu vernichten, und daß dies geschehen werde, sobald wir fertig seien.
2. Jetzt sind wir fertig.

Die Schlacht, die demnächst beginnt, wird einmal als Entscheidungsschlacht in die Geschichte eingehen. Sie wird der Wendepunkt des Krieges sein. Die Augen der ganzen Welt werden auf uns gerichtet sein und gespannt beobachten, wem der Sieg sich zuwenden wird.
Wir können ihnen jetzt schon die Antwort geben: "Uns wird er sich zuwenden!"
3. Wir haben erstklassige Waffen und Ausrüstung: starke Panzer, gute Panzerabwehrgeschütze, eine Menge Artillerie und reichlich Munition – und wir werden unterstützt von der besten Luftwaffe der Welt.
Jetzt ist es nur noch notwendig, daß jeder von uns, jeder Offizier und Mann, in diese Schlacht geht mit der unterschütterlichen Entschlossenheit, sie durchzustehen – zu kämpfen und zu töten – und schließlich zu gewinnen.
Wenn wir das alle tun, kann nur dies das Ergebnis sein: Wir werden den Feind vernichtend schlagen und aus Nordafrika hinauswerfen.
Je eher wir diese Schlacht gewinnen, die der Wendepunkt des Krieges sein wird, desto eher werden wir alle wieder in die Heimat und zu unseren Angehörigen zurückkommen.
Daher möge jeder Offizier und jeder Mann mit tapferem Herzen in diese Schlacht gehen, entschlossen, seine Pflicht zu tun bis zum letzten Atemzug. Und keiner darf sich ergeben, solange er noch unverwundet ist und kämpfen kann.
Laßt uns alle darum beten, daß der "mächtige Herr der Schlachten" uns den Sieg schenken möge!
Nahost-Streitkräfte 23. 10. 1942

B. L. Montgomery
Generalleutnant u. OB der 8. Armee

[118] *Aus den Aufzeichnungen des Gen. Feldm. Rommel*
– 3. Nov. 1942 –

[...]
Um die Mittagszeit kehrte ich zu meinem Gefechtsstand zurück. Auf dem Rückweg konnten wir gerade noch in rasender Fahrt einem Bombenteppich ausweichen, der von 18 britischen Maschinen gelegt wurde. Um 13.30 Uhr traf ein Führerbefehl ein, der folgendermaßen lautete:
"An GFM. Rommel
Mit mir verfolgt das deutsche Volk in gläubigem Vertrauen auf Ihre Führerpersönlichkeit und auf die Tapferkeit der Ihnen unterstellten deutsch-italienischen Truppen den heldenhaften Abwehrkampf in Ägypten. In der Lage, in der Sie sich befinden, kann es keinen anderen Gedanken geben als auszuharren, keinen Schritt zu weichen und jede Waffe und jeden Kämpfer, die noch freigemacht werden können, in die Schlacht zu werfen. Beträchtliche Verstärkungen an fliegenden Verbänden werden in diesen Tagen dem Oberbefehlshaber Süd zugeführt werden. Auch der Duce und das Comando Supremo werden die äußersten Anstrengungen unternehmen, um Ihnen die Mittel zur Fortführung des Kampfes zuzuführen. Trotz seiner Überlegenheit wird auch der Feind am Ende seiner Kraft sein. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß der stärkere Wille über die stärkeren Bataillone des Feindes triumphierte. Ihrer Truppe aber können Sie keinen anderen Weg zeigen als den zum Sieg oder zum Tode.
[...]

Adolf Hitler"

[119] *Aus Hitlers Rede vom 8. 11. 1942 (München)*

[...]
Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute Unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun. Diese Erkenntnis wird sich über Europa hinaus über die ganze Welt verbreiten. Das internationale Judentum wird in seiner ganzen dämonischen Gefahr erkannt werden, dafür werden wir Nationalsozialisten sorgen. In Europa ist diese Gefahr erkannt, und Staat um Staat schließt sich unseren Gesetzgebungen an. So gibt es in diesem gewaltigen Ringen ohnehin nur eine einzige Möglichkeit: die des restlosen Erfolges. Und es bleibt nun nur die Frage, ob überhaupt Gründe vorhanden sind, an diesem Erfolg zu zweifeln, Wenn man die Propaganda unserer Gegner verfolgt, dann kan man sie nur mit dem Ausdruck "himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt" bezeichnen. Der kleinste Erfolg irgendwo – und sie schießen förmlich Purzelbäume vor Freude. Sie haben uns dann bereits vernichtet. Dann wendet sich das Blatt – und sie sind wieder ganz betrübt und niedergedrückt. Ich darf nur auf ein Beispiel hinweisen: Wenn sie

den sowjetischen Heeresbericht seit dem 22. Juni 1941 studieren, dann werden Sie jeden Tag folgendes lesen: "Kämpfe unbedeutenden Charakters" oder auch "bedeutenden Charakters". Sie haben immer das Dreifache an deutschen Flugzeugen abgeschossen. Die Zahl der von ihnen angeblich versenkten Tonnage der Ostsee ist bereits größer als die gesamte Tonnage, die Deutschland überhaupt vor dem Kriege besaß. Sie haben so viel Divisionen von uns vernichtet, wie wir gar nicht aufstellen können. Vor allem aber: sie kämpfen immer am gleichen Platz. Hier und da sagen sie dann bescheiden nach 14 Tagen: "Wir haben eine Stadt evakuiert". Aber im allgemeinen kämpfen sie seit dem 22. Juni am gleichen Platz immer erfolgreich; immer werden wir zurückgeschlagen und sind bei diesem fortgesetzten Zurückschlagen jetzt langsam bis zum Kaukasus gekommen. Ich sage "langsam"; ich möchte das für meine Gegner sagen, nicht für unsere Soldaten. Denn was unsere Soldaten an Tempo hier zurückgelegt haben, ist gigantisch. Auch das, was in diesem Jahr wieder zurückgelegt wurde, ist gewaltig und geschichtlich einmalig. Daß ich die Sachen nun nicht immer so mache, wie die andern es gerade wollen – ja, ich überlege mir eben, was die andern wahrscheinlich glauben, und mache es dann grundsätzlich anders. Wenn also Herr Stalin erwartet hat, daß wir in der Mitte angreifen – ich wollte gar nicht in der Mitte angreifen. Nicht nur deswegen nicht, weil vielleicht Herr Stalin daran glaubte, sondern weil mir daran gar nicht so viel lag. Ich wollte zur Wolga kommen, und war an einer bestimmten Stelle, an einer bestimmten Stadt. Zufälligerweise trägt sie den Namen von Stalin selber. Also denken Sie nur nicht, daß ich aus diesen Gründen dorthin marschiert bin – sie könnte auch ganz anders heißen –, sondern weil dort ein ganz wichtiger Punkt ist. Dort schneidet man nämlich dreißig Millionen Tonnen Verkehr ab. Darunter fast neun Millionen Tonnen Ölverkehr. Dort floß der ganze Weizen aus diesen gewaltigen Gebieten der Ukraine, des Kubangebietes, zusammen, um nach Norden transportiert zu werden. Dort ist das Manganerz gefördert worden; dort war ein gigantischer Umschlagplatz. Den wollte ich nehmen und – wissen Sie – wir sind bescheiden, wir haben ihn nämlich! Es sind nur noch ein paar ganz kleine Plätzchen da. Nun sagen die andern: "Warum kämpfen Sie dann nicht schneller? " – Weil ich dort kein zweites Verdun haben will, sondern es lieber mit ganz kleinen Stoßtrupps mache. Die Zeit spielt dabei gar keine Rolle. Es kommt kein Schiff mehr die Wolga hoch. Und das ist das Entscheidende! Sie haben uns auch den Vorwurf gemacht, warum wir bei Sewastopol so lange warteten. Nun, weil ich auch dort nicht ein gigantisches Massenmorden ansetzen wollte. Aber Sewastopol ist in unsere Hand gefallen, und die Krim ist in unsere Hand gefallen, und wir haben Ziel um Ziel zäh und beharrlich erreicht. Und wenn nun der Gegener seinerseits Anstalten macht anzugreifen – glauben Sie nur nicht, daß ich ihm zuvorkommen will. Wir lassen ihn angreifen, wenn er will, denn die Verteidigung ist dann immer noch billiger. Er soll ruhig angreifen, er wird sich dabei schwer verbluten, und wir haben Einbrüche noch immer korrigiert. Jedenfalls stehen nicht die Russen an den Pyrenäen oder vor Sevilla, – das sind nämlich dieselben Entfernungen wie für uns heute bis nach Stalingrad oder sagen wir bis zum Terek. Und wir stehen doch dort, das kann am Ende nicht abgestritten werden, das ist doch eine Tatsache. Wenn es natürlich gar nicht mehr anders geht, dann stellt man sich plötzlich um und sagt: es sei überhaupt ein Fehler, daß die Deutschen nach Kirkenes gegangen sind oder nach Narvik. Jetzt zum Beispiel nach Stalingrad. Man soll doch abwarten, ob das ein strategischer Fehler war. Wir merken es schon an sehr vielen Anzeichen, ob es ein Fehler war, daß wir die Ukraine besetzten, daß wir das Erzgebiet von Kriwoj Rog besetzten, daß wir die Manganerze in unsere Hand brachten. Ob es wirklich ein großer Fehler war, daß wir das Kubangebiet, die vielleicht größte Kornkammer der Welt überhaupt besetzten? Ob das auch ein Fehler war, daß wir wohl rund vier Fünftel oder fünf Sechstel aller Raffinerien zerstörten oder einnahmen, daß wir allein eine Produktion von neun bis zehn Millionen Tonnen Öl zunächst einmal in unsere Hand brachten, beziehungsweise völlig stillegten, oder daß wir einen weiteren Transport von vielleicht sieben, acht oder neun Millionen Tonnen auf der Wolga verhindert haben. Ich weiß wirklich nicht, ob das alles nur Fehler waren. Wir merken es ja schon...
Das Entscheidende ist in diesem Krieg, wer den endgültigen Haken austeilt. Und das wir dies sein werden, davon können sie überzeugt sein!

[...]
Und wenn der Gegner glaubt, uns durch irgend etwas mürbe zu machen, dann irrt er sich. Er kann mich nicht bewegen, von meinem Ziel abzugehen. Es kommt die Stunde, da schlage ich zurück, und dann mit Zins und Zinseszins...
Ich habe schon früher einige Male gesagt: Wenn ich hier und da längere Zeit nicht rede, heißt das nicht, daß ich die Stimme verloren haben, sondern daß ich es nicht für zweckmäßig hielt zu reden. Auch heute ist das so. Was soll ich jetzt viel reden? Heute spricht letzten Endes die Front. Nur in den seltensten Fällen möchte ich das Wort ergreifen. Denn die Sprache der Front ist so eindringlich, ist eine so einmalige Sprache, daß sie ohnehin jeden einzelnen Deutschen verpflichtet. Wer den täglichen Bericht unserer Wehrmacht liest und sich dann nicht fanatisch zu seinem Volk bekennt, wenn er immer wieder diese Unsumme von Heldentaten vernimmt,

dem würde auch durch Reden nicht zu helfen sein. Für das feindliche Ausland rede ich ohnehin nicht. Wenn Herr Roosevelt sagt, er hört meine Reden nicht – ich rede ja gar nicht für Herrn Roosevelt. Mit ihm rede ich nur durch das Instrument, durch das jetzt allein gesprochen werden kann, und dieses Instrument spricht laut und deutlich genug. Ich rede nur in den seltensten Fällen, zur Bewegung und zu meinem eigenen deutschen Volk. Und alles, was ich durch eine solche Rede sagen kann, ist immer nur eines: Denkt ausnahmslos, Mann und Weib, nur daran, daß in diesem Krieg Sein oder Nichtsein unseres Volkes entschieden wird. Und wenn Ihr das begreift, dann wird jeder Gedanke von Euch und jede Handlung immer nur ein Gebet für unser Deutschland sein!

[120] *Aus Churchills Rede am 10. November 1942*
im Mansion House, London

...Wir haben in diesem Krieg lange nicht so viel Gefangene gemacht wie die Deutschen, aber am Ende werden die deutschen Gefangenen zweifellos ebenso wie das vorige Mal in Scharen einströmen. Ich habe niemals etwas anderes als Blut, Tränen, harte Arbeit und Schweiß versprochen. Jetzt haben wir aber doch etwas Neues erlebt. Den Sieg – einen bemerkenswerten, einen eindeutigen Sieg. Der echte Glanz hat sich um die Helme unserer Soldaten gelegt und alle unsere Herzen erwärmt und erfreut.
Der verstorbene Herr Venizelos bemerkte, daß England – natürlich hätte er Großbritannien sagen sollen – stets eine Schlacht gewinne, nämlich die letzte. Diesmal scheint es schon etwas früher begonnen zu habe. General Alexander und sein prächtiger Kamerad und Assistent, General Montgomery, haben einen herrlichen, entscheidenden Sieg in der Schlacht um Ägypten – so sollte sie nach meiner Meinung genannt werden – errungen. Rommels Armee wurde geschlagen. In ungeordnete Flucht geschlagen. Als Kampftruppe wurde sie zum größten Teil vernichtet.
Diese Schlacht wurde nicht geschlagen, um Stellungen oder soundsoviele Quadratmeilen Wüstenboden zu gewinnen. General Alexander und General Montgomery fochten sie mit dem einzigen Gedanken, die feindliche Panzerwaffe zu vernichten, und zwar an der Stelle zu vernichten, wo die Katastrophe die weitestreichenden, nicht wiedergutzumachenden Folgen hätte.
Der Kampf zwischen den Briten und Deutschen war von äußerster Heftigkeit und Wildheit. Es war ein tödliches Ringen. Die Deutschen wurden gerade mit den Waffen aus dem Felde geschlagen, mit denen sie so viele kleine und auch große, aber nicht gerüstete Völker geschlagen hatten. Sie wurden gerade durch den technischen Apparat geschlagen, mit dem sie die Weltherrschaft zu erringen hofften. Das trifft besonders auf die Luftwaffe, die Panzer und die Artillerie zu. Die Deutschen haben dasselbe Maß Feuer und Stahl zurückbekommen, das sie so oft anderen zugemessen hatten.
Das ist noch nicht das Ende. Es ist noch nicht einmal der Anfang vom Ende. Es ist aber, vielleicht, das Ende des Anfangs. Von nun an werden Hitlers Nazis auf gleich gut gerüstete, vielleicht sogar auf besser gerüstete Truppen stoßen. Von nun an werden sie der Luftüberlegenheit gegenüberstehen, die sie so oft gegen andere ohne Gnade angewendet haben, mit der sie sich vor der ganzen Welt gebrüstet haben und die sie als Instrument gebrauchen wollten, um die anderen Völker zu überzeugen, daß jeder Widerstand sinnlos sei. Wenn ich von der mit flüchtenden deutschen Wagen verstopften Küstenstraße lese, die unter den verheerenden Angriffen der Royal Air Force liegt, dann muß ich mich der Straßen Frankreichs und Flanderns erinnern, die nicht mit kämpfenden Truppen überfüllt waren, sondern mit hilflosen Flüchtlingen – Frauen und Kindern –, die mit ihren armseligen Karren und Habseligkeiten flüchteten und gnadenlos niedergemetzelt wurden. Ich habe, davon bin ich fest überzeugt, ein menschliches Herz, aber dennoch kann ich, was jetzt geschieht, und wie schmerzlich es auch sein mag, nur als das Walten einer grimmig ihre Rechte fordernden Gerechtigkeit ansehen.
Pflichtgemäß habe ich dem Parlament in nächster Zeit einen umfassenden Spezialbericht über diese Operationen zu geben. Alles, was ich über sie heute sagen will ist bloß, daß der Sieg, der bis jetzt errungen wurde, alle Aussicht hat, entscheidend und abschließend zu sein, soweit es die Verteidigung Ägyptens angeht. .Eins aber möchte ich ganz klar feststellen, falls darüber irgend ein Mißverständnis herrschen sollte. Was uns gehört, wollen wir behalten. Ich bin nicht Erster Minister des Königs geworden, um bei der Liquidation des britischen Empire den ersten Platz einzunehmen. Für diese Aufgabe, falls sie je gestellt würde, müßte ein anderer gefunden werden, und solange es eine Demokratie gibt, müßte dann auch, so nehme ich an, das Volk befragt werden. Ich bin stolz darauf, ein Mitglied des ungeheuren Commonwealth, der Gesellschaft der Nationen und Staaten zu sein, die in und um die alte britische Monarchie versammelt sind und ohne die die gute Sache leicht vom Angesicht der Erde hinweggewischt hätte werden können. Hier sind wir, hier stehen wir – als ein fester Fels des Heils in dieser dahintreibenden Welt...

[121] *Aus dem Lagevortrag der Generale Shukow und Wassilewski vor Stalin im Sowjetischen Oberkommando (Moskau). 13. 11. 1942*

Wir erläutern dem Hauptquartier (Stavka) in unserem mündlichen Bericht etwa folgendes:

1. Die Kräfte beider Seiten, die sich auf dem Frontabschnitt von Stalingrad befinden, sind nach den Angaben der Heeresgruppen, die auch durch den Generalstab bestätigt wurden, im ganzen ausgeglichen. Auf denjenigen Frontabschnitten jedoch, die für die Hauptschläge vorgesehen sind, haben wir einen so bedeutenden Vorteil gegenüber dem Gegner, daß man unbedingt mit dem Erfolg rechnen kann. Dies verdanken wir der Bildung starker Gruppierungen an den entsprechenden Fronten durch das Eintreffen von Reserven von seiten des Hauptquartiers und die vertretbare Schwächung der zweitrangigen Frontabschnitte für die Dauer der Operation.
Ein Nachführen mehr oder weniger starker feindlicher Reserven aus dem Hinterland an den Frontabschnitt von Stalingrad wurde nicht ausgemacht. Ebenso waren keinerlei wesentliche Verschiebungen innerhalb derjenigen Truppen des Gegners zu bemerken, die bereits an dem genannten Frontabschnitt stehen. Die Verteilung der deutschen Truppen ist im wesentlichen die alte geblieben: ihre Hauptkräfte im Bestand der Sechsten und Vierten Panzerarmee sind in erbitterte Kämpfe im Stadtgebiet verwickelt. An den Flanken dieser Gruppierung, d. h. auf den Frontabschnitten, auf denen wir unsere zukünftigen Hauptschläge führen werden, stehen rumänische Truppenteile in der Verteidigung. Im ganzen ist das Kräfteverhältnis auf dem Frontabschnitt von Stalingrad günstig für eine erfolgreiche Durchführung der hier vom Hauptquartier gestellten Aufgaben.
Im Laufe der Operation muß besondere Aufmerksamkeit den folgenden Punkten gewidmet werden: der weiteren Unterstützung der Frontabschnitte durch die Luftstreitkräfte, dem rechtzeitigen Ersatz der Verluste in den Truppen, besonders bei den Panzer- und mechanisierten Korps, dem Heranführen neuer Reserven des Hauptquartiers an diesen Frontabschnitt, dies alles zum Zwecke der erfolgreichen Beendigung der geplanten Operationen und der ihnen folgenden Entwicklung.
2. Die Konzentration der vom Hauptquartier für die Fronten vorgesehenen Truppen und notwendigen Vorräte geht dank der titanenhaften Arbeit im Bereich des Eisenbahn- und Flußverkehrs und aller der Maßnahmen, die zusätzlich entsprechend den Vorgaben des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) verwirklicht wurden, besonders in der Entwicklung des Eisenbahnnetzes im Frontstreifen, mit nur ganz geringfügigen Planabweichungen ihrem Ende entgegen.
Infolge der ungeheuren politischen Arbeit, die in den Truppen geleistet wurde, ist die Moral der Truppen gut, ihr Kampfgeist hoch.
3. Die Kampfaufgaben für die Operation sind vom gesamten Kommandostab der Heeresgruppen bis zu den Kommandeuren der Regimenter einschließlich nicht nur richtig und gut verstanden sondern auch praktisch im Gelände ausgearbeitet worden. Gut geplant und ausgearbeitet sind bis zum Regiment einschließlich auch alle Fragen des Zusammenwirkens zwischen Infanterie einerseits und Artillerie, Panzern und Luftwaffe andererseits. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Erarbeitung der Aufgaben in den Panzer-, mechanisierten und Kavalleriekorps verwandt. Bei der Ausarbeitung der Operationspläne im Gelände hatten die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen keine wesentlichen ergänzenden Korrekturen des Operationsablaufes an dem zuvor vom Hauptquartier angenommenen Plan vorzuschlagen.
Aus dem Plan geht hervor, daß die Hauptrolle im Anfangsstadium der Operation von der Südwestfront erfüllt wird, die nach unserer Meinung und nach Meinung des Frontkommandos über völlig ausreichende Kräfte und Mittel zu diesem Zweck verfügt.
Die Vereinigung der Panzer- und mechanisierten Truppen der Südwestfront und der Stalingradfront soll auf dem Ostufer des Don im Gebiet Sovetskij Kalač zum Ausgang des dritten oder zum vierten Tag der Operation erfolgen.
Die im Plan vorgesehenen Maßnahmen zur Bildung der äußeren Front des Kessels sind mit den Oberbefehlshabern von Heeresgruppen und Armeen und unter ihrer Leitung mit den Kommandeuren der entsprechenden Truppeneinheiten ausgearbeitet worden.
Es sind alle Grundlagen geschaffen für die Eröffnung der Offensive durch die Truppen der Südwestfront und der Donfront am 19. und der Stalingradfront am 20. November. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen haben Anweisung erhalten, den Truppen erst in der Nacht vor der Offensive von den Befehlen Kenntnis zu geben.

Zum Abschluß wurde berichtet, daß die Kriegsräte der Heeresgruppen und Armeen des Frontabschnittes von Stalingrad, der gesamte Führungsstab, dem es bevorsteht, an dieser ihrem operativen Ausmaß und ihrer Bedeutung nach ersten gewaltigen Operation der Streitkräfte der Sowjetunion teilzunehmen, und wir persönlich vom Gelingen der Operation überzeugt sind.
Nach Erörterung einer Reihe von Fragen wurden der Plan und die Termine des Beginns der Operation endgültig vom Hauptquartier bestätigt."

[122] *Beurteilung der Lage durch Hitler*
vom 26. 11. 1942, 15.10 Uhr

Der Führer hat Ihre Beurteilung der Lage gelesen. In folgendem führe ich aus, wie der Führer die Lage beurteilt:
Ein Aufgeben von Stalingrad würde den Verzicht auf den wesentlichsten Erfolg der Offensive dieses Jahres bedeuten. Der Russe würde wieder in den Besitz der für ihn lebenswichtigen Verbindung auf der Wolga kommen. Es muß daher mit allen irgend verfügbaren Mitteln angestrebt werden, Stalingrad zu halten und die Verbindung mit der 6. Armee wieder herzustellen. Diese Aufgabe, so schwer sie zur Zeit auch erscheinen mag, muß gelöst werden.
Wird sie nicht gelöst, erfordert die Wiedergewinnung der Wolga im nächsten Jahr noch viel mehr Opfer.
Hierbei ist zu bedenken, daß der Feind infolge Versagens zahlreicher rumänischer Truppenteile einen für ihn sicher unerwartet raschen und großen Erfolg erzielt hat. Er wird voraussichtlich nunmehr Schwierigkeiten in der planvollen Führung seiner Verbände sowie vor allem im Nähren der Kräfte aus der Tiefe und im Versorgen, vor allem mit Betriebsstoff haben. Wir werden ihn daher, je früher wir wieder zum eigenen Angriff antreten, desto unfertiger antreffen. Ein rascher und in Richtung Stalingrad durchschlagender Erfolg der Angriffsgruppe kann daher erhofft werden.
Für die Durchführung der Aufgabe der Heeresgruppe Don sind die in dem Fernschreiben Nummer 420 961/42 geh. Kdos. angegebenen Gesichtspunkte maßgebend. Hiernach kommt es auf folgendes an:
1. Die 6. Armee muß in dem in dem Fernschreiben angegebenen Raum zusammenschließen und gleichzeitig dadurch Kräfte gewinnen zur Erweiterung dieses Raumes in allgemeiner südwestlicher Richtung. Stalingrad selbst und die Nordfront bis zum H.P. 564 müssen unter allen Umständen gehalten werden, sowohl als Rückendeckung für die Erweiterung des Raumes der 6. Armee nach Südwesten, als auch besonders mit Rücksicht auf das beabsichtigte Endziel.
2. Die bei Kotelnikowo zu bildende Angriffsgruppe muß so stark und so frühzeitig wie irgend möglich in nordostwärtiger Richtung vorstoßen mit dem Ziel, der 6. Armee die Hand zu reichen.
3. Das Don-Tschir-Dreieck muß unter allen Umständen gehalten werden, einmal weil die linke Flanke der Stoßgruppe Kotelnikowo deckt und zweitens weil aus diesem Dreieck heraus die Möglichkeit eines Vorstoßes über den Don in nordostwärtiger Richtung gewährt bleiben muß. Ein solcher Vorstoß würde ein Vorwärtskommen der Stoßgruppe Kotelnikowo weitgehend erleichtern. Es muß daher ins Auge gefaßt werden, die in dem Don-Tschir-Dreieck stehenden Kräfte sobald wie möglich zu verstärken.
4. Wenn das Ziel der Wiedervereinigung mit der 6. Armee erreicht ist und damit das Halten von Stalingrad und die Versorgung der 6. Armee wieder gesichert ist, kann in Frage kommen, durch weiteren Angriff auch die Einbruchstelle zwischen Don und Tschir wieder zu bereinigen.

gez. Zeitzler

[123] *Aus der Rundfunkrede Winston S. Churchills*
vom 29. November 1942

...Ich habe über Afrika gesprochen, über die 2000 Meilen lange Küste, welche die südliche Front des unterjochten Europas bildet. Von hier wollen wir, ja ich gehe sogar soweit zu sagen, erwarten wir, den Feind in nicht allzu langer Zeit zu vertreiben. Aber Afrika ist kein Ruhepunkt: es ist kein Sitz, sondern ein Sprungbrett. Wir werden Afrika nur benutzen, um näher an den Feind heranzukommen. Jeder kann erkennen, wie wichtig es für uns ist, das Mittelmeer für den Schiffsverkehr zu militärischen Zwecken wieder frei zu machen und dadurch die lange Reise um das Kap herum zu ersparen. Durch diese Verkürzung und die daraus resultierende Einsparung an Schiffsraum mögen wir den U-Booten einen so schweren Schlag versetzen wie nur je in diesem Krieg. Aber die Herrschaft über die afrikanische Küste bietet noch einen anderen Vorteil: wir eröffnen die Luftschlacht an einer neuen Front. Um den Kampf abzukürzen, ist es unsere Pflicht, den Feind in der Luft unausgesetzt, im größten Ausmaß und mit größter

Intensität anzugreifen. Um der gemarterten Welt Erleichterung zu schaffen, muß das Maximum der möglichen Luftkämpfe geleistet werden. Die deutsche Luftwaffe ist bereits im Abnehmen begriffen; ihre Neubauten halten mit den Verlusten nicht Schritt. Die vorderste Linie wird schon an Zahl und Qualität schwächer. Die britische, amerikanische und russische Luftwaffe, die zusammen bereits viel größer ist, nimmt ständig und rasch zu. Der Zuwachs in Großbritannien und den Vereinigten Staaten wird im Jahre 1943, zart ausgedrückt, sehenswert sein. Alles, was wir brauchen, ist öfters Gelegenheit zur Kontaktnahme mit dem Gegner zu haben, Die neue Luftfront, von der aus die Amerikaner und auch die Royal Air Force längs der Küste des Mittelmeeres sich entwickeln werden, wird uns diese zusätzlichen Gelegenheiten im Jahre 1943 in überreichlichem Maß verschaffen. Drittens sollen unsere Operationen in Französisch-Nordafrika es uns ermöglichen, die volle Wucht des Krieges in den italienischen Faschistenstaat zu tragen, und zwar in einer Weise, von der seine schuldigen Führer bisher nicht geträumt haben, und noch weniger das unglückliche italienische Volk, das Mussolini irregeführt, ausgebeutet und geschändet hat. Die Zentren der Kriegsindustrie in Norditalien werden bereits einer härteren Behandlung unterworfen, als irgend eine unserer Städte im Winter 1940 mitgemacht hat. Und wenn erst der Feind in angemessener Zeit auf dem äußersten Ende Tunesiens vernichtet worden ist, was wir zu tun gedenken, dann wird ganz Süditalien – alle Flottenstützpunkte, alle Anlagen zur Erzeugung von Kriegsmaterial und andere militärische Ziele, wo immer sie sich befinden mögen – einem andauernden, genau berechneten und vernichtenden Luftangriff ausgesetzt werden.
Das italienische Volk, vierzig Millionen Menschen, hat nun zu sagen, ob es will, daß dieses Schreckliche seinem Lande widerfahre oder ob es nicht will. Ein Mann und nur ein Mann ganz allein hat es in diese verfahrene Situation gebracht. Es bestand keine Notwendigkeit für ihn, in den Krieg einzutreten; niemand wollte ihn angreifen. Wir taten unser Bestes, um ihn zu veranlassen, neutral zu bleiben, sich des Friedens, des Wohlergehens und außergewöhnlicher Gewinne in einer sturmgepeitschten Welt zu erfreuen. Aber Mussolini konnte der Versuchung nicht widerstehen, das daniederliegende Frankreich tödlich zu verwunden und dem, wie er dachte, hilflosen Großbritannien in den Rücken zu fallen. Wahnsinnige Träume vom Ruhm der Imperatoren, die Gier nach Eroberung und Beute, die Unverschämtheit einer lange Jahre schrankenlos geübten Tyrannei, führten ihn zu dieser schicksalhaften und beschämenden Tat. Vergebens warnte ich ihn; er wollte nicht hören. Auf taube Ohren und ein Herz von Stein traf der kluge, weitschauende Appell des amerikanischen Präsidenten. Die Hyäne durchbrach alle Schranken der Sittlichkeit und sogar des gesunden Menschenverstandes. Heute ist es aus mit seinem Imperium. Über hundert italienische Generale und beinahe dreihunderttausend seiner Soldaten befinden sich als Kriegsgefangene in unseren Händen. Todesangst herrscht in dem schönen Land Italien. Das ist nur der Anfang, und was haben die Italiener dafür bekommen? Mit deutscher Erlaubnis einen kurzen Spaziergang längs der Riviera; einen flüchtigen Besuch auf Korsika; einen blutigen Kampf mit den heldenhaften Patrioten von Jugoslawien; eine nicht wieder gutzumachende Schandtat gegen Griechenland; die Trümmer von Genua, Turin und Mailand; und das alles ist nur ein Vorgeschmack. Ein Mann und das Regime, das er geschaffen hat, haben dieses unermeßliche Unheil über das schwer arbeitende, begabte und ehemals glückliche italienische Volk gebracht, mit dem die englischsprechende Welt, bis auf die Zeit Mussolinis, durch soviele Bande der Freundschaft und des Mitgefühls verbunden war, mit dem sie niemals Streit hatte. Wie lange muß das noch dauern?

[...]
Als wir die Landung in Nordafrika planten, sahen wir voraus, dies würde sofortige Reaktionen in Frankreich hervorrufen. Ich selbst hegte nie den geringsten Zweifel daran, daß Hitler den Waffenstillstand brechen, ganz Frankreich überrennen und die französische Flotte in Toulon mit Beschlag zu belegen trachten würde. Derartige Entwicklungen waren den Vereinigten Nationen sogar willkommen, denn durch sie wurden die praktischen Auswirkungen der traurigen Farce und des Betruges der Vichy-Regierung aufgehoben. Das war das unerläßliche Vorspiel zur Einigung Frankreichs, ohne die eine Auferstehung dieses Landes unmöglich ist. Wir haben einen großen Schritt zu dieser Einigung getan. Die künstliche Einteilung in besetztes und unbesetzes Gebiet hat aufgehört. In Frankreich sind nun alle Franzosen gleicherweise unter das deutsche Joch gebeugt und sie werden lernen, es mit gleicher Stärke zu hassen. Und die Franzosen im Ausland werden alle auf den gemeinsamen Feind schießen. Wir können versichert sein, daß nach dem, was geschah, die Ideale und der Geist dessen, was wir das Kämpfende Frankreich nannten, einen beherrschenden Einfluß auf die gesamte französische Nation ausüben werden. Ich bin einer Meinung mit General de Gaulle, daß nun die letzten Schuppen der Täuschung von den Augen des französischen Volkes gefallen sind. Und es war auch Zeit.

[...]
Nichts von allem, was bisher geschehen ist, berechtigt uns zu der Hoffnung, der Krieg würde nicht lange dauern und keine harten, blutigen Jahre lägen mehr vor uns. Gewiß würden sogar die

schmerzlichsten Erfahrungen unser harren, wenn wir in unseren Anstrengungen nachließen, wenn wir die Disziplin, die Eintracht und die Ordnung unseres Aufmarsches abschwächten, wenn wir zu streiten anfingen, was wir mit unserem Sieg anfangen sollten, bevor der Sieg noch errungen ist. Wir dürfen weder auf Hoffnungen noch auf Furcht bauen, sondern nur auf unausgesetzte, treue Pflichterfüllung, in der allein wir Sicherheit und Ruhe des Geistes finden werden. Bedenken Sie, daß Hitler durch seine Armeen und seine Geheimpolizei beinahe ganz Europa unter seiner Herrschaft hält. Bedenken sie, daß Göring ganz unverschämt erklärte, wer auch immer in Europa hungern möge, die Deutschen würden es gewiß nicht. Bedenken Sie, daß diese Schurken wissen, ihr Leben stehe auf dem Spiel. Bedenken Sie, welchen kleinen Teil der deutschen Armee wir Briten bisher erst zum Gefecht stellen und vernichten konnten. Bedenken Sie, daß der U-Boot-Krieg nicht nachläßt, sondern zunimmt und daß es noch schlimmer werden kann, bevor es besser wird. Und dann wollen wir die Tatsachen unerschrocken betrachten, die gefährlichen ebenso wie die ermutigenden, denn wir sollen lernen, den Sieg als einen Ansporn zu weiteren Anstrengungen zu gebrauchen und aus dem Glück die Mittel zu schaffen, mehr zu gewinnen.
Soviel nur möchte ich über die Zukunft sagen, und ich sage es im vollen Bewußtsein der Fehlbarkeit meines Urteils. Es könnte sein, daß der Krieg in Europa vor dem Krieg in Asien beendigt wird. Der Atlantik könnte ruhig sein, während im Pazifik der Orkan zu voller Stärke anschwillt. Sollten die Ereignisse so verlaufen, dann würden wir sofort alle unsere Streitkräfte auf die andere Seite der Welt schaffen, um den Vereinigten Staaten zu helfen, um China zu helfen, und vor allem, um unseren Verwandten in Australien und Neuseeland in ihrem tapferen Kampf gegen den Angriff Japans zu helfen. Während wir so im Fernen Osten kämpften, würden wir mit den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten, Rußland und den anderen interessierten Vereinigten Nationen beraten, um die internationalen Urkunden und die nationalen Einrichtungen zu schaffen, die geschaffen werden müssen, wenn das freie Leben Europas sich je wieder erheben soll und wenn die schrecklichen Streitigkeiten, die Europas Kultur zerrissen, verhindert werden sollen, jemals wieder den Fortschritt der Welt zu hemmen. Wenn der Krieg auf diese Art, in zwei aufeinanderfolgenden Abschnitten zu Ende ginge, dann glaube ich, würde um den Beratungstisch ein stärkeres Gefühl für Kameradschaft herrschen als damals unter den Siegern von Versailles. Damals war die Gefahr vorüber. Das gemeinsame Band, das die Alliierten zusammenhielt, war zerrissen. Es herrschte kein Gefühl für gemeinsame Verantwortlichkeit, wie es entsteht, wenn siegreiche Nationen, die Herren eines riesigen Kriegsschauplatzes wurden, auf einem anderen Kriegsschauplatz noch Seite an Seite weiterkämpfen. Darum hoffe ich, daß wir am Ende dieses Krieges imstande sein werden, bessere Lösungen – umfassendere, dauerndere Lösungen – der europäischen Probleme zu finden, als es vor einem Vierteljahrhundert möglich gewesen ist. Es hat gegenwärtig keinen Sinn, diese Spekulationen fortzusetzen. Denn niemand kann den Zustand Europas und der Welt kennen, wenn die Tyrannei der Nazis und Faschisten endgültig zusammenbrechen wird. Der erste Schein des Jahres 1943 wird bald in einem dämmerigen Rot vor uns zu sehen sein, und wir müssen uns rüsten, um mit den Prüfungen und Problemen dieses Jahres fertig zu werden, das ein ernstes und schreckliches Jahr werden muß. Wir rüsten uns im sicheren Gefühl unserer zunehmenden Stärke und wir rüsten uns als eine Nation mit starkem Willen, mutigem Herzen und einem guten Gewissen.

[124] *Aus der Unterredung Hitler-Ciano vom 18. 12. 1942*

[...]
Darauf gab der Führer ein Bild der Lage: Deutschland und Italien stünden in einem Kampf um Sein oder Nichtsein. Es gehe dabei nicht nur um die gegenwärtige Staatsform der beiden Länder, sondern um den Bestand und die Substanz der beiden Völker. Gleichgültig, an welcher der zahlreichen Fronten ein Sieg von einem der beiden Verbündeten errungen würde; jeder Sieg trage zur Erhaltung der Substanz beider Völker bei, während andererseits jede Niederlage, an welcher Front sie auch immer eintreten möge, eine Bedrohnung dieser Substanz darstelle. Sollte an einer der Fronten eine entscheidende Niederlage eintreten, so würde dies nicht nur das Ende des nationalsozialistischen, des faschistischen und des kaiserlich-japanischen Regimes bedeuten, sondern auch die Vernichtung der Rassensubstanz der betroffenen Völker nach sich ziehen. Der Bolschewismus würde über Zentraleuropa dahinbrausen und Westeuropa verschlingen. Die subversiven Elemente, besonders in Frankreich, würden ihm zu Hilfe eilen, und destruktive Elemente würden überall die Macht an sich reißen. Eine Hilfe der Demokratien gegen diesen Vorgang käme überhaupt nicht in Frage. Wenn England jetzt öfter durchblicken ließe, daß es ein fallendes Europa stützen würde, so wäre dies einfach lächerlich, habe doch England im Jahre 1918 auch nicht die Bolschewisierung des zaristischen Rußland verhindern können. Der Sieg des Bolschewismus aber würde die Vernichtung der europäischen Kultur bedeuten.

Im allgemeinen beurteile er (der Führer) die Situation Deutschlands und seiner Verbündeten in dem gegenwärtigen gigantischen Völkerringen absolut positiv. Es sei nicht überraschend, daß in einzelnen Phasen des Kampfes, der sich über Jahre hinzöge, nicht alle Punkte immer restlos den Wünschen der "Achsenpartner" entsprächen.
Die Gesamtlage sei durch Japans Eintritt in den Krieg, dem eine entscheidende Bedeutung zukomme, erheblich verbessert worden. Wenn man augenblicklich eine Bilanz ziehe, so ergebe sich als positiver Faktor die Tatsache, daß die "Achse" Europa im wesentlichen von jeder feindlichen Position freigekämpft habe, soweit nicht etwa Fehler, die in Zukunft gemacht würden, es den Feinden erlaubten, sich in Europa wieder festzusetzen. Deutschland und Italien, die durch den Krieg eine Einheit geworden seien, könnten ihre jetzige Lage am besten dadurch charakterisieren, daß sie sie mit dem Kräfteverhältnis verglichen, das vor vier Jahren bestanden habe. Eigentlich müsse man mit dem Jahr 1938 beginnen, weil im Herbst dieses Jahres der Wendepunkt liege, an dem die Entwicklung zur heutigen Situation eingetreten sei.
Damals haben sich Deutschland und Italien einer Reihe von Gegnern, die ihnen in jeder Krise immer wieder entgegentraten, gegenüber befunden. Von diesen Gegnern sähen manche in Deutschland den Hauptfeind, andere wieder richteten ihre Feindschaft hauptsächlich gegen Italien. Allen käme es jedoch letzten Endes auf die Zerstörung des faschistischen und nationalsozialistischen Regimes an. Um ein klares Bild zu gewinnen, müsse man diese Gegner mit militärischen Maßstäben messen und käme dabei zu folgendem Ergebnis: Tschechoslowakei – 45 gute Divisionen, Polen – 60 Divisionen, Norwegen und Dänemark, die jederzeit bereit gewesen wären, als Sprungbrett für eine Kontinentalexpedition zu dienen – 8–10 Divisionen, Holland, das völlig demokratische, Westeuropa verfallene Land, das ebenfalls seinerzeit jederzeit als Sprungbrett für eine Invasion nach dem Kontinent dienen konnte – 10–20 Divisionen, Belgien, eine Hochburg der Demokratie und auf England ausgerichtet – 24 Divisionen, Frankreich – 136 Divisionen, Jugoslawien – 30–34 Divisionen, Griechenland – etwas mehr als 20 Divisionen. Dazu käme, daß in bedrohlicher Nähe der deutschen Ostgrenze 270 russische Divisionen versammelt waren. Von diesen Feinden seien die Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland völlig besiegt, während Rußland 1500–2000 km zurückgedrängt worden sei und einen unabsehbaren Verlust an Divisionen erlitten habe. Es sei eine Tatsache, daß Europa im wesentlichen von den Feinden befreit oder gesäubert sei.
Die negative Seite einer solchen Bilanz bestehe in der Tatsache, daß nach vierjährigem gigantischen Ringen die Überseebeziehungen und -verbindungen der "Achse" verlorengegangen seien. Sie hätten jedoch sowieso unter keinen Umständen gehalten werden können. Besonders gelte dies für Italienisch-Ostafrika, weil England nun einmal die beiden Eingänge in das Mittelmeer beherrsche. Augenblicklich seien Libyen und die Cyrenaika verloren; demgegenüber stünde jedoch die Inbesitznahme von Tunis und Bizerta.
Ein weiterer positiver Posten in der Bilanz sei Japans Vordringen in Ostasien, wo sich der "Achsenverbündete" in einer unangreifbaren Stellung befinde.
Ebenso positiv zu bewerten seien die Verluste des Feindes an Handelstonnage, die so gigantisch seien, daß die Länder des europäischen Festlandes tatsächlich weniger blockiert seien als diejenigen Länder, die die Blockade gegen den Kontinent ausgesprochen hätten. Allein von der deutschen U-Boot- und Luftwaffe seien bisher 25 Millionen Tonnen versenkt worden. [Tatsächlich wurden im Kriege 1939–1945 insgesamt nur 21,192 Millionen BRT alliierten Schiffsraums versenkt. Die Neubauten umfaßten bis 1942 einschließlich 7,2 Millionen BRT, danach bis 1945 einschließlich 38,9 Millionen BRT]. Dazu käme noch die infolge Besetzung gewisser Länder durch deutsche Truppen dem Dienst des Feindes entzogene Tonnage, die sich z. B. durch die Besetzung ganz Frankreichs für dieses Land auf 650 000 Tonnen beliefe. Auch in Norwegen und Dänemark seien auf diese Weise dem Feinde Schiffe entzogen worden. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sowie der Versenkung von Feindschiffen durch Minen und ihrer Beschädigungen käme man auf einen Gesamtverlust des Feindes von 30 Millionen Tonnen. Zwar sei der Krieg ein militärisches Problem. Dies sei jedoch ohne Lösung der Transportfrage überall unmöglich. Alle Tapferkeit der Soldaten und das Genie der Führung wären zur Erfolglosigkeit verurteilt, wenn nicht die Transportfrage im Zusammenhang mit den militärischen Operationen gelöst würde. Dies gelte nicht nur für die "Achse", sondern glücklicherweise auch für die Gegner, für die es leichter sei, eine Position von See her einzunehmen, als sie nachher versorgungs- und nachschubmäßig zu halten. Die Schwierigkeiten Rommels bei Al Alamein seien wegen des Nachschubs entstanden, und wenn es England nicht gelänge, sich das Mittelmeer wieder zu öffnen, anstatt den weiten Umweg um Südafrika weiter benutzen zu müssen, so würden ihm eines Tages daraus krisenhafte Schwierigkeiten entstehen, habe doch der Erste Seelord Alexander selbst gesagt, daß, wenn England nicht der U-Boote Herr werde, ein Zusammenbruch an mehreren Fronten durchaus möglich sei
Welches seien nun angesichts dieser Gesamtlage die von der "Achse" durchzuführenden Aufgaben? Zunächst handle es sich darum, die absolute Sicherung des bisher eroberten Raumes

herzustellen, und zwar die rein militärische Sicherung als auch die wirtschaftliche Erschließung dieses Raumes. Die zweite Aufgabe außer der Sicherung des gewonnenen Raumes bestehe in der Weiterführung des Krieges mit der Absicht, die Versorgungslinien des Feindes durchzuschneiden, seine Operationsbasen zu zerstören und seine Tonnage zu vernichten. Der Zweck der gegenwärtigen Besprechung bestehe darin, die Mittel und die Maßnahmen zu untersuchen, die zur Durchführung der beiden vorgenannten Aufgaben notwendig seien.
Bei einer Prüfung all dieser Fragen handle es sich nicht darum, die Schuld an militärischen Krisen oder deren Ursache festzustellen, sondern lediglich darum, in eine nüchterne Untersuchung des Tatbestandes einzutreten. Es sei klar, daß im Kriege immer wieder schwierige Situationen eintreten würden; es handle sich nur darum, diese abschließend zu meistern. Wie sehr sich eine Situation ändern könne, ersähe man daraus, daß bei Beginn des jetzigen Krieges der Feind 150 km östlich von Berlin sowie am Oberrhein und 50 km vom Unterrhein entfernt stand und Norwegen bedrohte. Wenige Monate (im Osten Jahre) hätten genügt, um hier alle Gefahren zu bannen. Hinsichtlich Italiens habe der Gegner bei Beginn des Krieges fast an der Syrte gestanden, sei auf Kreta und in ganz Griechenland gewesen und habe in Jugoslawien und Albanien die größte Unruhe entfacht. Fiume sei bedroht gewesen. Alle diese Schwierigkeiten seien jedoch in wenigen Monaten beseitigt worden.
Die militärische Situation zerfalle in drei Komplexe: 1.) die Ostfront, die einen großen Schutzwall gegen den Osten darstelle; 2.) die Südostfront, deren Sicherung von entscheidender Wichtigkeit auch hinsichtlich der Einstellung der Türkei sei. Die Haltung dieses Landes sei immer labil, je nachdem sich die Waage des Erfolgs nach der einen oder der anderen Seite neige. Der dritte Komplex sei Nordafrika, dessen Besitz von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Krieges sei; denn dadurch würden die Engländer gezwungen, um das Kap herum zu fahren, und könnten die zur Verfügung stehende Tonnage nur zu 25 oder 30 Prozent ausnutzen. In dem Augenblick, in dem sie etwa die Freiheit der Benutzung des Mittelmeers wieder gewönnen, könnten sie dreimal so viel mit der jetzigen Tonnage befördern.
Der fernöstliche Kriegsschauplatz könne in diesem Zusammenhang beiseite gelassen werden, da er sich den Einwirkungsmöglichkeien der "Achse" sowieso entzöge.
Im übrigen sei noch zu bedenken, daß das Halten der norwegischen Position wegen der labilen schwedischen öffentlichen Meinung wichtig sei und das Gleiche für Nordafrika wegen der Rückwirkungen auf die Iberische Halbinsel gelte.
Das Ziel des Ostfeldzuges sei nach wie vor, 1.) den bolschewistischen Koloß zu schlagen und ihn zu verhindern, gegen Europa vorzugehen, und 2.) im Osten Lebensraum zu gewinnen, um auf die Dauer die Ernährungs- und Rohstoffbasen (Kohle, Eisen, Mangan, Petroleum), die Europa nötig habe, sicherzustellen. Wenn man bedenke, mit welchen militärischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen die Front im Osten aufgerichtet worden sei, so könne man sagen, daß wirtschaftlich hinsichtlich der Ernährung und der Rohstoffe (Kohle, Eisen und Mangan) alles erreicht worden sei, was vorgesehen war; nur hinsichtlich des Öls sei das Ziel nicht vollkommen erreicht. [Das wichtigste "wehrwirtschaftliche" Ziel des Feldzuges 1942 war die Eroberung der Kaukasus-Ölgebiete, vor allem der Ölzentren Grossnij und Baku. Es hatte jedoch nur das kleine Gebiet um Maikop im August 1942 erobert werden können, das infolge der nachhaltigen Zerstörungen nicht in die Produktion eingeschaltet werden konnte]. Was die Schädigung des Gegners anbetreffe, so sei sie ungeheuer groß und habe eine gefährliche Lage geschaffen, da sich Rußland in einer Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise befinde.
Über die von den Russen unternommenen Aktionen sagte der Führer, daß die in der Mittelfront durchgeführten Angriffe blutig zurückgeschlagen worden seien. Allerdings habe es dabei sehr schwere Kämpfe gegeben. Der Versuch, Leningrad zu entsetzen, sei ebenfalls fehlgeschlagen. Der Ansturm gegen die 3. rumänische Armee sei erfolgreich verlaufen. Er (der Führer) wolle allerdings nicht etwa in eine Erörterung der Schuldfrage eintreten. Gegenmaßnahmen seien getroffen und die russischen Angriffe bereits aufgehalten. Die Erfolge der Russen seien durch die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den verbündeten Armeen an der Ostfront zu erklären. Deshalb habe auch der Reichsmarschall bei seinem kürzlichen Besuch in Italien die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der 8. italienischen Armee mit den deutschen Truppen betont. Alles, was nicht vorher im Hinblick auf Krisenfälle genau vereinbart würde, klappte im Ernstfall nicht; insbesondere müsse auch General Gariboldi dem Problem der Reserven seine Aufmerksamkeit zuwenden und dabei die Kapazität der dafür in Frage kommenden Eisenbahnen als eine feste, nicht ausdehnbare Größe in Rechnung stellen.
Gegen die italienischen Stellungen an der Ostfront seien die Russen ebenfalls vorgegangen, und an einzelnen Stellen hätten sie die italienische Front eingedrückt. Gegenmaßnahmen seien jedoch bereits im Gange. Wenn im Osten die Schwierigkeiten gemeistert werden sollten, so könne dies nur unter einer Voraussetzung geschehen: die verbündeten Armeen müßten untereinander engste Verbindung halten und bereits vor der Krise ihre Zusammenarbeit planen. Deutschland mit den größten militärischen Erfahrungen habe die höchsten blutmäßigen Opfer gebracht und sei hier zur Führung berufen. Es handle sich hierbei weniger um die Frage, wer etwas anordne,

sondern darum, daß die notwendigen Anordnungen getroffen würden, die schließlich zum Sieg führen würden, der ein gemeinsamer Sieg sein würde, an dem alle beteiligten Verbündeten ihren Anteil hätten. Wenn etwa die "Achse" den Krieg verlöre, so würde vor der Geschichte keinesfalls etwa die Entschuldigung Anerkennung finden, daß der Kampf wegen Uneinigkeit der "Achsenpartner" verloren gegangen sei.
Der zweite Komplex sei der nähere Südosten. Er (der Führer) wisse nicht, wieviel Divisionen England gegen Tripolis marschieren lasse. Es sei jedoch immer möglich, daß im Südosten eine englische Landung erfolge. Auch in Richtung auf Syrien und die Türkei seien solche Unternehmungen nicht ausgeschlossen. Solange Rhodos, der Dodekanes, Kreta, der Peloponnes, Griechenland, Albanien und Dalmatien mit ihrem Hinterland von den "Achsenmächten" gehalten würden, sei jeder Versuch einer solchen Landung bzw. eines Drucks auf die Türkei zum Scheitern verurteilt. Die "Achse" könne für diesen Fall auch Bulgarien und Ungarn notfalls noch als Reserve einsetzen. Es sei jedoch entscheidend, daß die vorgenannten Positionen mit ihrem Hinterland (wegen des Transports und Nachschubs) gehalten würden. Dazu müßte das Hinterland befriedet werden. Eisenbahnmäßig hinge alles davon ab, daß Revolten nationalistischer oder kommunistischer Art unterdrückt würden. Auf jeden Fall müsse alles für die Abwehr einer feindlichen Landung vorbereitet sein. Dann bestünde auch keine Gefahr, daß die Türkei etwa auf die Gegenseite hinübergezogen würde, insbesondere da die Engländer ihr gegenüber sehr großmütig in Versprechungen sein würden, die sie nachher selbstverständlich nicht halten würden.

Aus dieser Lage müsse man die entsprechenden Folgerungen ziehen: 1.) es müsse für die Sicherung der Position Kreta, Rhodos, Peloponnes usw. Sorge getragen werden. Deutschland wolle für die Eingreifgruppe trotz gespannter Mannschaftslage eine Division zur Verfügung stellen. Die Verbindungen mit Ungarn und Bulgarien für den Landungsfall müßten vorbereitet werden. Die Ordnung im Hinterland der Balkangebiete müßte unter allen Umständen durch entsprechende Maßnahmen wiederhergestellt werden. Vorsorglich müßten die in den vorgenannten Gebieten stationierten Truppen mit Verpflegung, Munition und Treibstoff versorgt werden, damit sie auch bei vorübergehendem Abschneiden der Verbindungen zu ihren Versorgungsbasen genügend Vorräte hätten.
Anschließend kam der Führer auf den dritten Komplex – Nordafrika – zu sprechen. Bei Abschluß des Waffenstillstandes und auch späterhin haben es Deutschland und Italien mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage in den französischen Kolonien für zweckmäßig gehalten, eine Art französische Regierung am Ruder zu lassen, um auf diese Weise zu verhindern, daß sie nach Nordafrika auswiche und von dort aus ein unabhängiges Frankreich ins Leben rufe, sowie um zu vermeiden, daß die gesamte französische Flotte aus Oran und Toulon zum Feinde übergehe. Dies letztere wäre eine Katastrophe gewesen.
Auf Grund eines von französischer Seite ausgesprochenen Wunsches habe er (der Führer) Pétain und Laval im Oktober 1940 in Montoire empfangen. Diese Zusammenkunft sei ein Geschäft gewesen. Es sei kein Zweifel, daß Deutschland von den Franzosen Vorteile gehabt habe, die es allerdings auch mit Gegenleistungen in Gestalt von Freilassung französischer Kriegsgefangener und anderen Konzessionen bezahlt habe. Unter anderem habe Frankreich Schiffstransporte zur Verfügung gestellt; es habe aus Tunis gewisse Dinge geliefert, Artillerie abgegeben und dergleichen. Allerdings sei das Geschäft für Deutschland teurer gewesen als für die Franzosen, da Deutschland konkrete Gegenleistungen gewährt hätte, die ihm nur in begrenztem Umfang zur Verfügung standen und sich allmählich erschöpfen mußten, während Frankreich öfter nur Zusicherungen gab, die nachher nicht gehalten wurden, wie z. B. die Benutzung von Tunis und Bizerta für den Afrika-Nachschub. Dabei habe Deutschland Frankreich niemals getraut, wie er (der Führer) dies in seinem Schreiben an den Duce hervorgehoben habe. Die Motive Pétains für diese Geschäfte seien Zeitgewinn, insbesondere zur Aufrüstung der Armee, und Schaffung von Mißtrauen zwischen Italien und Deutschland gewesen. Auch der letzte Vorschlag Lavals habe das Ziel gehabt, das deutsch-italienische Bündnis zu sprengen. Daher würde er (der Führer) Laval auch niemals mehr allein empfangen, sondern nur in Anwesenheit eines Vertreters Italiens.
In dieser Lage habe Deutschland in Frankreich Truppen zur Verteidigung gegen einen angelsächsischen Landungsversuch zusammengezogen und darauf geachtet, daß in seinem Rücken, d. h. im unbesetzten Frankreich, keine Gefahr entstehen konnte. Bereits im April und Mai dieses Jahres seien deutsche Truppen in steigender Zahl nach dem Westen abtransportiert worden, zunächst drei Divisionen, dann noch weitere erstklassige Divisionen aus dem Osten, danach weitere fünf und zu einem anderen Zeitpunkt noch zehn Divisionen. In dem Maße, in dem die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen das unbesetzte Frankreich klarer wurde, wurde die Besetzung Restfrankreichs gründlich vorbereitet. Als dann die Krise eintrat und in Nordafrika der Verrat der französischen Generale und Admirale deutlich wurde, habe er (der Führer) den Entschluß gefaßt zu handeln. Dabei habe er die Wahl gehabt, ob er in ultimativer Form vorgehen sollte – in diesem Falle hätte jedoch die Gefahr bestanden, daß die französische Flotte zum Feind überging – oder ob er sofort zur Besetzung schreiten sollte. Er habe sich für

das letztere entschieden und glaube, es sei besser, daß die französische Flotte vernichtet in Toulon liege, als daß sie sich auf Seiten des Feindes in Algier befände. Er bäte den Grafen Ciano, dem Duce besonders mitzuteilen, daß er (der Führer) nicht mehr davon überzeugt sei, daß Pétain von dem Verrat der Generale nichts gewußt habe. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß alles mit seinem Einverständnis geschehen sei, und würde in dieser Ansicht durch die Reise bestärkt, die Pétain selbst nach Nordafrika unternehmen wollte. Pétain ließ damals mitteilen, daß er Tunis nicht berühren würde, angeblich, um die Italiener nicht zu beunruhigen. Er (der Führer) habe jedoch die Genehmigung zu dieser Reise abgelehnt, weil er bereits mißtrauisch war. Er sei heute sehr zufrieden darüber, daß es den deutschen Truppen mit Hilfe des italienischen Bundesgenossen möglich gewesen sei, Restfrankreich blitzartig zu besetzen, daß die Italiener Korsika in ihre Hand bekommen hätten und daß in Tunis und Bizerta Fuß gefaßt wurde und die dortigen Befestigungen besetzt werden konnten. Daraus ergäben sich jetzt wichtige Möglichkeiten; denn strategisch sei Tunis von großem Vorteil für die "Achse". Dies sei kein Zufall, denn bereits der erste Punische Krieg sei um Tunis geführt worden, und die Herrschaft des alten Rom im Mittelmeer sei erst vollständig gewesen, als es Tunis eroberte. Hier sei der "Achse" eine Reihe entscheidender Aufgaben gestellt. In erster Linie handele es sich dabei um die Transportfrage. Werde sie nicht gelöst, könne Tunis nicht gehalten werden. Wenn sie jedoch gelöst werde, könne und wolle Deutschland seine besten Divisionen nach Tunis entsenden und werde dann die Amerikaner und Engländer aus diesen Gebieten vertreiben. Wenn es ermöglicht würde, Rüstungsmaterial, Brennstoff und Menschen nach Tunis zu bringen, wäre Algerien für die Angelsachsen verloren und die "Achse" würde bald vor Melilla stehen, wodurch eine Wandlung in der Haltung Spaniens herbeigeführt werden könne. Wenn das Transportproblem nicht gelöst werden könne, wäre es schade um jeden Mann und jedes Stück Rüstung, die nach Tunis gebracht würden. Es wäre dann nicht zu verantworten, weitere Truppen hinüberzusenden. Gelinge die Operation, so wären die Anstrengungen und der Einsatz der Angelsachsen vergeblich, und sie müßten weiter ihre Stellungen im östlichen Mittelmeer auf dem langen Wege um Kapstadt herum versorgen, wo sie wieder von den U-Booten bedroht wären. Es zeige sich hier, daß auf beiden Seiten im Grunde genommen alles ein Transportproblem sei. Um das Transportproblem der "Achse" nach Afrika zu lösen, müßten allerdings von der Zivilbevölkerung weitgehende Opfer gebracht werden.
Zusammenfassend betonte der Führer, daß sich in den vorgenannten drei Komplexen die militärischen Fragen erschöpften. Im Osten sei es Deutschlands Aufgabe, die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der dort gesteckten Ziele zu treffen. Diese Maßnahmen seien bereits weitgehend durchgeführt. Im Südosten hätten Italien und Deutschland, solange der Krieg dauere, gemeinsame Interessen, während in Nordafrika rein italienische Interessen vorlägen, zu deren Sicherung Deutschland lediglich Hilfe leiste. Er wolle weder Kritik üben noch Schuldfragen aufwerfen, sondern nur helfen zum gemeinsamen Sieg und habe den positiven Willen, alles in seiner Macht Stehende zu tun und mit seinen besten Menschen und Waffen hier einzutreten. Italien und Deutschland müßten jeder in seinem Lebensraum siegen, um das gemeinsame Schicksal zu gestalten. Er gäbe keine platonischen Versicherungen ab und übe keine Kritik, sondern frage sich lediglich, wie er helfen könne. Er sei entschlossen, sein Bestes zu geben, weil er die Frage Nordafrika für kriegsentscheidend halte und in herzlicher Freundschaft zum Duce Italien beistehen wolle. Die Gegner suchten sich gegenseitig zu beerben, während Deutschland und Italien in völlig getrenntem Lebensraum keinerlei emtgegengesetzte Interessen hätten. Italien würde nach einem Sieg Jahrhunderte brauchen, um den dann gewonnenen Lebensraum zu entwickeln. Die geistige Verwandtschaft der gemeinsamen Ideale zwänge beide Länder zusammen und unter diesem Motto der Gemeinsamkeit würden sie den Sieg erringen.
[...]

[125] *Joseph Goebbels:*
"Wollt Ihr den totalen Krieg?"
[*Januar-Februar 1943*]

4. Januar 1943
"Der Minister macht einige grundsätzliche Ausführungen zur Kriegslage und betont dabei den Ernst der Situation und die Notwendigkeit, alles daran zu setzen, um die letzten Kräfte für die Kriegführung zu mobilisieren. Zu Beginn des neuen Jahres sei es notwendig, sich Rechenschaft über die bisherige Arbeit abzulegen und die Konsequenzen für die Zukunft daraus zu ziehen. Er sei glücklich, daß man nunmehr langsam seine Forderung nach einer totaleren Kriegführung zum Durchbruch kommen lasse. Er habe es in den Ministerkonferenzen laufend betont, daß eine radikalere zivile Kriegführung allein in der Lage sei, militärische Erfolge für uns herbeizuführen. Jeder Tag beweise mehr, daß wir im Osten einem brutalen Gegner gegenüberstehen, den man auch nur mit den brutalsten Mitteln niederzwingen könne, und hierfür müsse der totale Einsatz

unserer gesamten Kräfte und Reserven erfolgen. Damit gewinne die deutsche Propaganda auch wieder Boden unter den Füßen, und der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis werde aufgehoben. Wenn das Volk spüre, daß nicht nur Propaganda für den totalen Krieg gemacht, sondern auch die notwendigen Konsequenzen gezogen würden, so bekomme die Propaganda ihre richtige Substanz und Wirkung. Es sei jetzt an der Zeit zu handeln, und man dürfe sich nicht auf den Frühling verlassen. Wenn wir heute nicht die gesamten Reserven mobilisieren, so dürfe man nicht glauben, daß dies im Frühjahr oder Sommer geschehe, wenn auch ohnedies der Optimismus sich breitmache. Jetzt, wo die Schwierigkeiten so groß seien, müsse man die Zeit ausnützen und zur totalen Kriegführung übergehen.
Zur Kriegspropaganda selbst sagt der Minister, daß wir sie auf einige Kardinalsätze zurückführen müßten. Bei der längeren Dauer des Krieges sei es nicht zu vermeiden gewesen, daß unsere Propaganda durch die Tagesereignisse sich zerfasert hätte und dabei die tragenden Grundsätze dieses Krieges mehr in den Hintergrund treten ließ. Die Geschichte der nationalsozialistischen Propaganda beweise, daß die Grundsätze jedoch immer das Entscheidende sind, und ein wirklicher Propagandist jede Möglichkeit wahrnimmt, diese Grundsätzlichkeiten des Krieges an einzelnen Tagesereignissen wieder ans Tageslicht zu holen. Es sei notwendig, einige feststehende Grundsätze laufend und unaufhörlich bei jeder Gelegenheit herauszustellen und sie in das Gewissen des Volkes einzuhämmern.
Als solche führte er u. a. an:

1. Der Krieg ist dem deutschen Volk aufgezwungen worden;
2. Es gehe in diesem Kriege um Leben oder Sterben;
3. Es gehe um die totale Kriegführung.

Diese Grundsätze vergleicht der Minister mit den Leitmotiven in den Wagnerschen Opern und meint, diese Sätze müßten immer wieder variiert in Erscheinung treten. Es gebe jeden Tag irgend einen Anlaß, diese grundsätzlichen Thesen dem Volke ins Gedächtnis zurückzurufen. Ein solcher Anlaß sei z. B. die Veröffentlichung des Weißbuches durch die nordamerikanische Regierung. Der Minister ist der Auffassung, daß durch diese Leitgedanken z. B. auch das Gefasel über den Urheber des Bombardements von Städten erledigt wird.
Der Minister sagt, daß wir weiterhin die Härte des Krieges betonen müßten. Man dürfe jedoch dabei nicht der Gefahr erliegen, daß durch die Betonung der Härte eine defensive Haltung aus unserer Propaganda hervorgeht. Im Gegenteil, unsere Propaganda habe mehr denn je die Aufgabe, die Sieghaftigkeit des Reiches besonders hervorzuheben.
Zu den Nachkriegsplänen der Feinde, die laufend in der feindlichen Propaganda erscheinen, meinte der Minister, daß es besser sei, keine Notiz von ihnen zu nehmen. Es sei nicht zu bestreiten, daß sie auf viele Kreise eine Wirkung hätten. Die massive Veröffentlichung dieser Pläne flöße vielen Leuten, die wenig Ahnung von der tatsächlichen Lage hätten, Furcht ein. Diese Nachkriegspläne seien eben eine reine Propaganda der Feindmächte, und letzten Endes verfolgten sie auch das Ziel, eine Sicherheit bei den eigenen Völkern vorzutäuschen. Wir sollten uns daher in Zukunft überhaupt nicht mehr mit ihnen beschäftigen.
Der Minister setzt sich mit dem Schlagwort auseinander, daß "wir den Krieg nicht verlieren könnten". Er halte dieses Wort für absolut falsch, denn es sei von der Vorsehung nicht vorher bestimmt, wer den Krieg gewinne und wer ihn verliere. Selbstverständlich könnten wir den Krieg verlieren, wenn wir nicht alle Kräfte für den Einsatz mobilisierten. Wenn wir alle Kräfte unseres Volkes ausschöpften, und sie richtig einsetzten, dann könne es allerdings sein, daß im Sommer Rußland zerschlagen werde. Er sei froh, daß nunmehr die richtige Sprache geführt werde, und dies könne sich nur zum Vorteil unserer Kriegführung auswirken."

5. Januar 1943
"Der Minister knüpft an seine gestrigen grundsätzlichen Ausführungen an und teilt unter Betonung der besonderen Geheimhaltungsverpflichtung für alle Anwensenden mit, daß voraussichtlich ein Gremium, bestehend aus Reichsleiter Bormann, Reichsminister Lammers und Reichsminister Goebbels, einen Aktionsplan für die Verwirklichung des totalen Krieges ausarbeiten werde, der dem Führer innerhalb allerkürzester Frist vorzulegen sei. Es sei notwendig, der Front eine Million Soldaten zuzuführen. Er beabsichtige die Schließung zahlreicher Geschäfte und Warenhäuser, die doch nichts verkauften und lediglich Unbeschäftigte binden, und ebenso die Schließung aller Luxuslokale, insbesondere Bars und ähnlicher Einrichtungen vorzuschlagen. Theater, Kinos und sonstige echte Erholungsstätten würden der Bevölkerung, die den ganzen Tag schwer zu arbeiten hätte, natürlich erhalten bleiben. Für Männer werde eine Arbeitspflicht vom 15. bis 65., für Frauen vom 17. bis 50. Lebensjahr vorgesehen. Gleichzeitig würden alle Ressorts erneut ausgekämmt werden, wobei er in seinem Ministerium aus eigener Initiative vorbildlich vorzugehen beabsichtige. Der Minister bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß nach Überwindung des ersten Schocks den die zu erwartenden Veröffentlichungen in der

Öffentlichkeit auslösen würden, alsbald ein Gefühl der größeren Sicherheit aufkommen werden –, wenn nämlich die angeordneten Maßnahmen zeigten, daß vom totalen Krieg nicht nur geredet, sondern daß tatsächlich auch entsprechend gehandelt werde. Der Bevölkerung müsse klargemacht werden, daß der radikalste Krieg auch der kürzeste sei. Es müsse ein illusionsfreier Realismus zum Entstehen gebracht werden, der einem von Optimismus getragenen uneingeschränkten Einsatz sämtlicher vorhandener Kräfte als Grundlage diene."

6. Januar 1943
"Der Minister führt in Erwägung seiner gestrigen Darlegungen über die Maßnahmen zur Durchführung des totalen Krieges aus, die Propaganda müsse selbstverständlich vermeiden, eine defensive Grundhaltung des deutschen Volkes hervorzurufen. Unter keinen Umständen dürften die Schlagworte wie: "Leben oder Tod", "Festung Europas", die unerwünschte Vorstellungen hervorriefen, herausgestellt werden. Die Propaganda habe seit Kriegsbeginn folgende fehlerhafte Entwicklung genommen:
1. Kriegsjahr: Wir haben gesiegt.
2. Kriegsjahr: Wir werden siegen.
3. Kriegsjahr: Wir müssen siegen.
4. Kriegsjahr: Wir können nicht besiegt werden.
Eine solche Entwicklung sei katastrophal und dürfe unter keinen Umständen fortgeführt werden. Es müsse vielmehr der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden, daß wir nicht nur siegen wollen und müssen, sondern besonders auch, daß wir auch siegen können, weil die Voraussetzungen gegeben sind, sobald Arbeit und Leistung in der Heimat voll in den Dienst des Krieges gestellt werden."

8. Januar 1943
"Der Minister betont, daß wir noch stärker die These vertreten müssen, daß die augenblicklichen Vorgänge an der Ostfront von der Feindseite wie im vorigen Jahre übertrieben werden. Es sei jedoch herauszustellen, daß die Vorgänge in diesem Jahr nicht im mindesten zu vergleichen sind mit der Schwierigkeit der Lage im vergangenen Winter. Er regt an, daß die Kommentatoren sich einmal mit der Brussilow-Offensive des Weltkrieges befassen und die damaligen strategischen Ziele Rußlands hervorheben. Die russische Weltkriegsoffensive habe für Rußland schwere Folgen gehabt, da sie die Kräfte der Russen aufs stärkste beanspruchte. Der Minister weist darauf hin, daß die Engländer jetzt schon skeptischer gegenüber der russischen Offensive geworden sind. Diese Stimmen könnten bei uns Verwendung finden. Wenn heute die pessimistischen Stimmen der Engländer bei einer für uns nicht sehr günstigen Lage verwandt werden, so habe er eine moralische Berechtigung dazu, diese Anordnung zu erteilen, denn er habe dafür im Sommer die für uns zu optimistischen Stimmen nicht dem deutschen Volke zur Kenntnis gebracht.
Ein Gauleiter hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß die starke Behandlung der Streitigkeiten der französischen Generäle in Nordafrika im deutschen Volke Erwartungen ausgelöst habe, die zweifelsohne niemals eintreten. Das Volk glaube, daß aus dem Streit der Verräter-Generäle ein Bruch entstehen könne, der uns große Vorteile bringe. Der Minister erklärt, es sei das Verkehrteste, was man tun könne, heute moralische Erörterungen über die Ehrlichkeit der französischen Generäle anzustellen. Wir machten uns dabei nur lächerlich, denn die uns feindliche Welt habe das angenehme Gefühl, daß wir Deutschen von den französischen Generälen über den "Löffel balbiert" worden sind.
Die Diskussion in England über das Ausbleiben der angelsächsischen Luftangriffe auf die deutschen Städte dürfe nicht zum Anlaß einer schadenfrohen Kritik gemacht werden. Dadurch könnten die Engländer provoziert werden, und wenn sie tatsächlich kämen, werfe das Volk uns vor, wir seien mit unserer Propaganda daran schuld.
Der Minister weist noch einmal darauf hin, daß kein Grund zum Panikmachen vorliege, daß wir aber auch nicht illusionistisch die Lage betrachten sollten. Dies sagte er insbesondere im Hinblick auf die neuen Gesetzesentwürfe über die Totalisierung der Kriegführung, die in der nächsten Zeit herauskommen. Wir sollten mit Ernst die Lage betrachten und dabei aber stets berücksichtigen, daß durch die Intensivierung unserer Kriegsanstrengungen die Lage sich ändern werde."

Aus der Sportpalastrede Goebbels'
vom 18. Februar 1943

Ihr also, meine Zuhörer, repräsentiert in diesem Augenblick die Nation. Und an Euch möchte ich zehn Fragen richten, die Ihr mir mit dem deutschen Volk vor der ganzen Welt, insbesondere aber vor unseren Feinden, die uns auch an ihrem Rundfunk zuhören, beantworten sollt: Erstens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk habe den Glauben an den Sieg verloren.

Ich frage Euch: Glaubt Ihr mit dem Führer und mit uns an den endgültigen totalen Sieg des deutschen Volkes? ...
Zweitens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk ist des Kampfes müde. Ich frage Euch: Seid Ihr bereit, dem Früher, als Phalanx der Heimat hinter der kämpfenden Wehrmacht stehend, diesen Kampf mit wilder Entschlossenheit und unbeirrt durch alle Schicksalsfügungen fortzusetzen, bis der Sieg in unseren Händen ist?
Drittens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk hat keine Lust mehr sich der überhandnehmenden Kriegsarbeit, die die Regierung von ihm fordert, zu unterziehen. Ich frage Euch: Seid Ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zehn, zwölf und wenn nötig vierzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Letzte herzugeben für den Sieg?
Viertens: Die Engländer behaupten, das deutsche Volk wehre sich gegen die totalen Kriegsmaßnahmen der Regierung. Es will nicht den totalen Krieg, sondern die Kapitulation. Ich frage Euch: Wollt Ihr den totalen Krieg? Wollt Ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können? [Schon nach der ersten Frage scholl Dr. Goebbels aus dem Munde von Tausenden ein Ja entgegen, das nach jeder weiteren Frage von neuem den Sportpalast erdröhnen ließ.]
Ich habe Euch gefragt, Ihr habt mir Eure Antwort gegeben. Ihr seid ein Stück Volk, durch Euren Mund hat sich damit die Stellungnahme des Deutschen manifestiert, Ihr habt unseren Feinden das zugerufen, was sie wissen müssen, damit sie sich keinen Illusionen und falschen Vorstellungen hingeben...
Mit heißem Herzen und kühlem Kopf wollen wir an die Bewältigung der großen Probleme dieses Zeitabschnitts des Krieges herantreten. Wir beschreiten damit den Weg zum endgültigen Sieg. Er liegt begründet im Glauben an den Führer. So stelle ich denn an diesem Abend der ganzen Nation noch einmal ihre große Pflicht vor Augen. Der Führer erwartet von uns eine Leistung, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Wir wollen uns seiner Forderung nicht versagen. Wie wir stolz auf ihn sind, so soll er stolz auf uns sein können. In den großen Krisen und Erschütterungen des nationalen Lebens erst bewähren sich die wahren Männer, aber auch die wahren Frauen. Da hat man nicht mehr das Recht, vom schwachen Geschlecht zu sprechen, da beweisen beide Geschlechter die gleiche Kampfentschlossenheit und Seelenstärke. Die Nation ist zu allem bereit. Der Führer hat befohlen, wir werden ihm folgen. Wenn wir je treu und unverbrüchlich an den Sieg geglaubt haben, dann in dieser Stunde der nationalen Besinnung und der inneren Aufrichtung. Wir sehen ihn greifbar nahe vor uns liegen; wir müssen nur zufassen. Wir müssen nur die Entschlußkraft aufbringen, alles andere seinem Dienst unterzuordnen. Das ist das Gebot der Stunde. Und darum lautet die Parole: Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!

[126] *Stimmen der Neutralen*
Aus der Weihnachtsbotschaft 1942 von Papst Pius XII.

1. Man gewährleiste auf allen Gebieten menschlicher Betätigung die unveräußerlichen Grundrechte des Einzelmenschen, indem man einem jeden das Recht auf persönliche Verantwortlichkeit zuerkenne;
2. Man sichere Einheit und Unabhängigkeit der Einzelgesellschaften, insbesondere der Familie;
3. In der Gesetzgebung der Staaten nehme man den Grundsatz vom überragenden Adel der Arbeit auf; man bestimme ihre Funktion und ihre sozialen Vorrechte. Diesbezüglich sagte er auch, daß die Arbeit eine ihr innewohnende und unauslöschliche Würde besitze und daß sie aufs engste mit der Entwicklung und Vervollkommnung der menschlichen Persönlichkeit verbunden sei. Auf internationalem Gebiet sei nur durch solidarischen Austausch der Produktivkräfte unter den einzelnen Ländern – nach Ansicht des Papstes – eine wahre Friedenspolitik möglich.
4. Man stelle die verletzte Rechtsordnung wieder her: "Das heutige Rechtsgefühl ist häufig geändert und verfälscht durch die Verkündung und Übung eines Positivismus und Utilitarismus, die sich sklavisch dem Dienst bestimmter Gruppen, Cliquen und Bewegungen verschrieben haben, deren Programme dann den Weg für die Gesetzgebung und Rechtsübung vorzeichnen und bestimmen. Die Gesundung der Lage ist dann möglich und erreichbar, wenn das Bewußtsein für eine Rechtsordnung wiedererweckt wird, die auf der Oberherrschaft Gottes gründet und die vor jeder Menschenwillkür bewahrt bleibt, das Bewußtsein einer Ordnung, die ihre schützende und strafende Hand auch über die unabdingbaren Rechte des Menschen hält und sie schützt gegen die Angriffe jeglicher menschlicher Gewalt";
5. Christlich durchblutete Staaten ins Leben zu rufen, das heißt, sittlich und rechtlich durchgeformte Staatsgebilde. "Wer wünscht, daß der Stern des Friedens aufgehe und stillstehe über der menschlichen Gesellschaft, der arbeite mit am Entstehen einer Staatsauffassung und Staatsverwirklichung, die auf vernünftige Zucht, edle Menschlichkeit und verantwortlich denkendes Christentum gegründet ist"; er mühe sich und setze sich ein, die Irrtümer zu zerstreuen, die

danach trachten, den Staat und seine Macht vom Pfad der Sitte abzubringen und ihn von der eminent ethischen Bindung zu lösen, die ihn mit dem Leben des einzelnen wie der Gesellschaft verknüpft und die ihn die wesentliche Abhängigkeit verleugnen oder praktisch vergessen lassen, die sie eins macht mit dem Willen des Schöpfers.

Aus einer Stellungnahme des spanischen Außenministers Jordanas vom Februar 1943.
Es wird oft von den Völkern fälschlicherweise angenommen, daß die Welt in einer besonderen internationalen Lage verharrt, während sich die Situation in Wirklichkeit durch zufällige und unerwartete Begebenheiten schnell ändert. Der Kommunismus bedeutet eine drohende Gefahr für die Welt, und wenn er außerdem durch die furchtbare Kraft einer Großmacht unterstützt wird, sollte jeder, der nicht blind an den Ereignissen vorübergeht, aufmerksam werden. Wir Spanier stehen mit dieser Furcht nicht allein da, seit auch andere Nationen, vor allem die Nachbarländer Rußlands, diese Befürchtungen teilen. Jene Länder sympathisieren zweifellos mit jeder Opposition gegen die UdSSR. Wir glauben sicher, daß auch England bei einem russischen Sieg diese Haltung annehmen wird.
Als Unbeteiligte des Krieges betrachten wir die Ereignisse mit größter Unparteilichkeit. Wir sind davon überzeugt, daß es ernste europäische Interessen gibt, die uns aus der Neutralität plötzlich in einen Krieg zwängen. Infolge einer unvermeidlich einseitigen Stellungnahme und Kriegsbereitschaft schlägt England augenblicklich einen Kurs ein, der ganz im Gegensatz zu seinem Interesse steht, seit der Druck Rußlands der wesentliche Faktor zu sein scheint, der die Situation der Alliierten grundlegend geändert hat. Wenn sich die Ereignisse künftig weiterhin so entwickeln wie bis jetzt, wird Rußland weit in deutsches Gebiet eindringen.
Und wir fragen uns: Worin liegt, wenn sich diese Annahme bewahrheitet, nicht nur für den Kontinent, sondern auch für England die größere Gefahr? In einem Deutschland, das nicht gänzlich am Boden liegt, sondern noch über genügend Kraft verfügt, um als Wall gegen den Kommunismus zu dienen, oder in einem Deutschland, das zwar unversehrt, doch aller Macht beraubt ist? Oder gar in einem sowjetischen Deutschland, daß Rußland infolge einer Steigerung von dessen Kriegspotential durch Unterstützung deutscher Ingenieure, Spezialisten und Techniker befähigte, sich zu einem ungeheuren, nie dagewesenen Weltreich vom Atlantik zum Pazifik auszudehnen? Wenn Rußland vor kurzem schon die größte Gefahr für Europa bedeutete, wieviel gefährlicher ist es jetzt durch seine augenblickliche militärische und industrielle Bedeutung und seine totalitäre, kommunistische Herrschaft! Wir stellen die zweite Frage: Gibt es ein Land in Mitteleuropa, diesem Durcheinander, das weder Bestand noch Einheit kennt und überdies durch Krieg und Fremdherrschaft heimgesucht ist, das imstände wäre, den ehrgeizigen Plänen Stalins wirksam Widerstand entgegenzusetzen? Gewiß nicht! Von Frankreich selbst, diesem aktionsunfähigen, besiegten, geteilten und in völligem Chaos zurückgelassenen Land sind nur Schwierigkeiten zu erwarten. Wir können sicher sein, daß der Kommunismus nach einer deutschen Niederlage das einzig mögliche politische System ist. Aus diesem Grunde halten wir die Lage für sehr ernst und sind der Meinung, daß England sich bei nüchterner Betrachtung der Tatsache bewußt werden muß, daß niemand im Falle eines sowjetischen Sieges über Deutschland Rußland in seinen Grenzen zu halten vermag.
Diese Argumente werden nach meiner Überzeugung die Sorgen unserer Nation in den Augen des britischen Gesandten und der britischen Regierung rechtfertigen.

[127] *Aus dem deutschen Operationsbefehl Nr. 6*
vom 15. April 1943

Ich habe mich entschlossen, sobald die Wetterlage es zuläßt, als ersten der diesjährigen Angriffsschläge den Angriff "Zitadelle" zu führen.
Diesem Angriff kommt daher ausschlaggebende Bedeutung zu. Er muß schnell und durchschlagend gelingen. Er muß uns die Initiative für dieses Frühjahr und Sommer in die Hand geben.
Deshalb sind alle Vorbereitungen mit größter Umsicht und Tatkraft durchzuführen. Die besten Verbände, die besten Waffen, die besten Führer, große Munitionsmengen sind an den Schwerpunkten einzusetzen. Jeder Führer, jeder Mann muß von der entscheidenden Bedeutung dieses Angriffs durchdrungen sein. Der Sieg von Kursk muß für die Welt wie ein Fanal wirken.
Hierzu befehle ich:
1. Ziel des Angriffs ist, durch scharf zusammengefaßten, rücksichtslos und schnell durchgeführten Vorstoß je einer Angriffsarmee aus dem Gebiet Belgorod und südlich Orel die im Gebiet Kursk befindlichen Feindkräfte einzukesseln und durch konzentrischen Angriff zu vernichten. Im Zuge dieses Angriffs ist eine verkürzte kräftesparende neue Front zu gewinnen in der Linie: Neshega–Korotscha-Abschnitt–Skorodnoje–Tim–ostw. Schtschigry–Ssossna-Abschnitt.

2. Es kommt darauf an
a) das Überraschungsmoment weitgehend zu wahren und den Gegner vor allem über den Zeitpunkt des Angriffs im Unklaren zu lassen,
b) die Angriffskräfte auf schmaler Breite schärfstens zusammenzufassen, um mit örtlich überwältigender Überlegenheit aller Angriffsmittel (Panzer, Sturmgeschütze, Artillerie, Nebelwerfer usw.) in einem Zuge bis zur Vereinigung der beiden Angriffsarmeen im Feind durchzuschlagen und damit den Kessel zu schließen,
c) den Angriffssturmkeilen so schnell wie möglich aus der Tiefe Kräfte zum Abdecken der Flanken nachzuführen, damit die Sturmkeile selbst nur vorwärts zu stoßen brauchen,
d) durch frühzeitiges Hineinstoßen von allen Seiten in den Kessel dem Feind keine Ruhe zu lassen und seine Vernichtung zu beschleunigen,
e) so schnell den Angriff durchzuführen, daß der Feind sich weder aus der Umklammerung absetzen, noch starke Reserven von anderen Fronten heranziehen kann,
f) durch raschen Aufbau der neuen Front frühzeitig Kräfte, insbesondere schnelle Verbände für weitere Aufgaben freizubekommen.

3. H. Gr. Süd bricht, mit scharf zusammengefaßten Kräften aus Linie Belgorod-Tomarowka antretend, über die Linie Prilepy-Obojan durch und stellt ostwärts und bei Kursk die Verbindung mit der Angriffsarmee des H. Gr. Mitte her. Zur Abdeckung des Angriffs nach Osten ist baldmöglichst die Linie Neshega–Korotscha-Abschnitt–Skorodnoje–Tim zu erreichen, ohne daß hierdurch die schwerpunktmäßige Zusammenfassung der Kräfte in Richtung Prilepy-Obojan gefährdet wird. Zur Abdeckung des Angriffs nach Westen sind Teilkräfte anzusetzen, deren Aufgabe es zugleich ist, in den sich bildenden Kessel hineinzustoßen.

4. H. Gr. Mitte stößt mit der Angriffsarmee, unter schärfster Kräftezusammenfassung aus Linie Trossna – nördlich Malo-Archangelsk antretend, über die Linie Fatesh-Wereitenowo, Schwerpunkt auf dem Ostflügel, durch und stellt die Verbindung mit der Angriffsarmee der H. Gr. Süd bei und ostwärts Kursk her. Zur Abdeckung des Angriffs nach Osten ist baldmöglichst die Linie Tim – ostwärts Schtschigry–Ssossna-Abschnitt zu erreichen, doch darf die Kräftezusammenfassung im Schwerpunkt dadurch nicht gefährdet werden. Zur Abdeckung des Angriffs nach Westen sind Teilkräfte anzusetzen.
Die westlich Trossna bis zur Grenze zur H. Gr. Süd eingesetzten Kräfte der H. Gr. Mitte haben mit Angriffsbeginn durch örtliche Angriffe besonders zusammengestellter Angriffsgruppen den Feind zu fesseln und frühzeitig in den sich bildenden Kessel hineinzustoßen. Durch dauernde Erdaufklärung und Luftbeobachtung ist sicherzustellen, daß der Feind sich nicht unbemerkt absetzen kann. In diesem Fall ist sofort auf ganzer Front anzugreifen.

5. Die Bereitstellung der Kräfte beider Heeresgruppen hat unter Ausnutzung aller nur möglichen Tarnungs-, Verschleierungs- und Täuschungsmaßnahmen, weit abgesetzt von der Ausgangsstellung so zu erfolgen, daß vom 28. 4. ab am 6. Tage nach Befehlserteilung durch OKH zum Angriff angetreten werden kann. Frühester Angriffstermin demnach 3. 5. Die Märsche zur Ausgangsstellung haben nur als Nachtmärsche unter jeder möglichen Tarnung zu erfolgen.

6. Zur Täuschung des Gegners haben im Bereich der H. Gr. Süd die Vorbereitungen für "Panther" weiter zu laufen. Sie sind mit allen Mitteln (auffällige Erkundungen, Auftreten von Panzern, Bereitstellung von Übersetzmaterial, Funk, Agenten, Gerüchtebildung, Einsatz der Luftwaffe usw.) zu verstärken und solange wie möglich aufrecht zu erhalten. Diese Täuschungsmaßnahmen werden auch durch die ohnehin erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungskraft der Donezfront wirkungsvoll unterstützt. (Siehe Ziffer 11). Im Bereich der H. Gr. Mitte sind Täuschungsmaßnahmen größeren Stils nicht durchzuführen, doch ist mit allen Mitteln dem Feinde das Lagenbild zu verwischen (rückläufige und falsche Bewegungen sowie Transporte bei Tage, Ausstreuen falscher Nachrichten über Angriffstermine erst im Juni usw.). Bei beiden Heeresgruppen haben die zu den Angriffsarmeen neu zuzuführenden Verbände Funkstille zu halten.

7. Zur Geheimhaltung sind nur die unbedingt notwendigen Persönlichkeiten in die Absicht einzuweisen. Diese Einweisung ist erst Zug um Zug so spät wie irgend möglich zu erweitern. Es muß dieses Mal auf jeden Fall erreicht werden, daß nicht wieder durch Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit etwas von den Absichten verraten wird.
Durch verstärkte Abwehrorgane ist auch die Feindspionage dauernd zu bekämpfen.

8. Die Angriffskräfte haben mit Rücksicht auf die im Gegensatz zu früheren Operationen räumlich beschränkte und genau bekannte Zielsetzung des Angriffs alle für den Angriff nicht unbedingt benötigten Fahrzeuge jeder Art und jeden erschwerenden Ballast zurückzulassen!

Alles andere hindert nur und kann den Angriffsschwung und das rasche Folgen der nachzuführenden Kräfte weitgehend beeinflussen. Daher muß jeder Führer durchdrungen sein, nur das zum Kampf Notwendige mitzuführen. Die Kommandierenden Generale und Div.-Kommandeure haben die Durchführung strengstens und scharf zu überwachen. Straffe Verkehrsregelung ist aufzuziehen. Sie hat rücksichtslos durchzugreifen.

9. Die Anordnungen für die Versorgung und die sofortige restlose Erfassung der Gefangenen, Einwohner und Beute und die Propaganda in den Feind sind in der Anlage 1–3 befohlen.

10. Die Luftwaffe wird ebenfalls alle ihre verfügbaren Kräfte schwerpunktartig einsetzen. Die Besprechungen mit den Kommando-Stellen der Luftwaffe haben sofort zu beginnen. Auf die Geheimhaltung (siehe Ziffer 7.) wird besonders hingewiesen.

11. Für das Gelingen des Angriffs ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß es dem Feind nicht gelingt, uns durch Angriff an anderen Stellen der HGr. Süd und Mitte zum Verschieben von "Zitadelle" oder zum vorzeitigen Abziehen von Angriffsverbänden zu zwingen.
Deshalb müssen beide Heeresgruppen ebenso wie die Angriffsschlacht "Zitadelle" die Abwehrschlacht an den übrigen hauptsächlich bedrohten Frontteilen planmäßig bis Ende des Monats mit allen Mitteln vorbereiten. Es kommt dabei hauptsächlich darauf an, den Stellungsbau mit allen Mitteln zu beschleunigen, die panzergefährdeten Abschnitte reichlich mit Panzerabwehr auszustatten, örtliche Eingreifreserven bereitzustellen, durch rege Aufklärung besondere Schwerpunkte des Gegners frühzeitig zu erkennen usw.

12. Im Endziel nach Abschluß der Operation ist beabsichtigt:
a) die Verlegung der Trennungslinie zwischen H. Gr. Süd und Mitte in die allgemeine Linie Konotop (Süd)-Kursk (Süd)-Dolgoje (Mitte),
b) der Übertritt des A. O. K. 2 mit 3 Gen.Kdos. und 9 Inf.-Div. sowie noch festzulegenden Heerestruppen von H. Gr. Mitte zu H. Gr. Süd,
c) die Bereitstellung von 3 weiteren Inf. Div. der H. Gr. Mitte zur Verfügung OKH im Raum nordwestlich Kursk,
d) das Herausziehen sämtlicher schnellen Verbände aus der Front zu anderer Verwendung.
Diesen Absichten sind die Bewegungen, insbesondere der Verbände der 2. Armee anzupassen.
Ich behalte mir vor, schon während der Operation je nach Verlauf der Kampfhandlungen Zug um Zug Teile der gem. Ziffer 12.) b) abzugebenden Stäbe und Verbände der H. Gr. Süd zu unterstellen.
Ich behalte mir ebenso vor, bei planmäßigem Ablauf der Operation so schnell wie möglich aus der Bewegung zum Angriff nach Südosten (Panther) antreten zu lassen, um die Verwirrung des Feindes auszunutzen.

13. Die Heeresgruppen melden die auf Grund dieses Operationsbefehls getroffenen Maßnahmen für Angriff und Abwehr unter Vorlage von Karten 1 : 300 000 mit Ansatz, Beifügung der Verteilung der Heerestruppen sowie der mit Luftflotte 4 bzw. Luftwaffenkommando Ost getroffenen Vereinbarungen zur Unterstützung des Angriffs und der Täuschungsmaßnahmen.
Termin 24. 4.

gez. Adolf Hitler

[...]

[128] *Aus der Niederschrift über die Besprechung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine beim Führer am 31. Mai 1943 auf dem Berghof*

Der Oberbefehlshaber der Marine führt aus:
Der Grund der augenblicklichen Krisis des U-Boot-Krieges ist die erhebliche Zunahme der Luftwaffe des Gegners. In der Enge Island-Faröer ist durch Horchdienst jetzt an einem Tage die gleiche Zahl von Flugzeugen festgestellt, die noch vor Wochen dort nur innerhalb einer Woche auftraten. Ferner Einsatz von Flugzeugträgern bei den Geleitzügen im Nordatlantik, so daß die gesamten Straßen des Nordatlantik jetzt von der feindlichen Luftwaffe überwacht sind. Die U-Boot-Krisis würde jedoch durch die Zunahme der Flugzeuge allein nicht erfolgt sein. Das Ausschlaggebende ist, daß die Flugzeuge durch ein neues Ortungsgerät, das auch anscheinend von Überwasserfahrzeugen angewandt wird, in der Lage sind, die U-Boote zu orten und bei tiefer Wolkendecke, Unsichtigkeit oder bei Nacht dann überraschend anzugreifen. Hätten die Flugzeuge das Ortungsmittel nicht, so würden sie z. B. bei grober See oder bei Nacht keinesfalls das U-Boot erkennen können. Entsprechend verteilen sich auch die Verluste. Der weitaus größte Teil der

U-Boot-Verluste ist durch Flugzeuge erfolgt. Der Anteil an Seestreitkräften ist nur gering, obwohl infolge einer besonders unglücklichen Wetterlage (plötzlich eintretender Nebel) bei der Geleitzugoperation am 8. Mai in diesem Monat verhältnismäßig viele U-Boote (5) durch Zerstörer überrascht werden konnten. Diese Überraschung im Nebel ist auch wieder nur durch Ortungsgeräte möglich gewesen.

Dieser Lage entsprechend sind auch 65 % der Verluste auf dem Marsch bzw. in Wartestellung erfolgt und nur 35 % am Geleitzug selbst. Das ist natürlich, denn den größten Teil der Unternehmung von 6–8 Wochen befindet sich das U-Boot wartend oder auf dem Marsch; hier ist die Gefahr groß, bei Unsichtigkeit oder Dunkelheit plötzlich von einem vorher nicht feststellbaren Gegner aus der Luft angegriffen zu werden. Die Verluste sind im letzten Monat von bisher etwa 14 U-Booten, d. h. 13 % der in See befindlichen U-Boote auf 36 wenn nicht 37, d. h. rund 30 % der in See befindlichen U-Boote angestiegen. Die Verluste sind zu hoch. Es kommt darauf an, jetzt Kräfte zu sparen, andernfalls würde nur das Geschäft des Gegners betrieben werden...

11. KAPITEL

DAS KRIEGSZIEL HITLERS: DIE ERSTREBTE "NEUORDNUNG" EUROPAS. DAS "GROSSGERMANISCHE REICH" UNTER FÜHRUNG DES DEUTSCHEN "HERRENVOLKES" (1942–1944)

Hitlers Politik hat in Theorie und Praxis verdeutlicht, daß es ihm weder allein um die Hegemonie im klassischen Sinne vergangener Jahrhunderte ging, noch allein um den Aufbau eines Großwirtschaftsraumes, an dem sich im Verlaufe des Krieges in immer höherem Umfang große Teile der deutschen Industrie zum Zwecke der Ausbeutung und des eigenen Profits beteiligten [138], sondern in erster Linie um die völlige rassische Neugestaltung Europas im Geiste seiner Dogmen, die auch als eine "letzte Übersteigerung europazentrischer Weltpolitik" (Bracher) beurteilt werden kann. Mit dieser verband er zugleich die Ausschaltung der lästigen Konkurrenten, vor allem des Bolschewismus. Ein solches Programm ließ für die historisch gewachsenen Traditionen und Werte der Unterworfenen keinen Spielraum mehr. Handelte es sich dabei doch zum Teil um die "physische Dezimierung anderer europäischer Völker ohne moralische oder völkerrechtliche Hemmungen und unter gröbster Verletzung des Willens der 'Verbündeten'" (Gruchmann). Wenn einige Vertreter des Auswärtigen Amtes in Berlin 1943 den Kampf Deutschlands zum "europäischen Einigungskrieg" hochstilisierten, an dessen Ende ein neues Europa stehen müsse, das alte imperiale Methoden ablehnen und raumfremde Einflüsse abwehren würde, so bewies dies einmal mehr, wie wenig Ahnung sie von der de-facto-Zielsetzung der Nationalsozialisten besaßen [152].

Hitler meinte, daß Europa nach dem Einigungsprozeß in der Lage sein würde, als Weltmacht aufzutreten und damit "Nordamerika die Stirne" zu bieten. Daß derartige Ideen keineswegs leere Phrasen oder weitschweifige Spekulationen waren, sondern Teile festumrissener Planungen, hat sich im Verlauf des Zweiten Weltkrieges offenbart, nämlich dann, als die nationalsozialistische Führung mit der Verwirklichung dieser Pläne in den besetzten Teilen Europas und im eigenen Lande begann. Aus diesem Grunde bleiben auch alle Versuche einseitig oder untauglich, Hitlers Zielsetzung allein aus seiner Politik von 1933–1939 zu deuten. Denn was bei ihm Taktik und Programmatik war, haben erst die Jahre von 1939–1945 enthüllt. Goebbels ließ vor Vertretern der deutschen Presse im April 1940 keinen Zweifel daran, warum die nationalsozialistische Führung ihre Gegner bis dahin "über die eigentlichen Ziele" im unklaren gelassen hätte, und warum sie dies auch vorerst weiterhin zu tun gedenke. Es ging ihr vor allem darum, durch einen "Kunstgriff" die "Gefahrenzone" sicher zu durchlaufen und das Ziel "in Etappen" zu erreichen [130].

Unter Europa verstand Hitler weniger "einen geographischen" als einen "blutsmäßig bedingten Begriff". Großdeutschland und damit die Revision des Vertrages von Versailles (1933–1938) sowie die Vormachtstellung des Deutschen Reichs in Mitteleuropa (1939–1941) waren für ihn im Grunde nur Durchgangsstationen bzw. Voraussetzungen für die große "Europakonzeption" im Geiste eines Totalitarismus. So hatte Hitler den Reichs- und Gauleitern am 8. Mai 1943 unmißverständlich erklärt, das "Kleinstaatengerümpel", das in Europa existiere, müsse so schnell wie möglich liquidiert werden. Das Ziel des Kampfes sei ein einheitliches Europa, das nur durch die Deutschen eine "klare Organisation" erfahren könne. Eine andere Führungsmacht gebe es nicht. Das entsprach ganz seinen extrem-politischen Vorstellungen, wie er sie schon in den zwanziger und dreißiger Jahren in "Mein Kampf" und in mehreren Geheimreden dargelegt hatte [142] [151] [155].

Der Grundriß dieses brutal zu erkämpfenden "Lebensraumes" und die Prinzipien des geplanten nationalsozialistischen Herrschaftssystems lassen sich vielleicht wie folgt umschreiben:

Die Grenzen des Einflußgebietes sollten im Norden das Eismeer, im Süden das Mittelmeer, im Westen der Atlantik und im Osten der Ural bilden. Hier sollte ein "seßhaftes und wehrhaftes Bauerntum" feindliche Überfälle aus Asien abwenden. Von einer zwischenstaatlichen Hegemonie im europäischen Großraum hätte man im Falle eines deutschen Sieges höchstens gegenüber den romanischen Staaten Italien, Frankreich [139], Spanien und Portugal sprechen können, von denen anzunehmen war, daß sie ihre Eigenstaatlichkeit bei einer gewissen, vor allem, wirtschaftlichen, Abhängigkeit von Deutschland behalten hätten [134; 140], allenfalls gegenüber Finnland. der Türkei und vielleicht einigen Balkanstaaten. In Mittel-, Nord- [133, 135; 136, 137] und Osteuropa jedoch, in dem Raum, in dem nach Hitlers Vorstellung die "nordische Herrenrasse" lebte oder zum Herrschen berufen war und den das "Großgermanische Reich Deutscher Nation" als Kern Europas umfassen sollte, wäre nur eine Beherrschung durch Deutschland in Frage gekommen [141]. "Eine echte Eigenstaatlichkeit wäre hier kaum den privilegierten 'germanischen' Völkern zugestanden worden, die dem Reich durch ideologische Gleichschaltung und Unterstellung unter deutschen militärischen Schutz angegliedert werden sollten, geschweige denn den slawischen 'Untermenschen', die z. T. durch Terror gefügig gemacht [153] werden, der Ausbeutung bzw. Verdrängung verfallen und deren "Territorium als germanischer – sprich deutscher – Lebens- und Siedlungsraum dienen" sollten. (Gruchmann). Dafür waren die Anhänger der zahlreichen Kollaborateure (Laval, Quisling, Mussert u. a.) sicherlich nicht in den Kampf gezogen [140][142][146].

Das zukünftige 'Großgermanische Reich' – mit Berlin als riesiger 'Welthauptstadt' ('Germania') –, ein Phantasiegebilde, das gewiß auch von Vorstellungen des universalen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in spezifisch nationalsozialistischer Form genährt wurde, als blockadefestes, autarkes Wirtschaftsimperium, sollte dem angelsächsischen Weltwirtschaftssystem und zusammen mit der asiatischen Vormacht Japan auch Amerika überlegen sein. Recht und Verfassung hatte einzig und allein "der Wille des Führers" zu verkörpern. In dem neuen "germanischen Staatenbund", in dem bis 1943 bereits über 600 000 Deutschblütige aus dem Ausland angesiedelt worden waren [129][145] sollten die Angehörigen als eine Art "Überwölbung" ihres üblichen Staatsbürgerrechtes eine sog. "großgermanische Reichsbürgerschaft" mit bestimmten politischen und wirtschaftlichen "Rechten" erwerben können [136].

Dieses Reich, mit den gewaltsamen Mitteln des autoritären Führerstaates herrschend, wollte alle "Rassenfeinde" (Juden) als letzte Konsequenz des Antisemitismus [132;144;148;150] systematisch ausrotten (bis Kriegsende wurden über 5 Millionen vernichtet). Der Sieg der "auserwählten Rasse" über das "erwählte Volk Gottes" sollte die natürliche Überlegenheit der "Rassenelite" beweisen. War das "theologische Faktum" beseitigt, entstand Raum für die Realisierung des "biologischen Mythos" (Fressard). Die "Minderwertigen" (Kranke und Krüppel) sollten vertilgt (Euthanasieprogramm) und die Unbequemen (Andersdenkende und Ostvölker) entweder in Konzentrationslager gebracht, wo sie u. a. "fortschrittlichen" Wissenschaftlern als Versuchsobjekte dienen konnten, oder nach Sibirien ausgesiedelt werden. Dem zurückbleibenden Rest der "Fremdvölker" aber war ein Helotenschicksal im Stile extrem imperialistischer Kolonialpolitik bestimmt. Bereits bis 1943 hatte die NS-Führung rigorose Maßnahmen eingeleitet, um "schädigende" Einflüsse "volksfremder Bevölkerungspoltik" im sogenannten deutschen Siedlungsraum auszuschalten [131; 132, 141; 147].

Die Weiten Rußlands konnten als Truppenübungsplatz für "Manöver mit scharfem Schuß" dienen. An Stelle des Christentums sollten die Ordensregeln der SS treten, an Stelle einer "ökonomisch privilegierten Oberschicht" sollten Funktionäre aller Parteiorganisationen nach den Richtlinien des "großartigen Vorbilds" – durchdrungen von einer "neuen Sittlichkeit" und vermählt mit besonders gezüchteten "Hohen Frauen" – Geist und Haltung der nordischen Elite, des sogenannten "Herrenvolkes" prägen, das heißt der Vertreter einer "höherwertigen, kulturfähigeren Rasse". Den Helden des Krieges schließlich mochte als höchster Lohn die Doppel-

ehe [154] winken, die den "germanischen Bevölkerungsnachwuchs" garantieren sollte. Dem Sieg der Waffen mußte der "Sieg des Kindes" folgen, wie es Reichsleiter Bormann Ende Januar 1944 nach einer Besprechung mit Hitler aktenkundig machte.

DOKUMENTE

[129] *Volksdeutsche Rückwanderung und Umsiedlung*
13. 12. 1939

SS-Brigadeführer Greifelt, Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, hat am Mittwoch, 13. Dezember 1939 im Volksdeutschen Klub, Berlin, über "die volksdeutsche Rückwanderung und Umsiedlung" gesprochen. Aus seinen Ausführungen, die etwa 5 Minuten dauerten, habe ich mir folgendes notiert:
1. Bei der zur Zeit in Gang befindlichen Umsiedlung handelt es sich um die gewaltigste staatsgelenkte Völkerwandung aller Zeiten. Er erinnerte an die Worte des Führers, daß ein Recht auf denjenigen Boden bestehe, den ein Volk zu bebauen in der Lage sei und daß ein Volk das Recht habe, den Boden in Einklang zu bringen mit der Bevölkerungszahl.
2. Greifelt erwähnte dann einen Erlaß des Führers vom 7. Oktober, durch den das Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums geschaffen worden sei. Das Reichskommissariat habe für die Rückführung aller Deutschen ins Reich Sorge zu tragen und alle mit der Umsiedlung zusammenhängenden sachlichen Aufgaben zu lösen. Das Reichskommissariat wird sich hierbei der vorhandenen Behörden und Stellen bedienen.
3. Das Ziel der Umsiedlung könne in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:
1. Der neugewonnene Boden müsse mit deutschen Menschen besiedelt werden, nur dann wird er unantastbarer Besitz.
2. Blühende germanische Provinzen müssen aus dem Land werden, das das deutsche Schwert erobert hat.
3. Der Siedlungsraum müsse besiedelt werden
a) in erster Linie mit den Menschen, die in der Zeit der fremden Herrschaft diesen Boden innehatten (also mit den bisherigen Polendeutschen).
b) Mit solchen Menschen, die schon bisher unter fremdem Volkstum gelebt und gearbeitet hätten (also etwa mit den Balten-, Wolhynien- und Galiziendeutschen).
c) Mit Menschen aus dem Altreich, damit eine homogene Volksgemeinschaft geschaffen werde; für diese Besiedlung aus dem Reich kämen in erster Linie die Frontsoldaten in Betracht, diese Besiedlung setze daher auch erst nach Abschluß des Krieges ein.
4.Eine Belassung fremden Volkstums in diesem Raum sei unmöglich; die Gefahr rassischer Vermischung müsse durch Evakuierung des fremden Volkstums ausgeschaltet werden.
5. Die Auswahl der auf diesem Boden einzusetzenden, deutschen Menschen müsse nach rassischen und erbbiologischen Gesichtspunkten erfolgen; am Grenzwall gegen den Ansturm fremdvölkischer Expanisionen können nur beste Menschen angesiedelt werden.
6. Dieser Raum müsse hinreichend bemessen sein, sowohl für den einzelnen Siedler, als auch im ganzen für das wachsende Volk, kommende Generationen müßten hier Platz finden. Wenn auch dieser Platz zu Ende sei, müsse das Schwert wieder sprechen.
4. Im Anschluß hieran führte Greifelt noch aus, der deutsche Mensch dürfe in der Fremde nicht mehr Kulturdünger sein. Der Wert deutscher Siedlungen in Übersee sei in Friedenszeiten schon gering, Im Krieg gleich null. Die Umsiedlung sei daher noch nicht beendet, sie wird jetzt erst in Angriff genommen werden.

[130] *Geheime Erklärung des Reichsministers*
Dr. Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern
der deutschen Presse

Zur Taktik der nationalsozialistischen Außenpolitik: [...]
Als der Nationalsozialismus 1933 an die Macht kam, hatte er seine Organisation, seine Erfahrungen, seine geistigen und seelischen Grundsätze nur noch auf den Staat zu übertragen. Er ist ein Staat im Staate gewesen, bevor er zur Macht kam. Er hatte alles vorbereitet und alles bedacht. Nur darum ist die nationalsozialistische Revolution gelungen. Mit dieser Übertragung gingen die Erfahrungsgrundsätze und die Methoden auf den Staat über und wurden legal. Vom 30. Januar 1933 an eroberte der Nationalsozialismus die Gedanken aller Menschen in diesem Volk. Das kam dann dem Reich im Kriege zugute. Wie man keine Armee zu Beginn eines Krieges aufbauen kann, so kann man auch keine geistige Organisation schaffen, wenn der geistige Krieg bereits begonnen hat. Schon darum müssen wir den Sieg an unsere Fahnen heften

können. Es handelt sich heute Zug um Zug nur um die Wiederholung eines Vorganges, den wir schon einmal erlebt haben. Wir führen heute in Europa die gleiche Revolution durch, die wir im kleineren Maßstab in Deutschland durchgeführt haben. Sie hat sich nur in den Dimensionen geändert. Die Grundsätze, Erfahrungen und Methoden von damals sind auch heute geltend. Sie haben auch zwischen Völkern Gültigkeit [...].
Der Nationalsozialismus hat niemals eine Lehre gehabt in dem Sinne, daß er Einzelheiten oder Probleme erörterte. Er wollte an die Macht. Danach erst war ein Programm zu erfüllen oder auch aufzubauen. Wenn uns einer fragte, wie wir uns denn die Lösung dieser oder jener Frage dächten, so haben wir geantwortet, das wüßten wir noch nicht. Wir hatten schon unsere Pläne, aber wir unterbreiteten sie nicht der öffentlichen Kritik. Wenn heute einer fragt, wie denkt ihr euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht. Gewiß haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände. Haben wir erst die Macht, so wird man schon sehen, und auch wir werden schon sehen, was wir daraus machen können. Wir müssen uns ja auch nach den Kräften richten, mit denen wir arbeiten. 1933 hätten wir nicht das tun können, was wir 1934 taten oder in späteren Jahren angriffen, weil das Volk einfach nicht mitgegangen wäre, weil es nicht vorbereitet war. Es kommt immer darauf an, welche Macht man tatsächlich besitzt und wie stabil diese Macht ist, um die genau zu berechnenden Krisen zu überwinden. Man muß begreifen, um was es geht, man darf nicht Utopien nachjagen, sondern muß notfalls das Ziel in Etappen zu erreichen versuchen. Der einzelne Abschnitt wird leichter verstanden, weil er erreichbar erscheint und weil es jedem einleuchtet, daß man ihn erreichen könnte. Der einfache Mann ist kein Utopist und sucht nicht die Sterne. Die Engländer und Franzosen brauchen heute gar nichts anderes zu tun, als immer wieder ihre Kriegsziele zu erörtern. Das ist die beste Hetze gegen sie. 1914 glaubte man, dem Volke sagen zu können, daß die Kohlenbecken von Nordfrankreich erstrebenswerte Kriegsziele sind. Kein Mensch im einfachen Volk interessiert sich für diese Kohlenbecken. Heute sagen wir: "Lebensraum". Jeder kann sich vorstellen, was er will. Was wir wollen, werden wir zur rechten Zeit schon wissen. [...]
Wir glauben blind an den deutschen Sieg. Günstigere Chancen haben wir niemals gehabt und werden wir nie wieder bekommen. Wenn man meint, wir sind nicht ganz fertig gewesen, so muß man beachten, daß Fertigsein ein gradueller Begriff ist. Fertig ist die Nation, die sich am stärksten vom Fertigsein des Gegners unterscheidet. In diesem Sinne waren wir fertig. Eine stärkere Differenz wird es nicht mehr geben. Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele Deutschlands im unklaren zu lassen, genauso wie unsere innerpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt haben, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen. Wir wollten nicht Parteien dulden, die mit uns nach einem Jahr etwa so verfahren würden, wie wir mit ihnen zu verfahren beabsichtigten. Man hätte uns ja erdrücken können, so sehr schwer war das nicht. Aber man tat es nicht. Man hätte 1925 ein paar von uns in Haft nehmen können und alles wäre aus und zu Ende gewesen. Nein, man hat uns durch die Gefahrenzone hindurch gelassen. Genauso war das in der Außenpolitik...

[131] *Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten*

[*Aus der Denkschrift des Reichsführers SS Himmler vom Mai 1940*]

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, soviel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwo Volkssplitter zu finden sind, auch diese.
Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern...
Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein:
Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schulen geben...
Die Eltern dieser Kinder guten Blutes werden vor die Wahl gestellt, entweder das Kind herzugeben – sie werden dann wahrscheinlich keine weiteren Kinder mehr erzeugen, so daß die Gefahr, daß dieses Untermenschenvolk des Ostens durch solche Menschen guten Blutes eine für

uns gefährliche, da ebenbürtige Führerschicht erhält, erlischt – oder die Eltern verpflichten sich, nach Deutschland zu gehen und dort loyale Staatsbürger zu werden...
Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe der nächsten zehn Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des deutschen Reiches, die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile zum Beispiel der Sorben und Wenden), zusammen.
Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen; sie wird selbst dabei mehr zu essen und zu leben haben als unter der polnischen Herrschaft und bei eigener Kulturlosigkeit unter der strengen, konsequenten und gerechten Leitung des deutschen Volkes berufen sein, an dessen ewigen Kulturtaten und Bauwerken mitzuarbeiten und diese, was die Menge der groben Arbeit anlangt, vielleicht erst ermöglichen...

[132] *Heydrich zur politisch-polizeilichen Arbeit in den "neubesetzten" Gebieten*
Berlin, den 2. Juli 1940

Vermerk:
Die Behandlung politisch-polizeilicher Angelegenheiten in den neubesetzten Westgebieten macht es erforderlich, kurz den Entwicklungsgang dieser Dinge im Zusammenhang mit dem Verhältnis OKH zur SS und Polizei in dieser Richtung kurz [sic] aufzuzeichnen, um zur klaren Beurteilung der Situation zu gelangen und im Interesse der Verhütung weiterer Schäden in der politisch-polizeilichen Arbeit in den neubesetzten Gebiete Vorschläge zu machen.
Bei allen bisherigen Einsätzen: Ostmark, Sudetenland, Böhmen und Mähren und Polen, waren gemäß Sonderbefehl des Führers besondere polizeiliche Einsatzgruppen (Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei) mit den vorrückenden, in Polen mit den kämpfenden Truppen vorgegangen und hatten auf Grund der vorbereiteten Arbeit systematisch durch Verhaftung, Beschlagnahme und Sicherstellung wichtigsten politischen Materials heftige Schläge gegen die reichsfeindlichen Elemente in der Welt aus dem Lager von Emigration, Freimaurerei, Judentum und politisch-kirchlichem Gegnertum sowie der 2. und 3. Internationale geführt.
Das Zusammenarbeiten mit der Truppe unterhalb der Stäbe und in vielen Fällen auch mit den verschiedenen Stäben des Heeres war im allgemeinen gut; lediglich über grundsätzliche Fragen der Staatsfeindbekämpfung bestand in vielen Fällen bei den höheren Befehlshabern des Heeres eine grundsätzlich andere Auffassung. Diese Auffassung, die zum großen Teil aus Unkenntnis der weltanschaulichen Gegnerlage heraus entstand, verursachte dann Reibungen und Gegenweisungen gegen die vom Reichsführer-SS nach den Weisungen des Führers sowie des Generalfeldmarschalls [*Göring*] durchgeführte politische Tätigkeit.
Während bis zum polnischen Einsatz diese Schwierigkeiten im allgemeinen durch persönliche Fühlungnahme und Aufklärung zu meistern waren, bestand diese Möglichkeit beim polnischen Einsatz nicht. Ursache lag jedoch hier darin, daß die Weisungen, nach denen der polizeiliche Einsatz handelte, außerordentlich radikal waren (zum Beispiel Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging), daß den gesamten führenden Heeresbefehlsstellen und selbstverständlich auch ihren Stabsmitgliedern dieser Befehl nicht mitgeteilt werden konnte, so daß nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat.
Dazu kam, daß der Selbstschutz zu Anfang aus zwar verständlicher Erbitterung gegen die Polengreuel selbst zum Teil unmögliche, unkontrollierbare Racheakte ausführte, die dann wieder zu Lasten von SS und Polizei geschrieben wurden...

[133] *Denkschrift des Staatssekretärs Karl Hermann Frank über die Behandlung des Tschechen-Problems und die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes*
Prag, den 28. August 1940

Zweck der Denkschrift
Das Protektorat Böhmen und Mähren wurde in einer bestimmten politischen Situation errichtet und hat seine derzeitige rechtliche und politische Ordnung aus dieser Situation [14. 3. 1939] erhalten. Die Frage, ob das Protektorat mit einem Reichsprotektor an der Spitze zur Regelung des tschechischen Problems angemessen ist, daher aufrechterhalten werden oder einer anderen Konstruktion Platz machen soll, wird von verschiedenen Seiten aufgeworfen und ist Anlaß dieser Denkschrift.

Sie will in knappen Zügen
a) Die Natur des tschechischen Problems aufzeigen,
b) die gegenwärtige Form seiner Regelung analysieren,
c) die vorgeschlagenen Abänderungen auf ihre Zweckmäßigkeit prüfen und schließlich
d) zur Gesamtfrage selbständig Stellung nehmen.

Von der richtigen Entscheidung hängt die Lösung des tschechischen Problems ab. Wir tragen damit die Verantwortung für kommende Jahrhunderte.

A.
Die Natur des tschechischen Problems

I. Die Natur des tschechischen Problems ergibt sich

1. Aus einem Blick auf die Land- und Völkerkarte,
2. aus der Kenntnis der rassischen Verhältnisse und
3. aus dem geschichtlichen Schicksal des tschechischen Volkes.

1. Das zu den Westslawen gehörige tschechische Volk liegt nicht nur im deutschen politischen, sondern auch im deutschen völkischen Lebensraum. Seine Raumlage verbietet eine politische Selbständigkeit. Die Unfähigkeit der Tschechen, sich dauernd staatlich zu organisieren, ist Raumschicksal. Das Großdeutsche Reich muß über diesen Raum und seine Bewohner politisch verfügen können. Daraus ergibt sich die Frage nach dem Schicksal des tschechischen Volkes und nach der staatsrechtlichen Form seiner Einverleibung in das Reich.
2. Ursprünglich bestand eine starke rassische Verschiedenheit zwischen germanischen Deutschen und slawischen Tschechen. Die tausendjährige Zugehörigkeit der Tschechen zum alten Reich oder zu deutsch geführten Staaten hat aber nicht nur die politische und soziale, sondern auch die rassische Struktur des tschechischen Volkes bestimmt, d. h. weitgehend verändert. Von Anfang an vollzog sich hier eine deutsch-tschechische Blutmischung. Wie die tschechischen Fürsten ihre Frauen aus deutschen Adelsgeschlechtern holten, so vermischten sich der übrige Adel wie auch das Bürgertum und die Bauern mit Deutschen. Erst Ende des 18. Jahrhunderts hat sich das bis dahin – auch auf dem flachen Land – bestehende Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen von 5:3 in das Gegenteil von 3:5 verkehrt, was nur durch eine stille Umvolkung der entsprechenden Anzahl Deutscher zu Tschechen erklärt werden kann, deren Nachkommen heute – mit tschechischen oder deutschen Namen – als Tschechen leben. Andererseits ist vorzüglich im Laufe des 19. Jahrhundert eine Eindeutschung zahlreicher Tschechen erfolgt. Das Ergebnis dieses tausendjährigen geschichtlichen Prozesses ist eine weitgehende rassische Niveaugleichheit der beiden Völker im böhmischen Raume, so daß heute nur noch eine Minderheit ursprüngliche Rassenmerkmale rein bewahrt hat. Aus dieser starken Aufnahme deutschen Blutes erklärt sich auch die Fähigkeit des tschechischen Volkes, in weitaus größerem Ausmaße als z. B. die slawischen Polen, bedeutende zivilisatorische ind kulturelle Leistungen insbesondere seit Anfang des 19. Jahrhunderts hervorzubringen. Immer wieder staunen Altreichsdeutsche, die hier zu Lande eine "polnische Wirtschaft" vermuteten, über das hohe Kulturniveau in Böhmen und Mähren.
3. Die Geschichte endlich zeigt, daß die Form der erst tributären, sodann lebensrechtlichen Einbeziehung Böhmens in das Reich eine für beide Teile vorteilhafte Lösung bedeutete. Die Herauslösung Böhmens im 16. Jahrhundert ist nicht ein isolierter Prozeß, sondern einer der vielen Fälle der Zersplitterung des alten Reiches in Territorien. Der Bruch erfolgte im Zusammenhang und verursacht durch die großen religiös-konfessionellen Gegensätze, die nicht nur zwischen benachbarten Völkern, sondern auch innerhalb der einzelnen Völker zu politischen Trennungen geführt haben. Von 1526 an ist Böhmen sodann wiederum in ein übergreifendes großräumiges Staatengebilde bis 1918 einbezogen und lebt darin in einer Art politischer Autonomie. Den Versuch eines absoluten Gegensatzes zum Deutschtum bringt nur die Epoche Masaryk-Beneš
Wenn die Raumlage zur Einbeziehung Böhmens und Mährens in das Reich zwingt, so gestattet das rassische Bild der Tschechen für einen größeren Teil des tschechischen Volkes eine Assimilations- bzw. Umvolkungspolitik; die Vergangenheit endlich zeigt die protektoratsartige Form der Eingliederung Böhmens ins alte Reich in jahrundertelanger Bewährung.

II. Gegenwärtig befindet sich das tschechische Volk in einer echten und überaus starken seelisch-politischen Krise. Der Zusammenbruch ist jäh und katastrophenartig gekommen. Es ist ungeheuer viel Neues auf die Tschechen eingestürmt. Aus dem Zusammenbruch der alten Werte, Auffassungen und Orientierungen haben sie noch nicht herausgefunden. Derzeit ergibt sich etwa folgende geistig-seelische Verfassung des tschechischen Volkes:
1. Bei den seinerzeitigen Nutznießern und dem Großteil der im Verhältnis zum Ganzen sehr

zahlreichen und aufgeblähten Intellektuellenschicht: Die Hoffnung auf unsere Niederlage und die sich daran anschließende Wiedererrichtung der Tschecho-Slowakei.
Diese Schicht ist unversöhnlich.
2. Daneben – und zwar auch in Kreisen der älteren Intelligenz – eine Schicht von Tschechen, die auch in der Tschecho-Slowakei Zweifel an der Haltbarkeit der Ordnung von 1918 hegten. (Vertreter des ehemaligen Austroslawismus, ältere Staatsbeamte sowie österreichtreue Offiziere und Mannschaften.) Hier beginnt man sich zu erinnern, daß man Jahrhunderte hindurch, in einem fremden Staatsverband eingefügt, gut gelebt hatte.
3. Ein bisher von uns politisch-propagandistisch so gut wie gar nicht bearbeiteter Faktor, der vorwiegend die breite Schicht der Bauern, Arbeiter und Kleinbürger umfaßt. Für ihn trägt das Nationalbewußtsein keine scharf ausgeprägte national-politische, sondern eine mehr heimatlich-folkloristische Note. Der Kreis dürfte, wenn er in diesem Bereich sich vorläufig ausleben kann und von Intellektuellen nicht mehr verhetzt wird, einer geschickten deutschen Führung folgen.

B.
Analyse der gegenwärtigen staatsrechtlichen und politischen Form Böhmens und Mährens

Mit der Protektorats-Errichtung hat der staatsrechtliche Zustand der Reichsländer Böhmen und Mähren nicht seine endgültige Form gefunden, und das tschechische Problem ist damit noch nicht als gelöst zu betrachten. Vielmehr ist damit erst der Beginn eines Prozesses eingeleitet worden. Der Krieg hat auf diesen Prozeß stärkstens eingewirkt. Einerseits beschleunigend, insofern das Reich in kurzer Zeit eine dominierende europäische und Weltposition errungen hat und damit ein gewisser Teil außenpolitischer Rücksichten vom März 1939 weggefallen ist; andererseits hemmend, weil die Notwendigkeit des Protektoratsbeitrages zu kriegswichtigen Leistungen (Erzeugungsschlacht, Waffen- und Munitionsfabrikation, Funktionieren von Handel und Verkehr) den Angriff gegen tschechisches Volkstum wegen eventuell auftretender Störungen des Weltfriedens auf Kriegsdauer verbietet.
Als absolut richtig hat sich die Einsetzung einer nur dem Führer unterstellten zentralen Reichsgewalt erwiesen. Unter der Führung des Reichsprotektors haben die Tschechen, teils in der Überzeugung, nur dadurch ihre Autonomie zu erhalten und den völkischen Bestand zu sichern, teils aus Furcht vor Strafe im großen und ganzen ihren Beitrag zu den Arbeitsaufgaben des Reiches ohne größere Sabotageakte auch im Kriege geleistet. Die vom Reichsprotektor kontrollierte und gesteuerte tschechische Verwaltung hat funktioniert und arbeitet auch in Krisenzeiten durch entsprechenden deutschen Druck ohne größere Störungen.
Dennoch ist der Reichsprotektor heute zu einer sich auf dem Status quo bewegenden Verwaltungstätigkeit gezwungen. Mit dieser Art Stillhaltepolitik können wir uns auf die Dauer nicht begnügen, sondern müssen eines Tages aus der passiven Haltung heraustreten und gegen diesen Raum und das tschechische Volk zum Angriff im Zuge einer Gesamtreichsplanung übergehen. Dies bedingt dann eine Änderung der staatsrechtlichen Konstruktion des Protektorats, da das ungestörte Weiterfunktionieren des gegenwärtigen Verwaltungsapparates des Reichsprotektors allein noch nicht die Assimilierung oder Germanisierung der Tschechen bewirkt.

C.
Stellungnahme zu verschiedenen Partei- und sonstigen Projekten

Verschiedene Partei- und Reichsstellen befassen sich derzeit intensiv mit der künftigen Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes und der Lösung des tschechischen Problems. Die Ursachen für solche Projekte sind:
1. Die Pläne einzelner Gauleiter betreffend die Reform und Neugestaltung ihrer Gebiete. [Sudetengau, Niederdonau, Oberdonau, Schlesien usw.]

2. Staatsrechtliche Erwägungen einiger Reichsstellen über die Reichsreform und die Neuordnung des kommenden Reiches [Innenministerium, Stab Heß]
3. Gewisse wirtschaftliche und finanzielle Interessen Berliner Reichsressorts. (Wirtschafts-, Finanz-, Ernährungs-, Post- und Verkehrsministerium).
Fast alle diese Projekte sehen eine möglichst rasche Aufhebung des Protektorats und damit des Amtes des Reichsprotektors vor, verlangen eine Aufteilung des heute geschlossenen Territoriums auf drei oder vier Reichsgaue und damit die eheste totale Eingliederung in die Reichsverwaltung. Man verspricht sich von einer solchen Aufteilung der Tschechen auf mehrere Reichsgaue – außer einer Vereinfachung der Verwaltung – eine rasche Lösung des tschechischen Volkstumsproblems, d. h. die Germanisierung in kurzer Frist, durch die den Gauen innewohnende Angriffskraft.
Die Bestrebungen der Gauleitung Niederdonau laufen auf eine Abtrennung Mährens und die Zusammenlegung mit dem heutigen Gau Niederdonau mit Brünn als Gauhauptstadt hinaus und

sehen in Böhmen eine Art tschechischen "Reservates" vor. Von Niederdonau nach Schlesien soll ein deutscher Korridor geschaffen werden. Es wird dabei auch besonders auf die stammliche Verschiedenheit der "mährischen Slawen" spekuliert.
Hierzu ist festzustellen:
1. Die Entscheidung über die Lösung der tschechischen Frage darf nicht abhängig gemacht werden von den Sonderinteressen einzelner Gauleiter, auch wenn solche Interessen gegenwärtig noch so berechtigt erscheinen. Es geht um die Neuordnung des Reiches und im Zuge derselben um die endgültige Lösung der Tschechenfrage, also um Reichs-, nicht um Gauinteressen. Diese sind jenen unterzuordnen. Die Betonung des Primates des Reichsinteresses schließt weder die Einschaltung der in den anstoßenden Grenzgebieten bodenständigen und im Volkstumskampf bewährten Kräfte, noch die Rücksichtnahme auf die Belange der in diesen Gebieten heimischen Wirtschaft aus, einer Wirtschaft, die seit jeher in Böhmen und Mähren ihr natürliches Hauptabsatzgebiet hatte.
2. Die Meinung, durch Aufteilung des geschlossen siedelnden Volkskörpers auf mehrere Reichsgaue die Tschechen rascher germanisieren zu können – die totale Aussiedlung halten auch diese Projekte für undurchführbar – ist deshalb irrig:

a) weil die erste Reaktion auf die Teilung eine Verstärkung der politischen Spannung im Tschechentum ein Aufflammen des Widerstandes und eine neue Politisierung der Tschechen wäre, während ihre Entpolitisierung und Amorphisierung erwünscht ist;
b) weil Verwaltungsgrenzen ein einheitliches Volkstum nie zerstören können und mit einer verwaltungsmäßigen Aufteilung leider das einheitsbewußte Tschechentum nicht zu existieren aufhört. Die Geschichte beweist dies in Polen, das dreimal durch Teilungen drei verschiedenen Staaten eingegliedert wurde. Die politische Regeneration des Polentums hat dann erst recht begonnen;
c) weil einem in Wirklichkeit einheitlich bleibenden tschechischen Volkstum keine einheitliche Reichsgewalt, sondern eine Mehrzahl erfahrungsgemäß verschieden prozedierender und experimentierender Gauämter und Reichsstatthaltereien gegenüberstände. Die deutsche Kraft würde zersplittert, das vitale tschechische Volkstum mit diesen deutschen Teilkräften leichter fertig;
d) weil eine so offizielle "tschechische Teilung" eine scharfe außenpolitische Gegenwirkung bringt und die Großraumpolitik des Reiches im Südosten stört. Dazu kommt, daß die Tschechen nicht durch Krieg einverleibt wurden, sondern um Schutz baten, was zu tun andere Südostvölker vielleicht abschrecken könnte.

Es sei noch bemerkt, daß die Schaffung eines "tschechischen Reservates" in Böhmen keine konstruktive Lösung bedeutet, weil dadurch neue Verwaltungsprobleme auftreten, diese tschechische Reservation nicht germanisiert und dadurch das Problem konserviert wird. Außerdem läßt sich die Vermehrung dieser Tschechen in der Reservation kaum unterbinden, und sie beginnen die benachbarten Grenzgebiete in Kürze neu zu unterwandern.

D.
Eigene Stellungnahme

Das Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren muß die restlose Germanisierung von Raum und Menschen sein. Um sie zu erreichen, gibt es zwei Möglichkeiten:
I. Die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in ein Gebiet außerhalb des Reiches und Besiedlung des freigewordenen Raumes mit Deutschen oder
II. bei Verbleiben des Großteils der Tschechen in Böhmen und Mähren die gleichzeitige Anwendung vielfältigster, der Germanisierung dienender Methoden nach einem x-Jahresplan.
Eine solche Germanisierung sieht vor:
1. die Umvolkung der rassisch geeigneten Tschechen;
2. die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht, bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente,
3. die Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschen Blut.

ad I.
Die totale Aussiedlung von 7,2 Millionen Tschechen halte ich für undurchführbar,

a) weil kein Raum vorhanden, wo sie neu angesiedelt werden können;
b) weil keine deutschen Menschen vorhanden sind, die den leergewordenen Raum sofort füllen können;
c) weil das hochzivilisierte, wirtschaftlich und verkehrstechnisch hochempfindliche Herzland Europas keine Störung seiner Funktion und kein Vakuum verträgt;
d) weil Menschen Reichskapital sind und wir im neuen Reich die Arbeitskraft von 7 Millionen Tschechen nicht entbehren können;
e) weil wahrscheinlich die Schockwirkung auf andere Südostvölker unerwünscht ist.

ad II.
Die Germanisierung kann jedoch nach meiner Meinung erreicht werden durch die drei hier angeführten Möglichkeiten. Die erfolgreichen Assimilierungsversuche früherer Jahrhunderte, die dadurch entstandene und oben beschriebene rassische Niveaugleichheit von Millionen Tschechen mit den Deutschen und die Anziehungskraft des neuen Reiches ermöglichen und lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß mehrere Millionen Tschechen einer echten Umvolkung zugeführt werden können.
Diesen umvolkbaren Teil des tschechischen Volkes von dem rassisch minderwertigen zu trennen, ist Aufgabe von eigenen hierzu bestellten Untersuchungskommissionen (eventuell im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes).
Über eine systematisch durchgeführte politische Neutralisierung und Entpolitisierung muß man zunächst zu einer politischen (geistigen) und dann zu einer völkischen Assimilierung des tschechischen Volkes kommen, um schließlich die echte Umvolkung zu erreichen.
Dieser Prozeß wird sowohl im Protektoratsgebiet selbst als auch weitgehend im binnendeutschen Raum vor sich gehen müssen. Planvolle und zielsichere Methoden sind in allen Bereichen des Volkslebens elastisch und in größter Vielfalt und Mannigfaltigkeit anzuwenden. Es können hier nur in großen Umrissen einige dieser Methoden angedeutet werden:
Arbeiterschaft:
Hebung des Lebensstandards – Teilnahme an sozialen Errungenschaften des Nationalsozialismus – D[eutsche] A[rbeits] F[ront], K[raft] D[urch] F[reude], Gewährung von offensichtlichen Vorteilen bei Bekenntnis zum Deutschtum (Ausschaltung jeder Diffamierung) – Großzügiger Arbeitsplatztausch mit dem Altreich einschließlich Familienübersiedlung (heute 95 000 tschechische Arbeiter nach Werbung freiwillig auf Arbeitsplätzen im Altreich) – Als Anreiz gewisses Lohngefälle Altreich-Protektorat beibehalten – Dienstmädchenschub ins Altreich – detto Kellner, Diener, Musikanten usw.
Bauernschaft:
Teilhaftwerden tschechischer Bauern an Vorteilen der bauernfreundlichen deutschen Agrarpolitik – Gute Markt- und Preispolitik – Erbhoffähigkeit nur für deutsche Bauern – Deutsche Wehrbauernsiedlung entlang der Ostgrenze.
Bürgertum:
Handel- und Gewerbestand materiell fördern – Beamtenschaft gesellschaftliche Vorteile bieten – Eröffnung persönlicher Chancen – Avancements – Verleihung von Auszeichnungen.
Jugend:
Grundlegende Änderung der Schulbildung – Ausrottung des tschechischen Geschichtsmythos – Erziehung zum Reichsgedanken – Ohne perfekte Kenntnis der deutschen Sprache kein Vorwärtskommen – Erst Abschaffung der Mittelschulen, dann auch der Volksschulen – Nie mehr tschechische Hochschulen, nur für Übergang "Collegium bohemicum" bei der deutschen Universität in Prag – Zweijährige Arbeitsdienstpflicht.

Großzügige Bodenpolitik, Schaffung deutscher Stützpunkte und deutscher Landbrücken, vor allem Vortreiben des deutschen Volksbodens vom Norden her bis in die Vororte Prags.
Kampf gegen die tschechische Sprache, die wie im 17. und 18. Jahrhundert nur Umgangssprache (Mundart) werden, als Amtssprache vollständig verschwinden soll.
Ehepolitik nach vorhergegangener rassischer Untersuchung.
Bei Assimilierungsversuchen im Altreich müssen die Grenzgaue ausgeschaltet bleiben.
Neben ständiger Werbung für das Deutschtum und Gewährung von Vorteilen als Anreiz schärfste Polizeimethoden mit Landesverweisung und Sonderbehandlung gegen alle Saboteure. Grundsatz "Zuckerbrot und Peitsche"!
Die Anwendung aller dieser Methoden hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn eine einzige zentrale Reichsgewalt mit einem Mann an der Spitze ihre Planung, Lenkung und Durchführung bestimmt. Die direkte Unterstellung des "Herrn in Böhmen" unter den Führer stellt den politischen Charakter des Amtes und der Aufgabe klar und verhindert das Absinken des politischen Problems zu einem Verwaltungsproblem. Nur dadurch wird die Aufgabe dem Ressortehrgeiz und dem Pluralismus der Ministerien und anderer Reichs- wie Parteidienststellen entzogen. Dem Tschechen imponiert immer nur der unmittelbare Einsatz der Reichsgewalt. Mit drei oder vier verschiedenen Provinzialismen wird er bei seinem politischen Geschick und seiner in Jahrhunderten geschulten Taktik leicht fertig, zumal zunächst "Mütterchen Prag" auf alle Fälle das politische Gehirn der tschechischen Nation bleiben wird. Gegen dieses Grundgesetz verstößt jede Teilung des Protektoratsgebietes.
Bis im geplanten Umvolkungsprozeß entsprechende Erfolge erreicht worden sind, spreche ich mich daher aus:
1. Für die Aufrechterhaltung der territorialen Einheit des heutigen Protektoratsgebietes. Grenzberichtigungen kleineren Umfangs zu Gunsten der angrenzenden Gaue oder aus technischen Gründen sind jederzeit möglich. (Pilsen, Mährisch-Ostrau, Neuhaus usw.).

2. Für die Aufrechterhaltung einer zentralen Reichsgewalt in Prag mit einem Mann an der Spitze, der dem Führer unmittelbar unterstellt und mit allen notwendigen Vollmachten für Germanisierung ausgestattet ist.
3. Für stufenweisen Abbau der Autonomie der Tschechen und vorsichtigen, allmählichen Abbau des hiermit in Verbindung stehenden tschechischen Staatsapparates, beginnend bei den obersten Behörden, aber Beibehaltung eines tschechischen Beamten- und Angestelltenkörpers.
Für den Punkt 3. deshalb,

a) weil wir aus Beamtenmangel nicht in der Lage sind, die 7950 Gemeindeverwaltungen, 92 Bezirkshauptmannschaften und 2 Landesbehörden mit deutschen Organen zu besetzen, und wir im kommenden Reich bei den uns erwachsenden Riesenaufgaben genötigt sind, uns weitgehend der Tschechen zu bedienen;
b) weil der tschechische Verwaltungsapparat – auch während des Krieges – dank der deutschen Faust, die ihn lenkte, im großen und ganzen funktionierte, auch künftighin funktionieren und bei eigener tschechischer Verantwortung Ruhe und Ordnung im eigenen Interesse halten wird;
c) weil es genügt, wenn wir mit einem verhältnismäßig kleinen, aber gut geschulten deutschen Beamtenkörper alle wichtigen Schlüsselstellungen in den oberen Verwaltungsbehörden besetzen und statt selbst Kleinkram zu verwalten, Weisungen erteilen und führen, d. h. regieren.

[...]
Diese Denkschrift setzt die Absicht voraus, Raum und Menschen im Protektorat germanisieren zu wollen. Sie behandelt daher nicht die Frage einer absoluten "Deklassierung" des tschechischen Volkes zu einem reinen Hilfsvolk aus rassischen Gründen (Askaristandpunkt!), das gesellschaftlich verfemt und mit dem eine Ehe einzugehen verboten werden müßte. Die praktische Durchführbarkeit einer totalen Deklassierung wird vielmehr für undurchführbar gehalten und nur eine individuelle Deklassierung als besondere Methode einer "Sonderbehandlung" nach D II/2 in Rechnung gestellt. Sie erscheint nach den Ausführungen dieser Denkschrift auch nicht notwendig, weil eine Lösung der Tschechenfrage und die damit verbundene endgültige Befriedung des jahrhundertealten böhmisch-mährischen Brandherdes in Europa auf dem vorgeschlagenen Wege erreicht werden kann.
Nach Ablauf einer gewissen Übergangszeit, innerhalb welcher der Umvolkungsprozeß einheitlich in vollen Gang gebracht sein muß, steht einer Aufteilung des heutigen Protektoratsgebietes auf das Reich oder der Schaffung neuer Reichsgaue nichts mehr im Wege.

gez. St[aats]S[ekretär] K[arl] H[ermann] Frank

[134] *Aus der Unterredung zwischen dem Führer und König Leopold von Belgien auf dem Berghof am 19. November 1940*
Berlin, den 21. November 1940

Der Führer begrüßte König Leopold und gab seinem Bedauern über die Umstände Ausdruck, unter denen sein Besuch auf dem Berghof stattfinde. Er richtete an ihn zunächst die Frage, ob er für sich persönlich irgend welche Wünsche habe. Der König dankte dem Führer für seine Begrüßungsworte und betonte seine Befriedigung über dieses persönliche Zusammentreffen. Gleichzeitig dankte er dem Führer für alles, was er bisher für das Land Belgien getan habe, insbesondere dafür, daß er den in Frankreich befindlichen belgischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat gestattet habe. Auch für die zahlreichen Aufmerksamkeiten, die ihm persönlich zuteil geworden wären, besonders für die Rückkehr seiner Kinder aus Spanien, stattete er seinen Dank ab. Persönliche Wünsche habe er keine zu äußern.
Der Führer erwiderte, daß die zur Zeit bestehende Lage durch die Tatsache bestimmt sei, daß Deutschland sich in einem Krieg befinde, der ihm gegen seinen eigenen Wunsch aufgezwungen worden wäre, und daß ein wesentlicher Teil des Gebietes, von dem aus der Krieg geführt würde, belgisches Territorium sei. Daraus ergebe sich nicht nur die Unmöglichkeit, zur Zeit einen Friedenszustand mit Belgien herzustellen, sondern auch sehr viele schmerzliche Belastungen für die Bevölkerung und zahlreiche Angriffe auf das belgische Gebiet. Über all dies könne nicht gesprochen werden, da die Lösung dieser Fragen nicht von Deutschland abhinge, sondern ganz allgemein durch die Frage der Beendigung des Krieges bedingt sei. Trotzdem wolle der Führer selbstverständlich alle schmerzlichen Belastungen vermeiden, die vermeidbar wären, ohne dadurch die Kriegführung zu beeinträchtigen. Allerdings müsse er von vornherein betonen, daß das Ausmaß dieser denkbaren Erleichterungen nur gering sein könne.
Grundsätzlich beschäftige ihn jedoch vielmehr die Frage nach der künftigen Gestaltung des Verhältnisses Deutschland–Belgien. Er frage daher König Leopold, ob er sich schon Gedanken über das zukünftige Verhältnis zwischen Belgien und dem Reich gemacht habe und ob er in diesem Zusammenhang gewisse Wünsche für das Schicksal seines Landes vorbringen wolle. Der

König erwiderte, daß ihm vor allem daran liege zu erfahren, was Deutschland mit Belgien vorhabe und ob es die belgische Unabhängigkeit der kommenden Friedenszeit garantieren würde.
Der Führer erwiderte, daß Deutschland entschlossen sei, den Krieg so lange fortzusetzen, bis der englische Einfluß von dem europäischen Festland endgültig ausgeschlossen sei. Kriegsdauer und Opfer würden unter keinen Umständen an diesem Ziel etwas ändern. Deutschland sei weiterhin entschlossen, eine allgemeine Neuorganisierung des europäischen Kontinents vorzunehmen. Diese würde die politisch und wirtschaftlich zur Interessensphäre Deutschlands gehörenden Länder umfassen. In diesem europäischen Raum würde das Reich wirtschaftlich und politisch ein System aufrichten, das eine größere Zusammenfassung der europäischen Kräfte gestatte, als dies bisher der Fall gewesen sei. Außerdem würde Deutschland darauf sehen, daß auf politischem Gebiet und hinsichtlich der militärischen Sicherung nicht kontinentalen Staaten jegliche Einmischung in die Verhältnisse des Festlandes für alle Zeiten unmöglich gemacht würde. Im Rahmen dieser großen allgemeinen Richtlinien würde Deutschland das politische und wirtschaftliche Leben zu organisieren versuchen, und in diesem Rahmen würde auch die Zukunft Belgiens liegen.
Auf die Bitte König Leopolds, die Möglichkeiten der belgischen Unabhängigkeit genauer zu definieren, wobei er seinerseits vor allen Dingen auf die innerpolitische Unabhängigkeit Wert lege, erwidert der Führer, daß die innerpolitische Unabhängigkeit Belgiens um so größer sein würde, je klarer und eindeutiger es sich außenpolitisch und militärisch auf Deutschland einstelle. Es sei klar, daß dieser Krieg nicht gekommen wäre, wenn Westeuropa nicht Belgien und Holland als ein Glacis für sich angesehen hätte. Auf Grund ihrer geographischen Lage würde diesen beiden Ländern jeder europäische Konflikt verhängnisvoll. Es sei ihnen nicht möglich, sich den Ereignissen zu entziehen.
Allerdings hätten die belgischen Regierungskreise, wie aus den Dokumentenfunden hervorgehe, mit England und Frankreich unter einer Decke gesteckt. Unter keinen Umständen würde Deutschland zulassen, daß Belgien erneut als Sprungbrett für einen Angriff auf das Reich oder den europäischen Kontinent benutzt würde. Deutschland sei der Kampf, den die westlichen Demokratien jahrelang vorbereitet hätten, aufgezwungen worden. Das Reich müsse unter diesen Umständen alle Länder der westlichen Demokratien einheitlich für das Geschehen verantwortlich machen, d. h. die Völker dieser Länder müßten für die Folgen der von ihren Regierungen befolgten Politik aufkommen.
Dem Einwand, daß Belgien nicht verantwortlich sei, wolle er gleich mit der Bemerkung zuvorkommen, daß man in Deutschland einen Unterschied zwischen dem Willen des Königs und den Handlungen der belgischen Regierung mache. Die belgische Regierung sei nicht wirklich neutral gewesen. Sie hätte die ihr von England und Frankreich zugedachte Rolle willig gespielt. Sie sei bereit gewesen, bis zum vollendeten Aufmarsch der englisch-französischen Armeen eine Neutralität vorzutäuschen und bei dem Angriff dieser Armeen auf Deutschland sich so lange zu verteidigen, bis alle alliierten Verbände an Ort und Stelle seien.
Unter erneuter Betonung seiner zahlreichen Bemühungen um den Frieden erklärte der Führer, die von Deutschland aufzurichtende Neuordnung würde das Wiederausbrechen von Kriegen innerhalb von zwanzig Jahren verhindern und auf diese Weise Europa und besonders auch den kleineren Staaten wie Belgien und Holland dadurch einen Dienst erweisen, daß es die immer wiederkehrenden Spannungen, Bedrohungen und Intrigen ein für allemal ausschalten würde.
König Leopold fragte den Führer, ob er ihm zusichern könnte, daß Belgien in seiner politischen Unabhängigkeit wiederhergestellt würde. Er sei sich klar darüber, daß Belgien als Gegenleistung dafür gewisse Abkommen auf militärischem und außenpolitischem Gebiet abschließen müsse. Die Belgier liebten ihre Freiheit über alles und wollten vor allen Dingen selbst ihre eigenen Führer bestimmen. Er (Leopold) habe diesem Zusammentreffen mit dem Führer voller Vertrauen entgegengesehen, weil er das grandiose Werk zu würdigen wisse, in dessen Durchführung der Führer begriffen sei, und weil er sein Bestreben erkenne, Europa einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der Zusammenarbeit und der Solidarität der Völker zu geben. Für ein derartiges Ziel würden sich die Belgier durchaus einsetzen.
Man müsse nur alles vermeiden, um sie zu verärgern. Der Führer kenne aus eigener Anschauung die traurigen Erinnerungen, die Belgien an den Krieg von 1914 bis 1918 habe. Die Reaktion der belgischen Bevölkerung auf den deutschen Einmarsch im Jahre 1940 sei ganz anders gewesen als 1914. Man habe in Belgien den Eindruck gehabt, daß die Moral der neuen deutschen Armee eine andere sei als der Armee des Weltkrieges. Seit dem 28. Mai hätte sich jedoch in der öffentlichen Meinung ein Umschwung bemerkbar gemacht. Er wolle als Nichtdiplomat in aller Offenheit die Dinge beim richtigen Namen nennen. Der Meinungsumschwung sei einmal dadurch hervorgerufen worden, daß von deutscher Seite Zweifel an der belgischen Unabhängigkeit aufrechterhalten würden. Die Belgier hätten ein sehr deutliches Gefühl für die Einstellung gehabt. Andererseits seien von Deutschland gewisse extremistische Elemente bevorzugt worden, die lediglich ihren eigenen persönlichen Zielen dienten, aber in keiner Weise das Land verträten;

sie besäßen nicht einmal das Vertrauen der Flamen. Weiterhin seien trotz schwieriger Ernährungslage Lebensmittel aus Belgien ausgeführt worden. Auch hätten erhebliche Kriegskontributionen gezahlt werden müssen. Schließlich sei der Einfluß der belgischen Flüchtlinge aus Frankreich, die sämtlich Anhänger des alten Regimes gewesen seien, ein sehr nachteiliger gewesen. Die so geschaffene Lage beunruhige ihn sehr. Wenn man den Belgiern irgend eine Zusicherung bezüglich ihrer Unabhängigkeit geben könne, so würde die Stimmung sich sofort ändern. Es würde dann der Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit Deutschland auf freiwilliger Grundlage zum Durchbruch kommen. Bei Gewährung der Unabhängigkeit könne man dies von den Belgiern ohne weiteres erreichen. Außerdem weise er darauf hin, daß die englische Propaganda im Lande sich diese Unsicherheit in der Unabhängigkeitsfrage sehr zunutze mache. Es sei natürlich, daß das belgische Volk denjenigen williger folge, die ihnen für den Fall ihres Sieges die Unabhängigkeit fest zusagten, als denjenigen, die sich über diesen Punkt ausschwiegen.
Der Führer erwiderte, daß er den wesentlichen Grund für den Umschwung in der belgischen öffentlichen Meinung in folgendem sehe: Es seien zunächst in Belgien wie in allen westlichen Demokratien jahrelang Propaganda-Lügen über Deutschland und die deutschen Soldaten verbreitet worden. Diese Lügen hätten sich besonders seit 1933 in zunehmendem Maße verstärkt. So sei der deutsche Soldat als wilder Untermensch, der im Blutrausch alles sinnlos zerstöre, dargestellt worden. Als dann die deutschen Truppen nach Belgien eingerückt seien, hätten sie sich außerordentlich diszipliniert verhalten und die Einwohner dadurch sehr überrascht. In der Folge hätte man jedoch in Belgien diese Zurückhaltung als Schwäche ausgelegt und den deutschen Behörden gegenüber eine gewisse Widerspenstigkeit gezeigt. Die Besatzungsbehörden ordneten nur das unumgänglich Notwendige an, und wenn man ihr Verhalten mit dem Auftreten der alliierten Besatzungsbehörden im Rheinland, an der Saar und der Pfalz nach Kriegsende (während jetzt doch noch Krieg herrsche) vergleiche, so sei die Behandlung der Bevölkerung durch die deutschen Behörden unendlich viel besser als seinerzeit die der deutschen Bevölkerung durch die alliierten Behörden im besetzten Gebiet und die alliierten Kommissionen im nichtbesetzten Deutschland. So seien allein im Rheinland 17 000 Fälle von Vergewaltigungen vorgekommen. In Belgien wäre jetzt wahrscheinlich nicht ein einziger solcher Fall geschehen. Unbedingt aber wäre der Täter sofort erschossen worden. Selbstverständlich bringe der Krieg Härten mit sich. Aber Deutschland habe diesen Krieg nicht gewollt und führe ihn lediglich, um jeden englischen Einfluß auf dem europäischen Kontinent in der Zukunft auszuschalten. Anstatt der englischen Propaganda nachzugeben, müßten die Belgier eigentlich verstanden haben, daß die Hauptschuld an all ihren Schwierigkeiten bei England liege.
König Leopold erwiderte, daß sich eine öffentliche Meinung selbstverständlich niemals nach klaren Überlegungen ausrichte. Er gebe zu, daß, wie in manchem anderen Lande auch in Belgien die öffentliche Meinung oft den lächerlichsten Einflüssen unterliege. Es sei nun aber einmal der Fall, daß, wenn jemand am Radio von England die Zusicherung höre, daß Belgiens Unabhängigkeit nach einem englischen Sieg gesichert sei, dies einen ganz bestimmten Einfluß auf ihn und alle anderen, die es mithörten, ausübe. Daher sei die Klärung der Unabhängigkeitsfrage für die Einstellung der öffentlichen Meinung von außerordentlicher Bedeutung.
Was die Ernährungslage angehe, so sei das belgische Volk durchaus in der Lage – und es habe dies in der Vergangenheit auch bewiesen –, Entbehrungen auf sich zu nehmen. Es stoße sich jedoch ganz natürlicherweise an der Ungerechtigkeit. Die Schwierigkeiten rührten daher, daß die Rationen der Belgier sehr viel geringer seien als die in Deutschland verteilten und daß die ganze Rationierung zum großen Teil einen rein fiktiven Charakter trage, da vielfach auf die Karten überhaupt nichts ausgegeben werde. Außerdem würden trotz des im Lande herrschenden Mangels dauernd Lebensmittel und Rohstoffe ausgeführt.
Der Führer erwiderte, daß in dem von Deutschland besetzten Raum vom Nordkap bis zur spanischen Grenze sicherlich niemand verhungern würde. Die Durchführung eines Rationalisierungssystems sei allerdings eine Frage der nationalen Disziplin bei Käufern und Verkäufern. Strafen allein nützten hier nichts, sondern die allgemeine Disziplin sei entscheidend. Kürzlich habe man bezüglich Spaniens vor ähnlichen Schwierigkeiten gestanden, und auch in diesem Lande habe sich der Mangel an allgemeiner Disziplin als ein fast unüberwindliches Hindernis für die Rationierung erwiesen. Die Ausfuhr aus Belgien beträfe nur Rohstoffe, die zur Kriegführung nötig seien und deren Ablieferung auch vom deutschen Publikum verlangt würde. Der Führer wies darauf hin, daß er selbst seine Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und anderen kriegswichtigen Metallen abgeliefert habe.
Außerdem habe die Truppe während des schnellen Bewegungskrieges, als die Straßen noch ziemlich zerstört waren und für dringende Munitionstransporte gebraucht wurden, örtlich verpflegt werden müssen. Die deutschen Soldaten hätten sich auch insofern ein gewisses Anrecht auf Verpflegung aus dem Lande selbst erworben, als sie den größten Teil des belgischen Viehbestandes, der herrenlos auf den Feldern umherlief, gerettet hätten.
Im übrigen müsse ein gewisser Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern stattfinden. So habe z. B. Holland einen Überschuß an Fetten, während Belgien mit Gemüsen und pflanzlichen Nahrungsmitteln günstiger dastände.

Der Führer kam dann erneut auf seine Friedensbemühungen zu sprechen. Er erwähnte die verschiedenen Friedensangebote und unterstrich, daß Deutschland keinerlei Forderungen an die Westmächte gehabt habe. Als der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles ihn gelegentlich seines Deutschland-Besuches nach den deutschen Kriegszielen fragte, habe er geantwortet, daß sie in der Wiederherstellung des Friedens bestünden.
König Leopold kam im weiteren Verlauf der Unterhaltung auf einen wirtschaftlichen Organisationsvorschlag zu sprechen. Verwaltungsmäßig sei die gegenwärtige Lage nicht sehr zufriedenstellend. Die Behörden würden von Generalsekretären geführt, die jedoch ihrerseits keine übergeordnete leitende Stelle hätten, sondern alle gleichberechtigt nebeneinander arbeiteten, woraus sich ein Mangel an Einheit und Leitung in der ganzen Verwaltung ergebe, dessen Auswirkung sich noch dadurch verschärfe, daß unter den Generalsekretären sich keine Wirtschaftskenner befänden. Daher schlage er (Leopold) vor, in Belgien einen Wirtschaftsrat zu schaffen, der sich aus belgischen Sachverständigen zusammensetze, die die verschiedenen Wirtschaftszweige des Landes verträten, wie z. B. Landwirtschaft, Industrie, Arbeit, Handel und Banken. Dieser Wirtschaftsrat wäre in der Lage, auf wirtschaftlichem Gebiet vereinheitlichend zu wirken. Er hätte im wesentlichen drei Aufgaben zu erfüllen:
1. die belgische Wirtschaft im Rahmen des Möglichen zu entwickeln;
2. sich um die Lebensmittelversorgung zu kümmern, und
3. als eine Art Bindeglied zwischen Belgien und der Besatzungsmacht zu fungieren. Ein solcher Wirtschaftsrat, der von den Belgiern ernannt und gewählt würde, könne eine außerordentlich günstige Wirkung auf die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse ausüben.
Auf eine Zwischenfrage des Führers, nach welchem Verfahren die Mitglieder dieses Wirtschaftsrates gewählt werden würden, erwiderte König Leopold, daß die Vorschläge von den Generalsekretären ausgehen sollten. Der Führer sagte die Prüfung der Frage zu.
Anschließend warf König Leopold die Frage der Kriegsgefangenen auf und fragte ob deren Freilassung nicht ins Auge gefaßt werden könne, wobei er daran erinnerte, daß der Führer bei dem Besuch seiner Schwester, der Kronprinzessin von Italien, sich diese Frage ausdrücklich für eine Besprechung mit König Leopold vorbehalten habe.
Der Führer erwiderte, daß Deutschland die Arbeit der Kriegsgefangenen dringend benötige Im Deutschen Reich herrsche ein großer Mangel an Arbeitskräften im Gegensatz zu Belgien, wo die Arbeitslosigkeit ein ernstes Problem zu werden beginne. Die Kriegsgefangenen seien für die Einbringung der alten Ernte und die Bestellung der Felder für das nächste Jahr unentbehrlich. Da Belgien auch seinerseits auf die Produktion der deutschen Landwirtschaft für seine Ernährung mit angewiesen sei, arbeiteten die belgischen Kriegsgefangenen auf diese Weise indirekt auch für die Interessen ihres Landes. Vielleicht wäre es auch aus innerpolitischen Gründen unerwünscht, die Kriegsgefangenen auf einmal zu entlassen. In Frankreich würden sicherlich der Regierung Pétain größere politische Schwierigkeiten erwachsen, wenn die französischen Kriegsgefangenen entlassen würden. In Belgien würde sich zumindest ihre Rückkehr in einer erhöhten Arbeitslosenziffer mit all den damit zusammenhängenden Nachteilen auswirken. Man habe jedoch in Aussicht genommen, einige belgische Kriegsgefangene zu entlassen und zwar diejenigen, von denen bekannt sei, daß sie bereits früher Deutschland gegenüber eine wohlwollende Haltung eingenommen hätten. Es würde sich dabei vor allem um Flamen handeln.
Auf eine Frage des Königs Leopold, ob nicht etwas für die gefangenen belgischen Offiziere getan werden könne, erwiderte der Führer, daß sie bis zum Friedensschluß gefangen bleiben müßten.
König Leopold brachte dann den Gedanken vor, eine kleine Armee von 10 000 bis 15 000 Mann, die nur mit Gewehren zu bewaffnen sein würden, in Belgien zur Sicherung der inneren Ruhe und Ordnung aufzustellen, damit sie bei Friedensschluß als fertiges Instrument der belgischen Regierung zur Verfügung stehen könne.
Der Führer erwiderte darauf, daß man diesem Gedanken, solange der Krieg dauere nicht nähertreten könne.
Abschließend faßte König Leopold noch einmal die drei von ihm vorgetragenen Punkte zusammen, und zwar die Erklärung über die Unabhängigkeit, die Lebensmittelversorgung und die Rückkehr der Gefangenen. Zu dem ersten Punkt wiederholte er seine bereits vorher geäußerte Ansicht, daß es gut wäre, wenn man der belgischen Bevölkerung gegenüber irgendeine beruhigende Erklärung abgäbe und auf diese Weise der englischen Propaganda entgegenwirken würde. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Holländer von Seyß-Inquart eine derartige Erklärung erhalten hätten und ihr Ausbleiben natürlich in Belgien um so beunruhigender wirke. Der Führer betonte, daß es sich dabei wohl um ein Mißverständnis handeln müsse denn soviel er wisse, sei den Holländern keine derartige Erklärung gemacht worden. Er könne nur auf die Möglichkeit hinweisen, daß Belgien eine gewisse Stellung im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich einnehmen würde. Eine solche Erklärung könne jedoch nicht vor den breiten Massen abgegeben werden, da sie unbedingt als Schwächezeichen ausgelegt werden würde. Bei der Neuordnung Europas habe Deutschland nicht

die Absicht, alles zu vereinheitlichen, was vereinheitlicht werden könne, sondern wolle lediglich das für die unbedingt notwendige Zusammenarbeit Nötige in ein einheitliches System bringen. Es solle auf jeden Fall nicht alles nur Mögliche reglementiert werden.
Zum Schluß betonte der Führer noch, wie glücklich er über den Entschluß des belgischen Königs gewesen wäre, dem Kampf ein Ende zu setzen und damit die Vernichtung der belgischen Armee zu verhindern. Es sei auch gut gewesen, daß der König bei seiner Armee und im Lande geblieben sei. Der König der Norweger und die Königin der Niederlande würden sicherlich nicht mehr auf ihren Thron zurückkehren, während er (der Führer) König Leopold versichern könne, daß Deutschland nichts gegen den Bestand des belgischen Königshauses unternehmen werde.
Anschließend an die Unterredung wurde in Anwesenheit des Staatsministers Meißner, des Botschafters Davignon und der übrigen Begleitung des Königs der Tee genommen.

[135] *Schreiben des Führers der norwegischen Nasjonal Samling, Vidkun Quisling, an Reichsminister Dr. Lammers*
Oslo, den 10. März 1941

Sehr geehrter Herr Reichsminister Dr. Lammers!
Als Sie mir im Dezember vorigen Jahres die Gelegenheit boten, die Gesamtlage in Norwegen zu schildern, konnte ich darauf verweisen, daß eine positive Lösung der norwegischen Frage im Sinne eines von der Bevölkerung getragenen freiwilligen Anschlusses an einen großgermanischen Bund von zwei ausschlaggebenden Faktoren bedingt wird:
erstens von der Herstellung eines engen Vertrauensverhältnisses zwischen der deutschen Verwaltung und mir als dem Führer der auf dieses Ziel ausgerichteten Nasjonal Samling und
zweitens von der prinzipiellen Bereitschaft, mit einem von der Nasjonal Samling geführten Norwegen Vorfriedensverhandlungen einzuleiten, denen schon die Erwägung der beabsichtigten künftigen Gestaltung eines großgermanischen Bundes zugrunde liegt. Es bedürfte dabei nicht einer genauen Formulierung noch einer schon genau paragraphierten Abfassung der einzelnen Bestimmungen, allein die Bekundung des Willens, auf dieser grundsätzlichen Linie die Eigenart und geschichtliche Entwicklung des norwegischen Volkes zu respektieren und zu fördern sowie dessen nationale Freiheit zu garantieren, wäre für die weitere Entwicklung von genügend ausschlaggebender Bedeutung.
Der von Reichskommissar Terboven nach seiner Ernennung eingeleitete Versuch, mit den alten Parteien Norwegens über das Storting zu einer für Deutschland günstigen Lösung zu gelangen, endete mit einem völligen Mißerfolg. Ich hatte seinerzeit auf Grund meiner Kenntnis der norwegischen Verhältnisse und Mentalität immer wieder vor diesem Versuch gewarnt. Auf Grund der ausdrücklichen Entscheidung des Führers wurde dann die Nasjonal Samling zur einzigen für Norwegen anerkannten Partei erklärt und im September vorigen Jahres ein Übergangsregime geschaffen, dessen Dauer bei den Vorverhandlungen auf ungefähr ein halbes Jahr (ca. 1. März 1941) festgesetzt wurde, was auch schriftlich festgelegt worden war. In dieser Zwischenzeit sollte die Nasjonal Samling eine erhöhte Tätigkeit entfalten, um trotz der durch den Krieg unvermeidbar wachsenden Schwierigkeiten in der allgemeinen bisherigen Lebensführung ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Die Nasjonal Samling ist in dieser Zwischenzeit auf etwa 30 000 eingeschriebene Mitglieder angewachsen, was prozentual ungefähr der Stärke der NSDAP vor der Machtübernahme entspricht. Sie hat sich innerlich gefestigt und hat gerade unter der Bauern- und Landbevölkerung in Norwegen einen verstärkten Einfluß genommen. Die Voraussetzung allerdings, daß von der deutschen Verwaltung eine völlig eindeutige Haltung gegenüber Nasjonal Samling eingenommen und durchgeführt werden würde, um der Bevölkerung Norwegens zu ihrem eigenen Besten die unmißverständliche Absicht Großdeutschlands, mit der unter meiner Leitung stehenden Nasjonal Samling eine großzügige Neuordnung der norwegischen Frage vor Augen zu führen, ist leider nicht gehalten worden. Es ist der Nasjonal Samling mit der Linken genommen worden, was ihr mit der Rechten gegeben wurde. Sonst hätte die Ausbreitung der Nasjonal Samling trotz der Rückwirkung der Haltung der USA und der Teilerfolge der Engländer in Albanien und Afrika noch einen ganz anderen Umfang angenommen.
Ich habe nicht die Absicht, Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, nunmehr die Aufzählung aller jener Schwierigkeiten zu geben, die der Nasjonal Samling durch die Haltung der deutschen Behörden in der Bevölkerung erwuchsen und sich ihr gegenüber auswirkten. Ich will nur ein paar ganz entscheidende Beispiele anführen:
1. Im Herbst wurde vom neuen Verwaltungsregime, dessen Verantwortung eindeutig von der Bevölkerung der Nasjonal Samling auferlegt wird, eine 20 %ige Lohnherabsetzung verlangt. Ein Eingehen auf diese Forderung der deutschen Verwaltungsstellen, die mit dem schärfsten Nachdruck verfochten wurde, hätte den politischen Selbstmord der Nasjonal Samling bedeutet. Alle

Gegenvorstellungen blieben fruchtlos. Trotzdem wurde dieser Forderung von der Nasjonal Samling nicht nachgekommen, und hinterher wurde ihre Haltung gebilligt. Allein dieser Befehl beweist entweder die völlig verständnislose Einstellung der deutschen Verwaltung gegenüber der zu erreichenden politischen Zielsetzung oder aber enthüllt die verborgene Absicht bestimmter leitender Stellen der deutschen Verwaltung, diese Zielsetzung über die Nasjonal Samling zu durchkreuzen, und zwar durch die Nasjonal Samling selbst.

2. Durch das Beibehalten der Gewerkschaftsführung stößt das Eindringen der Nasjonal Samling in die Arbeiterschaft auf eine dauernde Gegenwirkung. Als sie unerträglich zu werden begann, und alle Versuche zu einer Entfernung der betreffenden Personen scheiterten, unternahm es der Reichskommissar selbst, auf die Gewerkschaftsführung im gewünschten Sinne einzuwirken. Nach der Besprechung zwischen dem Reichskommissar Terboven und dem Gewerkschaftsführer Tangen erschien am nächsten Tag ein Communiqué von Tangen in allen norwegischen Zeitungen, das von der vollen Übereinstimmung zwischen dem Reichskommissar und Tangen unter Beibehaltung der bisherigen Linie berichtete! In der ganzen Bevölkerung und insbesondere in den Arbeiterkreisen ist das als ein Mißtrauensvotum für die Nasjonal Samling ausgelegt worden, der sich daraufhin die Tore erneut verschlossen. Darüber hinaus wurde derselbe Tangen mit einer Reihe anderer Gewerkschaftsführer vom Reichskommissar zu einer Besichtigungsreise nach Deutschland eingeladen, die selbstverständlich nur als eine Bevorzugung der gegnerischen Kräfte vor der Nasjonal Samling ausgelegt werden konnte. Als Vergleich in größerem Maßstabe ließe sich nur die Möglichkeit anführen, daß der Reichspräsident von Hindenburg nach der Vertrauenserklärung vom 30. Januar [1933] mit den marxistischen Gewerkschaftführern in Deutschland freundschaftlich zwecks Erhaltung ihrer Organisation verhandelt hätte. Die oben erwähnte Reise erwies sich zudem als ein großer Mißerfolg, indem die zurückgekehrten Gewerkschaftsführer sich nicht scheuen, dem Deutschen Reich Täuschungsmanöver vorzuwerfen.

3. Ein am 24. 1. nach eingehenden Verhandlungen mit dem Reichskommissar festgelegter Kameradschaftsabend der Nasjonal Samlung mit der deutschen Wehrmacht und der deutschen Verwaltung wurde auf Wunsch des Reichskommissars auf den 26. 1. verschoben. Der Termin war vom Reichskommissar mit den Spitzen der Wehrmacht vorher geregelt. Während die Marine die Einladung annahm, erhielt ich vom Generaloberst v. Falkenhorst am 24. die Nachricht, daß der Termin nicht passe. Damit war die eingehend vorbereitete Feier, die sich natürlich wie ein Lauffeuer in ganz Norwegen herumgesprochen hatte, gescheitert und die Nasjonal Samling unzweifelhaft bloßgestellt. Es war mir besonders schmerzlich, hinterher zu erfahren, daß Generaloberst v. Falkenhorst aber wohl am Abend des geplanten Festes die Zeit hatte, öffentlich im Grand Hotel in Oslo zu speisen.

4. Aus rassenmäßigen und politischen Erwägungen bin ich über ein Jahrzehnt für ein Zusammengehen Norwegens mit Deutschland eingetreten, wobei ich von der gegenseitigen Hochachtung beider Völker ausging. Dieses hat mich auch bewogen, den von meinen Gegnern stark bekämpften Entschluß zu fassen, norwegische Männer der SS-Standarte "Nordland" zuzuführen. Derselbe Rassenstandpunkt ist auch in der Rede des Reichsführers SS in Oslo unterstrichen worden. Wie läßt sich hiermit die Ansicht der Wehrmacht vereinbaren, daß der deutsche Soldat das norwegische Mädchen als Freiwild betrachten soll, daß er es selbst dann nicht heiraten darf. wenn es von ihm ein Kind erwartet, wie dieses in einem Befehl des Generaloberst v. Falkenhorst zum Ausdruck gekommen ist? Die Unterhaltspflicht für die unehelichen Kinder – in Parallele mit den sogenannten "Franzosenkindern" während des Ruhreinfalls – soll dabei vom norwegischen Staat getragen werden. Auf der anderen Seite aber werden norwegische Männer für würdig gehalten, in die deutsche Armee aufgenommen zu werden oder unter deutschen Fahnen in der Standarte "Nordland" zu kämpfen, während ihre Schwestern nicht geheiratet werden dürfen.

So könnte ich Ihnen von einer ganzen Reihe dauernder Vorkommnisse berichten, von Briefen, die von seiten der deutschen Verwaltung geschrieben werden, in denen von einer "Bewährungsfrist" für die Nasjonal Samling die Rede ist, oder auf plötzliche Anweisungen der Presseabteilung hinweisen, die den Ausdruck "Forer der Nasjonal Samling" von einem Tag auf den anderen in "Leiter der Nasjonal Samling" verändert, obschon der Ausdruck "Forer der Nasjonal Samling" seit acht Jahren in Norwegen gebraucht und ja auch wie die Bezeichnung "Reichsführer SS" oder "Reichsbauernführer" bisher zu keinerlei Beanstandungen in einer Parallelsetzung mit "Dem Führer" Anlaß gegeben hatte, und ähnliche Dinge mehr, die vielleicht an sich gar nicht der Rede wert wären. Aber sie alle zusammen haben eine völlig eindeutige symptomatische Auswirkung auf die Bevölkerung in einer Richtung: die deutschen Behörden in Norwegen, und damit das Großdeutsche Reich, stehen nicht eindeutig hinter der Nasjonal Samling, sondern benutzen sie nur als Mittel, um zu einer ganz anderen Lösung zu gelangen. Durch dieses Verhalten der deutschen Behörden hat sich der Eindruck in der gesamten Bevölkerung verstärkt, daß das Großdeutsche Reich mit der Nasjonal Samling kein ehrliches Spiel treibt und daß ich der vom Reich verratene "Verräter" bin, also das Schicksal erleide, das alle solche verdienen.

Auf der anderen Seite wächst dadurch unzweifelhaft der Widerstand der feindlich eingestellten Kräfte, gefördert durch die sich verschärfenden Kriegsauswirkungen und durch die englische Propaganda. Es ist daher vorauszusehen, daß ein Augenblick eintreten wird, an dem das Wachstum der Nasjonal Samling unter der Voraussetzung der Beibehaltung der bisherigen Taktik der deutschen Behörden zum Stehen kommen wird, und daß dann nach anderen Lösungen gesucht werden würde, was ja bezweckt wird!
Gerade davor zu waren, halte ich mich aber für verpflichtet, genau so wie ich vor dem mißglückten Experiment des Reichskommissars Terboven mit dem Storting gewarnt habe. Die Argumentierung, daß die Nasjonal Samling trotz der erhöhten finanziellen Unterstützung nicht befähigt wäre, das ins Auge gefaßte Ziel zu erreichen, und daß deswegen nach einer anderen Lösung nach dem Muster von Böhmen und Mähren oder gar nach dem des Generalgouvernements oder der Reichslande Elsaß-Lothringen von 1870 gesucht werden müßte – was sich Oslo auf den Straßen zuwispert – halte ich für verhängnisvoll.
Ebenso wirkt die Tatsache, daß die deutsche Schwerindustrie und das deutsche Großkapital im Begriff ist – unter Zurückdrängung der Norweger – sich sehr stark auszubreiten, sehr verstimmend auf die Bevölkerung ein und verstärkt ihren Widerstand gegen Deutschland.
Sehr verehrter Herr Reichsminister Dr. Lammers, ich würde Ihnen jetzt diese Zeilen nicht schreiben, insbesondere im Hinblick auf die alle Fragen überschattenden Kriegsmaßnahmen, wenn ich nicht die unumstößliche Gewißheit hätte, daß ein Fehlschlagen mit der Nasjonal Samling in Norwegen einem ganzen verlorenen Feldzug in Skandinavien gleichkomme. Ein Versagen in der Erreichung des Zieles eines großgermanischen Bundes, ein Abschwenken, vielleicht in Etappen, auf eine andere, rein schematische machtpolitische Lösung würde sich für Generationen im ganzen Norden Europas auswirken – ja, würde auch auf Holland und auf andere Länder ausstrahlen. Denn anstelle einer freiwilligen, von dem entscheidenden Teile der Bevölkerung getragenen Einordnung in einen großgermanischen Bund würde sich ein widerwillig ertragenes und die Zukunft vergiftendes Machtgefüge erheben, das seinen Todeskeim schon in sich selber trüge.
Gerade die Bedeutung dieser politischen Lösung in Norwegen aber für die ganze Zukunft des Nordens und auch Deutschlands ist es, die mich veranlaßt. mich noch einmal an Sie mit der Bitte zu wenden, ob es Ihnen nicht möglich wäre, mir eine persönliche Darstellung der Lage beim Führer zu erwirken oder aber eine Entscheidung des Führers herbeizuführen.
Im Dezember vorigen Jahres erlaubte ich mir, für die mir vom Führer grundsätzlich zugestandene Bildung einer selbständigen reinen Nasjonal Samling-Regierung unter meiner Leitung in Norwegen den 30. Januar vorzuschlagen, indem früher schriftlich festgelegt war, daß der 1. März der letzte Termin sein sollte. Da dieser Termin, der 30 Januar, nicht genehm war, bitte ich um die Festsetzung irgendeines anderen, dem Führer genehmen Termins, evtl. dem 17. Mai (norwegischer Nationalfeiertag). Zu diesem Termin würde dann zugleich mit dem Abschluß eines Vorfriedens die Selbständigkeit Norwegens erklärt und die vom Führer schon grundsätzlich gebilligte Umwandlung und Umbenennung des Reichskommissariats erfolgen.
Ich bitte Sie deshalb, beim Führer für mich die Genehmigung zu erwirken, schon jetzt ankündigen zu können, daß der Führer grundsätzlich bereit ist, mit Norwegen als einer befreundeten Nation einen besonderen Vorfrieden zu schließen.
Der Jahrestag der Besetzung Norwegens, der 9. April, könnte dann vielleicht für eine diesbezügliche Erklärung des Führers ausgenutzt werden.
Eine solche Erklärung würde auch in der Welt ihre Auswirkung nicht verfehlen. Sie bezeugt die Stärke des Großdeutschen Reiches, das es sich selbst im Augenblick des härtesten Ringens mit England leisten kann, mit einer von seiner früheren Regierung irregeleiteten und betrogenen Bevölkerung ein besonderes Abkommen zu treffen. Sie kann nur als Ausdruck der unerschütterlichen deutschen Siegesgewißheit wirken. Das Verzögern einer solchen Lösung, bis die endgültige Entscheidung gegen England gefallen ist, würde ich bedauern, denn in diesem Falle würde sich ja Norwegen bei den Friedensverhandlungen auf der falschen Seite befinden. Es ist ja praktisch unmöglich, daß Nasjonal Samling auf der Seite Deutschlands sitzt und Norwegen als Reich auf Englands Seite.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch bemerken, daß ich es für sehr unglücklich halte, den 9. April, den Jahrestag des deutschen Einmarsches, zu einer großen Militärparade zu benutzen, wie dies beabsichtigt ist. Auf das norwegische Volk würde, wie oben gesagt, eine grundsätzliche Erklärung des Führers eine ganz andere Wirkung ausüben. Auch eine Demonstration der deutschen Macht kann zweifellos eine ausgezeichnete Wirkung haben, aber nicht zu diesem Termin. Wenn am 9. April eine grundsätzliche Erklärung des Führers erfolgte und am Geburtstag des Führers die große Militärparade stattfände, so wäre dies nach meiner Kenntnis der Norweger die richtige Einteilung. Mit der Parade am 9. April gewinnt Deutschlands nichts, sondern es verliert nur.
Ich habe von jeher an den Sieg Deutschlands geglaubt, und ich würde es mir und dem norwegischen Volk zur besonderen Ehre anrechnen, auch diesem Glauben durch eine vor der ganzen Welt unmißverständlichen Haltung vor dem Endsieg bezeugen zu können.

Zum Schluß möchte ich noch kurz zu dem Vorfall in Svolvaer Stellung nehmen. So betrüblich die Haltung eines Teiles der Bevölkerung in Svolvaer ist,.so sollte man nicht in die Übertreibung verfallen zu behaupten, daß eine freundliche Haltung Norwegens gegenüber nichts nütze, vielmehr nur scharfe militärische Maßnahmen gegen die Bevölkerung taugen. Wenn jetzt etwa die Militärdiktatur eingeführt würde, so würde die Stellung der Nasjonal Samling dem Volke gegenüber nur noch erschwert werden und damit die Brücke zu Deutschland in Gefahr kommen. Wir brauchen keine härtere Linie gegen das norwegische Volk, sondern eine klarere Linie, für die ich mich im Interesse unserer beiden Völker schon lange einsetze, bisher leider vergeblich. Ich kann garantieren, daß, wenn der Führer dem norwegischen Volk einen raschen und ehrenvollen Frieden und die Selbständigkeit des Landes im freiwilligen Bund mit Deutschland verspricht, ein großer Umschwung zu Gunsten Deutschlands eintreten wird.

[136] *Aus einem Brief des Reichskommissars für die besetzten Niederländischen Gebiete Seyß-Inquart an Staatssekretär Lammers vom 3. 5. 1941*

Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit an mich der Wunsch nach einer Regelung der deutsch-niederländischen Staatsangehörigkeitsfragen herangetragen worden. Grundsätzlich bemerke ich zu dieser Frage, daß wir uns auf weite Sicht gesehen mit einer Regelung befassen müssen, der zufolge die in dem künftigen Gemeinschaftsgebilde – mag es "Germanischer Staatenbund" heißen oder eine andere Bezeichnung führen – wohnhaften Staatsangehörigen der einzelnen Teile wirtschaftliche und politische Betätigungsrechte in den anderen Teilen zuerkannt bekommen müssen, die die Angehörigen dieses Staatenbundes jedenfalls von den Ausländern üblicher Art unterscheiden. Ich glaube nicht, daß der Angehörige eines Bundesteiles die vollen Staatsbürgerrechte in einem anderen Bundesteil haben soll, sondern daß neben diesem Heimatrecht, das alle Einzelheiten des üblichen Staatsbürgerrechtes umfaßt, noch als eine Art Überwölbung eine Bundesbürgerschaft als die künftige großgermanische Reichsbürgerschaft geschaffen wird, die kraft der Staatsangehörigkeit zu einem Bundesteil dem jeweiligen Staatsangehörigen zusteht. Im wesentlichen wird dieselbe zu umfassen haben das freie wirtschaftliche Betätigungsrecht, so daß das Hindernis der Nichtstaatsangehörigkeit, wie es in einzelnen Fällen dem Ausländer entgegensteht, diesem großgermanischen Reichsbürger nicht entgegengehalten werden kann, ferner auch ein gewisses politisches Betätigungsrecht, das man aber wahrscheinlich von der Dauer des Aufenthaltes und der Beschäftigung in dem in Frage kommenden Bundesteil abhängig machen wird. Diesen Rechten steht die Übernahme aller Verpflichtungen gegenüber, die sich für die Staatsangehörigen eines Bundesteiles ergeben, solange der Aufenthalt und die Beschäftigung in diesem Bundesteil währt. Es ist klar, daß diese noch ganz vagen Skizzierungen nicht die Unterlage abgeben können, um die nunmehr aufgeworfenen Fragen der deutsch-niederländischen Staatsangehörigkeit zu regeln. Ich möchte daher heute den dringenden Fällen in der Weise beikommen, daß ich vorerst eine doppelte Staatsangehörigkeit schaffe, die ja nur einem verhältnismäßig kleinen Ausschnitt der Bevölkerung zuteil werden wird, und möchte es der weiteren Entwicklung überlassen, wie weit die Staatsangehörigkeitsrechte gegenüber dem einen Teil der zukünftigen Gestaltung nach und nach auf jenes Maß abgebaut werden, das mir über die zukünftige großgermanische Reichszugehörigkeit vorschwebt...

[137] *Zur Politik gegenüber den Niederlanden Schreiben des Vertreters des Auswärtigen Amts beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Gesandter Otto Bene, über den Besuch des Reichskommissars, Dr. Seyß-Inquart bei Hitler Den Haag, 1. Oktober 1941*

Aus den Ausführungen, die der Herr Reichskommissar nach seiner Rückkehr zu den Generalkommissaren und mir und gestern zu den Provinzbeauftragten, und aus den Ausführungen, die der Generalkommissar z. b. V. Schmidt vor seinen Mitarbeitern und den Pressereferenten machte, ist über den Besuch bei dem Führer folgendes zu berichten:
Bei dem Vortrag des Herrn Reichskommissars und der anschließenden Besprechung waren außerdem dem Führer selbst, dem Reichskommissar und dem Generalkommissar Schmidt noch die Herren Reichsminister Lammers und Reichsleiter Bormann zugegen.
Der Reichskommissar hat dem Führer eine ungeschminkte Schilderung der tatsächlichen Lage in den besetzten niederländischen Gebieten gegeben, dabei Licht- und Schattenseiten gleichermaßen erwähnt und auch die negativen Tatsachen keineswegs übergangen.

Zunächst wurde über wirtschaftliche und verwaltungstechnische Dinge gesprochen, und es ergab sich folgendes:
1. Der Führer hat entschieden, daß von der geplanten zwangsweisen Überführung von niederländischen Arbeitskräften in das Reich abzusehen ist, da sich aus einer solchen Maßnahme doch keine befriedigenden Ergebnisse entwickeln würden.
2. Die Auflösung der konfessionellen Gewerkschaften, Vereine und Parteien wurde vom Führer gutgeheißen.
3. Der Führer äußerte sich befriedigt über die ihm vorgetragenen Zahlen der zum Kampfe gegen den Bolschewismus angetretenen Niederländer (2500 in Standarte Westland, 3300 in Standarte Nordwest, 4000/5000 bei N[ational-] S[ozialistischem] K[raftfahr] K[orps]).
4. Die geplante Errichtung eines niederländischen Reichsnährstandes und einer niederländischen Arbeitsfront, die als rein niederländische Organisationen aufgezogen werden sollen, wurde vom Führer genehmigt. Der Führer hat bei Erörterung dieser Gedankengänge betont, daß eine Gleichstellung der Niederlande mit Belgien oder Frankreich nicht in Betracht kommt, und die in dieser Hinsicht früher vom Reichsmarschall abgegebenen Zusicherungen zu Gunsten der Niederlande bestätigt.
5. Entgegen den bei der Wehrmacht vorhandenen Bestrebungen hat der Führer angeordnet, daß aus den besetzten niederländischen Gebieten nichts mehr exportiert werden soll, so daß die in den Niederlanden produzierten landwirtschaftlichen Produkte zur Ernährung der Bevölkerung in den besetzten niederländischen Gebieten zur Verfügung stehen werden und die Selbsterhaltung der Niederlande dadurch gegeben wird. Der Reichskommissar kann natürlich Ausnahmen zulassen. Diese Maßnahme wird sich günstig auf die allgemeine Stimmung auswirken.
6. Nachdem der Herr Reichskommissar über die schlechte Auswirkung der während der soeben abgehaltenen Leipziger Messe plötzlich verhängten allgemeinen Exportsperre berichtet hatte, hat der Führer die Wiederfreigabe deutscher Exportwaren nach den besetzten niederländischen Gebieten verfügt und Reichsminister Lammers beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.
7. Es wurde auch die Frage erörtert, ob es zweckmäßig und erforderlich sei, der niederländischen Bevölkerung im größeren Ausmaß die Rundfunkempfänger zu entziehen. Der Führer hat das Argument, daß der Besitz eigener Rundfunkempfangsgeräte die Niederländer doch weitgehend mit der deutschen Sprache vertraut und sie dadurch auch deutschen Propagandalosungen zugängig mache, gelten lassen und die Weiterbehandlung dieser Frage dem Reichskommissar überlassen.
8. Bei der Erörterung der Judenfrage zeigte sich der Führer von der Auswirkung der in den besetzten niederländischen Gebieten getroffenen Maßnahmen, die die wirtschaftliche und persönliche Trennung der Juden von den Niederländern ergeben haben, befriedigt. Für die nächste Zukunft ist die Abschiebung der in den besetzten niederländischen Gebieten lebenden etwa 15 000 jüdischen Emigranten aus Deutschland in Aussicht genommen.
9. Zur Bekämpfung der auch in den Niederlanden während der letzten Wochen sich häufenden kleinen Sabotageakte ist schärfstes Durchgreifen, Abführen von Geiseln und notfalls auch Erschießen angeordnet worden.
10. Bei Besprechung der wirtschaftlichen Lage hat der Führer seine große Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß es bisher gelungen ist, die Niederlande als ein Selbstversorgungsgebiet zu organisieren, und dabei betont, daß bei dem guten Funktionieren von Verwaltung und Wirtschaft die derzeitig schlechte Stimmung in den besetzten niederländischen Gebieten mit in Kauf genommen werden könne.
Im Anschluß an die Erörterungen über wirtschaftliche und verwaltungstechnische Fragen erfolgte eine sehr eingehende Besprechung der derzeitigen politischen Lage in den besetzten niederländischen Gebieten, wobei der Herr Reichskommissar, wie er selbst sagte, peinlich ausführlich und objektiv die Lage und besonders die Haltung der N[ationaal] S[ocialistischen] B[eweging] im allgemeinen und im besonderen der NSDAP gegenüber geschildert hat. Der Führer hat den bisher eingeschlagenen NSB-Kurs gebilligt und als zweckmäßig bezeichnet und davor gewarnt, sich auf andere als nationalsozialistische Gruppen zu stützen, auch wenn diese nationalsozialistische Gruppe, wie im vorliegenden Falle die NSB, weltanschaulich noch nicht gefestigt sei. Es sei dann die Aufgabe der deutschen Stellen, einen so starken Einfluß auf die NSB und die einzelnen Personen zu bekommen, daß die nationalsozialistische Front mit ihnen gehalten werden kann. Ein Gegeneinanderarbeiten nationalsozialistischer Gruppen sei unerwünscht und abzustellen. Unter den obwaltenden Umständen sei die Herausnahme der N[ationaal] S[ocialistische] N[ederlandsche] A[rbeiters] P[artij] aus dem politischen Raum notwendig. Diese Herausnahme ist inzwischen dadurch erfolgt, daß der Leiter der NSNAP, Herr van Rappard, den Mitgliedern seiner Partei jegliche politische Betätigung bis auf weiteres untersagt hat. Somit ruht die Verantwortung jetzt restlos bei der NSB, und Mussert und seine Leute werden beweisen müssen, ob sie in der Lage sein werden, das niederländische Volk für den Nationalsozialismus zu gewinnen.
Der Reichskommissar knüpfte an seine Ausführungen über seine Besprechung mit dem Führer

noch folgenden Kommentar:
Der Führer habe sich von dem Bericht über die Lage in den besetzten niederländischen Gebieten vollauf befriedigt erklärt und ihm in warmen Worten seine Zustimmung, Anerkennung und Dank zu dem bzw. für das bisher Geleistete und Erreichte ausgesprochen. Anerkennung und Dank des Führers gelte auch seinen Mitarbeitern und müsse ihn und alle zu weiterer Arbeitsleistung anspornen.
Die wichtigste Aufgabe sei nun die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in dem besetzten niederländischen Gebiet dahin, daß das Ziel, ein nationalsozialistisches Niederland zu schaffen, erreicht würde. Es unterliege keinem Zweifel, daß der Weg, den Mussert mit der NSB jetzt gehen müsse, sehr schwierig sei. Er habe aber nun eine nie wiederkehrende Möglichkeit zu beweisen, was er sei und könne.
Nachdem ihm nun alle Hindernisse aus dem Wege geräumt seien, habe er auch keine Ausreden mehr. Für die deutschen Behörden ergäbe sich die Aufgabe, Mussert und die NSB noch mehr als bisher zu unterstützen. Eine Möglichkeit, mit anderen Gruppen das Ziel zu erreichen, sei nicht gegeben. Es sei notwendig, den maßgebenden Einfluß auf die NSB und die einzelnen Persönlichkeiten zu verstärken, damit ein Versagen ausgeschlossen sei. – Natürlich müsse die Einflußnahme nach außen hin nicht in Erscheinung treten, weil dadurch Mussert und der NSB die Arbeit wahrscheinlich noch mehr als bisher bei der Bevölkerung erschwert werden würde.
Die Art und Weise, in der Mussert in seinem Aufruf und Leitartikel die NSNAP angegriffen habe... sei zu verurteilen und abzulehnen. Um so erfreulicher sei die Haltung, die van Rappard gezeigt habe durch den ohne Befragen deutscher Stellen gefaßten Entschluß, seiner Partei die politische Arbeit bis auf weiteres zu untersagen, um Mussert und der NSNAP die Chance zu geben, die Niederlande für sich und den Nationalsozialismus zu gewinnen. Die herausgegebene Sprachregelung lautet:
Der Führer ist mit dem NSB-Kurs zufrieden.
Die NSB hat Aussicht, die tragende politische Bewegung in den Niederlanden zu werden.
Die politische Arbeit der nächsten Zeit sei auch für die deutschen Stellen schwer, sie müsse aber erfolgreich geschafft werden, um eine von uns kontrollierte autonome Verwaltung und stabilisierte Verhältnisse bis zur organischen Entwicklung in das germanische Reich zu erreichen. Die tragende niederländische politische Bewegung solle dereinst die Macht und Führung in den Niederlanden übernehmen, ob sie NSB oder anders heiße, spiele keine Rolle.
Vertraulich berichtete der Herr Reichskommissar, daß der Führer grundsätzlich bereit sei, die Eidesleistung Musserts auf den Führer als den germanischen Führer anzunehmen. Es war früher schon die Rede davon, daß Mussert den Eid auf den Führer leisten wolle. Dazu kam es aber nicht. Der Eid auf den Führer würde eine unumstößliche starke Bindung für Mussert werden. Wann und in welcher Form diese Eidesleistung stattfinden würde, werde sich später finden. Leiter und Mitglieder der NSNAP sollen nutzbringend in Verwaltung und Wirtschaft untergebracht werden, damit sie als Nationalsozialisten nicht verloren gehen. Die NSB müßte stark an sich selbst arbeiten, um den Partikularismus, der sich in den Niederlanden in den vielen Parteien, Sekten und Bekenntnissen ausdrücke und naturgemäß auch in der NSB zu finden sei, zu überwinden. Groß sei die der NSB gestellte Aufgabe, die Vollendung liege bei Mussert bzw. der NSB selbst.
Aus den Ausführungen scheint mir als das Bemerkenswerteste hervorzugehen, daß der Anschluß der Niederlande nicht, sondern ein selbständiger Staat Niederlande im Germanischen Reich gewünscht wird.
Damit ist eine sehr notwendige Klarheit geschaffen worden, deren Auswirkung im Niederländischen Volk günstig sein und viele Menschen, die bisher abseits standen, gewinnen sollte. Inwieweit sich die Bevölkerung mit Mussert und der NSB abfinden wird, kann heute nicht vorausgesagt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es möglich, daß die Ablehnung Musserts und der NSB noch stärker werden wird, zumal man jetzt die Möglichkeit einer Machtübernahme durch Mussert und die NSB als nahe bevorstehend ansehen wird. Durch eine verstärkte und noch betontere Ablehnung Musserts und der NSB durch die Bevölkerung kann deren Absicht oder Auftrag vollkommen scheitern und in einigen Monaten die Lage so sein, daß Mussert, vielleicht auch die NSB, von der politischen Bühne werden abtreten müssen, um anderen Platz zu machen.
Man muß das abwarten und deutscherseits Mussert und der NSB alle Hilfsstellung geben, die möglich ist.

[138] *Bericht der Reichsgruppe Industrie über die Sitzung ihres Außenhandelsausschusses am 8. November 1941*

Unter Vorsitz von Geheimrat Fellinger fand am 8. 11. 1941 eine Sitzung des Außenhandelsausschusses statt, bei der Geheimrat Fellinger Ausführungen über die Arbeit der Industrieorganisa-

tion für den Aufbau der gesamteuropäischen Wirtschaft machte. Ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen übersenden wir Ihnen in der Anlage einen Auszug seiner Aussprache.
Dann sprach der Vorsitzende des Südost-Ausschusses, Dr. Max Ilgner, Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, über die Aufgaben des Südost-Ausschusses und der neu gebildeten Länderausschüsse. Aufgabe des Südost-Ausschusses ist es, so führte der Vortragende aus, den Behörden bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Südostens mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er wird eine Planungsarbeit im Südosten durchführen, die, aufbauend auf wirtschaftlichen Erkenntnissen, ein Höchstmaß an vernünftiger wirtschaftlicher, insbesondere industrieller Aufbauarbeit gewährleisten soll. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag hat der Reichsgruppe Industrie die Mitarbeit seiner Beiräte für Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Banken zur Verfügung gestellt. Damit ist eine Verbindung zu den anderen, für Planungsarbeit wichtigen Sektoren gegeben und zugleich die Reichsgruppe Industrie als federführend anerkannt worden. Die Reichsgruppe Industrie und der Mitteleuropäische Wirtschaftstag haben dem Reichswirtschaftsminister Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien unterbreitet, die von diesem gutgeheißen wurden. Hiernach wird die Südosteuropa-Gesellschaft die erste Phase der Südostplanung, d. h. die wirtschaftswissenschaftliche Vorarbeit übernehmen. Die Südosteuropa-Gesellschaft steht ihrerseits in enger Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden wirtschaftlichen Forschungsinstituten. Sie hat sich zu diesem Zweck einen Planungsausschuß geschaffen, dem auch Vertreter der Reichsgruppe Industrie und des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages angehören. Die von diesem Ausschuß zu stellenden Gutachten werden in ständiger Fühlungnahme mit der praktischen Wirtschaft ausgearbeitet werden und dann dem Südost-Ausschuß als Grundlage für seine weiteren Arbeiten dienen.
Unter dem Südost-Ausschuß stehen die Länderausschüsse. Ihre Aufgaben sind:
1. Durchführung der Ergebnisse der Industrieausschußbesprechungen;
2. Ausfüllung des Vakuums zwischen den Industrieausschußbesprechungen, d. h. Übernahme der Funktionen der Industrieausschüsse zu den Zeiten, in denen die Industrieausschüsse nicht tagen;
3. Vorbereitung neuer Industrieausschußbesprechungen.
Eine Beteiligung der Wirtschaftsgruppen an solchen Besprechungen ist in erster Linie dann erwünscht, wenn es sich um Fragen handelt, die wegen Hemmungen auf dem Gebiete der Verwaltungsmaßnahmen oder organisatorischer Art in den Südostländern bisher nicht durchgeführt werden konnten. Solange umfassende Industrieorganisationen in den Südostländern fehlen, ist es zweckmäßig, sowohl mit den vorhandenen Organisationen als auch mit den hervorragendsten Vertretern der dortigen Industrie zu verhandeln. Den Südostländern ist zu empfehlen, sich in gleicher Weise, wie dies im Reich geschieht, der Mitarbeit des Industriebeirats der entsprechenden Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages zu bedienen.
Der Aktivität der Länderausschüsse sind bei derartigen Verhandlungen keine Grenzen gesetzt, jedoch ist eine vorherige Abstimmung im Südost-Ausschuß unbedingt notwendig. Wenn auf Seiten der deutschen Industrie gewisse Hemmungen bestehen sollten, Pläne und Projekte in den Südostländern vor den Ausschüssen zu entwickeln, so ist durch die einheitliche Ausrichtung der Gesamtplanung im Südosten jedoch Gewähr dafür geboten, daß die in den Ausschüssen erworbenen Kenntnisse nicht mißbräuchlich verwertet werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat überdies die Zusicherung gegeben, daß es dafür sorgen werde, daß die Durchführung von Projekten ihrem geistigen Urheber gesichert bleibt.
Um eine Übersicht über die industrielle Entwicklung in den Südostländern zu erhalten, empfahl er den Wirtschaftsgruppen, dem Südost-Ausschuß von allen Projekten in den Südostländern Meldung zu machen, und zwar auch dann, wenn sich die Firmen mit ihren Projekten unmittelbar an das Reichswirtschaftsministerium wenden. Eine gleiche Meldepflicht soll für die Protektoratsfirmen über den Zentralverband organisiert werden, und es wird auch versucht werden, über die Wirtschaftsberater in den besetzten Gebieten und das Reichswirtschaftsministerium Kenntnis zu bekommen von Plänen, die Firmen dieser Gebiete in den Südostländern verfolgen.
In der Aussprache betonte Herr Reinhold Krause, daß es notwendig sei, im Südost-Ausschuß die Interessen der Fertigwarenindustrie besonders zu wahren. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Förderung der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen nicht zum Aufgabengebiet des Südost-Ausschusses gehöre. Es sei aber selbstverständlich, daß von den Vertretern der Fertigwarenindustrie im Südost-Ausschuß darauf geachtet werde, daß nichts geschieht, was den Interessen der deutschen Industrie zuwiderläuft.
In der Anlage ist ein Verzeichnis der Mitglieder des Südost-Ausschusses und der Länderausschüsse beigefügt. Änderungen in der Besetzung der Ausschüsse, die sich vielleicht noch ergeben könnten, werden wir Ihnen laufend bekanntgeben.

Auszug aus der Ansprache von Geheimrat Fellinger

Wir sind hier zusammengekommen, um unsererseits zu prüfen, welchen Beitrag wir zum europä-

ischen Aufbauwerk leisten können. Das Ziel ist die Großraumwirtschaft in einem kontinental-europäischen Wirtschaftsblock. Nur ein fester europäischer Wirtschaftsblock, nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte kann den großen Bedarf, der nach dem Kriege zu erwarten ist, genügend befriedigen. Voraussetzung dafür ist, daß keine Arbeitskraft Europas unausgenutzt bleibt oder falsch angesetzt wird. Zur Erreichung dieses Zieles ist die friedliche Zusammenarbeit und eine planmäßige Arbeitsteilung zwischen möglichst vielen europäischen Ländern notwendig. Dazu bedarf es der Aufstellung von aufeinander abgestimmten Investitionsprogrammen großen Umfangs. Wir streben eine bestmögliche Erschließung der Rohstoffquellen an und die Hebung der Produktion selbst mit dem Endziel einer möglichst hohen Erzeugung auf Grund sinnvoller, d. h. wirtschaftlich vernünftiger Planung. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir eine Autarkie im Sinne des Abschlusses von der übrigen Welt zum Ziele haben. Wir sind im Gegenteil tiefst durchdrungen von der Notwendigkeit unserer Beteiligung am allgemeinen Welthandel.
Zu dieser Aufbauarbeit ist die Initiative der Privatwirtschaft unentbehrlich. Diese läßt sich aber nicht richtig ansetzen ohne eine Organisation, die das Zusammenwirken aller Kräfte und eine weitblickende Planung gewährleistet. Dazu ist eine Führung notwendig, die wir allerdings für Deutschland beanspruchen. Der Führungsanspruch gibt aber nicht nur Rechte, sondern legt uns auch Pflichten, und zwar sehr ernste Pflichten auf.

Auf dem industriellen Sektor steht diese Führungsaufgabe der Reichsgruppe Industrie zu als der berufenen Vertretung der deutschen Gesamtindustrie. Auf dem Gebiet der Außenwirtschaft steht ihr zur Unterstützung unser Außenhandelsausschuß zur Verfügung.
Der Außenhandelsausschuß konnte seine Aufgaben schon lange nicht mehr darauf beschränken, den Austausch von Gütern zwischen In- und Ausland durch Kontingents- und Zollverhandlungen anzuregen und zu fördern. Er muß darüber hinaus sich mit der Frage einer Planung für den gesamten Raum befassen. Er hat das Programm für die wirtschaftliche Neuordnung im gesamten kontinental-europäischen Raum zusammenzustellen und durchzuführen. Ihm obliegt die Gesamtschau und dementsprechend ist seine Arbeit. Er wird sich dabei für die einzelnen Industriezweige weitgehend auf die sachverständige Mitarbeit der Wirtschaftsgruppen stützen müssen. Um diese Mitarbeit möchte ich die Wirtschaftsgruppen hier ausdrücklich und dringend bitten.

Im Schlußwort der letzten Tagung unseres Außenhandelsausschusses wies ich bereits darauf hin, daß für diese großen Arbeiten eine stärkere Untergliederung in Gestalt von auszubauenden Länderausschüssen notwendig ist. Daran haben wir inzwischen gearbeitet. Die Vorarbeiten sind nunmehr abgeschlossen und wir können einen Schritt weitergehen.
Nachdem wir uns mit dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag über eine Zusammenarbeit geeinigt haben, wurde von uns zunächst ein Südost-Ausschuß gebildet. Mit der Konstituierung dieses Auschusses hat der Außenhandelsausschuß einen festen Unterbau für die gesamte Planung im Donauraum erhalten. Die allgemeinen Richtlinien des Außenhandelsausschusses sollen durch den Südost-Ausschuß mit den besonderen Notwendigkeiten jenes Raumes in Übereinstimmung gebracht werden. Andererseits wird der Außenhandelsausschuß für seine grundsätzlichen Direktiven immer wieder auf die Anregungen des Südost-Ausschusses zurückzugreifen haben, weil das von diesem betreute Gebiet einen sehr wesentlichen Teil der gesamten deutschen industriellen Außenwirtschaft darstellt.

Dem Südost-Ausschuß steht, wie ich mit besonderer Freude hervorheben darf, die Südosteuropa-Gesellschaft in Wien zur Seite. Diese Südosteuropa-Gesellschaft hat sich das Studium der wirtschaftlichen Kräfte und der Entwicklungsmöglichkeiten der südosteuropäischen Länder zur Aufgabe gemacht. Dafür hat sie sich einen besonderen wirtschafts-wissenschaftlichen Apparat geschaffen, der die notwendigen wissenschaftlichen Vorarbeiten für die Planung im südosteuropäischen Raum durchführen soll. Das über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaft in den Südostländern vorhandene Material bedarf der Ergänzung und Vereinheitlichung. Zu diesem Zweck arbeitet die Südosteuropa-Gesellschaft auf das engste mit dem Wiener Institut für Wirtschaftsforschung zusammen.

Hier wird sich eine außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Südosteuropa-Gesellschaft, dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und dem Südost-Ausschuß ergeben. Der Arbeitsvorgang ist so gedacht, daß Planungsvorschläge der Südosteuropa-Gesellschaft im Südost-Ausschuß durchberaten und in die Praxis umgesetzt werden.
Für seine Aufgaben hat sich der Südost-Ausschuß eine Untergliederung in Form von Länderausschüssen für die einzelnen Staaten geschaffen, deren Arbeiten er nach einheitlichen Gesichtspunkten ausrichtet. Die Länderausschüsse sollen keineswegs nur beratende, sondern durchaus auch richtunggebende und ausführende Funktionen haben. Ihre Aufgabe ist es, die wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Landes eingehend zu studieren, die dortigen Bedürfnisse und Möglichkeiten aufzuzeigen und mit den deutschen Wünschen und Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Diese Länderausschüsse sollen sich zu unentbehrlichen Sachverständigen-Gremien der Regierungen entwickeln. Die Länderausschüsse sowie der sie umfassende Südost-Ausschuß werden dazu auf das engste mit den deutschen Regierungsausschüssen zusammenarbeiten und diesen in jeder Weise als Mitarbeiter zur Verfügung zu stehen haben.

Ihnen ist ja bekannt, daß die Regierungsausschüsse in der Mehrzahl der Länder Industrieausschüsse gebildet haben; wo solche Industrieausschüsse bestehen, werden die Länderausschüsse unter der Ägide des Südost-Ausschusses die Vorarbeiten zu leisten und die Industrieausschüsse mit Anregungen zu versehen haben. Zudem wäre es zu begrüßen, wenn die Mitglieder der Länderausschüsse in möglichst großer Zahl gleichzeitig Mitglieder der Industrieausschüsse sind. Die Industrieausschüsse leiten ihre Aufgaben zwar unmittelbar aus behördlichem Auftrag zur Unterstützung der Regierungsausschüsse her, während die Länderausschüsse selbständig aus der Notwendigkeit industrieller Großraumplanung entstanden sind. Da die Ziele sowohl der Industrieausschüsse als auch der Länderausschüsse aber die gleichen sind, können ihre Beziehungen nicht eng genug sein.
Für die Länder, für die es keine Industrieausschüsse gibt, werden die Länderausschüsse darüber hinaus bemüht sein müssen, die Aufgaben der Industrieausschüsse unmittelbar zu übernehmen.
Mit die wichtigste Aufgabe für die Länderausschüsse ist eine enge Fühlungnahme mit den leitenden Industriellen des anderen Landes und die Gewinnung ihres Vertrauens als erste Voraussetzung für ein gedeihliches, auf die Dauer gerichtetes Zusammenarbeiten. Deshalb ist auf Gemeinschaftstagungen mit den ausländischen Industriellen besonderer Wert zu legen, um sie von der Notwendigkeit der Gemeinschaftsarbeit zu überzeugen.
Die Zusammensetzung der Ausschüsse mußte sich nach diesem Aufgabenkreis richten. Nicht Interessenvertreter, sondern Exponenten der Gemeinschaftsinteressen waren herauszustellen, wenn auch selbstverständlich sowohl Fachinteressen wie regionale Gesichtspunkte nach Möglichkeit berücksichtigt wurden. Wesentlich war uns dabei daran gelegen, die Ausschüsse möglichst klein zu halten, um ihre Arbeitsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, denn es handelt sich bei diesen Ausschüssen, wie ich ausdrücklich betonen möchte, nicht um repräsentative Gremien, sondern um Arbeitskreise, an deren Mitglieder erhebliche Anforderungen gestellt werden müssen. Wir waren daher genötigt, uns bei der Besetzung große Beschränkungen aufzuerlegen und auf die Vertreter mancher Industriezweige zu verzichten, von deren Bedeutung für den Export nach dem Südosten wir an sich überzeugt sind. Wir werden aber selbstverständlich, sobald Fragen der in den Ausschüssen nicht vertretenen Gruppen zur Erörterung stehen, besondere Vertreter als Sachverständige sowohl in die Länderausschüsse als auch in den Südost-Ausschuß hinzuziehen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Bitte um Mitarbeit nachdrücklich wiederholen.

Im ganzen sind für den Südosten 7 Länderausschüsse ins Leben gerufen, und zwar für Rumänien, Ungarn, Griechenland, Bulgarien, Kroatien, Serbien und die Slowakei.
Dem über diesen 7 Länderausschüssen als Dachausschuß stehenden Südost-Ausschuß gehören die 7 Vorsitzenden der Länderausschüsse an. Er wird geführt von Herrn Dr. Ilgner, der gleichzeitig Vorsitzender des Ungarn-Ausschusses ist.
Die Geschäftsführung liegt in den Händen der Reichsgruppe Industrie, und zwar ist der Leiter der Abteilung Außenwirtschaft zugleich Hauptgeschäftsführer der Länderausschüsse und des Südost-Ausschusses. Die Länderreferenten der Abteilung sind stellvertretende Geschäftsführer der Länderausschüsse.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß sich für die gesamte industrielle Vertretung in der Großraumplanung das Bild eines Pyramidenaufbaus ergibt. An der Spitze steht die Reichsgruppe Industrie, die gleichzeitig das Bindeglied, gewissermaßen den Mörtel des Gesamtgebäudes darstellt, weil in ihrer Hand die Geschäftsführung sämtlicher Ausschüsse liegt. Für die gesamte Großraumplanung ist der Außenhandelsausschuß eingesetzt, der den Überblick über das Ganze behalten muß. Neben dem Ostasien- und Italien-Ausschuß wird als weitere räumliche Aufteilung der Außenhandelsausschuß für die Planung im Donauraum nunmehr durch den Südost-Ausschuß unterstützt, der die allgemeinen Richtlinien des Außenhandelsausschusses mit den besonderen Notwendigkeiten des südosteuropäischen Raumes in Übereinstimmung zu bringen hat. Dem Südost-Ausschuß sind die 7 Länderausschüsse untergeordnet. Der Leiter der Reichsgruppe Industrie hat sich vorbehalten, je nach Bedarf für weitere Länder besondere Ausschüsse einzusetzen.
Dieser Aufbau bietet m. E. die beste Gewähr für den Erfolg unserer Arbeit, weil
1.) die Belange der deutschen Industrie durch ihre Vertretung in der Reichsgruppe und die Richtlinien des Außenhandelsausschusses, die über den Südost-Ausschuß zu den Länderausschüssen gelangen, in diesen zur Geltung kommen können, und weil
2.) die Anregungen der Länderausschüsse – im Südost-Ausschuß auf einen allgemeinen Nenner gebracht – dann von dem Außenhandelsausschuß aufgegriffen und der Reichsgruppe sowie der Regierung zur weiteren Bearbeitung übermittelt werden können.

[139] *Aufzeichnung über die wirtschaftlichen Leistungen Frankreichs zugunsten Deutschlands und die deutschen Lieferungen an Frankreich 19. März 1942*

I.
Leistungen unter dem Zwang des Waffenstillstandsvertrages
1) Abschlagzahlungen auf die Besatzungskosten sind bis Ende Februar 1942 rund 11 Milliarden RM von den Franzosen geleistet worden (ursprünglich 20 Mill., seit Mai 1941 15 Mill. RM täglich).
2) Die gesondert zu tragenden Quartierleistungen sind bis Ende Januar 1942 auf rund 500 Mill. RM zu veranschlagen.
3) An Naturalleistungen, die aus der zu 1) genannten Summe bezahlt werden, sind insbesondere die Lieferungen an Lebensmitteln für das Besatzungsheer (Fleisch, Weizen, Wein, Kartoffeln, Käse) und an Futtermitteln (Hafer, Heu, Stroh) zu nennen. Die Mengen sind mit den nach Deutschland gelieferten global erfaßt und in den Ziffern zu II 1) mit enthalten.
4) An Beute sind uns außer gefertigtem Kriegsmaterial große Mengen von Rohstoffen, Maschinen und rollendem Material zugefallen. Diese Mengen sind nicht näher beziffert und zum Teil in den Ziffern zu II 1) enthalten.
II.
Französische Leistungen außerhaßb des Waffenstillstandsvertrages.
1) Warenlieferungen
Frankreich hat seit dem Waffenstillstand bis 31. Januar 1942 an statistisch erfaßten Waren für 1,06 Milliarden RM an Deutschland geliefert. In dieser Ziffer sind die sehr erheblichen Mengen an Waren, die ohne Kontrolle von Frankreich nach Deutschland gelangt sind, nicht inbegriffen. Hervorzuheben sind folgende, besonders kriegswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse: 5 000 000 t Eisen und Stahl (Eisengehalt), 225 000 t Kupfer, 140 000 t Tonerde (Aluminium), 200 000 t Bauxit (Aluminium), 270 000 t Phosphate, 71 000 t Wolle, 950 000 Stück Schaffelle. 200 000 Stück Kautschukreifen, 16 000 t Kautschuk, 3000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 16 484 Werkzeugmachinen, 8000 Motoren, 108 909 Kraftfahrzeuge.
An landwirtschaftlichen Erzeugnissen Frankreichs und seiner Kolonien sind u. a. folgende Lieferungen bis Ende Januar 1942 an Deutschland erfolgt:
229 000 t Fleisch, 610 000 t Weizen, 2 800 000 t Wein, 8 500 t Fett, 20 500 t Erdnußöl, 10 000 t Kakao, 755 000 t Hafer, 826 000 t Stroh, 610 000 t Heu, 153 000 Pferde.
2) Finanzielle Leistungen.
Die unter 1) genannten Warenlieferungen, die zuzüglich Nebenkosten den Gegenwert von 1,5 Milliarden RM erreichen, sind mangels ausreichender deutscher Gegenlieferungen in Höhe von rund 1 Milliarde RM von Frankreich bevorschußt worden, d. h. Frankreich hat uns in dieser Höhe nicht nur die Waren geliefert, sondern auch die erforderlichen Kredite dazu eingeräumt. Die französische Regierung hat sich zur Herausgabe des Golddepots der Nationalbank von Belgien bei der Bank von Frankreich im Gegenwert von 600 Mill. RM an die Deutsche Reichsbank bereit erklärt [am 20. September 1940]. Davon ist Gold im Gegenwert von RM 330 Mill. bereits bei der Reichsbank in Berlin eingetroffen. Weitere Lieferungen sind im Gange.
Frankreich hat für rund 200 Mill. RM Wertpapiere und Beteiligungen, die für die deutsche Wirtschaft von besonderem Wert sind, an uns abgetreten. Der innere Wert dieser Beteiligungen beträgt ein Vielfaches der genannten Summe. Hervorzuheben sind: rumänisches Erdöl, Kupferminen von Bor (Serbien), Kohlengruben im Dombrowa-Gebiet (Ost-Oberschlesien), Norskhydro-Stickstoffwerke (Norwegen), französische Versicherungsgesellschaften.
3) Einsatz der französischen Industrie und Arbeitskräfte.
Deutsche Industrieaufträge in der Hauptsache für den Rüstungssektor sind in Höhe von 4,5 Milliarden RM nach Frankreich vergeben worden (Auftragsverlagerung). Hiervon sind bis Ende Januar 1942 1,17 Milliarden RM fertiggestellt, 6000 französische Industriewerke sind mit deutschen Aufträgen belegt. Der französische Lokomitivbau arbeitet zu 100 %, der Werkzeugmaschinenbau zu 95 % für Deutschland. In einem Flugzeugbauprogramm ist die Lieferung von 3600 Flugzeugen und 10 000 Motoren an Deutschland vorgesehen. Sämtliche Werften der Kanal- und Atlantikküste sind für die deutsche Kriegs- und Handelsmarine mit Reparaturarbeiten und Neubauten fast ausschließlich zugunsten Deutschlands tätig. Nach dem Urteil des Chefs der Wirtschaft- und Rüstungsstabes Frankreich [Generalleutnant Franz Barckhausen] arbeiten die für die Fabrikation von Kriegsmaterial in Frage kommenden französischen Betriebe völlig oder doch zu einem sehr großen Prozentsatz für Deutschland.
Für den deutschen Bedarf sind in Frankreich folgende französische Arbeitskräfte eingesetzt:
beim Bau von Befestigungsanlagen und Flugplätzen 276 500 Kräfte,
in Wehrmachtdienststellen und angeschlossenen Werkstätten 179 000 Kräfte,
bei den von den Rüstungs-Inspektionen betreuten Rüstungsbetrieben 407 300 Kräfte.
Hinzu kommen die Kräfte, die in den Zulieferungsbetrieben der Rüstungsindustrie für deutsche

Fertigung arbeiten. Ferner die Kräfte, die im Verkehrswesen die deutschen Wehrmacht- und Wirtschaftstransporte durchführen. Diese Zahlen machen ein Mehrfaches der Belegschaft der Rüstungsindustrie aus.
Ferner sind bisher 130 000 Arbeiter zur Arbeit in Deutschland angeworben (daneben stellen die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland 9 % der männlichen Erwerbstätigen Gesamtfrankreichs dar).
Zusammenfassend ist zu sagen, daß die französische Wirtschaft in großem Umfang für die deutsche Versorgung und die deutsche Fertigung herangezogen ist. Die Umstellung des französischen Produktionsapparates auf kriegswirtschaftliche Zwecke ist weitgehend durchgeführt. Der französische Verbrauch ist auch an Nahrung, Bekleidung, Schuhwerk, Heizung zum Teil erheblich unter den deutschen Verbrauch gesunken und durchweg auf das für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens des Landes und der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung unentbehrliche Mindestmaß eingeschränkt. Dieses Ergebnis ist unter Mitwirkung der französischen amtlichen Stellen und der Führung der französischen Wirtschaft erzielt worden.

III.
Deutsche Lieferungen an Frankreich.
Deutsche Warenlieferungen sind seit dem Waffenstillstand bis 31. Januar 1942 im Werte von rund 400 Mill. RM nach Frankreich gegangen. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um Zulieferungen an Roh- und Hilfsstoffen, die für die Wiederingangsetzung und Inganghaltung der französischen Industrie notwendig sind. Der größte Teil dieser Lieferungen kommt mittelbar Deutschland wieder zugute. Dies gilt besonders für rund 350 000 t Kohle (z. B. für die Aluminium- und Soda-Erzeugung und als Bunkerkohle), ferner kleinere Mengen von Kraftstoff und Schmieröl, Buna und Teerpech.
An Lebensmitteln wurden nach Frankreich geliefert: 62 000 t Speisekartoffeln, 50 000 t Pflanzkartoffeln, 30 000 t Zucker.

[140] *Aus einer Rundfunkansprache des französischen Regierungschefs Laval an das französische Volk (vom 20. April 1942)*

...Seit langem, ja, vom Beginn meiner politischen Laufbahn an, habe ich stets betont, daß die Annäherung Frankreichs an Deutschland die Vorbedingung für den Frieden in Europa ist.
Ich war immer von dem Gedanken besessen und habe bei jeder Gelegenheit eine Verständigung gesucht, die den tragischen Mißverständnissen ein Ende setzen sollte, welche in der Vergangenheit allzu häufig zwei große Völker gegeneinander gehetzt hatten. Voll tiefer Empfindung gedenke ich derer, die in dem Kampf ihr Leben ließen und der trauernden Angehörigen.
Es bedurfte dazu einer französischen Politik, und zwar ausschließlich französischen Politik, frei von jenen fremden Einflüssen, die sich im Laufe der Geschichte immer wieder gezeigt haben und sich auch heute noch in den Bestreben offenbaren, unsere Uneinigkeit aufrechtzuerhalten und den Frieden unseres häuslichen Herdes immer wieder in Frage zu stellen.
Wieder einmal ist der Krieg vorüber... aber erscheint nicht das, was gestern notwendig war, heute schon weniger notwendig? Von diesem Gefühl war ich durchdrungen, als ich Juli 1940 mit den zahlreichen Besprechungen begann, die uns – Marschall Pétain und mich – dann einige Wochen später nach Montoire führten.
Dort haben wir – und das ist einmalig in der Geschichte – einen Sieger vorgefunden, der gewillt war, seine Macht nicht zu mißbrauchen und der Frankreich in dem neuen Europa einen Platz anwies, der seiner Geschichte würdig war.
Hier in Montoire wurde das Prinzip einer neuen Politik aufgestellt, die weder die Ehre noch die Lebensinteressen Frankreichs opferte.
Ohne Zweifel hat die Niederlage uns in der Seele getroffen. Unsere ruhmvolle Vergangenheit aber gibt uns die Möglichkeit, eine solche Politik zu verfolgen.
Wenn ich früher im Namen des siegreichen Frankreichs gesprochen habe, habe ich niemals daran gedacht, Deutschland zu demütigen. Das Schicksal war uns nicht günstig gesinnt, und ich bin es meinen deutschen Verhandlungspartnern schuldig, zu betonen, daß auch sie in keiner Weise daran gedacht haben, Frankreich zu demütigen; sie sollen auch wissen, daß ich niemals gezwungen wurde, die Sprache des Besiegten zu sprechen.
Seit Montoire, seit dem Oktober 1940 also, hat sich der Krieg auf alle Kontinente ausgedehnt und hat damit eine neue Bedeutung gewonnen.
Zu den Gründen, die uns veranlaßt haben, nach einer Politik des gegenseitigen Verstehens und der Versöhnung mit Deutschland zu streben, treten heute noch andere und wichtigere hinzu.
Der gewaltige Kampf, den Deutschland gegen den Bolschewismus führt, hat nicht nur den Kriegsschauplatz erweitert, sondern er hat den Sinn dieses Krieges offenbar gemacht.

Glauben Sie, daß die Sowjets im Falle ihres Sieges an unsern Grenzen halt machen würden? Würden Sie es zulassen, daß sie uns, mit dem Einverständnis der Engländer, ein Regime aufoktroyieren, das der Mechanisierung des Arbeiters und der Vernichtung der Eliten den Weg öffnen würde?
Wir stehen daher vor folgender Alternative:
Entweder müssen wir uns – unter Respektierung unserer Ehre und unserer Lebensinteressen – einem neuen befriedeten Europa anschließen, das morgen aus den großen Heldentaten hervorgehen wird, die sich vor unsern Augen abspielen, oder aber wir müssen uns damit abfinden, unsere Zivilisation verschwinden zu sehen.
Das Drama, an dem wir beteiligt sind, ist ein gewaltiges; man kann es nicht ungeschehen machen, indem man die Augen schließt.
Frankreich war stets das Land der Intelligenz, zu seinem Vergnügen und zu seinem Ruhm; das muß es auch heute bleiben, um seines Heiles willen.
Die Politik der Verständigung und der Versöhnung mit Deutschland muß loyal durchgeführt werden. Sie setzt, um wirksam zu sein, gegenseitiges Vertrauen voraus. Sie muß über jede Zweideutigkeit erhaben sein. Nur Aufrichtigkeit in Rede und Tat vermag dauerndes Verständnis und dauernde Versöhnung herbeizuführen.
Ich habe in der Vergangenheit nie auch nur den geringsten fremden Einfluß auf mich wirken lassen. Das ist der Grund, warum ich so oft die leidenschaftliche Erregung der andern entfesselt habe, besonders der Engländer, als ich mich bemühte, die Grundlagen für eine Mittelmeerpolitik mit Italien zu schaffen.
Nichts wird mich heute daran hindern können, meinen Weg der Verständigung und Versöhnung mit Deutschland fortzusetzen, denn was mich einzig und allein diese Politik befolgen läßt, ist die Sorge um Frankreich, dessen höchstes Interesse stets meine einzige Richtschnur war, heute noch ist und immer sein wird. In einem ergreifenden Gespräch mit Marschall Pétain teilte ich ihm vor einigen Tagen meine schweren Sorgen in bezug auf die außenpolitische Lage unseres Landes mit. Heute, da ich vor Ihnen als Chef der Regierung stehe, muß ich es aussprechen, daß diese Lage ernst ist.
Glauben Sie, daß eine andere Außenpolitik möglich wäre?
Sehen Sie eine andere Möglichkeit, das Wohl unserer Gefangenen zu gewährleisten, unsere Lasten zu erleichtern, unsere Fesseln zu zersprengen?
Ich sehe keinen Weg, der die Zukunft unserer Kinder besser sichern, die Größe Frankreichs und das Schicksal unseres ganzen Reiches in stärkerem Maße gewährleisten könnte.
Franzosen, ihr alle hört mich heute, in Afrika, in Asien, auf den Inseln im Pazifik, in Amerika, wo sich zuerst die kolonisatorische Kraft unserer Rasse offenbart hat. Franzosen, die ihr französischen Blutes seid, Franzosen, die ihr die französische Staatsangehörigkeit erworben habt, und ihr, die ihr euch in eurem Herzen als Franzosen fühlt, ich weiß, daß auch ihr die Sorge um das Schicksal unseres Reiches empfindet und mit uns teilt. Immer wieder, solange sich das Schauspiel an eurem Mutterlande vollzog, habt ihr Frankreich rührende Beweise eurer Zuneigung gegeben.
Französische Emigranten, die ihr Vaterland verleugnet und sich dem Ausland verschrieben haben, haben sich eiligst in der einen oder anderen französischen Kolonie häuslich eingerichtet. Wer aber in französischen Besitzungen lebt und Frankreich verbunden bleibt, dem sage ich: Wir werden euch nicht im Stich lassen, ihr werdet Franzosen bleiben.
Dabei denke ich vor allem an die, die den Angriffen eines ehemaligen Verbündeten ausgesetzt waren, der um so leidenschaftlicher gegen unser Land vorging, als er selbst nicht in der Lage war, seine eigenen Besitzungen zu verteidigen. Nachdem er uns in den Krieg gestürzt hatte, nachdem er uns in unsern Kämpfen im Stich gelassen hatte, hat er versucht, unsere Flotte zu vernichten, er hat unsere Matrosen gemeuchelt und unsere Bevölkerung ausgehungert. Heute erscheinen seine Flugzeuge wieder am Himmel Frankreichs, den sie im Augenblick der Gefahr verlassen hatten, als wollten sie die Vernichtung unserer Heime vollenden, soweit sie in der Schlacht noch unversehrt geblieben waren.
Haben Sie Verständnis für die Anstrengung, die ich mache...

[141] *Aus dem Generalplan Ost – Juni 1942*

[...]

Teil C

Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten Ostgebieten und Grundzüge des Aufbaues
Die Durchdringung der großen Räume des Ostens mit deutschem Leben stellt das Reich vor die zwingende Notwendigkeit, neue Besiedlungsformen zu finden, die die Raumgröße und die jeweilig verfügbaren deutschen Menschen miteinander in Einklang bringen.

Im Generalplan Ost vom 15. Juli 1941 war die Abgrenzung neuer Siedlungsgebiete unter Zugrundelegung einer Entwicklung von 30 Jahren vorgesehen worden. Auf Grund von Weisungen des Reichsführers–SS ist zunächst von einer Besiedlung folgender Gebiete auszugehen:
1. Ingermanland (Petersburger Gebiet),
2. Gotengau (Krim und Chersongebiet, früher Taurien);
es wird ferner vorgeschlagen:
3. Memel-Narewgebiet (Bezirk Bialystok und Westlitauen).
Dieses Gebiet gehört mit den eingegliederten Ostgebieten zum Vorfeld und ist ein geopolitischer Schnittpunkt der beiden großen Siedlungseinrichtungen. Die Eindeutschung Westlitauens ist durch die Rückführung der Volksdeutschen bereits im Gange. Es erscheint notwendig, diese drei Gebiete als Siedlungsmarken unter besonderes Recht zu stellen (A III), da sie an der vordersten Front des deutschen Volkstums eine besondere Reichsaufgabe haben.
Um diese Marken mit dem Reich in enger Verbindung zu halten und die Verkehrsverbindung zu sichern, werden längs der Haupteisenbahn- und Autobahnlinien 36 Siedlungsstützpunkte (davon 14 im Generalgouvernement) in Vorschlag gebracht. Diese Siedlungsstützpunkte knüpfen an heute vorhandene günstige Zentralpunkte an und decken sich mit SS- und Polizeistützpunkten höherer Ordnung. Der Abstand der Stützpunkte voneinander beträgt rund 100 km. Die Gesamtfläche jedes Stützpunktes ist mit rund 2000 qkm bemessen und entspricht also der Größe von 1 bis 2 Landkreisen des Altreichs. Die Führung der Stützpunkte nach Ingermanland ist im Hinblick auf die besondere Bedeutung des baltischen Raumes für die germanischen Menschen in zwei Linien vorgesehen.

1. Die Eindeutschung
Die Marken und Stützpunkte sollen in einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren eingedeutscht werden. Im einzelnen sind dabei folgende Sätze zugrunde gelegt, die in den ersten großen Siedlungsabschnitten für die Eindeutschung als erforderlich gehalten werden:
Hundertsätze der Eindeutschung in den:

Tab. I

Marken	Jahrfünft:	1.	2.	3.	4.	5.
Land		50	–	–	–	–
Kleinstädte		20	20	10	–	–
Groß- und Mittelstädte		20	20	10	–	–

Tab. II

Stützpunkte	Jahrfünft:	1.	2.	3.	4.	5.
Land		–	10	5	5	5
Kleinstädte		–	10	10	10	–
Groß- und Mittelstädte		10	5	5	5	–

Im Ingermanland wurde die künftige Stadtbevölkerung mit 200 000 (1939: 3 200 000) angenommen, im Gotengau die Stadtbevölkerung auf 650 000 verringert (1939: 790 000).

a) auf dem Lande:
Als Berechnungsgrundlage wurden für den Gotengau (Krim und Chersongebiet) und für die 8 Ukrainestützpunkte gute Böden angenommen. Dagegen ist bei den 14 Ostlandstützpunkten, dem Ingermanland, dem Memel-Narew-Gebiet (Westlitauen und Bialystok) und dem Generalgouvernement von mittleren Böden ausgegangen: Der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche ist in den 8 Ukrainestützpunkten und im Gotengau mit 75 % anzusetzen, mit 60 % in den 14 Stützpunkten des Generalgouvernements und im Memel-Narew-Gebiet, mit 50 % in den 14 Ostlandstützpunkten und mit 30 % im Ingermanland.
Der Waldanteil an der Gesamtfläche beträgt rund 50 % im Ingermanland, 30 % in den Stützpunkten des Ostlandes, des Generalgouvernements und im Bialystoker Gebiet, rund 20 % in Westlitauen, 15 % in den Ukrainestützpunkten und rund 10 % im Gotengau.
Zur Errechnung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde die Nutzfläche in bäuerliche und in Großbetriebsfläche aufgestellt. Um eine gesunde bäuerliche Lebenshaltung zu gewährleisten, sind je nach der Bodengüte und Wirtschaftslage die Höfe mit 40 bis 100 ha, der Großbetrieb mit 250 ha und mehr zu Grunde gelegt. Für die Großbetriebe wurden auf gutem Boden 15 bis 20 %, auf mittlerem Boden 20 bis 25 % der Nutzfläche ausgewiesen.

Die forstwirtschaftliche Bevölkerung wurde mit 6 Menschen je 100 ha Wald errechnet, die nicht land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung im Dorf mit drei je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und im Hauptdorf mit 10 % der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung angenommen. Die Berufslosen sind mit 8 bis 10 % der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung angesetzt.

b) in den Städten:
Die Prozentsätze der Eindeutschung in den Städten beziehen sich auf die führende Schicht im städtischen Leben, die Verwaltung und die wichtigen Stellen der Wirtschaft werden von deutschen Menschen besetzt. Die verbleibende fremdvölkische Bevölkerung verteilt sich auf die tieferen sozialen Schichten.

2. Siedlerbilanz
a) Siedlerbedarf
Bei der Annahme eines Siedlungszeitraumes von 25 bis 30 Jahren werden in den Marken und Stützpunkten an deutschen Menschen benötigt:

Tab. III

Stadt	Land	zusammen
1 666 226	1 679 578	3 345 805

Siehe anliegende Karte C I und Tabelle C II.

b) Bedarfsdeckung
Die Deckung des Bedarfs an deutschen Menschen für die Siedlung in den Marken und Stützpunkten ist sichergestellt, wie sich unter Zugrundelegung der aus dem Generalplan Ost entnommenen Angaben ergibt. Es stehen an deutschen bzw. germanischen Menschen im Zeitraum von 25 Jahren für die Ostsiedlung zur Verfügung:

Tab. IV

1. Siedler aus dem Altreich*	3 990 000
2. Lagerumsiedler: 20 000 x 5 Köpfe	100 000
3. Streudeutschtum aus Transnistrien und Südosten sowie Bevölkerungsüberschuß aus Banat, Batschka und Siebenbürgen	500 000
4. Volksdeutschtum aus Übersee	160 000
5. Germanische Siedler aus Nord- und Westeuropa	150 000
	4 900 000

Hierzu käme noch eine derzeit nicht zu überblickende Anzahl von Rußlanddeutschen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß von dem nichtgermanischen Volkstum systematische Auslese und Leistungszucht gewonnen werden können von den:

Tab. V

Baltenvölkern	
(Esten: über 50 %	
Letten: bis zu 50 %	
Litauer: bis zu 15 %)	650–750 000
Goralen	80 000
zusammen etwa	750 000

Die Gesamtzahl der verfügbaren Siedler beträgt damit 5,65 Millionen.
In der vorstehenden Siedlerbilanz sind folgende Reserven nicht enthalten:
1. Menschenverschiebungen von Stadt zu Stadt im Zuge von industriellen und und verwaltungsmäßigen Standortverlegungen,
2. Freimachung von Kräften im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich durch Vereinfachung der Verwaltung und Rationalisierung des Apparates,
3. Verstärkung des ländlichen Siedlernachwuchses in Auswirkung des Landdienstes.
Die oben stehende Gesamtzahl der verfügbaren Siedlerkräfte deckt den Bedarf der Marken und Stützpunkte sowie auch der eingegliederten Ostgebiete.

Tab. VI

Bedarf der Marken und Stützpunkte	3,345 Mill.
Bedarf der eingegliederten Ostgebiete	1,5 Mill.
	4,845 Mill.

---

* Die Zahl der Altreichsiedler setzt sich zusammen aus:

Landbevölkerung:	
a) 110 000 heiratsfähige und siedlungswillige Paare nach Kriegsende	220 000
b) 220 000 bäuerliche Familien, die bei Bereinigung der übervölkerten Agrargebiete im Altreich in Frage kommen: 220 000 x 3,5 Köpfe	770 000
c) 20 000 alljährl. Siedlernachwuchs: 20 000 x 2 Köpfe x 25 Jahre	1 000 000
Stadtbevölkerung: vorläufig mit 2 % jährl. Abgabe geschätzt	2 000 000
	3 990 000

3. Verhältnis zu den Umvölkern
Da auf die Mitarbeit der in den Gebieten jetzt bodenständigen Bevölkerung nicht verzichtet werden kann, muß die zu schaffende Völkerordnung im Ostraum auf eine Befriedung der dortigen Einwohner abzielen. Diese Befriedung wird dadurch erreicht, daß die nötige Bereitstellung von Siedlungsland für die Ansetzung deutscher Menschen nicht wie bisher durch Evakuierungen, sondern durch Umsetzung der bisherigen Bewohner auf anderem Kolchose- und Sowchoseland mit gleichzeitiger Verleihung von Bodenbesitzrecht erfolgt. Diese Umsetzung muß gebunden sein an eine sinnvolle Auslese nach dem Leistungsprinzip und mit einem sozialen Aufstieg der positiven Kräfte des fremden Volkstums Hand in Hand gehen.

4. Aufbaukosten
Die Aufbaukosten in den eingegliederten Ostgebieten sind auf 500 000 RM je qkm bei einer Bevölkerungsdichte von 80 Menschen errechnet worden (vgl. Teil B I 1). Das bedeutet einen Gesamtaufbauaufwand von 6 256 RM je angesetzten deutschen Siedler. Darum ergibt sich für die Marken und Stützpunkte ein Gesamtkostenbetrag bis zur Erreichung des beabsichtigten Eindeutschungsgrades in einer Zeitspanne von 25 Jahren von 20 909,6 Mill. RM. (Die zeitliche Kostengliederung und die Aufgliederung nach Marken und Stützpunkten sind aus der Tabelle C 2 ersichtlich).

Ausblick
Das vorgelegte Siedlungsprogramm, das die Eindeutschung und den Siedlungsaufbau der eingegliederten Ostgebiete, der Marken und Stützpunkte vorsieht, ist die Aufgabe der Nachkriegsgeneration. Von der Beständigkeit des Siedlungswillens und der Nachhaltigkeit der Siedlungskraft des Germanentums hängt die endgültige Ausfüllung der hier vorläufig begrenzten Siedlungsräume ab. Vor allem wird die Dauer unserer kolonisatorischen Kraft darüber entscheiden, ob es der nächsten Generation gelingt, erstmalig die nördliche und südliche Richtung der historischen Germanenzüge zu einem in der Mitte geschlossenen Raum zu verbinden und damit endgültig der europäischen Kultur zu sichern.

Zusammenfassung der Ergebnisse
A) Die Forderungen an eine künftige Siedlungsordnung erstrecken sich auf die Klarstellung der Verantwortungsbefugnis, des wahrzunehmenden Bodenrechts und der Aufbaugrundsätze in den eingegliederten und noch einzugliedernden Ostgebieten. Die verantwortliche Befehlsgewalt soll in Händen des Reichsführers-SS als dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums liegen; dementsprechend auch die Verfügungsgewalt über den Grund und Boden und die Lenkung und politische Betreuung des Siedlungsaufbaues. Unter seiner Leitung werden Lehensgehöfte und -stellen mit Unterstützung des Reiches in Gestalt von Zeitlehen errichtet, die in unkündbare Erblehen und später in Lehenseigentum besonderen Rechts überzuführen sind.
Innerhalb des städtischen Aufbaues wird die Verknüpfung von städtischer Bewegungsfreiheit und anzustrebender Seßhaftigkeit in den neuen Heimatgebieten durch Schaffung von Eigenheimen, Durchführung eines sozialen Wohnungsbaues und nach der Dauer der Ansässigkeit gestaffelte finanzielle Vergünstigungen angestrebt.
Die straff gegliederte Verwaltungsorganisation in den während der Zeit des Aufbaues verselbständigten Marken ist auf die Bedürfnisse der Siedlung abgestellt.

B) Die Kosten des Aufbaues in den eingegliederten Ostgebieten sind schätzungsweise mit 45,7 Mrd. RM veranschlagt. Ihre Finanzierung ist auf möglichst viele Aufbauträger verteilt (Reichshaushalt, Reichsbahnvermögen, Gemeindevermögen, Vermögen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, privater Kapitalmarkt, neuzubildende Sondervermögen des RKF).

Es wurde ein Aufbauprogramm in 5 Fünfjahresplänen entworfen. Darin umfaßt das erste Jahrfünft vorwiegend den ländlichen, das zweite vorwiegend den städtischen Aufbau. Innerhalb der beiden Jahrfünfte werden an den Baustellen etwa 300 000, insgesamt rund 450 000 Arbeitskräfte erforderlich sein.
Für die zeitliche Aufbringung der Geldmittel wird neben dem privaten Kapitalmarkt der Reichshaushalt während des Hauptaufbauzeitraums mit jährlich 1,16 Mrd. und das Sondervermögen des RKF mit einer jährlichen Höchstbeanspruchung von 0,392 Mrd. herangezogen.
C) Bei der Abgrenzung der Siedlungsräume in den besetzten Ostgebieten wird auf
1. das Ingermanland
2. den Gotengau
3. das Memel-Narew-Gebiet und
4. 36 Siedlungsstützpunkte
hingewiesen, für deren Eindeutschung auf dem Lande und in den Städten ein Zeitplan die Fristen absteckt. Dabei ergibt sich ein Siedlerbesatz von knapp 3,5 Mill. deutscher Menschen, dem eine Gesamtziffer von rund 5,5 Mill. Siedlern gegenübergestellt werden kann, mit welcher auch die Ansiedlung in den eingegliederten Ostgebieten (Bedarf rund 1,5 Mill. Menschen) sicherzustellen ist.

[142] *Auf dem Weg zum „Großgermanischem Reich"*

Aus dem Vortrag des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank am 21. Juli 1942 in der Aula der Universität Heidelberg über den Reichsgedanken und die europäische Neuordnung.
"...Wir können sagen, daß die Tausende und Abertausende deutscher Männer, die über Millionen fremder Völker heute regieren, aus den besten Traditionen der deutschen Verwaltungskunst kommen, und daß sie das Unmögliche möglich gemacht haben...
Europa steht vor der Neuordnung, vor einer endgültigen Formung der Beziehungen der Völker Europas. Ganz selbstverständlich ist die Grundlage dafür jenes monumentale Programm, das der Führer des Großdeutschen Reiches, Adolf Hitler, und der Duce Italiens, Benito Mussolini, im September vorigen Jahres verkündet haben, – jenes Programm, welches vorsieht, daß sich in gegenseitiger aufgeschlossener Kameradschaft die Völker Europas zu einer Art Gemeinschaftsvertretung ihrer Interessen zusammenfinden, daß eine Art nützlichen Interessenausgleichs zwischen den Belangen, den Kräften und den Bedürfnissen der einzelnen Völker Europas stattfindet, daß damit dann aber auch dieser europäische Kontinent für alle Zukunft aufgehört haben wird, seinen Völkern das schwere Los aufzuerlegen, stets abhängig zu sein von der Willkürherrschaft der angelsächsischen Weltmächte, die Ozeane nach Belieben sperren können, – daß an die Stelle dieser Abhängigkeit endlich wieder die freie und autarke Entwicklung Europas treten wird.
Nicht um zu entnationalisieren, nicht um zu terrorisieren, nicht um mit Gewalt irgendein Regime, das wir allen andern vorziehen, anderen Völkern aufzuoktroyieren, wird diese europäische Neuordnung aufgebaut, sondern nur zu dem Zweck, die brennendste Lebensnot von den europäischen Völkern durch gemeinschaftlich geplante Arbeitsteilung zu nehmen. Bis dahin aber wird der Krieg seine harte, eherne Sprache sprechen, er wird von allen Völkern, die an ihm teilnehmen, noch große Opfer verlangen. Wenn aber je ein Krieg notwendig war, dann war es dieser, den der Führer zur Abwehr der bolschewistischen Vernichtung Europas begonnen hat, nachdem der Angriff der Sowjetunion unmittelbar bevorstand.
...Das deutsche Volk steht vor der Erringung des größten territorialen, staatlichen und völkischen Raumes, den es je in seiner Geschichte besaß.
...Der Begriff des Völkerrechts mangelte immer seiner letzten konstruktiven Vollendung, fehlte es doch stets an jenem Organ, das imstande gewesen wäre, mit der Autorität einer echten Exekutive Rechtssprüche mit Urteilskraft Staaten gegenüber zu vollstrecken. Wenn nun aber zwei Mächte, von denen die eine, Großdeutschland, von dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers, die andere, das Italien Benito Mussolinis, vom Faschismus geschaffen worden sind, entschlossen sind, die Führung über den gerechten friedlichen Ausgleich Europas zu gewährleisten, dann wird es sicherlich möglich sein, daß alle fried- und rechtliebenden Völker Europas den Schutz dieser beiden Mächte finden. Damit ist zum ersten Male in der geschichtlichen Entwicklung Europas eine zentrale Potenz entstanden, die den bisherigen Mangel völkerrechtlicher Konstruktion

beseitigt. Die Autorität unseres Reiches wird es in Zukunft nicht gestatten, daß auf diesem Kontinent Kriege ausbrechen, die dem Kontinent schaden könnten...
Es ist selbstverständlich, daß wir mit dem Siege diese Verpflichtung zur europäischen Neuordnung übernehmen. Der Führer hat das wiederholt zum Ausdruck gebracht. Niemand in der Welt wird später einmal Europa ungestraft angreifen. Dieser europäische Kontinent, seit Jahrhunderten aufgewühlt und zum Blutrausch entfacht durch sinnloses Raufen, um sinnlose Grenzen, wird endlich zur Ruhe kommen. Welch' ein Segen daraus für die Völker Europas ersteht, ist zunächst gar nicht abzusehen, ganz abgesehen davon, daß alle Völker Europas eingeladen sind, an diesem großen Betreuungswerk der im Osten erstehenden neuen Ländergebilde wirtschaftspolitisch, siedlungsmäßig und national mitzuarbeiten, – eine Aufgabe von einer Größe wie sie Europa noch nie gestellt war, mit der verglichen etwa die Betreuung der hinterindischen Inseln durch Holland ein Kinderspiel war. Es handelt sich hier um Ländereien von einer gewaltigen Fruchtbarkeit, von einer gigantischen Möglichkeit der Fruchtbringung für ganz Europa. Hier liegt die Aufgabe der europäischen Neuordnung.
...Freiwillig sollen alle dazu aufgerufen sein, keinerlei Zwang soll Europa mehr bedrücken. Man soll vor dem Großdeutschland Adolf Hitlers keine Sorge haben, man braucht uns nicht zu fürchten, als hätten wir etwa tyrannische Gelüste, nein: das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers will Europas Kultur in jeder Weise fördern und die europäischen Völker kameradschaftlich betreuen.
Von diesem Recht der Völker komme ich zum Recht des Volkes. Die große Aufgabe dieser Zeit ist es, sich darüber klar zu werden, daß jener Irrtum nicht bestehen darf, der einer Fehldeutung des Begriffs der Autorität des Staates entspringt, nämlich dem, daß die Rechtsordnung mit autoritärer Staatsführung nicht vereinbar wäre... Unsere Bewegung hat in Punkt 19 des Parteiprogramms dem deutschen Volke das deutsche Gemeinrecht als Programmpunkt sichergestellt. Dieses deutsche Gemeinrecht soll und wird frt Ausdruck eines unseren eigenen rassemäßig bedingten, lebensgesetzlichen Bedürfnissen entspringenden Rechtes sein. Die Entstehung dieses Rechtes wird geraume Zeit beanspruchen; aber in wesentlichen Bereichen ist bereits eine fundamental revolutionäre Neugestaltung der Rechtsordnung im Reich gesetzgeberisch erfolgt. Die große Substanzgesetzgebung des Reiches war es, die Adolf Hitler zum größten Gesetzgeber der deutschen Geschichte gemacht hat. Zum ersten Mal wurde der Begriff der Rasse in die Gesetzgebung eingeführt. Dieser Rassebegriff bedeutet einen der – man möchte fast sagen – heiligen Bekenntnispunkte unserer Bewegung. Das Bekenntnis zu diesem würdig-wertvollen Rassekern unseres deutschen Volkes hat auch in der Gesetzgebung seinen bedeutsamen Niederschlag gefunden.
Der zweite große Substanzwert, der Boden unseres Volkes, hat seinen gewaltigen Schutz gefunden in Gestalt der Schaffung der Erbhöfe, der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und des Bauernstandes.
Der dritte Substanzwert, die Arbeitskraft unseres Volkes, hat seinen herrlichen Ausdruck in der Neugestaltung des Begriffs des Arbeiters schlechthin gefunden, der nunmehr nicht etwa als Prolet verurteilt ist, seine dunklen Wege zu gehen, der sich nicht mehr in klassenkämpferischem Irrwahn zu bewegen suchen muß, sondern der als Arbeiter der Stirn und Faust ein vollwertiges, gleichgeachtetes Glied der völkischen Gemeinschaft wurde.
Der Staat selbst, das Reich als Geschichtsfigur unseres Volkes, hat als großartigen Ausdruck die fundamentale Gestaltung Großdeutschlands durch Adolf Hitler erhalten. Dazu tritt die nationale Ehre mit allen, was damit zusammenhängt, mit der Wehrkraft, dem selbstbewußten, zielklaren und flammenden Bekenntnis zur Nation. In wie vielfältiger Beziehung liegt nicht dieser Substanzwert unserer Gesetzgebung zu Grunde! Ich möchte diese fünf großen Substanzwerte Rasse, Boden, Arbeit, Staat und Ehre daher als das große Programm der Gestaltung des deutschen Gemeinrechts ansehen".

|143| *Ergebnis der Sitzung Görings mit den Leitern der deutschen Dienststellen in den besetzten Ländern und Gebieten am 6. August 1942*

Der Reichsmarschall stellt als Ergebnis der am Vortage durchgeführten Gauleiterbesprechung die unbedingte Notwendigkeit der Besserstellung des deutschen Volkes auf dem Ernährungsgebiet fest. Hierzu müßten die besetzten Länder und Gebiete in sehr viel stärkerer Weise als bisher beitragen, zumal sich dort auf manchen Gebieten Unzuträglichkeiten herausgestellt haben.
A. Auf dem Ernährungsgebiet verlangt der Reichsmarschall im einzelnen folgende Lieferungen im kommenden Wirtschaftsjahr:
I. Lieferungen für das Reich (einschl. Wehrmacht).

Tab. VII

1. Frankreich

	Ist 41/42	Soll 42/43
1 200 000 t Brotgetreide	550	800
1 000 000 t Futtergetreide	550	800
350 000 t Fleisch	135	200
60 000 t Fett	23	25
300 000 t Kartoffeln	–	–
25 000 t Käse	–	–
150 000 t Gemüse	–	–
300 000 t Obst	?	?
6 000 000 hl Wein	1,5	2,5

2. Belgien

	Ist 41/42	Soll 42/43
50 000 t Futtergetreide	–	40
20 000 t Zucker	15	?
50 000 t Kartoffeln	–	–
15 000 t Obst	–	–

Die irgendmöglichen Lieferungen an Gemüsesamen.
In Brotgetreide, Fleisch und Fett hat Belgien mit seiner eigenen Erzeugung auszukommen.

3. Niederlande

	Ist 41/42	Soll 42/43
40 000 t Brotgetreide	–	40
45 000 t Futtergetreide	40	40
35 000 t Fleisch	24	20
20 000 t Fett	9	–
85 000 t Kartoffeln	?	?
45 000 t Hülsenfrüchte	–	35
30 000 t Zucker	10	?
16 000 t Käse	–	5
10 000 t Gemüsesamen	?	?
möglichst 1 000 000 t Gemüse	400	600

II. Lieferungen an das Reich (neben der Versorgung der dort stehenden Wehrmacht).

1. Norwegen

	Ist 41/42	Soll 41/42
500 000 t Fische		
außer den vereinbarten Fischmehllieferungen		

2. Protektorat

250 000 t Brotgetreide	181	–
30 000 t Futtergetreide	–	50
155 000 t Zucker	110	130

Der stellvertretende Reichsprotektor sagt die Lieferung dieser Mengen zu. Die bisherige Einfuhr an Vieh und Fleisch wird in Zukunft fortfallen.

3. Generalgouvernement

500 000 t Brotgetreide	42	100
100 000 t Futtergetreide	45	55
30 000 t Fleisch	20	25
280 000 t Kartoffeln	–	–
5 000 t Zucker	2	–

4. B a n a t u n d A l t - S e r b i e n
(zur Lieferung an die Achsenmächte)

300 000 t Getreide		240	100
15 000 t Fette	25	5	10
40 000 t Ölfrüchte			

Generalkonsul Neuhausen bestätigt die Liefermöglichkeit.

5. R u ß l a n d

3 000 000 t Getreide		550	?
120 000 t Öl in Form von Ölsaaten		30	75

Fleisch, Fette, Kartoffeln, Zucker, Spiritus u. a. Erzeugnisse, soweit eine Abgabe irgendwie vertretbar.

Kriegsverwaltungschef Riecke rechnet damit, die genannten Mengen liefern zu können.

B. Zu Einzelfragen nimmt der Reichsmarschall folgende Stellung:
1. Wehrmachtsversorgung.
Die Wehrmacht hat auf Heu- und Strohlieferungen aus dem Reich zu verzichten; hierzu ist das Aufkommen der besetzten Räume heranzuziehen. Ebenso sind Haferforderungen auf das geringste Maß zu beschränken. Auch in Brotgetreide, Fleisch und Fett soll sich die Wehrmacht aus den besetzten Räumen versorgen. Aus dem Reich sind grundsätzlich nur Sonderzuteilungen (Kaffee, Schokolade usw.) und höchstens geringe Zusatzmengen aus der innerdeutschen Produktion zur Verfügung zu stellen.
2. Metallsammlung.
Die Ergebnisse der Metallsammlung in Frankreich, Belgien und Holland sind, gemessen an den Ergebnissen der deutschen Metallsammlung, unbefriedigend. Es muß nunmehr mit allen Mitteln eine Verbesserung der bisherigen Ergebnisse erreicht werden. Reichskommissar Seyß-Inquart erklärt, daß in Holland z. Zt. eine neue Aktion anlaufe.
3. Aufkauf von Gebrauchsgegenständen in den besetzten Westgebieten.
Um für die deutsche Bevölkerung insbesondere für die Weihnachtszeit Gebrauchsgegenstände aller Art in größerem Umfang zur Verfügung zu haben, ist die bereits eingeleitete Großaktion zum Aufkauf von Gebrauchsgegenständen in den besetzten Westgebieten mit allem Nachdruck durchzuführen. Daneben muß es den einzelnen Wehrmachtsangehörigen in den besetzten Gebieten nach wie vor ermöglicht werden, aus den besetzten Gebieten soviel Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in die Heimat mitzunehmen, wie der einzelne bezahlen und tragen kann. Auf etwaige inflationistische Folgeerscheinungen dieses Verfahrens in den besetzten Gebieten braucht dabei keine Rücksicht genommen zu werden.
4. Die immer noch bestehenden und den Verkehr behindernden Zollbeschränkungen an den Grenzübergängen zwischen den besetzten Gebieten und dem Reich sind aufzuheben. Der Reichsminister hat hierzu umgehend Vorschläge zu unterbreiten.
5. Unterstützung der Landwirtschaft in den besetzten Ostgebieten.
Die entscheidende Entlastung der europäischen Ernährungswirtschaft kann nur aus den besetzten Ostgebieten kommen. Die bisher auf dem Gebiete der Erfassung und Gestellung dort geleistete Arbeit verdient Anerkennung. Nunmehr ist es aber erforderlich, die verhältnismäßig guten Ergebnisse der Bestellung durch alle denkbare Hilfe bei der Ernte auszunutzen und für umfassende Herbstbestellung zu sorgen. Dazu müssen alle beteiligten Dienststellen im Reich und in den besetzten Gebieten die Arbeit der Landwirtschaft in noch stärkerem Maße als bisher unterstützen. Dazu gehört auch die Beschaffung von primitiver Tauschware aus dritten Ländern (Italien).
6. Partisanenbekämpfung.
Oberstgruppenführer Daluege stellt fest, daß für Weißruthenien 6 Polizeibataillone und 12 Schutzmannschaftsbataillone im Anrollen sind. Die an der Front eingesetzten Polizeiverbände können z. Z. zur Partisanenbekämpfung nicht freigestellt werden. Darum ist zu versuchen, sowohl die einheimische Bevölkerung, insbesondere die Bürgermeister, stärker gegen die Partisanen zu mobilisieren und aus anderen besetzten Gebieten (Holland usw.) Polizeiformationen zum Kampf gegen die Partisanen aufzustellen und einzusetzen. Die dazu notwendigen Führer und Unterführer stehen zur Verfügung.
7. Arbeitseinsatz.
Die durch die Kriegsentwicklung bedingte Arbeitseinsatzlage im Reich hat es erforderlich gemacht, in stärkstem Maße auf die Menschenreserven der besetzten Gebiete, insbesondere im Osten, zurückzugreifen. Die vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz mit Hilfe der örtlichen Dienststellen durchgeführte Aktion hat vor allem im Osten zu sehr beachtlichen Erfolgen geführt. Gleichwohl zwingt der Arbeiterbedarf im Reich zur Fortsetzung der Aktion.

Das darf aber nicht dazu führen, daß kriegsentscheidende Arbeiten in den besetzten Gebieten zum Erliegen kommen oder daß Fertigungen für den Sofortbedarf der Truppe unter zusätzlicher Belastung der Verkehrsmittel in das Reich verlegt werden müssen.
Abschließend stellt der Reichsmarschall fest, daß er nunmehr keinerlei Denkschriften u. dergl. erwarte, sondern über die Durchführung der heute veranlaßten Maßnahmen baldmöglichst Vorlage wünscht, soweit Verwaltungsmaßnahmen notwendig sind. Staatssekretär Backe soll in kürzeren Abständen über die Erfüllung der ernährungswirtschaftlichen Lieferungen berichten. Nach drei Monaten wird der Reichsmarschall das Ergebnis der Maßnahmen dem Führer vortragen.

[144] *Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage – Gerüchte über die Lage der Juden im Osten*

Partei-Kanzlei
II B 4
Beitrag: 881
Nur frei f. G(auleiter)u.
K(reisleiter)
Vertrauliche Information 9. Oktober 1942

Im Zuge der Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebietes Erörterungen über "sehr scharfe Maßnahmen" gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, daß solche Ausführungen – meist in entstellter und übertriebener Form – von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbände weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Maßnahmen zu beobachten.
Es ist denkbar, daß nicht alle Volksgenossen für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen das genügende Verständnis aufzubringen vermögen, besonders nicht die Teile der Bevölkerung, die keine Gelegenheit haben, sich aus eigener Anschauung ein Bild von dem bolschewistischen Greuel zu machen.
Um jeder Gerüchtebildung in diesem Zusammenhang, die oftmals bewußt tendenziösen Charakter trägt, entgegentreten zu können, werden die nachstehenden Ausführungen zur Unterrichtung über den derzeitigen Sachstand wiedergegeben.:
Seit 2000 Jahren wurde ein bisher vergeblicher Kampf gegen das Judentum geführt. Erst seit 1933 sind wir daran gegangen, nunmehr Mittel und Wege zu suchen, die eine völlige Trennung des Judentums vom deutschen Volkskörper ermöglichen. Die bisher durchgeführten Lösungsarbeiten lassen sich im wesentlichen wie folgt unterteilen:
1. Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes.
Hier sollen die durch den Gesetzgeber erlassenen Gesetze das Fundament bilden, das die Gewähr dafür bietet, auch die künftigen Generationen vor einem etwaigen neuerlichen Überfluten durch den Gegner zu schützen.
2. Das Bestreben, den Gegner aus dem Reichsgebiet völlig hinauszudrängen.
In Anbetracht des dem deutschen Volk zur Verfügung stehenden, nur eng begrenzten Lebensraumes hoffte man, dieses Problem im wesentlichen durch die Beschleunigung der Auswanderung der Juden zu lösen.
Seit Beginn des Krieges 1939 wurden diese Auwanderungsmöglichkeiten in zunehmendem Maße geringer, zum anderen wuchs neben dem Lebensraum des deutschen Volkes sein Wirtschaftsraum stetig an, so daß heute in Anbetracht der großen Zahl der in diesen Gebieten ansässigen Juden eine restlose Zurückdrängung durch Auswanderung nicht mehr möglich ist.
Da schon unsere nächste Generation diese Frage nicht mehr so lebensnah und auf Grund der ergangenen Erfahrungen nicht mehr klar genug sehen wird, und die nun einmal ins Rollen gekommene Angelegenheit nach Bereinigung drängt, muß das Gesamtproblem noch von der heutigen Generation gelöst werden. Es ist daher die völlige Verdrängung bzw. Ausscheidung der im europäischen Wirtschaftsraum ansässigen Millionen von Juden ein zwingendes Gebot im Kampf um die Existenzsicherung des deutschen Volkes.
Beginnend mit dem Reichsgebiet und überleitend auf die übrigen in die Endlösung einbezogenen europäischen Länder werden die Juden laufend nach dem Osten in große, zum Teil vorhandene, zum Teil noch zu errichtende Lager transportiert, von wo aus sie entweder zur Arbeit eingesetzt oder noch weiter nach Osten verbracht werden. Die alten Juden sowie Juden mit hohen Kriegs-

auszeichnungen (E. K. I, Goldene Tapferkeitsmedaille usw.) werden laufendnach der im Protektorat Böhmen und Mähren gelegenen Stadt Theresienstadt umgesiedelt.
Es liegt in der Natur der Sache, daß diese teilweise sehr schwierigen Probleme im Interesse der endgültigen Sicherung unseres Volkes nur mit rücksichtsloser Härte gelöst werden können.

[145] *Bericht des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums*
Feld-Kommandostelle, 20. Januar 1943

Der Reichsführer und
Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
Mein Führer!
In Ausführung des Führererlasses vom 7. Oktober 1939 wurden in den vergangenen drei Jahren im wesentlichen folgende Aufgaben aufgegriffen und zum Teil gelöst:
I. Zurückführung von Deutschen aus dem Ausland

Tab. VIII

1. In das Reich und seine neuen Siedlungsräume wurden insgesamt 629 000 Volksdeutsche eingewandert, und zwar	
aus den von den Bolschewisten im Jahre 1939 okkupierten Gebieten	429 000
aus den rumänischen Gebieten	77 000
aus den ehemaligen jugoslawischen Gebieten	34 000
aus Südtirol	79 000
aus sonstigen Gebieten	10 000
2. Die Umsiedlung ist vorgesehen bei weiteren rund Volksdeutschen, und zwar:	400 000
aus Südtirol (der dort noch verbliebene Teil)	143 000
aus den besetzten Ostgebieten (Ukraine, Transnistrien)	250 000
3. Danach verbleiben außerhalb des deutschen Hoheitsbereichs in Europa Volksdeutsche vor allem in Südosteuropa (Siebenbürgen, Banat) rund	2 400 000
im Fremdvolk aufgegangene Menschen deutscher Abstammung (Frankreich, Ungarn, Rumänien u. a.) rund	3 000 000

4. Im Zuge der Umsiedlungsmaßnahmen wurden
a) in den Herkunftsländern zurückgelassene Vermögenswerte der Umsiedler von etwa 4,5 Milliarden Reichsmark erfaßt und geschätzt. Transferiert wurden 221,5 Millionen Reichsmark (u. a. Italien 69,5, Rumänien 62,7, Sowjetrußland 37,5, Baltische Staaten 32,4 Millionen Reichsmark);
b) zur ersten Unterbringung der Umsiedler im Reich rund 1500 Gebäudekomplexe, darunter ca. 550 kirchliche Anstalten als Umsiedlerlager in Anspruch genommen,
c) rund 700 000 Gepäckstücke und sonstiges Umsiedlergut befördert, eingelagert und im wesentlichen den Umsiedlern wieder zugeführt. Für den Abtransport des Umsiedlergutes wurden 92 Seeschiffe, 43 Schleppkähne, 14 207 Eisenbahnwaggons, sowie Tausende von Lastkraftwagen und Fuhrwerken eingesetzt.

II. Ausschaltung des schädigenden Einflusses volksfremder Bevölkerungsteile im deutschen Siedlungsraum
1. Volkspolitische Überprüfung der Bevölkerung
In den neuen Gebieten wurde eine Überprüfung der Bevölkerung durchgeführt. Die Bevölkerung wurde – mit regionalen Abweichungen – in folgende Hauptgruppen eingeteilt:
a) anerkannt deutsche Menschen (deutsche Staatsangehörige),
b) deutsche Menschen mit Bindungen zum Fremdvolk oder Angehörige von Zwischenschichten, die völkischer Bewährung bedürfen (Staatsangehörige auf Widerruf),
c) deutschstämmige oder sonst wertvolle Menschen, die als eindeutschungsfähig anerkannt sind,
d) fremdes Volkstum (Schutzangehörige des Deutschen Reiches). Die Staatsangehörigkeit auf Widerruf wurde an etwa 3 Millionen Menschen verliehen, z. B. Danzig-Westpreußen

600 000 bis 1 300 000; Oberschlesien 1 050 000 (bei beiden Gauen ist meines Erachtens die Zahl zu hoch; sie muß, soll nicht ein Schaden für Deutschland entstehen, für die endgültige Lösung verringert werden); Lothringen 500 000; Untersteiermark 400 000; Oberkrain 100 000. Als eindeutschungsfähig wurden 25 000 Menschen anerkannt.

2. Die fremdvölkische Bevölkerung wurde Sonderbestimmungen auf nahezu allen Gebieten des Lebens unterstellt:
Kennzeichnung von Polen und Ostarbeitern im Reich, besondere Lohn- und Steuertarife,
Beschränkung von Eheschließung und Geschlechtsverkehr,
Aufenthaltsbeschränkungen,
unbeschränkte Zuteilung bewirtschafteter Verbrauchsgüter usw.
Der Grundbesitz, die Gewerbebetriebe und das sonstige wesentliche Vermögen der Polen in den eingegliederten Ostgebieten und anderer reichsfeindlicher Fremdvolkgruppen wurde für das Reich beschlagnahmt.
365 000 Polen aus den eingegliederten Ostgebieten wurden in das Generalgouvernement ausgesiedelt.
17 000 deutschfeindliche Slowenen wurden enteignet und nach Restserbien evakuiert.
37 000 slowenische und windische Grenzbewohner wurden teils als eindeutschungsfähige (11 000), teils als fremdvölkische Arbeitskräfte ins Altreich verbracht.
295 000 Elsässer, Lothringer und Luxemburger wurden nach Frankreich abgeschoben oder an der Rückkehr verhindert, andere in das Altreich oder in östliche Siedlungsgebiete umgesiedelt.

III. Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete, insbesondere durch Seßhaftmachung der Umsiedler

1. Allgemeine Maßnahmen

a) Mensceneinsatz

Von den 629 000 Umsiedlern wurden 445 000 angesiedelt. Der Rest wurde in Arbeit gebracht; soweit es sich dabei um ländliche Bevölkerung handelt, ist spätere Ansiedlung vorgesehen.
Mit der Ansiedlung von Kriegsversehrten und Überseedeutschen wurde begonnen. Für die Kriegsteilnehmer sind Betriebe sichergestellt; ihr späterer Einsatz ist vorbereitet.
Durch Einführung eines Ansiedlungsscheines – auch für die sonstigen Siedlungswilligen – ist die Gewähr gegeben, daß nur erbgesundheitlich, politische und fachlich geeignete Bewerber zum Ansatz gelangen.

b) Siedlungsplanung

Für die neuen Siedlungsgebiete sind allgemeine Richtlinien erlassen über
den ländlichen Aufbau (Betriebsgrößen, Betriebsgrößenmischung, Dorfgestaltung, Gemeinschaftsanlagen, Bereiche der Dörfer und Hauptdörfer);
die Gestaltung der Städte (Stadtplanung, Stellung der Städte im Siedlungsaufbau und ihre Gliederung);
die Gestaltung der Landschaft.
Auf Grund dieser Richtlinien sind für die eingegliederten Ostgebiete die Pläne der Volks- und Raumordnung kreisweise festgestellt worden.

c) Landbeschaffung

Das Siedlungsland wurde durch Beschlagnahme fremdvölkischen oder volksfeindlichen Grundbesitzes, durch eine volkspolitisch ausgerichtete Lenkung des Grundstücksverkehrs und durch Ankauf oder Enteignung in Sonderfällen beschafft.

d) Siedlungsfinanzierung Die Ansiedlung soll nicht vom Eigenkapital des Siedlers abhängig
Die Ansiedlung soll nicht vom Eigenkapital des Siedlers abhängig sein, andernteils darf der Siedler aber sein Besitztum nicht völlig geschenkt bekommen.
Der Siedler soll seine Gegenleistung an das Reich in längstens einer Generation (33 Jahre) tilgen.
Die Gegenleistung richtet sich nicht nach den Gestehungskosten, sondern nach dem nachhaltigen Ertrage.

2. Die einzelnen Siedlungsgebiete

a) Eingegliederte Ostgebiete

Für das Deutsche Reich zur Verfügung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums wurden an ländlichem Grundbesitz beschlagnahmt und von den alten Schulden freigestellt	6 000 000 ha.

Davon wurden für Aufforstung und andere öffentliche Zwecke ausgewiesen	1 500 000 ha.
Mit Umsiedlern und alteingesessenen Volksdeutschen wurden besetzt	950 000 ha.
Von Einrichtungen des Reichsernährungsministers werden vorläufig bewirtschaftet	3 500 000 ha.

Die zur Zeit beschlagnahmte und öffentlich bewirtschaftete Fläche vermindert sich laufend durch die fortschreitende Klärung der Volkstumsverhältnisse, insbesondere durch nachträgliche Aufnahme in die Deutsche Volksliste und durch den Landbedarf für Verkehrswege, Truppenübungsplätze und andere öffentliche Aufgaben. Als Landvorrat für weitere Siedlungsmaßnahmen dürfen also nun rund 2 000 000 ha in Betracht kommen.

Das bodenständige Deutschtum in diesen Gebieten wurde durch die Zuführung und Ansiedlung von 332 000 Umsiedlern gestärkt. Seine biologische und berufsmäßige Zusammensetzung wurde durch den günstigen Altersaufbau und den überwiegend ländlichen Charakter der Umsiedlergruppen verbessert. Es wurden unter anderem 65 000 Höfe in diesen Gebieten ausgewählt, freigemacht und mit Umsiedlern besetzt. Der Zuzug von Reichsdeutschen wurde durch steuerliche Vorteile und andere Maßnahmen gefördert.

b) In der Untersteiermark und in Oberkrain wurden rund 13 500 Volksdeutsche aus der Gottschee und Streudeutsche aus der Provinz Laibach angesiedelt, und zwar überwiegend in einem geschlossenen Siedlungsgebiet an der deutsch-italienisch-kroatischen Dreiländerecke.

c) Im Protektorat werden zur Zeit 6000 Umsiedler aus dem Südosten und 600 Luserner und Fersentaler angesiedelt. Durch diese und weitere Ansiedlungen wird eine Deutschtumsbrücke von Norden nach Süden über Prag und eine weitere von Nordosten nach Südwesten durch Mähren gelegt. Das Siedlungsland wird durch Ankauf oder durch Enteignung gegen billige Entschädigung beschafft.

d) Im Generalgouvernement werden seit einigen Monaten im Kreise Zamosch (Distrikt Lublin) Umsiedler aus verschiedenen Herkunftsländern angesiedelt; ferner Volksdeutsche und Deutschstämmige aus dem übrigen Generalgouvernement. Infolge der Wirtschafts- und Währungsverhältnisse im Generalgouvernement mußten besondere Maßnahmen getroffen werden, die die Rechtsstellung und Versorgung der deutschen Menschen sicherstellen.

e) Nach Litauen wird die Mehrzahl der einwandfreien Litauendeutschen (28 000) wieder zurückgeführt. 17 000 sind bereits geschlossen und unter verbesserten Lebensbedingungen wieder angesiedelt.

f) In den besetzten Ostgebieten werden zur Zeit rund 40 000 bis 60 000 Ostwolhyniendeutsche auf vier Stützpunkte zwischen Shitomir und Winnitza zusammengezogen und angesiedelt. Die Betreuung der 127 000 Volksdeutschen in Transnistrien wurde auf Grund einer Vereinbarung mit der rumänischen Regierung durch Dienststellen des Reichskommissars übernommen. Die Umsiedlung der Transnistriendeutschen nach der Krim und der Volksdeutschen aus den Nachbargebieten der Krim ist vorgesehen.

g) Im Elsaß und in Lothringen werden zur Zeit 5000 Buchenlanddeutsche angesetzt.

h) Im Altreich und in den Alpen- und Donaugauen wurden – außer Südtirolern – auch 70 000 Umsiedler eingesetzt, die aus volkspolitischen oder gesundheitlichen Gründen zum Ansatz im Osten nicht geeignet sind. Im Altreich wurden ferner Angehörige der Zwischenschicht aus Danzig-Westpreußen und andere Bevölkerungsgruppen aus den Grenzgebieten des Reiches eingesetzt. Sie sollen sich in den völkisch gesicherten Gebieten des Altreichs zunächst bewähren.

IV. Alle Maßnahmen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Obersten Reichsbehörden unter Einschaltung aller zur Mitarbeit geeigneten Dienststellen und Einrichtungen durchgeführt.

Für die Aufgaben des Reichskommissars wurden bisher rund 770 Millionen Reichsmark an Reichsmitteln benötigt. Weitere 225 Millionen Reichsmark wurden über die Deutsche Siedlungsbank für die Herrichtung und Ausstattung der Siedlerhöfe in den eingegliederten Ostgebieten aufgewandt. Im wesentlichen wurde die Wiederansiedlung der Umsiedler durch entschädigungslose Verwertung früher fremdvölkischen Vermögens – also ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln – finanziert.

[146] *Politik gegenüber Norwegen*
Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz in Norwegen
Oslo, den 22. Februar 1943

Auch das norwegische Volk muß geschlossen und ohne Rücksicht auf Geburt und Vermögen, Stand und Stellung alle Kräfte in den Kampf auf Leben und Tod, welchen Europa jetzt gegen den Bolschewismus führt, einsetzen.

Es ist unsere heilige Pflicht gegenüber unseren Ahnen, uns selbst und unseren Nachkommen unsere Kräfte auf das äußerste anzuspannen, um das nationale und kulturelle Leben unseres Volkes zu retten und zu verhindern, daß Norwegen zum Schauplatz eines alles zerstörenden Krieges wird. Unser Volk weiß selbst, daß es auch darum geht, bei steigender Produktion unser Wirtschaftsleben und die Versorgung des Volkes in den schwierigen Zeiten, die jetzt bevorstehen, sicherzustellen. Deshalb wird folgendes bestimmt:

§ 1
Das Sozialdepartement führt eine umfassende Ausschreibung ("Erhebung") aller Arbeitskräfte durch, die nicht voll ausgenutzt oder die für nicht notwendige Arbeiten eingesetzt sind.

§ 2
Jeder Norweger ist verpflichtet, dem Befehl auf Arbeit und Leistungen nachzukommen, der von den Behörden zur Durchführung des nationalen Einsatzes in Norwegen gegeben wird.

§ 3
Betriebe und Tätigkeiten jeder Art können vom Departement für Handel, Industrie, Handwerk und Fischerei eingeschränkt oder eingestellt werden, wenn sie nicht lebenswichtig sind.

§ 4
Zum Ausgleich und zur Verteilung von unbilligen Härten und Verlusten, welche die Durchführung dieses Gesetzes verursacht, werden Hilfsfonds gebildet, die von Wirtschaftsverbänden errichtet und verwaltet werden. Die Bildung solcher Verbände kann vom Departement für Handel, Industrie, Handwerk und Fischerei verlangt oder gutgeheißen werden mit dem alleinigen Recht, im Namen der betreffenden Wirtschaftstreibenden zu handeln.

§ 5
Nähere Vorschriften über die Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes werden in besonderen Gesetzen festgelegt.

§ 6
Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

gez. Vidkun Quisling

Gemeinsames Telegramm Terbovens und Quislings an Adolf Hitler
Oslo, den 22. Februar 1943

Führer!
Die Ingangsetzung der totalen Kriegführung als einmütige und zu allem bereite Antwort des deutschen Volkes auf den Heldenkampf seiner Söhne in Stalingrad war ein Signal, das auch in Norwegen gehört und verstanden worden ist.
In einer stattgefundenen überfüllten Massenversammlung, zu der Tausende keinen Zutritt mehr fanden, und in der wir beide sprachen, verkündete der Ministerpräsident unter stürmischer Zustimmung der Versammelten das grundlegende Gesetz über die Konzentration und den totalen Einsatz der Arbeitskraft des gesamten Landes für den Lebenskampf der germanischen Völker und Europas gegen den Bolschewismus.
Alle Kräfte dem Siege! Das ist von heute ab auch die alles überragende entschlossene Parole des von der nationalen Regierung geführten Norwegens, und in unverbrüchlicher kameradschaftlicher Zusammenarbeit werden wir beide diese Parole in die Tat umsetzen.
Heil dem Führer!
Terboven
Reichskommissar
Quisling
Ministerpräsident

[147] *Stimmungsbericht aus der Ukraine*
Propaganda-Abteilung Ukraine
O[rts]U[nterkunft], den 1. April 1943

Die andauernd zurückhaltende, undurchsichtige, mitunter schon feindselige Haltung der Bevölkerung ist auch im Berichtsmonat die gleiche geblieben. Wenn auch das beginnende Frühjahr

eine leichte Verbesserung in der Ernährungslage gebracht hat und den Mangel an Heizmaterial nicht mehr so schwer empfinden läßt, so ist es nach wie vor eine fühlbare Geringschätzung der einheimischen Bevölkerung durch die deutsche Verwaltung auf politischem, geistigem und kulturellem Gebiet, die das ukrainische Volk in diese sich immer mehr versteifende Passivität zwingt. Erst recht die Aushebung und Verschickung von Arbeitskräften bestärkt die Ukrainer in der allgemeinen Auffassung, daß sie von Deutschland als Kolonialvolk betrachtet werden, dem man zwar gewaltige Dienstleistungen abpreßt, aber keinerlei Rechte einräumen will. Das hartnäckige Schweigen Deutschlands über die staatliche Zukunft der Ukraine hat ihnen auch die Hoffnung genommen, daß sie jemals, auch nicht in der Zeit nach dem Kriege, gleichberechtigte Bürger des neuen Europa werden könnten.

[...] Die ursprüngliche Arbeitsfreudigkeit und der gute Wille zum Bau einer neuen Ukraine sind ebenso geschwunden wie die Furcht vor einer Wiederkehr der bolschewistischen Herrschaft. Langsam versinkt das Volk in eine stumpfe Passivität. Es besteht die unverkennbare Gefahr, daß sich die steigende Ablehnung der deutschen Führung zu einer schweren Bedrohnung der gesamten deutschen Interessen in diesem Lande auswächst, wenn die in der Ukraine bisher verfolgte Politik und die Methoden in der Behandlungsweise der Bevölkerung nicht eine grundsätzliche und einschneidende Änderung erfahren.

[...] Den größten propagandistischen Schaden haben die zurückmarschierenden Kolonnen der verbündeten Armeen angerichtet. Allein schon ihr Anblick wie auch die Tatsache, daß sie ihre Waffen angeblich auf den Märkten verkauften und vereinzelt sogar bolschewistisches Propagandamaterial mitbrachten, erweckten größten nachteiligen Eindruck.

[...] Es war ein Grund besonderer Enttäuschung für die Landbevölkerung, daß die Landzuteilung, die Errichtung von Einzelhöfen und andere in der Agrarreform angekündigte Maßnahmen zur Neubildung eines ukrainischen Bauernstandes nur zu einem Bruchteil des erwarteten Umfanges durchgeführt wurden. Die Notwendigkeit der Weiterführung von Kolchosen und Staatsgütern wird von der Bevölkerung keineswegs eingesehen. Die enorm hohen Abgaben haben dazu geführt, daß die Bauern vielfach die Rückkehr der Bolschewisten begrüßten, zumal deren Propaganda eine Aufhebung der Kolchosen nach Kriegsende versprach [...]

Die Zwangsmaßnahmen zur Erreichung der Arbeiterkontingente für das Reich halten nach wie vor die Bevölkerung in Furcht und Unruhe. Gegenwärtig wird es als schwerster Schlag für eine Familie empfunden, wenn eines ihrer Mitglieder zur Arbeit für Deutschland ausgehoben wird. Nachrichten über schlechte Behandlung auf den Transporten und unwürdige im Reich selbst sickern auf allen möglichen Wegen durch. [...]

[...] Alle Opfer, die dem Lande auferlegt werden – und es sind viele und schwere Opfer – würden leichter, vielleicht sogar willig und mit Freude getragen werden, wenn das Volk ein festes Bild seiner staatlichen und nationalen Zukunft vor Augen hätte, das ihm ein seelischer Halt in diesem Existenzkampf sein könnte und für das es sich eben wirklich lohnen würde, in diesen Kampf auch aktiv einzugreifen. Die "Befreiung vom Bolschewismus" ist für den Ukrainer so lange kein Ideal, als er nicht weiß, was darauf folgen soll. Ob er vom Bolschewismus versklavt oder – wie er glaubt – vom Nationalsozialismus geknechtet wird, kommt für ihn auf dasselbe heraus. Die überraschend hohe Zahl derjenigen – aus allen Staffelgebieten werden gleichlautend 70 % gemeldet –, die im Januar und Februar sich der Evakuierung entzogen und lieber auf die Sowjets gewartet haben, scheint sogar zu beweisen, daß die Mehrheit der Ukrainer, vor die Wahl bolschewistischer Ausnützung oder deutscher Kolonialmethoden gestellt, den Sowjets den Vorzug gibt, mit denen sie wenigstens rassische und psychische Verwandtschaft verbindet.

[148] *Aus der Unterredung Hitler-Antonescŭ vom 13. 4. 1943*

[...]

Zum Schluß kam das Gespräch noch auf die Judenfrage. Der Führer erklärte hier, daß er in diesem Punkt – was jedoch keine Kritik bedeuten solle – anderer Auffassung sei als der Marschall und Admiral Horthy. Der Führer schilderte dann die Maßnahmen, die in Deutschland auf diesem Gebiet ergriffen worden seien. In dem Augenblick, in dem die Juden entfernt wurden, habe in der Wirtschaft, im Kulturleben und auf anderen Gebieten eine Blüte eingesetzt. In anderen Ländern, wo die Judenfrage nicht so energisch bereinigt worden sei, wie z. B. in Ungarn, seien die Verhältnisse sehr schwierig. Die Juden seien die natürlichen Verbündeten des Bolschewismus und die Kandidaten für die Stellen, die die jetzige bei der Bolschewisierung zu ermordende Intelligenz innehabe. Deshalb sei der Führer im Gegensatz zu Marschall Antonescŭ

der Meinung, daß man je radikaler desto besser gegen die Juden vorgehen müsse. Er (der Führer) ziehe eine Seeschlacht von Salamis einem ungeklärten Gefecht vor und breche lieber alle Brücken hinter sich ab, da der jüdische Haß sowieso riesengroß sei. In Deutschland habe man infolge der Bereinigung der Judenfrage ein geschlossenes Volk ohne Opposition zur Verfügung. Es gäbe keine Wirtschaftsopposition; allerdings gäbe es auch kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Wege.
Antonescu bemerkte dazu, daß er an und für sich gern die Juden aus Rumänien herausbrächte, daß er aber nicht recht wissen, wo er mit ihnen hin solle. Er erwähnte dabei, daß er Schwierigkeiten bei dem Durchtransport rumänischer Juden durch Bulgarien habe und führte diese Schwierigkeiten, die ihm die bulgarischen Behörden machten, auf deutsche Einwirkung zurück. Auf deutscher Seite wurde eine Prüfung dieser Frage zugesagt. [...]

[149] *Deutsche Kriegswirtschaft*

Aus dem Brief des Beauftragten für den Vierjahresplan (Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz [Fritz Sauckel]) vom 14. April 1943 an Hitler.
Wie Ihnen bereits durch Gruppenführer Bormann mitgeteilt wurde, begebe ich mich am 15. 4. in die Ostgebiete, um für die kommenden Monate 1 Million Arbeitskräfte aus dem Osten für die deutsche Kriegswirtschaft sicherzustellen.
Das Ergebnis meiner letzten Frankreichreise besteht darin, daß nach exakter Erfüllung des letzten Programms auch aus den Westgebieten bis zum Sommerbeginn erneut 450 000 Arbeiter ins Reich kommen werden. Mit den noch aus Polen und den übrigen Gebieten in Frage kommenden Kräften in Höhe von etwa 150 000 wird es dann gelingen, der deutschen Landwirtschaft wieder 5-600 000 und der Rüstungs- und übrigen Kriegswirtschaft 1 Million Arbeitskräfte bis zu den Sommermonaten zur Verfügung zu stellen.
Ich bitte, einverstanden zu sein, daß auch die neuen französischen Arbeitskräfte unter ähnlichen Bedingungen wie die letzten ins Reich kommen können. Mit dem Oberkommando der Wehrmacht habe ich Fühlung aufgenommen.
Da der größte Teil der belgischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen recht zufriedenstellende Leistungen vollbringt, bitte ich, einverstanden zu sein, daß für etwa 20 000 belgische Kriegsgefangene ein ähnliches Statut geschaffen wird, wie Sie es den Franzosen zugebilligt haben. Dieses Ihr so großes Entgegenkommen hat auf Laval und die französischen Minister einen sehr starken Eindruck gemacht. Laval hat mich wiederholt gebeten, Ihnen, mein Führer, seinen aufrichtigsten Dank hierfür übermittel zu wollen.
1. Nach einjähriger Tätigkeit als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz darf ich Ihnen melden, daß vom 1. April vorigen Jahres bis zum 31. März dieses Jahres der deutschen Kriegswirtschaft 3 638 056 neue fremdvölkische Arbeitskräfte zugeführt werden konnten. Im großen ganzen haben diese Kräfte zufriedenstellende Leistungen gebracht. Ihre Ernährung und Unterbringung ist sichergestellt, die Behandlung ist so einwandfrei geregelt, daß unser nationalsozialistisches Reich gegenüber den Methoden der kapitalistischen und bolschewistischen Welt auch in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel darstellt. Dabei ist es natürlich unvermeidlich, daß hier und da noch Fehl- und Mißgriffe vorkommen. Ich werde stets bemüht bleiben, sie mit der größten Energie auf ein Mindestmaß zu beschränken.
Außer den fremdvölkischen Zivilarbeitern werden noch 1 622 829 Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft beschäftigt.
2. Die 3 638 056 Arbeitskräfte verteilen sich auf folgende Zweige der deutschen Kriegswirtschaft:

Rüstung	1 568 801
Bergbau	163 632
Bauwirtschaft	218 707
Verkehr	199 074
Land- und Forstwirtschaft	1 007 544
sonstige Wirtschaftszweige	480 298

Außer der Zurverfügungstellung der fremdvölkischen Arbeiter wurden innerhalb der deutschen Wirtschaft 5 Millionen deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen durch Umschichtung aus kriegsunwichtigen Betrieben in kriegswichtige, durch Umschulung usw. der eigentliche deutschen Kriegswirtschaft zugeführt.
Alle diese Anstrengungen waren notwendig, um die natürliche Fluktuation, z. B. durch Tod, Krankheit, Vertragsablauf, Vertragsbrüche, aber insbesondere auch durch die Einziehungen zur Wehrmacht, Umlegung von Betrieben in andere Gegenden auszugleichen und die Vergrößerung der Rüstungsbetriebe, die Ingangbringung neuer Fabriken und die Erfüllung neuer Programme zu ermöglichen.

Tab. X

Die „Kräftebilanz" Deutschlands[1] 1939–1944 in Millionen

Zeit: Ende Mai	Zivile Arbeitskräfte				Wehrmacht			Gesamtz. d. erfaßten Deutschen	Zivile Arb.-Kräfte gesamt	Gesamtzahl aktive Kräfte
	Dtsch. Männer	Dtsch. Frauen	Zus.	Ausl. u. Kriegsgefang.	insges. einber.	komul. Verl.	Aktivbestand			
1939	24,5	14,6	39,1	0,3	1,4	–	1,4	40,5	39,4	40,8
1940	20,4	14,4	34,8	1,2	5,7	0,1	5,6	40,5	36,0	41,6
1941	19,0	14,1	33,1	3,0	7,4	0,2	7,2	40,5	36,1	43,3
1942	16,9	14,4	31,3	4,2	9,4	0,8	8,6	40,7	35,5	44,1
1943	15,5	14,8	30,3	6,3	11,2	1,7	9,5	41,5	36,6	46,1
1944	14,2	14,8	29,0	7,1	12,4	3,3	9,1	41,4	36,1	45,2
1944[2]	13,5	14,9	28,4	7,5	13,0	3,9	9,1	41,4	35,9	45,0

[1]) Altreich einschl. Österreich, Sudetenland und Memelgebiet
[2]) 30. 9.

[150] *Aus den Unterredungen Hitler-Horthy 16. 4. 1943*

[...]
Er [der Führer] wolle sich nicht etwa in die inneren Verhältnisse Ungarns einmischen, sondern stelle lediglich Tatsachen fest. Deutschland stehe heute moralisch gefestigt da, weil es die Juden entfernt habe, von denen auch die letzten innerhalb kurzer Zeit nach dem Osten verschwinden würden. Schwierigkeiten, wie Deutschland sie durch den jüdischen Einfluß im Jahre 1918 gehabt hätte, könnten jetzt nicht mehr vorkommen. Wenn man die Juden nicht vertreibe, so würden sie auch jetzt wieder wie damals die Wirtschaft, die Währung und die Moral zerstören. Der Duce und Antonescû hätten dies absolut eingesehen. Wenn Deutschland heute unter den verbündeten Ländern das einzige Land sei, das innerlich völlig intakt dastehe, so sei dies nur deshalb der Fall, weil die jüdische Zersetzung unmöglich gemacht worden sei. Bei den Maßnahmen gegen die Juden dürfe man nicht ängstlich sein. Ungarn habe keine antisemitische Politik verfolgt und doch einen Bela Khun bekommen. Ebensowenig hätten die Baltischen Staaten und Polen eine antisemitische Politik betrieben und wären doch von den jüdischen Bolschewisten überrannt worden. Daraus ergebe sich, daß, wenn man sowieso die unangenehmen Seiten eines Kampfes zu spüren bekomme, man sich auch nicht zu scheuen brauche, seinerseits den Kampf gegen die Juden energisch zu führen. Dabei dürfe es kein Schwanken geben, und wer in dieser Frage an Kompromisse glaube, täusche sich gründlich. Warum sollten auch die Juden mit Glacéhandschuhen angefaßt werden? Schließlich wären sie es doch gewesen, die den Weltkrieg angezettelt hätten und daher verantwortlich für die Millionen von Opfern seien, die er gekostet habe. Danach hätten sie die Revolution hervorgerufen und hätten auch hier wieder unendliches Leid verursacht. Auch für den jetzigen Krieg und die Form, die er angenommen habe, seien sie verantwortlich, insbesondere für die Bombardierung der Zivilbevölkerung und die zahlreichen Opfer unter Frauen und Kindern. [...]

Auf eine Bemerkung des Reichsaußenministers, daß in das ungarische Oberhaus wieder zwei Volljuden gewählt worden seien, erwiderte Horthy, daß sich dagegen aus verfassungsmäßigen Gründen nichts machen ließe und daß es im übrigen in Ungarn eine ganze Anzahl von getauften Juden gäbe, unter denen viele wertvolle Menschen seien. Er habe alles getan, was man anständigerweise gegen die Juden unternehmen könne, aber ermorden oder sonstwie umbringen könne man sie ja wohl nicht.
Der Führer erwiderte, daß dies auch nicht nötig sei. Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslagern unterbringen. Es würde damit seinen eigenen Landeskindern viele Möglichkeiten durch Freimachung der von den Juden gehaltenen Positionen eröffnen und den

talentvollen Kindern des Volkes auf diese Weise Laufbahnen verschaffen, die ihnen bisher von den Juden verschlossen worden seien. Wenn von Ermordung der Juden gesprochen würde, so müsse er (der Führer) feststellen, daß nur einer morde, nämlich der Jude, der die Kriege anzettele und ihnen durch seinen Einfluß seinen jetzigen gegen Zivilisten, Frauen und Kinder gerichteten Charakter gegeben habe. Hinsichtlich der Juden bestünde ja auch die Möglichkeit, sie in Bergwerken arbeiten zu lassen. Sie müßten aber auf alle Fälle von jeder Einflußnahme in ihrem Gastlande ausgeschaltet werden.
Horthy bemerkte hier, er müsse errötend eingestehen, daß er 36 000 Juden in Arbeitsbataillonen an die Front geschickt habe, von denen wohl die meisten bei dem russischen Vormarsch umgekommen wären. – Der Führer erwiderte, daß der Reichsverweser nicht zu erröten brauche; denn die Juden hätten ja den Krieg angezettelt, und man brauche daher kein Mitleid mit ihnen zu haben, wenn der Krieg nun auch für sie schwerwiegende Folgen nach sich ziehe. Er sei im übrigen davon überzeugt, daß die Juden nicht getötet, sondern zu den Sowjetrussen übergelaufen seien.

[...]
Der Führer beschrieb sodann Horthy die deutschen Rationierungsmaßnahmen, die in voller Ordnung durchgeführt würden. Es gäbe in Deutschland keinen "schwarzen Markt", und die Bauern lieferten willig die für sie festgesetzten Quoten ab. Von Erzeugnissen, die sie über diese Quoten hinaus der Regierung zur Verfügung stellten, würden ihnen erheblich höhere Preise von den Regierungsstellen, zum Teil sogar das Doppelte bezahlt, so daß auch für die Bauern eine Möglichkeit bestünde, auf diese Weise zu Geld zu kommen. – Horthy bemerkte dazu, daß diese Probleme für Ungarn sehr schwierig seien. Er habe bisher des "schwarzen Marktes" nicht Herr werden können. – Der Führer erwiderte, daß daran die Juden schuld seien, die auch im Weltkrieg das Hausieren und Schieben als eines ihrer Haupttätigkeitsgebiete betrachtet hätten, genauso wie jetzt in England Verurteilungen wegen Rationierungsvergehen und dergleichen hauptsächlich Juden beträfen. – Auf die Gegenfrage Horthys, was er denn mit den Juden machen solle, nachdem er ihnen so ziemlich alle Lebensmöglichkeiten entzogen habe – erschlagen könne er sie doch nicht –, erklärte der Reichsaußenminister, daß die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Eine andere Möglichkeit gäbe es nicht. – Auf die Bemerkung Horthys, daß Deutschland es in dieser Hinsicht leichter habe, da es nicht so viele Juden besessen habe, gab der Führer Zahlen an, aus denen sich die außerordentlich starke Verjudung gewisser Berufe ergab. – Horthy erwiderte, daß er das gar nicht gewußt habe.
Im Anschluß hieran kam der Führer auf die Stadt Nürnberg zu sprechen, die 400 Jahre lang keine Juden bei sich geduldet hätte, während Fürth die Juden bei sich aufgenommen hätte. Das Ergebnis sei eine große Blüte Nürnbergs und ein völliger Niedergang Fürths gewesen. Die Juden hätten eben nicht einmal einen organisatorischen Wert. Entgegen den Befürchtungen, die er (der Führer) auch wiederholt in Deutschland zu hören bekommen habe, ginge alles auch ohne die Juden seinen Gang weiter. Wo die Juden sich selbst überlassen wären, wie z. B. in Polen, herrsche grausamstes Elend und Verkommenheit. Sie seien eben reine Parasiten. Mit diesen Zuständen habe man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenke, daß sogar unschuldige Naturgeschöpfe wie Hasen und Rehe getötet werden müßten, damit kein Schaden entstehe. Weshalb sollte man die Bestien, die uns den Bolschewismus bringen wollten, mehr schonen? Völker, die sich der Juden nicht erwehrten, verkämen. Eins der berühmtesten Beispiele dafür sie das Absinken des einst so stolzen Volkes der Perser, die jetzt als Armenier ein klägliches Dasein führten.
[...]

[151] *Aus dem Tagebuch von J. Goebbels vom 8. 5. 1943*

...Am Nachmittag findet dann die Reichs- und Gauleiterbesprechung beim Führer statt. Der Führer zeichnet die um ihn versammelte Parteiführerschaft durch eine ausführliche Darlegung der Lage aus. Er beginnt damit, daß sich in diesem Kriege bürgerliche und revolutionäre Staaten gegenüberstehen. Die Niederwerfung der bürgerlichen Staaten ist für uns ein Leichtes gewesen, denn sie waren uns rein erziehungs- und einstellungsmäßig vollkommen unterlegen. Die Weltanschauungsstaaten haben den bürgerlichen Staaten gegenüber insofern einen Vorteil, als sie auf einem klaren geistigen Boden stehen. Die daraus erwachsende Überlegenheit ist uns bis zum Ostfeldzug außerordentlich zustatten gekommen. Da allerdings trafen wir auf einen Gegner, der eben auch eine Weltanschauung, wenn auch eine falsche, vertritt. Der Führer schildert noch einmal den Fall Tuchatschewsky und gibt dabei der Meinung Ausdruck, daß wir damals ganz falsch orientiert waren, als wir glaubten, Stalin würde dadurch die Rote Armee ruinieren. Das

Gegenteil ist der Fall: Stalin hat sich alle oppositionellen Kreise aus der Roten Armee vom Halse geschafft und damit erreicht, daß eine defaitistische Strömung innerhalb dieser Armee nicht mehr vorhanden ist. Auch die Einführung der Politischen Kommissare hat sich für die Kampfkraft der Roten Armee außerordentlich günstig ausgewirkt. Wenn man sich vorstellt, daß das primitive Menschemmaterial des Ostens nur durch Härte zur Disziplin angehalten werden kann, dann weiß man ungefähr, was Stalin mit der Einführung der Politischen Kommissare bezweckte und praktisch auch erreicht hat.
Stalin hat uns gegenüber darüber hinaus auch noch den Vorteil, keine Gesellschaftsopposition zu besitzen. Auch die hat der Bolschewismus durch Liquidationen in den vergangenen 25 Jahren beseitigt. Wenn die gesellschaftliche Opposition uns auch nicht gefährlich ist, so kann sie uns doch allerhand Lästigkeiten bereiten. Sie meckert und stänkert, ohne eine tiefere Kenntnis von den Dingen zu besitzen, und raubt uns damit außerordentlich viel Kampfkraft. Der Bolschewismus hat sich diese Gefahr rechtzeitig vom Halse geschafft und kann deshalb seine ganze Kraft gegen den Feind richten. Im Innern gibt es praktisch keine Opposition mehr.
Die kirchliche Opposition, die uns auch außerordentlich viel zu schaffen macht, ist ja auch im Bolschewismus nicht mehr vorhanden. Wenn heute von einem Metropoliten von Moskau gesprochen wird, so ist das natürlich ein aufgelegter Judenschwindel. Der Führer verweist mit Recht darauf, daß unter Umständen dieser Metropolit vor einigen Monaten noch Möbelpacker gewesen ist. Insofern also hat Stalin es außerordentlich viel leichter als wir. Er hat sein Volk einheitlich ausgerichtet. Es steht unter der bolschewistischen Erziehung oder der bolschewistischen Knute; jedenfalls gibt es in der Sowjetunion keine andere Meinung als die der Kremlgewaltigen.
Aus alledem erhellt, daß gegen die Sowjetunion in Europa ein Dauerwiderstand nur von den Deutschen geleistet werden kann. Auch unsere Alliierten sind im Kampf den Bolschewisten nicht gewachsen. Der Führer hat deshalb aus dem vergangenen Winter die Lehre gezogen, den Krieg im Osten ausschließlich nur noch durch deutsche Truppen durchführen zu lassen. Am besten haben sich noch die Rumänen gezeigt; die zweitbesten waren die Italiener und die schlechtesten die Ungarn. Der Führer führt das in der Hauptsache darauf zurück, daß in Ungarn kein sozialer Ausgleich stattgefunden hat, nicht einmal eine Andeutung davon. Infolgedessen sehen die Truppen die Notwendigkeit des Kampfes nicht ein. Wenn sich die Offiziere hier und da gut geschlagen haben, so sind sie von ihren Soldaten im Stich gelassen worden.
Daß unsere SS-Verbände sich so vorzüglich geschlagen haben, ist nach Meinung des Führers, meiner Ansicht nach mit Recht, auf ihre einheitliche nationalsozialistische Ausrichtung zurückzuführen. Hätten wir rechtzeitig die ganze deutsche Wehrmacht so erzogen, wie die SS-Verbände erzogen worden sind, so wäre sicherlich der Kampf im Osten wesentlich anders verlaufen, als er in der Tat verlaufen ist.
Er vertritt den Standpunkt, daß der Antisemitismus, wie wir ihn früher in der Partei gepflegt und propagiert haben, auch jetzt wieder das Kernstück unserer geistigen Auseinandersetzung sein muß. Er hält von der antisemitischen Bewegung in England viel, wenngleich er sich natürlich klar darüber ist, daß sie keine organisatorische Form besitzt und deshalb auch machtpolitisch nicht in Erscheinung treten kann. Trotzdem ist der Antisemitismus natürlich der Churchill-Regierung außerordentlich unangenehm. Er ist den antisemitischen Bestrebungen zu vergleichen, wie sie früher in Deutschland in den bürgerlichen Verbänden gepflegt wurden. Auch die hätten natürlich zu keinem Ziel geführt, wenn nicht die revolutionäre nationalsozialistische Bewegung sie aufgenommen hätte.
Die Judenfrage wird am allerschlechtesten von den Ungarn gelöst. Der ungarische Staat ist ganz jüdisch durchsetzt, und es ist dem Führer bei seiner Unterredung mit Horthy nicht gelungen, ihn von der Notwendigkeit härterer Maßnahmen zu überzeugen. Horthy ist ja selbst mit seiner Familie außerordentlich stark jüdisch verfilzt und wird sich auch in Zukunft mit Händen und Füßen dagegen sträuben, das Judenproblem wirklich tatkräftig in Angriff zu nehmen. Er führt hier durchaus humanitäre Gegenargumente vor, die natürlich in diesem Zusammenhang überhaupt keine Bedeutung besitzen. Dem Judentum gegenüber kann nicht von Humanität die Rede sein, das Judentum muß zu Boden geworfen werden. Der Führer hat sich alle Mühe gegeben, Horthy von seinem Standpunkt zu überzeugen, allerdings ist ihm das nur zum geringsten Teil gelungen.
Aus alledem aber hat der Führer die Konsequenz gezogen, daß das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muß. Es muß das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen. Europa kann aber eine klare Organisation nur durch die Deutschen erfahren. Eine andere Führungsmacht ist praktisch nicht vorhanden. Der Führer betont in diesem Zusammenhang wiederum, daß wir froh darüber sein müssen, keine Japaner auf dem europäischen Kontinent zu besitzen. Wenn die Italiener uns heute auch sehr viele Sorgen und Schwierigkeiten bereiten, so müssen wir uns doch glücklich preisen, daß sie uns bei der späteren Organisierung Europas keine ernsthafte Konkurrenz stellen können. Wären die Japaner auf dem europäischen Kontinent angesiedelt, so würden die Dinge

wesentlich anders liegen. Heute aber sind wir praktisch die einzige in Betracht kommende Führungsmacht auf dem europäischen Festland...
Der Führer gibt seiner unumstößlichen Gewißheit Ausdruck, daß das Reich einmal ganz Europa beherrschen wird. Wir werden dafür noch sehr viele Kämpfe zu bestehen haben, aber sie werden zweifellos zu den herrlichsten Erfolgen führen. Von da ab ist praktisch der Weg zu einer Weltherrschaft vorgezeichnet. Wer Europa besitzt, der wird damit die Führung der Welt an sich reißen.
In diesem Zusammenhang können wir natürlich Fragen von Recht und Unrecht überhaupt nicht zur Diskussion akzeptieren. Der Verlust dieses Krieges würde für das deutsche Volk das größte Unrecht darstellen, der Sieg gibt uns das größte Recht. Überhaupt wird der Sieger auch die alleinige Möglichkeit besitzen, die moralische Berechtigung seines Kampfes vor der Weltöffentlichkeit nachzuweisen.
Was den Krieg nun selbst anlangt, so gibt der Führer seiner Meinung Ausdruck, daß es sich bei ihm im wesentlichen um ein Bewegungsproblem handelt. Aus der Unmöglichkeit, dies Bewegungsproblem zu meistern, haben wir Stalingrad verloren. Aus der Unmöglichkeit, dies Bewegungsproblem zu meistern, verzeichnen wir jetzt die schwere militärische Krise in Nordafrika. Wer die organisatorische Kraft besitzt, das Bewegungsproblem dieses Krieges zu lösen, der wird gewinnen. Insofern sind wir der Gegenseite überlegen; denn sie muß auf der äußeren Linie angreifen, während wir uns auf der inneren Linie verteidigen.
Wir haben zudem im U-Boot-Krieg eine gefährliche Waffe, um die Adern des Bewegungskrieges auf der Feindseite zu durchschneiden. Der U-Boot-Krieg steht nach der festen Überzeugung des Führers nicht am Ende seiner Entwicklung, sondern erst am ersten Anfang.
Wir haben so viele Chancen in der Hand, daß wir mit bestem Gewissen der weiteren Entwicklung entgegenschauen können. Der Führer verweist mit Recht darauf, daß seine Prophetien aus den Jahren 1919, 1920 und 1921 frech und unverschämt gewesen seien. Heute seien sie nur Ausflüsse seines realen Denkens und seiner erschöpfenden Übersicht über die allgemeine Lage. Nie darf in uns ein Zweifel am Siege aufkommen. Der Führer ist fest entschlossen, diesen Kampf unter allen Umständen durchzusetzen. Er will ihn nicht vor zwölf, sondern unter allen Umständen nach zwölf Uhr aufgeben.
Einen Aufstand im Reiche selbst gegen unsere Kriegführung wird es niemals geben. Das Volk würde an einen solchen nie denken. Eine jüdische Führung dafür ist nicht vorhanden. Die Verbrecher würden in einer schweren Krise nicht auf das Volk losgelassen, sondern an die Wand gestellt werden.
Die Gauleiter sind über die Ansprache des Führers sehr glücklich. ...

[152] *Leitsätze des "Europa-Ausschusses" des Auswärtigen Amtes vom 9. September 1943*

I.) Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung.
Sie ist notwendig geworden durch die ungeahnten Fortschritte der Technik, die Schrumpfung der Entfernungen infolge der modernen Verkehrsmittel, die ungeheuere Steigerung der Reichweite und Zerstörungskraft der Waffen (Luftwaffe), die gewaltige Last der Rüstungen und den Zug der Zeit, weite Zusammenhänge zu schaffen und große Räume gemeinsamer Erzeugung und Bewirtschaftung herzustellen (Epoche der Großreiche und kontinentalen Zusammenballungen). Ohne Einigung kann Europa seine bisherige Stellung in der Welt nicht behaupten. Alle europäischen Völker würden davon betroffen werden (Schicksalsgemeinschaft).
II.) Die Einigung Europas ist durch den Deutschland von England, dem alten Feind des Kontinents, aufgezwungenen Krieg zu einen akuten Problem und in ihrem Prozeß beschleunigt worden. Der Kampf Deutschlands gegen England ist der europäische Einigungskrieg.
III.) Deutschland strebt die Einigung Europas auf föderativer Grundlage an: Freiwilliger, aus der Einsicht der Notwendigkeit geborener Zusammenschluß aller europäischen Völker, die sich historisch bewährt haben, zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten.
IV.) Die Gliedstaaten des europäischen Bundes behalten ihre Selbständigkeit und Freiheit. Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten ist nicht beabsichtigt.
V.) Die einzige Forderung an die europäischen Staaten ist, loyale, Europa bejahende Glieder der europäischen Gemeinschaft zu sein und an den Gemeinschaftsaufgaben positiv mitzuarbeiten.
VI.) Die Achsenmächte haben durch ihre Lage in der Mitte Europas und ihr machtpolitisches Schwergewicht eine besondere Verantwortung nach innen und nach außen. In diesem Sinne ist die Führung der Achsenmächte zu verstehen. Sie bedeutet nicht Beherrschung, sondern unter Ablehnung der imperialen Methoden der vergangenen Epoche ein gegenseitiges Treue- und Vertrauensverhältnis.

VII.) Die europäische Zusammenarbeit wird sich als Ziel setzen, den Frieden, die Sicherheit und das Wohl aller europäischen Staaten und ihrer Bevölkerung zu fördern.
VIII.) Es wird Aufgabe der neuen europäischen Ordnung sein, weitgehend die Ursachen zu beseitigen, die in der Vergangenheit zu innereuropäischen Kriegen Anlaß gegeben haben: Beendigung des Zeitalters der europäischen Binnenkriege und Überwindung des europäischen Partikularismus.
IX.) Es wird gemeinsames Anliegen der europäischen Völker sein, Europa gegen äußere Angriffe zu sichern und zu verteidigen. Die Hauptlast werden dabei die Achsenmächte tragen.
X.) Die europäische Zusammenarbeit wird die Aufgabe haben, raumfremde Einflüsse abzuwehren, damit es künftig unmöglich wird, die europäischen Völker gegeneinander auszuspielen. Anstelle der Politik des Gleichgewichts tritt die Politik der europäischen Solidarität.
XI.) Die im Staatenbund vereinigten europäischen Völker werden eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus bilden.
XII.) Es werden gemeinsame Vorkehrungen getroffen werden, um Europa seine Lebensnotwendigkeiten zu sichern und es vor Bedrohnung mit Wirtschaftskrieg und Hungerblockade zu schützen.
XIII.) Durch planvolle Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet werden alle Arbeitskräfte und Hilfsquellen Europas und seines afrikanischen Ergänzungsraumes zur vollen Leistung gebracht werden, um sowohl den materiellen Wohlstand wie die soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in den einzelnen Staaten zu erhöhen.
In gemeinsamem Bemühen werden die zurückgebliebenen Wirtschaften entwickelt und damit die Lebenshaltung der breiten Massen gehoben werden. Insbesondere wird für den Absatz der europäischen Landwirtschaft zu gerechten Preisen gesorgt werden.
XIV.) Zur Belebung des gegenseitigen Güteraustausches sollen die zwischen den einzelnen europäischen Staaten bestehenden Zoll- und anderen Schranken fortschreitend beseitigt werden, wobei auf die Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete, Rücksicht genommen wird.
XV.) Das innereuropäische Verkehrsnetz der Eisenbahnen, Autostraßen, Wasserstraßen und Fluglinien wird nach gemeinsamer Planung ausgebaut werden.
XVI.) Während der Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden sich die Glieder des Staatenbundes gegenseitig bei der Lösung der damit zusammenhängenden Probleme Hilfe und Unterstützung gewähren.
XVII.) Der geistige und kulturelle Austausch wird unter Wahrung der völkischen Eigenart vertieft und ausgebaut werden.

[153] *Straßenexekutionen in Warschau vom 14. 1. 1944. Bekanntmachung*

In der Zeit vom 31. 12. 1943 bis zum 9. 1. 1944 sind in der Stadt Warschau trotz meiner wiederholten Warnungen wiederum 10 feige Überfälle auf Deutsche und in deutschen Diensten stehende Polen durchgeführt worden. Im einzelnen wurden am 31. 12. 1943 in 2 Fällen 2 Wehrmachtsangehörige und 1 SS-Mann hinterrücks beschossen und teilweise schwer verletzt, am 3. 1. 1944 bei 3 verschiedenen Überfällen 1 Wehrmachtsangehöriger verwundet, 1 Angehöriger der Waffen-SS getötet und 1 polnischer Polizeibeamter verwundet und beraubt, am 5. 1. 1944 1 polnischer Kriminalbeamter erschossen und beraubt, am 7. 1. 1944 1 Reichsdeutscher überfallen und beraubt und am 9. 1. 1944 wiederum bei 2 verschiedenen Überfällen ein reichsdeutscher Postarbeiter erschossen und 1 polnischer Polizeibeamter erschossen und beraubt.
Ein weiterer planmäßig vorbereiteter und von ganz besonderer Niedertracht und feiger Gesinnung zeugender Überfall ist ferner am 8. 1. 1944 am Stadtrand von Warschau versucht worden. Wie inzwischen festgestellt, haben hier Angehörige des PZP auf einer Warschauer Ausfallstraße bei Einbruch der Dunkelheit Drahtseile über die Straße zu spannen versucht und vorüberkommende Kraftwagen mit Maschinen-Pistolen beschossen und mit Handgranaten beworfen. Bei dieser von besonderer Feigheit und Hinterlist zeugenden Tat sind 4 Deutsche verletzt worden.
Ich habe daraufhin von den durch das Standgericht der Sicherheitspolizei verurteilten Personen, die zunächst für einen Gnadenerweis in Aussicht genommen waren, die nachfolgend aufgeführten 200, die sich aus Angehörigen des PZP und der PPR zusammensetzen, am 13. 1. 1944 öffentlich erschießen lassen:
[Es folgen 200 Namen]
Weiter sind durch das Standgericht der Sicherheitspolizei gemäß § 1 u. 2 der VO. zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im GG. v. 2. 10. 1943 wegen Teilnahme an verbotenen Organisationen zum Tode verurteilt worden:
[Es folgen 20 Namen]

Die Verurteilten zu Ziffer 1. bis 20. sind für einen Gnadenerweis in Aussicht genommen!
Sollten jedoch in den nächsten 3 Monaten im Bereich der Stadt Warschau oder der Kreishauptmannschaft Warschau-Land Gewalttaten, insbesondere Überfälle auf Deutsche, Angehörige der mit dem Großdeutschen Reich verbündeten Staaten oder im Interesse des Aufbauwerkes im GG. arbeitende Nichtdeutsche begangen werden, so wird – sofern der Täter nicht sofort ergriffen wird – das Urteil auch an diesen für einen Gnadenerweis in Aussicht genommenen Verurteilten vollstreckt werden, und zwar in der Form, daß für jeden Überfall auf eine solche Person der beabsichtigte Gnadenerweis für mindestens 10 der Verurteilten hinfällig wird.
Ist die Tat von kommunistischen Elementen begangen, so werden aus dem Kreis der obenangeführten Personen Kommunisten, ist die Tat von sonstigen irregeleiteten Elementen begangen, so werden von dem Obenangeführten diejenigen, die diesen politisch nahestanden, von dem Gnadenerweis ausgeschlossen.
Es liegt deshalb in der Hand der nichtdeutschen Bevölkerung,
durch sofortige Festnahme
oder Veranlassung der Festnahme der Täter
oder durch Einwirkung auf ihnen bekannte irregeleitete Elemente
oder durch Anzeigen verdächtiger Personen
dafür zu sorgen, daß das Urteil an den für einen Gnadenerweis in Aussicht genommenen Verurteilten nicht vollstreckt wird.

Der SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau

[154] *Aus einer Denkschrift des Reichsleiters Martin Bormann vom 29. Januar 1944*

Bo/Kr.

In der Nacht vom 27./28. Januar unterhielt sich der Führer mit uns über das Problem unserer volklichen Zukunft. Aus dieser und früheren Unterhaltungen und Überlegungen sei folgendes festgehalten:
Unsere volkliche Lage wird nach diesem Kriege eine katastrophale sein, denn unser Volk erlebt jetzt den zweiten gewaltigen Aderlaß im Zeitraum von 30 Jahren. Wir werden den Krieg militärisch auf jeden Fall gewinnen, ihn volklich aber verlieren, wenn wir nicht zu einer ganz entscheidenden Umstellung der ganzen bisherigen Auffassungen und daraus resultierenden Haltung kommen. Der blutige Verlust ist ja nicht etwas Einmaliges, sondern er wirkt sich Jahr um Jahr bis in die fernste Zukunft hinein aus:
Ein einziges Beispiel:
Wie viele Kinder wären in diesem Kriege mehr geboren worden, wenn es möglich gewesen wäre, unseren Frontsoldaten überhaupt oder häufiger Urlaub zu geben!
Nach diesem Kriege werden wir, wie der Führer betonte, drei bis vier Millionen Frauen haben, die keine Männer mehr haben bzw. bekommen. Der sich hieraus ergebende Geburtenausfall wäre für unser Volk gar nicht zu ertragen: wie viele Divisionen würden – betonte der Führer – uns in 20 bis 45 Jahren und weiter fehlen! Die Rechnung mancher Eltern, sie müßten ihre Kinderzahl beschränkt halten, um die Zukunft der geborenen Kinder zu sichern, ist also grundverkehrt; das Gegenteil ist richtig! Bei genügender Einsicht müßten also alle Frauen, die ein Kind besitzen, größten Wert darauf legen, daß nicht nur sie selbst, sondern auch alle anderen Frauen so viele Kinder wie nur möglich bekommen, denn die Zukunft dieser Kinder ist desto gesicherter, je größer ihre Zahl ist. Das ist eine ganz nüchterne Rechnung.
Nun können die Frauen, die nach diesem Weltkrieg nicht mit einem Mann verheiratet sind oder werden, ihre Kinder ja nicht vom heiligen Geist bekommen, sondern nur von den dann noch vorhandenen deutschen Männern. Verstärkte Fortpflanzung des einzelnen Mannes ist – selbstverständlich vom Standpunkt des Volkswohls – nur bei einem Teil dieser Männer erwünscht. Die anständigen, charaktervollen, physisch und psychisch gesunden Männer sollen sich verstärkt fortpflanzen, nicht die körperlich und geistig Verbogenen.
Die öffentliche, d. h. allgemeine Aufklärung kann aus einleuchtenden Gründen erst nach dem Kriege einsetzen. Nur ein Grund hierfür sei angeführt: Wir können heute noch nicht an die Frauen, deren Männer voraussichtlich noch fallen werden, appellieren und wir können unsere Aufklärung mit Rücksicht auch auf unsere Soldaten noch nicht beginnen; das würde voraussetzen, daß wir auch unsere Männer, die jetzt Soldaten sind, zunächst mit diesen Gedankengängen vertraut machen müssen, denn ohne weiteres wird es nicht jedem der Soldaten erwünscht sein, wenn seine Frau oder Braut nach seinem Tode Kinder von einem anderen Mann bekommt.
Schon jetzt müssen wir alle unerwünschten Hemmnisse unserer Zielsetzung abbauen; insbesondere gilt es, die Dichter und Schriftsteller unserer Zeit auszurichten. Neue Romane, Novellen

und Bühnenstücke, die Ehedrama = Ehebruch setzen, sind nicht mehr zuzulassen, ebensowenig irgendwelche Dichtungen, Schriftstellereien, Kinostücke, die das außereheliche Kind als minderwertiges, uneheliches behandeln. Das Wort "unehelich" muß, wie ich schon vor längerer Zeit betonte, gänzlich ausgemerzt werden.
Nun hat die Abneigung gegen die außerehelichen Kinder zweifellos einen Grund, den auch wir – richtiger, gerade wir – anerkennen müssen.
Auch wir wünschen nicht, daß unsere Schwestern oder Töchter leichtfertigerweise von irgendeinem Mann Kinder bekommen bzw. sogar einmal von diesem und einmal von jenem Kinder bekommen. Wir müssen also wünschen, daß die Frauen unseres Volkes, die sich nach diesem Kriege nicht in der bisherigen Weise verheiraten können, sich mit einem Mann verbinden, der wirklich zu ihnen paßt und mit diesem Kinder zeugen.
Wenn ich in der Tierzucht genau darauf achte, daß nur zueinander passende Tiere miteinander verkoppelt werden, dann muß ich die für alle Säugetiere geltenden Regeln auch beim Menschen beobachten. Will ich Kinder, die einen ausgeglichenen Charakter haben und keinen in sich zerrissenen, dann muß ich propagieren, daß nur Menschen, die wirklich zueinander passen, miteinander Kinder erzeugen.
Folgerung: Wir müssen wünschen, daß die Frauen, die nach diesem Krieg keinen Ehemann mehr haben oder bekommen, mit möglichst einem Mann ein eheähnliches Verhältnis, aus dem möglichst viele Kinder erwachsen, eingehen.
Daß nicht alle derartigen Verhältnisse ein Leben lang halten werden, spricht nicht dagegen, sondern ist natürlich; auch viele Ehen werden nach längerer oder kürzerer Dauer wieder geschieden. Im übrigen bin ich sogar der Überzeugung, daß zwei Menschen, die sich in Freundschaft verbunden sind, sich dabei aber gar nicht allzu häufig sehen, leichter ein Leben lang zusammenhalten als andere; dies erst recht, wenn Kinder der Liebe und Freundschaft dieses Band verstärken.
Schon oben hatte ich angeführt, es müsse jede Diffamierung volklich erwünschter Verhältnisse unterbunden werden. Wer eine Frau, die ohne Ehemann (im jetzigen Sinn) Kinder bekommt, beleidigt, muß hart bestraft werden. Wer – das wird manchen Pfarrer treffen – gegen die Propagierung volklicher Notwendigkeiten redet, ist ebenfalls ganz hart zu bestrafen.
Sehr viele Frauen und Mädchen würden sehr gern Kinder, und zwar viele Kinder bekommen, wenn sie genau wüßten, daß sie ihr Leben lang dann auch wirklich versorgt werden. Sie möchten nicht Kinder kriegen und eines Tages, weil der Vater dieser Kinder stirbt, verarmt oder sie verläßt, unversorgt mit ihren Kindern auf Gnade und Barmherzigkeit irgendwelcher Wohlfahrtseinrichtungen angewiesen sein.
Daß Frauen, die berufstätig sind und Kinder bekommen, entsprechend höher besoldet werden müssen, daß ferner diesen Frauen Wohnungen zuzuteilen sind, die der Kopfzahl ihrer Familie entsprechen, liegt auf der Hand.
Ich möchte nach dem Kriege im Sonnenwinkel solche Wohnungen für Mitarbeiterinnen der Parteikanzlei, die Kinder bekommen, schaffen.
Die Zahl der Heimschulen (Volksschul-Internate, Hauptschul-Internate mit Vorschule, Oberschul-Internate mit Vorschule) ist gewaltig zu steigern, damit alle Frauen, die irgendwelcher Gründe halber ihre Kinder zeitweise oder dauernd nicht selbst erziehen können, sie ohne Schwierigkeiten auf den Heimschulen erziehen lassen können. Das gilt für Knaben wie Mädchen.
Wir müssen – um der Zukunft unseres Volkes willen – geradezu einen Mutterkult treiben, und hierin darf es keinen Unterschied zwischen Frauen, die nach der bisherigen Weise verheiratet sind, und Frauen, die von einem Mann, dem sie in Freundschaft verbunden sind, Kinder bekommen, geben: Alle diese Mütter sind in gleicher Weise zu ehren.
(Selbstverständlich gilt das nicht z. B. für jene asozialen Elemente, die nicht einmal wissen, wer die Väter ihrer Kinder sein könnten.) Wie ich schon früher erwähnte, ist es notwendig, daß wir die jetzigen Verhältnis-Bezeichnungen, die einen mehr oder weniger anrüchigen Klang haben, abschaffen und verbieten. Wir müssen uns also überlegen, wie das Verhältnis, das eine Frau mit einem Manne hat, mit dem sie in bisheriger Weise nicht verheiratet sein kann, bezeichnet wird; wir müssen uns überlegen, wie die Kinder aus einem solchen Freundschaftsbund bezeichnet werden sollen usw.
Je glücklicher wir in der Namensfindung sein werden, desto leichter werden wir die bestehenden Hemmungen beseitigen. Diese Hemmungen müssen aber beseitigt werden, denn sonst sind die ganzen Opfer des vorigen Weltkrieges und dieses Krieges umsonst gewesen, weil unser Volk den nächsten Stürmen zum Opfer fallen muß. In zwanzig oder dreißig oder vierzig oder fünfzig Jahren fehlen uns dann die Divisionen, die wir unbedingt brauchen, wenn unser Volk nicht untergehen soll.

gez. Bormann

[155] *Aus einer Rede Hitlers vor Generalen und Offizieren am 22. Juni 1944 im Platterhof (Obersalzberg)*

Meine Herren Generale und Offiziere, wir kämpfen hier für die deutsche Zukunft, um Sein oder Nichtsein. Eine Nation, die ihren Lebensraum nicht über 600 000 Quadratkilometer hinausbringt, ist im Zeitalter der Flugzeuge, die in kurzer Zeit etwa tausend Kilometer in der Stunde zurücklegen werden, verloren.
Das ist ganz klar. Ich sehe die Lage Deutschlands so an wie die Lage Roms zur Zeit der Überwindung der latinischen Staaten. Wir werden die Vormacht Europas. Wer diesen Krieg gewinnt, ist Herr über diesen Kontinent, und wir werden gewinnen, weil wir der bestorganisierte Staat dafür sind und weil wir ein Recht haben, das zu glauben. Wir haben viel Lehrgeld bezahlen müssen aus organisatorischen Gründen, technischen Gründen und so weiter. – Das sind lauter Dinge, die hier nicht angeführt zu werden brauchen –, und trotzdem werden wir das alles wieder aufbauen.
Eines aber müssen Sie auch einsehen. Was auf der Welt geboren wird, erleidet Schmerzen. Das erste Lebenszeichen eines Kindes, das den Mutterleib verläßt, ist kein Jubelruf, sondern ein Schmerzensschrei, und ebenso empfindet die Mutter nur Schmerzen. Und jeder Staat, der auf dieser Welt entstanden ist, ist begleitet gewesen von einem Weinen und und von Klagen. Das ist nun einmal so. Die Geburtsurkunde eines Staates, die nur ein Vertrag ist, taugt wenig. Die Geburtsurkunde muß bei Staaten immer mit Blut geschrieben werden. Das ist bitter und hart, aber es ist eben so. Um so länger hält sie dann auch...
Unser Antisemitismus wird über die Welt hinwegziehen, genau wie einst die französische Revolutionsidee den französischen Armeen vorausgegangen war und damit die Siege Napoleons erleichterte. Das wird auch bei uns der Fall sein...

12. KAPITEL

ÜBERSPANNTE ZIELSETZUNG JAPANS IM PAZIFIKKRIEG UND DER ÜBERGANG DER INITIATIVE AUF DIE USA (1942/1943)

In der ersten Phase ihrer weiträumig angesetzten Operationen hatten die Japaner bis zum März 1942 Niederländisch-Indien, die Vorfeld-Inseln im Südpazifik (Guam, Wake, Gilbert-Inseln, Bismarck-Archipel) und im Indischen Ozean die Andamanen und Nikobaren erobert. In der zweiten Phase führten ihre Flottenstreitkräfte See- und Luftangriffe in den Indischen Ozean. Doch brachen sie nach der Seeschlacht im Korallenmeer (4. – 8. 5. 1942) den geplanten Vorstoß nach Guinea ab.

Innerhalb von sechs Monaten hatten die Japaner fast die gesamte westliche Kolonialherrschaft in Südostasien und im Indischen Ozean zerschlagen. Von den Gebieten, die die Westmächte vor dem 7. 12. 1941 beherrscht hatten, waren lediglich Französisch-Indochina und die portugiesischen Besitzungen Timor und Macao übrig geblieben. Aber auch diese hielten sich nur durch ihre Zusammenarbeit mit Japan. Damit glaubten die Eroberer alle Positionen in der Hand zu haben, die sie aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen für wichtig hielten, um den Krieg zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Freilich wollte die japanische Führung noch nicht zu dem vorgesehenen ozeanischen Stellungskrieg übergehen, sondern weitere beherrschende Punkte vor der Hauptkampflinie gewinnen [156]. Dabei unterschätzte sie allerdings die Fähigkeit der Amerikaner, sich in kürzester Zeit militärisch und wirtschaftlich auf die große Auseinandersetzung im Pazifik umzustellen.

Das Kaiserliche Hauptquartier wollte im weiteren Verlauf der Offensive Port Moresby nehmen, um Neuguinea und den Bismarck-Archipel besser verteidigen und Operationen gegen das nordöstliche Australien führen zu können. Des weiteren sollte Midway erobert werden, um Luftangriffe von dort aus auf Tokio zu verhindern und die amerikanische Flotte zu zwingen, sich zum Kampf zu stellen. Und schließlich wollte es die westlichen Aleuten besetzen. Nach Durchführung dieser Operationen sollten, begleitet von Angriffen auf alliierte Stützpunkte, Neu-Kaledonien, die Fidschi- und Samoa-Inseln genommen werden, um die Verbindungslinie zwischen den USA und Australien zu bedrohen und die Alliierten zu großen Umwegen zu zwingen.

Zur gleichen Zeit hatte das Kaiserliche Hauptquartier unter dem Eindruck der überraschenden Luftangriffe des US-Oberstleutnants Doolittle auf Tokio (mit zweimotorigen B-25-Mitchell-Bombern) der China-Expeditionsarmee am 30. April 1942 einen neuen Auftrag erteilt. Da es wußte, daß die Flugzeuge zu den chinesischen Basen in Chekiang weitergeflogen waren, sollten die Basen Yushan, Lishio und Chuchow erobert werden. Am 15. Mai 1942 eröffnete die 13. Armee aus dem Raum Hangchow und westlich davon eine Offensive, die nach zum Teil heftigen Kämpfen zur Einnahme der Flughäfen im Mai-Juni 1942 führte. Ihr kam der am 31. Mai angesetzte Stoß der 11. Armee entgegen, der nach der Besetzung von Fuchow, Kienchang und Kueichi am 1. Juli zur Vereinigung mit der 13. Armee bei Hengfeng führte [157].

Jedoch überschritt dieser stürmische, fast unaufhaltsam scheinende Siegeszug der japanischen Streitkräfte in Asien im Sommer 1942 seinen Kulminationspunkt. In der See-Luft-Schlacht bei den Midway-Inseln (3. – 7. 6. 1942) erlitt die japanische Flotte (unter Admiral Yamamoto) ihre erste Niederlage seit dem 16. Jahrhundert. Diese Schlacht beseitigte die entscheidende Überlegenheit der Japaner zur See, die ihnen die Eroberung der südostasiatischen Rohstoffgebiete ermöglicht hatte. Japan war nicht mehr in der Lage, diese Verluste materiell und personell auszugleichen. Zudem landeten im Zuge der festgelegten offensiven Defensive der USA am 7. 8.

1942 Verbände der 1. US-Marine-Division auf der Salomonen-Insel Guadalcanal; sie leiteten damit die großräumige Gegenoffensive ("Inselhüpfen") der USA auf dem pazifischen Kriegsschauplatz ein [158].

Aber ungeachtet dieser Rückschläge hielten die japanischen Politiker und Strategen an ihrem großen Ziel fest. Sie verdoppelten ihre nationalen Anstrengungen zur Konzentration aller Kräfte. Als Ministerpräsident Tojo in seinem Rückblick auf den Jahrestag des deutsch-italienisch-japanischen Abkommens vom 11. 12. 1941 jedoch davon sprach, ‚aus dem Kriege in Europa und Asien sei ein einziger großer Kampf geworden [159] [161], war dies mehr eine demonstrative Geste, denn sachlich begründet. Nach wie vor führten die beiden Kräftegruppen einen getrennten Krieg.

Mit den genannten Eroberungen hatte Japan nicht nur seine langgehegten Wünsche erfüllt – es war nicht länger eine "Habenichts"-Nation –, sondern es hatte zugleich den "Befreiungskrieg" proklamieren können. Unter der Losung "Asien den Asiaten", Japan "der Retter, der Führer, und das Licht Asiens" (die sogenannte AAA-Bewegung, die im April 1942 auf Java ins Leben gerufen worden war) wollte es den Frieden und die Stabilität Ostasiens sichern und diesen Raum vor der angloamerikanischen "Ausbeutung" schützen. Nach den Vorbildern in der Mandschurei und des von ihm beherrschten Teiles von China setzte Tokio in den besetzten Gebieten Militärverwaltungen ein, die es durch lokale Selbstverwaltungsorgane oder wie in Malaya, durch Eingeborenenräte ebenso unterstützen ließ wie durch bestimmte Persönlichkeiten, die aus den Kreisen nationalistischer Parteien und Gruppen stammten, während es zum Teil die alte Beamtenschicht (z. B. in Niederländisch-Indien) ablöste und internierte.

Als erstes kontrollierten die Japaner alle für ihre Kriegführung wichtigen Güter (Lebensmittel, Rohstoffe: Zinn, Kautschuk, Öl usw.), ebenso überwachten sie die Transport- und Nachrichtenverbindungen, den gesamten Handel und die Finanzen. Straff lenkte die Militärverwaltung die Bevölkerung.

Zur gleichen Zeit hatte das Ministerium für Großostasien [160] eine umfassende Kulturpropaganda eingeleitet, um die Völker Ostasiens unter der Führung Japans zusammenzuschließen, sie zum Kampf gegen die "Imperialisten" aufzustacheln und sie vor allem von der ehtischen, kulturellen Überlegenheit Japans gegenüber den alten Kolonialmächten zu überzeugen. Es setzte Instrukteure für die japanische Sprache ein, um die holländische und englische Sprache zu ersetzen; es schickte in Goodwill-Aktionen ausgewählte Studenten und Intellektuelle auf die Reise nach Japan, um diese mit den Fortschritten Japans auf allen Gebieten zu beeindrucken. Demselben Zweck dienten periodisch veranstaltete Literatur- und Wissenschaftskonferenzen. Viele Schulen wurden zunächst geschlossen und erst wieder geöffnet, nachdem neue Schulbücher im antiwestlichen und panasiatischen Geiste verfaßt worden waren. Alles geschah mit der Absicht, den Geist Nippons zu oktroyieren.

Ohne Zweifel begrüßten anfangs viele Länder und Persönlichkeiten die Japaner als "Befreier", zumal diese ihnen nach dem Einmarsch die nationale Unabhängigkeit versprachen (z. B. in Burma und auf den Philippinen). Doch sehr bald offenbarte sich, in welchem Maße bei den Japanern die militärisch-strategischen Notwendigkeiten, zunächst den Krieg zu gewinnen, über die politisch-kulturellen Ziele dominierten. Die ersten Sympathien wichen bald einer wachsenden indifferenten Haltung, bis schließlich der Widerstand gegen die Besatzungsmacht entflammte. Denn trotz der Zusammenarbeit Japans mit den nationalistischen Parteien bestand keine wahre Interessenseinheit zwischen den Zielen Japans und denjenigen der politischen Führung der besetzten Länder. Die Japaner führten keine Gespräche unter gleichen. Sie taten alles mit dem Anspruch, ein höheres gemeinsames Ziel verwirklichen zu wollen, dessen Form und Gehalt sie allein zu bestimmen gedachten. Ihre grausamen Methoden bei der Behandlung der Bevölkerung wirkten abstoßend; hinzu kamen die Entbehrungen, die die Einwohner infolge der Kriegführung auf sich nehmen mußten.

Trotz unverkennbarer Anfangserfolge scheiterte die japanische "Neuordnung" Ostasiens; dafür schwächte sie die Autorität der oberen Klassen in der gemischten Gesellschaft. Sie führte außerdem nicht nur zum Zusammenbruch der europäischen

Kolonialherrschaft, sondern bereitete auch den Boden für jene Gruppen und Strömungen, die radikalere bzw. marxistische Lösungen für Asien anzubieten hatten.

DOKUMENTE

[156] *Allgemeine Beschreibung der auf der Verbindungskonferenz vom 7. März 1942 angenommenen Richtlinien für die weitere Kriegführung sowie Bericht des Ministerpräsidenten und der Stabschefs an den Kaiser vom 13. März 1942*

1. Um die Niederlage Britanniens herbeizuführen und die Vereinigten Staaten zu demoralisieren, sollen entschlossene Maßnahmen ergriffen werden, indem wir jede Gelegenheit zum weiteren Ausbau unserer bisherigen Kriegserfolge wahrnehmen und uns ein politisches und militärisches Gefüge schaffen, das in der Lage ist, sich einem längeren Krieg gegenüber zu behaupten.
2. Während wir die besetzten Gebiete und Hauptverbindungswege und den Ausbau und die Nutzung lebenswichtiger Hilfsquellen für die nationale Verteidigung beschleunigen, soll alles getan werden, um ein autarkes Gefüge zu schaffen und das Kriegspotential der Nation zu steigern.
3. Entschiedenere und entschlossenere Maßnahmen für die Kriegführung sollen unter Berücksichtigung des derzeitigen Standes unserer nationalen Kräfte, des Verlaufs der Operationen, der Lage im deutsch-sowjetischen Krieg, der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und der Entwicklung in Tschungking erfolgen.
4. Grundlage für unsere Politik der Sowjetunion gegenüber sollen der am 5. November 1941 angenommene "Plan für die beschleunigte Beendigung des Krieges gegen die Vereinigten Staaten, Britannien, die Niederlande und Tschiang Kai-schek" sowie die am 10. Januar 1942 angenommenen "Sofortmaßnahmen in Anpassung an die jeweilige Lage" sein. Unter den gegenwärtigen Umständen soll jedoch nichts zur Vermittlung eines Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion unternommen werden.
5. Als Grundlage für unsere Tschungking gegenüber zu verfolgende Politik sollen die am 24. Dezember 1941 angenommenen "Angelegenheiten betreffend die in Anpassung an die jeweilige Lage Tschungking gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen" dienen.
6. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien soll auf der Grundlage des am 5. November 1941 angenommenen "Planes für die beschleunigte Beendigung des Krieges gegen die Vereinigten Staaten, Britannien, die Niederlande und Tschiang-Kai-schek" erfolgen.

Bericht an den Thron

Im Namen des Kaiserlichen Generalstabes und der Regierung erstatten wir Eurer Majestät untertänigst Bericht.
Jetzt, da sich unsere einleitenden Operationen kraft des erhabenen Einflusses Eurer Majestät einem günstigen Abschluß nähern, haben der Kaiserliche Generalstab und die Regierung nach einer seit Ende Februar betriebenen sorgfältigen Beurteilung unserer bisherigen Kriegserfolge und deren Auswirkungen sowie der veränderten Weltlage und des gegenwärtigen Kriegspotentials unseres Reiches die "Allgemeinen Richtlinien für die weitere Kriegführung" angenommen. Wir werden sie jetzt näher erläutern.
1. In bezug auf die im Krieg gegen die Vereinigten Staaten und Britannien künftig anzuwendenden allgemeinen Richtlinien für die Kriegführung:
In Erwartung eines längeren Krieges müssen verschiedene Maßnahmen geplant und durchgeführt werden. Es wird nicht nur äußerst schwierig sein, die Vereinigten Staaten und Britannien in kurzer Zeit zu besiegen, sondern das Ende des Krieges läßt sich auch nicht durch einen Kompromiß herbeiführen.
Von wesentlicher Bedeutung ist der weitere Ausbau der seit Beginn der Feindseligkeiten errungenden glorreichen Siege durch die Ausnutzung der derzeitigen Kriegslage zur Schaffung eines politischen und strategischen Gefüges, das einem längeren Krieg widerstehen kann. Wir müssen im Rahmen unserer nationalen Stärke jeden möglichen Schritt tun, um die Vereinigten Staaten und Britannien in der Defensive zu halten. Jede in diesem Zusammenhang durchzuführende endgültige Maßnahme von lebenswichtiger Bedeutung wird gründlich geprüft und in jedem Falle Eurer Majestät zur Genehmigung unterbreitet werden.
2. In bezug auf die Notwendigkeit der Schaffung nationaler und militärischer Macht für die erfolgreiche Führung eines längeren Krieges:

Wir halten es für äußerst wichtig, auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung stets elastisch zu bleiben und den Aufbau unseres Kriegspotentials so zu betreiben, daß wir alles unternehmen können, was erforderlich ist, um der weiteren Entwicklung der Lage gewachsen zu sein.
Verliert nämlich eine im Krieg befindliche Nation auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung ihre Spannkraft und gelingt es ihr nicht, sich von einem Schlag des Feindes zu erholen, dann erreicht sie das erwünschte Ziel nicht, ganz gleich, welchen Sieg sie im weiteren Verlauf eventuell auch erringt. Genügend Beweis hierfür liefern die wertvollen Lehren aus der Kriegsgeschichte.
Wir haben daher in den für unser Reich aufgestellten Richtlinien für die Kriegführung besondere Betonung darauf gelegt, daß wir parallel zu den Maßnahmen zur Niederringung des Feindes das Kriegspotential der Nation in einem solchen Umfang aufbauen müssen, daß es den Anforderungen eines längeren Krieges gewachsen ist.
3. In bezug auf die Einführung neuer und entschiedenerer Maßnahmen für die Kriegführung.
Wir haben dargelegt, daß die Frage, ob neue und entschiedenere Maßnahmen für die Kriegführung zur Erreichung des für den Krieg im großostasiatischen Raum gesteckten Ziels getroffen werden sollen, erst nach sorgfältiger Prüfung bestimmter Punkte entschieden werden sollte, bei denen es sich nicht nur um die bisher erzielten Kriegserfolge, sondern auch um andere Punkte von umfassender und erheblicher Wichtigkeit handelt, wie etwa um die nationale Stärke des Feindes und unsere eigene – besonders die Steigerung der Kampfkraft auf beiden Seiten; um den Fortgang unserer Operationen, unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu China, den deutsch-sowjetischen Krieg sowie um mehrere andere Faktoren.
Unter "entschiedeneren Maßnahmen für die Kriegführung" verstehen wir Maßnahmen wie die Invasion Indiens und Australiens.
4. In bezug auf die gegenüber der Sowjetunion unverzüglich zu ergreifenden Maßnahmen:
Wir haben dargelegt, daß die der Sowjetunion gegenüber zu ergreifenden Maßnahmen auf den festen Richtlinien basieren werden, die auf einer Verbindungskonferenz angenommen wurden. Im wesentlichen sahen diese Richtlinien vor:
a) Es sollen die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um die Ausweitung der Feindseligkeiten zu verhüten.
b) Japan soll für die Dauer der Operationen im Süden bis zum äußersten bestrebt sein, einen Krieg mit der Sowjetunion zu verhüten.
c) Während der Frieden zwischen Japan und der Sowjetunion erhalten wird, soll versucht werden zu verhindern, daß die Vereinigten Staaten und Britannien ihre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verstärken, und es sollen Anstrengungen unternommen werden, nach Möglichkeit die letztere den ersteren zu entfremden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß unsere militärischen Vorbereitungen gegen die Sowjetunion vernachlässigt werden; wir sind der Auffassung, daß alle nur möglichen Vorbereitungen getroffen werden sollten, um im Kriegsfall einen schnellen und entscheidenden Sieg erringen zu können.
Was einen Frieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion anbetrifft, besteht unter den gegenwärtigen Verhältnissen anscheinend überhaupt keine Hoffnung auf einen Kompromiß; wir befürchten aber, daß Vermittlungsbemühungen durch uns in dieser Richtung den japanisch-deutschen Beziehungen außerordentlich schaden und gleichzeitig das Risiko einer Komplikation in den japanisch-sowjetischen Beziehungen in sich bergen würden. Wir haben daher dargelegt, daß wir nicht beabsichtigen, irgendwelche entschlossenen Schritte im Richtung auf eine Vermittlung zu unternehmen.
5. In bezug auf die gegenüber Tschungking unverzüglich zu ergreifenden Maßnahmen:
Wir haben dargelegt, daß die Maßnahmen gegenüber Tschungking auf der auf der früheren Konferenz angenommenen Politik beruhen sollen, daß "unter Ausnutzung der im Tschungking-Regime herrschenden Unruhe, die durch unseren starken Druck auf einen seiner verwundbaren Punkte ausgelöst wurde, unsere Maßnahmen gegen Tschungking im richtigen Zeitpunkt von nachrichtendienstlicher Betätigung auf solche Aktionen verlagert werden, die zur Niederlage des Regimes führen. Zeitpunkt und Durchführungsart hierfür sollen auf einer Verbindungskonferenz beschlossen werden."
Inzwischen macht der Feldzug in Burma raschere Fortschritte als ursprünglich erwartet, und Rangun befindet sich bereits in unserer Hand. Wir glauben, daß unsere Fortschritte in Burma schon ernstliche Auswirkungen auf das Tschungking-Regime haben; da wir jedoch stark befürchten, daß jeder Versuch, das Tschungking-Regime zu einem zu frühen Zeitpunkt zur Unterwerfung zu zwingen, sich für uns ungünstig auswirken würde, beabsichtigen wir, dies bis zu einem später zu beschließenden Termin hinauszuschieben.
6. In bezug auf gegenüber Deutschland und Italien zu ergreifende Maßnahmen:
Da wir wissen, daß es für uns, wenn wir unsere Kriegsziele erreichen wollen, immer notwendiger wird, die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien zu verstärken, sind wir zu dem Entschluß gekommen, daß wir uns streng an die bisher schon verfolgte Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien halten müssen.

Wir legen diesen Bericht Eurer Majestät ehrerbietig vor.
13. März 1942
Ministerpräsident Tojo Hideki
Chef des Generalstabes der Marine Nagano Osami
Chef des Generalstabes des Heeres Sugiyama Gen

[157] *Aus dem Memorandum des Chefs der Abt. Fernost im State Department (Hamilton) vom 17. Juni 1942*

[...]
II. Mögliche Auswirkungen des Zusammenbruchs des organisierten chinesischen Widerstands
A. Auswirkungen auf Japan:
1. Das Hauptziel eines jeden japanischen Kabinetts, das seit dem Ausbruch des Krieges mit China im Jahre 1937 zur Macht gekommen ist, war "die Regelung des chinesischen Zwischenfalles". Seit Anfang 1939 ist dem japanischen Volke mehrfach und ausdrücklich versprochen worden, daß die Regierung mit allen Kräften versuchen werde, eine Beendigung der Feindseligkeiten in China herbeizuführen. Der Zusammenbruch des organisierten Widerstandes in China würde unzweifelhaft der Moral der Japaner einen großen Auftrieb geben. Zusammen mit den schon errungenen Siegen würde dieser Erfolg wahrscheinlich stark dazu beitragen, die Haltung der japanischen Öffentlichkeit zu stählen, so daß sie spätere Niederlagen und Katastrophen mit viel größerem Gleichmut ertragen wird, als man erwarten könnte, wenn die Feindseligkeiten in China weitergingen.

2. Die japanischen Propagandaleute würden einen großen Sieg in dem unter den Schlagworten "Asien den Asiaten" und "Die farbigen Rassen der Welt vereinigt unter japanischer Führung gegen die weiße Rasse" geführten psychologischen Feldzug für sich in Anspruch nehmen. Japan würde dann über das wesentliche Element verfügen, das ihm heute noch fehlt, um einen solchen Kampf mit Erfolg führen zu können. Der Zusammenbruch Chinas würde die psychologische Offensive der Achse gegen Indien und den Mittleren Osten außerordentlich unterstützen und aller Wahrscheinlichkeit nach die japanischen Bemühungen wesentlich erleichtern, die Bevölkerung der besetzten Länder einschließlich Chinas für die japanischen Kriegsanstrengungen einzuspannen. Psychologisch könnte Japan durchaus einen so sicheren Platz als Führer der asiatischen Rassen, wenn nicht aller farbigen Rassen der Welt, erringen, daß die Niederwerfung Japans durch die Vereinten Nationen vielleicht keineswegs endgültig wäre.
3. Man hat erklärt, daß Japan, selbst wenn der organisierte chinesische Widerstand zusammenbrechen sollte, gezwungen wäre, weiterhin starke Kräfte in China zu unterhalten. Von den beträchtlichen Truppen abgesehen, die Japan für seine offensiven Vorstöße – im Gegensatz zu den Operationen in Verbindung mit der Besetzung – benötigt, ist dies ohne Zweifel richtig und stände durchaus mit den Plänen Japans, eine große Kontinentalmacht zu werden, in Einklang. Es ist jedoch klar, daß die japanischen Truppen in China ihrer Zahl und Qualität nach, ebenso wie ihr Kriegsmaterial, reduziert werden könnten, wenn der organisierte chinesische Widerstand zusammenbrechen sollte. Das japanische Kriegspotential würde dadurch einen wesentlichen Zuwachs erhalten...
8. Schlußfolgerung: Wenn der organisierte chinesische Widerstand zusammenbricht, würde die Sache der Vereinten Nationen erheblichen Schaden nehmen, weil dann das wichtigste Moment in der Bekämpfung der japanischen psychologischen Kriegführung wegfiele, die amerikanische Moral sänke, außerdem durch den Prestigeverlust, durch den Verlust bestimmter wichtiger strategischer Rohstoffe und durch den Verlust der Hilfe eines Alliierten in der Nähe unseres Feindes und durch den Wegfall der Wirkung des Widerstandes der Guerillagruppen und der Zivilbevölkerung in einem vom Feind besetzten wichtigen Gebiet.
III. Chinas Beitrag zum Krieg gegen Japan
1. China, die größte orientalische Macht, verhindert mit seinem Krieg gegen Japan den Erfolg der japanischen psychologischen Kriegführung und bildet die wirksamste Handhabe, die den Vereinten Nationen heute im Kampf gegen die japanischen Bemühungen zur Verfügung steht, einen Rassenkrieg zu entfachen.
2. China zwingt Japan, einen großen Teil seiner militärischen Kraft zu Lande und in der Luft auf dem chinesischen Kriegsschauplatz einzusetzen.
3. China zwingt Japan, Kriegsmaterial und Schiffsraum einzusetzen, das bzw. der sonst auf anderen Kriegsschauplätzen eingesetzt werden könnte, gleichgültig, ob dort zur Zeit Kampfhandlungen im Gange sind oder nicht.
4. China hindert Japan an der uneingeschränkten Ausnutzung der von Japan in China besetzten Gebiete und der dort vorhandenen Hilfsquellen.
5. Die Fortsetzung des organisierten chinesischen Widerstandes gibt den Vereinten Nationen die

Möglichkeit, großangelegte Luft- und möglicherweise auch Landoperationen gegen Japan vorzubereiten und durchzuführen. Die Vereinigten Staaten werden bald die größte Luftmacht der Welt sein. Vor allem schwere Luftangriffe auf die Industriezentren können Japan empfindlich treffen.
6. China trägt wirksam zur allgemeinen Schwächung des japanischen Kriegspotentials bei.
7. China produziert große Mengen wichtiger strategischer Rohstoffe, die von den Vereinten Nationen benötigt werden – Antimon, Wolfram, Zinn, Seide, Borsten und Schweröl.
8. China ist in der Lage, jedes Unternehmen zur Wiedereroberung Burmas – eines strategisch außerordentlich wichtigen Gebietes – wirksam zu unterstützen.
9. China trägt zur Minderung der japanischen Moral durch Fortsetzung des Widerstandes bei.
10. Zusammenfassung. China bindet gegenwärtig starke japanische Kräfte mit großen Mengen an Kriegsmaterial, bildet den entscheidenden Faktor in der psychologischen Kriegführung gegen Japan und hindert Japan an der Verwirklichung der Einigung Asiens, schwächt das japanische Kriegspotential auf anderen Kriegsschauplätzen, hindert Japan an der Ausnutzung seiner Eroberungen in China, beherrscht Gebiete, die von entscheidender Bedeutung für zukünftige Luft- und Landoperationen der Streitkräfte der Vereinten Nationen werden können, und schwächt die Kriegsmoral Japans durch hartnäckige Ablehnung des japanischen Programms, das unter dem Schlagwort "Asien den Asiaten" steht.

[158] *Gemeinsame Direktive der Teilstreitkräfte für Angriffsoperationen im Abschnitt Südwestpazifik, vereinbart von den US-Stabchefs am 2. Juli 1942*

1. Ziel: Durchführung von Angriffsoperationen, deren endgültiges Ziel die Eroberung und Besetzung des Gebietes von Neu-Britannien – Neu-Irland – Neuguinea ist.
2. Zweck: Sperrung des Gebiets für Japan.
3. Aufgaben:
a) Aufgabe eins: Eroberung und Besetzung der Santa Cruz-Inseln, Tulagis und benachbarter Positionen.
b) Aufgabe zwei: Eroberung und Besetzung der übrigen Inseln der Salomonen-Gruppe, von Lae, Salamaua und der Nordküste von Neuguinea.
c) Aufgabe drei: Eroberung und Besetzung von Rabaul und benachbarter Positionen im Raum Neuguinea – Neu-Irland.
4. Allgemeine Anweisungen:
a) Die Zusammensetzung der einzusetzenden Verbände, die Festsetzung der Zeitpunkte für die (einzelnen) Aufgaben sowie die Kommandostruktur werden durch die US-Stabchefs bestimmt.
b) Für Planungszwecke wird als Durchführungstermin für Aufgabe eins vorläufig der 1. August 1942 angesetzt.
c) Die an den taktischen Operationen beteiligten amphibischen Verbände unterstehen während der Durchführung aller drei Aufgaben dem (betreffenden) Befehlshaber des Marineeinsatzverbandes unmittelbar.
d) Die Zurückziehung der der Marine vorübergehend unterstellten Einheiten der US-Flotte kann durch die US-Stabchefs nach Abschluß einer bestimmten Phase der Operation befohlen werden für den Fall,
1. daß sich Verhältnisse ergeben, durch die die Flugzeugträger über Gebühr gefährdet werden;
2. daß in anderen Abschnitten des Pazifiks ein Notfall eintritt, der zu ihrer Zurückziehung zwingt.
e) Mit Wirkung vom 1. August 1942 gilt als östliche Begrenzung des Abschnitts Südwestpazifik und als westliche Begrenzung des Abschnitts Südpazifik – südwärts vom Äquator – der einhundertneunundfünfzigste östliche Längengrad.
5. Kräfte:
a) Die zur Zeit unter dem Kommando des Obersten Befehlshabers des Abschnitts Südwestpazifik stehenden Land-, Luft- und Seestreitkräfte.
b) Mindestens zwei Flugzeugträger mit Begleitkreuzern und -zerstörern sowie der Amphibische Verband Südpazifik mit den erforderlichen Transportverbänden.
c) Flugzeugstaffeln der Marine-Infanterie sowie verfügbare an Land stationierte Flugzeuge zur Luftunterstützung im Abschnitt Südpazifik.
d) Gegenwärtig im Abschnitt Südpazifik stationierte Besatzungstruppen des Heeres zur Besetzung von Tulagi und Nachbarinseln; Truppen aus Australien zur Errichtung weiterer erforderlicher Garnisonen.

6. Führung:
a) Aufgabe eins – Eroberung und Besetzung der Santa-Cruz-Inseln, Tulagis und benachbarter Positionen.
1. Der Führer des Einsatzverbandes wird durch den Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte bestimmt.
2. Die erforderlichen Marineverstärkungen und an Land stationierten Flugzeuge zur Luftunterstützung werden durch den Obersten Befehlshaber des Abschnitts Südwestpazifik abgestellt, der auch für die Abriegelung westlich des Operationsgebietes operierender feindlicher Luftwaffen- und Marineverbände sorgt.
b) Aufgabe zwei – Eroberung und Besetzung der übrigen Inseln der Salomonen-Gruppe, von Lae, Salamaua und der Nordküste von Neuguinea. Die an dieser Operation beteiligten Einsatzverbände werden dem Obersten Befehlshaber des Abschnitts Südwestpazifik unterstellt.
c) Aufgabe drei – Eroberung und Besetzung von Rabaul und benachbarter Positionen im Raum Neuguinea – Neu-Irland. Die an dieser Operation beteiligten Einsatzverbände werden dem Obersten Befehlshaber des Abschnitts Südwestpazifik unterstellt.

[159] *Aus der Besprechung Gen. Jodl mit dem japanischen V. Admiral Nomura und Gen. Lt. Banzai vom 5. 8. 1942*

[...]
Wenn Sowjet-Union geschlagen, Krieg entschieden. Japan könne durch den vorerwähnten Einsatz erheblich dazu beitragen. Auch Führer halte japanischen Angriff auf sowjetrussischen Fernen Osten nur für ratsam, wenn einwandfreie japanische Überlegenheit und Sicherheit schneller Erledigung gegeben. Sonst Schaffung neuen Kriegsschauplatzes für Japan zu große Belastung.
Sowjet-Union ziehe z. Zt. Kräfte vom fernen Osten nach Westen ab, bisher 3 bis 4 Divisionen.
c) Westfront.
Früher schwach, jetzt erheblich verstärkt. Starke bewegliche Reserven, die schnell an jede mögliche Landestelle geworfen werden könnten.
2.) V. A. Nomura:
Grundbeurteilung der Lage wie in Deutschland. Japanische Wehrmacht noch drei Aufgaben:
Indien,
Australien und
Indischer Ozean.
Deutschlands Aufgaben in diesem Zusammenhange:
Mittlerer Osten und
Mittelmeer.
Die Operationen für die vorgenannten japanischen Ziele seien in Vorbereitung, lediglich Zeitpunkt Durchführung noch offen. Deutsche fragten immer: warum Japan nicht stärker offensiv auch mit Überwasserstreitkräften im westl. Indischen Ozean? In diesem Seegebiet hätten die Anglo-Amerikaner indessen sowohl viele Flugplätze an allen Küsten und auf den umliegenden Inseln, als auch erhebliche Seestreitkräfte (3 Schlachtschiffe und 2 Flugzeugträger). Feindliche Aufklärung deshalb gut. Englische Seestärke dort nicht zu unterschätzen. Das Seegebiet, in dem feindliche Geleitzüge angegriffen werden müßten, um Wirkung zu erzielen, liege ebensoweit von Tokio entfernt wie St. Franzisko.
Japanische Kriegsmarine sei z. Zt. für eine Seekriegführung auf so weite Entfernungen nicht vorbereitet. Besonders gute Vorbereitungen aber nötig.
Japanische Kriegsmarine sei in weiten Gebieten bereits eingesetzt gewesen, Schiffe deshalb augenblicklich wiederherstellungsbedürftig; müßten auch docken wegen Geschwindigkeitsabnahme infolge starker Bewachsung.
Schlechte Zeit für Operationen im westl. Indischen Ozean wegen Monsunen. Bordflugzeuge können zwar katapultiert, aber wegen schwerer See nicht wieder eingesetzt werden. Einsatz japanischer Flugzeugträger ohne Zerstörerschutz erfahrungsgemäß nicht möglich. Mitnahme von Zerstörern bedinge Ölabgabe; diese – gleichfalls erfahrungsgemäß – unmöglich.
U-Boote wären eingesetzt, müßten indessen verhältnismäßig oft zu ihren weiter abliegenden Stützpunkten zurück. U-Boots-Einsatz würde indessen allmählich vermehrt. Operationen von Seestreitkräften (Seeschlacht) ohne Flugzeuge unmöglich und sehr gefährlich. Verhältnisse seien ähnlich wie s. Zt. für deutsche Kriegsmarine in Dänemarkstraße.
Taktische und strategische Gedanken Japans seien von denen Deutschlands verschieden. Japanische Kriegsmarine müßte darauf eingestellt sein, in erster Linie feindliche Kriegsschiffe zu vernichten, um Seeherrschaft zu erringen und behaupten zu können; auch U-Boote müßten diesem Zweck dienen.

Auf deutscher Seite Überwasserstreitkräfte zu schwach. U-Boote müßten vornehmlich feindl. Handelsschiffahrt angreifen. Japanische Kriegsmarine habe drei Fronten zu beherrschen, nämlich nach Osten, Süden und Westen. Mehr zuviel.
Japan würde sich allmählich über Indien vorarbeiten, Deutschland, Italien entsprechend im mittleren Osten. [Handschriftliche Notiz von Fricke: "Einer Koalitionskriegführung müssen u. U. eigene Ziele den gemeinsamen Interessen untergeordnet werden".] Man solle von Japan nicht zuviel verlangen.
Beiderseitiges Vertrauen nötig; Japan würde alles tun, was möglich.
3. Generallt. *Banzai:*
Vor 1 1/2 Jahren sei Entschluß gefaßt worden, japanischen Angriff nach Süden durchzuführen, obwohl man eigentlich lieber nach Norden gegangen wäre. Nachdem Südangriff nun einmal angelaufen, schwer auch noch Nord anzufassen. Für Japan. Armee vielleicht noch möglich; Luftwaffe aber zuviel Aufgaben und in zu weiten Räumen.
B. habe selbst in Mandschurei Operationspläne ausgearbeitet. Ohne Luftwaffe nicht zu machen z. B. Wladiwostock, wie Sewastopol gezeigt habe. China verschlucke zuviel von der japan. Luftwaffe. Deutschland brauche nicht zu sorgen, daß Japan nicht weiter wolle. Dies sei nicht der Fall, aber Pause für gründliche Vorbereitung weiterer Operationen nötig.
Deutscher Angriff auf Ägypten wichtig. Die Art der deutschen Operationen zu kennen, sei für Japan wegen der eigenen Operationsabsichten wichtig.
[...]

[160] *Japanische Kriegsziele*

Das japanische Informationsamt gab am 1. November [1942] die Ernennung des Staatsministers Tazuo Aoki zum ersten Minister für die Angelegenheiten Großostasiens bekannt. Der bisherige Stellvertretende Außenminister Kumaitschi Yamamoto wurde zum Stellvertretenden Minister des Ministeriums für Großostasien ernannt. Zum Stellvertretenden Außenminister wurde Schunitschi Matsumoto ernannt. Nach seiner Amtseinführung erklärte Minister Aoki vor der Presse u. a.:

Der Aufbau Großostasiens ist mit der Fortführung des Krieges untrennbar verbunden. Dieser Aufbaukrieg zielt auf die Schaffung einer Neuordnung ab, die auf der Moral und auf dem Recht beruhen wird und in der ein Großostasien verwirklicht werden soll, in dem alle Länder und Völker dieser Sphäre den ihnen zukommenden Platz einnehmen werden und in dem Japan den Mittelpunkt bilden wird. Die Stärkung und Ergänzung der Kräfte der Nation stellt das dringende Gebot des Augenblicks dar. Aus diesem Grund muß die Regierung immer enger mit dem Oberkommando zusammenarbeiten und gleichzeitig eine beschleunigte Führung der Geschäfte nach einem einheitlichen und umfassenden System sicherstellen. Das Ministerium für die Angelegenheiten Großostasiens wurde gebildet, um diesem dringenden Erfordernis gerecht zu werden. Unter der Führung des Tenno wurden durch die Heldentaten unserer Wehrmacht im Krieg um Großostasien glänzende Siege errungen und unsere unerschütterliche Position auf eine sichere Grundlage gestellt. Die Aufgabe der siegreichen Fortführung des Krieges und des Aufbaues der großostasiatischen Wohlstandssphäre ist eine so ungeheure, daß sie in der Geschichte nicht ihresgleichen findet. Aus diesem Grund ist es nötig, die uns mit den verbündeten und befreundeten Mächten verbindenden Bande zu stärken und im Innern die Einigkeit unseres Hundertmillionenvolkes noch weiter zu festigen, so daß die Gesamtkraft und der unbezähmbare Geist unseres Volkes voll zur Geltung kommen können.

[161] *'Koalitionskriegführung' der 'Achse' Berlin-Rom-Tokio*

Am 9. Dezember 1942 gab der japanische Ministerpräsident Tojo vor Vertretern der deutschen und italienischen Presse eine Erklärung ab, in der er auf den ersten Jahrestag des deutsch-japanisch-italienischen Abkommens vom 11. Dezember 1941 hinwies und u. a. wörtlich sagte: "Seit die Achsenmächte sich damals verbündeten, den Krieg gegen England und die USA bis zum erfolgreichen Ende durchzukämpfen, keinen Sonderfrieden abzuschließen und am Aufbau einer neuen Weltordnung auch nach dem Kriege engstens zusammenzuarbeiten, ist aus den Kriegen in Europa und Asien ein einziger großer Kampf geworden, in dessen Rahmen die drei Mächte ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gemeinsam einsetzen. Im Laufe dieses ersten Kriegsjahres sind sämtliche anglo-amerikanischen Stützpunkte in Ostasien in japanische Hände gefallen. Großostasien hat damit im großen und ganzen seine eigentliche

Gestalt zurückgewonnen. Japan hat eine Lage geschaffen, die den vollen Sieg sicherstellt. Von dieser Stellung aus kann es den Krieg, auch wenn er lange dauert, bis zum Endsieg durchkämpfen."

Japan führe einen heiligen Krieg, dessen Ziel nicht die Gewinnung von Rohstoffen sei, sondern die Sicherstellung eines dauernden Friedens. Es strebe eine neue Ordnung auf moralischer und ethischer Grundlage an, die allen Völkern den ihnen gebührenden Raum gewährt. Japan, Deutschland und Italien seien durch diese Idee auf das engste verbunden. Tojo gab seiner Bewunderung für die Waffenerfolge und großen Beiträge Deutschlands und Italiens bei der Erringung des Endsieges Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß diese Zusammenarbeit auf geistigem und materiellem Gebiet noch länger währen werde. Über die wirtschaftliche Lage Japans sagte der Ministerpräsident:

"Der Rohstoffreichtum, der uns als Ergebnis der Kriegserfolge zufiel, wird schon heute weitestgehend in der japanischen Kriegsindustrie eingesetzt. Dem Mut unserer Soldaten verdanken wir, daß der Feind sein Verschwörungsprogramm vor seiner Kapitulation nur teilweise durchführen konnte und daß beispielsweise auf dem Gebiete des Erdöls unsere Produktion heute beträchtlich höher ist, als wir zuerst erwartet hatten. Die Erfolge der Aufbauarbeit in den Südgebieten hat die Ölversorgung Japans in diesem Kriege auf jeden Fall sichergestellt. Ich habe es immer als Ehrenpflicht betrachtet, daß ein Teil der Rohstoffe auch einen Beitrag zur Kriegführung Deutschlands und Italiens leistet."

ZWEITER TEIL:

Die "Pazifizierung" der Aggressoren durch die Anti-Hitler-Koalition 1943—1945

13. KAPITEL

ALLIIERTE-SOWJETISCHE KRIEGS- UND OPERATIONZIELE (1943) IM ZEICHEN DER "GERMANY-FIRST"-STRATEGIE

Das Kriegsjahr 1943 stand bereits ganz im Zeichen der Initiative der Alliierten und der Sowjetunion auf allen Kriegsschauplätzen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die Mobilisierung des Wehrpotentials, die Koordinierung der Großen Strategie und die Aktivität auf dem Felde der Diplomatie und Propaganda galten einzig und allein der vollständigen Niederwerfung der gemeinsamen Feinde in Europa und Asien. Der Kampf um die "Pazifizierung" der Aggressoren im Geiste des "Kreuzzeuges" für die Demokratie hatte mit aller Macht eingesetzt.

Mit der nicht improvisierten Forderung nach einer "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands, Italiens und Japans, die Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 [163] verkündeten und der sich Stalin in einem Tagesbefehl vom 1. Mai 1943 anschloß, begann die eigentlich entscheidende Phase der alliierten Kriegszielpolitik. Sie war letzten Endes Ausdruck einer "tabula rasa"-Politik, einer Politik der freien Hand für die Verbündeten, die sich nach den Erfahrungen der Jahre 1917/1918 unter keinen Umständen durch irgendwelche Zugeständnisse an die Besiegten festlegen wollten, um die Nachkriegsordnung und -politik ganz nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen gestalten zu können. Möglicherweise war diese Formel aber auch ein Element zur Stabilisierung der "unnatürlichen" Koalition, nachdem Gerüchte über deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen in Schweden (1942/1943) nach Washington gedrungen waren. Offenbar wollten die Alliierten Stalin, der sich durch das Ausbleiben der zweiten Front in Frankreich brüskiert fühlte, von ihrer kompromißlosen Haltung überzeugen, daß sie nicht eher ruhen und rasten würden, bis der Gegner bedingungslos die Waffen gegenüber Ost und West gestreckt hatte. Daß diese öffentlich proklamierte Forderung psychologisch äußerst ungeschickt gewesen ist und für die deutsche Opposition gegen Hitler einen schweren Rückschlag bedeutete, kann nicht bestritten werden. Es war eben bezeichnend für die Einstellung der führenden westlichen Politiker, daß sie alle Widerstandsgruppen, die in Europa gegen den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzungsmacht kämpften, moralisch und materiell unterstützten, von der Existenz einer deutschen Opposition aber nichts zu wissen wünschten. Freilich kann man kaum behaupten, daß die Forderung von Casablanca den Krieg verlängert hat. Hitler hätte auch bei gemäßigteren Bedingungen seiner Gegner den Krieg nicht früher beendet, da es für ihn nur die Alternative Sieg oder Untergang gab. Er und seine engsten Vertrauen wußten, daß die conditio sine qua non der Alliierten ihr eigener Abtritt von der Weltbühne sein würde. Im übrigen hätte die Bekanntgabe der Teilung, der völligen Entwaffnung und der Reparationen Deutschlands als alliierte Kriegsziele noch weit entmutigender auf die deutsche Bevölkerung gewirkt.

Die Sowjetunion hatte unter dem Eindruck der militärischen Lage und der britischen Haltung ihre politischen Forderungen zunächst zurückgestellt. Angesichts des wachsenden militärischen Übergewichts und der Bedeutung der Roten Armee an der europäischen Landfront brachte sie diese aber erneut zur Sprache. Tatsächlich gelang es Stalin, seinen Bündnispartnern – auch als Kompensation für die fehlende Zweite Front [166] – gewisse territoriale Zugeständnisse abzuringen. Im übrigen ließ er erkennen, daß sein Land nur an einem mit der Sowjetunion eng verbundenen Polen interessiert sei. Gleichzeitig förderte er geschickt und systematisch die Selbstverharmlosung des bolschewistischen Regimes, indem er im Mai 1943 die Kommunistische Internationale auflöste [165] und später ein "Bündnis" mit der orthodoxen Kirche einging.

Zu dieser Politik gehörten sowohl die Erklärung vom 30. 10. 1943, nicht mit Waffengewalt in Territorien anderer Staaten eigene politische Ziele zu verfolgen, als auch die Proklamation Stalins vom 6. 11. 1943, in der er betonte, die Sowjetunion kämpfe für den Sieg der verbündeten Länder über "Hitler-Deutschland" zur Befreiung der unterjochten Völker, für das volle Recht und die Freiheit der befreiten Völker Europas, selbst die Frage ihrer staatlichen Einheit zu entscheiden; für eine Ordnung in Europa, die die Möglichkeit neuer Aggressionen ausschließe, und schließlich für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit der Völker, die von gegenseitigem Vertrauen getragen sein müsse.

Auf militärischem Gebiet stand die Führung der Großen Koalition vor der entscheidenden Frage, wie die gemeinsamen bzw. getrennten Operationen – auf allen Kriegsschauplätzen – weiterhin am zweckmäßigsten koordiniert werden konnten, an welchen Fronten der Sturm auf die "Festung Europa" konzentrisch eingeleitet und wie in der gleichen Zeit der Krieg im Pazifik geführt werden sollte. Daß die sog. Anti-Hitler-Koalition ihre Gegner militärisch niederwerfen würde, schon auf Grund ihrer weit überlegenen personellen und materiellen Reserven, – darüber bestand kein Zweifel mehr; nur das Wie und Wann löste z. T. leidenschaftliche Kontroversen aus. Während die militärische Zusammenarbeit und Koordinierung der Operationen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion von Anfang an zu wünschen übrig ließ, im Grunde über den Austausch bestimmter Informationen und einige Gipfelkonferenzen nicht nennenswert hinauskam – das Mißtrauen in Moskau war zu groß –, legten die anglo-amerikanischen Politiker und Planer 1943 auf drei großen Konferenzen ihre gemeinsamen Ziele fest. In Anfa (bei Casablanca/Marokko) einigten sich Roosevelt und Churchill mit den Vereinigten Stabschefs darauf, mit Vorrang den Krieg in Europa zu beenden. Nach dem Feldzug in Tunesien sollte Sizilien im Juni oder Juli 1943 erobert und damit das Sprungbrett für die Besetzung Italiens gewonnen werden [162] [163]. Gleichzeitig sollten die Franzosen in Nordafrika wiederbewaffnet werden, um sie am Kampf auf dem Kontinent beteiligen zu können. Das Unternehmen "Overlord" (Landung in Frankreich) wurde gegen den Widerstand der amerikanischen Planer auf das Jahr 1944 verschoben, da die materiellen Voraussetzungen in keiner Weise gegeben zu sein schienen. Jedoch wurden die Grundsätze für den systematischen Bombenterror gegen Deutschland festgelegt. Für den pazifischen Kriegsschauplatz beschlossen die beiden Bündnispartner, den Gegenangriff durch den Zentral- und Südwestpazifik in Richtung auf die Philippinen vorzutreiben und weitere US-Luftbasen in China zu errichten.

Im Mai 1943 trafen sich Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Washington ("Trident") zur erneuten Abstimmung ihrer Planungen und Operationen [164]. Inzwischen war der Feldzug in Nordafrika siegreich beendet und der U-Bootkrieg in der fünften Phase der Schlacht im Atlantik endgültig zugunsten der Alliierten entschieden worden, so daß damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der amphibischen Operation in Europa gewährleistet war. Zunächst konzentrierten die Anglo-Amerikaner ihre militärischen Anstrengungen auf die Niederwerfung Italiens. Nach der Eroberung Siziliens sollte Italien angegriffen und gleichzeitig die Ölfelder von Plösti von den Basen im Mittelmeer aus zerstört werden. Im Prinzip einigten sich beide Seiten, den 1. Mai 1944 als Termin für die Invasion in Nordfrankreich vorzusehen. Die Landung sollte durch eine weiträumige Luftoffensive der alliierten Bomber-Kommandos gegen das wirtschaftliche und militärische Potential Deutschlands vorbereitet werden.

Im Zuge der im Januar 1943 beschlossenen "Combined Bomber Offensive" setzten am 10. Juni 1943 die großen Luftangriffe gegen das Reich ein. Im Juli 1943 wurde Hamburg fünf Mal schwer getroffen.

Schließlich stand auch die Konferenz von Quebec (August 1943) ganz im Zeichen der Koordinierung der alliierten Strategie [167]. General Morgan, der Chef des Generalstabes des Obersten Befehlshabers Europa (Eisenhower) hatte am 15. 7. den Vereinigten Stabchefs einen Operationsentwurf für "Overlord" (Nordfrankreich) und "Anvil" (Südfrankreich) vorgelegt. Am 23. 8. wurde die "Invasion" endgültig

als erstes Erd- und Luftziel für das Kriegsjahr 1944 angenommen und Stalin davon benachrichtigt.

Der Vormarsch im Pazifik sollte sowohl duch den Zentralpazifik als auch durch den Südwestpazifik erfolgen: im Zentralpazifik mit der Rückeroberung der Gilbert- und Marshall-Inseln, im Südwestpazifik mit der Neutralisierung Rabauls und Neu-Guineas. Manus und Kavieng mußten als Basen gesichert werden, um von dort aus den weiteren Vorstoß unterstützen zu können. Außerdem wurde die Offensive in Burma auf den Februar 1944 festgelegt und zur Vereinfachung der Kdo.-Struktur im Pazifik ein neues Südostasien-Kdo. unter Admiral Lord Mountbatten (General Stilwell als Stellvertreter) geschaffen.

DOKUMENTE

[162] *Landung auf Sizilien*

KRIEGSKABINETT
Gemeinsamer Planungsstab
Operation "Husky"
Bericht des Gemeinsamen Planungsstabs
10. Januar 1943

1. Wie angewiesen, fügen wir eine Lagebeurteilung und einen allgemeinen Plan für die Operation "HUSKY" bei.

Bedingungen, unter denen die Operation stattfinden kann.

2. Bevor die Operation überhaupt stattfinden kann, müssen sämtliche feindlichen Luftstreitkräfte soweit reduziert werden, daß unsere Luftherrschaft gesichert ist. Ein gewisses Übergewicht über die U-Boote der Achsenmächte muß ebenfalls erzielt worden sein.

Termin

3. Die geplante Operation geht weit über die britischen Hilfsquellen hinaus und muß etwa zu 50 % auf amerikanische Beteiligung abgestützt werden.
Wir halten es für unmöglich, den Termin, an dem der Sturmangriff durchgeführt werden kann, vorherzusagen, aber wir können sämtliche ausgebildeten britischen Kräfte erst Ende Juli bereitstellen.

Erfolgsaussichten

4. Wir hegen hinsichtlich der Erfolgschancen Zweifel bei einer Streitmacht, die auch deutsche Verbände umfaßt.

Informationen über Strände

5. Wir sind zur Zeit aufgrund des Fehlens ausreichender Informationen über die Strände, insbesondere unterhalb der Wasseroberfläche, ernsthaft in unseren Möglichkeiten eingeschränkt.
Daher ist dringend erforderlich:
a) Erkundung der Strände durch Unterseeboote,
b) Luftaufnahmen von den Stränden.
Erst wenn wir diese Informationen haben, können wir mit der detaillierten Planung beginnen.

Planung

6. Da die Streitkräfte von den beiden Seiten des Mittelmeers herangeführt werden müssen, und auch von außerhalb dieses Bereiches, wird der Planungsprozeß äußerst kompliziert sein.

gez. C. E. Lambe
G. M. Stewart
W. Elliot

Raum des Kriegskabinetts, den 10. Januar 1943.

Anhang I.
LAGEBEURTEILUNG

Zielsetzung

1. Sizilien erobern und halten.

Annahmen

2. a) Die Alliierten sind fest im gesamten Bereich Französisch- und Italienisch-Nordafrikas etabliert.
b) Sardinien und Pantellaria verbleiben in den Händen der Achsenmächte.

ALLGEMEINE ÜBERLEGUNGEN

Pantellaria und Malta

3. Pantellaria und Malta liegen 65 Meilen von der Südküste Siziliens entfernt. Wenn beide den Alliierten zum Einsatz zur Verfügung stünden, könnten wir unseren Schiffen und Angriffskräften ein angemessenes Maß an Luftschutz gewähren. Die Eroberung von Pantellaria ist jedoch eine gewaltige Aufgabe. Unter der Voraussetzung, daß die italienische Flugbasis dort für die Dauer der kritischen Periode des Sturmangriffs durch Luftaktionen von Tunis aus ausgeschaltet wird, halten wir die Eroberung der Insel nicht für einen wesentlichen ersten Schritt zum Angriff auf Sizilien.
Es ist wesentlich, daß Malta zu maximaler offensiver Schlagkraft ausgebaut wird. Daher müssen Schritte zur Vergrößerung der Flugplätze und, falls erforderlich, zur Verbesserung der Auflockerungsmöglichkeiten unternommen werden.

Wetter, Gelände und Küstenverteidigung

4. Aus der Anlage A kann folgendes entnommen werden:
Wetter:
Während des Sommers eignet sich das Wetter im allgemeinen für Strandlandungen, Strandverteidigung und für Luftoperationen.
Gelände:
a) Kfz. werden vorwiegend an Straßen und Wege gebunden sein, während Panzer in gewissen Gebieten, insbesondere im Küstenbereich, in der unmittelbaren Umgebung von Katania und in der Südostecke der Insel operieren könnten.
b) Außer in den Küstenbereichen gibt es wenig natürliche Deckung gegen Luftangriffe.
Küstenverteidigungsanlagen:
a) Ein direkter Angriff auf Messina, Palermo, Augusta, Syrakus oder Trapani ist nicht durchführbar.
b) Ein Sturmangriff auf Katania ist möglich, wenn vor dem Angriff die beiden Küstenbatterien, die den Strand Nr. 2 (siehe Karte "B") sichern, ausgeschaltet werden.
c) Die Straße von Messina wird sowohl mit Küstenartillerie als auch durch Verminung gesichert und kann daher von den Überwasserschiffen und Unterseebooten der Alliierten nicht befahren werden.
d) Mit Küstenverteidigungsanlagen ist überall zu rechnen, insbesondere an der Südküste und im Gebiet von Katania.
e) Abteilungen, die auf dem "ZEH" Italiens mit dem Ziel landen, Zerstörungen durchzuführen, müssen erwarten, auf Widerstand zu stoßen. Es werden daher Sicherungsgruppen für ihren Schutz erforderlich sein.

Strände

5. Die über die Strände vorliegenden Informationen sind dürftig, insbesondere hinsichtlich der Böschungsneigung. Es werden daher genauere Informationen benötigt, bevor wir entscheiden können, ob die eingesetzten Kräfte angemessen unterstützt und bevor ein genauer Plan ausgearbeitet werden kann. Die zur Zeit bekannten Einzelheiten sind in der Anlage "B" aufgeführt.
6. Aus den uns zur Verfügung stehenden Informationen ziehen wir folgende Schlüsse:
a) Katania: – Dort gibt es unmittelbar südlich von Katania einen guten, für die Anlandung einer großen Streitmacht geeigneten Strand.
b) Südostecke: – Dort gibt es in jedem der nachstehend aufgeführten Gebiete Strände, die sich für die Landung eines Verbandes von etwa Divisionsstärke eignen:
Avola, Pozallo, Gela.
c) Sciacca-Marinella: – Über diese Strände könnte ein Verband von mehr als Divisionsstärke nicht gelandet und versorgt werden.
d) Palermo: – Im Golf von Castellamara könnte eine Division gelandet werden, und ein Verband von der Stärke einer Brigadegruppe sowohl in der Carini Bucht und möglicherweise südlich von Kap Zaffarano.

Nachschub

7. Das Problem des Nachschubs und der Unterstützung wird in den Anlagen "C" und "F" behandelt und geprüft. Hieraus schließen wir, daß wir die nachstehend aufgeführten Verbände auf der Insel versorgen und unterhalten können:
a) Über Katania, Augusta und Syrakus – 4 Divisionen mit den erforderlichen Luftstreitkräften, während des ersten Monats, und danach 6 Divisionen.
b) Über Palermo – 2 Divisionen mit den erforderlichen Luftstreitkräften, für einen Monat, und danach 4 Divisionen. In diesen Zahlen ist der Nachschub über die Strände nicht eingeschlossen.
8. Daher müssen wir zusätzliche Kräfte, die wir in diesen Gebieten einsetzen möchten, während

der ersten wenigen Wochen über die Strände anlanden und versorgen. Bevor die Durchführbarkeit dieses Plans definitiv bestimmt werden kann, muß eine mehr ins einzelne gehende Studie ausgearbeitet werden.

Seestreitkräfte

9. Die Iststärke der italienischen Flotte dürfte von der folgenden Größenordnung sein:
 6 Schlachtschiffe
 2 8-Zoll Kreuzer
 6 kleine Kreuzer
16 Zerstörer
 1 Flugzeugträger

10. Wenn vorher Maßnahmen ergriffen werden, um die italienische Schlachtflotte in die Adria zu drängen und dort zu halten, ist man der Auffassung, daß durch Einsatz eines Großkampfschiff-Sicherungsverbandes im Südosten von Sizilien und Einsatz leichter Streitkräfte im Nordwesten den Landungen an beiden Seiten der Insel Schutz gegen Überwasserkräfte gegeben werden könnte.

Wenn jedoch die italienische Flotte ihre Basis in La Spezia oder Genua hat, könnte ein schwerer Sicherungsverband die Landungen nur an einer Seite der Insel decken, da wir den Feind nicht daran hindern können, die Straße von Messina zu benutzen.

11. Die britischen Seestreitkräfte, die für diese Operation vermutlich zur Verfügung stehen werden, werden nicht mehr als einen schweren Sicherungsverband stellen können.

12. Die Achsenmächte dürften die U-Bootkräfte im Mittelmeer noch verstärken und werden wahrscheinlich das Vorfeld zu den Stränden mit Entwicklung des Feldzuges im westlichen Mittelmeer verminen.

13. Zusammenfassung:

a) Wenn gleichzeitig an beiden Seiten der Insel Landungen vorgenommen werden sollen, so müssen wir vorher Maßnahmen ergreifen, mit dem Ziel, die italienische Schlachtflotte in die Adria zu drängen und dort zu halten. Sollte dies nicht möglich sein, so wird es notwendig sein, die Amerikaner aufzufordern, einen zweiten schweren Sicherungsverband zu stellen.

b) Wir müssen im Mittelmeer ein gewisses Maß an Überlegenheit über die U-Boote der Achsenmächte erreichen. Dies wird den ständigen Aufbau der U-Bootabwehr-Luftstreitkräfte auf dem gesamten Kriegsschauplatz erforderlich machen.

c) Vor den Sturmangriffen wird ein starker Minenräumverband zum Räumen der Strand-Vorfelder benötigt werden.

Luftstreitkräfte

Feind

14. Einzelheiten über die möglichen Dispositionen der Achsen-Luftwaffen und über das Ausmaß ihrer Offensivpläne sind in der Anlage "D" aufgeführt. Die Einrichtungen für die Versorgung und den Einsatz feindlicher Luftstreitkräfte im mittleren Gebiet des Mittelmeers zur Unterstützung Siziliens sind so beschaffen, daß die Luftstreitkräfte in diesem Gebiet schnell und leicht verstärkt werden können. Wir können außerdem davon ausgehen, daß diese Einrichtungen noch weiter ausgebaut werden. Es ist daher klar, daß der feindliche Widerstand in der Luft in diesem zentralen Bereich des Mittelmeers (und insbesondere die Stärke des Feindes an Jägern) erheblich reduziert werden muß. Dies wird durch Luftaktionen der Alliierten im gesamten Mittelmeerraum geschehen müssen und auch durch Luftoperationen in Westeuropa, und zwar mit dem Ziel, eine allgemeine Schwächung der deutschen Luftwaffe herbeizuführen und Abzüge aus dem Mittelmeerraum zu erzwingen.

Alliierte

15. Unter Ausnutzung der Küstenbasen in Malta und Tunis könnte praktisch längs der gesamten Küstenlinie, einschließlich des Gebietes im Norden und Nordosten des Ätna, Luftunterstützung gegeben werden. Erst wenn die Flugplätze im Südosten und im Gebiet Sciacca-Marinella erobert worden sind, wird es möglich sein, über den Gebieten von Kania und Palermo angemessenen Jägerschutz (sogar mit Trägerunterstützung für Palermo) zu stellen.

Für den Anflug und bei ersten Angriffen können Jäger wie folgt angesetzt werden:
Südostgebiet ... von Malta aus,
Westliches Gebiet ... von Tunis aus.

Die Lage der auf Sizilien zur Verfügung stehenden Flugplätze begünstigt eher die Inbesitznahme von Katania als Palermo.

Landstreitkräfte

16. Einzelheiten über die gegenwärtige Streitmacht der Achse und über das Tempo der Verstärkung sind in Anlage "E" aufgeführt. Hieraus ergibt sich in etwa:

a) Die größte Streitmacht, die der Feind auf der Insel einsetzen könnte, beläuft sich auf 8

Divisionen.
b) Mindestens 4 dieser 8 Divisionen könnten innerhalb von 2 bis 3 Tagen gegen jede Landung zusammengezogen werden.
c) Wenn der Feind nicht so stark auf der Insel vertreten sein sollte, so kann der Feind über Messina seine Kräfte sehr schnell aufbauen, und zwar mit einer deutschen oder 1 1/2 italienischen Division per Woche – allein mit der Fähre. Es dürfte möglich sein, dieses Tempo durch Luftmaßnahmen oder auf andere Weise herabzusetzen.

Überraschung
Strategisch.
17. Die Achsenmächte werden die Bedrohung Siziliens oder Sardiniens bereits erkannt haben, da sowohl auf Malta als auch in Nordafrika Vorbereitungen größeren Ausmaßes unvermeidbar getroffen werden müssen. Eine strategische Überraschung ist daher nicht möglich. Selbst wenn die Operation im Vereinigten Königreich oder in Amerika bzw. teilweise in Ägypten, angesetzt würde, so würde der lange Anmarsch von Gibraltar oder Alexandrien jede Chance einer strategischen Überraschung zunichte machen.
Taktisch.
18. Auf der Insel besteht ein Schiffs- und Flugabwehralarmsystem, und es wäre eine unsichere Sache, anzunehmen, daß es Strände auf der Insel gibt, die nicht bewacht werden. Es werden sicherlich am Tage Beobachtungsflüge durchgeführt. Ein gewisses Maß an taktischer Überraschung könnte möglicherweise an unseren Angriffspunkten durch Täuschungen erzielt werden. Was wir aber auch immer an Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, die Streitmacht auf Sizilien befindet sich höchstwahrscheinlich in einem Zustand hoher Bereitschaft.

Mögliche Ablaufpläne
19. A. – Eroberung des Palermo-Gebietes
B. – Eroberung des Katania-Gebietes
C. – Eroberung beider Gebiete.

Plan A (Palermo)
Vorteile
20. Diese Operation würde nur einen Marine-Sicherungsverband erfordern und könnte voll vom Westen aus angesetzt werden.
Nachteile
21. a) Wir belassen die Haupthäfen von Katania und Messina in Feindeshand.
b) Es könnte uns nicht gelingen, ausreichend starke Kräfte im Verlaufe des Angriffs anzulanden, bevor der Feind in der Lage ist, ausreichend starke Kräfte zusammenzuziehen, um uns hinauszuwerfen.
c) Wir greifen die Masse der Flugplätze nicht an, die ja im Osten der Insel liegen.
d) Die Deckung durch landgestützte Jäger über dem Gebiet wird schwach sein.

Plan B (Katania)
Vorteile
22. a) Die Angriffe können mit einer besseren Deckung durch landgestützte Jäger durchgeführt werden.
b) Wir sichern uns die Hauptflugplätze und Einrichtungen des Feindes sowie die einzigen Flugplätze auf der Insel, von denen aus wir Deckung über der Straße von Messina geben können.
c) Wir befinden uns in einer günstigeren Lage für eine Isolierung Messinas. Wenn dies einmal erreicht ist, wird sich der Feind für Nachschub auf Palermo beschränken müssen.
d) Dieses Gebiet bietet geschützte Gewässer für einen Nachschub vom Strand aus.
Nachteile
23. Obwohl wir 4 Divisionen über die Häfen im ersten Monat und später 6 Divisionen versorgen könnten, so würden diese zur Eroberung der Insel nicht genügen.

Plan C (Palermo und Katania)
Vorteile
24. a) Wir erzielen das bestmögliche Tempo für den Aufbau, blockieren dem Feind die Verwendung sämtlicher Haupthäfen, mit Ausnahme von Messina und blockieren den südlichen Landausgang von Messina.
b) Wir könnten die Fähigkeit des Feindes, sich zur Abwehr einer Landung zu konzentrieren, herabsetzen.
c) Wir machen dem Feinde die Nutzung sämtlicher Flugplätze auf der Insel zu einem frühen Zeitpunkt unmöglich.
d) Es ist der einzige Weg, die ganze Insel zu erobern, wenn der Feind über Stärke verfügt.
Nachteile
25. a) Es werden erheblich mehr Schiffe und Streitkräfte benötigt. Die beiden Gebiete können

sich nicht gegenseitig unterstützen. Wir müssen daher in beiden Bereichen in ausreichender Stärke landen, um im einzelnen Niederlagen zu vermeiden.
b) Es wird notwendig sein, zunächst die italienische Flotte die Adria hinauf zu treiben, wenn ein zweiter Sicherungsverband nicht zur Verfügung steht.

Schlußfolgerung aus den einzelnen Ablaufplänen

26. Zusammenfassung
a) Wenn Sizilien in dem erwarteten Ausmaß verstärkt worden ist oder verstärkt werden kann (siehe Absatz 16), ist Plan C der einzig mögliche Plan.
b) Wenn die feindlichen Landstreitkräfte auf Sizilien und die Fähigkeit der Achsenmächte, eine schnelle Verstärkung sowohl auf der Insel selbst als auch von außen her durchzuführen, geringer ist als vermutet, dann dürfte es zu rechtfertigen sein, die Angriffe auf einen Teil der Insel zu beschränken. In dem Falle sollte Plan B gewählt werden.

Allgemeiner Plan (Siehe Karten "A" und "C" der Anlage)

Allgemeines

27. a) Bereitstellung von Streitkräften – Zu Planungszwecken haben wir angenommen, daß Streitkräfte wie folgt bereitgestellt werden:
(i) Sciacca-Marinella und Palermo-Gebiete – Vereinigte Staaten
(ii) Südost- und Katania-Bereich – britische Streitkräfte.
b) L.S.T. (Panzerlandungsschiff) – Der Plan bedingt den Einsatz von 100 L.S.T. Aus den zur Zeit verfügbaren Informationen geht nicht hervor, ob sämtliche Strände für L.S.T. geeignet sind. Wenn nicht eine ausreichende Anzahl von L. S. T. eingesetzt werden kann, so wird es unmöglich sein, diesen Plan durchzuführen.
c) Malta – 90 L.C.I. (L) und 72 L.C.T. (Infanterielandungsboote und Panzerlandungsboote) werden von Malta aus eingesetzt. Wir gehen davon aus, daß Malta diese Fahrzeuge zusätzlich zu anderen Verpflichtungen unterbringen, warten und schützen kann.
d) L.C.I. (L) – Für Sturmangriffe auf zwei der Strände. L. C. I. (L) werden benutzt, um Truppen über eine Strecke von 140 Meilen zu transportieren. Wir haben keine ausreichenden Informationen, um sagen zu können, ob Truppen nach einer Überfahrt dieser Länge noch befähigt für einen Sturmangriff sind.
e) Nicht gepanzerte Fahrzeuge. – Eine bestimmte Anzahl nicht gepanzerter Fahrzeuge wird von den britischen Streitkräften eingesetzt werden müssen, um erste Angriffe des Ausmaßes durchführen zu können, wie sie im vorliegenden Plan vorgesehen sind.
f) Nachschub. – Um den erforderlichen Aufbau durchführen zu können, dürfte es sich als notwendig herausstellen, den Nachschub von mindestens einer Division über die Strände möglicherweise für die Dauer eines Monats in Kauf zu nehmen.

28. Unser Allgemeiner Plan ist in folgende Phasen unterteilt:
Vorbereitende Maßnahmen
Phase I – Angriffe
Phase II – Ausnutzung und Eroberung von Palermo und Katania
Phase III – Inbesitznahme der Insel.

VORBEREITENDE MASSNAHMEN

Tätigkeit zur See und in der Luft

29. Während des Vorbereitungszeitraums ist die Tätigkeit zur See und in der Luft auf die folgenden Ziele zu richten:
a) Herabsetzung der Schlagkraft der feindlichen Luftstreitkräfte, insbesondere der Jäger und Tagesbomber.
b) Durchführung maximaler Zerstörungen bei der italienischen Flotte und die Flotte die Adria hinauftreiben. Insbesondere müssen Zerstörer das Hauptziel aller Angriffsformen von nun an sein, mit dem Ziel, die italienische Flotte bewegungsunfähig zu machen.
c) Erringen der Kontrolle über die feindlichen U-Boote im Mittelmeer.

30. Schwere Luftangriffe auf Italien und Unternehmen, die darauf abzielen, das Luftpotential der Achsenmächte allgemein (insbesondere an Jagdflugzeugen) wesentlich zu reduzieren, sind vom Vereinigten Königreich aus durchzuführen.

31. Im Mittelmeerraum sind vom Tage "D" (Einsatztage) minus 21 an bis zum Tage "D" die Bombenangriffe bei Tag und Nacht, die Jagdeinsätze, die Angriffe auf Geleitzüge und Tieffliegerangriffe mit dem Ziel zu intensivieren, –

a) die für Sizilien bestimmten Verstärkungen der Achsenmächte zu unterbrechen, und

b) die Erringung der Luftherrschaft durch Vernichtung der Achsen-Jagdflugzeuge zu fördern.

Schließlich ist in den beiden Nächten vor dem Tage "D" auf das Messina-Gebiet ein schwerer und konzentrierter Bombenangriff durchzuführen.

Angriff auf die Verbindungswege

32. In der Nacht vom Tage "D" minus 1 zum Tage "D" ist folgende Aktion zur Zerstörung der feindlichen Verbindungswege zu unternehmen:

a) Zur Blockierung der Straßen- und Schienenwege sind jeweils ein Fallschirmbataillon nördlich und südlich der "Zehenspitze" Italiens abzusetzen.

b) Sprengkommandos landen auf beiden Seiten der Messina-Halbinsel von Unterseebooten aus und führen Sprengungen auf den Küstenstraßen und -schienenwegen aus.

Diese Aufgaben könnten von britischen oder amerikanischen Untergrundgruppen unterstützt werden.

PHASE I.

STURMANGRIFFE AM TAGE "D"

Die Sturmangriffe sind auf die folgenden Gebiete anzusetzen:
Südost-Bereich (Britische Angriffe)
A. Avola-Gebiet

33. a) Ein Kommando zur Eroberung der Küstenverteidigungsgeschütze bei Kap Murro di Porco.

b) Eine Infanterie-Division und ein Heerespanzer-Bataillon sind zur Eroberung von Syrakus und Augusta auf einer Zwei-Brigadenfront zwischen den Stränden 6 und 11 zu landen.

Heer
1 Infanterie-Division
1 Heeres-Panzerbataillon
1 Commando

Schiffe
1 HQ-Schiff
2 L.S.I. (L)
1 L.S.I. (M)
4 Truppentransporter
3 MT-Schiffe, Klasse I
8 MT-Schiffe, Klasse II
8 MT-Schiffe, Klasse III
1 L.S.G.
1 L.S.D.
15 L.S.T.

Landungsfahrzeuge
26 L.C.A.
4 L.S.C.
45 L.C.M.
30 L.C.I. (L)
12 L.C.T.

L.C.A.	Mannschaftslandungsboot
L.C.P.	Unterstützungslandungsboot
L.C.S.	motorisiertes Landungsboot
L.C.M.	Infanterielandungsboot
L.C.I.	Panzerlandungsboot
L.C.T.	
Landungssturmboot	
MT ship	Motortransportschiff
L.S.G.	Kranlandungsschiff
L.S.T.	Panzerlandungsschiff
L.S.D.	Docklandungsschiff

B. Pachino-Gebiet
34. Eine Infanterie-Brigadegruppe zur Eroberung des Flugplatzes bei Pachino.

Heer
1 Infanterie-Brigadegruppe

Schiffe
1 L.S.I. (L)
3 MT-Schiffe Kl. I
4 L.S.T.
1 L.S.D.
Landungsfahrzeuge
10 L.C.A.
2 L.C.S.
21 L.C.M.
18 L.C.I. (L)
12 L.C.T.

C. Pozallo-Gebiet
35. a) Eine Fallschirm-Brigade (abzügl. ein Bataillon) ist zur Unterstützung der Eroberung des Flugplatzes bei Comiso abzusetzen.
b) Eine Infanterie-Division (abzügl. eine Infanterie-Brigadegruppe) und ein Panzerregiment sind auf einer Brigadefront zwischen den Stränden 14 und 21 zur Eroberung des Flugplatzes bei Comiso zu landen und bis zur Hochebene Palazzolo-Buccheri-Vizzini vorzuführen.

Heer
1 Infanterie-Division
(abzügl. 1 Brigade)
1 Panzerregiment
1 Fallschirmbrigade
(abzügl. 1 Bataillon)
Schiffe
1 HQ-Schiff
1 L.S.I. (L)
6 Truppentransporter
4 MT-Schiffe, Kl. I
5 MT-Schiffe, Kl. II
9 MT-Schiffe, Kl. III
1 L.S.G.
9 L.S.T.
1 L.S.D.
Landungsfahrzeuge
10 L.C.A.
30 L.C.P.
2 L.C.S.
45 L.C.M.
18 L.C.I. (L)
12 L.C.T.

D. Gela-Gebiet
36. a) Eine Fallschirmbrigade (abzügl. 1 Bataillon) ist zur Unterstützung der Eroberung des Flugplatzes bei Ponto Olivo abzusetzen.
b) Eine Infanterie-Division ist zur Eroberung des Flugplatzes bei Ponto Olivo und St. Michele auf einer Brigadefront zwischen den Stränden 23 und 24 zu landen. Sie hat dann die Flanke des in der Folge angesetzten Vormarsches auf Katania zu decken.

Heer
1 Infanteriedivision
1 Fallschirmbrigade
(abzügl. 1 Bataillon)
Schiffe
2 L.S.I. (L)
6 Truppentransporter
4 MT-Schiffe, Kl. I
7 MT-Schiffe, Kl. II
8 MT-Schiffe, Kl. III
1 L.S.G.
10 L.S.T.
1 L.S.D.
Landungsfahrzeuge
20 L.C.A.
30 L.C.P.
2 L.C.S.
45 L.C.M.
18 L.C.I (L)

Luftunterstützung
37. Für die obenerwähnten Angriffe ist die nachstehend aufgeführte Luftunterstützung zu stellen:
a) Einmotorige Jagdflugzeuge haben von Malta aus die Sturmangriffe zu decken. Sollte ständige Überwachung aus der Luft gefordert werden, so könnten im Höchstfalle 2 1/2 Staffeln laufend die Strände überwachen.
b) Sobald die Flugplätze im Südosten erobert worden sind, werden sie als vorgeschobene Landeplätze bis zur Einrichtung angemessener Funkpeilgeräte und Flugabwehranlagen benutzt. Es werden dann 8 einmotorige Jagdflugzeuge und 4 Heeres-Versorgungsstaffeln eingeflogen.
c) Die Luftstreitkräfte in Tunis haben ihren Einsatz gegen Flugplätze auf Sizilien fortzusetzen.

Westlicher Bereich (Amerikanische Angriffe)

E. Sciacca-Marinella-Gebiet
38. Eine Infanteriedivision und ein Panzerregiment sind auf einer Zwei-Brigade-Front zwischen den Stränden 27 und 30 zur Eroberung des Landeplatzes bei Sciacca und des Flugplatzes bei Castelvetrano zu landen.

Heer
1 Infanteriedivision
1 Panzerregiment
Schiffe
1 HQ-Schiff
2 L.S.I. (L)
6 Truppentransporter
5 MT-Schiffe, Kl. I
9 MT-Schiffe, Kl. II
8 MT-Schiffe, Kl. III
12 L.S.T.
Landungsfahrzeuge
20 L.C.A.
30 L.C.P.
2 L.C.S.
22 L.C.M.
30 L.C.I. (L)

Luftunterstützung
39. Für obige Operation ist folgende Luftunterstützung zu stellen:
a) Einmotorige Jäger und P. 38-Flugzeuge haben eine begrenzte Deckung der Angriffe zu stellen.
b) Sobald die Flugplätze bei Sciacca und Castelvetrano erobert worden sind, sind sie als vorgeschobene Landeplätze für Luftstreitkräfte zu nutzen, die von Tunis aus operieren.

Geleitfahrzeuge der Marine für die Phase I
40. Der Geleitschutz der Marine für sämtliche Geleitzüge des Sturmangriffs in der Phase I wird 43 Geleitfahrzeuge umfassen, die zusammen mit weiteren 20 Motorbarkassen dazu ausreichen werden, der Schiffahrt vor den Stränden nach Ankunft der Geleitzüge Schutz zu gewähren. Die Motorbarkassen haben die Infanterielandungsboote zu begleiten. Von dem Zeitpunkt an, an dem der schnelle Geleitzug sich für die verschiedenen Sturmangriffe aufteilt, werden fünf zusätzliche Geleitfahrzeuge benötigt.

PHASE II

AUSNUTZUNG UND EROBERUNG VON PALERMO UND KATANIA
41. Bis zum Abend des "D"-Tages müssen die Flugplätze im südöstlichen und im Sciacca-Marinella-Gebiet in unserer Hand sein. Während der Tage D plus 1 und D plus 2 sind Flugplatz-Bautrupps und Flugabwehreinheiten zu landen und zu den Flugplätzen zu transportieren, während die Ausschiffung von Fahrzeugen und Versorgungsgütern weitergeht.
Bis zum Tage D plus 2 müssen die Flugplätze im Sciacca-Marinella-Gebiet für den Einsatz als vorgeschobene Landeplätze fertig sein. Bis zum Tage D plus 3 müssen auch die Flugplätze im südöstlichen Gebiet einsatzbereit sein.
42. Bis zum Tage D plus 2 müssen eine Infanteriedivision und ein Panzerregiment im großen und ganzen im Sciacca-Marinella-Gebiet an Land sein. Bis zum Tage D plus 3 müssen drei Infanteriedivisionen, ein Panzerregiment und ein Panzerbataillon im großen und ganzen im südöstlichen Gebiet an Land sein.

PALERMO-GEBIET (AMERIKANISCHE ANGRIFFE)
43. Am Tage D plus 2 sind im Palermo-Gebiet folgende Angriffe durchzuführen:

F. Castellammare
44. a) Ein Kommando hat die Küstenbatterien bei Kap S. Vito zu erobern.
b) Eine Infanteriedivision (abzügl. einer Infanteriebrigadegruppe) und eine Panzerbrigadegruppe (abzügl. eines Panzerregiments) ist auf einer Zwei-Brigade-Front auf Strand 32 mit dem Ziel zu landen, die Straßen- und Schienenwege zwischen dem Westen der Insel und Palermo zu unterbrechen und sich mit unseren Streitkräften bei Castelvetrano zu vereinigen.

Heer
1 Infanteriedivision
(ohne 1 Brigade)
1 Panzerbrigadegruppe
(ohne 1 Regiment)
1 Kommando

Schiffe
4 L.S.I. (L)
1 L.S.I. (M)
3 Truppentransporter
6 MT-Schiffe, Kl. I
6 MT-Schiffe, Kl. II
12 L.S.T.

Landungsfahrzeuge
6 L.C.A.
70 L.C.P.
4 L.C.S.
22 L.C.M.

G. Trappeto

45. Eine Infanteriedivision (ohne 1 Infanteriebrigadegruppe) ist auf Strand 34 zu landen und ist in östlicher Richtung auf Palerma in Marsch zu setzen.

Heer
1 Infanteriedivision
(ohne 1 Brigade)

Schiffe
1 HQ-Schiff
2 L.S.I. (L)
4 Truppentransporter
2 MT-Schiffe, Kl. I
10 MT-Schiffe, Kl. II
12 L.S.T.

Landungsfahrzeuge
60 L.C.P.
2 L.S.C.
16 L.C.M.

H. Golf von Carini

46. a) Ein Kommando hat die Küstenbatterie bei Kap Gallo zu erobern.
b) Eine Infanteriebrigadegruppe ist auf Strand 35 zu landen und hat die Streitkräfte bei Trappeto bei der Eroberung des Palermo-Gebiets zu unterstützen.

Heer
1 Infanteriebrigadegruppe
1 Kommando

Schiffe
3 L.S.I. (L)
2 MT-Schiffe, Kl. I
4 L.S.T.

Landungsfahrzeuge
30 L.C.P.
2 L.C.S.
7 L.C.M.

J. Kap Zaffarano-Gebiet

47. Eine Infanteriebrigadegruppe und ein Kommando sind südlich von Kap Zaffarano zu landen, um das Eintreffen von Verstärkungen aus dem Osten zu verhindern und die Eroberung von Palermo zu unterstützen.

Heer
1 Infanteriebrigadegruppe
1 Kommando

Schiffe
2 L.S.I. (L)
1 L.S.I. (M)
1 MT-Schiff, Kl. I
4 L.S.T.

Landungsfahrzeuge
26 L.C.A.
2 L.C.S.
4 L.C.M.

Luftunterstützung

48. Für obige Angriffe ist folgende Luftunterstützung zu stellen:
a) Jägerdeckung von nordafrikanischen Flugplätzen und von Sciacca und Castelvetrano aus, wobei die letztgenannten Gebiete als vorgeschobene Landeplätze einzusetzen sind.
b) Träger-Unterstützung. Zur Ergänzung des unter a) erwähnten Deckungsschutzes werden acht Geleitträger benötigt.
c) Störung der übrigen Flugplätze der Achsenmächte in dem Gebiet.
d) Nach Eroberung des Flugplatzes von Palermo sind folgende Luftstreitkräfte zum Schutze des Hafens einzufliegen:
2 Staffeln einmotorige Jagdflugzeuge
1/2 Staffel zweimotorige Jagdflugzeuge (Nacht)

Geleitfahrzeuge der Marine
49. Außer dem Trägerverband werden 22 Geleitfahrzeuge und 10 U-Jagd/Minensuchkutter für den zusätzlichen Schutz der Strandlandungen benötigt.

Lipari-Inseln
50. Im Durcheinander des Sturmangriffs dürfte es möglich sein, auf den Lipari-Inseln, die weitgehend nicht verteidigt werden, eine vorgeschobene Basis für Torpedoschnellboote einzurichten. Ein derartiger Verband am nördlichen Ausgang der Straße von Messina würde den Seenachschubweg des Feindes bedrohen und die Bewegungen der italienischen Seestreitkräfte einengen.

KATANIA-GEBIET (BRITISCHER ANGRIFF)

51. Am Tage D plus 3 ist folgender Angriff auf das Katania-Gebiet durchzuführen:
a) Drei Fallschirmbrigaden sind im Raum von Gerbini zur Unterstützung der Eroberung der Flugplätze zu landen.
b) Die Batterien in der Stadt Katania sind durch Beschießen von See her auszuschalten und zwei Kommandos sind südlich der Stadt zu landen, um die verbleibenden Katania-Batterien zu erledigen.
c) Zur Eroberung Katanias und der Flugplätze sind eine Division und eine Infanteriebrigadegruppe auf einer Zwei-Brigade-Front auf Strand Nr. 2 zu landen.

52. Heer
1 Division
1 Infanteriebrigadegruppe
3 Fallschirmbrigaden
2 Kommandos
Schiffe
1 HQ-Schiff
2 L.S.I. (L)
2 L.S.I. (M)
8 Truppentransporter
15 MT-Schiffe, Kl. II
10 MT-Schiffe, Kl. III
1 L.S.G.
18 L.S.T.
1 L.S.D.
Landungsfahrzeuge
32 L.C.A.
40 L.C.P.
4 L.S.C.
45 L.C.M.
6 L.C.I. (L)
36 L.C.T.

Luftunterstützung
53. Für obigen Angriff ist folgende Luftunterstützung zu stellen:
a) Einmotorige Jägerstaffeln sind von Malta und der südöstlichen Gruppe von Flugplätzen aus einzusetzen. Unter Umständen ist es möglich, eine ständige Luftüberwachung mit drei Staffeln aufrechtzuerhalten.
b) Nach Eroberung der Katania-Flugplätze sind zehn Staffeln einmotoriger Jäger von Malta, zwei Staffeln Nachtjäger für den Hafenschutz und so viele Heeresversorgungsstaffeln wie möglich von Tunis aus einzufliegen.

Geleitschutz der Marine
54. Für diesen Angriff werden 15 Marine-Geleitschutzfahrzeuge benötigt. Dazu kommen 10 U-Jagd/Minensuchkutter für den zusätzlichen Schutz der Strände.

PHASE III.

INBESITZNAHME DER INSEL
55. Wir haben bisher noch keine Zeit gehabt, einen genauen Plan für die Inbesitznahme der ganzen Insel aufzustellen, und wir sind im Zweifel, ob dies unter den gegenwärtigen Umständen zweckmäßig getan werden kann. Am Ende der Phase II müssen die gelandeten Streitkräfte ausreichen, um mit jeder feindlichen Streitmacht, die gegen sie zusammengezogen werden könnte, fertigzuwerden.
Bis zum Tage D plus 7 müssen folgende Kräfte der Alliierten an Land gebracht worden sein:

Östlicher Bereich
1 Division
3 Infanteriedivisionen
1 Infanteriebrigadegruppe
1 Panzerregiment
1 Panzerbataillon
3 Kommandos
Westlicher Bereich
3 Infanteriedivisionen
1 Panzerbrigade
3 Kommandos

Falls erforderlich haben wir bis zum Tage D plus 28 vorgesehen, je eine Infanteriedivision im östlichen Bereich und eine Infanteriedivision im westlichen Bereich zusätzlich zu landen.

Der zur Sicherung der ganzen Operation benötigte Marineverband

56. Zur Abwehr der Bedrohung durch die italienische Flotte und zur Unterstützung der Landungen wird die Bereitstellung eines Verbandes etwa folgender Stärke erforderlich sein:

a) Sicherungsverband
- 4 Schlachtschiffe
- 4 Kreuzer
- 2 Flugzeugträger
- 18 Zerstörer

b) Geleitträgerverband
- 8 Geleitträger
- 4 Kreuzer
- 20 Zerstörer

c) Unterstützung der Landungen
- 6 Kreuzer
- 12 Zerstörer

Für die gesamte Operation benötigte Geleitzüge und Geleitfahrzeuge

57. Westliche Angriffe

	Tag	Anzahl v. Schiffen	Geleitfahrzeuge.
Hauptangriff	Tag "D"	32	14
1. Nachschub	D plus 2–5	116	41
2. Nachschub	D plus 14	47	15
3. Nachschub	D plus 28	40	15
			85
58. Östliche Angriffe			
Hauptangriff	Tag "D"	98	30
1. Nachschub	D plus 3–6	89	37
2. Nachschub	D plus 14	59	19
3. Nachschub	D plus 28	52	19
			105
		Insgesamt	190

59. a) Die zusätzliche Sicherung der Strandlandungen und der Minensuchverband müssen folgender Größenordnung sein:

Flottenminensucher (U-Jagd/Minensuch)	20
U-Jagd/Minensuchkutter	20
Motorbarkassen	20
Handelsschiffe (M.M.S. ?)	20
Artillerieschnellboote	16
Torpedoschnellboote	16

b) Eine zusätzliche Geleitaufgabe wird sich für Hilfsschiff-Geleitzüge, z. B. für Bergungsfahrzeuge etc., ergeben. Es wird jedoch angenommen, daß diese Geleitzüge in Nordafrika zusammengestellt und etwa sechs erforderlich sein werden. Einzelheiten über Geleitzüge und Geleitfahrzeuge sind in Anlage "G" enthalten.

Zeitplan

60.		
	Vor dem Tage "D"	Vorbereitende Maßnahmen der Marine u. der Luftwaffe
	D minus 2 bis D minus 1	Luftangriff auf Messina
	D minus 1/vom Tage "D" an	Überfälle auf die Verkehrswege im „Zeh" Italiens und am nordöstlichen Ende von Sizilien
	"D" Tag	Sturmangriffe auf das südöstliche Ende Siziliens zwischen Avola und Gela. Sturmangriffe auf das Sciacca-Marinella-Gebiet.
	D plus 1	Flugplätze aufräumen und betriebsbereit machen; Syrakus / Augusta erobern und befreien.
	D plus 2	Sturmangriff auf das Palermo-Gebiet
	D plus 3	Sturmangriff auf das Katania-Gebiet

	1. Nachschub, Angriffe auf den Südosten.
D plus 5	1. Nachschub, Angriffe auf Palermo
D plus 6	1. Nachschub, Angriff auf Katania
D plus 14	2. Nachschub für Palermo und Katania
D plus 28	3. Nachschub (einschl. 1. Infanteriedivision je für Palermo und Katania)

Gesamtzahl der erforderlichen Streitkräfte

61. a) Marine

4 Schlachtschiffe	190 Geleitfahrzeuge
14 Kreuzer	23 Flottenminensucher
2 Flottenträger	20 U-Jagd/Minensuchkutter
8 Geleitträger	20 Motorbarkassen
50 Zerstörer	20 Handelsschiffe (?)
	16 Artillerieschnellboote
	16 Torpedoschnellbote

b) Heer

	Britisch		U.S.
Angriff	Vom V.K.	Vom Mittl. Osten	
	3 Inf. Divisionen	1 Div.	3 Inf. Divisionen
	1 Panzerregiment	1 Inf. Brigadegr.	1 Panzerbrigadegr.
	1 Panzerbataillon	2 Kommandos	3 Kommandos
	1 Kommando		
Nachschub			Aus Nordafrika
		1 Inf. Division	1 Inf. Division
Fallschirmeinheiten			
	5 Fallschirmbrigaden		

(c) Luftwaffe

Folgende Staffeln werden benötigt:

	Brit.	Amerik.	Insgesamt
Einmotorige Jäger	24	27	51
Zweimotorige Jäger (Tag)	3	–	3
Zweimotorige Jäger (P. 38)	–	12	12
Zweimotorige Jäger (Nacht)	3	–	3
Leichte/Mittlere Bomber	2	18	20
Schwere Bomber (Tag)		10	10
Aufklärungsflugzeuge	2	–	2
G.R. (?)	3	–	3
P.R.U. (?)	1	–	1
Transportflugzeuge	–	312	–

(d) Schiffe und Landungsfahrzeuge

5 HQ-Schiffe	60 MT-Schiffe, Klasse II
21 L.S.I. (L)	219 MT-Schiffe, Klasse III (a)
5 L.S.I. (M)	100 L.S.T.
84 Truppentransporter (a)	150 L.C.A.
4 L.S.G.	290 L.C.P.
5 L.S.D.	26 L.C.S.
30 MT-Schiffe, Klasse I	271 L.C.M.
	120 L.C.I. (L)
	72 L.C.T.

a) Einschließlich 2. und 3. Nachschub.
Für den Umschlag in L.C.I. (L) werden vor dem Sturmangriff 18 000 Mann und einige Versorgungsartikel nach Nordafrika transportiert werden müssen.
In der Anlage "H" sind Einzelheiten über die Aufteilung der Schiffe und Landungsfahrzeuge nach den amerikanischen und britischen Erfordernissen aufgeführt. Die Zusammensetzung der Streitkräfte für die einzelnen Sturmangriffe ist in Anlage "I" enthalten.

[163] *Die Konferenz von Casablanca vom 14. - 25. Januar 1943*

Aus den Aufzeichnungen des persönlichen Vertrauten des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, Harry L. Hopkins.
...Sonntag, 24. Januar 1943... Es ging schon auf zwölf Uhr, und die Pressekonferenz sollte dann

stattfinden... Der Präsident gab noch etwas bekannt, was nicht zur Veröffentlichung bestimmt war – aber er wählte seine Worte sehr sorgfältig und sprach nach Notizen. Der einzige wichtige Zusatz zu dem Kommuniqué war die Feststellung des Präsidenten, daß er und Churchill entschlossen seien, nichts Geringeres als die bedingungslose Kapitulation von Deutschland, Japan und Italien anzunehmen. Churchill ergänzte seine Ausführungen durch eine ausgezeichnete Schilderung der Kriegslage. Mit Nachdruck betonte er seine Freundschaft mit dem Präsidenten und sagte, sie würden beide den Krieg zusammen durchstehen. Es haben zwischen ihnen keine Uneinigkeit bestanden.
Die Ausführungen Roosevelts (nach Sherwood):
Der Präsident und der Premierminister sind in Anbetracht der gesamten Kriegslage mehr den je davon überzeugt, daß nur eine totale Beseitigung der deutschen und japanischen Kriegsmacht der Welt den Frieden bringen kann. Dies führt zu der einfachen Formulierung der Kriegsziele, welche eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Japans und Italiens zum Inhalt hat. Die bedingungslose Kapitulation dieser Mächte kann allem Ermessen nach den Weltfrieden für Generationen sichern. Bedingungslose Kapitulation bedeutet nicht die Vernichtung der deutschen, der japanischen oder der italienischen Bevölkerung, sie bedeutet vielmehr die Zerstörung einer Weltanschauung in Deutschland, Italien und Japan, die auf der Eroberung und Unterjochung anderer Völker bestehe.
Aus Churchills Bericht an das britische Kriegskabinett vom 20. Januar 1943:
...Wir beabsichtigen, eine Presseerklärung über die Arbeiten der Konferenz zu entwerfen. Ich möchte das Kriegskabinett um seine Ansicht über einen in diese Erklärung aufzunehmenden Passus bitten, wonach die Vereinigten Staaten und das Britische Empire entschlossen sind, den Krieg bis zur "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands und Japans unbarmherzig weiterzuführen. Mit der Auslassung Italiens wird die Absicht verfolgt, dort einen Umschwung zu begünstigen. Dem Präsidenten hat der Vorschlag gefallen; er würde unseren Freunden in aller Welt Mut einflößen...

[164] *Zur Strategie der Alliierten*

Schlußbericht an den Präsidenten und Premierminister
Memorandum der Vereinigten Stabchefs

Bei der Anlage handelt es sich um den Schlußbericht über die Ergebnisse der Trident-Konferenz, wie er am 2. (?) Mai 1943 vom Präsidenten und vom Premierminister gebilligt wurde.
ANLAGE
Trident
Bericht über die endgültig vereinbarte, von den Vereinigten Stabchefs erzielte Zusammenfassung der Beschlüsse an den Präsidenten und Premierminister.
In einem vorigen Memorandum (C.C.S. 242) hatten die Vereinigten Stabchefs gewisse vereinbarte Beschlüsse vorgelegt, die im Verlaufe der gegenwärtigen Konferenz über Operationen auf den drei Hauptkriegsschauplätzen erzielt worden waren. Diese Beschlüsse sind so abgeändert worden, daß sie mit den vom Präsidenten und vom Premierminister zum Ausdruck gebrachten Auffassungen im Einklang stehen. Die geänderten Beschlüsse und weitere seit Vorlage des vorherigen Memorandums gefaßte Beschlüsse sind nunmehr auf die zur Verfügung stehenden Hilfsquellen abgestimmt worden, und eine endgültig vereinbarte Zusammenfassung der Beschlüsse wird hiermit vorgelegt.

I. GESAMTZIEL
Zusammen mit Rußland und den übrigen Alliierten ist zum frühestmöglichen Termin die bedingungslose Kapitulation der Achsen-Mächte herbeizuführen.

II. STRATEGISCHES GESAMTKONZEPT FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DES KRIEGES
1. Im Zusammenwirken mit Rußland und den übrigen Alliierten ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt die bedingungslose Kapitulation der Achse in Europa herbeizuführen.
2. Gleichzeitig ist im Zusammenwirken mit den übrigen betroffenen pazifischen Mächten nicht nachlassender Druck auf Japan aufrechtzuerhalten und zu verstärken, mit dem Ziel, die militärische Stärke Japans fortlaufend zu reduzieren und Positionen zu erreichen, von denen aus Japans endgültige Kapitulation erzwungen werden kann. Die Auswirkung jeder derartigen Erweiterung der Gesamtzielsetzung ist vor Ergreifen von Maßnahmen von den Vereinigten Stabchefs zu prüfen.
3. Nach Niederwerfung der Achse in Europa sind die vollen Hilfsquellen der Vereinigten Staaten

und Großbritanniens im Zusammenwirken mit den übrigen pazifischen Mächten und, falls möglich, mit Rußland so anzusetzen, daß die bedingungslose Kapitulation Japans zum frühestmöglichen Zeitpunkt herbeigeführt wird.

III.GRUNDSÄTZLICHE UNTERNEHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES STRATEGISCHEN GESAMTKONZEPTS

Welche Operationen auch immer zur Unterstützung des strategischen Gesamtkonzepts beschlossen werden, so müssen die nachstehenden festgelegten Unternehmen in erster Linie aus unseren Hilfsquellen versorgt werden, und zwar nach Prüfung durch die Vereinigten Stabchefs im Hinblick auf die sich ändernde Lage.

1. Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Kriegspotentials der westlichen Hemisphäre und der britischen Inseln.
2. Unterstützung des Kriegspotentials unserer Streitkräfte in sämtlichen Bereichen.
3. Offenhalten der lebenswichtigen überseeischen Verbindungslinien, mit besonderem Nachdruck auf die endgültige Abwehr der U-Boot-Drohung.
4. Intensivierung der Luftoffensive gegen die Achsenmächte in Europa.
5. Zusammenfassung einer Höchstzahl von Hilfsquellen in einem ausgewählten Gebiet, und zwar so frühzeitig wie durchführbar mit dem Zweck, eine entscheidende Invasion der Achsen-Zitadelle durchzuführen.
6. Durchführung von Maßnahmen, wie sie zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen Rußlands erforderlich und praktizierbar erscheinen.
7. Durchführung von Maßnahmen, wie sie zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen Chinas, als einem wirkungsvollen Verbündeten und als Basis für Operationen gegen Japan erforderlich und praktizierbar erscheinen.
8. Vorbereitung des Bodens für die aktive oder passive Teilnahme der Türkei am Kriege auf der Seite der Alliierten. (Siehe auch Abschnitt VI 1.)
9. Vorbereitung der französischen Streitkräfte in Afrika zur Übernahme einer aktiven Rolle im Krieg gegen die Achsenmächte. (Siehe auch Abschnitt VI 2).

IV. SONDERUNTERNEHMEN IN DEN JAHREN 1943–44 IM RAHMEN DER DURCHFÜHRUNG DES STRATEGISCHEN GESAMTKONZEPTS

Es wurden die nachstehenden Operationen zur Durchführung des strategischen Gesamtkonzepts vereinbart. Es wird kein Dringlichkeitserfolg benötigt, da das Ergebins der Zuweisung von Hilfsquellen für die einzelnen Operationen zeigt, daß alle durchgeführt werden können. (Siehe auch Abschnitt V.) Interessenkonflikte sind den Vereinigten Stabschefs zuzuleiten.

X 1. DER U-BOOT-KRIEG

a) Operation zur Inbesitznahme der Azoren

Die Vereinigten Stabchefs sind übereingekommen, daß die Besetzung der Azoren für die wirkungsvolle Führung des U-Boot-Abwehrkampfes aus den im Anhang niedergelegten Gründen wichtig ist. Für die Ausarbeitung des Planes zur Eroberung der Azoren sind die britischen Stabchefs verantwortlich. Demgemäß werden unter ihrer Vollmacht Pläne ausgearbeitet. Die britischen Stabchefs haben eine vorläufige Prüfung dieser Pläne durchgeführt. Es wird vorgeschlagen, die Expedition vom Vereinigten Königreich aus anzusetzen und in erster Linie die Inseln Fayal und Terceira zu besetzen. Es wird erwartet, daß ein Verband von ungefähr neun Bataillonen benötigt werden wird. Die Verfügbarkeit von Landungsschiffen wird vermutlich der Begrenzungsfaktor hinsichtlich des Termins für die Operation sein. Zur Zeit scheint etwa Ende August der früheste Termin für die Ankunft des Verbandes auf den Azoren zu sein. Man ist sich einig darüber, daß die Land-, Luft- und See-Einrichtungen auf den Azoren sämtlichen Streitkräften der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen werden.

Die Möglichkeit einer früheren Unternehmung auf den Azoren wird weiter geprüft. Inzwischen wird die sich dabei ergebende politische Entscheidung von den beiden Regierungen geklärt.

b) Sonstige U-Boot-Abwehrmaßnahmen

Sämtliche möglichen Maßnahmen zur Verstärkung der in der Biscaya-Offensive eingesetzten Luftstreitkräfte und zur Erhöhung der Zahl der zum Geleitschutz eingesetzten VLR-Flugzeuge sind geprüft worden. Durchführbare Schritte werden unternommen.

c) Flexibilität der Streitkräfte

Man ist sich einig über das Erfordernis, daß die Ausnutzung sowohl der Luft- als auch der Seestreitkräfte flexibel sein muß. Schritte zur Verbesserung dieser Angelegenheit werden laufend untersucht und durchgeführt.

X 2. NIEDERWERFUNG DER ACHSENMÄCHTE IN EUROPA

a) Kombinierte Bomber-Offensive vom Vereinigten Königreich aus

Die Vereinigten Stabchefs haben einen Plan für die progressive Zerstörung und Zerschlagung des

deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems durch eine kombinierte US-Britische Luftoffensive und zur Unterminierung des Geistes der deutschen Bevölkerung bis zu dem Punkt, in dem ihre Fähigkeit, bewaffneten Widerstand zu leisten, vernichtend geschwächt ist, genehmigt.
Der Plan wird zwischen jetzt und dem 1. April 1944 in vier Phasen durchgeführt werden. In jeder aufeinander folgenden Phase wird unsere erhöhte Stärke es uns ermöglichen, tiefer in feindliches Gebiet einzudringen. Es ist ein Zwischenziel von besonderer Wichtigkeit, die deutsche Jäger-Stärke laufend zu reduzieren.
b) Kanal-Operationen
Die Vereinigten Stabchefs haben beschlossen:
Daß die Streitkräfte und das Gerät im Vereinigten Königreich aufgebaut werden sollen, und zwar mit dem Ziel, eine Operation zu starten, mit Zieldatum 1. Mai 1944, die einen Landekopf auf dem Festland sichern soll, von dem aus weitere Operationen durchgeführt werden können. Der Umfang der Operation wird so sein, daß die nachfolgenden Streitkräfte bis zum 1. Mai 1944 präsent sind und zum Einsatz im Vereinigten Königreich zur Verfügung stehen, und zwar zusätzlich zu den dann verfügbaren Luftstreitkräften.
Sturmeinheiten:
5 Infanterie-Divisionen (gleichzeitig in Landungsbooten verladen)
2 Infanterie-Divisionen – Nachschub
2 Luftlande-Divisionen
Insgesamt
9 Divisionen Sturmtruppen
Aufbaueinheiten:
20 Divisionen - verfügbar für Verlegung in den Landekopf
Insgesamt
29 Divisionen
Die Möglichkeit, eine französische Division dazuzunehmen wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft.
Der Ausbau der logistischen Einrichtungen im Vereinigten Königreich wird sofort in Angriff genommen, und nach dem ersten Sturmangriff wird die Inbesitznahme und der Ausbau der Festlandhäfen beschleunigt, damit die Aufbaueinheiten durch nachgeschobene Truppen aus den Vereinigten Staaten und von sonstwoher mit zusätzlichen Divisionen und Versorgungstruppen in einem Tempo von 3 bis 5 Divisionen pro Monat verstärkt werden können.
Die Ausarbeitung und das ständig Auf-dem-letzten-Stand-Halten der Pläne für eine Überquerung des Kanals im Notfalle bei einem deutschen Zusammenbruch werden gemäß der Weisung, die bereits an General Morgan ergangen ist, fortgeführt. General Morgan wird zusätzlich einen Plan für die Entsendung von Streitkräften nach Norwegen für den Fall, daß eine deutsche Evakuierung sich abzeichnet, ausarbeiten und den Vereinigten Stabchefs vorlegen.
c) Operationen im Mittelmeer mit dem Ziel, Italien aus dem Kriege auszuschalten.
Die Vereinigten Stabchefs haben beschlossen:
Daß der Alliierte Oberbefehlshaber Nordafrika dringend anzuweisen ist, in Ausnutzung des Unternehmens HUSKY Operationen zu planen, die am besten geeignet sind, Italien aus dem Kriege auszuschalten und eine Höchstanzahl an deutschen Truppen zu binden. Welche von verschiedenen spezifischen Operationen akzeptiert und dann durchgeführt wird, ist eine Entscheidung, die den Vereinigten Stabchefs vorbehalten bleibt. Der Alliierte Oberbefehlshaber Nordafrika darf für seine Operationen sämtliche im Mittelmeerraum verfügbaren Streitkräfte mit Ausnahme der vier amerikanischen und drei britischen Divisionen einsetzen, die vom 1. November an für Abzug in Bereitschaft gehalten werden, um dann im Vereinigten Königreich an Operationen teilzunehmen, vorausgesetzt die benötigten Marinefahrzeuge werden von den Vereinigten Stabchefs bei Vorlage der Pläne genehmigt. Die zusätzlichen, zeitweilig für das Unternehmen HUSKY gestellten Luftstreitkräfte sind nicht als verfügbar zu betrachten. Man schätzt, daß nach dem Unternehmen HUSKY im Mittelmeerbereich etwa 19 britische und alliierte, 4 amerikanische und 4 französische Divisionen oder eine Gesamtstreitmacht von 27 Divisionen für Garnisondienste und für Operationen zur Verfügung stehen wird. Diese Zahlen umfassen nicht die 4 amerikanischen und 3 britischen Divisionen, die ins Vereinigte Königreich verlegt werden sollen und nicht die 2 britischen Divisionen, die die britische Verpflichtung gegenüber derTürkei darstellen. Es wird weiterhin geschätzt, daß nach dem HUSKY Unternehmen eine Gesamtzahl von 3648 Flugzeugen, einschließlich 242 schweren Bombern (Tag und Nacht), 519 mittleren Bombern (Tag und Nacht), 299 leichten und Sturzbombern, 2012 Jägern, 412 Transportflugzeugen und 164 Heeresfliegern zur Verfügung stehen wird.
d) Bombardierung von Ploesti
Die Vereinigten Stabschefs sind übereingekommen, daß die US-Heeresflieger sofort Vertreter entsenden sollen, um dem Oberbefehlshaber auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz den Plan vorzulegen, den sie hinsichtlich der Bombardierung der rumänischen Ölfelder von Basen in

Nord-Afrika aus ausgearbeitet haben. Sie sind ferner übereingekommen, daß der Oberbefehlshaber auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz aufzufordern ist, den Vereinigten Stabchefs geeignete Stellungnahmen und Empfehlungen vorzulegen. Diese Schritte sind inzwischen unternommen worden.

3. OPERATIONEN ZUR NIEDERWERFUNG JAPANS
Wir haben die Planer des Vereinigten Stabes angewiesen, eine Lagebeurteilung vorzubereiten, die zu einem Plan zur Niederwerfung Japans führen soll, und zwar einschließlich einer Schätzung der erforderlichen Streitkräfte.
a) Operationen auf dem Kriegsschauplatz BURMA-CHINA
Die Vereinigten Stabchefs haben folgendes vereinbart:
(1) Zusammenfassung der verfügbaren Hilfsquellen, als erste Priorität auf dem Kriegsschauplatz ASSAM-BURMA, Auf- und Ausbau des Luftweges nach China bis zu einer Kapazität von monatlich 10 000 Tonnen bis zum frühen Herbst und Ausbau der Lufteinrichtungen in ASSAM im Hinblick auf:

a) eine Intensivierung der Luftoperationen gegen die Japaner in BURMA;
b) Unterhaltung verstärkter amerikanischer Luftstreitkräfte in CHINA; und
c) Aufrechterhaltung des Stromes luftverlasteter Versorgungsgüter nach CHINA.

(2) Starke und offensive Land- und Luftoperationen am Ende des 1943-Monsuns von ASSAM aus nach BURMA hinein über LEDO und IMPHAL, synchron mit einem Vormarsch chinesischer Streitkräfte von YUNNAN aus, mit dem Ziel, so viele japanische Streitkräfte wie möglich zu binden, den Luftweg nach CHINA zu decken und als einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Öffnung der BURMA-Straße.
(3) Eroberung von AKYAB und der Insel RAMEE im Rahmen von amphibischen Operationen, einschließlich möglicher Nutzung.
(4) Störung der japanischen Seeverbindungen nach BURMA hinein.
(5) Fortsetzung der administrativen Vorbereitungen in INDIEN für den möglichen Start einer Übersee-Operation ungefähr des Ausmaßes von ANAKIM.
b) Operationen im PAZIFIK
Von den Vereinigten Stabchefs sind verschiedene Einsatzpläne geprüft worden. Die Operationen, über deren Durchführung Übereinstimmung besteht, haben folgende Ziele:
(1) Durchführung von Luftoperationen in und von CHINA aus
(2) Hinauswurf der Japaner von den ALEUTEN
(3) Inbesitznahme der Marshall- und Karolineninseln
(4) Inbesitznahme der Solomon-Inseln, des Bismarck-Archipels und des von den Japanern besetzten Neuguinea.
5) Intensivierung der Operationen gegen die feindlichen Verbindungswege.

V. VERFÜGBARKEIT VON HILFSQUELLEN FÜR DIE ERFÜLLUNG DER BEI DER DURCHFÜHRUNG DES STRATEGISCHEN GESAMTKONZEPTS SICH IM RAHMEN VON GRUNDLEGENDEN UNTERNEHMEN UND SONDEROPERATIONEN ERGEBENDEN FORDERUNGEN (1943–44)
Wir haben unsere Hilfsquellen überprüft, und zwar mit dem Ziel, unsere Fähigkeit zur Durchführung obiger Operationen einzuschätzen. Wir sind zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen:

BODENSTREITKRÄFTE
1. Alle benötigten Bodenstreitkräfte können verfügbar gemacht werden.

SEESTREITKRÄFTE
2. Wenn ein Sicherungsverband für die Operationen zur Eroberung von AKYAB und RAMEE benötigt wird und wenn die italienische Flotte nicht ausgeschaltet worden ist, dürfte eine gewisse Abzweigung von US-Seestreitkräften notwendig werden. Abhängig hiervon können sämtliche benötigten Seestreitkräfte verfügbar gemacht werden.

LUFTSTREITKRÄFTE
3. Im allgemeinen sind ausreichende Luftstreitkräfte auf allen Kriegsschauplätzen vorhanden, um sämtliche Forderungen zu erfüllen.
4. Für Operationen über den Kanal hinweg werden im Vereinigten Königreich, mit Ausnahme von Transportflugzeugen, genügend Luftstreitkräfte zur Verfügung stehen. Die Erstellung von Transportern bedarf einer weiteren Prüfung. Da noch kein ins einzelne gehender Plan für über den Kanal durchzuführende Operationen vorliegt, ist es nicht möglich gewesen, den Bedarf an Gleitern zu veranschlagen. Dieser Punkt wird mit Dringlichkeit geprüft. Entsprechende Studien werden zur Zeit eingeleitet.

5. Bei Operationen in BURMA gibt es nur kleine Mängel, die vermutlich durch Regelungen innerhalb des Kriegsschauplatzes ausgeglichen werden können.
6. Wenn die Flugplätze und erforderlichen Verbindungswege, wie Fernmeldeverbindungen, in ASSAM ausgebaut werden, können die Lufttransport- und Abwehrforderungen im Zusammenhang mit dem Luftweg nach CHINA hinein bis zu 10 000 Tonnen monatlich erfüllt werden.

STURMSCHIFFE UND LANDUNGSBOOTE
7. Vorausgesetzt die Ausfälle bei den Operationen sind nicht größer als vorgeschätzt, und vorausgesetzt die geplante amerikanische und britische Produktion wird aufrechterhalten, so können sämtliche erforderlichen Sturmschiffe und Landungsboote gestellt werden. Über die notwendigen Zuweisungen ist Einigkeit erzielt worden.

VERSORGUNG MIT ENGPASSARTIKELN
8. Da noch keine ins einzelne gehenden Operationspläne für die einzelnen Kriegsschauplätze vorliegen, ist es nicht möglich, den endgültigen Bedarf anzugeben und den Mangel an Engpaßartikeln im einzelnen zu schätzen. Mit Ausnahme des Stahls für den Bau von Landungsbooten scheinen die Mängel nicht ernsthafter Natur zu sein. Wir empfehlen, die Möglichkeit, die notwendigen Artikel zu erstellen, insbesondere Stahl, weiter zu prüfen.

SCHIFFSRAUM
9. Eine Überprüfung des verfügbaren Schiffsraums der Vereinten Nationen hat ergeben, daß soweit man zur Zeit sehen kann, und unter der Annahme, daß die zukünftigen Verluste die vereinbarte Schätzung nicht übersteigen, Truppentransporter verfügbar sein werden, um den optimalen Einsatz der Streitkräfte der Vereinten Nationen zu gestatten, und zwar bis zu den Grenzen, die von der Verfügbarkeit an Frachtschiffsraum gesetzt werden.
Der optimale Einsatz des verfügbaren Frachtschiffsraumes der Vereinten Nationen zur Erfüllung der bei grundlegenden Unternehmen und bei den vorgesehenen Operationen in den Jahren 1943/44 entstehenden Forderungen weist nur kleine Mängel im dritten und vierten Quartal des Jahres 1943 und ersten Quartal von 1944 auf und einen Überschuß an Fahrten im zweiten und dritten Quartal von 1944. Die Mängel sind geringfügig, und wenn sie über alle betroffenen Programme verteilt werden, wird die Auswirkung nicht außer Kontrolle geraten.

ÖL
10. Wir sind nicht in der Lage gewesen, einen Überblick über die Öllage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in den Bericht aufzunehmen, aber die gesamte Frage von Vorräten und Tankschiffen muß dringend im Hinblick auf die bei der Trident-Konferenz getroffenen Beschlüsse untersucht werden.

VI. SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS VERSCHIEDENEN THEMEN
1. GERÄT FÜR DIE TÜRKEI
Anläßlich der ANFA-Konferenz waren die Vereinigten Stabchefs übereingekommen, daß die Briten für die Abfassung und Vorlage sämtlicher Anforderungen von Gerät für die Türkei bei den Munitions Assignment Boards verantwortlich sein sollen. Die Vereinigten Stabchefs sind nunmehr übereingekommen, daß unter entsprechender Berücksichtigung sonstiger wichtiger Verpflichtungen die Zuweisung derartigen Geräts, wie es von den Vereinigten Stabchefs gebilligt wird, mit der geringstmöglichen Verzögerung durchzuführen sei.

2. WIEDERAUSRÜSTUNG DER FRANZOSEN IN NORDAFRIKA
Die Vereinigten Stabchefs sind übereingekommen, daß die Neuausrüstung und Neubewaffnung der französischen Streitkräfte in Nordafrika so schnell vorangetrieben werden soll, wie es die Verfügbarkeit an Schiffen und Gerät gestattet, jedoch als eine sekundäre Verpflichtung gegenüber den Forderungen der amerikanischen und britischen Streitkräfte. Die Verwendung eroberten deutschen Geräts für diesen Zweck wird untersucht werden.

VII. SONSTIGE KONFERENZEN
1. Beschlüsse der Casablanca-Konferenz, die im Widerspruch zu Bestimmungen des vorliegenden Berichtes stehen, werden entsprechend geändert oder aufgehoben.
2. Die Vereinigten Stabchefs werden im Juli oder Anfang August zusammentreten, um die bei dieser Konferenz erzielten Beschlüsse im Hinblick auf die zur Zeit herrschende Situation zu prüfen.

[165] *Antwort Stalins auf die Frage des Hauptberichterstatters der englischen Presseagentur Reuter (28. Mai 1943)*

Herr King!
Ich wurde von Ihnen gebeten, eine die Auflösung der Kommunistischen Internationale betreffende Frage zu beantworten. Hiermit übersende ich Ihnen meine Antwort.
Frage: Die britischen Kommentare zu dem Beschluß über die Liquidierung der Komintern waren sehr günstig. Welches ist der sowjetische Standpunkt in dieser Frage und über ihren Einfluß auf die Zukunft der internationalen Beziehungen?
Antwort: Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist richtig und zeitentsprechend, da sie die Organisierung des gemeinsamen Angriffs aller freiheitliebenden Nationen gegen den gemeinsamen Feind – den Hitlerfaschismus – erleichtert.
Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist richtig, denn:
a) sie entlarvt die Lüge der Hitlerleute, daß "Moskau" angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu "bolschewisieren". Dieser Lüge wird nunmehr ein Ende gemacht.
b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handelten. Dieser Verleumdung wird nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht.
c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder – unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung – zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.
d) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten aller Länder zur Vereinigung aller freiheitliebenden Völker zu einem einheitlichen internationalen Lager für den Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus und macht dadurch den Weg frei für die zukünftige Organisierung des Freundschaftsbundes der Völker auf der Grundlage ihrer Gleichberechtigung.
Ich glaube, daß alle diese Umstände zusammengenommen dahin führen werden, daß die Einheitsfront der Verbündeten und der übrigen vereinigten Nationen in ihrem Kampf für den Sieg über die Hitlertyrannei sich weiter festigen wird.
[...]

[166] *Persönliche und geheime Botschaft Stalins an Roosevelt vom 11. Juni 1943*

Ihre Botschaft, in der Sie mich über einige Entscheidungen informieren, die Sie und Herr Churchill in strategischen Fragen getroffen haben, erhielt ich am 4. Juni. Ich danke Ihnen für die Information.
Wie aus Ihrer Mitteilung hervorgeht, stehen diese Entscheidungen im Widerspruch zu den von Ihnen und Herrn Churchill zu Beginn dieses Jahres gefaßten Beschlüssen über die Termine für die Errichtung einer zweiten Front in Westeuropa.
Sie erinnern sich ohne Zweifel, daß in der gemeinsamen Botschaft von Ihnen und Herrn Churchill vom 26. Januar dieses Jahres von dem seinerzeit angenommenen Beschluß Mitteilung gemacht wurde, bedeutende deutsche Land- und Luftstreitkräfte von der russischen Front abzulenken und Deutschland im Jahre 1943 in die Knie zu zwingen.
Am 12. Februar hat daraufhin Herr Churchill in seinem und Ihrem Namen die genauen Termine der anglo-amerikanischen Operation in Tunesien und im Mittelmeerraum sowie an der Westküste Europas mitgeteilt. In dieser Mitteilung hieß es, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten energische Vorbereitungen für die Überquerung des Kanals im August 1943 träfen und daß, sollten das die Wetterverhältnisse oder andere Gründe verhindern, diese Operation unter Beteiligung noch stärkerer Kräfte für den September 1943 vorbereitet werden würde.
Jetzt, im Mai 1943, wird von Ihnen und Herrn Churchill ein Beschluß gefaßt, der die anglo-amerikanische Invasion in Westeuropa bis zum Frühjahr 1944 hinausschiebt. Mit anderen Worten, die Errichtung der zweiten Front in Westeuropa, die bereits vom Jahre 1942 auf das Jahr 1943 verlegt worden ist, wird wiederum aufgeschoben, diesmal auf das Frühjahr 1944.
Durch diesen Beschluß werden der Sowjetunion, die schon zwei Jahre lang unter äußerster Anspannung aller Kräfte im Kampf gegen die Hauptkräfte Hitlers und seiner Satelliten steht, außerordentliche Schwierigkeiten bereitet und die sowjetischen Streitkräfte, die nicht nur für ihr eigenes Land, sondern auch für ihre Verbündeten kämpfen, auf ihre eigenen Kräfte gestellt, im Kampf mit dem noch sehr starken und gefährlichen Feind fast allein gelassen.
Es erübrigt sich wohl zu erwähnen, welchen überaus negativen Eindruck in der Sowjetunion –

im Volk wie in der Armee- dieser erneute Aufschub der zweiten Front und die Tatsache hervorrufen werden, daß unsere Armee, die so viele Opfer gebracht hat, ohne die erwartete ernsthafte Unterstützung durch die anglo-amerikanischen Armeen bleiben wird.
Die Sowjetregierung betrachtet es als unmöglich, sich dieser Entscheidung anzuschließen, die außerdem noch ohne ihre Teilnahme und ohne den Versuch herbeigeführt worden ist, diese sehr wichtige Frage gemeinsam zu erörtern, und die schwerwiegende Folgen für den weiteren Verlauf des Krieges haben kann.

[167] *Auszug aus dem Schlußbericht des Ausschusses der Alliierten Stabchefs an den Präsidenten und den Premierminister vorgelegt auf der "Quadrant"-Konferenz am 24. August 1943*

1. In früheren Memoranden haben die Alliierten Stabchefs bestimmte gebilligte Beschlüsse vorgelegt, die während der gegenwärtigen Konferenz hinsichtlich der Operationen auf den Hauptkriegsschauplätzen gefaßt wurden. Diese Beschlüsse wurden in ihrer geänderten Form den verfügbaren Hilfsmitteln gegenübergestellt, worüber die nachfolgende gebilligte Zusammenfassung vorgelegt wird.
I. Gesamtziel.
2. Im Zusammenwirken mit Rußland und anderen Verbündeten ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte herbeizuführen.
II. Strategische Gesamtkonzeption für die weitere Kriegführung.
3. In Zusammenarbeit mit Rußland und anderen Verbündeten ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte in Europa herbeizuführen.
4. Gleichzeitig ist in Zusammenarbeit mit den betreffenden anderen Mächten im Pazifik der Druck auf Japan unablässig aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um auf diese Weise die militärische Macht Japans ständig zu schwächen und um Positionen zu gewinnen, von denen aus es schließlich zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden kann. Die Auswirkung, die eine derartige Ausweitung auf das Gesamtziel (Vgl. Ziffer I, oben) hat, ist, bevor etwas unternommen wird, durch die Alliierten Stabchefs zu prüfen.
5. Nach dem Sieg über die Achsenmächte in Europa sind in Zusammenarbeit mit anderen Mächten im Pazifik und nach Möglichkeit auch mit Rußland die Mittel der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in vollem Umfang so einzusetzen, daß zum frühestmöglichen Zeitpunkt die bedingungslose Kapitulation Japans herbeigeführt wird.
III. Grundlegende Maßnahmen zur Ausführung der strategischen Gesamtkonzeption.
6. Welche Operationen auch immer in Ausführung der strategischen Gesamtkonzeption beschlossen werden, sind unsere Hilfsmittel nach entsprechender Prüfung durch die Alliierten Stabschefs zur Anpassung an die jeweilige Situation in erster Linie für die Durchführung folgender fester Aufgaben in Anspruch zu nehmen:
- a) Wahrung der Sicherheit und des Kriegspotentials der Westlichen Hemisphäre und der Britischen Inseln;
- b) Förderung der Kampfkraft unserer Streitkräfte in allen Abschnitten;
- c) Sicherung lebenswichtiger überseeischer Verbindungswege, unter besonderer Betonung der Ausschaltung der Unterseebootgefahr;
- d) Fortsetzung der Aktionen zur Unterbrechung der Seeverbindungen der Achse;
- e) Intensivierung der Luftoffensive gegen die Achsenmächte in Europa;
- f) Konzentrierung eines Höchstmaßes an Hilfsmitteln in einem bestimmten Gebiet und zum frühestmöglichen Termin zur Durchführung einer entscheidenden Invasion gegen die Hochburg der Achsenmächte;
- g) Durchführung von Maßnahmen, die zur Unterstützung der russischen Kriegsanstrengungen notwendig und möglich sind;
- h) Durchführung von Maßnahmen, die zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen Chinas als eines kampfkräftigen Verbündeten und einer Basis für Operationen gegen Japan notwendig und möglich sind;
- i) Schaffung der Vorbedingungen für die aktive oder passive Teilnahme der Türkei am Kriege auf alliierter Seite;
- j) Vorbereitung der französischen Streitkräfte in Afrika auf ihre aktive Rolle im Krieg gegen die Achsenmächte.

[...]
IV. Durchführung der strategischen Gesamtkonzeption.
Der Krieg gegen Japan.
20. Strategie auf lange Sicht.
In einer vorläufigen Untersuchung haben wir uns mit einer langfristigen Strategie für die Nieder-

werfung Japans befaßt und sind der Ansicht, daß folgende Faktoren besonderer Beachtung bedürfen:

a) Die Abhängigkeit Japans von seiner Stärke in der Luft und zur See sowie von Schiffsraum zur Behauptung seiner Position im Pazifik und in Südostasien.

b) Die sich daraus (für uns) ergebende Notwendigkeit unter Einsatz aller nur möglichen Mittel und wo nur immer möglich die Luft- und Seestreitkräfte sowie die Schiffahrt Japans zu zermürben.

c) Der Vorteil und der Zeitgewinn, die sich aus einem verstärktem Einsatz – sowohl strategisch als auch in Verbindung mit Operationen auf dem Festland – der den Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden überlegenen Luftstreitkräfte ergeben.

21. Wir sind der Auffassung, daß wir – durch Anwendung moderner und bisher unerprobter Methoden – aus den ungeheuren Hilfsmitteln, die den Vereinten Nationen nach dem Sieg über Deutschland zur Verfügung stehen werden, große Vorteile erlangen können, und denken dabei an folgende Punkte:

a) Ein Projekt, durch das die Schlagkraft der Luftstreitkräfte der Vereinten Nationen in China sowie die der zu ihrer Verteidigung eingesetzten Landstreitkräfte auf schnellstem Wege durch Verwendung der großen Zahl der verfügbaren Transportflugzeuge zur Errichtung einer "Luftstraße" nach China ausgeweitet und erhöht wird.

b) Der Einsatz von Dschungelverbänden mit leichter Ausrüstung, die überwiegend auf dem Luftwege versorgt werden.

c) Die Verwendung von Spezialgerät wie künstlichen Häfen, "Habbakuks" (?) usw., mit dessen Hilfe die Entfaltung der überlegenen Kräfte der Vereinten Nationen in überraschend gewählten und unerschlossenen Gebieten ermöglicht werden kann.

22. Die Operationen sind in jeder Hinsicht so zu gestalten, daß so bald wie möglich nach dem Sieg über Deutschland die Niederlage Japans erzwungen wird. Bei den Planungen ist davon auszugehen, daß zwischen diesen beiden Ereignissen ein Zeitraum von nicht mehr als zwölf Monaten liegen sollte. Entscheidungen hinsichtlich spezifischer Operationen, die eine Gewähr für eine schnelle weitere Entwicklung bieten, sind erst daraufhin zu prüfen, ob sie mit den oben angeführten Grundsätzen in Übereinstimmung stehen.

23. Die Verwendung der Streitkräfte und die im Krieg gegen Japan durchzuführenden Operationen müssen mit dem in Abschnitt I und II oben (Ziffer 2–5) bekräftigten Gesamtziel und der strategischen Gesamtkonzeption in Übereinstimmung stehen.

24. Wir sind der einhelligen Auffassung, daß mit der Umorientierung von Kräften vom europäischen Kriegsschauplatz auf den Pazifik und den Fernen Osten begonnen werden sollte, sobald es die Lage in bezug auf Deutschland unserer Ansicht nach zuläßt.

25. Grundsätzlich wurde beschlossen, daß die von Osten her – einschließlich des Südwestpazifiks – operierenden Verbände von den Vereinigten Staaten, die von Westen her operierenden von Großbritannien gestellt werden; ausgenommen hiervon sind Sonderverbände, über die Großbritannien nicht verfügt und die von den Vereinigten Staaten gestellt werden. Der Einsatz von Streitkräften der Dominions soll Gegenstand von Besprechungen unter Teilnahme aller betroffenen Regierungen sein.

26. Spezifische Operationen 1943–44.

Es hat sich für uns während der "Quadrant"-Konferenz als undurchführbar erwiesen, alle Entscheidungen zu treffen, die bezüglich der 1943–44 im Krieg gegen Japan durchzuführenden Operationen notwendig sind. Wir schlagen daher, sobald die notwendigen weiteren Untersuchungen abgeschlossen sind, die Abhaltung einer Konferenz der Alliierten Stabschefs an einem geeigneten Ort vor, sofern auf dem normalen Wege keine Übereinstimmung erzielt wird. Gewisse Entscheidungen glauben wir jedoch sofort treffen zu können.

27. Operationen im Pazifik 1943–44:

Wir billigen die Vorschläge der amerikanischen Stabschefs für Operationen im Pazifik 1943–44 wie folgt:

28. Gilbert-Inseln: Eroberung und Ausbau der Gilbert-Inseln als Vorbereitung für einen weiteren Vorstoß auf die Marshall-Inseln.

29. Marshall-Inseln: Eroberung der Marshall-Inseln (einschließlich Wake und Kusaie) als Vorbereitung für einen nach Westen gerichteten Vorstoß durch den Zentralpazifik.

30. Ponape: Einnahme von Ponape als Vorbereitung für Operationen gegen das Gebiet von Truk.

31. Karolinen (Gebiet von Truk): Eroberung der östlichen Karolinen in westlicher Richtung bis Woleai und Errichtung eines Flottenstützpunktes auf Truk.

32. Palau-Inseln: Einnahme der Palau-Inseln einschließlich Jap.

33. Operationen gegen Guam und die japanischen Marianen.

34. Paramuschiru: Prüfung der Frage von Operationen gegen Paramuschiru und die Kurilen.

35. Operationen im Abschnitt Neuguinea–Bismarck-Archipel–Admiralitätsinseln im Anschluß an laufende Operationen. Die Eroberung oder Neutralisierung von Ost-Neuguinea in westlicher

Richtung bis Wewak und unter Einschluß der Admiralitätsinseln und des Bismarck-Archipels. Bei Rabaul ist die Neutralisierung der Einnahme vorzuziehen.
36. Operationen auf Neuguinea im Anschluß an die Operationen gegen Wewak-Kavieng. Vorstoß längs der Nordküste Neuguineas in westlicher Richtung bis Vogelkop durch schrittweise aus der Luft und von See her vorgetragene Einzelvorstöße.
37. Operationen 1943–44 im Operationsgebiet Indien-Burma–China.
Durchführung von Operationen zur Eroberung von Oberburma zwecks Ausbaues der Flugstrecke und Schaffung von Überlandverbindungen nach China. Durchführungstermin: Mitte Februar 1944.
Es wird hierbei berücksichtigt, daß das Ausmaß dieser Operationen von logistischen [Nachschub-]Überlegungen, bedingt durch kürzliche Überschwemmungen, abhängt.
38. Weitere Vorbereitungen für eine amphibische Operation im Frühjahr 1944. Bis eine Entscheidung über die betreffende Operation vorliegt, sollte der Umfang dieser Vorbereitungen etwa im Rahmen dessen liegen, was auf der "Trident"-Konferenz für die Eroberung von Akyab und Ramee ins Auge gefaßt wurde.
39. Fortsetzung der Maßnahmen zum Ausbau Indiens als Basis für die im Kommandobereich Südostasien unter Umständen ins Auge zu fassenden Operationen.
40. Weiterer Auf- und Ausbau der Flugstrecken und Luftversorgung Chinas sowie der verstärkte Ausbau von Luftwaffeneinrichtungen mit dem Ziel,
a) Chinas weitere Teilnahme am Krieg zu sichern;
b) die gegen die Japaner gerichteten Operationen zu intensivieren;
c) über stärkere amerikanische und chinesische Luftwaffenverbände in China zu verfügen;
d) chinesische Landstreitkräfte auszurüsten.
41. Wir haben beschlossen, unsere Hauptanstrengungen auf Offensivoperationen zu konzentrieren mit dem Ziel, Landverbindungen nach China herzustellen und die Luftverbindung zu verbessern und zu sichern. Die Dringlichkeit der einzelnen Aufgaben kann nicht von vornherein starr festgelegt werden, daher schlagen wir vor, den Obersten Befehlshaber anzuweisen, bei der Formulierung seiner Vorschläge diesen Beschluß als Richtlinie zu betrachten und sich stets die Bedeutung des auf längere Sicht ausgerichteten Ausbaues der Verbindungswege vor Augen zu halten.



14. KAPITEL

DIE GROSSE DIPLOMATIE DER "ANTI-HITLER-KOALITION" (1943/1944)

Seit 1943 überschattete eine zentrale Frage die alliierte Diplomatie: würde es den Westmächten und der Sowjetunion gelingen, ihr Bündnis auch nach dem gemeinsamen militärischen Sieg zur Wahrung des Friedens aufrechtzuerhalten?

Die verschiedensten Gruppen und Gremien bemühten sich, Vorschläge für die Neuordnung und Befriedung der Welt auszuarbeiten und diese zum Teil aufeinander abzustimmen. Die mannigfachen Erwägungen, die z. B. das State- und War-Department, die Marine, das Kriegsinformationsbüro, der Finanzminister Morgenthau in Washington, das britische Kabinett [172], das Foreign Office [175], der belgische Außenminister Spaak, die Europäische Beratende Kommission in London über die "Pazifizierung der Aggressoren" und die Möglichkeit regionaler Sicherheitssysteme zur Erhaltung des internationalen Friedens in Europa und Asien unterbreitet und vorgelegt haben, verdeutlichen, wie umfassend diese schwerwiegenden Probleme studiert und wie heftig diese zum Teil diskutiert, angenommen und wieder verworfen worden sind [169][174][185][192][193][196]. Sie veranschaulichen aber auch, von der sowjetischen Seite abgesehen, daß die Ansichten über die künftig zu verfolgende Politik, über einen "harten" oder einen "milden" Frieden weit auseinandergingen. Allen Ämtern und Persönlichkeiten war oberstes Gebot, jede erneute Bedrohung des Friedens auszuschalten und Deutschland demokratisch umzugestalten. Daß Österreich [177][191], die Tschechoslowakei, Albanien, Griechenland, Jugoslawien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen als unabhängige Staaten wiederhergestellt werden sollten, d. h. also der status quo von 1937, darüber gab es ebenso wenig eine ernsthafte Diskussion wie darüber, daß Polen auf Kosten Deutschlands entschädigt werden sollte. [189;192]

Aber wie weit konnten und durften die Siegermächte mit ihren Maßnahmen gegenüber Deutschland gehen, auch im Hinblick auf die völlig veränderte Machtkonstellation in Mitteleuropa, wollten sie nicht die Besiegten in ihrer wirtschaftlichen Substanz und damit die politische Stabilität Europas gefährden [183][190]. Gewiß, die Alliierten haben sich weder zu spät noch zu wenig mit den Fragen der politischen Zukunft der Welt auseinandergesetzt. Viele Empfehlungen wirken angesichts des von beiden Seiten total geführten ideologischen Vernichtungskampfes noch recht konstruktiv, wenn auch anfänglich eine große Unsicherheit über die zukünftige Rolle der UdSSR herrschte. Erst im Herbst 1943 entwarfen verschiedene Fachgremien ein etwas realistischeres Bild von der Bedeutung und dem Einfluß der UdSSR in Europa nach dem Kriege [173]. Aber weniger diese Stimmen und Empfehlungen bestimmten den Lauf der Geschichte, vielmehr die dazu oft im Widerspruch stehende Politik der Großen.

Churchill und Roosevelt ließen sich bei ihren Entschlüssen und Handlungen weitgehend von persönlichen Erfahrungen, eigenen Neigungen, ideologischen Gesichtspunkten, aber auch von Klischeevorstellungen leiten. Beiden war – ebenso wie Stalin – eine unverhohlene Animosität gegenüber Deutschland, den Deutschen und – in tragischer Gleichsetzung – dem Nationalsozialismus eigen, die sich durch die laufend bekanntwerdenden Maßnahmen der NS-Besatzungs- und Vernichtungspolitik noch verstärkte. Es ist daher kaum verwunderlich, daß alle Sondierungsversuche aus den Kreisen der deutschen Opposition in London und Washington 1940–1943 negativ verliefen.

Roosevelt hat seit 1942 die Aufteilung Deutschlands in mehrere autonome Staaten und die Kontrolle bestimmter Gebiete durch eine internationale Organisation

[180] als Allheilmittel gegen jede künftige Kriegsgefahr in Europa betrachtet; ein Vorschlag, mit dem auch Stalin von Anfang an zu sympathisieren schien. Mochte Roosevelt auch im "Durchdenken der Konsequenzen", die sich aus den "absoluten und territorial unbeschränkten Herrschaftsansprüchen" Hitlers für sein Land und die Demokratien ergeben konnten, große "staatsmännische Weitsichtigkeit" bewiesen haben und mag in den "Folgerungen, die er daraus zog", seine geschichtliche Bedeutung gesehen werden (Moltmann), in der Beurteilung des Sowjetkommunismus und dessen weltrevolutionärer Dynamik erwies sich seine Politik als falsch und verhängnisvoll. An Warnungen vor dem Kommunismus hatte es im Kriege wahrlich nicht gefehlt [176][178][182]. Ungeachtet des gegenseitigen Mißtrauens glaubte Roosevelt bis Anfang 1945 an die Verwirklichung der "Einen Welt", d. h. an die Transformation der militärischen Allianz zu einem einzigen großen Friedensbündnis, das Recht und Ordnung in der Welt wahren und aufrecht erhalten würde.

Roosevelt und Churchill haben grundsätzliche Entscheidungen der großen Diplomatie im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges immer wieder hinausgezögert, ja sie verfolgten geradezu eine Politik der Vertagungen. Um keinen Preis wollten sie das militärische Bündnis gefährden und damit den Sieg über Hitler. Sie hofften, nach dem Siege über die "Achsenstreitkräfte" und Japan die schwebenden Probleme im Hinblick auf die Sicherung des Weltfriedens rascher und leichter lösen zu können. Doch machten sie Stalin – auch als Kompensation für das Ausbleiben einer Zweiten Front in Frankreich und für die Kriegserklärung der Sowjetunion an Japan – gewisse territoriale Zugeständnisse [180][181], zugleich um das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion zu befriedigen. Beide setzten sich für die Abtretung Ostpreußens an Rußland ein und für die Westverschiebung Polens bis zur östlichen Glatzer-Neiße-Oder, doch wünschten sie eine endgültige Regelung aller territorialen Probleme erst auf einer Friedenskonferenz zu entscheiden.

Winston Churchill, der sich in der Deutschlandfrage für die Isolierung Preußens und die Bildung einer Donaukonföderation ausgesprochen hatte [180][197][198], hat die besondere, künftige Lage Europas angesichts des sowjetischen Vordringens nach Westen etwas illusionsloser beurteilt. Allerdings wurde er oftmals überstimmt, als sich die Ansichten Roosevelts und Stalins in manchen Fragen annäherten (z. B. in der Ablehnung alliierter Operationen auf dem Balkan). Sein großes politisches Ziel, für das Großbritannien bereits im September 1939 in den Krieg eingetreten war, gipfelte in der Forderung, daß es jedem Land gestattet sein müsse, diejenige Gesellschaftsordnung und Regierungsform zu wählen, für die sich die Mehrheit der Bevölkerung frei entscheide [194].

Im übrigen hatten Roosevelt, Churchill und Tschiang Kai-schek auf der Konferenz von Kairo Ende November 1943 [179] verkündet, daß sie auch in Asien keine territoriale Expansion verfolgten. Japan sollte alle Inseln im Pazifik zurückgeben, die es seit Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 besetzt oder annektiert hatte. Alle Territorien, die es von China erobert hatte, wie die Mandschurei, Formosa und die Fidschi-Inseln, hatte es wieder an ihre rechtmäßigen Besitzer abzutreten, Korea sollte unabhängig werden. Die "vier großen Polizisten" USA, Großbritannien, die UdSSR und China [168][184] sollten – ungeachtet zahlreicher Gegensätze und Reibungsflächen in Asien - auch im Frieden zusammenarbeiten, jeder von ihnen in bestimmten Interessengebieten so, daß Rüstungskontroll- und Inspektionsmaßnahmen rechtzeitig jede Aggressionshandlung verhüten konnten.

Zur größten Belastungsprobe für die "unnatürliche Koalition" entwickelte sich im Jahre 1943 jedoch die polnische Frage [170]. In dieser kristallisierten sich die vitalen Gegensätze der Bündnispartner von Ost und West. Harry Hopkins, der persönliche Berater Roosevelts, hat in Moskau (Mai 1945) später darauf hingewiesen, daß die ganze Polenfrage an sich nicht so wichtig gewesen sei, vielmehr die Tatsache, daß sie geradezu ein Symbol, "ein Testfall für unsere Fähigkeit" geworden sei, "unsere Probleme mit der Sowjetunion lösen" zu können. [187–189]

Anfang März 1943 hatte Moskau in einer Note an die polnische Exilregierung jeden polnischen Anspruch auf die Gebiete Ostpolens geleugnet. Als dann durch die deutschen Leichenfunde bei Katyn (April 1943) das Schicksal der 1939 von der

Roten Armee gefangenengenommenen polnischen Offiziere geklärt zu sein schien, beschuldigte Stalin den Exilministerpräsidenten Sikorski, der "faschistischen" Politik Vorschub zu leisten. Er ließ die diplomatischen Beziehungen zur Exilregierung abbrechen. Indessen, je mehr die Rote Armee sich der polnischen Grenze näherte, desto dringender wurde die Lösung des Grenzproblems und der Zusammensetzung der künftigen neuen polnischen Regierung. Auf der Konferenz von Teheran vermochte sich Stalin nicht nur mit dem Anspruch auf Königsberg durchzusetzen, sondern ebenso mit seiner These von dem "ethnographisch richtigen" Charakter der Curzon-Linie [186][187][188].

Freilich lehnte das polnische Exilkabinett (jetzt unter Mikolajczyk) die Anerkennung der Curzon-Linie ab (15. 2. 1944). Als äußerste Konzession war es bereit, einer Demarkationslinie östlich von Wilna und Lemberg zuzustimmen [189]. Doch die Sowjetunion ging bereits zu ihrer Politik der vollendeten Tatsachen über. Dem Sieg ihrer Armeen über die deutsche Heeresgruppe Mitte im Juni 1944 ließ sie im Juli die Einsetzung einer ihr gefügigen "Gegenregierung" unter dem Linkssozialisten Osóbka-Morawski folgen, die sie am 27. 7. 1944 ("Lubliner Komitee") anerkannte. Immer deutlicher wurde das Bestreben Stalins, ein von der UdSSR abhängiges Polen zu schaffen, das auch in der Grenzfrage seinen Wünschen entsprach. Mochte Churchill immer noch hoffen, ein "durch Ostdeutschland verstärktes Polen zu einem gewissen Gegengewicht gegen die UdSSR machen zu können" (Roos), die dafür erforderliche uneingeschränkte Unterstützung Roosevelts fand er nicht, zumal dieser bis zuletzt alles zu vermeiden trachtete, was eine folgenreiche Entfremdung zwischen der UdSSR und den Westmächten herbeiführen konnte.

Vieles spricht dafür, daß Stalin eine Zeit lang (1942/43) eine doppelgleisige Deutschlandpolitik verfolgt hat. Einerseits scheint er in Geheimverhandlungen die Möglichkeiten eines Arrangements mit dem NS-Deutschland erkundet zu haben (Stockholmer Gespräche), das Hitler aber entschieden ablehnte. Andererseits ließ er im Sommer 1943 in Krasnogorsk von deutschen kommunistischen Emigranten und gefangenen Offizieren bzw. Soldaten das "Nationalkomitee Freies Deutschland" [171] gründen, das eine national-deutsche Antihitlerbewegung mit der Vision eines erneuten deutsch-russischen Bündnisses (Tauroggen-Rapallo-Reminiszenz) ins Leben rufen und mit dessen Hilfe den Krieg im Osten schneller beendet werden sollte. Als sich dessen Effizienz jedoch als sehr gering erwies, ließ Stalin dieses am Ende des Krieges wieder fallen. Um nach Kriegsende die deutsche Gefahr zu eliminieren, schloß Stalin überdies am 10. 12. 1944 einen Bündnis- und Beistandspakt mit Frankreich (de Gaulle) ab. Dieser Vertrag enthielt die gemeinsame Verpflichtung, künftig alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, "um eine neue Bedrohung von seiten Deutschlands zu verhindern und jede Art der Initiative zu einem neuen deutschen Angriffsversuch" auszuschalten [199].

DOKUMENTE

[168] *Aus einem Schreiben von Owen Lattimore, dem amerikanischen Berater Tschiang Kai-schecks, an Tschiang Kai-schek vom 18. Dezember 1942*

...2. Südpazifik: Ebenso wie Sie ist der Präsident davon überzeugt, (Ich teilte dem Präsidenten mit, [Vom Präsidenten geänderte Fassung]) daß für den westlichen Pazifik etwa von der Breite Französisch-Indochinas bis auf die Breite Japans die beiden hauptsächlich interessierten Mächte China und Amerika sein werden. [Diesen Satz vom Präsidenten gestrichen.] Nach diesem Krieg werden China, Amerika, Großbritannien und Rußland als die vier "großen Polizisten" der Welt anzusehen sein. Nur wenn sie zusammenarbeiten, können sie bei der Erarbeitung eines Verfahrens für die periodische Inspektion der Rüstung aller Länder mit dem Ziel, in aggressiver Absicht heimlich durchgeführte Wiederaufrüstungsmaßnahmen zu verhindern, zu einer in der Praxis sich bewährenden Übereinstimmung des Handelns gelangen. China und Amerika sind in einem großen Gebiet des Westlichen Pazifik als die eigentlich verantwortlichen Mächte quali-

fiziert. Im nördlichen Teil des Pazifiks jedoch, wo amerikanisches Gebiet Sibirien, Korea und Japan benachbart ist, wäre es nicht wünschenswert zu versuchen, Rußland von Problemen wie der Unabhängigkeit Koreas auszuschließen. Wollte man Sowjetrußland in dieser Weltgegend isolieren, würde man die Gefahr heraufbeschwören, Spannungen zu schaffen, statt sie zu mildern. Die Frage von Stützpunkten südlich von Korea, von denen aus China und Amerika den Frieden im West-Pazifik schützen könnten, ist eine jener Detailfragen, die ruhig späteren Erörterungen überlassen werden können. Der Präsident ist sehr beeindruckt von Ihrer klaren Vorstellung, daß nur Stützpunkte in den beiden Schlüsselgebieten Liaotung und Formosa zu einer wirksamen Koordinierung des Einsatzes von Land-, See- und Luftstreitkräften führen können, um eine neue Aggression auf lange Sicht zu verhindern.

[169] *Amerikanischer Entwurf eines vorläufigen Friedensvertrages mit Deutschland vom 1. März 1943 (inoffiziell)*

Artikel I
Erklärung des Friedenszustandes
Zwischen Deutschland und den Vereinten Nationen ist der Friedenszustand wiederhergestellt.

Artikel II
Einseitige Abrüstung
Deutschland demobilisiert alle Streitkräfte und räumt alle besetzten Gebiete; alle Kriegsschiffe jeder Art, alle Flugzeuge, alles Kriegsmaterial werden bzw. wird unverzüglich den Vereinten Nationen ausgeliefert. Alle von Deutschland kontrollierten Gewässer werden von allen kriegerischen Zwecken dienenden Vorrichtungen geräumt und alle Verteidigungsanlagen zu Lande werden zerstört. Alle diese Maßnahmen werden unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführt. Zu diesem Zweck oder zu irgendeinem anderen sich aus diesem Vertrag ergebenden Zweck können die Vereinten Nationen beliebige Teile Deutschlands oder ganz Deutschlands so lange besetzen, wie dies wünschenswert erscheint.

Artikel III
Grenzen
Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück.

Artikel IV
Kolonien und Mandatsgebiete.
Alle deutschen Kolonien und Mandatsgebiete werden den Vereinten Nationen übergeben, die über ihren zukünftigen Status entscheiden werden.

Artikel V
Wirtschaftsverträge und -vorschriften
Deutschland erklärt seine Zustimmung dazu, daß alle seine Verträge, Gesetze und Vorschriften über Einfuhr und Ausfuhr, Hafengebühren, Zollsätze, Untersuchungsverfahren und -gebühren, Handelsabgaben jeder Art und Devisenkontrolle allen Ländern der Erde gegenüber einheitlich und gleichartig sein werden, ohne Diskriminierung, Benachteiligung oder Bevorzugung, weder direkt oder indirekt.
Deutschland veröffentlicht unverzüglich alle zur Zeit in Kraft befindlichen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen; alle Verträge usw., die zu Absatz 1 dieses Artikels in Widerspruch stehen, werden für die Zukunft außer Kraft gesetzt. Alle zukünftigen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen sind unverzüglich zu veröffentlichen.

Artikel VI
Wiedergutmachung
Mit Ausnahme der Handelsschiffe gibt Deutschland alles Eigentum – einschließlich von Maschinen, Eisenbahnausrüstung, Kraftfahrzeugen und dergleichen – ihren rechtmäßigen Eigentümern zurück.
Alle deutschen Handelsschiffe werden den Vereinten Nationen entschädigungslos zur sofortigen Verwendung bei der Verteilung von Nahrungsmitteln, Kleidung, Sanitätsmaterial und anderen lebensnotwendigen Artikeln an die Bewohner der von Deutschland besetzten Gebiete und an solche anderen Empfänger übergeben, die von den Vereinten Nationen u. U. noch bestimmt werden. Die Schiffe können anschließend an Staaten gegeben werden als Ersatz für Schiffe, die von Deutschland versenkt wurden, oder sie können nach freiem Ermessen der Vereinten Nationen an Deutschland zurückgegeben werden.

Deutschland übergibt der Bank für Internationalen Ausgleich (Bank for International Settlements) als Treuhänderin der Vereinten Nationen alle im Besitz von öffentlichen Stellen oder von Privatpersonen befindlichen Beweismittel für die Eigentümer- oder Gläubigerschaft an allen Industrieunternehmen, die außerhalb der Grenzen des Reiches nach dem Stande vom 30. Januar 1933 liegen; alle Entschädigungszahlungen an seine Staatsangehörigen gehen zu Lasten Deutschlands.
Deutschland übergibt der Bank für Internationalen Ausgleich als Treuhänderin der Vereinten Nationen außerdem die schuldenfreien Rechtstitel an allen Vermögenswerten innerhalb des Reiches, die am 1. September 1939 Eigentum von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit waren.

Artikel VII
Propaganda

Deutschland erklärt seine Zustimmung dazu, jegliche Agitation und Propaganda gegen die Regierungen oder die öffentlichen Einrichtungen anderer Länder einzustellen und sich ihrer (in Zukunft) zu enthalten.

Artikel VIII
Repatriierung der Kriegsgefangenen
Deutschland entläßt alle Kriegsgefangenen und ermöglicht ihre Rückkehr in ihre Heimat und übernimmt alle damit verbundenen Kosten.

Artikel IX
Diskriminierung von Personen
Deutschland erklärt seine Zustimmung zu der sofortigen und definitiven Beendigung diskriminierender Behandlung von Personen – gegenüber den Juden, gegenüber anderen "Minderheiten", gegenüber ausländischen Arbeitskräften.
Alle Personen, die aus politischen Gründen Beschränkungen unterworfen sind, sich in Gewahrsam oder Gefangenschaft befinden, werden aus dem Gewahrsam oder der Gefangenschaft entlassen, die ihnen auferlegten Beschränkungen werden aufgehoben und sie werden bei ihrer Wiedereingliederung in das normale Leben unterstützt. Ausländische Arbeiter im Reich werden von allem Zwang befreit, und jedem von ihnen wird gestattet, sich in dem Lande seiner Wahl auf Kosten Deutschlands niederzulassen. Die Gewährung der persönlichen Freiheit und die Beendigung der Diskriminierung wird zur Zufriedenheit der Vereinten Nationen garantiert.

Artikel X
Repatriierung deutscher Minderheiten auf dem Wege der Umsiedlung
Deutschland übernimmt die Verantwortung für die – auf seine Kosten erfolgende – Repatriierung der außerhalb des Reiches lebenden Deutschen nach Deutschland, die repatriiert zu werden wünschen. Deutschland erklärt sich mit dem Grundsatz und der Praxis des Bevölkerungsaustausches unter Leitung der Vereinten Nationen einverstanden, wobei die (im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsaustausch entstehenden) Kosten von Deutschland zu tragen sind.

Artikel XI
Kriegsverbrecher
Deutschland liefert den Vereinten Nationen zur Aburteilung und Bestrafung im Rahmen von den Vereinten Nationen festzulegender Verfahren alle Deutschen aus, die der Verübung von Gewaltakten oder Verbrechen während des Krieges in Verletzung der Gesetze oder der Menschenrechte beschuldigt werden.

Artikel XII
Geldwesen
Bis zum Abschluß eines befriedigenden endgültigen Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Deutschland liegt die volle Befugnis, Banknoten herauszugeben und die Währung zu stabilisieren, bei einer von den Vereinten Nationen einzusetzenden Kommission für Wirtschaftsfragen (Economic Commission).

Artikel XIII
Regionale oder Weltorganisationen
Deutschland erklärt sich mit der Beteiligung an regionalen oder Weltorganisationen, die u. U. in Zukunft gegründet werden, nach Maßgabe derjenigen Bestimmungen und Bedingungen einverstanden, die von den Vereinten Nationen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren gestellt werden können.

Artikel XIV
Durchführung
Zwischen den Vereinten Nationen werden Abkommen zur Durchführung dieses Vertrages abgeschlossen.

Artikel XV
Waffenstillstand
Nach Ratifizierung dieses Vertrages tritt auf jedem Kriegsschauplatz nach Weisung des Befehlshabers der Streitkräfte der Vereinten Nationen ein Waffenstillstand in Kraft.

[170] *Persönliche und geheime Botschaft Stalins an Churchill vom 21. April 1943*

Die Sowjetregierung betrachtet das Verhalten der polnischen Regierung in der letzten Zeit gegenüber der UdSSR, das allen Regeln und Normen in den gegenseitigen Beziehungen zwischen zwei verbündeten Staaten widerspiegelt, als absolut anomal.
Die gegen die Sowjetunion gerichtete Verleumdungskampagne, die von den deutschen Faschisten im Zusammenhang mit den von ihnen im Raum von Smolensk [Katyn], auf einem von deutschen Truppen besetzten Territorium, ermordeten polnischen Offizieren eingeleitet wurde, ist sofort von der Regierung Herrn Sikorskis aufgegriffen worden und wird von der offiziellen polnischen Presse in jeder erdenklichen Weise geschürt. Die Regierung Sikorski hat die schändliche faschistische Verleumdung der UdSSR nicht zurückgewiesen, sie hat es sogar nicht einmal für nötig gehalten, sich mit irgendwelchen Fragen oder mit der Bitte um eine Aufklärung in dieser Angelegenheit an die Sowjetregierung zu wenden.
Die hitlerfaschistischen Machthaber, die an den polnischen Offizieren ein scheußliches Verbrechen begangen haben, führen eine Untersuchungskomödie auf und bedienen sich für deren Inszenierung einiger polnischer und profaschistischer Elemente, die sie im besetzten Polen selbst aufgelesen haben, wo sich alles unter Hitlers Joch befindet und wo kein aufrichtiger Pole offen seine Meinung sagen kann.
Zu der "Untersuchung" haben sowohl die Regierung Herrn Sikorskis als auch die Hitlerregierung das Internationale Rote Kreuz hinzugezogen, das unter den Bedingungen eines Terrorregimes mit seinen Galgen und der Massenvernichtung der friedlichen Bevölkerung gezwungen ist, an dieser von Hitler inszenierten Untersuchungskomödie teilzunehmen. Es versteht sich, daß eine solche "Untersuchung", die noch dazu hinter dem Rücken der Sowjetregierung vorgenommen wird, keinem einzigen ehrlichen Menschen Vertrauen einflößen kann.
Der Umstand, daß die antisowjetische Kampagne gleichzeitig in der deutschen und in der polnischen Presse gestartet wurde und auf genau der gleichen Linie geführt wird – dieser Umstand läßt keinen Zweifel daran, daß zwischen dem Feind der Verbündeten, Hitler, und der Regierung Sikorski Kontakt und heimliches Einverständnis bei der Durchführung dieser feindseligen Kampagne bestehen.
Zu einer Zeit, da die Völker der Sowjetunion im schweren Kampf gegen Hitlerdeutschland ihr Blut vergießen und alle ihre Kräfte für die Vernichtung des gemeinsamen Feindes der freiheitsliebenden demokratischen Länder einsetzen, führt die Regierung Sikorskis zum Nutzen der Tyrannei Hitlers einen verräterischen Schlag gegen die Sowjetunion.
Durch alle diese Umstände muß die Sowjetregierung zu der Erkenntnis gelangen, daß die gegenwärtige Regierung Polens, die sich auf Zusammenarbeit mit der Hitlerregierung eingelassen hat, de facto ihre Bündnisbeziehungen zur UdSSR abgebrochen und gegenüber der Sowjetunion eine feindliche Haltung eingenommen hat.
Auf Grund dieser Tatsache ist die Sowjetregierung zu der Schlußfolgerung gelangt, daß es unumgänglich ist, die Beziehungen zu dieser Regierung abzubrechen.
Ich erachte es für notwendig, Sie von dem Dargelegten zu informieren, und hoffe, daß die britische Regierung die Notwendigkeit dieses der Sowjetregierung aufgezwungenen Schrittes verstehen wird.

[171] *Aus dem "Manifest" des Nationalkomitees "Freies Deutschland" an die Wehrmacht und an das deutsche Volk vom 13. 7. 1943*

Die Ereignisse fordern von uns Deutschen unverzügliche Entscheidung.
In dieser Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und Zukunft hat sich das Nationalkomitee "Freies Deutschland" gebildet.
Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerk-

schaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahr einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten.
Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen liegt.
Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.
Hitler führt Deutschland in den Untergang.
An den Fronten:
...Der Tag des Zusammenbruchs naht!
In der Heimat:
Deutschland selbst ist heute zum Kriegsschauplatz geworden. Städte, Industriezentren und Werften werden in steigendem Maße zerstört.....
Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.
Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermeßlicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.
Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes.
Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger. Dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden könnten wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst.
Wenn das deutsche Volk sich jedoch rechtzeitig ermannt und durch seine Taten beweist, daß es ein freies Volk sein will und entschlossen ist, Deutschland von Hitler zu befreien, erobert es sich das Recht, über sein künftiges Geschick selbst zu bestimmen und in der Welt gehört zu werden. Das ist der einzige Weg zur Rettung des Bestandes, der Freiheit und der Ehre der deutschen Nation.
Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden.
Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes. Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann Frieden bringen.
Eine solche Regierung muß stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen hin würdig zu vertreten.
Sie kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee mössen dabei eine entscheidende Rolle spielen.
Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete. So wird sie den Frieden erzielen und Deutschland in die Gemeinschaft gleichberechtigter Völker zurückführen. Erst sie schafft dem deutschen Volke die Möglichkeit, im Frieden seinen nationalen Willen frei zu bekunden und seine Staatsordnung souverän zu gestalten.
Das Ziel heißt: Freies Deutschland.
Das bedeutet:
Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt.
Restlose Beseitigung aller auf Völker- oder Rassenhaß beruhenden Gesetze, aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes. Aufhebung aller gegen die Freiheit und Menschenwürde gerichteten Zwangsgesetze der Hitlerzeit.
Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Schaffenden. Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisationen, des Gewissens und der Religion.
Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung des Rechtes auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums, Rückgabe des durch die nationalsozialistischen Machthaber geraubten Hab und Guts an die Eigentümer, Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und der Kriegsgewinnler, Güteraustausch mit anderen Ländern als gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes
Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes.
Gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, in Schuld und Schande stürzten, Amnestie

jedoch für alle Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten von Hitler lossagten und der Bewegung für ein freies Deutschland anschließen.
Vorwärts, Deutsche, zum Kampf für ein freies Deutschland!

[...]
Wir haben in unserer Geschichte ein großes Vorbild. Vor hundertdreißig Jahren wandten sich, als noch deutsche Truppen als Feinde auf russischem Boden standen, die besten Deutschen, vom Stein, Arndt, Clausewitz, Yorck und andere, von Rußland aus über die Köpfe verräterischer Machthaber hinweg an das Gewissen des deutschen Volkes und riefen es auf zum Freiheitskampf. Gleich ihnen werden wir all unsere Kraft und auch unser Leben einsetzen, alles zu unternehmen, was den Freiheitskampf unseres Volkes entfaltet und den Sturz Hitlers beschleunigt...

[172] *Politik einer Nachkriegsregelung im Hinblick auf Deutschland. Memorandum des Stellvertretenden Premierministers Britisches Kriegskabinett vom 19. 7. 1943:*

Ich denke wir sollten erkennen, daß unsere Deutschlandpolitik für jeden Europaplan von primärer Bedeutung ist. Wir sind uns alle darin einig, daß wir nichts mit den Nazis zu tun haben wollen, aber ich habe in unserer Diskussion eine Tendenz wahrgenommen, die dahingeht, daß wir mit irgendeiner deutschen Behörde verhandeln sollten, ohne daß gesagt wird, was das sein oder nicht sein sollte. Nach dem letzten Krieg wurde der Kaiser zum Sündenbock für Deutschland gemacht und in einer späteren Phase machte man die demokratischen Parteien zu Sündenböcken für Versailles, während die wirklich aggressiven Kräfte die ganze Zeit über ungeschoren blieben und sich wieder aufrichten konnten, als sich eine günstige Gelegenheit bot. Wer sind sie? In erster Linie die Klasse der preußischen Junker mit ihren starken Wurzeln im öffentlichen Dienst und in der Reichswehr. Diese Klasse, die im letzten Jahrhundert dahin gelangte, Deutschland zu beherrschen, verbündete sich mit den Herren der Schwerindustrie in Westfalen und anderswo mit ihrem speziellen Interesse für die Rüstung. Zu dieser üblen Kombination treten süddeutsche Elemente hinzu, die nach dem Kapp-Putsch in Bayern stärker wurden. Dies ist meiner Ansicht nach der wirklich harte Kern der deutschen Aggressivität. Inwieweit er die Nazis benutzte und die Nazis sich seiner bedienten, mag zur Debatte stehen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß er eines Tages Hitler und seine Bande liquidiert und als die einzige Körperschaft hervortritt, die Zentraleuropa vor der Anarchie bewahren kann. Irgendein General wird sicher in der Gestalt eines ehrlichen und ehrbar kämpfenden Mannes die Gallionsfigur darstellen und die Rolle Hindenburgs spielen.
2. Praktisch mit der Zustimmung der Alliierten behaupteten sich diese Kräfte nach dem letzten Krieg wegen der Furcht vor dem Bolschewismus. Das dürfen wir nicht wieder geschehen lassen, sonst haben wir die Wurzeln eines neuen Weltkrieges im Boden. Solange diese Elemente intakt bleiben, ist jeder Gedanke an die Unterstützung partikularistischer Tendenzen leerer Wahn. Der preußische Virus hat sich sehr weit im deutschen Reich verbreitet. Es wird sehr starke Anstrengungen kosten, ihn auszurotten.
3. Es mag sehr wohl sein, daß Ostpreußen von den Russen überrannt wird und die dortigen Junker liquidiert werden. Es kann sein, daß Polen und Tschechen in der allgemeinen Verwirrung fürchterliche Rache an ihren Unterdrückern nehmen werden. Es kann sein, und ich möchte es hoffen, daß sich die Deutschen selbst mit einigen dieser Elemente befassen werden, aber ich bin überzeugt, daß die Siegermächte sehr entschieden handeln müssen, wenn in der deutschen Nation eine Neuorientierung stattfinden soll. Es wird sicherlich nicht genügen, einen cordon sanitaire um Deutschland zu legen, der diese schlechten aber mächtigen Elemente in einer Position ließe, aus der heraus sie sich wieder Geltung verschaffen könnten. Es wird nicht ausreichen, den Deutschen nur zu verbieten, Flugzeuge oder Flugzeugfabriken zu besitzen. Wie der Außenminister sagt, wird es eine sehr strenge Kontrolle des deutschen Wirtschaftsapparates geben müssen.
4. Wie ich es sehe, hat es Göring geschafft, sich die Kontrolle über einen beträchtlichen Teil der deutschen Wirtschaft zu verschaffen. Wenn Göring beseitigt ist, sehe ich keinen Grund, diese den deutschen Kapitalisten zu übergeben. Ich sehe auch keinen Anlaß, warum wir den großen Industrie-Trusts gestatten sollten weiterzumachen. Deutschland hat Europa verwüstet. Ich sehe keinen Grund, warum nicht seine Industrie im Interesse Europas kontrolliert werden sollte. Sollen seine Arbeiter gute Bedingungen erhalten, aber diese Industrien sollten im Interesse Zentral- und Südosteuropas geführt werden. Die großen Gebiete östlich und südöstlich Deutschlands brauchen Kapitalausstattung, um den Lebensstandard ihrer Einwohner zu erhöhen. Soll die deutsche Industrie zu diesem Zweck genützt werden. Hierin liegt poetische [sic!] Gerechtig-

keit. Deutschland hat für seinen Krieg Millionen europäischer Arbeiter zwangsweise eingestellt. Lassen wir die Deutschen für sie im Frieden arbeiten. Das kann aber nicht geschehen, wenn den deutschen Organen die Kontrolle überlassen bleibt.

[173] *"Rußlands Lage"*
Gutachten eines hohen Militärs der Vereinigten Staaten
vom 10. August 1943

Rußland wird nach dem Kriege in Europa eine beherrschende Stellung einnehmen. Nach Deutschlands Zusammenbruch gibt es in Europa keine Macht, die sich Rußlands gewaltiger militärischer Kraft entgegenstellen könnte, Zwar ist Großbritannien im Begriff, im Mittelmeer eine Position gegenüber Rußland aufzubauen, die sich für das Gleichgewicht der Mächte in Europa nützlich erweisen mag. Aber auch hier ist es fraglich, ob England sich gegen Rußland behaupten kann, wenn es nicht von anderer Seite unterstützt wird.
Die Schlußfolgerungen aus diesen Gedankengängen liegen auf der Hand. Da Rußland im Kriege den entscheidenden Faktor darstellt, muß es jeglichen Beistand erhalten, und alles muß aufgeboten werden, es zum Freunde zu gewinnen. Da es nach der Niederlage der Achse ohne Frage die Vorherrschaft in Europa haben wird, ist die Entwicklung und Aufrechterhaltung der freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland nur um so wichtiger.
Schließlich ist der wichtigste Faktor, den die Vereinigten Staaten hinsichtlich Rußlands zu beachten haben, die Durchführung des Krieges im Pazifik. Wenn Rußland sich mit uns gegen Japan verbündet, kann der Krieg in kürzester Zeit und mit geringeren Opfern an Menschenleben und Material beendet werden, als wenn das Umgekehrte der Fall wäre. Sollte Rußland gegenüber dem Krieg im Pazifik eine unfreundliche oder ablehnende Haltung einnehmen, dann werden die Schwierigkeiten ins Unabsehbare wachsen, und die Operationen könnten in einem Fehlschlag enden.

[174] *Aus einem US-Ausschußbericht zur Frage*
der Teilung Deutschlands
vom 23. September 1943

I. Teilung
Der Fachausschuß für Deutschland empfiehlt einmütig, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einer erzwungenen Teilung Deutschlands als Teil der Friedensvereinbarungen widerspricht. Der Ausschuß begründet diese Empfehlung mit den folgenden Überlegungen:
1. Die Hauptmaßnahme, um in der Zukunft für einige Zeit Sicherheit gegen weitere deutsche Angriffe zu schaffen, besteht in Kontrollen, die eine militärische und wirtschaftliche Abrüstung gewährleisten. Wenn diese Kontrollen wirkungsvoll gestaltet werden, ist Deutschland nicht in der Lage, einen Krieg zu wagen.
2. Diese Maßnahmen müssen auf jeden Fall ergriffen werden, ob Deutschland nun geteilt wird oder ob es ungeteilt bleibt. Die Teilung trägt weder zur Besetzung noch zur Durchführung der grundsätzlichen Kontrollen wirkungsvoll bei; sie kann im Gegenteil die Verwaltung erschweren und durch Schaffung getrennter Zonen zu Reibungen zwischen den Siegermächten über die Art der Besetzung und die Behandlung der verschiedenen Gebiete führen.
3. Wegen des hohen Grades an wirtschaftlicher, politischer und kultureller Einheitlichkeit in Deutschland ist zu erwarten, daß die Teilung durch äußere Kräfte erzwungen und aufrechterhalten werden müßte und daß dadurch eine versteifte Gegnerschaft des deutschen Volkes zum ernsten Nachteil seiner endlichen Aussöhnung mit der Friedensregelung hervorgerufen würde.
4. Eine erzwungene Teilung würde die Durchführung weitreichender Maßnahmen über die grundsätzlichen militärischen und wirtschaftlichen Kontrollen hinaus erfordern, um die heimliche Zusammenarbeit der Teilstaaten zu verhindern und den nationalistischen Drang nach Wiedervereinigung zu unterdrücken. Durch die Teilung würden die Siegermächte sich also selbst eine Last aufbürden, die zur Erlangung der Sicherheit unnötig ist, und sie würden den Deutschen, ebenfalls ohne Notwendigkeit ein fertiges Programm für den nationalen Wiederaufstieg auf Kosten des Friedens geben.
5. Gemessen an der Frage der Wirksamkeit, der Durchführbarkeit und der dauernden Annehmbarkeit für Sieger und Besiegte würde eine Teilung nicht zur Sicherheit beitragen, sondern sie würde im Gegenteil eine solche Bitterkeit erzeugen und so rigorose Maßnahmen zur Durchführung erfordern, daß sie eine ernste Gefahr für die zukünftige Weltordnung darstellen würde.

II. Die Demokratie
Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die auf die Dauer am meisten wünschenswerte Regierungsform für Deutschland in einer Demokratie auf breiter Grundlage besteht, die einer Verfassung verpflichtet ist, durch die die bürgerlichen und politischen Freiheiten des Individuums geschützt werden.
Der Ausschuß gibt sich über die Schwierigkeiten, die der Schaffung einer wirkungsvollen Demokratie in Deutschland entgegenstehen, keinen Illusionen hin. Er ist der Ansicht, daß es drei Bedingungen gibt, unter denen ein neues demokratisches Experiment gelingen könnte:
1. Ein erträglicher Lebensstandard.
2. Möglichst wenig Bitterkeit gegen die Friedensregelung, um soweit wie möglich zu verhindern, daß ein zugkräftes Programm für zukünftige nationalistische Erhebungen im Inland und Unruhen im Ausland entsteht. Der Ausschuß ist sich bewußt, daß die Besetzung und die andauernden Sicherheitskontrollen, die er für zwingend hält, die Gefühle von vielen Deutschen verletzen werden, und er empfiehlt wegen der Wichtigkeit einer endlichen deutschen Aussöhnung mit der Friedensregelung, daß diese Maßnahmen in ihrer Zahl und ihrer Strenge so klein gehalten werden, wie es mit den Sicherheitsforderungen vereinbar ist.
3. Eine harmonische Politik zwischen der britischen und amerikanischen Regierung auf der einen Seite und der sowjetischen Regierung auf der anderen Seite. Im Falle von Reibungen würde Deutschland in die Lage geraten, die Mächte gegeneinander auszuspielen, was zu unheilvollen Folgen für die vertraglichen Grenzen und für die Stabilität im Innern führen würde. Die Sowjetregierung wiederum wäre in der Lage, die Macht des Kommunismus in Deutschland zum großen Nachteil des inneren politischen Friedens in Deutschland und zum vergleichsweise großen Vorteil der russischen Interessen einzusetzen...

[175] *Deutschland – Memorandum des britischen Außenministers vom 27. 9. 1943*

Bevor ich nach Moskau abreise, würde ich gern die Ansichten meiner Kollegen über die Zukunft Deutschlands erfahren. Ich denke, daß ich bei dem bevorstehenden Treffen der Außenminister in der Lage sein sollte, die gegenwärtigen allgemeinen Anschauungen der Regierung Seiner Majestät darzulegen, die natürlich nochmaligen Überprüfungen im Licht irgendwelcher von den Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion vorgebrachter Alternativvorschläge unterworfen wären.
Langfristige Politik.
2. Bei der Behandlung Deutschlands besteht die Wahl zwischen drei möglichen langfristigen politischen Verfahren: –
(1) Die Politik vollständiger und sofortiger Aussöhnung;
(2) Die Politik vollständiger und permanenter Repression; und
(3) Eine dazwischenliegende Politik, die harte sowie sehr harte repressive Elemente enthält, letztlich aber darauf abzielt, Deutschland auf gleicher Stufe wieder am Leben Europas teilnehmen zu lassen.
3. Ich bin der Ansicht, daß die einzige Politik, die eine wirkliche Hoffnung für die Zukunft enthält, eine solche ist, die, bei Wahrung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen, ein reformiertes Deutschland wieder am Leben Europas teilnehmen zu lassen.
4. Aber die Heilung Deutschlands wird viele Jahre in Anspruch nehmen und wir müssen bereit sein, ein Mindestmaß notwendiger Repressionen durchzusetzen.
Entwaffnung
5. Die erste Verteidigungslinie gegen eine Wiederholung des deutschen Überfalls muß die Entwaffnung Deutschlands und die Verhinderung seiner Wiederbewaffnung sein. Weitere Maßnahmen werden jedoch zur Absicherung gegen die Gefahr notwendig sein, daß unser Wille, Deutschland entwaffnet zu lassen, im Laufe der Zeit nachläßt. Diese Maßnahmen fallen unter die Rubriken: politisch, territorial und wirtschaftlich.
Politisch
6. Das drastischste Vorgehen wäre die Zerstückelung, d. h. die Zerstörung Deutschlands als einer politischen Einheit durch seine Aufteilung in separate Staaten. Ich selbst bin nicht gegen ein solches Verfahren, aber man müßte für lange Zeit eine starke politische Kontrolle haben, um die Wiedervereinigung verschiedener Einheiten zu verhindern. Es gibt auch keine Garantie dafür, daß sich eine solche Kontrolle auf lange Sicht als effektiv erweist, da wir, abgesehen von den zentripetalen Kräften, die in Deutschland sicher am Werk sein werden, erwarten müssen, daß die alliierte Entschlossenheit, einer solchen Wiedervereinigung entgegenzutreten, allmählich nachläßt.
7. Eine weniger drastische Lösung wäre die Dezentralisierung, d. h. Neugestaltung auf födera-

tiver oder konföderativer Grundlage. Das stünde nicht in Mißklang mit Deutschlands Traditionen, und sie könnte die besten Aussichten dafür bieten, in Deutschland ein stabiles demokratisches Regime zu entwickeln. Nach dem letzten Krieg traten starke separatistische und partikularistische Strömungen auf. In den chaotischen Zuständen, die nach diesem Krieg wahrscheinlich in Deutschland herrschen werden, und vor allem dann, wenn sich für lange Zeit keine stabile Zentralregierung bildet, werden die Regionen wahrscheinlich sehr stark auf ihre eigenen Resourcen zurückgeworfen werden. Das könnten wir ausnutzen, um die Grundlagen für ein dezentralisiertes politisches System zu legen.

8. Ich meine jedoch, ganz besonders im Hinblick auf den in Abschnitt 14 unten enthaltenen Vorschlag, daß es für uns unnötig ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die sehr schwierige Frage zu entscheiden.

Territorial

9. Ich denke, man wird zustimmen, daß Deutschland zu seinen Grenzen, wie sie vor dem Anschluß bestanden, zurückkehren muß. Um die "Sicherheit vor Furcht" in Europa zu gewährleisten, wird die Aufgabe gewisser Gebiete, die jetzt in Charakter und Bevölkerung im wesentlichen deutsch sind, ebenfalls nötig sein. Selbst wenn das, von Bevölkerungsumsiedlungen begleitet, möglicherweise irredentistische Gefühle im deutschen Volk erwecken wird.

Oberschlesien, Ostpreußen und das Rheinland

10. Die drei vor allem in Frage kommenden Gebiete sind Oberschlesien, Ostpreußen und das Rheinland. Die von umfassenden Bevölkerungsumsiedlungen begleitete Übergabe Oberschlesiens an Polen würde unseren polnischen Verbündeten nützen und Deutschland reiche Industriegebiete nehmen. Die Übergabe Ostpreußens mit Danzig an Polen ist aus strategischen Gründen notwendig und um Polen für seine wahrscheinlichen Verluste im Osten zu entschädigen. Obgleich es vielleicht strategisch wünschenswert wäre, das linksrheinische Gebiet an Frankreich zu übergeben, ist es nicht sicher, ob die französische Nation nach diesem Krieg in der Lage und willens sein wird, die darin enthaltene Verantwortung zu übernehmen. Außerdem wird die strategische Kontrolle des linken Rheinufers nicht Deutschlands Fähigkeit, Krieg zu führen, vermindern, es sei denn, es werden auch Schritte unternommen in Richtung auf eine Übertragung oder zumindest Kontrolle des lebenswichtigen Teils seines Kriegspotentials, das rechtsrheinisch im Rhein-Ruhrgebiet konzentriert ist, und das weder Frankreich noch Holland oder Belgien gern übernehmen würden. Die Lösung scheint daher nicht in der Abtrennung des Rheinlandes vom Reich zu liegen, sondern in einer Art direkter Kontrolle des Kriegspotentials der deutschen Wirtschaft.

Wirtschaftlich

11. Die dritte Methode einer Rückversicherung (Kontrolle des Wirtschaftspotentials) wird gerade geprüft, aber es sind noch nicht genügend Fortschritte erzielt worden, daß ich meinen Kollegen irgendeine konkrete Empfehlung geben könnte. Ich gebe jedoch zu bedenken, daß, wenn wir eine direkte und wirksame Kontrolle ausüben sollen, wir (a) ein inter-alliiertes Abkommen haben müssen, (b) eine zentrale deutsche Verwaltung (nicht unbedingt eine Regierung) und (c) Mittel, um das Funktionieren der deutschen Wirtschaft unseren Wünschen entsprechend zu gewährleisten.

Sollte es eine Zentralregierung geben oder nicht?

12. Unabhängig von den obigen Erwägungen wird es das erste dringende Problem sein, ob man eine deutsche Zentralregierung, die unmittelbar vor oder nach der Einstellung der Feindseligkeiten auf das Naziregime folgen wird, anerkennen soll oder nicht. Es liegen offenbare Vorteile darin, zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens eine Zentralregierung zu haben, die darauf achtet, daß seine Bedingungen erfüllt werden und im ganzen Land Recht und Ordnung aufrechterhält. Nichtsdestoweniger würde eine solche Regierung in Abwesenheit starker demokratischer Führer nach zehn Jahren der Unterdrückung durch die Nazis wahrscheinlich nur das alte Deutschland verkörpern und könnte sehr wohl das Überleben gerade jener Elemente des Militarismus gewährleisten, deren Zerstörung unser Hauptziel ist. Außerdem würde die Anerkennung einer deutschen Zentralregierung die Zerstückelung Deutschlands oder Förderung separatistischer Tendenzen erschweren. Ich möchte daher meine Kollegen bitten, mich zu ermächtigen, den Standpunkt einzunehmen, daß es sich als unzweckmäßig erweisen werde, eine Zentralregierung in Deutschland anzuerkennen, auf jeden Fall in den ersten Monaten nach Einstellung der Feindseligkeiten. Das gäbe uns Zeit, uns über die Position klarzuwerden und möglicherweise die Entwicklungen zu formen. Es schlösse nicht die Unterzeichnung eines rein militärischen Waffenstillstandes mit dem deutschen Oberkommando aus.

Wenn nicht, sollen wir Deutschland dann selbst verwalten?

13. Das Fehlen einer Zentralregierung würde wahrscheinlich die vollständige Besetzung Deutschlands unvermeidbar machen oder eine Zeitlang zumindest höchst zweckmäßig. Es ist auf jeden Fall wichtig, sich im voraus auf einen Koordinierungsapparat zu einigen mit dem Ziel, die Politik der drei Hauptverbündeten zu koordinieren und um den aus der Überwachung und Verwaltung entstehenden Problemen gewachsen zu sein, die aus den verworrenen Um-

ständen bei Beendigung der Kämpfe erwachsen werden. Es wäre gut, ihn – auf jeden Fall in der ersten Zeit – einem alliierten Oberkommando für Deutschland zu unterstellen. Dem alliierten Oberbefehlshaber würden auch die verschiedenen alliierten Befehlshaber unterstehen, die in ihren jeweiligen Zonen für Recht und Ordnung verantwortlich wären.

14. Die oben erwähnte koordinierende Körperschaft wurde tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, vorübergehend die Befehlsgewalt in Deutschland ausüben. Sie könnte sich schließlich zu einer Art Hoher Kommission entwickeln, die aus zivilen Vertretern der drei Hauptmächte und möglicherweise auch Frankreichs besteht, zusammen mit Vertretern der kleineren Verbündeten. Sie könnte mit einer detaillierten Aufstellung all der wirtschaftlichen und anderen nichtmilitärischen Kapitulationsbedingungen betraut werden, die wir gemeinsam dem Feind aufzuerlegen beschließen könnten. Außerdem würde sie alle Direktiven, die sie von einer Kommission der Vereinten Nationen für Deutschland erhielte, auszuführen haben, wenn eine solche eingerichtet wird, (siehe Abschnitt 4 (j) in W. P. (43) 217), die dann wiederum einer weltweiten Behörde unterstellt werden könnte. Diese Regierungsform könnte so lange bestehen bleiben, bis sich die Alliierten auf eine Politik gegenüber Deutschland geeinigt haben.

Schlußbemerkungen

15. Zusammenfassend möchte ich meine Kollegen bitten, mir die Ermächtigung zu erteilen, die Zukunft Deutschlands auf dem bevorstehenden Treffen der Außenminister wie im folgenden dargelegt zu diskutieren: –

(a) Was die politische Zukunft Deutschlands betrifft, steht die Regierung seiner Majestät (1) einem einheitlichen Deutschland unter einer Zentralregierung, (2) einer dezentralisierten Verwaltung auf föderativer oder konföderativer Grundlage oder (3) der Aufteilung Deutschlands in eine Anzahl separater Staaten noch immer unvoreingenommen gegenüber. Wir sollten jedoch alles in unserer Macht stehende tun, separatistische oder partikularistische Tendenzen zu fördern.

(b) Es dürfte wohl unzweckmäßig sein, irgendeine deutsche Zentralregierung, welcher politischen Färbung auch immer, anzuerkennen, auf jeden Fall in den ersten Monaten nach Einstellung der Feindseligkeiten.

(c) Ungeachtet ob eine deutsche Zentralregierung besteht oder nicht, sollte Deutschland eine Zeitlang vielleicht bis zu zwei Jahren, von einer interalliierten Körperschaft regiert werden, die ihre Autorität letztlich von einer weltweiten Gesellschaft und, wenn etwas derartiges geschaffen wird, von einer Kommission der Vereinten Nationen für Europa erhält.

(d) Vollständige Besetzung Deutschlands durch die drei Hauptalliierten, möglicherweise mit Unterstützung Frankreichs und der kleineren Verbündeten, in Übereinstimmung mit einem Plan, über den sich die Experten der drei Länder einigen.

(e) Vollständige Entwaffnung Deutschlands.

(f) Deutschland sollte zu den Grenzen, die vor dem Anschluß bestanden zurückkehren. Das heißt: (1) die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich, möglicherweise verbunden mit einer zentraleuropäischen Konföderation; (2) die Wiederherstellung der Tschechoslowakei, vielleicht mit kleineren abgestimmten Grenzkorrekturen im Eger-Dreieck; (3) die Wiederherstellung des territorialen status quo vor dem Krieg in den Niederlanden und in Luxemburg; (4) Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich; (5) Rückkehr des Memellandes zu Litauen (entweder unabhängig oder als föderative Republik der UdSSR).

(g) Außerdem die Abtretung von Ostpreußen, Danzig und beträchtlichen Teilen Oberschlesiens an Polen einschließlich des Bezirks Oppeln und entsprechende Umsiedlungen der deutschen Bevölkerungsteile.

(h) (Wenn erwünscht) Übergabe der Kontrolle über den Kieler Kanal an die Vereinten Nationen.

(i) Deutschland wird eine Art internationaler Kontrolle über seine Industrie und sein Wirtschaftsleben auferlegt.

Ich glaube, jetzt ist die Zeit gekommen, wenn meine Kollegen diesem Papier im wesentlichen zustimmen, daß die Premierminister der Dominien über die Richtung informiert werden sollten, in der sich unsere Gedanken bewegen.

A. E. [den]

[176] *Telegramm des Botschafters in China, Gauss, an den Außenminister Hull*
Tschungking, den 11. Oktober 1943 mittags
(eingetroffen um 12.08 Uhr)

1914. Betrifft Nachricht des Ministeriums 1442 vom 7. Oktober. Generalissimus erkundigte sich nach dem Befinden Mr. Hulls und fragte, ob er an der Dreierkonferenz der Außenminister [in Moskau, s. S. 321] teilnehmen werde. Ich antwortete, ich hätte keine offiziellen Informationen, schlösse aber aus Pressemeldungen der letzten Tage, daß er selbst teilnehmen werde. Er fragte

weiter, wo die Konferenz stattfinden werde. Ich sagte, bei meiner Abreise aus Washington habe darüber noch keine Verlautbarung vorgelegen. Er fragte dann, welche Auffassung man in Washington bei meiner Abreise über die weitere Teilnahme der Sowjets am Kriege und über ihre Zusammenarbeit mit den Partnern der Vereinten Nationen gehabt habe. Ich antwortete, ich habe dieses Thema mit höheren Stellen in Washington nicht diskutiert, daß ich aber aus meinen Gespräche in offiziellen Kreisen generell den bestimmten Eindruck gewonnen habe, daß man in Amerika unter allen Umständen damit rechne, daß Sowjetrußland sich weiter am Kriege und an der Zusammenarbeit mit den Partnern der Vereinten Nationen beteiligen werde. Generalissimus bemerkte, daß stets tiefes Mißtrauen den sowjetischen Absichten gegenüber geherrscht habe und daß diese Angelegenheit von großer Wichtigkeit sei. Ich antwortete, daß ich selbstverständlich die Pressespekulationen hinsichtlich der Absichten Sowjetrußlands gelesen habe; daß sich Sowjetrußland und andere Mächte zwar viele Jahre lang gegenseitig mißtraut hätten und daß es eine gewisse Zeit dauern werde, dieses sich bei inoffiziellen Beobachtern noch immer haltende Mißtrauen völlig zu zerstreuen, daß aber alles darauf hindeute, daß man in offiziellen Kreisen zu Hause offenbar nicht den leisesten Zweifel habe, daß sich die Beziehungen mit den Sowjets zufriedenstellend weiterentwickeln würden und daß das Treffen der Außenminister bei der Klärung der Ziele und Grundsätze in bezug auf gemeinsam interessierende Angelegenheiten des europäischen Kriegsschauplatzes zu einem Erfolg führen werde.

Gauss

[177] *Aus der gemeinsamen Vier-Nationen-Erklärung*
Am 1. November 1943 auf der Konferenz in Moskau
zwischen Cordell Hull (USA), Anthony Eden (Großbritannien),
W. M. Molotow (UdSSR), Fou Ping Sheung (China) ausgearbeitet.

Sie erklären gemeinsam:
"1. Daß sie ihre vereinte Tätigkeit, die der Kriegführung gegen ihre jeweiligen Feinde gewidmet war, auch fortsetzen wollen in bezug auf die Organisation und die Erhaltung von Frieden und Sicherheit;
2. daß alle am Kriege gegen einen gemeinsamen Feind Beteiligten in allen Angelegenheiten, die sich auf die Kapitulation und Entwaffnung jenes Feindes beziehen, zusammen handeln werden;
3. daß sie alle Maßnahmen ergreifen werden, die sie für notwendig halten, um Vorsorge zu treffen gegen jede Verletzung der dem Feinde auferlegten Bedingungen;
4. daß sie die Notwendigkeit anerkennen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine allgemeine internationale Organisation zur Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu schaffen, die auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten beruht und zu der die Mitgliedschaft für alle diese Staaten, groß und klein, offen sein soll;
5. daß sie zur Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit bis zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung und bis zur Schaffung eines Systems allgemeiner Sicherheit sich gegenseitig und, wenn es die Verhältnisse erfordern, andere Mitglieder der Vereinten Nationen über ein gemeinsames Handeln im Interesse der Gemeinschaft der Nationen konsultieren werden;
6. daß sie nach Beendigung der Feindseligkeiten ihre militärischen Streitkräfte nicht innerhalb der Gebiete anderer Staaten einsetzen werden, es sei denn für die in dieser Erklärung vorgesehenen Zwecke und nach gemeinsamer Beratung;
7. daß sie miteinander und mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen beraten und zusammenarbeiten werden, um ein durchführbares allgemeines Abkommen über die Regelung der Rüstungen in der Nachkriegszeit zustande zu bringen."
Erklärung über Österreich:
"Sie halten die Österreich am 15. März [sic!] von Deutschland aufgezwungene Annexion für null und nichtig. Sie betrachten sich selbst in keiner Weise an irgendwelche Veränderungen gebunden, die in Österreich seit jenem Tage vorgenommen worden sind. Sie erklären, daß sie ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen wünschen, um so dem österreichischen Volk selbst und allen jenen seiner Nachbarstaaten, die ähnliche Fragen zu lösen haben werden, den Weg zu öffnen, jene politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist..."
Erklärung über Grausamkeiten (unterzeichnet von Roosevelt, Churchill, Stalin):
"Sobald irgendeiner in Deutschland gebildeten Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeführt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder und der freien Regie-

rungen, welche in ihnen errichtet werden, vor Gericht gestellt und bestraft zu werden. Von allen diesen Ländern werden Listen mit allen möglichen Einzelheiten aufgestellt werden. Dabei werden besonders die besetzten Gebiete der Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Griechenland einschließlich Kretas und anderer Inseln, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien berücksichtigt werden..."

[178] *Aus dem Bericht des Brigadiers Patrick J. Hurby*
an Präsident Roosevelt
vom 20. November 1943

...Ich hatte zwei Besprechungen mit dem Präsidenten von China, Generalissimus Tschiang Kai-schek. Der Generalissimus gab seinem vollen Vertrauen zu Ihnen, zu Ihren Beweggründen und zu den von Ihnen verkündeten Prinzipien Ausdruck.
Der Generalissimus sprach sehr offen über die bevorstehende Konferenz in Kairo. Er fragte, ob für ihn ein Treffen mit Marschall Stalin in einer freundschaftlichen Atmosphäre, wie sie einer solchen Zusammenkunft zukomme, in Teheran möglich sein werde oder nicht. Er nannte mir freimütig die Gründe, die ihn zögern ließen, sich mit Marschall Stalin persönlich zu treffen. Er gab mir sein Mißtrauen gegenüber den russischen Wünschen zu verstehen, China in einen kommunistischen Staat zu verwandeln und vielleicht sogar einen Teil Chinas zu erobern und zu annektieren.
Ich erinnerte ihn an die Absage Marschall Stalins an die Welteroberung als eines Grundsatzes des Weltkommunismus. Ich sagte ihm, daß Marschall Stalin meiner Ansicht nach heute die Auffassung vertritt, daß der Kommunismus in Rußland allein zum Erfolg gelangen könne, ohne daß man versucht, ihn der übrigen Welt aufzuzwingen. Ich sagte ihm auch, daß meiner Meinung nach Rußland kommunistische Tätigkeiten in anderen Staaten nicht mehr subventioniert oder lenkt. Ich erklärte dem Generalissimus, daß Rußlands eigene Erfahrungen mit dem Kommunismus in Rußland in gewissem Umfang diejenigen Elemente der kommunistischen Ideologie neutralisiert hätten, die wir als die brutaleren angesehen haben. Ich sagte, ich wüßte zwar, daß es kommunistische Parteien in anderen Staaten gebe, daß diese Parteien aber von Rußland weder gelenkt noch subventioniert würden.
Zur Bekräftigung dieser Argumente lenkte ich die Aufmerksamkeit des Generalissimus auf die kürzlich abgegebene Erklärung von Moskau [s. Dok. 177]. Trotzdem schien der Generalissimus schwere Zweifel an den freundschaftlichen Absichten Rußlands gegenüber China zu hegen.
Der Generalissimus sagte, er möchte Sie zunächst in Kairo treffen und es hänge viel von dieser Besprechung mit Ihnen ab, ob er anschließend mit Marschall Stalin zusammentreffen werde oder nicht.
Ich hoffe, daß ich Gelegenheit haben werde, das chinesisch-russische Problem mit Ihnen zu besprechen, ehe Sie mit dem Generalissimus zusammentreffen.
Der Generalissimus erklärte, daß er, soweit es sich um Sie und Premierminister Churchill handele, keinen Zweifel habe, daß es gelingen werde, eine Basis für eine umfassende Zusammenarbeit zu finden.

Als Präsident Chinas und als Generalissimus wird Tschiang Kai-schek empfehlen, daß von der bevorstehenden Konferenz die Atlantik-Charta wiederholt wird. Wenn möglich, würde er es gern sehen, wenn die Vier Freiheiten ausdrücklich in die Erklärung der Konferenz von Kairo oder Teheran aufgenommen würden.
Nach den Besprechungen mit dem Generalissimus, die insgesamt mehr als sechs Stunden dauerten, habe ich folgende Schlußfolgerungen gezogen:
1. Der Generalissimus und das chinesische Volk stehen für die Prinzipien der Demokratie und Freiheit ein.
2. Der Generalissimus und das chinesische Volk stehen den Prinzipien des Imperialismus und des Kommunismus ablehnend gegenüber.
3. Er glaubt, daß Sie selbstverständlich für Demokratie und Freiheit sind. Er versteht jedoch, daß Sie sich im Interesse der gemeinsamen Kriegsanstrengungen vorübergehend mit dem Imperialismus und dem Kommunismus arrangieren müssen.
4. Er ist sich bewußt, daß die zukünftige Zusammenarbeit und Einheit der Vereinten Nationen von Ihrer Fähigkeit abhängen muß, divergierende Ideologien miteinander zu versöhnen statt sie zu eliminieren. Er ist davon überzeugt, daß Sie Prinzipien finden müssen, auf die sich die Großen Vier einigen können. Bei der Suche nach diesen Prinzipien müssen Sie seiner Meinung nach große Handlungsfreiheit haben.
5. Er gab seinem Wunsche Ausdruck, daß ich Ihnen sagen möge, er habe volles Vertrauen zu Ihren Beweggründen, und daß er für die von Ihnen verkündeten Grundprinzipien einstehe.
6. Er wird deshalb Ihrer Führung bei der Besprechung der diplomatischen und politischen Fragen auf der bevorstehenden Konferenz folgen...



[179] *Die Kairo-Konferenz vom 22. bis 26. November 1943*

Präsident Franklin D. Roosevelt für die Vereinigten Staaten, Premierminister Winston Churchill für Großbritannien und Generalissimus Tschiang Kai-schek für China trafen in Nordafrika vom 22. bis 26. November 1943 zusammen. Das folgende Kommuniqué wurde am 1. Dezember 1943 in Kairo ausgegeben:
Die verschiedenen Militärmissionen haben sich über die künftigen militärischen Operationen gegen Japan geeinigt. Die drei großen Verbündeten drücken ihren Entschluß aus, gegen ihre brutalen Feinde auf See, zu Land und in der Luft einen unerbittlichen Druck auszuüben. Dieser Druck ist schon im Entstehen.
Die drei großen Verbündeten kämpfen in diesem Krieg, um den Angriff Japans in Schranken zu halten und zu bestrafen.
Sie begehren für sich selbst keinen Gewinn und hegen keinen Gedanken an eine territoriale Expansion. Es ist das Ziel, Japan aller Inseln im Pazifik zu entledigen, welche es seit Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 mit Beschlag belegt oder besetzt hat, und daß Japan alle Territorien, die es den Chinesen gestohlen hat wie Mandschurei, Formosa, die Fischerinseln, der Republik China zurückerstatten soll. Japan wird aus allen anderen Territorien, die es durch Gewaltakte und Habsucht erlangt hat, vertrieben. Die vorgenannten drei Mächte haben, eingedenk der Knechtung der Bevölkerung von Korea, beschlossen, daß Korea zur gegebenen Zeit frei und unabhängig werden soll. Mit diesen Zielen im Auge werden die drei Verbündeten mit den im Krieg gegen Japan vereinten Nationen fortfahren, ernsthaft zu beharren und die Operationen auszudehnen, die notwendig sind, um eine bedingungslose Kapitulation Japans zu erlangen.



[180] *Die Konferenz von Teheran*
vom 28. November bis 1. Dezember 1943
Aus dem Protokoll der Abschluß-Sitzung in Teheran,
1. Dezember 1943, 18.00 Uhr

Anwesend
USA: Präsident Roosevelt, Mr. Hopkins, Mr. Harriman, Mr. Bohlen; Großbritannien: Premierminister Churchill, Außenminister Eden, Sir Archibald Clark Kerr, Major Birse; Sowjetunion: Marschall Stalin, Außenminister Molotow, Herr Pawlow.
Zur Deutschlandfrage übergehend, sagte der Präsident, die Frage sei, ob man Deutschland aufteilen sollte oder nicht.
Marschall Stalin erwiderte, daß sie (die Sowjets) die Zerstückelung Deutschlands vorzögen.
Der Premierminister sagte, er sei vollkommen dafür, aber er sei in erster Linie mehr daran interessiert, Preußen, den bösen Kern des deutschen Militarismus, vom Rest Deutschlands getrennt zu sehen.
Der Präsident sagte, er habe einen Plan für die Aufteilung Deutschlands in fünf Teile, den er sich vor einigen Monaten ausgedacht habe. Diese fünf Teile seien:
1. Ganz Preußen, so klein und schwach wie möglich gemacht
2. Hannover und Nordwest-Gebiet
3. Sachsen und das Leipziger Gebiet
4. Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und das Gebiet südlich des Mains
5. Bayern, Baden und Württemberg.
Er schlug vor, daß diese fünf Gebiete sich selbst regieren sollten und daß es zwei Regionen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen oder irgendeiner Form internationaler Kontrolle geben sollte.

Diese wären:
1. Das Gebiet des Nord-Ostsee-Kanals und die Stadt Hamburg
2. Das Ruhrgebiet und das Saargebiet, das letztere dem Nutzen ganz Europas dienend.
Der Premierminister sagte, eine amerikanische Redewendung gebrauchend, "The President has said a mouthful".
Er fuhr fort, daß es seiner Meinung nach zwei Überlegungen gebe, die eine destruktiv und die andere konstruktiv.
1. Die Abtrennung Preußens vom übrigen Reich
2. Bayern, Baden, Württemberg und die Pfalz vom übrigen Deutschland zu trennen und zu einem Teil der Donauföderation zu machen.
Marschall Stalin sagte, er glaube, wenn Deutschland zerstückelt werden sollte, dann sollte es richtig zerstückelt werden, und dies sei nicht eine Frage der Teilung Deutschlands in fünf oder

sechs Staaten und zwei Gebiete, wie der Präsident vorgeschlagen habe. Jedoch ziehe er den Plan des Präsidenten dem Vorschlag von Mr. Churchill vor.
Er glaube, daß die Einbeziehung deutscher Gebiete in den Rahmen großer Konföderationen den deutschen Elementen nur Gelegenheit bieten werde, wieder einen großen Staat ins Leben zu rufen. Er fuhr fort, er glaube nicht, daß zwischen Deutschen viel Unterschied bestehe; alle deutschen Soldaten kämpften wie die Teufel, und die einzige Ausnahme bildeten die Österreicher.
Er sagte, daß die preußischen Offiziere und Generalstäbe ausgemerzt werden sollten, aber was die Einwohner betreffe, sehe er wenig Unterschied zwischen einem Teil Deutschlands und einem anderen.
Er sagte, er sei gegen die Idee einer Konföderation, da sie künstlich sei und in jenem Gebiet keine Dauer haben und dazu den deutschen Elementen Gelegenheit verschaffen würde, sie zu beherrschen.
Österreich zum Beispiel habe als unabhängiger Staat existiert und sollte es wieder werden. Ebenso Ungarn, Rumänien und Bulgarien.
Der Präsident sagte, er stimme mit dem Marschall überein, insbesondere was das Fehlen von Unterschieden zwischen Deutschen anbelange. Er sagte, vor fünfzig Jahren habe ein Unterschied bestanden, aber seit dem letzten Krieg sei dies nicht länger der Fall. Er sagte, der einzige Unterschied sei, daß es in Bayern und dem Südteil Deutschlands keine Offizierskaste gebe, wie sie in Preußen existiert habe. Er stimme mit Marschall Stalin überein, daß die Österreicher eine Ausnahme bilden.
Der Premierminister sagte, er möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob er gegen die Zerstückelung eingestellt sei – ganz im Gegenteil, aber er vertrete die Ansicht, die obigen Teile zu trennen, würde lediglich bedeuten, daß sie sich früher und später zu einer Nation wiedervereinigten; die Hauptsache sei, Deutschland geteilt zu halten, und wenn nur für fünfzig Jahre.
Marschall Stalin wiederholte, was er bezüglich der Gefahr der Wiedervereinigung Deutschlands gesagt hatte. Er erklärte, einerlei welche Maßnahmen ergriffen würden, die Deutschen würden immer einen starken Drang zur Vereinigung haben.
Er sagte, es sei ein großer Fehler, Ungarn mit den Deutschen zu vereinigen, weil die Deutschen die Ungarn nur beherrschen würden und große Rahmen zu schaffen, in denen die Deutschen wirken könnten, würde sehr gefährlich sein.
Er sei der Ansicht, der ganze Zweck jeder internationalen Organisation zur Bewahrung des Friedens wäre es, diese Tendenz auf seiten der Deutschen zu neutralisieren und gegen sie wirtschaftliche und andere Maßnahmen und, wenn nötig, Gewalt anzuwenden, um ihre Einigung und ihr Wiederaufleben zu verhindern. Er sagte, die siegreichen Nationen müßten stark genug sein, die Deutschen zu schlagen, sollten sie je wieder den Weg eines neuen Kriegs beschreiten.
Der Premierminister fragte, ob Marschall Stalin ein Europa, bestehend aus kleinen Staaten, unzusammenhängend, getrennt und schwach, beabsichtige.
Marschall Stalin erwiderte, nicht Europa, aber Deutschland.
Er nehme z. B. an, daß Polen ein starkes Land sein werde, ebenso Frankreich und Italien; daß Rumänien und Bulgarien bleiben würden, was sie immer waren: kleine Staaten.
Der Präsident bemerkte, daß Deutschland weniger gefährlich für die Zivilisation gewesen sei, als es noch aus 107 Provinzen bestanden habe.
Der Premierminister sagte, er hoffe auf größere Einheiten..."

Die Polnische Frage auf der Konferenz von Teheran

Aus dem amerikanischen Konferenzprotokoll vom 1. 12. 1943:
Präsident Roosevelt ging zur polnischen Frage über und sagte, er hoffe, daß Verhandlungen zur Wiederherstellung von Beziehungen zwischen der polnischen und der sowjetischen Regierung begonnen werden könnten. Die Sowjetunion hatte am 26. April 1943 die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abgebrochen, weil diese das Internationale Komitee des Roten Kreuzes aufgefordert hatte, deutsche Beschuldigungen eines sowjetischen Massenmordes an polnischen Offizieren im Wald von Katyn zu untersuchen. Er sei der Ansicht, daß die Wiederherstellung von Beziehungen alle Entscheidungen in bezug auf die in Frage stehenden Probleme erleichtern würde. Er sagte, er sei sich der Schwierigkeiten in dieser Hinsicht bewußt.
Marschall Stalin antwortete, daß die polnische Regierung im Exil eng mit den Deutschen verbunden sei und daß ihre Agenten in Polen Partisanen töteten. Er sagte, es sei unmöglich, sich vorzustellen, was in Polen vor sich gehe.
Premierminister Churchill sagte, für die Engländer sei die Tatsache entscheidend, daß sie wegen des deutschen Einfalls in Polen den Krieg erklärt hätten.
Er sagte, er persönlich sei erstaunt gewesen, als Chamberlain im April 1939 die Garantie an Polen gegeben hätte, während er es abgelehnt hätte, für die Tschechen zu kämpfen. Er sei erstaunt und froh gewesen.

Er sagte, England und Frankreich seien in den Krieg eingetreten, um diese Garantie zu erfüllen, und er bedauere das auch nicht, aber es sei immer noch schwierig, zu übersehen, daß das britische Volk wegen Polen in den Krieg eingetreten sei.
Er sagte, er hätte neulich das Beispiel von den drei Streichhölzern benutzt, um eine mögliche Lösung der fraglichen Probleme zu zeigen.
Er sagte, die britische Regierung sei als erste von allen an einer absoluten Sicherung der Westgrenzen der Sowjetunion gegen einen zukünftigen Überraschungsangriff durch Deutschland interessiert.
Marschall Stalin gab zur Antwort, daß Rußland wahrscheinlich mehr als jedes andere Land an freundschaftlichen Beziehungen zu Polen interessiert sei, da die Sicherheit der sowjetischen Grenzen davon betroffen sei.
Er sagte, die Russen würden eine Wiederherstellung und Ausdehnung Polens auf Kosten von Deutschland befürworten, und sie machten einen Unterschied zwischen der polnischen Regierung im Exil und in Polen.
Er fügte hinzu, daß sie die Beziehungen zu Polen nicht aus einer Laune abgebrochen hätten, sondern weil die Polen sich an der verleumderischen Propaganda der Nazis beteiligt hätten.
Er fragte, welche Garantien gegeben werden könnten, daß sich dies nicht wiederholte. Er sagte, sie würden gern eine Garantie haben, daß die polnische Regierung im Exil damit aufhört, in Polen Partisanen zu töten, und daß sie das polnische Volk dazu bringt, gegen die Deutschen zu kämpfen, und daß sie Intrigen nicht nachgibt.

Die Russen würden eine polnische Regierung begrüßen, die das Volk im gemeinsamen Kampf anführt, aber es sei nicht sicher, daß die polnische Regierung im Exil eine solche Regierung sei. Jedoch, fügte er hinzu, wenn die Regierung im Exil sich mit den Partisanen einigen und alle Verbindungen zu den deutschen Agenten in Polen abbrechen würde, dann seien die Russen bereit, mit ihr zu verhandeln.
Der Premierminister sagte, er würde gern die Ansichten der Sowjetregierung in bezug auf die Grenzfrage erfahren, und wenn eine vernünftige Formel vorgeschlagen werden könnte, sei er bereit, mit der polnischen Regierung im Exil in Verbindung zu treten und ihr diese Lösung, ohne zu sagen, daß die Sowjetregierung sie annehmen würde, als die wahrscheinlich beste vorschlagen, die zu erreichen sei. Wenn die polnische Regierung sie ablehnte, würde Großbritannien die Sache als erledigt betrachten und der Sowjetregierung bei der Friedenskonferenz unter keinen Umständen widersprechen.
Er sagte, die britische Regierung wünsche ein starkes Polen mit freundlichen Beziehungen zu Rußland.

Marschall Stalin sagte, daß das wünschenswert sei, aber dann dürften die Polen nicht versuchen, die Ukraine und Westrußland zurückzubekommen; die Grenzen von 1939 hätten den ukrainischen Boden an die Ukraine und den weißrussischen Boden an Weißrußland zurückgegeben. Die Sowjetregierung bestehe auf der Grenzlinie von 1939, die sie als endgültig und gerecht betrachte.
Mr. Eden sagte, daß diese Linie als die Ribbentrop-Molotow-Linie bekannt sei.
Marschall Stalin sagte, nennen Sie sie, wie Sie wollen, wir betrachten sie trotzdem als endgültig und gerecht.
Mr. Molotow mischte sich ein und sagte, die Grenze von 1939 sei die Curzon-Linie.

[181] *Offizielle gemeinsame Erklärung über die Konferenz von Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943*

Wir, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der Premierminister Großbritanniens und der Premier der Sowjetunion, trafen uns während der vergangenen vier Tage in dieser Hauptstadt unseres Verbündeten Iran und legten unsere gemeinsame Politik erneut fest und bestätigen sie.
Wir brachten unsere Entschlossenheit zum Ausdruck, daß unsere Nationen im Kriege und in dem ihm folgenden Frieden zusammenarbeiten werden.
Was den Krieg anbetrifft, so haben unsere militärischen Stäbe an unseren Besprechungen am runden Tisch teilgehabt, und wir besprachen unsere Pläne zur Vernichtung der deutschen Truppen. Wir erreichten völlige Übereinstimmung über den Umfang und Zeitpunkt der Operationen, die von Osten, Westen und Süden unternommen werden.
Das allgemeine Einvernehmen, das wir hier erreichten, garantiert, daß der Sieg unser sein wird. Hinsichtlich des Friedens sind wir ferner sicher, daß unsere Eintracht ihn zu einem dauernden machen wird. Wir anerkennen im vollen Umfange die höchste Verantwortung, die wir und alle Vereinigten Nationen tragen, einen Frieden herzustellen, der von dem guten Willen der über-

wältigenden Massen der Völker der Welt getragen und Geißeln und Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird. Mit unseren diplomatischen Ratgebern betrachten wir die Zukunftsfragen. Wir werden die Zusammenarbeit und aktive Teilnahme aller Nationen, ob groß oder klein, suchen, deren Völker wie unsere eigenen Völker mit Herz und Verstand der Beseitigung der Tyrannei und Sklaverei, der Unterdrückung und der Unduldsamkeit ergeben sind. Wir werden sie begrüßen, wenn sie in eine Weltfamilie demokratischer Nationen eintreten wollen. Keine Macht der Erde kann uns daran hindern, die deutschen Armeen zu Lande, ihre U-Boote auf See und ihre Kriegsindustrie aus der Luft zu zerstören. Unsere Angriffe werden rücksichtslos sein und immer stärker werden.
Von diesen freundschaftlichen Besprechungen sehen wir mit Vertrauen dem Tag entgegen, an dem alle Völker in der Welt unberührt von Tyrannei nach ihren verschiedenartigen Wünschen und ihrem eigenen Gewissen ein freies Leben leben können.
Wir kamem hierher voll Hoffnung und Entschlossenheit. Wir gehen fort von hier als Freunde in der Tat, im Geist und in den Zielen.

Roosevelt, Stalin, Churchill



[182] *Memorandum des Ersten Sekretärs der Botschaft in der Sowjetunion (Bohlen)*
Moskau, 15. Dezember 1943

Die Haltung der Sowjetregierung zu jeder der in dem beigefügten Dokument aufgeführten Fragen erfordert natürlich ausführliche und spezielle Untersuchung. Unter diesen gibt es jedoch drei, die von besonderem Interesse sind, da sie beispielhaft die sowjetischen Ansichten über Nachkriegseuropa kennzeichnen. Diese drei sind:
1. Der sowjetische Widerstand gegen Föderationen;
2. die sowjetische Entschlossenheit, Deutschland zu zerbrechen;
3. die strenge Haltung Frankreich gegenüber.
Hierzu muß noch der sowjetische Wunsch nach Stützpunkten oder Basen in Europa hinzugerechnet werden, die von den drei siegreichen Mächten als Treuhänder eingenommen werden sollen. Das hervorstechendste Merkmal der sowjetischen Konzeption für die politische Nachkriegsordnung liegt in der Haltung Frankreich gegenüber. Die von Stalin hierzu vorgetragenen Gründe sind in sich nicht überzeugend, und die Gegebenenheiten der französischen Situation rechtfertigen nicht die Härte der vorgeschlagenen Behandlung. Das wahre Motiv liegt wahrscheinlich woanders.
Obwohl dieser Sachverhalt offensichtlich noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, ist doch so viel deutlich, daß wir uns ein Bild davon machen können, was sich die Sowjets unter dem kontinentalen Europa nach dem Kriege vorstellen.
Deutschland soll auseinandergebrochen und in diesem Zustand gehalten werden. Den Staaten von Ost-, Südost- und Mitteleuropa soll nicht gestattet werden, sich zu Föderationen oder Assoziationen zusammenzuschließen. Frankreich soll seiner Kolonien und strategischen Stützpunkte jenseits seiner Grenzen beraubt werden, und ihm soll nicht erlaubt werden, eine nennenswerte Militärmacht aufrechtzuerhalten. Polen und Italien sollen im großen und ganzen ihre gegenwärtige territoriale Größe behalten; aber es ist zweifelhaft, ob ihnen erlaubt sein soll, eine beachtenswerte militärische Macht zu unterhalten. Das Ergebnis würde sein, daß die Sowjetunion als einzige militärische und politische Macht von Bedeutung auf dem europäischen Kontinent verbliebe. Das übrige Europa wäre zu militärischer und politischer Hilflosigkeit herabgedrückt.
Es wird hier kein Versuch gemacht, die hinter der sowjetischen Konzeption von der europäischen Nachkriegsordnung stehenden möglichen Motive zu analysieren; es sollen nur die Tatsachen dargestellt werden.

[183] *Aus einer Rundfunkrede des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt vom 24. Dezember 1943 über die Voraussetzungen einer Friedensordnung*

[...]
In den beiden letzten Tagen unseres Zusammenseins in Teheran beschäftigten wir – Stalin, Churchill und ich – uns mit den Tagen, Monaten und Jahren, die Deutschlands Niederlage folgen werden. Wir waren einig in dem Entschluß, daß Deutschland seiner militärischen Macht entkleidet werden müsse und keine Möglichkeit haben dürfe, diese Macht in absehbarer Zeit zurückzuerobern.

Die Vereinten Nationen verfolgen nicht das Ziel, das deutsche Volk zu versklaven. Wir wollen ihm die Möglichkeit geben, sich friedlich zu einem nützlichen und achtbaren Glied der europäischen Völkerfamilie zu entwickeln. Aber wir müssen das Wort "achtbar" betonen – denn es bleibt unser Vorsatz, es ein für allemal vom Nazismus und preußischen Militarismus zu befreien und von der phantastischen und verhängnisvollen Vorstellung, daß es eine "Herrenrasse" sei...
Nach dem Waffenstillstand im Jahre 1918 dachten und hofften wir, daß der Geist des deutschen Militarismus ausgerottet wäre. Voll von der "Milch der frommen Denkungsart" haben wir die nächsten fünfzehn Jahre darauf verwendet abzurüsten, während die Deutschen so herzzerreißend jammerten, daß die anderen Völker ihnen nicht nur die Wiederaufrüstung gestatteten, sondern sogar erleichterten.
Wir haben uns zu lange der frommen Hoffnung hingegeben, daß kriegerische, angriffslustige Völker den Grundsatz, freiwillig Frieden zu halten, begreifen und durchführen würden.
Die gutgemeinten, aber unglückseligen Versuche früherer Jahre erwiesen sich als untauglich. Ich hoffe, daß wir sie nicht wiederholen werden. Nein – ich muß es stärker ausdrücken: Es ist meine Absicht als Präsident und Oberster Befehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, das Menschenmögliche dafür zu tun, eine Wiederholung dieses tragischen Fehlers zu verhindern.
Die überwältigende Mehrheit aller Völker der Welt will Frieden. Die meisten von ihnen kämpfen jetzt für die Erreichung dieses Friedens und nicht bloß für eine Waffenruhe oder einen Waffenstillstand. Sie kämpfen für einen Frieden, der so machtvoll gewährleistet und dauerhaft sein muß, wie sterbliche Menschen ihn nur machen können. Wenn wir jetzt gewillt sind, für den Frieden zu kämpfen, ist es dann nicht absolut folgerichtig, in der Zukunft, wenn nötig, Gewalt anzuwenden, um diesen Frieden zu bewahren?
Ich bin überzeugt, und ich glaube, ich kann es auch aussprechen, daß die drei andern großen Völker, die so großartig für die Erreichung des Friedens kämpfen, völlig einer Meinung darin sind, daß wir bereit sein müssen, den Frieden mit Anwendung von Zwangsmitteln aufrechtzuerhalten. Wenn die Deutschen und Japaner erst einmal zum gründlichen Verständnis der Tatsache gebracht worden sind, daß die Welt ihnen keinen neuen Friedensbruch gestatten wird, dann ist es möglich und – ich hoffe – wahrscheinlich, daß sie den Geist der Angriffslust aufgeben werden – den Irrglauben, sie könnten die ganze Welt gewinnen, wenn sie auch dabei Schaden an der Seele nähmen.

[184] *Aus einem Memorandum des State Department*
Washington, den 27. Dezember 1943

...Während der letzten beiden Jahre, und vor allem im Laufe der letzten Monate, ist den Chinesen, wenigstens nach außen hin, im Rahmen der Vereinten Nationen eine bevorzugte Stellung eingeräumt worden; man hat ihnen einen Platz als eine der vier Mächte gewährt, die die Führung übernommen haben und von denen eine Führungsrolle bei der Erringung des Sieges und bei der Einsetzung einer internationen Organisation erwartet wird, die die Sicherheit und die Förderung des Wohlergehens der Vereinten Nationen garantieren soll. Während eines längeren Zeitraumes sind die Chinesen in ihrem Widerstand gegen Japan von den Vereinigten Staaten ermutigt und unterstützt worden. Die Vereinigten Staaten haben eine führende Rolle dabei gespielt, den Chinesen durch einen offiziellen Akt zu ihrer neuen Position in der Weltpolitik zu verhelfen. Der Sieg über Japan und die danach zu treffenden Sicherheitsvorkehrungen in Südostasien und im Pazifik sind Probleme, die China und die Vereinigten Staaten stärker berühren als irgendwelche anderen Mächte, und die Vorstellungen und Wünsche Chinas und der Vereinigten Staaten stimmen besser überein als irgendwelcher anderen Mächte. Die Chinesen erwarten von den Vereinigten Staaten Sympathie, freundschaftliche Zusammenarbeit und freigiebige Unterstützung.
In der Welt der Nachkriegszeit wird die Haltung der Chinesen und die von ihnen bezogene Position eine bedeutende Rolle bei dem Arrangement der Mächte spielen. Die Beziehungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion werden starken Belastungen ausgesetzt sein. Die Sowjetunion wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein mächtiger Staat sein. Die Sowjetunion wird aller Wahrscheinlichkeit nach Großbritannien vor Probleme stellen, ebenso die Vereinigten Staaten sowie Großbritannien und die Vereinigten Staaten zusammen. In den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Großbritannien wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eitel Sonnenschein herrschen: es wird zu wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz und zu Kontroversen auf diesen Gebieten kommen.
Die Haltung Chinas gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird von Wichtigkeit sein. Daß China als Mitglied der Verbindung der "Großen Vier" sich wohlgesinnt verhält, ist wünschenswert. Daß China aber, wenn sich in den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Großbritannien auf der einen und mit der Sowjetunion auf der anderen Seite Reibungen und Belastungen ergeben, den Vereinigten Staaten gegenüber wohlgesonnen ist, ist im Interesse der Vereinigten Staaten noch erwünschter.

Ungeachtet der Tatsache, daß Großbritannien und die Sowjetunion – wenn auch etwas widerwillig – zugestimmt haben, China einen Platz in der Gruppe der "Großen Vier" zu geben, mißtrauen die Chinesen Großbritannien und fürchten die Sowjetunion und werden das auch in Zukunft tun. Die Chinesen haben den Vereinigten Staaten nur in ganz geringem Umfang mißtraut – nicht anders als heute – und sie hegen keine Furcht vor ihnen: relativ gesehen vertrauen sie uns und sie sind uns, relativ gesehen, wohlgesonnen. Soweit es zwischen Staaten Freundschaft gibt, kann man getrost sagen, daß die Vereinigten Staaten und China natürliche und aufrichtige Freunde und Alliierte sind. Soweit es zwischen Staaten Gemeinsamkeit der Interessen gibt, kann man getrost sagen, daß die Vereinigten Staaten und China das größte gemeinsame Interesse daran haben, Japan niederzuwerfen und im und am Pazifischen Ozean Sicherheit und Wohlergehen zu schaffen.
Es ist von Wichtigkeit, vor allem für die Vorhaben der Nachkriegszeit, daß sich die heutige Haltung der Chinesen gegenüber den Vereinigten Staaten nicht ändert. Es ist von Wichtigkeit, daß nicht zugelassen wird, daß sich irgend etwas ereignet, was dazu führen könnte, daß China den Vereinigten Staaten sein Vertrauen entzieht und es der Sowjetunion zuwendet oder die japanische These akzeptiert, daß sich die orientalischen Völker zu gemeinsamem Handeln und Widerstand gegen den Einfluß der abendländischen Völker zusammenschließen müssen. In der Nachkriegsperiode werden die Vereinigten Staaten in Verbindung mit ihren Beziehungen zu Großbritannien und in Verbindung mit ihren Beziehungen zur Sowjetunion das Wohlwollen Chinas gegenüber ihren Hauptverbündeten und vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten brauchen.
Wir und unsere Alliierten sind noch immer im Kriege. Die militärischen Fachleute sagen, daß wir noch einen weiten Weg bis zum Sieg über die Nazis und einen noch weiteren Weg bis zum Sieg über Japan zu gehen haben. Solange wir noch im Kriege stehen, rangieren militärische Erwägungen ihrer Wichtigkeit nach an erster Stelle, politische an zweiter und wirtschaftliche an dritter Stelle. Weil das so ist, haben die militärischen und politischen Aspekte eines Kredites an China heute den Vorrang vor den wirtschaftlichen Aspekten. Neben den militärischen und politischen Erwägungen sind die psychologischen Faktoren von großer Bedeutung.
Es ist daher absolut wünschenswert, daß die militärischen und psychologischen Aspekte dieser chinesischen Bitte um einen Kredit von allen Seiten her und auf alle ihre Konsequenzen hin, langfristige sowohl wie kurzfristige, geprüft werden.
Sollte entschieden werden, der chinesischen Bitte nicht zu entsprechen, so sollte das Problem, wie das "Nein" auf diplomatischste Art und Weite zu formulieren ist, sorgfältig geprüft und geschickt angepackt werden...

[185] *Memorandum des britischen Premierministers Winston Churchill vom 14. Januar 1944 über die Auslegung des Begriffs "Bedingungslose Kapitulation"*

Unter "bedingungsloser Kapitulation" verstehe ich, daß die Deutschen kein Recht auf irgendeine bestimmte Behandlung beanspruchen können. Die Atlantik-Charta beispielsweise ist kein Rechtstitel für sie. Andererseits schulden die siegreichen Nationen es sich selber, die Grundsätze der Menschlichkeit und Zivilisation zu respektieren.
Es erhebt sich die Frage, ob wir im gegenwärtigen Zeitpunkt weitergehen wollen. Vielleicht ist es gut, sich zu überlegen, was den Deutschen tatsächlich widerfahren wird, ehe man die Frage entscheidet, ob präzisere Erklärungen ihre Kapitulation schneller herbeiführen vermöchten.
Erstens werden sie vollständig entwaffnet und der Möglichkeit beraubt werden wieder aufzurüsten.
Zweitens wird ihnen jede Art des Fliegens, ob Zivil- oder Militärfliegerei, und die Ausübung der Flugkunst überhaupt verboten werden.
Drittens sind zahlreiche Personen, die der Verübung von Grausamkeiten beschuldigt sind, den Ländern, in denen die Verbrechen begangen wurden, zur Aburteilung auszuliefern. MInisterpräsident Stalin äußerte in Teheran, er werde bestimmt auf viele Jahre hinaus mindestens vier Millionen Deutsche brauchen, um die in Rußland angerichteten Schäden zu beheben. Weiter werden die Russen zweifellos darauf bestehen, daß ihnen ein riesiger deutscher Maschinenpark ausgehändigt werde, der die zerstörten Anlagen reichlich ersetzen soll. Ähnliche Forderungen mögen sehr wohl auch von anderen siegreichen Mächten erhoben werden. Angesichts der sehr harten Behandlung, der zahllose französische, italienische und russische Kriegsgefangene und Internierte unterworfen sind, scheint eine solche Heimzahlung der Gerechtigkeit nicht zu entbehren.
Viertens haben sich nach meiner Auffassung die britische, amerikanische und russische Regierung geeinigt, Deutschland endgültig in eine Anzahl verschiedener Staaten aufzuteilen. Ostpreußen und die deutschen Gebiete östlich der Oder sollen ein für allemal abgetrennt und die

Bevölkerung umgesiedelt werden. Preußen wird beschnitten und zerschlagen werden. Das Ruhrgebiet und die anderen Schwerpunkte der Kohlen- und Stahlproduktion sind dem Herrschaftsbereich Preußens zu entziehen.
Fünftens muß das Rückgrat der deutschen Armee, ihr Generalstab, völlig zerschlagen werden; und seitens der Russen ist mit der Forderung zu rechnen, daß eine große Zahl von Generalstäblern der deutschen Armee zum Tod verurteilt oder auf Jahre hinaus interniert wird. Ich selbst wünsche schon lange, daß eine Liste der vielleicht fünfzig bis hundert berüchtigsten Verbrecher veröffentlicht wird. Das sollte die Massen des deutschen Volkes jenen Leuten entfremden, die die Alliierten mit dem Tod bestrafen werden, Massenhinrichtungen verhindern und zur Beruhigung des einfachen Mannes dienen. Doch hat man diese Vorschläge in Teheran als viel zu mild verworfen, freilich weiß ich nicht genau, inwieweit Marschall Stalin über diese Punkte in vollem Ernst gesprochen hat.
Die oben niedergeschriebenen Bedingungen zeigen klar genug an, daß eine offene Erklärung über das künftige Geschick Deutschlands auf die deutsche Bevölkerung nicht unbedingt beruhigend wirken würde, und daß sie die unbestimmten Schrecken der "bedingungslosen Kapitulation" – in der von den Erklärungen des Präsidenten gemilderten Form – noch vorzieht.

[186] *Persönliche und geheime Botschaft des Präsidenten Roosevelt an Marschall Stalin (eingegangen am 11. Februar 1944)*

Ich habe die Geschehnisse der letzten Zeit in Ihren Beziehungen zu Polen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Ich glaube, daß mir Ihre Ansichten zu dieser Frage vollauf bekannt sind, und ich benutze deshalb diese Gelegenheit, Ihnen meine Überlegungen auf der Basis unserer Gespräche in Teheran mitzuteilen. Zunächst möchte ich klarstellen, daß ich weder wünsche noch beabsichtige, Vorschläge zu machen oder gar irgendwie Ratschläge darüber zu erteilen, wo die Interessen Rußlands in dieser Angelegenheit liegen, denn ich bin mir voll und ganz bewußt, daß die künftige Sicherheit ihres Landes mit Recht in erster Linie Sie angeht. Die Bemerkungen, die ich zu machen beabsichtige, ergeben sich lediglich aus größeren Gesichtspunkten, die das gemeinsame Ziel betreffen, für das wir beide arbeiten.
Wie Sie wissen, haben die überwältigende Mehrheit unseres Volkes und der Kongreß mit Begeisterung die umfassenden Prinzipien begrüßt, die auf den Konferenzen von Moskau und Teheran Anerkennung gefunden haben, und ich weiß, Sie stimmen mit mir darin überein, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß der Glaube an diese Vereinbarungen keinem Zweifel unterworfen werden darf. Ich bin überzeugt, daß eine Lösung gefunden werden kann, die die Interessen Rußlands vollauf gewährleisten und Ihrem Wunsch nach einem befreundeten und unabhängigen Polen gerecht werden würde und doch gleichzeitig nicht die in Moskau und Teheran so ausgezeichnet begonnene Zusammenarbeit nachteilig beeinflussen würde.

Ich habe sorgfältig die Ansichten Ihrer Regierung geprüft, die von Herrn Molotow am 18. Januar gegenüber Herrn Harriman bezüglich des sowjetischen Standpunkts, daß es unmöglich sei, mit der polnischen Exilregierung in ihrer jetzigen Form irgend etwas zu tun zu haben, sowie in dem Vorschlag Herrn Molotows dargelegt wurden, daß die polnische Regierung unter Einbeziehung von sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in der Sowjetunion aufhaltenden polnischen Persönlichkeiten umgebildet werden müßte. Ich habe volles Verständnis für Ihren Wunsch, nur mit einer polnischen Regierung zusammenzuarbeiten, in die Sie Vertrauen setzen können und bei der damit gerechnet werden kann, daß sie dauerhafte freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, doch habe ich die aufrichtige Hoffnung, daß, solange dieses Problem ungelöst bleibt, nichts getan wird, um diese spezielle Frage in ein Problem zu verwandeln, das sich schädlich auf die umfassenderen Probleme der künftigen internationalen Zusammenarbeit auswirkt. Da die öffentliche Meinung immer mehr das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit unterstützt, haben wir ganz besonders die Pflicht, jede Aktion zu vermeiden, die den Anschein tragen könnte, der Erreichung unseres weitgesteckten Zieles entgegenzuwirken.
Premierminister Churchill hat mir mitgeteilt, daß er den polnischen Ministerpräsidenten zu überzeugen versucht, klar und eindeutig die von Ihrer Regierung vorgeschlagenen territorialen Veränderungen als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Könnte man nicht auf dieser Basis eine Antwort zur Frage der Zusammensetzung der polnischen Regierung finden, die es dem polnischen Ministerpräsidenten selbst anheimstellen würde, solche sich notwendig machenden Veränderungen in seiner Regierung vorzunehmen ohne jeglichen Anschein eines Drucks oder Diktats durch ein fremdes Land?
Hinsichtlich der Reihenfolge der Dinge scheint mir, daß gegenwärtig als erstes geprüft werden

sollte, daß die polnischen Partisanen gemeinsam mit Ihren vorrückenden Truppen handeln und nicht gegen sie. Das ist von aktueller Bedeutung, und als erster Schritt wäre irgendeine Versicherung von seiten aller Polen von großem Nutzen.

[187] *Persönliche und geheime Botschaft Stalins an Roosevelt vom 16. Februar 1944*

Ihre Botschaft zur polnischen Frage habe ich erhalten. Selbstverständlich ist die richtige Lösung dieser Frage sowohl für die UdSSR wie für unsere gemeinsame Sache von großer Bedeutung.
Es handelt sich um zwei Hauptfragen: erstens um die sowjetisch-polnische Grenze und zweitens um die Zusammensetzung der polnischen Regierung. Der Standpunkt der Sowjetregierung ist Ihnen bekannt aus den kürzlich von ihr veröffentlichten Erklärungen und aus dem Antwortschreiben W. M. Molotows auf die Note von Herrn Hull, die über den sowjetischen Botschafter Gromyko am 22. Januar in Moskau eingegangen ist.
Zunächst zur sowjetisch-polnischen Grenze. Bekanntlich hat die Sowjetregierung offiziell erklärt, daß sie die Grenze von 1939 nicht als endgültig betrachtet, und sie hat der Curzon-Linie zugestimmt. Damit haben wir den Polen in der Grenzfrage sehr große Zugeständnisse gemacht. Mit vollem Recht hatten wir eine entsprechende Erklärung auch von der polnischen Regierung erwartet. Sie hätte offiziell erklären müssen, daß die durch den Rigaer Friedensvertrag festgelegte Grenze zu verändern ist und daß die Curzon-Linie als neue Grenze zwischen der UdSSR und Polen von ihr akzeptiert wird. Eine solche Erklärung über die Anerkennung der Curzon-Linie hätte die polnische Regierung genauso offiziell abgeben müssen, wie das die Sowjetregierung bereits getan hat. Nichtsdestoweniger tritt die polnische Regierung in London auf der Stelle und fordert nach wie vor in ihren offiziellen Verlautbarungen, daß die Grenze, die uns in einer schweren Stunde durch den Rigaer Vertrag aufgezwungen worden ist, unverändert bleiben muß. Folglich gibt es hier keine Basis für ein Einvernehmen, denn der Standpunkt der gegenwärtigen polnischen Regierung schließt offensichtlich die Möglichkeit eines Einvernehmens aus. Durch diese Tatsache hat sich auch die Frage der Zusammensetzung der polnischen Regierung verschärft. Dabei ist klar, daß die polnische Regierung, in der sowjetfeindliche profaschistische imperialistische Elemente vom Schlage Sosnkowskis die Hauptrolle spielen und in der kaum demokratische Kräfte vertreten sind, keine Basis in Polen selbst haben und, wie die Erfahrung gezeigt hat, keine freundschaftlichen Beziehungen zu demokratischen Nachbarstaaten unterhalten kann. Natürlich ist eine solche polnische Regierung nicht imstande, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen, und man muß erwarten, daß sie Zwietracht unter den demokratischen Staaten sät, die im Gegensatz dazu an der Festigung ihrer Einheit interessiert sind. Daraus folgt, daß eine grundlegende Verbesserung in der Zusammensetzung der polnischen Regierung eine dringende Angelegenheit ist.
Ich habe mich mit der Antwort verspätet, da ich an der Front zu tun hatte.

[188] *Aus der Botschaft Stalins an Churchill vom 23. März 1944*

...Die Sowjetunion führt nicht gegen Polen Krieg und hat auch nicht die Absicht, gegen Polen Krieg zu führen. Die Sowjetunion hat keinerlei Konflikte mit dem polnischen Volk und betrachtet sich als Verbündeten Polens und des polnischen Volkes. Darum vergießen auch die Sowjetsoldaten ihr Blut für die Befreiung Polens vom deutschen Joch. Deshalb wäre es eigenartig, von einem Waffenstillstand zwischen der UdSSR und Polen zu sprechen. Doch besteht ein Konflikt zwischen der Sowjetregierung und der polnischen Emigrantenregierung, die weder die Interessen des polnischen Volkes repräsentiert noch seine Erwartungen zum Ausdruck bringt. Es wäre noch eigenartiger, die von Polen losgelöste polnische Emigrantenregierung in London mit Polen zu identifizieren. Es fällt mir sogar schwer, einen Unterschied zwischen der polnischen Emigrantenregierung und der ihr verwandten jugoslawischen Emigrantenregierung oder zwischen gewissen Generälen der polnischen Emigrantenregierung und dem serbischen General Mihailović zu nennen.
In Ihrer Botschaft vom 21. März teilen Sie mir Ihre Absicht mit, im Unterhaus eine Erklärung des Inhalts abzugeben, daß alle Fragen über territoriale Veränderungen bis zur Waffenstillstands- oder Friedenskonferenz der Siegermächte vertagt werden müssen und daß Sie bis dahin keinerlei mit Gewalt vorgenommene Gebietsveränderungen anerkennen können. Ich verstehe das so, daß Sie die Sowjetunion als eine Polen feindlich gesinnte Macht hinstellen und im Grunde genommen den Befreiungscharakter des von der Sowjetunion gegen die deutsche Aggression

geführten Kriegs verneinen. Das ist gleichbedeutend mit dem Versuch, der Sowjetunion etwas zuzuschreiben, was gar nicht existiert, und sie dadurch zu diskreditieren. Ich zweifle nicht daran, daß die Völker der Sowjetunion und die Weltöffentlichkeit ein solches Auftreten von Ihnen als mutwillige Beleidigung der Sowjetunion betrachten werden...

[189] *Zur Polnischen Frage 1943/44*

Aus einem Gespräch zwischen Exilpremier Mikolajczyk und dem britischen Außenminister Eden.

Im Verlauf seines letzten Gesprächs mit Mr. Eden am 5. Oktober 1943, vor Mr. Edens Abreise aus Moskau, legte der polnische Premierminister M. Mikolajczyk, Mr. Eden Dokumente vor, die das absolute Vertrauen bestätigen, daß das polnische Volk in Polen und die Polen im Ausland in die Politik der polnischen Regierung setzen. M. Mikolajczyk benutzte das als Grundlage, um noch einmal das völlige Vertrauen zum Ausdruck zu bringen, das das polnische Volk und die polnische Regierung Großbritannien und den Vereinigten Staaten entgegenbringen. Er bat um Garantien, um das Recht der alliierten polnischen Regierung zu sichern, das polnische Hoheitsgebiet sofort nach seiner Befreiung von der deutschen Besatzung zu verwalten, und er bat ebenfalls um Garantien zum Schutze des Lebens und Eigentums der polnischen Bevölkerung, wenn sowjetische Truppen in polnisches Gebiet einrückten. Gleichzeitig bat er um britische und amerikanische Unterstützung zur Wiederaufnahme der polnisch-sowjetischen Beziehungen, was unter den gegenwärtigen Umständen besonders dringend war.

Mit Bezug auf das vertrauliche Memorandum, das Mr. Eden vor seiner Abreise von der Moskauer Konferenz ausgehändigt wurde, gibt die polnische Regierung im folgenden eine Zusammenfassung der Richtlinien, die kürzlich an die Untergrundorganisationen in Polen ausgegeben wurden.

In Übereinstimmung mit den in Quebec festgelegten Prinzipien ist die polnische Regierung berechtigt, die Hoheitsrechte in allen polnischen Ländern wahrzunehmen, die vom Feind befreit sind. Wenn daher der Einmarsch sowjetischer Truppen nach Polen nach der Wiederherstellung der polnisch-sowjetischen Beziehungen stattfindet, wird die polnische Regierung gemeinsam mit dem Oberkommandierenden, wie sie der britischen Regierung bereits mitgeteilt hat, bemüht sein, sofort nach Polen zurückzukehren und am weiteren Kampf gegen Deutschland mitzuwirken.

Die Moskauer Konferenz hat, wie sich aus den von Mr. Eden übergebenen Informationen zu ergeben scheint, die Frage der Wiederaufnahme polnisch-sowjetischer Beziehungen einer befriedigenden Lösung nicht nähergebracht. Inzwischen ergibt die Situation an der Ostfront, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen über die polnischen Grenzen bald zu erwarten ist. Die polnische Regierung hat weiterhin Grund zu befürchten, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen und nach der Errichtung einer sowjetischen Verwaltung im Lande Leben und Eigentum polnischer Bürger gefährdet sind. Für diesen Fall sind verzweifelte Abwehrmaßnahmen des polnischen Volkes zu erwarten, die sich aus der Verletzung der in Quebec festgelegten Prinzipien ergeben, die allen Vereinten Nationen Freiheit und ihre eigene Verwaltung zusichern.

In dieser Situation richtet die polnische Regierung die dringende Bitte an Mr. Churchill, bei Marschall Stalin vorstellig zu werden, um die polnisch-sowjetischen Beziehungen wiederherzustellen, die Interessen des polnischen Staates und das Leben und Eigentum seiner Bürger nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen zu sichern.

Gründung eines "Polnischen Komittes der nationalen Befreiung" in Cholm

Am 22. Juli 1944 um 20.15 Uhr gab Radio Moskau in polnischer Sprache bekannt, daß ein "Polnisches Komitee der nationalen Befreiung" in Cholm gegründet sei. Die folgenden Punkte dieser Bekanntgabe verdienen besondere Beachtung:

Das Komitee ist in einem Gebiet gebildet worden, das von sowjetischen Truppen besetzt ist. Seine Bildung erfolgt daher mit Wissen der sowjetischen Besatzungsbehörden. Weiter ergibt sich aus der Bekanntgabe über den offiziellen sowjetischen Rundfunk, daß die Sowjetregierung der Bildung zustimmt, obwohl keine offiziellen Erklärungen der zuständigen Behörden der Sowjetunion zu dieser Sache vorliegen.

Es ist zwar richtig, daß das Komitee sich bis jetzt nicht als Regierung bezeichnet, trotzdem entspricht aber die Organisation der einer üblichen Regierung. Weiterhin hat das Komitee, nachdem es die polnische Regierung in London "und ihre Agenten in Polen eine selbstherrliche Autorität, die auf der illegalen faschistischen Verfassung vom April 1935 beruht" genannt hat, verkündet, daß der sogenannte Nationale Rat der Heimat "die einzige legale Quelle der staatlichen Autorität in Polen" ist. Das Komitee führt jedoch keine Begründung an, warum der sogenannte Nationale Rat die einzige legale Quelle der Autorität in Polen sein sollte, weil es das nicht kann. Diese Behauptung scheint jedoch zu beweisen, daß das Komitee und der Rat

beabsichtigen, die volle staatliche Autorität aller polnischen Gebiete, die westlich der Demarkationslinie vom 28. September 1939 liegen, in ihren Händen zu konzentrieren; und der sogenannte Nationale Rat wird als das "provisorische Parlament der polnischen Nation" bezeichnet. Das Komitee betrachtet sich de facto als die, wenn auch provisorische polnische Regierung...
Die Verlautbarung, durch die das Komitee die "Exilregierung in London und ihre Agenten in Polen" als "illegal" bezeichnet, gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß das Komitee es nicht nur ablehnen wird, die polnische Untergrundbewegung anzuerkennen, sondern daß es sogar die Absicht hat, diese Organisation aufzulösen und ihre Mitglieder zu verfolgen, die nahezu fünf Jahre hindurch ihr Leben im Kampf gegen die deutschen Behörden und Besatzungstruppen eingesetzt haben und dadurch die Kriegsanstrengungen der Vereinten Nationen unterstützten. In Anbetracht dieser Feststellungen kann nicht gezweifelt werden, daß auf polnischem Gebiet mit Zustimmung der Sowjetregierung Tatsachen vollzogen wurden, die von der Sowjetunion nicht bestritten werden und ihre Absicht beweisen, das polnische Volk einer ungesetzlichen Verwaltung zu unterwerfen, die nichts mit dem Willen der Nation zu tun hat. All dies geschieht im Widerspruch zu den wiederholten Versicherungen von Marschall Stalin, daß er die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen wünscht... Die polnische Regierung beehrt sich, die britische Regierung, die die Unabhängigkeit und die lebenswichtigen Interessen Polens garantiert hat, zu bitten, daß sie die Situation, die durch einseitige Akte unter sowjetischer Besatzung geschaffen wurde, zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen macht. Die oben erwähnten Tatsachen betreffen ohne Zweifel und auf direkte Weise die britische Regierung, da sie es der legalen polnischen Regierung, die von der britischen und der amerikanischen Regierung anerkannt ist, unmöglich machen, die Verwaltung der nicht von den Sowjets beanspruchten polnischen Gebiete zu übernehmen.

Aus einem Brief des britischen Diplomaten Sir Alexander Cadogan an Minister Romer von der polnischen Exilregierung
Sehr geehrter Herr Romer!
Ich habe dem Premierminister unverzüglich von dem Gespräch berichtet, daß ich mit Eurer Exzellenz und dem polnischen Botschafter am 31. Oktober 1944 hatte, und in dessen Verlauf Sie mir drei Fragen zur Berücksichtigung durch die Regierung Ihrer Majestät stellten.
Der Premierminister hat mich nun nach Beratung mit dem Kabinett beauftragt, ihnen das folgende zu antworten.
Sie fragten, ob die Regierung Ihrer Majestät die Unabhängigkeit und Integrität des neuen Polen garantieren würde. Die Antwort darauf ist, daß die Regierung Ihrer Majestät bereit ist, eine solche Garantie gemeinsam mit der Sowjetregierung zu geben. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten der Garantie ebenfalls beitreten könnte, so wäre das offenbar von größtem Nutzen, aber die Regierung Ihrer Majestät macht dies nicht zur Bedingung ihrer eigenen Garantie in Verbindung mit der der Sowjetregierung. Die anglo-sowjetische Garantie würde nach Ansicht der Regierung Ihrer Majestät gültig bleiben, bis sie in der allgemeinen Garantie aufgeht, die hoffentlich durch die geplante Weltorganisation geschaffen wird.
In bezug auf das, was Sie hinsichtlich zu erwartender Schwierigkeiten bei Verhandlungen in Moskau zur Umbildung der polnischen Regierung sagten, bemerkt der Premierminister, daß der Erfolg dieser Verhandlungen von einer Lösung der Grenzfrage abhängen muß. Es darf aber die Möglichkeit nicht übersehen werden, daß in der Grenzfrage Übereinstimmung erzielt wird und daß es sich trotzdem als unmöglich erweist, in der anderen Angelegenheit Übereinstimmung zu erzielen. Das wäre natürlich äußerst bedauerlich, aber die polnische Regierung wäre in einer sehr viel besseren Lage, wenn die Verhandlungen an diesem Punkt scheitern würden, an dem sie die Unterstützung der Regierung Ihrer Majestät und wahrscheinlich auch der Regierung der Vereinigten Staaten hat, als an der Grenzfrage

2. November 1944

[190] *Auszug aus einem Schreiben der Vereinigten Stabchefs an den Außenminister der Vereinigten Staaten, Stettinius, vom 16. März [Mai] 1944*

STRENG GEHEIM
[...]

Von der nationalen Sicherheit sowie der Weltsicherheit aus gesehen sollte unsere grundsätzliche nationale Politik bei Nachkriegsregelungen dieser Art [Verfügung über die italienischen Kolonien] bestrebt sein, die Solidarität der drei Großmächte aufrechtzuerhalten und in jeder anderen Hinsicht Bedingungen zu schaffen, die auf die Sicherung eines langen Friedens abgestellt sind,

in dessen Verlauf, wie man hoffen darf, Einrichtungen zur Verhinderung künftiger weltweiter Konflikte vervollkommnet werden. Die entscheidende Bedeutung dieser nationalen Politik erhält noch größeres Gewicht, wenn man die grundlegenden und revolutionären Änderungen der relativen militärischen Stärke der einzelnen Staaten in Betracht zieht, die in Europa als Folge des Krieges vor sich gehen.
Es erscheint klar, daß es keinen Weltkrieg oder nicht einmal einen großen Krieg geben kann, in dem nicht auf jeder Seite mindestens eine der großen Militärmächte steht. Am Ende des gegenwärtigen Krieges wird es, soweit sich das voraussehen läßt, nur drei derartige Mächte geben, – die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Rußland. Da es im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, daß Großbritannien und Rußland, oder Rußland allein, gegen die Vereinigten Staaten stehen, liegt es auf der Hand, daß ein künftiger Weltkonflikt, soweit sich das voraussehen läßt, Großbritannien und Rußland in feindlichen Lagern finden wird.
Bei der Abschätzung von Möglichkeiten dieser Art ist als hervorstechende Tatsache die in letzter Zeit erfolgte phänomenale Entwicklung der bisher latenten militärischen und wirtschaftlichen Stärke Rußlands zu beachten, eine Entwicklung, deren Auswirkung auf die künftigen politisch-militärischen internationalen Beziehungen sich allem Anschein nach mit Sicherheit als epochemachend erweisen wird und die noch nicht den vollen, mit den russischen Hilfsquellen zu erzielenden Umfang erreicht hat. Dagegen führte in bezug auf Großbritannien das Zusammenwirken mehrerer Entwicklungen zur Minderung seiner relativen militärischen und wirtschaftlichen Stärke und zur ernsthaften Beeinträchtigung, wenn nicht gar Ausschaltung seiner Fähigkeit, Rußland auf dem europäischen Festland militärisch schlagkräftig entgegenzutreten, ausgenommen vielleicht in Abwehroperationen in den atlantischen Küstengebieten. In einem Konflikt zwischen diesen beiden Mächten wäre die Ungleichheit der militärischen Stärke, über die sie auf dem europäischen Festland verfügen könnten, unter den gegenwärtigen Bedingungen viel zu groß, als daß sie durch unsere Intervention auf der Seite Großbritanniens überwunden werden könnte. Bei der gebotenen Berücksichtigung der damit verbundenen militärischen Faktoren – Hilfsquellen, Menschenpotential, geographische Gegebenheiten und insbesondere unsere Fähigkeit, unsere Stärke auf die andere Seite des Ozeans zu übertragen und auf dem europäischen Festland entscheidend einzusetzen – wären wir wohl in der Lage, Großbritannien erfolgreich zu verteidigen, könnten jedoch unter den augenblicklichen Verhältnissen Rußland nicht besiegen. Mit anderen Worten, wir würden in einen Krieg verwickelt werden, den wir nicht gewinnen könnten, wenn auch für die Vereinigten Staaten keine Gefahr bestünde, geschlagen und besetzt zu werden.
Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten heute und in Zukunft ihre äußersten Anstrengungen daransetzen und ihren ganzen Einfluß aufbieten sollten, um das Eintreten einer derartigen Situation zu verhindern und einen Geist gegenseitiger Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Rußland und uns selbst zu fördern. Solange Großbritannien und Rußland im Interesse des Friedens einträchtig zusammenarbeiten, kann, soweit sich das voraussehen läßt, kein großer Krieg entstehen.
Die Wahrscheinlichkeit eines späteren Konfliktes zwischen Großbritannien und Rußland dürfte dann am größten sein, wenn einer der beiden Staaten versuchen sollte seine Stärke dadurch aufzubauen, daß er danach strebt, Teile Europas an sich zu binden und damit seinem potentiellen Gegner Nachteile zufügt und ihn möglicherweise gefährdet. Stellt man Rußland ohne vorherige Konsultation vor die Tatsache eines Abkommens über diese Frage zwischen den Briten und uns, so könnte das in Anbetracht des eingefleischten Mißtrauens der Russen durchaus eine Kette von Ereignissen auslösen, die schließlich zu der Situation führen würden, die wir vor allem vermeiden wollen.
[...]

[191] *1. Die Besetzung Österreichs (Memorandum) vom 20. 7. 1944*

Dem Ausschuß lag ein Memorandum von Sir William Strang vor, in dem um Klärung einiger Punkte gebeten wurde, die anläßlich der Beratungen der europäischen Beratenden Kommission über die Besetzung Österreichs zur Sprache gekommen waren. Sir William Strang sagte, daß er bei den vier folgenden Punkten Weisungen benötige:
(i) Sind wir damit einverstanden, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Besetzung Osterreichs auf ein nur "kleines Kontingent" beschränkt wird?
(ii) Wenn wir dieser symbolischen Besetzung durch US-Streitkräfte zustimmen, sind wir damit einverstanden, daß die amerikanische Beteiligung an der Kontrolle Österreichs der britischen und russischen Beteiligung entspricht, oder wollen wir sie auf eine nur symbolische Beteiligung beschränkt wissen?

(iii) Wenn die amerikanische Beteiligung an Besetzung wie Kontrolle lediglich symbolischen Charakter haben soll, wäre es nicht besser, in Österreich nur auf englisch-russischer Basis zu verfahren?
(iv) Sollten wir auf einer Klausel im Protokoll bestehen, mit der die Einbeziehung von Hilfskontingenten der Streitkräfte anderer alliierter Mächte, die an den militärischen Operationen gegen Deutschland beteiligt waren, in die Besatzungsgruppen zugestanden wird?
Mr. Bevin sagte, er würde es vorziehen, wenn sich sowohl die Vereinigten Staaten als auch Rußland in nur geringem Maße in die Angelegenheiten Österreichs mischten. Er befürwortete ganz klar eine Zollunion zwischen allen kleineren Staaten Südeuropas, einschließlich Österreichs und in Richtung Süden hin zum Mittelmeer, in der Großbritannien, wie er hoffe, die Hauptrolle spielen würde. Seiner Ansicht nach sollten die Vereinigten Staaten an der Kontrolle Österreichs nicht beteiligt werden, wenn sie keine Besatzungstruppen zur Verfügung stellten.
Sir James Grigg erklärte, er wolle seine Ansichten zu einem grundsätzlichen Punkt der Politik im allgemeinen darlegen. Seiner Meinung nach würde Rußland in Europa östlich Berlins tun und lassen, was es wolle, und alle kleinen Staaten in Osteuropa mit Ausnahme seiner eigenen Satelliten ausbeuten. Rußland wäre als erster dort unten, und wir würden bei seinen Aktionen nichts zu sagen haben. Die Vereinigten Staaten seien nur an Orten interessiert, die in wirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht für sie wichtig sind. Diese Tatsache sei auch durch den Bericht über das letzte Gespräch zwischen Präsident Roosevelt und General de Gaulle bestätigt worden, in welchem Präsident Roosevelt eine Reihe sehr klarer Ansichten über Amerikas Intentionen geäußert habe. Amerika sei fest entschlossen, mit Rußland über keinen einzigen Punkt zu streiten. Er sei davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten Europa früh den Rücken kehren und sich dort nur solange einmischen werden, wie es sie nichts koste. Amerika sei nicht bereit, auf Kosten seines eigenen Lebensstandards Europa oder uns mit Lebensmitteln zu versorgen. Ebenso würde es darauf achten, daß unser Exporthandel nicht wiederbelebt würde und daß das Britische Weltreich politisch so stark wie möglich geschwächt würde. Es sei deshalb für uns an der Zeit, zu erkennen, daß die Dreierallianz ein Hirngespinst ist, nicht nur im Hinblick auf Deutschland, sondern auch als weltweite Organisation. Wir sollten deshalb endlich aufhören, zugunsten dieses Hirngespinstes unsere eigenen Prinzipien und Interessen zu opfern. Wir müßten uns auf unsere eigenen Interessengebiete konzentrieren, d. h. auf das Commonwealth, das Empire und die kleineren Staaten Europas, und man sollte schon sehr frühzeitig unseren geeignetsten Kurs ermitteln für die Zeit, in der wir auf uns selbst gestellt sein würden, wie es doch sicherlich der Fall sein werde. In der Zwischenzeit müßten wir vermutlich die Beratungen mit den Vereinigten Staaten und den Russen auf der angenommenen Grundlage einer Dreierallianz fortsetzen, sollten uns jedoch klar darüber sein, daß diese wahrscheinlich nie tatsächlich zustandekommen wird. Wir sollten nicht vergeblich versuchen, Regelungen in Deutschland und Österreich zu beeinflussen, die wir ohnehin nicht verhindern könnten (z. B. Bevölkerungsumsiedlungen), und wir sollten auf keinen Fall solchen Regelungen zustimmen. In diesem Zusammenhang betonte er, daß wir lange nicht genug britische Truppen hätten, um sie über ganz Europa zu verteilen, und seines Erachtens sei es auf lange Sicht keine schlechte Sache, wenn Deutschland so sehr unter einer recht rauhen Behandlung durch Rußland zu leiden hätte, daß es nach der Säuberung eher eine Verbindung mit Westeuropa als mit dem Osten suchen würde.
Mr. Eden sagte, die Politik der Regierung seiner Majestät hinsichtlich der Lösung aller Nachkriegsprobleme sei vereinbarungsgemäß und erklärtermaßen die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Rußland. Es stehe absolut außer Frage, hier einen Rückzieher zu machen. Eine Menge Arbeit in der Deutschlandfrage sei innerhalb der Europäischen Beratenden Kommission auf einer Dreiergrundlage geleistet worden, und es sei von größter Wichtigkeit, diese Arbeit fortzusetzen. Natürlich sei es auch möglich, daß die Dreierbasis zusammenbreche und die Haltung in einem solchen Falle werde gegenwärtig sorgfältig überdacht. Was Österreich im besonderen angehe, ziehe er vor, den Dreiermechanismus voll und ganz zu erhalten, selbst wenn eine nur symbolische Beteiligung der Amerikaner ihn in der Tat unrealistisch werden ließe. Er messe diesem Umstand besondere Bedeutung bei, da wir doch sowohl in Osteuropa als auch im Fernen Osten einen gleichgroßen Anteil an der Kontrolle haben wollten.
Mr. Attlee erklärte, es sei wichtig, daß wir bei der Festlegung der Politik gegenüber allen Feindstaaten nach ihrer Niederlage ein volles Mitspracherecht hätten. Da uns unser Mangel an verfügbaren Truppen an einigen Orten zu einer Beschränkung auf symbolische Kontingente zwingen werde, sei es wesentlich, daß das Prinzip des vollen Anteils an der Kontrolle nicht von der Stärke der Besatzungstruppen abhängig sei
Lord Cranborne erwähnte, wir müßten das Prinzip der US-Verantwortung in Europa beibehalten, andernfalls würden die Amerikaner später die eingeschlagene Politik und ihre Ergebnisse ablehnen. Wir sollten daher selbst eine nur symbolische Beteiligung der Vereinigten Staaten in Österreich ermutigen.
Mr. Lyttelton erklärte, die Lieferungen aus den Vereinigten Staaten seien für die Versorgung Europas von wesentlicher Bedeutung. Auch wenn eine symbolische Streitkraft in Österreich nur

dazu verhelfen würde, von den USA Lebensmittel und andere Versorgungsgüter zu erhalten, müsse Amerika um jeden Preis daran gehindert werden, sich aus Europa zurückzuziehen.
Sir William Strang bemerkte hinsichtlich der Hilfskontingente in Österreich, daß dies wirklich eine Frage sei, die die Dominions angehe, obwohl wir die Beteiligung von französischen oder tschechischen Kontingenten wünschen möchten. Lord Cranborne führte aus, daß wir den Einsatz von Hilfskontingenten in Österreich in Betracht ziehen müßten, um der Position der Dominions Rechnung zu tragen. Er sei jedoch auch der Ansicht, daß die Kontingente aus den Dominions vor der Europäischen Beratenden Kommission nicht besonders erwähnt werden sollten, um nicht die Auseinandersetzung mit den Russen zu verschärfen.
Sir William Strang sagte, daß Herr Gousev bei den Beratungen um das Deutschlandprotokoll heftig gegen den Ausdruck "Hilfs"-Kontingente protestiert habe. Er habe stattdessen "kleine" Kontingente vorgeschlagen, er (Sir William Strang) vertrete jedoch die Ansicht, so würde der Einsatz alliierter Kontingente durch uns zu stark eingeschränkt. Mr. Winant sei bereit, sich unserer Meinung in dieser Angelegenheit anzuschließen.
Mr. Eden schlug vor, wir sollten uns bemühen, daß Herr Gousev den Ausdruck "Hilfs"-Kontingente akzeptiere. Wenn wir allerdings damit keinen Erfolg hätten, seien die Ausdrücke: Kontingente "einer angemessenen" oder "einer mittleren" Stärke wohl sicherer als der Begriff "klein".

[192] *Der "Morgenthau-Plan"*
September 1944

1. Entmilitarisierung Deutschlands
Es sollte Ziel der Allierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzest möglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet: vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes (einschl. des Abtransportes oder der Zerstörung allen Kriegsmaterials, totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport oder Zerstörung der anderen Schlüsselindustrien, welche für die Wehrkraft grundlegend sind).
2. Die neuen Grenzen Deztschlands
a) Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.
b) Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.
c) Wie unter Ziffer 4 angeführt, sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die umgebenden Industriegebiete umfaßt.
3. Aufteilung des neuen Deutschland
Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,
1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und
2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des alten preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.
Herstellung einer Zollunion zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich, welches nach den Grenzen von vor 1938 wiederherzustellen sein wird.
4. Das Ruhrgebiet
(Die Ruhr mit dem gesamten Industriegebiet einschl. des Rheinlandes, des Kieler Kanals und aller deutschen Gebiete nördlich davon.)
Hier liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann. Folgende Schritte würden das vollenden:
a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.
b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. Die Internationale Behörde sollte sich bei Verwaltung des Gebietes durch Richtsätze leiten lassen, die geeignet sind, die obengenannten Ziele zu erreichen.
5. Restitution und Reparation
Reparationen in Form zukünftiger Zahlungen und Ablieferungen sollten nicht gefordert werden. Restitutionen und Reparationen werden wirksamer sein durch die Abtretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen (resources, Bodenschätze) und Gebiete, d. h.

a) durch Rückerstattung des Eigentums, welches die Deutschen in den besetzten Gebieten geplündert haben;
b) durch Abtretung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte auf industrielles Eigentum an die überfallenden Länder und die Internationale Behörde gemäß Aufteilungsprogramm;
c) durch Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen innerhalb der internationalen Zone und den norddeutschen und süddeutschen Staaten unter die verwüsteten Länder, entsprechend den Verteilungsbestimmungen;
d) durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands;
e) durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands.

6. Erziehung und Propaganda
a) Alle Schulen und Universitäten seien zu schließen, bis eine alliierte Erziehungskommission ein wirkliches Reorganisationsprogramm aufgestellt hat. Es ist vorauszusehen, daß es vielleicht eine längere Zeitspanne dauern wird, bis höhere Schulen wieder eröffnet werden können. Währenddessen sollte die Ausbildung deutscher Studenten auf auswärtigen Universitäten nicht verboten werden. Grundschulen seien, sobald geeignete Lehrer und Schulbücher verfügbar sind, wieder zu eröffnen.
b) Alle deutschen Sender und Zeitungen, Zeitschriften, Wochenausgaben usw. werden ihr Erscheinen einstellen, bis entsprechende Kontrollen gewährleistet und ein bestimmtes Programm aufgestellt sind.

7. Politische Dezentralisation
Die Militärverwaltung Deutschlands sollte in der Anfangszeit ausgeführt werden im Hinblick auf die eventuelle Teilung Deutschlands. Um die Teilung zu erleichtern und ihr Bestehen zu festigen, sollten sich die Militärbehörden durch folgende Grundsätze leiten lassen:
a) Alle leitenden Beamten der Reichsregierung sind zu entlassen; vorerst ist mit Lokalverwaltungen zu verhandeln.
b) Die Wiedererrichtung der Länderregierungen entsprechend der 18 Länder, in welche Deutschland gegenwärtig geteilt ist, in die Wege zu leiten und die preußischen Provinzen als selbständige Länder zu errichten.
c) Nach der Teilung Deutschlands sollen die verschiedenen Länderregierungen ermutigt werden, eine Bundesregierung (federal government) zu organisieren für jedes der neu aufgeteilten Gebiete. Solche neuen Regierungen sollten eine Art Staatenföderation sein mit sehr weitgehenden staatlichen Rechten und weitgehender örtlicher Autonomie.

8. Verantwortung der Armee für die Wirtschaft
Das einzige Ziel der Armee bei der Kontrolle der deutschen Wirtschaft sollte darin bestehen, die militärischen Operationen und die militärische Besetzung zu erleichtern. Die Alliierten Militärregierungen sollten für Wirtschaftsprobleme wie Preiskontrollen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Unterbringung oder Verkehr oder Maßnahmen, welche bestimmt sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, nicht die Verantwortung übernehmen mit Ausnahme derjenigen, welche für die Heeresverwaltung (military operations) notwendig sind. Die Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes liegt bei den Deutschen selbst mit denjenigen Hilfsmitteln, die unter den gegenwärtigen Umständen zur Verfügung stehen.

9. Kontrolle der deutschen Wirtschaftsentwicklung
Während der Dauer von etwa 20 Jahren nach der Kapitulation sollten durch die Vereinten Nationen entsprechende Kontrollen einschließlich der Kontrolle über den Außenhandel und fester Beschränkungen der Kapitalinvestitionen beibehalten werden, die dazu bestimmt sind, in den neu errichteten Ländern den Auf- und Ausbau von Schlüsselindustrien, welche für das deutsche Wehrpotential notwendig sind, zu verhindern und andere Schlüsselindustrien zu kontrollieren.

10. Agrarprogramm
Aller Großgrundbesitz sollte aufgehoben, unter die Bauern aufgeteilt und das Erbhofgesetz (system of primogeniture and entail) beseitigt werden.

11. Bestrafung von Kriegsverbrecher und Behandlung spezieller Gruppen
Aufstellung eines Programms für die Bestrafung von Kriegsverbrechern und für die Behandlung nazistischer Organisationen.

12. Uniformen und Paraden
a) Keinem Deutschen soll, eine gewisse Zeit nach Einstellung der Feindseligkeiten, erlaubt sein, irgendeine militärische Uniform oder Uniform einer halbmilitärischen Organisation zu tragen.
b) Nirgends sind in Deutschland militärische Paraden zu gestatten und alle Musikkorps aufzulösen.

13. Flugzeuge
Alle Militär- und Zivilflugzeuge (einschließlich der Segelflugzeuge) werden beschlagnahmt. Keinem Deutschen soll es erlaubt sein, zu fliegen oder als Flug- oder Bodenpersonal zu dienen.

14. Verantwortung der Vereinigten Staaten
Obwohl die USA bei jeder internationalen Kommission oder Kommissionen, welche für die Durchführung des gesamten deutschen Programms eingesetzt werden mögen, die militärischen und zivilen Interessen voll wahrnehmen würden, sollte die Hauptverantwortung für die Aufsicht (policing) über Deutschland durch die Wehrmacht der kontinentalen Nachbarn Deutschlands, insbesondere durch russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten übernommen werden.
Nach diesem Programm könnten die amerikanischen Truppen in relativ kurzer Zeit abgezogen werden.



[193] *Das Zonenprotokoll für Deutschland vom 12. September 1944*

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben im Hinblick auf die Ausführung des Artikels 11 der Urkunde der Bedingungslosen Kapitulation Deutschlands folgendes Abkommen geschlossen:
1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in drei Zonen aufgeteilt, von denen eine jeder der drei Mächte zugeteilt wird, und in das Sondergebiet Berlin, welches unter eine Besatzungsbehörde der drei Mächte gestellt wird.
2. Die Grenzen der drei Zonen und des Gebietes Berlin und die Aufteilung der drei Zonen unter den USA, dem Vereinigten Königreich und der UdSSR werden wie folgt festgelegt:
Ostzone
Das Gebiet Deutschlands, einschließlich der Provinz Ostpreußen, das östlich der Linie liegt, die ihren Anfang nimmt an dem Punkt in der Bucht von Lübeck, an dem die Grenzen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammenstoßen, entlang der Westgrenze von Mecklenburg zur Grenze der Provinz Hannover läuft, zur Grenze von Braunschweig, entlang der Westgrenze der preußischen Provinz Sachsen, zur Westgrenze Anhalts, entlang der Westgrenze Anhalts, entlang der Westgrenze der preußischen Provinz Sachsen und der Westgrenze Thüringens, bis diese auf die Grenze Bayerns stößt, dann entlang der Nordgrenze Bayerns bis zur Grenze der Tschechoslowakei im Jahre 1937, wird von den Streitkräften der UdSSR besetzt, mit Ausnahme des Gebietes Berlin, wofür nachstehend eine Sonderform der Besatzung festgesetzt wird.
Nordwestzone
Das Gebiet Deutschlands, das westlich der (vorher) festgelegten Linie liegt und im Süden von einer Linie begrenzt wird, die ihren Anfang nimmt beim Zusammenstoß der Westgtenze Thüringens mit der Grenze Bayerns, westwärts entlang der Südgrenze der preußischen Provinzen Hessen-Nassau und Rheinprovinz bis zur Berührung mit der Grenze Frankreichs, wird besetzt von Streitkräften von....(In einer dazugehörigen Fußnote heißt es: “Diese Punkte erscheinen im Original”.)
Südwestzone
Das ganze übrige Gebiet von Westdeutschland, das südlich der in der Beschreibung der Nordwestzone festgelegten Linie liegt, wird besetzt von Streitkräften von ... (In einer dazugehörigen Fußnote heißt es: “Diese Punkte erscheinen im Original”.)

Als Länder- und Provinzgrenzen innerhalb Deutschlands, wie sie in der bevorstehenden Zonenbeschreibung bezeichnet werden, gelten diejenigen Grenzen, welche nach dem Inkrafttreten des Erlasses vom 25. Juni 1941 (veröffentlicht in: Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 72, 3. Juli 1941) bestanden.
Gebiet Berlin
Das Gebiet von Berlin (– unter dieser Bezeichnung wird verstanden das Gebiet von “Groß-Berlin”, wie es im Gesetz vom 27. April 1920 bestimmt worden ist –) wird gemeinsam besetzt von Streitkräften der USA, des Vereinigten Königreichs und der UdSSR, vertreten jeweils durch ihre Oberbefehlshaber. Für diesen Zweck wird das Gebiet von “Groß-Berlin” geteilt in folgende drei Teile:
Nordöstlicher Teil von “Groß-Berlin”
(Bezirke Pankow, Prenzlauerberg, Mitte, Weißensee, Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow, Köpenick) wird besetzt von den Streitkräften der UdSSR.
Nordwestlicher Teil von “Groß-Berlin”
(Bezirke Reinickendorf, Wedding, Tiergarten, Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf) wird besetzt von den Streitkräften von.... (In einer dazugehörigen Fußnote heißt es: “Diese Punkte erscheinen im Original.”)

Südlicher Teil von "Groß-Berlin"
(Bezirke Zehlendorf, Steglitz, Schöneberg, Kreuzberg, Tempelhof, Neukölln) wird besetzt von den Streitkräften von ...(In einer dazugehörigen Fußnote heißt es: "Diese Punkte erscheinen im Original.)"
Als Distriktsgrenzen innerhalb "Groß-Berlin", wie sie in der vorstehenden Beschreibung bezeichnet werden, gelten diejenigen Grenzen, welche nach dem Inkrafttreten des am 27. März 1938 veröffentlichten Erlasses (Amtsblatt der Reichshauptstadt Berlin Nr. 13 vom 12. März 1938, Seite 215) bestanden.
3. Besatzungstruppen in jeder der drei Zonen in Deutschland unterstehen einem von der verantwortlichen Macht bestimmten Oberbefehlshaber.
4. Jede der drei Mächte darf nach ihrem Ermessen in die unter dem Befehl ihres Oberbefehlshabers stehenden Besatzungstruppen Hilfsverbände aus den Streitkräften irgendeiner alliierten Macht, welche an den militärischen Operationen gegen Deutschland aktiv beteiligt war, aufnehmen.
5. Eine interalliierte Behörde (Kommandantura) gebildet aus drei von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten, wird zur gemeinsamen Verwaltung des Gebietes Groß-Berlin errichtet.
6. Dieses Protokoll ist dreifach in englischer und russischer Sprache ausgefertigt. Beide Texte sind authentisch. Das Protokoll tritt in Kraft bei der Unterzeichnung der Urkunde der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.
Der obige Text des Protokolls zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Besatzungszonen in Deutschland und über die Verwaltung von "Groß-Berlin" ist von der Europäischen Beratenden Kommission vorbereitet und in der Sitzung vom 12. September 1944 einstimmig gebilligt worden, mit der Ausnahme, daß die Zuteilung der Nordwest- und Südwest-Besatzungszone Deutschlands und des nordwestlichen und südlichen Teiles von "Groß-Berlin" gemeinsamer künftiger Beratung und eines gemeinsamen Abkommens der Regierungen der USA, des Vereinigten Königreiches und der UdSSR bedarf.

[194] *Nicht abgesandter Brief Churchills an Stalin über das Problem Osteuropa Moskau, 11. Oktober 1944*

Mir scheint es von grundsätzlicher Bedeutung, daß Großbritannien und Rußland eine gemeinsame Politik auf dem Balkan verfolgen, die auch für die Vereinigten Staaten annehmbar ist. Die Tatsache, daß Großbritannien und Rußland in einem zwanzigjährigen Bündnisverhältnis stehen, läßt es besonders wichtig erscheinen, daß wir in allgemeinem Einvernehmen bleiben und lange Zeit vertrauensvoll und reibungslos zusammenarbeiten. Es ist mir bewußt, daß nichts, was wir hier tun, mehr sein kann als ein Vorspiel zu den endgültigen Entscheidungen, die wir am Tisch der Sieger doch zu dritt werden treffen müssen. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß wir uns verständigen werden und in manchen Fällen zu Vereinbarungen gelangen können, die uns über die unmittelbaren, dringenden Probleme hinweghelfen und eine feste Grundlage für einen langdauernden Weltfrieden abgeben.
Die von mir niedergeschriebene Prozentformel ist lediglich ein Behelf, der uns die Feststellung erleichtern soll, inwieweit wir bereits übereinstimmen, damit wir uns dann über die notwendigen Schritte schlüssig werden können, die unser volles Einvernehmen herstellen. Wenn man sie der Kritik der Außenministerien und Diplomaten in aller Welt aussetzte, würde sie, wie ich gesagt habe, als roh und sogar schamlos empfunden werden. Sie könnte daher nicht die Grundlage eines für die Öffentlichkeit bestimmten Dokumentes bilden, mindestens nicht jetzt. Doch dürften sie uns immerhin als ein guter Leitfaden für unsere Angelegenheiten dienen. Wenn wir unsere Sache gut machen, werden wir vielleicht in den betreffenden Kleinstaaten manchen Bürgerkrieg, viel Blutvergießen und Streit verhindern. Im Prinzip sollten wir jedem Land gestatten, sich die Regierungsform zu geben, die seine Bevölkerung wünscht. Wir streben ganz bestimmt nicht an, irgendeinem der Balkanstaaten monarchische oder republikanische Institutionen aufzuzwingen. Noch besteht zwischen uns und den Königen von Griechenland und Jugoslawien ein gewisses Treueverhältnis. Sie haben bei uns Schutz vor den Nazis gesucht, und wir sind der Meinung, daß nach der Vertreibung des Feindes und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung die Bevölkerung dieser Länder die Gelegenheit bekommen muß, sich frei und unbeeinflußt zu entscheiden. Es könnte sogar sein, daß die drei Großmächte Wahlkommissare entsenden, die gewährleisten, daß das Volk tatsächlich frei wählen kann. Dafür gibt es gute Präzedenzfälle.
Neben diesen konstituionellen Fragen gibt es jedoch in allen diesen Ländern auch noch ideologische, nämlich den Gegensatz zwischen totalitären Regierungsformen und dem freien, vom all-

gemeinen Stimmrecht kontrollierten Unternehmertum. Wir verzeichnen mit Genugtuung Ihre Erklärung, daß Sie die herkömmliche Gesellschaftsordnung in diesen Balkanländern weder durch Gewalt noch durch kommunistische Propaganda ändern wollen. Lassen wir jene Völker in den vor uns liegenden Jahren ihre Geschicke selbst gestalten. Nur eines können wir nicht zulassen: Faschismus und Nazismus in irgendeiner Form, die den arbeitenden Massen weder jene Sicherheiten gewähren, die aus Ihrem System erwachsen, noch diejenigen, die unseres bietet, sondern im Gegenteil zur Aufrichtung der Tyrannei im Inneren und zum Angriff nach außen führen. Grundsätzlich glaube ich, daß sich Großbritannien und Rußland über die Regierungsform dieser Länder keine Gedanken machen und sich jeder Einmischung enthalten sollten, wenn erst einmal dieses furchtbare Blutbad, durch das sie und wir alle gegangen sind, vorüber ist und wieder normale Zustände herrschen.
Aus diesem Gesichtspunkt habe ich versucht, den Grad des Interesse zu umreißen, das jeder von uns unter voller Billigung des anderen an diesen Ländern nimmt, vorbehaltlich der Zustimmung der Vereinigten Staaten, die sich wohl für lange Zeit desinteressieren, dann aber auch wieder mit unerwarteter Intensität neuen Anteil nehmen mögen.
Einem Mann von Ihrer Erfahrung und Weisheit brauche ich nicht einen Haufen Argumente anzuführen. Hitler hat versucht, die in ganz Westeuropa bestehende Furcht vor einem bekehrungswütigen, aggressiven Kommunismus auszubeuten, wird aber jetzt entscheidend zu Boden geworfen. Wie Sie bstimmt wissen, besteht in allen Ländern diese Angst wirklich, und was immer die Vorzüge unserer verschiedenen Systeme sein mögen, wünscht doch kein Land die blutige Revolution zu erleben, die fast überall nötig wäre, um Leben, Gewohnheiten und Denken der Bevölkerung so von Grund auf zu ändern. Wir glauben, die von Ihnen verfügte Auflösung der Komintern richtig dahingehend zu interpretieren, daß sich die Sowjetregierung entschlossen hat, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten anderer Völker einzumischen. Je tiefer sich dieses Gefühl ins Bewußtsein der Menschen einprägt, desto glatter werden sich die Dinge entwickeln. Andererseits haben wir – und wie ich überzeugt bin, auch die Vereinigten Staaten – Regierungen, die auf sehr breiter Basis stehen, wobei Gesellschaftsordnung und individuelle Rechte fortwährender Kritik und Korrektur unterworfen sind. Wir glauben, daß, aus der Ferne und unter einem weiten Gesichtswinkel gesehen, die Unterschiede zwischen unseren Systemen im Laufe der Zeit eher kleiner werden, während der von uns allen geteilte gemeinsame Grundsatz, das Leben der Masse reicher und glücklicher zu machen, mit jedem Jahr mehr in die Tat umgesetzt wird. Alle diese Divergenzen, die heute die Welt in so große Unruhe zu stürzen drohen, würden vermutlich, wenn uns fünfzig Friedensjahre gewährt wären, nur noch Gegenstand einer akademischen Diskussion sein.
An diesem Punkt angelangt, möchte ich Ihnen, Herr Stalin, eindringlich sagen, daß im Herzen aller Briten der Wunsch nach einer langen, gefestigten Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern lebendig und es unser aller Wunsch ist, in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten die Weltlokomotive vor dem Entgleisen zu bewahren.



[195] *Abkommen über die Alliierten Kontrolleinrichtungen in Deutschland (14. 11. 1944)*

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-Irland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben das folgende Abkommen hinsichtlich der Organisation der Alliierten Kontrolleinrichtungen in Deutschland in der Zeit, während welcher Deutschland die grundlegenden Erfordernisse der bedingungslosen Kapitulation ausführen muß, erreicht:

§ 1
Die höchste Autorität wird in Deutschland ausgeübt auf Grund von Anweisungen seitens ihrer entsprechenden Regierungen durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, jeder in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in solchen Angelegenheiten, die Deutschland als ein Ganzes betreffen, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des höchsten Kontrollorgans, das unter dem vorliegenden Abkommen errichtet worden ist.

§2
Jedem Oberkommandierenden werden in seiner Besatzungszone Militär-, Marine- und Luftwaffenvertreter der anderen beiden Oberkommandierenden für Verbindungszwecke zugeteilt.

§ 3
a) Die drei Oberkommandierenden, die zusammen als eine Körperschaft wirken, werden ein höchstes Kontrollorgan gründen, das Kontrollrat genannt wird.

b) Die Funktionen des Kontrollrates werden folgende sein:
aa) eine angemessene Einheitlichkeit der Aktionen der Oberkommandierenden in ihren entsprechenden Besatzungszonen sicherzustellen;
bb) Pläne zu entwerfen und abgestimmte Entscheidungen über die hauptsächlichsten militärischen, politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, zu erreichen auf der Grundlage von Instruktionen, die jeder Oberkommandierende von seiner Regierung erhält;
cc) die deutsche Zentralverwaltung zu kontrollieren, die unter der Direktive des Kontrollrates arbeitet und ihm verantwortlich ist, die Erfüllung seiner Forderungen zu sichern;
dd) die Verwaltung Groß-Berlins durch entsprechende Organe zu leiten.
c) Der Kontrollrat wird wenigstens einmal innerhalb von zehn Tagen zusammenkommen, außerdem zu irgendeiner Zeit auf Verlangen eines seiner Mitglieder zusammentreffen. Entscheidungen des Kontrollrates sollen einstimmig sein. Der Vorsitz des Kontrollrates wird abwechselnd von jedem der drei Mitglieder geführt.
d) Jedes Kontrollratsmitglied wird von einem politischen Berater unterstützt, der – wenn notwendig – Kontrollratssitzungen beiwohnen wird. Jedes Kontrollratsmitglied kann auch – wenn notwendig – bei Sitzungen des Rates von Marine- oder Luftwaffenberatern unterstützt werden.

§ 4
Ein ständiger Koordinierungsausschuß, zusammengesetzt aus je einem Vertreter der drei Oberkommandierenden, nicht unter dem Range eines Generals oder dem entsprechenden Rang bei der Kriegsmarine oder Luftwaffe, wird unter dem Kontrollrat eingerichtet. Mitglieder des Koordinierungsausschusses werden – wenn notwendig – Kontrollratssitzungen beiwohnen.

§ 5
Die Pflichten des Koordinierungsausschusses, die im Interesse des Kontrollrates und durch den Kontrollstab ausgeübt werden, schließen ein:
a) die Ausführung der Beschlüsse des Kontrollrates;
b) die dauernde Überwachung und Kontrolle der Tätigkeiten der deutschen Zentralverwaltung und Institutionen;
c) die Koordinierung von laufenden Problemen, die einheitliche Maßnahme in allen drei Zonen erfordern;
d) die einleitende Prüfung und Vorbereitung aller Fragen, die von den einzelnen Oberkommandierenden dem Kontrollrat unterbreitet werden.

§ 6
a) Die Mitglieder des Kontrollstabes, von ihren entsprechenden Staatsbehörden ernannt, werden in folgende Abteilungen eingeteilt:
Militär, Kriegsmarine, Luftwaffe, Transport, Politik, Wirtschaft, Finanz, Reparationen, Lieferungen und Ersatzleistung, interne Angelegenheiten und Nachrichtenwesen, Recht, Kriegsgefangene, vertriebene Personen und Arbeitskräfte.
Zahlenmäßige und funktionsmäßige Anpassungen der Abteilungen können im Lichte der gemachten Erfahrungen vorgenommen werden.
b) Jede Abteilung wird von drei hochrangigen Beamten – einem von jeder der drei Mächte – geleitet. Die Aufgaben der drei Abteilungsleiter, die gemeinsam wirken, schließen ein:
aa) Kontrollausübung über die entsprechenden deutschen Ministerien und deutschen Zentralinstitutionen;
bb) Ratgebertätigkeit gegenüber dem Kontrollrat und – wenn notwendig – Teilnahme an dessen Sitzungen;
cc) Übermittlung von Beschlüssen des Kontrollrates, die durch den Koordinierungsausschuß mitgeteilt wurden, an die deutsche Zentralverwaltung.
c) Die drei Abteilungsleiter nehmen teil an Sitzungen des Koordinierungsausschusses, bei denen Angelegenheiten, die die Arbeit ihrer Abteilung betreffen, auf der Tagesordnung stehen.
d) Das Personal der Abteilungen kann sowohl Zivil- als auch Militärpersonen einschließen. Es kann auch in speziellen Fällen Angehörge anderer Vereinter Nationen einschließen, die auf Grund ihrer persönlichen Befähigung hierzu ernannt worden sind.

§ 7
a) Eine interalliierte Regierungsbehörde (Kommendatura), die aus drei Kommandanten – einer von jeder Macht – besteht, ernannt von ihren entsprechenden Oberkommandierenden, wird eingerichtet, um gemeinsam die Verwaltung des Groß-Berliner Gebietes zu leiten. Jeder der Kommandanten wird abwechselnd in der Rolle des Oberkommandierenden als Leiter der Interalliierten Regierungsbehörde fungieren.

b) Ein technischer Stab, der aus Personal jeder der drei Mächte besteht, wird unter der Interalliierten Regierungsbehörde eingerichtet und organisiert zu dem Zweck, die Tätigkeiten der örtlichen Organe Groß-Berlins, die verantwortlich für den städtischen öffentlichen Dienst sind, zu überwachen und zu kontrollieren.
c) Die Interalliierte Regierungsbehörde wird unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrates operieren und wird Befehle durch den Koordinierungsausschuß erhalten.

§ 8
Die notwendige Verbindung mit den Regierungen anderer hauptsächlich interessierter Vereinter Nationen wird sichergestellt durch die Ernennung (seitens dieser Regierungen) von Militärmissionen (welcher auch Zivilmitglieder angehören können) bei dem Kontrollrat, die durch die geeigneten Kanäle Zugang zu den Kontrollorganen haben.

§ 9
Organisationen der Vereinten Nationen, die vom Kontrollrat zugelassen worden sind, in Deutschland zu wirken, werden im Hinblick auf ihre Tätigkeiten in Deutschland der alliierten Kontrolleinrichtung unterstellt und sind ihr gegenüber verantwortlich.

§ 10
Die alliierten Organe für Kontrolle und Verwaltung Deutschlands, wie sie oben umrissen sind, werden während der Anfangszeit der Besetzung Deutschlands sofort im Anschluß an die Kapitulation ihr Amt ausüben, d. h. in der Zeit, in der Deutschland die grundlegenden Erfordernisse der bedingungslosen Kapitulation ausführt.

§ 11
Die Frage der alliierten Organe, die erforderlich sind, um die Funktionen der Kontrolle und Verwaltung in Deutschland späterhin auszuüben, wird Gegenstand eines neuen Abkommens zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sein.
Der obige Text des Abkommens über die Kontrolleinrichtung in Deutschland zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist vorbereitet und einstimming angenommen worden von den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Europäischen Beratungskommission anläßlich der Sitzung vom 14. November 1944 und wird nun ihren entsprechenden Regierungen zur Annahme zugeleitet.

Für den Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Europäischen Beratungskommission:
Philip E. Mosely

Vertreter der Regierung des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Beratungskommission:
William Strang

Vertreter der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Europäischen Beratungskommission:
F. Gusew

Lancaster House, London, S. W. 1
den 14. November 1944

[196] *Aus einem zur Vorbereitung der Jaltakonferenz angefertigten Gutachten des State Department November 1944 bis Januar 1945*

II. Ziele und Maßnahmen auf lange Sicht
Das Außenministerium empfiehlt, daß die Maßnahmen, die während der Zeit der Militärregierung getroffen werden, von Anfang an auf lange Sicht ausgearbeitet und angewandt werden sollten im Hinblick auf Deutschlands Zukunft und seinen endgültigen Platz in der erstrebten Weltordnung.
Das bleibende Interesse der Vereinigten Staaten ist Frieden, und soweit es Deutschland betrifft, muß das grundsätzliche Ziel unserer Regierung sein, darauf zu achten, daß dieses Land den Frieden nicht stört.
Sicherheit gegen eine Erneuerung der deutschen Aggression muß für die vorhersehbare Zukunft garantiert werden durch ein rigoros erzwungenes Verbot der deutschen militärischen Stärke und durch eine aufmerksame Kontrolle des deutschen Kriegspotentials. Ein unbegrenzt fortgesetzter Zwang auf so viele Millionen technisch findiger Menschen würde jedoch bestenfalls ein kostspieliges Unternehmen sein. Weiterhin gibt es keine Gewißheit, daß die Siegermächte willens und in der Lage sind, unbegrenzt Zwang anzuwenden. Auf lange Sicht würde daher die beste Garantie für Sicherheit und die am wenigsten kostspielige, die Assimilierung des deutschen Volkes in die Weltgemeinschaft der friedliebenden Nationen sein.

Diese Erwägungen nötigen zur Suche nach einer kontinuierlichen Politik, die die Erneuerung deutscher Aggression verhindern und zur gleichen Zeit dem deutschen Volk den Weg ebnen wird, sich im Laufe der Zeit willig an den gemeinsamen Friedensanstrengungen zu beteiligen.
A. Sicherheitskontrollen
[...]

B. Politischer Wiederaufbau Deutschlands
1. Die Endziele:
Die Ablehnung militaristischer und ultranationalistischer Ideologien wird auf die Dauer abhängen von der psychologischen Entwaffnung des deutschen Volkes, erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Entwicklung stabiler politischer Verhältnisse.
Die einleuchtendste Hoffnung auf dauerhaften politischen Wiederaufbau und eine ordentliche Entwicklung liegt in der Errichtung einer demokratischen Regierung trotz der Tatsache, daß ernsthafte Schwierigkeiten solch einen Versuch erschweren werden. Das Außenministerium empfiehlt daher, daß es zum Ziel der Politik der Vereinigten Staaten gemacht werde, das deutsche Volk auf Selbstregierung vorzubereiten, sobald Selbstregierung mit Rücksicht auf die internen Verhältnisse und Sicherheitserwägungen möglich ist.
Die erfolgreiche Errichtung eines demokratischen Regimes wird in beträchtlichem Maße nicht nur von einem erträglichen Lebensstandard, sondern auch von einer Mäßigung der jetzt vorherrschenden ultranationalistischen Mentalität abhängen. Ein demokratisches Experiment wird, wegen seiner notwendigen Unterwerfung unter den Willen der Sieger, unter einer schweren Last zu arbeiten haben, und es muß, wenn es überleben soll, imstande sein, der Loyalität und dem Patriotismus des deutschen Volkes ein gewisses Anrecht zuzugestehen. Um zu einem konstruktiven neuen Start in das politische Leben anzuregen, empfiehlt das Außenministerium, den Deutschen die Versicherung zu geben, daß ein demokratisches Deutschland, das seine Absicht und Fähigkeit, in Frieden zu leben, beweist, einen ehrenhaften Platz in der Gemeinschaft der Nationen erwerben kann. Um das Aufwerfen einer Frage ähnlich der, die nach 1919 von den Nationalisten zur Diskreditierung der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit ausgeschlachtet wurde, zu verhindern, ist das Außenministerium dagegen, daß in die Friedensregelung eine Kriegsschuldklausel aufgenommen wird, die gegen das ganze deutsche Volk gerichtet ist.
2. Teilung:
Das Außenministerium empfiehlt, daß sich unsere Regierung einer gewaltsamen Teilung Deutschlands widersetzt. Eine aufgebürdete Zerstückelung Deutschlands würde nicht die Notwendigkeit zur Auferlegung der gleichen Sicherheitskontrollen aufheben, die eingerichtet werden sollten, wenn Deutschland ganz gelassen wird. Wegen des hohen Grades wirtschaftlicher, politischer und kultureller Integration in Deutschland muß von vornherein erwartet werden, daß eine Teilung nicht nur auferlegt, sondern auch aufrechterhalten werden müßte durch Gewalt. Die Siegermächte würden durch die Auferlegung der Teilung eine mühevolle und nimmer endende Aufgabe auf sich nehmen, unzulässige Zusammenarbeit zwischen den Teilstaaten zu verhindern und nationalistisches Streben nach Wiedervereinigung zu unterbinden, was aller Wahrscheinlichkeit nach die Reaktion des deutschen Volkes wäre. Die wirtschaftlichen Aspekte der Teilung schließlich würden ein ernsthaftes Dilemma schaffen. Eine politische Zerstückelung, die die deutsche Wirtschaftseinheit im wesentlichen unangetastet ließe, würde wenig

Bedeutung als Sicherheitsmaßnahme haben; die Zerreißung der deutschen Wirtschaft würde auf der anderen Seite eine unnötige Senkung des europäischen wie des deutschen Lebensstandards mit sich bringen.

3. Dezentralisierung:

Das Außenministerium empfiehlt, daß zur Rückkehr zu föderativer Dezentralisierung ermuntert wird, einschließlich der Aufteilung Preußens in verschiedene mittelgroße Länder, aber es würde eine weitergehende Dezentralisierung, als für gemäßigte Kreise annehmbar, ablehnen.

So etwas würde genau so wie eine auferlegte Teilung nationalistischen Agitatoren ein fertiges Programm liefern. Eine Dezentralisierung, die umfassend genug wäre, die Zentralregierung des Reiches unwirksam zu machen, würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach als unfähig erweisen, mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, die im Interesse innerer Stabilität gelöst werden müssen.

Eine Rückkehr zu weitgehender provinzieller Autonomie könnte ferner unerwünschten Elementen einen günstigen Weg bieten, in den verschiedenen Länderregierungen an die Macht zu gelangen, wie es vor 1933 geschehen ist, als die Nationalsozialisten die Herrschaft über verschiedene der kleineren Länder gewannen und ihre terroristischen Agitationen durchführten, in völliger Immunität gegenüber jeglicher Einmischung des Reiches.

Die Dezentralisierung, selbst wenn sie mit Erfolg durchgesetzt wird, ist nicht als Sicherheitsmaßnahme erforderlich und würde an und für sich kein unüberwindbares Hindernis für ein einheitliches nationales Handeln sein, wenn das deutsche Volk in Zukunft seine Streitkräfte zu einer neuen Aggression organisieren möchte. Die militärische Wirksamkeit Deutschlands unter der schwerfälligen Bismarckschen Verfassung ist ein Beweis für diese Beobachtung. Es wäre noch zu bemerken, daß die traditionellen demokratischen Gruppen in Deutschland im allgemeinen eine stärkere Einigkeit des Reiches befürwortet haben.

4. Schritte zum politischen Wiederaufbau:

Während man die Art der Entwicklung in Deutschland nicht voraussehen kann, hält das Außenministerium es für wünschenswert. versuchsweise eine allgemeine Politik für den politischen Wiederaufbau Deutschlands festzulegen. Es schlägt daher vor, daß, sobald die militärischen Erfordernisse es zulassen, dieser Prozeß viel mehr durch die Errichtung demokratischer Selbstregierungen in den Gemeinden als durch die Neubildung einer nationalen föderalistischen Regierung einzuleiten ist. Die Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt die Gemeinderegierungen zu Provinzeinheiten zusammengeschlossen werden und wann die Provinzeinheiten eine Reichsregierung bilden könnten, würde diesem Plan zufolge von dem Erfolg abhängen, mit dem die Deutschen die verschiedenen Schritte bei der Errichtung gesunder Einrichtungen und der Heranbildung verläßlicher politischer Führer tun.

Das Außenministerium glaubt, daß in diesem Prozeß des positiven Wiederaufbaues sich der äußere Einfluß auf die Förderung einer vom Volk getragenen Selbstregierung beschränken und sich nicht darauf erstrecken sollte, die genaue Form der zu errichtenden Regierung zu bestimmen. Gleichzeitig gebietet die Sicherheit, daß die Siegermächte und nach diesen die internationale Organisation sich das Recht vorbehalten und bereit sein sollten, in Deutschland einzugreifen, um das Wiedereinsetzen gefährlicher nationalistischer Aktivität zu verhindern und Deutschland zur Einhaltung der ihm durch die Friedensregelung und das Nachkriegssicherheitssystem auferlegten Verpflichtungen zu zwingen.

III. Grenzregelungen

Das Außenministerium glaubt, daß bei der Festlegung der Nachkriegsgrenzen Europas unsere Regierung die Politik verfolgen sollte, für jede Streitfrage eine Lösung zu suchen, die die Eigenart dieses besonderen Problems und die Beziehungen desselben zu der gesamten Regelung berücksichtigt. Das Ministerium ist der Ansicht, daß das Hauptkriterium 1. die größtmögliche Aussicht auf allgemeine Annahme und Stabilität und 2. der höchstmögliche Beitrag zur ordentlichen Entwicklung allgemeiner internationaler Ordnung sein muß.

A. Empfehlungen

Angesichts solcher Erwägungen unterbreitet das Außenministerium folgende Vorschläge bezüglich der Grenzen Deutschlands:

1. Die dänisch-deutsche Grenze sollte unverändert bleiben.
2. Die Wassergrenze zwischen den Niederlanden und Deutschland sollte vom Westufer der Emsmündung zum Hauptlauf verlegt werden, und danach sollten niederländische Ansprüche auf deutsches Gebiet als Ersatz für die Zerstörung niederländischen Bodens berücksichtigt werden.
3. Die belgisch-deutsche Grenze sollte auf die 1920-1940-Linie zurückverlegt werden.
4. Elsaß-Lothringen sollte an Frankreich zurückgegeben werden.
5. Die gegenwärtigen Verwaltungsgrenzen zwischen Deutschland und Österreich sollten als Grenze aufrechterhalten werden. Diese Empfehlung würde die Grenze von 1938 wiederherstellen mit Ausnahme eines kleinen Gebietes im Sonthofenbezirk, welches aus Gründen der Vereinfachung der Verwaltung zu Bayern genommen wurde und in Bayern bleiben sollte, sofern nicht überzeugende Beweise dafür sprechen, daß die Bewohner unter österreichische Herrschaft zurückkehren möchten.

6. Die Vor-München-Grenzen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sollten grundsätzlich wiederhergestellt werden, vorbehaltlich kleinerer Berichtigungen, die die tschechoslowakische Regierung vorzuschlagen wünschen könnte.
7. Polen soll Ostpreußen (außer dem Königsberger Gebiet), die frühere Freie Stadt Danzig, Deutsch-Oberschlesien und den östlichen Teil Pommerns – umfassend ein Gebiet von ungefähr 6812 Quadratmeilen – erwerben.
(Nach einer beigefügten Karte würde die deutsch-polnische Grenze etwa folgendermaßen verlaufen: östlich Kolberg – westlich Belgrad – Dramburg – Kreuz.)
Das Außenministerium schlägt dies als eine Lösung eines äußerst schwierigen Grenzproblems vor, die angesichts der gegenwärtigen Umstände die gerechteste Regelung darstellt und am ehesten internationale Ruhe im östlichen Europa verspricht. Man vergegenwärtigt sich jedoch, daß sehr wohl ein starker Druck zugunsten der Abtretung eines noch größeren Teils deutschen Gebietes an Polen ausgeübt werden könnte. Sollte dies der Fall sein, glaubt man nicht, daß es den Vereinigten Staaten möglich sein könnte, sich solch einem Vorschlag zu widersetzen. Die soeben vorgeschlagene Lösung würde für Polen zusätzliches Gebiet von zirka 21 000 Quadratmeilen (etwa 58 000 qkm) mit ungefähr 4 200 000 Bewohnern bedeuten. Die polnisch-deutsche Grenze nördlich Oberschlesiens würde begradigt und um 130 Meilen verkürzt. Polens Seeküste würde auf ungefähr 200 Meilen verlängert und ausreichende Hafenanlagen in Gdingen und Danzig aufweisen. Die Einverleibung Oberschlesiens würde Polens industrielle Hilfsquellen wesentlich stärken und ein einheitliches und rationalisiertes Arbeiten des größeren oberschlesischen Bezirkes ermöglichen...
B. Die Überführung deutscher Minderheiten
Die oben empfohlenen Abtretungen an Polen würden ungefähr 3 400 000 Deutsche unter polnische Herrschaft bringen, zusätzlich zu den mehr als 700 000, die dort bereits vor diesem Kriege wohnten. Die polnische Regierung wie auch das Lublin-Komitee haben den Wunsch zum Ausdruck gebracht, diese deutsche Bevölkerung auszuweisen. Außerdem wünscht die Exilregierung der Tschechoslowakei mehr als 1 500 000 Sudetendeutsche zu entfernen.
Das Außenministerium ist der Meinung, daß während der Endphasen des Krieges und der frühen Nachkriegszeit eine unterschiedslose Ausweisung so vieler Personen wesentlich zu der Verwirrung beitragen würde, die aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Gebiet vorherrschen wird, indem der allgemeine Gesundheitszustand eines großen Teils Europas bedroht und Frieden und die öffentliche Ordnung des Kontinents gefährdet wird. Trotzdem glaubt man nicht, daß es zweckmäßig für die Vereinigten Staaten wäre, sich solchen allgemeinen Ausweisungen zu widersetzen, wenn die tschechoslowakische und polnische Regierung darauf bestehen und dies von der britischen und sowjetischen Regierung unterstützt wird. Das Außenministerium ist jedoch der Meinung, daß unsere Regierung soweit wie möglich danach trachten sollte, eine Einigung über die Selektivausweisung derjenigen Teile der deutschen Minderheiten aus Polen und der Tschechoslowakei zu erzielen, deren Ausweisung zur Verbesserung der Beziehungen der betreffenden Länder und zu einer größeren Stabilität in diesem Teil Europas beiträgt. Das Ministerium befürwortet eine Politik, wodurch diese Überführungen auf ein Minimum beschränkt und nach und nach in ordentlicher Weise durchgeführt würden, und zwar unter internationalen Auspizien, auf die sich die Hauptalliierten einerseits und Polen und die Tschechoslowakei andererseits geeinigt haben.



[197] *Konföderation, Föderation und Dezentralisierung des deutschen Staates und Zerstückelung Preußens Note des Außenministers vom 27. 11. 1944*



Ich hoffe, dem Komitee in Kürze ein revidiertes Papier über die Zerstückelung Deutschlands vorlegen zu können. Inzwischen habe ich über andere Möglichkeiten einer Schwächung Deutschlands mit Hilfe konstitutioneller Wiederherstellungen nachgedacht.
Ich gebe nun ein Papier in Umlauf, das im Außenministerium vorbereitet wurde und die Vorzüge und Durchführbarkeit einer Konföderation, Föderation und der Dezentralisierung sowie auch der Zerstückelung Preußens erwägt.
Obgleich ich nicht an seine Schlußfolgerungen gebunden sein möchte, denke ich, daß meine Kollegen es als einen nützlichen Beitrag zu einer Studie über die Zukunft Deutschlands ansehen werden.

A.E. [den]

[...]

1. Wenn die Zerstückelung Deutschlands aus verschiedenen Gründen als undurchführbar angesehen wird, so folgt daraus nicht, daß es unmöglich sein muß, Deutschland durch andere

Verfassungsänderungen, insbesondere die Einrichtung einer Konföderation, einer Föderation oder durch Dezentralisierung zu schwächen. Ein Papier, in dem diese Lösungen erwogen werden, ist in Anhang I enthalten, und ein weiteres, welches sich mit der Zerstückelung Preußens befaßt, in Anhang II.

2. Bei der Erörterung von Deutschlands künftigem politischem System erscheint es notwendig, ständig vier Punkte im Auge zu behalten. Der erste besagt, daß ein System nur dann auf die Dauer funktionieren wird, wenn es für das deutsche Volk weitgehend annehmbar ist. Wir können den Deutschen vieles antun. Wir können sie, wenn wir wollen entwaffnen, ihre Industrien zerstören, ihnen ausgedehnte Gebiete nehmen, die Bevölkerung vertreiben u. s. w. Aber ihre endgültige verfassungsmäßige Regelung muß von ihnen ausgehen, nicht von uns. Andernfalls werden wir nichts tun können, um ihren Zusammenbruch zu verhindern.

3. Zweitens muß bedacht werden, daß im deutschen Volk in den letzten hundert Jahren ein fortgesetztes Bestreben bestanden hat, jene politische Einheit zu erlangen, die seine Nachbarn bereits erreicht hatten, und alles spricht dafür, daß dieses Bestreben sofort wieder wach würde, wenn die deutsche Einheit durch äußere Eingriffe oder von außen diktierte Uneinigkeit zerstört würde. Unter diesen Umständen würde die Wiederherstellung eines geeinten Deutschland der Mittelpunkt aller deutschen Unzufriedenheiten, Bestrebungen und Aktivitäten werden. Dies würde um so wahrscheinlicher dann eintreten, wenn die von Deutschland unter fremdem Druck angenommene Verfassung interne Spannungen und ein unausgewogenes Gleichgewicht der Macht zwischen dem Zentrum und den Staaten schüfe. Es ist wahrscheinlich, daß eine derartige politische Instabilität schließlich eine auf die Konzentration der Macht in den Händen einer starken Zentralregierung gerichtete Bewegung hervorruft, was im Deutschland von Weimar geschah, und was zuerst zu einer Regierung durch Verordnungen und schließlich zu Hitler führte.

4. Drittens wäre die wirkungsvolle Zerstückelung Preußens ein wesentlicher Begleitumstand jeden Systems einer Dezentralisierung. Die Einwände, die gegen eine Zerstückelung Deutschlands als ganzem sprechen, gelten nicht im Fall Preußens. Es wäre paradox, wenn wir durch die Dezentralisierung der deutschen Regierung den preußischen Staat wiederherstellten, so wie er bestand, bevor die Naziregierung die Bundesstaaten bis zur Impotenz schwächte. Die Tatsache, daß eine starke preußische Regierung als Gegengewicht fungieren und so die Zentralregierung weiter schwächen könnte, wird durch die Gefahr übertroffen, daß die Wiederherstellung eines Preußens, wie es vor 1918 bestand, gerade jenen Elementen in der deutschen Bevölkerung, die wir unterdrücken wollen, eine Plattform bieten würde, von der aus sie ihre Autorität über das übrige Deutschland in einer Weise geltend machen könnten, die den Interessen der Vereinten Nationen schaden würde.

5. Viertens, welches Verfassungssystem sich auch immer ergeben wird, wir sollten es niemals schon in sich allein als Garantie für die Sicherheit ansehen. Wir werden dann Sicherheit vor Deutschland erlangt haben, wenn es so weit geschwächt ist, daß es nicht in der Lage oder willens ist, den Kampf weiterzuführen. Solange die relative Schwäche anhält, werden wir vor einem weiteren Angriff sicher sein. Wenn wir jedoch durch Willensschwäche oder ein falsches Gefühl der Sicherheit oder durch Streitigkeiten mit unseren gegenwärtigen Verbündeten in unserer Energie oder unserer Wachsamkeit nachlassen, daß Deutschland eine Demokratie oder ein föderalistischer Staat oder auch zerstückelt ist. Es ist vielleicht nicht übertrieben zu sagen, daß jede dieser politischen Anordnungen die Saat der Gefahr in sich birgt und die Öffentlichkeit in dem Glauben einlullen könnte, sie stelle an sich schon eine wirksame Sicherheitsmaßnahme dar und berechtige uns, jene Teile unseres Sicherheitsprogramms, die fortgesetzte Bemühungen und Opfer unsererseits in sich bergen, aufzugeben. Es ist zu hoffen, daß die Öffentlichkeit niemals durch eine derartige Annahme irregeführt werde. Wir können es uns nicht leisten, unser Vertrauen in politische Maginot-Linien zu setzen.

6. Die generelle Empfehlung dieses Papiers lautet, daß wir, wenn wir dieses Problem mit unseren Verbündeten diskutieren, die Eliminierung Preußens im Sinne des zweiten der beiden beigefügten Papiere befürworten und vorschlagen sollten, daß wir, ohne Deutschland den Föderalismus gewaltsam aufzuerlegen, die föderalistischen Ideen im Sinne von Paragraph 16 des ersten Papiers unterstützen sollten. Aber wir sollten in unserer Unterstützung nicht so weit gehen, daß die vom sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratungskommission geäußerte und vom Vertreter der Vereinigten Staaten generell bestätigte Ansicht in Frage gestellt wird, daß unsere Kontrolle den zentralen deutschen Verwaltungsapparat voll in Anspruch nehmen sollte.

[198] *Deutschlandpolitik vom 29. 11. 1944*

1. Kapitulationsbedingungen.

(a) Das Kapitulationsdokument wurde am 25. Juli von der Europäischen Beratenden Kom-

mission formell gebilligt, und den drei Regierungen unterbreitet, die ihm zugestimmt haben. Das Dokument ist den kleineren Alliierten bisher noch nicht zugänglich gemacht worden, aber die E. A. C. ist übereingekommen, ihnen eine Zusammenfassung davon zu übermitteln. Die Franzosen werden es jetzt, da sie der E. A. C. beigetreten sind, natürlich zu sehen bekommen.

(b) Die britische Delegation hat der E. A. C. drei Proklamationsentwürfe und eine generelle Anordnung vorgelegt, um die Punkte allgemein abzudecken, die in der umfassenden britischen Originalversion der Kapitulationsbedingungen vorgesehen waren, aber nicht in das Kapitulationsdokument aufgenommen wurden. Die Delegation der Vereinigten Staaten hat kürzlich eine revidierte Fassung vorgelegt, die aus zwei Proklamationen und einer generellen Anordnung besteht. Das stimmt in Wortlaut und Gehalt zu ungefähr 95 % mit unserem eigenen Entwurf überein. Sowohl das Kapitulationsdokument als auch die Proklamationsentwürfe werden jetzt für den Fall überarbeitet, daß es keine deutsche Kapitulation und deshalb auch keine deutsche Unterschrift gibt.

(c) Zusätzlich hat die britische Delegation eine große Zahl von Direktiven vorgelegt, die im Detail verschiedene Probleme behandeln, zu denen die alliierten Behörden in Deutschland Instruktionen benötigen werden. Diese Direktiven behandeln natürlich keine Probleme der hohen Politik, wie zum Beispiel die Zerstückelung, über die es bis jetzt noch keine politische Entscheidung gibt.

Was (b) und (c) angeht, so ist die Hauptnotwendigkeit, daß die Behandlung dieser Probleme in der E. A. C. beschleunigt werden sollte. Das russische Verhalten seit der Moskauer Konferenz gibt in dieser Hinsicht zu Hoffnungen Anlaß. Die Amerikaner haben in letzter Zeit beträchtlichen Unwillen über die Verzögerung an den Tag gelegt, und sie haben eine vorläufige Direktive für die Zeit unmittelbar nach der Niederlage entworfen. Sie haben jetzt zugestimmt, sie der E. A. C. vorzulegen. Ihre ursprüngliche Vorstellung ging dahin, sie ausschließlich mit uns zu erörtern und sie dann zur Ausgabe an den Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte bereitzuhalten für den Fall, daß die E. A. C. ihre Arbeit an den Instruktionen für die Zeit nach der Niederlage zum Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht beendet hat. Bisher haben sie den Entwurf dieser Direktive selbst der E. A. C. noch nicht vorgelegt, aber sie haben stattdessen vor kurzem zwölf einzelne Entwürfe von Direktiven derselben Art wie unsere oben erwähnten vorgelegt. Inzwischen haben wir eine revidierte Fassung ihrer Direktive für die Zeit nach der Niederlage erarbeitet, so daß sich keine Verzögerung zu ergeben braucht, wenn ihre Diskussion erforderlich wird.

2. Besetzung

Man ist sich einig, daß Deutschland vollständig besetzt werden soll, und über die Besatzungszonen und die gemeinsame Besetzung Berlins ist eine Vereinbarung erreicht worden. Während der jüngsten Gespräche in Paris haben die Franzosen klargemacht, daß sie eine eigene Zone beanspruchen. Dieses Problem wird mit den Franzosen in der E.A. C. diskutiert werden müssen.

3. Kontrollsystem

Die E. A. C. hat sich über ein Protokoll geeinigt, das ein Kontrollsystem vorsieht. Änderungen darin können notwendig sein, um den Franzosen einen gleichberechtigten Status zu verschaffen.

4. Grenzen

Auf der Moskauer Konferenz 1943 kam man überein, daß Deutschland zu seinen Grenzen von 1937 zurückkehren solle. Außerdem haben die britische und die sowjetische Regierung öffentlich erklärt, daß sie Gebietsabtretungen in Ostdeutschland befürworten. Die Regierung seiner Majestät hat ihrerseits der polnischen Regierung zugesagt, bei der Friedensregelung polnische Ansprüche bis hin zur Oder-Linie, eingeschlossen den Hafen von Stettin, zu unterstützen. Die Polen haben immer darauf bestanden, daß jede Abtretung deutschen Territoriums an sie von der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung begleitet sein sollte (siehe unten Abschnitt 6).

Im Westen hat sich die niederländische Regierung das Recht vorbehalten, territorialen Ersatz, sei es vorübergehend oder für immer, zu fordern für die mutwilligen Zerstörungen, die die Deutschen in Holland angerichtet haben. Damit könnte eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung einhergehen.

Bei den jüngsten Gesprächen in Paris haben die Franzosen jeden Wunsch auf Gebietserweiterung in Abrede gestellt. Andererseits haben sie für Rheinland-Westfalen ein besonderes Regime befürwortet (siehe Abschnitt 5). Sie behaupten, daß dies keine Annektierung mit sich bringe, aber in Wirklichkeit kann es die Trennung dieses Gebietes von Deutschland in allem bis auf den Namen bedeuten. Wenn es Korrekturen der deutschen Grenzen zur Tschechoslowakei und Österreich geben sollte, werden sie geringerer Art sein.

Die Regierung Seiner Majestät hat immer den Standpunkt vertreten, daß Grenzveränderungen Sache der Friedensregelung sind. Wenn diese sich jedoch verzögert, werden Staaten, die Anspruch auf deutsches Gebiet erheben, wahrscheinlich verlangen, daß ihre Ansprüche schon vor

dem Frieden erfüllt werden. Grenzveränderungen könnten Deutschland vermutlich als eine der "politischen" oder "sonstigen Bedingungen" auferlegt werden, die in Artikel 12 (b) des Kapitulationsdokuments vorgesehen sind.

5. Sonderverwaltungen
(a) Rheinland-Westfalen
Auf der Konferenz von Teheran sprach sich Präsident Roosevelt dafür aus, daß der Raum um Kiel sowie das Ruhr- und Saargebiet von den Vereinten Nationen verwaltet werden. Im Gespräch mit dem Außenminister befürwortete M. Massigli im vergangenen August eine Sonderverwaltung für Rheinland-Westfalen, durch die dies Gebiet bei Verbleib unter deutscher Verwaltung dauernder internationaler Kontrolle unterstellt würde. Außerdem würde das Gebiet zusammen mit nördlich und südlich angrenzenden Randstreifen für lange Zeit durch alliierte Truppen besetzt werden. Die Sonderverwaltung sollte nach Ansicht von M. Massigli unmittelbar nach der Kapitulation eingerichtet werden.
Die Ziele dieser Verwaltung wären,
(i) den Deutschen dieses Gebiet in militärischer Hinsicht und als Quelle für Kriegspotential auf Dauer zu entziehen;
(ii) in wirtschaftlicher Hinsicht das Gebiet im Interesse der westlichen Alliierten zu "verpfänden", und es zum Westen hin auszurichten, in dessen wirtschaftlichen Einflußbereich es eingeschlossen würde.
Der Vorschlag wird derzeit von den Stabschefs und dem Planungsstab für Wirtschafts- und Industriefragen geprüft, von denen bisher jedoch noch kein Bericht vorliegt. Die politischen Implikationen werden im Licht der beiden Berichte untersucht werden müssen. Es wäre unklug, wenn wir uns vor einer genauen Prüfung und ohne nähere Kenntnis dessen, was die Franzosen beabsichtigen, auf die Unterstützung dieses Projekts festlegen würden. M. Massigli drückte sich keineswegs deutlich aus, und die jüngsten Gespräche in Paris erbrachten keine weiteren Erkenntnisse über die französischen Ideen zu diesem Thema.
Es sollte beachtet werden, daß der Massigli-Plan etwas ganz anderes zu sein scheint als Morgenthaus Deindustriealisierungsplan (siehe Abschnitt 11).
(b) Kiel
Wie schon bemerkt, sprach sich Präsident Roosevelt in Teheran dafür aus, daß der Raum um Kiel von den Vereinten Nationen verwaltet werden solle. Der Premierminister regte auf der jüngsten Moskauer Konferenz die Neutralisierung des Kieler Kanals an. Auch die polnische Regierung hat in ihrem Schreiben zu den Kapitulationsbedingungen an die E. A. C. die Auffassung vertreten, daß der Kieler Kanal unter alliierte Kontrolle und Verwaltung gestellt werden solle.
Das Post Hostilities Planning Committee hat vor einiger Zeit eine Untersuchung der Frage eingeleitet unter dem Blickpunkt der möglichen Einrichtung eines Stützpunktes der Vereinten Nationen. Diese könnte nun angesichts der vom Premierminister zum Ausdruck gebrachten Auffassung beschleunigt werden, so daß sich die Regierung Seiner Majestät über die Durchführbarkeit und die Implikationen aller Pläne klarwerden kann, bevor sie die internationale Verhandlungsebene erreichen.

6. Bevölkerungsumsiedlungen.
Die Polen haben immer darauf bestanden, daß die deutsche Bevölkerung jedes an sie abgetretenen Gebietes nach Deutschland umgesiedelt werden sollte. Sie werden wahrscheinlich auch die deutsche Bevölkerung aus dem ursprünglich polnischen Gebiet vertreiben. Die Tschechen beabsichtigen, etwa zwei der etwas über drei Millionen deutschsprachigen Bewohner der Tschechoslowakei zu entfernen. Wenn die Holländer deutsches Gebiet als Ersatz für die Holland zugefügten mutwilligen Zerstörungen fordern, könnten auch sie die Entfernung der deutschen Bevölkerung verlangen. Es gibt noch weitere große Bevölkerungsgruppen deutscher Sprache verstreut über Zentraleuropa – z. B. in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien –, deren Entfernung ebenfalls verlangt werden könnte.
Wir haben der tschechoslowakischen Regierung und den Polen mitgeteilt, daß wir dem allgemeinen Prinzip einer Umsiedlung deutscher Minoritäten in Zentral- und Südosteuropa nach Deutschland in solchen Fällen zustimmen, in denen dies notwendig oder wünschenswert erscheint. Auf der jüngsten Moskauer Konferenz brachte der Premierminister die Ansicht zum Ausdruck, daß die Bevölkerung Schlesiens und Ostpreußens nach Deutschland überführt werden sollte. Im gleichen Sinne äußerte er sich bei den jüngsten Gesprächen in Paris. Es ist anzunehmen, daß die sowjetische Regierung alle polnischen und tschechischen Ansprüche auf die Entfernung der Deutschen aus ihren Gebieten unterstützen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat kürzlich die polnische Regierung dahingehend informiert, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten keinen Einwand erheben wird, wenn die polnische Regierung und das polnische Volk im Zusammenhang mit den neuen Grenzen des polnischen Staates die Umsied-

lung nationaler Minoritäten in polnisches Gebiet und aus ihm heraus zu bewerkstelligen wünschen, und daß sie eine solche Umsiedlung, soweit durchführbar, fördern wird."

Ein interministerieller Ausschuß erarbeitete im letzten Mai einen Bericht, der die Implikationen dieser Politik aufzeigte. Seine generelle Schlußfolgerung lautete, daß Deutschland zwar auf die Dauer eine umfassendere Bevölkerung verkraften könne, daß aber kurzfristig große Umsiedlungen, wenn sie nicht wohlorganisiert werden und sich über Jahre erstrecken, wirtschaftliche Probleme schwerwiegendster Art erzeugen würden, die sich als unlösbar erweisen und zu einem vollständigen deutschen Zusammenbruch führen könnten.

Die Umsiedlungen würden sich auch auf jene Länder ernsthaft auswirken, aus denen die Bevölkerungsteile entfernt würden. Der Bericht enthielt auch Anregungen in bezug auf den Apparat der zur Durchführung der Umsiedlungen eingerichtet werden könnte, im Fall man sich für sie entschließen würde.

Der Bericht stieß im Waffenstillstands- und Nachkriegsausschuß auf einige Kritik, namentlich von Seiten Mr. Attlees und Sir James Griggs, die seinen Ton als nicht streng genug ansahen. Dennoch gelangte man nach eingehender Prüfung durch viele Ministerien zu den in ihm enthaltenen Schlußfolgerungen und dahin, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse im Fall einer Umsiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung aus den östlich der Oder gelegenen Gebieten in den Westen, außer der Umsiedlung von etwa zwei Millionen Sudetendeutschen, ganz sicher äußerst ernst sein werden, auf jeden Fall dann, wenn sich die Operation nicht über eine ganze Reihe von Jahren hinzieht.

Der Bericht enthielt keine Empfehlungen für das politische Vorgehen, wofür der interministerielle Ausschuß kein Mandat besaß. Die Regierung seiner Majestät hat noch immer zu entscheiden (1), ob sie die polnischen und tschechoslowakischen Ansprüche zu unterstützen beabsichtigt und (2), ob sie sich an der Durchführung der Umsiedlungen irgendwie beteiligen will.

7. Zerstückelung.

Die Zerstückelung wurde auf der Konferenz von Teheran kurz, aber unter allgemeiner Zustimmung erörtert. Es wurde daraufhin beschlossen, der E. A. C. Anweisung zu geben, die Frage zu untersuchen. Diese Untersuchung wurde aufgrund des Widerstands des sowjetischen Vertreters gegen die Diskussion nicht durchgeführt. Die Frage wurde bei der jüngsten Moskauer Konferenz erneut aufgeworfen, als Marschall Stalin gesagt haben soll, daß "der Staat aufgespalten werden müsse." Der Premierminister seinerseits schlug die Teilung Deutschlands in drei Staaten vor: (1) Preußen, dem möglicherweise Sachsen hinzugefügt werden könnte, (2) Österreich und Süddeutschland, und (3) das rheinische Industriegebiet. Der erste Raum sollte hart, der zweite sanft behandelt werden, der dritte sollte internationaler Kontrolle unterstellt werden.

In London herrschen Meinungsverschiedenheiten über das Prinzip der Zerstückelung. Von den Stabschefs wird es sowohl als eine Maßnahme zur Verhinderung einer deutschen Wiederbewaffnung und erneuter Aggression, als auch deshalb befürwortet, weil es uns in eine günstigere Lage versetzt für den Fall, daß sich unsere Beziehungen zu Rußland verschlechtern. Die wirtschaftlichen Abteilungen bezweifeln, ob es tatsächlich wesentlich zur wirtschaftlichen Sicherheit beitragen würde, wohingegen seine wirtschaftlichen Nachteile in anderer Hinsicht sehr groß wären. Das Außenministerium ist gegen seine Anwendung. Man ist dort der Ansicht, daß die Vorteile, die man ihm beimißt, illusorisch sind, da (1) die Aussicht, daß es für das deutsche Volk annehmbar ist, gering ist, weil es eine im wesentlichen künstliche Lösung ist und nur geringe Wahrscheinlichkeit besteht, daß britische oder das amerikanische Volk bereit ist, es gewaltsam aufrechtzuerhalten. Sie werden vermutlich dahin gelangen, es als eine Ungerechtigkeit anzusehen, in welchem Fall die ganze Regelung in ihren Augen präjudiziert wäre; (2) wäre es für die Deutschen nicht sehr schwierig, den notwendigen Verboten auszuweichen, und die fortgesetzte Notwendigkeit, solche Umgehungen zu verhindern, würde die Einheit der Alliierten gefährdet.

Die Stabschefs sind dabei, ein revidiertes Papier zu dem Thema zu erarbeiten, wonach die gesamte Angelegenheit dem A. P. W.-Ausschuß übergeben wird.

Die russische Einstellung ist nicht ganz eindeutig. Obgleich sich Marschall Stalin für die Zerstückelung ausgesprochen hat, hat Mr. Gousev der E. A. C. Vorschläge unterbreitet, die mit jedem derartigen Plan unvereinbar sind. Präsident Roosevelt sprach sich in Teheran zu seinen Gunsten aus. Seit damals hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten nicht mehr geäußert.

Wenn man sich im Prinzip für die Zerstückelung entschiede, so würde ihr zeitlicher Ablauf sorgfältig erwogen werden müssen. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch befände sich die Stärke der Alliierten auf dem Höhepunkt und die deutsche Widerstandskraft wäre an ihrem Tiefpunkt angelangt. Dies sind Gründe für ihre unmittelbare Durchführung. Andererseits würde sie die anfänglichen Probleme der Besetzung ungeheuer vergrößern, die sich als unüberwindbar erweisen können ohne eine zentrale Behörde für solche Dinge wie Währung, Bankwesen, Außenhandel, Zölle (Tarife), wirtschaftliche und landwirtschaftliche Kontrollen, Bevölkerungsverschiebungen, Transport sowie Post und Telegraph.

8. Dezentralisation.
Dem A. P. W.-Ausschuß wurde ohne Verpflichtung des Ministers ein Papier des Außenministeriums übergeben, das die Vorzüge und Möglichkeiten einer Konföderation, Föderation oder einer Dezentralisierung untersucht, und welches nahelegt, daß unseren Interessen gedient wäre, wenn wir den Föderalismus förderten. Aber eine notwendige Begleiterscheinung wäre die wirksame Zerstückelung Preußens, wogegen nicht die gleichen Einwände erhoben werden wie gegen die Zerstückelung Deutschlands.

9. Zerschlagung der Landgüter.
Von vielen Seiten ist darauf gedrungen worden, daß zu den in der Besatzungszeit zu treffenden Maßnahmen die Zerschlagung der großen Landgüter in Deutschland gehören sollte. Dies wird aus zwei Gründen befürwortet, (a) um die Macht der Junker zu zerstören und (b) um Land bereitzustellen für die Ansiedlung von Deutschen, die aus den abgetrennten Gebieten umgesiedelt werden oder auf Grund der Schließung der Rüstungs- und verwandter Industrien arbeitslos geworden sind.
[...]

Das Außenministerium hat hierzu ein Papier erarbeitet. Das kommt zu dem Schluß, daß aus der Zerschlagung der großen Landgüter sowohl wirtschaftliche als auch soziale Vorteile entstünden, daß sie jedoch kurzfristig ernste wirtschaftliche Probleme sowohl für uns selbst als auch für die Deutschen schaffen würde. Wir würden verlieren, da sie Ressourcen verschlingen würden, die im andern Fall für Reparationen gebraucht werden könnten. Ihre Wirkung auf das Problem der Bevölkerungsumsiedlung wäre unwesentlich. Ihr Nutzen für die zukünftige Sicherheit ist höchst fraglich. Zwar bildete die Klasse der Grundbesitzer das Rückgrat der alten preußischen Armee und des öffentlichen Dienstes, aber andere Klassen haben Hitler mit der gleichen oder noch größerer Begeisterung unterstützt. Die Tatsache, daß der größere Teil der großen Landgüter in Ostdeutschland liegt, ist ein Grund dafür, die Initiative den Russen zu überlassen. Wenn die Russen nichts unternehmen, wären wir gut beraten, wenn wir es als ein Problem betrachteten, das die Deutschen selbst lösen sollten.

10. Entwaffnung.
Man kann sagen, daß Einigkeit darüber besteht, daß Deutschland vollständig entwaffnet und demilitarisiert werden soll. Die gesamte militärische Organisation einschließlich des Generalstabes, wird zerstört werden. Die einzig erlaubte Streitkraft wird die Polizei sein, deren Bewaffnung streng begrenzt sein wird. Ihre zahlenmäßige Stärke und ihre Organisationen werden später zu erörtern sein. Alle Befestigungsanlagen werden zerstört und die Rüstungsfabriken entweder abgebaut oder umgewandelt. Militär- und wahrscheinlich auch Zivilflugzeuge werden nicht zugelassen.

11. Wirtschaftliche Sicherheit.
Das Problem der wirtschaftlichen Sicherheit würde vom Malkin-Komitee in dessen Bericht vom August 1943 behandelt. Es wurde außerdem in einem Bericht des E. I. P. S. über wirtschaftliche Sicherheit und Reparationen untersucht, der dem A. P. W.-Ausschuß im August 1944 übergeben wurde. Der Ausschuß erklärte sich daraufhin damit einverstanden, daß wir eine drakonische Politik gegenüber ausgewählten Gebieten der deutschen Industrie führen sollten und die relativ geringe Menge der industriellen Unternehmungen beseitigen sollten, die unserer Ansicht nach die lebenswichtigsten und auch die am schwersten zu verbergenden seien; auf dem verbleibenden industriellen Gebiet sollten wir Deutschland einen großen Freiheitsspielraum gewähren. Der I. P. S. wurde aufgefordert, eine Liste mit den industriellen Unternehmungen vorzulegen, die vollständig beseitigt werden sollten. Er ist dabei, seinen Bericht zu dem Thema vorzubereiten.
Der A. P. W.-Ausschuß war sich auch darin einig, daß wir uns nicht ausschließlich auf Maßnahmen, die während der Besatzungszeit zu treffen seien, verlassen sollten, daß es vielmehr ein Prinzip unserer Politik sein solle, daß Vorkehrungen hinsichtlich der Inspektion und Beobachtung der Entwicklungen auf dem Feld der deutschen Industrie nach der eigentlichen Besatzungszeit fortgesetzt werden sollten.
Derzeit entstehen Pläne, mit den Amerikanern und Russen, entweder in dem E. A. C. oder unter seiner Ägide, Gespräche über wirtschaftliche Sicherheit und Reparationen zu führen. Der russische Vertreter meinte, daß "Maßregeln, die sich auf die Kontrolle der deutschen Wirtschaft beziehen", zu den wichtigsten Fragen gehörten, mit denen sich die Kommission zu befassen habe.
Die Bedeutung der wirtschaftlichen Abrüstung wurde kürzlich bei drei Gelegenheiten auch höchster Ebene unterstrichen. Erstens gibt es den Morgenthau-Plan für die Deindustrialisierung Rheinland-Westfalens. Dieser wird nun, als Ergebnis der Konferenz von Quebec, von dem E. I. P. S. geprüft. Inzwischen wurde der Plan in hohen Kreisen der Vereinigten Staaten stark

kritisiert. Zweitens waren der Premierminister und Marschall Stalin in Moskau übereinstimmend der Ansicht, daß die industrielle Abrüstung Deutschlands erfolgen müsse, damit Deutschland, wie Marschall Stalin sagte, die Möglichkeit zur Vergeltung genommen werde. Unter den zur Beseitigung vorgeschlagenen Industrien waren die metallurgische, chemische, Elektro- und Schiffahrtsindustrie. Drittens wurde die Kontrolle der deutschen Industrie bei dem jüngsten Treffen in Paris erwähnt, unter besonderer Bezugnahme auf die Kontrolle der Wirtschaft im Rheinland.

12. Reparationen und Rückerstattung.
Der Malkin-Report vom August 1943 enthält einen Reparations- und Rückerstattungsplan. Seine Ergebnisse wurden dem A. P. W.-Ausschuß von dem E. I. P. S. in seinem Bericht vom August 1944 übermittelt. Die Minister haben sich noch nicht zu der Frage geäußert. Sie sind jedoch übereingekommen, die Einrichtung einer Rückerstattungskommission zu unterstützen, die sich mit identifizierbarem Besitz befassen soll, und entsprechende Vorschläge sind in der E. A. C. vorgelegt worden. Es ist zu hoffen, daß das ganze Problem der Reparationen und wirtschaftlichen Sicherheit bald auf drei oder vier-Mächtebasis von der E. A. C. oder unter ihrer Ägide beraten wird.

13. Kriegsverbrecher.
Auf der Moskauer Konferenz 1943 wurde eine Erklärung über deutsche Greueltaten verabschiedet. Man erklärte damals, daß jene, die für die Greueltaten verantwortlich waren, zur Aburteilung in jene Länder zurückgeschickt würden, in denen die Taten begangen wurden. Größere Verbrecher, deren Vergehen geographisch nicht zu lokalisieren seien, würden durch gemeinsamen Beschluß der alliierten Regierungen bestraft.
Bisher ist noch kein Beschluß darüber gefaßt worden, in welcher Art und Weise mit den größeren Verbrechern verfahren werden soll, obgleich das Thema auf höchster Ebene diskutiert worden ist.
Die für die Erbringung von Beweismaterial für individuelle Kriegsverbrechen verantwortliche Körperschaft ist die Kommission der Vereinten Nationen zur Verfolgung von Kriegsverbrechen. Die Kommission ist im Begriff, den Regierungen ihre erste Liste identifizierter Kriegsverbrecher vorzulegen. Die britischen Stabschefs und das Kriegskabinett haben kürzlich die Frage des Apparates erörtert, der erforderlich sein wird, um sicherzustellen, daß gesuchte Verbrecher gefaßt werden, und daß alles verfügbare Beweismaterial mit dem Vorrücken der Alliierten Armeen an den verschiedenen Schauplätzen gesammelt wird. Es steht zu hoffen, daß die Vereinigten Stabschefs in Kürze eine Direktive herausgeben, die die Kommandanten an den Schauplätzen instruiert, die zu diesem Zweck notwendigen Schritte zu unternehmen. Die sowjetische Regierung, die nicht in der Kommission der Vereinten Nationen vertreten ist, hat kürzlich angeregt, daß 'die Frage der Aushändigung von Kriegsverbrechern' in der Europäischen Beratenden Kommission erörtert werden solle.

14. Die Bildung einer deutschen Regierung.
Der A. P. W.-Ausschuß beriet kürzlich über ein Papier des Vorsitzenden des Armistice and Civil Affairs (Official) Committee, in dem die Situation besprochen wird, die sich daraus ergibt, daß sich die deutsche Zentralregierung aufgelöst hat bis die Alliierten die Besetzung vollendet haben. Das Papier kommt zu dem Schluß, daß in Deutschland eine zentrale Verwaltungsbehörde wieder eingerichtet wird, die gewisse Regierungsfunktionen übernimmt, damit das wirtschaftliche und allgemeine Chaos vermieden oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und die deutsche Produktion zum Wohle der Vereinten Nationen maximal genutzt wird. Es könnte sich dabei entweder um eine alliierte Regierungskörperschaft oder um eine alliierter Kontrolle unterstellte zentrale deutsche Behörde, d. h. Regierung handeln. Der A. P. W.-Ausschuß stimmte der Notwendigkeit zu, daß eine zentrale Behörde eingerichtet werden müsse, gelangte jedoch zu keinem Beschluß darüber, ob es eine alliierte oder eine deutsche sein sollte. Es gibt jedoch ernsthafte Einwände gegen eine alliierte Regierungsbehörde. Es hieße, eine unbegrenzte Verantwortung für die direkte Regierung Deutschlands zu übernehmen; es erforderte einen sehr beträchtlichen Stab, der vermutlich nicht zu finden wäre; es würde der Drei-Mächte-Kommission eine Aufgabe auferlegen, für die sie ihrem Charakter nach unqualifiziert wäre; es würde die Gelegenheiten für Divergenzen unter den Alliierten beträchtlich vermehren; und schließlich haben die russischen und amerikanischen Vertreter in der E. A. C. deutlich darauf hingewiesen, daß der alliierte Apparat die Funktion haben solle, die deutsche Verwaltung zu kontrollieren und nicht Deutschland selbst zu verwalten.
Wir werden daher, wenn nicht die unmittelbare Zerstückelung beschlossen wird, womöglich zu einem frühen Zeitpunkt dem Problem gegenüberstehen, eine deutsche Zentralregierung zu finden. Die geeignetste Form einer solchen Körperschaft wäre vermutlich eine Regierung aus Experten.

15. Die Zukunft Deutschlands.
Bisher haben wir uns fast ausschließlich auf den negativen Aspekt unserer Deutschlandpolitik konzentriert – Entwaffnung, Zerstörung des Nationalsozialismus, Maßnahmen zur Sicherheit gegen Aggression usw. Aber in einem an das Kriegskabinett gerichteten Papier vom 27. September 1943 empfahl der Außenminister "die einzige Politik, die eine wirkliche Hoffnung für die Zukunft bietet, eine solche ist, die, bei Wahrung aller notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, letztlich darauf abzielt, ein reformiertes Deutschland wieder am Leben Europas teilnehmen zu lassen." Noch ist schwer vorauszusehen, was zur Förderung dieses Ziels getan werden kann. Unsere gegenwärtigen Pläne erwägen jedoch, immer unter dem Vorbehalt der militärischen Sicherheit, die Zulassung politischer Betätigung, mit Ausnahme nationalsozialistischer, der Rede- und Pressefreiheit, die Förderung freier Gewerkschaften und die Aufrechterhaltung der Achtung vor den Kirchen. Derzeit wird ein Papier über die Frage der Gewerkschaften, an der die britische Arbeiterschaft äußerst interessiert ist, und ein weiteres über Lokalwahlen vorbereitet.

Österreich
Auf der Moskauer Konferenz 1943 kamen die drei Mächte überein, daß Österreich von der deutschen Herrschaft befreit werden solle, und sie erklärten, daß sie die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich wünschten.
Unsere Pläne für Österreich wurden auf dieser Grundlage erarbeitet, und es gab keinerlei Plan für die Verschmelzung Österreichs in einen süddeutschen Staat.
Die folgenden Papiere wurden vom A. P. W.-Ausschuß gebilligt und der E. A. C. vorgelegt:
(i) Vorschläge zur Besetzung Österreichs;
(ii) Anregungen für ein Kontrollsystem für Österreich;
(iii) Entwurf einer Proklamation für Österreich.
Die sowjetische Delegation hat der E. A. C. kürzlich Alternativvorschläge für die Besetzung Österreichs vorgelegt. Wir sind der Ansicht, daß der für Deutschland erarbeitete Allgemeine Befehl auf Österreich angewendet werden solle, obgleich einige seiner Artikel nicht unbedingt volle Anwendung in diesem Land zu finden brauchen. Die für Deutschland ausgearbeiteten Direktiven zeigen in jedem Fall, welche Veränderungen erforderlich werden, wenn sie in Österreich angewendet werden. Es wurden auch zwei, nur für Österreich geltende Direktiven erarbeitet, und es gibt außerdem eine Weisung, die die unmittelbare Einrichtung einer Grenzkontrolle zwischen Deutschland und Österreich vorsieht.
Dem A. P. W.-Ausschuß wurden überdies Papiere zu folgenden Fragen unterbreitet:
(i) Die Grenzen Österreichs;
(ii) Die in Österreich beizubehaltenden Streitkräfte;
(iii) Wirtschaftspolitik gegenüber Österreich in der Nachkriegszeit;
(iv) Die Einrichtung einer Selbstverwaltung in Österreich;
(v) Wirtschaftliche Sicherheit in Österreich.
Alle wurden gebilligt bis auf das letzte, das derzeit überarbeitet wird, um es besser abzustimmen mit den Vorschlägen zur wirtschaftlichen Sicherheit in Deutschland.
German Advisory Section
29. November 1944

[199] *Aus dem sowjetisch-französischen Vertrag vom 10. Dezember 1944*

Artikel 1
Die vertragschließenden Parteien werden den Krieg Seite an Seite und gemeinsam mit den Vereinigten Nationen bis zum endgültigen Sieg über Deutschland führen. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, der anderen Partei Hilfe und Beistand in diesem Kampf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bringen.
Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, weder in Sonderverhandlungen mit Deutschland einzutreten, noch ohne gegenseitiges Einvernehmen Waffenstillstand oder Frieden zu schließen, sei es mit der Hitler-Regierung oder einer in Deutschland errichteten anderen Regierung oder einem ähnlichen Organ mit dem Ziel, die deutsche Angriffspolitik zu verlängern oder zu unterstützen.
Artikel 3
Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Beendigung des Konfliktes mit Deutschland gemeinsam alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine neue Bedrohung von seiten Deutschlands zu verhindern und jeder Art Initiative zu einem neuen deutschen Angriffsversuch den Weg zu sperren.
Artikel 4
Sollte die eine oder andere vertragschließende Partei in Feindseligkeiten mit Deutschland ver-

wickelt werden, sei es durch einen deutschen Angriff oder durch die in Artikel 3 genannten Umstände, so hat die andere Partei ihr sofort jede in ihrer Macht liegende Hilfe und Unterstützung zu bringen.

Artikel 5

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, an keinem Bündnis und keiner Koalition teilzunehmen, welche gegen die eine oder andere Partei gerichtet sind.

Artikel 6

Die vertragschließenden Parteien kommen darin überein, nach dem Krieg sich gegenseitig wirtschaftlich so weit wie möglich zu helfen, um den Wiederaufbau ihrer Länder zu erleichtern und zu beschleunigen und zur Wohlfahrt der Welt beizutragen.

Artikel 7

Der gegenwärtige Vertrag hat keinerlei nachteilige Folgen auf frühere von beiden Parteien eingegangene Verpflichtungen dritten Staaten gegenüber, soweit es sich um die veröffentlichten authentischen Texte handelt.

Artikel 8

Der gegenwärtige, in französischer und russischer Sprache verfaßte Vertrag wird so bald wie möglich in Paris ratifiziert und die Urkunden ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort nach Austausch der Urkunden in Kraft und hat eine Gültigkeit von 20 (zwanzig) Jahren. Wird der Vertrag nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist durch eine der vertragschließenden Parteien gekündigt, bleibt er auf unbestimmte Zeit in Kraft. Jede der vertragschließenden Parteien behält das Recht, diesen Vertrag mit einer Frist von einem Jahr zu kündigen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten vorstehenden Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in zwei Exemplaren in Moskau, 10. Dezember 1944.

Bidault, Molotow

15. KAPITEL

DER STURM AUF DIE "FESTUNG EUROPA" (1943/1944)

Vorbereitet und begleitet von Tag- und Nachtangriffen der strategischen Bomberkommandos [200][208] setzte 1943 der Sturm auf die "Festung Europa" ein: von Osten die Rote Armee, im Südosten die jugoslawischen und griechischen Partisanen; von Süden über Sizilien und Italien die Anglo-Amerikaner. Währenddessen hatten sich in fast allen Teilen der besetzten Länder Europas verschiedene Widerstandsgruppen organisiert, die rastlos und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Besatzungsmächte bekämpften und die sich in dem "Wogegen" einig waren, mochten sie auch hinsichtlich der politischen Neugestaltung Europas nach Kriegsende nicht immer die gleichen Ideen und Vorstellungen hegen. Wohl war Deutschland noch willens und fähig, die nunmehr entstandene Front von rund 15 000 Kilometer Länge (Nordkap-Atlantikwall-Italien-Ägäis-Rußland-Murmansk) nach allen Seiten hin zu verteidigen [203]. Aber es war doch nur eine Frage der Zeit, wie lange die verfügbaren Kräfte und materiellen Reserven dem zu erwartenden Ansturm auf den Kriegsschauplätzen sowie den Bombardierungen aus der Luft gewachsen blieben. Italiens Widerstandswille war bereits fast gebrochen.

Der Angriff auf das von der deutschen Propaganda für uneinnehmbar erklärte "Bollwerk" begann an seiner verwundbarsten Stelle: Am 10. Juli 1943 landeten die Alliierten unter dem Schutz ihrer beherrschenden Flotte auf Sizilien, während sie durch schwere Luftangriffe (am 19. Juli mit 500 Maschinen gegen Rom) die italienische Kampfmoral zu zermürben suchten [202]. Damit hatte sich in der großen Strategie der Vereinigten Stabschefs von Amerika und Großbritannien die britische Auffassung durchgesetzt. Die Amerikaner hatten seit 1942 eine Landung in Frankreich empfohlen, um von dort aus direkt gegen das Zentrum des feindlichen Widerstandes vorstoßen zu können. Dagegen hatte der britische Generalstab auf Grund seiner Erfahrungen von 1940 den Angriff an der schwächsten Stelle der deutsch-italienischen Front befürwortet. Unter dem Eindruck der sich bald abzeichnenden alliierten Erfolge brach nach wenigen Tagen das faschistische System zusammen. Am 25. Juli wurde Mussolini abgesetzt und gefangengenommen. Marschall Badoglio – von König Victor Emanuel III. zum Regierungschef ernannt – übernahm die Führung Italiens und knüpfte sofort Geheimverhandlungen mit dem alliierten Oberbefehlshaber, General Eisenhower, an, die mit der Unterzeichnung der Kapitulation der italienischen Wehrmacht endeten. Anfang September setzten englische und amerikanische Truppen auf die Südspitze Italiens über; vier Wochen später hatten sie bereits die Linie Foggia-Neapel gewonnen. Bis Ende des Jahres gelang ihnen der Durchbruch an der Sangro und zum Kloster Monte Cassino. Dort brachte Feldmarschall Kesselring, der Oberbefehlshaber Süd, den Angriff vorerst zum Stehen.

Unterdessen hatte Hitler am 8. September den "Fall Achse" ausgelöst, um die italienische Wehrmacht zu entwaffnen und ein Überlaufen zum Gegner zu verhindern. Während große Teile des Heeres in deutsche Hand fielen, glückte es der italienischen Flotte, im letzten Augenblick von La Spezia nach Malta zu entkommen. Insgesamt gesehen konnte die Lage in Italien von deutscher Seite noch einmal stabilisiert werden. Mussolini, den ein SS-Sonderkommando auf dem Gran Sasso befreit hatte, proklamierte am 18. September 1943 eine neue Sozialistische Republik Italien, die bis Kriegsende allerdings nur ein Schattendasein in Norditalien führte [206]. Die neue königliche Regierung aber erklärte dem Deutschen Reich den Krieg; aus dem ehemaligen Verbündeten war ein weiterer Gegner geworden.

Während in Jugoslawien die Partisanen unter Tito die deutschen Ordnungstruppen mehr und mehr bedrängten, hatten die Sowjets im Osten nach dem Scheitern der letzten deutschen Offensive bei Kursk ("Zitadelle") im Juni 1943 die

Initiative endgültig an sich gerissen. Nachdem die Rote Armee schon im Januar 1943 die Landverbindung zu dem hartbedrängten Leningrad wiederhergestellt hatte, trat sie im August zum Großangriff gegen den Südflügel der deutschen Front an. Über Stalino stieß sie bis zum unteren Dnjepr vor, befreite das ganze Donezgebiet und schnitt die deutschen Kräfte auf der Halbinsel Krim ab. Im Mittelabschnitt hatte die Rote Armee inzwischen die Linie Kiew-Gomel-Witebsk erreicht. Dadurch wurde die Heeresgruppe Mitte nach Norden abgedrängt. Alles in allem war ihr auf einer Frontbreite von über 1000 Kilometern ein Durchbruch von fast 300 Kilometern in der Tiefe gelungen. Insgesamt standen den anstürmenden 5,1 Millionen Russen 1943 noch 3 Millionen Deutsche gegenüber, während die Sowjetunion eine zwei- bis dreifache materielle Überlegenheit besaß. Das zunehmende militärische wie politische Übergewicht und die Erfolge der Sowjetunion in dem großen Ringen hatten auch Politiker und Strategen der Alliierten nachdenklich zu stimmen begonnen. Schon jetzt schien sich abzuzeichnen, daß möglicherweise die UdSSR nach Kriegsende zu einer "diplomatischen Vormacht der Welt" werden würde, der gegenüber nur "die brüderliche Verbindung" des britischen Commonwealth und der Vereinigten Staaten ein adäquates Gegengewicht darstellen konnte.

Im Jahre 1944 nahm die Rote Armee im Osten an der gesamten Front von Lappland bis zum Schwarzen Meer ihren Vormarsch nach Westen wieder auf [204][205]. Im Norden griff sie Petsamo und die Finnen in der Karelischen Landenge an. Im Mittelabschnitt zertrümmerte sie die Heeresgruppe Mitte und drang bis Ostpreußen vor [209]. Erst an der Weichsel kam ihr Angriff zum Stehen. Gleichzeitig vernichtete sie den deutschen Südflügel, nachdem sie die Ukraine und die Krim zurückerobert hatte. Ihre Divisionen standen bereits in Polen, an der Ostgrenze der Tschechoslowakei und in Rumänien, als am 6. Juni 1944 [201][210][211] unter dem Schutz starker See- und Luftstreitkräfte die lang erwartete alliierte Invasion in der Normandie begann, der am 15. August eine zweite in Südfrankreich folgte. Der Angriff der anglo-amerikanischen, kanadischen und französischen Expeditionsarmeen, der durch Partisanengruppen der "Résistance" unterstützt wurde, durchbrach schon nach wenigen Wochen die deutschen Riegelstellungen. Im August wurde Paris und in Südfrankreich Toulon und Marseille befreit. Damit war – in gewissem Gegensatz zu den früheren Plänen und Absichten Churchills, von Italien, vom Balkan und von Südfrankreich aus die deutschen Fronten aufzubrechen [207] – die große Strategie des amerikanischen Stabschefs – wenn auch verspätet – verwirklicht worden [213].

Im ungestümen Vormarsch erreichten die alliierten Armeen im Oktober 1944 die deutsche Grenze bei Aachen. Die überwältigenden Offensiven der "Anti-Hitler-Koalition", die systematische Bombardierung und Zerstörung der deutschen Verkehrs-, Nachrichten- und Produktionszentren, die Terrorangriffe auf Stadt und Land durch die britisch-amerikanische Luftwaffe kündigten bereits das nahe Ende des Krieges an. Unter dem Eindruck der alliierten Waffenerfolge stellten Rumänien, Finnland [212][214], Bulgarien und Ungarn nacheinander den Kampf ein und wandten sich gegen Deutschland. Hitler aber glaubte immer noch an das Unmögliche. Doch der Vormarsch der Roten Armee vom hohen Norden bis zum Balkan war ebensowenig aufzuhalten wie der Sturm der alliierten Armeen von Süden und Westen. An allen Frontabschnitten zogen sich die deutschen Truppen unter schwersten Bedingungen unaufhaltsam zurück, während deutsche Kulturgüter in Schutt und Asche versanken.

DOKUMENTE

[200] *Die kombinierte Bomberoffensive vom Vereinigten Königreich aus (Pointblank), genehmigt von den Combined Chiefs of Staff am 14. Mai 1943*

1. Auftrag

a) Die Bomberverbände der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben den folgenden von den Combined Chiefs of Staff in Casablanca festgelegten Auftrag:

Die Durchführung einer gemeinsamen amerikanisch-britischen Luftoffensive zur fortschreitenden Zerstörung und Desorganisation des deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems und zur Unterminierung der Moral des deutschen Volkes bis zu einem Punkt, an dem seine Fähigkeit, bewaffneten Widerstand zu leisten, tödlich getroffen ist. Das soll heißen, die Widerstandskraft soll so weit geschwächt werden, daß endgültige kombinierte Operationen auf dem Kontinent begonnen werden können.

2. Die wichtigsten Operationsziele
a) Eine Gruppe bedeutender amerikanischer Experten hat als Operationsanalytiker eine gründliche Untersuchung aller Elemente des deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems angestellt, die als Bombenziele geeignet zu sein scheinen. Aus dem Bericht der Operationsanalytiker geht hervor:
Die Zerstörung und endgültige Ausschaltung von etwa sechzig Angriffszielen würde das Kriegspotential der westlichen Achsenmächte schwer schädigen und es vielleicht sogar zum Erliegen bringen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, eine bestimmte Zahl von Angriffszielen zu kombinieren, um diese Wirkung herbeizuführen.
b) Nach Prüfung dieses Berichts hat es sich gezeigt, daß die amerikanischen und britischen Fachleute in ihren Ansichten übereinstimmen. Aus den von den Operationsanalytikern vorgeschlagenen Systeme sind sechs ausgewählt worden. Sie umfassen insgesamt 76 Präzisionsziele. Sie befinden sich innerhalb des taktischen Aktionsradius beider Luftstreitkräfte, und ihre Zerstörung richtet sich gegen drei Hauptelemente der deutschen Industrien, die zu ihrer Versorgung notwendig sind.
Die sechs Systeme sind:
U-Bootwerften und -Basen,
die deutsche Flugzeugindustrie,
die Kugellagerindustrie,
die Ölversorgung,
die synthetische Gummi- und Reifenindustrie,
militärische Transportfahrzeuge.

Eine Konzentration der Angriffe gegen diese Systeme wird die folgenden Auswirkungen haben. Der Prozentsatz der Zerstörungen wird den Angaben der Operationsanalytiker entsprechen:
1. U-Bootwerften und -Basen. Die Zerstörung der ausgewählten U-Bootwerften wird den gegenwärtigen U-Bootbau um 89 Prozent verringern. Die Angriffe gegen die U-Bootbasen wird sich auf die Operationen der U-Boote auf See auswirken. Wenn festgestellt wird, daß die Angriffe erfolgreich durchgeführt werden können, dann sollen sie, wann immer günstige Voraussetzungen dafür gegeben sind, so lange und so oft wie nötig geflogen werden.
2. Deutsche Flugzeugindustrie. Die Ausschaltung der deutschen Luftwaffe wird die Fähigkeit der Deutschen, unseren Operationen in der Luft und zu Lande Widerstand zu leisten, entscheidend schwächen. Die vollständige Luftüberlegenheit ist Voraussetzung für die letzten und entscheidenden Operationen. Die Zerstörung von 43 Prozent der deutschen Jagdverbände und von 65 Prozent der deutschen Kampfflugzeugverbände ist in diesem Plan vorgesehen und wird die erforderlichen Auswirkungen haben.
3. Die Kugellagerindustrie. Die kritische Lage der deutschen Kugellagerindustrie ist beachtenswert. Die Tatsache, daß diese Industrie räumlich so stark konzentriert ist, macht sie besonders verwundbar durch Luftangriffe. 76 Prozent der Produktion von Kugellagern könnten durch Zerstörung der ausgewählten Ziele ausgeschaltet werden. Das wird unmittelbare und empfindliche Rückschläge in der Produktion von Panzern, Flugzeugen, Artillerie, Dieselmotoren – ja in fast allen Herstellungsbetrieben für moderne Kriegswaffen haben.
4. Die Ölversorgung. Die den Deutschen jetzt zur Verfügung stehenden Mengen an Petroleum und synthetischem Benzin reichen kaum aus, um den deutschen militärischen Bedarf an dem lebenswichtigen Kraftstoff zu decken. Die Ölversorgungslage ist noch kritischer geworden, nachdem es den Deutschen nicht gelungen ist, sich der russischen Ölvorräte zu versichern. Wenn die Raffinerien in Ploesti, aus denen zur Zeit 35 Prozent der den Achsenmächten zur Verfügung stehenden raffinierten Ölprodukte stammen, zerstört werden, und wenn die Fabriken zur Herstellung synthetischen Benzins in Deutschland, die weitere 13 Prozent produzieren, ebenfalls zerstört werden, wird es katastrophale Auswirkungen auf die Versorgung der Achsenmächte mit fertigen Ölprodukten haben.
5. Synthetische Gummi- und Reifenindustrie. Diese Produkte sind für alle Phasen der deutschen Kriegsanstrengungen zu Lande und in der Luft lebenswichtig. Es ist vorgesehen, 50 Prozent der Produktionskapazität der synthetischen Gummiindustrie und fast die gesamte Reifenindustrie zu zerstören. Das wird lähmende Auswirkungen haben.
6. Militärische Transportfahrzeuge. Sieben Fabriken stellen einen großen Teil der militärischen gepanzerten und Transportfahrzeuge her. Die genaue Prozentzahl ist unbekannt. Der Verlust

dieser Fabriken wird das deutsche Kriegspotential direkt treffen. Die kumulative Wirkung der Zerstörung aller in dem genannten System aufgeführten Ziele wird die Fähigkeit des deutschen Volkes, bewaffneten Widerstand zu leisten, entscheidend schwächen.
d) Die Auswahl dieser Objekte ist getroffen worden, weil feststeht, daß die Deutschen für die Verteidigung dieser Systeme besondere Maßnahmen getroffen haben wie Sperrballons, Tarnung, Flugabwehr, Scheinwerfer, Scheinanlagen und Rauchentwickler. Damit zeigen sie, daß sie um die Erhaltung folgender Anlagen besonders besorgt sind.
Flugzeugfabriken,
U-Bootwerften,
Kugellagerfabriken,
Ölversorgungsanlagen.

3. Zwischenziele
a) Die Deutschen haben die Verwundbarkeit ihrer lebenswichtigen Industrie erkannt und verstärken deshalb schnell ihre Jagdflugzeugverbände. Die deutschen Jagdverbände in Westeuropa werden vergrößert. Wenn dem Anwachsen der deutschen Jagdverbände Halt geboten wird, kann es praktisch unmöglich werden, die geplanten Zerstörungen durchzuführen und damit die Voraussetzungen für die endgültige und entscheidende Aktion unserer kombinierten Streitkräfte auf dem Kontinent zu schaffen.
b) Daher hängt die erfolgreiche Durchführung der Luftoffensive gegen die Ziele erster Ordnung von einer vorangehenden (oder gleichzeitigen) Offensive gegen die deutschen Jagdfliegerverbände ab.
c) Um ihre Aufgaben in dieser kombinierten Offensive durchführen zu können, wird die 8. Luftflotte Präzisionsziele tief im deutschen Gebiet bei Tage angreifen müssen. Das Haupthindernis, das diesem Unternehmen im Wege steht, ist die deutsche Luftwaffe. Die Jagdverbände sind so stark gewachsen, daß wir einen kurzen Überblick über ihre Entwicklung geben müssen (siehe anliegende Tabelle A).*
d) Die obere Kurve zeigt die Entwicklung der deutschen Luftwaffe im Verlauf der vergangenen neun Monate. Die Zahl der einsatzfähigen Kampfflugzeuge ist scharf zurückgegangen und zwar von 1760 auf 1450 Kampfflugzeuge. Die Jagdflugzeuge andererseits sind von 1690 auf 1710 vermehrt worden. Auch sie hatten an Stärke verloren, zweifellos als Folge der schweren Kämpfe in Rußland, im Mittelmeerraum und an der Westfront, aber ihre Verluste sind auf Kosten der Bomberverbände ausgeglichen worden. Die gleiche Tendenz zeigt sich in der unteren Kurve, nach der die Produktion etwa fünf Monate lang auf gleicher Höhe blieb und sich dann erhöhte, so daß der Bau von Jagdflugzeugen von 720 auf 810 pro Monat gestiegen ist. Über einen längeren Zeitraum, vom Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bis heute, ist diese Tendenz noch deutlicher zu erkennen. Die Stärke der deutschen Jagdflugzeugverbände hat sich in der fraglichen Zeit trotz schwerer Verluste um 44 Prozent erhöht. Die Tabelle zeigt auch den Überschuß der Produktion über die durchschnittlichen monatlichen Verluste an deutschen Jagdflugzeugen. Natürlich sind die Verluste während der vergangenen sieben Monate nicht konstant geblieben, wie sie die Tabelle zeigt, aber der Durchschnitt für diesen Zeitraum liegt mit ziemlicher Sicherheit bei 655 Jagdflugzeugen pro Monat. Die Produktionsziffer vom letzten Februar zeigt eine Zahl von 810 Jagdflugzeugen monatlich. Der durchschnittliche Produktionszuwachs verteilt über sechs Monate ergibt einen monatlichen Produktionsüberschuß über die durchschnittlichen Verluste von 810 Flugzeugen. Wenn dieses Tempo beibehalten wird, werden die Deutschen im nächsten Jahr um diese Zeit über 3000 Jagdflugzeuge verfügen können. (Siebe Tabelle B).* Das ist natürlich nur eine Möglichkeit und nicht unbedingt die Absicht der Deutschen, wenn auch die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland sehr stark in diese Richtung zu gehen scheint. Die Vermehrung der deutschen Jagdverbände während der vergangenen acht Monate zeigt sich nicht in dieser Kurve, doch haben die Deutschen während dieses Zeitraums viele Jagdflugzeuge zu Jagdbombern und Aufklärungsjägern umgebaut. Die Verlustziffer in diesen Verbänden war sehr hoch, und das ist vielleicht für das zeitweilige Abnehmen der Gefechtsstärke der deutschen Jagdflugzeuge verantwortlich. Während der letzten drei Monate ist jedoch eine entschiedene Aufwärtsentwicklung zu beobachten.
e) Die Kräfteverteilung bei den deutschen Jagdfliegerverbänden ist auch wichtig und zu beachten (siehe Tabelle C).* Die oberste Linie zeigt die Anzahl deutscher Jagdflugzeuge an der Westfront. Seit wir in den Krieg eingetreten sind, hat sich ihre Stärke fast verdoppelt. Sie ist von 420 auf 830 gestiegen. Das geschah trotz schwerer Verluste an der russischen und an der Mittelmeerfront. Als wir in den Krieg eintraten, befanden sich nur 36 Prozent der deutschen Jagdflugzeuge an der Westfront. Heute stehen 50 Prozent aller Jagdflugzeuge der deutschen Luftwaffe konzentriert unseren vom Vereinigten Königreich aus eingesetzten Bomberverbänden gegenüber. Die deutschen Jagdflugzeuge schädigen unsere Luftstreitkräfte bei Tag und bei

*nicht veröffentlicht.

Nacht nicht nur durch die von ihnen verursachten Gefechtsverluste, sondern auch in dem ganz speziellen Sinne einer erheblichen taktischen Behinderung. Wenn die Deutschen über mehr Jagdflugzeuge verfügen, dann können sie unsere Tagesangriffe natürlich so stark behindern, daß sie nutzlos werden, und dasselbe könnte vielleicht auch im Hinblick auf die Nachtangriffe geschehen. Andererseits wird die Wirkung unserer Angriffe sich wesentlich erhöhen, wenn wir die deutschen Jagdflugzeuge teilweise ausschalten.
f) Aus diesem Grunde gilt die Bekämpfung der deutschen Jagdfliegerverbände als Zwischenziel ersten Ranges.

4. Integrierte Offensive der Luftstreitkräfte der RAF und der Vereinigten Staaten.
a) Die kombinierten Leistungen der gesamten Kampfflugzeugverbände der Vereinigten Staaten und Großbritanniens können bei einem Erfolg die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir das für diesen Kriegsschauplatz gesetzte strategische Ziel erreichen. Zum Glück ergänzen sich die Fähigkeiten der beiden Luftstreitkräfte vollkommen.
b) Die ungeheure und immer noch stärker werdende Schlagkraft der RAF-Bombenangriffe soll die materiellen Grundlagen in Deutschland soweit zerstören, daß der deutsche Arbeiter den Willen aufgibt und die Fähigkeit verliert, weiter für den Krieg zu arbeiten. Deshalb soll die RAF mit großer Wendigkeit ihre materialvernichtenden Angriffe gegen Objekte richten, die zu den von den US-Luftstreitkräften angegriffenen Zielen in direkter Beziehung stehen. Diese Angriffe richten sich gegen besonders wichtige Industrieziele. Die strategischen Bombenangriffe werden am wirkungsvollsten sein, wenn sich die Tages- und Nachtangriffe der britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte mit allen verfügbaren Kräften gegen Objekte richten, die in einem bestimmten Zusammenhang stehen und deren Zerstörung die Funktionen einer beschränkten Anzahl ausgewählter Systeme unterminiert. Stärkste Angriffe erfordern Präzisionsabwürfe gegen miteinander in Beziehung stehende Ziele bei Tage und bei Nacht, wann immer die Wetterverhältnisse es zulassen und Flächenangriffe bei Nacht gegen bei diesen Zielen gelegene Großstädte. Die zeitliche Abstimmung dieser Tages- und Nachtangriffe hat nach taktischen Überlegungen zu erfolgen.
c) Dieser Plan versucht es nicht, dem Bomber Command vorzuschreiben, die größeren Wirkungen zu erzielen. Er geht nur von der Tatsache aus, daß Präzisionsangriffe der 8. Luftflotte bei Tage durch Nachtangriffe der RAF gegen die diese Präzisionsziele umgebenden Industrieanlagen ergänzt werden sollten. Es trifft sich günstig, daß die so anzugreifenden Industriegebiete sich in den meisten Fällen mit den ohnehin vom britischen Bomber Command für Massenzerstörungen vorgesehenen Angriffszielen decken. Zu ihnen gehören Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Leipzig, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Köln, Stuttgart und eine Reihe anderer wichtiger Großstädte. Es befinden sich allerdings auch kleinere Städte darunter, die wichtig sind, weil sie in der Nähe von Präzisionszielen liegen, die für Angriffe der 8. Luftflotte vorgesehen sind.

5. Allgemeiner Operationsplan
a) Es wäre höchst wünschenswert, sofort mit Präzisionsangriffen gegen deutsche Jagdflugzeugmontage- und Motorenwerke zu beginnen. Die uns gegenwärtig zur Verfügung stehenden Tagbomberverbände sind jedoch noch zu schwach, um tiefer in feindliches Gebiet einzufliegen, wo diese Fabriken liegen. Bedenkt man, welche Mengen feindlicher Jäger an der Flugstrecke konzentriert werden können, um unsere Bombenflugzeuge beim An- und Rückflug anzugreifen, dann müssen wir einen Verband von mindestens 300 Kampfflugzeugen einsetzen, um so tiefe Einflüge durchführen zu können.
b) Der allgemeine taktische Plan für den Einsatz eines Verbandes dieser Mindeststärke geht von den folgenden Überlegungen aus: es muß gleichzeitig ein Ablenkungsangriff geflogen werden, um deutsche Jäger in einen bestimmten Raum abzuziehen und sie damit an einer Massierung gegen die Hauptangriffskräfte zu hindern. Dazu benötigen wir 50 Bombenflugzeuge mit Jagdschutz. Zweitens brauchen wir einen Hauptangriffsverband, der Ziele in Deutschland zerstören und danach zurückkehren soll. Die Mindeststärke, die es erlaubt, daß die Bomber sich selbst verteidigen und lohnende Zerstörungen anrichten können, beträgt nach unserer Schätzung 200 Bombenflugzeuge. Drittens brauchen wir einen Deckungsverband, der einen Angriff in einem weiteren Raum durchführt, um Jäger dorthin zu ziehen und sie von den Hauptkräften abzulenken, wenn diese sich auf dem Heimflug befinden. Für diese Aufgabe werden wieder mindestens 50 Bombenflugzeuge mit Jagdschutz benötigt.
c) Auf folgende Weise haben wir einen Maßstab dafür erarbeitet, die Anzahl der Bombenflugzeuge zu bestimmen, die notwendig sind, um die gewünschten Objekte zu zerstören.
Im Januar, Februar und März haben wir zwölf erfolgreiche Unternehmen durchgeführt. Jeder dieser Angriffe wurde von etwa 100 Bombenflugzeugen geflogen. Es wurde festgestellt, daß genügend Bomben in einem Umkreis von 1000 Fuß um den Zielpunkt fielen, um die gewünschten Zerstörungen zu bewirken. Für jedes in Aussicht genommene Ziel ist die Zahl der dort notwendigen Abwurfkreise mit einem Radius von je 1000 Fuß berechnet worden. Der Maßstab

ist daher, wie die Erfahrung zeigt, die Zahl dieser Kreise mit einem Radius von 1000 Fuß, innerhalb dessen wirksame Zerstörungen erwartet werden können, und für jeden Kreis sind 100 Bombenflugzeuge erforderlich.
d) Der Operationsplan sieht vier Phasen vor (siehe Tabelle E).* Die erforderliche Tiefe der Einflüge, die Zahl der Angriffsziele und die Kapazität der jeweils dafür erforderlichen Bomberverbände erhöhen sich mit jeder neuen Phase.
e) Für die Bombenangriffe der 8. Luftflotte sind 76 Angriffsziele ausgewählt worden. Nachdem diese Auswahl getroffen worden ist, erhebt sich die Frage: Können sie wirksam zerstört werden? Wenn ja, wieviele Kampfflugzeuge sind erforderlich? Nach den Erfahrungen aus bisher durchgeführten Unternehmen ist die erste Frage mit Ja zu beantworten.

6. Die Leistungsfähigkeit der 8. Luftflotte
a) Die Tagesangriffe der United States Army Air Force gegen verteidigte Ziele im von Deutschland besetzten Europa sind häufig genug durchgeführt worden, um daraus ersehen zu können, wie wirkungsvoll Präzisions-Bombenangriffe sein können. Die Operationen des Bomber Command der RAF lassen keinen Zweifel daran, daß dieser Verband Industriegebiete verwüsten kann.
b) Die Tagesangriffe der 8. Luftflotte vom 3. Januar 1943 bis zum 6. April 1943 haben bewiesen, daß es möglich ist, aus Höhen von 20 000 bis 30 000 Fuß angesichts gegnerischer Abwehr durch Flak und Jäger Präzisionsabwürfe gegen ausgewählte Punktziele durchzuführen.
c) Von 20 Unternehmen, die die 8. amerikanische Luftflotte in diesem Zeitraum durchgeführt hat, waren 12 sehr erfolgreich. Diese 12 Angriffe richteten sich gegen die verschiedensten Ziele, darunter gegen:
U-Bootbasen,
Lokomotivfabriken,
Kraftwerke,
Verschiebebahnhöfe,
Werften,
Motoren- und Rüstungsfabriken,
Flugzeugmotorenfabriken.
Durchschnittlich waren jeweils 86 Flugzeuge gegen diese Ziele eingesetzt. Die zerstörende Wirkung war jedesmals sehr zufriedenstellend. Nach diesen Erfahrungen darf man mit Sicherheit annehmen, daß 100 Bombenflugzeuge, die jeweils auf einen Zielkreis mit dem Radius von 1000 Fuß angesetzt werden, dort die gewünschten Zerstörungen bewirken können, und daß zwei Drittel der in einem Monat geflogenen Angriffe in diesem Sinne Erfolg haben werden.

7. Erforderliche Kräfte
a) Schwere Bombenflugzeuge
1. Bei der Berechnung der erforderlichen Kräfte nehmen wir aus unseren Erfahrungen als Maßstab die von 100 Flugzeugen in einem Umkreis von 1000 Fuß vom Zielpunkt zu bewirkenden Zerstörungen. Jedes Angriffsziel ist gemäß diesen "Zieleinheiten" ausgewertet worden, d. h. es ist festgestellt worden, wieviele Kreise mit einem Radius von 1000 Fuß jeweils angegriffen werden müssen, um die gewünschten Zerstörungen zu bewirken.

2. Die Erfahrung auf dem europäischen Kriegsschauplatz lehrt, daß einem etwa 800 Flugzeuge zur Verfügung stehen müssen, wenn man mit 300 Flugzeugen operieren will. Solange also die amerikanischen Kampfflugzeugverbände in Europa nicht über etwa 800 Flugzeuge verfügen, wird es nicht möglich sein, eine Offensive mit Präzisionsangriffen gegen die deutschen Jagdflugzeugfabriken zu beginnen und durchzuhalten. Wir schätzen, im Juli diesen Jahres die entsprechenden Kräfte ausgebildet zu haben und über sie verfügen zu können. In der Zwischenzeit sollte jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die deutschen Jagdflugzeugverbände durch Angriffe gegen alle erreichbaren Flugzeugfabriken und unter günstigen Bedingungen im Luftkampf zu schwächen. Angriffe gegen Reparaturwerkstätten und Flugplätze sind in unserem Plan eingeschlossen, um den Truppenbefehlshabern eine größere taktische Bewegungsfreiheit zu geben. Gleichzeitig können Operationen gegen Einrichtungen der deutschen U-Bootwaffe innerhalb der Reichweite unserer Jagdflugzeuge oder nur wenig darüber hinaus und unter gleichen Bedingungen Angriffe gegen Objekte unternommen werden, die im direkten Zusammenhang mit den Angriffszielen erster Ordnung stehen. Es sollen auch Angriffe zur Ausbildung neu eingetroffener Besatzungen geflogen werden. Auch diese Operationen sollen im Rahmen der in unserer Liste aufgeführten Zielgruppen durchgeführt werden.
3. Während der nächsten Phase, in der wir schätzungsweise bis zu 400 Meilen in feindliches Gebiet einfliegen werden, müssen wir entschiedene Anstrengungen unternehmen, um die feind-

*nicht veröffentlicht.

lichen Jagdflugzeugverbände mit allen Mitteln erfolgreich zu bekämpfen. Dabei sollen unsere Luftstreitkräfte sich auf die Jagdflugzeugfabriken konzentrieren. Im Verlauf dieser Periode werden weitere 248 Bombenflugzeuge geliefert werden müssen, so daß uns Ende Oktober auf diesem Kriegsschauplatz etwa 1192 Maschinen zur Verfügung stehen sollten. Das würde bedeuten, daß wir am Ende der Periode einen Frontverband von 450 Kampfflugzeugen einsetzen können. Durchschnittlich würde der angreifende Verband 400 Flugzeuge stark sein.
4. Während der dritten Phase muß dafür gesorgt werden, daß die deutschen Jagdverbände nicht stärker werden. Außerdem werden unsere Operationen sich darauf richten, die deutsche Widerstandskraft noch in anderer Weise zu unterminieren. Dabei müssen unsere Angriffsverbände alle wichtigen Aufgaben erfüllen können.
5. Von Oktober bis Januar werden weitere 554 Bombenflugzeuge angefordert werden. Damit verfügen wir insgesamt über 1746 Maschinen. Das ermöglicht die Verwendung eines Frontverbandes von 655 Bombenflugzeugen. Die durchschnittliche Stärke des Angriffsverbandes wird dann bei 550 Bombenflugzeugen liegen.
6. Während der letzten Phase – Anfang 1944 – soll der ganze Verband dazu verwendet werden, die bis dahin erreichten Auswirkungen der Angriffe aufrechtzuerhalten und den Weg für kombinierte Operationen auf dem Kontinent zu ebnen. Dazu werden wir 2702 schwere Kampfflugzeuge brauchen.
7. Aus den beiliegenden Tabellen über die geopgraphische Lage der in jeder Phase anzugreifenden Ziele gehen auch die vorgesehenen Leistungen der vereinigten Bomberverbände hervor. Während der 1. Phase (siehe Karte 1)* beschränken sich die Operationen auf Flüge, die nicht sehr tief in feindliches Gebiet eindringen. Hier sollen unter anderem U-Bootbasen an der Küste, Unterseebootwerften und die Focke-Wulf-Flugzeugfabrik in Bremen angegriffen werden. Diese Operationen sind bereits von den jetzt zur Verfügung stehenden geringen Kräfte durchgeführt worden, und im Falle der Unterseebootwerften in Vegesack und der Focke-Wulf-Werke in Bremen ist ein wesentlicher Schritt in Richtung auf die Erfüllung unseres Plans getan worden. Es gibt aber noch zwei weitere Operationssysteme innerhalb dieser Phase, die tiefe Einflüge ins Feindgebiet verlangen. Eines erfordert einen Angriff gegen Ölversorgungsanlagen im Ruhrgebiet. Dieses Unternehmen steht im engsten Zusammenhang mit dem früher erfolgten Angriff aus dem Mittelmeerraum gegen die Ölraffinierien in Ploesti in Rumänien. Die Möglichkeiten für einen solchen Angriff werden zur Zeit überprüft, und wenn er durchgeführt werden wird, dann müssen wir die Raffinierien an der Ruhr angreifen, um die in Rumänien errungenen Vorteile auszunutzen.

Der zweite Angriff erfordert ein sehr tiefes Eindringen in feindliches Gebiet bis nach Schweinfurt. Angesichts der ungeheuren Vorteile, die eine Zerstörung dieser Fabriken für uns bedeuten würde, soll hier ein Überraschungsangriff geführt werden. Es wäre jedoch unklug, ihn zu versuchen, bevor wir über genügend Kräfte verfügen, um das Objekt in einer einzigen Operation zu zerstören. Jeder Versuch, einen solchen Angriff zu wiederholen, wird auf heftigen feindlichen Widerstand stoßen. In der zweiten Phase (siehe Karte 2)* verlangt der Plan eine Konzentration unserer Operationen gegen die deutschen Jagdflugzeugmontagewerke und Motorenfabriken sowie Angriffe gegen Flugplätze und Reparaturwerkstätten. Es ist vorgesehen, dabei etwa 75 Prozent unserer Frontverbände einzusetzen. Die verbleibenden 25 Prozent werden U-Bootwerften angreifen. Während der dritten Phase (siehe Karte 4)* werden diese Operationen fortgesetzt und Vorkehrungen dafür getroffen werden, konzentrierte Angriffe gegen Einrichtungen zu fliegen, die mit einer von uns durchzuführenden Kanalüberquerung in Beziehung stehen wie das Eisenbahnnetz, Waffenlager, militärische Einrichtungen etc.
8. Die Festsetzung der in jeder Phase erforderlichen Flugzeugzahlen ist aufgrund von praktischen Erfahrungen erfolgt. Was die Anzahl der Operationen angeht,so hat die 8. Luftflotte in den vergangenen sechs Monaten durchschnittlich jeweils sechs Angriffe ausgeführt. In den letzten drei Monaten waren es zwanzig, von denen zwölf als besonders erfolgreich bezeichnet werden dürfen. Dieser Plan gründet sich darauf, daß in jedem Vierteljahr zwölf erfolgreiche Operationen durchgeführt werden können, und stellt in Rechnung, daß wahrscheinlich weitere sechs aus verschiedenen Gründen weniger erfolgreich verlaufen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jederzeit etwa 3/8 der Gesamtzahl der auf diesem Kriegsschauplatz vorhandenen Flugzeuge eingesetzt werden können. Dabei sind die in Reserve zu haltenden Maschinen berücksichtigt, ebenso die in Reparatur befindlichen, die gerade zum Flughafen überführten und die umzubauenden Maschinen. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß unsere Luftstreitkräfte in Zukunft mehr leisten werden, als diese Zahlen besagen. Um so realistisch wie möglich zu bleiben, ist dieser Plan jedoch aufgrund praktischer Erfahrungen aufgestellt worden.

9. Tabelle E* zeigt eine Aufstellung aller Angriffsziele, die von den amerikanischen und britischen Bomberverhänden anzugreifen sind, wenn die gestellte Aufgabe erfüllt werden soll. Die für Präzisionsangriffe des United States Bomber Command vorgesehenen Objekte sind als kleine

*nicht veröffentlicht

Symbole dargestellt. Die großen und kleinen Städte, in oder bei denen diese Präzisionsziele liegen und die von der RAF als Ergänzungsziele anzugreifen sind, sind mit Kreisen versehen. Die deutschen Jagdflugzeuge sind in vier Hauptverbänden zusammengezogen weit vorwärts in der Nähe der Küste stationiert. Grob gesehen sind die Tagjäger in vier Verbänden zu je etwa 100 Maschinen im Räumen im nordwestlichen Küstengebiet Deutschlands, in Holland und Belgien, an der französischen Kanalküste und in Westfrankreich in der Nähe der U-Bootbunker aufgeteilt. Diese Jagdflugzeuge können von mindestens 200 Meilen entfernten Basen zusammengezogen werden, so daß etwa 300 Jagdflugzeuge gegen unsere Hauptangriffe eingesetzt werden könnten, wenn wir direkt das Ruhrgebiet anfliegen, ohne einen Teil dieser Jäger abzulenken oder an anderer Stelle zu beschäftigen.

10. Die Tabelle D* zeigt die Auswirkungen dieses Plans auf das Zwischenziel unserer Operationen, die Kampfkraft der deutschen Jagdflugzeugverbände. Die Tabelle dient nur als bildliche Darstellung und darf nicht als präzise angesehen werden. Die oberste Linie zeigt die Zunahme der deutschen Jagdfliegerverbände. Sie enthält die Möglichkeiten, die den Deutschen zur Verfügung stehen. Die Produktion in Deutschland läuft noch ungestört weiter, und wenn sich die deutschen Verluste nicht erhöhen, kann Deutschland im kommenden April über 3000 einsatzfähige Jagdflugzeuge verfügen. Die unterbrochene Linie zeigt die Auswirkungen unserer Operationen auf die Stärke der deutschen Jagdverbände. In der ersten Phase erwarten wir keine großen Erfolge, weil unsere Streitkräfte erst auf die notwendige Stärke gebracht werden müssen. In der zweiten Phase sollten unsere Angriffe gegen die deutschen Flugzeug- und Motorenfabriken und die kulminierende Wirkung der Zermürbungsschlacht die Stärke der deutschen Jagdverbände reduzieren. In der dritten Phase soll sich die ganze Wucht der Angriffe gegen die deutsche Jagdflugzeugproduktion so stark bemerkbar machen, daß die Stärke der deutschen Jagdverbände rapide zurückgeht. In der vierten Phase soll die Leistungskurve der Jäger steil abfallen. Die zweite Linie ist folgendermaßen errechnet worden: Die Abnahme der Stärke der deutschen Jagdwaffe ist die Folge von zwei Umständen. Der eine Umstand sind die Angriffe gegen die deutschen Jagdflugzeugfabriken, der zweite sind die wachsenden Zahlen an Gefechtsverlusten, die mit dem Stärkerwerden unserer Kampfflugzeugverbände immer höher werden sollen. Diese Verlustziffer ist auf eine ganz konservative Art berechnet worden. Die bisherigen Angaben über Abschüsse feindlicher Flugzeuge scheinen recht hoch zu sein, auch wenn wir sie sehr sorgfältig ausgewertet haben. Um jedoch ungerechtfertigt optimistische Erwartungen auszuschalten, haben wir die Angaben über Abschüsse durch vier geteilt. Nach diesen Berechnungen erwarten wir, daß die deutschen Jagdflugzeugverbände nur um ein Viertel der bisher gemeldeten Abschußziffern abnehmen werden. Selbst nach dieser sehr konservativen Schätzung wird die Stärke der deutschen Jagdverbände am Ende der zweiten Phase so abgenommen haben, daß die Produktion nicht mehr nachkommen kann. Danach wird ihre Widerstandskraft schnell zurückgehen.

b) Mittlere Bombenflugzeuge

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß wir in den Berechnungen für die erforderliche Gefechtsstärke keine mittleren Bombenflugzeuge der amerikanischen Luftstreitkräfte berücksichtigt haben. Das soll nicht heißen, daß der Einsatz mittlerer Bombenflugzeuge im Rahmen dieses Plans nicht notwendig wäre. Unterstützungsangriffe gegen alle strategischen Ziele innerhalb der Reichweite mittlerer Bombenflugzeuge werden als Ergänzung der Angriffe der schweren Bombenflugzeuge in Aussicht genommen. Außerdem müssen Angriffe mittlerer Bombenflugzeuge gegen die Flugplätze der deutschen Jagdverbände durchgeführt werden, um es den schweren Kampfflugzeugen zu erleichtern, bei ihren Angriffen gegen die Flugzeugindustrie durchzukommen. Anfang 1944 werden mittlere Bombenflugzeuge die kombinierten Operationen unterstützen müssen. Die Besatzungen auf diesem Kriegsschauplatz müssen bis zu diesem Zeitpunkt ihre Gefechtsausbildung beendet haben.

c) Jagdflugzeuge

In jeder Phase brauchen wir starke US-Jagdfliegerverbände als Begleitschutz für die Kampfflugzeuge und um die deutschen Jagdflugzeuge zu dezimieren. Vor dem Beginn unserer Operationen auf dem Kontinent müssen die Jagverbände am stärksten sein und auf dem Höhepunkt ihrer Gefechtsausbildung stehen.

Anmerkung: Dieser Plan beschäftigt sich ausschließlich mit den Erfordernissen der strategischen Bomberverbände mit Ausnahme ihrer Verwendung in der 4. Phase zur wirksamsten Unterstützung der Operationen der Bodentruppen auf dem Kontinent, die Anfang 1944 beginnen könnten. Um diese Verbände beim direkten Einsatz zur Zusammenarbeit mit den Bodentruppen zu ergänzen, müssen rechtzeitig Schritte unternommen werden, die taktischen

*nicht veröffentlicht

Luftstreitkräfte auf diesem Kriegsschauplatz aufzustellen und auszubilden. Zu ihnen müssen leichte Bombenflugzeuge, Aufklärungsflugzeuge, Jagdflugzeuge und Truppentransporteinheiten gehören.

8. Schlußbemerkungen

a) Nochmalige Aufstellung der benötigten amerikanischen Kampfflugzeuge.

	schwere	*mittlere*
1. Phase	944	200 Bombenflugzeuge bis 30. Juni 1943
2. Phase	1192	400 Bombenflugzeuge bis 30. September 1943
3. Phase	1746	600 Bombenflugzeuge bis 31. Dezember 1943
4. Phase	2702	800 Bombenflugzeuge bis 31. März 1944

b) Wenn die oben bezeichneten erforderlichen Kräfte zu den angegebenen Daten zur Verfügung gestellt werden, wird es möglich sein, die auf der Konferenz von Casablanca gestellte Aufgabe zu erfüllen. Werden diese Kräfte nicht zur Verfügung gestellt, dann kann diese Aufgabe bis Mitte 1944 nicht gelöst werden.

c) Zuerst müssen die deutschen Jagdflugzeugverbände geschlagen werden und erschöpft sein. Sollte es nicht gelingen, sie auszuschalten, dann wird die Fortführung des Krieges bis zum günstigen Ausgang auf diesem Kriegsschauplatz in Frage gestellt.

d) Unter Berücksichtigung der allgemeinen auf der Konferenz von Casablanca herausgegebenen Richtlinien sollen die folgenden Objekte durch Angriffe von Kampfflugzeugen zerstört werden:

1. Zwischenziele:
Die deutschen Jagflugzeugverbände.
2. Erstrangige Angriffsziele:
Die deutschen U-Bootwerften und -Basen.
Der Rest der deutschen Flugzeugindustrie.
Die Kugellagerindustrie.*
Die Ölversorgung.*
3. Auf der Prioritätsliste an zweiter Stelle stehende Angriffsziele:
Synthetische Gummi- und Reifenindustrie.
Militärische Transportfahrzeuge.

e) Mit dem folgenden von den Operationsanalytikern ausgesprochenen Grundsatz stimmen wir überein:
Angesichts der Tatsache, daß genügend starke und richtig eingesetzte Luftstreitkräfte die industrielle Grundlage der militärischen Stärke des Feindes ausschalten können, dürfen uns nur die allertriftigsten Gründe davon abhalten, ausreichend starke Luftstreitkräfte für diese Aufgabe einzusetzen.

*Ein erfolgreicher erster Angriff gegen die Schlüsselelemente der angeführten Systeme würde weitere konzentrierte Angriffe gegen die noch verbleibenden Elemente dieser Systeme erforderlich machen, damit der erste Erfolg ausgenutzt werden kann.

[201] *Landung in Nordfrankreich*

COSSAC (43) 28

Ausfertigung Nr. 31
15. Juli 1943

ZIEL *Operation "Overlord"*

Das Ziel der Operation "OVERLORD" besteht darin, mit Streitkräften und Gerät, das im VEREINIGTEN KÖNIGREICH, bereitgestellt wird, mit Zieldatum – 1. Mai 1944 – auf dem Festland einen Landekopf zu erobern, von dem aus weitere offensive Operationen entwickelt werden können. Der Landekopfbereich muß eine ausreichende Menge von Hafenanlagen zur Unterhaltung eines Verbandes von etwa 26 bis 30 Divisionen aufweisen und es diesem Verband ermöglichen, daß er sich durch spätere Verschiffungen aus den VEREINIGTEN STAATEN bzw. mit zusätzlichen Divisionen von anderswoher sowie mit Unterstützungseinheiten in einem Tempo von drei bis fünf Divisionen pro Monat verstärkt.

LAGEBEURTEILUNGS- UND RAHMENPLAN

Der Lagebeurteilungs- und Rahmenplan zur Erreichung des Zieles ist in drei Teile unterteilt:

TEIL I
Auswahl eines Landekopfbereichs.
In diesem Teil werden die strategischen Folgerungen des Problems und die den Erfolg der Operation beeinflussenden Umstände erörtert. Das die Hafengruppe CHERBOURG und die BRETAGNE einschließende Gebiet wird als Landekopfbereich empfohlen.
TEIL II
Lagebeurteilungs- und Rahmenplan für die Eröffnungsphase bis zur Eroberung von CHERBOURG.
TEIL III
Entwicklung der Operationen nach der Eroberung von CHERBOURG.

OPERATION "OVERLORD"
TEIL I
AUSWAHL EINES LANDEKOPFBEREICHS

HAFENKAPAZITÄTEN

1. Es ist bekannt, daß bei größeren Häfen und auch bei einigen kleineren Häfen in FRANKREICH und in den NIEDERLANDEN umfassende Zerstörungen, einschließlich der Vernichtung der Kaiflächen, vorbereitet worden sind. Es muß davon ausgegangen werden, daß sämtliche übrigen Häfen in ähnlicher Weise vorbereitet worden sind. Wir können daher nicht erwarten, irgendeinen Hafen zu erobern, bei dem die Anlagen nicht weitgehend zerstört worden sind, und wo durchführbar, die Hafeneingänge nicht blockiert wurden.
Das Tempo, in dem diese Häfen einigermaßen brauchbar freigemacht und die Anlagen repariert bzw. improvisiert werden können, so daß eine tägliche Kapazität, die durchgehalten werden kann, erzielt wird, ist in der Anlage "A" angegeben und wird dort in divisionsmäßigen Kapazitäten auf der Karte "MA" dargestellt. Diese Kapazitäten beruhen auf Zahlen, die in der Vergangenheit ausgearbeitet wurden. Sie werden zur Zeit überprüft und es ist möglich, daß bei gewissen Häfen, insbesondere bei solchen mit einem weiträumigen geschützten Fahrwasser, sich eine erhebliche Verbesserung ergibt.
2. Aus dem Studium der Karte "MA" und der Anlage "A" ergibt sich, daß der Landekopfbereich zur Erreichung unseres Ziels in der Anfangsphase mindestens die eine oder andere der folgenden Hafengruppen enthalten muß:
(a) Die HOLLÄNDISCH-BELGISCHE Gruppe, von DÜNKIRCHEN bis ROTTERDAM.
(b) Die STRASSE VON DOVER-BELGISCHE Gruppe, von BOULOGNE bis ANTWERPEN.
(c) Die SEINE-STRASSE VON DOVER Gruppe, von LE HAVRE und ROUEN bis CALAIS.
(d) Die CHERBOURG-SEINE Gruppe von CHERBOURG bis DIEPPE.
(e) Die BRETAGNE-CHERBOURG Gruppe, von NANTES bis CAEN.
(f) Die BISKAYA-BRETAGNE Gruppe von BORDEAUX bis BREST.
Aufgrund der vorliegenden Zahlen können diese Gruppen den anfänglichen Verband von dreißig Divisionen unterstützen und eine Ausweitung einleiten. Nach einer nicht näher festgelegten Anzahl von Monaten, die diese Ausweitung in Anspruch nehmen wird, müssen weitere Häfen erobert werden.

STRANDKAPAZITÄTEN

3. Es geht klar aus der Anlage "A" hervor, daß die zur Wiederherstellung der Hafenanlagen benötigte Zeit uns zwingen wird, uns längere Zeit auf eine Versorgung über den Strand abzustützen. Daher ist die Kapazität der Strände, Fahrzeuge und Versorgungsgüter aufzunehmen und weiter ins Inland zu befördern bei einem Großunternehmen der ins Auge gefaßten Größenordnung ein hochwichtiger Faktor.
4. Auf der Karte "MA" sind die Strände und ihre jeweiligen Kapazitäten angegeben. Man wird feststellen, daß
(a) die HOLLÄNDISCHEN Strände trotz ihrer Ausdehnung für eine Versorgung über den Strand im großen Stil nicht geeignet sind, da von ihnen nur wenige Straßen wegführen, die bei Ebbe freiwerdenden Strandstreifen zur Anlandung von Küstenfahrzeugen nicht ausreichen und dem vorherrschenden Wind ausgesetzt sind. Dieser Sektor ist eigentlich nur für Nebenoperationen geeignet.
(b) Die Strände im BELGISCHEN Sektor und im Sektor der STRASSE VON DOVER südlich von BOULOGNE verfügen über eine hohe Kapazität, sie sind jedoch dem vorherrschenden Wind ausgesetzt, werden von ausgedehnten Sanddünen eingeengt, und südlich von BOULOGNE werden sie vom Inland her von höher liegendem Gelände beherrscht.

(c) Im NORD-SEINE Sektor gibt es verhältnismäßig wenige und nur kleinere Strände; sie liegen weit auseinander und sind stets von hohen Kliffs flankiert. Vom Standpunkt der Marine betrachtet, sind einige dieser Strände aufgrund ihrer steilen Böschung ausgezeichnet, sie weisen aber ungeeignete Zu- und Ausgänge auf. Dieser Sektor ist eigentlich nur für Nebenoperationen geeignet. Die Strände im SÜD-SEINE Sektor sind, obwohl sie über relativ hohe Kapazitäten verfügen, von der LE HAVRE-Halbinsel aus vollständig mit Artilleriefeuer einzudecken (Siehe Anlage "B").

(d) Die Strände im CAEN Sektor verfügen über eine sehr hohe Kapazität und sind einigermaßen vom vorherrschenden Wind geschützt.

(e) Die Strände auf der Halbinsel COTENTIN verfügen über eine ziemlich hohe Kapazität, jedoch ungefähr die Hälfte der Strände auf der westlichen Seite der Halbinsel sind voll dem westlichen Wetter und der Dünung des ATLANTIK ausgesetzt.

(f) Die Halbinsel der BRETAGNE weist zahlreiche kleine gut geschützte Strände auf. Diese Strände sind aber für eine Sturmlandung mit einem größeren Verband zu klein und zu verstreut. Sie würden jedoch zur Versorgung von Streitkräften nützlich sein, die von einem anderswo eingerichteten Brückenkopf aus zur Räumung der BRETAGNE-Halbinsel vorrücken.

5. Als anfänglicher Brückenkopf bieten sich aufgrund ihrer Eignung und Kapazität daher entweder die BELGISCH-PAS DE CALAIS Sektoren oder die CAEN-COTENTIN Sektoren an. Der CAEN Sektor ist fraglos der günstigste für einen Hauptangriff.

MARINE-ERWÄGUNGEN

6. Folgende Erwägungen der Marine wirken sich auf die Auswahl des Landekopfbereiches aus:

(a) Eine Operation im Ärmelkanal würde weniger Störungen durch feindliche Kreuzer und Zerstörer ausgesetzt sein als eine Operation in der NORDSEE, unter der Voraussetzung, daß derartige Fahrzeuge vor dem Zieldatum ihre Basis nicht in Kanal- oder BISKAYA-Häfen haben.

(b) Eine Operation im Ärmelkanal oder in der NORDSEE würde eine wesentlich kleinere Anzahl von hochseetüchtigen U-Jagdgeleitschiffen erfordern, die ja an anderer Stelle dringend benötigt werden, als eine Operation an der WESTKÜSTE von FRANKREICH. Es würde auch nur ein Minimum an Hochseeschiffen benötigt.

(c) Eine Operation östlich von CALAIS würde einen wesentlich umfangreicheren Minensucheinsatz als im Ärmelkanal bedingen, jedoch wäre dies keine Unmöglichkeit. Aber feindliche Schiffe, die an der Küste entlang von DEUTSCHLAND aus herankommen und ihre eigenen geräumten Gebiete und Kanäle benötigen, würden im Vorteil sein gegenüber unseren Schiffen, die in unbekannten Gewässern hinsichtlich Minenfelder operieren müßten.

(d) Die Schwierigkeiten der Marine bei einer Sturmlandung an der WESTKÜSTE der COTENTIN-Halbinsel bzw. an der NORDKÜSTE der BRETAGNE sind größer als an anderer Stelle. Hinsichtlich der erstgenannten Stelle würde es wichtig sein, erst ALDERNEY erobert oder vollständig neutralisiert zu haben. Es dürfte sich auch ergeben, daß die vorherige Eroberung von GUERNSEY im gleichen Maße wichtig würde, wenn man beabsichtigt, beträchtliche Streitkräfte an den westlichen COTENTIN Stränden zu landen und zu versorgen.

(e) Eine gegen die WESTKÜSTE von FRANKREICH gerichtete Operation würde den Einsatz von Hochseeschiffen erforderlich machen, die den Angriffen von U-Booten stark ausgesetzt wären. Die Nähe der U-Bootbasen würde einen starken Einsatz von U-Jagdgeleitfahrzeugen notwendig machen.

7. Vom Standpunkt der Marine würde es daher am besten sein, den Angriff zwischen CHERBOURG und CALAIS anzusetzen. Operationen an anderer Stelle sind nicht wünschenswert, aber brauchen nicht ausgeschlossen zu werden.

ERWÄGUNGEN DER LUFTWAFFE

8. Es gibt zwei Hauptfaktoren, die die Wahl eines Landekopfbereichs beeinflussen. Diese sind:

(a) Die Erstellung der Luftsicherung während der Angriffsphase.

(b) Die schnelle Bereitstellung von Flugplätzen im anfänglichen Brückenkopf und danach im ganzen Landekopfbereich.

9. Der Faktor Luftsicherung:

(a) Dieser begrenzt den möglichen Angriffsbereich auf das Gebiet zwischen CHERBOURG und VLISSINGEN. Der optimale Sektor ist das allgemeine Gebiet der Straße von Dover (PAS DE CALAIS). Nach Osten zu nimmt die Stärke der möglichen Luftsicherung in Richtung auf VLISSINGEN schnell ab. Nach Westen zu nimmt sie bis zur SEINE stetig ab, erreicht im Gebiet von CAEN den schwierigsten Punkt und nimmt über der COTENTIN-Halbinsel wieder leicht zu.

(b) Der Faktor Luftsicherung läßt es wenig ratsam erscheinen, gleichzeitig Hauptangriffe in mehr als einem der Strandsektoren, die unter Ziffer 4 beschrieben wurden, durchzuführen, wenn dies eine ständige Front von über 25 Meilen bedingt; es sei denn, der erforderliche Grad an Luftüberlegenheit ist vorher erzielt worden.

(c) Der Faktor Luftsicherung macht die Möglichkeit frühzeitiger Eroberung und Entwicklung von Flugplätzen im Brückenkopf zu einem Hauptfaktor bei der Auswahl eines Gebietes für die Sturmlandung, wenn nicht für einen längeren Zeitraum von in ENGLAND basierten Flugzeugen adequate Deckung gegeben werden kann.

10. Aus der Karte "MB" sind die Flugplätze in FRANKREICH und in den NIEDERLANDEN sowie die allgemeine Eignung des Geländes für den Bau neuer Flugplätze zu ersehen. Daraus geht hervor, daß im Gebiet südlich und südöstlich von CALAIS die meisten Flugplätze mit kurzen Entfernungen von der Küste konzentriert sind. im SEINE Sektor befinden sich einige Flugplätze in der Nähe der Küste, und das Gelände ist für den Bau neuer Flugplätze einigermaßen geeignet. Das Gelände im CAEN Sektor ist am besten für den schnellen Flugplatzbau geeignet, obwohl es dort zur Zeit nur einen Flugplatz gibt. Im COTENTIN Sektor gibt es nur zwei Plätze und das Gelände eignet sich nicht für einen sehr schnellen Bau neuer Plätze.

11. Der Sektor der Straße von Dover ist daher in erster Linie am besten geeignet für den anfänglichen Brückenkopf – vom Standpunkt der Luftwaffe. Wenn der Kampfwert der DEUTSCHEN Jägerverbände und der Jagdbomber, die im Gebiet der Sturmlandung eingesetzt werden können, ausreichend reduziert werden kann, dann bietet der CAEN Sektor die nächstbeste Wahl für einen Landekopfbereich.

DEUTSCHE KÜSTENVERTEIDIGUNGSANLAGEN

12. Das DEUTSCHE System der Küstenverteidigungsanlagen ist in erster Linie so angelegt worden, daß der Zugang zu den hauptsächlichen Häfen verwehrt werden kann. Die Küsten- und Flugabwehrartillerie ist sehr stark, und zwar in den verteidigten Ortschaften und in Hindernissen in der unmittelbaren Nähe derartiger Häfen, und ist außergewöhnlich stark im gesamten BELGISCHEN Sektor und ganz besonders an der Straße von DOVER. Die Küsten an der BISKAYA und BRETAGNE (mit Ausnahme der Küstenstriche in der Nähe der Häfen), der südliche Teil der WESTKÜSTE der COTENTIN-Halbinseln, die östlichen COTENTIN Strände und der CAEN Sektor sind die einzigen Strecken der FRANZÖSISCHEN Küste, wo die Verteidigungsanlagen und Besatzungen schwach sind, obwohl der östliche COTENTIN Sektor mit Küstenartillerie ziemlich gut versehen ist. Die KANALINSELN haben sehr starke Verteidigungsanlagen und durchaus ausreichende Besatzungen.

13. Die CAEN und OST COTENTIN Sektoren sind in der Tat die einzigen Sektoren im Bereich der Luftsicherung von ENGLAND aus, in denen die Verteidigungsanlagen zur Zeit so beschaffen sind, daß sie voraussichtlich ohne langwierige vorherige Beschießung schnell durchschlagen werden können.

DEUTSCHE RESERVEN

14. Die DEUTSCHE Verteidigungspolitik besteht darin, jede versuchte Invasion FRANKREICHS und der NIEDERLANDE an der Küste zunichtezumachen. Die offensiven Reserven sind demgemäß innerhalb von Einsatzentfernungen von den verwundbarsten Sektoren eingesetzt. Im allgemeinen sind in der Vergangenheit derartige Reserven in drei Hauptgruppen angeordnet:

(a) NÖRDLICH der SEINE, und hauptsächlich hinter den Sektoren STRASSE VON DOVER und BELGIEN.

(b) Zwischen der SEINE und LOIRE, und hauptsächlich in bzw. hinter den COTENTIN-CAEN Sektoren und im Osten der BRETAGNE.

(c) SÜDLICH der LOIRE und hauptsächlich SÜDLICH von BORDEAUX.

15. Es ist unmöglich vorauszusagen, in welcher Stärke und in welchem Zustand sich die DEUTSCHEN Reserveverbände, die zu offensiven Aktionen fähig sind, im Mai 1944 befinden werden. Es ist jedoch durchaus wesentlich, daß sie mindestens in drei Gruppen aufgeteilt verbleiben müssen, und daß die Verstärkung der einen Gruppe durch eine andere mit allen möglichen Mitteln verzögert werden muß. Die Übergangsstellen über die SEINE und LOIRE bieten Verzögerungsmöglichkeiten durch Lufteinsätze und Sabotage an. Dieses Gebiet kann auch weniger schnell von DEUTSCHLAND aus verstärkt werden, als dies im Bereich BELGIEN-STRASSE VON DOVER möglich ist. Daher ist von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ein erster Landekopf in dem Gebiet zwischen der SEINE und LOIRE dem Bereich nördlich der SEINE vorzuziehen.

DIE ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN EIGENEN KRÄFTE

16. Die Stärke der uns zur Verfügung stehenden Kräfte wird ausführlich in Teil III erörtert. Im gegenwärtigen Augenblick braucht nur festgestellt zu werden, daß unser erster Angriffsverband

auf drei für Sturmlandung ausgerüstete Divisionen begrenzt ist, mit einem sofortigen Nachschub von zwei Divisionen, ohne „sonstige Hilfsquellen", verladen in Landungsschiffen und Landungsbooten. Etwa zwei weitere Divisionen können von Anfang an in Schiffen verladen sein. Zusätzlich könnten bis zu zwei Divisionen Luftlandetruppen mit den zugeteilten Flugzeugen in nicht weniger als drei aufeinander folgenden Lifts während eines Zeitraumes von vierzig Stunden abgesetzt werden.
Im allgemeinen kann davon ausgegangen werden, daß bis zum Ende des zweiten Operationstages es unklug wäre, sich darauf zu verlassen, mehr als drei Angriffsdivisionen und zwei Nachfolgedivisionen mit starker Unterstützung durch Panzerbrigaden gelandet zu haben. Dazu käme, je nach der Luftlage, ein Teil der verfügbaren Luftlandetruppen.
17. Im Hinblick auf die bekannte DEUTSCHE Verhaltensweise, sofort einen Gegenangriff mit den Reserveverbänden zu unternehmen, ist es einwandfrei wünschenswert, daß die begrenzte Stärke unseres Sturmangriffs auf einen Sektor konzentriert wird, und jeder Versuchung, diese Stärke durch gleichzeitige Angriffe in mehr als einem Sektor der Küste aufzusplittern, begegnet werden muß. Diese Überlegung gilt im gleichen Maße für die zur Verfügung stehende Luftunterstützung, die in gefährlicher Weise ausgedehnt wird, wenn sie die Bewegungen über den Kanal und die Sturmlandung in zwei weit voneinander getrennten Gebieten decken muß.

MÖGLICHKEITEN DER ALTERNATIVEN LANDEKOPFBEREICHE
18. Die Strandkapazitäten im besonderen und die von der Luftwaffe angestellten Überlegungen im allgemeinen (siehe Ziffer 11) weisen die zwei nachstehend aufgeführten Bereiche als die günstigsten für die ersten Hauptlandungen aus:
(a) Der allgemeine Bereich der STRASSE VON DOVER.
(b) Das Gebiet CAEN-COTENTIN.
19. Um in den Besitz der erforderlichen Hafenanlagen zu kommen, müssen folgende Operationen zur Eroberung geplant werden:
(a) Vom Bereich STRASSE VON DOVER aus entweder
    (i) die BELGISCHE Hafengruppe oder
    (ii) die SEINE-Hafengruppe.
(b) Vom Bereich CONTENTIN-CAEN aus entweder
    (i) die Hafengruppe BRETAGNE oder
    (ii) die SEINE-Hafengruppe.

DER BEREICH DER STRASSE VON DOVER
20. Die Möglichkeiten für einen ersten Brückenkopf im Bereich der STRASSE VON DOVER werden im einzelnen in der Anlage "C" untersucht. Ein Angriff in diesem Bereich bietet gewisse offensichtliche Vorteile. Vor allem stellt die Nähe zu unseren Küsten maximale Luftunterstützung durch Flugzeuge sicher, die unter günstigsten Bedingungen operieren können. Die kurzen Seewege würden ein schnelles Umdrehen der Fahrzeuge und Schiffe ermöglichen und würden die Last auf den Geleitfahrzeugen der Marine wesentlich erleichtern. Außerdem würden die kurzen Entfernungen den Fernmeldeverkehr erleichtern und leistungsfähiger machen und auch die Versorgung mit Vorräten erleichtern.

21. Andererseits, und aus denselben Gründen, ist die STRASSE VON DOVER der am schwersten verteidigte Bereich an der FRANZÖSISCHEN Küste und der Angelpunkt des DEUTSCHEN Küstenverteidigungssystems. Aus der Anlage "C" geht hervor, daß dieser Bereich vorher für längere Zeit unter Beschuß genommen werden müßte und daß die Beschädigungen, die diese Beschießung anrichtet, die bereits gewaltigen Hindernisse vermehren würde. Die Überwindung der Verteidigungsanlagen könnte nur langsam und mit hohen Kosten erfolgen und würde ständigen Gegenangriffen des Feindes ausgesetzt sein. Mit dem Erfolg unserer ersten Sturmlandung sieht es durchaus nicht gut aus – hauptsächlich weil die natürlichen Gegebenheiten stark gegen uns stehen.
22. Wenn man aber davon ausgeht, daß es trotz dieser Schwierigkeiten möglich wäre, an der STRASSE VON DOVER einen Brückenkopf zu erobern, so wäre die sofortige Eroberung von BOULOGNE und CALAIS eine unerläßliche Voraussetzung; denn die Strände sind im vollen Umfang der Einwirkung des Feindes ausgesetzt und die Versorgung über den Strand ständig in Gefahr durch schlechtes Wetter unterbrochen zu werden. Diese beiden Häfen sind nach Wiederherstellung in der Lage, neun Divisionen zu versorgen, und möglicherweise durch Improvisieren auch zwölf Divisionen. Der Brückenkopf müßte dann nach Westen oder Südwesten zur Einbeziehung weiterer Häfen ausgedehnt werden.
23. Eine Ausweitung nach Osten würde uns die erforderliche Kapazität erst geben, wenn wir alle Häfen bis einschließlich ANTWERPEN in unsere Hand gebracht haben. Operationen mit diesem Ziel würden einen Vormarsch über zahlreiche Flußhindernisse zur Folge haben und durch Gebiete, die mutmaßlich unter Wasser gesetzt werden. Die Operationen müßten mit weiteren Landungen kombiniert werden, um nacheinander die einzelnen Häfen zu erobern. Es würde ein

langsamer Prozeß sein und auf einen Marsch längs der Front der DEUTSCHEN Streitkräfte hinauslaufen. Die alliierten Kräfte würden somit ständig in einer Lage sich befinden, die der gegen Ende Mai 1940 nicht unähnlich wäre. Es wäre in der Tat eine gefährliche und unbefriedigend angelegte Operation, sofern die DEUTSCHEN nicht schwach und nicht weit vom Zusammenbrechen sind.
24. Ein Vorstoß in südwestlicher Richtung würde mit noch größeren Gefahren verbunden sein. Der erste Hafen, der erreicht werden müßte, wäre DIEPPE. Er liegt über siebzig Meilen entfernt. Die Eroberung von LE HAVRE und ROUEN, die fünfzig bzw. 25 Meilen weiter weg liegen, würde das Halten beider Ufer der SEINE bedingen. Ein derartiger Vorstoß wäre in der Tat nur dann eine vernünftige Operation, wenn das DEUTSCHE Vermögen, störend einzugreifen, nicht beachtenswert wäre.
25. Trotz des großen Vorteils einer optimal erreichbaren Luftsicherung bietet der Bereich der STRASSE VON DOVER im Rahmen der strategischen Kapazität der zur Verfügung stehenden Kräfte keine Ausweitungsmöglichkeiten, im Zuge derer die zur Erreichung des Zieles erforderlichen zusätzlichen Häfen in unsere Hand gebracht werden könnten. Diese Schlußfolgerung wird jedoch ohne Voreingenommenheit in bezug auf die Wichtigkeit dieses Bereichs als Ziel für Scheinangriffe oder Ablenkungsmanöver gezogen bzw. hinsichtlich seiner Eignung für eine Landung großen Stils, falls in der DEUTSCHEN Fähigkeit, diesen Bereich zu verteidigen, irgendeine größere Änderung sich ergeben sollte.

DER BEREICH COTENTIN-CAEN

26. Unter Ziffer 17 ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es unklug wäre, unsere ersten Angriffskräfte dadurch aufzusplittern, daß wir in zu weit auseinander liegenden Gebieten gleichzeitig Angriffe durchführen. Wir würden Gefahr laufen, einzeln vernichtet zu werden und unsere Jägerunterstützung vor eine unlösbare Aufgabe stellen, wenn wir versuchten, sowohl auf der COTENTIN-Halbinsel als auch an sämtlichen CAEN Stränden gleichzeitig Landungen durchzuführen. Zur Vermeidung dieser letzteren Schwierigkeit dürfte es möglich sein, an den östlichen Stränden der COTENTIN-Halbinsel und an den am weitesten westlich liegenden Stränden des CAEN-Sektors zu landen. Die hier gelandeten Streitkräfte würden jedoch durch die tiefliegenden Land- und Flußsysteme im Bereich CARENTAN-ISIGNY getrennt werden, könnten sich nicht gegenseitig unterstützen. Außerdem ist dieses Gebiet für den Bau von Flugplätzen nicht geeignet. Wir müssen unsere erste Sturmlandung daher entweder auf
(a) die COTENTIN-Halbinsel
oder
(b) den CAEN-Sektor beschränken.
27. Die COTENTIN-Halbinsel. Die Auswirkungen eines Angriffs in diesem Sektor werden in Anlage "D" im einzelnen untersucht. Wenn die Insel ALDERNEY nicht vorher neutralisiert wird, muß die erste Sturmlandung notwendigerweise auf die Ostküste beschränkt werden. Die Neutralisierung von ALDERNEY wird in Anlage "E" untersucht. Obwohl die Neutralisierung uns Zugang zur Westküste von COTENTIN gewähren würde, entweder für eine Sturmlandung oder für spätere Versorgungszwecke, so würde doch ein vorheriger Angriff auf ALDERNEY einen beachtlichen, aber nicht übermäßigen Anteil unserer Sturmkräfte absorbieren und würde den Überraschungsfaktor in unserem Hauptunternehmen zunichtemachen. Ein Angriff an der Ostküste, im Zusammenwirken mit einem Luftlandeunternehmen, das auf die Eroberung und Halten des Halses der Halbinsel ausgerichtet ist, dürfte uns in die Lage versetzen, Halbinsel und Hafen zu besetzen.
Mit den zur Verfügung stehenden Kräften hat ein Angriff auf die Halbinsel eine vernünftige Erfolgschance. Er würde zu einem frühen Zeitpunkt des gesamten Unternehmens einen großen Hafen in unsere Hand bringen, er würde uns ein paar vorgeschobene Flugplätze für einen nachfolgenden Vorstoß an Hand geben, und der Hals der Halbinsel bietet eine leicht zu verteidigende Linie für unsere Voraustruppen, während unsere Streitkräfte aufgebaut werden. Leider stellt er den DEUTSCHEN eine gleich leichte Aufgabe, nämlich die weitere Ausweitung des Brückenkopfes zu unterbinden. Außerdem würde die zur Eroberung von CHERBOURG benötigte Zeit dem Feinde ausreichende Zeit zur Verstärkung seiner Truppen an der Küste im CAEN-Sektor geben, ausreichend, um einen nachfolgenden amphibischen Sturmangriff in jenem Gebiet sehr viel schwieriger zu machen, als dies zur Zeit der Fall ist.
Aus diesen Gründen wird ein erster Angriff auf die COTENTIN-Halbinsel wahrscheinlich uns nicht in die Lage versetzen, unser endgültiges Ziel zu erreichen.
28. Der CAEN-Sektor. Dieser von der VIRE im Westen bis zur DIVES im Osten reichende Sektor mit einer Front von über fünfzig Meilen wird zur Zeit von einer DEUTSCHEN Abwehrdivision gehalten. Die Verteidigungsanlagen, einschließlich der Küstenartillerie sind in diesem Sektor leicht. Zwei große Strände innerhalb einer angemessenen Unterstützungsentfernung bieten ausreichende Möglichkeiten für die gleichzeitige Landung von drei Divisionen. Zum Inland zu gibt es günstige Merkmale für die Bildung des ersten Brückenkopfes, und mit Aus-

nahme eines Bereichs zwischen CAEN und BAYEUX, ist der Boden für Gegenangriffe mit Panzerdivisionen sehr ungünstig. Dieser Sektor bietet in der Tat die besten Aussichten irgendeines Teiles der FRANZÖSISCHEN Küste für einen schnellen Durchbruch durch die erste Küstenkruste, für die darauffolgende Bekämpfung der DEUTSCHEN Reserven und für den schnellen Aufmarsch und Aufbau eines ausreichenden Verbandes zur Vernichtung dieser Reserven. Der Sektor hat den Nachteil, daß zur Bereitstellung einer angemessenen Luftsicherung ein sehr starker Jägereinsatz erforderlich ist. Andererseits bietet er besser geeigneten Boden für den schnellen Bau vorgeschobener Flugplätze in unmittelbarer Nähe der Küste. Schließlich ist es offensichtlich, daß ein Angriff in diesem Sektor uns wahrscheinlich nicht in die Lage versetzen wird, den Hafen von CHERBOURG so schnell zu erobern wie ein direkter Angriff auf die COTENTIN-Halbinsel. Dennoch sind unter der Voraussetzung, daß die erforderliche Luftlage erzielt werden kann, die Chancen für einen erfolgreichen Angriff in angemessener Stärke und nachfolgender schneller Entwicklungen zur Erreichung unseres Endzieles so viel größer in diesem Sektor als in irgendeinem anderen, daß man der Auffassung ist, daß seine Vorteile die Nachteile überwiegen.

DER EMPFOHLENE LANDEKOPFBEREICH

29. Im Teil II wird ein Beurteilungs- und Rahmenplan für eine erste Landung im CAEN-Sektor mit dem unmittelbaren Ziel der Sicherung günstigen Bodens für den schnellen Bau von Flugplätzen und der Eroberung von CHERBOURG ausführlich beschrieben.

30. Die nachfolgende Entwicklung der Operation zur Beschaffung ausreichender Hafenanlagen für die Erreichung unseres Zieles wird in Teil III beschrieben. Die Wahl liegt zwischen der Eroberung entweder der SEINE-Gruppe oder der Hafengruppe BRETAGNE. Nachdem wir eine entscheidende Niederlage der gegen unsere Landung angesetzten Streitkräfte erzielt haben, würde es das wahrscheinliche Vorhaben des Feindes sein, sich mit dem Gros seiner Kräfte zur Deckung von PARIS zurückzuziehen und dabei die Linie der SEINE mit allen Abwehrformationen zu halten, die er aus dem Landesinneren heranführen kann. Ein Teil der DEUTSCHEN Kräfte würde wahrscheinlich zur Verzögerung aller Vorstöße umgruppiert werden, die wir möglicherweise in Richtung auf die LOIRE-Häfen und auf die Halbinsel der BRETAGNE unternehmen. Um die SEINE-Hafengruppe in die Hand zu bekommen, müßten wir die Linie der SEINE durchstoßen, PARIS erobern und in nordöstlicher Richtung bis zur SOMME vorrücken. Wenn wir einen vorzeitigen Vorstoß mit diesem Ziel versuchten, könnten wir dies nur mit einem verhältnismäßig kleinen Teil der alliierten Kräfte tun und würden stark Gefahr laufen, einzeln geschlagen zu werden. Es muß daher notwendigerweise eine Pause eingehalten werden, während die Verbindungslinien ordnungsgemäß aufgebaut werden, weitere Flugplätze wiederhergestellt oder gebaut bzw. in Betrieb genommen werden und beträchtliche Mengen von Brückenmaterial gelandet und nach vorn gebracht worden sind. Bei nur einem Hafen, CHERBOURG, in unserer Hand, einem Hafen, der wochenlanger Reparaturen bis zur vollen Inbetriebnahme bedarf, wird die Pause vermutlich von längerer Dauer sein. Selbst dann würden vermutlich die Streitkräfte, die wir versorgen könnten, nicht ausreichen, um eine so große Operation zu unternehmen. Andererseits dürfte während dieser Pause ein Teil unserer Streitkräfte unter Deckung des Gros in der Lage sein, die BRETAGNE-Halbinsel zu erobern und die dortigen Häfen zu öffnen (einschließlich der LOIRE-Häfen). Wir hätten dann genügend Hafenanlagen, die einem Verband für die Eroberung von PARIS und für die Durchstoßung der SEINE-Linie als Basis dienen könnten.

31. Die Möglichkeit einer Eroberung der LE HAVRE-Halbinsel durch eine kombinierte Zweitlandung von mit Schiffen und Flugzeugen herangeführten Truppen wird in der Anlage "F" untersucht. Mit einer solchen Operation mag es gelingen, LE HAVRE zu erobern, jedoch aufgrund des völligen Fehlens geeigneter Verteidigungsstellungen westlich der SOMME-Linie bestünde wenig Hoffnung, den DEUTSCHEN Gegenmaßnahmen Widerstand leisten zu können; es sei denn, die alliierten Hauptkräfte überquerten die SEINE gleichzeitig in Stärke. Die SEINE-Häfen können in der Tat erst eingeschaltet werden, wenn das Gebiet südlich der SEINE vom Feinde geräumt ist und die alliierten Heere in angemessener Stärke an der SOMME-Linie stehen und PARIS decken.

Während des Zeitraums nach der Eroberung von CHERBOURG wäre in der Tat ein sofortiger Vorstoß zur Eroberung der SEINE-Häfen vorzugsweise vor den BRETAGNE-Häfen nur durchführbar und vernünftig, wenn DEUTSCHLAND vor dem endgültigen Zusammenbruch stünde oder wenn die DEUTSCHEN Streitkräfte sich aus FRANKREICH zurückzögen, und zwar aufgrund des Drucks von Ereignissen an anderer Stelle und es ihnen nicht gelungen wäre, einige der Brücken über die SEINE zu zerstören.

32. Demgemäß handelt es sich bei dem ausgewählten Landekopfbereich um den Bereich, in dem sich die Hafengruppen CHERBOURG und die der BRETAGNE befinden. Aufgrund der vorliegenden Zahlen können die Haupthäfen dieser Gruppe einen Verband von 31 Divisionen nach drei Monaten versorgen, bzw. wenn sämtliche kleineren Häfen eingeschlossen werden, einen

Verband der besagten Größenordnung nach Bautätigkeit von einem Monat, und einen Verband von 45 Divisionen nach dreimonatiger Bautätigkeit.
Unter Bedingungen, die eine angemessene Erfolgschance versprechen, wird damit gerechnet, daß die Hafengruppe CHERBOURG innerhalb von 14 Tagen sich in unserer Hand befinden wird, und die BRETAGNE-Gruppe in sechs bis acht Wochen. Diese Bedingungen werden unter Ziffer 34–39 erörtert.
33. Ein Vorstoß zur SOMME-Linie mit der Absicht, PARIS zu erobern und die SEINE-Häfen, kann innerhalb des Limits von 150 Meilen Kfz.-Instandhaltung von Streitkräften unternommen werden, die sich auf die Hafengruppe CHERBOURG abstützen. Wenn Kräfte die sich auf die BRETAGNE-Hafengruppe abstützen, angefordert werden, so muß erst eine Mindeststrecke von 100 Meilen Schienenweg aufgemacht werden.
Jeder Vorstoß über die SOMME und PARIS hinaus wird von der Wiederherstellung der Schieneneinrichtungen im gesamten Landekopfgebiet abhängen, und zwar in einem Ausmaß, daß die Kfz.-Instandhaltung nicht über 150 Meilen ausgedehnt wird.

WESENTLICHE UMSTÄNDE, DIE SICH AUF DEN ERFOLG DER OPERATION AUSWIRKEN

34. Eine Operation der Art und Größenordnung der Operation "OVERLORD" ist niemals vorher in der Geschichte unternommen worden. Sowohl nach Art als auch nach Größenordnung ist das Unternehmen voller Gefahren, die auf irgendeinem anderen Kriegsschauplatz des gegenwärtigen Weltkrieges nicht gegeben sind. Wenn diese Gefahren nicht unbeirrt ins Auge gefaßt und in angemessener Weise überwunden werden, kann die Operation nicht gelingen. Es gibt keinen Grund, warum sie nicht überwunden werden können, vorausgesetzt, die Energien aller Betroffenen werden auf die Aufgabe konzentriert. Die zur Zeit laufenden oder in naher Zukunft geplanten Operationen zur See, in der Luft oder zu Lande in anderen Teilen des europäischen Kriegsschauplatzes spielen ihre wirkungsvolle Rolle bei der Reduzierung des feindlichen Widerstandswillens. Unter Beachtung dieser Operationen werden in den folgenden Ziffern die wesentlichen Bedingungen aufgezählt, von denen mit den der Operation "OVERLORD" zugeteilten Kräften der Erfolg abhängt.
35. Die DEUTSCHE Jägerstärke. Das bezeichnendste Merkmal der Lage der DEUTSCHEN Luftwaffe in Westeuropa ist die ständige Vermehrung ihrer Jägerstärke, die derart gewaltige Formen erreichen kann, wenn sie nicht aufgehalten und reduziert wird, daß eine amphibische Sturmlandung außer Frage gestellt wird. Daher ist vor allem eine Gesamtreduzierung der Stärke der DEUTSCHEN Jäger zwischen dem jetzigen Zeitpunkt und dem Zeitpunkt des Überwasser-Sturmangriffs wichtig. Die strategische Bomber-Offensive, die auf eine Reduzierung der DEUTSCHEN Luftwaffe abgezielt ist, soll diese Ausweitung aufhalten und gleichzeitig die Stärke der DEUTSCHEN Jägerverbände reduzieren. Das dem Erfolg dieser langfristigen Politik entgegenstehende Hauptabschreckungsmittel ist die vorhandene Stärke DEUTSCHER Tagjäger der ersten Linie. Es muß daran erinnert werden, daß der Einsatz der DEUTSCHEN Luftwaffe am Zieltermin nicht lange durchgehalten zu werden braucht; die Schlacht um den Landekopfbereich wird in den ersten wenigen Tagen gewonnen oder verloren werden. Daher ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß eine angemessene Reduzierung der DEUTSCHEN Jägerstärke bereits erzielt worden ist. Von nun an muß jede praktizierbare Methode angewendet werden, um dieses Ziel zu erreichen.
Diese Bedingung wird vor allem anderen darüber entscheiden, ob die amphibische Landung zu jedem gegebenen Zeitpunkt erfolgreich durchgeführt werden kann oder nicht.
36. Die Stärke der DEUTSCHEN Landstreitkräfte. Es ist unmöglich vorauszusagen, wie stark die DEUTSCHEN Landstreitkräfte und insbesondere die offensiven Reserven, am Zieltermin sein werden. Unsere Stärke bei dem Angriff bis zu jenem Termin ist jedoch in etwa festgelegt. Im Hinblick auf diese Stärke ist es möglich, die Stärke zu schätzen, die die DEUTSCHEN Landstreitkräfte am Zieltermin nicht überschreiten dürften, wenn die Operation eine angemessene Aussicht auf Erfolg haben soll. Diese Stärke des Feindes kann wie folgt definiert werden:
(a) Der Zustand der Verteidigungsanlagen im CAEN-Sektor und die Stärke der den Sektor haltenden Verteidigungstruppen dürften etwa so bleiben, wie sie heute sind.
(b) Das DEUTSCHE Oberkommando dürfte nicht in der Lage sein, mehr als die folgende Anzahl Divisionen erster Qualität und voller Stärke zur Unterstützung der vorn eingesetzten Divisionen, die die Küste halten, einzusetzen:
(i) Am Tage "D" nicht mehr als drei Divisionen, von denen eine eine Panzerdivision sein könnte.
(ii) Am Tage "D" plus 1 und "D" plus 2 nicht mehr als fünf Divisionen (d. h. zwei zusätzliche Panzerdivisionen oder sonstige).
(iii) Daher bis zum Tage "D" plus 8 nicht mehr als neun Divisionen (d. h. vier zusätzliche Panzerdivisionen oder sonstige).

(c) Am Tage des Sturmangriffs dürften die DEUTSCHEN Reserven in FRANKREICH und in den NIEDERLANDEN insgesamt nicht mehr als zwölf Divisionen voller Stärke und erster Qualität umfassen. Diese Zahl bezieht sich nicht auf die Divisionen, die die Küstenlinie halten und solche Felddivisionen der DEUTSCHEN Luftwaffe sowie Reserve- (Ausbildungs)-Divisionen, die möglicherweise in FRANKREICH und in den NIEDERLANDEN stationiert sind.
(d) Das DEUTSCHE Oberkommando dürfte nicht in der Lage sein, während der ersten zwei Monate von der RUSSISCHEN Front oder sonstwoher mehr als fünfzehn Divisionen erster Qualität und voller Stärke abzuziehen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Umstände, unter denen die Operation vielleicht erfolgreich sein dürfte, nicht von einer genauen Anzahl von in der Reserve gehaltenen Divisionen abhängen, sondern von der Schlagkraft dieser Divisionen. Selbstverständlich, wenn die oben angegebene Anzahl von Divisionen keine volle Stärke oder geringen Kampfgeist haben oder wenn die DEUTSCHE Fähigkeit, sie zu bewegen, gelitten hat, so können wir gegen eine größere Anzahl antreten und sie schlagen.

37. Überraschung. Obwohl es möglich sein dürfte, ein beträchtliches Maß an taktischer Überraschung zu erzielen, wird es unmöglich sein, strategische Überraschung zu erreichen. Die Ansammlungen von Landungsschiffen rund um die Küste des VEREINIGTEN KÖNIGREICHS, die alles bisher gesehene weit in den Schatten stellen, wird die DEUTSCHEN mehrere Monate vorher vor unserer allgemeinen Absicht warnen. Die Angriffskräfte der Marine werden sich anfangs an Stellen versammeln, die so weit auseinanderliegen wie MILFORD HAVEN und ROSYTH und werden schließlich zwischen MILFORD HAVEN und der THEMSE zusammengezogen. Bis der tatsächliche Angriff läuft, wird sich das DEUTSCHE Oberkommando im unklaren bleiben, wo zwischen der BRETAGNE und der BELGISCHEN Küste der Stoß erfolgen wird. Fast bis zum Augenblick der ersten Landungen wird der Feind ungewiß sein, ob die Hauptlandung gegen die COTENTIN-Halbinsel oder den CAEN-Sektor, oder nördlich der SEINE, oder gegen alle drei Stellen geführt werden wird. Er wird jedoch Zeit haben, die Reserven, die er zwischen der SEINE und der LOIRE stehen hat, zur Abwehr der Bedrohung weit nach vorn zu werfen.

Es wird von äußerster Wichtigkeit sein, alle sonstigen Reserven so lange wie möglich festzunageln. Zu diesem Zweck muß jede List angewendet werden, seine Aufmerksamkeit auf seine empfindlichste Stelle zu lenken – auf die STRASSE VON DOVER. Es ist zu hoffen, daß das Unternehmen "STARKEY" in diesem Jahr einige Wirkung erzielt. Im nächsten Jahr sollten Operationen ähnlichen Charakters unternommen werden. Überzählige Landungsboote, die sich nur für die kurze Überquerung der STRASSE VON DOVER eignen und Landungsbootattrappen werden zur Verfügung stehen und sollten entsprechend sowohl vor dem Tage des Hauptangriffs als auch während der kritischen ersten zwei Wochen eingesetzt werden.

Aus dem gleichen Grunde sollte jede Anstrengung gemacht werden, daß die Aufmerksamkeit nicht auf den CAEN-Sektor gelenkt wird. Die See- und Luftaufklärung muß sich über die gesamte FRANZÖSISCHE und BELGISCHE Küstenlinie erstrecken. Was auch immer notwendig sein mag zur Erlangung der erforderlichen Luftüberlegenheit, Luftaktionen im gesamten Landekopfbereich sollten vermieden werden, bis die Angriffskräfte unterwegs sind, und sollten gegen die Verteidigungsanlagen am Strande bis zum letztmöglichen Augenblick aufgeschoben, aber dann intensiv geführt werden.

38. Operationen im Mittelmehr. Wie auch immer die Lage im Mittelmeer im nächsten Jahr sein mag, es ist von unseren Streitkräften auf diesem Kriegsschauplatz jede Anstrengung zum Aufbau einer äußerst wirksamen Bedrohung der Südküste FRANKREICHS zu machen, damit die DEUTSCHEN Kräfte in dem Bereich festgehalten werden.

Es muß auch bedacht werden, daß Erfolg bei unserer Hauptoperation mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die DEUTSCHEN dazu zwingen wird, sich aus dem Süden von FRANKREICH zurückzuziehen. Unsere MITTELMEER-Kräfte sollten daher darauf vorbereitet sein, die Häfen an der Südküste zu besetzen, mit dem Ziel, die sich zurückziehenden feindlichen Kräfte zu verfolgen bzw. weitere Kräfte aus den VEREINIGTEN STAATEN heranzuführen, die sich dann mit den Hauptarmeen vereinigen können.

39. Wichtige verwaltungsmäßige Gesichtspunkte. Es wird notwendig sein, eine verwaltungsmäßige Beurteilung auf der Grundlage des Rahmenplans anzustellen, die mindestens einen Zeitraum von drei Monaten erfaßt, bevor die vollen administrativen Rückwirkungen bestimmt werden können. Aus der vorläufigen Untersuchung des Versorgungsproblems kann jedoch jetzt festgestellt werden, daß die nachstehend aufgeführten Punkte für den Erfolg der Operation wichtig sein werden:

(a) Versorgung über den Strand. Es ist bereits darauf hingewiesen worden (Ziffer 3), daß die Versorgung über den Strand bei einer amphibischen Operation der vorgesehenen Größenordnung ein überragend wichtiger Faktor ist. Um einen Hinweis über die Größenordnung des Problems zu geben, rechnet man aufgrund der gegenwärtigen Zahlen damit, daß bei voller

Nutzung aller eroberten großen und kleinen Häfen achtzehn Divisionen im Verlaufe des ersten Monats der Operation über den Strand versorgt werden müssen, zwölf Divisionen während des zweiten Monats und eine schnell auf Null zurückfallende Anzahl während des dritten Monats. Es ist klar, daß die Operation stark vom Wetter abhängen wird, wenn nicht geeignete Maßnahmen zur Erstellung geschützter Gewässer mit Hilfe künstlicher Mittel getroffen werden. Außerdem wenn nicht angemessene Schritte zur Bereitstellung von Anlagen auf den eroberten Stränden für das Anlanden von Fahrzeugen unternommen werden, könnten die zunehmenden Beschädigungen an den fortlaufend auf den Stränden aufsetzenden Booten die verfügbare Transportkapazität so reduzieren, daß der Erfolg der gesamten Operation gefährdet wird. Der Schaden an den Stränden durch das ständige Auflaufen der Boote wird ebenfalls vermutlich eine ernsthafte zeitweilige Herabsetzung der Kapazität bewirken. Daher ist die Bereitstellung von besonderen Festmacheinrichtungen eine Angelegenheit überragender Bedeutung, und der Marine-Oberbefehlshaber hat erklärt, daß er ohne diese Anlagen eine Operation dieser Art mit Zuversicht nicht unternehmen könne.
In der Anlage "X" sind Verfahren angegeben, nach denen dieses Problem gelöst werden kann. Diese Verfahren bedingen die Herstellung von viel Spezialgerät und dürften den unorthodoxen Einsatz einer beträchtlichen Anzahl von Schiffen zur Folge haben. Gegen die Kosten durch Beschädigung der Boote und Küstenfahrzeuge gemessen, ist der Preis nicht hoch. Gegen die Gefahren, denen die gesamte Operation sonst ausgesetzt wäre, sind die Kosten unwesentlich.

Sofortige Vorkehrungen zur Lösung dieses Problems sind wichtig, damit die Operation auf eine gesunde Basis gestellt werden kann. Sie werden auch der größte einzelne Überraschungsfaktor für den Feind sein.

(b) Verwaltungseinheiten. Es müssen sofort Schritte zur Bildung und Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Verwaltungseinheiten unternommen werden, um so einen ausgeglichenen Verband zu erstellen, wenn diese Einheiten in der Lage sein sollen, bis zum 1. Mai 1944 unter Gefechtsbedingungen zu arbeiten. Hierzu kann es notwendig werden, auf Kampfformationen zurückzugreifen.

(c) Abtransport von Verwundeten. Es wird wichtig sein, über die bereits jetzt zugeteilten Boote und Schiffe hinaus Lazarett- und Trägerschiffe bereitzustellen. Andererseits wird durch das Abziehen eines wesentlichen Teils der bereits zugeteilten Schiffe und Boote die taktische Einsatzkraft ernsthaft reduziert werden.

FÜHRUNG UND ZUSAMMENSETZUNG DER LANDSTREITKRÄFTE

40. Eine Studie der vorliegenden Operation von der ersten Sturmlandung bis zur Erreichung unseres Endziels hat gezeigt, daß die Führung der Landstreitkräfte im weitest möglichen Umfang vereinfacht wird, wenn die nachstehend aufgeführten Empfehlungen akzeptiert werden:

(a) Die Verbindungslinien werden vereinfacht, wenn die BRITISCH-KANADISCHEN Streitkräfte sich auf Häfen, die am nächsten zum VEREINIGTEN KÖNIGREICH liegen, abstützen. Daher müssen die US-Streitkräfte normalerweise auf der rechten Seite der Linie und die BRITISCH-KANADISCHEN Kräfte auf der linken Seite der Linie sein.

(b) Verbände einer Nationalität müssen damit rechnen, gelegentlich unter Befehl eines höheren Verbandes der anderen Nationalität zu stehen. Normalerweise dürfte es nicht erforderlich werden, einen Verband unter einem Korps unter den Befehl einer anderen Nationalität zu stellen.

(c) Es wird die Entwicklung der Operation vereinfachen, wenn Formationen beider Nationalitäten am ersten Sturmangriff teilnehmen, die US-Truppen rechts und die BRITISCHEN links. Jede andere Anordnung wird vermutlich zu einer sehr großen Verwirrung führen.

(d) Es wird die Führung und weitere Entwicklung der Operation vereinfachen, wenn der erste Sturmangriff unter dem Befehl des BRITISCHEN ARMY COMMANDERS durchgeführt wird.

(e) Die Führung wird vereinfacht, wenn die nachfolgenden Operationen bis zur Eroberung der BRETAGNE-Halbinsel oder der Einrichtung eines US-Heeresgruppen HQs auf dem Festland, je nach dem, was zuerst geschieht, unter dem Befehl des Befehlshabers der BRITISCH-KANADISCHEN Heeresgruppe durchgeführt werden.

(f) Während dieser Phase kann es notwendig werden, den Hafen von CHERBOURG für die Versorgung sowohl der BRITISCHEN als auch der AMERIKANISCHEN Streitkräfte zu benutzen.

41. Diese Empfehlungen sind auf den Karten "MG" und "MK" dargestellt, in denen die Entwicklung der Operation aufgezeigt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zeitfaktor mit aller Wahrscheinlichkeit nicht gestatten wird, die am ersten Angriff teilnehmenden Divisionen abzulösen oder zurückzuziehen (mit Ausnahme der Luftlandedivisionen). Die genauen Pläne müssen Vorkehrungen für die Auffüllung dieser Divisionen zu normaler Stärke je nach Bedarf enthalten.

[202] *Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Premierministers von Großbritannien an das italienische Volk 17. Juli 1943*

In diesem Moment wird unter dem Befehl General Eisenhowers und seines Stellvertreters, General Alexanders, der Krieg von den Streitkräften der Vereinigten Staaten und Großbritanniens tief in euer Land getragen, Das ist die direkte Folge der schändlichen Führung, der ihr unter Mussolini und seinem faschistischen Regime unterworfen wart. Mussolini hat euch als Satellit eines brutalen Vernichters der Völker und ihrer Unabhängigkeit in den Krieg gezogen. Mussolini riß euch in den Krieg, als er glaubte, Hitler habe ihn bereits gewonnen. Trotz der großen Verwundbarkeit Italiens zur See und in der Luft haben eure faschistischen Führer eure Söhne, Schiffe und Flugzeuge nach fernen Schlachtfeldern gesandt, um Deutschland bei seinem Versuch zu helfen, England, Rußland und die Welt zu erobern. Diese Mitwirkung an den Plänen Nazideutschlands war der alten freiheitlichen und zivilisatorischen Traditionen Italiens unwürdig – Traditionen, denen die Völker Amerikas und Großbritanniens so viel verdanken. Eure Soldaten haben nicht für Italien, sie haben für das Interesse Nazideutschlands gekämpft. Sie haben sich tapfer geschlagen, aber sie sind von den Deutschen an der russischen Front und auf jedem Schlachtfeld in Afrika von El Alamein bis Kap Bône verraten und im Stich gelassen worden.
Heute ist die deutsche Hoffnung auf Eroberung der Welt an allen Fronten zuschanden geworden. Die gewaltigen Luftflotten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens beherrschen den Himmel über Italien, und seine Küsten sind der größten, jemals im Mittelmeer versammelten britischen und alliierten Kriegsflotte preisgegeben. Die euch jetzt gegenüberstehenden Streitkräfte sind gesonnen, die Macht Nazideutschlands zu brechen, die alle, die sich weigern, die Deutschen als die Herrenrasse anzuerkennen, unbarmherzig mit Sklaverei, Vernichtung und Tod überzieht.
Die einzige Hoffnung für den Bestand Italiens liegt in einer ehrenhaften Kapitulation vor der überwältigenden Stärke der militärischen Machtmittel der Vereinigten Nationen. Wenn ihr das faschistische Regime, das nur den bösen Zwecken der Nazis dient, weiterhin duldet, müßt ihr die Konsequenzen eurer Wahl erleiden. Es bereitet uns keine Genugtuung, den Boden Italiens mit Krieg zu überziehen und alle Kriegsschrecken über das italienische Volk zu bringen; wir sind jedoch entschlossen, die falschen Führer samt ihren Doktrinen, denen Italien seinen derzeitigen Zustand zuschreiben muß, zu zerschmettern. Jede Sekunde, die ihr euch den zusammengefaßten Kräften der Vereinigten Nationen widersetzt – jeder Tropfen Blut, den ihr opfert –, hat nur einen einzigen Sinn: den nazistischen und faschistischen Führern noch eine kurze Frist zu verschaffen, ehe sie die unvermeidlichen Folgen ihrer Verbrechen zu tragen haben. Alle eure Traditionen und Interessen sind von Deutschland und euren eigenen falschen und korrupten Führern verraten worden. Nur indem ihr euch von beiden lossagt, kann ein neugestaltetes Italien hoffen, einen ehrenvollen Platz in der europäischen Völkerfamilie einzunehmen.
Jetzt ist für euch, das Volk von Italien, der Zeitpunkt gekommen, mit eurer Selbstachtung, euren Interessen und euren Wünschen nach Wiederherstellung der nationalen Würde, der Sicherheit und des Friedens zu Rate zu gehen. Die Zeit ist gekommen, da ihr entscheiden müßt, ob Italiener für Mussolini und Hitler sterben oder für Italien und die Zivilisation leben sollen.

Roosevelt, Churchill

[203] *Aus der Unterredung zwischen dem Führer und dem Duce in Feltre in Oberitalien am 19. Juli 1943*

[...]
Der Führer eröffnete die Unterredung mit Ausführungen zur Kriegslage. Man könne nicht von einzelnen Teilerscheinungen auf das Gesamtresultat schließen; denn der gegenwärtige Krieg sei kein Einzelkrieg wie der deutsch-französische Krieg 1870/71, sondern ein Kampf, der um das Schicksal Europas geführt würde. Die Erfahrung zeige, daß derartige geschichtliche Auseinandersetzungen nie geradlinig verliefen, sondern daß sich immer erst nach einer gewissen Zeit die Waagschale zugunsten der einen oder der anderen kriegführenden Partei senke. Es komme daher darauf an, die realen Unterlagen zu schaffen, die es der Kriegführung ermöglichten, den Kampf schließlich siegreich zu beenden. Dazu sei die Erfüllung von Voraussetzungen materieller und personeller Art notwendig.
Hinsichtlich der materiellen Basis der Kriegführung der "Achse" gebe es einige Punkte, die unter keinen Umständen gestört werden dürften, weil eine derartige Störung der "Achsenkriegführung" ein Ende bereiten würde. Seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg habe zudem die

materielle Seite des Kampfes eine besondere Bedeutung angenommen. Dies bedeute keineswegs, daß die materielle Stellung der "Achse" etwa ungünstig wäre. Es würde meistens in der Welt übersehen, daß vor dem Kriege England 13 Millionen, Amerika 18 Millionen, Deutschland aber 23 Millionen Arbeiter in der Industrie beschäftigt hätten. Zudem sei die amerikanische Industrie einseitig auf gewisse Gebiete konzentriert, während die deutsche Industrie vielmehr umfassend und in die Tiefe gehend angelegt sei.

Was die Stahl- und Eisenerzeugung angehe, so sei sie in dem von Deutschland kontrollierten Raum durchaus gesichert. Die Erzversorgung würde unter allen Umständen genügen. Ausreichende Vorkommen bestünden im Gebiete des Deutschen Reiches besonders in Lothringen, wenn auch hier die Erze nicht einen so hohen Eisengehalt hätten wie die schwedischen, die nach Deutschland eingeführt würden.

Kohle sei ebenfalls reichlich vorhanden. Dazu komme noch der Zuschuß an Kohle und Eisen sowie an Erzen, der aus dem Osten dem Reich nunmehr zur Verfügung stehe.

Wichtiger als das Eisen seien jedoch die Manganerzvorkommen von Nikopol, die zur Herstellung hochwertiger Stahle absolut unerläßlich seien. Auch das nur auf dem Balkan vorkommende Molybdän sei für die Stahlproduktion von äußerster Wichtigkeit ebenso wie das Chrom, das früher ausschließlich aus der Türkei bezogen wurde, jetzt aber auch aus dem ehemals jugoslawischen Raum und aus Bulgarien eingeführt werden könne. Diese Stoffe seien für die Kriegführung absolut lebenswichtig; ohne sie müsse diese daher zum Erliegen kommen. Wenn etwa der Balkan verloren ginge, würde für Chromlieferungen auch die Türkei ausfallen und eine Stahlproduktion dann nicht mehr möglich sein. In diesem Falle würde aber auch das ebenfalls vom Balkan kommende lebenswichtige Molybdän nicht mehr zur Verfügung stehen.

Auch das Nickel gehöre in die Reihe der für die Kriegführung absolut lebenswichtigen Grundstoffe. Deshalb befänden sich auch deutsche Divisionen in Finnland, um die Nickelgruben von Petsamo zu schützen.

Der Bezug von Kupfer sei vom Balkan her aus den Bergwerken von Bor gesichert, während Phosphate leider in Nordafrika verlorengegangen seien.

Ebenso wichtig sei das Petroleum. Er (der Führer) habe aus diesem Grunde auch die Absicht gehabt, die Petroleumquellen des Kaukasus zu erobern. Dieses Unternehmen sei leider nicht geglückt. Daher sei jetzt das rumänische Petroleumgebiet um so wesentlicher.

Die absolute Wichtigkeit der vorgenannten Grundstoffe erfordere die Dislozierung von Kräften zum Schutze der Produktionsgebiete. Um dies einzusehen, müsse man Verständnis für die industriellen Grundlagen der Kriegführung haben. Bei militärischen Stellen mangele es oft daran. Auch in Deutschland habe sich dieses mangelnde Verständnis in der Vergangenheit gezeigt. Er (der Führer) habe militärischen Kreisen gegenüber zum Beispiel erst eingehend auf die Wichtigkeit des Donezbeckens für die Kriegsindustrie hinweisen müssen, ehe er das nötige Verständnis dafür fand, daß das dort gewonnene Manganerz nicht durch Tapferkeit zu ersetzen sei, wenn das Donezbecken erst einmal verloren wäre. Daher müsse man die notwendige Zahl von Verbänden zum Schutze derartiger Gebiete einsetzen. Ohne Nickel und Chrom würde zum Beispiel die Produktion von Flugzeugmotoren völlig aufhören, so daß auch hier der notwendige Schutz der Erzeugung unerläßlich sei.

Zum Ernährungsproblem übergehend, bemerkte der Führer, daß es nur mit der Ukraine gemeistert werden könne. Gegenüber dem Einwand, den man gelegentlich höre, daß die Ukraine nichts an Lebensmitteln exportiere, erklärte er, daß dies zwar im Augenblick zutreffe, daß aber die Ukraine immerhin die Millionen-Armee ernähre, die im Osten stehe, so daß diese keinerlei Zuschüsse mehr benötige. Die Ukraine könnte auch noch mehr exportieren, wenn mehr Benzin für die Landwirtschaft, besonders die Traktoren, zur Verfügung gestellt werden könne. Hierbei handele es sich um die immer wieder auftretende Entscheidung zwischen der Versorgung der kämpfenden Truppe oder der Landwirtschaft mit Treibstoff.

Wenn Nord-Norwegen, über das die Eisenerztransporte von Schweden gingen, Nord-Finnland mit seinen Nickelgruben, Kriwoj Rog mit seinen Erzlagern, der Balkan mit dem Kupfer-, Chrom- und Molybdänvorkommen verlorengingen, so sei es mit dem Kriegführen für die "Achse" zu Ende. Wenn diese Gebiete aber gesichert seien, so könne der Krieg unbegrenzt fortgeführt werden. Seine Fortsetzung sei dann nur eine Frage der Mobilisierung der notwendigen Arbeitskraft. Dies sei ein Problem des Willens, der, um die Nationen vor dem Untergang zu retten, vor keiner Härte zurückschrecken dürfte. Man dürfe sich nicht auf den grundfalschen Standpunkt stellen, daß jetzige Niederlagen durch spätere Generationen wiedergutgemacht werden könnten. Die Geschichte beweise an zahlreichen Beispielen, daß die Völker oft Jahrhunderte gebraucht hätten, um sich von Niederlagen wieder zu erholen. Er (der Führer) stehe außerdem auf dem vielleicht etwas unbescheidenen Standpunkt, daß nach ihm kein Größerer komme, der die Dinge besser meistern könne. Deshalb opfere er (der Führer) seine gesamte Zeit und seine persönliche Bequemlichkeit, um noch während seiner Lebzeit die Entscheidung herbeizuführen. Er sei dabei entschlossen, auch die härtesten Maßnahmen zu ergreifen, um die Möglichkeiten, deren Vorhandensein unbestreitbar sei, voll und ganz auszunutzen.

Schwankungen habe es in der Kriegsgeschichte stets gegeben. Es käme lediglich auf das Endergebnis an. Auf die Frage, wann der Krieg zu Ende sei, haben auch in früheren Zeiten die Sieger während des Kampfes selbst keine Antwort geben können. Sie hätten lediglich ihren eisernen Siegeswillen in dem Wechsel zwischen Angriff und Abwehr aufrechterhalten und dadurch den Sieg zu guter Letzt errungen.
Es sei auch falsch zu sagen, man hätte mit dem Kriege warten sollen, bis ein höherer Rüstungsstand erreicht worden sei. Die Erfahrung zeige, daß immer irgend etwas an der Rüstung eines Volkes zu fehlen scheine, so daß man eigentlich zu keinem Zeitpunkt zu der Feststellung kommen könne, die Rüstung sei vollständig. Der Führer belegte diese Ansicht mit einigen geschichtlichen Beispielen und fügte hinzu, daß erst die Kriegshandlungen selbst die Weiterentwicklung der Rüstung gestatteten. Deutschland habe vor dem Kriege die Panzer I, II, III gebaut und hätte sie, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, wahrscheinlich in großen Massen herausgebracht. Im Lichte der Kriegserfahrungen jedoch wisse man jetzt, daß diese Panzer völlig wertlos gewesen seien, und habe sich auf verbesserte Modelle konzentriert. [...]

[204] *Feldmarschall Smuts an Premierminister Churchill*
31. August 1943

Bitte erlauben Sie mir, Ihnen gegenüber privatim meiner Beunruhigung über den Kriegsverlauf Ausdruck zu geben. Sollten Sie anderer Meinung sein, lassen sie Sich bitte durch mich nicht anfechten. Sollten Sie jedoch meine Gefühle in irgendeiner Hinsicht teilen, werden Sie in dieser Sache die Initiative selbst ergreifen. Während unser Feldzug im Nahen Osten von El Alamein bis zum Ende in Tunesien mit erstaunlicher Energie vonstatten ging, spüre ich seither ein Nachlassen und ein Verlangsamen der Operationen. Wir brauchten mehrere Monate, um nach Tunesien auf Sizilien zu landen, und jetzt nach Sizilien geraten die Dinge wieder recht seltsam ins Stocken, obwohl doch alles zur Eile drängt. Eine Gegenüberstellung der Anstrengung Englands und Amerikas mit all ihren enormen Hilfsmitteln und derjenigen Rußlands im gleichen Zeitraum muß unangenehme Fragen aufwerfen, die auch von vielen anderen gestellt werden. Unsere Leistung zu Land ist an Rußland gemessen unbedeutend und das Tempo völlig unbefriedigend. Wir rühmen uns laut und beständig unserer Kriegsmaterialproduktion, besonders der amerikanischen. Auch dürften nach nunmehr fast zwei Jahren die amerikanischen Kampfverbände enorm stark sein. Aber immer noch schlagen sich einzig die Russen mit der großen Hauptmacht der deutschen Armeen. Zum Teil erklärt sich das aus dem Schiffsraummangel und anderen Hemmungen, aber nicht ganz. Ich habe das unangenehme Gefühl, daß der Umfang und das Tempo unserer Operationen zu Land sehr viel zu wünschen übrig läßt. Unsere Flotte wahrt ihre hohe Tradition, und unsere Fliegerkräfte sind großartig. Aber im Landkrieg fallen fast alle Lorbeeren an die Russen, und das mit Recht, wenn man Ausmaß und Tempo ihrer Kriegführung und die großartige Strategie an ihrer ungeheuren Front betrachtet.

Unsere Leistung läßt sich bestimmt so verbessern, daß der Vergleich mit Rußland nicht gar so übel ausfiele. Die große Öffentlichkeit muß das Gefühl haben, daß der Krieg von Rußland gewonnen wird. Wenn dieser Eindruck bestehen bleibt, wie wird sich dann nach dem Krieg unsere Stellung Rußland gegenüber gestalten? Unsere Position in der Welt mag sich völlig verschieben und so Rußland zur diplomatischen Vormacht der Welt werden. Das ist ebenso unnötig wie wenig wünschenswert und würde insbesondere im Britischen Commonwealth schlechte Rückwirkungen zeitigen. Wenn wir nicht als ebenbürtige Partner aus diesem Krieg hervorgehen, werden wir uns in einer unbequemen, ja gefährlichen Lage befinden...

[205] *Premierminister Churchill an Feldmarschall Smuts*
5. September 1943

...Die eben begonnene Besetzung der Stiefelspitze [Italiens] ist natürlich nur der Auftakt zu einem bevorstehenden, weit schwerern Angriff, der im Erfolgsfall weittragende Konsequenzen zeitigen wird. Wir hoffen demnächst, und zwar so weit nördlich wie möglich, quer durch Italien eine starke Front zu bilden. Diese wird etwa zwanzig unserer Mittelmeerdivisionen absorbieren und Verstärkungen benötigen, falls sich der Gegner zu einem Gegenangriff entschließt.
2. Mir hat schon immer daran gelegen, auf den Balkan zu gehen, wo der Widerstand schon jetzt so hartnäckig ist. Wir müssen aber erst sehen, wie sich die Kämpfe in Italien entwickeln, bevor wir uns auf mehr als Commandos, Agenten und Material einlassen können. Doch steht die ganze Halbinsel in Brand, und nach dem Ausfalll der auf der ganzen Halbinsel zerstreuten vierundzwanzig italienischen Divisionen, die den Kampf eingestellt haben und nur noch nach Hause gelangen wollen, mögen sich die Deutschen sehr wohl zu einem Rückzug auf die Save-Donau-Linie gezwungen sehen...

3. Ich glaube, daß wir den Kriegseintritt der Türkei im Moment besser nicht verlangen, weil wir die Kräfte, die wir dort einsetzen müßten, im zentralen Mittelmeer nützlicher verwenden können. Vor diese Frage werden wir die Türkei vielleicht später im Jahr noch stellen.
4. Trotz der weittragenden Projekte und der unsere Hilfsmittel voll beanspruchenden Bedürfnisse müssen ab November sieben Divisionen aus dem Mittelmeer abgezogen werden, da sie für "Overlord" im Frühjahr 1944 vorgesehen sind. Hierfür werden sämtliche irgendwie auftreibbaren Transportschiffe – ausgenommen die von den Amerikanern im Stillen Ozean benötigten – herangezogen, damit der endlose Transport der amerikanischen Truppen und Fliegerkräfte bewerkstelligt werden kann. Nicht eines unserer Schiffe ist in diesem Jahr stillgelegen, und trotzdem befinden sich erst zwei amerikanische Divisonen in England. Es ist technisch unmöglich, eine stärkere Konzentration vor dem genannten Datum vorzunehmen. Wir werden in der Lage sein, für den ersten Sturm nahezu ebenso starke Kräfte wie die Amerikaner einzusetzen; aber nachher müssen diese allein die Verstärkungen stellen, da ich absolut am Ende meines Menschenmaterials bin. Ich muß die Amerikaner sogar eben jetzt ersuchen, den Transport der Fronttruppen zu unterbrechen und einige Tausend Pioniere herüberzuschicken die die Quartiere und sonstigen Einrichtungen für ihre transatlantische Armee herstellen helfen.
5. Die Projekte für Europa absorbieren zusammen mit der Luftoffensive und dem Seekrieg unseren Schiffsraum und unser Menschenmaterial bis zum letzten Mann. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Man kann die Gegebenenheiten bei uns nicht mit denen Rußlands vergleichen; dort ist die ganze Kraft eines Volkes von fast zweihundert Millionen Menschen, ohne die Kriegsverlsute zu rechnen, schon seit langem in einer riesigen Nationalarmee organisiert und auf einer dreitausend Kilometer langen Landfront entfaltet. Auch diese Tatsache müssen wir hinnehmen.
6. Ich halte es für unvermeidlich, daß Rußland als größte Landmacht aus dem Kriege hervorgeht, da es sich der zwei Militärmächte Deutschland und Japan, von denen es zu unseren Lebzeiten zweimal so schwer geschlagen wurde, entledigt haben wird. Ich hoffe jedoch, daß die "brüderliche Verbindung" des Britischen Commonwealth und der Vereinigten Staaten, zusammen mit ihrer Luft- und Seemacht, gute Beziehungen und ein freundschaftliches Gleichgewicht mit Rußland gewährleisten wird, zumindest während der Wiederaufbauperiode. Weiter vermag ich mit den Augen eines Sterblichen nicht zu sehen, und über die himmlischen Teleskope bin ich vorerst nur unzureichend informiert.
7. Im Osten mangelt es nicht an britischen Kräften, aber ihren Aktionen stellen sich die gleichen Schwierigkeiten entgegen, die auch die Amerikaner im Atlantik und Stillen Ozean vorfinden. Die Schiffsraumknappheit begrenzt alle überseeischen und Landungsoperationen; dazu kommen in Burma der Dschungel, das Gebirge und der Monsun, der das Land halbjährig unter Wasser setzt. Trotzdem leiten wir eine energische Kampagne ein. Ich habe den jungen Wingate nach Quebec mitgenommen; er wird vom Brigadier zum Korpskommandeur befördert und bekommt für den Dschungelkrieg eine beachtliche Streitmacht, die mit größter Schnelligkeit für den Vormarsch im kommenden Januar ausgebildet wird. Die Ernennung Mountbattens kündigt Landungsoperation mit neuen Aspekten und weitreichenden Konsequenzen an; ich stehe mit aller Energie dahinter und werde Ihnen Einzelheiten geben, wenn wir wieder zusammentreffen.

[206] *Die Errichtung des Republikanisch-Faschistischen Staates*
Die Anordnung des Duce
Rom, 15. September 1943

Tagesbefehl Nr. 1
An die treuen Kameraden in ganz Italien. Ab heute, den 15. 9. 1943 übernehme ich wieder die oberste Leitung des Faschismus in Italien.
Tagesbefehl Nr. 2
Ich ernenne Alessandro Pavolini zum vorläufigen Sekretär der Faschistischen Nationalen Partei, die ab heute Republikanische Faschistische Partei heißen wird.
Tagesbefehl Nr. 3 Ich befehle, daß alle militärischen, politischen, Verwaltungs- und
Ich befehle, daß alle militärischen, politischen, Verwaltungs- und Schulbehörden sowie alle anderen, die von der Regierung der Kapitulation ihres Amtes enthoben wurden, unverzüglich ihre Stellen und Ämter wieder einnehmen.
Tagesbefehl Nr. 4
Ich befehle die sofortige Wiedererrichtung aller Parteidienststellen mit folgenden Aufgaben:
a) die deutsche Wehrmacht, die sich auf italienischem Boden mit dem gemeinsamen Gegner schlägt, tätlich und kameradschaftlich zu unterstützen;
b) dem Volk sofort tatkräftigen und moralischen und materiellen Beistand zu leisten;

c) den Stand der Parteimitglieder in bezug auf ihr Verhalten angesichts des Staatsstreiches, der Kapitulation und der Unehre zu überprüfen und die Feigen und Verräter exemplarisch zu bestrafen.

Tagesbefehl Nr. 5

Ich befehle die Wiedererrichtung aller Verbände und Spezialabteilungen der Freiwilligen Miliz für die nationale Sicherheit.

Tagesbefehl Nr. 6

In Ergänzung der vorhergegangenen Tagesbefehle beauftrage ich den Generalleutnant Renato Ricci mit dem Oberbefehl der freiwilligen Miliz für die nationale Sicherheit.

Tagesbefehl Nr. 7

dnb. Rom, 17. September 1943

Die faschistische Nationalregierung entbindet die Offiziere der Wehrmacht von dem Eid, den sie dem König geleistet haben. Durch die unter den bekannten Bedingungen erfolgte Kapitulation und seine Flucht hat der König die Nation dem Feinde ausgeliefert und sie in Schmach und Elend gestürzt.

Rundfunkansprache Benito Mussolinis an das italienische Volk 18. September 1943

Schwarzhemden! Italiener! Italienerinnen!

Nach einem langen Stillschweigen vernehmt ihr wiederum meine Stimme. Ich bin sicher, daß ihr sie erkennen werdet, die Stimme, die euch so oft in schweren Zeiten zusammengerufen und mit euch die schönsten Tages des Vaterlandes gefeiert hat. Ich habe einige Zeit gewartet, bevor ich wieder vor euch getreten bin, denn ich brauchte eine Zeitspanne seelischer Zurückgezogenheit, bevor ich wieder vor die Welt trat; denn nach meiner Isolierung war es nötig, daß ich wieder mit der Welt Berührung fand. Der Rundfunk erlaubt keine langen Reden. Ich möchte mich auch nicht mit den Vorgängen allzu lange befassen, sondern ich beginne gleich mit den Ereignissen des 25. Juli.

Es ereignete sich in meinem wahrlich an Abenteuern reichen Leben das unglaublichste aller Abenteuer: Die Unterredung mit dem König dauerte zwanzig Minuten oder sogar weniger! Irgendeine Verständigung war unmöglich, denn er hatte seinen Entschluß schon gefaßt.

Der Ausbruch der Krise stand unmittelbar bevor. Es ist schon im Kriege und im Frieden vorgekommen, daß ein Minister gehen mußte, daß ein General abgesetzt worden ist. Aber man hat noch nie gehört, daß man einen Mann wie mich, der seinem König über zwanzig Jahre in absoluter Treue gedient hat, auf der Treppe eines Privathauses verhaften ließ, ihn zwang einen Sanitätswagen zu besteigen, und unter dem Vorwand, ihn aus einer Verschwörung retten zu wollen, ihn in rasendem Tempo von einer zur anderen Kaserne verschleppte.

Ich hatte sofort den Eindruck, daß dieser Schutz in Wirklichkeit unsicher war. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als ich von Rom nach Ponza verschleppt wurde, und aus meinem Verdacht wurde Gewißheit, als ich von Ponza zur Insel Maddalena überführt wurde und von Maddalena zum Gran Sasso, wie der festgesetzte Plan meiner Auslieferung an den Feind vorsah.

Ich hatte aber das sichere Gefühl, daß sich, obschon ich von der anderen Welt abgeschnitten war, der Führer trotzdem um meine Person sorgte, noch mehr brüderlich als kameradschaftlich. Später schickte mir der Führer eine wunderbare Ausgabe der Werke Nietzsches. Das Wort "Treue" hat einen tiefen Sinn, ich möchte sagen, ewigen Sinn, im deutschen Herzen, das im allgemeinen die geistige Welt der Deutschen widerspiegelt. Ich war überzeugt, daß ich eine Probe davon erhalten würde.

In Kenntnis der Waffenstillstandsbedingungen hatte ich nicht den geringsten Zweifel hinsichtlich dessen, was sich in Artikel 12 der Bedingungen barg. Ein hoher Beamter sagte mir, daß ich als Geisel festgehalten würde. Aber in der Nacht vom 11. zum 12. September ließ ich wissen, daß mich die Feinde nicht lebendig in ihre Hände bekommen würden.

In der klaren Luft des Gebirges lag eine Stimmung der Erwartung. Es war gegen 14 Uhr, als ich den ersten Fallschirmspringer herunterkommen sah, und dann folgten die anderen, entschlossen, jeden Widerstand zu brechen. Die Mannschaften, die mich bewachten, sahen das ein und schossen nicht. Das alles spielte sich in fünf Minuten ab. Die Befreiung, die ganze Unternehmung war ein Muster der Organisation und der Entschlußkraft der Deutschen, das in der Geschichte denkwürdig bleiben wird. Mit der Zeit wird die Tat zur Legende werden. Hier endete das Drama, soweit es meine Person betraf.

Aber das alles ist eine Kleinigkeit gegenüber der entsetzlichen Tragödie, in die die "demokratische" Regierung am 25. Juli die italienische Nation gestürzt hat. Der unglaubliche Optimismus – sogar von Faschisten – hielt es nicht für möglich, daß die Regierung solch katastrophale Pläne gegenüber der Partei, dem Regime und der Nation selbst schmieden könnte.

Aber die Maßnahmen, die nach dem 25. Juli getroffen wurden, deuteten ein Programm an, das

darauf hinzielte, das Werk von zwanzig Jahren zu zerstören und zwanzig Jahre des Ruhmes auszulöschen, um die Erinnerung an die Schöpfung eines Imperiums und einen Rang, wie ihn das Vaterland noch nie gehabt hatte, zu beseitigen. Heute angesichts der Ruinen des weiter tobenden Krieges möchte man krampfhaft nach Möglichkeiten suchen, um eine Form der Rechtfertigung zu finden für den, der die Verantwortung zu tragen hat.
Die heute über die Partei herziehen, sind dieselben Nichtstuer, die bereits bei Beginn unseres Marsches versucht haben, den sozialen Fortschritt zu sabotieren und die nationalen und imperialen Erfolge zu verkleinern. Während wir dagegen unsere Verantwortung voll auf uns nehmen, wollen wir die der anderen einer Prüfung unterziehen, indem wir bei der Verantwortlichkeit der obersten Spitze beginnen.
Der König, der sich entlarvt fühlt, aber nicht abgedankt hat, wie der größte Teil der Italiener erwartet hatte, muß unmittelbar zur Verantwortung gezogen werden.
Es war seine Dynastie, die während aller Zeitabschnitte des Krieges das Zentrum des Defaitismus und der antideutschen Propaganda dargestellt hat. Der Vorsichtige, aber doch manchmal Unvorsichtige, machte sich alle Spekulationen des Feindes zu eigen, während der Erbe [Umberto, Prinz von Piemont] das Kommando der Südarmee übernahm, aber nie auf dem Schlachtfeld erschien.
Ich bin überzeugt, daß das Haus Savoyen den Staatsstreich bis in jede Einzelheit ausgearbeitet, vorbereitet und durchgeführt hat, zusammen mit dem Komplicen Badoglio und seinen sämtlichen feigen Generalen und in Verbindung mit manchen verräterischen Angehörigen der faschistischen Partei. Es kann kein Zweifel bestehen, daß man ihn sofort nach meiner Verhaftung bevollmächtigt hat, über den Waffenstillstand zu verhandeln. Waffenstillstandsverhandlungen, die schon vor meiner Verhaftung eingeleitet waren zwischen dem Haus Savoyen und England. Der König hat so in erbärmlichster Weise Deutschland verraten, ja sogar noch nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat er geleugnet, daß diese Unterhandlungen im Gange wären; dabei war es gerade die Dynastie, die ich vor zwanzig Jahren vor dem Zusammenbruch gerettet habe, die nun eine neue Regierung auf dem alten Statut von 1848 geschaffen hat und eine Freiheit im Zeichen des Ausnahmezustandes und der Spitze der Bajonette.
Was die Waffenstillstandsbedingungen betrifft, die an sich großzügig hätten sein sollen, so waren sie die härtesten, die man sich vorstellen kann. Der König hatte weder gegen diese Bedingungen etwas einzuwenden, noch gegen die vorgesehene Auslieferung meiner Person an die Gegner. Lediglich aus Sorge um seine Krone hat er Italien in Schande, Chaos und Elend gestürzt.
In allen Kontinenten, vom Fernen Osten bis nach Amerika, kennt man den Frevel des Hauses Savoyen. Auch die Feinde, die uns in diese schmachvolle Kapitulation hineingedrängt haben, verbergen nicht ihre Verachtung für uns. England selbst, das niemand, auch nicht der Führer, anzugreifen gedachte, befindet sich im Kriege gemäß dem von Churchill gegebenen Versprechen, Polen zu retten. Aus diesen Gründen kann es von nun an dazu kommen, daß jeder Italiener auch in seinen privaten Angelegenheiten von den anderen verdächtigt wird.
Wenn diese Dinge nur Rückwirkungen hätten auf die Gruppe der wirklich Verantwortlichen, so könnte man es hinnehmen, aber man muß sich darüber klar sein, daß die Folgen der Schande jeden Italiener, vom ersten bis zum letzten, in Mitleidenschaft ziehen.
Nachdem wir die Ehre verloren haben, haben wir auch alle Länder verloren, die wir während dieses Krieges erworben haben, die Besitzungen im Adriatischen Meer, im Ionischen Meer, im Ägäischen Meer, in Südfrankreich und auf dem Balkan. Das Heer, das von uns im Stich gelassen worden ist, ist von heute auf morgen auseinandergelaufen und von seinem eigenen Verbündeten unter dem Gelächter der Zivilbevölkerung entwaffnet worden.
Diese Demütigung mußte von Soldaten ertragen werden, die auf so vielen Schlachtfeldern an der Seite ihrer deutschen Verbündeten tapfer gekämpft hatten. Auch auf den Heldenfriedhöfen Rußlands und den anderen Schlachtfeldern, wo Deutsche und Italiener nebeneinander ruhen, muß diese Schande empfunden werden.
Die königlich-italienische Marine, die während dieser zwanzig Jahre Aufbauarbeit geschaffen worden ist, wurde nach Malta ausgeliefert, jener Insel, die ein Eckpfeiler des englischen Imperialismus im Mittelmeer war und eine ständige Bedrohnung für die italienischen Lebensinteressen darstellte. Nur die Luftwaffe hat einen wesentlichen Teil ihres Materials retten können, aber praktisch besitzt sie keine Einsatzkraft mehr.
Das sind die Verantwortlichkeiten, die auch in der letzten Rede des Führers aufgezeigt und belegt worden sind, und die auch den Verrat Badoglios unterstreichen, der noch nach der Kapitulation die großen und kleinen Städte Mittel- und Süditaliens bombardieren ließ, um die Deutschen hinters Licht zu führen.
Es ist nicht der Faschismus gewesen, der die Monarchie verraten hat, sondern die Monarchie hat den Faschismus verraten!
Dieser Verrat hat es mit sich gebracht, daß niemand im italienischen Volk mehr der Monarchie glauben kann. Immerhin ist dabei die Einheit des italienischen Volkes nicht zugrunde gegangen. Wenn die Monarchie ihren historischen Aufgaben nicht gerecht wird, verliert sie jede Daseins-

berechtigung. Die Grundtendenzen Italiens waren ohnehin immer mehr republikanisch als monarchisch, und bis zur Zeit der italienischen Einigung war es eine republikanische Vereinigung, die gegen die italienische Monarchie gekämpft hat, die meistens ausländische Monarchien waren – jene Bewegung, die von dem großen Mazzini geführt worden ist.
Der Staat, den wir neu errichten wollen, soll national und sozial sein, im weitesten Sinne des Wortes ein faschistischer Staat im Sinne seiner Anfangszeit. In der Erwartung, daß unsere Bewegung unwiderstehlich sein wird, wollen wir folgende Forderung erheben:
1. Wieder zu den Waffen greifen an der Seit Deutschlands, Japans und der anderen Verbündeten! Nur Blut kann eine solche schändliche Seite aus der Geschichte unseres Vaterlandes auslöschen!
2. Sofortiger Wiederaufbau der Armee, die sich um den Kern der Miliz schart! Nur wer die Waffe trägt und für seinen Glauben kämpft, kann siegen!
3. Beseitigung der Verräter, insbesondere derjenigen, die am 25. Juli sich zur neuen Regierung bekannt haben und damit in die Reihen des Feindes übergewechselt sind.
4. Beseitigung der Plutokratie und Errichtung einer sozialen Basis, auf der sich der Staat aufrichten kann, gestützt durch die Arbeit seiner Bürger!
Schwarzhemden und ihr treuen Anhänger in ganz Italien! Ich rufe euch erneut an die Arbeit und zu den Waffen!
Die Freude des Gegners über die Kapitulation Italiens bedeutet nicht, daß sie den Sieg bereits in der Hand hätten, um so weniger, als unsere Verbündeten Deutschland und Japan bis zum Endsiege weiterkämpfen werden und niemals an eine Kapitulation denken.
Ihr Schwarzhemden, stellt eure Bataillone von neuem auf die so heldenhafte Taten vollbracht haben! Ihr Jungfaschisten, reiht euch ein in die Divisionen, die bei Bir el Gobi so heldenhaft gekämpft haben! Ihr Flieger, die die Angriffe der Gegner auf unsere Städte so erschwert haben. Ihr faschistischen Frauen, nehmt wieder die moralische und materielle Unterstützung für unser Volk auf, die es so notwendig hat!
Bauern, Arbeiter und Handwerker! Der Staat, der aus diesem Kriege hervorgeht, wird euer Staat sein! Verteidigt ihn, auf daß niemand ihn wieder in Gefahr bringen kann.
Unser Mut, unser Glaube und unser Wille werden Italien eine neue Zukunft geben, seine Lebensmöglichkeiten und seinen Platz an der Sonne. Macht uns diese Hoffnung zu einer felsenfesten Gewißheit. Es lebe Italien! Es lebe die neue Faschistische Republikanische Partei!

[207] *Premierminister Churchill*
an Außenminister Eden (Moskau)
20. Oktober 1943

1. Unsere derzeitigen Pläne für 1944 scheinen mir sehr ernstliche Mängel zu enthalten. Wir sollen Anfang Mai fünfzehn amerikanische und zwölf britische Divisionen nach Frankreich übersetzen und werden ungefähr sechs amerikanische und sechzehn britische oder unter britischem Befehl stehende Divisionen in Italien haben. Falls kein deutscher Zusammenbruch eintritt, kann Hitler, der im Zentrum des besten Verkehrssystms der Welt liegt, mindestens vierzig bis fünfzig Divisionen gegen eine dieser Armeen konzentrieren, während er die andere defensiv im Zaume hält. Die erforderlichen Kräfte könnte er freimachen, indem er seine Verluste auf dem Balkan abschreibt und, ohne notwendigerweise die russische Front zu schwächen, auf Save und Donau zurückfällt. Das entspräche den elementarsten strategischen Gesetzen. Die Aufteilung unserer Kräfte zwischen Italien und dem Kanal ist nicht nach strategischen Gesichtspunkten erfolgt, sondern hat sich aus dem Gang der Ereignisse und dem jeweiligen Schiffsraum ergeben und wurde im übrigen durch willkürliche Kompromisse zwischen Amerikanern und Briten festgelegt. Weder die in Italien konzentrierte Streitmacht noch die im Mai für die Kanalüberquerung vorgesehene ist den Anforderungen gewachsen, und zwischen beiden Kriegsschauplätzen ist höchstens die Verschiebung von sieben bis acht Divisionen technisch möglich. Ich bin entschlossen, diese Situation einer Überprüfung zu unterziehen.
2. Läge es an mir zu entscheiden, würde ich aus dem Mittelmeer keine Truppen abziehen und mich nicht über den engen Schaft Italiens hinaus in die Poebene ausbreiten, sondern den Gegner an dieser schmaleren Front in Atem halten und auf dem Balkan und in Südfrankreich Unruhen nähren. Falls es nicht zu einem deutschen Zusammenbruch kommt, bin ich der Meinung, daß wir den Kanal nur überschreiten sollen, wenn am sechzigsten Tag vierzig Divisionen verfügbar sind, und auch dann nur, wenn an der italienischen Front lebhafte Kampftätigkeit herrscht. Ich teile die amerikanische Ansicht nicht, daß unsere in England stationierten Fliegerkräfte im Kampfraum und auf den Zufahrtstraßen alles dem Erdboden gleichmachen können. Das entspricht nicht unserer bisherigen Erfahrung. Das alles ist zu Ihrem persönlichen Gebrauch und vorläufig nicht zur Darlegung vor den anderen. Es soll Ihnen nur die Gefahren aufzeigen, in die uns ein Advokatenhandel, der uns auf "Overlord" im Mai festlegt, reißen mag, während wir

andererseits unsere italienische Front und unsere Aussichten auf dem Balkan vielleicht ruinieren müssen, ohne doch über genügende Kräfte zu verfügen, um uns über den dreißigsten oder vierzigsten Tag hinaus halten zu können.
3. Sie sollten versuchen herauszubekommen, wie die Russen in bezug auf den Balkan überhaupt denken. Sagt ihnen der Gedanke zu, daß wir über die Ägäis vordringen, die Türkei in den Krieg ziehen und die Dardanellen und den Bosporus für die britischen Seestreitkräfte öffnen, so daß wir ihnen schließlich an der Donau die rechte Hand reichen können? Wie groß ist ihr Interesse an der Öffnung des Schwarzen Meers für alliierte Kriegsschiffe und alliierte Streitkräfte einschließlich türkischer und für Materiallieferungen über diese Route? Haben sie irgendein Interesse an einer solchen rechtsseitigen Entfaltung oder sind sie immer noch einzig auf unsere Landung in Frankreich erpicht? Wobei zu beachten ist, daß die auf alle Fälle fortzusetzende Truppenkonzentration in England ständig große deutsche Kräfte im Westen binden würde. Es kann sein, daß die Russen aus politischen Gründen einer starken strategischen Entfaltung unsererseits auf dem Balkan abgeneigt sind. Andererseits zeigt der von ihnen gewünschte Kriegseintritt der Türkei ihr Interesse am südöstlichen Kriegsschauplatz.
4. Ich bin nach wie vor von der großen Wichtigkeit überzeugt, die der Ägäis als Sprungbrett für uns zukommt, sofern wir Rhodos erobern, Kos wiedernehmen, Leros behaupten und in diesen Gewässern eine wirksame Luft- und Flottenüberlegenheit etablieren. Wird unser Versuch, Leros zu halten und Rhodos zu nehmen, von den Russen günstig beurteilt? Verstehen sie die Rückwirkung auf die Türkei und die sich auftuenden Möglichkeiten für einen Flottenvorstoß ins Schwarze Meer? Aber auch das soll nur Ihrer eigenen Gedankenklärung dienen.

[208] *Aus der Weisung der Vereinigten Stabschefs an das alliierte Bomberkommando 17. Februar 1944*

Die folgenden Richtlinien für die Neuordnung der Dringlichkeitsstufen von Angriffszielen für die Vereinigte Bomberoffensive wurden jetzt durch die Chefs der Vereinigten Stäbe genehmigt. Die Aufgabe: Ihre Gesamtaufgabe bleibt "die fortschreitende Vernichtung und Störung des deutschen militärischen Industrie- und Wirtschaftssystems, die Unterbrechung lebenswichtiger Teile der Nachrichtensysteme und die wirksame Verminderung der deutschen Kampfkraft in der Luft durch erfolgreiche Durchführung der Vereinigten Bomberoffensive von allen geeigneten Luftbasen".

Die Ziele: Innerhalb dieser Gesamtaufgabe ergeben sich für die Bomberkommandos von RAF und USSAFE (US-Strategische Luftstreitkräfte in Europa) folgende Ziele:
Primäres Ziel ist die deutsche Luftwaffe. Verminderung der Kampfkraft der deutschen Luftwaffe mit Schwergewicht auf den deutschen Jagdstreitkräften durch alle verfügbaren Mittel einschließlich von Angriffen gegen Einzelziele und Industrieanlagen und ihre Hilfseinrichtungen.
Andere Angriffsobjekte: Berlin und andere wichtige Industriegebiete sollen durch die Bomberkommandos von RAF und USSAFE angegriffen werden (wobei das letzere, wenn nötig, die Blindbombertechnik anwendet), wenn das Wetter und die taktischen Bedingungen für solche Operationen geeignet und für Operationen gegen die primären Angriffsziele ungeeignet sind. Die Angriffsziele sollen so gewählt werden, daß sie der Hauptaufgabe, die Stärke der deutschen Luftwaffe zu vermindern, in größtmöglichem Maße dienlich sind. – Angriffsziele in Südosteuropa: Auf dem Balkan und in den Satellitenländern Südosteuropas sollen Angriffe der fünfzehnten Luftflotte der Armee der Vereinigten Staaten und der Alliierten Luftstreitkräfte im Mittelmeerraum auf Städte, Transportanlagen und andere geeignete Ziele durchgeführt werden, wenn das Wetter oder die taktischen Bedingungen Operationen gegen "Pointblanc"-Ziele verbieten, oder um Landeoperationen in Italien zu unterstützen.
Der Plan: Der unmittelbare Zweck der Bomberangriffe besteht in einer Gesamtverminderung der Stärke der deutschen Luftstreitkräfte in den Fabriken, auf dem Boden und in der Luft durch sich gegenseitig unterstützende Angriffe der beiden Strategischen Luftflotten, die mit unerbittlicher Konsequenz gegen dieselben Zielgebiete oder Systeme durchgeführt werden, soweit es die taktischen Voraussetzungen erlauben, um die Luftsituation zu schaffen, die für "Overlord" am besten geeignet ist.
Koordinierung: Der Chef des Stabes der RAF ist als Vertreter der Chefs der Vereinigten Stäbe beauftragt, die Operationen der Bomberkommandos von RAF und USSAFE zu koordinieren. Der Kommandierende General der USSAFE ist beauftragt, die Operationen der achten Luftflotte und der fünfzehnten Luftflotte der Armee der Vereinigten Staaten zu koordinieren und besonders das Zusammenwirken der Angriffe auf die obengenannten primären Ziele von Luftbasen aus dem Mittelmeerraum und aus dem Vereinigten Königreich zu veranlassen.

[209] *Aus dem Befehl Stalins vom 1. Mai 1944*

...Seit der Zerschmetterung der deutschen Divisionen vor Stalingrad steht die Rote Armee fast ununterbrochen im Angriff. Die Rote Armee legte in dieser Zeit kämpfend den Weg von der Wolga bis zum Sereth, von den Vorbergen des Kaukasus bis zu den Karpaten zurück, vernichtete dabei das feindliche Geschmeiß und fegte es vom Sowjetboden hinweg.
Im Verlaufe des Winterfeldzugs 1943/44 gewann die Rote Armee die historische Schlacht um den Dnjepr und die Ukraine rechts des Dnjepr, zerschlug die mächtigen Verteidigungsanlagen der Deutschen vor Leningrad und auf der Krim und überwand durch geschickte und durchschlagende Operationen die auf Flußläufe gestützte deutsche Verteidigung am südlichen Bug, an Dnjestr, Pruth und Sereth. Beinahe die ganze Ukraine, die Moldau, die Krim, die Gebiete Leningrad und Kalinin sowie ein beträchtlicher Teil Bjelorußlands sind von den deutschen Eindringlingen gesäubert. Die Hüttenindustrie des Südens, die Erze von Kriwoi Rog, Kertsch und Nikopol, die fruchtbaren Landstriche zwischen Dnjepr und Pruth sind unserer Heimat wiedergegeben worden. Dutzende Millionen Sowjetmenschen wurden aus der faschistischen Sklaverei befreit.

Bei ihrem großen Werk der Befreiung des Heimatbodens von den faschistischen Eindringlingen hat die Rote Armee unsere Staatsgrenzen mit Rumänien und der Tschechsoslowakei erreicht und versetzt den feindlichen Heeren weiter vernichtende Schläge auf rumänischem Gebiet.
Die Erfolge der Roten Armee wurden ermöglicht durch die richtige Strategie und Taktik des Sowjetkommandos, durch die hohe Moral und den Angriffsgeist unserer Kämpfer und Kommandeure, durch die gute Ausrüstung unserer Truppen mit erstklassigem sowjetischen Kriegsgerät, durch das wachsende Können und die Ausbildung unserer Artilleristen, Granatwerferschützen, Panzermänner, Flieger, Nachrichtenleute, Pioniere, Infanteristen, Kavalleristen und Aufklärer.

Zu diesen Erfolgen trugen in bedeutendem Maße unsere großen Verbündeten, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, bei, die in Italien die Front gegen die Deutschen halten und einen beträchtlichen Teil der deutschen Truppen von uns abziehen, uns mit sehr wertvollen kriegswichtigen Rohstoffen und Waffen versorgen, systematisch die kriegswichtigen Objekte Deutschlands bombardieren und auf diese Weise die militärische Stärke Deutschlands untergraben.

Furcht und Bestürzung herrschen heute unter den rumänischen, ungarischen finnischen und bulgarischen Bundesgenossen Hitlers. Jetzt müssen diese hitlerischen Handlanger, deren Länder von den Deutschen okkupiert sind und okkupiert werden, einsehen, daß Deutschland den Krieg verloren hat. Rumänien, Ungarn, Finnland und Bulgarien haben nur eine einzige Möglichkeit, die Katastrophe abzuwenden: mit den Deutschen brechen und aus dem Krieg ausscheiden. Es ist jedoch schwerlich damit zu rechnen, daß die jetzigen Regierungen dieser Länder fähig sind, mit den Deutschen zu brechen. Es ist anzunehmen, daß die Völker dieser Länder die Sache ihrer Befreiung vom deutschen Joch selbst werden in die Hand nehmen müssen.

Die Rote Armee erreichte im Lauf ihrer erfolgreichen Offensive unsere Staatsgrenzen in einer Ausdehnung von mehr als 400 Kilometern und befreite mehr als drei Viertel des besetzten Sowjetgebiets vom faschistischen Joch. Jetzt handelt essich darum, unser ganzes Land von den faschistischen Eindringlingen zu säubern und die Staatsgrenzen der Sowjetunion in ihrem ganzen Verlauf, vom Schwarzen Meer bis zur Barentsee, wiederherzustellen.

Unsere Aufgaben können sich jedoch nicht darauf beschränken, die feindlichen Truppen aus unserer Heimat zu vertreiben. Die deutschen Truppen gleichen jetzt einer verwundeten Bestie, die gezwungen ist, in ihre Höhle – an die Grenzen Deutschlands – zurückzukriechen, um ihre Wunden zu heilen. Um unser Land und die mit uns verbündeten Länder vor der Gefahr der Versklavung zu retten, muß man der verwundeten deutschen Bestie auf der Spur folgen und ihr in ihrer eigenen Höhle den Todesstoß versetzen. Bei der Verfolgung des Feindes müsssen wir unsere Brüder vom deutschen Joch befreien, die Polen und Tschechen sowie die anderen mit uns verbündeten Völker Westeuropas, die sich unter den Füßen Hitler-Deutschlands befinden...

[210] *General Montgomerys Ansprache vor der Invasion 5. 6. 1944*

Ich lege größten Wert darauf, ehe ich Truppen in die Schlacht schicke, persönlich zu allen höheren Offizieren bis hinunter zum Oberstleutnant einschließlich zu sprechen. Auf diese Weise

kann ich Sie am besten über meine Absichten informieren und dafür sorgen, daß wir alle an die bevorstehende Aufgabe mit der gleichen Einstellung herangehen:
Unser strategischer Plan sah folgende Ziele vor:

1. Den Feind aus Afrika zu vertreiben,
2. Italien als Gegner auszuschalten und das Mittelmeer wieder für unsere Schiffahrt zu öffnen,
3. Die Türkei in den Krieg zu bringen,
4. Deutschland zu schlagen, Japan dagegen vorerst nur im Zaum zu halten.

Diese strategischen Ziele haben wir konsequent verfolgt.
Wie stehen wir nun heute da?
Von den vier Hauptzielen haben wir die beiden ersten erreicht: Deutsche und Italiener haben wir aus Afrika vertrieben. Italien ist als Gegner ausgeschaltet, und das Mittelmeer kann ungehindert von unseren Schiffen befahren werden. Das sind große Leistungen, auf die wir mit Recht stolz sind.
Dagegen haben wir bei dem dritten Punkt keinen Erfolg gehabt: Die Türkei hat nicht in der von uns erhofften Weise reagiert. Doch die Erfolge der Alliierten waren in anderer Hinsicht so groß, daß das nicht allzuviel ausmacht, und eines Tages wird es die Türkei bedauern, daß sie sich nicht den Alliierten – den künftigen Siegern – angeschlossen hat.
Wir stehen jetzt davor, die Endphase von Punkt 4 in Angriff zu nehmen: die Niederlage Deutschlands. Das ist das Schwierigste von der ganzen Sache!
Nach viereinhalb Jahren haben es die Alliierten durch harte Kämpfe zu Wasser, zu Lande und in der Luft soweit gebracht, daß sie den Krieg nicht mehr verlieren können. Damit ist viel erreicht, aber es genügt noch nicht. Wir müssen jetzt den endgültigen Sieg erringen, indem wir Deutschland vernichtend schlagen. Zur gleichen Zeit beschränken wir uns nicht mehr darauf, Japan im Zaum zu halten. Die Japaner sind bereits endgültig in die Defensive gedrängt, und im Südpazifik dringen australische und amerikanische Streitkräfte allmählich gegen die Philippinen und Formosa vor, wobei sie dem Gegner große Verluste beibringen.
Deutschland kämpft heute bereits an drei Fronten: in Rußland, in Italien und auf dem Balkan. Bald wird es noch an einer vierten Front kämpfen müssen. Das kann es auf die Dauer nicht durchhalten. Es hat zwar viele Divisionen, aber sie sind alle schwach, keine erreicht ihre Soll-Stärke. Seine Städte und Industriebezirke werden laufend durch Luftangriffe verwüstet. Das wird im Laufe dieses Jahres in ständig zunehmendem Maße weitergehen, so daß gegen Ende des Jahres von seinen größeren Städten nicht mehr viel übrig sein wird.
Deutschland ist von allen Seiten eingekreist, überall haben die Alliierten die Initiative; und während die Luftangriffe erbarmungslos weitergehen, werden die Russen zum Angriff übergehen, und auch die Mittelmeerfront drängt weiter vor. Sehr viel wird vom Erfolg unserer Operationen abhängen. Wenn sie Erfolg haben, wird nach meiner Schätzung Deutschlands Kraft allmählich erlahmen. Und sie werden Erfolg haben! Und die Luftangriffe werden Tag und Nacht weitergehen! Das kann Deutschland auf die Dauer nicht aushalten. Wenn wir unsere Sache richtig machen und keine Fehler begehen, dann, glaube ich, wird Deutschland Ende dieses Jahres am Ende sein. Und dann wird nach sechs weiteren Monaten auch Japan erledigt sein.
Doch die wichtigste Vorbedingung ist, daß die zweite Front ein ganz großer Erfolg wird – und damit komme ich zum nächsten Punkt: zu unserer unmittelbar bevorstehenden Aufgabe.
Unsere Operationen auf dem Festland werden nicht leicht sein. Der Feind liegt in vorbereiteten Stellungen. Er hat den Strand mit Hindernissen bespickt. Er hat Reserven für Gegenangriffe bereitgestellt. Wir können nicht nahe genug an den Feind herankommen, um durch eingehende Erkundungen sicherzustellen, daß unsere Entschlüsse richtig sind. Es drohen uns also mancherlei unbekannte Gefahren.
Wir müssen nach einer langen Fahrt über See an einer feindlichen Küste landen, wo wir mit entschlossenem Widerstand zu rechnen haben. Dabei muß der Zusammenhalt der Sturmeinheiten unvermeidlich leiden, und selbst Reserven, die das Land betreten, brauchen eine gewisse Zeit, um sich zu sammeln. Der Feind kennt jeden Fußbreit seines Geländes, während wir vor völlig neuen Verhältnissen stehen.

Wir haben jedoch einige sehr bedeutende Pluspunkte, und auf sie kommt es an:
Wir haben die Initiative. Der Feind weiß nicht, wo und wann wir landen werden.
Wir verfügen zur Unterstützung unserer Landung über eine gewaltige Feuerkraft von See her und aus der Luft.
Wir besitzen einen guten, einfachen Plan.
Wir haben gutausgebildete, kampffreudige Soldaten.
Die gesamte in England versammelte Luftmacht der Alliierten wird uns bei der Landung beschützen, und dieselbe Luftmacht wird weiter unsere Operationen unterstützen und Deutschland mit Bomben belegen. Ihre Stärke ist gewaltig: 4 500 Jäger und Jagdbomber sowie 6 000 Bombenflugzeuge verschiedenen Typs. Noch nie hat es eine so riesige Luftmacht gegeben...

[211] *Fernschreiben Rommels über die Lage an der Invasionsfront vom 15. Juli 1944 an Adolf Hitler*

Die Lage an der Front der Normandie wird von Tag zu Tag schwieriger, sie nähert sich einer schweren Krise.
Die eigenen Verluste sind bei der Härte der Kämpfe, dem außergewöhnlich starken Materialeinsatz des Gegners vor allem an Artillerie und Panzern und bei der Wirkung der den Kampfraum unumschränkt beherrschenden feindlichen Luftwaffe derartig hoch, daß die Kampfkraft der Divisionen rasch absinkt. Ersatz aus der Heimat kommt nur sehr spärlich und erreicht bei der schwierigen Transportlage die Fronst erst nach Wochen. Rund 97 000 Mann an Verlusten, darunter 2 160 Offiziere, unter ihnen 28 Generale und 354 Kommandeure, also durchschnittlich pro Tag 2 500 bis 3 000 Mann, stehen bis jetzt insgesamt 6 000 Mann Ersatz gegenüber. Auch die materiellen Verluste der eingesetzten Truppen sind außerordentlich hoch und konnten bisher nur in geringem Umfang ersetzt werden, z. B. von 225 Panzern bisher nur 17.
Die neu zugeführten Divisionen sind kampfungewohnt und bei der geringen Ausstattung mit Artillerie, panzerbrechenden Waffen und Panzerbekämpfungsmitteln nicht imstande, feindliche Großangriffe nach mehrstündigem Trommelfeuer und starken Bombenangriffen auf die Dauer erfolgreich abzuwehren. Wie die Kämpfe gezeigt haben, wird bei dem feindlichen Materialeinsatz auch die tapferste Truppe Stück für Stück zerschlagen.
Die Nachschubverhältnisse sind durch die Zerstörungen des Bahnnetzes, die starke Gefährdung der Straßen und Wege bis zu 150 km hinter der Front durch die feindliche Luftwaffe derart schwierig, daß nur das Allernötigste herangebracht werden kann und vor allem mit Artillerie- und Werfermunition äußerst gespart werden muß. Neue nennenswerte Kräfte können der Front in der Normandie nicht mehr zugeführt werden. Auf der Feindseite fließen Tag für Tag neue Kräfte und Mengen an Kriegsmaterial der Front zu. Der feindliche Nachschub wird von unserer eigenen Luftwaffe nicht gestört. Der feindliche Druck wird immer stärker.
Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß es dem Feind in absehbarer Zeit – 14 Tage bis 3 Wochen – gelingt, die eigene dünne Front, vor allem bei der 7. Armee zu durchbrechen und in die Weite des französischen Raumes zu stoßen. Die Folgen werden unübersehbar sein.
Die Truppe kämpft allerorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen. Ich fühle mich verpflichtet, als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe dies klar auszusprechen.

[212] *Waffenstillstand zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten einerseits und Rumänien andererseits vom 12. September 1944*

Artikel 1
Rumänien führt den Krieg an der Seite der alliierten Mächte gegen Deutschland und Ungarn fort, um seine Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen. Zu diesem Zweck wird Rumänien mindestens zwölf Divisionen Infanterie zur Verfügung stellen. Die militärischen Operationen der rumänischen Streitkräfte, insbesondere der Marine und der Luftwaffe, werden unter russisches Oberkommando gestellt.
Artikel 2
Rumänien entwaffnet und interniert alle deutschen und ungarischen Streitkräfte auf rumänischem Boden. Alle Staatsangehörigen dieser beiden Ländern werden interniert.
[...]

Artikel 7
Rumänien verpflichtet sich, alle im Augenblick in seinem Besitz befindlichen Waffen und alles Kriegsmaterial von Deutschland und seinen Satellitenländern an das sowjetische Oberkommando abzuliefern, einschließlich der deutschen Schiffe oder der seiner Satelliten, die sich im Augenblick in den rumänischen Gewässern befinden.
Artikel 8
Rumänien verpflichtet sich, mit Beschlag zu belegen die Güter jeglicher Art, insbesondere die Werte und Titel Deutschlands und Ungarns oder solche, die im Besitz ihrer Staatsangehörigen sind, die diese Länder oder die besetzten Länder bewohnen.

[213] *Zur Strategie der westlichen Verbündeten: Brief Eisenhowers vom 15. 9. 1944*

Lieber Montgomery,
Wir werden, hoffe ich, bald die Ziele erreicht haben, die ich uns in meiner letzten Direktive (Nr. 13 765) gesetzt habe, und damit im Besitz des Ruhr- und Saargebietes sowie der Gegend um Frankfurt sein. Inzwischen habe ich mir unseren nächsten Schritt überlegt.
Wie ich die Lage dann sehe, werden die Deutschen im Ruhrgebiet und um Frankfurt erbitterten Widerstand geleistet und dabei empfindliche Niederlagen erlitten haben. Ihre immer geringer werdenden Streitkräfte werden – vielleicht verstärkt durch hastig zusammengeraffte oder von anderen Kriegsschauplätzen abgezogene Truppenteile – wahrscheinlich versuchen, unseren Vormarsch auf die in Deutschland noch übrig gebliebenen wichtigen Ziele aufzuhalten. Durch Angriffe auf diese Ziele werden wir uns Möglichkeiten schaffen, mit den letzten Resten der deutschen Streitkräfte im Westen kräftig aufzuräumen, weitere Schlüsselstellungen zu besetzen und die Bevölkerung Deutschlands immer mehr in die Enge zu treiben.
Das Hauptziel ist selbstverständlich Berlin, zu dessen Verteidigung der Feind wahrscheinlich die Masse der ihm verbleibenden Streitkräfte zusammenziehen wird. Meiner Ansicht nach besteht kein Zweifel darüber, daß wir alle unsere Energie und unsere Mittel für einen schnellen Vorstoß auf Berlin einsetzen müssen.
Unsere strategischen Überlegungen müssen jedoch mit denen der Russen abgestimmt werden, so daß wir auch andere Ziele ins Auge fassen müssen.
Da ist das Gebiet der Ost- und Nordseehäfen Kiel, Lübeck, Hamburg, Bremen. Mit der Besetzung dieser Gebiete würden wir nicht nur die deutsche Kriegsmarine und ihre Nordseestützpunkte, den Nord-Ostsee-Kanal und ein großes Industriegebiet in die Hand bekommen, sondern auch aus Norwegen und Dänemark zurückflutenden deutschen Streitkräften den Weg versperren können. Außerdem werden wir das Gebiet oder mindestens einen Teil davon vielleicht als Flankendeckung für einen Vorstoß auf Berlin besetzen müssen. Da sind weiter Gebiete um Hannover-Braunschweig, Leipzig-Dresden. Sie sind sowohl industriell als auch versorgungsmäßig von Bedeutung und Verkehrsknotenpunkte auf dem Weg vom Ruhrgebiet und Frankfurt nach Berlin, so daß die Deutschen sie wahrscheinlich als Zwischenstellungen und Sicherung von Berlin halten werden.
Und schließlich sind da noch die Gebiete um Nürnberg, Regensburg und um Augsburg-München. Zu ihrer wirtschaftlichen und versorgungsmäßigen Wichtigkeit kommt die überragende politische Bedeutung Münchens hinzu. Vielleicht werden wir sogar gezwungen sein, dieses Gebiet zu besetzen, feindliche Streitkräfte abzuschneiden, die sich vom Balkan oder aus Italien zurückziehen.
Verständlicherweise können wir unsere Ziele daher erst in naher Zukunft genau festlegen und müssen uns auf eine oder mehrere der folgenden Möglichkeiten vorbereiten:

a) mit Teilen beider Heeresgruppen auf Berlin vorzustoßen und zwar entweder beiderseits der Linie Ruhrgebiet-Hannover-Berlin oder Frankfurt-Leipzig-Berlin oder beider Linien.
b) Sollten die Russen vor uns nach Berlin kommen, würde die nördliche Heeresgruppe das Gebiet um Hannover und Hamburg mit den Häfen besetzen und die mittlere Gruppe das Gebiet um Leipzig-Dresden oder Teile davon, je nachdem wie weit die Russen vorstoßen.
c) In jedem Falle würde die südliche Heeresgruppe des Gebiet Augsburg-München besetzen. Das Gebiet Nürnberg-Regensburg würde dann je nach der derzeitigen Lage die mittlere oder südliche Heeresgruppe besetzen.

Kurz zusammengefaßt, es ist mein Wunsch, auf dem direktesten und schnellsten Wege auf Berlin vorzustoßen, wobei die vereinigten amerikanisch-englischen Streitkräfte von den anderen noch verfügbaren Kräften unterstützt werden, die über die Schlüsselstellungen vorgehen und strategisch wichtige Gebiete an den Flanken besetzen – alle in einer gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Operation.
Zeitpunkt und Stärke der einzelnen Vorstöße lassen sich im jetzigen Stadium noch nicht angeben. Ich würde mich jedoch freuen, schon jetzt Ihren Standpunkt zu den allgemeinen, in diesem Brief aufgeworfenen Fragen zu erfahren.
Ihr aufrichtig ergebener
gez. Dwight D. Eisenhower

Antwort Montgomerys vom 18. 9. 1944

Mein lieber Ike,
Habe Ihren Brief vom 15. 9. 1944 erhalten und teile Ihnen dem Wunsche gemäß nachstehend in großen Zügen meinen Standpunkt zu den aufgeworfenen Fragen mit:
1. Ich weise darauf hin, daß die ganze Sache – was möglich und was nicht möglich ist – eng mit

der Versorgungslage zusammenhängt. Sehr wichtig ist auch der Faktor Zeit – was wir tun, müssen wir schnell tun.
2. In Anbetracht von Absatz 1 ist meiner Ansicht nach eine gemeinsame Operation, bei der alle verfügbaren Armeen durch Deutschland vorrücken, nicht möglich – die Transportmittel und die allgemeine Nachschublage lassen eine schnelle Durchführung nicht zu.
3. Streitkräfte von genügender Stärke für die vorliegende Aufgabe könnten jedoch versorgt und mit dem erforderlichen Nachschub unter der Voraussetzung beliefert werden, daß die allgemeine Richtung des Vorstoßes entsprechend gewählt wird, und vorausgesetzt, daß diese Streitkräfte bezüglich des Nachschubs in jeder Beziehung den Vorrang genießen.
4. Meine ganz persönliche Ansicht ist die, daß wir das, was wir wollen, nicht erreichen werden, wenn wir Ziele wie Nürnberg, Augsburg, München etc. anstreben oder unsere Streitkräfte in Mitteldeutschland festlegen.
5. Für das beste Ziel halte ich das Ruhrgebiet und von dort weiter nach Berlin auf dem nördlichen Wege. Auf diesem Wege liegen die Häfen, und auf diesem Wege können wir unsere Seemacht am besten zum Tragen bringen. Auf allen anderen Wegen würden wir lediglich möglichst viele deutsche Streitkräfte binden.
6. Wenn Sie Absatz 5 zustimmen, würde meiner Ansicht nach die 21. Heeresgruppe zuzüglich der neuen Divisionen der 1. amerikanischen Armee ausreichen. Diese Streitkräfte müßten dann alles an Nachschub bekommen, was sie brauchen, und die anderen Armeen müßten bei ihren Operationen mit dem auskommen, was übrigbleibt.
7. Wenn Sie Absatz 5 nicht für richtig halten und der Ansicht sind, daß die richtige Stoßrichtung von Frankfurt aus durch Mitteldeutschland führt, so schlage ich vor, daß die 12. Heeresgruppe mit ihren drei Armeen dafür eingesetzt wird und dann ihrerseits allen nötigen Nachschub bekommt. Die 21. Heeresgruppe würde dann mit dem, was übrigbleibt, ihr Bestes zu leisten versuchen, oder vielleicht würde auch die 2. englische Armee zur Unterstützung des Vorstoßes auf dem linken Flügel gebraucht werden.
8. Kurz, da die Zeit drängt, müssen wir meines Erachtens entscheiden, was nötig ist, um nach Berlin zu gelangen und den Krieg zu beenden; alles andere spielt eine nebensächliche Rolle. Drei Armeen reichen dazu meiner Meinung nach aus, wenn sie den nördlichen Weg wählen, und auch die Nachschubfrage ließe sich in diesem Falle lösen. Über den südlichen Weg habe ich kein Urteil.
9. Ich bin der Ansicht, daß über unsern Plan und unsere Ziele jetzt entschieden werden und alles entsprechend vorbereitet werden sollte. Ich möchte mich also nicht damit einverstanden erklären, daß wir damit, wie Sie in Ihrem Brief andeuten, bis in die nahe Zukunft warten können.
10. Um noch einmal zusammenzufassen: Ich empfehle einen Vorstoß auf dem nördlichen Wege über das Ruhrgebiet siehe Absatz 5. In diesem Falle würde Absatz 6 in Kraft treten.
11. Ich hoffe, daß damit alles klar ist. Es stimmt im übrigen mit meinen Ansichten überein, die ich Ihnen mit meinem Funkspruch vom 4. September mitteilte.
Stets Ihr
gez. B. L. Montgomery

Eisenhower erwiderte am 20. September:

Lieber Monty,
mit Ihrem Brief vom 18. September stimme ich in großen Zügen vollkommen überein und glaube nicht, daß irgendein größerer Unterschied zwischen unseren Auffassungen besteht.
Ich habe niemals andeuten wollen, daß ich an einen Vormarsch durch Deutschland mit allen Armeen nebeneinander denke.
Insbesondere stimme ich mit Ihnen im folgenden überein: Von den verschiedenen Wegen für den großen Offensivvorstoß ins Innere Deutschlands bevorzuge ich den vom Ruhrgebiet aus nach Berlin. Eine Vorbedingung dafür ist allerdings unter dem Gesichtspunkte des Nachschubs die baldige Eroberung der Zugänge zum Hafen von Antwerpen, damit dieser Flügel ausreichend versorgt werden kann. Nebenbei bemerkt, habe ich nicht Ihren Vorschlag bezüglich des Schiffsraumes bekommen, den die 21. Heeresgruppe zur Versorgung auf diesen Vorstoß benötigt.
In einem Punkt bin ich jedoch, wenn ich Ihre Gedanken richtig auslege, anderer Ansicht als Sie. So wie ich Ihren Brief verstehe, sagen Sie, daß alle unsere Divisionen außer der 21. Heeresgruppe und etwa 9 Div. der 12 HGr. an der Stelle stehen bleiben können, an der sie sind, und daß wir allen diesen Divisionen ihre Transportmittel und alles übrige wegnehmen können, um einen einzigen dolchartigen Vorstoß auf Berlin zu unterstützen. Vielleicht meinen Sie es nicht so, aber das ist bestimmt nicht möglich.
Was ich wirklich beabsichtige, ist vielmehr, unsere Armeen längs der deutschen Westgrenze, wenn möglich, bis an den Rhein, vorrücken zu lassen, durch möglichst baldige, volle Inbetriebnahme des Antwerpener Hafens eine angemessene Versorgung sicherzustellen und dann den von

Ihnen vorgeschlagenen Vorstoß zu unternehmen. Bradleys ganze Heeresgruppe – ausgenommen die Armee seines linken Flügels, die seinen Hauptbeitrag zu dem Vorstoß leistet – wird dann so vorrücken, daß sie stets in der Lage ist, den Hauptstoß zu unterstützen und deutsche Truppenkonzentrationen vor seiner Front oder an seinen Flanken zu verhindern.
Ich habe bereits den Chef des Stabes angewiesen, so bald wie möglich eine Aussprache mit den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und den Nachschubbearbeitern herbeizuführen, und bin überzeugt, daß wir diese Sache unter einen Hut bringen werden. Ich möchte nur sicherstellen, daß auch unsere anderen Streitkräfte, wenn Sie mit Ihrer Heeresgruppe auf Berlin vorstoßen und Bradley Sie dabei mit seinem linken Flügel unterstützt, in der Lage sind, den Erfolg dieses Unternehmens zu sichern. Denn sonst müßte der Hauptvorstoß selbst für seine Rücken- und Flankendeckung unterwegs so viele Kräfte abgeben, daß er sich sehr bald totlaufen würde.

[214] *Waffenstillstandsabkommen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien einerseits und Finnland andererseits vom 19. September 1944*

Nachdem die finnische Regierung die von der Sowjetunion gestellte Vorbedingung hinsichtlich eines Bruches mit Deutschland und Zurückziehung der deutschen Truppen aus Finnland angenommen hat und der Abschluß des künftigen Friedensvertrages vorbereitet wurde, indem gewisse Bedingungen dieses Friedensvertrages in einem Waffenstillstandsabkommen festgelegt werden, haben die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung seiner Majestät im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland im Namen aller verpflichteten Nationen, die mit Finnland im Kriege sind, einerseits, und die finnische Regierung andererseits über den Abschluß des vorliegenden Waffenstillstandsabkommens entschieden, dessen Durchführung kontrolliert wird vom sowjetischen Oberkommando, welches gleichzeitig für die Vereinigten Nationen handelt, die mit Finnland im Kriege sind, und im nachfolgenden "alliiertes (sowjetisches) Oberkommando" genannt wird...
Artikel 1
Im Zusammenhang mit der Einstellung der Kampfhandlungen von seiten Finnlands am 4. September 1944 und von seiten der Sowjetunion am 5. September 1944 verpflichtet sich Finnland, seine Truppen hinter die Linien der sowjetisch-finnischen Grenze von 1940 zurückzuziehen, wie es in dem Zusatz niedergelegt ist, der dem nachfolgenden Abkommen angefügt ist.
Artikel 2
Finnland verpflichtet sich, die deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte zu entwaffnen, die nach dem 15. September 1944 noch in Finnland geblieben sind, und sie dem alliierten (sowjetischen) Oberkommando als Kriegsgefangene auszuliefern. Bei dieser Aufgabe wird die sowjetische Regierung die finnische Armee unterstützen. Außerdem verpflichtet sich die finnische Regierung, die auf finnischem Gebiet befindlichen deutschen und ungarischen Staatsangehörigen zu internieren.
[...]
Artikel 5
Nachdem Finnland alle Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, verpflichtet es sich, auch zu den Satelliten Deutschlands alle Beziehungen abzubrechen.
[...]
Artikel 15
Finnland verpflichtet sich, dem alliierten (sowjetischen) Oberkommando alle Kriegsgüter Deutschlands und seiner Satelliten, die sich auf finnischem Gebiet befinden, als Beute auszuhändigen, einschließlich der Flotten- und anderen Schiffe, die diesen Ländern gehören und die sich in finnischen Gewässern befinden.
Artikel 16
Finnland verpflichtet sich, die Ausfuhr oder Enteignung irgendwelcher Art von Eigentum (einschließlich Wertsachen und Geld), das Deutschland oder Ungarn oder ihren Staatsangehörigen oder Personen, die in ihren Gebieten oder von ihnen besetzten Gebieten wohnhaft sind, gehört, nicht ohne Erlaubnis des alliierten (sowjetischen) Oberkommandos zu gestatten.
[...]
Artikel 21
Finnland verpflichtet sich, alle Pro-Hitler-Organisationen (nach faschistischer Art) aufzulösen, die in finnischem Gebiet bestehen, und zwar sowohl politische, halbmilitärische als auch andere Organisationen, die gegenüber den Vereinigten Nationen, insbesondere der Sowjetunion, feindliche Propaganda treiben, und es wird das Bestreben von Organisationen dieser Art in Zukunft nicht gestatten...
Ausgefertigt in Moskau am 19. September 1944.

16. KAPITEL

DAS "INSELSPRINGEN" DER AMERIKANER IM PAZIFIK (1943/1944)

Nachdem die amerikanischen Stabschefs im Frühjahr 1942 den pazifischen Kriegsschauplatz in zwei neue Kommandobereiche gegliedert hatten (Südwestpazifik: General MacArthur; Zentralpazifik: Admiral Nimitz), erteilten sie den beiden Oberbefehlshabern klar umrissene Aufträge: Sie sollten die Verkehrsverbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Australien gewährleisten, ein weiteres Vordringen der Japaner verhindern, die Verteidigung Nordamerikas unterstützen und gleichzeitig amphibische Operationen zur Rückeroberung der von Japan besetzten Gebiete vorbereiten. Allerdings konnten die für 1943/44 geplanten Unternehmungen nicht so zügig durchgeführt werden, wie es die beiden Oberbefehlshaber gewünscht hätten. Angesichts der Entscheidung, "Germany first" zu schlagen, standen der anglo-amerikanischen Kriegführung im Pazifik nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Während die Amerikaner ihre Streitkräfte in Europa von 380 000 Mann (1942) bis Ende 1943 auf 1,4 Millionen erhöhten (bzw. von 8 auf 17 Divisionen; von 2 065 Kampfflugzeugen aller Art auf 8 237) verstärkten sie diejenigen im Pazifik von von 463 000 auf 912 000 Mann (bzw. von 9 auf 13 Divisionen, von 1 910 auf 4 254 Kampfflugzeuge aller Art). Lediglich stärkere Seestreitkräfte setzten sie im Pazifik ein: Ende 1943 kämpften 713 Kriegsschiffe gegen Japan (davon 13 Schlachtschiffe, 28 Flugzeugträger, 32 Kreuzer und 123 U-Boote) und 515 gegen Deutschland (davon 6 Schlachtschiffe, 10 Flugzeugträger, 10 Kreuzer und 40 U-Boote).

Immerhin: mit den bereits genannten Operationen des Jahres 1942, begleitet von Nebenoperationen zur Wiedergewinnung der Aleuten-Inseln (Attu und Kiska), um japanischen Angriffen auf Alaska zuvorzukommen, hatte sich die Kriegswende im Pazifik angebahnt. Doch war es auf alliierter Seite auch über die Japan gegenüber zu verfolgende Strategie zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen. General McArthur hielt es – vor allem operativ gesehen – für am günstigsten, entlang der Nordküste Neuguineas in Richtung auf die Philippinen vorzustoßen. Auf diese Weise glaubte er, nicht nur die Schwerpunkte der japanischen Stellungen umgehen, sondern auch durch die Eroberung der Philippinen den für den Gegner lebenswichtigen Nachschub aus den Rohstoffgebieten unterbrechen zu können. MacArthur wollte damit zugleich sein Versprechen gegenüber den Filipinos einlösen, das Land zu befreien. (Der General hatte auf Befehl Roosevelts am 17. 3. 1942 Mindanao verlassen und dabei dieses Versprechen abgegeben.)

Demgegenüber vertrat Admiral Nimitz die Auffassung, daß diese Operationen zu zeitraubend seien und die Schlagkraft der Flotte nicht genügend ausnützten. Er und Admiral King (Chef der US-Seekriegsleitung) schlugen vielmehr vor, den direkten Weg quer über den Pazifik gegen Japan zu wählen. Der Vorstoß sollte in weiten Sprüngen von den Gilbert- über die Marshall-Inseln und die Marianen nach Formosa und zu der chinesischen Küste führen. Zunächst beschlossen die Vereinigten Stabchefs, beide Wege einzuschlagen.

Den großen raumgreifenden amphibischen Operationen gingen im Juni 1943[216] die Landung auf der Insel Rendowa (Neu-Georgia) voraus. Am 5. 8. eroberten die Amerikaner den Flugplatz von Neu-Georgia, den sie als wichtige Basis für ihre eigenen Luftstreitkräfte benutzten. Dann leiteten sie die Operationen gegen Neuguinea und Rabaul, den starken japanischen Marine- und Luftstützpunkt, ein. Die Landungen auf Bougainville, Kap Gloucester (Neu-Britannien), in Nordost-Neuguinea und auf den Admiralitätsinseln (Februar 1944) neutralisierten schließlich Rabaul; bis Ende Juli 1944 waren auch die Nord- und Nordwestküste Neuguineas in amerikanischer Hand und damit die starke 18. japanische Armee bei Wewak

abgeschnitten. Unterdessen hatten die Kräfte von Admiral Nimitz (5. Flotte) ihre Offensive über die Gilbert-Inseln, die Marshall-Inseln bis zu den Marianen (Guam, Tinian und Saipan) vorgetragen.

Über die endgültige Hauptstoßrichtung des amerikanischen Angriffes war jedoch noch immer keine volle Einigung erzielt worden. Den Vorschlag der Vereinigten Stabchefs vom Juni 1944, die Philippinen und Formosa zu umgehen und direkt in Süd-Kyushu (Japan) zu landen, lehnte General MacArthur mit dem Hinweis ab, das sei Verrat an den Philippinen; überdies seien für eine solche Operation die Schwierigkeiten des Transports und Nachschubs zu groß. Statt dessen schlug er den sog. Zeitplan "Reno V" vor. Danach sollten Mindanao, Leyte, Nordluzon, Mindoro und Zentral-Luzon vom 25. 10. 1944 bis 1. 4. 1945 nacheinander von den Verbänden des Südwest- und Zentralpazifik-Kommandos erobert werden. Roosevelt überzeugte sich am 26./27. 7. 1944 in Honolulu von der "moralischen Notwendigkeit und den strategischen Vorteilen" (Anderson) dieses Planes; so wurde dessen Ausführung befohlen, die, von zeitlichen Verzögerungen und kleinen Varianten abgesehen, vollkommen gelang. Nicht zuletzt deshalb, weil in den Seeschlachten bei den Philippinen und in der Seeluftschlacht in der Leyte-Bucht (wohl der größten Seeschlacht in der Geschichte) die amerikanische Seeherrschaft endgültig gesichert wurde. Damit war das Ende der japanischen Flotte besiegelt.

Zu diesem Zeitpunkt war der Kampf Japans [217][218] bereits ebenso aussichtslos geworden wie die verzweifelten Anstrengungen Deutschlands auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Mochte die japanische Politik weiterhin die Kräfte und nationalistischen Strömungen Asiens durch Konzessionen an China [215] – Unabhängigkeitsversprechen auf den Philippinen und in Burma – hinter sich zu vereinigen oder auszunutzen suchen, ihre Parolen hatten bereits weithin an Zugkraft verloren, nachdem die japanische Besatzungspolitik das wahre Antlitz der Befreier enthüllt hatte, und der anglo-amerikanische Sieg in greifbare Nähe gerückt war.

DOKUMENTE

[215] *Vertrag zwischen Japan und Nationalchina über die Rückgabe der internationalen Niederlassung Schanghais vom 30. Juni 1943*

Artikel 1
Die Durchführung der Rückgabe der Verwaltungsrechte über die Konzession beruht auf den Vorschriften über Landbesitz in der internationalen Niederlassung in Schanghai und soll auf Grund dieser Bestimmungen am 1. August des 18. Jahres der Schowa-Periode, d. h. des 32. Jahres der chinesischen Republik erfolgen.
Artikel 2
Alle öffentlichen Einrichtungen, Guthaben und Eigentumsrechte, auf die der Gemeinderat der internationalen Niederlassung in Schanghai einen Anspruch hat, sollen ohne Entschädigung der chinesischen Republik in ihrem gegenwärtigen Zustand übertragen und alle Verpflichtungen des obenerwähnten Rates sollen von der chinesischen Republik in ihrem augenblicklichen Zustand übernommen werden.
Artikel 3
Die Regierung der chinesischen Republik soll die Rechte und Interessen hinsichtlich des Landbesitzes und der Rechte an Grund und Boden, die die japanische Regierung und japanische Staatsangehörige in der internationalen Niederlassung und an den dazugehörigen Straßen haben, auf Grund der bestehenden Bedingungen respektieren und bestätigen und die notwendigen Maßnahmen für diesen Zweck ergreifen.
Artikel 4
Nach der Durchführung der Rückgabe der Verwaltungsrechte auf Grund der Vorschriften über Landbesitz in der internationalen Niederlassung und der entsprechenden Bestimmungen soll die Regierung der chinesischen Republik bei der Verwaltung des obengenannten Gebietes mindestens den gleichen Standard wie bisher beibehalten, was die Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse und das soziale Wohlbefinden der in der Niederlassung wohnenden japanischen Staatsangehörigen betrifft.
[...]

[216] *Memorandum des Ausschusses der Stabschefs: Strategischer Plan für die Niederwerfung Japans, am 18. Mai 1943 gebilligt*

1. Anlage "A" enthält eine kurze Erörterung über einen strategischen Plan für die Niederwerfung Japans.
2. Grundlage für den Plan ist die nachfolgende strategische Gesamtkonzeption für die weitere Kriegführung.
a) In Zusammenarbeit mit Rußland und anderen Verbündeten sind die Achsenmächte in Europa zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen.
b) Gleichzeitig ist in Zusammenarbeit mit den betreffenden anderen Mächten im Pazifik der Druck auf Japan unablässig aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um auf diese Weise die militärische Macht Japans ständig zu schwächen und um Positionen zu gewinnen, von denen aus es schließlich zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden kann.
c) Nach dem Sieg über die Achsenmächte in Europa sind in Zusammenarbeit mit anderen Mächten im Pazifik und nach Möglichkeit auch mit Rußland die Mittel der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in vollem Umfang so einzusetzen, daß die bedingungslose Kapitulation Japans erzwungen wird. Sollten sich jedoch Verhältnisse ergeben, die darauf hindeuten, daß sich der Krieg als Ganzes durch die zeitlich vorverlegte Einleitung einer Großoffensive gegen Japan schneller zum erfolgreichen Abschluß bringen läßt, so kann die hier dargelegte strategische Konzeption umgekehrt werden.
3. Angesichts der Langfristigkeit (der Planung) und der unvermeidlichen Änderungen der Verhältnisse, die nicht vorauszusehen sind, ist es nicht möglich, (heute) den Plan (schon) in endgültig aufeinander abgestimmte Phasen aufzugliedern. Unter diesem Vorbehalt in bezug auf Zeit und Koordinierung sieht der Plan wie folgt aus:

Phase I:
a) Fortsetzung und Ausweitung der gegenwärtigen Unternehmen in China und von China aus. Chinesische Verbände, unterstützt durch amerikanische Verbände.
b) Rückeroberung von Burma. Britische Verbände, unterstützt durch amerikanische und chinesische Verbände.
c) Öffnung einer Verbindung zur Celebes-See. Amerikanische Verbände.
Phase II:
a) Operationen mit dem Ziel, die Malakka-Straße zu öffnen und die feindlichen Verbände zu zerstreuen. Britische Verbände.
b) Rückeroberung der Philippinen. Amerikanische Verbände.
c) Vorbereitung zur Eroberung von Hongkong. Chinesische Verbände.
Phase III:
a) Fortsetzung der Operationen mit dem Ziel, die Malakka-Straße zu öffnen und feindliche Verbände zu zerstreuen. Britische Verbände.
b) Gewinnung der Herrschaft über den Nordteil des Südchinesischen Meeres und die Unterstützung bei der Eroberung von Hongkong. Amerikanische Verbände.
c) Eroberung von Hongkong. Chinesische Verbände.
Phase IV:
Schaffung von Luftstützpunkten im japanisch besetzten China, von denen aus eine massive Luftoffensive gegen Japan geführt werden kann. Chinesische Verbände, unterstützt durch britische und amerikanische Verbände.
Phase V:
Durchführung einer massiven Luftoffensive gegen Japan. Amerikanische Verbände, unterstützt durch britische und chinesische Verbände.
Phase VI:
Invasion in Japan.
Amerikanische Verbände, unterstützt durch britische und chinesische Verbände.

Anlage "A"
Strategischer Plan für die Niederwerfung Japans.
4. Ziel des Planes:
Das Ziel der Vereinten Nationen ist die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte. Um dieses Ziel zu erreichen, ist unter Umständen die Invasion Japans erforderlich.
5. Wahrscheinliche Pläne Japans.
Japans wahrscheinlichste Pläne werden sich darauf konzentrieren, das von ihm beherrschte Gebiet zu sichern und auszubeuten sowie China aus dem Kriegsgeschehen auszuschalten.

6. Die Invasion Japans.
Da es sich bei der Invasion Japans um ein gewaltiges Unternehmen handelt, sollte sie erst unternommen werden, wenn der Widerstandswille Japans so geschwächt ist, daß günstige Verhältnisse für eine Invasion bestehen. Unter diesen Bedingungen wird die Invasion Japans für durchführbar gehalten.
Wahrscheinlich läßt sich die Schwächung der Widerstandskraft und des Widerstandswillens Japans nur durch eine anhaltende, systematische und großangelegte Luftoffensive gegen Japan selbst erreichen.
7. Eine massive Luftoffensive gegen Japan.
Eine Luftoffensive des erforderlichen Ausmaßes läßt sich nur von Stützpunkten in China aus durchführen.
8. Rückeroberung Burmas.
Die Errichtung von Stützpunkten in China für die Luftoffensive gegen Japan hängt von der weiteren Teilnahme Chinas am Kriege ab, ebenso von der Einrichtung ausreichender Nachschubwege, die nicht nur der Versorgung Chinas, sondern auch der Versorgung der Truppen der Vereinten Nationen dienen, die in und von China aus operieren sollen. Die Rückeroberung Burmas ist eine Voraussetzung für die Schaffung ausreichender Stützpunkte in China. Die Kapazität der Burmastraße, ergänzt durch die Luftlinie aus Indien, reicht nicht aus, um die Luftwaffen- und Bodentruppen zu versorgen, die benötigt werden, um eine Luftoffensive des erforderlichen Ausmaßes durchzuführen. Die Eroberung eines Hafens in China zur Ergänzung der durch Burma führenden Nachschubwege ist wesentlich.
9. Die Eroberung eines Hafens in China.
Hongkong ist der geeignetste Hafen, der zunächst erobert werden könnte. Zu seiner Eroberung muß vom Inneren Chinas her durch Verbände, die über Burma versorgt werden, sowie wahrscheinlich durch amphibische Unterstützungsoperationen eine Offensive unternommen werden. Die Beherrschung des Südchinesischen Meeres durch die Vereinten Nationen wird erforderlich sein, um Japan daran zu hindern, diesen Maßnahmen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.
10. Ein Verbindungsweg nach Hongkong.
Die praktischste Seeverbindung nach Hongkong von den Vereinigten Staaten aus führt durch die Celebes-See und die Sulu-See, die vom Vereinigten Königreich durch die Malakka-Straße. Die Schaffung dieser Verbindungen erfordert die Neutralisierung der japanischen Stützpunkte auf den nördlichen Ostindischen Inseln, den Philippinen, Formosa sowie auf dem asiatischen Festland im Süden von Hongkong. Die Beherrschung dieser Gebiete wird Japan an der Versorgung seiner in Niederländisch-Ostindien stationierten Verbände hindern und Japan die wirtschaftlichen Vorteile entziehen, die ihm diese Gebiete bringen. Operationen mit dem Ziel der Schaffung eines Verbindungsweges nach Hongkong und der Beherrschung des Südchinesischen Meeres werden für durchführbar gehalten.
11. Ein Verbindungsweg von Hawaii zur Celebes-See.
Dieser Verbindungsweg zur Celebes-See wird durch Vordringen in die Gebiete des Zentral- und Südwestpazifiks hergestellt mit dem Ziel, den Seeweg zu verkürzen, ihn zu sichern und um den Feind an der Ausnutzung von Stützpunkten und Mitteln zu hindern, mit deren Hilfe er den Verbindungsweg stören könnte.
12. Ein Verbindungsweg durch die Malakka-Straße.
Obwohl der Nachschub für die in China stehenden Verbände hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten kommen wird, handelt es sich bei den Operationen zur Öffnung der Malakka-Straße nach der Rückeroberung von Burma um einen außerordentlich wichtigen Bestandteil des Planes. Der Feind muß ständig gezwungen werden, seine Verbände über die Gebiete des Pazifiks und Asiens zu zerstreuen und sie so der Zermürbung an einer weiteren Front in Südostasien auszusetzen. Für dieses Gebiet sind in strategischer Hinsicht die Briten zuständig und dieses Unternehmen bildet ein geeignetes und durchführbares Objekt für Operationen der Verbände des britischen Commonwealth.
13. Seeherrschaft.
Da sich mit der Beherrschung des westlichen Pazifiks durch die Vereinten Nationen die bedingungslose Kapitulation Japans vielleicht noch vor einer Invasion und sogar noch vor einer intensiven Luftoffensive gegen Japan erzwingen läßt, werden die Vereinigten Staaten alles unternehmen, um diese Seeherrschaft zu gewinnen. Die Schaffung des Verbindungsweges zur Celebes-See wird als das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes dienen. Die Wahl der Zwischenziele, die den Feind zwingen werden, seine Seestreitkräfte zu exponieren, wird der wichtigste Einzelfaktor bei der Bestimmung der zu erobernden Positionen des Feindes sein.
Ein ständig zu verfolgendes Ziel wird darin bestehen, die feindliche Schiffahrt, Luftwaffe und Marine zu zermürben. Angriffe auf japanische Verbindungswege sowie Angriffe mit Trägerflugzeugen auf japanische Positionen bis nach Japan selbst hin werden in gleichem Maße durchgeführt, wie unsere Macht zur See wächst.

[217] *Allgemeine Beschreibung der auf der Kaiserlichen Konferenz vom 30. September 1943 angenommenen Richtlinien für die weitere Kriegführung Japans*

Richtlinien
1. Japan wird sich beschleunigt eine strategische Position schaffen, um die Vereinigten Staaten und Britannien zu besiegen, indem es feindliche Offensiven zerschlägt, um so den Ausgang des Krieges noch in diesem oder im nächsten Jahr zu entscheiden; gleichzeitig schafft es sich auf schnellstem Wege die für die Entscheidung notwendige Kampfkraft – besonders in der Luft – und führt den Krieg gegen die Vereinigten Staaten und Britannien aus eigener Initiative.
2. Japan wird weiterhin die Zusammenarbeit mit Deutschland verstärken und sich unablässig um die erfolgreiche Beendigung des gemeinsamen Krieges bemühen und wird auch die Initiative zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion ergreifen.
3. Japan wird sich sofort das für den Entscheidungskampf notwendige innere Gefüge schaffen und weiter an der Festigung der Einheit Großostasiens arbeiten.
Durchführung der Richtlinien
1. Die strategische Position zur Abwehr der anglo-amerikanischen Invasion wird unter Überwindung aller Schwierigkeiten bis spätestens etwa Mitte 1944 geschaffen; in der Zwischenzeit werden die feindlichen Offensivkräfte bei jeder sich bietenden Gelegenheit angegriffen und vernichtet.
Die im Pazifischen und Indischen Ozean im Verlauf des Krieges um jeden Preis zu haltenden strategischen Gebiete sind die Kurilen, die Bonin-Inseln, die innere Südsee (Mittel- und Westteil) sowie der Westteil von Neuguinea, die Sunda-Inseln und Burma.
Die Seeverbindungen innerhalb des unmittelbaren nationalen Verteidigungsraumes sind während des ganzen Krieges zu sichern.
2. Japan wird bis zum äußersten bestrebt sein, den Ausbruch eines Krieges mit der Sowjetunion zu verhüten, und die Initiative zur Verbesserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen ergreifen und wird auch bestrebt sein, bei passenden Gelegenheiten als Friedensmittler zwischen der Sowjetunion und Deutschland aufzutreten.
3. Japan wird seinen Druck gegen Tschungking unablässig aufrechterhalten und die chinesische Frage bei der ersten möglichen Gelegenheit regeln; dabei muß es insbesondere die in China stationierten feindlichen Luftstreitkräfte daran hindern, unser Heimatgebiet zu bombardieren und unseren Schiffsverkehr zu stören.
4. Japan wird jede Möglichkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit Deutschland wahrnehmen. Es werden jedoch alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Ausbruch eines Krieges mit der Sowjetunion zu verhüten.
5. Japan muß sich das Vertrauen der Staaten und Völker Großostasiens erwerben und ihnen den Weg zeigen, um sie für die Zusammenarbeit mit Japan bei seinen Kriegsanstrengungen zu gewinnen und darin weiter zu bestärken. Auf Bestrebungen des Feindes zur politischen Beeinflussung der Staaten und Völker Großostasiens ist sorgsam zu achten, und es sind die erforderlichen Schritte zur Unterbindung derartiger Bestrebungen des Feindes zu unternehmen.
6. Der Kaiserliche Generalstab und die Regierung werden die Zusammenarbeit bei der Erfüllung ihrer gemeinsamen Aufgabe weiter verstärken und den Krieg mit frischer Kraft führen.
7. Es werden energische Maßnahmen getroffen, um die entscheidende Kampfkraft, besonders der Luftwaffe, zu schaffen. Die Kühnheit, die die Nation braucht, um die Krise zu meistern, muß gestärkt werden, um die gesamte Kraft der Nation in die Waagschale zu werfen.
8. Die Propaganda gegen den Feind ist nach festen Richtlinien zu führen und in der Hauptsache darauf auszurichten, die Sache der Achsenmächte zu fördern, Japans Politik in Großostasien zu propagieren, unseren Hauptfeind, die Vereinigten Staaten, zu demoralisieren, die Vereinigten Staaten, Britannien, China und die Sowjetunion untereinander zu entzweien und Indien bei der Erlangung seiner Unabhängigkeit zu unterstützen.

[218] *Aus der Rede des Ministerpräsidenten Tojo im Japanischen Reichstag vom 26. Oktober 1943*

Wenn wir nun die gegenwärtige Kriegslage überblicken, so sehen sich jetzt die Vereinigten Staaten und England, die eine Niederlage nach der anderen erlitten haben, zu ihrer Verblüffung vor die Tatsache gestellt, daß die Kampfkraft Japans durch den festen Zusammenschluß der Bevölkerung in Großbritannien mit Japan als Kern und durch die Ausnutzung der reichlich vorhandenen Rohstoffe für die Kriegführung eine beschleunigte Verstärkung erfährt. Sie sind daher zu dem Entschluß gekommen, Japan einen entscheidenden Gegenschlag zu versetzen und

uns niederzuwerfen. Aller Gefahr trotzend unter Einsatz jeden Mittels, haben die Feinde ihre Gegenoffensive vorgetragen, so daß die Kampfhandlungen von Tag zu Tag an Heftigkeit zugenommen haben. Japan benutzt aber diese Gelegenheit dazu, um dem blind vorstürmenden Feind schwere Schläge zu versetzen, seine Kampfkraft zu vernichten und sich den Weg zum Endsieg zu sichern.
In so einer gespannten Lage besteht die Pflicht des japanischen Volkes einzig und allein in der schleunigen Vergrößerung und Verstärkung unserer Kampfkraft. Sie liegt darin, die Kampfkraft, die den Feinden vernichtende Schläge versetzen und uns den Endsieg garantieren soll, sobald wie möglich herzustellen und ständig aufrechtzuerhalten, damit den Erfordernissen der Front völlig entsprochen werden kann....
In Großostasien schafft das gewaltige Werk, die unter dem angelsächsischen Druck leidenden Völker von ihren Fesseln zu befreien, mit sicherem Gang, Schritt um Schritt, sein Fundament. Nach Birma hat jetzt auch die Philippinische Republik ihre Selbständigkeit erhalten. Alles, was Japan auf Grund der internationalen Gerechtigkeit versprochen hat, ist stets verwirklicht worden. Das ist auch nichts anderes, als der Ausdruck der japanischen Reichsgründungsidee des "Hakko-Ichu", und findet die tiefste Genugtuung unseres Volkes.
Mandschukuo nimmt im Zusammenwirken des ganzen Volkes eine gewaltige Entwicklung, wobei Seine Majestät der Kaiser persönlich als großes Vorbild vorangeht. Die Freundschaft zwischen Mandschukuo und Japan wird immer inniger. Indem Japan Mandschukuo für seine unveränderte Zusammenarbeit mit Japan dankt, ist es fest entschlossen, seiner weiteren Entwicklung alle Unterstützung zu gewähren.
Was die Republik China betrifft, hat, wie Ihnen bekannt ist, Japan in Verfolg seiner festgelegten Politik seit Anfang dieses Jahres rasch konkrete Maßnahmen zur Lösung vieler Probleme, darunter der Rückgabe der Konzessionen ergriffen. In bezug auf die radikale Revision des grundlegenden Vertrages zwischen Japan und China hat die Arbeit so schnelle Fortschritte gemacht, daß diese Revision in Kürze feste Gestalt annehmen wird.
Als kürzlich der Präsident und Chef der Exekutive Wang Ching Wai Japan besuchte, habe ich mit ihm über die gemeinsame Kriegführung beider Länder eine offene Aussprache gehabt und eine vollkommene Übereinstimmung unserer Meinungen festgestellt. Ich bezeuge erneut meine herzliche Hochachtung dem nationalchinesischen Volk mit seinem Präsidenten an der Spitze für seinen entschlossenen Willen, in Übereinstimmung mit der aufrichtigen Absicht Japans, die Schaffung eines chinesischen Staates für die Chinesen und zugleich die Freiheit für eine Milliarde Menschen in Ostasien anzustreben.
Im Gegensatz dazu empfinde ich großes Mitleid mit den Chinesen unter dem Tschungking-Regime, die in dieser Zeit der Entscheidung infolge ihres Bruderzwistes nicht an der Wiedererstehung von China teilnehmen und darüber hinaus nicht am gemeinsamen gewaltigen Werk der großostasiatischen Völker zusammenwirken können.
Thailand hat kürzlich vier Provinzen von Nord-Malya sowie zwei Schan-Staaten seinem Gebiet eingegliedert. Die Beziehungen zwischen Japan und Thailand werden tagtäglich immer enger. Für seine Zusammenarbeit mit uns ist ihm Japan herzlich verbunden. Japan ist auch seinerseits bereit, dem Aufstieg Thailands auch weiterhin völlige Unterstützung zu gewähren.
Birma hat zu unserer großen Freude am 1. August seine Selbständigkeit erhalten. Viele Jahre lag es, durch die Machtgelüste Englands seines nationalen Lebens beraubt, unter der Gewaltherrschaft der Briten im Todeskampf. Aber als der Großostasiatische Krieg ausbrach, hat es sich entschlossen erhoben und leistet seitdem Japan völlige Mitarbeit. Nun hat der langgehegte Wunsch des birmesischen Volkes seine Erfüllung gefunden und die Selbständigkeit Birmas ist Wirklichkeit geworden. Indem ich bei dieser Gelegenheit mit Ihnen zusammen Birma für seine Selbständigkeit und zukünftige erfolgreiche Entwicklung Glückwünsche ausspreche, bringe ich zugleich meinen Wunsch zum Ausdruck, daß Birma an der vordersten Linie der Verteidigung Großostasiens in Zusammenarbeit mit Japan seine tapferen Kämpfe weiter fortsetzt. Japan ist seinerseits fest entschlossen, keine Mühe zu scheuen, um Birma für seine Entwicklung Unterstützung und weitere Mitarbeit angedeihen zu lassen.
Am 14. Oktober erlebten wir den erfreulichen Tag der Verkündigung der Selbständigkeit der Philippinischen Republik. Damit ist es den Filipinos gelungen, von der über 400jährigen Herrschaft fremder Völker, insbesondere von dem in den letzten 40 Jahren ausgeübten Druck und Betrug der USA zu befreien. Nun sind die 18 Millionen Filipinos unter der tatkräftigen Führung von Präsident Laurel im Begriff, die Philippinen für die Filipinos aufzubauen und zugleich, mit Japan verbunden, zur Durchführung des großostasiatischen Krieges sowie zum auf Gerechtigkeit beruhenden Aufbau von Großostasien beizutragen. Japan wünscht, daß sich dieses gewaltige Werk des philippinischen Volkes günstig entwickeln möge, und ist seinerseits bereit, zu seiner Vollendung alle erforderliche Mitarbeit zu leisten.
Kürzlich haben wir die Erklärung über die den einzelnen Gebieten entsprechende Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung in Malaya, Sumatra, Java, Borneo, Celebes an der politischen Verwaltung ihrer Bezirke bekanntgegeben. Die konkreten Schritte dafür haben einen günstigen

Verlauf genommen. Die Völker leisten Japan für die Durchführung des großostasiatischen Krieges erfolgreiche Mitarbeit. Ich benütze diese Gelegenheit, dieser Bevölkerung erneut meinen herzlichen Dank auszusprechen, und erkläre meine Bereitwilligkeit, mich auch weiter zur Förderung ihrer Wohlfahrt einzusetzen.
Wie vorhin erwähnt, ist unsere Reichsgründungsidee, daß alle Länder den ihnen gebührenden Lebensraum erhalten und alle Völker Frieden und Sicherheit genießen sollen, Schritt um Schritt in die Wirklichkeit versetzt worden. Die ostasiatischen Länder, die lange Jahre hindurch der rücksichtslosen Ausbeutung durch USA, Großbritannien und die Niederlande ausgesetzt waren und darunter gelitten hatten, treten nun als Großostasien für Großostasien auf und beginnen einen tatkräftigen Start als Vorposten für die Schaffung einer auf Gerechtigkeit beruhenden neuen Welt.
Wenn wir uns Indien zuwenden, so sehen wir, daß sein 400-Millionen-Volk immer noch das schwere britische Joch trägt, wenn noch neuerdings der Expansionsdrang der USA hinzukommt, der den Druck auf das indische Volk erhöht und die Verlängerung seines unbeschreiblichen Elends herbeiführt. Die grausame britische Herrschaft und die ungeheuerlichen Gewaltakte der anglo-amerikanischen Truppen haben die Reibung und Gegensätze zwischen ihnen und der indischen Bevölkerung verstärkt und eine von einer tiefen sozialen Verwirrung begleitete, nie dagewesene Hungersnot hervorgerufen. Der Ernst der Lage, der von Tag zu Tag und von Monat zu Monat zunimmt, wird selbst von Großbritannien und den USA zugegeben. Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche indische Patrioten von den Briten in Haft gesetzt wurden und Millionen von unschuldigen Indern gegenwärtig den Qualen der Hungersnot ausgesetzt sind, bieten die Zustände in Indien der Welt ein wahrhaft tragisches Bild, das die ganze Menschheit zutiefst angeht. Wir können auf keinen Fall zulassen, daß ein solcher Zustand unverändert fortbesteht. In diesem Augenblick haben sich die Inder, die ihr Vaterland heiß lieben, vereint unter der Führung des Patrioten Subhas Chandra Bose erhoben, und am 21. dieses Monats wurde die Provisorische Regierung von Indien ausgerufen. Japan hat daraufhin am 23. des Monats diese Regierung anerkannt. Es bereitet uns eine große Genugtuung, in diesem Reichstag vor der Welt zu bekunden, daß Japan entschlossen ist, die genannte Regierung in jeder Weise zu unterstützen und die äußersten Anstrengungen für die Befreiung und Unabhängigkeit Indiens zu machen. Die völlige Unabhängigkeit und Freiheit Indiens sowie die fortdauernde Wohlfahrt seines 400-Millionen-Volks sind Japans aufrichtiger Wunsch. Ich hege nicht den geringsten Zweifel, daß Japan bei der Erreichung dieses Ziels nicht allein auf die herzliche Mitarbeit aller Völker Großostasiens rechnen kann, sondern auch den tiefempfundenen Wünschen aller rechtlich denkenden Menschen in der Welt entspricht. Es ist meine feste Überzeugung, daß die steigende Flut der Bewegung für die Befreiung und aktive Zusammenarbeit der Völker Großostasiens in einer nicht allzufernen Zukunft den glorreichen Tag der Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlfahrt Indiens herbeiführen wird....

17. KAPITEL

SIEG OHNE FRIEDEN: MILITÄRISCHER TRIUMPH UND POLITISCHES DILEMMA DER VERBÜNDETEN (1944/1945)

Im Herbst 1944 setzte die Agonie des Deutschen Reiches ein, begleitet von einer sich steigernden Bevölkerungsbewegung von Ost nach West. Hitler glaubte jedoch immer noch an das Unmögliche. Jetzt sollte das letzte Aufgebot von Kindern und Greisen ("Volkssturm") das Schicksal zwingen. Aber der Vormarsch der alliierten [220] und sowjetischen Streitkräfte auf allen Kriegsschauplätzen – der Sturm auf das Reich – war nicht mehr aufzuhalten. Statt die letzten verfügbaren Kräfte zur Abwehr im Osten einzusetzen, befahl Hitler die Ausführung der Ardennenoffensive (16. Dezember 1944) in der wahnwitzigen Hoffnung, die deutsche Wehrmacht könne das wiederholen, was sie 1940 geleistet hatte. Schon nach wenigen Tagen kamen die deutschen Operationen zum Stehen und der konzentrisch geführte alliierte Gegenangriff (3. 1. 1945) drückte die deutschen Armeen wieder auf ihre Ausgangsstellungen zurück. Die letzte Offensive der deutschen Wehrmacht war gescheitert.

Am 12. Januar 1945 traten die sowjetischen Truppen aus dem Baranowbrückenkopf auf Berlin an. Wenige Wochen später überschritten die alliierten Truppen auf breiter Front den Rhein. Ende April trafen diese beiden Angriffsspitzen an der Elbe zusammen. Jetzt entzog sich Hitler der irdischen Verantwortung [229], auf die die alliierte psychologische Kriegführung seit Herbst 1944 mit immer größerem Nachdruck hingewiesen hatte. Wenige Tage später – am 7. Mai 1945 – mußte sein Nachfolger, Großadmiral Dönitz, die bedingungslose Kapitulation unterschreiben lassen. Wohl verzögerte die letzte große Kontroverse zwischen General Eisenhower und General Montgomery [222] über die zweckmäßigste Hauptstoßrichtung der alliierten Armeen in Deutschland deren Vormarsch ins Herz Mitteleuropas, aber der militärische Triumph der verbündeten Armeen aus Ost und West wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Gemeinsam hatten die drei großen Verbündeten den bis zuletzt sich heftig und verzweifelt wehrenden Gegner besiegt. Russische, amerikanische, britische, kanadische und französische Truppen hielten Deutschland besetzt. Das gesamte öffentliche Leben im Reich war zusammengebrochen, die gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt ging auf die alliierten-sowjetischen Oberbefehlshaber über [228][232].

Ende Oktober 1944 hatte sich Winston Churchill in seiner Rede vor dem britischen Unterhaus eingehend zur militärischen Lage geäußert [221]. Er hatte dabei auf die "letzte Runde" hingewiesen, doch davor gewarnt, die Anstrengungen zu verringern, denn der Feind hoffe nur, daß der äußere Druck nachlassen werde und die Bündnispartner untereinander uneinig würden. Voller Sorge wies er auf die Probleme in Osteuropa und auf dem Balkan hin. Indessen ließ er keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Alliierten, gemeinsam mit der Sowjetunion den Krieg gegen Hitler siegreich zu beenden. Weit pessimistischer lautete ein Geheimbericht, den der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, wenige Wochen später nach Washington sandte [223]. Darin unterstrich er die wahren "Ziele" der UdSSR in den von ihr "befreiten Gebieten" und das "fait accompli" der Roten Armee, das durch eine besondere revolutionäre Taktik der Sowjets begünstigt würde.

Höhepunkt der großen Diplomatie der Anti-Hitler-Koalition war die Gipfelkonferenz in Jalta im Februar 1945, auf die sich die Alliierten in unterschiedlichster Weise vorbereitet hatten [219]. Noch einmal kam trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten in vielen Fragen der Politik eine gewisse Solidarität der Interessen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zum Ausdruck [224][225][226]. Das äußerte sich auch in der Stimmung, mit der vor allem die Amerikaner die

Konferenz verließen. Sie glaubten tatsächlich, an einem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte zu stehen. Der Sonderbeauftragte Roosevelts, Harry Hopkins, beschrieb dies mit den Worten: “Wir waren absolut überzeugt, den ersten großen Friedenssieg gewonnen zu haben – und wenn ich sage wir, dann meine ich uns alle, die ganze zivilisierte Menschheit. Die Russen hatten bewiesen, daß sie vernünftig und weitblickend sein konnten, und weder der Präsident noch irgendeiner von uns zweifelte im geringsten daran, daß wir mit ihnen leben und friedlich auskommen könnten bis in unabsehbare Zukunft”. Churchill, nüchterner und kritischer als seine amerikanischen Freunde, wies im Unterhaus wohl auf den großen Erfolg der Konferenz hin, aber ebenso auf deren neuralgische Punkte. Für die Sowjetunion verpflichtend erklärte er, er habe den Eindruck gewonnen, daß “Marschall Stalin und die sowjetischen Führer mit den Demokratien des Westens auf dem Fuß der Gleichheit und ehrenhafter Freundschaft zu leben wünschten und daß ihnen ihr Wort Ehrensache sei”. Ohne sich jedoch auf eine Debatte über die Vertragstreue Rußlands einzulassen mahnte er, daß die “Geschicke der Menschheit in der Tat düster wären, wenn zwischen den Demokratien des Westens und der Sowjetunion irgendeine fürchterliche Entzweiung entstünde”.

Erneut hatten die Großen Drei in Jalta über das Nachkriegsschicksal Deutschlands, Polens, des befreiten Europas und über den Krieg im Pazifik beraten. Während Churchill das Problem der deutschen Kapitulation zu behandeln wünschte und sich dafür einsetzte, alle anderen Fragen zu verschieben, drängte Stalin auf die Entscheidung, ob Deutschland geteilt werden solle. Roosevelt hielt seinen Plan, Deutschland in mehrere Teile zu zerlegen, immer noch für einen “guten Gedanken”. Allein Churchill wollte nicht über Grenzen verhandeln, sondern über die Besatzungszonen, die im Herbst 1944 von der Europäischen Beratenden Kommission ausgearbeitet worden waren. Die drei Gesprächspartner einigten sich, daß Frankreich eine vierte Besatzungszone erhalten sollte, die aus der bisherigen britisch-amerikanischen Zone herauszutrennen war. Ferner sollte ein Kontrollrat die oberste Gewalt in Deutschland ausüben, der “Nazismus und Militarismus” vernichtet sowie die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Zwecke gearbeitet hatte, eliminiert oder kontrolliert und die Kriegsverbrecher angeklagt werden. Eine in Moskau gebildete Kommission wurde beauftragt, Vorschläge über die Höhe der deutschen Reparationen auszuarbeiten. [193; 195]

In der umstrittenen Polenfrage einigten sich die Großen Drei auf einen Kompromiß. Es sollte eine provisorische Regierung aus Mitgliedern des “Lubliner Komitees” und der Londoner Exilregierung gebildet werden und die östliche Grenze der Courzon-Linie folgen. Dabei beharrten Churchill und Roosevelt auf dem “Junktim zwischen der Grenzfrage und den alsbald abzuhaltenden freien Wahlen”. Aber die “endgültige Festlegung” der Westgrenze Polens sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Außerdem verpflichteten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion, die Ordnung des befreiten Europas wiederherzustellen und allen Staaten demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu überlassen.

Jedoch die politische Entwicklungin Polen, die Art und Weise, wie die Sowjetunion die Frage der künftigen polnischen Regierung in ihrem Sinne zu entscheiden suchte, indem sie nur zwei Vertreter der Londoner Exilregierung in Warschau zuließ, die Verhaftung nationaler polnischer Untergrundpolitiker (29. 3. 1945), veranlaßten Roosevelt, noch wenige Tage vor seinem plötzlichen Tode, einen dringenden Appell an Stalin zu richten [227][234]: wenn die polnische Frage nicht gerecht und schnell gelöst würde, würde die Gefahr für die Einheit des Bündnisses größer denn je. Vier Wochen später mußte Churchill in seinem Exposé über die europäische Situation Anfang Mai [230] eingestehen, daß der russische Vormarsch alles unter sowjetische Herrschaft bringe. Dieses “fait accompli” treffe die Westmächte am Ende eines langen und wechselvollen Kampfes völlig unvorbereitet. Noch glaubte er, Pfänder in der Hand zu haben, um von Rußland bindende Zusicherungen zur Einhaltung der Vereinbarungen zu erzwingen. So wehrte er sich z. B. gegen den amerikanischen Plan, die bei Kriegsende erreichte Frontlinie aufzugeben und auf die vereinbarte Zonengrenze zurückzugehen. Am 11. 5. 1945 telegraphierte er an den

neuen Präsidenten der USA, daß in den nächsten zwei Monaten die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Welt falle. Doch die Amerikaner hielten sich an die Vereinbarungen: sie zogen ihre Truppen bis an die Grenze der für sie bestimmten Besatzungszone zurück.

Inzwischen hatte Stalin zur Überraschung seiner westlichen Bündnispartner öffentlich angedeutet, auf die "Zerstückelung" Deutschlands verzichten zu wollen. Ihm schien die historische Stunde günstig zu sein, ganz Deutschland im Sinne seiner "demokratischen" Vorstellungen umzugestalten [233]. Zu diesem Zweck hatte er bereits Anfang Mai 1945 die "Gruppe Ulbricht", eine Reihe deutscher Exilkommunisten, nach Deutschland fliegen lassen. Der Kampf um Deutschland hatte begonnen. Aber noch betonte W. Pieck in dem ersten Aufruf der wiedergegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands [236], daß Deutschland nicht den Weg des Sowjetsystems, sondern den der "Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes... mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" einschlagen werde.

Die letzte große Gipfelkonferenz während des Zweiten Weltkrieges fand in Potsdam statt [238][239]. Jetzt – nachdem der Krieg in Europa beendet war – hofften die Staatsmänner, sich über ein Abkommen einigen zu können, das einen dauerhaften und gerechten Frieden sicherte. Sie glaubten, die durch den Krieg gestellten politischen, territorialen und wirtschaftlichen Fragen regeln zu können. Vor allem die Amerikaner und Briten hatten sich gut auf die Konferenz vorbereitet, an der der neue amerikanische Präsident Harry Truman [235], Churchill – in der zweiten Hälfte Attlee – und Stalin mit ihren politischen und militärischen Stäben teilnahmen. Diese Konferenz war ebenso Ausdruck gemeinsamer Übereinstimmung wie des beginnenden Zerfalls des Kriegsbündnisses [235].

Zunächst sprachen sich die Großen Drei für die Bildung eines Rates der Außenminister aus, in dem außer den USA, Großbritannien, der UdSSR auch Frankreich und China vertreten sein sollten. Dieses Gremium sollte Vorschläge für den Friedensvertrag mit Deutschland und den anderen Achsenmächten zur Vorlage an die Regierungschefs ausarbeiten und die auf der Konferenz nicht gelösten Fragen weiter klären. Einigung wurde darüber erzielt, daß die UdSSR ein Drittel der deutschen Kriegs- und Handelsmarine erhalten sollte. Was die Reparationen anbetraf, so wurde der Sowjetunion zugestanden, ihre Quote aus der eigenen Besatzungszone, ferner aus Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien einzutreiben. Außerdem sollte ein Teil aus den westlichen Besatzungszonen an die Sowjetunion fließen. Jedoch wurde beschlossen, die endgültige Höhe der Reparationen zu einem späteren Zeitpunkt festzulegen.

Bedeutsam blieb, daß die Konferenzmächte die Verantwortung für Deutschland als Ganzes übernahmen. Der Gedanke der Teilung wurde fallengelassen und dafür die Formel geprägt: "Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten". Grundlage der Beschlüsse war, wie es der amerikanische Außenminister Byrnes einmal zusammenfaßte, "daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte. Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industriepotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne die Hilfe anderer Länder ermöglichte".

Allerdings stieß Stalins Wunsch, im Zuge einer Meerengenrevision vertraglich mit der Türkei die Rückgabe der Gebiete von Kars und Ardahan an die UdSSR zu fixieren, ebenso auf Ablehnung bei den Westmächten wie das russische Anerbieten, die Treuhandschaft über bestimmte italienische Kolonien in Nordafrika zu übernehmen. Hatten schon die von der Sowjetunion einseitig eingeleiteten Maßnahmen auf dem Balkan und in Polen die Atmosphäre der Verhandlungen getrübt, so machten sich erneute Spannungen in der jugoslawischen und griechischen Frage (freie Wahlen) bemerkbar. Zwar protestierten Truman und Churchill gegen die weitere Besetzung Deutschlands durch Polen bis zur westlichen Neiße (auf die Oderlinie

hatten sich die Großen Drei auf der Konferenz von Jalta geeinigt), doch erwiderte Stalin, daß sich in diesem Gebiet keine Deutschen mehr befänden; daher hätten es die Polen besetzt. Immerhin bestanden die Westmächte darauf, daß alle Grenz- und Umsiedlungsfragen erst auf einer künftigen Friedenskonferenz endgültig entschieden werden sollten.

Trotz allem aber blieb bestehen, was H. Roos über die Potsdamer Konferenz geschrieben hat, sie habe "den paradoxen geschichtlichen Sachverhalt besiegelt, daß Polen als Ergebnis eines allgemeinen Krieges, dessen Anlaß die Erhaltung seiner nationalen Integrität gewesen war, einer Teilung seines Territoriums und seiner Einwohnerschaft sowie einem Regime unterworfen wurde, das die Mehrheit der Polen ablehnte".

Mit Recht hat zudem H. Rothfels in seiner Rückschau später davon gesprochen: "...Zunächst einmal ist Potsdam, so sehr der Name die Bedeutung eines verhängnisvollen Symbols angenommen hat, wie sich versteht, nur das Endglied einer Kette. Sie ist vom nationalsozialistischen Deutschland mit dem Scheinbild eines Großreichs und der tatsächlichen Gefährdung des geschichtlichen Europa, mit der Zusammenbringung der "unnatürlichen Allianz" von West und Ost und dem Widerstand von sinnloser Verlängerung bis zum Chaos hin allererst geknüpft worden. Und sie hat bei seinen Gegnern Zug um Zug Gestalt gewonnen, in Casablanca, Teheran und Jalta... Das gilt von der Preisgabe des deutschen Ostens insbesondere. Es ist bekannt und kann nicht oft genug betont werden, daß – abweichend von der englisch-amerikanischen Verpflichtung zur Unterstützung des willkürlichen sowjetischen Anspruchs auf das nördliche Ostpreußen – die Festsetzung der Westgrenze Polens in Potsdam ausdrücklich bis zur Friedenskonferenz "zurückgestellt" worden ist und daß die deutschen Gebiete jenseits der Oder und der westlichen Neiße [239][241] nur polnischer Verwaltung unterstellt wurden. Aber wie gefährlich unterschätzte der Westen hier wie auch in der Frage demokratischer Garantien für Polen selbst die Macht des fait accompli. Und wie platonisch blieben die Sicherungen, die das Abkommen für die Ausweisung Deutscher aus Polen (tatsächlich aus dem "Verwaltungsgebiet"), aus der Tschechoslowakei und Ungarn vorsah. Die Bedingung "ordnungsgemäßer" und "humaner" Überführung klingt den Tatsachen gegenüber wie bittere Ironie, und das Wort Potsdam selbst ist belastet mit der faktischen Legalisierung eines der ungeheuerlichsten Vorgänge unserer Zeit, der nicht nur deutsche Menschen, sondern das Menschentum überhaupt schwer getroffen hat und für die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern ein gefährliches Präzedenz darstellt.

In der Tat steht die Konferenz von Potsdam an der Scheide zwischen Krieg und Frieden. Sie ist nicht allein Ende eines langen, erbitterten Völker-Ringens, sondern zugleich Anfang eines wachsenden Dilemmas [237][240], das angesichts zahlreicher ungelöster Probleme des Zweiten Weltkrieges das politische Handeln der Jahre ab 1945 mehr und mehr schwerwiegend zu belasten begann.

DOKUMENTE

[219] *Auszug aus dem Memorandum des Economic and Industrial Planning Staff vom 2. September 1944:*

Zusammenfassung

Unsere Schlußfolgerungen können demnach wie folgt zusammengefaßt werden:

(a) Eine politische Zerstücklung Deutschlands würde seine Wirtschaftskraft im Landesinnern schwächen. Sie würde anfangs große Störungen verursachen und sehr schwere Probleme heraufbeschwören, insbesondere auf den Gebieten Verwaltung, Finanzwirtschaft und Eigentum.

(b) Eine solche Aufteilung würde die wirtschaftliche Sicherheit insofern erhöhen, als sie die neuen Staaten mehr von nicht-deutschen Ländern abhängig machen würde. Andererseits könnte es sich schwierig gestalten, die Produktion gewisser strategisch wichtiger Industriezweige direkt zu beschränken, da so der Lebensstandard der neuen Staaten bis zu einem Punkt absinken dürfte, an dem ihre weitere Unabhängigkeit in Gefahr geriete.

(c) Eine Zerstückelung würde Deutschlands Leistungsfähigkeit in bezug auf Reparationen reduzieren.
(d) Sie würde bewirken, daß der Handel zwischen den drei neuen Staaten untereinander sinkt und ihr Handel mit nicht-deutschen Ländern wächst.
(e) Eine Zerstückelung würde eine Verarmung Deutschlands zur Folge haben, die Erholung der ganzen Welt von den Kriegsschäden verlangsamen, und somit auf lange Sicht auch den britischen Wirtschaftsinteressen schaden.
(f) Wir möchten hinsichtlich des Zeitpunktes des politischen Akts der Aufteilung keine Empfehlung abgeben, aber auf die Notwendigkeit hinweisen, einige Organe der zentralen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland für eine bestimmte Zeit nach der Beendigung der Feindseligkeiten bestehen zu lassen.
(g) Eine Zerstückelung würde die Belastung der alliierten Regierungen mit der Kontrolle und Überwachung der Wirtschaft erheblich anwachsen lassen.
Um zu diesen Schlußfolgerungen zu gelangen, mußten wir voraussetzen, daß den neuen Staaten im Interesse einer wirklich erfolgreichen Aufteilung nicht erlaubt sein darf, Vorzugszölle oder andere Regelungen in Anspruch zu nehmen, die speziell darauf ausgerichtet sind, ihre Handels- oder Finanzbeziehungen untereinander zu fördern. Die Durchsetzung solcher Verbote würde jedoch gerade zu Beginn sehr schwierig sein, wenn ihre Umgehung durch starke wirtschaftliche Anreize herausgefordert würde. Selbst wenn sie durchgesetzt werden könnten, bleiben wir doch bei unserer allgemeinen Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Nachteile einer Zerstückelung sehr groß sein würden. Obschon wir einsehen, daß politische und strategische Argumente für eine Aufteilung entscheidend sein mögen, sind wir der Auffassung, daß eine vollständige Teilung auf wirtschaftlichem Gebiet unerreichbar sein dürfte.

[220] *Persönliche und geheime Botschaft Roosevelts und Churchills an Stalin vom 19. September 1944*

Auf unserer soeben in Quebec beendeten Konferenz haben wir in bezug auf die militärischen Operationen folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Nordwesteuropa: Es ist unsere Absicht, mit größter Geschwindigkeit vorzustoßen, um die deutschen Streitkräfte zu vernichten und in das Innere Deutschlands einzudringen. Die beste Möglichkeit, den Feind im Westen zu besiegen, besteht im Angriff auf die Ruhr und Saar, weil der Gegner zur Verteidigung dieser äußerst wichtigen Gebiete hier die Reste seiner verfügbaren Truppen zusammenziehen wird. Die nördliche Stoßrichtung besitzt gegenüber der südlichen klare Vorteile, und es ist unbedingt notwendig, die nördlichen Häfen, insbesondere Rotterdam und Antwerpen, zu öffnen, bevor die Schlechtwetterperiode einsetzt. Deshalb werden sich unsere Hauptanstrengungen auf die linke Flanke konzentrieren.
2. Italien: Unsere gegenwärtigen Operationen in Italien werden folgendes Ergebnis haben: entweder a) die Streitkräfte Kesselrings werden vernichtet; in diesem Falle sollte es möglich sein, eine schnelle Umgruppierung vorzunehmen und die Verfolgung in Richtung Ljubljana-Senke aufzunehmen; oder b) Kesselring gelingt es, einen geordneten Rückzug durchzuführen: in diesem Falle müßten wir uns in diesem Jahr damit zufriedengeben, die Lombardische Tiefebene zu säubern.
Der Verlauf der Schlacht wird unsere weiteren Aktionen bestimmen. Es werden Pläne ausgearbeitet, um auf der Halbinsel Istrien, falls die Situation es erfordert, eine Landung durchzuführen.
3. Balkan: Wir werden die Operationen unserer Luftstreitkräfte und der Commandos fortsetzen.
4. Japan: Mit dem Endziel einer Invasion in das japanische Mutterland haben wir weitere Operationen vereinbart, um auf allen Kriegsschauplätzen die Offensive gegen die Japaner zu intensivieren.
5. Es sind Pläne vereinbart worden, um nach dem Zusammenbruch Deutschlands sofort Streitkräfte nach dem pazifischen Kriegsschauplatz zu verlegen.

Roosevelt – Churchill

[221] *Aus Churchills Rede vom 27. Oktober 1944 im Britischen Unterhaus über die Kriegslage*

Der Krieg ist im gegenwärtigen Stadium unerbittlich und schwer, und es ist zu erwarten, daß die Kämpfe an allen Fronten an Größe und Intensität zunehmen werden. Wir glauben in der letzten Runde zu stehen, aber in diesem Rennen kann das geringste Nachlassen im Einsatz aller Kräfte

das Ende auf einen Zeitpunkt verschieben, der für die, die nun, nachdem sie sich so weit durchgekämpft haben, das Rennen in Händen haben, beinahe nicht mehr zu ertragen ist. Der Feind hat zwei Hoffnungen. Die erste ist, wir würden bei langer Dauer der Kämpfe in unserer Entschlossenheit nachlassen; die zweite, viel schwerer wiegende Hoffnung ist die, daß unter den drei Großmächten, die ihn angreifen und deren dauernde Einigkeit sein Urteil spricht, Uneinigkeit entsteht. Er hofft, daß eine Spaltung des Bündnisses zutage tritt, daß die Russen dahin gehen und die Briten und Amerikaner dorthin; daß Streitigkeiten wegen des Balkans oder des Baltikums, wegen Polen oder Ungarn entstehen, die, wie er hofft, die Einigkeit unserer Beratungen und infolgedessen das Ineinandergreifen und die Schwungkraft unseres auf ein Ziel gerichteten Vorgehens schwächen würde. Das ist die große Hoffnung des Feindes. Und wir müssen unablässig unsere Anstrengungen darauf richten, ihr jede tatsächliche Grundlage zu nehmen.
Man kann nicht erwarten, daß drei Großmächte, die unter derart verschiedenen Umständen existieren wie Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Rußland, nicht viele voneinander abweichende Ansichten über die Behandlung zahlreicher Länder haben, in die sie ihre siegreichen Waffen führten. Das Wunder ist, daß bisher zwischen uns alles so dauerhaft, sicher und gesund blieb. Das aber kommt nicht von selbst. Dazu braucht es ständige Pflege und Aufmerksamkeit. Dazu kommen überdies noch die von mir im Hause oft erwähnten Schwierigkeiten der räumlichen Entfernungen und die Schwierigkeit, eine passende Gelegenheit zu finden, wie auch andere Rücksichten, die es ungeheuer schwer machen, die Regierungschefs der drei wichtigsten Alliierten zu gleicher Zeit am gleichen Ort zusammenzubringen. Deswegen habe ich mich nicht gescheut, wie ein fahrender Sänger von einem Hof zum anderen zu ziehen und stets das gleiche Lied zu singen – oder die gleiche Anzahl Lieder...
Was nun Rußland betrifft, so gibt es viele Probleme in Osteuropa, die Großbritannien gemeinsam mit ihm zu lösen hat, woraus sich täglich ganz konkrete Fragen ergeben. Wir müssen Mißverständnisse aufklären und verhindern, daß sie zustande kommen. Wir müssen praktische Politik treiben, um dringenden Fragen, die ganz unerwartet auftauchen, begegnen zu können, und selbstverständlich müssen wir die Regierung der Vereinigten Staaten stets auf unserer Seite haben. Es bereitet mir eine Genugtuung, daß die Ergebnisse, die diesmal in Moskau erzielt wurden, höchst befriedigend sind. Ich bin aber ganz fest davon überzeugt, daß kein abschließendes Ergebnis zu erzielen ist, bevor die Chefs der drei Regierungen wieder zusammengekommen sind, was, wie ich aufrichtig hoffe, noch vor Ende dieses Jahres möglich sein wird. Schließlich hängt die Zukunft der Welt davon ab, daß unsere drei Länder in den nächsten paar Jahren gemeinsam vorgehen. Andere Länder mögen sich uns anschließen, die Zukunft aber hängt von der Einigkeit der drei mächtigsten Alliierten ab. Fehlt sie, dann mißlingt alles; wird sie wirksam, dann kann allen Völkern eine helle Zukunft zugesichert werden. Ich freue mich, dem Haus mitteilen zu können, daß unsere Beziehungen zu Sowjetrußland niemals enger, inniger und herzlicher waren, als derzeit. Nie zuvor konnten wir dermaßen offen und freundschaftlich über die heikelsten Themen diskutieren – die an sich oft sehr unangenehm hätten werden können – wie wir es bei dieser Konferenz taten, von der ich nun zurück bin. Ich halte es für ein Gebot der bloßen Höflichkeit, dem Haus eine Erklärung über diese Konferenz abzugeben.
Bei allen Punkten, über die wir uns nicht einigen konnten, verstanden wir die Gründe, warum der andere nicht zustimmte, und seinen Standpunkt; auf einem sehr großen Gebiet aber, auf einem erstaunlich großen Gebiet, wenn man alle die verschiedenen Gesichtswinkel bedenkt, unter denen wir an diese Themen herangingen, stimmten wir völlig überein. Natürlich brauche ich nicht erst zu betonen, daß wir darin einig sind, den Krieg gegen Hitler-Deutschland bis zum völligen Sieg weiterzuführen und zu diesem Ende auch das letzte an Kraft und Willen herzugeben. In den Herzen der Deutschen darf es keine Hoffnung auf die geringste Spaltung oder Schwäche unter den Streitkräften derer geben, die den Ring um sie immer enger ziehen und ihren Widerstand vernichten werden.
In der sehr verwickelten Balkanfrage, bei der Schwarzmeer- und Mittelmeerinteressen zu berücksichtigen sind, vermochten wir zu völliger Übereinstimmung zu gelangen. Ich glaube nicht, daß unserer gemeinsamen Kriegsanstrengung irgendeine unmittelbare Gefahr droht, durch politische oder ideologische Divergenzen hinsichtlich Griechenlands, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens und, diesseits des Balkans, Ungarns geschwächt zu werden. Wir sind zu einem sehr brauchbaren Übereinkommen bezüglich aller dieser Länder gekommen, und zwar hinsichtlich jedes einzelnen wie auch ihrer Gesamtheit. Dieses Abkommen zielt auf eine Zusammenfassung aller ihrer Anstrengungen ab wie auch auf eine Abstimmung auf unsere eigenen Anstrengungen im Einsatz gegen den gemeinsamen Feind und, soweit das möglich ist, auf eine friedliche Lösung, sobald dieser Krieg vorüber ist. Tatsächlich gehen Rußland und Großbritannien, was unsere Beziehungen sowohl zu der königlich-jugoslawischen Regierung – an deren Spitze Dr. Subasitsch steht – wie zu Marschall Tito anlangt, gemeinsam vor. Und wir haben beide eingeladen, um der gemeinsamen Sache willen zusammenzutreffen, wozu sie bereits auf der Konferenz, die ich mit ihnen in Neapel hielt, ihre Zustimmung gaben. Wieviel besser wäre doch eine gemeinsame englisch-russische Politik auf diesem unruhigen und heiklen Gebiet, als wenn eine Seite diese Ideen

unterstützen würde und die andere die entgegengesetzten! Es ist höchst gefährlich, wenn es in irgendeinem Land dazu kommt, und es kann leicht dazu kommen, wenn entsprechende Meinungsverschiedenheiten unter den Großmächten selbst herrschen.
Unsere aufrichtige Hoffnung und unsere übernommene Pflicht ist es daher auch, eine Politik zu treiben, die diese kleinen Länder daran hindert, statt alle Kraft für den großen Krieg einzusetzen, in innere Fehden von äußerster Verbissenheit zu verfallen. Wir haben sie also eingeladen, zusammenzukommen und eine gemeinsame Regierung zu bilden, um den Krieg weiterzuführen, bis das Land selbst eine Meinung aussprechen kann....

[222] *Allgemeiner Operationsplan der Alliierten vom 31. Dezember 1944*

Mein allgemeiner Operationsplan, der sich auf der augenblicklichen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung aufbaut, ist kurz skizziert folgender:
Meine Absicht ist, die feindlichen Streitkräfte westlich des Rheines und nördlich der Mosel zu vernichten und den Rheinübergang mit starken Streitkräften vorzubereiten: danach Hauptstoß in Richtung nördlich des Ruhrgebietes. Die verschiedenen Aufgaben sind:

a) Durch ständige Angriffe vom Süden und Norden her die Einbuchtung in den Ardennen zu beseitigen. Dabei bleiben die augenblicklichen Führungsanordnungen unberührt, bis der taktische Sieg innerhalb der Einbuchtung gesichert ist und die 3. Armee sich mit dem Korps Collins zum Vorstoß nach Nordosten vereinigt hat.
Dann tritt die 1. US-Armee wieder unter das Kommando von Bradley. Das Verhalten des Feindes innerhalb der Einbuchtung deutet darauf hin, daß er entschlossen ist, seine motorisierten Streitkräfte in die Schlacht zu werfen und aufs Ganze zu gehen. Wir müssen daher bereit sein, alles einzusetzen, was mit den notwendigsten Sicherheitsmaßnahmen noch vereinbar ist, um die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte zu erreichen.
b) Danach stoßen die 1. und die 3. Armee von der Linie Prüm-Bonn nach Nordosten vor, wenn irgend möglich bis zum Rhein.
c) Sobald Aufgabe a) erfüllt ist, nimmt die 21. Heeresgruppe zusammen mit der 9. US-Armee, die ihr operativ unterstellt wird, die Vorbereitungen für "Veritable" wieder auf.
d) Alle Prioritäten zur Verstärkung der US-Armeen in personeller und materieller Hinsicht gehen auf die 12. Heeresgruppe über.
e) Die Front südlich der Mosel bleibt zunächst vollkommen defensiv.
f) Ich beabsichtige, eine Reserve aufzubauen – einschließlich der zurückgenommenen und neu aufzustellenden Divisionen – die zur Verfügung stehen soll, um den Erfolg zu unterstützen.
g) Sobald die Zurückdrängung des Einbruchs in den Ardennen es gestattet, verlegt das Hauptquartier der 12. Heeresgruppe nach Norden in die Nähe des Hauptquartiers der 21. Heeresgruppe.
h) Von jetzt an erfolgt jede kleinere oder durch die Umstände erforderlich werdende Berichtigung längs der Operationsgebietsgrenzen im Norden auf Grund einer Vereinbarung der beiden Heeresgruppenkommandos, wobei in Zweifelsfällen der Oberbefehlshaber der 21. Heeresgruppe die Entscheidung trifft.
Im Augenblick muß vor allem verhindert werden, daß der Feind sich an den Rändern der Einbruchsstelle in den Ardennen mit größeren Infanteriekräften festsetzt, was ihm gestatten würde, seine Panzer nach Belieben an allen Frontabschnitten einzusetzen.
Zuteilung von Divisionen zu den Heeresgruppen und Änderungen in den Operationsgebietsgrenzen werden bei Abschluß der Kämpfe um die Einbuchtung bekanntgegeben.

gez. Dwight D. Eisenhower

[223] *Aus dem Memorandum des amerikanischen Botschafters in Moskau, Harriman vom 10. Januar 1945*

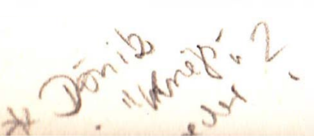
Die relative Ruhe in bezug auf militärische Handlungen an der Ostfront hat... der Sowjetunion eine Möglichkeit gegeben, ihre politischen Ziele in von der russischen Armee befreiten Gebieten zu verfolgen. Im Ergebnis hat das Muster der sowjetischen Taktik in Osteuropa und auf dem Balkan Gestalt angenommen und die wahre Natur der Sowjetziele klar erkennen lassen. Es ist offenbar geworden, daß die Sowjets zwar direkte Versuche scheuen, sich fremde Länder einzuverleiben, die nicht innerhalb der Grenzen vom 21. Juni 1941 lagen, dennoch aber die ihnen zur Verfügung stehenden vielseitigen Mittel anwenden, um die Bildung von Regimen sicherzustellen, die wohl nach außen den Anschein der Unabhängigkeit und breiter Unterstützung im Volke aufrechterhalten, tatsächlich jedoch in ihrer Existenz von Gruppen abhängig sind, die allen vom

Kreml ausgehenden Vorschlägen positiv gegenüberstehen. Diese Mittel sind Besatzungstruppen, Geheimpolizei, örtliche kommunistische Parteien, Gewerkschaften, sympathisierende Linksorganisationen, geförderte Kulturgemeinschaften und wirtschaftlicher Druck. Die Taktiken sind mannigfaltig in ihrer Verschiedenheit und sind ausgewählt, um den Gegebenheiten in jedem Land besonders zu begegnen, abhängig im weitesten Sinne von dem Umfang und der Stärke des Widerstandes, der der sowjetischen Durchdringung entgegengesetzt wird. Es ist besonders bemerkenswert, daß praktisch kein Unterschied in dieser Bezeichnung gemacht zu werden scheint zwischen Mitgliedern der Vereinten Nationen, deren Gebiet von sowjetischen Truppen befreit worden ist, und ehemaligen Feindgebietsländern, die besetzt worden sind.

[224] *Die Konferenz von Jalta*
Auszüge aus den Protokollen (nach Bohlen)

Zweite Plenarsitzung am 5. Februar 1945
Gegenstand: Behandlung Deutschlands.
Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, daß nach seiner Auffassung heute die politischen Angelegenheiten, die Deutschland betreffen, besprochen werden sollten, Er sagte, daß sie nicht die Landkarte der ganzen Welt behandeln und über Dakar oder Indochina sprechen, sondern sich auf die politischen Aspekte der künftigen Behandlung Deutschlands beschränken würden. Er sagte, daß die erste Frage die der Besatzungszonen sei, worüber man seiner Meinung nach in der Europäischen Beratenden Kommission zu einer Einigung gelangt sei. Es gäbe noch eine offene Frage, und diese sei der Wunsch Frankreichs, eine Besatzungszone zu haben, und die französische Teilnahme an dem Kontrollapparat für Deutschland.
Der Präsident übergab sodann Marschall Stalin eine Landkarte über die vereinbarte Dreizonenaufteilung mit dem Bemerken, daß über diese Zone in der Europäischen Beratenden Kommission zwar ein Abkommen erzielt, dieses aber noch nicht von den drei Regierungen unterzeichnet worden sei.
Marschall Stalin sagte, daß er gern in die Besprechung über Deutschland die folgenden Punkte einbezogen haben möchte:
1. Die Frage der Aufteilung Deutschlands. Er sagte, daß sie in Teheran ihre Ansichten über diesen Gegenstand ausgetauscht hätten und daß er später in Moskau über diese Angelegenheit mit dem Premierminister gesprochen habe. Diesem zwanglosen Meinungsaustausch habe er entnommen, daß wir alle für eine Aufteilung seien, aber es sei nichts über die Art der Aufteilung beschlossen worden. Er wünsche zuerst zu wissen, wie der Präsident und der Premierminister zu dem Prinzip der Aufteilung stünden.
2. Marschall Stalin fragte, ob die drei Regierungen vorschlügen, eine deutsche Regierung einzusetzen, und wenn es einen endgültigen Beschluß über die Aufteilung gäbe, ob die drei Regierungen je besondere Regierungen für die verschiedenen Teile Deutschlands einsetzen wollten.
3. Marschall Stalin fragte, wie das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation in bezug auf Deutschland gehandhabt werden sollte; zum Beispiel, wenn Hitler einer bedingungslosen Kapitulation zustimmen sollte, würden wir dann mit seiner Regierung verhandeln?
4. Marschall Stalin sagte, sein letzter Punkt behandele die Frage der Reparationen.
Der Präsident erwiderte, daß, soweit er im Bilde sei, sich die zukünftige Behandlung Deutschlands aus der Frage der Besatzungszonen ergeben würde, obwohl die beiden Probleme nicht direkt im Zusammenhang stünden.
Marschall Stalin sagte, er wünsche herauszufinden, ob es die gemeinsame Absicht sei, Deutschland aufzuteilen. In Teheran, als die Frage besprochen worden sei, habe der Präsident die Teilung Deutschlands in fünf Teile vorgeschlagen. Der Premierminister habe nach einigem Zögern die Teilung Deutschlands in zwei Teile mit einer Trennung Preußens vom südlichen Teile Deutschlands vorgeschlagen. Er habe sich der Ansicht des Präsidenten angeschlossen, aber die Besprechung in Teheran sei nur ein Meinungsaustausch gewesen. Er fügte hinzu, daß sie in Moskau mit dem Premierminister die Möglichkeit der Teilung Deutschlands in zwei Teile besprochen hätten, mit Preußen auf der einen Seite und Bayern und Österreich auf der anderen und das Ruhrgebiet und Westfalen unter internationaler Kontrolle. Er halte diesen Plan für durchführbar; es sei aber keine Entscheidung getroffen worden, da der Präsident nicht zugegen gewesen sei. Er fragte, ob die Zeit nicht gekommen sei, einen Entschluß über die Aufteilung Deutschlands zu fassen.
Der Premierminister stellte fest, daß die Britische Regierung im Prinzip mit der Aufteilung Deutschlands einverstanden sei, aber er meinte, daß das gegenwärtige Verfahren und eine endgültige Entscheidung über die Art der Aufteilung zu kompliziert sei, um hier in vier oder fünf Tagen erledigt zu werden. Die Entscheidung würde sorgsam ausgearbeitete Untersuchungen durch erfahrene Staatsmänner über die historischen, politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Aspekte des Problems und ein ausgedehntes Studium durch einen Unterausschuß erfor-

dern. Er fügte hinzu, daß die zwanglosen Gespräche in Teheran und Moskau sehr allgemeinen Charakters gewesen wären und es nicht beabsichtigt gewesen sei, irgendeinen präzisen Plan niederzulegen. Wenn er gebeten würde, hier festzustellen, wie Deutschland aufgeteilt werden sollte, wäre er in der Tat nicht in der Lage, eine Antwort zu geben, und aus diesem Grunde könne er sich nicht auf irgendeinen endgültigen Plan für die Aufteilung Deutschlands festlegen.
Der Premierminister meinte, daß die Isolierung Preußens und die Abtrennung seiner Macht vom übrigen Deutschland das Erzübel beseitigen würde – das deutsche Kriegspotential würde wesentlich verringert werden. Er fügte hinzu, daß ein süddeutscher Staat mit vielleicht einer Regierung in Wien die Linie für eine große Teilung Deutschlands aufzeigen könnte. Er sagte, daß wir uns wohl einig seien, daß Deutschland gewisse von der Roten Armee eroberte Gebiete verlieren sollte, die einen Teil der polnischen Regelung darstellen würden, aber er müsse darauf hinweisen, daß die Frage des Rheintales und der Industriegebiete an der Ruhr und Saar, die für die Rüstungsproduktion geeignet seien, noch nicht entschieden wäre: Sollten sie auf ein Land übergehen, oder sollten sie unabhängig sein, oder ein Teil von Deutschland, oder sollten sie unter die Treuhänderschaft der Weltorganisation kommen, die gewisse Großmächte beauftragen würde, darauf zu sehen, daß diese Gebiete nicht benutzt werden, den Frieden der Welt zu bedrohen? All dieses, sagte der Premierminister, erfordere sorgfältige Prüfung, und die Britische Regierung habe bisher noch keine feste Meinung über diesen Gegenstand. Weiterhin, sagte er, sei auch noch kein Beschluß erreicht worden über die Frage, ob Preußen, nachdem es vom übrigen Teile Deutschlands getrennt sein würde, weiter in sich aufgeteilt werden sollte. Wir sollten eine Kommission einsetzen, die die beste Methode zur Prüfung dieser Frage untersuchen solle. Eine solche Körperschaft könnte den drei Regierungen Bericht erstatten, ehe eine endgültige Entscheidung getroffen würde. Er sagte, daß wir gut für die nächste Zukunft vorbereitet seien, was die Absichten und Pläne wegen der Kapitulation Deutschlands beträfe. Alles, was erforderlich sei, wäre ein endgültiges Übereinkommen über die Besatzungszonen und über die Frage einer Zone für Frankreich.
Marschall Stalin erwiderte, daß ihm nicht alles in bezug auf die Kapitulation klar sei. Angenommen zum Beispiel, eine deutsche Gruppe erkläre, daß sie Hitler gestürzt hätte und die bedingungslose Kapitulation annähme. Würden dann die drei Regierungen mit einer solchen Gruppe verhandeln wie mit Badoglio in Italien? Der Premierminister entgegnete, daß wir in diesem Falle die Übergabebedingungen vorlegen würden, aber wenn Hitler oder Himmler bedingungslose Kapitulation anbieten würden, wäre die Antwort klar. Wir würden unter keinen Umständen mit Kriegsverbrechern verhandeln, und der Krieg würde dann weitergehen. Er sagte weiter, daß es viel wahrscheinlicher sei, daß sie getötet oder sich im Verborgenen aufhalten würden und daß eine andere Gruppe von Deutschen ihren Willen kundtun würde, die bedingungslose Kapitulation anzunehmen. In einem solchen Falle würden die drei Alliierten sofort untereinander beraten, ob sie mit dieser Gruppe verhandeln könnten, und falls das der Fall sei, würden die unabänderlichen Kapitulationsbedingungen sofort vorgelegt werden; falls es nicht der Fall sei, würde der Krieg fortgesetzt werden, und wir würden das ganze Land besetzen und unter eine Militärregierung stellen.
Marschall Stalin fragte, ob die drei Alliierten die Aufteilung Deutschlands zum Zeitpunkt der Vorlage der Kapitulationsbedingungen aufwerfen sollten. Würde es, sagte er weiter, nicht tatsächlich klug sein, diesen Bedingungen eine Klausel anzufügen, die besagte, daß Deutschland aufgeteilt würde, ohne dabei in Einzelheiten zu gehen? Der Premierminister sagte, daß nach seiner Meinung keine Notwendigkeit bestünde, mit irgendeinem Deutschen irgendeine Frage über ihre Zukunft zu besprechen – daß die bedingungslose Kapitulation uns das Recht gäbe, die Zukunft Deutschlands zu bestimmen, was am besten im zweiten Stadium nach der bedingungslosen Kapitulation geschehen könnte. Er betonte, daß die Alliierten unter diesen Bedingungen sich alle Rechte vorbehielten über das Leben, das Eigentum und die künftige Tätigkeit der Deutschen.
Marschall Stalin sagte, daß er nicht der Ansicht sei, daß die Frage der Aufteilung eine zusätzliche Frage sei, sondern eine von höchster Wichtigkeit.
Der Premierminister erwiderte, daß sie außerordentlich wichtig sei, daß es aber nicht notwendig wäre, sie mit den Deutschen zu besprechen, sondern nur unter uns (den Alliierten) selbst.
Marschall Stalin erwiderte, daß er dieser Ansicht zustimme, jedoch meine, daß eine Entscheidung jetzt getroffen werden sollte.
Der Premierminister erwiderte, daß dazu nicht genügend Zeit sei, da es sich um ein Problem handele, das sorgfältige Prüfung erfordere.
Der Präsident sagte dann, es scheine ihm, daß beide über denselben Gegenstand sprächen, und was Marschall Stalin meinte, bedeute, ob wir nicht im Prinzip hier und jetzt uns über den Grundsatz einer Aufteilung Deutschlands einigen sollten. Er sagte, daß er persönlich, wie er schon in Teheran festgestellt habe, für eine Aufteilung Deutschlands sei. Er erinnere sich, daß vor vierzig Jahren, als er in Deutschland gewesen sei, der Begriff des (einheitlichen) Reiches noch nicht wirklich bekannt gewesen sei, und daß alle Kommunalverwaltungen mit der Provin-



zialregierung zu tun hatten. Zum Beispiel in Bayern verhandelte man mit der bayerischen Regierung und in Hessen-Darmstadt mit dessen Regierung. In den letzten zwanzig Jahren jedoch sei alles in Berlin zentralisiert worden. Er fügte hinzu, daß er immer noch glaube, die Aufteilung Deutschlands in fünf oder in sieben Staaten sei ein guter Gedanke.
Der Premierminister unterbrach mit den Worten "oder weniger", denen der Präsident zustimmte.
Der Premierminister bemerkte, daß nach seiner Meinung keine Notwendigkeit bestünde, die Deutschen über unsere zukünftige Politik zu unterrichten – sie müßten die bedingungslose Kapitulation annehmen und dann unsere Entscheidung abwarten. Er sagte, daß wir das Schicksal eines Achtzig-Millionen-Volkes behandelten und daß dies mehr als achtzig Minuten Überlegung forderte. Dies könnte erst etwa einen Monat, nachdem unsere Truppen Deutschland besetzt hätten, entschieden werden.

Der Präsident sagte, er denke, der Premierminister spreche über die Frage der Aufteilung. Seiner Meinung nach würde es ein großer Fehler sein, irgendeine öffentliche Diskussion über die Aufteilung Deutschlands zu veranstalten, da sie dann sicherlich so viele Pläne erhalten würde, wie es in der Vergangenheit deutsche Staaten gegeben habe. Er schlug vor, die Konferenz sollte die drei Außenminister beauftragen, eine Empfehlung vorzulegen, über die beste Methode zur Prüfung der Pläne für die Aufteilung Deutschlands und innerhalb von vierundzwanzig Stunden darüber zu berichten.

Der Premierminister sagte, daß die Britische Regierung bereit sei, jetzt das Prinzip der Aufteilung Deutschlands anzunehmen und einen entsprechenden Apparat zu schaffen, der die beste Methode bestimme, diese durchzuführen, aber er könne hier nicht einer bestimmten Methode zustimmen.

Marschall Stalin sagte, daß er eine Frage zu stellen wünsche, um genau die Absichten der drei Regierungen in Erfahrung zu bringen. Die Ereignisse in Deutschland trieben auf eine Katastrophe für das deutsche Volk zu, und die deutsche Niederlage würde immer schlimmer werden, da die Alliierten der Sowjetunion beabsichtigten, sehr bald eine wichtige Offensive an der Westfront zu beginnen. Außerdem sei Deutschland von einem inneren Zusammenbruch bedroht durch den Mangel an Brot und an Kohle infolge des Verlustes Schlesiens und der potentiellen Zerstörung der Ruhr. Solche rapiden Entwicklungen machten es unabdingbar für die drei Regierungen, nicht hinter den Ereignissen zurückzubleiben, sondern bereit zu sein, diese Fragen sofort aufzugreifen, wenn der deutsche Zusammenbruch erfolge. Er habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten des Premierministers, sich auf einen detaillierten Plan festzulegen, und meine daher, daß der Vorschlag des Präsidenten annehmbar sei, nämlich: 1. Übereinstimmungim Prinzip, daß Deutschland aufgeteilt werden sollte; 2. Beauftragung einer Kommission der Außenminister, Einzelheiten auszuarbeiten; und 3. Hinzufügung einer Klausel zu den Kapitulationsbedingungen, die besagte, daß Deutschland aufgeteilt würde, ohne weiter auf Einzelheiten einzugehen. Nach seiner Meinung sei der letzte Punkt wichtig, da hierdurch die an der Macht befindliche Gruppe, die die bedingungslose Kapitulation annehmen würde, ob es nun Generale oder andere seien, endgültig darüber in Kenntnis gesetzt würde, daß es die Absicht der Alliierten sei, Deutschland aufzuteilen. Diese Gruppe würde dann durch ihre Unterschrift das deutsche Volk an diese Klausel binden. Seiner Meinung nach, sagte er weiter, sei es sehr riskant, dem Plan des Premierministers zu folgen und dem deutschen Volk nichts über die Aufteilung durch die Alliierten zu sagen. Der Vorteil, es im voraus zu sagen, was es zu erwarten habe, würde die Annahme durch das ganze deutsche Volk erleichtern.
Der Präsident sagte dann, daß die Frage der französischen Zone noch zu entscheiden bleibe. Er erwähnte, daß er von Marschall Stalin gehört habe, daß die Franzosen nicht wünschten, das ganze deutsche Territorium bis zum Rhein zu annektieren.
Marschall Stalin erwiderte, daß das nicht der Fall sei, da es während des Besuches von General de Gaulle die Franzosen vollständig offenkundig gemacht hätten, daß sie beabsichtigten, das Gebiet bis zum Rhein für dauernd zu annektieren.
Der Premierminister sagte, er sähe sich nicht in der Lage, über mögliche Grenzen zu sprechen, da sie hier nur über die Zonen zeitweiliger militärischer Besetzung beraten würden. Er fügte hinzu, er empfehle, den Franzosen eine festbegrenzte Zone zu geben, die von der britischen und möglicherweise auch von der amerikanischen Zone abgezweigt werden könnte, und daß er hier lediglich beabsichtige, von der Sowjetischen Regierung ihre Zustimmung zu erhalten, daß die Britische und Amerikanische Regierung das Recht hätten, mit den Franzosen eine Besatzungszone zu vereinbaren. Er fügte hinzu, daß diese Zone in keiner Weise die vorgeschlagene sowjetische Zone berühren würde.
Marschall Stalin fragte, ob die Zuteilung oder Nichtzuteilung einer Zone an Frankreich nicht anderen Staaten als Präzedenzfall dienen würde.
Der Premierminister legte dar, daß die Besetzung von Deutschland lange dauern könnte und daß

die Britische Regierung nicht sicher sei, ob sie diese Bürde für eine langandauernde Periode allein tragen könnte, und daß die Franzosen in der Lage sein könnten, in dieser Sache eine wirkliche Hilfe zu sein.
Marschall Stalin sagte, ob, wenn den Franzosen eine Zone zugeteilt würde, dies die Dreier-Kontrolle über Deutschland nicht in eine Vierer-Kontrolle verwandeln würde.
Der Premierminister erwiderte, die Britische Regierung erwarte, daß Frankreich, wenn ihm eine Zone gegeben würde, natürlich an dem Kontrollapparat teilhaben möchte, daß es aber, was andere Nationen betreffe, die einen Beitrag zur Besatzung leisten würden, wie Belgien oder Holland, hier keine Frage einer besonderen Zone geben würde und auch keinen Anteil an dem Kontrollapparat.

[225] *Um die Friedensordnung in Europa*

a) Aus der Erklärung von Jalta vom 12. Februar 1945
Die folgende Erklärung wird durch den Premierminister von Großbritannien, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Ergebnis der Krimkonferenz abgegeben:

I.
[...]
II.
Die Besetzung und Kontrolle Deutschlands
Wir haben uns über eine gemeinsame Politik und Pläne für die Durchführung der Regeln einer bedingungslosen Übergabe, welche wir zusammen Nazi-Deutschland aufzwingen werden, nachdem der deutsche bewaffnete Widerstand restlos gebrochen sein wird, geeinigt. Diese Regeln werden erst bekanntgegeben werden, bis die endgültige Niederlage Deutschlands erreicht ist. Der angenommene Plan sieht vor, daß die Streitkräfte der drei Mächte je eine separate Zone Deutschlands besetzen werden. Eine koordinierte Administration und Kontrolle wurde im Plan durch eine zentrale Kontrollkommission vorgesehen, welche aus den Oberkommandierenden der drei Mächte mit dem Hauptsitz in Berlin bestehen wird. Es wurde beschlossen, daß Frankreich durch die drei Mächte eingeladen werden soll, falls es dies wünscht, eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied der Kontrollkommission teilzunehmen. Die Grenzen der französischen Zone werden durch die vier betreffenden Regierungen durch ihre Vertreter bei der Beratenden Europäischen Kommission bestimmt werden. Es ist unsere unbeugsame Absicht, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören und sicherzustellen, daß Deutschland niemals wieder imstande sein wird, den Frieden der Welt zu zerstören. Wir sind entschlossen, alle deutschen bewaffneten Kräfte zu entwaffnen und aufzulösen; für ewige Zeiten den deutschen Generalstab auseinanderzubrechen, welcher des öfteren die Wiederauferstehung des deutschen Militarismus betrieben hat; alle deutsche militärische Ausrüstung fortzuschaffen oder zu zerstören; jede deutsche Industrie, welche für militärische Produktion genützt werden könnte, zu entfernen oder zu kontrollieren; alle Kriegsverbrecher einer gerechten und raschen Bestrafung zuzuführen und eine Wiedergutmachung in Waren für die Zerstörung, welche durch die Deutschen verübt wurde, zu erhalten; die Nazi-Partei, Nazigesetze, Organisationen und Einrichtungen auszumerzen; alle Nazi- und militaristischen Einflüsse von den öffentlichen Ämtern und vom kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes zu entfernen und in gemeinsamer Übereinstimmung andere Maßnahmen in Deutschland zu treffen, welche für den künftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sein könnten. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu zerstören, aber nur wenn der Nazismus und Militarismus ausgemerzt sein werden, wird es Hoffnung für ein anständiges Leben für die Deutschen und einen Platz für sie in der Gemeinschaft der Völker geben.
III.
Wiedergutmachung durch Deutschland
Wir haben die Frage des Schadens, welchen Deutschland den alliierten Nationen in diesem Kriege zugefügt hat, überlegt und haben es als recht befunden, daß Deutschland verpflichtet sei, für diesen Schaden in weitmöglichstem Maße Kompensation in Waren zu leisten. Eine Kommission für Schadenskompensation wird errichtet werden. Die Kommission wird beauftragt werden, die Frage des Ausmaßes und der Methoden für die Kompensation des Schadens, welcher von Deutschland den alliierten Ländern zugefügt wurde, zu beraten. Die Kommission wird in Moskau arbeiten.
IV.
Konferenz der Vereinten Nationen
Wir sind entschlossen, mit unseren Verbündeten so bald als möglich eine allgemeine internationale Organisation zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu errichten. Wir sind

überzeugt, daß dies lebenswichtig ist, sowohl um Angriffe zu vermeiden, als auch um die politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen des Krieges durch die enge und ununterbrochene Zusammenarbeit aller friedliebenden Völker aus der Welt zu schaffen.
Die Grundlagen wurden in Dumbarton Oaks gelegt. Über die wichtige Frage der Abstimmungsprozedur jedoch wurde keine Einigung erzielt. Die gegenwärtige Konferenz war imstande, diese Schwierigkeit zu lösen.
Wir sind übereingekommen, daß eine Konferenz der Vereinten Nationen einberufen werde, um sich am 25. April 1945 in San Franzisko zu versammeln und die Charta einer solchen Organisation im Sinne der unverbindlichen Besprechungen in Dumbarton Oaks vorzubereiten.
Die Regierung von China und die provisorische Regierung Frankreichs werden sofort konsultiert und eingeladen werden, die Einladungen zur Konferenz zusammen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken ergehen zu lassen. Sobald die Konsultation mit China und Frankreich beendet sein wird, wird der Text der Vorschläge über die Abstimmungsprozedur verlautbart werden...

b) Die Abschlußformel der Jalta-Konferenz über Polen
Eine neue Lage wurde in Polen infolge seiner völligen Befreiung durch die Rote Armee geschaffen. Dies verlangt die Einsetzung einer Provisorischen Polnischen Regierung, die auf eine breitere Grundlage gestellt werden kann, als es vor der kürzlichen Befreiung des westlichen Teiles Polens möglich war. Die Provisorische Regierung, die jetzt in Polen amtiert, soll daher auf breiter demokratischer Basis unter Einschluß von demokratischen Führungskräften aus Polen selbst und von im Ausland lebenden Polen umgebildet werden. Diese neue Regierung soll dann den Namen Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit tragen. Mr. Molotow, Mr. Harriman und Sir A. Clark Kerr sind bevollmächtigt, als Kommission zunächst in Moskau mit Mitgliedern der gegenwärtigen Provisorischen Regierung und mit anderen demokratischen Führungskräften innerhalb und außerhalb Polens im Hinblick auf eine Umbildung der derzeitigen Regierung in Anlehnung an obige Grundsätze Gespräche zu führen. Diese Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit soll zur baldmöglichen Abhaltung freier und uneingeschränkter Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und geheimer Abstimmung verpflichtet werden. Alle demokratischen und antinazistischen Parteien sollen das Recht haben, an diesen Wahlen teilzunehmen und Kandidaten aufzustellen.
Wenn eine Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit ordnungsgemäß und in Übereinstimmung mit dem oben Gesagten gebildet worden ist, werden die Regierung der UdSSR, die jetzt diplomatische Beziehungen mit der gegenwärtigen Provisorischen Regierung Polens unterhält, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Regierung der USA diplomatische Beziehungen mit der neuen Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit herstellen und Botschafter austauschen, durch deren Berichterstattung die jeweiligen Regierungen über die Lage in Polen unterrichtet werden.

Die drei Regierungschefs sind der Auffassung, daß die östliche Grenze Polens, mit Abweichungen in einigen Gebieten um fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens, der Curzon-Linie folgen soll. Sie erkennen an, daß Polen im Norden und Westen einen beachtlichen territorialen Zuwachs erhalten muß. Sie sind der Auffassung, daß die Meinung der neuen Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit über das Ausmaß dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit in Erfahrung gebracht werden und die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben soll.

c) Erklärung über das befreite Europa
Der Premier der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, der Premierminister des Vereinigten Königreiches und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika haben gegenseitig über die gemeinsamen Interessen der Völker ihrer Länder und derjenigen des befreiten Europas beraten. Sie erklären gemeinsam ihr gegenseitiges Übereinkommen, während der zeitweilig labilen Lage im befreiten Europa die Politik ihrer drei Regierungen zur Unterstützung der von der Herrschaft Nazideutschlands befreiten Völker und der Völker der ehemaligen europäischen Statellitenstaaten der Achse bei der Lösung ihrer drückenden politischen und wirtschaftlichen Probleme durch demokratische Mittel aufeinander abzustimmen.
Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau des nationalen Wirtschaftslebens muß durch solche Verfahren erreicht werden, die die befreiten Völker in die Lage versetzen, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und des Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach ihrer eigenen Wahl zu schaffen. Dies ist ein Grundsatz der Atlantikcharta – das Recht aller Völker, diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben möchten –, die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstregierung für jene Völker, die ihrer gewaltsam durch die Aggressor-Staaten beraubt wurden. Um die Verhältnisse zu begünstigen, unter welchen die befreiten Völker diese Rechte ausüben können, werden die drei Regierungen gemeinsam alle Völker irgendeines befreiten Landes oder eines ehemaligen Satellitenstaates der

Achse in Europa unterstützen, wo immer nach ihrer Beurteilung die Verhältnisse dies erfordern,
a) um Verhältnisse für einen inneren Frieden zu schaffen;
b) Notstandsmaßnahmen zur Hilfe bedrängter Menschen durchzuführen;
c) einstweilige Regierungsbehörden zu bilden, in denen alle demokratischen Elemente der Bevölkerung weitgehend vertreten sind und die zur baldmöglichsten Einsetzung von frei gewählten und dem Willen des Volkes entsprechenden Regierungen verpflichtet sind, und
d) dort, wo es notwendig ist, die Abhaltung solcher Wahlen zu erleichtern.
Die drei Regierungen werden die anderen Vereinten Nationen und provisorischen Behörden oder andere Regierungen in Europa konsultieren, wenn Fragen, die für diese von direktem Interesse sind, behandelt werden.
Wenn nach Meinung der drei Regierungen die Verhältnisse in irgendeinem befreiten europäischen Land oder in einem ehemaligen Satellitenstaat der Achse in Europa solche Schritte notwendig machen, werden sie sich unmittelbar gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Erklärung hervorgehobenen Verantwortung beraten. Durch diese Erklärung versichern wir erneut unser Vertrauen auf die Grundsätze der Atlantikcharta (...), unsere Verpflichtung gegenüber der Erklärung der Vereinten Nationen (...) und unseren Entschluß, in Zusammenarbeit mit anderen friedliebenden Nationen eine Weltordnung des Rechts aufzubauen, die dem Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und dem allgemeinen Wohlergehen der gesamten Menschheit gewidmet ist.
Indem sie diese Erklärung abgeben, drücken die drei Mächte die Hoffnung aus, daß die Provisorische Regierung der Französischen Republik sich ihnen in dem vorgeschlagenen Verfahren anschließen werde.

[226] *Reparationen und Politische Zerstückelung Deutschlands*
Memorandum des britischen Schatzkanzlers
vom 7. 3. 1945



Die Jalta-Gespräche über Reparationsleistungen und die politische Zerstückelung Deutschlands ebenso wie die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß die amerikanische Regierung ihre Besatzungstruppen vermutlich nach Ablauf von zwei Jahren abziehen wird, haben Fragen aufgeworfen, die in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht für unser Land von großer Bedeutung sind. Im ersten Teil dieses Memorandums werde ich die meiner Ansicht nach in unserem eigenen Interesse unerläßlichen Bedingungen für eine Reparationspolitik darlegen. Im zweiten Teil werde ich zusätzliche Argumente anführen und meinen Standpunkt erläutern, wonach Reparationen und politische Zerstückelung in der Tat alternative politische Maßnahmen sein müssen.

I.
1. Folgende Bedingungen, so möchte ich behaupten, sind für unsere Interessen wesentlich, und ich hoffe, daß die in unserem Namen mit detaillierten Verhandlungen Beauftragten Anweisung erhalten werden, ihre Erfüllung als unerläßlich anzusehen:
(1) Wir dürfen uns aus den zulässigen Importen nach Deutschland keine Kosten erwachsen lassen, solange Deutschland gleichzeitig Reparationslieferungen vornehmen soll, gleich ob diese nun einmalig oder fortlaufend sind. Denn das würde bedeuten, daß wir es sind, die in Wirklichkeit die deutschen Reparationen an die jeweiligen Empfänger zahlen. Eine unserer vordringlichen Bedingungen muß deshalb dahin gehen, daß alle Hilfsmaßnahmen und Hilfsgüter, die nach übereinstimmender Auffassung als notwendig gelten, um Deutschland überhaupt in die Lage zu versetzen, Reparationsleistungen zu erbringen, eine erste Forderung gegen alle deutschen Reparationslieferungen darstellen und in erster Linie (zu angemessenen Anteilen) von den Empfängern der Reparationslieferungen bezahlt werden müssen, solange die benötigten Zuschüsse den Wert der Einkünfte Deutschlands aus dem Ausland – die Reparationszahlungen nicht gerechnet – übersteigen.
(2) Die zulässigen Importe nach Deutschland sollten ausreichend, jedoch nicht mehr als ausreichend sein, um der Erklärung des Premierministers zu genügen, daß “es nicht das Ziel der Alliierten ist, das deutsche Volk ohne die notwendigen Existenzmittel sich selbst zu überlassen.”
(3) Von keiner Zone dürfen einmalige Lieferungen abgenommen werden ohne die Zustimmung der Alliierten Kontrollkommission, die in Übereinstimmung mit der jeweiligen Besatzungsmacht zu entscheiden hat, ob dadurch nicht die Gefahr entsteht, daß Bedingungen geschaffen werden, die den Verwaltungsinteressen der Besatzungsmacht zuwiderlaufen.
(4) Von einer Besatzungsmacht darf nicht verlangt werden, daß sie für die Erbringung von Reparationsleistungen über die von ihr selbst zu beurteilende Kapazität ihrer Zone hinaus verantwortlich ist.

2. Aus jenen Gebieten Deutschlands, die vom bisherigen deutschen Hoheitsgebiet abgetrennt werden sollen, gleich ob es sich dabei um die für die Eingliederung in Polen gedachten Gebiete handelt oder (wie im Westen) um eine Zone, die unter internationale Kontrolle gestellt werden soll, dürfen keine Industrieanlagen oder Waren entfernt werden.
3. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Deutschland nach der Erfüllung seiner aus den erforderlichen Importen erwachsenen Verpflichtungen in den ersten fünf Jahren nach dem Krieg laufende Reparationslieferungen größeren Umfangs realisieren kann. In den nächsten fünf Jahren dürften die Aussichten besser sein, aber gegenwärtig gibt es keinen Anhaltspunkt für eine realistische Schätzung der vermutlichen Menge. Was man zu einem späteren Zeitpunkt auch immer erreichen mag, die Nettoreparationsleistungen in den ersten fünf Jahren werden in der Hauptsache, oder sogar ganz, aus einmaligen Lieferungen bestehen (obwohl der Gegenwert selbst dieser Lieferungen zum großen Teil zur Deckung der erforderlichen Importe benötigt werden dürfte) und aus den Dienstleistungen deutscher Arbeiter. Es ist deshalb von äußerster Wichtigkeit, daß letztere (also die Dienstleistungen) in die Reparationsrechnung eingeplant werden.
4. Eine Zerstückelung wird Deutschlands Fähigkeit, Reparationsleistungen zu erbringen, stark beeinträchtigen. Tatsächlich sollten Reparationen und Zerstückelung vorwiegend als Alternativen gesehen werden. Ein brauchbarer Reparationsplan in einem etwas größeren Maßstab setzt eine einheitliche deutsche Regierung voraus, die für diese Leistungen verantwortlich gemacht werden kann. Deutschland unter der Besatzung von vier verschiedenen Mächten aufzuspalten, die selbst die Verantwortung für die Bereitstellung von Reparationslieferungen aus ihrer Zone nicht übernehmen können, ist keine Grundlage für ein brauchbares Reparationsprogramm nach den bislang erörterten Richtlinien.
5. Unter Berücksichtigung des Vorgesagten sollen die Reparationsleistungen ruhig so hoch wie möglich sein, keiner von uns sollte sich jedoch hinsichtlich der realen Erfolgsaussichten täuschen lassen.
6. Vielleicht sind alle obigen Vorschläge mit den fundamentalen Zielen der russischen Politik vereinbar und diese in Jalta entwickelte Politik ist das Ergebnis einer impressionistischen Haltung, von der die Russen ohne viel Schwierigkeiten abzubringen sind.
7. Man sollte auch überlegen, ob wir, um das Prinzip der Kollektivverantwortung aufrechtzuerhalten, beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht besser davon absehen sollten, die Besetzung Deutschlands für längere Zeit vorzusehen, als sie alle vier Besatzungsmächte zu verantworten bereit sind.

II.
8. Die Fragen wirtschaftlicher Art, die sich aus der Kapitulation Deutschlands ergeben, können unter folgenden Gesichtspunkten zusammengefaßt werden:
a) Die Verpflichtungen innerhalb unserer Einsatzzone,
b) Reparationsleistungen
c) Politische Zerstückelung.
9. Die Verpflichtungen innerhalb unserer Besatzungszone.
Unsere Zone kann sich nicht selbst mit der ausreichenden Menge an Nahrungsmitteln versorgen. Aus Brandenburg, Pommern und Ostpreußen ebenso wie aus Auslandsimporten müßten zusätzliche Nahrungsmittel bezogen werden. In der unmittelbar der Kapitulation folgenden Zeit werden wir uns vermutlich nicht viel aus der Ostzone verschaffen können, und auch nicht viel mehr aus der amerikanischen Südwestzone.
Es mangelt unserer Zone auch nicht nur an Nahrungsmitteln, sie ist auch mehr als die anderen Zonen von der Industrie abhängig. Vermutlich wird auch ihre Normalbevölkerung durch Flüchtlinge aus Ostdeutschland stark angewachsen sein.
10. Ich bin der Überzeugung, daß ganz Westdeutschland, und ganz sicherlich unsere Zone, während der ersten Zeit nach der Kapitulation Hilfsimporte brauchen wird. Was auch die öffentliche Meinung im voraus davon propagieren mag, Deutschland im eigenen Saft schmoren zu lassen, so bin ich doch sicher, daß es keine brauchbare Politik ist, eine britische Besatzungsarmee in unserer Zone von halbverhungernden und zum Teil obdachlosen Frauen und Kindern umgeben zu wissen. Die Soldaten wären, wie nach dem letzten Krieg, die ersten, solch eine Politik zum Scheitern zu bringen.
Wir sind nicht in der Lage, unsere Zone aus eigenen Mitteln zu unterstützen oder im Ausland den notwendigen Bedarf anzukaufen. Wir haben nur die Wahl, die im Absatz 1 (1) des Teils I dieses Memorandums beschriebene Politik zu verfolgen.
11. Reparationsleistungen. Unsere kurze Erfahrung in einem Teil Italiens hat bereits gezeigt, welche ungeheuren Summen erforderlich sein dürften, um in der von uns besetzten Zone Deutschlands einen Mindestlebensstandard zu garantieren. Wenn wir uns jedoch einer Situation gegenübergestellt sähen, in der ein schon zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit von der Industrie abhängiges Gebiet seines nationalen Wohlstandes noch durch überhöhte Reparationsleistungen

beraubt worden wäre, würden hohe Summen für Betriebskapital erforderlich sein. Aus diesem Grunde ist es meiner Ansicht nach von wesentlicher Bedeutung, daß wir nach den unter Absatz 1 (3) erwähnten Prinzipien verfahren und daß von einer Besatzungsmacht nicht verlangt werden sollte, für die Erbringung von Reparationsleistungen über die von ihr selbst zu beurteilende Kapazität ihrer Zone hinaus verantwortlich zu sein. Wenn Rußland zum Beispiel, um seinen Forderungen nach seinem vereinbarten Reparationsanteil Nachdruck zu verleihen, verlangen würde, daß Fehlbeträge aus seinem Anteil, die von seiner eigenen Zone zu zahlen wären, mit Reparationslieferungen aus den anderen Zonen ausgeglichen werden müssen, könnten die Verpflichtungen für unsere eigene Zone in erheblichem Maße wachsen.
Überdies könnten wir uns einer alarmierenden Aussicht gegenübersehen, wenn wir die Herausbildung einer Situation zuließen, in der jede Besatzungsmacht die Alleinverantwortung für ihre eigene Zone trägt. Daher muß es eines unserer Hauptziele sein, das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung der Besatzungsmächte zu garantieren – vgl. Absatz 7.
12. Es gibt auch gewisse Überlegungen allgemeiner Art zu der Frage, welche Auswirkungen Reparationszahlungen auf die Wirtschaft und das Wohlergehen Europas als Ganzes haben können. Der russische Vorschlag sieht eine umfangreiche einmalige Lieferung aller Arten von Material, Maschinen, Transportmitteln und anderen Komponenten des "deutschen nationalen Wohlstandes" innerhalb einer Frist von zwei Jahren vor, sowie eine weitere jährliche Lieferung über eine Zeitspanne von zehn Jahren, wobei der Wert der Reparationsleistungen im voraus festgesetzt werden soll. Diese Maßnahme würde eine unmittelbare Entschädigung für die von den Deutschen in Rußland herbeigeführten Zerstörungen bieten und Deutschlands Industriemacht so schwächen, daß es ein paar Jahre lang wenig mehr tun könnte als für den Wiederaufbau der zur Befriedigung seiner unmittelbaren physischen Bedürfnisse erforderlichen Grundlagen zu sorgen. Solch eine Politik schafft zwar wirtschaftliche Sicherheit Deutschland gegenüber: der gesamte Lebensstandard der Deutschen wird niedriger, und die Russen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß dies ihrer Überzeugung nach im Sinne der Gerechtigkeit ist. Aber nicht nur der Lebensstandard in Deutschland wird davon beeinflußt werden. Ich bin zwar voll damit einverstanden, daß unsere Politik hinsichtlich der Industrie- und Wirtschaftsstruktur Deutschlands sich am Sicherheitsbedürfnis orientieren muß. Die Deutschen werden sich darauf einstellen müssen, und wir ebenso wie andere gleichermaßen betroffene Länder müssen die Wechselbeziehungen zwischen unseren verschiedenen Wirtschaftsstrukturen entsprechend angleichen. Wir dürfen darüber jedoch nicht vergessen, daß Deutschland eine Bezugsquelle und ein Markt für große Teile Europas ebenso wie für uns selbst ist. Zunächst dürfte der Lebensstandard in Europa zwar als Folge dieser Veränderungen im Zentrum seiner Wirtschaft sinken, wenn aber die notwendige Sicherheit einmal erreicht ist, sollte sich das binnen kurzem von selbst wieder regulieren. Je weiter wir aber die Plünderungen oder Zwangsveränderungen in der deutschen Wirtschaft über die Grenzen der im Interesse der vollen Sicherheit notwendigen Maßnahmen hinaus betreiben, desto langsamer werden wir den generell höheren Lebensstandard in Europa wiedererlangen und um so mehr wird das Risiko einer sozialen Erschütterung in Deutschland wachsen, die für die Stabilität der politischen Institutionen Europas gefährliche Formen annehmen könnte, insbesondere, da Westeuropas Wirtschaft im günstigsten Falle sehr krank sein wird. Als Besatzungsmacht müßten wir uns um diese sozialen Unruhen in Deutschland kümmern, und unsere Gegenmaßnahmen wären dann Zielscheibe für alle Arten von Verdrehungen sowohl hier bei uns als auch in anderen Ländern.
13. Politische Zerstückelung. Wir werden uns meiner Ansicht nach allerdings noch schwerwiegendere Folgen einhandeln, wenn die von den Russen betriebene Zerstückelung Deutschlands nicht nur die Abtrennung eines Teils von Ostdeutschland an Polen vorsehen sollte und möglicherweise die Schaffung eines speziellen "internationalen Systems" im Industriegebiet Westdeutschlands (ein Plan, dessen Realisierung man nicht leichthin voraussetzen sollte), sondern die Auflösung des deutschen Einheitsstaates und die Gründung von drei (oder vier) einzelnen deutschen Staaten, die sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht autark gemacht und gezwungen werden müssen, die Trennung voneinander aufrechtzuerhalten.
Ich möchte hier nicht darauf eingehen, wie meiner Meinung nach die gravierenden politischen Schwierigkeiten und Folgen des politischen Versuchs aussehen werden, ein vereintes Deutschland zu spalten. Es genügt wohl zu sagen, daß die öffentliche Meinung nach meiner Überzeugung bei uns ebenso wie in den Commonwealth-Ländern und in den Vereinigten Staaten in keiner Weise auf die Implikationen einer derartigen Entscheidung vorbereitet ist und daß wir uns, sollten wir darauf bestehen, einem wachsenden Widerstand in Deutschland gegenübersähen und so direkt die Parole für die gefährlicheren Elemente in Deutschland liefern würden. In einem anderen Memorandum wurde bereits die Frage erörtert, ob nach Besatzungszonen aufgeteilte Staaten wirtschaftlich lebensfähig wären (Zusammenfassung anbei). Die Schlußfolgerungen darauf dürften angesichts der Jalta-Konferenz einer Revision bedürfen.
Bis jetzt habe ich aber noch kein Memorandum gesehen, das Mittel und Wege aufzeigt, wie die politische Stabilität in den einzelnen Staaten erreicht oder wie die Trennung voneinander reali-

siert und aufrechterhalten werden kann. Wenn wir den Versuch einer solchen Politik unternehmen, müssen wir uns auf eine geraume Zeit dauernde, starke Besatzung einstellen, und das wiederum bedeutet beträchtliche finanzielle Verpflichtungen. Ich bin hier mit den ökonomischen Begleiterscheinungen und Folgen der Aufteilung Deutschlands befaßt und werfe als Beispiele für die ökonomischen Probleme die Fragen auf, ob voneinander getrennten Staaten untersagt werden soll, gemeinsam eine Währungs- und Zollunion zu unterhalten, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Entwicklung einer Bewegung freier Gewerkschaften auf die einzelnen Staaten beschränkt oder auf nationaler Basis erlaubt sein sollen, und was mit solchen "Einheits"-Leistungen geschehen soll, wie es Transport- und Kommunikationsmittel sind.

14. Abgesehen von solchen Überlegungen, die genauer untersucht werden sollten, ist es meine Auffassung, daß wir entweder eine Reparationspolitik oder eine Zerstückelungspolitik verfolgen können, ganz sicher aber nicht beide auf einmal. Eine brauchbare Reparationspolitik muß Deutschland einige Aussicht auf ein Existenzminimum lassen und, solange Reparationsleistungen verlangt werden, auch Aussichten auf ein gewisses Maß an Exporten zum Ausgleich für die erforderlichen Importe. Nur, wenn die deutsche Wirtschaft insgesamt zu Reparationsleistungen herangezogen wird, ist eine Reparationen größeren Umfangs vorsehende Politik, die diese Bedingungen erfüllt, möglich.

All dies wird von der Entscheidung Amerikas beeinflußt, seine Besatzungstruppen nach Ablauf von zwei Jahren abzuziehen. Zwei Jahre sind nach Auffassung der Militärbehörden notwendig, um eine Abrüstung zu erzielen. Wir können aber nicht hoffen, nach Ablauf dieser Zeit mehr als nur die ersten Schritte in Richtung auf eine Beseitigung des wirtschaftlichen und politischen Chaos' in Deutschland getan und eventuell einen geringen Fortschritt bei den einmaligen Reparationslieferungen erzielt zu haben. Wenn die amerikanische Zone in einen neuen südwestdeutschen Staat übergehen soll, dürfte sich das Interesse der Vereinigten Staaten während der Besatzungszeit und auch danach auf den Reichtum dieses Gebietes beschränken. Vermutlich würden die Amerikaner dem gleichen Gebiet am Schluß finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen als Rechtfertigung für den Abzug ihrer Truppen. Für uns ist es jedoch wesentlich, daß die amerikanische Hilfe gleichmäßig zur Beseitigung der Wirtschaftsprobleme ganz Deutschlands, oder zumindest Westdeutschlands, gewährt wird.

15. Solange es uns unmöglich ist, das Prinzip eines einheitlichen deutschen Staates sowohl hinsichtlich der Reparationsleistungen als auch der notwendigen Hilfsimporte zu garantieren, werden wir uns finanziellen und ökonomischen Verpflichtungen gegenübersehen, für deren Erfüllung wir keinerlei Mittel zur Verfügung haben, es sei denn auf Kosten unseres eigenen Volkes, das dann nicht nur für die Niederlage Deutschlands, sondern auch für sein Wiederaufleben zu zahlen hätte.

Mit einem Großteil dieser schweren Belastungen müßten wir in der ersten Zeit fertig werden. Wir müssen dann eine Besatzungsarmee unterhalten, Krieg gegen Japan führen, unsere Garnisonen verstärken, Hilfslieferungen finanzieren und dazu beitragen, unsere in Mitleidenschaft gezongenen Kolonien und Schutzgebiete im Osten wiederaufzubauen. Selbst wenn ein Teil dieses Geldes eines Tages zu uns zurückfließt, müssen die Kosten in der Zwischenzeit doch finanziert werden. Unsere Reserven sind in bedenklichem Maße unzureichend, und wir nehmen zum großen Teil Anleihen aus armen Ländern in Anspruch, für deren Entwicklung eine Rückzahlung unserer Schulden lebenswichtig ist. Zur Zeit – davon bin ich überzeugt – sind wir in der Lage, diese Schulden auf uns zu nehmen und sie über eine Reihe von Jahren hinweg durch eigene Kraft zurückzuzahlen. Wir können vielleicht auch auf etwas Hilfe von den Vereinigten Staaten hoffen, aber wir dürfen es nicht riskieren, finanziell abhängig von ihnen zu werden.

16. Wenn wir voraussetzen müssen, daß die russische Besatzungszone allmählich das Berliner Gebiet umfassen und sich zu einem Regierungs- oder Verwaltungssystem herausentwickeln wird, das der russischen Politik entgegenkommt, so sollten wir wenigstens überlegen, ob es nicht ein vereinigtes Westdeutschland geben sollte, das in die allgemeine Wirtschaft der westeuropäischen Länder eingegliedert werden kann.

17. Angesichts der schwerwiegenden Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, müssen wir vor allem sicher sein, daß sich unsere Politik fest auf das überlegte Verständnis unseres eigenen Volkes und der Commonwealth-Länder stützen kann und daß es sich dabei um eine Politik handelt, die sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht unsere Möglichkeiten nicht übersteigt. Dann kann sie von uns und unseren Nachfolgern in unmißverständlicher Weise dargelegt und entschlossen verfolgt werden. Wenn wir zulassen, daß gewisse Tendenzen der Jalta-Konferenz zu festen Beschlüssen werden, ohne wesentliche Änderungen zu erfahren, könnte das Ergebnis sehr wohl die finanziellen Kräfte unseres Landes und der Commonwealth-Länder übersteigen, die doch von uns Unterstützung erwarten, und unsere Eignung für eine gebührende Führungsposition in Europa beeinträchtigen.

Schatzamt, London, S. W. 1,
am 7. März 1945

J. A.

[227] *Aus Roosevelts Brief an Stalin vom 1. April 1945*

...In den Diskussionen, die bis jetzt stattgefunden haben, scheint Ihre Regierung die Auffassung zu vertreten, daß die neue Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit, die zu bilden wir übereingekommen sind, sich nur wenig von der jetzigen Warschauer Regierung unterscheiden sollte. Ich kann das weder mit unserer Vereinbarung noch mit unseren Diskussionen in Einklang bringen. Es ist zwar richtig, daß die Lubliner Regierung zu reorganisieren ist und ihre Mitglieder eine maßgebliche Rolle spielen sollen, doch muß dies so geschehen, daß eine neue Regierung entsteht. Dieser Punkt ist an mehreren Stellen des Textes der Vereinbarung klar zum Ausdruck gebracht worden. Ich muß Ihnen ganz deutlich zu verstehen geben, daß jede Lösung, die in einer schlecht verhüllten Fortsetzung des jetzigen Warschauer Regimes bestehen würde, unannehmbar wäre und das amerikanische Volk veranlassen würde, die Vereinbarung von Jalta als gescheitert zu betrachten.

Es ist ebenfalls offensichtlich, daß aus dem gleichen Grunde die Warschauer Regierung nicht auf Grund der Vereinbarung das Recht in Anspruch nehmen kann, diejenigen Polen auszuwählen oder abzulehnen, die von der Kommission zur Konsultation nach Moskau geladen werden sollen. Können wir uns nicht darüber einigen, daß es Sache der Kommission ist, die führenden Polen auszuwählen, die in erster Linie zu Konsultationen nach Moskau kommen sollen, und daß die Einladungen dementsprechend verschickt werden? Wenn das geschehen könnte, habe ich weiter nichts dagegen einzuwenden, daß die Lubliner Gruppe als erste kommt, damit sie sich eingehend mit der übereinstimmenden Interpretation der Beschlüsse von Jalta in dieser Frage vertraut machen kann. Wenn die Lubliner Gruppe als erste eintrifft, so versteht es sich natürlich von selbst, daß keinerlei Vereinbarungen selbständig mit ihr vor Ankunft der anderen zur Konsultation eingeladenen führenden polnischen Persönlichkeiten getroffen werden müssen. Um eine Einigung zu erleichtern, sollte die Kommission zuallererst eine kleine, aber repräsentative Gruppe von führenden Polen auswählen, die ihrerseits weitere Namen der Kommission zur Prüfung vorschlagen können. Wir haben noch keinen Kandidaten abgelehnt und würden auch keinen ablehnen, den Herr Molotow zur Konsultation vorschlagen möchte, da wir darauf vertrauen, daß er keine Polen vorschlagen würde, die den Absichten des Beschlusses der Krim-Konferenz feindlich gegenüberstehen. Ich glaube, es ist nicht zuviel verlangt, wenn ich darum bitte, daß meinem Botschafter dasselbe Vertrauen entgegengebracht wird und daß jeder Kandidat, den irgendeines der Kommissionsmitglieder zur Konsultation vorschlägt, von den anderen in gutem Glauben akzeptiert wird. Wenn das Recht der Kommission, diese Polen auszuwählen, eingeschränkt oder mit der Warschauer Regierung geteilt wird, so ist mir klar, daß die feste Grundlage, auf der unser Abkommen ruht, zerstört werden würde.

Während das oben Dargelegte die unmittelbaren Hindernisse sind, die meines Erachtens die Kommission gehindert haben, in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit irgendwelche Fortschritte zu machen, gibt es noch zwei andere Vorschläge, die nicht in der Vereinbarung enthalten sind, aber dennoch sehr wesentlichen Einfluß auf die von uns allen angestrebten Ergebnisse haben. Keiner dieser Vorschläge ist bisher von Ihrer Regierung akzeptiert worden. Ich meine folgendes:

1. In Polen sollte die größtmögliche politische Ruhe herrschen, und die streitenden Gruppen sollten alle Maßnahmen und Gegenmaßnahmen gegeneinander einstellen. Es wäre meiner Meinung nach sehr vernünftig, wenn wir unseren Einfluß dahingehend geltend machten.

2. Angesichts der ihnen durch die Vereinbarung auferlegten Verantwortung wäre es ebenfalls durchaus natürlich, daß Vertretern der amerikanischen und britischen Kommissionsmitglieder gestattet werden sollte, Polen zu besuchen. Wie Sie sich erinnern werden, hat dies Herr Molotow selbst auf einer der ersten Sitzungen der Kommission vorgeschlagen, seinen Vorschlag aber später zurückgezogen.

Ich möchte Sie gern davon überzeugen, wie wichtig es für die erfolgreiche Durchführung unseres Programms der internationalen Zusammenarbeit ist, daß diese polnische Frage gerecht und schnell gelöst wird. Wenn das nicht geschieht, dann werden wir uns all den Schwierigkeiten und Gefahren für die Einheit der Alliierten, die wir im Auge hatten, als wir uns um die Erreichung unserer Beschlüsse auf der Krim-Konferenz bemühten, von neuem und in einer viel akuteren Form gegenübersehen. Ihnen ist sicherlich bekannt, daß in den Vereinigten Staaten die aufrichtige Unterstützung durch das Volk notwendig ist, um die Regierungspolitik, und zwar Außen- wie Innenpolitik, durchzuführen. Das amerikanische Volk bildet sich seine eigene Meinung, und keine Regierungsmaßnahme kann sie ändern. Ich erwähne diese Tatsache, weil der letzte Satz Ihrer Botschaft über die Anwesenheit Herrn Molotows auf der Konferenz in San Francisco mich auf den Gedanken gebracht hat, daß Sie vielleicht diesem Faktor kein großes Gewicht beimessen.

[228] *Aus der "Direktive des Generalstabes der Streitkräfte der USA an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der USA hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland (Direktive JCS 1067)" vom April 1945; veröffentlicht am 17. Oktober 1945*

[...]
4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohnung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.
d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Ländern und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.
5. Wirtschaftskontrollen:
a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vorstehenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem, soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedigung des Bedarfs der Besatzungskräfte und zur Sicherstellung der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdurch dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen. Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms oder anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in Ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen.
b) Bei der Einführung und Durchführung der durch Sie oder den Kontrollrat vorgeschriebenen Kontrollmaßnahmen sollen die deutschen Behörden, soweit es praktisch durchführbar ist, angewiesen werden, die Durchführung dieser Kontrollen anzukündigen und zu übernehmen. Dadurch soll dem deutschen Volk klargemacht werden, daß die Verantwortung sowohl für die Durchführung dieser Kontrollen als auch für jegliches Versagen bei solcher Kontrolltätigkeit bei ihm selbst und bei den deutschen Behörden liegt...

[229] *Aus dem politischen Testament Adolf Hitlers vom 29. April 1945*

Seit ich 1914 als Freiwilliger meine bescheidene Kraft im ersten, dem Reich aufgezwungenen Weltkrieg einsetzte, sind nunmehr über dreißig Jahre vergangen. In diesen drei Jahrzehnten haben mich bei all meinem Denken, Handeln und Leben nur die Liebe und Treue zu meinem Volk bewegt. Sie gaben mir die Kraft, schwerste Entschlüsse zu fassen, wie sie bisher noch keinem Sterblichen gestellt worden sind. Ich habe meine Zeit, meine Arbeitskraft und meine Gesundheit in diesen drei Jahrzehnten verbraucht. Es ist unwahr, daß ich oder irgend jemand anderer in Deutschland den Krieg im Jahre 1939 gewollt habe. Er wurde gewollt und angestiftet von jenen internationalen Staatsmännern, die entweder jüdischer Herkunft waren oder für jüdische Interessen arbeiteten. Ich habe zu viele Angebote zur Rüstungsbeschränkung und Rüstungsbegrenzung gemacht, die die Nachwelt nicht auf alle Ewigkeiten wegzuleugnen vermag, als daß die Verantwortung dieses Krieges auf mir lasten könnte. Ich habe weiter nie gewollt, daß nach dem ersten unseligen Weltkrieg ein zweiter gegen England oder gar gegen Amerika entsteht. Es werden Jahrhunderte vergehen, aber aus den Ruinen unserer Städte und Kunstdenkmäler wird sich der Haß gegen das letzten Endes verantwortliche Volk immer wieder erneuern, dem wir das alles zu verdanken haben: dem internationalen Judentum und seinen Helfern. Ich habe noch drei Tage

vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges dem britischen Botschafter in Berlin eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme vorgeschlagen – ähnlich der im Falle des Saargebietes unter internationaler Kontrolle. Auch dieses Angebot kann nicht weggeleugnet werden. Es wurde nur verworfen, weil die maßgebenden Kreise der englischen Politik den Krieg wünschten. Teils der erhofften Geschäfte wegen, teils getrieben durch eine vom internationalen Judentum veranstaltete Propaganda. Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen,, daß, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, darum auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen werden wird, das der eigentliche Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: das Judentum!
Ich habe weiter keinen darüber im unklaren gelassen, daß diesmal nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende an Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürfen, ohne daß der eigentlich Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat.

Nach einem sechsjährigen Kampf, der einst in die Geschichte trotz aller Rückschläge als ruhmvollste und tapferste Bekundung des Lebenswillens eines Volkes eingehen wird, kann ich mich nicht von der Stadt trennen, die die Hauptstadt des Reiches ist. Da die Kräfte zu gering sind, um dem feindlichen Ansturm gerade an dieser Stelle noch standzuhalten, der eigene Widerstand aber durch ebenso verblendete, wie charakterlose Subjekte allmählich entwertet wird, möchte ich mein Schicksal mit jenem teilen, das Millionen andere auch auf sich genommen haben, indem ich in dieser Stadt bleibe. Außerdem will ich nicht Feinden in die Hände fallen, die zur Belustigung ihrer verhetzten Massen ein neues, von Juden inszeniertes Schauspiel benötigen. Ich hatte mich daher entschlossen, in Berlin zu bleiben und dort aus freien Stücken in dem Augenblick den Tod zu wählen, in dem ich glaube, daß der Sitz des Führers und Kanzlers selbst nicht mehr gehalten werden kann. Ich sterbe mit freudigem Herzen angesichts der mir bewußten unermeßlichen Taten und Leistungen unserer Soldaten an der Front, unserer Frauen zu Hause, den Leistungen unserer Bauern und Arbeiter und dem in der Geschichte einmaligen Einsatz unserer Jugend, die meinen Namen trägt.

Daß ich ihnen allen meinen aus tiefstem Herzen kommenden Dank ausspreche, ist ebenso selbstverständlich, wie mein Wunsch, daß sie deshalb den Kampf unter keinen Umständen aufgeben mögen, sondern, ganz gleich wo immer, ihn gegen die Feinde des Vaterlandes weiterführen, getreu den Bekenntnissen eines großen Clausewitz. Aus dem Opfer unserer Soldaten und aus meiner eigenen Verbundenheit mit ihnen bis in den Tod wird in der deutschen Geschichte so oder so einmal wieder der Same aufgehen zur strahlenden Wiedergeburt der nationalsozialistischen Bewegung und damit Verwirklichung einer wahren Volksgemeinschaft. Viele tapferste Männer und Frauen haben sich entschlossen, ihr Leben bis zuletzt an das meine zu binden. Ich habe sie gebeten und ihnen endlich befohlen, dies nicht zu tun, sondern am weiteren Kampf der Nation teilzunehmen. Die Führer der Armeen, der Marine und der Luftwaffe bitte ich, mit äußersten Mitteln den Widerstandsgeist unserer Soldaten im nationalsozialistischen Sinne zu verstärken unter dem besonderen Hinweis darauf, daß auch ich selbst als der Gründer und Schöpfer dieser Bewegung den Tod dem feigen Absetzen oder gar einer Kapitulation vorgezogen habe. Möge es dereinst zum Ehrbegriff des deutschen Offiziers gehören – so wie dies in unserer Marine schon der Fall ist –, daß die Übergabe einer Landschaft oder einer Stadt unmöglich ist und daß vor allem die Führer hier mit leuchtendem Beispiel voranzugehen haben in treuester Pflichterfüllung bis in den Tod.

Ich stoße vor meinem Tode den früheren Reichsmarschall Hermann Göring aus der Partei aus und entziehe ihm alle Rechte, die sich aus dem Erlaß vom 29. Juni 1941 sowie aus meiner Reichstagserklärung vom 1. September 1939 ergeben könnten. Ich ernenne an Stelle dessen den Großadmiral Dönitz zum Reichspräsidenten und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht.
Ich stoße vor meinem Tode den früheren Reichsführer SS und Reichsminister des Innern Heinrich Himmler aus der Partei sowie allen Staatsämtern aus. Ich ernenne an seiner Stelle den Gauleiter Karl Hanke zum Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei und den Gauleiter Paul Giesler zum Reichsminister des Innern. Göring und Himmler haben durch geheime Verhandlungen mit dem Feinde, die sie ohne mein Wissen und gegen meinen Willen abhielten, sowie durch den Versuch, entgegen dem Gesetz die Macht im Staate an sich zu reißen, dem Lande und dem gesamten Volk unabsehbaren Schaden zugefügt, gänzlich abgesehen von der Treulosigkeit gegenüber meiner Person...

Von allen Deutschen, allen Nationalsozialisten, Männern und Frauen und allen Soldaten der Wehrmacht verlange ich, daß sie der neuen Regierung und ihrem Präsidenten treu und gehorsam sein werden bis in den Tod. Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum.

[230] *Aus Churchills Exposé über die europäische Situation vom 4. Mai 1945*

Nach meinem Dafürhalten ist der tote Punkt in der polnischen Frage jetzt wohl nur noch in einer Konferenz der drei Regierungschefs zu überwinden, die am besten in einer unzerstörten Stadt Deutschlands abzuhalten wäre. Ich beabsichtige, Präsident Truman einen Vorschlag wegen seines hiesigen Besuchs zu kabeln und bei dieser Gelegenheit auf die weitere unerläßliche Aussprache der drei Großmächte hinzuweisen.

2. Das polnische Problem mag im Zusammenhang mit den zahlreichen anderen äußerst schwerwiegenden Fragen, die dringend einer Regelung mit den Russen bedürfen, eventuell leichter zu lösen sein. Ich fürchte, daß sich beim russischen Marsch quer durch Deutschland bis zur Elbe entsetzliche Dinge abgespielt haben. Der beabsichtigte Rückzug der amerikanischen Armee auf die ... Zonengrenzen bedeutet, daß die Flut der russischen Vorherrschaft auf einer fünfhundert bis sechshunderfünfzig Kilometer breiten Front um zweihundert Kilometer vorgetragen würde. Kommt es wirklich dazu, wäre es eines der betrüblichsten Ereignisse der Weltgeschichte. Ist der Akt einmal vollzogen und das ganze Gebiet von den Russen besetzt, wäre Polen ganz von russisch besetzten Ländern umschlossen und darin begraben. Wir würden dann praktisch eine russische Grenze bekommen, die vom Nordkap in Skandinavien, längs der schwedisch-finnischen Grenze, über die Ostsee zu einem Punkt knapp östlich von Lübeck, längs der gegenwärtig vereinbarten Zonengrenzen und der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze nach Österreich, das nominell Vier-Mächte-Gebiet werden würde, und halbwegs durch dieses Land bis zum Isonzo verliefe, werden doch Tito und Rußland alles Gebiet östlich dieses Flusses für sich beanspruchen. Demnach würde die russische Kontrolle die baltische Küste, ganz Deutschland bis zur vorgesehenen Zonengrenze, die gesamte Tschechoslowakei, einen großen Teil Österreichs, ganz Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien bis zur Grenze des ungefestigten Griechenlands, umfassen. Sämtliche großen Hauptstädte Mitteleuropas, Berlin, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia, fielen in diese Zone. Die Stellung der Türkei und Konstantinopels werden fraglos sofort zur Debatte kommen.

3. Wir stehen damit vor einem Ereignis in der Geschichte Europas, für das es keine Parallele gibt und das die Westmächte am Ende ihres langen und wechselvollen Ringens unvorbereitet trifft. Schon die russischen Repationsforderungen an Deutschland werden so hoch sein, daß Rußland die Besetzung beinahe unbeschränkt hinausziehen kann, auf alle Fälle so lange, bis Polen und viele andere Länder in der riesigen Zone des russisch kontrollierten Europas verschwunden sind und, wenn auch nicht notwendigerweise wirtschaftlich sowjetisiert, so doch jedenfalls unter Polizeiregime leben müssen.

4. Es ist allerhöchste Zeit, daß diese gewaltigen Probleme von den Hauptmächten in ihrer Gesamtheit geprüft werden. Wir haben einige bedeutende Pfänder in der Hand, die, richtig verwendet, zu einer friedlichen Regelung beitragen können. Erstens, bevor die Westmächte aus ihren gegenwärtigen Stellungen auf die vorgesehenen Zonengrenzen zurückfallen, müssen wir in den folgenden Punkten bindende Zusicherungen haben: Polen, den temporären Charakter der russischen Besetzung Deutschlands, die in den russifizierten oder russisch kontrollierten Ländern des Donaubeckens einzuführende Ordnung mit besonderer Berücksichtigung Österreichs, der Tschechoslowakei und des Balkans. Zweitens könnten wir uns im Rahmen einer Generalbereinigung in bezug auf die Ausgänge aus dem Schwarzen Meer und der Ostsee entgegenkommend zeigen. Eine Lösung für alle diese Dinge ist aber nur zu finden, bevor die amerikanischen Armeen in Europa geschwächt werden. Sollten sie nach dem Abzug der amerikanischen Armee aus Europa und dem Abbau des Kriegsapparates der westlichen Welt noch ungelöst sein, dann sind die Aussichten für eine befriedigende Lösung und die Vermeidung eines dritten Weltkrieges nur sehr gering. Auf eine solche frühzeitige Kraftprobe und Generalbereinigung mit Rußland müssen wir jetzt unsere Hoffnungen setzen. Bis dahin bin ich dagegen, unsere Forderungen an Rußland betreffs Polens irgendwie abzuschwächen... Nichts kann die große Katastrophe verhüten als eine schleunige Zusammenkunft und brutale Aussprache in irgendeiner amerikanisch-britisch besetzten deutschen Stadt...

[231] *Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (7./8. Mai 1945)*

1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

2. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht wird unverzüglich allen deutschen Land-, See- und Luftstreitkräften und allen unter deutschem Befehl stehenden Streitkräften den Befehl

geben, die Kampfhandlungen um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai 1945 einzustellen, in den Stellungen zu verbleiben, die sie in diesem Zeitpunkt innehaben, und sich vollständig zu entwaffnen, indem sie ihre Waffen und Ausrüstung den örtlichen alliierten Befehlshabern oder den von den Vertretern der obersten alliierten Militärführung bestimmten Offizieren übergeben. Kein Schiff, Seefahrzeug oder Flugzeug irgendeiner Art darf zerstört werden, noch dürften Schiffsrümpfe, maschinelle Einrichtungen oder Geräte, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen und alle technischen Mittel zur Fortsetzung des Krieges im allgemeinen beschädigt werden.

3. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht wird unverzüglich den zuständigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte unter dem Oberkommando der Roten Armee erlassenen zusätzlichen Befehle weitergeben und deren Durchführung sicherstellen.

4. Diese Kapitulationserklärung stellt kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.

5. Im Falle, daß das Oberkommando der deutschen Wehrmacht oder irgendwelche unter seinem Befehl stehenden Streitkräfte es versäumen sollten, sich gemäß den Bestimmungen dieser Kapitulationserklärung zu verhalten, werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und das Oberkommando der Roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Maßnahmen ergreifen, die sie als zweckmäßig erachten.

6. Diese Erklärung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache aufgesetzt. Allein maßgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin, am 8. Mai 1945.

gez. v. Friedeburg gez. Keitel gez. Stumpff

[232] *Rundfunkansprache des Reichsministers Grafen Schwerin v. Krosigk am 7. Mai 1945 anläßlich der Kapitulation der deutschen Wehrmacht*

Deutsche Männer und Frauen!

Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. Als leitender Minister der Reichsregierung, die der Großadmiral zur Abwicklung der Kriegsaufgaben bestellt hat, wende ich mich in diesem tragischen Augenblick unserer Geschichte an das deutsche Volk.

Nach einem fast sechsjährigen heldenmütigen Kampf von unvergleichlicher Härte ist die Kraft Deutschlands der überwältigenden Macht unserer Gegner erlegen. Die Fortsetzung des Krieges hätte nur sinnloses Blutvergießen und unnütze Zerstörung bedeutet. Eine Regierung, die Verantwortungsgefühl vor der Zukunft unseres Volkes besitzt, mußte aus dem Zusammenbruch aller physischen und materiellen Kräfte die Folgerung ziehen und den Gegner um Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen.

Es war das vornehmste Ziel des Großadmirals und der ihn unterstützenden Regierung, nach den furchtbaren Opfern, die der Krieg gefordert hat, in seiner letzten Phase das Leben möglichst vieler deutschen Menschen zu erhalten. Daß der Krieg nicht sofort und nicht gleichzeitig im Westen und Osten beendet wurde, erklärt sich allein aus diesem Ziel. Wir verneigen uns in dieser schwersten Stunde des deutschen Volkes und seines Reiches in Ehrfurcht vor den Toten dieses Krieges, deren Opfer unsere höchste Verpflichtung ist. Unsere Anteilnahme und Sorge gilt vor allem den Versehrten, den Hinterbliebenen und allen, denen dieser Kampf Wunden geschlagen hat. Niemand darf sich über die Schwere der Bedingungen hinwegtäuschen, die unsere Gegner dem deutschen Volk auferlegen werden. Es gilt, ihnen ohne jede Phrase klar und nüchtern entgegenzusehen. Niemand kann im Zweifel darüber sein, daß die kommende Zeit für jeden von uns hart sein und auf allen Lebensgebieten Opfer von uns fordern wird. Wir müssen sie auf uns nehmen und loyal zu den Verpflichtungen stehen, die wir übernommen haben. Wir dürfen aber auch nicht verzweifeln und uns einer stummen Resignation hingeben. Wir müssen uns den Weg durch das Dunkel der Zukunft durch drei Sterne erleuchten und führen lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Aus dem Zusammenbruch der Vergangenheit wollen wir uns eines bewahren und retten: die Einigkeit, den Gedanken der Volksgemeinschaft, die in den Jahren des Krieges in der Frontkameradschaft draußen, in der gegenseitigen Hilfsbereitschaft in allen Nöten daheim ihren schönsten Ausdruck gefunden hat. Wir werden diese Kameradschaft und Hilfsbereitschaft in den kommenden Nöten des Hungers und der Armut ebenso brauchen wie in den Zeiten der Schlachten und der Bombenangriffe. Nur wenn wir uns diese Einigkeit erhalten und nicht wieder in streitende Klassen und Gruppen auseinanderfallen, können wir die künftige harte Zeit überstehen.

Wir müssen das Recht zur Grundlage unseres Volkslebens machen. In unserem Volk soll Gerechtigkeit das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur sein. Wir müssen das Recht auch als die Grundlage der Beziehungen zwischen den Völkern aus innerer Überzeugung anerkennen und achten. Die Achtung vor geschlossenen Verträgen soll uns ebenso heilig sein wie das Gefühl der Zusammengehörigkeit unseres Volkes zur europäischen Völkerfamilie, als deren Glied wir alle menschlichen, moralischen und materiellen Kräfte aufbieten wollen, um die furchtbaren Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat.
Dann können wir hoffen, daß die Atmosphäre des Hasses, die heute Deutschland in der Welt umgibt, einem Geist der Versöhnung in den Völkern weicht, ohne den eine Gesundung der Welt gar nicht möglich ist, und daß uns die Freiheit wieder winkt, ohne die kein Volk ein erträgliches und würdiges Dasein führen kann.
Wir wollen die Zukunft unseres Volkes in der Besinnung auf die innersten und besten Kräfte des deutschen Wesens sehen, die der Welt unvergängliche Werke und Werte gegeben haben. Wir werden mit dem Stolz auf den Heldenkampf unseres Volkes den Willen verbinden, als Glied der christlich-abendländischen Kultur in redlicher Friedensarbeit einen Beitrag zu liefern, der den besten Traditionen unseres Volkes entspricht.
Möge Gott uns im Unglück nicht verlassen und unser schweres Werk segnen!

[233] *Wider die Teilung Deutschlands*

Aus der Ansprache Stalins an das Volk vom 9. Mai 1945
...Am 7. Mai wurde in Reims ein vorläufiges Kapitulationsprotokoll unterzeichnet. Am 8. Mai haben in Berlin Vertreter des deutschen Oberkommandos im Beisein von Vertretern des Obersten Kommandos der verbündeten Truppen und des Obersten Kommandos der Sowjettruppen die endgültige Kapitulationsurkunde unterzeichnet, mit deren Verwirklichung am 8. Mai um 24 Uhr begonnen wurde.
Da wir die Wolfsnatur der deutschen Machthaber kennen, die Verträge und Abkommen als einen bloßen Fetzen Papier betrachten, haben wir keinen Grund, ihnen aufs Wort zu glauben. Seit heute morgen jedoch haben deutsche Truppen in Verwirklichung der Kapitulationsurkunde begonnen, in Massen die Waffen zu strecken und sich unseren Truppen gefangenzugeben. Das ist schon kein bloßer Fetzen Papier mehr. Das ist die tatsächliche Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Allerdings sucht im Raume der Tschechoslowakei eine deutsche Heeresgruppe immer noch, sich der Kapitulation zu entziehen. Aber ich hoffe, daß es der Roten Armee gelingen wird, sie zur Besinnung zu bringen...
Vor drei Jahren verkündete Hitler vor aller Welt, daß die Zerstückelung der Sowjetunion, die Losreißung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, der baltischen Länder und anderer Sowjetgebiete zu seiner Aufgabe gehört. Er erklärte unumwunden: "Wir werden Rußland vernichten, daß es sich niemals mehr erheben kann." Das war vor drei Jahren. Die wahnwitzigen Ideen Hitlers sollten jedoch nicht in Erfüllung gehen – im Verlaufe des Krieges sind sie wie Spreu im Winde verweht. Was in Wirklichkeit herauskam, ist das gerade Gegenteil dessen, wovon die Hitlerleute faselten. Deutschland ist aufs Haupt geschlagen. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten...

[234] *Unterredung des amerikanischen Sonderbeauftragten H. Hopkins mit Stalin in Moskau*

26. 5. 1945
...Hopkins berichtete sodann, Präsident Truman habe vor einigen Tagen nach ihm gesandt und ihn gebeten, nach Moskau zu kommen, um ein Gespräch mit Marschall Stalin zu führen... Ehe er jedoch auf diese spezifischen Fragen einginge, habe er den Wunsch, dem Marschall den wahren Grund dafür zu sagen, warum der Präsident ihn gebeten habe zu reisen: die Frage des grundlegenden Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.
Vor zwei Monaten habe beim amerikanischen Volk eine überwältigende Sympathie für die Sowjetunion und für die uneingeschränkte Unterstützung der Grundlage der Politik des Präsidenten Roosevelt, die der Marschall so gut kenne, bestanden. Sympathie und Unterstützung seien hauptsächlich durch die brillanten Leistungen der Sowjetunion im Kriege, teilweise durch das Ansehen des Präsidenten Roosevelt und durch die vorzügliche Art und Weise der Zusammenarbeit unserer beiden Länder, um die Niederringung Deutschlands herbeizuführen, veranlaßt gewesen. Das amerikanische Volk habe zu diesem Zeitpunkt gehofft und vertrauensvoll geglaubt, beide Länder könnten im Frieden genausogut zusammenarbeiten, wie sie es im Kriege getan hatten. Hopkins betonte, es habe immer eine kleine Minorität gegeben, die Hearsts und

die McCormicks, die gegen die Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gewesen seien. Diese Leute seien ebenfalls bittere politische Feinde Präsident Roosevelts gewesen, hätten jedoch seitens des amerikanischen Volkes nie irgendwelche Unterstützung erhalten. Die Tatsache, daß Präsident Roosevelt viermal gegen ihre erbitterte Opposition zum Präsidenten gewählt worden sei, beweise diese Feststellung. Hopkins fuhr fort, er beabsichtige nicht, die Ansichten einer kleinen Minorität zu diskutieren, sondern habe vor, den allgemeinen Stand der amerikanischen Meinung und insbesondere die derzeitige Haltung der Millionen von Amerikanern zu diskutieren, die die Politik Präsident Roosevelts in bezug auf die Sowjetunion unterstützt hätten und die glaubten, daß ungeachtet verschiedenartiger politischer und wirtschaftlicher Ideologien der beiden Länder, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nach dem Kriege zusammenarbeiten könnten, um einen sicheren Frieden für die Menschheit herbeizuführen. Er sagte, er wünsche dem Marschall mit aller Ernsthaftigkeit, über die er verfüge, zu versichern, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten, die sich für die ständige Unterstützung der Politik Roosevelts entschieden habe, ernstlich über ihre Beziehungen mit Rußland besorgt sei. In der Tat sei in den letzten sechs Wochen die Verschlechterung der öffentlichen Meinung so ernsthaft gewesen, daß sie sich nachteilig auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ausgewirkt habe. Hopkins sagte, er wünsche zu betonen, daß diese Änderung gerade bei denjenigen Leuten eingetreten sei, die Roosevelts Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion mit Leib und Seele unterstützt hätten; er bemerkte, er wolle im Augenblick nicht auf die Gründe eingehen, die diese Veränderung verursacht hätten; er wolle auch nicht das Für und Wider beider Seiten diskutieren, sondern lediglich betonen, daß diese Wandlung eine Tatsache sei. Die Freunde der Rooseveltschen Politik und der Sowjetunion seien beunruhigt und besorgt über die derzeitige Tendenz der Ereignisse und verstünden die Gründe nicht ganz; es sei für sie jedoch offensichtlich, daß, wenn die derzeitigen Tendenzen anhielten, ohne daß ihnen Einhalt geboten werde, die gesamte Struktur der Zusammenarbeit in der Welt und der Beziehungen mit der Sowjetunion, an deren Aufbau Präsident Roosevelt und der Marschall so hart gearbeitet hätten, zerstört werde. Vor seiner Abreise habe Präsident Truman ihm gegenüber seine große Besorgnis über die derzeitige Lage und ebenso seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Politik Präsident Roosevelts fortzusetzen, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten; auch habe er seine Absicht betont, sowohl in der Tat als auch dem Geiste nach sämtliche Abmachungen, formeller und informeller Natur, die Präsident Roosevelt und Marschall Stalin gemeinsam ausgearbeitet hätten, zu verwirklichen. Hopkins fügte hinzu, er selbst habe sich, wie der Marschall wisse, nicht wohlbefunden und wäre nicht nach Moskau gekommen, hätte er nicht geglaubt, daß die Lage ernst sei. Er meinte gleichfalls, er wäre nicht gekommen, hätte er nicht geglaubt, daß die derzeitige Tendenz zum Stehen gebracht und eine gemeinsame Grundlage für den Fortschritt in die Zukunft erzielt werden könne. Hopkins erklärte, es sei nicht einfach oder leicht, mit dem Finger auf die genauen Gründe für die Verschlechterung zu deuten, er müsse jedoch betonen, daß es ohne die Unterstützung durch die öffentliche Meinung und insbesondere ohne Hilfe der Parteigänger Präsident Roosevelts für Präsident Truman sehr schwierig sein werde, die Politik Präsident Roosevelts fortzuführen. Er sagte, die wesentliche Grundlage der Politik Präsident Roosevelts, die das amerikanische Volk voll unterstützt habe, sei, wie der Marschall wisse, die Auffassung gewesen, daß die Interessen der Vereinigten Staaten weltweit seien und sich nicht auf Nord- und Südamerika und den Pazifik beschränken; diese Auffassung habe zu den zahlreichen Konferenzen geführt, die Präsident Roosevelt mit Marschall Stalin in bezug auf den Frieden der Welt abgehalten habe. Präsident Roosevelt habe geglaubt, daß die Sowjetunion genauso weltweite Interessen habe und beide Länder gemeinsam jedes politische und wirtschaftliche Problem, das zwischen ihnen zur Debatte stünde, bereinigen könnten. Nach der Konferenz von Jalta habe es so ausgesehen, als seien wir auf dem Wege zur Erlangung eines grundlegenden Einverständnisses zu allen Fragen der Außenpolitik, die für unsere jeweiligen Länder von Interesse sind, gut vorangekommen, in bezug auf die Behandlung Deutschlands, auf Japan und auf die Frage des Aufbaus einer Weltsicherheitsorganisation, ganz zu schweigen von den langfristigen Interessen, die den Vereinigten Staaten und der UdSSR gemeinsam seien. Er sagte, in einem Land wie dem unseren sei die öffentliche Meinung von spezifischen Vorfällen beeinflußt, und in diesem Falle sei die Verschlechterung der öffentlichen Meinung bezüglich unserer Beziehungen zur Sowjetunion auf unser Unvermögen konzentriert gewesen, die Vereinbarung von Jalta über Polen in Kraft zu setzen. Es gäbe ebenfalls eine Kette von Vorfällen, jeder für sich unbedeutend, die sich um die polnische Frage herum ergeben hätten und die zur Verschlechterung der öffentlichen Meinung beigetragen hätten. Präsident Truman und mit ihm die amerikanische Öffentlichkeit, obwohl diese nicht mit allen Einzelheiten vertraut sei, fühle eine gewisse Verwirrung über unser Unvermögen, die polnische Frage zu lösen.

Marschall Stalin antwortete, der Grund für das Versagen bei der polnischen Frage liege darin, daß die Sowjetunion wünsche, ein freundschaftlich gesinntes Polen zu haben, daß jedoch Groß-

britannien das System des "Cordon Sanitaire" längs der sowjetischen Grenzen wieder aufleben lassen wolle.
Hopkins antwortete, daß weder die Regierung noch das Volk der Vereinigten Staaten eine solche Absicht hegen.
Stalin erwiderte, er spreche nur von England und sagte, die britischen Konservativen wünschten kein der Sowjetunion gegenüber freundschaftlich eingestelltes Polen.
Hopkins erklärte, daß die Vereinigten Staaten ein gegenüber der Sowjetunion freundschaftlich eingestelltes Polen begrüßten und in der Tat den Wunsch hätten, längs der gesamten sowjetischen Grenzen freundschaftlich eingestellte Staaten zu sehen.
Marschall Stalin erwiderte, wenn es so sei, könne man in bezug auf Polen leicht zu einer Einigung kommen.
Hopkins sagte, es liege eine Reihe spezifischer Fragen vor, die er und Harriman während seines Besuchs mit Marschall Stalin und Herrn Molotow zu besprechen hofften. Die allgemeine Erklärung, die er eben in bezug auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten abgegeben habe, sei aber der Hauptgrund für sein Kommen und der Hauptgrund für die Sorgen im gegenwärtigen Zeitpunkt. Er sagte, er habe den Wunsch gehabt, so offen und so nachdrücklich, wie es ihm möglich sei, Marschall Stalin die Bedeutung klarzulegen, die er persönlich dem derzeitigen Gang der Dinge beimesse; er sei der Auffassung, die Lage werde rasch schlimmer, wenn die polnische Angelegenheit nicht schnell bereinigt werden kann. Er habe daher den Marschall mit Freuden sagen hören, daß er der Auffassung sei, die Frage könne bereinigt werden.
Stalin antwortete, daß es seiner Meinung nach am besten sei, sie zu bereinigen, jedoch nicht, wenn die britischen Konservativen versuchen, den "Cordon Sanitaire" wieder aufleben zu lassen.

Hopkins sagte, er beabsichtige, folgende Fragen während seines Aufenthaltes in Moskau mit Marschall Stalin zu besprechen:
1. Den Wunsch des Präsidenten Truman, mit Marschall Stalin zusammenzutreffen, um alle die Probleme zu besprechen, die sich aus dem Ende des Krieges in Europa ergeben, und Zeitpunkt und Ort eines Treffens zu vereinbaren.
Stalin erwiderte, er habe Präsident Truman bereits in bezug auf den Ort des Treffens geantwortet und habe den Raum von Berlin vorgeschlagen.
Hopkins entgegnete, diese Meldung müsse eingetroffen sein, nachdem er abgereist sei.
Marschall Stalin wies Molotow an, Hopkins und Botschafter Harriman eine Ausfertigung davon zu überreichen.
Hopkins sagte, die zweite Frage, die er zu besprechen wünsche, betreffe die Einsetzung des Kontrollrats für Deutschland. General Eisenhower sei bereits zum amerikanischen Vertreter im Kontrollrat ernannt worden. Er hoffe, daß der sowjetische Vertreter frühzeitig benannt werde, damit der Rat zusammentreten und an die Arbeit gehen könne.
Marschall Stalin, der offensichtlich von der Ernennung General Eisenhowers noch keine Kenntnis hatte, erklärte, daß Marschall Schukow als sowjetischer Vertreter im Kontrollrat für Deutschland ernannt werden würde; er gab zu verstehen, daß diese Ernennung in Kürze bekanntgegeben werden würde.
Hopkins sagte, die dritte Frage, die er zu besprechen wünsche, sei die des Kriegs im Pazifik und der zukünftigen Beziehungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu China. Er sagte, daß es – obwohl er sich darüber im klaren sei, daß die Antwort von einer ganzen Reihe von Erwägungen abhängig sein werde – für die amerikanischen Militärbehörden von größtem Wert wäre, wenn ihm ein ungefährer Zeitpunkt für den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg im Pazifik mitgeteilt werde.
Marschall Stalin bemerkte, er werde diese Frage mit seinen Beratern besprechen und Hopkins unterrichten.
Hopkins führte abschließend aus, selbstverständlich stehe auch die polnische Frage noch zur Besprechung an. Er fügte hinzu, daß, wenn Marschall Stalin seinerseits irgendwelche politischen Fragen bezüglich der Vereinigten Staaten habe, die ihm Sorgen machten, er selbstverständlich gerne bereit sein werde, diese zu besprechen...
Stalin sagte sodann, daß er eine Frage aufzuwerfen wünsche, und zwar die Frage einer Friedenskonferenz zur Beilegung des europäischen Krieges; er versicherte, die Frage sei reif und stehe sozusagen vor der Tür.
Hopkins antwortete, er glaube, daß das bevorstehende Treffen zwischen dem Präsidenten, Marschall Stalin und dem Premierminister ein erster Schritt in Richtung auf eine derartige Konferenz sein werde; er sagte, er kenne im allgemeinen die Ansichten Präsident Trumans zu diesem Thema und werde mit Vergnügen während seines Aufenthaltes in Moskau diese in allgemeinen Zügen Marschall Stalin mitteilen.
Marschall Stalin antwortete, er sei der Auffassung, die Unsicherheit in bezug auf die Friedenskonferenz habe schlechte Auswirkungen; es sei klug, einen Zeitpunkt und einen Ort auszuwählen, so daß entsprechende Vorbereitungen getroffen werden könnten. Die Konferenz von

Versailles sei schlecht vorbereitet gewesen; das Ergebnis sei gewesen, daß viele Fehler gemacht wurden. Er wiederholte, daß er bereits eine Mitteilung an Präsident Truman gesandt habe, in der Berlin als Ort eines ersten Treffens vorgeschlagen wurde.

28. 5. 1945
...Hopkins sprach sodann davon, daß Marschall Stalin anläßlich des Sieges eine Rede gehalten habe, in der er gesagt habe, die Sowjetunion sei gegen eine Zerstückelung Deutschlands. Er wünschte zu wissen, ob diese Verlautbarung richtig sei und ob sie eine Änderung der sowjetischen Politik seit der Konferenz von Jalta bedeute.
Marschall Stalin erwiderte, die darauf folgenden Ereignisse hätten gezeigt, daß der Vorschlag über die Zerstückelung Deutschlands auf der Konferenz von Jalta abgelehnt worden sei. Im Sonderausschuß – im Ausschuß für deutsche Teilungsfragen – hätten die Briten ohne Einwand des Botschafters Winant die Entscheidung von Jalta nicht als einen positiven Plan für die Zerstückelung Deutschlands ausgelegt, sondern als eine Drohung, die den Deutschen für den Fall eines schlechten Verhaltens entgegengehalten werden solle.
Hopkins sagte, er verstehe die Entscheidung von Jalta anders und wisse, daß Präsident Truman zu einer Zerstückelung neige und auf jeden Fall für die Unterstellung der Saar, der Ruhr und des Westufers des Rheins unter internationale Kontrolle sei.
Marschall Stalin bemerkte, das könne bei dem bevorstehenden Treffen besprochen werden, er glaube aber nicht, daß Großbritannien für die Abtretung der Ruhr und der Saar sei.
Hopkins sagte, soviel er wisse, sei Großbritannien gegen die Zerstückelung, würde aber eine Abtrennung der westlichen Gebiete begünstigen.
Marschall Stalin sagte, er wisse es offen gestanden nicht; er wisse lediglich, daß nach Jalta die britische Presse beharrlich erklärt habe, nur Rußland sei für die Zerstückelung Deutschlands. Er bemerkte: “Wie Sie sich alle erinnern werden, haben wir in Jalta den positiven Plan für die Abtrennung von Teilen Deutschlands vorgelegt, jedoch sind bei dem Treffen der Sonderkommission in London die Briten gegen diesen positiven Plan gewesen und haben es vorgezogen, ihn als Drohung gegenüber den Deutschen bestehen zu lassen.” Er sagte, Botschafter Winant habe gegen diese britische Auslegung keine Einwendung erhoben, obwohl (Botschafter) Gousew das getan habe. Er sagte, die Sowjetunion habe jedoch schließlich zugestimmt, da es offensichtlich sei, daß in Jalta bezüglich der Zerstückelung keine wirkliche Entscheidung gefallen sei [...]; aus diesem Grunde habe er seine Erklärung abgegeben. Er fuhr fort, daß, falls man wünsche, auf der bevorstehenden Dreierkonferenz die Zerstückelung zu diskutieren, er dazu bereit sei; er wünsche jedoch zu erklären, daß er die Abtrennung von Teilen Deutschlands nicht als Zerstückelung betrachte. Er verstehe unter Zerstückelung die Schaffung separater deutscher Staaten; in Teheran habe z. B. Präsident Roosevelt von fünf separaten deutschen Staaten, in Moskau Churchill von zwei Staaten gesprochen. Das sei eine echte Zerstückelung und nicht nur das Abschneiden von Teilen Deutschlands. das dann immer noch ein vereinigter oder reduzierter Staat wäre.
In Beantwortung einer Frage des Botschafters Harriman sagte Marschall Stalin, er habe sich in diesem Punkt noch nicht festgelegt. Er stimmte mit dem Botschafter dahingehend überein, daß eine einheitliche Politik gegenüber Deutschland, nach der der Kontrollrat arbeiten könne, notwendig sei; andernfalls, betonte er, würden die Deutschen versuchen, den einen gegen den anderen auszuspielen. Sie würden von einer Zone in die andere kommen und vorgeben, daß sie von dem einen oder dem anderen der Alliierten eine bessere Behandlung erhielten.
Botschafter Harriman sagte, er glaube, es werde gut sein, den Generalen im Kontrollrat Vollmacht zu geben, ohne sich in politischer Hinsicht viel einzumischen.
Marschall Stalin sagte, er stimme zu, jedoch seien Militärs oft so praktisch veranlagt, daß man sie politisch zum Narren halten könne; es sei daher erforderlich, ihnen eine politische Direktive zu geben, nach der sie arbeiten könnten...

[235] *Um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen*

a) Persönliche und streng geheime Botschaft Trumans an Stalin (eingegangen am 7. Juni 1945)
Ich habe mich eingehend mit Ihrer Botschaft vom 27. Mai auseinandergesetzt, in der Sie vorschlagen, daß unsere Regierungen diplomatische Beziehungen zu Finnland, Rumänien und Bulgarien zum jetzigen Zeitpunkt und zu Ungarn zu einem späteren Zeitpunkt herstellen sollten.
Der von Ihnen unterbreitete Vorschlag zeigt, daß Sie wie ich der Meinung sind, daß wir danach streben sollten, die Zeit des Waffenstillstands so kurz wie möglich zu halten und schnell die Bemühungen anzuerkennen, die diese ehemals feindlichen Länder machen, um sich den demokratischen Prinzipien der alliierten Nationen anzuschließen. Ich bin deshalb einverstanden, daß zum frühest möglichen Zeitpunkt normale Beziehungen zu diesen Ländern hergestellt werden sollten.

Dementsprechend bin ich bereit, sofort in den Austausch von diplomatischen Vertretern mit Finnland einzutreten, da das finnische Volk durch seine Wahlen und andere politische Veränderungen seine aufrichtige Achtung für demokratische Verfahren und Prinzipien bewiesen hat.
Ich habe jedoch in Ungarn, Rumänien und Bulgarien nicht die gleichen ermutigenden Anzeichen gefunden. Besonders in den letzteren beiden Ländern finde ich zu meiner Beunruhigung Regierungen vor, die nicht allen demokratischen Kräften des Volkes die Rechte der freien Meinungsäußerung gewähren und die in ihrem Regierungssystem meiner Meinung nach weder dem Willen des Volkes entsprechen noch ihn vertreten. Aus dem Brief Botschafter Harrimans vom 14. März kennen Sie bereits die Gründe dafür, warum die Regierung der Vereinigten Staaten der Meinung ist, daß die politische Situation in Rumänien zum Gegenstand von Beratungen zwischen den drei wichtigsten alliierten Regierungen gemacht werden sollte. Ihnen ist auch bekannt, wie besorgt man in Amerika über das vorgeschlagene Wahlverfahren und einige andere politische Erscheinungen in Bulgarien ist.
Ich hoffe aufrichtig, daß bald die Zeit kommen möge, in der ich offizielle diplomatische Vertreter in diesen Ländern akkreditieren kann. Zu diesem Zweck bin ich bereit, zu jedem beliebigen Zeitpunkt meine Vertreter zu einem Treffen mit sowjetischen und britischen Vertretern zu entsenden, um wirksamer unsere Politik und unsere Aktionen in diesem Gebiet abzustimmen. Ich denke, das wäre ein konstruktiver Schritt in Richtung auf die Wiederherstellung normaler, den Friedenszeiten entsprechender Beziehungen zu ihnen als unabhängige Staaten, die bereit sind, die Pflichten der Mitglieder der Völkerfamilie zu übernehmen und an ihren Vorteilen teilzuhaben.
Premierminister Churchill wird von dieser Botschaft informiert.

b) Persönliche und streng geheime Botschaft Stalins an Truman vom 9. Juni 1945
Ich habe Ihre Antwortbotschaft zur Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien, Finnland und Ungarn erhalten.
Aus Ihrer Botschaft geht hervor, daß auch Sie eine möglichst baldige Herstellung normaler Beziehungen zu den genannten Ländern für wünschenswert halten. Ich sehe jedoch keinen Grund, in dieser Hinsicht Finnland den Vorzug zu geben, das – im Unterschied zu Rumänien und Bulgarien – nicht mit seinen Streitkräften an der Seite der Alliierten am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen hat. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion und das gesamte sowjetische Oberkommando würden kein Verständnis dafür aufbringen, wenn Rumänien und Bulgarien, deren Streitkräfte an der Vernichtung Hitlerdeutschlands aktiv teilgenommen haben, im Vergleich zu Finnland in eine ungünstigere Lage versetzt würden.
Was die Frage des politischen Regimes betrifft, so sind in Rumänien und Bulgarien nicht weniger Möglichkeiten für die demokratischen Kräfte vorhanden als z. B. in Italien, zu dem die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion bereits die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen haben. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß in der letzten Zeit die politische Entwicklung in Rumänien und Bulgarien in ruhigeren Bahnen verlaufen ist, und ich sehe keine Anzeichen, die hinsichtlich der weiteren Entwicklung der demokratischen Grundlagen in diesen Ländern Anlaß zur Beunruhigung geben könnten. Deshalb halte ich keine besonderen Maßnahmen der Alliierten gegenüber den genannten Ländern für erforderlich.
Aus diesem Grunde vertritt die Sowjetregierung die Meinung, daß die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien und Finnland nicht länger hinausgezögert und hinsichtlich Ungarn etwas später geprüft werden sollte.

[236] *Aus dem "Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands" vom 11. Juni 1945*

...Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.
Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.
An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!
Die unmittelbarsten une dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:
1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Bandi-

ten. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.
3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der "Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.
4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen...
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.
Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.
Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volk neue Erkenntnisse den Weg.

[237] *Aus den Schlußfolgerungen des amerikanischen Sonderbotschafters Davies vom 12. Juni 1945 (über sein Gespräch mit Churchill)*

...4. Er [Churchill] war über die Entscheidung des Präsidenten und über die Tatsache, daß amerikanische Truppen bereits jetzt aus Europa nach dem östlichen Kriegsschauplatz verlegt werden und in die vereinbarten Besatzungszonen zurückgenommen wurden (Rückzug, wie er es nannte), bitter enttäuscht.
5. Gegenüber den Sowjets war er erbittert feindselig.
6. Seine Haltung muß der sowjetischen Regierung bekannt sein oder zumindest von ihr vermutet werden. Sie ist ohne Zweifel schuld an dem Verdacht, der beim Austausch von Telegrammen im Zusammenhang mit der Kapitulation deutscher Truppen in Italien zum Ausdruck gebracht wurde – schuld an der Lage in Österreich – schuld an der Vermutung, es seien geheime Abmachungen zwischen den Deutschen und Alliierten an der Westfront auf Kosten der Russen an der Ostfront getroffen worden – schuld auch an anderen schwierigen Situationen. Die Haltung des Premierministers könnte einen großen Teil der Aggressivität und sogenannten einseitigen Handlungsweise der Sowjets seit Jalta erklären – sie tut das ohne Zweifel auch. Sie haben die offene Rede von General Smuts nicht vergessen; sie schützen ihre eigene Stellung.
7. Diese Haltung verbindet der Premierminister mit der Empfindung, daß seine Regierung ihre – frühere – Stellung der Macht und der Beherrschung der Welt nicht mehr einnimmt; er wehrt sich tapfer und heftig dagegen. Als Minister des Königs hält er starr an der klassischen britischen Politik in Europa fest; er erkannte, daß seine Hoffnung, das amerikanische Potential an Menschen und Material zur Beibehaltung der britischen "Führung" in Europa einsetzen zu können, im Schwinden begriffen ist.
8. Ohne Zweifel befürchtet der Premierminister auch, daß beim Abschluß trilateraler Abkommen der Großen Drei der Idealismus unseres Volkes Entscheidungen zuläßt, die auf dem Kontinent möglicherweise unrealistisch sind und ernsthafte Probleme und Schwierigkeiten für die Zukunft in sich bergen könnten. Wenn Amerika Europa im Stich ließe, würde England allein die Last der Verantwortung dafür zu tragen haben. Ohne Zweifel erinnert er sich immer noch unserer Haltung in der griechischen Angelegenheit, in der ihm allein der Kampf "im Staub und Schmutz der Arena", wie er es in seiner bitteren Rede im Parlament ausdrückte, überlassen blieb.
9. Es war sein Ziel, und ist offen ausgesprochen worden, daß die Gegenwart amerikanischer Streitkräfte und ihre Stellung vor ihren Linien als Handelsgegenstand zur Erlangung von Zugeständnissen der Sowjets verwendet werden sollten. Seine Handlungsweise beruhte auf der "harten Politik"; er war willens, das große Risiko einzugehen, das mit diesem Spiel verbunden ist. Seine Stellung rechtfertigt wahrscheinlich dieses Risiko.
10. Der Premierminister bestätigt jedoch erneut, daß er 1. der amerikanischen Politik gegenüber Rußland keinen Widerstand entgegensetzen wird, 2. völlig mit der Politik einverstanden ist, zu versuchen, alle mit der Selbstachtung zu vereinbarenden Mittel auszuschöpfen, um die Schwierigkeiten zwischen den Großen Drei zu lösen, damit die Einheit gewahrt und der Frieden nach dem militärischen Sieg erhalten bleibe, und 3. mit einem Treffen zu dem Zeitpunkt und an dem Ort einverstanden ist, den der Präsident mit Marschall Stalin vereinbart...

[238] *Aus der Potsdamer Erklärung der Dreimächtekonferenz vom 2. August 1945*

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es bald gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration (Jalta, 12. Februar 1945) über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.
Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den

freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen... Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. Politische Grundsätze:...
1. Kontrollsystem (ähnl. Viermächteerklärung).
2. Gleiche Behandlung deutscher Bevölkerung in ganz Deutschland.
3. Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Ausschaltung oder Überwachung der gesamten deutschen Industrie für Kriegsproduktion, Zu diesem Zweck
a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegsvereine und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden...
II. Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.
IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten...
4. Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung.
5. Aburteilung der Kriegsverbrecher; Verhaftung und Internierung nazistischer Parteiführer, einflußreicher Nazianhänger, der Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und aller anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind.
6. Aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen sind zu entfernen: alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, alle Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen. Sie sind zu ersetzen durch Personen, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Überwachung des Erziehungswesens, damit die nazistischen und militärischen Lehren völlig entfernt werden.
8. Reorganisation des Gerichtswesens. Gleichheit aller vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, Nationalität und der Religion.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisierung der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zweck:

I. Lokale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen in ganz Deutschland.
II. In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechts, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.
III. Grundsatz der Wahlvertretungen in Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesvertretungen.
IV. Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Ausgenommen wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie.
10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze:...
11. Verbot der Kriegsproduktion, Industriekontrolle, Abrüstung in der Industrie gem. Reparationsplan.
12. Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens, Dekartellisierung.
13. Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch).
14. Deutschland ist während der Besatzungszeit als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten, mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen.
15. Alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben in bestimmten Grenzen.
16. Unterstützung der alliierten Wirtschaftskontrolle durch einen deutschen Verwaltungsapparat; enge Zusammenarbeit mit dieser Institution ist den deutschen Behörden nahezulegen... So ist dem deutschen Volke klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.
17. Vordringliche Maßnahmen: Instandsetzung des Verkehrswesens, Hebung der Kohlenerzeugung, Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion, Instandsetzung von Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen.
18. Alliierte Kontrolle über deutsche Auslandsguthaben.
19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volk genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren...
VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet:
Vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung ist grundsätzlich zugestimmt worden, Königsberg und das anliegende Gebiet an die UdSSR zu übergeben... Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.

IX. Polen:
b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: In Übereinstimmung mit dem bei der Krimkonferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll... Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen...
XIII. Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile:
Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll...

Unterzeichnet von: Stalin, Truman und Attlee

[239] *4. Juli 1945:*
Richtlinien für die amerikanische Delegation
("Briefing Books") I

[Washington,] 4. Juli 1945

STRENG GEHEIM
Einleitende Bemerkung bezüglich der deutschen Ostgrenze
Die ministeriellen Ausschüsse für Deutschland sowie für Rußland und Polen haben empfohlen, daß von Deutschland verlangt werden sollte, Oberschlesien, Ostpreußen und den ostwärts der Linie Kreuz-Dramburg gelegenen Teil Pommerns abzutreten, und daß das übrige deutsche Gebiet ostwärts der Oder und das Gebiet zwischen Oder und Neiße in deutschem Besitz bleiben solle.

Für die Zwecke der vorliegenden Reihe kurzer Empfehlungen ist die Ostgrenze Deutschlands in sechs Abschnitte aufgeteilt worden, die auf den nachfolgenden Seiten erörtert werden.
In zwei zugrundeliegenden Schriftstücken (H-160 und CAC-341) ist versucht worden, den Charakter des gesamten Grenzproblems zu analysieren und angesichts der komplizierten Faktoren, die zu berücksichtigen sind, eine Regelung zu empfehlen, die so vernünftig wie nur möglich ist.
Es wird jedoch zugegeben, daß diese Empfehlungen eine Beurteilung dessen darstellen, was die wünschenswerteste Lösung zu sein scheint, nicht einen unbeugsamen Entschluß der amerikanischen Regierung. Es liegt auf der Hand, daß es für uns nicht in Frage käme, zu erklären, wir würden nur den hier vorgeschlagenen Grenzverlauf akzeptieren und nichts mit einer weiter nach Westen verlegten Grenze zu tun haben wollen. Der hier eingenommene Standpunkt beruht auf der Überlegung, daß die amerikanische Regierung von einer Linie westlich der hier vorgeschlagenen abraten und ernste Bedenken gegen ihre Billigung zum Ausdruck bringen sollte. Wenn die polnische und die sowjetische Regierung nachdrücklich darauf drängen und wenn sie von der britischen Regierung unterstützt werden, so werden wir nicht umhin können, uns mit der Abtretung des Gebietes ostwärts der Oder einverstanden zu erklären. Es besteht jedoch die Ansicht, daß die amerikanische Regierung sich weigern sollte, auf dieser Konferenz die Abtretung des Gebietes zwischen Oder und Neiße an Polen zu sanktionieren.

Anlage 1: Ostpreußen

[Washington,] 30. Juni 1945

STRENG GEHEIM

a) Empfehlung: Ostpreußen (ausgenommen der Bezirk Königsberg, der vermutlich an die Sowjetunion fallen wird) sollte an Polen abgetreten werden.
b) Grundlegende Daten: Ostpreußen verblieb, obwohl räumlich vom übrigen Deutschland getrennt, unter deutscher Souveränität, nachdem der "Korridor" durch den Vertrag von Versailles an Polen übergeben worden war. Die westliche und ein Teil der südlichen Grenze Ostpreußens wurden von den alliierten und assoziierten Hauptmächten am 16. August 1920 nach einer Volksabstimmung in den Regierungsbezirken Marienwerder und Allenstein, die gemäß dem Versailler Vertrag durchgeführt wurde, festgelegt. Im Rahmen der endgültigen Regelung erhielt Polen einen schmalen Uferstreifen entlang des Ostufers der Weichsel, dessen Breite zwischen wenigen Fuß und einer halben Meile schwankte.
Die Flächenausdehnung Ostpreußens in den Grenzen von 1920 betrug 14 283 Quadratmeilen, seine Bevölkerung zählte (Mai 1939) 2 496 017 Menschen. Nach der Volkszählung 1925 – dem zuverlässigsten Index der sprachlichen Aufgliederung – betrug die polnische Bevölkerung Ostpreußens 40 502 Menschen, zu denen die 62 596 Masuren, d. h. Slawen, die einen dem Polnischen ähnlichen Dialekt sprechen und im Regierungsbezirk Allenstein leben, hinzugerechnet werden könnten. Polnische Quellen schätzen die polnische Bevölkerung Ostpreußens auf über 400 000. Das gesamte Ostpreußen wird von der Warschauer polnischen Regierung beansprucht. Die Sowjetunion unterstützt den Erwerb Ostpreußens durch Polen beziehungsweise den Erwerb der gesamten Provinz, ausgenommen des nordöstlichen Abschnitts einschließlich der Hauptstadt und des Teils [Hafens] von Königsberg, den sie selbst zu annektieren beabsichtigt. Die polnische Regierung besteht auf der Ausweisung aller Deutschen aus den zu annektierenden Gebieten nach Deutschland.

Anlage 2: Danzig

[Washington,] 30. Juni 1945

STRENG GEHEIM

a) Empfehlung: Die frühere Freie Stadt Danzig sollte an Polen abgetreten werden.
b) Grundlegende Daten: Das Danziger Gebiet wurde von Deutschland im Vertrag von Versailles am 28. Juni 1919 aufgegeben und gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags am 9. November 1920 zur Freien Stadt mit einem vom Völkerbund ernannten Hohen Kommissar erklärt. Es wurde Deutschland am 1. September 1939 wieder angegliedert. Es wird von Polen als ein für die polnische Wirtschaft lebenswichtiger Hafen beansprucht. Bei der Verfügung über die frühere Freie Stadt nach dem Krieg, deren rechtlicher Status sehr kompliziert ist, sind der Völkerbund und Danzig selbst sowie Polen und Deutschland interessierte Parteien. Die Frage steht in engem Zusammenhang mit der ostpreußischen Frage.
Die Gesamtfläche der Freien Stadt Danzig betrug 731 Quadratmeilen. Ihre Bevölkerung zählte 1936 412 000 Menschen. Gemäß der Danziger Volkszählung von 1923 sprachen von insgesamt 366 730 Einwohnern 12 027 polnisch oder kaschubisch, der Rest sprach deutsch. Die polnische Regierung beabsichtigt anscheinend, die deutsche Bevölkerung des Danziger Gebietes nach Deutschland auszuweisen.

Anlage 3: Deutsch-Oberschlesien

[Washington,] 30. Juni 1945

STRENG GEHEIM

a) Empfehlung: Deutsch-Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln) sollte an Polen abgetreten werden.

b) Grundlegende Daten: Bei dem fraglichen Gebiet handelt es sich um den früheren deutschen Regierungsbezirk Oppeln. Dazu gehörte das Gebiet, das Deutschland von der Botschafterkonferenz am 19. Oktober 1921 nach einer gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles durchgeführten Volksabstimmung zugesprochen wurde, sowie mehrere Ortsbezirke westlich des in der Volksabstimmung befragten Gebietes. Seine Fläche beträgt 3 750 Quadratmeilen, die Bevölkerung ungefähr 1 500 000 Menschen. Es ist ein hochindustrialisiertes Gebiet, das wirtschaftlich eng mit dem größeren Komplex der Schwerindustrie im südwestlichen Polen verbunden ist. Die stärkste Industriekonzentration befindet sich im äußersten Osten, umfaßt etwa ein Zehntel des Gesamtgebietes und ein Drittel der Bevölkerung. Außer seiner Kohleförderung und Eisen- und Stahlproduktion war dieses Gebiet (1937) für etwa zwei Drittel der deutschen Zinkerzgewinnung und für über ein Viertel des deutschen Bleierzes verantwortlich.

1925 belief sich die ausschließlich deutsch sprechende Bevölkerungsgruppe auf 57 % der Gesamtbevölkerung in dem Gebiet, das einen Teil der Volksbefragungszone bildete, und 72 % im Industriegebiet. In den westlichen Bezirken außerhalb der Volksbefragungszone mit einer Bevölkerung von etwa 323 000 Menschen wird fast restlos deutsch gesprochen.
Die polnische Regierung in Warschau fordert die Ausweisung der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes nach Deutschland.

Anlage 4: Ostpommern

[Washington,] 30. Juni 1945

STRENG GEHEIM

a) Empfehlung: Der ostwärts der Linie Kreuz-Dramburg gelegene Teil Pommerns sollte an Polen abgetreten werden.

b) Grundlegende Daten: Bei dem fraglichen Gebiet handelt es sich um jenen Teil Pommerns, der östlich einer Linie liegt, die von der Vereinigung der Flüsse Netze und Drage unmittelbar westlich von Kreuz über Neuwedell, von dort nach Dramburg und westlich von Belgard zur See verläuft. Es hat eine Fläche von 6 812 Quadratmeilen mit 835 000 Einwohnern, fast ausschließlich Deutschen. Es gehört zu den landwirtschaftlich ärmeren Teilen Deutschlands, umfaßt viele große Güter mit niedrigem Bodenwert. Seine Abtretung an Polen würde für Deutschland keinen ernsten wirtschaftlichen Verlust bedeuten; zusammen mit Ostpreußen umfaßt es den überwiegenden Teil des Gebietes, in dem die größeren Besitztümer der Junker liegen. Für Polen würde es eine erheblich verlängerte Küste an der Ostsee und eine verbesserte strategische Position gegenüber Deutschland bedeuten. Dieses Gebiet wird von der polnischen Regierung in Warschau beansprucht.

Anlage 5: Deutsches Gebiet ostwärts der Oder (ohne Ostpreußen, Oberschlesien und Ostpommern)

[Washington,] 30. Juni 1945

a) Empfehlung: Die amerikanische Regierung würde eine Lösung vorziehen, nach der dieses Gebiet bei Deutschland verbleiben würde. Die Briten haben jedoch zugestimmt, daß alles Gebiet ostwärts der Oder an Polen abgetreten wird, und die amerikanische Regierung ist nicht bereit, diese Angelegenheit zum Streitpunkt zu erheben, wenn die Russen, wie gewiß ist, mit Nachdruck auf ihr bestehen.

b) Grundlegende Daten: Dieses Gebiet besteht aus Teilen der preußischen Provinzen Pommern, Brandenburg und Schlesien. Seine Flächenausdehnung beträgt 10 473 Quadratmeilen; seine Bevölkerung zählte 1939 2 104 553 Menschen, fast ausschließlich Deutsche. Seine Abtretung an Polen würde das markanteste geographische Merkmal dieses Raumes, das für eine Demarkationslinie zur Verfügung steht, als Grenze festlegen, würde aber gleichzeitig die natürliche Einheit des Oderbeckens zerstören. Wenn man sich streng an den Verlauf des Flusses hielte, so würden die wichtigen Stadtgebiete von Stettin, Frankfurt und Breslau geteilt. Das Gebiet wird hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt und ist in Schlesien von erheblichem Wert. Die polnische Regierung in Warschau hat Anspruch auf dieses Gebiet und ebenso auf die größeren Städte am Westufer der Oder erhoben. Sie hat auch die Notwendigkeit eines weiteren Landgürtels von vielleicht 30 km Breite westlich der Oder angedeutet, der die strategische Grenze stärken soll. Die deutsche Bevölkerung würde vermutlich aus dem gesamten annektierten Gebiet ausgewiesen werden.

Anlage 6: Gebiet zwischen Oder und unterer Neiße

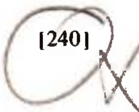
[Washingtonn,] 30. Juni 1945

STRENG GEHEIM

a) Empfehlung: Dieses Gebiet sollte bei Deutschland bleiben. Es gibt keine historische oder ethnologische Rechtfertigung für die Abtretung dieses Gebietes an Polen (ebensowenig wie im Falle des unmittelbar vorstehend erörterten Gebietes ostwärts der Oder). Eine derartige Maßnahme würde zweifellos wirtschafts- und bevölkerungspolitische Schwierigkeiten größten Ausmaßes für Deutschland verursachen und starke irredentistische Regungen hervorrufen. Die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze könnte durchaus das kritischste Sicherheitsproblem in Europa während der kommenden Jahre werden.

b) Grundlegende Daten: Zu diesem Gebiet gehören Teile der preußischen Provinzen Schlesien und Brandenburg. Es ist ein reiches Agrarland von einer Fläche von 8 106 Quadratmeilen und einer fast vollständig aus Deutschen bestehenden Bevölkerung von 2 700 000 Menschen. Es wird von der Warschauer polnischen Regierung beansprucht. Mit seiner Annexion würde, wie in anderen ähnlichen Fällen, die Ausweisung seiner deutschen Bevölkerung nach Deutschland verbunden sein.

Durch die Abtretung dieses Gebietes an Polen, zusätzlich zu Ostpreußen, Oberschlesien und anderem deutschen Gebiet ostwärts der Oder, würde die polnisch-deutsche Grenze auf 250 Meilen verkürzt und Polen die am besten zu verteidigende Grenze im Westen gegeben. Weiter würden dadurch der polnisch-tschechische Verkehr erleichtert und Polen Eisenbahn-Hauptlinien von der Ostsee nach Süden über Liegnitz und Breslau zugesprochen.



[240] *4. Juli 1945:*
Richtlinien für die amerikanische Delegation
("Briefing Books") II Britischer Plan
für einen westeuropäischen Block

[Washington,] 4. Juli 1945

STRENG GEHEIM

Als "Absicherung" gegen den eventuellen Fehlschlag der Zusammenarbeit der Großen Drei in der Nachkriegswelt verfolgen die Briten die von General Smuts empfohlene Politik der Stärkung ihrer Stellung durch engere Heranziehung der Staaten Westeuropas an das Commonwealth. Sie haben wiederholt betont, daß eine derartige Regelung im Rahmen der Weltsicherheitsorganisation erfolgen würde und den Russen versichert, daß sich diese Politik nicht gegen sie richte. Sie haben auch auf die Tatsache hingewiesen, daß die Russen in Osteuropa nach ähnlichen Grundsätzen vorgehen.

Die Idee von Smuts ging dahin, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark eine Art Dominionstellung im Commonwealth anzubieten. Damit wären Maßnahmen verbunden wie z. B.: Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik; Koordinierung der militärischen Strategie; gemeinsame Ausschüsse für Finanzen, Transport, Produktion, Versorgung, Hilfsquellen und Rohstoffe; eine Zollunion; Währungsabkommen und eine gemeinsame Lösung der Zivilluftfahrt- und Kolonialprobleme.

Die Russen sind gegen diesen Plan, da sie darin in erster Linie einen Versuch Großbritanniens zur Stärkung seiner Einflußsphäre gegenüber Rußland sehen. Die Briten behaupten und haben die Russen in diesem Sinne unterrichtet, der Plan richte sich gegen Deutschland. Die russische Opposition hat die Briten veranlaßt "zurückzustecken", aber sie werden zweifellos versuchen, auf dem einen oder anderen Wege soviel wie möglich von den Zielen dieses Planes als zusätzliche Sicherheitsgarantie zu erreichen.

Empfehlungen

Die amerikanischen Vereinigten Stabchefs erklären in einem Schreiben an den Außenminister vom 16. März [Mai] 1944 (Auszug beigefügt):

"Die Wahrscheinlichkeit eines späteren Konfliktes zwischen Großbritannien und Rußland dürfte dann am größten sein, wenn einer der beiden Staaten versuchen sollte, seine Stärke dadurch aufzubauen, daß er danach strebt, Teile Europas an sich zu binden und damit seinem potentiellen Gegner Nachteile zufügt und ihn möglicherweise gefährdet. Stellt man Rußland ohne vorherige Konsultation vor die Tatsache eines Abkommens über diese Fragen zwischen den Briten und uns, so könnte das in Anbetracht des eingefleischten Mißtrauens der Russen durchaus eine Kette von Ereignissen auslösen, die schließlich zu der Situation führen würden, die wir vor allem vermeiden wollen."

Jedoch muß man sich darüber klar sein, daß die Russen mit der Schaffung einer wirkungsvollen Einflußsphäre in Osteuropa bereits weit gekommen sind. Mit unserer endgültigen Stellungnahme in bezug auf eine britische Sphäre in Westeuropa müssen wir warten, bis die Absichten der

Sowjetunion weiter geklärt sind. Inzwischen sollten wir die Entwicklung sowohl russischer als auch britischer rivalisierender Einflußsphären aufzuhalten suchen. Unsere Haltung gegenüber allen regionalen politischen Abmachungen sollte von unserer Beurteilung der Fragen bestimmt sein: 1. ob diese Abmachungen zur Erhaltung des Friedens beitragen werden; 2. ob sie den Zielen der Organisation der Vereinten Nationen entsprechen und ihnen untergeordnet sein werden und 3. ob die Gefahr besteht, daß sie die Entwicklung rivalisierender regionaler Abmachungen fördern werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollten wir jederzeit allen Erscheinungen entgegentreten, die dem Handel zusätzliche Beschränkungen auferlegen, den Prinzipien des freien Zugangs zu ausländischen Märkten und Rohstoffen zuwiderlaufen oder die Aufteilung Europas in rivalisierende Wirtschaftssphären zur Folge haben könnten.
Unsere größten Bemühungen sollten sich auf die Beseitigung von Reibungspunkten zwischen Großbritannien und Rußland und auf die Förderung der dreiseitigen Zusammenarbeit richten, von der ein dauerhafter Frieden abhängt.

Anlage 1: Britischer Plan für einen westeuropäischen Block

[Washington,] 28. Juni 1945

Am 29. September 1944 teilte Eden dem Unterhaus mit, daß die Regierung eine Politik der engeren Heranziehung der Staaten Westeuropas an das British Commonwealth of Nations eingeschlagen habe; damit gab er den von General Smuts im Jahre 1943 ausgesprochenen Ideen die amtliche Billigung.
Eden betonte, der Plan stehe in keiner Weise im Gegensatz zu den Grundsätzen von Dumbarton Oaks, sei nur ein "Element in dem allgemeinen internationalen System" und werde als tragender Pfeiler das allgemeine Weltgefüge stärken. Er gab sich auch Mühe, den Russen zu versichern, daß ein westlicher Sicherheitsblock sich nicht gegen sie, sondern vielmehr gegen ein wiederaufstrebendes Deutschland richten würde und ließ durch seinen Botschafter in Moskau erklären, er könne sich, vorausgesetzt, daß regionale Abmachungen tatsächlich endgültig einer Weltorganisation untergeordnet würden, nicht vorstellen, daß die Sowjetunion Einwendungen gegen derartige Abmachungen im Westen oder Osten Europas haben würde.
Seit jeher ist es das Ziel der britischen Europapolitik gewesen zu verhindern, daß irgendein einzelner Staat den europäischen Kontinent beherrscht. Die Schwäche der geographischen Lage Großbritanniens hat immer in der Gefahr gelegen, daß sich die Länder Europas unter der Führung eines Staates gegen das Inselreich vereinten. Um diese Gefahr zu bekämpfen, hat Großbritannien mal dieses, mal jenes Land unterstützt und dadurch das für seine Interessen erforderliche Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten.
Bisher hat es immer mehrere starke europäische Mächte gegeben, die die grundlegenden Elemente für diese Politik schufen. Nach dem Ende des Krieges hat sich jedoch diese Situation insofern völlig gewandelt, als nunmehr Rußland als einzige Großmacht auf dem europäischen Festland übrig geblieben ist – eine in der modernen Geschichte einmalige Stellung. Großbritannien ist infolgedessen der Auffassung, daß Rußland das europäische Festland (einschließlich Deutschland) beherrschen wird, und kommt daher zu dem Schluß, daß sein politisches Denken durchgreifend revidiert werden muß. Es gibt keine Kräfte mehr, die man ins Gleichgewicht bringen kann.
Weit davon entfernt, als entscheidende Macht in diesem Rahmen die Schlüsselstellung innezuhaben, muß sich Großbritannien jetzt mit einer sekundären Rolle begnügen und auf andere Weise für seine Sicherheit sorgen. Es hofft, sie am ehesten in einer starken und schlagkräftigen internationalen Organisation zu finden, hinter der Macht steht. Als schwächste der drei Großmächte, die außerdem an exponierter Stelle steht, könnte Großbritannien logischerweise gar keinen anderen Kurs einschlagen, selbst wenn es nicht tatsächlich von dem aufrichtigen Wunsch nach der Errichtung einer Organisation beseelt wäre, die wirklich in der Lage ist, den Frieden zu erhalten. Jedoch bleibt die Wirksamkeit der Zusammenarbeit zwischen den Großmächten sowie einer internationalen Sicherheitsorganisation abzuwarten, und es ist kein Charakteristikum der europäischen Politik, sich allein auf unerprobte Methoden und Mittel zu verlassen. Ferner hegt Großbritannien schwere Zweifel an den Absichten der Russen überhaupt und zweifelt auch an der Aufrichtigkeit der von ihnen geäußerten Bereitschaft, die Probleme Europas durch Abkommen zwischen den betreffenden Parteien beizulegen. Die Briten befürchten, daß die Russen einen Alleingang antreten könnten – wozu sie, wenn sie wollen, in der Lage sind und wofür sie bei Fragen, die mit den an Rußland angrenzenden Staaten zusammenhängen, bereits eindeutige Anzeichen gegeben haben. Großbritannien würde eine Zusammenarbeit vorziehen, ist sich jedoch bewußt, daß es sich eventuell in einen Wettkampf einlassen muß.
Die Russen haben Maßnahmen zur Festigung ihrer Kontrolle über Osteuropa ergriffen. Sie haben zweiseitige Bündnisverträge mit den Lubliner Polen (trotz unserer Einwendungen) und mit den Regierungen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei geschlossen. Sie haben einseitige Maßnahmen in bezug auf die Bildung einer österreichischen Regierung ergriffen und haben in

Rumänien, Bulgarien und Ungarn ohne Konsultation mit den amerikanischen und britischen Vertretern in diesen Staaten selbständig gehandelt. Mit Rumänien wurde ein wirtschaftliches Sonderabkommen geschlossen, das eine umfassende russische Kontrolle der rumänischen Industrie ermöglicht und den Handel Rumäniens mit der übrigen Welt praktisch abschneiden kann. Die Russen haben die britischen und amerikanischen Vorschläge, Besprechungen über die politische Lage Rumäniens und über Wahlen in Bulgarien abzuhalten, abgelehnt. Diese Maßnahmen stehen nicht im Einklang mit der Erklärung von Jalta über das befreite Europa, in der die Großen Drei übereinkamen, ihre Politik aufeinander abzustimmen, wenn es darum geht, den befreien Völkern dabei zu helfen, ihre dringenden wirtschaftlichen und politischen Probleme mit demokratischen Mitteln zu lösen. In Wirklichkeit ist Osteuropa eine sowjetische Einflußsphäre.
Angesichts dieser Verhältnisse steht zu erwarten, daß die Briten sich gegen einen unter Umständen erfolglosen Ausgang der internationalen Zusammenarbeit "absichern" und gleichzeitig versuchen werden, ihre Stellung durch das alte System der Machtpolitik zu stärken. Wir können sie kaum tadeln, wenn sie zusätzliche Mittel suchen, um sich Sicherheit zu verschaffen – sie, die durch eigene bittere Erfahrung die harten Realitäten des Krieges und seine ständig gegenwärtige Gefahr kennengelernt haben; und wie schon gesagt, haben sie sich diesen Plan bereits als Grundlage ihrer Politik zu eigen gemacht.
Da es in Europa keine Kräfte mehr gibt, die man ins Gleichgewicht bringen kann, würde sich Großbritannien ganz logischerweise an die Vereinigten Staaten wenden als größte potentielle Hilfe, wenn es darum geht, ein ausreichendes Gegengewicht zu Rußland zu schaffen. Ohne die Gewähr einer Unterstützung durch die Vereinigten Staaten würde jede Verbindung von Mächten, die Großbritannien zusammenbringen könnte, Rußland immer noch das Übergewicht lassen. Die Briten wissen, daß wir sie immer als unsere erste Verteidigungslinie betrachtet haben und daß jede Bedrohung ihrer Sicherheit höchstwahrscheinlich eine bewaffnete Intervention von unserer Seite hervorrufen würde. Sie kennen jedoch auch unsere traditionelle Abneigung gegen die Machtpolitik und rechnen natürlich nicht mit der Möglichkeit, von uns eine Verpflichtung zum Schutz der Sicherheit der britischen Inseln im voraus zu erhalten. Auf jeden Fall wird Großbritannien jederzeit die Politik verfolgen, jede Hilfe und Unterstützung, zu der wir bereit sind, von uns zu verlangen.
Die zweitbeste "Absicherung" wäre die Verstärkung der Bande, die das Commonwealth zusammenhalten. Lord Halifax entwickelte in seiner Ansprache in Toronto die These, daß das Mutterland und die Dominions in internationalen Fragen "mit einer Stimme" sprechen sollten. So erwünscht dies vom Standpunkt des Mutterlandes sein mag, besteht nur geringe Aussicht, daß die Dominions sich diesem Gedanken anschließen, wenn man danach urteilt, wie diese Rede in den verschiedenen Hauptstädten aufgenommen wurde oder an den Widerstand denkt, der auf der Konferenz der Premierminister zum Ausdruck kam sowie an die Verschiedenheit der Meinungen, die auf den jüngsten internationalen Konferenzen zutage getreten sind. Die Interessen der Dominions unterscheiden sich sehr oft von denen des Mutterlandes, und die Unfähigkeit des Mutterlandes, sie zu verteidigen, hat sich bereits gezeigt. Die politischen Bindungen werden nicht stärker, sondern eher schwächer. Auch hier wird Großbritannien jedoch tun, was es kann, um seine Stärke auf diese Weise zu erhöhen.
Die Politik, die Staaten Westeuropas eng an das Britische Commonwealth heranzuziehen, dient der Förderung des gleichen Ziels. General Smuts war die erste prominente Persönlichkeit, die diese Idee aussprach, und zwar in einer Rede vor der Empire Parliamentary Association am 25. November 1943. Smuts empfahl, die Staaten Westeuropas sollten sich Großbritannien annähern – zu ihrem eigenen Vorteil wie zum Vorteil Großbritanniens. Die in Frage kommenden Staaten wären zunächst Frankreich, Belgien, Holland und vielleicht Norwegen und Dänemark. Wie diese Annäherung genau aussehen sollte, ist nie festgelegt worden, und die Gespräche darüber haben – zweifellos mit Absicht – zum größten Teil in nichtoffiziellen Kreisen stattgefunden. Trotzdem haben sich sowohl in den in Frage kommenden Staaten als auch in Rußland Rückwirkungen auf offizieller Ebene ergeben. Allgemein gesprochen stellt man sich anscheinend vor, daß diesen Staaten eine Art Dominion-Status im Britischen Commonwealth angeboten wird. Man kann dies mit Recht als Erweiterung der Halifax-These der "einen Stimme, die aus dem Gleichklang vieler Stimmen entsteht", auffassen, wobei beabsichtigt ist, diesem "Gleichklang" mehr Stimmen zuzufügen. Ein Befürworter des Planes hat gesagt:
"Eine völlige Koordinierung der Außenpolitik darf man vielleicht nicht erwarten. Aber die britische Regierung sollte es sich zur Gewohnheit machen, ebenso regelmäßig Konsultationen mit Paris, Brüssel, Den Haag, Kopenhagen und Oslo abzuhalten, wie sie es bereits mit Ottawa, Canberra, Wellington und Pretoria tut. Und in dem einen wie in dem anderen Fall werden solche Konsultationen fast immer zu einer auf Vereinbarung beruhenden Politik führen."
Über die Festlegung einer gemeinsamen Außenpolitik hinaus weisen die Befürworter dieses Planes auch auf das Gebiet der Strategie hin: hier habe der Krieg gelehrt, wieviele andere Arten der Zusammenarbeit ohne offizielle Einbuße an Souveränität erzielt werden können. Als Bei-

spiel führen sie die Vereinigten amerikanischen und britischen Stabschefs an, die heute das Bindeglied zwischen den amerikanischen und britischen Streitkräften sind. Etwas Ähnliches könnte ihrer Meinung nach in dauerhafterer Form zur Gewährleistung der strategischen Einheit Westeuropas geschaffen werden. Sie verweisen auch auf die Gemeinsamen Ausschüsse, von denen jeder sich mit einem bestimmten Problem befaßt – Finanzen, Transport, Versorgung, Produktion, Hilfsquellen, Rohstoffe usw. Auch Waffentypen könnten standardisiert werden, ebenso der Unterricht in den Führungsakademien – wodurch eine gemeinsame "Denkrichtung" entstehen könnte.
Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet werden in unbestimmteren Wendungen erörtert, höchstwahrscheinlich, weil sie sowohl im Inland als auch im Ausland zweifellos erheblichen Widespruch hervorrufen würden. Potentiell sind sie jedoch groß. Eine Zollunion wird vorgeschlagen – vermutlich eine Erweiterung der Empire-Vorzugszölle – und ein Autor erklärt:
"Die Schaffung einer derartigen Union – eines einheitlichen Marktes von 115 000 000 Menschen, wobei noch keines ihrer Kolonialgebiete berücksichtigt ist – wäre ein unermeßlicher Vorteil für ihre Mitglieder und die Welt im allgemeinen."
Es wird von Währungsabkommen gesprochen, und die Zivilluftfahrt wird als Bereich angeführt, in dem die Staaten gemeinsame Interessen haben. Auch wird die Tatsache erwähnt, daß diese Mächte gemeinsame Kolonialprobleme haben, die auf regionaler Ebene behandelt werden könnten.

Ein britischer Kommentator erklärt:
"Derartige Vorschläge mögen revolutionär klingen. Aber der Lancaster-Bomber und das Sturmboot, der Schwimmkampfwagen und die V I sind allesamt revolutionär. Die friedliche Umwelt in Europa hat sich in den letzten zwanzig Jahren drastisch gewandelt, und wenn die Staaten nicht zu einer ebenso drastischen Änderung ihrer Gewohnheiten bereit sind, werden sie den Weg derer gehen, die sich ihrer Umwelt nicht anpassen konnten – sie werden nicht überleben."
Der Plan ist in den betreffenden Staaten verschieden aufgenommen worden. Belgien scheint von ihm am meisten begeistert zu sein; Holland weniger, steht ihm aber nicht ablehnend gegenüber. Frankreich hat die Idee kühler aufgenommen, wird aber, obgleich die britisch-französischen Beziehungen zur Zeit sehr gespannt sind und, solange de Gaulle an der Macht bleibt, kaum herzlich werden dürfen, auf die Dauer gesehen wahrscheinlich nicht dagegen sein, mit Großbritannien zweiseitige Abkommen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schließen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß diese Abkommen so geschlossen werden können, daß sie nicht die Sicherheitsorganisation schwächen oder den Anschein erwecken, sich gegen die Sowjetunion zu richten. Frankreich ist der Eckpfeiler des Planes, und ohne seine Unterstützung wird die Idee nicht sehr weit gedeihen. Eine Verbesserung der britisch-französischen Beziehungen ist eine notwendige Voraussetzung für jedes denkbare konkrete Ergebnis in dieser Richtung. Es ist auch zu beachten, daß Frankreich danach strebt, seine frühere "Größe" wiederzuerlangen und zweifellos seine eigenen Vorstellungen in bezug auf die Übernahme der Führung in Westeuropa hat. In diesem Zusammenhang muß die Erklärung des russischen Botschafters in Paris gegenüber Caffery erwähnt werden, in der er dem Sinne nach sagte, seine Regierung sei gegen die Bildung eines westeuropäischen Blocks unter britischer Führung, habe jedoch keinerlei Einwände gegen Frankreich als führende Nation in einer Gruppe freier, blühender europäischer Staaten. Das war unmittelbar nach dem Besuch de Gaulles in Moskau im letzten Jahr. Allerdings haben sich seitdem die französisch-russischen Beziehungen etwas abgekühlt.
Die Russen stehen den Absichten Großbritanniens argwöhnisch gegenüber, und der britische Botschafter in Moskau berichtete, Molotow sei offensichtlich "erleichtert" gewesen, als er, der Botschafter, ihm am 28. November 1944 erklärt habe, es werde keinesfalls das Ziel eines sogenannten "Westeuropäischen Blocks" sein, ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu bilden. Clark Kerr versicherte Molotow auch, daß seine Regierung ihrer festgelegten Politik entsprechend die Russen stets über jede etwaige Entwicklung in dieser Richtung in vollem Umfang informieren werde. Es gilt als höchst wahrscheinlich, daß er versucht hat, Molotow die Vorstellung nahezubringen, daß das Motiv, das die Briten zu dieser Politik in Westeuropa bewege, das gleiche sei, das die Russen zu ihrem Interesse an Finnland, den baltischen Staaten, Polen und Rumänien veranlasse.
Zu der Zeit, da die Bildung des Europäischen Wirtschaftsausschusses erwogen wurde, erweckten die Briten bei den Staaten Westeuropas den Eindruck, daß sie diesen Ausschuß als Teil eines größeren Projekts für eine westeuropäische Zusammenarbeit sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet betrachteten. Dieser Punkt wurde seinerzeit nicht deutlich gemacht und die Briten hatten offenbar nicht beabsichtigt, die Russen über den Vorschlag zur Schaffung eines derartigen Ausschusses zu unterrichten; sehr zum Verdruß Großbritanniens war man von anderer Seite an die Sowjets herangetreten. Auf jeden Fall weigerte sich Rußland aus verschiedenen Gründen, sich am Europäischen Wirtschaftsausschuß sowie an der Organisation für den

europäischen Binnentransport und an der Europäischen Kohleorganisation zu beteiligen, die inzwischen sämtliche Organe einer ausschließlich westeuropäischen Zusammenarbeit geworden sind und die man daher als einen kleinen Schritt auf dem Weg zu dem Ziel Großbritanniens ansehen kann. Die Folgerung, die man bis jetzt aus der Haltung der Russen ziehen kann, ist, daß sie sich nicht allzu viele Gedanken über die Entwicklungen in Westeuropa machen, solange die Staaten Westeuropas keine Anzeichen für einen Zusammenschluß gegen Rußland geben.

Empfehlungen

Einflußsphären sind tatsächlich vorhanden und werden wahrscheinlich auch noch für einige Zeit weiterbestehen. Regionale Abmachungen werden als notwendige und legitime Bestandteile der internationalen Sicherheit anerkannt, vorausgesetzt, daß sie der Allgemeinen Sicherheitsorganisation untergeordnet sind. Angesichts der tatsächlich vorhandenen osteuropäischen Sphäre und des Blocks der westlichen Hemisphäre (Akt von Chapultepec), sind wir kaum in der Lage, Maßnahmen zu mißbilligen, die die Sicherheit von Nationen in anderen Teilen der Welt stärken sollen. Jedoch handelt es sich bei solchen Maßnahmen schlicht und einfach um Machtpolitik mit all den sie begleitenden Nachteilen. Die einzige Hoffnung, daß diese Maßnahmen die Gefahr eines künftigen Krieges verringern, liegt darin, daß sie im Rahmen der Allgemeinen Sicherheitsorganisation erfolgen werden.
Grundsätzlich war es die amerikanische Politik, sich gegen Einflußsphären in Europa zu stellen. Unter Berufung auf die militärische Notwendigkeit schlossen die Russen und Briten im Frühjahr 1944 ein Abkommen, nach dem rumänische Angelegenheiten "hauptsächlich Sache" der sowjetischen Regierung, griechische Angelegenheiten "hauptsächlich Sache" der britischen Regierung sein sollten. Später wurde die Abmachung auf Bulgarien als sowjetische "Sache" ausgedehnt, während die Briten in Jugoslawien in etwa die gleiche Stellung erhielten wie die Russen. Wir wurden um unsere Zustimmung zu diesen Abmachungen ersucht. Sie wurde lediglich aus Rücksicht auf die Kriegsstrategie widerstrebend und nur für eine dreimonatige Probezeit gegeben. Gleichzeitig äußerten wir unsere Befürchtung, daß diese Regelung zur Aufteilung des Balkanraumes in Einflußsphären führten könnte.
Wie außerordentlich wichtig es ist, diesen Standpunkt einzunehmen und eine Verstärkung der Rivalität zwischen Großbritannien und Rußland zu verhindern, geht aus den beigefügten Auszügen aus einem Schreiben der Gemeinsamen Stabchefs an den Außenminister hervor. Wir sollten uns weniger darum bemühen, einem Staat dabei zu helfen, seine gegen einen anderen Staat gerichtete Stärke auszubauen, sondern uns zum Ziel setzen, die Ursachen zu beseitigen, die bei den Nationen die Überzeugung hervorrufen, daß solche Einflußsphären für ihre Sicherheit notwendig seien. Ein derartiges Ziel wäre wahrscheinlich leichter zu verwirklichen, wenn quid-pro-quo Einschränkungen der vorherrschenden Rolle vorgenommen werden könnten, die jeder Staat in seinem Gebiet spielt, – d. h. eine Verringerung des Einflusses des einen Zug um Zug mit dem des anderen. Ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, der Sowjetunion und Frankreich in Form eines Vertrages oder einer im Sicherheitsrat im voraus abgegebenen Verpflichtung, Gewalt anzuwenden, um die Entmilitarisierung Deutschlands herbeizuführen und aufrechtzuerhalten oder um eine künftige deutsche Aggression zu unterdrücken, würde viel dazu beitragen, die von Großbritannien und Rußland verwendete Begründung für die Aufrechterhaltung von Einflußsphären in West- bzw. Osteuropa zu entkräften.
Es wurde auch der Vorschlag gemacht, einen Rat der Außenminister der Großen Fünf zu schaffen, der auf einer ad-hoc-Grundlage die im Gefolge des Krieges entstandenen Probleme lösen und eine offizielle Friedenskonferenz ersetzen würde. Ein solcher Rat würde die Möglichkeiten für einseitige Maßnahmen seitens der Russen oder der Briten verringern und ein zweckmäßiges vorläufiges Mittel sein, mit dessen Hilfe die Vereinigten Staaten auf die Auflösung der Einflußsphären hinarbeiten könnten. Im Hinblick auf eine dauerhaftere Regelung könnte der Vorschlag erwogen werden, den Großbritannien vor einiger Zeit gemacht hat, nämlich einen "Europarat" als ständigen Teil des Apparates der Internationalen Sicherheitsorganisation zu schaffen.
Da die Konferenz von San Francisco vorüber ist, werden die Briten zweifellos weiterhin versuchen, den Vorschlag von Smuts durchzuführen. Die Frage ist mehr oder weniger in der Schwebe gelassen worden, bis sich entscheidet, welche Rolle der Regionalismus in der Allgemeinen Organisation spielen wird. Großbritannien wird wahrscheinlich bald Vertragsverhandlungen mit Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Dänemark und Norwegen aufnehmen. Im allgemeinen sollten wir uns weder für noch gegen derartige politische Abmachungen aussprechen, soweit sie tatsächlich im Rahmen der Allgemeinen Organisation erfolgen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollten wir jedoch stets allen Plänen und Maßnahmen entschieden entgegentreten, die dem Handel zusätzliche Beschränkungen auferlegen und den von uns erklärten Grundsätzen des freien Zugangs zu ausländischen Märkten und Rohstoffen zuwiderlaufen.

Fürs erste ist es erforderlich, die Verständigung zwischen Großbritannien und Rußland in allen Streitfragen zu fördern. Wir sollten in diesem Zusammenhang alles tun, was wir können, und uns nach besten Kräften um eine Beseitigung der Reibungspunkte zwischen beiden bemühen, um dadurch die für einen dauerhaften Frieden so notwendige Zusammenarbeit der drei Staaten zu fördern. Jedoch muß die amerikanische Politik auf die Ereignisse in Europa als Ganzes sowie auf die Folgen eingestellt sein, die die allgemeinen Verhältnisse in Europa auf die Stabilität Großbritanniens haben können. Insbesondere liegt es nicht in unserem Interesse, dem Vereinigten Königreich den Schutz gegen eventuelle Gefahren von seiten der Sowjetunion zu versagen, vor allem, da die Sowjets ihre Vorherrschaft in Osteuropa errichtet haben und da die Internationale Sicherheitsorganisation im Fall eines Zusammenstoßes zwischen der Sowjetunion und Großbritannien nicht wirksam wäre. Bis feststeht, welchen Verlauf die Ereignisse in Europa nehmen werden – d. h. ob Rußland mitarbeiten wird oder nicht – sollten wir uns in bezug auf diesen Vorschlag, die Staaten Westeuropas enger an das Commonwealth heranzuziehen, weder in der einen noch in der anderen Richtung eindeutig festlegen.

[241] *1. August 1945:*
Aufzeichnung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikolajczyk

Notizen über eine Besprechung mit Präsident Truman am 1. August 1945 in Babelsberg. Anwesend auf amerikanischer Seite: Truman, Byrnes, Bohlen und Harriman. Auf polnischer Seite: Bierut, Mikolajczyk, Grabski, Modzelewski und der Dometscher Zebrowski. Präsident Truman eröffnete die Sitzung. Er erklärt, daß er uns im Namen der drei Großmächte über folgendes unterrichten möchte:

Die territorialen Grenzen sind gemäß dem polnischen Vorschlag festgelegt worden, und die polnische Regierung ist für die Verwaltung innerhalb dieser Grenzen zuständig. Die Russen haben sich bereit erklärt, ihre Armeen aus diesen Gebieten abzuziehen, und werden nur zwei Verbindungswege für den Durchgangsverkehr durch Polen beibehalten. (Auf meine Frage erklärte Bohlen, einer dieser Wege sei der zwischen Krakau und Lemberg, der andere verlaufe im Norden.)

Wir sind von der Tatsache ausgegangen, daß repräsentative Polen aus Polen selbst sowie aus dem Ausland der Bildung einer Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit zugestimmt hatten. Wir hatten diese Regierung anerkannt und hatten somit jetzt die Möglichkeit, ihre Ansichten zu hören. Nachdem wir sie gehört hatten, konnten wir auch einen einstimmigen Beschluß fassen, den wir Ihnen jetzt mitteilen. Danach hat die Regierung Arciszewski zu bestehen aufgehört, und die beiden Staaten – Großbritannien und die Vereinigten Staaten – verpflichten sich, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um polnische Vermögenswerte im Ausland zu schützen, die Übertragung oder Veräußerung solcher Vermögenswerte unmöglich zu machen und bei ihrer Auffindung behilflich zu sein.

Alle Drei Mächte versprechen, jede Unterstützung zu gewähren, um polnischen Zivilisten und Angehörigen der polnischen Armee bei ihrer Rückkehr aus dem Ausland nach Polen behilflich zu sein. In diesem Zusammenhang bringen sie ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß alle in ihre Heimat zurückkehrenden Polen in der gleichen Weise behandelt werden wie alle übrigen polnischen Bürger.

Nachdem wir die Erklärung des Präsidenten und der Regierung über die Verpflichtung gehört hatten, gemäß den auf der Konferenz von Jalta gefaßten Beschlüssen so bald wie möglich Wahlen abzuhalten, sowie die Erklärung, daß die ausländische Presse freien Zugang nach Polen erhalten soll, waren wir in der Lage, einmütige Entscheidungen zu treffen.

Herr Bierut spricht dem Präsidenten für die Entscheidungen und für die Unterstützung seinen Dank aus.

Präsident Truman betont, daß er im Namen der drei Großmächte spreche und Bekundungen des Dankes nur in dieser Eigenschaft entgegenehmen könne.

Bei der Verabschiedung ging ich auf Truman zu und sagte ihm, daß ich erst jetzt die Möglichkeit hätte, ihm, als dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, zu danken.

Präsident Truman antwortete: "Ich danke Ihnen; wir haben es aus Freundschaft zu Polen getan", und sagte, er selbst sei sehr an Polen interessiert... und hoffe, daß Polen frei und glücklich sein werde.

Es schloß sich eine kurze Unterhaltung mit Harriman an, der nochmals die Notwendigkeit betonte, bis zur Veröffentlichung des Kommuniqués den durch Präsident Truman bekanntgegebenen Beschluß geheim zu halten. Er wies dann darauf hin, daß die amerikanische Delegation auf Grund der von Herrn Bierut abgegebenen Erklärungen sowie auf Grund der Besprechungen, die zwischen Herrn Mikolajcyk und ihm sowie den Herren Dunn, Bohlen und Matthews stattgefunden hätten, in der Lage gewesen sei, den endgültigen Text vorzuschlagen, den die drei Mächte einstimmig gebilligt hätten, und daß es sich bei dem Beschluß jetzt um den der drei Großmächte handle.

18. KAPITEL

DIE NIEDERWERFUNG JAPANS 1944/45

Unaufhaltsam vollzog sich seit Anfang 1945 die Niederlage Japans zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die Parolen der japanischen Führung: Ostasien könne nur durch die Völker Ostasiens gerettet werden, hatten sich längst propagandistisch abgenutzt [243]. Im Februar 1945 landeten amerikanische Verbände im nördlichen Luzon ungeachtet heftiger Gegenangriffe japanischer Kamikaze-Todesflieger, und wenige Tage später gingen, nach zahlreichen Trägerraids und einem dreitägigen Bombardement durch Schlachtschiffe und Kreuzer, zwei US-Marine-Divisionen auf Iwo Jima an Land. Bis zum April wurde die Insel unter schweren, beiderseitig verlustreichen Kämpfen erobert. Damit hatte der direkte Angriff gegen Japan begonnen. Schließlich landeten am 26. 3. 1945 vier Divisionen der 10. US-Armee auf Okinawa, die im harten Ringen bis Mitte Juni genommen wurde. Zur gleichen Zeit hatten britische Truppen in Burma Rangoon zurückerobert und australische Truppen Borneo besetzt Der organisierte japanische Widerstand brach im Juni in Mindanao zusammen. Aber noch immer war Tokio nicht bereit, den Kampf aufzugeben. Daher entwarf der US-Generalstab Pläne für direkte Landungen in Japan, um den Gegner, wie in Europa, auf seinem eigenen Territorium endgültig zu schlagen. Am 1. November 1945 sollten Landungen auf Kiuschiu und im Sommer 1946 in der Tokio-Ebene durchgeführt werden.
Inzwischen waren die wichtigsten politischen Entscheidungen gefallen [242]. Wohl hatte Stalin schon auf der Konferenz von Teheran (Ende 1943) die russische Bereitschaft angedeutet, nach dem Sieg über Deutschland Japan den Krieg zu erklären. Ende 1944 hatte er auch seine Fernoststreitkräfte zu verstärken begonnen, aber erst auf der Konferenz von Jalta [244] verpflichtete er sich, zwei bis drei Monate nach dem Kriegsende in Europa Japan anzugreifen und den Amerikanern Luftstützpunkte in Ostsibirien einzuräumen. Er erklärte sich außerdem bereit, mit Tschiang Kai-schek einen "Freundschafts- und Bündnispakt" [246] abzuschließen, um die Bürgerkriegssituation in China zu entspannen. Freilich forderte er dafür einen hohen Preis: nämlich Südsachalin einschließlich der vorgelagerten Inseln, die Kurilen-Inseln, die Internationalisierung von Dairen, die Garantie sowjetischer Wirtschaftsinteressen in dessen Hafen, die Wiederinkraftsetzung des ehemaligen zaristischen Pachtvertrags über Port Arthur. Zudem verlangte er die Gründung einer sowjetisch-chinesischen Gesellschaft, um die ostchinesische-südmandschurische Eisenbahn in Betrieb zu nehmen, und die Anerkennung der Mongolischen Volksrepublik. Diese sowjetischen Kriegsziele, die Rußlands Positionen im Nordwestpazifik und in den Grenzgebieten Chinas verbessern sollten, gingen nicht allein auf Kosten Japans, sondern ebenso auf Kosten des Bündnispartners China. Zweifellos standen sie im Widerspruch zur Erklärung von Kairo. Roosevelt, ganz auf das russische Eingreifen gegen Japan und den Beitritt der UdSSR zu den Vereinten Nationen bedacht, zögerte nicht mit der Verpflichtung, Nationalchina zur Annahme dieser Vereinbarungen zu nötigen. Freilich erst sein Nachfolger Truman gab dem chinesischen Außenminister Soong am 9. 6. von den Beschlüssen der Jaltaer Konferenz Kenntnis; dabei betonte er, daß er an die Abmachung mit der Sowjetunion gebunden sei. Tschiang Kai-schek blieb keine andere Wahl: in dem Vertrag mit der Sowjetunion vom August 1945 stimmte er den russischen Forderungen zu. [245]

Um den Krieg im Pazifik rasch zu beenden, forderten die Amerikaner, Briten und Chinesen in der Potsdamer Deklaration vom 26. 7. 1945 Japan erneut [246] auf, die Waffen zu strecken, doch lehnte Tokio am 28. 7. ab. So erörterten die Vereinigten Stabschefs auf der Konferenz noch einmal eingehend die Kriegführung gegen Japan, im besonderen die geplante Invasion von Honshu (Japan) und die dafür erforderlichen Vorbereitungen. Auch die sowjetischen Militärs wurden zu den

Beratungen hinzugezogen, da die Kriegserkärung der UdSSR an Japan unmittelbar bevorstand. Bei dieser Gelegenheit informierte Truman Stalin über den gelungenen Atombombenversuch. Noch während der Konferenz traf der amerikanische Präsident die schicksalsschwere Entscheidung, die neue Waffe gegen Japan einzusetzen. Am 6. August 1945 explodierte die erste A-Bombe in der Geschichte der Menschheit über Hiroshima in "2000 Fuß" (ca. 660 m) Höhe; das Atomzeitalter war angebrochen. Eine Großstadt mit 343 000 Einwohnern wurde zu über 60 % zerstört, 78 000 Menschen wurden getötet, 10 000 überhaupt nicht wiedergefunden und 37 000 von den tödlichen Gammastrahlen verletzt.

Wohl stiftete diese Bombe in Tokio höchste Verwirrung, aber noch immer waren die Japaner nicht bereit, die Übergabe anzubieten. Erst unter dem Eindruck der zweiten Bombe, die als Ausweichziel am 9. 8. über Nagasaki abgeworfen wurde, und der gleichzeitig erfolgenden sowjetischen Kriegserklärung verlangte der Kaiser die Einstellung der Kampfhandlungen.

Am 14. August 1945, nachdem Truman und Attlee versichert hatten, daß die Alliierten nicht die Absicht hätten, Japans künftige Regierungsform zu diktieren, nahm die japanische Regierung die amerikanischen Bedingungen für einen Waffenstillstand an, der am 2. September 1945 an Bord des Schlachtschiffes Missouri in der Tokio-Bay unterzeichnet wurde. Damit war auch der Krieg im Pazifik beendet [247].

Fraglos war die politische Situation im Fernen Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges besonders günstig für die Sowjetunion. Japan war zerschlagen, seine Niederlage hatte in der Mandschurei und in Korea ein Machtvakuum hinterlassen; die Streitkräfte der Nationalchinesen waren durch den jahrelangen Kampf gegen Japan zermürbt, das Prestige der Kuomintang-Regierung durch den Verlust der äußeren Mongolei geschwächt. Hinzu kamen die territorialen Gewinne der UdSSR. Aber noch entscheidender begann sich der nunmehr einsetzende Wettlauf zwischen Kuomintang und den Kommunisten in China auszuwirken. Beide Parteien bemühten sich von jetzt ab, möglichst weite Teile des Landes unter ihre eigene Kontrolle zu bekommen. Für diese Aufgabe hatte sich Mao Tse-tung eine gute Ausgangsbasis geschaffen:

Aus den "einigen Zehntausenden" Parteimitgliedern und Rotarmisten vor Kriegsantritt waren am Ende des Krieges 1,2 Millionen Mitglieder geworden; die reguläre Armee zählte 910 000 Mann und die Miliz 2,2 Millionen. Mao Tse-tung kontrollierte 950 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 95,5 Millionen Menschen. Bereits zwei Monate nach der japanischen Kapitulation hatten die rotchinesischen Truppen weitere 315 200 Quadratkilometer mit 190 Städten und einer Bevölkerung von 18,7 Millionen besetzt (Kindermann). Zur gleichen Zeit hatte Mao Tse-tung geschrieben:

"Wenn man die Situation als Ganzes betrachtete, ist das Stadium des Widerstandskrieges gegen Japan beendet; und die neue Situation und Aufgabe bedeutet innenpolitischen Kampf. Tschiang Kai-schek spricht davon, 'das Land aufzubauen'. Von jetzt an wird der Kampf darum gehen, was für ein Land wir aufbauen!"

DOKUMENTE

[242] *Die Nachkriegsziele der Vereinigten Staaten gegenüber Japan (4. Mai 1944)*

I. Grundsätzliche Ziele

a) Japan muß daran gehindert werden, eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten und andere Länder des pazifischen Raums darzustellen.

b) Die amerikanischen Interessen erfordern, daß in Japan eine Regierung gebildet wird, die die Rechte anderer Staaten und Japans internationale Verpflichtungen achtet.

Um diese grundsätzlichen Ziele zu erreichen, sollte die Politik der Vereinigten Staaten in bezug auf die Nachkriegsentwicklung Japans aus drei getrennten Perioden bestehen.

Die erste dieser Perioden besteht darin, daß Japan zur sofortigen Kapitulation gezwungen wird und daß es sich den strengen Besatzungsregeln unterwirft, die als zwangsläufige Vergeltung für eine militärische Aggression angesehen werden müssen.
Die zweite Periode besteht aus einer strengen Überwachung; die Beschränkungen werden allmählich gemildert werden, wenn Japan seine Bereitschaft und Fähigkeit unter Beweis stellt mit anderen Nationen in Frieden zu leben.
Die dritte Periode bezieht sich auf das Endziel der Vereinigten Staaten, nämlich ein Japan, das seine Verantwortlichkeiten in der Familie friedfertiger Nationen wirklich erfüllt.
II. Die erste Periode
In Übereinstimmung mit der Erklärung von Kairo hat sich Japan aus Mandschukuo, den Mandatsinseln und allen Gebieten zurückzuziehen, die es militärisch besetzt hält; außerdem müssen ihm Korea, Formosa und alle Inseln genommen werden, die es seit Beginn des Ersten Weltkrieges in Besitz genommen hat.
Japans Land- und Seestreitkräfte werden entwaffnet und aufgelöst, die militärischen und Flotteneinrichtungen werden zerstört, und das Land wird einer Besatzung und einer Militärregierung unterstellt.
III. Die zweite Periode
a) Es werden nationale oder internationale Basen errichtet, die notwendig sein könnten, um eine japanische Aggression zu verhindern und die militärische Überwachung zu erleichtern.
b) Die Maßnahmen zur Beseitigung des Militarismus enthalten:
1. Militärische Kontrolle zur Verhinderung der Wiederbewaffnung.
2. Wirtschaftliche Kontrolle zur Verhinderung der Entwicklung eines Kriegspotentials.
3. Förderung des demokratischen Denkens durch Presse, Rundfunk, Film und Schulen.
4. Einsetzen der fortschrittlichen Kräfte Japans in ihre Verantwortlichkeit, das japanische Volk zu überzeugen, daß der Militarismus für seine wirklichen Interessen unheilvoll ist.
c) Japan soll die Erlaubnis erhalten, innerhalb des Rahmens der Einschränkungen, die für die internationale Sicherheit notwendig sind, und bei Erfüllung seiner Verpflichtungen in Hinsicht auf Reparationsleistungen, auf einer vernünftigen Basis an der Weltwirtschaft teilzunehmen.
IV. Die dritte Periode
Die Maßnahmen, die politisch oder wirtschaftlich während der dritten Periode ergriffen werden müssen, können jetzt noch nicht genau festgelegt werden. Man muß sich jedoch die Tatsache vor Augen halten, daß die Auflösung des Japanischen Reiches durch den Verlust seiner Kolonien eine dauernde Regelung von grundsätzlicher Bedeutung erforderlich macht.

[243] *Japans Ostasienpolitik 1944/45*

Rundfunkansprache des japanischen Außenministers Shigemitsu vom 22. August 1944.
Ein Beispiel für die Politik Japans gegenüber Großostasien ist unsere neue China-Politik, die tatsächlich das Fundament unserer Ostasienpolitik darstellt. Die neue China–Politik ist seit Januar vergangenen Jahres tatkräftig und nachdrücklich angewandt worden. An die Stelle sogenannter ungleicher Verträge ist ein Bündnispakt auf der Grundlage der Gleichheit und Gegenseitigkeit getreten. Der Pakt sieht das Zurückziehen der japanischen Truppen aus China sofort nach der Wiederherstellung des allgemeinen Friedens vor. Außerdem ist kürzlich klargestellt worden, daß unsere militärischen Operationen in China nicht gegen das Tschungking-Regime, sondern gegen die amerikanisch-britischen Aggressionstruppen gerichtet sind.
Parallel mit der neuen China-Politik laufend wurde auch unsere Ostasienpolitik stetig vorangebracht. Die grundlegende Bedeutung dieser Politik liegt in der Tatsache, daß mit der Befreiung vom Joch der angelsächsischen Herrschaft, die sich über viele Jahre erstreckte, die einzelnen Nationen Ostasiens alle ihr wahres Selbst entdeckt haben. In anderen Worten: dies ist eine Politik, die darauf hinzielt, daß jede Ostasiatische Nation ihr Selbst entdeckt. Nun, da Ostasien von der Fremdherrschaft befreit wurde, ist die Zeit gekommen, den langgehegten Wunsch der Völker dieses Gebietes zu verwirklichen, da dieser Krieg für uns nichts anderes ist als ein Krieg des Erwachens. Alle Nationen Ostasiens sind erwacht auf den Ruf ihres Schicksals. China hat das nationale Ziel langer Jahre erreicht, indem es sich von den Fesseln der westlichen Herrschaft frei machte. Dasselbe gilt für Thailand, aber auch Burma und die Philippinen haben die Unabhängigkeit erlangt dank der heroischen Anstrengungen ihrer patriotischen Führer. Gerade diese Entwicklung wünscht Japan, da sie die Grundlage für unsere erklärte Politik bildet. Im November vergangenen Jahres trat in Tokio eine Versammlung der großostasiatischen Nationen zusammen, bei der Japan, Mandschukuo, China, Thailand, Birma und die Philippinen vertreten waren, ebenso das Freie Indien. Diese Versammlung nahm einstimmig eine historische gemeinsame Erklärung an.
Die in der gemeinsamen Erklärung aufgestellten fünf Prinzipien können auf zwei Punkte herabgesetzt werden: 1. Respekt vor der Unabhängigkeit und Souveränität der ostasiatischen Natio-

nen und 2. Zusammenarbeit und Einmütigkeit unter jenen Nationen auf den Grundlagen der Gleichheit und Gegenseitigkeit.
Die Grundlage für die Wiedergeburt Ostasiens wird gelegt werden, wenn die ostasiatischen Nationen, die von der fremden Herrschaft befreit sind, oder Asien, das aus der fremden Versklavung errettet sein wird, ihre Traditionen und kulturellen Vermächtnisse zurückgewinnen, ihre schöpferischen Fähigkeiten entfalten und ihre betreffenden Stellungen der Souveränität und der Unabhängigkeit aufbauen. Und wenn diese Nationen ihre Kraft vereinen, um die Stabilität und Sicherheit Ostasiens zu gewährleisten, wenn sie gegenseitig jetzt und in der Zukunft und für den gemeinsamen Wohlstand und das gemeinsame Wohlergehen zusammenarbeiten, dann wird ein Verhältnis der Eintracht und der Zusammenarbeit geschaffen sein, das für die Einführung eines neuen Zeitabschnitts in dem ganzen Gebiet erforderlich ist.
Es ist die Vorbedingung für die Erzielung der Souveränität und Unabhängigkeit durch die Befreiung, und zweitens die Herbeiführung von Eintracht und der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit und Gegenseitigkeit. Es ist wahrlich eine edle Mission, die uns auferlegt ist, um dieses Ziel zu erreichen.
Der Krieg hat uns zwei Dinge gelehrt: Das eine ist das Vertrauen auf unsere eigene Kraft, während das andere die Offenbarung des Geistes dessen ist, was wir "große Eintracht" nennen. Die Amerikaner und die Briten haben lange Zeit andere Völker tyrannisiert, indem sie ihnen mit verlockenden Versprechen und versüßten Worten schmeichelten. Sie haben die Unabhängigkeit der anderen niedergetreten, indem sie ihnen falsche Versprechungen der Unabhängigkeit gaben. Sie haben die geistige Kultur der anderen vertilgt, indem sie ihnen eine materialistische Lebensart aufzwangen. Heute werden wir asiatischen Nationen ihren Worten keinen Glauben schenken, so angenehm sie auch dem Ohr sein mögen. Wir können es uns nicht leisten, uns auf ihre leeren Versprechungen zu verlassen.
Wir haben gelernt, daß wir unser Ziel durch die Kraft unserer eigenen Bemühungen erreichen müssen, und daß die Selbsthilfe in Übereinstimmung mit dem Willen Gottes der einzige Weg zur Verwirklichung unserer Ziele ist.
Ostasien kann nur durch die Völker Ostasiens selbst gerettet und wiederaufgebaut werden. Eine andere Lehre des gegenwärtigen Krieges ist der Geist der großen Eintracht, der als Leuchte nicht nur bei der Gestaltung des Geschicks Ostasiens allein, sondern auch bei der Führung der internationalen Beziehungen im allgemeinen dienen sollte.
Daher sollte er auf die ganze Welt angewandt werden mit dem Ziel, zu der Förderung des Friedens und des Wohlstands der Menschheit beizutragen, die Hilfsquellen zu erschließen und den kulturellen Austausch zu fördern, und eben dieses Prinzip macht die gemeinsame Erklärung wahrlich zur Magna Charta eines dauernden Friedens.

[244] *Geheimabkommen von Jalta über den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan*

Streng geheim.
Übereinkommen
Die Führer der drei Großmächte – Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika und Großbritannien – sind übereingekommen, daß zwei oder drei Monate nach der Übergabe Deutschlands und dem Ende des Krieges in Europa die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan auf der Seite der Alliierten unter der Bedingung eintreten soll, daß:
1. der status quo in der Äußeren Mongolei (der Mongolischen Volksrepublik) erhalten bliebe;
2. die früheren Rechte Rußlands, welche durch den hinterlistigen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt wurden, wiederhergestellt werden sollen, nämlich:
a) der Südteil Sachalins, sowie alle angrenzenden Inseln sollen der Sowjetunion zurückgegeben werden;
b) der Handelshafen von Dairen soll internationalisiert werden, die überragenden Interessen der Sowjetunion in diesem Hafen sollen geschützt und die Mitte Port Arthurs als Flottenbasis der UdSSR wiederhergestellt werden;
c) die Ostchinesische Eisenbahn und südmandschurische Eisenbahn, welche einen Ausgang nach Dairen darstellen, sollen gemeinsam durch die Errichtung einer gemeinsamen sowjet-chinesischen Gesellschaft betrieben werden, wobei man sich darüber im klaren ist, daß die überragenden Interessen der Sowjetunion geschützt und daß China volle Souveränität in Mandschurien beibehalten soll.
3. Die Kurilen sollen der Sowjetunion übergeben werden. Es wird festgestellt, daß das Übereinkommen betreffend die Äußere Mongolei und die oben bezeichneten Häfen und Eisenbahnen die Zustimmung des Generalissimus Tschiang Kai-schek erfordert. Auf den Rat Marschall Stalins wird der Präsident Schritte unternehmen, um diese Zustimmung zu erhalten. Die Chefs der drei Großmächte sind übereingekommen, daß diese Ansprüche der Sowjetunion nach der Nieder-

ringung Japans unbedingt erfüllt werden müssen. Die Sowjetunion ihrerseits drückt ihre Bereitwilligkeit aus, mit der Nationalregierung Chinas einen Freundschafts- und Bündnispakt zwischen der UdSSR und China zu schließen, um China mit seinen bewaffneten Streitkräften beizustehen und China vom japanischen Joch zu befreien.

11. Februar 1945

J. Stalin, Franklin D. Roosevelt, Winston S. Churchill

[245] *"Potsdamer Erklärung" vom 26. Juli 1945*

1. Wir, der Präsident der Vereinigten Staaten, der Präsident der Nationalregierung Chinas und der Premierminister von Großbritannien, die wir für die Hunderte von Millionen unserer Landsleute sprechen, haben beraten und beschlossen, daß Japan eine Gelegenheit zur Beendigung des Krieges gegeben werden soll.

2. Die ungeheuren Land-, See- und Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten, des Britischen Reichs und Chinas, die jetzt durch die aus dem Westen gekommenen Armeen und Luftflotten um ein Vielfaches verstärkt worden sind, stehen bereit, die letzten entscheidenden Schläge gegen Japan zu führen. Diese Kriegsmacht wird von dem unerschütterlichen Willen der alliierten Nationen getragen, den Kampf so lange fortzusetzen, bis Japan den Widerstand einstellt.

3. Die Folgen des sinnlosen und vergeblichen deutschen Widerstandes gegen die Macht der empörten freien Völker der Welt mögen dem japanischen Volk zur furchtbaren Warnung dienen.

Die sich jetzt gegen Japan in Bewegung setzende Macht ist unvergleichlich größer als die gegen die Nazis ins Feld geführte, die dennoch genügte, Land, Industrie und Lebensform des ganzen deutschen Volkes zu vernichten. Der volle Einsatz unserer Kriegsmacht, zu dem wir fest entschlossen sind, bedeutet also nicht nur die unvermeidliche, vollkommene Vernichtung der japanischen Streitkräfte, sondern ebenso unvermeidlich die völlige Verwüstung der japanischen Inseln.

4. Der Moment ist jetzt gekommen, da sich Japan entscheiden muß, ob es sich weiterhin von einer selbstherrlichen Militärkaste beherrschen lassen will, die mit ihren unsinnigen Kalkulationen das japanische Kaiserreich an den Rand des Verderbens geführt hat, oder ob es den Weg der Vernunft einschlagen will.

5. Nachstehend unsere Bedingungen. Sie sind unumstößlich. Sie dulden keine Alternative. Sie dulden keinen Aufschub.

6. Die Macht und der Einfluß jener, die mit Täuschung und Irreführung das japanische Volk zum Wahn der Welteroberung verleitet haben, muß ein für allemal ausgeschaltet werden, denn es ist unsere feste Überzeugung, daß die neue Ordnung des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit erst zu verwirklichen ist, wenn der verantwortungslose Militarismus auf der ganzen Welt ausgemerzt ist.

7. Bis eine solche neue Ordnung aufgerichtet und der Beweis erbracht sein wird, daß Japans kriegerische Kraft gebrochen ist, werden die Alliierten zur Verwirklichung dieser grundsätzlichen Ideale gewisse von ihnen zu bestimmende Gebiete besetzen.

8. Wie in der Proklamation von Kairo ausgeführt wird, wird Japans Souveränität auf die Inseln Hondo, Hokkaido, Kiuschiu, Schikoku und die von uns noch zu bestimmenden kleinen Inseln beschränkt.

9. Den Angehörigen der japanischen Streitkräfte wird nach ihrer völligen Entwaffnung erlaubt werden, in ihre Heimstätten zurückzukehren, wo sie Gelegenheit haben werden, ein tätiges und friedliches Leben zu führen.

10. Wir beabsichtigen nicht, die Japaner zu versklaven oder sie als Nation auszulöschen; doch werden alle Kriegsverbrecher, einschließlich derer, die sich Grausamkeiten an Kriegsgefangenen zuschulden kommen ließen, streng zur Verantwortung gezogen werden. Die japanische Regierung wird alle Hindernisse beseitigen, die der Neubelebung und Stärkung der demokratischen Tendenzen im japanischen Volk entgegenstehen. Die Freiheit des Denkens, der Rede und der Religion zusammen mit der Achtung vor den grundsätzlichen Menschenrechten ist zu garantieren.

11. Es wird Japan gestattet werden, jene Industrien beizubehalten, die für sein Wirtschaftsleben nötig sind und ihm eine angemessene Wiedergutmachung in Sachlieferungen ermöglichen, potentielle Kriegsindustrien hingegen werden nicht zugelassen werden.

Zu diesem Zweck wird Japan der Zugang zu Rohstoffen, nicht aber ihre Kontrolle gestattet sein. Die spätere Teilnahme Japans am Welthandel ist in Aussicht genommen.

12. Die Besatzungstruppen der Alliierten werden abziehen, sobald diese Ziele verwirklicht sind und in Übereinstimmung mit dem frei zum Ausdruck gebrachten japanischen Volkswillen eine verantwortliche, friedliebende Regierung gebildet ist.

13. Wir fordern die japanische Regierung auf, jetzt die bedingungslose Kapitulation aller ihrer Streitkräfte zu vollziehen und die nötigen Garantien zu geben, daß sie in guter Treue handelt. Widrigenfalls trifft Japan absoluter Ruin.

[246] *Aus dem Chinesisch-Sowjetischen Feundschafts- und Bündnisvertrag vom 14. August 1945*

Artikel 1: Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, zusammen mit den anderen Vereinten Nationen den Krieg gegen Japan bis zum Endsieg zu führen. Sie verpflichten sich, einander jede militärische oder andersartige Hilfe zu leisten und einander Unterstützung zu gewähren.
Artikel 2: Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keine Sonderverhandlungen mit Japan aufzunehmen, keinen Waffenstillstand oder Frieden mit der gegenwärtigen japanischen Regierung abzuschließen oder mit jeder anderen Regierung oder Stelle in Japan, die nicht klar auf jede Angriffsabsicht verzichtet hat.
Artikel 3: Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, nach dem Ende der Feindseligkeiten mit Japan gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, einen neuen Angriff seitens Japans zu verhindern. Wenn eine der Hohen Vertragschließenden Parteien infolge eines Angriffs seitens Japans in Feindseligkeiten mit Japan verwickelt wird, dann wird die andere Hohe Vertragschließende Partei ihr unverzüglich jede militärische und andersartige Hilfe und Unterstützung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln leisten. Der vorliegende Artikel bleibt in Kraft, bis auf Wunsch der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien die Organisation der Vereinten Nationen beauftragt wird, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß jeder neue Angriff von seiten Japans verhindert wird.
Artikel 4: Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, kein Bündnis zu schließen und an keiner Koalition teilzunehmen, die sich gegen eine von ihnen richten.
Artikel 5: Im Hinblick auf die Lebensinteressen ihrer Sicherheit und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verpflichten sich die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien, in der Nachkriegszeit herzlich und eng zusammenzuarbeiten und diese Zusammenarbeit auf die Grundsätze der gegenseitigen Achtung, der Anerkennung ihrer beiderseitigen Souveränitätsrechte und territorialen Integrität ebenso wie auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden Länder zu gründen.
Artikel 6: Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, einander jede nur mögliche wirtschaftliche Hilfe in der Nachkriegszeit zu gewähren, um den Wiederaufbau zu erleichtern und zu beschleunigen und am Werk der Aufrichtung des Wohlstandes in der ganzen Welt teilzunehmen.
Artikel 7: Keine Bestimmung des vorliegenden Vertrags kann so ausgelegt werden, als ob sie auf irgendeine Art die Rechte und Pflichten einer der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien als Mitglied der Vereinten Nationen beschränken könnte.
Artikel 8: Der vorliegende Vertrag wird innerhalb kürzester Frist ratifiziert. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tschungking ausgetauscht. Mit der Ratifizierung tritt der Vertrag für einen Zeitraum von 30 Jahren in Kraft. Wenn keine der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien ein Jahr vor Ablauf ihre Absicht erklärt, den Vertrag zu kündigen, dann bleibt er für unbeschränkte Zeit in Kraft. Jede der beiden vertragschließenden Parteien kann ihn dann kündigen, indem sie die andere vertragschließende Partei ein Jahr vorher von der Kündigung unterrichtet. Zum Zeugnis dessen haben die obengenannten Vertreter den vorliegenden Vertrag geschlossen und die Siegel beigedrückt.
Geschlossen zu Moskau am 14. August 1945, das entspricht dem 14. Tag des Monats August des Jahres 34 der Chinesischen Republik, in zweifacher Ausfertigung in russischer und chinesischer Sprache, wobei die beiden Texte in gleicher Weise rechtsverbindlich sein sollen.
Im Namen des Präsidiums des Obersten Rates der
Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken:
gez. W. Molotow
Im Namen des Präsidenten der Nationalregierung
der Chinesischen Republik:
gez. Wan-Tschi-Tschieh.

[247] *Die Japanische Kapitulationsurkunde vom 2. September 1945*

Artikel 1: Auf Befehl und im Namen des Kaisers von Japan und des Kaiserlich Japanischen Hauptquartiers nehmen wir mit der vorliegenden Urkunde die Bedingungen der Erklärung an,

die von den Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Chinas und Großbritanniens am 26. Juli in Potsdam veröffentlicht wurde und der sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Folge anschloß, wobei diese vier Mächte die Alliierten Mächte darstellen, von denen in der vorliegenden Urkunde im folgenden die Rede ist.
Artikel 2: Hierdurch erklären wir die bedingungslose Kapitulation des japanischen Generalstabes, aller bewaffneten japanischen Streitkräfte und aller Japan unterstellten bewaffneten Streitkräfte, gleich, wo sie sich befinden.
Artikel 3: Hierdurch befehlen wir allen japanischen Kräften, gleich, wo sie sich befinden, und dem japanischen Volk, die Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen, um Kriegsschiffe, Flugzeuge, militärische und zivile Güter nicht länger den Kriegsgefahren auszusetzen; wir erklären, daß wir alle Bedingungen des Oberkommandos der Alliierten Mächte annehmen.
Artikel 4: Hierdurch befehlen wir dem Kaiserlichen Hauptquartier, unverzüglich den Führern der japanischen bewaffneten Streitkräfte und allen ihnen unterstellten Streitkräften die notwendigen Anweisungen zur bedingungslosen Kapitulation zu geben.
Artikel 5: Alle Stellen des Heeres und der Marine müssen die Proklamationen und Befehle ausführen, die das Oberkommando der Alliierten Mächte für notwendig hält, um die Kapitulation wirksam werden zu lassen. Wir befehlen allen Stellen, soweit sie nicht ausdrücklich vom Obersten Befehlshaber oder seinen Vertretern ihres Amtes enthoben sind, auf ihrem Posten zu bleiben und weiterhin ihre Funktionen mit Ausnahme von Kriegshandlungen auszuführen.
Artikel 6: Hierdurch verpflichten wir uns im Namen der gegenwärtigen japanischen Regierung oder ihrer Nachfolger, nach bestem Wissen und Gewissen die Bedingungen der Erklärung von Potsdam durchzuführen, die Befehle zu geben und alles auszuführen, was durch den Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte oder die von ihm bezeichneten Vertreter zur Ausführung der Bestimmungen dieser Erklärung befohlen wird.
Artikel 7: Hierdurch befehlen wir der japanischen Regierung und dem Kaiserlich Japanischen Hauptquartier, unverzüglich alle alliierten Kriegsgefangenen und alle alliierten Zivilinternierten, die gegenwärtig in japanischer Gewalt sind, freizulassen und Vorkehrungen für ihren Schutz, ihren Unterhalt und ihre unverzügliche Beförderung zu den anderweit angegebenen Stellen zu treffen.
Artikel 8: Die Autorität des Kaisers und der japanischen Regierung untersteht in der Leitung des Staates der Autorität des Obersten Befehlshabers der Alliierten Mächte. Dieser Oberste Befehlshaber wird die Maßnahmen treffen, die ihm geeignet erscheinen, um die Kapitulationsbedingungen in die Tat umzusetzen.
Am 2. September 1945 um 9.45 Uhr an Bord der "Missouri".

gez.: Schigemitsu, Joschijiro

19. KAPITEL

EUROPÄISCHER WIDERSTAND 1939–45

Die zahlreichen Widerstandsbewegungen in Europa haben dem Zweiten Weltkrieg ein ganz besonderes Gepräge verliehen. Fraglos haben sie auch einen gewichtigen Teil zum Sieg über die Aggressoren beigetragen. Ihre Zusammensetzung, ihr Kampf, ihre Methoden und Ziele spiegelten nicht nur die Rivalität zwischen den Mächten, sondern auch den internationalen Bürgerkrieg unseres Jahrhunderts, der alle herkömmlichen Fronten durchbrach. Wohl hatten bereits seit der Machtübernahme durch die faschistisch-nationalsozialistischen Regierungen in Italien (seit 1922) – in China (seit 1930 gegen Japan) – und in Deutschland (seit 1933) erste Gruppen den Kampf gegen die totalitären Herrschaftssysteme aufgenommen (wie dies auch zahlreiche Organisationen unter dem kommunistischen Regime seit 1917 in Rußland getan hatten), aber erst nach den deutschen Blitz- und Eroberungsfeldzügen von 1939 bis 1941 kam es zuerst in Polen [248], dann im übrigen Europa zur Bildung größerer, weitverzweigter Widerstandszentren.

Indem sie an die historischen Vorbilder vergangener Jahrhunderte anknüpften, fanden sich in allen besetzten Ländern zunächst kleinere, dann größere Gruppen der verschiedensten politischen und konfessionellen Richtungen zusammen, die ihre Kreise laufend vergrößerten. Der Bogen reichte vom Einzelkämpfer über Vertreter der Universitäten, Schriftsteller und Künstler bis zu Widerstandskampfbünden, Geheim- und Volksarmeen. [104, 254, 258]. Titos Partisanen in Jugoslawien zählten im August 1943 über 150 000 Mann (davon 5 Prozent Frauen); ein Jahr später waren es bereits 250 000 Mann. Zu dieser Zeit befanden sich 120 000 italienische Partisanen in den Alpen, während die Streitkräfte der Französichen Inneren Front über 140 000 Mann verfügten. Im Januar 1943 standen über 120 000 sowjetische Partisanen unter dem Befehl des Zentralstabs in Moskau, Anfang 1944 über 250 000; 424 Nachrichtenzentralen hielten mit 1 131 Partisanenabteilungen im besetzten Gebiet Rußlands Verbindung.

Was diese recht heterogenen Gruppen und Organisationen einigte, war der gemeinsame Abwehrwille. Sie alle hatten im Grunde den gleichen Feind: die totalitären Mächte mit ihrer Expansions- und Besatzungspolitik und die faschistisch-nationalsozialistische Ideologie. Ihr Haß galt den Landesfeinden und allen Unterdrückern, damit auch den “ewigen Deutschen” mit ihren Satelliten. Sie kämpften gleichermaßen gegen die Kollaborateure im Innern wie gegen wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Abtransporte von Arbeitskräften und Juden, gegen kollektive Hinrichtungen und Repressalien.

Unter weit anderen Bedingungen mußte dagegen die deutsche Opposition ihr Leben aufs Spiel setzen. Ihr Widerstand richtete sich nicht gegen die fremde Besatzungsmacht, sondern gegen die eigene Regierung, gegen die NS-Partei und ihre Gliederungen.

Die Mittel und Methoden, die die Widerstandsbewegungen anwandten, waren – vor allem regional – recht unterschiedlich. In den besetzten Gebieten gab es den heimlichen und offenen Widerstand. Überwiegend war dieser militärisch organisiert und entsprechend hierarchisch aufgebaut. Hier wurde der verlorene Kampf auf dem Schlachtfeld in dem noch nicht verlorenen Krieg mit anderen Mitteln unter viel schwierigeren Bedingungen fortgesetzt. Dieser Widerstand wurde gewissermaßen zu einem “verlängerten Arm” der regulären Streitkräfte. Die Formen reichten vom offiziellen Widerstand der Exilregierungen über das passive Verhalten der Bevölkerung und die direkte Hilfe für Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Juden und Flieger bis zu Attentaten, Aufständen (Warschauer Ghetto und Warschau [259]), Generalstreiks

(Holland, Dänemark, Norditalien), Sabotageunternehmen und Überfällen. Das eigentliche Ziel sahen fast alle in der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes zur Unterstützung der äußeren Front der Alliierten. Ihre gemeinsamen Anstrengungen, große wie kleine Aktionen, waren auf die Demoralisierung und Niederwerfung ihrer Gegner gerichtet. London, und beschränkt auch Washington, unterstützten diese Operationen im Dunkeln mit Sprengstoff, Waffen, Geräten und Ausrüstung. Fraglos fand dieser nationale Verteidigungskampf die Zustimmung aller Patrioten im Lande und breiter Teile der Weltöffentlichkeit.

Anders wiederum lagen die Verhältnisse in Deutschland. Hier mußten sich die Konspirationen im Verborgenen abspielen. Hier konnte man nicht Krieg führen, sondern mußte man mit "Gedanken und Feder" alles für den einzigen Schlag vorbereiten: für den Staatsstreich, der die Initialzündung für den Sturz des verhaßten Regimes bedeuten sollte. Ganz auf sich gestellt, von den Alliierten ignoriert [250][252], im eigenen Lande von der Denunziation umlauert, von den Terrororganen des Polizeisystems ständig bedroht, wagten sie das Äußerste. Wohl gab es auch Einzelaktionen (Geschwister Scholl) [253], einen unterirdischen Propagandakampf, die sogenannte "innere Emigration" – zu der auch im weitesten Sinne die aktiven deutschen Emigranten im Ausland zu zählen sind [251] –, den Aufschrei des empörten Gewissens, das Zuspiel von Daten über beabsichtigte militärische Überfälle an das neutrale Ausland, doch konzentrierten sich die Maßnahmen schließlich mehr und mehr auf die Beseitigung des Diktators und seines Systems.

Wofür kämpften aber nun die verschiedenen Widerstandsbewegungen? In erster Linie führten sie, getragen von der Zustimmung der Majorität ihres Volkes, einen nationalen Befreiungskampf für ihr eigenes Vaterland. Sie wollten mithelfen, Freiheit und Souveränität der unterdrückten Nationen wiederherzustellen. Dafür scheuten sie kein Opfer und keine Mühen. Aber es sprachen bei ihnen auch humanitäre Gründe mit: Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft.

Während im Westen die liberal-demokratischen Kräfte mehr für ihre Ideale und Wertvorstellungen kämpften [255], ihre Bemühungen dem Wiederaufbau eines demokratischen Staates und z. T. dem Zusammenschluß Europas auf föderativer Grundlage galten [256][257], beherrschten sozialrevolutionäre und kommunistische Zukunftserwartungen Partisanen und Untergrundkämpfer des Ostens [260], Südostens und partiell im Westen [249] und Süden.

In Deutschland befand sich hingegen die Opposition im Widerspruch zur Mehrheit des eigenen Volkes. So schrieb Graf Moltke 1942 an einen englischen Freund, die Gegner Hitlers außerhalb Deutschlands hätten es doch leichter, ihre politische Entscheidung zu treffen: "...bei ihnen fallen auch für einfache Gemüter die sittliche und die nationale Pflicht zusammen, während bei uns ein offensichtlicher Widerstreit der Pflichten gegeben ist." Freilich, die Tat des 20. Juli erfolgte nicht einzig aus der Einsicht, daß der Krieg für Deutschland 1944 hoffnungslos verloren war und es jetzt darauf ankomme, ihn unter allen Umständen zu beenden, um ein noch größeres Chaos zu verhüten. Wer den sittlichen und ethischen Motiven der deutschen Widerstandsbewegung, die sich aus allen gesellschaftlichen Kreisen und Konfessionen des Volkes zusammensetzte, nachspürt, wird ebenso deren Vielschichtigkeit wie deren Vielfalt entdecken. Sie wünschte, vor der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß ihr "Deutschland nicht über alles" ging, sondern die Würde des Menschen und die Majestät des Rechts. Wohl am stärksten brach die seit 1933 gewachsene moralische Empörung, der echte Widerwillen gegen die Praxis des totalitären NS-Regimes mit ihren Unterdrückungs-, Verfolgungs- und Ausrottungsmaßnahmen, ihrer Unmenschlichkeit und ihrem Unrecht als System durch. Im Letzten wünschten die Männer und Frauen der Opposition, "den Menschen, der zur Larve geworden ist, zum Werkzeug der Technik, zum Geschöpf abstrakter politischer Ideen, zu einer Funktion der Wissenschaft, zum Diener wirtschaftlicher Gesetze, die er selbst verabsolutiert hat, diesen Menschen frei zu machen von allen Vorurteilen und vor ihm wieder die echte Humanitas, das wahre Bild des Menschen, in seiner Würde und seinem Stolz, aufzurichten. Erst dann, wenn der Mensch wieder den ihm gebührenden

Standort eingenommen hat, ist die Voraussetzung für die Harmonie im einzelnen und damit auch im Staate gegeben. Das ist aber erst dann möglich, wenn der Mensch sich wieder auf seinen Ursprung besinnt und darauf, daß er zum Bild Gottes geschaffen ist mit aller Verantwortlichkeit, die daraus folgt." (Gräfin Dönhoff)

Gewiß kann man nicht von der europäischen Widerstandsbewegung als Einheit sprechen. Eine solche hat es nie gegeben, immer blieben es nationale Gruppen und Armeen. Das gleiche gilt für die innere Situation in Deutschland. Doch alle waren von dem gemeinsamen Willen zur Abwehr des Fremden beseelt, mochten ihre Vorstellungen auch über die nach Kriegsende aufzurichtenden Ordnungen je nach Herkommen, Parteizugehörigkeit und Landsmannschaft verschieden gewesen sein. Die Fronten, die sich nach 1945 in Europa (ja in der Welt) herauskristallisierten, fanden sich bereits in den mannigfachen Gruppen der europäischen Widerstandsbewegungen.

DOKUMENTE

[248] *Programm Polski Ludowej (August 1941)*

Schon vor dem Krieg leistete die Bewegung der Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter einen sehr bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung programmatischer Vorstellungen in der polnischen Öffentlichkeit. Die Niederlage unseres Landes hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, daß sich das ganze demokratische Lager so eng wie möglich zusammenschließen und einen mächtigen Block bilden muß, der allein erfolgreich den Kampf mit dem Okkupanten aufnehmen und durchführen und die Voraussetzung für ein neues Polen schaffen kann. Die Grundlage eines solchen Blockes muß ein konkretes politisches und soziales Programm sein. Daher zielten auch beinahe seit den ersten Tagen der Okkupation die Anstrengungen der Vertreter des Lagers der Arbeiter, Bauern und der demokratischen Intelligenz darauf ab, das bisherige geistige Erbe der einzelnen Gruppen in den einheitlichen Rahmen eines gemeinsamen Programms einzubringen. Der Text, den wir hier vorlegen, ist das Ergebnis von Überlegungen und Diskussionen, die vor allem in Arbeiter- und Bauernkreisen durchgeführt worden sind. Er gibt Antwort auf drei grundsätzliche Fragen unserer gegenwärtigen Lage:

1. welchen Charakter unser Widerstandskampf haben soll und wie die aus seinem Führungsorgan hervorgehende künftige Regierung im wiedererstandenen Polen aufgebaut sein soll;
2. welche politische Struktur das wiedererrichtete Polen haben soll;
3. in welcher Weise die grundsätzlichen sozialen Probleme gelöst werden sollen.

Die Grundlage der folgenden Vorstellungen ist die prinzipielle These von der sozialen und politischen Interessengleichheit des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Deswegen ist dieses Programm auch nicht Ausdruck eines Kompromisses, es trifft keine ideologischen Übereinkommen mit irgendeiner Seite, sondern bringt unverfälscht die Anschauungen zum Ausdruck, die gemeinsames Gut der organisierten Bauern- und Arbeitermassen sind.

Dieses Programm befaßt sich mit Grundsatzfragen: bewußt übergeht es einige Einzelfragen, auf andere macht es lediglich aufmerksam. Seine Aufgabe ist es, den Weg aufzuzeigen, den schon spezielle Ausarbeitungen eingeschlagen haben, die Einzelheiten der politischen oder wirtschaftlichen Struktur des künftigen Polens behandeln. Wir glauben, daß dieses Programm das demokratische Bewußtsein in Polen festigt, indem es letztlich die geistige und politische Selbstbestimmung der verschiedenen Gruppen herbeiführt und dadurch hilft, den besten Weg zu finden für die unerläßliche Konzentration der demokratischen Kräfte, die Polen künftig eine bedeutsame Stellung wünschen, und zwar nicht nur auf Grund materieller Stärke, sondern auch durch die Aktualisierung seiner besten Traditionen, die Polen oftmals in der Geschichte der Menschheit in helles Licht gerückt haben.

Der brutale Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen unterbrach im September 1939 den Prozeß der Konsolidierung der Massenbewegungen der Bauern und Arbeiter, die es auf einen Sturz der diktatorischen Regierungen der OZN-Clique und die Begründung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Polen abgesehen hatten. Obwohl diese Bewegungen aus der offizellen politischen Arena verdrängt worden waren, erwiesen sie sich dennoch bei Kriegsausbruch als die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die zur Übernahme der Verteidigungsaufgaben fähig waren. Auf ihnen ruhte auch nach der Septemberkatastrophe die Hauptlast des Kampfes gegen die Okkupation und auch der Vorbereitungen für den Wiederaufbau des polnischen Staates.

Im Bewußtsein der historischen Rolle des polnischen Volkes müssen die organisierten Massen der ländlichen und städtischen Arbeiter die Aufgabe übernehmen, alle Kräfte der polnischen Demokratie zu konzentrieren im Kampf um die vollständige Beseitigung der Okkupation vom Territorium der Republik und um den Aufbau eines polnischen Staates in solchem Umfang und

von solcher Stärke, daß er nicht nur zu einer dauerhaften unabhängigen Existenz fähig ist, sondern auch eine Bürgschaft für den Frieden in Mitteleuropa leistet und einen Hort der Freiheit unter den benachbarten Nationen bildet. Für die Verwirklichung dieses Ziels ist es notwendig, ein unabhängiges Polen vom ersten Tage des Aufbaus an auf eine demokratisch-republikanische Grundlage zu stellen und die unerläßlichen sozialen Reformen durchzuführen, welche den Volksmassen die gebührenden Bedingungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entfaltung garantieren.

Die Anstrengungen des arbeitenden Volkes Polens im Kampf um die Erlangung der Unabhängigkeit müssen zweckmäßig organisiert werden, und auf diese Weise müssen Bauern, Arbeiter und Intelligenz erreichen, daß vom ersten Tage der Unabhängigkeit an das arbeitende Volk entscheidenden und dauerhaften Einfluß auf die Staatsregierung erlangt: in Gestalt einer Volksregierung (Rządu Ludowego). Die Konzentration aller demokratischen Kräfte sollte schon jetzt während des Kampfes gegen die Okkupation beginnen, indem ein einheitliches politisch-gesellschaftliches Programm entwickelt wird, das auf den folgenden Grundsätzen basiert.

Die erste vom klaren Willen der Volksmassen getragene Regierung des freien Polen gibt unverzüglich nach ihrer Konstituierung Erlasse heraus, die den Grundriß der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verfassung der neuen Republik festlegen. Im einzelnen sollen sie vorsehen:

a) Landreform durch Nationalisierung und Parzellierung der großen Güter, wobei der enteignete Boden sofort der Aufsicht von Landreformkomitees der Gemeinden und Kreise anvertraut werden soll;

b) Enteignung der für die Vergesellschaftung reifen Industriebetriebe und Übertragung an den Staat, Selbstverwaltungskörperschaften oder Genossenschaften und gleichzeitig Schaffung einer innerbetrieblichen Leitung dieser Betriebe;

c) Reform des Steuersystems mit dem Ziel einer gerechten Verteilung der Steuerlasten auf alle Schichten der Gesellschaft;

d) Annullierung aller Maßnahmen der Okkupanten, welche Besitz und Vermögen der Bürger der Republik betreffen, und Übertragung dieses Besitzes zur Sicherung an zu diesem Zweck geschaffene nichtstaatliche Organisationen;

e) Bestrafung aller Bürger, die die Republik verraten haben, indem sie sich den Okkupanten zur Verfügung stellten;

f) Schaffung eines Sondergerichts, vor das die zivilen und militärischen Repräsentanten des Sanacja-Regimes gestellt werden, die für den Mißbrauch der Regierungsgewalt verantwortlich sind und die dem Staat und den Volksmassen Schaden zugefügt haben.

Diese Regierung schreibt Wahlen zum Sejm und Senat aus nach den Prinzipien eines demokratischen Wahlrechts und arbeitet einen Plan zum Aufbau der Republik auf einer neuen innenpolitischen Basis aus. Dieser Plan soll sich auf folgende Grundsätze stützen:

A. Im politischen Bereich

Eine republikanisch-demokratische Staatsverfassung wird geschaffen, die die notwendige Beständigkeit des Staates und die Leistungsfähigkeit und Stärke der Regierungen sichert und den Bürgern Einflußmöglichkeiten einräumt auf die Bildung der höchsten Staatsorgane und auf die Politik und die Tätigkeit des in seiner Würde wiederhergestellten, aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlaments; außerdem soll es das Recht des Plebiszits und die Volksinitiative geben.

Eine breit ausgebaute örtliche Selbstverwaltung wird aufgebaut, die viele der Funktionen übernimmt, welche bisher die Regierungsadministration ausübte; neben der lokalen muß sich die Selbstverwaltung in der Wirtschaft, den gesellschaftlichen Organisationen und den wissenschaftlichen Anstalten frei entwickeln können. Die Bewegung der Arbeiter und der Geistesarbeiter sowie die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen und Genossenschaften auf dem Lande bewahren ihre volle Selbstverwaltung und erhalten zugleich ihre festen Aufgaben in der Ordnung der Republik.

Meinungs- und Organisationsfreiheit im Bereich des geistig-politischen, sozialen und kulturellen Lebens auf der Basis von Demokratie und Unabhängigkeit wird garantiert.

Alle Bürger der Republik erhalten möglichst gleiche Startchancen durch einen wirklich allgemeinen und kostenlosen Unterricht, der jedem Bürger das erforderliche Minimum an allgemeiner Bildung sichert und ihm den Zugang zur Kultur öffnet.

Allen loyalen Bürgern werden unabhängig von Religion und Nationalität gleiche Rechte eingeräumt.

Die deutsche Bevölkerung, die auf polnischem Boden zur Förderung der Germanisierung angesiedelt wurde, insbesondere seit der ersten Teilung, wird nach Deutschland umgesiedelt. Das gleiche soll für alle gelten, die sich als sogenannte Volksdeutsche eintragen ließen. Innerhalb der Grenzen Polens können nur die Bürger deutscher Abstammung verbleiben, die durch ihre Handlungen und besonders durch ihr Verhalten während des Krieges und der Okkupation ihre Loyalität und Treue gegenüber dem polnischen Staat unter Beweis gestellt haben.

Die Reform der Sozialverfassung beseitigt die wirtschaftlichen Grundlagen der Antagonismen unter den Nationalitäten und hebt insbesondere hinsichtlich der jüdischen Frage die unnatürliche und einseitige Konzentration der Juden im Handel auf und beseitigt ebenfalls vollständig einige wirtschaftliche Auswüchse.
Die demokratische Verfassung wird hinreichend gesichert gegen alle ihr feindlich gesinnten Kräfte.
Die Republik wird Mitglied eines Zusammenschlusses der freien Völker Europas sein und wird sich innerhalb dieses Verbandes um seinen größtmöglichen Zusammenhalt, seine Autorität und Stärke bemühen, damit er fähig ist, alle Versuche innerer Diversion durch einen übertriebenen Nationalismus zunichtezumachen und sich und seine Mitglieder vor der Gefahr eines Angriffs von außen zu schützen.

B. Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich
Ziel der Reform der Sozialverfassung ist: eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens. Die Reform soll so erfolgen, daß die Produktivität nicht verringert, sondern erhöht wird und zugleich auch der Entwicklungsstand des Wirtschaftslebens gehoben wird; nur auf diesem Wege ist eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards der arbeitenden Massen in Stadt und Land zu erreichen.
Die Realisierung des Ideals der sozialen Gerechtigkeit soll durch die Vergesellschaftung bestimmter Sektoren der Wirtschaft erfolgen und durch größstmögliche Verringerung der Unterschiede in Besitz und Einkommen in den Wirtschaftszweigen, die nicht sozialisiert werden.
Arbeit wird der einzige Titel sein, auf Grund dessen man am Volkseinkommen teilhat. Jede Ausbeutung des Menschen muß aus dem sozialen Leben verschwinden.
Die Reform der wirtschaftlich-sozialen Verfassung und die staatliche Wirtschaftspolitik müssen von dem Grundsatz der engen Interessensolidarität der Bauern, Arbeiter und Geistesarbeiter ausgehen und müssen die Verwirklichung eines vollständigen Gleichgewichts bei der Verteilung des Volkseinkommens unter den einzelnen arbeitenden Berufsgruppen zum Ziel haben. Der Neuaufbau wird sich vor allem auf den freien, selbständigen und gesellschaftlich verantwortlichen Menschen stützen. Die auf den breiten Massen beruhende neue soziale Ordnung wird Ausdruck der wahren Demokratisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sein und seine Entwicklungsdynamik bestimmen. Die grundlegende Form der Vergesellschaftung wird die Übernahme der einzelnen wirtschaftlichen Aufgaben durch gesellschaftliche Organisationen sein (Genossenschaften, Selbstverwaltungskörperschaften u. ä.). Das Genossenschaftswesen, das sich auf den industriellen, den landwirtschaftlichen und den Konsum-Bereich, darüber hinaus auch auf den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen erstreckt, wird demgemäß in dem künftigen System eine breite Fundierung besitzen und eine entsprechende Unterstützung durch Staat und Gesellschaft erhalten.
Verstaatlicht werden sollen vor allem die Bereiche der Wirtschaft, die mit der Verteidigung des Staates zusammenhängen oder Schlüsselfunktionen in der Volkswirtschaft besitzen (Eisenbahn, Post, Kommunikationswesen, Rüstungsindustrie, Rohstoffindustrie, Bergbau usw.). Kleine Privatunternehmen werden einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen, die von Selbstverwaltungskörperschaften des jeweiligen Produktionszweiges ausgeübt wird und in denen Produzenten und Verbraucher vertreten sind.
Handwerk und Kleinindustrie bleiben grundsätzlich in Privathand. Einige Zweige des Handwerks sollen genossenschaftliche Dachorganisationen schaffen zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben wie Einkauf von Rohstoffen, Verkauf der Fertigwaren, gemeinsame Nutzung technischer Einrichtungen, Organisation von Krediten usf. Auf genossenschaftlichen Grundsätzen soll auch die Heim- und Volksindustrie fußen.
Der Großgrundbesitz wird entschädigungslos enteignet. Die Grundlage des Landwirtschaftssystems wird der bäuerliche Familienbetrieb sein. Aus einem Teil des enteigneten Bodens mit hoher landwirtschaftlicher Kultur können landwirtschaftliche Musterbetriebe, Versuchsstationen, Saatgutbetriebe u. ä. geschaffen werden.
Technische, ökonomische und organisatorische Fehler und Mängel des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes sollen ausgeglichen werden durch den breiten Ausbau des Genossenschaftswesens.
Die Organisation des Handels wird in dem künftigen System in erster Linie auf dem Genossenschaftswesen beruhen. Das Bank- und Kreditwesen wird insgesamt in die Hand gesellschaftlicher Organisationen und des Staates übergehen. Die Währungs- und Finanzpolitik des Staates wird an die allgemeinen Bedürfnisse der im Aufbau begriffenen Volkswirtschaft angepaßt. In Stadt und Land wird ein Netz von Sozialversicherungen geschaffen.
Die Entwicklung der Wirtschaft erfolgt auf der Basis der Planwirtschaft. Der Wirtschaftsplan wird darin bestehen, daß die Richtung und die Prinzipien der Wirtschaftsentwicklung festgelegt werden und außerdem ein Rahmen gesetzt wird für alle, die an der Produktion und am Austausch von Waren und Geld beteiligt sind.

Die Organisation der Wirtschaft wird auf den Prinzipien einer Selbstverwaltung beruhen. Darin werden die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentiert und alle betroffenen sozialen Schichten vertreten sein, also Arbeiter, Geistesarbeiter sowie die Eigentümer der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe (staatlich, vergesellschaftet und privat). Die einzelnen Sektoren von Industrie und Handwerk schaffen sich eigene Fachverbände und werden in der Industriekammer der Wojewodschaft koordiniert, die mit der Landwirtschaftskammer der Wojewodschaft zusammenarbeitet.

Die Dachorganisation der einzelnen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften bildet die Oberste Wirtschaftskammer, deren wichtigste Funktion es ist, die Interessen aller Wirtschaftszweige gegenüber der staatlichen Administration zu vertreten und das Wirtschaftsleben zu planen und zu koordinieren.
Über die gesamte Wirtschaftsentwicklung und die wirtschaftliche Tätigkeit der Selbstverwaltungsorganisationen und der Verbände der einzelnen Produktionszweige übt der Staat Kontrolle aus, und er leistet ihnen Hilfe. Er hat insbesondere darauf zu achten, daß die Gesamtwirtschaft im Endergebnis entsprechende Mittel für die Verteidigung liefert und die Bedeutung Polens unter den anderen Nationen sichert.
Nur beharrlicher und entschiedener Kampf gegen die Okkupanten auf polnischem Territorium kann der erfolgversprechende Weg zur Verwirklichung der hier aufgezeigten politischen und gesellschaftlichen Prinzipien zur Umgestaltung Polens sein.
Auf diesem Weg muß das arbeitende Volk zugleich den Widerstand der Klassen und Gruppen brechen, die im alten Polen privilegiert waren und die ihre Privilegien zu erhalten wünschen. Demokratische Konzentration sollte daher Ausdruck der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die Okkupanten und zugleich des entschiedenen Kampfes gegen die Reaktion im eigenen Lande sein.

Eine geistig einheitlich ausgerichtete und politisch disziplinierte polnische Demokratie, die auf die Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind vorbereitet und entschlossen ist, alle Hindernisse der Reaktion im Innern zu überwinden, muß siegen und wird eine neue Ära der Entwicklung Polens einleiten im brüderlichen Zusammenleben mit anderen freien Nationen.

[249] *Aus der Erklärung des Politbüros des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. April 1942 über neue Schritte zur Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik*

Sollte eine solche Konferenz... stattfinden, so wäre es zweckmäßig, auf dieser Konferenz gewissermaßen das Programm des neuen Deutschlands in folgender Form zum Beschluß zu erheben:
Einleitung: Unser Volk hat genug des Krieges, genug des Todes, genug des Hungers. Hitler opfert sinnlos die Blüte der Nation. Ihm ist das Leben der deutschen Jugend, des deutschen Soldaten keinen Groschen wert. Hitler ist der Feind der deutschen Nation. Durch seinen verbrecherischen, aussichtslosen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Völker der Welt wie durch seine barbarische Herrschaft über das deutsche Volk treibt er Deutschland in den Ruin. Hitlers Brandstiftung des Weltkrieges wird sein letztes Verbrechen gewesen sein. Die Hitlerclique ist zum Untergang verurteilt. Hitlers Uhr ist abgelaufen. Aber die Hitlerbande will das deutsche Volk mit in ihren Untergang hineinreißen.
Das deutsche Volk steht am Scheideweg: Mit Hitler in den unvermeidlichen Untergang oder Rettung von Volk und Land durch den Sturz Hitlers. Die Hitlerclique will und kann keinen Frieden herbeiführen. Die Sache des Friedens und der Zukunft Deutschlands liegt in den Händen des deutschen Volkes selbst. Unser Volk muß seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen.

Die Mehrheit unseres Volkes will sofortigen Frieden. Aber Hitler sucht durch Terror, Bürgerkriegsmaßnahmen und Betrug das deutsche Volk zu zwingen, sich weiter sinnlos für die millionenreichen Kriegsinteressenten, die Hitler und Krupp, Göring und Flick, Zangen und Poensgen, und für die adligen Großgrundbesitzer, für die Grafen von Donnersmarck und andere, zu opfern. Hitler sucht das deutsche Volk mit den Folgen seiner Niederlage zu schrecken. Aber die militärische Niederlage ist nur schrecklich für die Hitlerclique. Unserem Volk jedoch erleichtert Hitlers militärische Niederlage die Befreiung Deutschlands von der kriegstollen Hitlerclique. Sie ist das einzige Hindernis des Friedens. Das nationale Interesse unseres Volkes erfordert die Beendigung des Krieges durch den Zusammenschluß und die Aktion aller Kräfte im deutschen Volke, die den Frieden, die Freiheit und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes wollen. Das ist nur möglich durch den Sturz Hitlers.

Die Vertreter des deutschen Volkes haben auf ihrer Konferenz einen Ausschuß zur Schaffung eines Nationalkomitees gewählt, das die Führung des Kampfes des deutschen Volkes für die Befreiung Deutschlands von der barbarischen Hitlerherrschaft und für die sofortige Beendigung des Krieges übernimmt.
Die Konferenz schlägt allen ehrlichen Deutschen die folgenden fünf Hauptforderungen als Grundlage des gemeinsamen Kampfes zur Rettung von Volk und Land vor:
1. Zusammenschluß aller ehrlichen Deutschen zum gemeinsamen Kampf für den Sturz des blutigen Kriegstreibers und Volksfeindes Hitler. Arbeiter und Bauern, Angestellte und Beamte, Mittelständler und Geistesarbeiter und andere Freunde des Friedens einigen sich, ungeachtet ihrer früheren und jetzigen politischen Auffassungen und Organisationszugehörigkeit, zur großen Volksbewegung unter der Losung: Schluß mit dem Krieg! Weg mit Hitler!
2. Beendigung des Krieges durch den aktiven Kampf gegen die Weiterführung des Krieges, durch Zerstörung der faschistischen Kriegsmaschine, durch Sabotage, Streiks, Demonstrationen, politische Massenstreiks und bewaffneten Kampf bis zur Volkserhebung zur Beendigung des Krieges und zum Sturze der Hitlerclique.
3. Abschluß eines Friedens durch die gewählten Vertreter des deutschen Volkes auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung und nationalen Unabhängigkeit Deutschlands und der Freundschaft mit der Sowjetunion und den demokratischen Ländern. Sicherung eines dauernden Friedens durch Enteignung und Entmachtung der faschistischen imperialistischen Kriegsinteressen in Staat, Wirtschaft und Armee.
4. Deutschland wird eine Volksrepublik, in der die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes bestimmen. Durch die Herstellung der Volksrechte in Staat und Gemeinde, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte und freien Gewerkschaften sowie durch die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz und die Einführung einer neuen Rechtsordnung wird die freie Entwicklung aller gesunden Kräfte des deutschen Volkes und der friedliche Aufstieg unseres Volkes gesichert.
5. Die Wirtschaft wird in den Dienst des Volkes gestellt durch die Beseitigung der Naziparasiten und die Nationalisierung der großen Konzerne und Banken. Die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung wird sichergestellt durch den friedlichen Warenaustausch deutscher Qualitätsprodukte gegen die Erzeugnisse anderer Länder. Im neuen Deutschland dient die Arbeit dem Wohlstand des Volkes und nicht dem imperialistischen Kriegswahnsinn. Die Beseitigung der Kriegsschäden erfolgt auf Kosten der Kriegsgewinnler. In der neuen deutschen Volksrepublik wird dem schaffenden Volke Arbeit, Brot, besseres Einkommen und Aufstieg gesichert, indem die wahren Vertreter des schaffenden Volkes in Staat und Wirtschaft bestimmen. Der achtstündige Normalarbeitstag und die Arbeiterschutzbestimmungen werden wieder eingeführt. Die Lohnfestsetzung erfolgt im Einvernehmen mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern. Das kleine Eigentum wird geschützt. Der Bauer wird wieder frei auf seinem Hofe bestimmen. Durch bessere Preise, gesicherten Absatz und Senkung der Steuerlasten wird ihm die Hebung seiner Wirtschaft ermöglicht. Handwerk und Handel können wieder ungehindert zur Entfaltung kommen.
Schlußbemerkung: Es ist die nationale Pflicht jedes Deutschen, der seine Heimat liebt, seine ganze Kraft, sein ganzes Können in den Dienst der großen nationalen Aufgabe, der Rettung von Land und Volk aus der Hitlerbarbarei und der Kriegskatastrophe, zu stellen. Das Volk ist allmächtig, wenn es sich seiner Kraft bewußt wird und gemeinsam kämpft. Auf zum Volkskampf für den Sturz der Hitlerclique und die Beendigung des Krieges!

[250] *Deutsche Opposition gegen Hitler*
Memorandum über ein Gespräch
vom Mai 1942

I

Ende Mai 1942 kamen zwei deutsche Pastoren von Berlin nach Stockholm, um dort den Bischof von Chichester zu treffen. Sie trafen unabhängig voneinander ein, und einer von ihnen blieb nur 48 Stunden. Der Bischof sprach mit ihnen sowohl einzeln wie auch zusammen an vier verschiedenen Tagen. Beide Männer sind dem Bischof wohlbekannt und haben viele Jahre lang im Zusammenhang mit der ökumenischen Bewegung, dem Weltkirchenrat und in verschiedenen Stadien des deutschen Kirchenkampfes mit ihm zusammengearbeitet. Einer von ihnen lebt in der Schweiz, stattet Deutschland aber beständig Besuche ab. Der andere wohnt in Berlin und ist einer der Führer der bekennenden Kirche; er hat von der Gestapo Rede- und Predigtverbot.
Ihre Absicht war:
A. Auskunft über eine starke, organisierte Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands zu geben, welche Pläne zur Vernichtung des ganzen Hitler-Regimes (einschließlich Himmlers,

Görings, Goebbels' und der Hauptführer der Gestapo, der SS und der SA) und zur Errichtung einer neuen deutschen Regierung aufgestellt hat, bestehend aus:
1. Vertretern stark anti-nationalsozialistischer Kräfte in der Armee und der zentralen Staatsverwaltung.
2. Ehemaligen Gewerkschaftsführern.
3. Vertretern der protestantischen und katholischen Kirchen;
sie verpflichten sich zu folgender Politik:
a) Verzicht auf Angriff.
b) Unverzügliche Aufhebung der Nürnberger Gesetze und Zusammenarbeit zur internationalen Lösung des jüdischen Problems.
c) Allmählicher Rückzug der deutschen Streitkräfte aus besetzten und überfallenen Ländern.
d) Zurückziehung der Unterstützung für Japan und Unterstützung der Alliierten, um den Krieg im Fernen Osten zu beenden.
e) Zusammenarbeit mit den Alliierten, um die zerstörten oder vom Krieg beschädigten Gebiete wieder aufzubauen.
B. Zu fragen, ob die Alliierten unter der Voraussetzung, daß das ganze Hitlerregime vernichtet worden ist, bereit sein würden, mit einer solchen neuen deutschen Regierung über eine Friedensregelung zu verhandeln, die folgendes vorsehen würde:
1. Die Errichtung eines Systems von Gesetz und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland, verbunden mit einer weitgehenden Aufgabenverteilung an die einzelnen Länder.
2. Die Schaffung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Nationen Europas, was sowohl in sich selbst gerechtfertigt wie gleichzeitig die wirksamste Garantie gegen Militarismus wäre.
3. Die Errichtung einer repräsentativen Föderation freier Nationen oder Staaten, die eine freie polnische und eine freie tschechische Nation einschlössen.
4. Die Errichtung einer europäischen Armee zur Kontrolle Europas, unter zentraler Leitung, an der die deutsche Armee teilnehmen könnte.

II
Gepräge der Opposition
Die Opposition war schon seit einiger Zeit in der Entwicklung begriffen und bestand bereits vor dem Kriege. Der Krieg gibt ihr nun eine Gelegenheit, die nur darauf wartet, ergriffen zu werden. Die Opposition kristallisierte sich im Herbst 1941 und hätte im Dezember 1941 eine Gelegenheit ergreifen können, als viele Offiziere sich weigerten, in Rußland weiterzukämpfen. Aber niemand übernahm die Führung. Hitlers letzte Rede, in der er ganz offen den Anspruch erhob, über allem Gesetz zu stehen, zeigte dem deutschen Volk immer deutlicher die völlige Gesetzlosigkeit des Regimes. Die Opposition setzt volles Vertrauen in die Stärke der deutschen Armee und ist bereit, den Krieg bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen, falls die Alliierten sich weigern sollten, mit der neuen Regierung eines von Hitler befreiten Deutschland zu unterhandeln, nach dem Umsturz des gesamten Hitlerregimes; aber sie glaubt auch, daß die Fortsetzung des Krieges in dem augenblicklichen oder noch größerem Maßstab unter derartigen Umständen noch weitere Millionen zur Vernichtung verurteilen würde, besonders in den besetzten Ländern. Sie glaubt auch, daß ein Kampf bis zur Entscheidung für Europa selbstmörderisch wäre. Daraus entspringt ihr Wunsch, zuerst Hitler und sein Regime zu vernichten und dann eine Friedensregelung zu erreichen, bei der alle Nationen Europas wirtschaftlich untereinander abhängig werden sollen, bei der sie durch den Besitz von ausreichenden europäischen Militärstreitkräften gegen eine Aggression verteidigt und auf irgendeine Art verbündet werden sollen. Obwohl die Opposition im Hinblick auf Rußland einige Bedenken hegt, hofft sie doch (auf Grund von Eindrücken, die einige der höheren russischen Offiziere auf deutsche Offiziere gemacht haben) auf die Möglichkeit, zu einem Übereinkommen zu gelangen.

III
Organisation der Opposition
Die Opposition ist gegründet auf Glieder der Staatsverwaltung, der Staatspolizei, auf frühere Gewerkschaftsführer und hohe Offiziere der Armee. Sie hat Verbindungen in jedem Ministerium, Militärbeamte in allen größeren Städten, befehlshabende Generale in allen Armee. Sie hat Verbindungsmänner in den Rundfunksendern, in den großen Fabriken, in den Hauptstellen der Heeresbelieferung und der Gasversorgung. Es ist unmöglich, die Zahlen der Opposition anzugeben. Die Hauptsache ist, daß überall Schlüsselstellungen in den Händen von Mitgliedern der Opposition sind, und in Deutschland Schlüsselstellungen von größter Wichtigkeit sind.
Folgende Namen von Männern wurden angegeben, die eng mit der Widerstandsbewegung verbunden sein sollen:

Generaloberst Beck: Leiter des Generalstabs vor der tschechoslowakischen Krise 1938, 60 Jahre alt.
Generaloberst v. Hammerstein: Leiter des Generalstabs vor Beck.
Goerdeler: Ex-Preis-Kommissar, Oberbürgermeister von Leipzig, Leiter der Zivilen Front.
Leuschner: Ehemaliger Präsident der Vereinigten Gewerkschaft.
Kaiser: Leiter der Katholischen Gewerkschaft.
Alle oben Genannten sollen überzeugte Christen sein, die wichtigsten von ihnen sind Beck und Goerdeler.
Gewisse andere Personen, von weniger ausgesprochen christlichem Charakter wären verfügbar, wie zum Beispiel Schacht. Die meisten der Feldmarschälle sind vertrauenswürdig, besonders von Kluge, von Bock, Küchler und möglicherweise Witzleben. Es wurde gefragt, ob England eine Monarchie in Deutschland befürworten würde, in welchem Fall Prinz Louis Ferdinand in Betracht Käme. Es wurde aber nicht gesagt, ob er Mitglied der Opposition sei oder nicht. Er war von Hitler nach dem Heldentod des ältesten Sohnes des Kronprinzen aus den Vereinigten Staaten geholt worden. Er hatte als Arbeiter in den Fordwerken gearbeitet, und er lebt jetzt auf einem Gut in Ostpreußen. Er ist ein Christ, zeigt aufrichtige soziale Interessen und ist einem der beiden deutschen Pastoren bekannt. Die Leiter der protestantischen und katholischen Kirchen stehen auch in enger Beziehung zu der ganzen Widerstandsbewegung, besonders Bischof Wurm aus Württemberg (protestantisch) und Bischof von Preysing aus Berlin, der als Wortführer der katholischen Bischöfe wirkt. (Gleichzeitig sollte noch erwähnt werden, daß viele Glieder der Opposition nicht nur mit tiefer Reue über die Verbrechen erfüllt sind, die in Deutschlands Namen begangen werden, sondern sogar sagen: "Christen wollen keiner Buße und keinem Chaos ausweichen, wenn Gottes Wille sie auf mich lädt.")

IV
Handlungsweise der Opposition
Die Opposition weiß um die drohende Auflehnung gegen Hitler innerhalb der Nazi-Partei durch Himmler und seine Genossen; aber während ein erfolgreicher Staatsstreich Himmlers der Opposition von Nutzen sein könnte, ist doch die völlige Vernichtung Hitlers und Himmlers und des gesamten Regimes unerläßlich. Der Plan der Opposition besteht in einer Säuberungsaktion, die in der Heimat und in den besetzten Ländern so gleichzeitig wie nur möglich ausgeführt werden müßte. Danach würde eine neue Regierung aufgestellt werden. Die Opposition ist sich der Notwendigkeit einer wirksamen Polizeikontrolle überall in Deutschland und in den besetzten und überfallenen Ländern bewußt, um die neue Regierung zu sichern; und es scheint, als ob die Hilfe der alliierten Armee als Helfer zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig und willkommen sein würde, um so mehr, wenn es möglich wäre, mit der alliierten Armee die Armee einer neutralen Macht zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu verbinden.
V.
Anfragen der Opposition an die Regierung der Alliierten
Nachdem nun die Handlungsweise und die Pläne der Opposition dargelegt sind, ergibt sich die Frage, welche Unterstützung ihren Führern gegeben werden kann, um das Verfahren in Gang zu bringen und allen damit verbundenen Gefahren zu begegnen. Als Beispiele für eine Förderung werden Anfragen wie folgt gestellt:
1. Würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit einer neuen deutschen Regierung, die nach den Richtlinien von Abschnitt I, A zusammengestellt ist, auf Treu und Glauben (bona fide) für einen Frieden zu verhandeln, wie er in Abschnitt I, B beschrieben ist?
(Die Antwort darauf könnte einem Vertreter der Opposition privat durch ein neutrales Land zugestellt werden.)
2. Könnten die Alliierten jetzt der Welt öffentlich und mit den deutlichsten Worten bekanntgeben, daß, falls Hitler und das ganze Regime gestürzt wären, sie bereit sein würden, mit einer neuen Regierung im Hinblick auf eine Friedensregelung von der Art, wie in Abschnitt I, B beschrieben, zu verhandeln, welche sich von jeglicher Aggression lossagte und zu einer Handlungsweise verpflichtete, wie sie in Abschnitt I, A beschrieben ist? ...

[251] *Programmatische Richtlinien der Association of Free Germans vom Oktober 1942 "Für das Freie Deutschland von Morgen"*

Die Association of Free Germans, Inc.
von der Zuversicht durchdrungen, daß vollständiger Sieg die Anstrengungen und Opfer der vereinigten Nationen krönen wird, von dem Vertrauen geleitet, daß dieser Sieg wie der ganzen Welt so auch dem durch Hitler und seine Satrapen unterdrückten deutschen Volke die Freiheit bringen wird,

von dem Glauben erfüllt, daß des freien deutschen Volkes Mitwirkung zur friedlichen Entwicklung Europas und der Welt im Sinne der "Atlantic Charter" unerläßlich ist, und
von dem Willen beseelt, für den Freiheitskampf kein Opfer zu scheuen, strebt für Deutschland folgendes an:

I. Eine wahre Demokratie
Das deutsche Volk soll eine freie Republik bilden.
Die zweite deutsche Republik soll die Demokratie in Deutschland auf die Dauer und fest gründen und dafür sorgen, daß es nie wieder einer Diktatur, gleicher welcher Richtung und Art, zum Opfer fällt. Sie soll dem deutschen Volke die vier Freiheiten verbürgen: Redefreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit von Furcht und Freiheit von Not. Der Staat soll dem Volke dienen, Friede durch Recht, Freiheit in Gesittung sollen seine Leitsätze sein.
II. Nach dem Sturz der Nazityrannei
Die nationalistische Gewaltherrschaft ist mit Stumpf und Stiel auszurotten. Alle von der Naziregierung oder ihren Gefolgsleuten zur Stützung ihrer Herrschaft erlassenen Gesetze, Anordnungen und Maßnahmen werden außer Kraft gesetzt. Alle von ihr vorgenommenen Annexionen, auch solche, die als "Anschluß" maskiert sind, werden rückgängig gemacht, etwa noch besetzte Gebiete sofort geräumt. Presse, Rundfunk, Kino usw. sind von Feinden der Demokratie zu reinigen und auf demokratische Prinzipien zu gründen.
Zu den vollen staatsbürgerlichen Rechten sind alle Deutschen ohne Ansehen der Rasse, der Farbe, des Glaubens oder der politischen Überzeugung zugelassen. Ausgeschlossen sind diejenigen, die sich am nationalsozialistischen Unterdrückungssystem tätig beteiligt haben, wodurch sie ihren Anspruch auf demokratische Gleichberechtigung verwirkten. Betätigung gegen die Demokratie wird mit aller Schärfe unterbunden.
Die Verbrechen der Nazis und ihrer Gefolgsleute, ob sie in Deutschland oder in anderen von den Nazis unterdrückten Ländern begangen worden sind, werden als Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen den Weltfrieden geahndet. Die schnelle Aburteilung der Schuldigen soll eine abschreckende Mahnung für alle Zeiten sein.
Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung zugefügte Schäden sollen nach Möglichkeit wiedergutgemacht werden.

III. Die Gewinnung der Jugend
Die zweite deutsche Republik soll die Jugend zu demokratischen Staatsbürgern erziehen. Deshalb sollen Jugendpflege und Jugenderziehung völlig neu gestaltet werden. Die Jugend soll zu kulturellen Werten hingeleitet werden, statt zur Machtanbetung zur Idee des Rechtes, statt zur Unduldsamkeit zur Toleranz, Achtung vor der Heiligkeit des Menschenlebens, Treue zum gegebenen Wort, Innehaltung von Abmachungen und Verträgen. Die "Führer-Idee" soll durch wahrheitsgetreue Beschreibung des despotischen Hitlerterrors entlarvt werden.

IV. Demokratie – auch in der Wirtschaft
Endgültig politisch unschädlich gemacht werden diejenigen Gruppen und Klassen, die Träger des alldeutschen Militarismus und Imperialismus waren. Zur Brechung ihrer Macht soll ihnen die wirtschaftliche Grundlage genommen werden: Schwerindustrie, sonstige monopolistische Wirtschaftszweige (wie IG Farben-Industrie usw.) sowie agrarischer Großgrundbesitz.

Die den Krieg nährende, das deutsche Volk aushungernde, nationalistische Autarkiepolitik wird abgeschafft. Im Rahmen der kommenden Organisation der Weltwirtschaft wird die deutsche Republik Wiederherstellung des freien, internationalen Güteraustausches anstreben. An der internationalen Wirtschaftsplanung, die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität gewährleisten, die Völker vor Not- und Krisen-Katastrophen sichern sowie den Standard der arbeitenden Massen heben soll, wird die deutsche Republik mit allen Kräften teilnehmen. Die innere Wirtschaftspolitik Deutschlands soll auf dieselben Ziele im nationalen Rahmen gerichtet sein.

V. Rückkehr zur internationalen Gemeinschaft
Die deutsche Republik wird an der Neuordnung Europas sowie der Welt gemeinsam mit all ihren Nachbarn und den übrigen Nationen vorbehaltlos mitwirken. Deutschlands wirtschaftliches und technisches Können soll Werke des Friedens schaffen, wobei der Wiederaufbau der im Kriege zerstörten und von den Nazis ausgeraubten Gebiete in vorderster Linie stehen soll.

Die deutsche Republik wird es als ihre selbstverständliche Aufgabe betrachten, daran mit ganzer Kraft mitzuarbeiten. An den dafür bestimmten Sach- und Arbeitsleistungen dürfen sich weder einzelne noch Gruppen bereichern.
Im engeren Rahmen Europas wird sich die deutsche Republik in eine zum Besten des Erdteils zu lenkende Wirtschafts- und Verkehrspolitik einordnen. Sie wird dafür sorgen, daß Deutsch-

lands Produktions- und Verkehrsmittel nicht zu Angriffszwecken mißbraucht werden können. Die deutsche Republik will die vollkommene Abrüstung und Entmilitarisierung des deutschen Volkes durchführen, in der sie die erste Voraussetzung für die Schaffung und Sicherung des von allen Völkern ersehnten Weltfriedens erblickt. Die neue deutsche Republik soll als Rechtsstaat in der Familie der Völker ihren Platz einnehmen und an der Friedenswahrung teilnehmen, zum Besten des deutschen Volkes wie der Menschheit.

Die Mitglieder der "Association of Free Germans, Inc."
Aufhäuser, Siegfried, Bärensprung, Dr. Horst, Bandmann, Dr. Eugen, Bernhard, Professor Georg, Brauer, Max, Braunthal, Dr. Alfred, Ferl, Gustav, Katz, Dr. Rudolf, Kesten, Hermann, Krueger, Dr. Erich, Marck, Dr. Siegfried, Misch, Dr. Carl, Peiser, Dr. Werner, Seger, Gerhard H., Forell, Rev. Frederich J., Geyer, Anna, Glaser, Dr. Kurt S., Grzesinski, Albert C., Hansen, Richard, Hirschfeld, Dr. Kurt, Jungnitsch, Siegfried, Sender, Toni Stampfer, Friedrich, Sussmann, Arthur, Tejessy, Fritz, Volbach, Walther R., Wagner, Friedrich Wilhelm, Weichmann, Dr. Herbert.

[252] *Goerdelers Erklärung zur Atlantik-Charta vom 13. Dezember 1942*

Der Friede muß ein beständiger sein. Das kann er nur, wenn er den Völkern Selbständigkeit und Ehre läßt und ihnen ermöglicht, die Schäden des Krieges zu heilen, die Schulden durch Arbeit abzutragen und dann wieder Wohlstand durch Leistung aufzubauen. Dazu ist notwendig, daß er die seelischen, die geistigen und die materiellen Kräfte der Menschen zu harmonischer Entfaltung kommen läßt. Unerläßliche Grundlage ist Zusammenarbeit in christlicher Hilfsbereitschaft.
Besonderheiten:
1. In Deutschland sind Recht und Anstand wiederherzustellen. Alle diejenigen, die Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden vom deutschen Volk nach den Vorschriften des Gesetzes ohne Ausnahme zur Verantwortung gezogen. Leider ist vieles von dem, was geschehen ist, nicht zu sühnen. Das deutsche Volk ist in Unkenntnis darüber gehalten. Wenn es dies alles erfährt, wird es als selbstverständliche Pflicht erachten, Leiden zu lindern. Den Schmerz, seinen Namen für immer mit furchtbaren Begebenheiten, mit dem Mißbrauch edelster Gefühle belastet zu sehen, wird es durch die Geschichte tragen müssen. Es wird einer Verbindung von Strenge und Geduld bedürfen, um trotz dieser Belastung dem deutschen Volk wieder ein harmonisches Maß von Selbstachtung und Bescheidenheit zu geben.
2. Die angerichteten Kriegsschäden wird grundsätzlich jedes Volk selbst tragen müssen. Aber Deutschland wird jedem Gedanken eines gemeinschaftlichen Wiederaufbaues zustimmen und seine Kräfte gern zu besonderen Leistungen zur Verfügung stellen, wenn es gilt, dem hohen Ziel eines wirklich beständigen Friedens und einer ewigen Zusammenarbeit zuzustreben.
3. Die nationalen Wirtschaften sind möglichst von allen Fesseln zu befreien. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die staatlichen Plan- und Zwangswirtschaften können nur allmählich abgebaut werden, bis die Knappheit an Nahrungsmitteln und Rohstoffen überwunden und die Demobilmachungen entsprechend fortgeschritten sind.
4. In Deutschland wird sich der Staat ganz von aktiver Betätigung am Wirtschaften zurückziehen und Wirtschaften den Menschen, ihrem Lebenswillen und ihrer Unternehmungslust überlassen. Der Staat wird dem Wirtschaften der Menschen nur eine sichere Grundlage geben in gesichertem Recht, in der Fernhaltung des Wettbewerbes von Unlauterkeit, in Pflege des Anstandes und nicht zuletzt dadurch, daß er in den öffentlichen Finanzen so schnell wie möglich echten Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen erreicht und gewährleistet. Diese letztere Maßnahme ist der entscheidende Beitrag, den der Staat der Wirtschaft des eigenen Volkes und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern liefern kann. Ohne diesen Ausgleich sind geordnete und stabile Währungen nicht denkbar. Auch aus diesem Grunde sind in Europa die Staaten in voller Selbständigkeit wiederherzustellen, wie sie bei Ausbruch des Krieges bestanden haben mit folgenden Ausnahmen:
a) Die Grenze zwischen Ungarn und Rumänien muß neu festgesetzt werden. Der Wiener Schiedsspruch hat eine Karikatur geschaffen, jedenfalls keine Befriedigung. Im Interesse des Siebenbürger Deutschtums liegt es, wenn ganz Siebenbürgen zu einem Staat gehörte. Da die Rumänen im Gegensatz zu den Magyaren deutsches Volkstum geachtet haben, ziehen die Deutschen die Eingliederung in Rumänien vor, falls nicht eine bessere Lösung sich ergibt. Falls England den Wunsch hat, diese Grenzverhältnisse allein zu regeln, ist Deutschland damit durchaus einverstanden.
b) Bulgarien wird die Süd-Dobrudscha und der für Griechenland zweifelhafte Teil mit Kavalla und Bedegadsch belassen, Saloniki wird wieder griechisch.

c) Möglichst Personalunion von Albanien mit Griechenland oder Jugoslawien bei Autonomie im inneren Verhältnis.
d) Autonomie der Kroaten im jugoslawischen Staatsverband.
e) Selbstbestimmung der Slowenen, ob sie selbständig werden oder sich einem anderen Staate autonom anschließen wollen.
f) Deutschland wird im Osten die Grenzen von etwa 1914 erhalten. Polen und Litauen werden als Bundesstaat vereint, aber mit Innenautonomie und gemeinsamem Zugang zum Meer.
g) Die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland werden der Sprachlinie entlang in Elsaß-Lothringen festgesetzt. Der größere Teil des Elsaß käme also zu Deutschland, ein unerheblicher Teil Lothringens zu Frankreich. Gegebenenfalls kann dieser Zustand nach 10 Jahren einer Volksabstimmung unterworfen werden.
h) Soweit Grenzveränderungen erfolgen, haben die Bewohner des betreffenden Gebietes die Freiheit, innerhalb von 10 Jahren in das Gebiet eines anderen Staates zu ziehen. Sie müssen voll entschädigt werden. Es herrscht absolute Freiheit der Entschließung. Das Verfahren ist mit den besten Mitteln auf Großzügigkeit und Anstand abzustellen. Gegen eine internationale Kontrolle des Verfahrens ist nichts einzuwenden. Wird aber der Frieden wirklich ein gerechter, so werden nach 10 Jahren diese Grenzen nicht mehr als drückend empfunden werden, denn die europäischen Völker werden zueinander streben und miteinander zu arbeiten gelernt haben.
i) Der Grundsatz der Selbständigkeit gilt insbesondere für Polen und die Tschechoslowakei. Sie sollen und mögen sich vollkommen frei entscheiden, ob sie mit irgendwelchen anderen Staaten wirtschaftliche Verflechtungen eingehen wollen. Den Polen bei dem Wiederaufbau ihres Landes zu helfen, wird Deutschland nach dem, was geschehen ist, sich freiwillig erbieten und es mit der Hilfsbereitschaft bitter ernst nehmen. Nur so besteht die Möglichkeit, einen Teil des menschlichen Unrechts wieder gutzumachen, das dort abseits der Kriegsnotwendigkeit geschehen ist.
k) Italien tritt das rein deutsche Südtirol etwa bis zur Linie Bozen-Meran an Deutschland ab.
l) Für die Behandlung der Kolonialfrage sind im Augenblick keine Einzelvorschläge zu machen. Man muß sie in Ruhe am runden Tisch besprechen und kann einstweilen nur feststellen, daß es nicht weise ist, Deutschland von jeder kolonialen Betätigung auszuschließen. Bleibt es also bei der Übertragung von Kolonien an einzelne europäische Mächte, so wäre zu prüfen, wo eine solche Beteiligung möglich ist. Japan muß die kolonialen Gebiete, die es besetzt hat, wieder räumen. Auf der anderen Seite wird es notwendig sein, Japan irgend eine Betätigungsmöglichkeit friedlicher Art in Ostasien zu ermöglichen, wenn man nicht sehr bald wieder zu neuen Spannungen kommen will.
5. Die so wiederhergestellten europäischen Staaten haben vollkommene Souveränität. Deutschland wird diesen Zustand so schnell wie möglich aus freien Stücken herstellen, indem es zunächst aus den besetzten Gebieten alles herauszieht, was nicht Militär ist. Gleichzeitig werden die besetzten Staaten gebeten werden, ihre nationalen Regierungen wieder einzusetzen. Sodann wird mit diesen vereinbart werden, in welchem Tempo die Wiederherstellung der Verwaltung und die Räumung der Gebiete von deutschen Truppen erfolgt. Das hat zur Voraussetzung, daß im Vertrauen auf besten Willen die angelsächsischen Großmächte während dieses Zeitraumes keine militärischen Operationen unternehmen.
Die nächste Aufgabe des Staates ist dann, seine öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Auch hierzu ist Zusammenarbeit unerläßlich.
6. Für diese Zusammenarbeit kann ein bis in Einzelheiten ausgearbeiteter Plan nicht vorgelegt werden. Der Pariser Konferenz lagen im Jahre 1919 insbesondere französische Einzelpläne vor. Das hat sich nicht bewährt. Haltbar wird nur ein Zustand, der sich organisch entwickelt. Es wird daher vorgeschlagen, sofort einen europäischen Krieg ausschließenden Schiedsvertrag abzuschließen und einen ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrat zu bilden. Er kann verschiedene Abteilungen für die einzelnen Sachgebiete haben. Hauptsache ist, daß er ständig tagt. Der Sitz wird im Hinblick auf Geschäftsräume und Archive ein dauernder sein müssen. Einzelne Tagungen können aber an verschiedenen Orten stattfinden. Über den Vorsitz ist unschwer eine Verständigung möglich. Für Deutschland scheiden jedenfalls Prestigefragen dabei aus. Dieser Wirtschaftsrat hat folgende Aufgaben:

a) Die Verkehrsschwierigkeiten beim Übergang zwischen den einzelnen Ländern so schnell wie möglich abzubauen, insbesondere alle Ordnungsvorschriften zu vereinfachen. Ziel muß sein, sobald wie möglich ohne Paß wieder durch ganz Europa reisen zu können;
b) die Zollschranken allmählich abzubauen. Schlagartig ist die Beseitigung der Zollschranken nicht möglich, wenn nicht schwere wirtschaftliche Schäden fast in jedem Lande eintreten sollten.
c) Anbahnung einheitlicher Verkehrsbestimmungen auf der Grundlage der Welt-Post-Union und der Vereinbarungen für Eisenbahn, Schiffahrt usw.
d) Angleichung des Handelsrrechts, des Wechselrechts und schließlich des Bürgerlichen Rechts aneinander so weit wie möglich.

e) Unterstützung der Zusammenarbeit aller Bestrebungen, die der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Annäherung dienen, ohne neue Organisationen, in Ausnutzung der vorhandenen nationalen Organisationen.

So wird der ständig tagende Wirtschaftsrat allmählich das herbeiführen, was im voraus in Einzelplänen festzusetzen unzweckmäßig, ja unmöglich ist. Am Ende der Entwicklung könnte der europäische Staatenbund stehen, in dem die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit auch der politischen Zusammenarbeit die Grundlage schafft. Wie dieser politische Bund einst aussehen wird, läßt sich nicht sagen, er wird kaum den Vereinigten Staaten von Amerika gleich kommen, weil es an der einheitlichen Sprache fehlt und die geschichtlichen Entwicklungsphasen der einzelnen Staaten zu verschieden sind. Doch soll hier keine ideologische Grenze für die Vereinigung gesetzt werden.
7. Während der Zusammenarbeit im Wirtschaftsrat werden folgende Probleme auftauchen:
a) Abrüstung: Ein sehr schwieriges Kapitel. Die Hauptabrüstung erfolgt dadurch, daß alle Staaten aus Eigeninteresse sich genötigt sehen, ihre öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Deutschland beispielsweise wird dann von einer jetzigen Jahresausgabe von 4 Milliarden höchstens zurückgehen müssen. Während diesem Zustand mit äußerstem Nachdruck zugestrebt wird, kann man die Wiederherstellung des Vertrauens ausnutzen, um von Gebiet zu Gebiet zu Vereinbarungen über Rüstungen zu kommen. An dem Ende dieser Arbeit steht eine gemeinsame europäische Wehrmacht, zunächst für polizeiliche Zwecke.
b) Verhältnis Europas zu anderen Erdteilen. Hier sind im Friedensvertrag nur gewisse Grundsätze aufzustellen.
8. Hauptgrundsatz bleibt auch hier möglichst ungehinderter Wirtschaftsverkehr zwischen allen Völkern der Welt. Außer dem schnellen Abbau aller autarkischen Einrichtungen dient diesem Wirtschaftsverkehr am besten die Wiederherstellung geordneter öffentlicher Finanzen in allen Staaten; denn sie ist für stabile Währung wichtiger als Gold und überhaupt unentbehrlich, wenn die Kaufleute wieder in den Stand gesetzt werden sollen, mit verläßlichen Geldbegriffen zu arbeiten. Diese Erkenntnis sollte nun verständig ausgewertet werden. Alle Völker sollen das Recht haben, die europäischen sich verpflichten, der Bank für Internationale Zahlungen alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand der öffentlichen Finanzen vorzulegen. Die Bank für öffentliche Zahlungen stellt fest, ob die Finanzen ausgeglichen sind. Ist dies der Fall, so erteilt sie den Handelswechseln dieser ausgeglichenen Staaten ihre Unterschrift und macht sie damit weltverkehrsfähig. Ist der Ausgleich nicht nachgewiesen, so hat die Bank für Internationale Zahlungen ihre Unterschrift zu verweigern. Es hat somit jeder beteiligte Staat ein Lebensinteresse daran, seine Finanzen auszugleichen, damit den Bestand der Währung zu sichern und zu diesem Zwecke seine Rüstungsausgaben aufs äußerste zu beschränken.
9. Errichtung einer neuen Völkervereinigung für alle Völker der Welt, die deren Teilnahme wünschen. Der alte Völkerbund hatte den Fehler, daß er seine Ziele zu weit setzte und keine Exekutivgewalt zu ihrer Durchsetzung besaß. Alleiniges Ziel: Förderung der Zusammenarbeit und des Vertrauens. Zu diesem Zweck ein ständig arbeitendes kleines Büro, an das die einzelnen Mitglieder Anregungen für die Zusammenarbeit geben und das die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten organisiert. Große Konferenzen sollen sich organisch entwickeln. Ein nach Erdteilen gegliederter Bundesrat soll jedes Jahr einmal zusammentreten. An die Bildung einer Exekutive ist überhaupt erst zu denken, wenn in Europa eine gewisse Stufe der Zusammenarbeit erreicht und für Europa eine europäische Polizeigewalt stabilisiert ist. Bis dahin ist es Aufgabe des Völkerbundes, ein Schiedsgericht und ein Schiedsverfahren zu schaffen, das berufen ist, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Völkern auszugleichen. Einrichtung und Verfahren müssen so elastisch wie möglich sein. Die Sicherheit, daß das Schiedsgericht angerufen und daß seine Entscheidung durchgeführt wird, kann einstweilen nur gegeben werden durch Stärkung des moralischen Bewußtseins und durch die Güte und Weisheit des Spruchs. Nach diesen Zeiten gewaltiger seelischer, geistiger und politischer Erschütterungen wird die Bereitschaft der Völker, ein solches Friedensinstrument auszubauen und anzuwenden, so groß sein wie selten zuvor.

Dies moralische Bewußtsein kann nur wieder geschaffen werden, wenn jedes Volk die religiösen Bindungen als Grundlage sittlichen Verhaltens herstellt und wenn diese sittlichen Bindungen auch für das Gebiet der internationalen Politik als unerläßlich empfunden und geachtet werden. Wir müssen nun den großen Schritt dazu tun, den Doppelboden der Moral zu verlassen: nämlich eine Moral für den nationalen und eine für den internationalen Gebrauch als nebeneinander vertretbar zuzulassen. Das ist die Forderung, die Gott nach dem furchtbaren Erleben der letzten Jahrzehnte und insbesondere des letzten Jahrzehnts an uns stellt.
Hierauf und auf eine neue Gesinnung kommt es mehr an als auf Einzelplanungen, nur so werden gesunde organische Entwicklungen sich anbahnen und fortschreiten; nur so kann die Gefahr der Verknöcherung und Überalterung und damit die Gefahr neuer Kriege verhindert werden.

[253] *Das letzte Flugblatt der Geschwister Scholl*
Februar 1943

Kommilitonen! Kommilitoninnen!
Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir!
Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niedrigen Machtinstrinkten einer Parteiclique den Rest der deutschen Jugend opfern? Nimmermehr! Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der deutschen Jugend fordern wir vom Staat Adolf Hitlers' die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen.

In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen. HJ, SA, SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. "Weltanschauliche Schulung" hieß die verächtliche Methode, das aufkeimende Selbstdenken in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie taufllischer und bornierter zugleich nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgen zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, stupiden Führergefolgschaft. Wir "Arbeiter des Geistes" wären gerade recht, dieser neuen Herrenschicht den Knüppel zu machen. Frontkämpfer werden von Studentenführern und Gauleiterapsiranten wie Schuljungen gemaßregelt, Gauleiter greifen mit geilen Späßen den Studentinnen an die Ehre. Deutsche Studentinnen haben an der Münchner Hochschule auf die Besudelung ihrer Ehre eine würdige Antwort gegeben, deutsche Studenten haben sich für ihre Kameradinnen eingesetzt und standgehalten... Das ist ein Anfang zur Erkämpfung unserer freien Selbstbestimmung, ohne die geistige Werte nicht geschaffen werden können. Unser Dank gilt den tapferen Kameradinnen und Kameraden, die mit leuchtendem Beispiel vorangegangen sind!

Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteigliederungen, in denen man uns weiter politisch mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS-Unter- und -Oberführer und Parteikriecher! Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schließung unserer Hochschulen.
Es gilt den Kampf jedes einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewußten Staatswesen.
Freiheit und Ehre! Zehn lange Jahre haben Hitler und seine Genossen die beiden deutschen Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen. Was ihnen Freiheit und Ehre gilt, haben sie in zehn Jahren der Zerstörung aller materiellen und geistigen Freiheit, aller sittlichen Substanzen im deutschen Volk genugsam gezeigt. Auch dem dümmsten Deutschen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet. Studentinnen! Studenten! Auf uns sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es, wie 1813 die Brechung des Napoleonischen, so 1943 die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Geistes. Beresina und Stalingrad flammen im Osten auf, die Toten von Stalingrad beschwören uns!
"Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!"
Unser Volk steht im Aufbruch gegen die Verknechtung Europas durch den Nationalsozialismus, im neuen gläubigen Durchbruch von Freiheit und Ehre.

[254] *Das Abkommen über die "Nationalen Widerstandsgruppen"*
in Griechenland
vom Juli 1943

1. Alle Guerillagruppen werden aus militärischen Gründen die "Nationalen Guerillagruppen von Griechenland" genannt werden; das ist der einzige Titel, der im Mittel-Ost-Kommando verwendet wird. Jede Organisation kann natürlich in Griechenland ihren eigenen Namen führen und ihr eigenes Führungssystem verwenden.
2. Griechenland soll in Militärbezirke eingeteilt werden, die zu unabhängigen Bereichen erklärt werden. Wenn in einem Bezirk Gruppen nur einer Organisation vorhanden sind, werden alle militärischen Entscheidungen durch ihr Hauptquartier in Übereinstimmung mit den Befehlen des Gemeinsamen Griechischen Hauptquartiers getroffen.

3. Die Gruppen eines Bezirks sollen einen anderen Bezirk nur in dringenden Fällen oder bei gegenseitiger Übereinstimmung der beteiligten oberen Instanzen oder auf einen vom Gemeinsamen Griechischen Hauptquartier in Anbetracht der militärischen Erfordernisse des Mittel-Ost-Kommandos ausgegebenen Befehl betreten. Durch die Beschränkung soll die richtige Verteilung der Streitkräfte in Hinblick auf die örtlichen militärischen Erfordernisse gesichert werden.
4. Alle Widerstandskämpfer einer Organisation erkennen die Widerstandskämpfer anderer Organisationen an. Jeder Widerstandskämpfer hat das Recht, in der Öffentlichkeit zu allem seine Meinung zu äußern, wenn es nicht gegen andere Widerstandsgruppen, ihre Prinzipien oder Ideale, oder gegen ein Einzelmitglied einer anderen Widerstandsorganisation gerichtet ist.
5. Jede Organisation oder Einzelperson darf in jedem Bezirk Widerstandsgruppen aufstellen, solange sie sich zur Zusammenarbeit bekennen und den Befehlen des Gemeinsamen Griechischen Hauptquartiers unterstellen. Alle Widerstandsgruppen im gleichen Bezirk haben die gleichen Rechte. Alle Meinungsverschiedenheiten werden durch ein Übereinkommen der Hauptquartiere der beteiligten Gruppen oder, wenn nötig, durch das Gemeinsame Griechische Hauptquartier geregelt.
6. Alle Widerstandsgruppen im flachen Land helfen den Widerstandsgruppen und der Zivilbevölkerung im Gebirge bei der Lebensmittelbeschaffung. Das Gemeinsame Griechische Hauptquartier behält das Recht, bei Verpflegungsmangel die Verteilung von Lebensmitteln unter Zustimmung der verschiedenen Organisationen zu regeln.
7. Die Gruppen der verschiedenen Bezirke werden sich bei militärischen Aktionen gegen den Feind gegenseitig Hilfe leisten, wenn sie von dem zuständigen Kommandeur darum gebeten werden, oder auch aus eigenem Antrieb, wenn die Lage es erfordert. Bei allgemeinen Aktionen wird das Maß dieser gegenseitigen Hilfe durch Befehle des Gemeinsamen Griechischen Hauptquartiers festgelegt.
8. Es dürfen gegen niemanden Grausamkeiten von den Mitgliedern irgendeiner Widerstandsgruppe begangen werden. Niemand darf ohne ordentliches Gerichtsverfahren und einwandfreie Beweise der Tatsachen dauernd in Haft gehalten oder hingerichtet werden.
9. Jeder griechische Widerstandskämpfer, der sich in der Vergangenheit bis zur Unterzeichnung dieses Abkommens einer anderen Organisation verpflichtet hat, wird seiner Verpflichtung entbunden. Alle Griechen, die am Widerstandskampf teilnehmen, können frei wählen, welcher Organisation sie beitreten wollen.
10. Alle Vorräte, die jetzt nach Griechenland geschickt werden, sollen als eine Geste der Anerkennung der Vereinten Nationen für die großen und ruhmreichen Bemühungen angesehen werden, die ihre griechischen Verbündeten im Widerstand und Kampf gegen die Achsenmächte auf sich genommen haben.
11. Zur besseren Leitung des Kampfes und zur Koordinierung aller militärischen Aktionen wird ein Gemeinsames Griechisches Hauptquartier gebildet, das sich aus Vertretern aller Widerstandsgruppen zusammensetzt, die in ganz Griechenland anerkannt sind oder große Bezirke beherrschen, und aus einem Vertreter des Mittel-Ost-Kommandos. Ähnliche Gemeinsame Hauptquartiere können je nach Stärke der verschiedenen Gruppen auch in Bezirken und kleineren Bereichen gebildet werden.
12. Die Rolle des zum Gemeinsamen Hauptquartier entsandten britischen Offiziers soll die eines Verbindungsoffiziers zum Mittel-Ost-Kommando sein. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen zusammenarbeitenden Gruppen, die das Mittel-Ost-Kommando betreffen, soll sofort der nächste britische Verbindungsoffizier benachrichtigt werden.

[255] *Französischer Widerstand:*
Aktionsprogramm des Nationalrates der Résistance
15. 3. 1944

Maßnahmen die zur Befreiung des Landes getroffen werden müssen

Die Vertreter der im Nationalrat der Résistance versammelten Bewegungen, Gruppierungen Parteien oder politischen Richtungen, die sich über das Ziel und über die Wege zur Erreichung dieses Zieles – der schnellen Befreiung des Landes – einig sind, bekunden ihre Entschlossenheit, nach der Befreiung des Landes ihre Vereinigung aufrechtzuerhalten, mit dem Ziel:
1. die von General de Gaulle zum Schutz der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nation gebildete provisorische Regierung einzusetzen und die Macht, die Größe und die universale Sendung Frankreichs wiederherzustellen;
2. über die Bestrafung der Verräter und die Entfernung all jener Personen aus der Verwaltung und dem Berufsleben zu wachen, die sich mit dem Feind eingelassen oder sich aktiv an der Politik der Kollaborationsregierungen beteiligt haben;

3. die Konfiszierung der Vermögen der Verräter und Schwarzhändler und die Einführung einer gestaffelten Steuer auf die Kriegsgewinne und ganz allgemein auf die auf Kosten des Volkes und der Nation während der Besatzungszeit erzielten Gewinne zu verlangen, ebenso wie die Konfiszierung aller feindlichen Vermögenswerte, einschließlich der seit dem Waffenstillstand von den Regierungen und Staatsangehörigen der Achsenmächte erworbenen Anteile an jeglichen Unternehmen des französischen Mutterlandes oder der Kolonien unter Überführung dieser Anteile in unveräußerliches Volksvermögen;
4. die Errichtung der Demokratie im weitesten Sinne sicherzustellen, indem das französische Volk das Stimmrecht durch Wiedereinführung allgemeiner Wahlen zurückerhält, sowie sicherzustellen:
die völlige Gedanken-, Gewissens- und Redefreiheit; die Pressefreiheit, die Würde und Unabhängigkeit der Presse gegenüber dem Staat, den Finanzmächten und ausländischen Einflüssen;
die Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit; die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses; die Achtung vor dem Menschen;
die absolute Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz;
5. unumgängliche Reformen durchzuführen:
a) auf wirtschaftlichem Gebiet:
die Einführung einer echten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratie, die eine Beseitigung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Machtzusammenballungen umfaßt;
eine sinnvolle Wirtschaftsstruktur, die die Unterordnung von Einzelinteressen unter das Allgemeinwohl gewährleistet und die frei ist von diktatorischen Maßnahmen, die nach dem Beispiel der faschistischen Staaten eingeführt worden sind;
die Intensivierung der Produktion gemäß den Richtlinien eines vom Staat nach Beratung mit den Vertretern aus allen Zweigen dieser Produktion festgelegten Plans;
die Verstaatlichung aller großen monopolisierten Produktionsmittel, der Früchte gemeinsamer Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungsgesellschaften und der großen Banken;
die Entwicklung und Erhaltung der Genossenschaften auf dem Sektor der Produktion, des An- und Verkaufs, der Landwirtschaft und des Handwerks;
innerhalb der Unternehmen Zugang zu Posten in Direktion und Verwaltung für diejenigen Arbeiter, die die notwendige Befähigung besitzen, sowie Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmensleitung;
b) auf gesellschaftlichem Gebiet:
das Recht auf Arbeit und das Recht auf Erholung, besonders aufgrund der Wiedereinführung und Verbesserung eines vertraglich festgelegten Arbeitsrechts; eine erhebliche Anpassung der Löhne und die Garantie eines Lohn- und Gehaltsniveaus, das jedem Arbeiter und seiner Familie Sicherheit, Würde und die Möglichkeit, ein menschenwürdiges Leben zu führen gewährleistet; die Garantie der nationalen Kaufkraft durch eine Politik, die auf die Stabilisierung der Währung ausgerichtet ist;
die Wiederherstellung der traditionellen politischen Rechte eines unabhängigen Gewerkschaftssystems, das mit weitgehenden Befugnissen im Wirtschafts- und sozialen Leben ausgestattet ist;
unter Aufsicht von Vertretern der Betroffenen und des Staates ein umfassender Plan für soziale Sicherheit, der den Lebensunterhalt aller Bürger in solchen Fällen sichert, wo sie nicht imstande sind, sich diesen durch eigene Arbeit zu verschaffen;
die Sicherung des Arbeitsplatzes, die gesetzliche Regelung der Voraussetzung für Einstellung und Entlassung, die Wiedereinsetzung der Arbeitervertreter; die Erhöhung und Sicherung des Lebensniveaus der Landarbeiter durch eine Politik gewinnbringender Preise für landwirtschaftliche Produkte unter Zugrundelegung der Erfahrungen des Office du Blé, durch eine soziale Gesetzgebung, die dem Lohnempfänger in der Landwirtschaft die gleichen Rechte wie dem Lohnempfänger in der Industrie gewährt, durch ein Versicherungssystem gegen die spezifischen Risiken der Landwirtschaft, durch die Einführung eines gerechten Pachtzinssatzes, durch die Erleichterung der Erlangung von Eigentum für junge Bauernfamilien und durch die Verwirklichung eines Plans für die Ausstattung mit landwirtschaftlichen Geräten;
eine Rente, die es alten Arbeitern erlaubt, ihren Lebensabend würdig zu verbringen;
Schadenersatz für die Geschädigten und Unterstützung und Renten für die Opfer des faschistischen Terrors; eine Ausdehnung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der eingeborenen und kolonialen Bevölkerung;
für die französischen Kinder, ungeachtet der wirtschaftlichen Situation ihrer Eltern, die Möglichkeit, in den Genuß der Ausbildung zu kommen und Zugang zu den höchsten Bildungsstufen zu erlangen, damit die höchsten Ämter wirklich all jenen zugänglich sind, die die Fähigkeiten zu ihrer Ausübung besitzen, und damit auf diese Weise, nicht aufgrund der Geburt, sondern aufgrund von Tüchtigkeit, eine wirkliche Elite geschaffen wird, die ständig durch den Beitrag des Volkes erneuert wird.

Auf diese Weise wird eine neue Republik begründet, die das von Vichy eingesetzte Regime niedriger Reaktion hinwegfegen wird, die den demokratischen Institutionen des Volkes die Rechte zurückgeben wird, die sie durch die der Kapitulation vorangegangenen Machenschaften der Korruption und des Verrats verloren haben. Auf diese Weise wird eine Demokratie ermöglicht, in der sich die von den gewählten Volksvertretern ausgeübte wirksame Kontrolle mit der ständigen Handlungsfähigkeit mit der Regierung verbindet.
Die Vereinigung der Vertreter der Résistance, die die Absicht hat, in Gegenwart und Zukunft im höheren Interesse des Vaterlandes gemeinsam zu handeln, muß für alle Franzosen ein Unterpfand der Zuversicht und ein Ansporn sein. Sie muß sie veranlassen, den Geist des Partikularismus und das Ferment der Teilung auszumerzen, die ein Hemmnis sein könnten und nur dem Feind von Nutzen wären. Vorwärts also in der Vereinigung aller Franzosen, die um das Französische Komitee der Nationalen Befreiung und seinen Präsidenten, General de Gaulle, geschart sind! Vorwärts im Kampf! Vorwärts für den Sieg, damit Frankreich lebe!

Der Nationalrat der Résistance

- le Mouvement de Libération Nationale (Combat, Franc-Tireur, Libération, France au Combat, Défense de la France, Lorraine, Résistance);
- le Front National;
- l'Organisation Civile et Militaire (O. C. M.);
- Libération zone Nord;
- Ceux de la Résistance;
- Ceux de la Libération;
- la Confédération Générale du Travail:
- la Confédéderation Francaise des Travailleurs Chrétiens;
- Parti Communiste;
- Parti Socialiste;
- Parti Républicain-Radical et Radical-Socialiste;
- Parti Démocrate Populaire;
- Alliance Démocratique;
- Fédération Républicaine.

[256] *Eine Deklaration für die europäische Zusammenarbeit*

1944 von Widerstandskämpfern aus verschiedenen Ländern ausgearbeitet
Einige aktive Mitstreiter der Widerstandsbewegungen in Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, den Niederlanden, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien sowie der Vertreter einer Gruppe aktiver Antinationalsozialisten in Deutschland haben sich in einer Stadt Europas am 31. März bzw. am 29. April, am 20. Mai sowie am 6. und 7. Juli 1944 zusammengefunden. Sie haben das nachfolgende Deklarationsprojekt ausgearbeitet, das sie zur weiteren Erörterung und Billigung ihren jeweiligen Bewegungen wie auch der Gesamtheit der europäischen Widerstandsbewegungen unterbreiten. Sie halten es für angebracht, schon jetzt dieses ihr Projekt der internationalen öffentlichen Meinung vorzulegen, unter dem Vorbehalt, den endgültigen Wortlaut dann zu veröffentlichen, wenn er von den verschiedenen Bewegungen, Gruppen und Parteien, denen er vorgelegt worden ist, endgültig gebilligt wurde.

I. Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Unterdrückung, der die Völker Europas in einem gemeinsamen Kampfe verbindet, hat zwischen ihnen eine Solidarität sowie eine Gemeinschaft der Ziele und Interessen geschaffen, die ihre ganze Bedeutung und ihre ganze Tragweite in der Tatsache sich niederschlagen lassen, daß die Delegierten der europäischen Widerstandsbewegungen sich zusammengefunden haben, um die gegenwärtige Deklaration zu formulieren, in der sie ihre Hoffnungen und ihre Absichten im Hinblick auf die Zivilisation und den Friedem zum Ausdruck bringen wollen.
Die freien Menschen, die heute in den Widerstandsbewegungen sich zusammengefunden haben,, sind sich dessen bewußt, daß der Kampf, der unermüdlich trotz Terror gegen die feindliche Kriegsmaschine an der inneren Widerstandsfront geführt wird, einen wesentlichen positiven Beitrag zu dem Kampf darstellt, den die Vereinigten Nationen führen. Gleichzeitig rechtfertigt dieser Kampf die Teilnahme ihrer Länder am Aufbau des Friedens und am Wiederaufbau Europas in voller Gleichberechtigung mit den anderen siegreichen Ländern.
Sie machen sich die wesentlichen Bestimmungen der Atlantik-Charta zu eigen und erklären, daß

das Leben der Völker, die sie vertreten, sich auf die Achtung der Person, die Sicherheit, die soziale Gerechtigkeit, die umfassende Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Gemeinschaft und die autonome Entfaltung der nationalen Existenz gründen muß.

II. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die verschiedenen Länder der Welt sich bereit erklären, das Dogma der absoluten Staatssouveränität abzustreifen, indem sie sich einer gemeinsamen Bundesorganisation eingliedern.
Der Mangel an Einheit und Zusammenhalt, der noch zwischen den verschiedenen Teilen der Welt besteht, gestattet es nicht, unverzüglich zur Schaffung einer Organisation zu gelangen, die alle Kulturen unter einer einzigen Bundesregierung zusammenfaßt. Am Ende des Krieges wird man sich darauf beschränken müssen, eine universale Organisation von weniger ehrgeizigem Ausmaß zu schaffen, die jedoch im Kern die Fähigkeit enthalten muß, sich in Richtung auf eine bündische Einheit zu entwickeln, wobei die großen Zivilisationen, die das Fundament bilden, die Aufgabe haben werden, eine kollektive Sicherheit zu gewährleisten. Indes wird eine solche Organisation nur dann ein wirksames Friedensinstrument darstellen, wenn die großen Zivilisationsbereiche in solcher Weise organisiert sind, daß der Geist des Friedens und der Geist der Verständigung obwalten können. Darum muß im Rahmen dieser Universalorganisation das europäische Problem den Gegenstand einer direkteren und radikaleren Lösung bilden.

III. Der Frieden in Europa stellt den Schlüssel zum Frieden in der Welt dar. Tatsächlich ist Europa im Zeitraum einer einzigen Generation das Auslösezentrum zweier Weltkriege geworden, wobei hierfür wesentlich maßgebend war, daß auf diesem Kontinent 30 souveräne Staaten existieren. Es ist unerläßlich, gegen diese Anarchie anzugehen, indem eine Bundesordnung für die europäischen Völker geschaffen wird.
Nur eine Bundesordnung wird die Teilnahme des deutschen Volkes am europäischen Leben gestatten, ohne daß es zur Gefahr für andere Völker würde.
Nur eine Bundesordnung wird es gestatten, die Probleme der Grenzziehung in Gebieten mit gemischter Bevölkerung zu lösen, so daß diese Gebiete aufhören, der Gegenstand irrer nationalistischer Begehrlichkeit zu sein, womit sie zu reinen Fragen der territorialen Abgrenzung, der Verwaltungshoheit werden.
Nur eine Bundesordnung wird die Erhaltung der demokratischen Institutionen in solcher Weise gestatten, daß die noch nicht politisch gereiften Völker die allgemeine Ordnung nicht gefährden können.
Nur eine Bundesordnung wird den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kontinents und die Ausschaltung der Monopole sowie der nationalen Autarkie gestatten.
Nur eine Bundesordnung wird eine logische und natürliche Lösung des Problems des Zuganges zum Meer für Völker finden, die im Binnengebiet des Kontinents gelegen sind, sowie des Problems einer rationellen Verwendung der Ströme, die verschiedene Staatsgebiete durchfließen, des Problems der Kontrolle der Meerengen und schließlich überhaupt ganz allgemein der Mehrzahl der Fragestellungen, die während der letzten Jahre die internationalen Beziehungen getrübt haben.

IV. Es ist nicht möglich, schon jetzt die geographischen Grenzen einer Bundesordnung vorzusehen, die den europäischen Frieden gewährleisten soll. Jedoch ist es angebracht festzustellen, daß diese Bundesordnung von Anfang an stark und umfassend genug sein muß, um der Gefahr zu entgehen, nur die Einflußzone eines fremden Staates zu sein oder das Instrument für die Hegemonie-Politik eines Mitglieds. Darüber hinaus muß sie von Anfang an allen Ländern offenstehen, deren Gebiet ganz oder teilweise in Europa liegt und die Mitglieder werden können und wollen.
Die Bundesordnung muß sich auf eine Deklaration der Menschenrechte, der persönlichen, der politischen und der wirtschaftlichen, gründen, die die freie Entwicklung der menschlichen Person und das normale Funktionieren der demokratischen Funktionen gewährleistet. Darüber hinaus muß sie sich auf eine Deklaration der Minderheitenrechte stützen, die eine autonome Existenz dieser Minderheiten insoweit sicherstellt, wie dies mit der Integrität der Nationalstaaten vereinbar ist, auf deren Staatsgebiet sie sich befinden.
Die Bundesordnung darf nicht das Recht eines jeden Mitgliedstaates einschränken, die ihm eigenen Probleme in Übereinstimmung mit seinen völkischen und kulturellen Eigenarten zu lösen. Jedoch werden die Staaten, in Erinnerung an die Erfahrungen und Fehlschläge des Völkerbundes, unwiderruflich an den Bund diejenigen Kompetenzen ihrer Souveränität abtreten müssen, die die Verteidigung des Territoriums, die Beziehungen mit Mächten außerhalb des Bundes, die Wirtschaftsbeziehungen und die internationalen Verbindungswege zum Gegenstand haben.

Die Bundesordnung muß vornehmlich verfügen über:
1. eine Regierung, die nicht den Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten verantwortlich ist, sondern deren Völkern, denen sie eine unmittelbare Hoheitsgewalt im Rahmen der ihr überwiesenen Zuständigkeiten verdankt und die sie ausüben muß;
2. eine Streitmacht, die den Befehlen dieser Bundesregierung untersteht, wobei jede nationale Streitkraft ausgeschlossen ist;
3. einen obersten Gerichtshof, der für die Auslegung aller Fragen zuständig ist, die sich auf die Bundesverfassung beziehen, sowie für Streitfälle, die sich zwischen den Mitgliedstaaten oder zwisschen einem Mitgliedstaat und dem Bunde ergeben können.

V. Der Frieden, der aus dem Kriege geboren werden soll, muß sich auf Gerechtigkeit und auf den Fortschritt gründen, nicht auf Rache und Reaktion. Dennoch wird eine unnachsichtige Einstellung gegenüber allen Kriegsverbrechern erforderlich sein, die ungestraft zu lassen eine Beleidigung für das Opfer der Kriegstoten und insbesondere der namenlosen Helden des europäischen Widerstandes wäre. Deutschland und seine Satelliten werden am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Gebiete mitwirken müssen, die von ihnen verwüstet wurden, aber Deutschland muß geholfen werden, notwendigenfalls sogar gezwungen, seine politische und wirtschaftliche Struktur zu ändern, damit es sich dem europäischen Bunde eingliedern kann. Hierfür wird es gänzlich entwaffnet und für eine Übergangszeit einer Bundesaufsicht unterstellt werden müssen, deren wichtigste Aufgaben die folgenden sind: Die Macht in die Hände derjenigen legen, die ehrlich demokratisch gesonnen sind und die sich ohne Zweideutigkeit gegen den Nationalsozialismus gestellt haben; einen demokratischen und dezentralisierten Staat aufbauen, in dem es weder Bürokratismus noch preußischen Militarismus gibt; die umfassende Zerstörung der feudalistischen Elemente in Agrar- und Industriestruktur; die Eingliederung der deutschen Schwerindustrie und der deutschen chemischen Industrie in die europäische Industrieorganisation, damit diese nicht mehr deutschen nationalistischen Zielsetzungen dienen können; Verhinderung einer Erziehung der deutschen Jugend im Sinne der Doktrinen nationalsozialistischer, militaristischer und totalitärer Lebensauffassung.

VI. Die unterzeichneten Widerstandsbewegungen erkennen die Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme der Vereinigten Nationen an der Lösung des deutschen Problems an, erwarten aber, daß alle Maßnahmen, die zwischen dem Ende der Feindseligkeiten und der Errichtung der Friedensordnung vorgenommen werden, im Hinblick auf die Notwendigkeiten einer solchen Bundesorganisation erfolgen.
Sie appellieren an alle geistigen und politischen Kräfte der Welt und insbesondere an diejenigen der Vereinigten Nationen, damit sie ihnen bei der Verwirklichung der in der gegenwärtigen Erklärung niedergelegten Ziele behilflich seien.
Sie verpflichten sich, ihre jeweiligen nationalen Probleme als Teilaspekte des europäischen Problems in seiner Gesamtheit zu sehen, und sie beschließen, umgehend ein ständiges Büro zu schaffen, das den Auftrag hat, die Bemühungen um die Befreiung ihrer Länder, um die Schaffung der Bundesordnung der europäischen Völker und um die Errichtung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zu koordinieren.

[257] *Erklärung des französischen Ausschusses für den Europäischen Bund (CFFE) vom Juni 1944*

In dem Augenblick, in dem die Länder Europas gegen die Hitlersche Besatzung aufstehen und endlich das Morgenrot ihrer Befreiung erkennen, wächst gerade unter denjenigen, die an der Spitze dieses Kampfes gegen den Nationalsozialismus stehen, und unter allen Widerstandsbewegungen der Gedanke einer demokratischen Organisation des Nachkriegseuropas, das für immer von der braunen Pest geheilt wäre; dieser Gedanke nimmt immer festere Formen an.
Seit langen Monaten hat die Propagierung einer europäischen Bundesordnung, die wahrhaft Demokratie und Frieden gewährleistet, in mehreren der wichtigsten Geheimzeitungen der Widerstandsbewegungen in Frankreich, Belgien, Holland, Polen und Norwegen begonnen. Dieser Gedanke eines freien und bündischen Europa verbindet in gleicher Hoffnung und unterstützt in gleichem Kampfe zahlreiche antifaschistische Kämpfer Deutschlands, die den Folterungen der Gestapo und dem Henkerknecht entrinnen können. Schließlich ist die Bewegung für die europäische Einigung in den freien Ländern bereits organisiert. In England ist sie im Rahmen der Labour-Party gegründet und aufgebaut. Zahlreiche Tagungen und Treffen werden veranstaltet, ein Verbindungsbüro ist geschaffen worden. In Italien umfaßt das italienische Komitee für den Europäischen Bund, das nach dem Sturz Mussolinis geschaffen wurde, zahlreiche antifaschisti-

sche Kämpfer, die sich schon früher bewährt haben, die nun aus den Gefängnissen und der Inselverbannung befreit sind und die den verschiedenen Parteien des neuen Italien zugehören.
So beschließen die aktiven Mitglieder der wichtigsten Strömungen der Widerstandsbewegungen in Frankreich die Schaffung eines französischen Ausschusses für den Europäischen Bund, der die folgenden Grundideen sich zu eigen macht:

1. Es ist unmöglich, ein blühendes, demokratisches und friedliches Europa wiederaufzubauen, wenn es bei der zusammengewürfelten Existenz nationaler Staaten bleibt, die durch politische und durch Zollgrenzen getrennt sind. Der wirtschaftliche Wiederaufbau würde sich unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen vollziehen. Die Vernichtung von Faschismus und Nationalsozialismus durch die umfassende Zerstörung ihrer ökonomischen und sozialen Wurzeln könnte nicht gewährleistet werden. Ein solches Europa wäre ständig wirtschaftlichen Rivalitäten, Störungen des demographischen Gleichgewichts, materieller, sozialer und kultureller Dekadenz, den Stößen des Chauvinismus und des Rassismus, außerdem ständig wieder aufflammenden Kriegen ausgeliefert, die schließlich die Welt in ihren Feuerschein ziehen und die gesamte menschliche Zivilisation vernichten würden.

2. Jeder Versuch, Wohlstand, Demokratie und Frieden durch einen Völkerbund in Gestalt einer Staatenliga zu schaffen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein solcher Völkerbund wäre in Wirklichkeit ein ohnmächtiger Rat souveräner und miteinander rivalisierender Staaten, weil er nicht von sich aus über eine unabhängige wirtschaftliche, politische und militärische Macht verfügen könnte, die seine Entscheidungen erzwingt. Eine solche Staatenliga würde das dienstbare Instrument der Hegemonie der stärksten Staaten und so die Quelle unausweichlicher neuer Konflikte.

3. Europa kann sich nur dann in Richtung auf wirtschaftlichen Fortschritt, Demokratie und Frieden entwickeln, wenn die Nationalstaaten sich verbinden und einem europäischen Bundesstaat folgende Zuständigkeiten überantworten; die wirtschaftliche und handelspolitische Organisation Europas, das alleinige Recht zu bewaffneten Streitkräften und zur Intervention gegen jeden Versuch der Wiederherstellung autoritärer Regime, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die Verwaltung der Kolonialgebiete, die noch nicht bis zur Unabhängigkeit herangereift sind, die Schaffung einer europäischen Staatsangehörigkeit, die neben die nationale Staatsangehörigkeit träte. Die europäische Bundesregierung muß das Ergebnis nicht einer Wahl durch die Nationalstaaten, sondern einer demokratischen und direkten Bestimmung durch die Völker Europas sein.

4. Der Europäische Bund ist kein Feind der Nationen in ihren fortschrittlichen Elementen. Die nationalen Regierungen werden der Bundesregierung nur dann und in dem Maße untergeordnet sein, wie es sich um Fragen handelt, die die Gesamtheit der bündisch geeinten Staaten berührt. Die nationalen Regierungen, ebenso wie die Organe regionaler und lokaler Selbstverwaltung, werden vielmehr mit ihren eigenen Gesetzen in dem Maße weiterhin bestehen, wie sie sich nicht in Widerspruch zu den Bundesgesetzen begeben, indem sie nämlich ihre verwaltungsmäßige, sprachliche und kulturelle Eigenart bewahren sollen.

5. Die Bewegung für die europäische Einigung will sich auf die nationalen Bewegungen stützen, die für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit eintreten, gegen politische Unterdrückung und für die freie und friedliche Entfaltung ihres spezifischen nationalen Genius. Während aber nun die demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Patrioten häufig glauben, daß diese Ziele erst in jedem Land einzeln erreicht werden müssen, und daß schließlich eine internationale Situation entstehen wird, in der alle Völker sich werden brüderlich vereinen können, warnt die Bewegung für den europäischen Zusammenschluß vor dieser Illusion. Um die Ziele zu erreichen, muß genau umgekehrt vorgegangen werden. In einem durch souveräne Nationalstaaten zergliederten Europa können solche nationalen Bewegungen nur scheitern oder in die Irre gehen. Sie können sich fortschrittlich entwickeln nur innerhalb eines bündisch organisierten Europas. Der Europäische Bund ist demnach das erste Ziel, das sich die demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Patrioten setzen müssen.

6. Die Bewegung für die europäische Einigung weist die Auffassung zurück, nach der es angebracht wäre, diese Fragen für später aufzubewahren, unter dem Vorwande, daß es sich heute ausschließlich darum handele, für die nationale Befreiung zu kämpfen. Diese beiden Aufgaben müssen gemeinsam verfolgt werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, wie 1919 eine reaktionäre Organisation Europas den Völkern auferlegt zu sehen. Wenn sich die Bewegung für die europäische Vereinigung nicht alsogleich auf die Widerstands- und Befreiungsbewegungen stützte, wenn sie nicht ihr beherrschender politischer Ausdruck in der kommenden revolutionären Situation wäre, so wäre es später unendlich viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, eine europäische bündische Einigung zu erzielen.

7. Der Europäische Bund, eine Etappe zu einem weltweiten Völkerbund, muß das unmittelbare Ziel der demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Widerstandskämpfer sein. Der französische Ausschuß für den Europäischen Bund ruft sie alle auf, individuell oder kollektiv den wesentlichen Ideen seines Programms sich anzuschließen und diese tatkräftig zu unterstützen.

[258] *Vereinbarung zwischen dem Ministerpräsidenten der jugoslawischen Emigrantenregierung, Subasitsch, und dem Oberbefehlshaber der jugoslawischen Nationalen Befreiungsarmee, Marschall Tito, vom 16. Juni 1944*

Die königlich jugoslawische Regierung und das Nationale Befreiungskomitee haben heute folgende Vereinbarung getroffen:
1. Die Regierung muß aus fortschrittlichen und demokratischen Männern bestehen, die sich nicht im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung kompromittiert haben. Alle nationalen Kräfte müssen in einer einzigen Front gesammelt werden. Der Kampf an den Fronten, die Arbeit der diplomatischen Vertreter und die Verwaltung müssen einheitlich ausgerichtet werden.
2. Die nationale Befreiungsbewegung und die königlich jugoslawische Regierung werden dafür sorgen, daß die Kräfte zum Kampf gegen den Feind, zur Organisation des Landes und für andere Aufgaben gesammelt werden.
3. Das nationale Befreiungskomitee ist der Meinung, daß die Frage des Königs und der Monarchie nicht aktuell ist, denn sie stellt heute kein Hindernis in der Zusammenarbeit zwischen dem nationalen Befreiungskomitee und der Regierung Subasitsch dar. Die endgültige Entscheidung über diese Frage trifft das Volk nach dem Kriege.
4. Die Regierung Subasitsch erklärt:
a) Sie anerkennt alle Errungenschaften im Laufe des dreijährigen Kampfes gegen den Feind als Fundament des künftigen demokratischen und föderativen Staates. Sie anerkennt auch die provisorischen Verwaltungsorgane des antifaschistischen Rates und des nationalen Befreiungskomitees.
b) Sie anerkennt alle Opfer, die die nationale Befreiungsarmee unter dem Kommando des Marschall Tito gebracht hat. Sie fordert die Aburteilung aller inneren Feinde, die offen oder geheim den Feind begünstigt und mit ihm zusammengearbeitet haben.
c) Sie wird das Volk anweisen, alle Kräfte zu sammeln.
5. Marschall Tito anerkennt seinerseits die Regierung Subasitsch und wird diese Anerkennung veröffentlichen und erklären, daß die Frage der endgültigen Staatsform vorläufig nicht berührt wird.
16. Juni 1944

Dr. Ivan Subasitsch, Ministerpräsident
Josep Broz-Tito, Marschall von Jugoslawien

[259] *Der polnische Aufstand unter General Bor-Komorowski vom 1. August 1944 in Warschau*

a) Im Spiegel des Kriegstagesbuchs der deutschen 9. Armee vom 21. August 1944
Der am 1. August ausgebrochene Aufruhr, der von der nationalpolnischen Widerstandsbewegung ausgelöst wurde und jetzt mit so großer Hartnäckigkeit weiter durchgefochten wird, ist zweifellos schon seit Jahren im geheimen geplant und vorbereitet worden. Die Idee der Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates war das unverrückbare Ziel dieser Widerstandsbewegung, ihr Gegner die deutsche Besatzungsmacht, ihre moralische Stütze die Anerkennung des polnischen Selbständigkeitsanspruchs und das nach wie vor aufrechterhaltene Hilfsversprechen der Alliierten...
Nach dem Ausbruch der Schlacht in Weißruthenien trat für die polnische Nationalbewegung eine völlig neue Lage ein. Der schon im Polenfeldzug z. T. Wirklichkeit gewordene und von Moskau auch jetzt wieder mit wachsender Lautstärke erhobene Machtanspruch auf polnisches Gebiet ließ die britischen Garantien um so fragwürdiger werden, je schneller sich die Rote Armee der polnischen Hauptstadt näherte, und stellt die Widerstandsbewegung vor die tödliche Alternative, entweder von der deutschen Besatzungsmacht bis zum letzten Augenblick niedergehalten oder bei der Einnahme Warschaus durch die Sowjets als machtlose, die sowjetischen Pläne störende Gruppe rücksichtslos beiseite geschoben zu werden. Das Beispiel Wilna hatte deutlich gezeigt, daß mit einer freiwilligen Anerkennung durch Moskau nicht zu rechnen war.

Unter diesen Umständen muß man die plötzliche Auslösung des Aufstandes am 1. August als einen verzweifelten Versuch ansehen, sich durch einen Gewaltstreich der polnischen Hauptstadt noch im letzten Augenblick zu bemächtigen, bevor die Rote Armee dort einmarschierte. Die Tatsache, daß zu Ende Juli von dem Vorhandensein einer deutschen Front an der Weichsel keine Rede sein konnte, daß vielmehr Massen deutscher Truppen durch Warschau nach Westen zogen und zahlreiche deutsche Dienststellen die Stadt verließen, machte es mehr als unwahrscheinlich, daß die Deutsches es fertigbringen würden, die sowjetische Sommeroffensive vor den Toren Warschaus zum Stehen zu bringen. Nach dem Bild, das sich die polnische Widerstandsbewegung damals von der Lage machen konnte, war der Einmarsch der Sowjets in die Stadt nur eine Frage von Tagen.
In diesem Zusammenhang gewinnt die zur gleichen Zeit durchgeführte Reise des polnischen Exil-Ministerpräsidenten Mikolajczyk von London nach Moskau eine besondere Beleuchtung. Fraglos lag ihr die Absicht zugrunde, die Anerkennung des polnischen Selbständigkeitsanspruchs nun auch von dem so plötzlich ins Spiel getretenen östlichen Nachbarn zu erbetteln. Nichts konnte dabei dem sonst mit leeren Händen kommenden Ministerpräsidenten willkommener sein, als eine im Besitz der AK befindliche Hauptstadt, wobei das Versprechen ihrer unbeschädigten Auslieferung bei der großen Bedeutung Warschaus als Verkehrsknotenpunkt und Industrie- und Handelszentrum als gewichtiger Faktor in die Waagschale der Verhandlungen hätte geworfen werden können, ganz abgesehen von der Behauptung der geleisteten militärischen Hilfe, auf die die AK Moskau gegenüber hätte pochen können, gegebenenfalls, um daraus Forderungen herzuleiten.
Es mag nicht zuletzt das Mißlingen des Aufstandes, der ja keineswegs den erhofften handstreichartigen Erfolg hatte, gewesen sein, der die Verhandlungen Mikolajczyks in Moskau scheitern ließ. (Auch das Ausbleiben einer Erhebung ganz Polens gegen die Besatzungsmacht dürfte z. T. den gleichen Grund gehabt haben.)
Der Kampf um die Hauptstadt ist noch in vollem Gange und keineswegs beendet. Gleichlaufend mit den militärischen Aktionen bemüht sich die vom AOK, bzw. von der Gruppe v. d. Bach gegenüber den Polen betriebene Propaganda, diesen die Sinnlosigkeit ihres Widerstandes klarzumachen, ihnen die Verlogenheit der sowjetischen Versprechungen an dem Ausbleiben jeder Luftversorgung oder eines Entsatzangriffes von Osten her vor Augen zu führen und sie damit zur Kapitulation zu veranlassen, denn die baldige Befriedung Warschaus ist für die Armee von erheblicher Wichtigkeit. Bisher allerdings sind – von einer Massenflucht der unbeteiligten Zivilbevölkerung abgesehen – alle Propagandamaßnahmen an dem verzweifelten Fanatismus der Aufständischen gescheitert. Auch die Entsendung von Parlamentären hat keinen Erfolg gehabt. Es wird abzuwarten sein, ob im weiteren Verlauf des Kampfes hierin eine Änderung eintritt. Nicht nur, welche Erfolge die eigenen Truppen in der Stadt erzielen, sondern auch die Entwicklung der Frontlage dürfte dabei ein gewichtiges Wort mitsprechen...

b) Im Spiegel eines Briefes von Stalin an Churchill und Roosevelt vom 22. August 1944
[...]

Früher oder später wird die Wahrheit über die Verbrecherbande, die das Warschauer Abenteuer anzettelte, um die Macht an sich zu reißen, allen bekannt werden. Diese Elemente haben das Vertrauen der Warschauer ausgenutzt und viele praktisch wehrlose Menschen den deutschen Kanonen, Panzern und Flugzeugen ausgeliefert. Es ist eine Lage entstanden, bei der jeder neue Tag nicht den Polen für die Befreiung Warschaus, sondern den Hitlerfaschisten nutzt, die in unmenschlischer Weise die Einwohner Warschaus ausrotten.
Vom militärischen Gesichtspunkt aus ist die entstandene Situation, die die besondere Aufmerksamkeit der Deutschen auf Warschau lenkt, sowohl für die Rote Armee wie für die Polen außerordentlich unvorteilhaft. Dennoch tun die sowjetischen Truppen, die in der letzten Zeit auf neue beachtliche Versuche der Deutschen gestoßen sind, Gegenangriffe durchzuführen, ihr möglichstes, um diese Gegenangriffe der Hitlerfaschisten zurückzuschlagen und bei Warschau zu einer neuen großangelegten Offensive überzugehen. Es kann keinen Zweifel geben, daß die Rote Armee keine Anstrengungen scheuen wird, um die Deutschen bei Warschau zu zerschlagen und Warschau für die Polen zu befreien. Das wird die beste und wirksamste Hilfe für die polnischen Antifaschisten sein.

[260] *Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung Moskau, den 26. Juli 1944*

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung wünschten, daß die Frage der Beziehungen zwischen dem Oberkomman-

dierenden und der polnischen Verwaltung auf dem Territorium Polens im Geiste der Freundschaft gelöst wird und schlossen das vorliegende Abkommen ab:

Artikel 1

In der Zone der militärischen Operation auf dem Territorium Polens übt der Oberkommandierende der sowjetischen Truppen die oberste Gewalt aus und trägt für die Dauer der Operationen, die zur Erreichung der militärischen Ziele notwendig sind, die Verantwortung für alle die Kriegführung betreffenden Angelegenheiten.

Artikel 2

Auf dem vom Feind befreiten polnischen Territorium setzt das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung gemäß den Gesetzen der Polnischen Republik Verwaltungsorgane ein; es führt die erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Organisierung der Formierung und Ergänzung der polnischen Streitkräfte durch; es garantiert dem sowjetischen Oberkommandierenden aktive Mitarbeit der polnischen Verwaltungsorgane bei der Durchführung der militärischen Operationen durch die Rote Armee und bei der Befriedigung ihrer notwendigen Bedürfnisse während ihres Aufenthaltes auf polnischem Territorium.

Artikel 3

Polnische Truppenteile, die sich auf dem Gebiet der UdSSR formieren, werden auf dem Territorium Polens kämpfen.

Artikel 4

Die Verbindung zwischen dem sowjetischen Oberkommandierenden und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung wird durch die Polnische Militärkommission hergestellt.

Artikel 5

In der Zone der nicht unmittelbaren Kriegshandlungen wird die Verbindung zwischen den polnischen Verwaltungsorganen und dem sowjetischen Oberkommandierenden durch Bevollmächtigte des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung unterhalten.

Artikel 6

Sobald irgendein Teil des befreiten Territoriums Polens aufhört, Zone der unmittelbaren militärischen Operationen zu sein, übernimmt das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung voll und ganz die Leitung aller Angelegenheiten der zivilen Verwaltung.

Artikel 7

Alle sowjetischen Militärpersonen werden auf dem Gebiet Polens der Gerichtsbarkeit des sowjetischen Oberkommandierenden unterstehen. Alle Personen, die den polnischen Streitkräften angehören, sind den polnischen Kriegsgesetzen und -regeln unterworfen. Dieser Gerichtsbarkeit untersteht auch die Zivilbevölkerung auf dem polnischen Territorium, auch in Fällen, die Vergehen gegen die sowjetischen Truppen betreffen, mit Ausnahme von Vergehen, die in der Zone der militärischen Operationen begangen werden, die der Gerichtsbarkeit des sowjetischen Oberkommandierenden unterstehen. In strittigen Fällen wird die Frage über die Gerichtsbarkeit durch gegenseitiges Übereinkommen zwischen dem sowjetischen Oberkommandierenden und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung entschieden.

Artikel 8

Während der Dauer der gemeinsamen militärischen Operationen der sowjetischen Truppen und der polnischen Streitkräfte unterstehen die polnischen Streitkräfte in operativer Hinsicht dem Oberkommando der UdSSR und hinsichtlich der Organisation und personellen Besetzung dem Oberkommando der polnischen Streitkräfte.

Artikel 9

Über die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf dem Territorium Polens und die die polnischen Streitkräfte auf dem Gebiet der UdSSR betreffen, wird ein gesondertes Abkommen geschlossen.

Artikel 10

Das vorliegende Abkommen tritt unmittelbar nach seiner Unterzeichnung in Kraft. Das Abkommen wurde in zwei Exemplaren ausgefertigt, jedes in russischer und polnischer Sprache. Beide Texte haben gleiche Gültigkeit.

Bevollmächtigt von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
gez. W. Molotow
Bevollmächtigt vom Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung
gez. Osóbka-Morawski

20. KAPITEL

UNABHÄNGIGKEITS- UND BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN ASIEN, AFRIKA UND IN DEN ARABISCHEN STAATEN (1942–1945)

Der im 20. Jahrhundert einsetzende Prozeß der Emanzipation der Völker Asiens von der weißen Kolonialherrschaft und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen ist durch Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges entscheidend beschleunigt worden; er ist jedoch nicht allein die Antwort auf die Herausforderung Japans, wenngleich das politische Bewußtsein dieser Völker in den vier Jahren von 1942–1945 auch schneller gewachsen ist als in den dreißig Jahren vorher. Dafür sind mehrere Gründe maßgebend gewesen: Als sich der europäische Krieg 1941 zu einem Weltkrieg ausweitete, hatte die Politik der nationalistischen Parteien Asiens bereits ihre erste Anlaufzeit und manche Bewährungsprobe hinter sich, ohne jedoch ihr großes Ziel der Unabhängigkeit erreicht zu haben. Sie war indessen nicht nur antikolonialistisch und antiimperialistisch motiviert. Den siamesischen Nationalismus hat z. B. zu einem guten Teil auch die antichinesische Haltung geprägt, während die antikolonialen Tendenzen des malaiischen Chinesentums auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen waren.

Seit dem Sieg Japans über Rußland (1905) war die unumschränkte Herrschaft der europäischen Mächte in Asien ins Wanken geraten und der Einfluß der Vereinigten Staaten, später auch wieder derjenige Rußlands gewachsen. Dann zerstörten der Erste Weltkrieg und seine Folgen die bis dahin praktizierte europäische Solidarität gegenüber Asien; zugleich gab dieser Konflikt Japan die Möglichkeit, im Schatten des europäischen Völkerkrieges zur wirtschaftlichen Großmacht aufzusteigen. Und die von Präsident Wilson 1918 verkündeten 14 Punkte mit der Doktrin des Selbstbestimmungsrechts der Völker verfehlten ebensowenig ihre Wirkung auf die Völker Asiens wie die Erklärungen der bolschewistischen Partei unter Lenin, sie wolle den Freiheitskampf der "unterdrückten" Völker um nationale Einheit und Selbständigkeit unterstützen. Schließlich waren im Völkerbund, in der ersten weltweiten Organisation kollektiver Sicherheit, asiatische Staaten vertreten (außer Japan: China, Thailand, Indien. Später auch Iran, Afghanistan, der Irak und Ägypten), die ihre Interessen wahrzunehmen versuchten, mochten sie auch mit ihrer Unterschrift – wie die anderen Vertragspartner – vorerst noch den bestehenden Kolonialstatus garantiert haben. Die nationalistischen Strömungen in Asien, deren traditionelles Weltbild von den bürgerlich geprägten Erneuerungstendenzen in einen "innerweltlichen Aktivismus" umgewandelt wurde, der starke religiöse chiliastische Züge aufwies und von den revolutionären Ideen seiner Zeit wichtige Impulse erhalten hatte, entwickelten sich in den einzelnen Ländern je nach dem Grad ihrer Abhängigkeit, ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Führungsschicht, einer vorwiegend städtischen Elite. Ihr Streben nach nationaler Unabhängigkeit wurde von Jahr zu Jahr stärker. Allerdings bestanden über das in eigener Verantwortung zu verwirklichende Ordnungssystem und über den Aufbau der Staatsgewalt häufig unterschiedliche Auffassungen, da das soziale Ethos sowohl vom chinesischen Konfuzianismus, dem Hinayana-Buddhismus als auch vom Islam (Sarkisyanz) bestimmt wurde.

Psychologisch besonders nachhaltig hat sich 1941/42 der schnelle Zusammenbruch der Kolonialmächte ausgewirkt. Großbritannien, Frankreich und die Niederlande hatten ihre Herrschaftsgebiete nicht vor dem Ansturm der Japaner zu schützen vermocht; auch die Proklamationen späterer vollwertiger Partnerschaft (wie etwa durch die Niederlande [262] hatten die Lage nicht mehr ändern können. Infolgedessen ging der Glaube an ihre Überlegenheit verloren. Die asiatischen Völker

kamen zu der Überzeugung, daß mit dem Verlust der Macht und der Führung die Kolonialherren auch das Recht verloren hatten, Gehorsam, Respekt und Loyalität zu verlangen. "Wenn die Barbaren (Japaner) schon die alte Ordnung ersetzen konnten", folgerten sie, "warum war diese überhaupt notwendig." Konnten sie nicht statt dessen selbst die Regierungsgewalt übernehmen?

Hinzu kamen die zündenden Parolen Japans: Der Siegszug der Armeen Nippons weckte zunächst mehr Sympathien als die Eroberungszüge Hitlers und Mussolinis in Europa. Ihren Kampf um die "großostasiatische Wohlstandssphäre" führten die Japaner von Anfang an mit der Losung, Asien von der kolonialen Herrschaft zu befreien und den westlichen Imperialismus zu züchtigen [264]; sie gaben überdies wirtschaftliche Versprechen und verkündeten die Formel friedlicher Zusammenarbeit. Fraglos begünstigten diese und andere Erklärungen zur nationalen Unabhängigkeit (z. B. in Burma, auf den Philippinen und in Indonesien) die gewünschte Zusammenarbeit zwischen den japanischen Behörden und den nationalistischen Parteiführern; auch empfand die Bevölkerung die Besatzungsperiode nicht immer als "Leidenszeit". Dennoch war die Stimmung in den besetzten Ländern nicht einheitlich, zudem waren es keineswegs immer die gleichen Beweggründe, die japanischen Soldaten als Befreier zu begrüßen. Z. B. hofften die Bewohner Malayas, die Chinesen aus dem Lande vertreiben zu können, die die führenden Positionen besetzt hatten.

Allein die Japaner ordneten den endgültigen Termin für die Unabhängigkeit immer wieder ihren eigenen militärischen Erfordernissen unter; damit verscherzten sie sich – nicht zuletzt auch auf Grund zahlreicher Greueltaten sowie durch die wirtschaftliche Ausbeutung – einen Großteil der ihnen anfänglich entgegengebrachten Sympathien.

Bedeutsam war ferner, daß die verschiedenen Erneuerungsbewegungen, ungeachtet ihrer überwiegend loyalen Zusammenarbeit mit den japanischen Militär- und Zivilbehörden, die Besatzungsmacht als Werkzeug für ihre eigenen, nationalen Ziele benutzten. In Indonesien hatten z. B. die Japaner alle niederländischen Beamten interniert und damit den Aufstieg der vorher mehr subalternen indonesischen Beamten ermöglicht. Diese Maßnahme erschwerte naturgemäß die spätere Wiederherstellung der alten Kolonialverhältnisse. Mit Hilfe der Massenkommunikationsmittel erfaßten sie und ihre einheimischen Mitarbeiter zum ersten Male breite Teile der Bevölkerung und ließen ihnen Losungen zur nationalen Befreiung einhämmern. Die Verbindlichkeit der indonesischen Sprache schuf das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals; sie wurde gleichsam zum Symbol der Einheit. Das politisch-soziale Programm [268], ein Appell an alle guten Patrioten, entwarfen nicht nur die "Kollaborateure", sondern ebenso die mit ihnen in Verbindung stehenden Führer der einzelnen Widerstandsgruppen. Es war bezeichnend für den Stil dieser nationalen Politik, daß die Sukarnos, Thakin Nus, Ba Maws und Phibuls im Interesse ihres Landes auf zwei Ebenen handelten, ja viele ein gewagtes Doppelspiel trieben: auf der einen Seite arbeiteten sie mit Japan zusammen, auf der anderen Seite ließen sie die Besatzungsmächte bekämpfen oder wußten sie zumindest von den antijapanischen Aktionen mit alliierter Hilfe. Sicherlich waren die führenden Politiker Burmas, Thailands, Indonesiens und der anderen Staaten nicht im eigentlichen Sinne "Kollaborateure", wenngleich es auch diese gegeben haben mag, in erster Linie fühlten sie sich ihrem Land verpflichtet. Und so bereiteten sie z. T. gemeinsam mit den Führern der verschiedenen, meist von Kommunisten gelenkten Untergrundorganisationen alles für den Tag der Befreiung vor. Damit erhöhten sie auch den Anspruch, nach dem Sieg der Alliierten über Japan, der seit 1943 nur eine Frage der Zeit war, die Geschicke ihres Landes in eigene Hände nehmen zu können. – Mochte die hier angedeutete Entwicklung auch erst in den Nachkriegsjahren, nach internen Machtkämpfen und heftigen Gewaltproben mit den ehemaligen Kolonialherren, ihre eigentliche Krönung in der Unabhängigkeit dieser Länder gefunden haben, die hierfür erforderlichen günstigen historischen Bedingungen hat der Zweite Weltkrieg geschaffen. Mit Einschränkungen gilt das Gesagte gleichfalls für gewisse Teile Afrikas und Vorderasiens [265][266].

Auch in Indien hat der Zweite Weltkrieg den Ausgang der Unabhängigkeitskämpfe beschleunigt. Wiederholt kam es zu Unruhen, gewaltlosen und gewaltsamen Aktionen gegen die britische Herrschaft, während indische Freiwillige auf den Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges für den Bestand des britischen Reiches kämpften. Die Mehrheit der indischen Führer machte aus ihrer antibritischen Einstellung keinen Hehl. Als sich der japanische Vormarsch der indischen Grenze näherte, und sich die Stimmung des Kongresses zu verschlechtern begann, unterbreitete Sir Stafford Cripps im April 1942 im Auftrage der britischen Regierung einen Proklamationsentwurf mit dem "feierlichen Versprechen", Indien nach Kriegsende die "volle Unabhängigkeit" zu gewähren, falls eine verfassunggebende Versammlung dies wünsche. Jedoch verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Einmal vermißten die indischen Führer eine Mitwirkung an der politischen Führung des Krieges; schon zu Beginn des Krieges hatte der indische Nationalkongreß mißbilligt, daß Großbritannien Indien ohne Einwilligung des indischen Volkes zur kriegführenden Partei gemacht hatte, und Ghandi hatte auf seine Weise gegen eine Beteiligung am Kriege demonstriert. Zum anderen vermochten Kongreß und Moslem-Liga (unter Jinnah) sich nicht zu verständigen. Wieder offenbarte sich die tiefe Gespaltenheit des Landes in Religion, Klassen und in Fürsten, die an ihren Verträgen mit Großbritannien festhielten. Ghandi antwortete im August 1942 mit der letzten Kampagne der "non cooperation", die aber in gewaltsame Unruhen ausartete. Doch schlug die britisch-indische Armee die Aufstände nieder. Ghandi und andere Führer des Freiheitskampfes wurden verhaftet und erst 1944 bzw. 1945 entlassen. Aber das Rad der Geschichte ließ sich nicht mehr aufhalten: 1945 unterbreitete die britische Regierung (seit dem Sommer die Labour-Regierung) neue Vorschläge, um den Drang Indiens nach Unabhängigkeit zu befriedigen.

Zur gleichen Zeit hatten die Japaner eine "provisorische Regierung" des "Freien Indiens" unter S. Chandra Bose bilden und eine indische Freiheitsarmee aufstellen lassen. Jedoch wurde dieser Flügel der indischen Unabhängigkeitsbewegung im Zuge des alliierten Sieges über Japan zerschlagen [261].

In China hatte die japanische Aggression 1937 systematisch die Position der Kuomintang unter Tschiang Kai-schek geschwächt und damit den späteren Sieg Mao Tse-tungs erleichtert. Mit Recht hat W. Franke davon gesprochen, daß ein "kommunistisches China" zwar nicht die Absicht, aber doch das Ergebnis der Politik Japans gewesen sei. Mochte auch zunächst die japanische Invasion zu einer Umorientierung der chinesischen Politik geführt haben, die antiimperialistische Bewegung richtete sich jetzt vornehmlich gegen Japan; in China kam es zu einem "Burgfrieden" (Einheitsfront) zwischen Kuomintang und den Kommunisten. Seit 1941/42 hielten sich jedoch beide Gruppen im Kampf gegen Japan mehr und mehr zurück, um ihre eigene Machtposition auszubauen und für den Entscheidungskampf im Inneren zu rüsten [263]. Während innerhalb der Kuomintang Demoralisierung und Korruption um sich griffen, verstand es Mao Tse-tung, durch straffe Organisation und harte Disziplin den Kampfgeist seiner "8. Armee" zu heben und für die große Auseinandersetzung auch geistig [267] vorzubereiten.

DOKUMENTE

[261] *Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem indischen Nationalistenführer Bose in Berlin am 29. Mai 1942*

Bose begrüßt zunächst den Führer als alten Revolutionär und dankte ihm für die Ehre, die er ihm durch diesen Empfang erweise. Der Tag würde stets ein historisches Datum in seinem Leben sein. Er dankte dem Führer für die Gastfreundschaft und die Zuvorkommenheit, die ihm die deutsche Regierung seit seinem Eintreffen vor mehr als einem Jahr erwiesen habe, ebenso wie für die Hilfe, die er bei der Arbeit für die Befreiung seines Landes und bei der Aufstellung einer indischen Legion [1941] erhalten habe. Als er im Januar vorigen Jahres Indien verließ, seien

seine Mitarbeiter wegen seines persönlichen Schicksals und wegen seiner Möglichkeiten, der indischen Sache zu dienen, sehr besorgt gewesen. Er (Bose) sei jedoch durch Instinkt und Berufung zu diesem Schritt veranlaßt worden und könne heute rückblickend feststellen, daß er im besten Interesse seines Landes gehandelt habe. Die Hilfe der "Dreierpaktmächte" für Indien sei notwendig, wenn auch der eigentliche Freiheitskampf von Indien selbst durchgefochten werden müsse. Wenn Indien in diesem Kampf seine Pflicht getan habe, so brauche es doch die sympathische Unterstützung der Außenwelt.
Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, die militärische Zusammenarbeit mit der japanischen Wehrmacht aufzunehmen. Indien lege jedoch großen Wert darauf, mit Deutschland und Italien die engste Verbindung herzustellen und sich die Sympathie und Hilfe dieser Länder zu sichern, da es nicht allein auf Japan angewiesen sein möchte.
Bose kam dann auf seine Reise nach Ostasien zu sprechen und motivierte sie mit dem Wunsch, sich an einen Punkt zu begeben, der möglichst nahe bei Indien läge, um von dort aus die indische Revolution zu leiten. Selbstverständlich würde während seiner Abwesenheit von Deutschland die Propaganda von den von ihm zurückgelassenen Vertrauensleuten in dem bisherigen Sinne fortgesetzt werden.
Bose wandte sich zum Schluß mit der Bitte an den Führer, als einen alten und erfahrenen Revolutionär, ihm (Bose) einige Ratschläge zu erteilen. Obgleich Indien von Deutschland weit entfernt liege und die Verhältnisse dort von denen in Europa sehr verschieden seien, gäbe es doch gewisse Grundsätze, nach denen alle Revolutionen verfahren müßten.
Indien sei von der englischen Propaganda immer verzerrt und in ungünstigem Lichte dargestellt worden. Das Indien, das er (Bose) vertrete, sei nicht das alte philosophische, sondern ein neues modernes und aktives Indien.
Der Führer gab in seiner Antwort eine kurze Darstellung der Lage. Deutschland und Indien haben die gleichen unerbittlichen Gegner, in erster Linie England, das Indien beherrsche und das durch seinen Einfluß auf die innereuropäische Zersetzung auch Europa beherrscht habe und weiter beherrschen wolle. Es sei klar, daß diese Gefahr nur beseitigt werden könne durch eine militärische Niederlage Englands, die ihm endgültig die Möglichkeit nähme, einen derartigen Einfluß weiter auszuüben.
Neben den Briten seien die Bolschewisten und die Amerikaner gemeinsame Feinde. England, Amerika und Rußland trieben zwar kein ehrliches Spiel miteinander. Amerika wolle die Erbschaft Englands antreten, und Rußland wiederum hoffe, der Erbe beider zu sein. Für Deutschland und Indien, die hierbei die Rolle der Erbschaft spielten, sei es aber gleichgültig, ob Amerika sich in die englische Erbschaft hineinschwindeln oder ob die Russen letzten Endes beide angelsächsischen Länder betrögen. Vor der russischen Gefahr dürfe man in Indien die Augen nicht verschließen, und gewisse bolschewistenfreundliche Auffassungen Pandit Nehrus hinsichtlich der Russen erschienen ihm (dem Führer) daher äußerst bedenklich.
Die Entfernung zwischen Deutschland und Indien sei ungeheuer groß. Zwar seien die Gegner beider Länder die gleichen, der Kampf gegen sie würde jedoch auf weit voneinander entfernten Kriegsschauplätzen geführt. Trotz dieser Entfernung würde Indien die Wirkung der Siege Deutschlands in Europa deutlich verspüren. Ohne die Erfolge des Reiches während der letzten zweieinhalb Jahre wäre es Japan kaum möglich gewesen, in Ostasien derartige Fortschritte zu machen, geschweige denn in den Krieg einzutreten. Indien und Deutschland schlügen also die gleichen Schlachten gegen die gleichen Gegner, ganz gleichgültig, wo sie diese Gegner träfen.
Indien habe jetzt die einmalige Gelegenheit, das englische Joch abzuschütteln, ohne dadurch den Russen in die Hände zu fallen. Denn Rußland würde von Deutschland jetzt völlig zusammengeschlagen werden.
Den Kampf, in dem Deutschland sich befinde, führe er (der Führer) zwar auch propagandistisch als Politiker, im wesentlichen aber machtpolitisch als Soldat. Dabei lasse er (der Führer) sich von dem Grundsatz leiten, keine falschen Prophezeiungen auszusprechen. Er habe nie etwas prophezeit, was außerhalb des Bereichs seiner eigenen Wirkungsmöglichkeiten gelegen habe. Auch innerpolitisch habe er es stets vermieden, Siege vorauszusagen, die außerhalb des Einwirkungsvermögens der eigenen Macht lägen.
Aus diesem Grunde mache er jetzt keine Prophezeiung über Ägypten. Seit vorgestern sei Rommel zum Angriff angetreten. Ob diese Operation zum Zusammenbruch der englischen Front führen würde, könne er nicht übersehen. Auf jeden Fall täte Deutschland alles, was in seiner Macht läge. Mehr als sein Blut und seine Arbeitskraft könne es nicht geben. Sollte Rommel nur einen begrenzten Erfolg erzielen, so würde eine jetzt ausgesprochene umfassende Voraussage über das Schicksal Ägyptens nur Schaden anrichten. Gelänge jedoch Rommel die Vernichtung des Gegners, so würde man danach die Schlußfolgerungen ziehen können. Er (der Führer) würde dann sofort eine Aufforderung an die Ägypter richten, die englischen Ketten abzuwerfen. Er könne einen derartigen Appell in diesem Falle mit gutem Gewissen an das ägyptische Volk richten; denn die deutschen Machtmittel würden hinter einem solchen Appell stehen.

Mit Aufrufen zur gewaltsamen Abschüttelung von Fremdherrschaften sei er (der Führer) stets sehr vorsichtig gewesen. So habe er hinsichtlich seiner eigenen Heimat Österreich erst am 12. März 1938, d. h. einen Tag vor dem Einmarsch, den ersten Aufruf an die Österreicher erlassen. Ein Politiker, der ernst genommen werden wolle, könne nicht anders handeln.
Die gleiche Haltung nehme er in der arabischen Frage ein. Stünde Deutschland bereits südlich des Kaukasus und hätte es ein halbes Dutzend Panzerdivisionen und einige motorisierte Divisionen zur Verfügung, um sie den ägyptischen und arabischen Aufständischen zu Hilfe zu senden, so würde er nicht zögern, einen Aufruf an die Araber zu richten. Jetzt aber, wo Deutschland noch 1000 km von Arabien entfernt sei, wäre ein solcher Aufruf unverantwortlich. Er (der Führer) sei kein Engländer. Er wolle nicht durch Aufrufe andere Völker ins Verderben schicken. Er erstrebe nicht die Vernichtung Ägyptens und der revolutionären Araber, sondern wolle ihnen zu einem wirklichen Erfolg verhelfen und nicht etwa durch sie eine Entlastungsoperation führen lassen, wie es die Engländer zu tun pflegten. Deutschland gäbe für seine Sache sein eigenes Blut. Der Augenblick, in dem es unter diesen Umständen zu verantworten sei, einen Appell an Ägypten zu richten, könne in drei Monaten oder auch erst in 1–2 Jahren kommen, jedenfalls erst dann, wenn Deutschland so viel Streitkräfte vor den Toren Ägyptens konzentriert habe, daß die Befreiung des Landes sicher sei. Für Arabien gelte, wie gesagt, das Gleiche.
Indien sei unendlich weit von Deutschland entfernt. Zu ihm bestehe lediglich die Möglichkeit einer Land- und Luftverbindung. Die Landverbindung ginge, wenn die südliche Route gewählt würde, über den Persischen Gold, im Norden dagegen über Afghanistan. Auf jeden Fall führe der Weg nur über die Leiche Rußlands.
Das weltgeschichtliche Ereignis des letzten halben Jahres sehe er in dem erstaunlich schnellen Vordringen Japans, wodurch dessen Armeen praktisch bis an die Grenzen Indiens vorgedrungen seien. Er (der Führer) kenne Japans Ziele nicht. Er wisse nicht, ob es den Japanern wichtiger erschiene, zunächst ihre Flanke von der Bedrohung durch Tschiang Kai-shek zu befreien und mit diesem eine Zusammenarbeit aufzunehmen oder ob sie sich zuerst nach Australien oder nach Indien wenden wollten. Die Vernichtung der Herrschaft in Ostasien würde möglicherweise zu einem Zusammenbruch des britischen Weltreichs führen. Dieser Zusammenbruch würde natürlich für Deutschland eine große Entlastung bedeuten und ihm Blut ersparen. Daher verfolge Deutschland den Fortgang der Dinge in Ostasien mit heißem Herzen und habe den Wunsch, seinerseits nach Möglichkeit zu helfen. Es tue dies, indem es die Engländer überall da schlage, wo es sie treffen könnte. Der Führer wies in diesem Zusammenhang auf den Unterseebootkrieg hin, der eine indirekte Hilfe auch für die Kämpfe in Ostasien darstelle, ebenso wie die Luftangriffe auf britische Industriezentren und die Kämpfe in Nordafrika. Jede englische Division, die dort vernichtet würde, mache indische Kräfte frei, und die indischen Kräfte, die dort gefangen würden, können später für den Befreiungskampf der Inder eingesetzt werden.
Mehr könne Deutschland im Augenblick nicht tun. Befände sich Deutschland bereits jetzt wie Japan an den Grenzen Indiens, wo es vielleicht erst in 1–2 Jahren stehen werde, so würde er (der Führer) Bose bitten, bei ihm zu bleiben und mit den deutschen Truppen nach Indien einzumarschieren, und dann die Revolution gegen die Engländer zu entfachen.
Unter den augenblicklich herrschenden Umständen jedoch könne er (der Führer) Bose nur raten, sich zu den Japanern zu begeben, um von den Grenzen Indiens aus den revolutionären Kampf in das Land selbst hineinzutragen. Als alter Revolutionär könne er Bose nur den Rat geben, die Chance einer inneren Revolution in Indien in einem Augenblick auszunutzen, wo der Feinddruck von außen einsetze. Er glaube nicht, daß man mit den Gedankengängen des gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus eingestellten Nehru oder mit dem passiven Widerstand Ghandis auf die Dauer irgend etwas ausrichten könne. Die englische Herrschaft könne nur gebrochen werden, wenn sich das indische Volk gleichzeitig mit einem Angriff von außen erhebe. Eine solche Erhebung könne man um so besser organisieren, je näher man dem Lande selbst sei. Es wäre daher das beste für Bose, sich dorthin zu begeben, wo er Indien am nächsten sei und von wo aus auch der stärkste militärische Druck auf die Engländer in Indien ausgeübt werden könne. Ob die Japaner diesen Druck tatsächlich ausüben wollten, wisse er (der Führer) nicht. Positiv hätten sie Deutschland darüber nichts gesagt.
Im übrigen glaube er nicht, daß eine Revolte allein ohne Hilfe von außen den Indern die Freiheit bringen könne. Als alter Revolutionär wisse er, daß bei der Entwicklung der modernen Waffentechnik eine verhältnismäßig geringe Zahl von Truppen bei richtiger Organisierung und wenn sie entschlossen seien, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, ein großes Land in Schach halten könnte. Erst wenn von außen der militärische Druck hinzukomme, könnten sich die revolutionären Kräfte im Innern durch Zerstörung der Verbindungslinien, Behinderung des Nachschubs und der Truppentransporte betätigen und würden dadurch zum militärischen Zusammenbruch beitragen können.
So wie die Dinge lägen, würden noch mindestens 1–2 Jahre verstreichen, bis Deutschland einen direkten Einfluß in Indien gewönne. Japans Einfluß dagegen würde sich in wenigen Monaten auswirken. Daher solle sich Bose zu den Japanern begeben, um von dort aus nicht nur einen

Einfluß auf seine Heimat auszuüben, sondern auch die Japaner selbst durch entsprechende Beratung von psychologischen Fehlern abzuhalten.
Der Führer warnte jedoch Bose vor einer Luftreise, die ihn leicht im Machtbereich der Engländer zur Notlandung zwingen könne. Er (Bose) sei eine zu wichtige Persönlichkeit, als daß man sein Leben bei einem derartigen Experiment aufs Spiel setzen könne. Man müsse für ihn einen sichereren Weg aussuchen. Ein japanisches U-Boot sei zur Zeit in Europa eingetroffen und könne, falls es bald wieder zurückkehre, Bose mitnehmen. Andernfalls würde er (der Führer) ihm ein deutsches U-Boot zur Verfügung stellen, das ihn nach Bangkok bringen würde. – An Hand einer Karte erläuterte sodann der Führer Bose die voraussichtliche Reiseroute um das Kap der Guten Hoffnung und veranschlagte die Reisedauer auf ungefähr sechs Wochen. Bei dieser Gelegenheit erklärte er Bose auch, wie durch Anlegung von U-Boot-Sperren zwischen Natal und Westafrika sowie in der Gegend von Madagaskar und vor Indien die Nachschubwege von England und Amerika nach Indien und Rußland abgeschnitten werden könnten.
Bose brachte im weiteren Verlauf des Gesprächs noch zwei Bitten vor: Durch die englische Propaganda seien die Äußerungen des Führers in "Mein Kampf" und bei anderen Gelegenheiten sehr entstellt worden und würden zur Propaganda gegen Deutschland benutzt. Er bäte daher den Führer, bei irgend einer passenden Gelegenheit einige aufklärende Worte über Deutschlands Stellung zu Indien zu sagen. Dies würde beim indischen Volke selbst die gewünschte Klärung herbeiführen. – Weiterhin bat Bose erneut um die moralische und diplomatische Unterstützung Indiens durch Deutschland, damit es nicht allein auf Japan angewiesen sei.
Der Führer definierte in seiner Erwiderung auf diese Frage die Aufgaben Indiens folgendermaßen: Ausschaltung des britischen Einflusses, Vermeidung des russischen Einflusses, Versuch, mit Japan zu irgendeinem Abkomm über die indische Ostgrenze zu kommen und schließlich innere Organisation und Wiederaufbau Indiens zwecks Erlangung der indischen Einheit. Dies sei eine langwierige Aufgabe, die nach Analogie der Herstellung der deutschen Einheit wahrscheinlich 100 bis 200 Jahre in Anspruch nehmen würde.
Zu der Bemerkung Boses über die entstellende Wiedergabe seiner eigenen Äußerungen erklärte der Führer, daß er sich seinerzeit lediglich gegen gewisse Tendenzen gewandt habe, wonach die unterdrückten Völker eine gemeinsame Front gegen ihre Unterdrücker bilden sollten. Er habe dies angesichts der Ohnmacht dieser Völker für völlig verfehlt gehalten, insbesondere auch, weil diejenigen Kreise, die in Deutschland hinter diesen Gedankengängen standen, auch für das Reich nach indischem Muster eine Art passiver Resistenz befürworteten, was ebenfalls völlig falsch gewesen sei.
Zu der Frage der Unterstützung Indiens durch Deutschland nach dem Krieg bemerkte der Führer, daß es sich hierbei nur um wirtschaftliche Unterstützung handeln könne. Bose dürfe nicht vergessen, daß die Macht eines Landes nur so weit reiche wie sein Schwert.
Zum Abschied sprach der Führer noch Bose seine besten Wünsche für das Gelingen seiner Reise und seiner Pläne aus.

[262] *Erklärung der holländischen Königin Wilhelmina über Indonesien vom 6. Dezember 1942*

...Ich bin überzeugt und die Geschichte sowohl als auch die Berichte aus dem besetzten Gebiet bestärken mich darin, daß es nach dem Krieg möglich sein wird, das Königreich auf dem festen Grund vollständiger Partnerschaft ("complete partnership") wieder aufzubauen und damit die ganze Vergangenheit zu begleichen.
Ich weiß, daß weder politische Einheit noch nationale Zusammengehörigkeit weiter bestehen können, wenn sie nicht durch das freiwillige Einverständnis und den Glauben der großen Mehrheit der Bürger unterstützt werden. Ich weiß, daß die Niederlande eine Verantwortung für das kräftige Wachstum der überseeischen Gebiete stärker fühlen denn je und daß die Indonesen in der immer engeren Zusammenarbeit die beste Garantie für die Wiederherstellung ihres Friedens und ihrer Zufriedenheit sehen. Die Kriegsjahre haben bewiesen, daß beide Völker den Willen und die Fähigkeit für harmonische und freiwillige Zusammenarbeit besitzen.
Eine politische Einheit, die auf dieser Grundlage aufgebaut ist, bedeutet einen großen Schritt zur Verwirklichung des Ziels, für das die Vereinten Nationen kämpfen, das unter anderem in der Atlantik-Charta festgelegt wurde und unsere sofortige Zustimmung findet, weil es mit unseren eigenen Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit zusammentrifft, für die wir im Verlauf unserer Geschichte Gut und Blut geopfert haben. Ohne den Empfehlungen der künftigen Konferenz vorzugreifen, sehe ich voraus, daß sie eine Volksgemeinschaft (Commonwealth) zum Ziel haben wird, an der die Niederlande, Indonesien, Surabaja und Curacao mit vollständiger Selbstverantwortung und Handlungsfreiheit hinsichtlich ihrer inneren Angelegenheiten, aber mit der Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfeleistung teilhaben werden.

Ich bin überzeugt, daß diese Verbindung von Unabhängigkeit und Zusammenarbeit dem Königreich und seinen Gliedern die Kraft geben kann, ihre Verantwortung nach innen wie nach außen in vollem Umfang zu tragen. Für Diskriminierung von Rasse und Nationalität bleibt dann kein Raum. Nur die Fähigkeiten des einzelnen Bürgers und die Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden dann die Politik der Regierung bestimmen...

[263] *Aus einem Memorandum des Dritten Sekretärs der amerikanischen Botschaft in China (Servise) vom 23. Januar 1943*

Die gegenwärtige Lage in der Auseinandersetzung zwischen der Kuomintang und den Kommunisten.

Ein besonders charakteristischer Eindruck, den ich während der vergangenen 18 Monate in Tschungking und auf Reisen durch Südwest- und Nordwestchina gewonnen habe, ist der, daß der innenpolitischen Lage in China, insbesondere der wachsenden Kluft zwischen der Kuomintang und den Kommunisten, größte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Die "Einheitsfront" gehört heute der Vergangenheit an, und man hält vergeblich nach optimistischen Prognosen Ausschau, daß sie wieder auferstehen könnte, solange die heutige Tendenz andauert und die heutigen – zivilen und militärischen – Führer der Kuomintang an der Macht bleiben. Die Lage ist weit davon entfernt, sich zu bessern, sie verschlechtert sich im Gegenteil immer mehr. In dem von der Kuomintang beherrschten Teil Chinas wird die Bekämpfung des Kommunismus immer stärker zu einem Lieblingsthema der Propaganda, der politischen Ausrichtung des Militärs und der Zivilbevölkerung und zum Gegenstand von Maßnahmen der Geheimpolizei und der Gendarmerie.

Man findet nicht nur eine rigorose Unterdrückung alles dessen, was unter den sich ständig erweiternden Begriff "Kommunismus" fällt, sondern es gibt allem Anschein nach auch eine starke Strömung der Abkehr sogar von den bloß äußeren Formen einer demokratischen Regierung. Man fragt sich heute nicht mehr, ob ein Bürgerkrieg vermieden werden kann, sondern eher, ob er wenigstens hinausgeschoben werden kann bis nach dem Siege über Japan.

Die Gefahren und Konsequenzen dieser Rivalität liegen offen zu Tage und sind von großer Tragweite. Militärisch stellt die heutige Lage ein großes Hindernis für China dar, sich wirksam am Krieg beteiligen zu können. Ihre weitere Verschlechterung und ein eventueller Bürgerkrieg wäre eine Katastrophe.

Diese Lage hängt deshalb direkt mit unseren eigenen Anstrengungen zur Niederwerfung Japans zusammen. Zur Zeit ist ein großer und gut ausgebildeter Teil der Kuomintang-Truppen aus dem Kampf gegen die Japaner herausgezogen worden, um die Kommunisten zu blockieren. Im Norden (Kansu und Shensi) sind die (Front-)Linien deutlich durch mehrere Linien von Bunkern und Kampfständen markiert, und diese starken Kräfte stehen Gewehr bei Fuß. Weiter südlich (Hupeh, Anwhei, Nord-Kiangsu) sind die Linien weniger deutlich markiert, und es kommt seit über zwei Jahren immer wieder zu gelegentlichen bewaffneten Auseinandersetzungen, die offenbar von den Kuomintang-Truppen ausgehen.

Auf der anderen Seite sind die kommunistischen Truppen praktisch ohne Nachschub und gezwungen, auf der Stelle zu stehen, um einen Schutzwall gegen die sogenannte Kuomintang-Gefahr zu bilden. Von den beiden Parteien wurde zugegeben, daß im Frühjahr 1942 ein Zustand extremer Spannung in den Beziehungen zwischen der Kuomintang und den Kommunisten bestand. Die Kommunisten glauben, daß lediglich die Invasion der Japaner in Yünnan sie vor einem Angriff bewahrt hat. Die Kommunisten und ihre Freunde behaupten ferner, daß die Kuomintang größere Anstrengungen unternimmt, um die Kontrolle über die ihr zugänglichen Teile Chinas zu verstärken, als den Kampf gegen die Japaner zu führen. Diese Stärkung der Position der Kuomintang wird ihr natürlich helfen, Gebiete wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen, die ihr dann wieder offenstehen werden. Ein logischer Teil einer derartigen Politik wäre die Besetzung der kommunistischen Basis in Kansu-Shensi, sobald sich dazu eine Gelegenheit bietet. Ein Erfolg dieses Unternehmens würde die Kommunisten schwächen und die eventuelle Besetzung der kommunistischen Guerilla-Zonen durch die Kuomintang erleichtern. Zur Unterstützung dieser These weisen die Kommunisten auf die Kampagne in extremen Kuomintang-Publikationen für die sofortige Beseitigung des "Grenzgebietes" hin. Ein anderer Faktor, auf den gelegentlich als möglichen Beweggrund für einen baldigen Angriff der Kuomintang auf die Kommunisten hingewiesen wird, ist die Tatsache, daß es für die Kuomintang erwünscht wäre, mit den Kommunisten fertig geworden zu sein, ehe China zum aktiven Alliierten Rußlands im Kampf gegen Japan wird.

Der mögliche militärische Wert der kommunistischen Truppen für unsere Kriegführung sollte nicht ignoriert werden. Diese Truppen beherrschen das Gebiet, durch das die Verbindungen zur

Inneren Mongolei, zur Mandschurei und zu den japanischen Basen in Nordchina führen. Die strategische Bedeutung ihrer Position würde durch den Eintritt Rußlands in den Krieg gegen Japan noch erhöht werden. Diese Bedeutung ist zwar höchst potentieller Natur, aber die Berichte aus jüngster Zeit über anhaltende erbitterte Kämpfe in Shansi zeigen, daß die Kommunisten noch immer genügend Kräfte haben, um die Japaner zu periodischen "Säuberungsaktionen" zu veranlassen. Dieser Umstand hat im Sommer 1941 auch seinen Niederschlag in der intensiven antikommunistischen Propagandakampagne der Japaner in Nordchina gefunden, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß die japanische Propaganda den antikommunistischen Tenor betont hat, um alle "kollaborationistischen" Elemente im besetzten China und die konservativeren Elemente der Kuomintang anzusprechen. Diese Aktivität in Shansi und die dortigen Schwierigkeiten der Japaner stehen in deutlichem Gegensatz zu der Inaktivität an den meisten anderen Abschnitten der Front zwischen der Kuomintang und den Japanern.
Abgesehen von ihren den Krieg unmittelbar betreffenden Aspekten sind die politischen Konsequenzen dieser Lage nicht weniger ernst zu nehmen. Angenommen offene Feindseligkeiten lassen sich gegenwärtig vermeiden, so sähe sich die Kuomintang nach der Niederwerfung und dem Rückzug der Japaner noch immer den Kommunisten gegenüber, die sich in Nordchina (Ost-Kansu, Nord-Shensi, Shansi, Süd-Chahar, Hopei, Shantung, Nord-Kiangsu und Nord-Anwhei) fest eingegraben haben. Außerdem werden die Kommunisten in der Lage sein, in das durch den Abzug der Japaner aus Suiyuan, Jehol und der Mandschurei geschaffene Vakuum nachzurücken – Gebiete, in denen schon jetzt die Kommunisten in gewissem Umfang tätig sind. Im übrigen China dürften ihnen die Sympathien mancher Kreise unter den Liberalen, den Intellektuellen und den Studenten gehören. Die Stärke dieser sympathisierenden Kreise ist zwar ungewiß, sie haben aber großen Einfluß in China und die Furcht der Kuomintang vor ihrer Macht und vor der Macht der Untergrundorganisationen, die zu schaffen und am Leben zu erhalten den Kommunisten vielleicht gelungen ist, dokumentiert sich an der Größe und den Maßnahmen der verschiedenen Organe ihrer (der Kuomintang) Geheimpolizei.
Die vielleicht größte potentielle Stärke der Kommunisten aber, und ein Grund, warum militärische Maßnahmen gegen sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen vollen Erfolg haben werden, ist die Tatsache, daß sie die ländlichen Gebiete Nordchinas im Rücken der Japaner beherrschen. Hier kann die Kuomintang sie nicht erreichen, und die Kommunisten sind offenbar in der Lage gewesen, die Bevölkerung in gewissem Umfang zu mobilisieren. Ich bin im Besitz einer geheimen Kuomintang-Schrift mit dem Titel "Hopei unter kommunistischer Herrschaft" (Communist Control of Hopei), in der Maßnahmen zur Bekämpfung der Kommunisten (z. B. durch solche Mittel wie die jetzige Blockade) besprochen werden. In der Schrift kommt man zu dem Schluß, daß, falls die Kommunisten sich nicht zur "Zusammenarbeit" bequemen (d. h. zur vollständigen Unterwerfung unter die Kuomintang), sie "ausgerottet" werden müssen. Ich hoffe, diese Schrift übersetzen zu können, die als offizielle Meinungsäußerung der Kuomintang zu der Politik, die sie in diesen Gebieten treiben wird, von großer Bedeutung sein dürfte. Man kann, wie manche kluge Chinesen es tun, mit Recht fragen, ob die Bevölkerung dieser Guerillazonen nach mehreren Jahren politischer Erziehung und wahrscheinlich mindestens teilweiser "Sowjetisierung" es ohne Widerstand hinnehmen wird, daß ihr ein Kuomintang-Regime aufgezwungen wird, das von einem solchen Geist erfüllt ist und das sich militärischer Machtmittel und politischer Unterdrückung bedient, das sich auf die Macht der Geheimpolizei und der "Gendarmerie" stützt, die schon heute wesentliche Organe eines Parteiregimes sind und die stetig weiter verstärkt und ausgebaut werden.

Nichtkommunistische Chinesen meines Bekanntenkreises (z. B. der Neffe des bekannten verstorbenen Herausgebers der Ta Kung Pao) halten die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges für das größte Problem, dem sich China gegenübersieht. Sie weisen darauf hin, daß die Kommunisten heute weit stärker sind als zu der Zeit, als sie zehn Jahre lang in Zentralchina den Kuomintang-Truppen auswichen, und daß sie noch viel stärker sein werden, wenn sich herausstellt, daß es ihnen gelungen ist, die Unterstützung der Bevölkerung in der Guerillazone zu gewinnen. Sie weisen auf mehrere Fälle der jüngsten Zeit hin, wo es den Kommunisten gelungen ist, Truppen der anderen Seite (z. B. die Truppen Yen Shi-shans) zu unterwandern und politisch zu beeinflussen, und sie fragen sich, ob diese Erscheinungen nicht die Auseinandersetzung verlängern werden und (sogar) unter Umtänden der Kuomintang, oder beiden Seiten, die Erringung des Sieges unmöglich machen werden. Dem nichtparteigebundenen Durchschnittschinesen bereitet der Gedanke, daß sich der Bürgerkrieg erneuern könnte, größten Widerwillen, und die Kuomintang hat u. U. tatsächlich Schwierigkeiten, ihre zwangsrektrutierten Truppen bei der Stange zu halten und ihre Schlagkraft zu erhalten.
Der Glaube an die Gewißheit eines Bürgerkrieges führt die gleichen Chinesen zu der Frage, ob die Vereinigten Staaten das Problem der Zukunft der Demokratie in China realistisch genug betrachtet haben. Es erhebt sich die Frage, ob es im Interesse Chinas und in Amerikas eigenem Interesse liegt, daß die Vereinigten Staaten der Kuomintang-Regierung Kriegsmaterial in großen Mengen liefern, das – nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen – wahrscheinlich nicht

gegen Japan verwendet wird, sondern für die Führung eines Bürgerkrieges bereitgehalten wird, um die "Einheit" des Landes mit bewaffneter Macht herbeizuführen. Diese Chinesen machen sich auch Gedanken über die Lage der amerikanischen Truppen, die sich u. U. bei Ausbruch eines Bürgerkrieges in China (zur Unterstützung der Kuomintang-Armee) befinden; und sie fragen sich, wie Rußland reagieren wird, vor allem wenn Rußland zu dieser Zeit zu einem Partner beim Sieg über Japan geworden ist.
Aber selbst unter Vernachlässigung dieser problematischen Konsequenzen kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein Bürgerkrieg in China – ja selbst der Weiterbestand der gegenwärtigen verfahrenen Lage – die Rückkehr friedlicher Verhältnisse aufs schwerste behindern wird. Diese Behinderung eines geregelten Wiederaufbaus Chinas wird als solche amerikanische Interessen ernstlich in Mitleidenschaft ziehen. Selbst wenn ein Konflikt vermieden wird, kann die Fortdauer oder, wie es in einem solchen Fall wahrscheinlich ist, die Verschlechterung der ohnehin schon angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, ist die Wahrscheinlichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs natürlich noch größer.
Es besteht auch die Möglichkeit, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten der kommunistischen Propaganda bei den kriegsmüden, über Gebühr zu Kriegsdiensten herangezogenen und unter der Steuerlast stöhnenden Bauern den Boden bereiten und so zu einer Revolte führen, die weit über die gemäßigte Demokratie hinausgeht, die von den Kommunisten als Ziel proklamiert wird. Eine solche kommunistische Regierung wäre wahrscheinlich keine demokratische Regierung im amerikanischen Sinne. Und es ist wahrscheinlich, daß diese kommunistische Regierung mehr zur Freundschaft und Zusammenarbeit mit Rußland als mit Großbritannien und Amerika neigte, selbst wenn die Vereinigten Staaten sich nicht die Feindschaft der Kommunisten wegen angeblicher materieller und diplomatischer Unterstützung der Kuomintang zugezogen hätten.
Aus diesen Gründen scheint es deshalb im Interesse der Vereinigten Staaten zu liegen, sich zu bemühen, eine Verschlechterung der innenpolitischen Lage in China zu verhindern und, wenn möglich, eine Besserung herbeizuführen.

Die Kommunisten selbst (Tschu En-lai und Liu Piao in einem Gespräch mit John Charter Vincent und dem Unterzeichneten um den 20. November 1942) sind der Auffassung, daß nur durch Einwirkung auf die Kuomintang vom Ausland her (damit ist offenbar Amerika gemeint) eine Besserung der Situation herbeigeführt werden könne. Sie sind sich zwar bewußt, daß es schwierig ist, vom Ausland her erfolgversprechende Vorschläge zu innerchinesischen Angelegenheiten zu machen, wie taktvoll sie auch immer vorgetragen werden mögen. Aber sie glauben, daß es seine Wirkung auf die weiterblickenden Persönlichkeiten in der Führung der Kuomintang, wie den Generalissimus, nicht verfehlen werde.
Die Kommunisten machten mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems. Einer besteht darin, daß wir bei unseren Geschäften mit der chinesischen Regierung und in unserer Propaganda in China die politische Natur des Weltkonflikts betonen: Demokratie gegen Faschismus. Dazu gehörte, daß immer wieder der amerikanischen Hoffnung auf die Verwirklichung echter Demokratie in China Ausdruck gegeben wird. An die Adresse der Kuomintang gerichtet sollte dabei unüberhörbar sein, daß wir die Lage in China kennen und darüber besorgt sind.
Ein anderer Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die chinesische kommunistische Armee in irgendeiner Form als Teilnehmer am Krieg gegen den Faschismus anerkannt wird. Die Vereinigten Staaten könnten intervenieren mit dem Ziel, daß die Kuomintang-Blockade aufgehoben wird und daß die "8. Armee" von der Zentralregierung Unterstützung erhält. Die Kommunisten hoffen, daß die kommunistischen Truppen einen angemessenen Anteil der nach China geschickten amerikanischen Versorgungsgüter erhalten.
Ein anderer Weg, um der Kuomintang unser Interesse an der Situation zu erkennen zu geben, wäre die Entsendung amerikanischer Vertreter zum Besuch des kommunistischen Gebietes. Ich habe diesen Vorschlag nicht von den Chinesen selbst gehört. Aber es gibt keinen Zweifel daran, daß sie eine derartige Maßnahme begrüßen würden.
Dieser Besuch hätte außerdem den großen Vorteil, daß wir umfassende und zuverlässige Informationen über die kommunistische Seite der Lage erhielten. Z. B. könnten wir bessere Antworten auf einige der folgenden Fragen bekommen: In welchem Umfang haben die Kommunisten ihre "Einheitsfront"-Versprechen eingelöst? Welche Form hat ihre örtliche Regierung? Wie "kommunistisch" ist sie? Zeigt sie irgendwelche demokratischen Züge oder Möglichkeiten? Hat sie die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen? Wie schneidet sie ihrer Form nach im Vergleich zu der Kuomintang-Regierung ab? Wie schneiden die Kommunisten bei der Behandlung der Bevölkerung in bezug auf Steuererhebung, Getreiderequirierung, Wehrdienst und Arbeitsverpflichtung im Vergleich zu der Praxis im Kuomintang-Gebiet ab? Wie stark sind die Kommunisten militärisch und wirtschaftlich und wie hoch ist ihr möglicher Wert für die Sache der Alliierten zu veranschlagen? Wie haben sie Probleme wie Inflation, Preiskontrolle, Entwicklung der wirtschaftlichen Hilfsmittel im Hinblick auf die Kriegführung und Handel mit

dem Gegner behandelt? Ist die Bevölkerung in den Guerilla-Gebieten so weit mobilisiert und aufgepeitscht worden, wie dies zur Unterstützung einer wirklich erfolgreichen Guerillakriegführung notwendig ist?

[264] *Gemeinsame Erklärung der Konferenz der großostasiatischen Staaten in Tokio am 5. November 1943*

Die erste Voraussetzung für die Schaffung des Weltfriedens ist, daß die Völker der Welt den ihnen zukommenden Platz einnehmen und durch gegenseitigen Beistand und Hilfe zu allgemeinem Wohlstand gelangen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Britische Empire haben bei ihrem Streben nach wirtschaftlicher Prosperität andere Nationen und Völker unterdrückt. Besonders in Ostasien haben sie sich maßloser Aggression und Ausbeutung schuldig gemacht und ihren unersättlichen Ehrgeiz dadurch zu befriedigen gesucht, daß sie dieses Gebiet ihrem Joch unterwarfen; sie sind auf diese Weise zu einer ernsten Bedrohung der Stabilität Ostasiens geworden. Hier liegt die Ursache für den gegenwärtigen Krieg.
Die Nationen Groß-Ostasiens wollen in dem Bemühen, zum Weltfrieden beizutragen, den Krieg in Groß-Ostasien gemeinsam führen, um ihn erfolgreich beenden zu können, ihre Gebiete vom Joch der britisch-amerikanischen Herrschaft zu befreien, ihre Existenz und Verteidigungskraft zu stärken und ein neues Groß-Ostasien aufzubauen, und zwar nach folgenden Grundsätzen:
I. Die Länder Groß-Ostasiens wollen durch eine enge Zusammenarbeit die Stabilität ihrer Gebiete sichern und eine neue Ordnung, gegründet auf wirtschaftliche Prosperität und Gerechtigkeit, schaffen.
II. Die Länder Groß-Ostasiens wollen in ihren Gebieten ein brüderliches Zusammenleben der Völker gewährleisten, die ihre Souveränität und Unabhängigkeit gegenseitig respektieren und im Geiste gegenseitiger Unterstützung und Freundschaft handeln.
III. Die Länder Groß-Ostasiens wollen die Kultur und Zivilisation Groß-Ostasiens fördern, indem sie ihre Traditionen gegenseitig respektieren und die schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten der verschiedenen Rassen zur Entfaltung bringen.
IV. Die Länder Groß-Ostasiens wollen bestrebt sein, ihre wirtschaftliche Entwicklung durch eine enge Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu beschleunigen, und damit gegenseitig den allgemeinen Wohlstand fördern.
V. Die Länder Groß-Ostasiens wollen freundliche Beziehungen mit den Ländern der ganzen Welt unterhalten und sich für die Abschaffung rassischer Diskriminierung, die Pflege kultureller Beziehungen und die Erschließung von Naturschätzen einsetzen und damit zum Fortschritt der ganzen Menschheit beitragen.

[265] *Aus Charles de Gaulles Rede zur Eröffnung der Konferenz von Brazzaville am 30. Januar 1944*

Wenn man die Unternehmungen unserer Zeit nach den vergangenen Irrungen beurteilen wollte, könnte man sich darüber wundern, daß die französische Regierung beschlossen hat, die Afrika-Konferenz einzuberufen. "Wartet!" würde uns zweifellos die falsche Vorsicht von früher raten, "der Krieg ist noch nicht zu Ende. Noch weniger kann man wissen, wie morgen der Friede aussehen wird. Und hat Frankreich nicht wahrlich dringendere Sorgen als die Zukunft seiner überseeischen Gebiete? "
Aber die Regierung meint, daß in Wirklichkeit nichts ungerechtfertigter wäre als dieser Verzicht, nichts unvorsichtiger als diese Vorsicht. Wahrlich, die gegenwärtige Lage, so grausam und kompliziert sie auch sein mag, darf uns keineswegs zur Stimmenthaltung raten; im Gegenteil, sie befiehlt uns Unternehmungsgeist. Das ist wahr für alle Bereiche und besonders für das Thema der Konferenz von Brazzaville. Denn – ohne daß wir die Dringlichkeit der Gründe übertreiben wollen, die uns zu einer Gesamtuntersuchung der Probleme des französischen Afrika zwingen – wir glauben, daß die gewaltigen welterschütternden Ereignisse uns verpflichten, nicht länger zu zögern: daß die schreckliche Prüfung der zeitweiligen Besetzung des Mutterlandes durch den Gegner dem kriegführenden Frankreich nichts von seinen Pflichten und von seinen Rechten entzieht; schließlich, daß die nunmehr vollendete Sammlung aller unserer afrikanischen Besitzungen uns eine ausgezeichnete Gelegenheit bietet, durch die Initiative und unter der Leitung des Herrn Kommissars für die Kolonien [Pleven] die Männer zusammenzuführen, die die Ehre und Bürde tragen, im Namen Frankreichs seine afrikanischen Gebiete zu regieren, auf daß sie gemeinsam arbeiten, ihre Ideen und Erfahrungen konfrontieren. Wo sollte eine solche Versammlung stattfinden, wenn nicht in Brazzaville, das während schrecklicher Jahre die Zuflucht unse-

rer Ehre und unserer Unabhängigkeit war, das das Beispiel für die rühmenswerteste französische Leistung bleibt?
Seit einem halben Jahrhundert haben Franzosen auf den Appell einer viele hundert Jahre alten zivilisatorischen Berufung, unter dem Antrieb der Regierungen der Republik und unter der Führung von Männern wie Galliéni, Brazza, Dodds, Joffre, Binger, Marchand, Gentil, Foureau, Lamy, Borgnis-Desbordes, Archinard, Lyautey, Gouraud, Mangin, Largeau einen großen Teil dieses Schwarzen Afrika durchdrungen, befriedet, der Welt geöffnet – dieses Afrika, das seine Ausdehnung, sein schlechtes Klima, die Macht der natürlichen Hindernisse, das Elend und die Vielfalt seiner Bevölkerung seit dem Morgengrauen der Geschichte in Schmerzen und Undurchdringlichkeit festhielt.
Was von uns für die Entwicklung der Reichtümer und für das Wohl der Menschen im Lauf dieses Marsches nach vorn geleistet wurde: um es zu erkennen, brauchen wir nur unsere Gebiete zu durcheilen, und um es anzuerkennen, brauchen wir nichts als ein Herz. Aber wie ein Fels, der den Abhang hinabrollt, in jedem Augenblick schneller sich bewegt, so zwingt uns das Werk, das wir hier begonnen haben, ohne Unterlaß größere Aufgaben auf. In dem Augenblick, als der gegenwärtige Weltkrieg ausbrach, war bereits die Notwendigkeit deutlich, die Bedingungen der Erschließung unseres Afrika, des menschlichen Fortschritts seiner Bewohner und der Ausübung der französischen Souveränität auf eine neue Basis zu stellen.
Wie immer überstürzt der Krieg selbst die Entwicklung. Einmal, weil er bisher zum guten Teil ein afrikanischer Krieg war und weil gleichzeitig die absolute und relative Bedeutung der Rohstoffe, Verbindungslinien und Truppen Afrikas im harten Licht des Kriegsschauplatzes erschien; zweitens und vor allem jedoch, weil es in diesem Krieg um nicht mehr und nicht weniger geht als die Würde des Menschen; unter dem Antrieb der seelischen Kräfte, die er überall auslöste, erhebt ein jeder sein Haupt, blickt über den Augenblick hinaus und befragt sich über sein Geschick.
Wenn es eine imperiale Macht gibt, die der Lauf der Geschichte dazu führt, sich an ihren Lehren zu inspirieren und edel und freiheitlich den Weg in die neuen Zeiten zu wählen, denen sie 60 Millionen Menschen in enger Schicksalsgemeinschaft mit ihren 42 Millionen Kindern entgegenführen will – dann ist diese Macht Frankreich. Erstens und ganz einfach, weil es Frankreich ist, das heißt die Nation, deren unsterbliches Genie für Initiativen bezeichnend ist, die schrittweise die Menschen zu den Gipfeln der Würde und Brüderlichkeit erheben, auf denen sich eines Tages alle werden vereinen können. Zweitens, weil Frankreich in der Not einer vorläufigen Niederlage in seinen überseeischen Ländern Zuflucht und die Ausgangsbasis für seine Befreiung fand; nicht eine einzige Minute lang haben die Völker dieser Länder in allen Teilen der Welt ihre Treue verraten. Darum besteht von nun an zwischen dem Mutterland und seinem Imperium eine definitive Bindung. Drittens, weil Frankreich die der Größe des Dramas entsprechenden Entscheidungen trifft, weil es heute für sich selbst und für alle, die von ihm abhängen, von einem glühenden und praktischen Willen zur Erneuerung beseelt ist.
[...]
Im französischen Afrika wie in allen anderen Territorien, wo Menschen unter unserer Flagge leben, gibt es keinen Fortschritt, wenn die Menschen nicht in ihrem Heimatland daraus idellen und materiellen Nutzen ziehen, wenn sie nicht Schritt für Schritt aufwärtssteigen, bis sie fähig sind, bei sich daheim an der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten mitzuwirken. Es ist Frankreichs Pflicht, so zu handeln, daß dies geschieht.
Das ist das Ziel, dem wir zustreben sollen. Wir verhehlen uns nicht die Länge der Etappen. Sie, meine Herren Generalgouverneure und Gouverneure, stehen mit den Füßen fest genug auf dem Boden Afrikas, um niemals den Sinn für das Realisierbare und folglich Praktische zu verlieren. Im übrigen kommt es der französischen Nation und ihr allein zu, im gegebenen Moment die Reformen in der Struktur des Imperiums vorzunehmen, die sie in ihrer Souveränität beschließen wird...

[266] *Der Pakt der Liga der Arabischen Staaten vom 22. März 1945*

Seine Exzellenz der Präsident der Syrischen Republik,
Seine Königliche Hoheit der Emir von Transjordanien,
Seine Majestät der König des Irak,
Seine Majestät der König von Saudi-Arabien,
Seine Exzellenz der Präsident der Libanesischen Republik,
Seine Majestät der König von Ägypten,
Seine Majestät der König des Jemen
haben beschlossen,

im Hinblick auf die Stärkung der engen Beziehungen und zahlreichen Zusammenhänge, welche die arabischen Staaten verbinden,
und in Sorge um die Verstärkung dieser Bande auf der Basis der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität dieser Staaten,
und um ihre Bemühungen auf das Ziel des Wohlergehens aller arabischen Staaten, ihre gemeinsamen Interessen, die Sicherung ihrer Zukunft und die Verwirklichung ihrer Hoffnungen zu richten,
und in Antwort auf die öffentliche Meinung in allen arabischen Staaten,
einen Vertrag zu diesem Zweck zu schließen.
Als ihre Beauftragten wurden die folgenden Delegierten entsandt:
[folgen die Namen]
Nach dem Austausch der Beglaubigungsschreiben, die als gültig und der Form entsprechend befunden wurden, einigten sich die vorstehend genannten Delegierten auf Folgendes:

§ 1

Die Liga der Arabischen Staaten soll aus den unabhängigen arabischen Staaten bestehen, welche diesen Vertrag unterzeichnet haben.
Jeder unabhängige arabische Staat soll das Recht haben, der Liga anzugehören. Wenn er den Beitritt wünscht, so ist sein Antrag an das ständige Generalsekretariat der Liga zu stellen und auf der ersten Sitzung, welche der Antragstellung folgt, dem Rat der Liga vorzulegen.

§ 2

Der Zweck der Liga ist, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten enger zu gestalten und ihre politische Aktivität mit dem Ziel aufeinander abzustimmen, eine engere Zusammenarbeit und den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern und im allgemeinen die Interessen der arabischen Staaten wahrzunehmen.
Unter der nötigen Berücksichtigung der Struktur der einzelnen Staaten und der dort vorherrschenden Lebensbedingungen soll auch eine enge Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten bezweckt werden:
a) wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten, einschließlich Handel, Zoll, Währung, Landwirtschaft und Industrie,
b) Verkehr, einschließlich Eisenbahnen, Straßen, Flugwesen, Schiffahrt, Post- und Telegraphenwesen,
c) kulturelle Angelegenheiten,
d) Angelegenheiten, die mit Nationalität, Pässen, Visen und der Durchführung von Urteilen und Ausweisungen zusammenhängen,
e) Angelegenheiten der Sozialfürsorge,
f) Gesundheitswesen.

§ 3

Die Liga wird einen Rat haben, der aus den Vertretern der Mitgliedstaaten besteht. Ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Delegierten soll jeder Staat eine Stimme haben.
Dem Rat wird die Funktion der Liga und die Verwirklichung ihres Zweckes anvertraut. Er hat die Ausführung der Abmachungen zwischen den Mitgliedstaaten zu überwachen in den Angelegenheiten, welche im vorstehenden § 2 erwähnt wurden, oder in anderen Angelegenheiten.
Der Rat hat auch die Aufgabe, zu bestimmen, in welcher Art und Weise die Liga mit den internationalen Organisationen zusammenarbeiten wird, welche in der Zukunft zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit und zur Organisierung von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gegründet werden könnten.

§ 4

Für jede der in § 2 aufgezählten Katagorien soll ein Komitee gebildet werden, in dem die Mitgliedschstaaten vertreten sind. Diese Komitees haben die Aufgabe, Basis und Reichweite der Zusammenarbeit in der Form von Vertragsentwürfen festzustellen, welche dem Rat der Liga zur Prüfung vorzulegen sind, ehe sie den einzelnen Staaten unterbreitet werden.
Die Vertreter der anderen arabischen Staaten können diesen Komitees als Mitglieder angehören. Der Rat der Liga soll entscheiden, unter welchen Umständen und auf welcher Basis die Teilnahme dieser Vertreter gestattet werden kann.

§ 5

Der Gebrauch von Gewalt, um einen Disput zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten zu beseitigen, ist nicht gestattet. Sollte ein Disput zwischen ihnen entstehen, der nicht die Unabhängigkeit eines Staates, seine Souveränität oder sein Hoheitsgebiet betrifft, sollen die beiden streitenden Parteien den Rat der Liga um Beseitigung des Disputs bitten; die Entscheidung des Rates der Liga tritt dann sofort in Kraft und ist verbindlich.
In diesem Falle nehmen die in den Disput verwickelten Staaten nicht an den Beratungen und Entscheidungen des Rates der Liga teil.
Der Rat der Liga soll in einem Disput, der zu einem Krieg zwischen zwei Mitgliedstaaten oder zwischen einem Mitglied und einem anderen Staat führen könnte, versöhnend vermitteln.

Entscheidungen über Schiedssprüche und Vermittlung sollen durch Mehrheitsbeschluß gefaßt werden.
§ 6
Im Falle eines Angriffes oder der Drohung eines Angriffes gegen einen Mitgliedstaat durch einen anderen Staat kann der Angegriffene oder der von einem Angriff Bedrohte das sofortige Treffen des Rates der Liga verlangen.
Der Rat soll die notwendigen Maßnahmen bestimmen, um die Aggression zurückzuweisen. Seine Entscheidung soll einstimmig sein. Wurde der Angriff durch einen Mitgliedstaat verübt, so wird die Stimme dieses Staates bei der Feststellung der Einstimmigkeit nicht gezählt.
Wenn der Angriff in einer Weise durchgeführt wird, daß es der Regierung des angegriffenen Staates unmöglich ist, mit dem Rat der Liga in Verbindung zu treten, so kann der Vertreter dieses Staates im Rat der Liga den Rat bitten, zu dem im vorhergehenden Absatz genannten Zweck zusammenzutreten. Wenn der Vertreter nicht mit dem Rat der Liga in Verbindung treten kann, so hat jeder andere Mitgliedstaat das Recht, eine Sitzung des Rates der Liga zu beantragen.
§ 7
Die Entscheidungen des Rates der Liga, welche einstimmig angenommen wurden, sind für alle Mitgliedstaaten bindend. Diejenigen Entschlüsse, welche durch einen Mehrheitsbeschluß angenommen wurden, sind nur für die Staaten bindend, welche für sie gestimmt haben.
In beiden Fällen sollen die Entscheidungen des Rates der Liga in jedem Staat in Übereinstimmung mit seiner verfassungsmäßigen Struktur ausgeführt werden.
§ 8
Jeder Mitgliedstaat der Liga soll die in den anderen Staaten übliche Regierungsform respektieren, diese Regierungsform als ein Recht dieser Staaten anerkennen und sich verpflichten, nichts zu unternehmen, um diese Regierungsform zu ändern.
§ 9
Diejenigen Staaten der Arabischen Liga, welche noch engere Zusammenarbeit und noch stärkere Bindung untereinander wünschen, als sie dieser Vertrag vorsieht, können untereinander jeden Vertrag schließen, den sie für diesen Zweck für wünschenswert halten.
Verträge und Abkommen, welche zwischen einem Mitgliedstaat und einem anderen Staat bereits bestehen oder in Zukunft abgeschlossen werden könnten, sind nicht verbindlich für die anderen Mitglieder.
§ 10
Der ständige Sitz der Liga der Arabischen Staaten soll Kairo sein. Der Rat der Liga kann an jedem Ort tagen, den er vorschlägt.
§ 11
Der Rat der Liga soll zweimal jährlich eine ordentliche Sitzungsperiode halten, und zwar während der Monate März und Oktober. Außerordentliche Sitzungen sollen auf Antrag von zwei Mitgliedstaaten dann gehalten werden, wenn die Notwendigkeit dafür gegeben ist.
§ 12
Die Liga soll ein ständiges Generalsekretariat haben, das aus einem Generalsekretär, einem Assistenten und einer ausreichenden Zahl von Beamten bestehen wird...
§ 15
Die erste Sitzung des Rates der Liga soll durch eine Einladung des Chefs der ägyptischen Regierung einberufen werden. Die späteren Sitzungen werden vom Generalsekretär einberufen. In jeder ordentlichen Sitzungsperiode sollen die Vertreter der Mitgliedstaaten der Reihe nach den Vorsitz führen.
§ 20
Der vorliegende Vertrag und seine Nachträge sollen in Übereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Vorschriften eines jeden vertragschließenden Staates ratifiziert werden...
Der vorliegende Vertrag wurde in arabischer Sprache am 8. Rabi El Thani 1364 (22. März 1945) in Kairo in einem einzigen Text entworfen, welcher beim Generalsekretariat hinterlegt wird.

[267] *Aus Mao Tse-tungs Schrift "Über die Koalitionsregierung" vom 24. April 1945*

...Von der Hauptforderung – der Forderung nach völliger Zerschlagung der japanischen Eindringlinge und nach Aufbau des neuen Chinas – ausgehend, sind wir Kommunisten in der gegenwärtigen Etappe der historischen Entwicklung Chinas der gleichen Meinung wie die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung des Landes in bezug auf folgende Thesen: Erstens darf die Staatsordnung Chinas keine feudale, faschistische, volksfeindliche Ordnung, keine Ordnung der Diktatur der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie sein, da diese volksfeindliche Staatsordnung in den achtzehn Jahren der Herrschaft der Hauptclique der Kuomintang ihre völlige

Unhaltbarkeit bewiesen hat. Zweitens ist es in China unmöglich, und folglich sollte man es auch gar nicht versuchen, einen Staat der demokratischen Diktatur alten Typus aufzubauen, einer Diktatur, die nur von der nationalen Bourgeoisie allein ausgeübt wird, da einerseits die nationale Bourgeoisie in China ökonomisch und politisch äußerst schwach ist, andererseits aber in China schon seit langem ein solcher neuer Faktor in Erscheinung getreten ist wie das bewußte, seine Macht auf der politischen Bühne demonstrierende und an der Spitze der breiten Massen der Bauernschaft, der städtischen Kleinbourgeoisie, der Intelligenz und der anderen demokratischen Elemente stehende chinesische Proletariat und sein Führer – die Kommunistische Partei Chinas. Drittens kann in der gegenwärtigen Etappe, solange die Aufgabe des chinesischen Volkes nach wie vor der Kampf gegen die nationale und die feudale Unterdrückung bleibt und solange die notwendigen gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen fehlen, das chinesische Volk bei sich nicht die sozialistische Staatsordnung einführen.
Was fordern wir denn also? Wir sind der Meinung, daß nach der völligen Zerschlagung der japanischen Eindringlinge in China eine Staatsordnung geschaffen werden muß, die auf dem demokratischen Bündnis der Teilnehmer an der Einheitsfront beruht, sich auf die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung des ganzen Landes stützt und unter Führung der Arbeiterklasse steht. Eine solche Staatsordnung nennen wir neudemokratische Ordnung...
Die neudemokratische politische Ordnung, deren Errichtung wir anstreben, setzt voraus, daß das fremde nationale Joch abgeworfen, die feudale faschistische Unterdrückung im Land beseitigt und sofort danach nicht die politische Ordnung einer Demokratie alten Typus, sondern eine auf der Einheitsfront beruhende politische Ordnung geschaffen wird, die alle demokratischen Klassen vereint. Diese unsere Forderungen stimmen voll und ganz mit den revolutionären Forderungen Sun Jat-sens überein. Sun Jat-sen schrieb im Manifest des I. Gesamtchinesischen Kuomintangkongresses: "Gegenwärtig wird die sogenannte Volksmacht in verschiedenen Ländern häufig von der Bourgeoisie monopolisiert und verwandelt sich in ein Instrument zur Unterdrückung des einfachen Volkes. Das Kuomintangprinzip der Volksmacht dagegen bedeutet, daß die Macht Gemeingut des gesamten einfachen Volkes sein muß und nicht von einem Häuflein Menschen angeeignet werden darf." Das ist das große politische Vermächtnis Sun Jat-sens. Das chinesische Volk, die Kommunistische Partei Chinas und alle anderen demokratischen Kräfte müssen dieses Vermächtnis wie ein Heiligtum hüten und es entschlossen in die Tat umsetzen; sie müssen entschieden gegen alle Personen und Gruppen kämpfen, die dieses Vermächtnis verletzen und dagegen handeln, und so dieses durchaus richtige politische Prinzip der neuen Demokratie verteidigen und entwickeln.
Die neudemokratische Macht muß sich auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufbauen; dabei wird der allgemeine politische Kurs bestimmt durch die Tagungen der Volksdeputierten verschiedener Stufen, die auch die Organe dieser Macht wählen. Eine solche Macht wird sowohl demokratisch als auch zentralisiert sein; sie wird, mit anderen Worten, die Zentralisierung auf der Grundlage der Demokratie und die Demokratie bei zentralisierter Führung in sich vereinen. Nur eine solche Ordnung gestattet es einerseits, eine breite Demokratie zu verwirklichen und den Tagungen der Volksdeputierten aller Stufen die ganze Fülle der Macht zu geben, und andererseits die Staatsangelegenheiten zentralisiert zu entscheiden; nur sie gewährleistet den Machtorganen aller Stufen die Möglichkeit, die Angelegenheiten, die ihnen durch die entsprechenden Tagungen der Volksdeputierten übertragen werden, zentralisiert zu entscheiden, und garantiert zugleich dem Volk die volle Freiheit der demokratischen Tätigkeit...
Alle chinesischen Kommunisten sowie alle, die mit den Ideen des Kommunismus sympathisieren, müssen jedoch für die Erreichung des Zieles kämpfen, das wir uns in der gegenwärtigen Etappe setzen: für das Abwerfen des fremden nationalen Jochs, für die Beseitigung des feudalen Jochs, für die Befreiung des chinesischen Volkes vom tragischen Los der Bevölkerung eines kolonialen, halbkolonialen und halbfeudalen Landes, für den Aufbau des unabhängigen, freien, demokratischen, einheitlichen, reichen und mächtigen Chinas, eines seinem Charakter nach neudemokratischen Staates, der vom Proletariat geführt wird, eines Staates, dessen Tätigkeit die Befreiung der Bauernschaft zum Hauptinhalt hat – mit anderen Worten für den Aufbau eines Staates der drei revolutionären Volksgrundsätze Sun Jat-sens. So handeln wir auch. Zur Erreichung dieses Zieles führen wir Kommunisten gemeinsam mit den breiten Massen des chinesischen Volkes seit vierundzwanzig Jahren einen heroischen Kampf...
2. Die Einpartei-Diktatur der Kuomintang ist zu beseitigen, eine demokratische Koalitionsregierung muß gebildet werden.
Zur endgültigen Zerschlagung der japanischen Eindringlinge ist es notwendig, demokratische Umgestaltungen im ganzen Lande durchzuführen. Aber das ist ohne Beseitigung der Einpartei-Diktatur der Kuomintang und ohne Bildung einer demokratischen Koalitionsregierung unmöglich.
Die sogenannte Einpartei-Diktatur der Kuomintang ist faktisch die Diktatur der volksfeindlichen Clique in der Kuomintang, ein diktatorisches Regime, das den nationalen Zusammenschluß hintertreibt, die militärischen Niederlagen an der Kuomintangfront verschuldet hat und

das Haupthindernis auf dem Wege der Mobilisierung und Vereinigung der gegen die japanischen Eindringlinge kämpfenden Kräfte des chinesischen Volkes ist. An Hand der bitteren Erfahrungen der acht Kriegsjahre hat sich das chinesische Volk zutiefst davon überzeugt, daß dieses diktatorische Regime verbrecherisch ist, und fordert ganz natürlich seine unverzügliche Beseitigung. Diese volksfeindliche Diktatur birgt gleichzeitig die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in sich. Ohne die unverzügliche Beseitigung dieser Diktatur werden die Schrecken eines neuen Bürgerkrieges unabwendbar sein...

Um mit der Einpartei-Diktatur der Kuomintang Schluß zu machen, schlagen wir Kommunisten vor, nacheinander folgende zwei Maßnahmen durchzuführen: erstens, in der gegenwärtigen Etappe eine provisorische Koalitionsregierung auf der Grundlage einer Verständigung zwischen den Vertretern aller Parteien, Gruppen und parteilosen Persönlichkeiten zu bilden; zweitens, in der nächsten Etpappe auf dem Wege freier, ungehinderter Wahlen eine Nationalversammlung einzuberufen, die so, wie es sich gehört, die Koalitionsregierung bilden wird. Mit einem Wort, sowohl die eine als auch die andere Regierung müssen Koalitionsregierungen sein, müssen die Vertreter aller Klassen und Parteien, die eine Beteiligung wünschen, zu einer Einheit zusammenschließen, müssen auf der Grundlage eines gemeinsamen demokratischen Programms dafür kämpfen, daß jetzt der Krieg gegen die japanischen Eindringlinge zu Ende geführt und in Zukunft ein neues China aufgebaut wird....

10. Fragen der Außenpolitik

Die Kommunistische Partei Chinas billigt die Atlantik-Charta und die Beschlüsse der Konferenzen von Moskau, Kairo, Teheran und der Krimkonferenz, da diese Beschlüsse zur Zerschlagung der faschistischen Aggressoren sowie zur Errichtung und Aufrechterhaltung des Friedens in der ganzen Welt beitragen.

Die Hauptprinzipien der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Gebiet der Außenpolitik bestehen darin, diplomatische Beziehungen zu allen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln, alle Fragen der gegenseitigen Beziehungen, wie zum Beispiel die Fragen der Koordinierung der militärischen Operationen, der Friedenskonferenz, des Handels, der Kapitalanlagen usw., zu lösen unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, daß die japanischen Eindringlinge völlig geschlagen werden, daß der internationale Frieden aufrechterhalten wird, daß die Beteiligten die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Staaten gegenseitig anerkennen, die Interessen der Staaten und Völker gegenseitig fördern und daß die Freundschaft zwischen den Völkern gefestigt wird.

Die Kommunistische Partei Chinas ist mit den Vorschlägen der Konferenz in Dumbarton Oaks und mit den Beschlüssen der Krimkonferenz in der Frage der Bildung eines Organs zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit nach dem Kriege voll und ganz einverstanden. Die Kommunistische Partei Chinas begrüßt die Konferenz der Vereinten Nationen in San Franzisko. Die Kommunistische Partei hat ihren Vertreter als Mitglied der chinesischen Delegation zur Konferenz in San Franzisko entsandt, um den Willen des chinesischen Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind der Meinung, daß die Kuomintangregierung ihre feindselige Einstellung zur Sowjetunion aufgeben und die chinesisch-sowjetischen Beziehungen unverzüglich verbessern muß. Die Sowjetunion hatte als erste auf die nicht gleichberechtigten Verträge verzichtet und mit China neue, gleichberechtigte Verträge abgeschlossen. Zur Zeit des I. Kuomintangkongresses, der von Sun Jat-sen im Jahre 1924 einberufen wurde, und später, in der Periode des Nordfeldzugs, war die Sowjetunion der einzige Staat, der den Befreiungskrieg Chinas unterstützte. Als im Jahre 1937 der Krieg gegen die japanischen Eindringlinge begann, kam die Sowjetunion wiederum als erste China in seinem Kampf gegen den Aggressor zur Hilfe. Das chinesische Volk spricht der Sowjetregierung und dem Sowjetvolk für diese umfassende Hilfe seinen Dank aus. Wir sind der Meinung, daß die endgültige und völlige Lösung der pazifischen Probleme ohne die Mitwirkung der Sowjetunion unmöglich ist.

Wir fordern, daß die Regierungen der verbündeten Mächte, vor allem die Regierungen der USA und Englands, der Stimme der breitesten Massen des chinesischen Volkes aufmerksam und ernsthaft Gehör schenken und nicht zulassen, daß ihre Außenpolitik dem Willen des chinesischen Volkes zuwiderläuft und folglich der Freundschaft dieser Mächte mit dem chinesischen Volk Abbruch tut. Wir sind der Meinung, daß jede ausländische Regierung einen äußerst schweren Fehler beginge, wenn sie die chinesischen Reaktionäre unterstützen und die demokratischen Bestrebungen des chinesischen Volkes bekämpfen würde.

Das chinesische Volk begrüßt den Verzicht einer Reihe ausländischer Regierungen auf die nicht gleichberechtigten Verträge mit China und die Schritte, die sie unternehmen, um neue, gleichberechtigte Verträge mit unserem Lande abzuschließen. Der Abschluß gleichberechtigter Verträge wird aber unserer Meinung nach noch nicht bedeuten, daß China die wahre Gleichberechtigung bereits wirklich erlangt hat. Die wirkliche, die wahre Gleichberechtigung kann nicht einfach aus den Händen ausländischer Regierungen empfangen werden: sie muß vor allem durch Anstrengungen des chinesischen Volkes selbst erkämpft werden; diese Anstrengungen aber

müssen darauf gerichtet sein, China in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht in einen neudemokratischen Staat zu verwandeln. Andernfalls wird China nur formal und nicht tatsächlich ein unabhängiger und gleichberechtigter Staat werden. China wird, mit anderen Worten, bei einer Politik, wie sie jetzt von der Kuomintangregierung betrieben wird, unter keinen Umständen wahre Unabhängigkeit und wahre Gleichberechtigung erlangen können...
Wir halten den Beschluß der Kairo-Konferenz in der Frage der Unabhängigkeit Koreas für richtig. Das chinesische Volk muß dem koreanischen Volk helfen, seine Befreiung zu erlangen. Wir möchten, daß Indien unabhängig wird, denn ein unabhängiges, demokratisches Indien ist nicht nur für das indische Volk selbst, sondern auch für die Sache des Friedens in der ganzen Welt notwendig.
Was die Länder der Südlichen Meere – Birma, Malaya, Indonesien, Vietnam und die Philippinen – betrifft, so möchten wir, daß die Völker dieser Länder nach Zerschlagung der japanischen Eindringlinge das Recht erlangten, eigene unabhängige, demokratische Staaten zu schaffen. Was jedoch Thailand anbetrifft, so wird man es ebenso behandeln müssen wie die faschistischen Satelliten in Europa.
Das ist im wesentliches alles, was die konkreten Forderungen unseres Programms betrifft.
Ich wiederhole: diese konkreten Forderungen können nicht in ganz China erfolgreich in die Tat umgesetzt werden, wenn nicht eine für das ganze Land einheitliche demokratische Koalitionsregierung gebildet wird.
In den vierundzwanzig Jahren des Kampfes für die Befreiung des chinesischen Volkes hat sich die Kommunistische Partei Chinas eine solche Position erkämpft, daß, falls beliebige politische Parteien oder soziale Gruppen, beliebige Chinesen oder Ausländer versuchen sollten, die Meinung der Kommunistischen Partei Chinas in Fragen, die China betreffen, nicht zu berücksichtigen, sie einen schweren Fehler begehen und sich zum Bankrott verurteilen würden. Es gab und gibt auch heute noch Menschen, die nach wie vor versuchen, ihre eigenen Ansichten eigenmächtig in die Tat umzusetzen, ohne unsere Meinung zu berücksichtigen. Im Ergebnis aber kommt nach wie vor bei ihnen nie etwas heraus. Wie erklärt sich das? Das erklärt sich ausschließlich dadurch, daß unsere Ansichten den Interessen der breiten Massen des chinesischen Volkes entsprechen. Die Kommunistische Partei Chinas ist der treueste Sachwalter der Interessen des chinesischen Volkes. Wer die Kommunistische Partei Chinas ignoriert, der ignoriert im Grunde genommen die breitesten Volksmassen Chinas und wird unweigerlich eine Niederlage erleiden...

[268] *Aus der Rede von Staatspräsident Achmed Sukarno vom 1. Juni 1945 über die indonesischen Staatsprinzipien (Pantjasila)*

...das Prinzip, das sich in erster Linie und als bestes anbietet, um darauf den Staat Indonesien zu gründen, ist das Prinzip des Nationalismus.
Wir werden also einen indonesischen Nationalstaat gründen...
Kurz gesagt, die Bevölkerung Indonesiens, die indonesische Nation, besteht nicht nur aus einer Gruppe von Individuen, die, mit ihrem "désir d'être ensemble" ein kleines Gebiet, wie etwa Minangkabau oder Madura oder Jogja oder Pasundan oder Makassar, bewohnen, sondern das indonesische Volk sind alle jene Menschen, die nach der vom allmächtigen Gott verordneten Geopolitik im gesamten Archipel von Indonesiens, von der Nordspitze Sumatras bis nach Irian (West-Neuguinea), leben! Alle, auf allen Inseln! Da zwischen diesen 70 Millionen Menschen "le désir d'être ensemble" vorhanden ist, gibt es bereits "Charaktergemeinschaft". Die indonesische Nation, das Volk von Indonesien, die indonesischen Menschen zählen 70 Millionen, aber 70 Millionen, die bereits eins geworden sind, eins und wieder eins!
Darauf sollten wir alle hinarbeiten: auf die Gründung eines Nationalstaates, der auf der Gesamtheit indonesischer Erde von der Spitze Sumatras bis nach Irian basiert. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht eine einzige Gruppe unter Ihnen ist, weder die Moslems noch jene Gruppe, die "die nationalistische Gruppe" genannt wird, die hierin nicht übereinstimmte. Darauf sollten wir alle hinarbeiten.
Niemand, meine Herren, soll sich einbilden, daß jedes unabhängige Land schon ein Nationalstaat sei. Weder Preußen noch Bayern, noch Sachsen sind Nationalstaaten, sondern nur das ganze Deutschland ist ein Nationalstaat. Nicht die kleinen Gebiete, Venedig oder die Lombardei, sondern nur das ganze Italien, die gesamte Halbinsel im Mittelmeer, deren nördliche Grenze die Alpen bilden, ist ein Nationalstaat. Weder Bengalen noch der Punjab, weder Behar noch Orissa, sondern das ganze Dreieck Indiens muß ein Nationalstaat werden.
Und ebensowenig waren alle jene Staaten unseres Vaterlandes, die früher unabhängig waren, Nationalstaaten. Wir haben nur zweimal einen nationalen Staat erlebt, und zwar zur Zeit des Sriwijaja und zur Zeit des Modjopahit. Davon abgesehen, haben wir niemals die Erfahrung eines

Nationalstaates gemacht und mit allem Respekt vor unseren früheren Rajas und auch mit besonderer Achtung vor Sultan Agung Hanjokrokusumo sage ich, daß Mataram, obwohl unabhängig, doch kein Nationalstaat war.
Mit aller Hochachtung vor Prabu Siliwangi von Pejajaran sage ich, daß sein Königreich kein Nationalstaat war. Mit aller Hochachtung vor Prabu Sultan Agung Tirtayasa sage ich, daß sein Königreich in Banten, obwohl unabhängig, doch kein Nationalstaat war. Bei aller Hochachtung vor Sultan Hasanuddin in Celebes, wo er das Königreich Bugis errichtete, sage ich, daß das unabhängige Land Bugis kein Nationalstaat war.
Der Nationalstaat ist nur das gesamte Indonesien, wie es zur Zeit von Sriwijaja und Modjopahit bestand, und das wir nun zusammen wieder aufrichten müssen. Deshalb, meine Herren, wenn Sie hierzu willens sind, lassen Sie uns den indonesischen Nationalismus zum Grundprinzip unseres Staates machen. Indonesischen Nationalismus im weitesten Sinne des Wortes! Nicht javanischen Nationalismus, nicht den Nationalismus von Sumatra, Borneo, Celebes, Bali oder irgendeinen anderen, sondern den indonesischen Nationalismus, der gleichzeitig zum Grundprinzip des einen Nationalstaates wird...

Meine Herren... aber... aber... zweifellos liegt eine Gefahr im Prinzip des Nationalismus. Diese Gefahr ist, daß wir Menschen den Nationalismus zum Chauvinismus verengen könnten, zu dem Bekenntnis "Indonesien über alles". Das ist die Gefahr. Wir lieben ein Heimatland, wir fühlen uns als eine Nation, wir haben eine gemeinsame Sprache, aber unser Heimatland Indonesien ist nur ein kleiner Teil der Welt. Denken Sie daran.
Gandhi sagte: "Ich bin ein Nationalist, aber mein Nationalismus ist Menschlichkeit." Der Nationalismus, den wir befürworten, ist nicht der Nationalismus der Isolation, nicht Chauvinismus, wie ihn Europäer verkünden, die "Deutschland über alles" schreien, die behaupten, daß kein Land so groß ist wie Deutschland, die ihr Volk als Übermenschen bezeichnen, als "blondhaarige, blauäugige Arier", die sich als die größten in der Welt bezeichnen, während andere Nationen wertlos seien. Wir wollen uns nicht nach solchen Formeln richten, meine Herren, wir wollen nicht sagen, daß die indonesische Nation die edelste und vollkommenste sei, und gleichzeitig andere Völker herabsetzen. Wir sollten nach Einigkeit und Brüderlichkeit der ganzen Menschheit streben.

Wir müssen nicht nur einen Staat des freien Indonesien errichten, wir müssen auch erstreben, daß alle Nationen zu einer Familie werden. Und dies ist mein zweites Prinzip. Dies ist das zweite philosophische Prinzip, das anzunehmen ich Ihnen, meine Herren, vorschlage und dem ich den Namen "Internationalismus" geben will. Wenn ich aber sage "Internationalismus", dann meine ich damit nicht Kosmopolitismus, der die Existenz von Nationen nicht anerkennt, der behauptet, daß es kein Indonesien, kein Japan, kein Burma, kein England, kein Amerika usw. gäbe. Internationalismus kann sich nicht entwickeln, wenn er im Boden des Nationalismus nicht seine Wurzeln hat. Nationalismus kann nicht gedeihen, wenn er nicht im Garten des Internationalismus wächst. So bedingen also diese beiden, das Prinzip eins und das Prinzip zwei, die ich Ihnen, meine Herren, zunächst zur Annahme empfohlen habe, einander.
Was ist nun das dritte Prinzip? Das dritte Prinzip ist das Prinzip der allgemeinen Übereinstimmung, das Prinzip der repräsentativen Herrschaft, das Prinzip der Konsultation. Der indonesische Staat soll nicht ein Staat für einen einzelnen sein, nicht der Staat für eine Gruppe, nicht der Staat der Reichen, Sondern wir wollen einen Staat "aller für alle" schaffen, des "einer für alle, alle für einen". Ich bin davon überzeugt, daß es für die Stärke des indonesischen Staates der Beratung, der repräsentativen Regierung bedarf...

Die Volksvertretung ist der Ort, an dem wir die Forderungen des Islam vorzubringen haben. Hier werden wir den Führern des Volkes vorschlagen, was wir für nötig halten, um Verbesserungen herbeizuführen. Wenn wir wirklich ein islamisches Volk sind, dann wollen wir uns alle Mühe geben zu erreichen, daß die Mehrzahl der Sitze, die wir für die Volksvertreter schaffen werden, von islamischen Abgeordneten besetzt werden...
Wir behaupten, daß 90 % von uns der islamischen Religion zugehören, aber sehen Sie sich doch in dieser Versammlung um und beachten Sie, welcher Prozentsatz für den Islam stimmt? Ich bitte tausendmal um Verzeihung dafür, daß ich das zur Sprache bringe! Für mich ist das ein Beweis, daß der Islam unter den Massen noch nicht verbreitet ist. Darum bitte ich Sie, sowohl diejenigen von Ihnen, die keine Moslems sind, besonders aber die, welche es sind, das Prinzip Nr. 3 anzunehmen, also das Prinzip der allgemeinen Übereinstimmung, der repräsentativen Regierung...

Sowohl in einem christlichen als auch in einem islamischen Staat gibt es immer Auseinandersetzungen. Akzeptieren Sie das Prinzip Nr. 3, das Prinzip der Zustimmung, das Prinzip der Repräsentation des Volkes! Innerhalb des Abgeordnetenhauses können Moslems und Christen in gutem Geist zusammenarbeiten. Wenn zum Beispiel die Christen wünschten, daß jeder Buchstabe aller indonesischen Staatsgesetze mit den Forderungen der Bibel übereinstimmte, dann

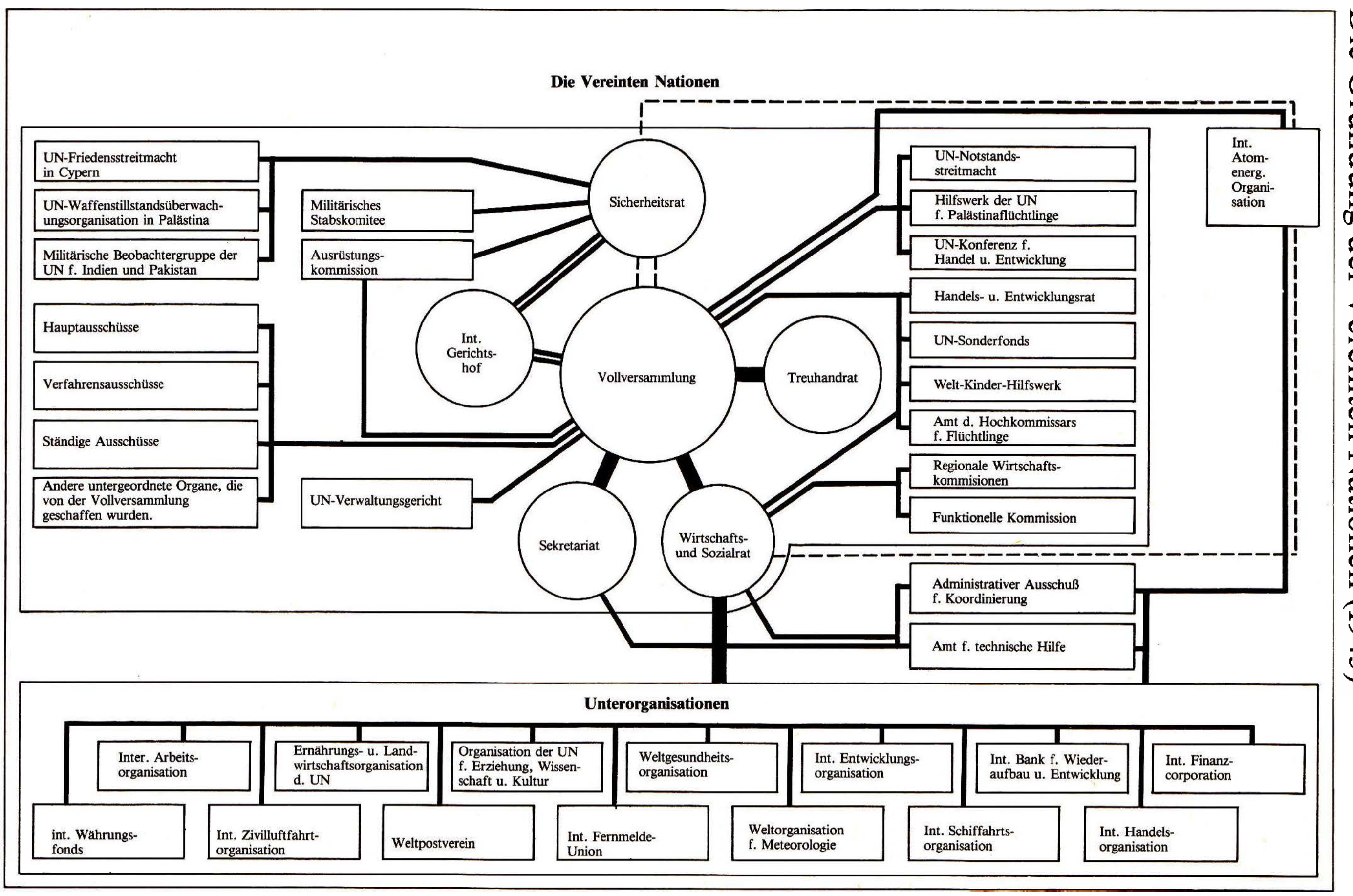
sollen sie sich doch mit äußerster Kraft darum bemühen, daß die Mehrheit der Abgeordneten im indonesischen Parlament Christen sein mögen! Das ist gerecht, ist fair play! Kein Staat verdient lebendig genannt zu werden, wenn es im Innern keinen Kampf gibt...
Ich will Ihnen jetzt das Prinzip Nr. 4 vorlegen. Während dieser drei Tage habe ich dieses Prinzip, das Prinzip des Wohlstandes, nicht erwähnen hören. Dieses Prinzip heißt: Keine Armut im freien Indonesien. Vor einer Weile sagte ich, daß die Prinzipien des San Min Chu I: Mintsu, Min Chuan, Min Sheng sind: Nationalismus, Demokratie, Sozialismus. Unsere Prinzipien müßten also sein:
Wollen wir ein freies Indonesien, wo die Kapitalisten tun, was sie wollen, oder wo das ganze Volk prosperiert, wo jedermann zu essen, Kleidung hat, im Wohlstand lebt, sich behütet fühlt durch das Vaterland, das ihn ausreichend versorgt? Was wählen wir, meine Herren? Bilden Sie sich nicht ein, meine Herren, daß, sobald nur die Abgeordnetenversammlung zusammengetreten ist, wir automatisch diesen Wohlstand erringen würden. Wir haben gesehen, daß es in Europa Volksvertretungen, daß es parlamentarische Demokratie gibt. Aber sind nicht gerade in Europa die Kapitalisten die wahren Herren?
In Amerika gibt es Volksvertretung, und ist der Kapitalismus nicht gerade in Amerika beherrschend? Sind nicht die Kapitalisten die Herrscher über den ganzen Westen? Und das, obwohl es Volksvertretungen gibt. Der Grund dafür ist einzig und allein, daß dort die Volksvertretungen einfach nach dem Rezept der Französischen Revolution gehandelt haben. Was man dort Demokratie nennt, ist nichts weiter als politische Demokratie. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Demokratie gibt es nicht.
Meine Herren, ich erinnere mich der Worte eines französischen Führers, Jean Jaurès, der politische Demokratie so erläuterte: “In einer parlamentarischen Demokratie“, sagte Jean Jaurès, “in einer parlamentarischen Demokratie hat jedermann gleiche Rechte. Politische Rechte sind gleich, jedermann kann wählen, jedermann kann gewählt werden. Aber gibt es soziale Gerechtigkeit, gibt es wirklichen Wohlstand der Massen? ” In diesem Zusammenhang fuhr Jean Jaurès fort:
“Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei, der dies politische Recht besitzt, mag den Sturz eines Ministers im Parlament herbeiführen. Er ist wie ein König! Aber in seiner Werkstatt, in der Fabrik – heute kann er einen Minister zum Rücktritt zwingen, morgen kann er bereits auf die Straße geworfen, arbeitslos gemacht werden, nichts mehr zu essen haben.”
Wollen wir solche Zustände?
Meine Herren, ich schlage vor: Wenn wir Demokratie wollen, dann brauchen wir nicht die westliche Demokratie, sondern die Demokratrie des Beratens, die Leben bringt, die politisch-ökonomische Demokratie ist, imstande, sozialen Wohlstand hervorzubringen! Das indonesische Volk spricht schon lange davon. Was heißt denn “Ratu Adil”? [Ratu Adil ist der Name, den in Java die Göttin der Gerechtigkeit trägt.] Der Begriff des Ratu Adil meint soziale Gerechtigkeit. Das Volk wünscht Wohlstand. Das Volk, das erst kürzlich gefühlt hat, was es bedeutet, nicht genug zu essen zu haben, sich nicht kleiden zu können, wünscht eine neue Welt zu erschaffen, in der Gerechtigkeit herrscht unter der Führerschaft von Ratu Adil. Wenn wir also das indonesische Volk wirlich verstehen, es lieben und sein Wohl wünschen, dann wollen wir das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit akzeptieren, das nicht politische Gleichberechtigung bedeutet. Im wirtschaftlichen Bereich müssen wir ebenfalls Gleichheit herbeiführen und allgemeinen Wohlstand...

Was nun, meine Herren, ist das fünfte Prinzip? Vier Prinzipien habe ich bereits dargelegt:
1. Indonesischer Nationalismus.
2. Internationalismus – oder Humanismus.
3. Allgemeine Übereinstimmung oder Demokratie.
4. Sozialer Wohlstand.

Das fünfte Prinzip soll sein:
Das freie Indonesien im Vertrauen auf Gott den Allmächtigen zu gründen.
Das Prinzip des Glaubens an Gott! Das indonesische Volk soll nicht nur an Gott glauben, sondern jeder Indonesier soll an seinen ganz besonderen Gott glauben. Der Christ soll Gott nach der Lehre von Jesus Christus anbeten, Moslems nach der Lehre des Propheten Mohammed, Buddhisten sollen ihre religiösen Riten nach den Regeln ihrer eigenen Bücher ausführen. Aber alle sollten wir an Gott glauben. Der indonesische Staat soll ein Staat sein, in dem jedermann die Freiheit hat, Gott zu verehren. Das ganze Volk soll seinen Gott ohne “religiösen Egoismus” verehren, und der indonesische Staat soll in sich den Glauben an Gott verkörpern!
Ob Islam oder Christ, wir wollen unsere Religion in zivilisierter Weise ausüben. Worin besteht diese zivilisierte Weise? Es ist die Weise gegenseitiger Achtung. (Beifall bei den Zuhörern). Der Prophet Mohammed hat viele Beweise von Toleranz und von Achtung vor anderen Religionen gegeben. Auch Jesus Christus hat diese Toleranz gezeigt. Lassen Sie uns also in dem freien Indonesien, das wir nach diesen Gesichtspunkten errichten wollen, erklären:

Daß das fünfte Prinzip unseres Staates der Glaube an Gott sei, der Glaube an Gott in höchst ehrenhafter Weise, der Glaube an Gott, mit dem die Achtung des anderen einhergeht. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir darin zustimmten, daß das freie Indonesien auf den Glauben an Gott den Allmächtigen gegründet werde.
Hier also, im Schoße dieses fünften Prinzips, meine Herren, sollen alle Religionen, die wir heute in Indonesien finden, einen besseren Platz bekommen. Und unser Staat soll ebenfalls den Glauben an Gott verkörpern. Merken Sie sich wohl das dritte Prinzip, das Prinzip des Beratens, der repräsentativen Regierung, das für uns alle Raum läßt, unsere Ideale zu propagieren in einer Weise, die nicht intolerant, sondern kultiviert ist.
Meine Herren: Ich habe Ihnen bereits "die Prinzipien des Staates" vorgelegt. Es sind fünf. Ist das Pantja Darma? Nein. Der Name "Pantja Darma" paßt hier nicht her. Darma bedeutet Pflicht, während wir von Prinzipien sprechen. Ich schätze den Symbolismus, auch das Symbol der Zahl. Die Riten des Islam sind fünf an der Zahl. An jeder Hand haben wir fünf Finger. Wir haben fünf Sinne. Wo gibt es noch die Zahl fünf? [Einer der Anwesenden: Pendawa Lima, die fünf Pendawas, fünf Charaktere im Mahabharata-Epos.] Die Pendawas waren ebenfalls fünf. Und nun also die Zahl der Prinzipien: Nationalismus, Internationalismus, gegenseitige Übereinstimmung, Wohlstand und Glauben an Gott, ebenfalls fünf.
Der Name ist nicht Pantja Darma, aber dem Rat eines Sprachwissenschaftlers, eines unserer Freunde folgend, nenne ich es: Pantja Sila. Sila bedeutet Grundlage oder Prinzip, und auf diesen fünf Prinzipien wollen wir das freie Indonesien errichten, dauerhaft und auf lange...
Wie ich schon vorhin sagte, wollen wir einen indonesischen Staat gründen, für den wir alle verantwortlich sein werden, alle allen gegenüber... Wir bemühen uns nicht als Christen um Indonesien, nicht als Moslems, nicht Hadikusumo ist für Indonesien, nicht Van Eck, nicht der reiche Nitisemito, sondern als Indonesier für Indonesien, alle für alle! Wenn ich das, was ich aus den ursprünglichen fünf zu drei reduziert habe, von dreien auf eines reduziere, dann erhalte ich einen echt indonesischen Begriff, nämlich den Begriff "gotong rojong" [gegenseitige Zusammenarbeit]. Der Staat Indonesien, den wir begründen wollen, soll auf gegenseitiger Zusammenarbeit aufbauen. Wie schön ist das doch! Ein Gotong-Rojong-Staat!
"Gegenseitige Zusammenarbeit" ist eine dynamische Vorstellung, viel dynamischer als "Brüderlichkeit", meine Herren. Brüderlichkeit ist ein statischer Begriff, aber gotong rojong, gegenseitige Zusammenarbeit, beinhaltet eine Anstrengung, ein Entgegenkommen, eine Aufgabe, alles, was das ehrenwerte Mitglied Mr. Sukardjo "karljo" [eine Frömmigkeit], "gawe" [Aufgabe] genannt hat. Betrachten wir doch "karljo", "gawe", diese Aufgabe, diese Frömmigkeit zusammen. Gotong Rojong bedeutet harte gemeinsame Anstrengung, gemeinsam vergossener Schweiß im gemeinsamen Hilf-mir-dir-zu-helfen. Das Besorgtsein aller um die gemeinsame Wohlfahrt. Los, zieht alle am gemeinsamen Strang! Das ist "Gotong Rojong"!
Das also schlage ich Ihnen, meine Herren, vor: Das Prinzip des Gotong Rojong zwischen reich und arm, zwischen Moslem und Christ, zwischen jenen, die nicht in Indonesien geboren sind, und ihren Kindern, die Indonesier sein werden...
Bilden Sie sich nicht ein, daß mit der Errichtung eines freien indonesischen Staates unser Kampf ein Ende hätte. Nein! Ich möchte sogar sagen: Innerhalb dieses freien Indonesiens müssen wir unseren Kampf fortsetzen. Dieser Kampf jedoch muß sich seiner Art nach von denjenigen unterscheiden, den wir bislang geführt haben. Dann, als ein vereinigtes Volk werden wir darum kämpfen, unsere in Pantjasila enthaltenen Ideale zu verwirklichen. Besonders in diesen Kriegszeiten müssen wir den Glauben behalten und in unseren Herzen die Überzeugung wachhalten, daß das freie Indonesien nicht erstehen kann, wenn das indonesische Volk kein Risiko auf sich zu nehmen wagt, nicht wagt, nach den Perlen auf dem Boden des Ozeans zu tauchen. Wenn das indonesische Volk sich nicht einig fühlt, nicht entschlossen ist, für die Freiheit zu leben oder zu sterben, wird Indonesien niemals, nicht bis ans Ende aller Zeiten, das Eigentum des indonesischen Vokes werden. Freiheit kann nur von einem Volk erobert und behalten werden, in dessen Seele der Entschluß "Merkeka – Freiheit oder Tod!" glüht.

Die Gründung der Vereinten Nationen (1945)



So konsequent die "Anti-Hitler-Koalition" auch, häufig mit Methoden des Gegenterrors, den Kampf auf allen Kriegsschauplätzen zur Niederwerfung der Aggressoren führte, das konstruktive Ziel ihrer Anstrengungen verlor sie dabei nicht aus den Augen: den Aufbau und die Sicherung einer neuen Weltfriedensordnung. Der totale Krieg hatte große Teile Europas und Asiens in ein Chaos verwandelt; jede erneute Katastrophe diesen Ausmaßes mußte die völlige Selbstzerstörung bedeuten. Wie aber konnten in der Zukunft die Stabilität und damit der Frieden in der Welt erhalten werden? Und welches waren die gemeinsamen Ideale, die das Fundament einer solchen Ordnung bilden mußten?

Bereits am 6. 1. 1941 hatte Präsident Roosevelt in seiner Ansprache an den amerikanischen Kongreß von den vier menschlichen Freiheitsrechten gesprochen, die es zu verteidigen gelte: Die Redefreiheit, die Freiheit für jeden einzelnen, Gott auf seine Weise zu verehren, die Freiheit von aller Not, d. h. wirtschaftliche Abkommen, die in jedem Lande den Einwohnern gesunde Friedensverhältnisse sichern, und die Freiheit vor aller Angst. Mit der letzteren meinte er eine "weltumfassende Abrüstung", so daß "kein Land mehr in der Lage" sei, irgendeines "seiner Nachbarländer gewaltsam anzugreifen".

Die Vertreter von Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union, die Exilregierungen von Belgien, Griechenland, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Jugoslawien, der CSR und der Freifranzösischen Bewegung de Gaulles unterzeichneten am 12. Juni 1941 in London (St. James' Palace) eine Deklaration, in der sie bekundeten: "Die einzige 'wahre Grundlage eines dauernden Friedens' sei die 'freiwillige Zusammenarbeit freier Völker in einer Welt, in der sich alle Menschen, frei von Kriegsangst, wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit' erfreuen." Um dieses Ziel zu erreichen, wollten sie miteinander und mit anderen freien Völkern in Krieg und Frieden zusammenarbeiten. Wenige Wochen später verkündeten Churchill und Roosevelt in der Atlantik Charta ihre Kriegsziele. Mit diesen erklärten sich im Pakt von Washington 1942 sechsundzwanzig Staaten, die sich mit der Achse im Kriegszustand befanden, solidarisch. Zum erstenmal wurde hier das Wort "Vereinte Nationen" gebraucht. Galten die Anstrengungen der Verbündeten zu diesem Zeitpunkt auch primär dem militärischen Sieg über die Feindmächte, was angesichts der Lage an allen Fronten selbstverständlich war – der Appell zur Verwirklichung der demokratischen Ideale wies bereits in die Zukunft.

Im Jahre 1942 nahmen in Washington und London beratende Fachgremien ihre Arbeit auf, um die Möglichkeiten regionaler und weltweiter Ordnungssysteme zu studieren; sie unterbreiteten ihren Regierungen zahlreiche Vorschläge für die Befriedung der Welt nach Kriegsende. Das amerikanische "Advisory Committee on Postwar Foreign Politics" unter dem Staatssekretär Cordell Hull (das am 12. 2. 1942 erstmals getagt hatte) legte verschiedene Empfehlungen für den Aufbau internationaler Organisationen vor. Dabei ging es von der Überlegung aus, daß es nicht ratsam sei, den bei den Nationen in Mißkredit geratenen Völkerbund wiederzubeleben; vielmehr empfahl es, ein neues System internationaler Zusammenarbeit aufzubauen und dieses von den vier Großmächten (den "Weltpolizisten" USA, Sowjetunion, Großbritannien und China) verantwortlich leiten zu lassen. Dazu konnten gleichzeitig regionale Organisationen in West und Ost im Fernen und Mittleren Osten gegründet werden; das entsprach auch in mancher Hinsicht den damaligen Vorstellungen Winston Churchills.

Als die Alliierten und die Sowjetunion 1943 die Initiative auf allen Kriegsschauplätzen endgültig an sich gerissen hatten und sich der militärische Sieg über die

Gegner abzuzeichnen begann, tauschten Großbritannien und die USA ihre Ansichten über die Nachkriegspläne aus. Offen bleib bei aller Annäherung der Standpunkte die Frage, ob China oder Frankreich (wie es Großbritannien wünschte) in das geplante Exekutiv-Komitee der Vereinten Nationen aufgenommen werden sollte. Erst auf der Konferenz von Jalta (1945) einigten sich die Verhandlungspartner, beiden Staaten einen Sitz im Sicherheitsrat anzubieten.

Freilich mußten 1943 zunächst zwei bedeutsame Voraussetzungen für die Verwirklichung solcher Pläne geschaffen werden: Einmal hatte sich die amerikanische Regierung im eigenen Lande der notwendigen Unterstützung für eine weltweite Verpflichtung der USA zu versichern, wollte sie nicht, wie am Ende des Ersten Weltkriegs Präsident Wilson, mit ihrem Programm scheitern. Zum anderen hing alles davon ab, ob die Sowjetunion trotz der ideologischen Gegensätze und der Erfahrungen mit dem Völkerbund einer solchen Institution beitreten würde, die nach ihrer Interpretation nur eine "imperialistische" Politik betreiben würde. Im August 1943 erklärten sich die Republikaner (in der sog. Mackinac-Charter) bereit, die Teilnahme der USA an einer internationalen Nachkriegsorganisation zu unterstützen; und am 21. 9. bzw. 5. 11. 1943 (Fulbright-Conally-Resolution) stimmten das Repräsentantenhaus (360:29) und der US-Senat (85:5) für die Förderung und den Beitritt zu einer Organisation, die "mit Gewalt Aggressionen verhüten und den Frieden auf der Welt erhalten" könne.

Zur gleichen Zeit gab die Sowjetunion ihre zunehmende Bereitschaft zu erkennen, an einer zukünftigen Organisation der Vereinten Nationen mitzuwirken, wenngleich sie darin auch mehr ein Instrument der Friedenssicherung und der Abwehr militärischer Aggressionen erblickte als eine Brücke zwischen den verschiedenen Ordnungssystemen der "bürgerlichen" und "kommunistischen" Welt. Daß die amerikanischen Vorstellungen von einer Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen weit über einen derart begrenzten Zweck hinausgingen, hat Roosevelt Stalin wiederholt zu verstehen gegeben. Immerhin hat er seinen Partner in Moskau doch langsam von der Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Kooperation überzeugen können. In der Moskauer Erklärung der vier Außenminister vom 1. 11. 1943 bekannten sich die USA, Großbritannien, die UdSSR und China zu der Forderung, "zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine allgemeine internationale Organisation zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu schaffen, und diese auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten" aufzubauen. Damit sollte das Kriegsbündnis der Anti-Achsen-Koalition auch für den Frieden institutionalisiert werden; die Feindmächte wurden vorerst nicht zugelassen. Das gleiche bekräftigten die "Großen Drei" in ihrem Kommuniqué von Teheran(1. 12. 1943), in dem sie zur "Zusammenarbeit und aktiven Teilnahme aller derjenigen Nationen, ob groß oder klein" aufriefen, "deren Völker mit Herz und Verstand der Beseitigung der Tyrannei und Sklaverei, der Unterdrückung und der Unduldsamkeit" ergeben seien.

Auf der Konferenz von Dumbarton Oaks (Washington) im Sommer 1944 wurde schließlich der erste umfassende Entwurf für die Organisationsform der "Vereinten Nationen" von den vier Großmächten ausgearbeitet. Im Mittelpunkt sollten eine Generalversammlung stehen (in der alle Nationen mit der oben genannten Einschränkung vertreten waren) und ein Sicherheitsrat, dem die Verantwortung für Sicherheit und Frieden oblag; in ihm sollten die vier Großmächte (später fünf) permanente Mitglieder sein, während fünf (sechs) weitere jeweils für zwei Jahre von der Generalversammlung hinzugewählt werden sollten. Neben vielen Einzelfragen kristallisierten sich bald zwei Hauptprobleme heraus: die Sowjetunion wünschte für ihre 16 Unionsrepubliken (mit dem Hinweis auf die Stimmenzahl des Commonwealth) je einen Sitz in der Generalversammlung, um dadurch bei den Abstimmungen größeres Gewicht zu erlangen. Außerdem bestand sie unnachgiebig auf einem umfassenden Veto-Recht der Großmächte im Sicherheitsrat, der entsprechend seiner Funktionen das Übergewicht der Großmächte garantierte, auch wenn es sich um einen Streitfall handele, in den das eigene Land verwickelt sei. Auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) bahnte sich in diesen Fragen ein Kompromiß an:

die Sowjetunion deutete ihre Bereitschaft an, nurmehr auf 3 Sitzen in der Generalversammlung (einschließlich der Ukraine und Weißrußlands) zu bestehen und dem Abstimmungsmodus entsprechend dem amerikanischen Vorschlag zuzustimmen Das hieß, daß die Diskussion einer Frage im Sicherheitsrat als Verfahrensfrage zu betrachten sei, bei der mit einfacher Mehrheit beschlossen werden könne; eine Partei, die Gegenstand des Streitfalles sei, könne jedoch nicht mit abstimmen. Beschlüsse in allen anderen Angelegenheiten wären jedoch von der Einstimmigkeit der Großmächte abhängig. Freilich erst auf der Konferenz von San Franzisco wurde nach heftigen Rededuellen und einer längeren Aussprache zwischen Hopkins und Stalin in Moskau der letzte Widerstand der Sowjetunion in diesen und anderen Fragen überwunden, so daß, nach Berücksichtigung mehrerer Abänderungswünsche kleinerer Länder, die Charta der Vereinten Nationen am 26. 6. 1945 von fünfzig Nationen unterzeichnet werden konnte [269]. Dies geschah unabhängig von den Friedensschlüssen.

Die Vereinten Nationen hatten damit ein System kollektiver Sicherheit geschaffen, das jede Form bewaffneter Einwirkungen auf fremde Staatshoheit untersagte, allen Mitgliedern die Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung auferlegte und das nur "provisorisch und subsidiär" die Selbstverteidigung als Ausdruck der Rechtsbehauptung zuließ. Wenn Präsident Truman auf der Schlußversammlung in San Franzisco die Charta als ein "großartiges Instrument für den Frieden, die Sicherheit und den menschlichen Fortschritt" bezeichnete, so mag dabei etwas von jenem Optimismus mitgeschwungen haben, der viele Zeitgenossen angesichts des Endes des furchtbaren Völkerringens beseelt hatte. Roosevelts Hoffnung von der "Einen Welt", einer der Wurzeln für die Gründung der UNO, schien Wirklichkeit geworden zu sein. Aber schon überschatteten die wachsenden Gegensätze zwischen den Alliierten und der Sowjetunion diese vermeintliche Harmonie. Die neue internationale Organisation hatte es sich zur vornehmsten Aufgabe gemacht, den status quo in der Welt zu erhalten; freilich – im Gegensatz zu den Pariser Konferenzen von 1919 – hatten die Großmächte sich noch keineswegs hinreichend über diesen geeinigt. Dieses Problem entwickelte sich zu einem der schwerwiegendsten Unruheherde der Nachkriegspolitik.

DOKUMENTE

[269] *Aus der Charta der Vereinten Nationen*

Wir, die Völker der Vereinten Nationen, haben in der entschiedenen Absicht, nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges, die zweimal während unserer Lebensdauer unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, zu erretten und
von neuem den Glauben an die menschlichen Grundrechte, die Würde und den Wert der Person des Menschen, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, von großen und kleinen Völkern zu bekräftigen, und
Voraussetzungen zu schaffen, unter welchen Gerechtigkeit und Achtung vor Verpflichtungen, wie sie Verträgen und anderen Quellen internationalen Rechts entspringen, gewahrt werden können, und
den sozialen Fortschritt und die Verbesserung der Lebenshaltung in größerer Freiheit zu fördern, und zu diesen Zwecken
Duldsamkeit zu üben und in Frieden als gute Nachbarn miteinander zu leben, und
unsere Kräfte zu vereinen, um unter den Völkern Frieden und Sicherheit zu erhalten, und
mittels Annahme von Grundsätzen und Einführung von Verfahren Gewähr dafür zu schaffen, daß Waffengewalt, es sei denn im gemeinsamen Interesse, nicht gebraucht werde, und
internationale Einrichtungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs aller Völker zu benützen,
beschlossen, unsere Anstrengungen zu vereinigen, um diese Ziele zu erreichen.
Demgemäß haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Franzisko versammelten Vertreter, deren vorgewiesene Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden wurden, die vorliegende Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hierdurch eine internationale Organisation, genannt die Vereinten Nationen.

Artikel 1
Zwecke und Grundsätze
Die Zwecke der Vereinten Nationen sind:
1. Frieden und Sicherheit unter den Nationen zu erhalten und im Hinblick darauf wirksame gemeinschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens zuvorzukommen und sie zu beseitigen und um Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken, ferner, um durch firedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des internationalen Rechtes Beilegung oder Austragung solcher internationaler Streitigkeiten oder Tatbestände herbeizuführen, welche eine Verletzung des Friedens nach sich ziehen könnten;
2. auf der Grundlage der Achtung vor dem Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker freundliche Beziehungen unter den Nationen zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des allgemeinen Friedens zu treffen;
3. bei der Lösung internationaler Aufgaben, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder humanitären Inhalts, und bei der Förderung und Belebung der Achtung für die Menschenrechte und für die grundlegenden Freiheiten zugunsten eines jeden ohne Unterscheidung nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion internationales Zusammenwirken zu begründen; und
4. ein Zentrum zu bilden, um das Vorgehen der Nationen bei der Verfolgung dieser gemeinsamen Ziele in Übereinstimmung zu bringen.

Artikel 2
Bei der Verfolgung der in Artikel 1 bezeichneten Zwecke werden die Organisation und ihre Mitglieder den folgenden Grundsätzen gemäß vorgehen:
1. die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder;
2. in der Absicht, allen Mitgliedern die aus der Mitgliedschaft erfließenden Rechte und Vorteile zu gewährleisten, werden diese in guten Treuen die Verpflichtungen erfüllen, welche sie gemäß der vorliegenden Charta übernommen haben;
3. alle Mitglieder werden ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln in solcher Weise regeln, daß weder Friede und Sicherheit unter den Nationen noch die Gerechtigkeit gefährdet werden;
4. alle Mitglieder verzichten in ihren internationalen Beziehungen darauf, Gewalt gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates, oder überhaupt in irgendeiner mit den Zwecken der Vereinten Nationen nicht zu vereinbarenden Art anzudrohen oder anzuwenden;
5. bei jedweder Tätigkeit, welche die Vereinten Nationen gemäß der vorliegenden Charta entfalten, werden ihnen alle Mitglieder jede erdenkliche Unterstützung leihen; andererseits werden sie sich der Unterstützung zugunsten irgendeines Staates enthalten, gegen welchen die Vereinten Nationen mit vorbeugenden Zwangsmaßnahmen eingreifen;
6. die Organisation soll Gewähr dafür bieten, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, soweit es für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen erforderlich sein mag, in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen vorgehen;
7. die vorliegende Charta enthält keine Bestimmung, welche die Vereinten Nationen berechtigen würde, in Angelegenheiten einzuschreiten, die ihrem Wesen nach der innerstaatlichen Hoheit irgendeines Staates angehören, oder die Mitglieder nötigen würde, solche Angelegenheiten der Regelung nach der vorliegenden Charta zu unterwerfen; doch soll dieser Grundsatz die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII nicht hindern.

Artikel 3
Mitgliedschaft
Gründende Mitglieder der Vereinten Nationen werden jene Staaten sein, die an der Konferenz der Vereinigten Staaten über die internationale Organisation in San Franzisko teilgenommen oder vorher die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben und sodann die vorliegende Charta unterzeichnen und gemäß Artikel 110 ratifizieren.

Artikel 4
1. Der Erwerb der Mitgliedschaft der Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen eingehen und nach dem Urteil der Organisation fähig und gewillt sind, sie zu erfüllen.
2. Die Aufnahme eines solchen Staates als Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates.

Artikel 5
Einem Mitglied der Vereinten Nationen, dem gegenüber vom Sicherheitsrat vorbeugende oder Zwangsmaßnahmen ergriffen worden sind, kann durch die Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates die Ausübung der Rechte und Sonderrechte der Mitgliedschaft zeitlich

entzogen werden. Es kann durch den Sicherheitsrat in die Ausübung dieser Rechte und Sonderrechte wieder eingesetzt werden.

Artikel 6
Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das beharrlich gegen die in der vorliegenden Charta enthaltenen Grundsätze verstoßen hat, kann durch die Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates aus der Organisation ausgeschlossen werden.

Organe
Artikel 7
1. Als Hauptorgane der Vereinten Nationen werden geschaffen: eine Generalversammlung, ein Sicherheitsrat, ein Wirtschafts- und Sozialrat, ein Treuhandrat, ein internationaler Gerichtshof und ein Sekretariat.
2. In Übereinstimmung mit der vorliegenden Charta können Hilfsorgane nach Bedarf geschaffen werden.

Artikel 8
Die Vereinten Nationen werden die Zulassung von Männern und Frauen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zur Teilnahme, sei es in welcher Eigenschaft immer, an ihren Haupt- und Hilfsorganen keiner Beschränkung unterwerfen.
[...]

Der Sicherheitsrat
Artikel 23
Zusammensetzung:
1. Der Sicherheitsrat wird aus elf Mitgliedern der Vereinten Nationen bestehen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika werden ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sein. Die Generalversammlung wird sechs andere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates wählen, indem sie hierbei entsprechend vor allem den Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Völkern und zu den anderen Zwecken der Organisation wie auch billige geographische Verteilung besonders berücksichtigt.
2. Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates werden für eine Amtsdauer von zwei Jahren gewählt. Jedoch werden bei der ersten Wahl der nichtständigen Mitglieder drei für eine Amtsdauer von einem Jahr berufen. Ein ausscheidendes Mitglied ist nicht unmittelbar wieder wählbar.
3. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates wird einen Stellvertreter haben.

Artikel 24
Funktionen und Befugnisse:
1. Um dem Eingreifen der Vereinten Nationen schlagfertige Wirkung zu gewährleisten, übertragen die Mitglieder die unmittelbare Verantwortlichkeit für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen dem Sicherheitsrat und kommen darin überein, daß dieser bei der Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen dieser Verantwortlichkeit in ihrem Namen handelt.
2. Der Sicherheitsrat wird bei Erfüllung dieser Pflichten gemäß den Zwecken und Grundsätzen der Vereinten Nationen handeln. Sonderbefugnisse, die dem Sicherheitsrat für die Erfüllung dieser Pflichten eingeräumt sind, sind in den Kapiteln VI, VII, VIII und XII festgesetzt.
3. Der Sicherheitsrat wird zur Prüfung durch die Generalversammlung jährliche und, wenn nötig, Sonderberichte unterbreiten.

Artikel 25
Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrates gemäß der vorliegenden Charta anzunehmen und durchzuführen.

Artikel 26
Um die Begründung und Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen so zu fördern, daß sie ein Mindestmaß der menschlichen und wirtschaftlichen Hilfskräfte der Welt für Rüstungszwecke beanspruchen, wird der Sicherheitsrat beauftragt, mit Unterstützung des in Artikel 47 angeführten Militärischen Stabskomitees Pläne zur Errichtung eines Systems der Rüstungsbeschränkung auszuarbeiten und den Mitgliedern der Vereinten Nationen vorzulegen.

Artikel 27
Abstimmung:
1. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates wird eine Stimme haben.
2. Beschlüsse des Sicherheitsrates über Angelegenheiten des Verfahrens werden mittels Zustimmung von sieben Mitgliedern gefaßt.

3. Beschlüsse des Sicherheitsrates über alle anderen Angelegenheiten werden mittels Zustimmung von sieben Mitgliedern mit Einschluß der zustimmenden ständigen Mitglieder gefaßt. Hierbei gilt die Voraussetzung, daß bei Beschlüssen nach Kapitel VI und nach Artikel 52, Par. 3 Streitparteien sich der Abstimmung zu enthalten haben.
[...]

Artikel 33
Friedliche Austragung von Streitfällen.
1. In Streitfällen, aus deren Fortdauer eine Gefahr für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen mit Wahrscheinlichkeit entstehen kann, werden die Streitteile in erster Linie eine Lösung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, richterliche Austragung, Rückgriff auf regionale Einrichtungen aller Art oder andere friedliche Mittel ihrer eigenen Wahl suchen.
2. Wenn der Sicherheitsrat es für erforderlich hält, wird er die Parteien auffordern, ihren Streit durch solche Mittel auszutragen.

Artikel 34
Der Sicherheitsrat kann jeden Streitfall oder jeden Tatbestand, der zu internationaler Reibung führen oder einen Streitfall hervorrufen könnte, untersuchen, um festzustellen, ob von der Fortdauer des Streitfalles oder Tatbestandes eine Gefahr für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit zu erwarten ist.

Artikel 35
1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen kann auf jeden Streitfall oder Tatbestand der in Artikel 34 bezeichneten Art die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung lenken.
2. Ein Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann auf jeden Streitfall, an dem er als Partei beteiligt ist, die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung lenken, wenn er im voraus mit Bezug auf diesen Streitfall die in der vorliegenden Charta vorgesehenen Verpflichtungen zu friedlicher Austragung eingeht.
[...]

Artikel 39
Vorgehen mit Bezug auf Bedrohungen des Friedens, Friedensbrüche und Angriffshandlungen.
Der Sicherheitsrat wird feststellen, wann eine Bedrohung des Friedens, ein Friedensbruch oder eine Angriffshandlung vorliegt. Er wird Empfehlungen erteilen oder die gemäß Artikel 41 und 42 zu ergreifenden Maßnahmen beschließen, um Frieden und Sicherheit unter den Nationen zu bewahren oder wiederherzustellen.

Artikel 40
Um einer Verschlimmerung der Lage vorzubeugen, kann der Sicherheitsrat, ehe er Empfehlungen erteilt oder über die in Artikel 39 vorgesehenen Maßnahmen Beschluß faßt, die beteiligten Parteien auffordern, sich vorläufigen Maßregeln zu unterwerfen, die er als notwendig oder wünschenswert erachtet. Solche vorläufige Maßregeln werden den Rechten, Ansprüchen oder der Stellung der beteiligten Parteien nicht vorgreifen. Der Sicherheitsrat wird gebührend darauf Bedacht nehmen, wenn die Beachtung solcher vorläufiger Maßnahmen unterbleibt.

Artikel 41
Der Sicherheitsrat kann die Anwendung von Maßnahmen mit Ausschluß des Gebrauches von Waffengewalt beschließen, um seine Beschlüsse zu verwirklichen, auch kann er die Mitglieder der Vereinten Nationen zur Anwendung solcher Maßnahmen auffordern. Diese können vollständige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Eisenbahn-, See-, Luft-, Post-, Telegrafen-, Radio- oder sonstigen Verkehrs und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.

Artikel 42
Sollten nach Erachten des Sicherheitsrates die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen ungeeignet sein oder sich als ungeeignet erwiesen haben, kann er mit Hilfe von Luft-, See- oder Landstreitkräften in der erforderlichen Weise eingreifen, um Frieden und Sicherheit unter den Nationen zu bewahren oder wiederherzustellen. Hierin sind Demonstrationen, Blockade- und andere Operationen von Luft-, See- oder Landstreitkräften von Mitgliedern der Vereinten Nationen inbegriffen.

Artikel 43
1. Um zu der Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen beizutragen, verpflichten sich alle Mitglieder der Vereinten Nationen, auf Erfordern des Sicherheitsrates und

gemäß Sonderabkommen, diesem bewaffnete Streitkräfte, Hilfeleistung und Erleichterungen, mit Einschluß von Durchzugsrechten, zur Verfügung zu stellen, soweit diese für den Zweck der Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen nötig sind.
2. Abkommen dieser Art werden Zahl und Gattung der Streitkräfte deren Bereitschaftsgrad und allgemeine Gruppierung sowie Beschaffenheit der zu gewährenden Erleichterungen und Hilfeleistungen bestimmen.
3. Über diese Abkommen wird auf Anregung des Sicherheitsrates sobald als möglich verhandelt werden. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat einerseits und Mitgliedern oder Gruppen von Mitgliedern andererseits abgeschlossen werden und der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit deren Verfassungsbestimmungen unterliegen.

Artikel 44
Hat der Sicherheitsrat Gewaltanwendung beschlossen, so wird er, bevor er von einem in seiner Mitte nicht vertretenen Mitglied Beistellung bewaffneter Streitkräfte zur Erfüllung seiner nach Artikel 43 übernommenen Verpflichtungen anfordert, dieses Mitglied auf dessen Wunsch zur Teilnahme an den Beschlüssen des Sicherheitsrates einladen, welche sich auf die Verwendung von Truppenkörpern der bewaffneten Macht des betreffenden Mitgliedes beziehen.

Artikel 45
Um die Vereinten Nationen zu dringlichen militärischen Maßnahmen instand zu setzen, werden die Mitglieder Abteilungen ihrer nationalen Luftstreitkräfte zu kombinierten internationalen Zwangsunternehmen in unmittelbarer Bereitschaft halten. Stärke und Bereitschaftsgrad dieser Abteilungen sowie Pläne für ihre kombinierten Unternehmen wird der Sicherheitsrat mit Unterstützung des Militärischen Stabskomitees innerhalb der in den Sonderabkommen gemäß Artikel 43 gezogenen Grenzen festlegen.

Artikel 46
Der Sicherheitsrat wird mit Unterstützung des Militärischen Stabskomitees Pläne für die Verwendung bewaffneter Streitkräfte ausarbeiten.
...
Artikel 48
1. Unternehmungen, die zur Verwirklichung von Beschlüssen des Sicherheitsrates zum Zwecke der Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen notwendig sind, werden nach dessen Anordnung von allen oder einzelnen Mitgliedern der Vereinten Nationen durchgeführt.
2. Dies geschieht seitens der Mitglieder der Vereinten Nationen durch unmittelbares Eingreifen und durch ihre Tätigkeit in den geeigneten internationalen Stellen, denen sie als Mitglieder angehören.

Artikel 49
Bei der Durchführung der vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen leisten die Mitglieder der Vereinten Nationen einander gemeinsam Beistand.

Artikel 50
Im Falle der Verhängung von vorbeugenden oder Zwangsmaßnahmen gegen irgendeinen Staat von seiten des Sicherheitsrates ist jeder andere Staat, er sei Mitglied der Vereinten Nationen oder nicht, berechtigt, die Ratschläge des Sicherheitsrates im Hinblick auf die Lösung besonderer wirtschaftlicher Probleme in Anspruch zu nehmen, denen er sich infolge der Durchführung dieser Maßnahmen gegenübergestellt sieht.

Artikel 51
Die vorliegende Satzung enthält nichts, was das Grundrecht zu individueller oder kollektiver Selbstverteidigung zu schreiten, bevor der Sicherheitsrat die nötigen Maßnahmen zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen ergriffen hat, beeinträchtigen würde, wenn ein bewaffneter Angriff auf ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechtes ergriffen hat, werden ohne Verzug dem Sicherheitsrat gemeldet, ohne irgendwie dessen Machtbefugnis und Verantwortlichkeit zu berühren, gemäß der vorliegenden Charta nach seinem Ermessen jederzeit zur Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit unter den Nationen einzugreifen.

Artikel 52
Regionale Abkommen
1. Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung schließt das Bestehen von regionalen Abkommen oder Organen aus, die sich mit der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit bezüglichen Fragen befassen, die im Rahmen regionaler Maßnahmen gelöst werden können, vorausgesetzt, daß solche Abkommen oder Organe und ihre Tätigkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar sind.
2. Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die solche Abkommen eingehen oder solche Organe gründen, sollen alles tun, um örtlich begrenzte Streitfälle durch solche regionalen Abkommen oder Organe friedlich beizulegen, bevor sie sie dem Sicherheitsrat unterbreiten.

3. Der Sicherheitsrat soll die Entwicklung friedlicher Beilegung örtlicher Streitfälle durch solche regionalen Abkommen oder Organe fördern, sei es auf die Initiative der beteiligten Staaten hin oder auf Anweisung des Sicherheitsrates...

Artikel 53
1. Der Sicherheitsrat soll, wo es ihm tunlich erscheint, solche regionalen Abkommen oder Organe zur Durchführung der von ihm angeordneten Zwangsmaßnahmen heranziehen. Auf Grund regionaler Abkommen oder durch regionale Organe sollen jedoch keine Zwangsmaßnahmen ohne die Erlaubnis des Sicherheitsrates ergriffen werden. Ausgenommen von dieser Beschränkung bleiben Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat im Sinne von Ziffer 2 dieses Artikels, wie sie in Artikel 107 der Satzung vorgesehen sind, oder in regionalen Abkommen, die zur Verhinderung einer Wiederkehr der Angriffspolitik eines solchen Staates abgeschlossen worden sind, und das bis zu einem Zeitpunkt, an dem die Organisationen auf Ersuchen der betroffenen Regierungen die Verantwortung für die Verhinderung weiterer Angriffe durch solch einen Staat übernimmt.

2. Die Bezeichnung "Feindstaat" im Sinne von Ziffer 1 dieses Artikels findet auf jeden Staat Anwendung, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Unterzeichners der vorliegenden Satzung war.

[...]
Artikel 107
Vorübergehende Sicherheitsbestimmungen.
Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung kann Maßnahmen ungültig machen oder ausschließen, die infolge des Zweiten Weltkrieges gegen einen Staat, der während dieses Krieges Feind irgendeines Unterzeichners dieser Satzung war, von Regierungen unternommen oder genehmigt wurden, welche die Verantwortung für solche Maßnahmen tragen.

[...]
26. 6. 1945

22. KAPITEL

ZUM KRIEGSBILD 1939–45

Warum ist trotz der zahlreichen internationalen Vereinbarungen und der sich fast die Waage haltenden kollektiven Verteidigungssysteme der Große Krieg – sowohl 1914 als auch 1939 – ausgebrochen? Gewiß auch deshalb, weil die Mächte, befangen in den Vorstellungen des Kriegsbildes ihrer Zeit, überzeugt waren, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze und Streitfragen mittels Gewalt, d. h. durch Krieg als letzte konsequente Steigerung der Machtpolitik, durch den Einsatz aller verfügbaren Waffen und Mittel, wenn nicht für immer, so doch für längere Zeit aus der Welt schaffen zu können. Sie glaubten, auf diese Weise ihre politischen Pläne schneller und sicherer realisieren zu können und daß der dafür erforderliche Einsatz an Menschenleben und der Aufwand an materiellen Werten in einem tragbaren Verhältnis zu dem erstrebten Ziel stehen würde. Damit verband sich zugleich die Vorstellung vom Sieger und Besiegten. Schon der Verlauf des Ersten Weltkrieges hat jedoch die ganze Fragwürdigkeit dieser Begriffe enthüllt. Der totale Krieg entwickelte eine Eigengesetzlichkeit, die kaum mehr zu bändigen war und die sich im Zweiten Weltkrieg durch die Ideologisierung und Radikalisierung der Kriegführung auf beiden Seiten um ein Vielfaches potenziert hat.

Im ersten Buch seines Werkes "Über die Natur des Krieges" hat Clausewitz einmal ausgeführt: "Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen; so gibt jeder dem anderen das Gesetz, es entsteht eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führen muß." Die Schlachten allein haben den Sieg nicht mehr sichern können, vielmehr sind Wehrwirtschaft Ernährung, Technik, Verkehr und Moral der Bevölkerung zu kriegsentscheidenden Faktoren geworden. Spionage und Gegenspionage haben zusätzliche Bedeutung erlangt [274], ohne daß sich ihr Stellenwert zutreffend beurteilen ließe. Freilich haben die See-Luft-Schlachten in den Jahren 1939–1945 eine wesentlich größere Rolle als im Ersten Weltkrieg gespielt. Die anglo-amerikanische Strategie, die ganz von dem Nachschub über See [280] abhängig blieb, hat erst durch die Siege im Atlantik, in der Luftschlacht um das Reich, bei Midway und Leyte die militärischen Voraussetzungen für die Niederwerfung der Gegner schaffen können; Luftaufklärung, Konvoisystem und weiträumige amphibische Operationen haben dabei das Gesicht dieser Kämpfe bestimmt, während auf den Schlachtfeldern Panzerwaffe, Motorisierung und Fallschirmtruppen sowie sparsamer Mencheneinsatz bei großem materiellem Einsatz die anglo-amerikanische – und rücksichtsloser Masseneinsatz von Menschen und die Organisation von Partisanenverbänden mit operativen Aufgaben [270] die sowjetische Kriegführung auszeichneten.

Der Zweite Weltkrieg hat die Verlagerung des Schwergewichts auf die wehrwirtschaftliche Seite, d. h. die starke Abhängigkeit der Kriegführung von einer intakten Wehrwirtschaft, eine ungestörte technische Forschung und Entwicklung besonders nachhaltig demonstriert. Waren im 19. Jahrhundert die Kriegsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet darauf abgestellt, alle Vorräte für Ausrüstung und Unterhalt der im Mobilmachungsfall aufzustellenden und in den ersten Operationen einzusetzenden Verbände zu decken, so forderten um die Jahrhundertwende einige Fachleute daß die "gesamte Volksernährung sozusagen als erweitertes Problem der Heeresverpflegung" für den Kriegsfall gesichert werde. Als 1914 der Krieg ausbrach, war Deutschland wirtschaftlich nicht vorbereitet; erst im Laufe der folgenden Jahre baute es eine leistungsfähige Kriegswirtschaft auf. 1939 war die Situation nicht viel anders. England gewann z. B. erst Zeit für den notwendigen beschleunigten Aufbau seiner Wehrwirtschaft, als Hitler das Unternehmen "Seelöwe", die geplante Landung auf der Insel, 1940 aufschob und sich mit seiner Kriegführung Rußland zu-

wandte. Der ungeheure Verbrauch an Kriegsmaterialien aller Art zwang die Kriegführenden, ihre wirtschaftliche Kapazität voll und ganz auszuschöpfen; überdies zögerten sie nicht, die von ihnen unterworfenen Völker rücksichtslos auszubeuten. Erst 1942 gelangte die Kriegswirtschaft der Vereinigten Staaten auf Hochtouren. Betrug das Verhältnis der Rüstungsproduktion (in Milliarden Dollar) zwischen der "Achse" (einschließlich Japan) und ihren drei großen Gegnern (Vereinigte Staaten Großbritannien und Sowjetunion) 1941 noch 1:2,4, so verschob es sich schon 1943 auf 1:3,4. Bedenkt man außerdem die gewaltigen Materiallieferungen der Vereinigten Staaten im Rahmen des Pacht- und Leihabkommens an alle Verbündeten – darunter allein an die Sowjetunion über 13 000 Kampffahrzeuge, 2 300 Geschütze, 400 000 Lastkraftwagen, 15 000 Flugzeuge – [280] insgesamt mehr als 17 500 933 englische Tonnen, dann kann man etwas von der Bedeutung des Faktors Wirtschaft in diesem Kriege ermessen.

Die Bilanz der Ernährungs- und Rohstofflage Deutschlands bei Ausbruch des Krieges ließ keinen Zweifel daran, daß die Vorräte, soweit sie nicht ganz im eigenen Land erzeugt wurden, höchstens für eine Kriegsdauer von 9–12 Monate ausreichten. (Auslandsabhängigkeit: Zink 25 %; Blei 50 %; Kupfer 70 %; Zinn 90 %; Nickel 95 %; Bauxit 99 %; Mineralöl 65 % und Kautschuk 80 %). Statt von Anfang an die Wirtschaft radikal auf den Krieg umzustellen und auf lange Sicht zu planen, zeigten vor allem Gestaltung und Rangordnung der verschiedenen Fertigungsprogramme, wie wenig die oberste Führung von einem zielstrebigen, einheitlichen Gesamtkriegsplan ausging, in dem sowohl die politisch-militärische als auch die wirtschaftliche Seite der Kriegführung in gleichem Maße aufeinander abgestimmt war. In der Hoffnung, den Krieg durch eine Reihe von "Blitzfeldzügen" rasch beenden zu können, wurden allein bis zum Sommer 1941 die Programme der Rüstungsfertigung und die Dringlichkeitsstufen mehr als zehnmal um- und abgeändert, so daß der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW schließlich um eindeutige Klärung bat, "was nun wirklich am wichtigsten sei". Einmal stand die Munitionsfertigung im Vordergrund, dann das U-Boot- und Luftwaffenprogramm, schließlich wurde der Schwerpunkt wieder ganz auf die Kampfwagen- und chemische Fertigung verlegt. Dieses nervenaufreibende Ringen um die Bevorzugung in der Programmgestaltung zwischen den Wehrmachtsteilen war nicht zuletzt auch Folge mangelnder Koordinierung zwischen OKW, OKH, OKL und OKM. Hinzu kam, daß die führenden Köpfe des Reiches offenbar erst im Frühjahr 1941 die Einsicht gewannen, es sei für den Fall eines länger dauernden Krieges wichtiger, die Rohstoffgrundlage zu erweitern als die reine Waffen- und Munitionsfabrikation auszubauen. Die viel zu langsame Ausdehnung der deutschen Rüstungswirtschaft (vgl. die Indexziffern der Rüstungsendfertigung 1939 = 63; 1940 = 97; 1941 = 98; – also gegenüber 1940 keine Steigerung –;1942 = 142; 1943 = 222 und 1944 = 322/Juli) war sicherlich ein entscheidender Fehler. Es dürfte indessen nicht zutreffen, daß dieser dem Reich "jede Chance auf den Sieg" gekostet hat. Auch hier handelt es sich nicht um eine "verpaßte Gelegenheit". Denn weder die großen Leistungen, die während der Ära Speer (1942–1945) in der Rüstungs- und Wehrwirtschaft dank optimaler Organisation, neuer Rationalisierungsmaßnahmen und totaler Mobilmachung deutscher und ausländischer Arbeitskräfte erzielt wurden, noch die Ausschöpfung und Ausbeutung des Wirtschaftspotentials in den eroberten Gebieten hätten letzten Endes etwas an der Tatsache zu ändern vermocht, daß auch "ohne den verschärften Luftkrieg die deutsche Rüstungsendfertigung gegenüber ihrem Maximum (vgl. Juli 1944) höchstens noch um 20–30 v. H. gesteigert werden konnte. Dann aber wäre die Rüstung an die zu enge Rohstoffdecke gestoßen – ein Engpaß, der dann notwendigerweise eine Grenze gezogen hätte. Denn die voraussehbaren Fortschritte der Alliierten und der Sowjetunion waren so offensichtlich, daß der Rückstand Deutschlands auch bei Weiterführung des Produktionsanstieges immer größer geworden wäre." Die völlige Zerrüttung der deutschen Wirtschaft setzte 1944 ein. Ende Juni verfaßte Reichsminister Speer eine Denkschrift, die er Hitler zuleitete und in der es u. a. hieß: "...Es ist dabei dem Gegner gelungen, (durch Luftangriffe), am 22. 6. die Ausfälle an Flugbenzin auf 90 % zu steigern... Würden derartige Angriffe fortge-

setzt, werde im September zwangsläufig der Anschluß" an die zur Abdeckung des dringlichsten Bedarfes der Wehrmacht notwendigen Mengen nicht mehr gewährleistet sein, d. h. es wird zu diesem Zeitpunkt ab eine unüberbrückbare Lücke" entstehen, die "tragische Folgen" haben müsse. Acht Wochen später schrieb Speer: "...Wenn die Angriffe auf die chemische Industrie im September in derselben Stärke und mit derselben Präzision wie im August erfolgen, wird die Erzeugung an chemischen Erzeugnissen weiter absinken und die letzten Lagerbestände aufgezehrt werden. Damit fehlen auf wichtigsten Gebieten diejenigen Stoffe, die zur Weiterführung eines modernen Krieges notwendig sind." Speer ergänzte diese Angaben nach dem Kriege mit dem Hinweis, daß alle wirtschaftlichen Anstrengungen etwa ab 1943 zwecklos geblieben seien, da die alliierten Bomberverbände ab Mai 1944 die deutschen Treibstoffvorräte schwerpunktmäßig angegriffen hätten, ab September auch das deutsche Verkehrssystem. "Das führte zu einer Katastrophe. 90 % an Treibstoff fiel von diesem Zeitpunkt an aus. Mit dem Gelingen dieser Angriffe war der Krieg produktionstechnisch verloren, denn auch die neuen Panzer und Strahlflugzeuge nützten mir nichts ohne Treibstoff." Mit Recht gipfeln somit die Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in der Feststellung: "...Es gab keine Chance, diesen Krieg der Fabriken wirtschaftlich zu gewinnen. Deutschland wurde faktisch vor allem durch den Luftkrieg und die Gebietsverluste (Oberschlesien usw.) wirtschaftlich entscheidend geschwächt (zu ergänzen wäre: auch durch den Abzug von Arbeitskräften für den Wehrdienst. Im Herbst 1944 wurden monatlich über 200 000 Mann, vor allem aus der Eisen- und Stahlindustrie, eingezogen). Wären diese Faktoren nicht so intensiv wirksam geworden, hätte auf die Dauer die Überlegenheit der Gegenseite an Menschen, Rohstoffen und Kapazitäten den Ausschlag geben müssen."

In diesem Kriege wurde also jetzt Wirklichkeit, was der amerikanische Sezessionskrieg und der Japanisch-Russische Krieg im 19./20. Jahrhundert als Vorboten einer umwälzenden Kriegführung schon in den Anfängen offenkundig gemacht hatten: die Kriegführenden strebten nicht mehr allein die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte an, sondern auch die des wehrwirtschaftlichen Potentials [280], der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen. Mit allen Mitteln der Blockade, der modernen Massenmedien, der Propaganda [272] und des Luftkrieges [275] versuchten sie, den Widerstandswillen des Gegners zu erschüttern oder diesen auszuhungern. Hinterland und Heimatgebiet verschmolzen mit der kämpfenden Front zur Einheit. Der Einsatz von Frauen war keine Ausnahme mehr; unendliche Flüchtlingstrecks durchzogen halb Europa. Der Wettlauf auf dem Gebiet der Waffentechnik gipfelte nach dem Einsatz von Raketen und Düsenflugzeugen in der Erfindung und im Abwurf der ersten Atombomben [278], die ein Zeitalter völlig neuartiger strategischer Waffen und der möglichen totalen Zerstörung ganzer Regionen ankündigten. Der ideologische Kampf [273][276] und die revolutionäre Kriegführung aber steigerten nicht nur die Leidenschaften auf beiden Seiten ins Unkontrollierbare (Terror–Gegenterror) [271][277][279], sondern rissen auch die Grenzen nationalstaatlicher Vorstellungen nieder und schufen neue Wertbezüge.

Hinzu kommt die sogenannte "demographische Explosion": das ungeheure Wachstum der Weltbevölkerung gab beiden Weltkriegen Ausmaße, die bis dahin unvorstellbar waren. Im ersten "totalen Krieg", 1914–1918, hatten die Völker der Erde 60 Millionen Soldaten mobilisiert und an den verschiedenen Frontabschnitten eingesetzt. Über 9,2 Millionen Tote deckten die Schlachtfelder des mit allen Mitteln der damals modernen Waffentechnik geführten Krieges. Mehr als 500 000 Zivilisten fanden den Tod. Rußland und Deutschland brachten die höchsten Opfer, nämlich je 2 Millionen. Von 1939–1945 standen 110 Millionen Soldaten unter Waffen. Von ihnen fielen 27 Millionen im Kampf, während die Zivilbevölkerung in der Welt 25 Millionen Tote beklagte (darunter über 5 Millionen Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik). Einschließlich der Vermißten betrug die erschreckende Verlustbilanz, gegenüber welcher der große Bevölkerungszuwachs auf der Erde nur einen schwachen Trost bedeutete, 55 Millionen Menschen. Wieder waren Rußland und Deutschland am schwersten betroffen: Rußland verlor 13,6 Millionen und Deutsch-

land 4,2 Millionen Soldaten; die Vereinigten Staaten zählten 259 000 Gefallene. Der indische Freiheitskampf kostete über 10 000 Opfer. Vernichtete der Bombenkrieg in Deutschland rund 1,63 Millionen Gebäude, über 500 Baudenkmäler von hohem Rang und machte er 7,5 Millionen Menschen obdachlos, so zerstörten die Kampfhandlungen in der Sowjetunion 1 710 Städte und Siedlungen, 70 000 Dörfer und Ortschaften und über 6 Millionen Gebäude aller Art.

DOKUMENTE

[270] *Instruktion*
für die Organisation und Tätigkeit der Partisanen-Abteilungen
und Diversions-Gruppen
20. Juli 1941

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Partisanen-Bewegung im Rücken des Feindes tritt als Volksbewegung in Erscheinung. Sie ist berufen, eine gewaltige Rolle in unserem vaterländischen Krieg zu spielen.
Die grundlegenden Aufgaben des Partisanenkrieges im Feindesrücken sind klar bestimmt durch das Haupt des Staatlichen Verteidigungs-Komitees, Genossen Stalin: "Es müsssen Partisanen-Abteilungen geschaffen werden, beritten und zu Fuß, geschaffen werden Diversionsgruppen zum Kampf mit Verbänden der feindlichen Armee, zum Entfachen des Partisanenkrieges allüberall, zum Sprengen von Brücken und Wegen, Zerstören der Fernsprech- und Telegrafen-Verbindungen, Anzünden von Wäldern, Lagern, Transporten. In den besetzten Gebieten sind für den Feind und alle seine Helfer unerträgliche Bedingungen zu schaffen, sie sind auf jedem Schritt zu verfolgen und zu vernichten, alle ihre Maßnahmen zu untergraben."

2. Die Partisanen-Abteilungen und Diversionsgruppen müssen in erster Linie in den Hauptoperationsrichtungen (Gebieten), d. h. in den Gebieten der Hauptgruppierungen des Gegners aufgestellt werden.
Ihrem Einsatz gemäß sind die Partisanen-Abteilungen unterteilt in Kampfabteilungen und Diversionsgruppen.

3. Partisanen-Abteilungen müssen gut bewaffnet und genügend stark für aktive Handlungen im Rücken des Feindes sein. Die Gesamtzahl einer solchen Abteilung kann bis zu 75–150 Mann erreichen, organisatorisch bestehend aus 2–3 Kompanien, die Kompanie bis zu 2–3 Zügen.

4. Die Kampfabteilungen wirken grundsätzlich kompanieweise und zugweise. Ihre Aufgabe ist – in der Regel nur nachts aus dem Hinterhalt wirkend –, Überfälle auf Kolonnen und Ansammlungen, mot. Infanterie, auf Lagerstätten und Transporte von Treibstoff und Munition, auf Stäbe, Flugplätze, Eisenbahntransport nach vorheriger Herbeiführung von Entgleisungen.
Im Tätigkeitsgebiet muß eine genügende Zahl von Wäldern vorhanden sein, damit die Abteilungen sich in ihnen verbergen können. Dieses Gebiet kann zwei bis drei Verwaltungs-Rayons umfassen, aber zu wirken ist nur gegen Hauptverbindungswege des Gegners.
Es ist erwünscht, daß jeder Verwaltungs-Rayon nicht weniger als eine Partisanen-Kampfabteilung besitzt.

5. Außer den Kampfabteilungen müssen in jedem Rayon Diversionsabteilungen geschaffen werden zu 30–50 Mann. Organisatorisch bestehen diese Abteilungen aus 5–8 Gruppen zu 3, 5, 10 Mann. Die Diversionsgruppen müssen so zusammenkonspiriert sein, daß Partisanen einer Gruppe diejenigen einer anderen Gruppe nicht kennen. Die organisatorische Zusammenfassung dieser Gruppen ist nur für die Kontrolle ihrer Tätigkeit und für die Schaffung neuer Gruppen im betr. Rayon notwendig.

6. Grundlegende Aufgaben der Diversions-Gruppen:
Zerstörung der Fernsprech- und Telegrafenleitungen, Anzünden von Treibstofflagerstätten und -transporten oder Beschuß mit Gewehren aus naher Entfernung, Abbau von Bahngleisen und Verschleppen der Schienen, Vernichtung einzelner Kraftfahrer oder kleinerer Gruppen von Personenkraftwagen, Erbeutung von Schriftstücken, die sich bei diesen befinden, Bewerfen zusammengezogener Panzerkraftfahrzeuge mit Brennstoff-Flaschen, mit dem Ziel, sie zu verbrennen, Vernichtung von Offizieren, Verbreitung von Paniknachrichten bei den gegnerischen Truppen (über Erscheinen in ihrem Rücken von Panzerwagen oder von Landetruppen der Roten Armee).

7. In allen noch von der Roten Armee besetzten Gebieten müssen von den Dienststellen der NKWD (Volkskomm. des Innern) und NKGB (Volkskomm. für die Staatssicherheit) beizeiten Vernichtungs-Bataillone für den Kampf mit Landetruppen des Gegners in unserem Rücken organisiert werden. Im Fall der Besetzung dieser Gebiete durch den Gegner und des Rückzuges der Roten Armee müssen diese Vernichtungs-Bataillone unbedingt am Platz bleiben und sich zur Partisanen-Kampfabteilung umstellen für den Kampf im Rücken des Feindes.

8. Die örtlichen Rayon-, Partei- und Sowjet-Dienststellen und die Dienststellen der NKGB und NKWD tragen die volle Verantwortung für die Organisation der Vernichtungs-Bataillone und für ihre Umwandlung in Partisanen-Abteilungen.
Es wird kategorisch verboten, die Vernichtungs-Batl. aufzulösen, falls sie auseinanderfallen oder in unser rückwärtiges Gebiet zurückgehen, werden die Leiter der vorhin genannten Dienststellen zur Verantwortung gezogen, bis einschließlich Stellung vor das Kriegstribunal.
9. Hauptgrundlage der Organisation der Partisanenbewegung muß die Massenanpflanzung der Kampfabteilungen und Diversionsgruppen sein.

Taktische Verfahren der Partisanen-Kampf- und Diversions-Abteilungen
Nur freche und entschlossene Handlungen der Partisanen-Abteilungen werden Erfolg verbürgen und der Roten Armee eine wesentliche Hilfe bringen. Die Kraft der Partisanen besteht darin, daß sie die Tatkraft und unverhofftes Handeln in der Hand haben.
Grundlagen der Handlungen der Partisanen-Abteilungen sind der Hinterhalt und plötzliche kurze Überfälle auf das Ziel, wonach sich die Abteilung in kleine Gruppen verstreut und am Sammelplatz wieder vereint. Gewirkt wird nur bei Nacht oder vor dem Morgengrauen, wenn die Wachsamkeit der gegnerischen Sicherungen nachläßt. Der Anmarsch zu den Zielen erfolgt nur nachts, nachdem die Erkundung des Objekts und der Anmarschwege noch bei Tageslicht durchgeführt ist.
Wenn das Überfall-Objekt bewacht ist, muß man bestrebt sein, die Wache schnell und geräuschlos zu beseitigen (mit blanker Waffe) oder sie zu umgehen. Auf Beschießung sollen die Partisanen nicht antworten.
Nach erfolgtem Überfall oder dessen Mißlingen entschlüpfen die Partisanen der Verfolgung und sammeln sich am vorher bezeichneten Sammelplatz in 3–5 km Entfernung vom Operationspunkt.
Beim Entschlüpfen von der Verfolgung muß man als Regel zunächst eine falsche Marschrichtung einschlagen. Falls der Gegner die Abteilung verfolgt, muß aus den kühnsten Partisanen eine kleine Gruppe abgetrennt werden mit der Aufgabe, den Rückzug des Hauptteiles zu decken. Die Bedeckungsgruppe muß sich in falscher Richtung zurückziehen. Wenn die Verfolgergruppen aus Fußtruppen bestehen, so muß man bestrebt sein, mit der Hauptkraft sie durch Flankenstoß zu überfallen oder das durch Schwächung der Wache entblößte Objekt in Besitz zu nehmen und zu vernichten, damit die eigentliche Aufgabe erfüllt wird.
Die Partisanen-Abteilungen und Diversionsgruppen müssen zu ihren Zerstörungshandlungen im Rücken des Feindes in weitem Ausmaße die örtlichen Mittel ausnutzen, z. B. zur Zerstörung der Bahngleise müssen die Schienen mittels Schraubenschlüssel, die in jeder Wärterbude vorhanden sind, gelöst werden. Zur Zerstörung von Nachrichtenlinien sind die Masten abzusägen.
Zum Verbrennen der Brennstoffbehälter und Panzerkampfwagen sind einfach Flaschen herzurichten, mit Benzin zu füllen, am Bodenende ist ein Bündel Lumpen oder Reisig, das mit brennbarer Flüssigkeit getränkt ist, festzubinden und beim Überfall auf einen Standplatz mot.-mech. Truppen des Gegners in die Brennstoffbehälter und Kraftfahrzeuge zu werfen.
Bahntransporte kann man durch Anlegen eines Scheiterhaufens auf den Bahngleisen zum Halten bringen. Hat der Zug gehalten, dann ist er aus dem Hinterhalt zu beschießen und aussteigende Soldaten durch MG- und Gewehrfeuer sowie mit Handgranaten zu vernichten.
Zum Kampf gegen motorisierte Verbände werden bei Nacht Überfälle auf Rastplätze ausgeführt und der Personalbestand vernichtet, ebenso der Treibstoffvorrat.
Zum Kampf gegen die Luftwaffe des Gegners werden Überfälle auf Flugplätze unternommen und Flugzeuge am Boden zerstört. Aus guten Schützen sind Gruppen von 3–5 Mann zu bilden, die gedeckt an den Flugplatz herangehen und aus dem Hinterhalt niedrig fliegende Flugzeuge beim Anflug zur Landung und beim Starten vernichten. Der Partisanen-Abteilung ist außer den Aufgaben auch das Gebiet ihrer Tätigkeit anzugeben. Diese Gebiete müssen Waldmassive enthalten, die gedeckte Manöver und Schlupfplätze sicherstellen.

Zerstörung der Verkehrswege und Nachrichtenmittel
Der wesentlichste Eingriff in Bahn- und Kraftfahrzeug-Transporte wird durch Zerstörungen der Brücken erreicht (Sprengen, Abbau, Verbrennen).
Zur Vernichtung der Bahngleise müssen kleine Gruppen (3–4 Mann) eingeteilt werden. Entgleisungen müssen gleichzeitig an einer Reihe von Teilstrecken herbeiführt werden, weil dadurch die Wiederherstellungsarbeiten erschwert sind. Als Entgleisungsstelle sind abschüssige Strecken zu wählen, wo der Zug hohe Geschwindigkeit hat und schwerer aufzuhalten ist. Damit der Lockführer die zerstörte Strecke nicht bemerkt, müssen die gelockerten Schienen erst unmittelbar vor dem Zuge verschoben werden. Diese Verschiebung können 3–4 Männer (die im Hinterhalt sitzen) ausführen mittels eines durch die Schraubenlöcher befestigten Strickes oder Telegrafendrahtes, den man beim Zerstören der Nachrichten-Leitungen erhält. Wenn die Bahn zweigleisig ist, genügt es, die Entgleisung auf einem Gleise herbeizuführen, da dadurch doch beide

Gleise gesperrt werden. Gleichzeitig mit der Zerstörung der Bahngleise müssen die längs der Bahn laufenden Nachrichten-Leitungen zerstört werden, was durch Zerschneiden der Drähte nach vorherigem Absägen von Masten erreicht wird. Je mehr Masten umgelegt werden, desto schwerer ist die Wiederherstellung.
Ein gutes Störungsmittel ist das Zusammenschließen der Drähte. Erreicht wird das durch Verbinden aller Drähte in den Masten durch einen dünnen, wenig bemerkbaren Draht, dessen Ende am Mast heruntergeführt und eingegraben wird.

Besetzung und Vernichtung von Lagerstätten

Überall und in erster Linie müssen Treibstoff- und Munitionslager vernichtet werden. Gewöhnlich befinden sich diese Lager weit entfernt von bewohnten Orten, sie werden zuverlässig bewacht und haben gute Nachrichtenverbindungen. Deshalb ist zur Besetzung und Vernichtung vorher die Verbindung nach außen zu zerstören.
Für die Besetzung von Lagerstätten müssen beispielsweise folgende Gruppen eingeteilt werden:
a) Gruppe für Vernichtung der Verbindung nac h außen;
b) eine oder einige Gruppen mit automatischen Waffen und Granaten zur Abdeckung der Richtung, in der sich die feindliche Wache befindet, und zu deren Niederhaltung;
c) einige Gruppen mit Handgranaten, Brennstoff-Flaschen, Gewehren bewaffnet für die eigentliche Besetzung nach vorheriger Vernichtung der Posten.
Die Überfälle sind nur bei Nacht auszuführen oder bei Morgengrauen. Vor dem Überfall auf das Lager ist durch rechtzeitige Erkundung bei Tageslicht die Aufstellung der Posten, des Wachraumes, der Fernsprechleitungen und Signaleinrichtungen festzustellen, ebenso gedeckte Zugänge zum Lager und zu den Posten. Zweckmäßig ist es, daß die Gruppenältesten noch bei Helligkeit sich persönlich am Platze mit dem Objekt für die Aktion bekannt machen.
Nach Besetzung des Lagers muß sofort zur Vernichtung geschritten werden durch Brandanlegen an verschiedenen Stellen (mittels Brennstoff-Flaschen, ausgiebigen Beschusses der Bezinbehälter und Zisternen mit Brandgeschossen und anderen Mitteln).
Nach Erfüllung der Aufgabe versammelt sich die Abteilung an den vorher vom Kommandeur festgelegten Sammelplätzen.

Hinterhalte und Überfälle zum Kampf gegen lebende Ziele des Gegners

Die Partisanen-Abteilungen haben unbegrenzte Möglichkeiten, aus dem Hinterhalte plötzlich kurze Überfälle auf lebende Ziele des Feindes auszuführen. Solche Überfälle erzeugen Panik in seinen Reihen und bringen ihn zur Flucht, bringen seine Einheiten und Unterabteilungen durcheinander, wodurch seine Weiterbewegung aufgehalten wird, und ihm ernste Verluste an Personalbestand und an Material zugefügt werden.
Besonders wirkungsvoll kann der Partisanenkampf gegen nachts marschierende Truppenteile sein. In den meisten Fällen führen große Einheiten des Gegners ihre Märsche nachts aus, wenn sie weniger durch Flieger bedroht sind. Nächtliche Überfälle aus dem Hinterhalt werden zweckmäßig von einigen Gruppen (Zügen) mit verstärkten Feuermitteln gleichzeitig ausgeführt. Solche Gruppen sind imstande, den Vormarsch ganzer Divisionen aufzuhalten und in Unordnung zu versetzen.
Die Hinterhalte der Überfälle sind am besten an Nebenstraßen zu wählen. Der beste Hinterhalt ist der Waldrand in 150–250 Meter vom Wege, auf welchem Bewegung von gegnerischen Kolonnen zu erwarten ist. Hinterhalte gegen lebende Ziele dürfen nicht besonders nahe am Wege eingerichtet werden, denn schon nach den ersten Schüssen können die Gruppen aus den Kolonnen des Gegners heraus angegriffen werden.
Das Gelände zwischen Hinterhalt und Weg muß offen sein, damit der Einsatz der ganzen Feuerkraft der MG und Gewehre gewährleistet ist.
Das Feuer ist schräg zum Weg und als Kreuzfeuer vorzugsweise längs der Wege einzurichten. Dieses Feuersystem muß innerhalb jeder Gruppe beibehalten werden. An den Flanken der Gruppen in 30–40 Meter vom Wege sind zweckmäßig 2–3 gewandte Handgranatenwerfer abzusondern, die nach Eröffnung des Feuers auf die Kolonne diese mit Handgranaten bewerfen.
Die Hinterhalte dürfen von der Sicherung des Gegners nicht entdeckt werden. Das wird durch Anlage der Hinterhalte in 100 bis 150 Meter vom Wege und durch absolute Geräuschlosigkeit der Gruppe erreicht (nachts wird die Seitensicherung des Gegners auf 50 bis 100 Meter vom Wege ausgesandt). Im Hinterhalt ist das Rauchen, irgendwelche Bewegungen in den Gruppen, Sprechen usw. kategorisch verboten. Bei erzwungenem Husten ist der Mund mit dem Ärmel zu verdecken, mit der Mütze oder ähnlichem.
Feuerüberfälle sind nur gegen die Hauptkräfte und nicht auf die vorderen Sicherungsverbände und Abteilungen auszuführen. Die letzteren muß man vorbeilassen. Hinterhalte zugweise müssen mit Zwischenräumen von 500–700 Meter eingerichtet werden und der Feuerüberfall ist gleichzeitig auf Signal des Führers zu beginnen. (Der Platz des Führers ist bei der mittleren oder bei der vordersten in der Anmarschrichtung des Gegners liegenden Gruppe).

Als Signal kann die Eröffnung des Feuers aus dem 1. MG der Führergruppe dienen. In den Hinterhalten sind keine Eingrabungen auszuführen, weil das zur Demaskierung führen kann.
Wenn es die Zeit erlaubt, muß das vom Gegner verlassene Material zerstört werden. Dabei sind den Kraftfahrzeugen durch Gewehrschuß vor allem die Motoren zu verderben. Von bespannten Geschützen sind unbedingt die Pferde zu erschießen. Alle leichten Waffen (Gewehre, MG, Munition dazu Handgranaten) müssen zur Ausnutzung für den weiteren Kampf mitgenommen werden. Überschüsse sind zu verderben, damit sie später nicht benutzt werden können.
Nachts können die Partisanen-Abteilungen verhältnismäßig leicht einen Kampf zweier Kolonnen des Feindes gegeneinander herbeiführen. Das wird erreicht, indem kleine Partisanengruppen zwischen zwei Kolonnen einen Feuerüberfall gleichzeitig auf beide Kolonnen ausführen.
Besonders wirkungsvoll sind die Unternehmungen gegen Kradfahrer und auf Kraftfahrzeugen fahrende oder marschierende Infanterie. Kleine Gruppen von 3–5 Partisanen in Hinterhalten längs der Straße mit Zwischenräumen von 100–150 Metern, können dem Feind eine empfindliche Niederlage zufügen, seine Kolonnen zerstreuen und ihre panische Flucht herbeiführen.
Für Hinterhalte und Überfälle gegen Kraftfahrzeugkolonnen ist ein Wegteil mit hohem Damm oder tiefen Seitengräben zu wählen. In allen Fällen müssen die Partisanen bestrebt sein, Sperrungen auf den Verkehrswegen durch abgesägte Bäume, Abbauen von Brücken, Querstellen verlassener Fahrzeuge usw. herbeizuführen.
Diese Sperrungen werden nur dann nützen, wenn in ihrer Nähe (150–200 Meter in Richtung auf den Gegner) Hinterhalte mit 1–2 Gruppen zur Beschießung der gegnerischen Anhäufung eingerichtet sind.
Die Partisanen-Abteilungen und ihre Gruppen müssen beweglich und für den Gegner nicht faßbar sein. Zur Vergrößerung ihrer Beweglichkeit können Abteilungen und Gruppen nur mit Beutefahrzeugen und solchen von der Bevölkerung abgegebenen rechnen. Fahrzeuge binden die Abteilung an Wege und sind eher eine Belastung als Hilfe. Ein gutes Fortbewegungsmittel sind Reitpferde, wenn auch ungesattelt, aber die Beweglichkeit wird als Grundsatz durchgeübt sein, im schnellen Marschieren im Kriegsmarsch und hauptsächlich nachts gewährleistet.
Für die Marschbewegungen sind vorwiegend Feldwege und Waldpfade zu wählen. Bewohnte Stätten müssen umgangen werden. Es ist besser, zusätzliche Kilometer zurückzulegen, aber nicht vom Gegner entdeckt zu werden.
Die Marschdisziplin muß hoch sein. Nachts sind Rauchen und Gespräche verboten.
Bei unerwartetem Zusammenstoß mit dem Gegner auf dem Nachtmarsch ist das Feuer nicht zu eröffnen, sondern besser schnell vom Gegner zu entschlüpfen und die Richtung öfter zu wechseln.

Auf dem Marschwege der Abteilung sind zweckmäßig auf 20–30 Minuten zwei bis drei Mann zurückzulassen, um zu erkunden, ob der Gegner oder seine Agenten den Spuren folgen. Die letzteren sind zu fangen und zu vernichten.
Zur eigenen Sicherung sendet die Abteilung oder Gruppe 2–3 Späher voraus, am Tage auf 300–500 Meter, bei Nacht auf 100–150 Meter. Es ist wünschenswert, die Späher auf Reitpferden zu entsenden, in diesem Falle ist ihre Entfernung 1–1,5 km voraus. Nach hinten sichern die Abteilungen durch zwei Späher.

In der Kolonne selbst werden Beobachter für die Beobachtung nach vorn und nach den Seiten eingeteilt. Es ist Aufgabe der Abteilung, daß unerwartete Zusammenstöße mit dem Gegner vermieden werden. Werden kleine Gruppen des Gegners festgestellt, so sind sie vorbeizulassen, und haben, einen Hinterhalt bildend, die Hauptkräfte zu überfallen. Der Gegner ist überall zu schlagen, wo er auch erscheint.
Die durchdachte Organisation der Ruhe ist die wichtigste Frage der Kampftätigkeit der Abteilung im Rücken des Gegners. Der Gegner wird danach streben, die Abteilung überraschend während der Ruhe zu fassen. Deshalb müssen die Abteilungen überall und stets in ständiger Kampfbereitschaft sein. Die besondere Vielfältigkeit und Anspannung der Arbeit der Partisanen-Abteilungen erfordert große Aufmerksamkeit, die Kräfte der Partisanen zu schonen.
Die Autorität des Abteilungs-Chefs wird dann fest sein, wenn die Partisanen in ihm nicht nur den mutigen, kühnen Kämpfer und guten Organisator plötzlicher Überfälle auf den Feind sehen werden, sondern auch den wachsamen, sorgenden Führer.
Der Ruheplatz ist als Regel in Wäldern (und Büschen) abseits von Wegen und bewohnten Punkten. Im Winter oder zu besonders regnerischer Zeit in alleinstehenden Gebäuden, Waldwärterhütten, einzelnen Gehöften. Mehr als zwei Tage nacheinander darf man sich nicht an einem Platze befinden. Die Ruheplätze (Verstecke) müssen möglichst täglich gewechselt werden.
Vor dem endgültigen Eintreffen an dem gewählten Ruheplatz muß die Abteilung (Gruppe) einen scharfen Richtungswechsel des Anmarschweges vornehmen und einen Horchposten von 2–3 Mann in einem Hinterhalt zurücklassen, um Leute festzunehmen, die die Abteilung auskundschaften.

In der Ruhe ist vorher ein Sammelplatz für den Alarmfall vorzumerken. Die Partisanen ruhen bei ihrer Waffe, die Kommandeure unter ihren Gruppen. Der Ruheplatz ist allseitig durch Doppelposten unmittelbar zu sichern.
Im Falle, wenn als Ruheplatz ein bewohnter Ort gewählt ist, muß dieser durch eine allseitige Bewachung umfaßt werden, die keine Einwohner und keine Angehörigen der Abteilung ohne besondere Anordnung hinausläßt. Die Mannschaften der Abteilung werden in Häusern und Scheunen in geschlossenen Gruppen mit ihrem Kommandeur untergebracht. Den Kommandeuren ist nicht erlaubt, in Einzelquartiere zu gehen.

Somit muß die Ruhestelle folgenden Grundforderungen entsprechen:
a) Die besten Ruhebedingungen sicherstellen, für den Gegner von der Erde und aus der Luft unbemerkt bleiben.
b) Es müssen gute Beobachtungsstellen gegen unerwartete Überfälle durch Erdtruppen vorhanden sein.
c) Schnelles Sammeln bei Alarm und Vorhandensein von Sammelplätzen muß sichergestellt sein.
d) Die Entfernung von großen Wegen und bewohnten Orten muß genügend groß sein.
Die Partisanenbewegung ist eine Massenbewegung des ganzen Volkes. Die Partisanenbewegung zersplittert, ermüdet und schwächt die Kräfte des Feindes und schafft günstige Bedingungen für den Gegenangriff der Roten Armee. Die Stärke der Partisanen liegt in ihrer Aktivität, Initiative und Frechtheit. Grundlegende Arbeitsmethode sind nächtliche Überfälle aus Hinterhalten auf rückwärtige Teile des Feindes.
Die Hauptversorgungsquelle der Versorgung mit Waffen, Munition, Verpflegung ist Erbeutung vom Feind. Aus Überschüssen und in verschiedenen Verstecken sind eigene Lager zu schaffen, von denen nur eine beschränkte Anzahl Personen weiß.
Die Partisanen-Abteilungen warten nicht auf Angaben von oben, sie wirken selbständig an Hand der Weisungen des großen Führers der Völker, des Genossen Stalin: "Unerträgliche Bedingungen für die Feinde schaffen... Auf jedem Schritt sie vernichten, alle ihre Maßnahmen untergraben" um unser Vaterland von dem fremdländischen Einfall zu befreien.

[271] *Vergeltungsmaßnahmen:*
Geheimer Befehl des Militärbefehlshabers in Frankreich,
General Otto von Stülpnagel
Paris, den 28. September 1941

I.
Geiselnahme
1. Am 22. August 1941 habe ich folgende Bekanntmachung erlassen:
"Am Morgen des 21. August 1941 ist in Paris ein deutscher Wehrmachtangehöriger einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Ich bestimme daher:
Sämtliche von deutschen Dienststellen oder für deutsche Dienststellen in Frankreich in Haft irgendeiner Art gehaltenen Franzosen gelten vom 23. August ab als Geiseln.
Von diesen Geiseln wird bei jedem weiteren Anlaß eine der Schwere der Straftat entsprechende Anzahl erschossen werden".
2. Am 19. 9. 1941 habe ich durch eine Mitteilung an den Generalbevollmächtigten der französischen Regierung beim Militärbefehlshaber in Frankreich angeordnet, daß vom 19. 9. 1941 ab sämtliche männlichen Franzosen, die sich wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung in Haft irgendeiner Art bei französischen Dienststellen befinden oder in Haft genommen werden, von den französischen Dienststellen gleichzeitig auch für den Militärbefehlshaber in Frankreich in Haft zu halten sind.

3. Auf Grund meiner Bekanntmachung vom 22. 8. 1941 und meiner Anordnung von 19. 9. 1941 sind daher folgende Personengruppen Geiseln:
a) Sämtliche Franzosen, die von deutschen Dienststellen in Haft irgendeiner Art, z. B. Polizeihaft, Untersuchungshaft, Strafhaft, gehalten werden.
b) Sämtliche Franzosen, die von französischen Dienststellen in Frankreich für deutsche Dienststellen in Haft irgendeiner Art gehalten werden. Dazu gehören:
aa) Sämtliche Franzosen, die sich wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung bei französischen Dienststellen in Haft irgendeiner Art befinden;
bb) Sämtliche Franzosen, gegen die von den französischen Strafvollstreckungsbehörden auf Ersuchen der deutschen Wehrmachtgerichte die von diesen erkannten Freiheitsstrafen vollstreckt werden...
cc) Sämtliche Franzosen, die auf Verlangen deutscher Dienststellen von französischen Dienst-

stellen festgenommen und in Haft gehalten werden oder von deutschen Dienststellen französischen Dienststellen mit dem Auftrag, sie in Haft zu halten, übergeben werden.
c) Staatenlose Landeseinwohner, die schon längere Zeit in Frankreich leben, gelten im Sinne meiner Bekanntmachung vom 22. August 1941 als Franzosen.

II.
Besondere Fälle
Die Chefs der Militärverwaltungsbezirke und der Kommandant von Groß-Paris können auch künftig in besonderen Ausnahmefällen noch zusätzlich Geiseln festnehmen, z. B. aus Kreisen der Studenten, der Hochschullehrer oder aus sonstigen bestimmten Berufsgruppen. Diese Maßnahme bedarf jedoch einer besonders sorgfältigen Prüfung.

III.
Haftentlassung
Personen, die am 22. 8. 1941 bzw. am 19. 9. 1941 noch nicht in Haft waren, aber später festgenommen wurden oder noch festgenommen werden, sind sofern die übrigen Voraussetzungen auf sie zutreffen, von der Festnahme ab Geiseln.
Die Entlassung von Häftlingen, die wegen Ablaufs der Strafzeit, Aufhebung des Haftbefehls oder aus sonstigen Gründen an sich geboten ist, wird durch meine Bekanntmachung vom 22. August 1941 nicht gehindert. Die Entlassenen sind nicht mehr Geiseln.
Soweit sich Personen wegen kommunistischer oder anarchistischer Betätigung bei französischen Dienststellen in Haft irgendeiner Art befinden, ist ihre Entlassung, wie ich der französischen Regierung mitgeteilt habe, nur mit meiner Zustimmung möglich. Ich ermächtige hiermit die Chefs der Militärverwaltungsbezirke und den Kommandanten von Groß-Paris, jeweils für ihren Bezirk diese Zustimmung zu erteilen. Maßgebend für die örtliche Zuständigkeit ist der Ort, an dem sich der Häftling zur Zeit der in Aussicht genommenen Entlassung in Haft befindet. Hatte der Häftling vor seiner Festnahme seinen letzten Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in einem anderen Bezirk, so ist vor der Entscheidung über die Zustimmung zur Entlassung die Stellungnahme des Bezirkschefs einzuholen, in dessen Befehlsbereich der letzte Wohnsitz oder Aufenthaltsort gelegen ist.

IV.
Überführung aus französischer in deutsche Haft
Ob und in welchem Umfange französische Kommunisten oder Anarchisten, die sich zur Zeit in französischer Haft befinden, in unmittelbare deutsche Haft überstellt werden sollen, wird der Entscheidung der Bezirkschefs anheimgestellt. Soweit noch Strafverfahren anhängig sind wird sich wegen der damit verbundenen Erschwerung des Verfahrens die Überstellung grundsätzlich nicht empfehlen. Das Gleiche gilt für diejenigen Personen, die zur Zeit eine Freiheitsstrafe verbüßen. Für eine etwaige Überstellung werden daher vornehmlich die Kommunisten und Anarchisten in Frage kommen, die sich zur Zeit in französischer Polizei- oder Verwaltungshaft befinden.
Von französischen Dienststellen kann die Herausgabe von Häftlingen nur auf Grund einer schriftlichen Anordnung verlangt werden, aus der die Identität der Person, deren Herausgabe verlangt wird, sowie die Dienststelle, die die Herausgabe verlangt, eindeutig hervorgeht.

V.
Einleitung und Weiterführung von Strafverfahren
Die Geiselnahme steht der Fortführung anhängiger oder der Einleitung neuer Strafverfahren nicht entgegen. Dies gilt sowohl für die Verfahren vor den Wehrmachtsgerichten als auch für die Verfahren vor den französischen Gerichten.

VI.
Geisellisten
Wenn sich ein Vorfall ereignet, der es gemäß meiner Ankündigung vom 22. August 1941 notwendig macht, Geiseln zu erschießen, muß die Erschießung dem Anlaß unverzüglich nachfolgen. Die Bezirkschefs haben daher für ihre Bezirke aus dem Gesamtbestand an Häftlingen (Geiseln) diejenigen auszuwählen, die praktisch für eine Exekution in Frage kommen können, und sie in eine Geiselliste aufzunehmen. Diese Geisellisten bilden die Grundlage für die mir im Falle einer Exekution zu machenden Vorschläge.
1. Nach den bisherigen Beobachtungen kann angenommen werden, daß die Attentäter aus kommunistischen oder anarchistischen Terrorkreisen stammen. Die Bezirkschefs haben daher sofort aus den Häftlingen (Geiseln) diejenigen Personen auszuwählen und in die Geiselliste aufzunehmen, die auf Grund ihrer bisherigen kommunistischen oder anarchistischen Haltung, ihrer Funktion in derartigen Organisationen oder ihrer sonstigen bisherigen Haltung für eine

Erschießung in erster Linie in Frage kommen. Bei der Auswahl ist zu berücksichtigen, daß die abschreckende Wirkung der Erschießung von Geiseln auf die Attentäter selbst und diejenigen Personen, die in Frankreich oder im Ausland als Auftraggeber oder durch ihre Propaganda die geistige Verantwortung für Terror- und Sabotagehandlungen tragen, um so größer ist, je mehr bekannte Personen erschossen werden; erfahrungsgemäß nehmen die Auftraggeber und die politischen Kreise, die an den Attentaten ein Interesse haben, auf das Leben kleiner Mitläufer keine, auf das Leben ihnen bekannter ehemaliger Funktionäre dagegen eher Rücksicht. In die Listen sind daher in erster Linie aufzunehmen:

a) ehemalige Abgeordnete und Funktionäre kommunistischer oder anarchistischer Organisationen,
b) Personen, die sich für die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes durch Wort oder Schrift (Herstellung von Flugblättern) eingesetzt haben (Intellektuelle),
c) Personen, die durch ihr Verhalten (z. B. Überfälle auf Wehrmachtangehörige, Sabotageakte, Waffenbesitz) ihre besondere Gefährlichkeit dargetan haben,
d) Personen, die bei der Verteilung von Flugblättern mitgewirkt haben,
e) Personen, die in jüngerer Zeit im Zusammenhang mit Terror- und Sabotagehandlungen wegen ihrer Beziehungen zum vermutlichen Täterkreis festgenommen wurden.
2. Nach den gleichen Richtlinien ist eine Geiselliste aus der Reihe der gaullistischen Häftlinge anzulegen.
3. Deutsche Volkszugehörige französischer Staatsangehörigkeit, die wegen kommunistischer oder anarchistischer Tätigkeit in Haft sind, können mit aufgeführt werden. Ihre deutsche Volkszugehörigkeit ist in dem beiliegenden Formblatt besonders hervorzuheben.
Personen, die zum Tode verurteilt, aber begnadigt wurden, können in die Liste aufgenommen werden.
4. Nicht aufzunehmen in die Listen sind folgende Häftlinge:
a) weibliche Personen,
b) Kriegsgefangene, die sich in Untersuchungshaft befinden oder eine Strafe verbüßen,
c) Personen, die von Wehrmachtgerichten ausgesprochene Strafen im Reich verbüßen.
5. In die Liste sind für jeden Bezirk etwa 150, für den des Kommandanten von Groß-Paris etwa 300 bis 400 Personen aufzunehmen. Da nach Möglichkeit bei der Exekution auf Personen aus dem Tatortbereich zurückgegriffen werden soll, haben die Bezirkschefs jeweils die Personen in die Liste aufzunehmen, die ihren letzten Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in ihrem Bezirk hatten. Sind die Personen infolge der Festnahme in Haftorte außerhalb des Bezirks gebracht worden, so steht diese Änderung des Aufenthaltsortes der Aufnahme in die Liste des Heimatbezirkes nicht entgegen. Durch Fühlungnahme unter den Bezirkschefs ist dafür Sorge zu tragen, daß die Heimatbezirke über einen Aufenthaltswechsel von den Haftbezirken sofort unterrichtet werden.
Die Listen sind auf dem Laufenden zu halten. Auf neue Festnahmen und Entlassungen ist besonders zu achten.
6. Für alle Personen, die in die Geiselliste aufgenommen werden, ist ein Formblatt nach beiliegendem Muster anzulegen.
Die Angaben in dem Formblatt müssen besonders sorgfältig überprüft werden. Für ihre Richtigkeit tragen die Bezirkschefs die Verantwortung.

VII.
Exekutionsvorschläge
Ereignet sich ein Vorfall, der im Sinne meiner Ankündigung vom 22. 8. 1941 die Erschießung von Geiseln notwendig macht, so hat der Bezirkschef, in dessen Befehlsbereich sich der Vorfall ereignet hat, aus der Geiselliste die Personen auszuwählen, deren Erschießung er mir vorschlagen will. Bei der Auswahl ist nach Möglichkeit sowohl in persönlicher als auch in örtlicher Hinsicht auf den vermutlichen Täterkreis zurückzugreifen.
Personen zwischen 18 und 21 Jahren sind nur dann für eine Exekution vorzuschlagen, wenn besondere Umstände darauf hinweisen, daß es sich um einen Kreis auffallend junger Täter (z. B. Studenten) handelt, oder wenn allgemein eine Verlagerung der terroristischen Tätigkeit auf Jugendliche festzustellen ist.
Für eine Exekution können nur Personen vorgeschlagen werden, die sich zur Zeit der Tat bereits in Haft befunden haben.
Der Vorschlag muß Namen und Zahl der zur Exekution vorgeschlagenen Personen angeben, und zwar in der Reihenfolge, in der der Zugriff empfohlen wird. In der Regel sind doppelt so viele Personen zu benennen, als für die Exekution tatsächlich vorgeschlagen werden.
Der Vorschlag ist als geheime Kommandosache in zweifacher Ausfertigung zu erstatten. Für jede in dem Bericht aufgeführte Person ist das Formblatt sorgfältig ausgefüllt in zweifacher Ausfertigung beizufügen.

VIII.
Entscheidung
Die Entscheidung über die Exekution behalte ich mir nach wie vor in jedem Falle vor.
Die Vollstreckung und ihre Vorbereitung hat nach den Vorschriften des Kriegsstrafverfahrensrechtes über den Vollzug der Todesstrafe zu erfolgen. Befinden sich die Personen, deren Exekution angeordnet ist, nicht sämtlich am gleichen Ort, so kann im Einzelfall angeordnet werden, daß die Exekution getrennt am jeweiligen Haftort auszuführen ist. Die Entscheidung hierüber erfolgt von hier aus.
Das Gleiche gilt für die Entscheidung darüber, in welcher Form die Exekution bekannt zu geben ist.
Die Vollstreckung ist mir auf kürzestem Wege unverzüglich zu melden.
Die französische Regierung wird von hier aus verständigt.
Privatpersonen, die zur Feststellung der Identität um Auskunft über die Erschossenen bitten, sind grundsätzlich an die französischen Behörden zu verweisen. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß die Bezirkschefs nach der Exekution den Präfekten ihres Dienstsitzes (in Paris dem Polizeipräfekten) auf Anfrage über Namen, Geburtszeit, Geburtsort und letzten Wohnsitz oder Aufenthalt (Straßenangabe) der Erschossenen Auskunft geben mit der Auflage, diese Angaben nur an Personen weiterzugeben, die ein besonderes Interesse (z. B. Angehörige) nachweisen können.
Bei der Bestattung der Leichen ist zu vermeiden, daß durch die gemeinschaftliche Beerdigung einer größeren Anzahl im gleichen Friedhof Stätten geschaffen werden, die jetzt oder später Anknüpfungspunkte für eine deutschfeindliche Propaganda bilden könnten. Notfalls hat daher die Bestattung an verschiedenen Orten zu erfolgen. Hierüber entscheidet der Bezirkschef.
[...]

Der Militärbefehlshaber
gez. [Otto] v[on] Stülpnagel

[272] *Propaganda:*
Englisches Flugblatt über die Vorgänge in Rußland, Januar 1942

Seit dem 13. Dezember [1941] gibt es plötzlich keine Erläuterungen zum Wehrmachtsbericht mehr.
Es gibt nichts mehr zu erläutern, denn aus dem Wehrmachtsbericht sind auf einmal alle Ortsnamen außer Sewastopol, Leningraf und Murmansk verschwunden. Das deutsche Volk soll nicht erfahren, welchen Umfang die russische Offensive angenommen hat.
Denn von Leningrad bis zur Krim weichen die deutschen Truppen vor der Roten Armee zurück. Und hinter ihnen bleiben die Toten und Verwundeten liegen und wertvolles Material an Panzern, Geschützen und Fahrzeugen. Allein bis zum 25. Dezember sind über 3 000 deutsche Panzer, 13 000 andere Kraftfahrzeuge, 1 700 Geschütze und 1 900 Maschinengewehre in russische Hand gefallen.
Ein amerikanischer Korrespondent, der kurz vor Weihnachten von Klin nach Wolokolamsk fuhr, zählte auf einer 40 km langen Strecke mehr als 1 000 unbrauchbare deutsche Panzer und gepanzerte Transportwagen. Die Toten konnte er nicht zählen, denn sie lagen unter dem Schnee.
Begonnen hat dieses Zurückweichen der deutschen Armeen am südlichen Flügel der Front. Am 29. November fiel Rostow in russische Hand, und am 3. Dezember war die Armee Kleist bereits auf Taganrog zurückgeworfen. Eine Woche später, am anderen Ende der Front, östlich von Leningrad, eroberten die Russen Tichwin zurück.
Das OKW schwieg sich aus und sprach nur von örtlichen Kämpfen. Am 15. Dezember fielen Kalinin und andere wichtige deutsche Stützpunkte nordwestlich von Moskau. In Berlin fand man ein neues Wort: die Rationalisierung der Front.
Am 21. Dezember fiel Wolokolamsk, und am gleichen Tage erfuhr man, daß Hitler Brauchitsch entlassen und selbst den Oberbefehl über das Heer übernommen hatte.
Dieser Wechsel im Oberkommando sollte dem Zurückweichen des deutschen Heeres Halt gebieten. Statt dessen neue Erfolge der Russen bei Leningrad und Moskau.
Dann kam plötzlich die Nachricht, daß die Russen überraschend auf der Krim gelandet waren und Kertsch und Feodosia zurückerobert hatten. Der erste Tag des neuen Jahres brachte die offizielle russische Bestätigung, daß Tula befreit war und daß die Armee des Generalfeldmarschalls von Kluge, mehr als 16 Divisionen, geschlagen nach Westen zurückflutete.
Am folgenden Tage eroberten die Russen Staritsa und tags darauf das heißumstrittene Malo Jaroslavets zurück.
"Der deutsche Wehrmachtsbericht", so erklärte Hitler am 3. Oktober, "ist der Bericht der Wahrheit."

[273] *NS-Propaganda:*
Geheime Presseanweisung vom 10. 7. 1942

Informatorisch wird mitgeteilt:
Folgende grundsätzliche Stellungnahme ist in Zukunft zu beachten: Es besteht die Gefahr, daß auch die Presse aufgrund der letzten militärischen Vorkommnisse darüber Betrachtungen anstellt, wie es kommt, daß der sowjetische Soldat so hartnäckig kämpft. Ganz abgesehen davon, daß der Russe ja immer im militärischen Kampf seinen Mann stand – es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Japaner vor Port Arthur 60 000 Tote hatten und daß die Verluste der Alliierten im ersten Krim-Krieg ungeheuer groß waren – wußten wir seit Beginn unseres Feldzuges gegen Sowjetrußland, daß auch der Sowjet-Soldat hartnäckig ist. Es ist also völlig unangebracht, darüber nachzugrübeln und zu versuchen, die "Russische Seele" ergründen oder verstehen zu wollen. Ganz abgesehen davon, daß es eine russische Seele in dem Sinne gar nicht gibt, denn es handelt sich bei diesem Staatengebilde mit über 30 Völkerschaften nicht um ein einheitliches Land, dem nur die eine, die russische Seele eigen ist. So kann man überhaupt auch nicht von einem "russischen Menschen" sprechen, um so weniger, wenn man darüber hinaus zur Folgerung kommen könnte, daß der sowjetische Soldat "heroisch" kämpfe.
Was heißt schon heroisch? Es gibt einen Heldenmut und es gibt einen Verbrechermut. Es gibt also auf der einen Seite die Herrschaft der Tüchtigen, die Herrschaft einer heldisch denkend- und handelnden, von der sittlichen Kraft einer hohen Weltanschauung getragenen Auslese und es gibt auf der anderen Seite die Herrschaft der Minderwertigen, bei der von Heroismus zu sprechen völlig verkehrt ist. Gerade hier bei sowjetischen Soldaten und seinem Verbrechermut handelt es sich um nichts weiter als um die hochgezüchtete slawische Animalität, die dazu führt, daß dieser slawische Mensch auf Befehl eines jüdischen Kommissars, der um sein Leben kämpft, bis zur Selbstvernichtung kämpft und sich in den Tod treiben läßt.

[274] *"Rote Kapelle"*
Aus einem SD-Bericht vom 24. 12. 1942

Nach dem augenblicklichen Stand der Ermittlungen ergibt sich für den Aufbau der "Roten Kapelle" in Frankreich folgendes Gesamtbild:
Dem Grand-Chef alias "Gilbert" stand als persönlicher technischer Sekretär der Funktionär
"André II" (Dubois)
zur Seite, der über eigenes Funkprogramm, einen Chiffrierschlüssel und Kurierverbindungen verfügte. Er konnte inzwischen ausgehoben werden. Außer seinem technischen Sekretär unterstanden dem Grand-Chef 7 technisch selbständige Gruppen, die gleichfalls eigene Funkanweisungen, Schlüssel und Kurierverbindungen hatten. Im einzelnen handelt es sich um folgende:
1. "André I" (Jude Großvogel) mit Verbindungen zur Wirtschaft und Industrie. Die Gruppe ist ausgehoben.
2. "Harry" (Jude Robinson (?)) bezog militärische und politische Informationen vom II. Büro in Vichy. Die Gruppe ist ausgehoben.
3. "Professor" (Basil Maximowitch) bezog Informationen aus weißrussischen, monarchistischen und religiösen Kreisen. Die Gruppe ist ausgehoben.
4. "Ärztin" (Anna Maximowitch) bezog politische Informationen vom Kreis um Petain. Die Gruppe ist ausgehoben.
Die restlichen 3 Gruppen konnten in ihrer Besetzung noch nicht erkannt werden, bezogen jedoch Informationen vor allem politischer Art, und zwar:
5. aus den Kreisen um Darlan, Giraud und Weygand,
6. aus sonstigen politischen Gruppen,
7. aus verschiedenen Behörden und Verwaltungen, u. a. auch aus Dakar. Über die Tätigkeit des "André I" (Großvogel) habe ich bereits berichtet.
Die Festnahme des "Harry" konnte am 21. 12. 1942 nach umfangreichen Ermittlungen und Einsetzung verschiedener V.-Personen anläßlich eines gestellten Treffs durchgeführt werden, wobei "Harry" etwa 150 m vom vereinbarten Treff entfernt gesichtet und von einem Berliner Beamten der Sonderkommission in Paris festgenommen werden konnte, Er gab an, der französische Jude
Harry Robinson
zu sein und hat im übrigen bisher keine brauchbaren Aussagen gemacht. Gleichfalls am 21. 12. 1942 konnte der italienische Staatsangehörige
Medardo Griotto
und seine Ehefrau als wichtige Verbindungsleute des "Harry" festgenommen werden.
Aus dem bisher vorliegenden Material ergibt sich, daß "Harry" fließend deutsch, englisch, russisch, französisch und italienisch spricht und sich einer Reihe falscher Personalien bedient. Er

soll mit Münzenberg und dem Schweizer Pfarrer Julius Humbert-Droz u. a. m. Gründer der Kommunistischen Jugendinternationale in der Schweiz gewesen sein und hat ferner folgende Funktionen ausgeübt:
1922 – Vertreter der französischen Kommunistischen Jugend in der Komintern.
1923 – in der französischen Besatzungszeit Leiter der militärpolitischen (AM) Arbeit im Rheinland.
1924 – technischer Leiter im AM-Apparat für Zentral- und Westeuropa.
1929 – dem russischen Divisionsgeneral Muraille für die Leitung der sowjetischen Spionage in Frankreich zugeteilt.
1930 – vom 4. Büro der russischen Armee mit der Leitung der BB-Arbeit in Frankreich beauftragt.
1936 – Mitarbeiter des Militärattachés bei der Russischen Botschaft in Paris.
1940 – Leiter des Am- und Oms-Apparates für Westeuropa mit dem Sitz in Paris.
Ein in Brüssel festgenommener Kurier der "Roten Kapelle" hat angegeben, daß er 1938 im Auftrage des "Harry" dessen Frau in Berlin besucht habe und gab als Adresse Berta Schabel (richtig Klara Schabbel), Henningsdorf bei Berlin, Eichenstr. 11, an. Diese Frau Schabbel hat bis vor dem Kriege als kommunistische Kurieranlaufstelle gedient und eine dafür erhaltene Gefängnisstrafe bereits abgebüßt. Sie wurde erneut im Zusammenhang mit der Aushebung der "Roten Kapelle" in Berlin als Anlaufstelle für bolschewistische Fallschirmspringer festgestellt und festgenommen. Ihr Sohn, dessen unehelicher Vater "Harry" ist, ist gleichfalls als wichtiger Agent der Komintern tätig gewesen und befindet sich z. Zt. als Soldat schwer verwundet in einem Berliner Lazarett, weshalb bisher an ihn nicht herangetreten wurde. Im Funkspiel erhielt der hier zur Verfügung stehende Sohn des ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Koenen von Moskau den Auftrag, auf den verwundeten Schabbel dahingehend einzuwirken, daß er sich nicht aus der Wehrmacht entlassen, sondern nach Möglichkeit als Versehrter in einen Stab kommandieren lassen sollte, um so bessere Betätigungsmöglichkeiten zu erhalten.
Die Leiter der beiden Gruppen "Professor" und "Ärztin" waren die inzwischen festgenommenen Geschwister Basil Pawlowitsch Maximowitch, geb. 22. 7. 02 Tschernigow/Rußland, Bergingenieur und Lehrer an einer französischen Privatschule in Paris
und
Anna Pawlowna Maximowitch, geb. 8. 3. 01 Tschernigow/Rußland, Nervenärztin.
Außerdem wurde die Sekretärin im Deutschen Konsulat in Paris Anna-Margaret Hoffmann-Scholtz, geb. 1. 2. 96 Wendisch-Buchholz als Geliebte des Basil Maximowitch festgenommen. Sie hatte im Deutschen Konsulat eine Vertrauensstellung inne und war vorher als Sekretärin beim Militärbefehlshaber in Paris tätig. "Professor" (Basil Maximowitch) hat bereits zugegeben, daß er die Hoffmann-Scholtz als Nachrichtenquelle benutzt hat, so daß über sie Nachrichten sowohl vom Militärbefehlshaber als auch aus dem Deutschen Konsulat in Paris nach Moskau gelangt sein dürften.
Im Rahmen der "Roten Kapelle" in Frankreich unterhielt der Grand-Chef noch Stützpunkte in Lyon, Marseille, Toulon, Vichy, Dijon, Bordeaux.
Die beiden Gruppen in Lyon und Marseille konnten inzwischen ausgehoben werden. Die Lyoner Gruppe unterstand dem Juden
Isidor Springer,
der bereits aus der "Roten Kapelle" in Belgien bekannt ist. Als Leiter der Marseiller Gruppe konnte, wie bereits berichtet,
"Kent" alias Vicente Sierra, alias Victor Sukoloff, festgenommen werden, über den seinerzeit bekanntlich Nachrichten der Gruppen Schulze-Boysen und Harnack aus Berlin nach Moskau vermittelt wurden.
Die Erhebungen und Vernehmungen zur Aushebung der restlichen Gruppen werden von der Sonderkommission auch während der Feiertage mit allen zur Verfügung stehenden Kräften fortgesetzt.
[...]

[275] *Aus einem Bericht des Polizeipräsidenten in Hamburg über die Luftangriffe Juli/August 1943*
Hamburg, den 1. Dezember 1943

[...]
3. Die Ursachen der schweren Auswirkungen
Diese kurze Darstellung des Ablaufes der Angriffe kann, auch durch Zahlen, Karten und Bilder illustriert, nicht annähernd ein Bild der Vernichtung und der Schrecken geben. Jede Schilderung des Verlaufes der Angriffe oder ihrer Auswirkungen verblaßt vor dem, was sich in diesen 10 Tagen in Hamburg zugetragen hat. Der Eindruck beim Anblick eines ausgebrannten Stadtteiles

ist farblos gegenüber dem Brand selbst, dem Heulen des Feuersturmes, dem Schreien und Wimmern der sterbenden Menschen und dem Krachen der dazwischenfallenden Bomben. Gerade dieses zu schildern, erscheint wichtig. Denn das Unheil wird in gleicher Weise im Ablauf der Zerstörung selbst, wie in dem durch sie erzielten Tatbestand erblickt. Wie ein großer Teil aller Luftschutzmaßnahmen vergeblich oder unvollständig ohne die im Augenblicke der Gefahr hinter ihm stehende menschliche Kraft bleiben muß, so kann auch über Erfahrungen mit diesen Luftschutzmaßnahmen nur gesprochen werden unter Hinweis auf die außergewöhnlichen Belastungen physischer und psychischer Art, denen die Menschen bei den Angriffen ausgesetzt waren. Hängt der Erfolg einer Luftschutzmaßnahme vom Menschen ab und ist dieser ohne Schuld durch höhere Gewalt machtlos, so muß auch hierzu Stellung genommen und der Versuch einer Lösung unternommen werden, wenn über die Maßnahmen selbst abschließend geurteilt werden soll. Die Haltung der Menschen aber, möge sie gut oder schlecht, richtig oder falsch gewesen sein, kann nur bei genauester Kenntnis der Ereignisse beurteilt werden.
Die Ursache für das besondere Ausmaß der schweren Schäden, vor allem aber die im Verhältnis zu früheren Angriffen außergewöhnlich hohe Zahl an Todesopfern, ist das Auftreten von Feuerstürmen. Durch sie wurde, hauptsächlich beim zweiten Großangriff in der Nacht vom 27. zum 28. Juli, eine Lage geschaffen, die in jeder Hinsicht als neu und unvorstellbar bezeichnet werden muß.
Durch den Abwurf von Spreng- und Minenbomben waren in größtem Ausmaße Dächer abgedeckt, Fenster und Türen eingedrückt und zerbrochen und die Selbstschutzkräfte in die Keller getrieben worden. Die dann in größter Dichte abgeworfenen Brandbomben aller Art fanden durch die bereits angerichteten Zerstörungen reichlichste Nahrung. Erneute Abwürfe von Spreng- und Minenbomben trieben die Selbstschutzkräfte, die trotz des völligen Ausfalles der abhängigen Wasserversorgung zur Brandbekämpfung eilten, in die Schutzräume immer wieder zurück. Dieser dauernd wechselnde Abwurf von Spreng-, Minen- und Brandbomben ermöglichte an vielen Stellen eine fast ungehinderte Ausdehnung der Brände. Bemerkenswert ist dabei besonders, daß durch diese Taktik des Feindes wie auch durch den Abwurf der zahlreichen schweren Flüssigkeitsbrandbomben die Brände nicht nur in Dachstühlen und oberen Geschossen, sondern vielfach auch von unten her in den Gebäuden entstanden. Die dadurch möglich gewordene schlagartige Entfachung einer ungeheuer großen Zahl von Einzelbränden führte in knapp einer halben Stunde zu riesigen Flächenbränden. Und diese führten zu den Feuerstürmen.
Ein Verständnis für die alle menschlichen Erwägungen und Vorstellungen übertreffende Gewalt dieser Feuerstürme ist nur aus der nüchternen Betrachtung des physikalisch-meteorologischen Vorganges zu gewinnen. Nur diese Betrachtungsweise kann überdies Grundlage sein für das Verständnis der bei dem folgenschwersten Wassermangel weitgehenden Ohnmacht aller Kräfte und für die besonderen Erfahrungen, die sich aus dem bisher einmaligen Hamburger Großschadensfall ergeben. Denn es muß als unmöglich und absurd bezeichnet werden, aus dem Hamburger Großschadensfall für den Luftschutz allgemeingültige Erfahrungen gewinnen zu wollen, wenn nicht stets die durch das Auftreten zahlreicher Feuerstürme geschaffenen besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden.
Der Feuersturm und seine Erscheinungsweise sind feste, aus der Geschichte der Städtebrände bekannte Begriffe. Die Erklärung des physikalischen Vorganges ist einfach. Durch das Ineinanderfließen einer Zahl von Bränden wird die darüber befindliche Luft so stark erwärmt, daß sie infolge ihres verringerten spezifischen Gewichtes einen gewaltigen Auftrieb erhält, der zu einem stärksten Sog umliegender Luftmengen in radialer Richtung auf das Zentrum des Brandes führt. Durch diesen Feuersturm, insbesondere die gewaltige Sogwirkung, werden Luftbewegungen von größerer Stärke als die bekannten Windstärken ausgelöst. Wie in der Meteorologie ist also auch bei Feuerstürmen die entstehende Luftbewegung durch den Ausgleich von Temperaturdifferenzen zu erklären. Während diese in der Meteorologie im allgemeinen 20 bis 30 Grad Celsius betragen, handelt es sich bei Feuerstürmen um Temperaturdifferenzen von 600, 800 oder gar 1000 Grad Celsius. Aus diesem Umstande erklärt sich die ungeheure Gewalt der Feuerstürme, die mit bekannten und normalen meteorologischen Vorgängen nicht verglichen werden kann. Aus dieser Gewalt ergibt sich gleichzeitig, daß die Witterungsverhältnisse, selbst das Auftreten stärkster Winde, ohne jede Bedeutung und ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung des Feuersturmes sind. Diese die gegebene Wetterlage absorbierende Gewalt des Feuersturmes im Zusammenhang mit dem durch die Sogwirkung bedingten radialen Zustrom der umliegenden Frischluftmassen ist gleichzeitig eine Erklärung dafür, daß Feuerstürme im allgemeinen nicht zur seitlichen Ausdehnung neigen. Derartige Brände werden sich also im allgemeinen nur durch Funkenflug oder strahlende Hitze ausdehnen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die durch strahlende Hitze gegebene Gefahr in Anbetracht der außergewöhnlich hohen Temperaturen nicht zu unterschätzen ist.
Bei dem Versuch, durch diese Betrachtung der physikalisch-meteorologischen Vorgänge das Entstehen, die Auswirkung und die teilweise in die Erscheinung getretene Ausdehnung der

Feuerstürme in Hamburg zu erklären, müssen verschiedene Momente berücksichtigt werden, die sich aus den besonderen Verhältnissen ergeben. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die jeweiligen örtlichen Verhältnisse von stärkstem Einfluß auf die Entwicklung von Feuerstürmen sind. Die städtebaulichen Verhältnisse in einem betroffenen Gebiet werden also in gleicher Weise die Entstehung eines Feuersturmes begünstigen oder verzögern, wie Art, Umfang und Größe der ursprünglichen Einzelbrände. In Hamburg sind die Feuerstürme in eng bebauten und dicht besiedelten Gebieten entstanden, in denen also bereits durch die Bauweise, Dichte und Massierung der betroffenen Gebäude günstige Voraussetzungen für die Entstehung eines Feuersturmes bestanden. In den in Hamburg betroffenen Gebieten befanden sich in durchweg engen Straßenzügen große Wohnhäuser mit zahlreichen Hinterhäusern, Terrassen [Hinterhöfen] usw. In diesen Höfen konnten sich in kürzester Frist Feuerkessel entwickeln, die im wahrsten Sinne des Wortes zu Menschenfallen wurden. Die engen Straßen bildeten Feuerschleusen, durch die lange Flammen hindurchgepeitscht wurden.
In solchen Gebieten entstanden in kürzester Frist durch den konzentrischen Angriff des Feindes und dichteste Brandbombenabwürfe eine ungeheure Zahl von Bränden. Dabei ist besonders zu beachten, daß es nicht ausschließlich Dachstuhlbrände waren, sondern daß durch Phosphor- und Flüssigkeitsbrandbomben an vielen Stellen große Wohnhäuser vom untersten Geschoß her schlagartig in Flammen gesetzt wurden. Die Brände konnten sich mit rasender Geschwindigkeit entwickeln, da durch dichteste Spreng- und Minenbombenabwürfe Dächer abgedeckt, Wände eingedrückt, Fenster und Türen aus den Füllungen gerissen oder zertrümmert waren und damit das Feuer ungehindert reiche Nahrung fand. Das Zwischenstadium der Entstehungsbrände, deren Bekämpfung bei früheren Angriffen möglich war und zu den größten Erfolgen des Selbstschutzes in Hamburg geführt hatte, fiel aus diesen Gründen gänzlich aus. An vielen Stellen entstanden so in kürzester Frist Flächenbrände. In jedem einzelnen dieser Flächenbrandgebiete entstand auf Grund der geschilderten physikalischen Gesetze ein Feuersturm. Der Sog des Feuersturmes in den größeren oder den größten dieser Flächenbrandgebiete hatte die Wirkung, daß die bereits überhitzte Luft kleinerer Flächenbrandgebiete angesogen wurde. Die überlagernd heftigsten Feuersturmkerne zogen also das Feuer aus den kleineren Flächenbrandgebieten zu sich heran. Eine Auswirkung dieser Erscheinung war, daß das Feuer in den kleineren Flächenbrandgebieten gebläseartig angefacht wurde, da der zentrale Sog der größten und stärksten Flächenbrände die vermehrte und beschleunigte Heranziehung der umliegenden Frischluftmassen zur Folge hatte. Alle Flächenbrände wuchsen so zu einem einzigen großen Flächenbrand zusammen.
Um nun von der Gewalt dieses durch die Verschmelzung einer Unzahl kleinerer Feuerstürme entstandenen großen Feuersturmes eine Vorstellung zu bekommen, muß man sich vor Augen halten, daß z. B. das beim Großangriff in der Nacht zum 28. Juli betroffene Gebiet eine Größe von 5 1/2 km Länge und 4 km Breite, also 22 qkm Ausdehnung hat.
Zum Verständnis der geschilderten Situation ist weiter zu berücksichtigen, daß durch die städtebaulichen Verhältnisse nicht nur die Vorbedingungen für die rasche Entstehung eines solchen Feuersturmes gegeben waren, sondern daß durch sie die besondere Art der Entwicklung des Feuersturmes bedingt wurde. Die besonderen baulichen Verhältnisse, das Vorhandensein der Terrassen (Hinterhöfe) und engen Straßen, führten zwangsläufig dazu, daß die herangesogenen Luftmassen nicht in geometrisch genau radialer Richtung auf ein Zentrum angesogen werden konnten. Die Luftmassen mußten sich vielmehr ihren Weg durch die Schleusen der Straßen, Terrassen, aufgerissenen Fenster und Türen usw. suchen. Die gebläseartige Wirkung des Sogs in den am Rande liegenden Bränden führte also zu einem zwar konzentrischen, aber im einzelnen hin und her gepeitschten wirbelartigen Transport aufs äußerste überhitzter Luftmassen durch das gesamte betroffene Gebiet. Die außerordentliche Gewalt der Luftströmungen erklärt ohne weiteres die Tatsache, daß nicht nur Funken, sondern ganze brennende Balken, Gesimsteile usw. in unvorstellbarer Menge mitgerissen wurden, die zu einer Brandentfachung in den durchrasten Gebieten führen mußten.
So entwickelte sich in kürzester Frist ein bisher wohl noch nie dagewesener Feuerorkan, gegen den jeder menschliche Widerstand nutzlos erscheinen mußte und tatsächlich trotz aller Einsätze zwecklos war.

4. Das Bild der Zerstörung

Schon dieser Versuch, die Lage in Hamburg zu schildern, vermittelt einen Begriff der außergewöhnlichen Schwierigkeiten, denen sich alle Kräfte gegenübersahen. Mußte die Einsatzmöglichkeit der Kräfte schon an sich unter diesen Umständen gering sein, so wurde sie des weiteren erschwert durch den völligen Ausfall der Sammelwasserversorgung.
Die Entwicklung des Kampfes aller Kräfte gegen das Feuer als einen übermächtigen Feind steigert sich im Verlauf der Angriffe; sie findet ihren dramatischen Höhepunkt beim letzten Großangriff in der Nacht vom 2. zum 3. August, in der die Detonationen der explodierenden Bomben, das Rollen des Donners, das Prasseln des Feuers und das unaufhörliche Herniederrauschen des Gewitterregens zu einem einzigen höllischen Inferno zusammenfließen.

Die Geschwindigkeit, mit der Brände und Feuersturm entstanden, machte hier jegliche Pläne und jegliche Verteidigungsabsicht der Bevölkerung zunichte. Häuser, die in den vorhergehenden Angriffen durch tapferen Einsatz der Selbstschutz- und anderer Kräfte hatten gehalten werden können, wurden nun ein Raub der Flammen. Bevor die Notwendigkeit zur Flucht erkannt werden konnte, war vielfach jeder Weg zur Rettung abgeschnitten.
Nach dem Alarm erwarteten die Selbstschutzkräfte in ihren Schutzräumen, die Brandwachen in E[rweiterten] S[elbstschutz-[und W[erk] L[uft] S[chutz]-Betrieben auf den ihnen zugewiesenen Plätzen Beginn und Entwicklung des Angriffes. Reihenweise Spreng- und Minenbombeneinschläge erschütterten die Häuser bis in die Grundmauern. Bereits kurze Zeit, nachdem die ersten Sprengbomben gefallen waren, war durch dichtesten Brandbombenabwurf – vermischt mit Sprengbomben – eine ungeheure Anzahl von Bränden entstanden. Die Menschen, die nun ihre Schutzräume verlassen wollten, um nach der Lage zu sehen oder das Feuer zu bekämpfen, wurden von einem Flammenmeer empfangen. Alles ringherum brannt. Wasser fehlte, und bei der gewaltigen Anzahl von Bränden und ihrer Ausdehnung war jeder Löschversuch von Anfang an aussichtslos.
Zahlreiche Selbstschutzkräfte waren auf ihren Streifengängen oder bei mutigem Einsatz entweder durch den Einschlag von Sprengbomben verschüttet oder durch das schnelle Aufflammen der Brände abgeschnitten worden. Das gleiche Schicksal hatte zahlreiche Brandposten in ES- und WLS-Betrieben in treuer Pflichterfüllung ereilt. "Man wußte nicht, wo mit dem Löschen zu beginnen sei", heißt es in einem Augenzeugenbericht. Andauernde Abwürfe von Spreng- und Minenbomben trieben zudem die Menschen immer wieder in die Schutzräume zurück. Die unerträglich werdende Hitze ließ erkennen, daß es hier nicht mehr um Löschen, sondern nur noch um die Rettung des Lebens ging. Jede Flucht aus dem Flammenmeer schien schon jetzt unmöglich. Vor allem die Frauen weigerten sich entschieden, aus dem sicher scheinenden Schutzraum eine Flucht durch die Flammen ins Ungewisse zu wagen. Das andauernde Fallen von Spreng- und Brandbomben erhöhte die Furcht. So warteten die Menschen in den Schutzräumen, bis die Hitze und die offenbare Gefahr ein unverzügliches Handeln erzwangen, sofern ihnen nicht das Handeln durch Hilfsmaßnahmen von außen aufgezwungen wurde. In vielen Fällen sind die Menschen zu einem eigenen Handeln nicht mehr gekommen. Sie waren bereits ohnmächtig oder tot durch Kohlenoxydgas; das Haus oder alle Ausstiege waren verschüttet oder eingestürzt. Das Feuer hatte sich zu einem Orkan entwickelt, der das Betreten des Freien meistens unmöglich machte. Der über viele Quadratkilometer tobende Feuersturm hatte unzählige Menschen rettungslos eingeschlossen. Nur die entkamen dem Tode, die rechtzeitig eine Flucht gewagt hatten oder sich so nahe am Rande des Feuermeeres befanden, daß eine Rettungsmöglichkeit überhaupt bestand. Nur wo die Wege zu rettenden Gewässern oder genügend großen freien Plätzen kurz waren, konnte jetzt noch eine Flucht gelingen, denn längere Wege in den glühend heißen , flammendurchloderten Straßen zurückzulegen, war unmöglich.
Viele dieser Flüchtlinge kamen auch dann noch durch die Hitze ums Leben. Sie fielen um, erstickten, verbrannten oder rannten tiefer ins Feuer hinein. Angehörige verloren sich, der eine konnte sich retten, die anderen sind verschollen. Viele hüllten sich in nasse Decken oder durchnäßten ihre Kleider und fanden so Schutz vor der Glut. Nach kurzer Zeit waren Kleidung und Decken heiß und ausgetrocknet. Mußte einer längere Wege durch diese Hölle zurücklegen, so fing die Kleidung an zu brennen, oder die Decke geriet in Flammen und wurde durch den Sturm davongewirbelt.
Unzählige sprangen in die Kanäle und Fleete und warteten hier schwimmend oder bis zum Halse im Wasser stehend durch Stunden hindurch das Abflauen der Hitze ab. Selbst diese aber trugen Brandwunden am Kopf davon. Sie mußten ihr Gesicht laufend benetzen, wollten sie nicht in der Hitze umkommen. Der Feuersturm fegte mit Glut und Funkenregen über das Wasser, so daß selbst dicke hölzerne Pfähle und Pfahlgruppen (Duckdalben) bis zur Wasseroberfläche herunterbrannten. Manche dieser Unglücklichen ertranken. Viele sprangen aus den Fenstern ins Wasser oder auf die Straße und kamen so ums Leben.

Die Zahl der Gefallenen steht bis jetzt noch nicht endgültig fest. Diese Tatsache ist nicht auf Mängel der Ermittlungsmethoden, sondern einfach auf den unvorstellbaren Umfang der Zerstörung und die begrenzte Zahl der zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte zurückzuführen. Wenn noch heute an manchen Tagen bis zu 100 Gefallene und darüber hinaus gefunden und geborgen werden, so gibt auch das nur ein schwaches Bild. Die Vernichtung im ganzen ist so radikal, daß auch von vielen Menschen buchstäblich nichts geblieben ist. Bei einer losen Aschenschicht in einem großen Luftschutzraum konnte von den Ärzten die Zahl der Menschen, die hier ums Leben kamen, nur schätzungsweise mit 250 bis 300 angegeben werden. Eine genau Ermittlung wird erst möglich, wenn alle in jener Zeit in Hamburg anwesenden Personen sich, soweit sie leben, wieder gemeldet haben.
Die Schreckensszenen, die sich im Feuersturmgebiet abgespielt haben, sind unbeschreiblich. Kinder wurden durch die Gewalt des Orkans von der Hand der Eltern gerissen und ins Feuer gewirbelt. Menschen, die sich gerettet glaubten, fielen vor der alles vernichtenden Gewalt der

Hitze um und starben in Augenblicken. Flüchtende mußten sich ihren Weg über Sterbende und Tote bahnen. Kranke und Gebrechliche mußten von den Rettern zurückgelassen werden, da diese selbst in Gefahr gerieten, zu verbrennen.
Dieses schwere Schicksal, das Hamburg traf, übertraf in seiner Ausdehnung und in seinen Auswirkungen – von Tokio abgesehen – jede Brandkatastrophe vergangener Zeiten. Es unterscheidet sich von diesen in erster Linie dadurch, daß noch niemals alle in einer Millionenstadt befindlichen Menschen, für eine Brandbekämpfung vorbereitet und ausgerüstet, gestützt auf reiche Erfahrungen und große Erfolge in der Brandbekämpfung bei zahlreichen früheren Angriffen, auf das Signal von Sirenen hin den Einsatz und die Notwendigkeit zum Angriff gegen das Feuer erwarteten. In früheren Fällen entwickelte es sich meist nur allmählich durch lange Stunden oder Tage hindurch aus einem kleinen Entstehungsbrand. Hier wurde eine abwehrbereite, alarmierte und vorbereitete Bevölkerung vom Feuer, das in weniger als einer Stunde seinen Höhepunkt erreichte, buchstäblich überrannt.

[...]
Und jeder dieser flammendurchzuckten Nächte folgte ein Tag, der das Grauen in dem fahlen und unwirklichen Licht eines qualmverdeckten Himmels zeigte. Hochsommerliche Hitze, durch die Glut der Feuerstürme ins Unerträgliche gesteigert, feinster, alles durchdringender Staub aus der aufgewühlten Erde und den Ruinen und Trümmern zerstörter Stadtgebiete, Ruß und Aschenregen und wieder Hitze und Staub, über allem ein pestilenzartiger Geruch verwesender Leichen und schwelender Brände drückten auf die müden Menschen.
Und diesen Tagen folgten neue Nächte mit neuem Grauen, noch mehr Qualm und Ruß, Hitze und Staub, mit noch mehr Tod und Vernichtung. Den Menschen wurde keine Zeit gelassen, zu ruhen oder planmäßig Hab und Gut zu retten oder nächste Angehörige zu suchen. Der Feind hetzte durch unaufhörliche Angriffe, bis das Werk der Vernichtung vollendet war. Sein Haß triumphierte in den Feuerstürmen, die Menschen wie Materie in gleicher Weise unbarmherzig vernichteten.
Das utopisch anmutende Bild einer schnell verödenden Großstadt ohne Gas, Wasser, Licht und Verkehrsverbindungen, mit den Steinwüsten einst blühender Wohngebiete war Wirklichkeit geworden.
Die Straßen waren mit Hunderten von Leichen bedeckt, Mütter mit ihren Kindern, Männer, Greise, verbrannt, verkohlt, unversehrt und bekleidet, nackend und in wächserner Blässe wie Schaufensterpuppen, lagen sie in jeder Stellung, ruhig und friedlich oder verkrampft, den Todeskampf im letzten Ausdruck des Gesichts. Die Schutzräume boten das gleiche Bild, grausiger noch in seiner Wirkung, da es zum Teil den letzten verzweifelten Kampf gegen ein erbarmungsloses Schicksal zeigte. Saßen an einer Stelle die Schutzrauminsassen ruhig, friedlich und unversehrt wie Schlafende auf ihren Stühlen, durch Kohlenoxydgas ahnungslos und ohne Schmerzen getötet, so zeigt die Lage von Knochenresten und Schädeln in anderen Schutzräumen, wie ihre Insassen noch Flucht und Rettung aus dem verschütteten Gefängnis gesucht hatten.
Es wird keiner Phantasie jemals gelingen können, die Szenen des Schreckens und Grauens zu ermessen und zu beschreiben, die sich in zahlreichen verschütteten L[uft] S[chutz]-Räumen abgespielt haben. Die Nachwelt wird nur ehrfürchtig schweigen können vor dem Schicksal dieser Unschuldigen, die der Mordgier eines sadistischen Feindes zum Opfer fielen.
Die Haltung der Bevölkerung, die zu keiner Zeit und an keiner Stelle weder eine Panik noch panikartige Erscheinungen aufkommen ließ, war, wie auch ihr Einsatz, der Größe dieses Opfers würdig. Sie entsprach hanseatischem Geist und Charakter, die während der Angriffe in kameradschaftlicher Hilfeleistung und Verbundenheit ihren schönsten Ausdruck fanden und nach den Angriffen durch die Tat einen unbeugsamen Aufbauwillen bekundet haben.

[276] *Ideologische Kriegführung:*
Richtlinien für die nationalsozialistische Führung im Heere
vom 28. 3. 1944
Der Chef des NS-Führungsstabes des Heeres

Der Führer hat mich mit Wirkung vom 14. 3. 1944 zum Chef des NS-Führungsstabes im OKH (Feld- und Ersatzheer) ernannt. Ich bin ihm unmittelbar unterstellt. Der mir vom Führer erteilte Auftrag besagt, daß ich "die politische Willensbildung und Aktivierung im Heere durch einheitliche politische und weltanschauliche Führung sicherzustellen" habe. Zur Beseitigung aller Unklarheiten gebe ich folgende Richtlinien:
Sinn der NS-Führung.
In diesem Krieg der Weltanschauungen, mit einer Härte, die solchen Kämpfen eigen ist, steht das Schicksal unseres Volkes auf dem Spiel. Kriege von diesem Ausmaß werden weder durch zahlenmäßige noch durch materielle Überlegenheit entschieden. Entscheidend sind allein die

höchsten Werte eines Volkes, Tapferkeit, eiserne Disziplin, Ehre und das Bewußtsein, Träger und Kämpfer einer hohen Idee zu sein. Gerade in Weltanschauungskämpfen ist die kämpferische Idee die entscheidende Waffe.
Die Mobilisierung solcher Werte für den Sieg, also die Aktivierung der politischen Erziehung zum fanatischen Soldaten des Nationalsozialismus ist die Aufgabe des NS-Führungsoffiziers. Je länger der Krieg dauert und je schärfer die weltanschaulichen Fronten sich hüben und drüben abzeichnen, um so wichtiger wird diese Aufgabe.
Es kommt ausschlaggebend darauf an, daß der Soldat – ob im Panzerdeckungsloch oder in einem Stab – sich jederzeit der auf ihm ruhenden Verantwortung für sein Volk bewußt ist und daß er danach handelt. Das muß ihm taugaus, tagein von seinen Vorgesetzten eingeschärft werden. Das volle Bewußtsein, Kämpfer der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein und die letzte Verantwortung gegenüber der schwer geprüften Heimat zu tragen, muß den Soldaten selbst in aussichtsloser Lage zum verbissenen Widerstand anfeuern. Dieser feste Glaube an die Überlegenheit der Idee und an die Gerechtigkeit seiner Sache sind die schärfsten Waffen gegen den Feind und dessen fadenscheinige Moral. Eine deutsche Truppe dieser Art ist unbedingt überlegen und überwindet jede Krise, selbst wenn einmal der Nachschub an Waffen und Munition nicht klappt.
Aufgaben des Offiziers:
Nach dem Willen des Führers ist im Heer der Offizier der Träger der politischen Willensbildung. Er führt seine Mannschaft im Kampf. Vorbedingung ist, daß er seine Männer hierzu richtig erzieht. Da ihre politische Haltung das Grunderfordernis für diese ist, trägt er die volle Verantwortung. Eine Teilung in militärische und politische Aufgaben widerspricht dem nationalsozialistischen Führungsgrundsatz und ist abzulehnen. Das erfordert, daß beim Offizier in Wort und Tat weithin sichtbar seine nationalsozialistische Einstellung zum Ausdruck kommt. Sein Glaube an unseren Sieg und seine Treue zum Führer sind bedingungslos. Zwischen seiner Einsatzbereitschaft als Soldat und seinem politischen Bekenntnis darf kein Widerspruch klaffen. In diesem harten Ringen genügt für einen Offizier eine loyale Einstellung zum Nationalsozialismus nicht mehr.
Es ist selbstverständlich, daß der Offizier des nationalsozialistischen Heeres jeder Kritik aufrecht und entschieden entgegentritt. Gerade in Krisenzeiten müssen der Glaube und die Siegeszuversicht des Offiziers auf die Männer ausstrahlen und sie in ihrer Haltung bestärken. Der Offizier muß hierzu jede Gelegenheit zum Einwirken auf seine Männer ausnutzen.
Der NSFO.
Hierbei ist ihm der NSFO der erste Gehilfe und sein ständiger Berater. Der NSFO selbst muß ein bewährter Frontsoldat sein. Der Nationalsozialismus ist im Schützengraben des Weltkrieges entstanden, und im Frontsoldatentum dieses Krieges findet er seine höchste Bewährung. Nur der Frontsoldat kann deshalb zum Frontsoldaten sprechen, nur er spricht die harte und nüchterne Sprache der Front, und nur er findet den Weg zum Herzen des Grenadiers.
Der NS-Führungsoffizier ist Führungsoffizier und nicht ein Organ der materiellen Betreuung oder der Fürsorge. Er hat eine kämpferische, keine seelsorgerische Aufgabe zu erfüllen und tritt gleichwertig neben die taktische Führung und Ausbildung.
Für die Stellung des NSFO treffen die für die höheren Adjutanten gegebenen Richtlinien zu.
Für den Erfolg seiner Aufgabe ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Führungsabteilung und dem IIa Voraussetzung. Der NSFO gehört stets zur Führungsabteilung.
Der dem NSFO erteilte Auftrag ist derartig umfassend und wichtig, daß ihm von der Division an aufwärts keine anderen Aufgaben übertragen werden dürfen. Ein Wechsel in der Stellenbesetzung bis zu den Divisionen herab bedarf der Genehmigung des OKH, beim Regiment und Bataillon jeweils die der vorgesetzten Dienststelle.
Der NSFO muß das uneingeschränkte Vertrauen seines Truppenführers und der Soldaten besitzen. So wird auch nur der Anschein eines Politrucks vermieden. Seine Aufgabe ist die Herstellung einer geschlossenen und unerschütterlichen nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft und nicht die Aufspaltung in Nationalsozialisten und Andersgläubige.
Mit schönen, geistvollen Reden ist der Mann nicht zu gewinnen. Das persönliche Beispiel ist immer die wirksamste Erziehung. Vom NSFO verlange ich weniger wohlgeformte Reden als eine absolut saubere Lebensführung und eine soldatisch gerade Haltung. Auf geistige Auseinandersetzungen über Probleme, die mit dem Gewinnen des Krieges nichts zu tun haben, lege ich keinen Wert. Bei dem NSFO muß der Soldat das Gefühl haben, daß alles was er sagt, aus dem Herzen kommt und nicht aus einem kühl wägenden Verstand.
Die Aktivierung der nationalsozialistischen Erziehung bedeutet, daß der NSFO bis zum letzten Mann vordringt und ihn beeinflußt. Hierbei hat der NSFO des Regiments eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Der Offizier und der NSFO müssen sich jederzeit einsetzen und gegen jede Art der Verstumpfung oder einer aufkommenden Gleichgültigkeit angehen. Selbst bei eingeschlossenen Verbänden und gerade hier ist die Arbeit des NSFO möglich und notwendig.
Der Truppenführer wird bei dieser Arbeit bald spüren, wie sich die politische Erziehung auf den

Geist und die Kampfkraft seiner Truppen auswirken. Der NSFO soll überhaupt nur positiv wirken und zur Steigerung der Kampfkraft beitragen, auf keinen Fall aber seine Aufgabe in einem müden Stabsleben sehen. Ich kann als NSFO daher nur Aktivisten und fanatische nationalsozialistische Kämpfer gebrauchen.
Im Heer ist auf dem Gebiete der nationalsozialistischen Führung schon viel getan worden. Die gegenwärtige Lage an den Fronten erfordert jedoch eine gesteigerte Aktivität.
1. Der aus der Partei und ihren Gliederungen zum Heer einrückende junge Deutsche, der frühzeitig mit politischen Fragen vertraut gemacht wurde, muß planmäßig weitererzogen werden. Diese politische Erziehung ist ebenso wichtig, wie die Ausbildung an der Waffe. Dem Ersatzheer fällt hier eine bedeutende Aufgabe zu.
2. Jeder Soldat ist regelmäßig zu erfassen, denn auf jeden kommt es an. Der totale Krieg kennt keine Unbeteiligten und keine politisch neutralen Soldaten mehr. Insbesondere gilt dies für Stäbe und Stabseinheiten, und die rückwärtigen Dienste, die stets negativen Einflüssen ausgesetzt sind.
3. Es darf nunmehr kein Lehrgang – selbst nicht ein Waffenspeziallehrgang – ohne Heranziehung des NSFO vorübergehen. In den Schulen, Soldaten-, Urlauber- und Erholungsheimen hat der NSFO ein weites Betätigungsfeld.
4. Außergewöhnliche Bedeutung kommt der politischen Erziehung unseres Führernachwuchses zu. Hier werde ich meine Arbeit beginnen.
5. Es ist jetzt über nationalsozialistische Führung genug geredet und geschrieben worden; jetzt gilt wie überall im militärischen Leben nur noch die Tat. Die für die NS-Führung gegebenen Befehle sind zu befolgen, und ihre Durchführung ist ebenso wie die Ausführung taktischer Befehle unter vollem Einsatz der Persönlichkeit des Truppenführers notfalls mit scharfen Mitteln sicherzustellen. Der Erfolg wird dann unser sein.
Der tapfere Grenadier des Heeres, der die erbarmungslose Härte dieses Krieges am meisten spürte, wird sich durch eine klare nationalsozialistische Haltung den ihm gebührenden Platz im Volke erkämpfen.
Der NSFO hat nur nach einer Parole zu arbeiten und die heißt:
Alles für den Sieg!
Im Auftrag des Führers
gez. Schörner
General der Gebirgstruppen.

[277] *"Verbrannte Erde"*
Der "Trümmerbefehl" zur Zerstörung von Paris
vom 23. 8. 1944

[...]
Gemäß Bezug hat der Führer befohlen:
"Die Verteidigung des Brückenkopfes Paris ist von entscheidender militärischer und politischer Bedeutung. Sein Verlust reißt die gesamte Küstenfront nördlich der Seine auf und nimmt uns die Basis für den Fernkampf gegen England.
In der Geschichte bedeutete der Verlust von Paris aber auch bisher immer den Fall von ganz Frankreich.
Der Führer wiederholt daher seinen Befehl, daß Paris im Sperrgürtel vorwärts der Stadt verteidigt werden muß und verweist dazu auf die für OB. West angekündigten Verstärkungen.
Innerhalb der Stadt muß gegen erste Anzeichen von Aufruhr mit schärfsten Mitteln eingeschritten werden, z. B. Sprengung von Häuserblocks, öffentliche Exekutierung der Rädelsführer, Evakuierung des betroffenen Stadtteils, da hierdurch eine weitere Ausbreitung am besten verhindert wird.
Die Seine-Brücken sind zur Sprengung vorzubereiten. Paris darf nicht oder nur als Trümmerfeld in die Hand des Feindes fallen."
[...]

Weisung zur Zerstörung Warschaus
vom 11. 10. 1944

[...]
An den Generalgouverneur
Reichsminister Dr. Frank in Krakau
Warschau Nr. 13265 11. 10. 44
Betr. Neue Polenpolitik. –
Auf Grund des Besuches des SS-Obergruppenführers von dem Bach beim Reichsführer SS teile ich folgendes mit. –

1. General Bor hat erklärt, daß er für die Dauer des Krieges jede politische Tätigkeit einstellen wird und daß er sich lediglich als Kriegsgefangener betrachtet. – Auf Grund dieser Erklärung ist es zu einem Empfang des Gen. Bor beim Reichsführer SS nicht mehr gekommen.
2. Obergruppenführer von dem Bach hat den neuen Auftrag erhalten, Warschau zu pazifizieren, d. h. Warschau noch während des Krieges dem Erdboden gleich zu machen, soweit nicht militärische Belange des Festungsbaues entgegenstehen. Vor dem Ab(brech)en sollen aus Warschau alle Rohstoffe, alle Textilien und alle MOFRFL geräumt werden. Die Hauptaufgabe fällt der Zivilverwaltung zu.
Ich gebe hiervon Kenntnis, da dieser neue Führerbefehl über die Niederlegung Warschaus für die weitere neue Polenpolitik von größter Bedeutung ist. – – –
Der Gouverneur des Distr. Warschau. –
Z. Zt. Sochaczew
gez. Dr. Fischer
[...]

[278] *Zum Beginn des Atomzeitalters*
Der Abwurf der ersten Atombomben
24. Juli 1945

An General Carl Spaatz
Oberkommandierenden der
amerikanischen strategischen Luftwaffe
1. Die Sondergruppe 509 der 20. Luftflotte wird ihre erste Spezialbombe, sowie das Wetter nach dem 3. August 1945 Bombardierung bei guter Sicht gestattet, auf eines der nachstehenden Ziele abwerfen: Hiroshima, Kokura, Nagasaki oder Niigata. Zusätzliche Maschinen zur Begleitung des Bombenflugzeugs sind zu stellen, um Offizieren und Wissenschaftlern des Kriegsministeriums die Beobachtung der Bombenexplosion und ihrer Wirkung zu ermöglichen. Die Beobachtermaschinen werden sich einige Meilen vom Explosionsherd entfernt halten.
2. Sowie weitere Bomben zur Verfügung stehen, sind sie auf die obengenannten Ziele abzuwerfen. Für weitere Bombardierungen sind Instruktionen abzuwarten.
3. Alle Verlautbarungen über den Einsatz dieses Kampfmittels in Japan sind dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Kriegsministerium vorbehalten. Ohne vorherige Genehmigung dürfen die Frontbefehlshaber kein Kommuniqué herausgeben. Alle Presseberichte sind dem Kriegsministerium zur Vorzensur einzureichen.
4. Der obige Befehl ergeht an Sie auf Anweisung und mit Zustimmung des Kriegsministers und des Generalstabchefs der amerikanischen Streitkräfte. Sie werden ersucht, ein Exemplar dieses Befehls persönlich Mac Arthur und Admiral Nimitz zur Kenntnisnahme auszuhändigen.
Im Auftrag Thos. T. Handy
General, GSG
Amtierender Stabschef

An den Präsidenten
vom Kriegsminister
5. August 1945

Um 19.15 Uhr Washingtoner Zeit schwere Bombe auf Hiroshima abgeworfen. Erste Meldungen sprechen von einem vollständigen Erfolg, der den des Experiments übertroffen hat.
Einige Minuten später erhielt ich (Truman) eine zweite Botschaft mit folgendem Wortlaut:
Soeben ist nachstehende Meldung betreffs Manhattan eingegangen:
"Hiroshima wurde bei guter Sicht bombardiert mit nur schwacher Bewölkung. Weder Jägerabwehr noch Flak traten in Aktion. Fünfzehn Minuten nach dem Abwurf meldet Parsons wie folgt: Ergebnis in jeder Hinsicht ausgesprochen gut. Sichtbare Wirkung größer als bei allen Experimenten. Im Flugzeug nach dem Abwurf normale Verhältnisse "

[279] *Ideologischer Vernichtungskrieg.*
Die nationalsozialistische Judenausrottung
(Schätzungen über den zahlenmäßigen Umfang)

	Land:	Vor der Verfolgung	Verluste Mindestzahl	Höchstzahl	%
1.	Polen	3 300 000	2 350 000*	2 900 000*	= 88
2.	Sowjetunion (Bes. Geb.)	2 100 000	700 000*	1 000 000*	= 48
3.	Rumänien	850 000	200 000*	420 000*	= 49
4.	Tschechoslowakei	360 000	233 000	300 000	= 83
5.	Deutschland	240 000	160 000	200 000	= 83
6.	Ungarn	403 000	180 000	200 000	= 50
7.	Litauen	155 000	–	135 000	= 87
8.	Frankreich	300 000	60 000	130 000	= 43
9.	Niederlande	150 000	104 000	120 000	= 80
10.	Lettland	95 000	–	85 000	= 89
11.	Jugoslawien	75 000	55 000	65 000	= 87
12.	Griechenland	75 000	57 000	60 000	= 80
13.	Österreich	60 000	–	40 000	= 67
14.	Belgien	100 000	25 000	40 000	= 40
15.	Italien	75 000	8 500	15 000	= 26
16.	Bulgarien	50 000	–	7 000	= 14
17.	Dänemark	–	(weniger als 100)	–	–
18.	Luxemburg	–	3 000	3 000	–
19.	Norwegen	–	700	1 000	–
			4 194 200*	rd. 5 721 000	rd. 68

* Verläßliche Zahlenangaben liegen in diesem Fall nicht vor. Es handelt sich also nur um annähernde Schätzungen.

[280] *Zur Rüstung und Wirtschaft im 2. Weltkrieg*
Deutschland
Indexziffern der Rüstungsendfertigung nach Gruppen
Januar/Februar 1942 = 100

Zeit	Gesamt	Munition	Waffen	Panzer	Kraftfahrzeuge	Flugzeuge	Schiffbau
1939 Sept./Dez.	63	113	63	5	–	–	11
1940 MD	97	163	79	36	–	–	40
1941 MD	98	102	106	81	–	97	110
1942 MD	142	166	137	130	120	133	142
1943 MD	222	247	234	330	138	216	182
1944 I. Quartal	247	299	286	465	132	227	154
April	274	302	320	527	121	285	127
Mai	285	301	337	567	126	295	152
Juni	297	–	361	580	133	321	107
Juli	322	319	384	589	117	367	139
August	297	323	382	558	116	308	141
September	301	335	377	527	84	310	184
Oktober	273	321	372	516	79	255	217
November	268	307	375	571	78	274	124
Dezember	263	263	408	598	63	224	233
1945 Januar	227	226	284	557	60	231	164

Deutschland
Produktion wichtiger Zweige der Mineralölindustrie und abgeworfene Bombenlast auf die Mineralölwerke

Monat	Erzeugung in 1 000 t			abgeworfene Bombenlast
	Flugbenzin	Kfz.-Benzin	Dieselöl	in 1 000 sh.
1944				
Januar	159	118	117	0,1
Februar	164	106	94	0,1
März	181	134	100	0,0
April	175	126	89	0,6
Mai	156	94	74	5,1
Juni	52	75	69	17,7
Juli	35	48	69	21,4
August	17	59	69	26,3
September	10	48	52	11,0
Oktober	20	53	57	12,5
November	49	50	55	35,0
Dezember	26	50	66	13,9
1945				
Januar	11	50	64	12,5
Februar	1	50	77	22,6
März	–	39	39	30,9

Versorgung mit wichtigen Rohstoffen 1944/45
Deutsche Versorgung Mitte 1944 = 100

Rohstoffe	Deutschland		Feindmächte	
	Mitte 1944	Anfang 1945	Mitte 1944	Anfang 1945
Treibstoffe	100	31	2 920	3 117
Kohle	100	80	220	252
Koks	100	75	175	202
Eisen u. Stahl	100	32	367	366
Mangan	100	94	881	907
Molybdän	100	21	5 000	5 089
Nickel	100	15	1 378	1 399
Wolfram	100	51	887	887
Chrom	100	0	453	464
Aluminium	100	76	358	291
Kautschuk	100	69	748	748
Sprengstoffe	100	138	228	294
zum Vergleich:				
Kräfteeinsatz	100	44	136	192

USA
Produktion von Kriegsmaterial
1940–1945 (in Mill. Dollar)

	2. Hälfte 1940	1941	1942	1943	1944	1. Hälfte 1945
1. Flugzeuge	342	1 737	6 095	12 519	16 046	6 855
2. Schiffe	391	1 852	6 957	12 489	13 431	4 884
3. Kampf- u. mot. Fahrzeuge	260	1 340	4 943	6 524	5 372	2 695
4. Geschütze usw.	89	396	2 007	3 647	3 120	1 394
5. Munition	806	2 320	6 263	10 430	11 033	6 184

Rüstungsproduktion der Großmächte
in Mrd. $; Preise von 1944

Land:	1935 – 1939	1939	1941	Steigerung in %	1943	Steigerung in %
Ver. St. v. Amerika	1,5	0,6	4,5	200	37,5	733
Großbritannien	2,5	1,0	6,5	86	11,1	71
Sowjetunion	8,0	3,3	8,5	70	13,9	64
Zusammen:	12,0	4,9	19,5		62,5	
Deutschland	12,0	3,4	6,0	0	13,8	130
Japan			2,0	100	4,5	125
Zusammen:			8,0		18,3	
Verhältnis			1:2,4		1:3,4	

Vergleich der Rüstungsproduktion
(in Einheiten; 1944 = 100)

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Vereinigte Staaten	2	2	5	11	47	91	100
Kanada	0	2	6	27	73	102	100
Verein. Königreich (GB)	4	10	34	59	83	100	100
UdSSR	12	20	30	53	71	87	100
Deutschland	16	20	35	35	51	80	100
Japan	8	10	16	32	49	72	100

Teilübersicht über Lieferungen an die UdSSR im Rahmen des Leih- und Pachtvertrages vom 22. Juni 1941 bis 20. September 1945

	Export im Rahmen des Leih- und Pachtvertrag	Anderer Export	Gesamt-Export	Davon angekommen	Verluste unterwegs	Umgeleitet	Unterwegs am 20. 9. 1945
Kampffahrzeuge	13 303	–	13 303	12 161	1 142	–	–
Geschützfahrzeuge	2 328	–	2 328	2 293	35	–	–
Lastkraftwagen	427 284	9 755	437 039	409 526	14 712	4 932	7 869
Motorräder	35 170	–	35 170	32 200	1 870	1 100	–
Zugmaschinen mit Raupenkette	8 071	3	8 074	7 570	253	–	251
Traktoren	3 282	–	3 282	3 216	66	–	–
90-mm-Geschütze	270	–	270	241	9	–	20
40-mm-Geschütze	5 595	–	5 595	5 399	196	–	–
37-mm-Geschütze	424	–	424	340	16	–	68
Maschinengewehre	1 925	–	1 925	1 525	–	–	400
27-mm-Geschütze	63	–	63	35	28	–	–
Maschinenpistolen	131 633	4 000	135 633	112 293	23 340	–	–
Pistolen und Revolver	13 000	–	13 000	11 500	1 500	–	–
Granatwerfer	30	–	30	30	–	–	–
Nebeltöpfe	1 423	–	1 423	1 423	–	–	–
Raketenwerfer	3 000	–	3 000	3 000	–	–	–
Sprengmunition (in Tonnen)	345 735	139	345 874	325 784	10 252	336	9 502
Baumaschinenpark ($ 1000)	10 910	128	11 038	10 792	144	–	102
Transportgeräte (Lokomotiven, Wagen usw.)	13 136	–	13 136	13 041	95	–	–
Wasserfahrzeuge (außer Kampfschiffen)	3 136	–	3 136	2 401	552	–	50
Kampfschiffe (Torpedoboote, Minenfahrzeuge, Landungsboote usw.)	504	–	504	324	5	7	17
Marine-Antriebsmachinen	13 261	–	13 261	12 993	119	–	149
Spezial-Schiffsausrüstungsapparate	7 362	13	7 375	7 277	9	–	89
Lebensmittel insgesamt (short tons)	4 478 116	7 055	4 485 171	4 291 012	88 985	91 938	13 236
Maschinenteile u. Ausrüstungsgegenstände ($ 1000)	1 078 965	48 757	1 127 722	1 095 140	19 761	1 085	11 736
Stahl (short tons)	2 800 528	5 516	2 806 044	2 589 776	163 305	13 247	39 716
Eisenlegierungen (short tons)	17 406	224	17 630	16 058	1 544	–	28
Nichteisenmetalle (Aluminium, Magnesium, Zinn usw.) (short tons)	802 871	11 418	814 289	781 663	30 097	36	2 493
Kohle, Rohöl (tons)	7	–	7	7	–	–	–
Ölprodukte (short tons)	2 670 371	290 904	2 961 275	2 849 166	21 187	86 450	4 472
Chemikalien (short tons)	842 480	8 777	851 257	820 422	15 510	1 273	14 052
Flugzeuge (aller Art)	14 798	–	–	14 018	–	–	–

Übersicht über die Schiffsgüter der westlichen Alliierten für die UdSSR vom 22. 6. 1941–20. 9. 1945

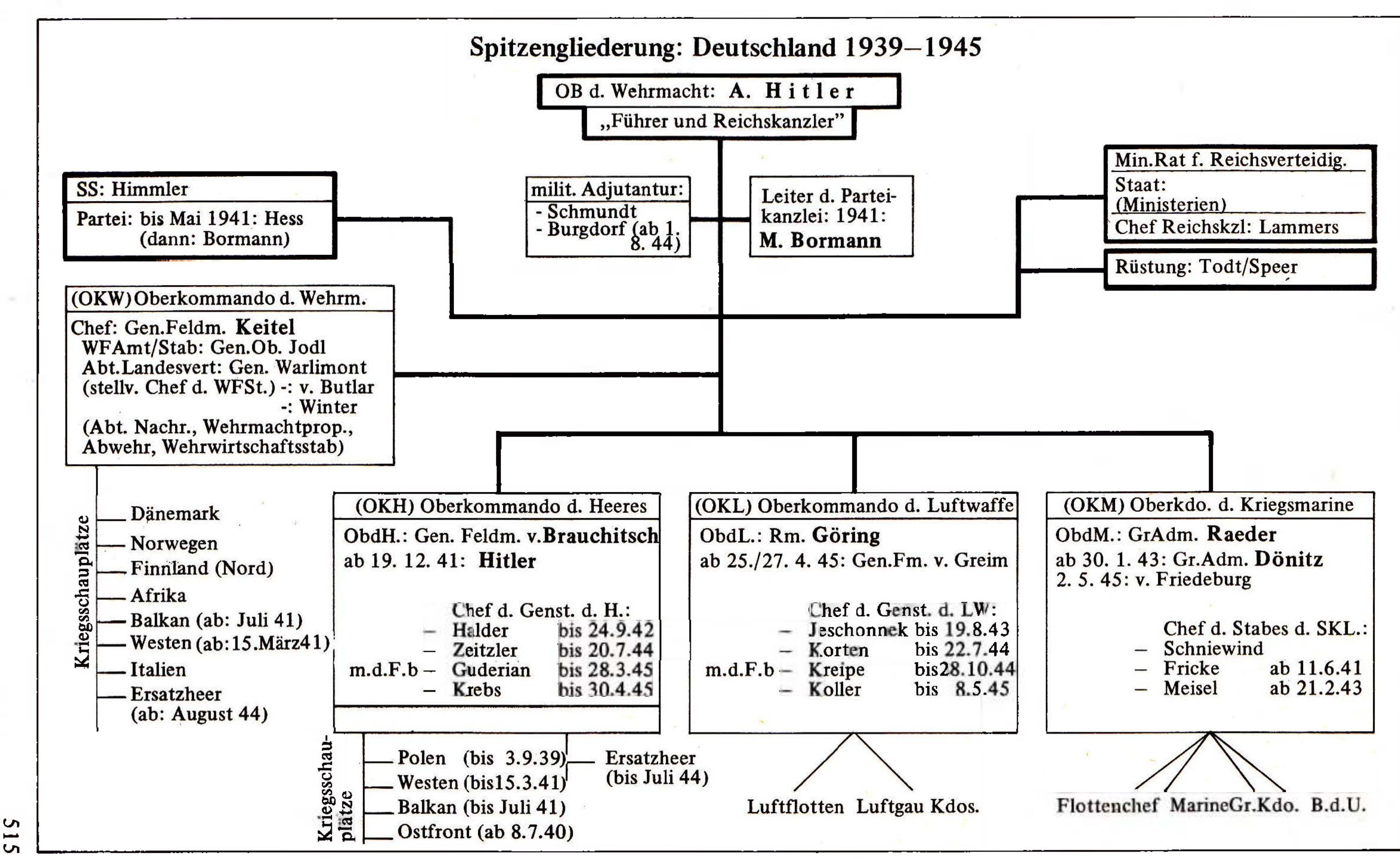
Jahr	Alle Routen	Persischer Golf		Sowj. Ferner Osten		Nordrußland		Schwarzes Meer		Sowj. Arktis	
		to	% v. Ges.	to	% v. Ges.	to	% v. Ges.	to	% v. Ges.	to	% v. Ges.
1941	360 778	13 502	3,7	193 299	53,6	153 977	42,7	0	0,0	0	0,0
1942	2 453 097	705 259	28,8	734 020	29,9	949 711	38,7	0	0,0	64 107	2,6
1943	4 794 545	1 606 979	33,5	2 388 577	49,8	681 043	14,2	0	0,0	117 946	2,5
1944	6 217 622	1 788 864	28,8	2 848 181	45,8	1 452 775	23,4	0	0,0	127 802	2,0
1945	3 673 819	44 513	1,2	2 079 320	56,6	726 725	19,8	680 723	18,5	142 538	3,9
Insgesamt	17 499 861	4 159 117	23,8	8 243 397	47,1	3 964 231	22,7	680 723	3,9	452 393	2,5

III. CHRONIK

Kriegsjahr 1939: Politik

1. 9.	Mit dem deutschen Angriff auf Polen beginnt der 2. Weltkrieg. (s. Polenfeldzug)
2. 9.	Italien versucht, zwischen den Westmächten und Deutschland zu vermitteln; erklärt sich anschließend als "nichtkriegführend".
3. 9.	Frankreich und Großbritannien erklären Deutschland den Krieg.
	Sog. "Bromberger Blutsonntag". Etwa 7 000 volksdeutsche Opfer in Polen (August-September), die der deutschen Propaganda zur Begründung einer harten Polenpolitik dienen.
5. 9.	Die Vereinigten Staaten erklären ihre Neutralität.
17. 9.	Einmarsch sowjetischer Truppen (2 HGr.) in Ostpolen.
19. 9.	Hitlers Rede in Danzig.
27. 9.	Nach Erd- und Luftangriffen (seit 24. 9.) kapituliert Warschau.
28. 9.	Deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag in Moskau unterzeichnet (Ribbentrop-Molotow). Festlegung einer Interessengrenze am Bug. Kapitulation der polnischen Festung Modlin.
30. 9.	Bildung einer polnischen Exilregierung in Frankreich (Sikorski). Aufbau einer neuen polnischen Armee (Stärke 1940: 84 000 Mann).
1. 10.	Die polnischen Truppen auf Hela stellen den Kampf ein; der letzte polnische Widerstand wird am 6. 10. gebrochen.
2. 10.	Besuch des italienischen Außenministers Graf Ciano in Berlin. Panamerikanische Konferenz: in dem Sicherheitsgürtel längs der amerikanischen Küsten – 300 Seemeilen – werden alle Kriegshandlungen untersagt.
6. 10.	Hitlers sog. "Friedensangebot" im Reichstag; am 10. 10. von Frankreich und am 12. 10. von Großbritannien abgelehnt.
7. 10.	Reichsführer SS H. Himmler wird zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums ernannt.
10. 10.	Abschluß eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Litauen, der der Roten Armee Stützpunkte auf litauischem Gebiet gewährt. Abtretung des Wilna-Gebietes an Litauen. (Estland und Lettland hatten der UdSSR bereits am 28. 9., bzw. 5. 10. Stützpunkte in ihren Territorien eingeräumt.)
11. 10.	Beginn der ergebnislosen sowjetisch-finnischen Verhandlungen über die Überlassung von Stützpunkten.
18./19. 10.	Treffen der drei Könige (Schwedens, Norwegens und Dänemarks) in Stockholm.
19. 10.	Britisch-französisch-türkischer Beistandspakt.
25. 10.	Errichtung des sog. "Generalgouvernement Polen". Auflösung der deutschen Militärverwaltung.
27. 10.	Die ostpolnischen Gebiete werden in die ukrainische und weißruthenischen Sowjetrepubliken eingegliedert.

31. 10.	Wechsel der "Wache" in Italien; Kabinett Ciano.
3. 11.	Der amerikanische Kongreß ändert das Neutralitätsgesetz der USA durch die Einführung der "cash and carry"-Klausel zugunsten Großbritanniens ab.
7. 11.	Belgisch-holländisches Vermittlungsangebot an die Kriegführenden.
8. 11.	Attentat von Elser im Bürgerbräukeller (München) auf A. Hitler.
9. 11.	"Venlo"-Zwischenfall: Entführung von zwei britischen Abwehroffizieren durch den SD an der holländischen Grenze.
12. 11.	Großbritannien und Frankreich lehnen das neutrale Vermittlungsangebot vom 7. 11. ab; am 14. 11. lehnt Deutschland ab.
13. 11.	Vermittlungsangebot von König Carol von Rumänien; am 16. 11. von Hitler abgelehnt.
30. 11.	Beginn des sowjetisch-finnischen Winterkrieges (s. Winterkrieg 1939/40).
2. 12.	"Beistandspakt" der Sowjetunion mit der in Terijoki (Grenzstadt) gebildeten kommunistischen finnischen Gegenregierung.
14. 12.	Der Völkerbund erklärt die Sowjetunion zum Angreifer und beschließt, die SU aus dem kollektiven Sicherheitssystem auszuschließen.
	Hitler empfängt den ehemaligen norwegischen Kriegsminister und Führer der "Nasjonal Samling", Vidkun Quisling.


Spitzengliederung: Deutschland 1939–1945
OB d. Wehrmacht: A. Hitler
„Führer und Reichskanzler"
SS: Himmler
Partei: bis Mai 1941: Hess (dann: Bormann)
milit. Adjutantur:
- Schmundt
- Burgdorf (ab 1. 8. 44)
Leiter d. Partei-kanzlei: 1941: M. Bormann
Min.Rat f. Reichsverteidig.
Staat: (Ministerien)
Chef Reichskzl: Lammers
Rüstung: Todt/Speer
(OKW) Oberkommando d. Wehrm.
Chef: Gen.Feldm. Keitel
WFAmt/Stab: Gen.Ob. Jodl
Abt.Landesvert: Gen. Warlimont
(stellv. Chef d. WFSt.) -: v. Butlar
-: Winter
(Abt. Nachr., Wehrmachtprop., Abwehr, Wehrwirtschaftsstab)
Kriegsschauplätze
Dänemark
Norwegen
Finnland (Nord)
Afrika
Balkan (ab: Juli 41)
Westen (ab:15.März41)
Italien
Ersatzheer (ab: August 44)
(OKH) Oberkommando d. Heeres
ObdH.: Gen. Feldm. v.Brauchitsch
ab 19. 12. 41: Hitler
Chef d. Genst. d. H.:
– Halder bis 24.9.42
– Zeitzler bis 20.7.44
m.d.F.b – Guderian bis 28.3.45
– Krebs bis 30.4.45
Kriegsschau-plätze
Polen (bis 3.9.39)
Westen (bis15.3.41)
Balkan (bis Juli 41)
Ostfront (ab 8.7.40)
Ersatzheer (bis Juli 44)
(OKL) Oberkommando d. Luftwaffe
ObdL.: Rm. Göring
ab 25./27. 4. 45: Gen.Fm. v. Greim
Chef d. Genst. d. LW:
– Jeschonnek bis 19.8.43
– Korten bis 22.7.44
m.d.F.b – Kreipe bis28.10.44
– Koller bis 8.5.45
Luftflotten
Luftgau Kdos.
(OKM) Oberkdo. d. Kriegsmarine
ObdM.: GrAdm. Raeder
ab 30. 1. 43: Gr.Adm. Dönitz
2. 5. 45: v. Friedeburg
Chef d. Stabes d. SKL.:
– Schniewind
– Fricke ab 11.6.41
– Meisel ab 21.2.43
Flottenchef
MarineGr.Kdo.
B.d.U.

Kriegführung

1. Der Polenfeldzug 1939

("Fall Weiß")

I. Zur Vorgeschichte

1939 5. 1.: Hitlers Forderungen an Polen zur Revision der deutschen Ostgrenze; 5./6. 1., 25.-27. 1., 21. 3.: Deutsch-polnische Verhandlungen enden mit der Ablehnung der deutschen Vorschläge (Hitler-Ribbentrop mit Beck und Lipski) am 26. 3.; 23. 3.: Erste polnische Teilmobilmachung; 31. 3.: England garantiert den Bestand des polnischen Staates; 3. 4.: Weisung "Fall Weiß"; 11. 4.: Führerweisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung 1939/40. 19. 5. Abschluß einer polnisch-franz. Militärkonvention für den Fall eines deutschen Angriffs (frz. Offensive spätestens 15 Tage nach deutschem Angriff)
23. 5.: Hitler äußert vor den Befehlshabern der Wehrmachtteile: "Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht".

15. 6.: Aufmarschanweisung des OKH für den Feldzug gegen Polen herausgeben;

22. 8.: Besprechung auf dem Obersalzberg mit den Spitzen der Wehrmacht;

25. 8.: 15.02 Uhr Hitler befiehlt Auslösung "Fall Weiß" für den 26. 8.; um 18.15 Uhr wird der Angriffsbefehl widerrufen (Italien nicht kriegsbereit; engl.-poln. Bündnisvertrag unterzeichnet): 30. 8.: Poln. Regierung verkündet Generalmobilmachung;

31. 8.: 12.40 Uhr erfolgt die Weisung für den Angriff;

II. 1. September 1939: Beginn des deutschen Angriffs (ohne Kriegserklärung)

4.45 (ObdH: Gen. Oberst v. Brauchitsch) (Polen: Marschall Rydz-Smigly)

Kräfte:					
Deutschland			Polen		
Inf. Div.	40	*)	38		
mot. Div.	4 2/3		11 Kav. Brig.		
le. Div.	4		2 mot. Brig.		
Pz. Div.	6	+ 1*)	+ Grenzschutz + 45 selbst.		
Pz. Kpfw.	3 200	(Bestand)	(ca. 600) Bataillone		
Bombenflugzeuge	1 176	(1020)		66)	= 745
Jäger	771	(676) **)		277)	
Aufklärer (Nah/Fern)	356	(309)		199)	
Insgesamt:	2 303		Mehrzweck	203)	

*) einsch. 3 Geb. Div. bis Mitte Sept. Weitere Div. (7) nachgeführt.
**) einsatzbereit

Lin. Schiff (gegen Polen eingesetzt) 2	–
Kreuzer –	–
Zerstörer –	4
U-Boote 7	5
Kl. Fahrzeuge (Minen/Kanonen) –	8
Torpedo-Boote –	2

HGr. Nord:	(Gen. Oberst v. Bock) mit 3. und 4. Armee unterstützt von Luftflotte 1 (Gen. d. Fl. Kesselring) gegen die poln. Armeen und Gruppen: Narew, Modlin, Pomerellen und Posen.

1. 9.– 5. 9. Schlacht in Westpreußen
5. 9.–12. 9. Verfolgung beiderseits der Weichsel auf Warschau
1. 9.– 4. 9. Durchbruchskämpfe im Gebiet Mlawa-Chorzele
5. 9.–13. 9. Kampf um Narew-Übergänge
8. 9.–10. 9. Kampf um die Bug-Übergänge
11. 9.–21. 9. Verfolgung in Ostpolen
10. 9.–28. 9. Kämpfe vor Modlin und Praga

HGr. Süd:	(Gen. Oberst v. Rundstedt) mit 8., 10. und 14. Armee. Unterstützt von Luftflotte 4 (Gen. d. Fl. Löhr) gegen die polnischen Armeegruppen: Lodz, Krakau, Karpathen (Res.: Preußen und Piskor)

1. 9.– 3. 9. Durchbruchskämpfe in Westgalizien
Grenzkämpfe in Westpolen
2. 9.– 4. 9. Kämpfe um die Warthelinie
4. 9.– 8. 9. Verfolgungskämpfe über Dunajec und Nida
Vorstoß auf Warschau
8. 9. Schlacht bei Radom
7. 9.–19. 9. Schlacht an der Bzura
9. 9.–15. 9. Verfolgungskämpfe über den San und über
10. 9.–20. 9. die Weichsel
16. 9.–26. 9. Schlacht bei Lemberg und Tomaszow
20. 9.–28. 9. Kämpfe vor Warschau und Modlin
28. 9.– 7. 10. Abschlußgefecht ostwärts der Weichel

Dt. Verluste: 10 572 Tote; 3 404 Vermißte und 30 322 Verwundete

2. Seekrieg

1939 ab 19. 8.	Auslaufen der Panzerschiffe "Graf Spee" und "Deutschland" und 18 U-Boote auf Wartepositionen im Atlantik.
3. 9.	Beginn der Handelskriegführung nach Prisenordnung. Warnungslose Versenkung des als Hilfskreuzer angesprochenen Passagierdampfers "Athenia" durch "U 30".
Sept. 39 - März 40	*1. Phase der Schlacht im Atlantik* U-Boote in Einzelunternehmungen rund um England und bis auf die Höhe von Gibraltar, durchschn. 14 U-Boote in See, 753 803 BRT versenkt bei 18 Verlusten. Panzerschiffe im Nord- und Südatlantik und Zerstörer in der Nordsee versenken 63 098 BRT. Rund um England gehen außer durch U-Bootminen durch Zerstörer- und Luftminen 281 154 BRT verloren, durch Luftangriffe 36 189 BRT.
17. 9. 39	"U 29" versenkt brit. Flugzeugträger "Courageous"
14. 10. 39	"U 47" (Prien) versenkt in Scapa Flow brit. Schlachtschiff "Royal Oak"
21.-27. 11. 39	Vorstoß der Schlachtschiffe "Gneisenau" und "Scharnhorst" (Adm. Marschall) gegen die Northern Patrol, Versenkung des Hilfskreuzers "Rawalpindi" südlich Island
13. 12. 39	Gefecht vor dem La Plata; "Graf Spee" beschädigt die brit. Kreuzer "Exeter", "Ajax" und "Achilles", muß sich aber am 17. 12. wegen der erlittenen eigenen Gefechtsschäden vor Montevideo selbst versenken.

Der Bestand der Flotten der Großmächte an Hauptkampfschiffen am 1. 9. 1939

Schiffstyp	Großbritannien	USA	Japan	Frankreich	Italien	Deutschland	Sowjet-Union
Schlachtschiffe	15/ 473.588	15/ 464.300	10/314.024	7/162.654	4/ 95.012	5/ 99.200	3/ 69.878
Flugzeugträger	7/ 137.950	5/ 120.300	6/125.970	1/ 22.146	–/ –	–/ –	–/ –
Schwere Kreuzer	17/ 165.186	18/ 171.200	14/133.430	7/ 70.000	7/ 79.089	1/ 14.050	2/ 16.575
Leichte Kreuzer	48/ 292.845	18/ 148.500	23/134.455	12/ 84.502	15/ 89.083	6/ 38.665	4/ 25.494
Zerstörer	183/ 243.339	214/ 267.615	82/136.988	58/112.966	59/ 90.033	21/ 47.734	33/ 51.196
Torpedoboote	–/ –	–/ –	25/ 17.183	12/ –7.320	67/ 46.523	12/ 11.142	18./ 6.818
U-Boote	57/ 58.019	95/ 92.005	57/ 78.447	77/ 73.903	105/ 89.794	57/ 29.524	165/ 80.574
Gesamtzahl	327/1.370.927	365/1.263.920	217/940.497	174/533.491	257/489.534	102/240.315	225/250.535
Verhältnis	5:	4,6:	3,4:	1,9:	1,8:	0,9:	0,9

Typengliederung der U-Bootwaffen am 1. September 1939:

	alte Boote	Küstenboote	mittl. Boote	große Boote	U-Kreuzer	Minenboote	Gesamt
Sowjet-Union	9/ 4.726	61/10.136	69/40.282	13/11.400	3/ 3.600	10/10.400	165/80.574
Italien	7/ 2.486	–/ –	48/32.871	40/40.748	4/ 6.206	6/ 7.483	105/89.794
USA	65/44.740	–/ –	–/ –	24/33.095	5/11.460	1/ 2.710	95/92.005
Frankreich	–/ –	–/ –	32/18.292	38/48.767	1/ 2.880	6/ 4.014	77/73.903
Japan	18/ 5.792	–/ –	2/ 1.400	25/40.365	8/16.322	4/ 4.568	57/78.447
Großbritannien	12/ 5.970	–/ –	15/ 9.540	21/27.904	3/ 5.505	6/ 9.100	57/58.019
Deutschland	–/ –	30/ 8.292	18/12.284	9/ 8.948	–/ –	–/ –	57/29.524

3. Luftkrieg in Europa

4. 9. 29 Bomber der RAF greifen deutsche Kriegsschiffe vor Brunsbüttel und Schilling-Reede an. 7 Flugzeuge abgeschossen, geringe Schäden auf dem Panzerschiff Admir. Scheer und dem Leichten Kreuzer Emden.

Außer Aufklärungsflügen noch keine deutsche Luftoperationen im Westen.

24. 9. Beginn der Luftangriffe auf die seit dem 19. 9. eingeschlossene polnische Hauptstadt Warschau mit dem Ziel, den am 25. 9. einsetzenden Sturm von Teilen der 10. und 3. Armee auf die Stadt vorzubereiten.

25. 9. Die Flieger-Div. z. b. V. fliegt 1 176 Einsätze gegen Warschau: 72 t Brand- und 486 t Sprengbomben abgeworfen.

26. 9. 450 Flugzeuge greifen die polnische Festung Modlin an. Am 27. 9. wiederholen 550 Flugzeuge den Angriff.

Erster Angriff deutscher Flugzeuge auf Teile der britischen Home Fleet in der Nordsee. Nahtreffer bei dem Flugzeugträger Ark Royal, der von der Goebbels-Propaganda als versenkt gemeldet wird.

16.–17. 10. Erste Angriffe der Luftwaffe gegen britische Kriegsschiffe im Firth of Forth und Scapa Flow.

16. 12. Infolge der Vereisung der Seefliegerhorste findet der Luftmineneinsatz der Staffeln des F. d. Luft West vor der britischen Ostküste sein Ende. Seit dem 20. 11. wurden in 5 Unternehmen insgesamt 22 LMB und 46 LMA geworfen.

17.–19. 12. Flugzeuge des X. Fliegerkorps versenken vor der britischen Ostküste 10 Fahrzeuge, meist Fischdampfer, mit zusammen 2 949 BRT.

18. 12. Bei bewaffneter Aufklärung gegen Wilhelmshaven verliert ein aus 24 Bombern bestehender britischer Verband 12 Maschinen durch deutsche Jäger.

4. Sowjetisch-finnischer Winterkrieg

Beginn: 30. 11. 39 Luftangriffe auf Helsinki. Sowj. Seestreitkräfte beschießen die finnische Südküste.

11.–28. 12. Vernichtung der 163. sowjetischen Schützen Div. (9. Armee) durch die 9. finnische Div. (Anwendung der Motti-Taktik).

5.– 8. 1. 1940: Vernichtung der 44. sowj. Schützendiv. östlich von Suomussalmi.

1.– 3. 2. Offensive der sowjetischen Nordwestfront mit 9 Schützen Div. und 1 Pz. Brig. gegen die von 6 finnischen Div. verteidigte Mannerheim-Linie auf der Karelischen Landenge; von den Finnen zunächst abgewehrt.

5. 2. Der alliierte Kriegsrat in Paris beschließt, Finnland militärisch zu unterstützen; Schweden liefert Waffen an Finnland.

11.– 13. 2. Zweite Offensive der 7. sowjetischen Armee zwischen Muola- und Kuolema See; sie führt zum Durchbruch bei Summa.

20.–23. 2. Nördlich des Ladoga-Sees wird die 18. sowj. Schützen-Div. durch die finn. Gruppe Talvela vernichtet.

3. 3. Erneute Großoffensive der 7. sowjetischen Armee auf der Karelischen Landenge.

7. 3. Unter dem Eindruck der wachsenden Verluste (s. unten) setzt sich FM v. Mannerheim für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion ein.

8. 3. Eine finnische Abordnung unter Paasikivi trifft in Moskau ein.

11./12. 3. Sowjetische Truppen erobern Wiborg.

12. 3. Sowjetisch-finnischer Friedensvertrag in Moskau unterzeichnet (Finnland tritt die karelische Landenge ab, u. Teile von Ostkarelien, Hanko wird sowj. Stützpunkt)

Kräftevergleich: Sowjet Union – Finnland: 30 Divn. (800 Flugzeuge) gegen 10 Divn u. 7 Brig. (150 Flugzeuge)

3. 2.	Brief Görings (Beauftragter für den Vierjahresplan) an den Reichswirtschaftsminister Funk, in dem angeordnet wird, daß die Rüstung "im Jahre 1940 zur größtmöglichen Höhe gebracht" werden soll. "Es müssen daher mit allen Mitteln alle die Vorhaben gefördert werden, die im Jahre 1940 bzw. bis zum Frühjahr 1941 zur Auswirkung kommen können. Alle anderen Programme, die sich später auswirken, falls es die Belegung der Wirtschaft erfordert, müssen zugunsten der obigen Vorhaben zurückgestellt werden". (Entwicklungsstop)
11. 2.	Deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen.
1./2. 3.	Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles in Berlin (Unterredungen mit Hitler und Ribbentrop).
10./11. 3.	Ribbentrop in Rom. Mussolini erklärt sich bereit, an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten.
12. 3.	Sowjetisch-finnischer Friedensvertrag in Moskau unterzeichnet (s. Winterkrieg 1939/40).
17. 3.	Hitler ernennt Dr. Todt zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition.
18. 3.	Brenner-Treffen zwischen Hitler und Mussolini; letzterer bestätigt seine Bereitschrift zum Kriegseintritt.
20. 3.	In Paris wird die Regierung Daladier gestürzt. Am 21. 3. wird P. Reynaud neuer französischer Ministerpräsident.
9. 4.	Beginn der deutschen Operationen zur Besetzung Dänemarks und Norwegens ("Weserübung") (s. S. 525).
24. 4.	Hitler ernennt Gauleiter Terboven zum "Reichskommissar für Norwegen".
5. 5.	Bildung einer norwegischen Exilregierung in London.
10. 5.	Beginn der deutschen Offensive im Westen ("Fall Gelb") (s. S. 527).
	Britische Landung auf Island (im Juli 1941 durch die Amerikaner abgelöst) und den Faröer Inseln. (Besetzung Grönlands durch die USA im September 1941).
	Winston Churchill wird neuer britischer Premierminister anstelle von Chamberlain. Er bildet in London ein Koalitions-Kriegskabinett aus allen drei Parteien.
	Vernichtung unheilbarer Geisteskranker in Deutschland eingeleitet ("Euthanasiegesetz" auf den 1. 9. 1939 zurückdatiert. Bis Ende August 1941 über 70 000 Opfer. Dann wird die Aktion eingestellt).
15. 5.	Königin Wilhelmine der Niederlande (seit 13. 5. in London) und ihre Minister bilden ein Exilkabinett und erklären, an der Seite Großbritanniens den Kampf gegen Deutschland fortsetzen zu wollen.
18. 5.	Dr. Seyß-Inquart wird zum "Reichskommissar für die Niederlande" ernannt.
28. 5.	Erlaß Hitlers über die Wiedervereinigung der Gebiete Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich.
	Hitler bespricht mit dem ObdH. Gen. Oberst v. Brauchitsch, die künftige Friedensgliederung des dt. Heeres.

29. 5. Unter dem Eindruck der deutschen Siege im Westen schwenkt Rumänien, bisher neutral mit Sympathien für die Alliierten, auf die deutsche Seite herüber. Unterzeichnung des "Öl-Waffen-Pakts" (27. 5.).

30. 5. Mussolini teilt Hitler seinen endgültigen Entschluß mit, in den Krieg einzutreten.

10. 6. Kriegseintritt Italiens (s. Italienische Kriegführung S. 532)

Kapitulation der norwegischen Truppen in Nordnorwegen.

12. 6. Spanien erklärt sich als "nichtkriegführend".

Sowjetisches Ultimatum an Litauen (am 14. 6. angenommen). Am 15. 6. besetzen sowjetische Truppen Kowno und Wilna. Damit hat der Staat Litauen aufgehört zu bestehen.
Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen Japan und Thailand.

14. 6. Spanien besetzt die internationale Zone von Tanger.

16. 6. Großbritannien unterbreitet der französischen Regierung (seit 14. 6. in Bordeaux) den Vorschlag, eine Union zwischen beiden Ländern zu bilden (eine Staatsangehörigkeit, eine Regierung, eine Wehrmacht). Hauptzweck: Sicherung der französischen Flotte für England.
Die Mehrheit des französischen Kabinetts lehnt den Plan ab und entscheidet sich für einen Waffenstillstand. Rücktritt des Kabinetts Reynaud. Marschall Pétain neuer Regierungschef. Über den spanischen Botschafter geht in der Nacht vom 16. zum 17. 6. das Waffenstillstandsangebot heraus.

17. 6. Nach den Ultimaten des Vortages besetzen sowjetische Truppen auch Lettland und Estland einschließlich des litauischen Grenzstreifens, der nach dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 28. 9. 1939 deutsches Interessengebiet sein sollte.

18. 6. Gen. de Gaulle (Unterstaatssekretär für Nationale Verteidigung im Kabinett Reynaud) erklärt sich zum "Führer der Freien Franzosen" und fordert von London aus zur Fortsetzung des Widerstandes auf.

20. 6. Frankreich bittet auch Italien um Waffenstillstand.

Frankreich erlaubt Japan die Stationierung japanischer Kontrolleure an der Grenze zwischen Indochina-China (Sperrung dieses Nachschubweges für China).

22. 6. Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstandes in Compiègne.

24. 6. Italienisch-französischer Waffenstillstand in Rom unterzeichnet.

26. 6. Sowjetisches Ultimatum an Rumänien betr. Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina (am 27. 6. angenommen).

28. 6.– 1. 7. Besetzung Bessarabiens und der Nordbukowina durch die Rote Armee.
Gen. v. Falkenhausen wird zum "Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich" ernannt.
Das von Gen. de Gaulle gegründete "Nationalkomitee der Freien Franzosen" wird von der britischen Regierung anerkannt.

2. 7. König Carol v. Rumänien bittet um die Garantie der rumänischen Grenze durch Deutschland und um Entsendung einer dt. Militärmission nach Rumänien.

4. 7.	In Bukarest wird ein deutschfreundliches Kabinett unter Gigurtu gebildet.
	Nach dem britischen Überfall auf Teile der französischen Flotte in Mers-el-Kebir (Oran) am 3. 7. bricht die französische Regierung Pètain die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab.
10. 7.	Zusammentreffen zwischen Hitler und dem ungarischen Min. Präsidenten Graf Teleki in München. Hitler stimmt den Revisionsforderungen gegenüber Rumänien (Siebenbürgen) zu.
11. 7.	Marschall Pètain wird "Chef des französischen Staates". Laval stellv. Min. Präsident. Der Regierungssitz wird nach Vichy verlegt.
18. 7.	Auf japanischen Druck hin schließt Großbritannien die Burmastraße für 3 Monate (Hauptnachschublinie für China).
19. 7.	Reichstagsrede Hitlers: letzter "Friedensappell" an Großbritannien, der am 22. 7. abgelehnt wird.
	Präs. Roosevelt unterzeichnet die "Two-Ocean-Navy Expansion Act".
21. 7.	Estland, Litauen und Lettland werden in Sowjetrepubliken umgewandelt.
22. 7.	Nach dem Sturz des japanischen Kabinetts Yonai (neutralistisch eingestellt und zu einem Ausgleich mit den USA neigend) bildet Fürst Konoye eine neue Regierung (Matsuoka Außenminister), die die im August 1939 abgebrochenen deutsch-japanischen Verhandlungen über ein Militärbündnis zwischen den beiden Staaten wieder aufnehmen läßt.
26. 7.	Hitler empfängt auf dem Berghof den rumänischen Ministerpräsidenten Gigurtu. Er rät ihm zu einem friedlichen Ausgleich mit Ungarn in der Siebenbürgen-Frage.
27. 7.	Hitler empfängt den bulgarischen Ministerpräsidenten Filoff, um ihm die deutsche Haltung in der Frage der Süd-Dobrudscha zu erläutern.
2. 8.	Hitler ordnet für die dt. Wehrwirtschaft an, sich für 1941 auf "jede möglich werdende politische Situation" vorzubereiten.
3. 8.	Abetz wird zum deutschen Botschafter in Paris (Vichy) ernannt.
17. 8.	Beginn deutsch-finnischer Militärverhandlungen über ein Transitabkommen für den Nachschub der deutschen Truppen in Nordnorwegen.
30. 8.	Zweiter Wiener Schiedsspruch durch Deutschland und Italien. Rumänien tritt Nordsiebenbürgen und den Szeklerzipfel an Ungarn ab; Deutschland und Italien garantieren die rumänische Grenze.
2. 9.	Britisch-amerikanischer Tauschvertrag: 50 US-Zerstörer gegen die Einräumung von Stützpunkten in Westindien und den Inseln ostwärts des nordamerikanischen Kontinents.
	Hitler befiehlt die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien.
4. 9.	König Carol v. Rumänien ernennt Gen. Antonescu zum Min. Präsidenten mit Sondervollmachten ("Staatsführer").
6. 9.	Thronverzicht von König Carol v. Rumänien zugunsten seines Sohnes Michael.

7. 9.	Vertrag von Craiova: Rumänien tritt die Süddobrudscha an Bulgarien ab.
16./17. 9.	Der spanische Außenminister Serrano Suñer besucht Berlin (keine Fortschritte in der Frage des Kriegseintritts an der Seite der "Achse").
17. 9.	Hitler verschiebt das Unternehmen "Seelöwe" (Landung in England) "bis auf weiteres".
20. 9.	Hitler regelt die neue wirtschaftliche Dringlichkeitsstufe für die Rüstung der drei Wehrmachtsteile.
22. 9.	Japanische Truppen marschieren in Indochina ein (auf Grund eines Abkommens zwischen Japan und der Vichy-Regierung).
23. 9.	Deutsch-finnisches Transitabkommen.
	Hitler erkennt Mussert als "Repräsentanten" der Niederlande an.
25. 9.	In Norwegen gibt Reichskommissar Terboven ein Verbot der Parteien bekannt. Er erklärt die "Nasjonal Samling" zur "staatstragenden Partei".
27. 9.	Abschluß des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Japan und Italien zur Aufteilung der Welt in Interessensphären (in Berlin).
1. 10.	Deutsch-finnisches Waffenabkommen über Waffenlieferungen.
4. 10.	Brenner-Treffen zwischen Hitler und Mussolini (Frankreich und Spanien sollen in die Koalition gegen England eingegliedert werden).
12. 10.	In Japan werden alle Parteien aufgelöst und eine "Nationale Vereinigung zum Dienste am Thron" gebildet.
15. 10.	Der italienische Kriegsrat beschließt den Angriff auf Griechenland.
22. 10.– 24. 10.	Zusammentreffen Hitlers mit Laval, Franco und Marschall Pètain. (Ohne konkreten Ergebnisse).
28. 10.	Beginn der italienischen Offensive gegen Griechenland (s. S. 535).
5. 11.	Roosevelt wird zum 3. Mal zum Präsidenten der USA gewählt.
11. 11.	Beginn der Ausweisungen der Lothringer in das unbesetzte Frankreich (bis zum 21. 11. ca. 100 000).
12./13.11.1940:	Besuch des sowjetischen Außenministers W. Molotow in Berlin. Unterredungen mit Hitler und Ribbentrop. (Beitritt der UdSSR zum Dreimächtepakt erörtert; ohne Ergebnis).
14. 11.	Absperrung des Warschauer Ghettos mit rd. 350 000 Juden.
November:	Beitritt zum Dreimächtepakt: Ungarn (20. 11.), Rumänien (23. 11.); Slowakei (24. 11.).
5. 12.	Geheimabkommen zwischen der britischen und französischen Regierung (Vichy), den status quo in den Kolonien nicht zu verändern.
6. 12.	Marschall Badoglio wird als Chef des italienischen Wehrmacht-Generalstabs abgelöst, sein Nachfolger wird General Cavallero.
12. 12.	Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und Jugoslawien unterzeichnet.
13. 12.	Marschall Pètain entläßt P. Laval (Min. Präs.); Flandin wird neuer

	Außenminister; Admiral Darlan wird einflußreichster Politiker.
18. 12.	Hitler unterzeichnet die Weisung Nr. 21 "Barbarossa" zum Angriff gegen die Sowjetunion.
20. 12.	Bildung eines "Nationalen Verteidigungsrates" in den USA zur Beschleunigung der Aufrüstung.
21. 12.	Rücktritt aller Richter des norwegischen Obersten Gerichtshofes.
25. 12.	Zusammentreffen Hitlers mit Adm. Darlan in Beauvais. (Jegliches Entgegenkommen gegenüber Vichy wird abgelehnt).
29. 12.	Präs. Roosevelt fordert vor dem amerikanischen Kongreß, daß die USA das "Arsenal der Demokratie" sein müßten.

Kriegführung

5. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940
("Fall Weserübung")

I. Zur Vorgeschichte:

1939	2. 9.: Deutschland erklärt die Wahrung der norwegischen Integrität, sofern diese nicht durch eine dritte Macht verletzt wird; 9. 9.: Plan des brit. Marineminist., in die Ostsee einzudringen ("Katharina"); 19. 9.: Denkschrift d. brit. Marineminist. (Unterbindung der dt. Erzzufuhr über Norwegen); 29. 9.: brit. Plan, die norw. Gewässer zu verminen; 10. 10.: Vortrag des ObdM bei Hitler (Die strategische Bedeutung Norwegens für England und Deutschland); 11. 12.: Der Norweger Quisling warnt in Berlin vor einem Festsetzen der Briten in Norwegen; 14. 12.: Hitler befiehlt die Ausarbeitung einer Studie "Nord" (unter Aufrechterhaltung der norw. Neutralität); 16. 12.: Weitere Denkschrift des brit, Marine-Minist., den dt. Erzverkehr über Norwegen zu unterbinden.
1940	16. 1.: Beginn der alliiert. Vorbereitungen für eine mil. Aktion in Skandinavien; 27. 1.: Beginn der Bearbeitung der Aufmarschstudie "Weserübung" (Besetzung dänischer und norwegischer Stützpunkte) im OKW; 5. 2.: Beschluß des all. Obersten Kriegsrates, 3–4 Div. nach Narvik zu entsenden, Finnland mil. zu unterstützen und die schwed. Erzgruben von Gällivare zu besetzen; 16. 2.: Brit. Überfall auf das dt. Marinehilfsschiff "Altmark"; 21. 2.: Hitler ernennt Gen. v. Falkenhorst zum Leiter des Arbeitsstabes "Weserübung"; am 1. 3. billigt Hitler dessen Op. Plan; 1. 3.: Führerweisung "Fall Weserübung". 11./12. 3.: Alliierte Forderungen an Norwegen und Schweden, den Durchmarsch v. Truppen zur Unterstützung Finnlands zu gestatten. 12. 3.: Ende des finn.-sowjetischen Winterkrieges; 28. 3.: Beschluß des all. Obersten Kriegsrates, am 5. 4. norw. Gewässer zu verminen und in Norwegen Stützpunkte zu besetzen; 2. 4.: Hitler befiehlt Auslösung des Unternehmens "W" für den 9. 4.; 5. 4.: Alliierte verschieben ihre Aktion gegen Skandinavien auf den 8. 4.; 7. 4.: Auslaufen der ersten dt. Flottenverbände nach Dänemark und Norwegen; Einschiffung des brit. Exp. Korps. Auslaufen der Minenleger 8. 4.: brit. Kriegsschiffe verminen norw. Hoheitsgewässer

II. 9. April 1940 Beginn der Besetzung von Dänemark und Norwegen

Kräfte

	Deutschland:	All.:	Norwegen
Inf. / mot. Div.:	8 2/3 + 1*	2	6
Flugzeuge:			84
Bomber/Stuka	240 } 878		
Jäger/Zerstörer	95 }		
Transp./Aufkl.:	543 }		
Kriegsschiffe:		und britische Flotte	
Schlachtschiffe (Schl.Kreuzer)	2	3 (+ 1 Flugzeugträger)	
Pz. Schiff	1	2	4 (Küsten Pz. Schiffe)
schw. Kreuzer	2		
lei. Kreuzer	4	4	
Zerstörer	14	25	34
Torp. Boote	8		
U-Boote	31		9
S-Boote	12		

* ab 5. 5. nachgeführt

5.00 Uhr — Dt. OB Norwegen: Falkenhorst; Dänemark: Kaupisch

9. 4. — Dänemark ergibt sich kampflos; deutsche Landungen bei Christiansand, Stavanger, Bergen, Drontheim und Narvik (Dietl)

14. 4. — Britische Landungen in Harstadt (ndl. Narvik)

Beginn der deutschen Führungskrise (OKW) um Narvik

15.––19. 4. — Alliierte Truppen landen bei Namsos und Andalsnes (vom 1.–2. 5. wieder evakuiert)

17. 4. — Funkspruch Hitlers an Gen. Dietl (v. Oberstlt. v. Lossberg im OKW nicht weitergegeben!): Internierung in Schweden anheimgestellt; abds (auf Drängen des Chefs WFAmtes) Weisung an Dietl: "Halten solange wie möglich".

20. 4. — Demobilisierung der dänischen Armee beendet.

30. 4. — Zusammentreffen der dt. Truppen (von Oslo und Drontheim) bei Dombaas

13. 5. — Landverbindung zur Gr. Dietl (Narvik) herstellt

24. 5. — Beschluß des brit. Kabinetts, das Norwegenunternehmen abzubrechen (3.–7. 6.) Einschiffung der all. Verbände)

28. 5. — Briten besetzen Narvik (halten sich dort bis zum 7. 6.)

10. 6. — Kapitulation der norwegischen Streitkräfte

Seekrieg

16. 2. 40 — Troßschiff "Altmark" in Jösingfjord/Südnorwegen vom brit. Zerstörer "Cossack" geentert.

18.–20. 2. 4o — Unternehmen "Nordmark" mit Flotte, U-Booten und Luftwaffe gegen England-Norwegen Route ohne Erfolg.

9. – 8. 6.	Norwegen-Unternehmung. Kriegsschiffsgruppen 1–11 landen z. T. von Luftwaffe unterstützt Truppen in Narvik, Drontheim, Bergen, Kristiansand, Arendal, Oslo und dänischen Häfen. Verlust der Kreuzer "Blücher", "Karlsruhe" und "Königsberg" sowie von 10 Zerstörern,. 6 U-Booten und 10 kleinen Fahrzeugen. Massierter U-Booteinsatz schlägt wegen Torpedoversagens völlig fehl (Torpedokrise), dagegen haben englische U-Boote gegen deutschen Nachschub Erfolg.
4.–10., 6.	Unternehmen "Juno" mit Flotte gegen alliierte Räumung von Nordnorwegen. "Gneisenau" und "Scharnhorst" versenken brit. Träger "Glorious".

Luftkrieg

9.–30. 1.	40 Bomber des X. Flieger-Korps versenken vor der britischen Ostküste 12 Schiffe mit 23 944 BRT.
2. 3.	Erster Angriff deutscher Flugzeuge auf Schiffsziele im südlichen Kanal. Vor der Insel Wight wird ein britischer Passagierdampfer in Brand geworfen.
16. 3.	15 Ju 88 greifen britische Kriegsschiffe in Scapa Flow an. Sie glauben, Treffer auf 3 Schlachtschiffen und 1 Kreuzer erzielt zu haben. In Wirklichkeit wird nur der Schwere Kreuzer Norfolk getroffen.
19. 3.	50 Flugzeuge des RAF Bomber Command greifen den deutschen Seefliegerhorst Hörnum an.

6. Der Westfeldzug 1940
("Fall Gelb")

I. Zur Vorgeschichte:

Deutschland:

1939 — 26. 8.: Deutschland garantiert erneut die Unverletzlichkeit des belgisch. Territoriums; 3. 9.: HGr C (Gen. Oberst v. Leeb) verteidigt mit unterlegenen Kräften die deutsche Westfront;

Stärken	
Deutschland	Frankreich
Divn. : 33 Inf.Divn. (1., 5., 7. Armee) Luftsicherung: LfFl. 2 und 3	110 Divn. (einschl. 1 Pz.Div., 2 mech. Div. + rd. 4000 Panzer)

12. 9.: Hitler äußert zum ersten Mal die Absicht, im Westen offensiv werden zu wollen; 6. 10.: Hitlers "Friedensangebot"; 9. 10.: Weisung Nr. 6 für die Kriegführung; 19. 10.: Erster Offensivaufmarschplan des OKH zum Westfeldzug; 31. 10.: Erster Op. Vorschlag für eine Westoffensive des Gen. Lt. v.Manstein; 12. 11.: In Aussicht gestellter Angriffstermin, ab 7. 11. laufende Verschiebungen (29 Mal!); 23. 11.: Hitlers Ansprache an die Generalität: Unabänderlicher Entschluß, im Westen anzugreifen;

1940 — 10. 1.: Notlandung zweier Luftwaffenoffz. in Mechelen (Belgien); 15. 1.: Die belgische Regierung lehnt die Forderung der Alliierten, ihnen die Durchmarscherlaubnis durch Belgien zu erteilen ab; 17. 2.: Hitler bespricht mit Manstein die Führung der Westoffensive. (Neuer Entschluß). Er führt am 24. 2.: zum letzten Aufmarschplan "Gelb" ("Sichelschnittplan"); 9. 4.: Beginn der Unternehmen gegen Dänemark und Norwegen (Vgl. S. 525 ff.);

	9. 5.: Hitler befiehlt als endgültigen Angriffstermin den 10. 5.
Alliierte: 1939	6. 9.1939: Begrenzte französische Offensivhandlungen im Vorfeld des Westwalls; 9. 9. Erster Transport-Konvoi des britischen Expeditions-Korps von Southampton nach Cherbourg ausgelaufen; 11. 9.: erste britische Truppen landen in Frankreich; 29. 9.: Weisung des OB, Gen. Gamelin, für den Sofortfall; 24. 10. 1939: Aufmarschplan "Schelde" herausgegeben; 8. 11.: Weisung zur Unterstützung Hollands; 15. 11.: Aufmarschplan "Dyle" für den Fall eines deutschen Angriffs; 31. 12.: Die britischen Expeditionsstreitkräfte in Nordfrankreich haben die Stärke von 161 423 Mann (davon 9 392 Mann Luftwaffenpersonal) erreicht;
1940	20. 3. 1940: Letzter alliierter Verteidigungsplan "Dyle-Breda"; 28. 3. 1940: Die britische und französische Regierung vereinbaren, keinen Sonderfrieden oder Waffenstillstand mit Deutschland abzuschließen.

II. 10. Mai 1940: Beginn der deutschen Offensive im Westen

5.35 Uhr – ohne Kriegserklärung –

Dt. OdH: Gen. Oberst v. Brauchitsch Chef. Genst. d. H.: Gen. Halder	OB: Gen. Gamelin; ab 19. 5.: Weygand Brit. Exp.Korps: Gen. Lord Gort

Kräfte

Deutschland			Alliierte (Niederl., Belgien, Frankr./Gr. Brit.)		
Inf. Div.					
(einschl. L. L. u. Kav. Div.)	119)		119)		
mot. Div.	7)	136	7)	137 (einschl. Brig.)	
Pz. Div.	10)	+ 1	11)		
u. 1 Fallsch. Div.			(Pz. und teilw. gep. Div.)		
Pz. Kampfw.: (einsatzbereit)		2445	3373		
Insgesamt:	3834		Frankr.:	Engl.:	Holl./Belg.:
darunter:					
Bombenflugzeuge:		1482	260	) rd.	} }
Jagdflugzeuge:		1016	764	} 456	) 132 } 180
Aufkl. 2:		501	400		
			Insgesamt:	2372	
	Kriegsmarine: einsatzbereit für „Fall Gelb"				
. . . .			. . . .		
U-Boote:		2	. . . .		

1. Phase: "Fall Gelb". 10. 5.–4. 6. 1940

HGr. B.	(Gen. Oberst v. Bock) mit 18. und 6. Armee Unterstützt durch Luftflotte 2 (Gen. d. F. Kesselring) gegen holld., belg., franz. und engl. Kräfte

10. 5.	Luftlandungen in der "Festung Holland" in Rotterdam und an der Moerdijk-Brücke. Lastensegler landen auf dem belgischen Fort Eben-Emael.
11. 5.	Das britische Kabinett beschließt, dem Bomber Command den Bombenkrieg gegen das deutsche Hinterland freizugeben (damit Eröffnung der strategischen Luftoffensive gegen Deutschland). In den folgenden Nächten Luftangriffe auf Dortmund, Essen, Hamm, Aachen, Hannover u. a.
13. 5.	Lüttich erobert
14. 5.	15.00 Uhr Luftangriff auf Rotterdam; alliierte HGr. 1 hat Aufmarsch an die Dyle-Linie (Belgien) beendet.
15. 5.	11.45 Uhr Unterzeichnung der holländischen Kapitulation (holländische Verluste: 2 890 Tote, 6 889 Verwundete)
16. 5.	Durchbruch durch die Dyle-Stellung; 17. 5. kampflose Besetzung von Brüssel
20. 5.	Schelde erreicht
28. 5.	10.00 Uhr Unterzeichnung der belgischen Kapitulation

HGr. A.	(Gen. Oberst v. Rundstedt) mit 4., 12., 16. Armee und Pz. Gruppe Kleist. Unterstützt durch die Luftflotte 3 (Gen. d. F. Sperrle) gegen belg.-franz. und engl. Kräfte

13. 5.	Beginn des Maasüberganges bei Dinant und Sedan
17. 5.	Oise erreicht östlich von St. Quentin.
20. 5.	Die schnellen Verbände (Guderian-Reinhardt) stoßen bis zur Kanalküste durch. Pz. Gr. Kleist dreht am 21. 5. nach Nord-Nordosten ein.
24. 5.	Hitler und Rundstedt befehlen "Halt" für die Pz.-Verbände vor Dünkirchen (Kanallinie)
26. 5.	Wiederantreten der Pz. Verbände über den Aire-La-Bassée-Kanal freigegeben.
	Beginn der Schlacht um Dünkirchen und des britischen Unternehmens "Dynamo".(19.00 Uhr) Evakuierung der eingeschlossenen Teile der Alliierten mit über 800 Fahrzeugen
4. 6.	Einnahme von Dünkirchen durch dt. Truppen. (Großbritannien hat bis dahin 338 000 Mann evakuiert (einschl. Franzosen).

2. Phase: "Fall Rot": 5. 6. – 24. 6. (Schlacht um Frankreich)

HGr. B.	mit 4., 6. und 9. Armee; Pz. Gruppe Kleist; 18. Armee

5. 6.	Beginn des dt. Angriffs gegen die "Weygand-Linie"
9. 6.	Seine und untere Marne erreicht
14. 6.	Kampflose Besetzung von Paris
18. 6.	Einnahme von Cherbourg und Le Mans; 19. 6.: Brest
30. 6.	Besetzung der britischen Kanalinseln

HGr. A.	mit 2., 12. und 16. Armee; Pz. Gruppe Guderian

9. 6.	Angriff gegen die obere Aisne; 11. 6. Reims und 15. 6. Verdun erobert
17. 6.	Gr. Guderian erreicht die Schweizer Grenze

HGr. C.	(Gen. Oberst v. Leeb) mit 1. und 7. Armee; unterstützt von Luftflotte 3

14. 6.	Einbruch in die Maginotlinie
16. 6.	Übergang über den Rhein bei Colmar
22. 6.	Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstandes
25. 6.	1.35 Uhr Waffenruhe

7. Deutsche Planungen und militärische Maßnahmen 1940/41

(Nacheinander behandelt)

a) Unternehmen "Seelöwe" (geplante Landung in England)

Erste Erwägungen:	
	15. 11. 1939: Studie des OKM; 13. 12. 1939 Studie "Nordwest" des OKH; 2. 7. 1940: Weisung des OKW: "Unter bestimmten Voraussetzungen Landung vorbereiten"
16. 7. 1940	Führerweisung Nr. 16 für die Vorbereitungen zur Landung; Durchführung "wenn nötig".
30. 7.	Aufstellung eines Wehrwirtsch. Stabes z. b. V. "England" angeordnet. (Ab 15. 9. einsatzbereit; am 28. 10. wieder aufgelöst)
31. 7.	Hitler will endgültige Entscheidung über die Landung nach achttägigem verschärftem Luftkrieg fällen. (Termin bleibt vorerst: 15. 9.)
1. 8.	Weisung Nr. 17: Verschärfter See- und Luftkrieg gegen Großbritannien
20. 8.	Führerweisung: Die wehrwirtsch. Vorbereitungen für die Landung in England stehen an 1. Stelle
27. 8.	Hitler entscheidet in der "Basisfrage" (OKH-OKM), bei der Landung die "kleine Lösung" durchzuführen. (Auf einer Frontbreite von ca. 140 km): Vorgesehen: HGr. A mit 25 Div., davon 13 für die 1. Welle. Stärke Großbrit.: 26 Feld-Div.
3. 9.	Die Landung wird für den 21. 9. vorgesehen
17. 9.	Verschiebung des Unternehmens "auf unbestimmte Zeit" und am
12. 10.	dann auf das Frühjahr 1941 (Vorbereitungen nur noch als politisches Druckmittel benutzend)

b) Luftschlacht über England (s. auch S. 536)

Ende Juni – 7. 8.	Kontaktphase. Jagdvorstöße über den Kanal
ab 10. 7. 1940	Luftflotten 2 und 3 (Kesselring-Sperrle) greifen zum ersten Mal militärische Ziele in Südengland mit starken Kampfverbänden an.
1. 8.	Führerweisung Nr. 17 für den Luft- und Seekrieg gegen England
13. 8.	1. Phase beginnt ("Adlertag") mit dem Ziel die Luftüberlegenheit über England zu erringen als Voraussetzung für die Landung in England
15./16. 8.	Erster Höhepunkt 1 720 dt. Maschinen eingesetzt

Stärken:	
Dt. Lw.:	2 355 (Davon 1 314 Bomber, 702 Jäger und 261 Zerstörer)
Brit. Lw.:	700 Jäger und 500 Bomber

17. 8.	Hitler befiehlt die totale Blockade der britischen Inseln und entschließt sich (Ende August), Angriffe auf London freizugeben
31. 8.	Verluste: Deutsche – 252 Jäger, 215 Bomber; britische – insg. 359
5./7. 9.	2. Phase beginnt. Ziel: Vernichtung des engl. Wirtschaftspotentials und Demoralisierung der brit. Bevölkerung
15. 9.	"Battle of Britain"-Tag (Deutsche Verluste 56 Maschinen; Britische Verluste: 26 Maschinen)
	Die britische Abwehr ist weiterhin ungebrochen

Verluste:

Deutsche:	Jäger 252	Bomber 215
Britische:	359	

Verluste:	Bis Ende Oktober: 1 733 dt. und 915 brit. Flugzeuge

23./24. 9.	RAF-Bomber greifen Berlin an
7./8. 10.	Bisher schwerster Angriff auf Berlin (im Oktober weitere Angriffe: Bremen, Cuxhaven, Kiel, Hamburg)
14.–20. 11.	Luftangriffe auf Coventry und Birmingham
	Bis Ende 1940 Verluste: Brit.: Tote: 1 550, Verletzte: 2 021
21. 5. 41	Letzter deutscher Großangriff gegen London;
22. 5.41	Luftfl. 3 übernimmt den Befehl über die im Westen verbliebenen Verbände
bis Juni 1941	Die Luftschlacht wird schrittweise eingestellt (Noch einmal im Mai 1941 mehrere Großangriffe)

c) Das Unternehmen "Felix" (Eroberung Gibraltars)

3. 6. 1940	Gen. Franco gratuliert zu den deutschen Waffenerfolgen
ab 2. 7.	Intensivierung der deutschen diplomatischen Bemühungen, Spanien aktiv in den Krieg an der Seite der Achse hineinzuziehen. Erkundungen durch Adm. Canaris
20. 8.	Erster Op. Entwurf für die Eroberung Gibraltars ausgearbeitet
16. 9.	Besuch des spanischen Außenministers Serrano Suñer in Berlin (Keine Fortschritte in der Frage des Kriegseintritts Spaniens)
23. 10.	Treffen Hitlers und Francos in Hendaye (Verhandlungen verlaufen ergebnislos)
20. 11.	Führerweisung Nr. 18 Entwurf zur Führerweisung Nr. 19 ("Felix")
7. 12.	Adm. Canaris Mission in Madrid (Forderung, den deutschen Truppen am 10. 1. 1941 den Weg über die span. Grenze freizugeben. Franco lehnt ab, weil sein Land in keiner Weise auf einen Krieg vorbereitet ist).
11. 12.	OKW-Weisung: Unternehmen "Felix" wird "nicht durchgeführt, da die politischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind."
9. 1. 1941	Hitler gibt das Unternehmen "Felix" endgültig auf

d) Das Unternehmen "Barbarossa" (Angriff gegen die Sowjetunion)
Vorbereitungen vom Juli 1940 – Juni 1941 (Vgl. S. 549 ff.)

e) Seekrieg

Juni 40 – März 41	2. Phase der Schlacht im Atlantik. U-Boote im Juni in Biskaya, ab Juli Gruppenoperationen gegen Konvois vor dem Nordkanal, durchschn. 12 U-Boote in See, 2 319 315 BRT versenkt, bei 14 Verlusten. 7 Hilfskreuzer operieren im Atlantik, Pazifik und Indischen Ozean und versenken 480 866 BRT. Schnellboote versenken im Kanal 71 325 BRT. Die Minenerfolge belaufen sich auf 567 088 BRT.
3. 7. 40	Angriff der brit. "Force H" gegen die in Abrüstung begriffene franz. Mittelmeerflotte in Oran
9. 7. 40	Gefecht zwischen brit. Mittelmeerflotte und ital. Flotte bei Punta Stilo, unentschieden abgebrochen
17. 8. 40	Erklärung des deutschen "Operationsgebietes" um England.
21.–22. 9. 40	5 U-Boote versenken aus Konvoi HX. 72 im Nordatlantik 12 Schiffe mit 77 863 BRT.
17.–20. 10. 40	8 U-Boote versenken aus Konvois SC. 7 und HX. 79 nacheinander 31 Schiffe mit 152 849 BRT
Ende Okt. – Ende März 41	Atlantik-Unternehmungen der Kreuzer "Scheer" und "Hipper" und der Schlachtschiffe "Gneisenau" und "Scharnhorst", 47 Schiffe mit 266 486 BRT versenkt.
11.– 12. 11. 40	Brit. Trägerangriff gegen ital. Flotte in Tarent, 3 Schlachtschiffe außer Gefecht gesetzt.
27. 11. 40	Gefecht zwischen brit. Gibraltar-Geschwader und ital. Flotte bei Cap Teulade (Sardienien), unentschieden abgebrochen.
1.– 2. 12. 40	7 U-Boote versenken aus Konvoi HX 90 im Nordatlantik 11 Schiffe mit 70 352 BRT.

8. Italiens "Parallelkrieg" 1940

Italienisch-französische Front:

10. 6. Italien erklärt den Westmächten den Krieg

Lage: Mittelmeer: 10. 6. 1940

Italien	Heer:	Halbinsel/Sizilien	:	59 Divn. (nur teilweise volle Kriegsstärke)
		Libyen	:	14 Divn.
		Ostafrika	:	350 000 (50 % Eingeborene)
	Lw:	3296 [einsatzbereit]	:	1796
		Bomber (1332)		Jäger (1160)
	Km:	Schlachtschiffe	:	6 (2 einsatzbereit)
		Schwere Kreuzer	:	7
		leichte Kreuzer	:	12
		Zerstörer	:	59
		T-Boote	:	67
		U-Boote	:	116

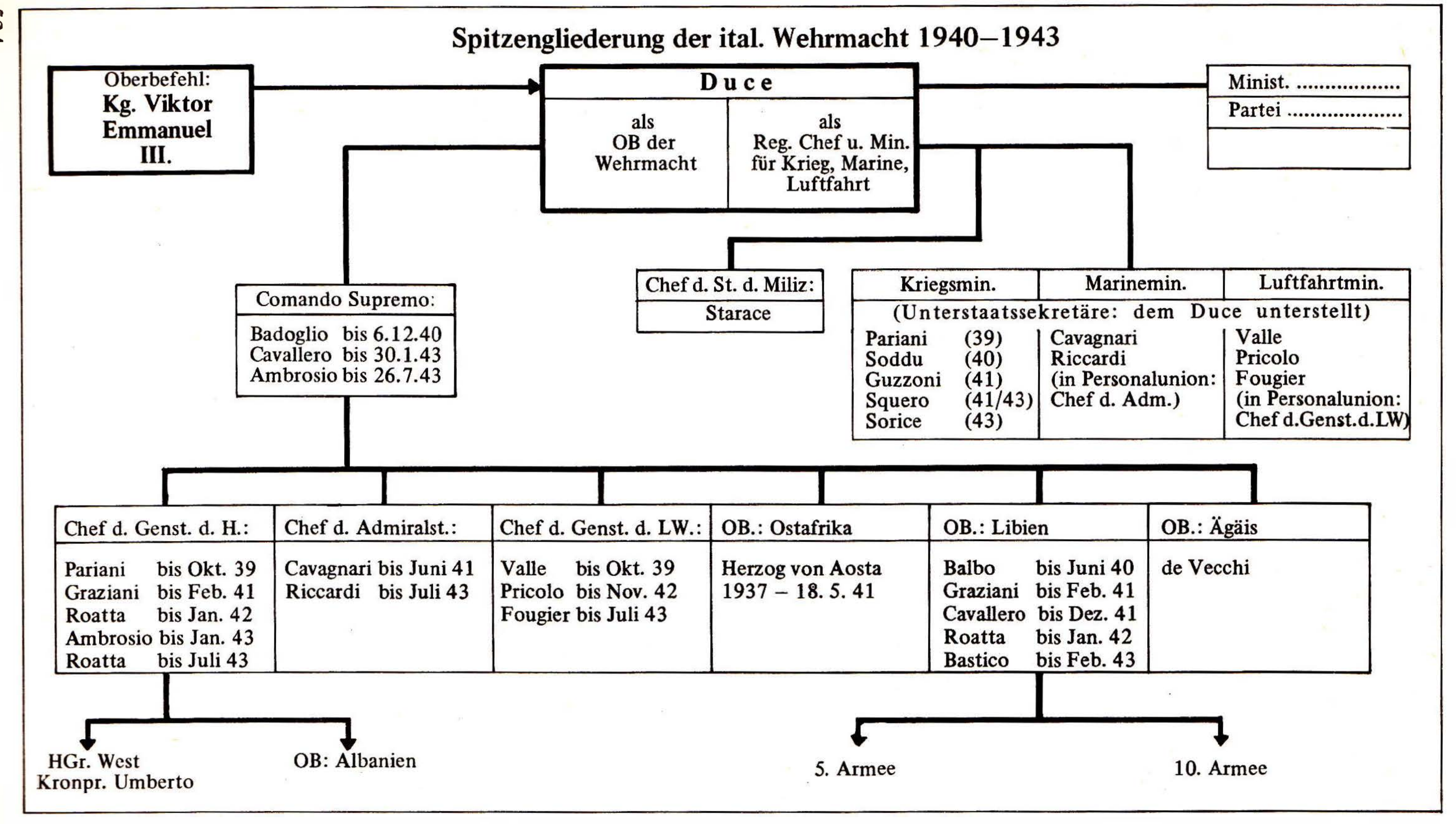
Alliierte Flottenverbände (östl. Mittelmeer, Malta, westl. Mittelmeer, Rotes Meer u. Gibraltar)				
		Britische	Französische	Insgesamt
Schlachtschiffe	:	5	3	8
Flugzeugträger	:	2	–	2
Schlachtkreuzer	:	–	2	2
Schwere Kreuzer	:	–	7	7
Leichte Kreuzer	:	10	7	17
Zerstörer	:	35	38	73
T-Boote	:	–	6	6
U-Boote	:	12	32	44

Truppenstärke:

Britische: Ägypten (36 000): Palästina (27 500); Sudan (9000); Kenya ((5 500); Aden (2 500); Somaliland (1 470)

21. 6. Die italienische HGr an der Alpenfront geht zur Offensive über (Festlaufen am 23. 6. 40)

24. 6. Italienisch-französischer Waffenstillstand


Spitzengliederung der ital. Wehrmacht 1940–1943
Oberbefehl:
Kg. Viktor Emmanuel III.
Duce
als OB der Wehrmacht
als Reg. Chef u. Min. für Krieg, Marine, Luftfahrt
Minist. ....
Partei ....
Comando Supremo:
Badoglio bis 6.12.40
Cavallero bis 30.1.43
Ambrosio bis 26.7.43
Chef d. St. d. Miliz:
Starace
Kriegsmin.
Marinemin.
Luftfahrtmin.
(Unterstaatssekretäre: dem Duce unterstellt)
Pariani (39)
Soddu (40)
Guzzoni (41)
Squero (41/43)
Sorice (43)
Cavagnari
Riccardi
(in Personalunion: Chef d. Adm.)
Valle
Pricolo
Fougier
(in Personalunion: Chef d.Genst.d.LW)
Chef d. Genst. d. H.:
Pariani bis Okt. 39
Graziani bis Feb. 41
Roatta bis Jan. 42
Ambrosio bis Jan. 43
Roatta bis Juli 43
Chef d. Admiralst.:
Cavagnari bis Juni 41
Riccardi bis Juli 43
Chef d. Genst. d. LW.:
Valle bis Okt. 39
Pricolo bis Nov. 42
Fougier bis Juli 43
OB.: Ostafrika
Herzog von Aosta
1937 – 18. 5. 41
OB.: Libien
Balbo bis Juni 40
Graziani bis Feb. 41
Cavallero bis Dez. 41
Roatta bis Jan. 42
Bastico bis Feb. 43
OB.: Ägäis
de Vecchi
HGr. West
Kronpr. Umberto
OB: Albanien
5. Armee
10. Armee

4.–17. 8. Italien. Truppen besetzen Britisch-Somaliland

13. 9.

Beginn einer ital. Offensive (10. Armee) an der libysch-ägyptischen Grenze (6. Inf. Div., 8 Pz. Btle.; Brit. Kräfte: 3 Btle, 1 Pz. Btl. u. a. kl. Einheiten)

18. 9. Östl. von Sidi Barrani bleibt die ital. Offensive infolge Nachschubschwierigkeiten stecken.

15. 10 Der italienische Kriegsrat in Rom beschließt den Angriff auf Griechenland.

28. 10. 5.30 Angriff italien. Streitkräfte auf Griechenland

Italien:	Griechenland:
OB: Gen. Visconti- Prasca Heer: 1 Pz. Div. } 1 Geb. Div. } 155 000 Mann 6 Inf. Div. } Luftwaffe: Bomber = 174 (+ 20 Stuka) Jäger = 161 Aufklärer = 43	OB: Gen. Papagos Heer: 1 Kav. Div. } 430 000 Mann 14 Inf. Div. } Luftwaffe: 39 44 66

29. 10 Landung brit. Verbände auf Kreta
2.– 3. 11. Gegenangriffe griechischer Truppen
3. 11. Landung britischer Verbände auf dem griech. Festland
14./15. 11. Keitel - Badoglio - Besprechungen
14.–22. 11. mit der Einnahme von Koritza (Albanien) erreicht die griech. Gegenoffensive ihren ersten Höhepunkt

9. 12.

Beginn der brit. Gegenoffensive (unter Gen. Wavell) in Nordafrika. (Stärke: 1 Pz. Div., 2 Divn., 1 mot. Brig. = 31 000 Mann mit 225 Pz.)

10. 12. OKW-Weisung zur Verlegung dt. Flieger-Verbände (X. Fl. Korps) nach Sizilien und Süditalien (160 Bomber und 20 Jäger)
17. 12. Britische Truppen erobern Sollum
19. 12. Die italien. Wehrmachtführung bittet um möglichst baldige Überführung einer dt. Pz. Div. nach Tripolis
28. 12.: Mussolini bittet um deutsche Unterstützung in Albanien; „Libyen ist ohne deutsche Hilfe verloren".

9. Seekrieg:

1941

10. 1. 41	Schwerer Angriff des deutschen X. Fl. Lorps gegen brit. Malta-Konvoi. 1 Kreuzer, 1 Zerstörer versenkt, Träger “Illustrious” schwer beschädigt.
9. 2. 41	Beschießung Genuas durch brit. Gibraltar-Geschwader.
März	Bei Angriffen gegen Konvois gehen die 3 erfolgreichsten U-Boote “U 47” (Prien), “U 99” (Kretschmer) und “U 100” (Schepke) verloren.
28. 3. 41	Seeschlacht von Kap Matapan (Griechenland) zwischen brit. Mittelmeerflotte und ital. Flotte. 3 ital. Kreuzer und 2 Zerstörer versenkt, 1 Schlachtschiff beschädigt

10. Luftkrieg 1940/41 in Europa

18.–19. 6.	Flugzeuge der RAF greifen Hamburg und Bremen, deutsche Bomber Ziele in Großbritannien an.
1./2. 7.	Bomber der RAF verwenden erstmalig bei einem Angriff auf Kiel eine 2 000 lb-(= 906 kg) Bombe. Fehlwurf auf Schlachtschiff Scharnhorst.
8.–12. 8.	Flugzeuge der 9. Flieger-Div. verseuchen die Themse- und Humbermündung und die Hafeneinfahrten von Penzance, Plymouth, Liverpool Southampton, Falmouth und Belfast durch Luftminen.
10./11. 8.	Britische Bomber greifen die Hydrierwerke Scholven an: 500 000 1 Flugbenzin verbrannt.
11. 8.	Deutsche Luftangriffe auf Portland und Dover.
12. 8.	Schwere Luftangriffe auf die Insel Wight; Southampton und Portsmouth Treffer in 5 Radarstationen.
22.–25. 8.	Die 9. Flieger-Div. wirft Luftminen vor Dundee, Newcastle, Middlesborough, Hartlepool, Dover, Portland, Poole in Scapa, der Themsemündung. Schwerer Nachtangriff auf Ziele in London, hauptsächlich Dockanlagen.
6./7. 9.	Britischer Luftangriff auf Berlin.
7. 9.	Schwere deutsche Angriffe auf London und britische Flugplätze. An dem “Vergeltungsangriff” gegen London sind rd. 300 Bomber beteiligt. Auf diesen Angriff folgen 65 Tage lang dauernde Nachtangriffe gegen die britische Hauptstadt.
7./8. 9.	Britische Flugzeuge bombardieren deutsche Landungsfahrzeuge in den Kanalhäfen.
7.–30. 9.	4 405 deutsche Flugzeuge werfen insgesamt 5 361 t Sprengbomben und 7 499 Brandschüttkästen auf London.
23./24. 9.	Das RAF Bomber Command setzt 119 Bomber der Typen Whitley, Wellington und Hamptden gegen Berlin ein. 48 Flugzeuge gelangen trotz schlechten Wetters über das Ziel. Angriff in der Nacht zum 25. 9. wiederholt.
7./8. 10.	30 Wellington (3rd Group) und 12 Whitley (4th Group RAF Bomber Command) führen bei 2 Verlusten den bisher schwersten Angriff gegen Berlin durch: 50 t Sprengbomben abgeworfen..
15./16. 10.	410 deutsche Flugzeuge werfen 538 t Sprengbomben und 177 Brandschüttkästen auf London: über 400 Tote und fast 900 Schwerverletzte unter der Zivilbevölkerung.
26.– 28. 10.	Fernbomber zielen rd. 100 km westlich Irland Treffer auf dem britischen Passagierdampfer Empress of Britain (42 348 BRT). Durch Funk herbeigerufenes U 32 (Oblt. z. S. Jenisch) versenkt das Schiff. Größtes im Zweiten Weltkrieg versenktes alliiertes Handelsschiff.

14./15. 11.	449 deutsche Flugzeuge werfen 503 t Sprengbomben und 881 Brandschüttkästen auf Coventry: 554 Tote und 865 Schwerverletzte unter der Stadtbevölkerung.
15./16. 11.	358 deutsche Flugzeuge werfen 414 t Sprengbomben und 1,142 Brandschüttkästen auf London.
16./17. 11.	127 britische Bomber greifen Hamburg an.
19. 11.	Britischer Jagdverband wird in Eleusis/Griechenland stationiert und schießt bei seinem ersten Einsatz am gleichen Tag 9 italienische Flugzeuge ab.
19./20. 11.	357 deutsche Flugzeuge werfen 403 t Sprengbomben und 810 Brandschüttkästen auf Birmingham. Angriff in der Nacht zum 21. durch 116 Flugzeuge (132 t Sprengbomben, 296 Brandschüttkästen) und in der Nacht zum 23. 11. durch 204 Flugzeuge (227 t Sprengbomben, 457 Brandschüttkästen) wiederholt.
28./29. 11.	324 deutsche Flugzeuge werfen 356 t Sprengbomben und 860 Brandschüttkästen auf Liverpool-Birkenhead.
29./30. 11.	335 deutsche Flugzeuge werfen 380 t Sprengbomben und 820 Brandschüttkästen auf London.
30.11./1. 12.	251 deutsche Flugzeuge werden in zwei aufeinanderfolgenden Nächten insgesamt 299 t Sprengbomben und 1 184 Brandschüttkästen auf Southampton.
22./23. 12.	331 deutsche Flugzeuge greifen Manchester an. 289 Bomber gelangen über das Ziel und werden 197,7 t Spreng-, 32,1 t Brandbomben, 24 Brandschüttkästen, 54 Abwurfbehälter und 77 Luftminen ab.
23./24. 12.	171 deutsche Flugzeuge werfen 195 t Sprengbomben und 893 Brandschüttkästen auf Manchester.
27./28. und 29./30. 12.	244 deutsche Flugzeuge werfen in 2 Angriffen insgesamt 238 Sprengbomben und 941 Brandschüttkästen auf London.

1941

2./3. 1.	111 deutsche Flugzeuge werfen 115 t Sprengbomben und 392 Brandschüttkästen auf Cardiff.
3./4. 1.	178 deutsche Flugzeuge werfen 154 t Sprengbomben und 1,488 Brandschüttkästen auf Bristol.
4./5. 1.	103 deutsche Flugzeuge werfen 82 t Sprengbomben und 752 Brandschüttkästen auf Avonmouth.
9./10. 1.	143 deutsche Flugzeuge werfen 111 t Sprengbomben und 735 Brandschüttkästen auf Manchester. 67 weitere Bomber greifen London an.
10./11. 1.	153 deutsche Flugzeuge werfen 148 t Sprengbomben und 1 409 Brandschüttkästen auf Portsmouth.
16./17. 1.	126 deutsche Flugzeuge werfen 124 t Sprengbomben und 1,480 Brandschüttkästen auf Avonmouth.
10.–11. 2.	189 Bomber der RAF greifen Hannover an. – Bei einem Luftangriff auf Rotterdam setzt die RAF erstmalig viermot. Bomber vom Typ Short Stirling ein.
12./13. 2.	54 Wellington und 32 Blenheim des RAF Bomber Command greifen die Focke-Wulf-Werke in Bremen an.
19.–21. 2.	125 deutsche Flugzeuge werfen in 2 aufeinanderfolgenden Nächten 112 t Sprengbomben und 1 091 Brandschüttkästen auf Swansea.
1./2. 3.	RAF Bomber Command greift mit über 100 Flugzeugen Köln an. Der Angriff wird am 3./4. 3. wiederholt.
8./9. 3.	125 deutsche Flugzeuge werfen 130 t Sprengbomben und 693 Brandschüttkästen auf London.

10./11. 3.	238 deutsche Flugzeuge werfen 193 t Sprengbomben und 1 291 Brandschüttkästen auf Portsmouth.
11./12. 3.	135 deutsche Flugzeuge werfen 122 t Sprengbomben und 830 Brandschüttkästen auf Mirmingham.
	Die RAF greift Kiel und Bremerhaven an.
12./13. 3.	316 deutsche Flugzeuge werfen 303 t Sprengbomben und 1 782 Brandschüttkästen auf Liverpool-Birkenhead.
	Das RAF Bomber Command greift Hamburg und Bremen an.
13./14. 3.	236 deutsche Flugzeuge werfen 272 t Sprengbomben und 1 650 Brandschüttkästen auf Glasgow-Clydeside. Angriff in der Nacht zum 15. 3. durch 203 Flugzeuge (231 t Sprengbomben, 782 Brandschüttkästen) wiederholt.
14./15. 3.	203 deutsche Flugzeuge werfen 231 t Sprengbomben und 782 Brandschüttkästen auf Glasgow-Clydeside. 117 weitere Flugzeuge greifen Sheffield an (83 t Sprengbomben, 328 Brandschüttkästen).
15./16. 3.	101 deutsche Flugzeuge werfen 103 t Sprengbomben und 397 Brandschüttkästen auf London.
7./8. 4.	179 deutsche Flugzeuge werfen 204 t Sprengbomben und 722 Brandschüttkästen auf Glasgow-Clydeside.
8./9. 4.	237 deutsche Flugzeuge werfen 315 t Sprengbomben und 710 Brandschüttkästen auf Coventry.
9./10. 4.	237 deutsche Flugzeuge werfen 285 t Sprengbomben und 1 110 Brandschüttkästen auf Birmingham. 116 weitere Flugzeuge werfen 152 t Spreng bomben und 1 396 Brandschüttkästen auf Newcastle.
	Britische Bomber greifen Berlin an.
10./11. 4.	206 deutsche Flugzeuge werfen 246 t Sprengbomben und 1 183 Brandschüttkästen auf Birmingham.
11./12. 4.	153 deutsche Flugzeuge werfen 193 t Sprengbomben und 969 Brandschüttkästen auf Bristol-Avonmouth.

Das Kriegsjahr 1941: Politik

6. 1.	Kongreßbotschaft des amerikanischen Präs. Roosevelt. "Die Vier Freiheiten" (1. Territoriale Veränderungen nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes; 2. Freie Bestimmung jedes Volkes über Regierungsform; 3. Freier und gleicher Zugang zu allen Rohstoffen der Erde; 4. Ständiger Friede, der ein Leben frei von Furcht und Not gewährleistet).
10. 1.	Leih- und Pachtgesetz im Kongreß der USA eingebracht.
14. 1.	Besuch des Gen. Antonescu bei Hitler (Angebot, sich am Kampf gegen die UdSSR zu beteiligen).
19. 1.	Beginn geheimer britisch-amerikanischer Generalstabsbesprechungen in Washington (ABC-Plan v. 27. 3.: Im Falle eines amerikanischen Eingreifens in den Krieg sollen die Kräfte zuerst gegen Deutschland konzentriert werden: "Germany-first-Strategie").
19./20. 1.	Treffen Mussolini-Hitler auf dem Berghof. (Ende des italienischen "Parallelkrieges").
20.–23. 1.	Antonescu wirft mit Hilfe der Armee einen Putsch der "Eisernen Garde" unter Horia Sima nieder.
10. 2.	Großbritannien bricht die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ab.

12./13. 2. Zusammentreffen Mussolini-Franco in Bordighera; Franco und Pètain in Montpellier.

14. 2. Hitler verhandelt erfolglos mit dem jugoslawischen Min. Präsidenten Cinčar-Markovič über einen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt.

17. 2. Unterzeichnung eines bulgarisch-türkischen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes.

17.–21. 2. Erneuter deutscher Vermittlungsversuch im griechisch-italienischen Konflikt (Griechenland lehnt ab).

24. 2. Das britische Kabinett billigt die geplante "Griechenland-Expedition".

25. 2. Admiral Darlan übernimmt, anstelle von Flandin, das Außen-, Innen- und Marineministerium in Vichy-Frankreich.

1. 3. Bulgarien tritt dem Dreimächtepakt bei.

2. 3. Einmarsch deutscher Verbände von Rumänien aus in Bulgarien.

,4. 3. Prinzregent Paul von Jugoslawien besucht Hitler (Grundsätzliche Bereitschaft Jugoslawiens, dem Dreimächtepakt beizutreten).

5. 3. Hitler erläßt die Weisung Nr. 24 zur Zusammenarbeit mit Japan.

11. 3. Das Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease-Act) tritt in den USA in Kraft. Es ermächtigt den Präsidenten, alle Staaten mit Versorgungs- und Kriegsgütern zu unterstützen, deren Verteidigung er gleichzeitig im Interesse der amerikanischen Sicherheit für lebenswichtig erachtet. Am 6. 11. wird das Gesetz auf die UdSSR ausgedehnt.

25. 3. Jugoslawien tritt dem Dreimächtepakt bei.

27. 3. Staatsstreich in Belgrad. Der 17jährige König Peter II besteigt den Thron. Neue Regierung unter Gen. Simovič.

Abends unterzeichnet Hitler die Weisung Nr. 25 Blitzfeldzug gegen Jugoslawien (s. S. 545).

27.–29. 3. Der japanische Außenminister Matsuoka besucht Berlin (Vorgehen gegen Singapore erörtert. Keine Mitteilung über das Unternehmen "Barbarossa").

30. 3. Deutsche, italienische und dänische Handelsschiffe werden in amerikanischen Häfen beschlagnahmt.

2. 4. Staatsstreich im Irak (Achsenfreundliche Regierung unter Gen. Raschid Ali el Ghailani kommt an die Macht; dieser muß aber bereits am 30. 5. ins Exil ausweichen).

3. 4. Freitod des ungarischen Min. Präsidenten Graf Teleki.

6. 4. Unterzeichnung eines sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages (vordatiert auf den 5. 4.) in Moskau.

Beginn des deutschen Balkanfeldzuges (s. S. 545).

Britische Truppen marschieren in Addis-Abeba ein (Äthiopien).

10. 4. Proklamation des "unabhängigen Staates Kroatien" (durch Gen. Oberst Kvaternik), Ustascha-Gruppe unter Ante Pavelič kehrt aus dem Exil (in Italien) zurück. A. Pavelič Führer Kroatiens.

13. 4. Abschluß eines sowjetisch-japanischen Nichtangriffsabkommens (Matsuoka in Moskau).

20. 4.	Ribbentrop und Graf Ciano verhandeln in Wien über die Aufteilung Jugoslawiens.
24. 4.	Zusammentreffen Hitlers mit dem ungarischen Reichsverweser Admiral v. Horthy in Mönichkirchen.
27. 4.	Planungskonferenz in Singapore zwischen Amerikanern, Briten und Niederländern beendet (Verteidigung des malayisch-indonesisch-philippinischen Raumes).
1. 5.	Bildung einer griechischen Regierung Tsolakoglu in Athen (auf Veranlassung der deutsch-italienischen Besatzungsmacht).
2. 5.	Beginn der Kämpfe zwischen dem Irak und Großbritannien.
5. 5.	Der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassi, kehrt in die Hauptstadt Addis Abeba zurück.
10. 5.	Der Stellv. des “Führers”, Rudolf Hess, fliegt nach England (sog. “Friedensmission”).
	Beginn des Tschetnik-Widerstandes in Jugoslawien gegen die deutsche Besatzungsmacht.
11. 5.	Admiral Darlan bei Hitler auf dem Berghof.
12. 5.	Martin Bormann wird zum Nachfolger von Rudolf Hess mit dem Titel: “Leiter der Parteikanzlei” ernannt.
13. 5.	Deutsch-kroatischer Grenzvertrag unterzeichnet (Angliederung der Südsteiermark an das Deutsche Reich).
18. 5.	Kapitulation der italienischen Hauptkräfte in Äthiopien (am Amba Alagi).
	Italienisch-kroatischer Staatsvertrag (Italien erhält fast ganz Dalmatien und die meisten dalmatinischen Inseln).
20. 5.	Deutsches Unternehmen “Merkur” (Besetzung der Insel Kreta beginnt) (s. S. 546).
24. 5.	König Georg II und die griechische Regierung Tsuderos gehen ins Exil nach Ägypten.
28. 5.	Pariser Protokolle zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet (betr. Syrien, Irak, Nord/West Äquatorial Afrika, Benutzung der Häfen von Bizerta und Dakar).
2. 6.	Zusammentreffen Hitler-Mussolini am Brenner.
6. 6.	Hitler erläßt “Richtlinien für die Behandlung (d. h. Liquidierung) politischer Kommissare” in der Roten Armee (sog. “Kommissarbefehl”).
	Gesetz in den USA, das der amerikanischen Regierung erlaubt, in eigenen Häfen aufgelegte fremde Handelsschiffe zu requirieren.
8. 6.	Britische und französische Truppen marschieren in Syrien ein (Kämpfe bis zum 12. 7.; Waffenstillstand am 14. 7. abgeschlossen).
12. 6.	Zusammentreffen Hitler-Antonescu in München. (Einweihung in das Unternehmen “Barbarossa”).
14. 6.	Die amerikanische Regierung läßt deutsche und italienische Guthaben einfrieren.
15. 6.	Kroatien tritt dem Dreimächtepakt bei.
18. 6.	Unterzeichnung eines deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages auf 10 Jahre.

22. 6. Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (Fall "Barbarossa") (s. S. 549).

26. 6. Finnische Kriegserklärung an die Sowjetunion ("Verteidigungskrieg").

27. 6. Kriegserklärung Ungarns an die Sowjetunion.

30. 6. Die Vichy-Regierung bricht ihre diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab.

4. 7. Die KP-Jugoslawiens unter Tito beschließt den bewaffneten Auf stand gegen die Besatzungsmächte.

7. 7. Landung amerikanischer Truppen auf Island.

12. 7. Britisch-sowjetischer Vertrag über das gemeinsame Vorgehen gegen Deutschland.

14. 7. Präs. Roosevelt bezeichnet die Räumung Nord-Indochinas durch die Japaner und die Neutralisierung des Landes als Vorbedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen Washington-Tokio.

Stalin ruft die russische Bevölkerung zum Partisanenkrieg auf.

15. 7. Hitler schlägt der japanische Regierung ein Bündnis zur "Vernichtung der USA" vor.

16. 7. Hitler verkündet seine Kriegsziele in Osteuropa (vor der Parteiprominenz): Aufteilung und Ausbeutung der UdSSR.

General Weygand wird zum Gen. Gouverneur von Algerien ernannt.

17. 7. Erlaß Hitlers über die Verwaltung der neubesetzten Ostgebiete. Errichtung eines Ministeriums für die besetzten Ostgebiete unter Alfred Rosenberg. Reichskommissare für die Ukraine: Koch; Ostland: Lohse.

18. 7. In Tokio bildet sich ein neues Kabinett unter dem Fürsten Konoye. Toyoda neuer Außenminister.

In einem Telegramm an den britischen Prem. Min. fordert Stalin dringend die Errichtung einer Zweiten Front in Europa zur Entlastung der sowjetischen Truppen.

21. 7. Beginn des japanischen Einmarsches in Süd-Indochina.

25. 7. Roosevelt ordnet Einfrierung chinesischer und japanischer Guthaben in den USA an.

29. 7. Abkommen zwischen Japan und dem frz. Gen. Gouverneur in Indochina, Decoux, über die Einräumung militärischer Stützpunkte in Süd-Indochina.

30. 7. Die UdSSR und die polnische Exilregierung in London nehmen diplomatische Beziehungen auf.

31. 7. Die "Endlösung" der Judenfrage in Europa (physische Vernichtung) wird eingeleitet (Göring beauftragt SS-OGr. Heydrich).

1. 8. Die Vereinigten Staaten verkünden ein Ölembargo gegenüber allen "Aggressoren".

2. 8. Beginn der amerikanischen Materiallieferungen an die UdSSR.

7. 8. Stalin wird Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte.

8. 8. Die japanische Regierung schlägt eine Zusammenkunft zwischen Präs. Roosevelt und Prem. Min. Konoye vor.

14. 8. Roosevelt und Churchill verkünden die "Atlantik-Charta".

Polnisch-sowjetisches Militärabkommen unterzeichnet. Freilassung polnischer Kriegsgefangener von 1939 und Bildung der Armee des Gen. Anders in der Sowjetunion.

23. 8. In London bildet Gen. de Gaulle sein provisorisches Komitee zu einem "Nationalkomitee" um.

25. 8. Einmarsch sowjetisch-britischer Streitkräfte im Iran (Kämpfe bis zum 28. 8.).

30. 8. Deutsch-rumänischer Vertrag unterzeichnet (Tighina).

1. 9. Einführung des Judensterns in Deutschland für die jüdische Bevölkerung (Polizeiverordnung).

6. 9. Der japanische Kronrat beschließt Krieg gegen die USA zu führen, falls die Verhandlungen mit Washington bis zum 10. 10. nicht befriedigend abgeschlossen sind.

9. 9. Abkommen zwischen Persien, Großbritannien und der Sowjetunion (Einteilung des Landes in Besatzungszonen).

11. 9. "Schießbefehl" des US-Präs. Roosevelt: Amerikanische Kriegsschiffe sollen auf jene deutsche und italienische Kriegsschiffe zuerst schießen, die sich in Seegebiete wagen, die zum Schutzgebiet der USA zählen.

15. 9. Das Vorhaben "Peenemünde" (Raketenwaffen) wird in Deutschland in die Sonderdringlichkeitsstufe "SS" eingereiht.

16. 9. Der Schah von Persien, Reza Pahlewi, dankt zugunsten seines 22jährigen Sohne Mohammed Reza ab.

24. 9. 15 Regierungen alliierter Länder (einschl. der UdSSR) erklären sich für die "Atlantik-Charta".

27. 9. R. Heydrich löst v. Neurath als stellv. Reichsprotektor in Böhmen und Mähren ab.

3. 10. Verordnung über die Zwangsarbeit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland.

8. 10. Der US-Boykott gegen Japan wird auf Erdöl, Benzin, Flugzeugtreibstoff ausgedehnt.

9. 10. Im Irak bildet Nuri el Said (britenfreundlich) eine neue Regierung.

18. 10. Kriegsminister Gen. Tojo bildet in Tokio ein neues Kabinett. Togo wird Außenminister.

2. 11. Beginn der bis Kriegsende andauernden Kämpfe zwischen Tito-Partisanen und Četniks in Jugoslawien.

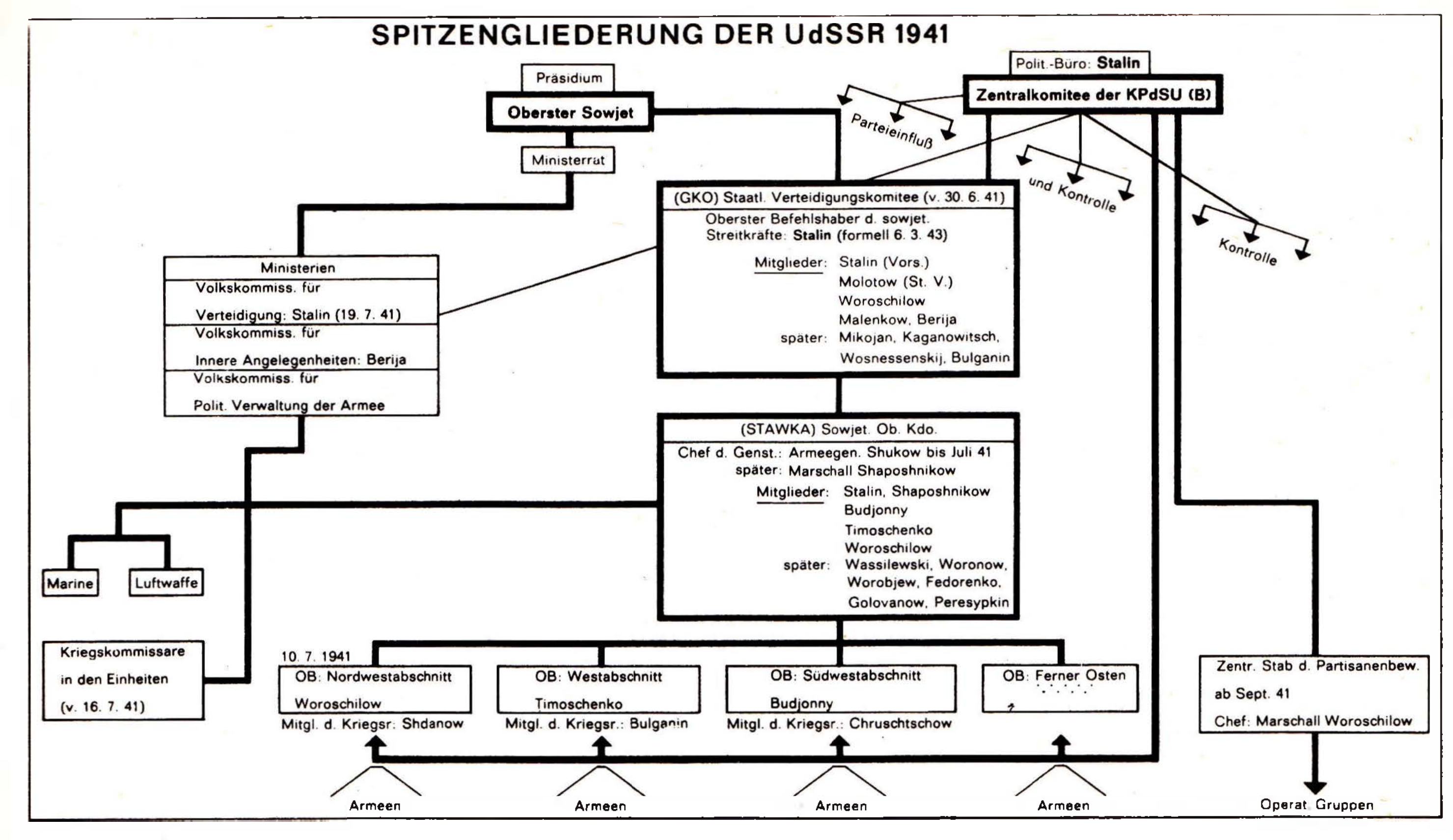
5. 11. Der japanische Kronrat beschließt, bei den Verhandlungen mit den USA noch zwei Vorschläge zu einer Übereinkunft zu unterbreiten. Falls bis zum 25. 11. keine Einigung erzielt wird, wird der Krieg als unvermeidlich angesehen.

13. 11. Änderung des amerikanischen Neutralitätsgesetzes (amerikanische Handelsschiffe können Kriegszonen befahren und sich bewaffnen).

18. 11. Abberufung von Gen. Weygand als Gen. Gouverneur von Algerien (unter deutschem Druck).

20. 11. Letzter Verhandlungsvorschlag der Japaner in Washington übergeben.

25. 11.	Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Finnland, China (Nanking) Rumänien und die Slowakei treten dem Antikominternpakt bei.
	Präs. Roosevelt bricht die Verhandlungen mit Japan ab (" 10 Punkte-Note" überreicht).
28. 11.	Kapitulation der letzten italienischen Streitkräfte in Ostafrika.
1. 12.	Endgültige Entscheidung des japanischen Kronrates zur Kriegführung gegen die USA, Großbritannien und die Niederlande.
	Bildung einer Gruppe polnischer Exilkommunisten unter Wanda Wasilewska in Saratow (Keimzelle des späteren "Bundes polnischer Patrioten").
4. 12.	Sowjetisch-polnische Erklärung über Freundschaft und gegenseitigen Beistand (Sikorski in Moskau).
7. 12.	Japanischer Überraschungsangriff auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor (s. S. 560).
7. 12.	"Nacht- und Nebel"-Erlaß Hitlers.
11. 12.	Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg.
	Abkommen zwischen Deutschland–Japan und Italien über gemeinsame Kriegführung.
12. 12.	Ungarn, Rumänien und Bulgarien erklären den USA Krieg; Bulgarien auch an Großbritannien.
22. 12. – 14. 1. 1942	Erste Washingtoner Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill. Zusammentritt des Vereinigten Kriegsrates. ("Arcadia").
24. 12.	Admiral Muselier besetzt im Auftrage de Gaulles die Inseln St. Pierre und Miquelon (Neufundland).


SPITZENGLIEDERUNG DER UdSSR 1941
Präsidium
Oberster Sowjet
Ministerrat
Polit.-Büro: Stalin
Zentralkomitee der KPdSU (B)
Parteieinfluß
und Kontrolle
Kontrolle
Ministerien
Volkskommiss. für
Verteidigung: Stalin (19. 7. 41)
Volkskommiss. für
Innere Angelegenheiten: Berija
Volkskommiss. für
Polit. Verwaltung der Armee
(GKO) Staatl. Verteidigungskomitee (v. 30. 6. 41)
Oberster Befehlshaber d. sowjet.
Streitkräfte: Stalin (formell 6. 3. 43)
Mitglieder: Stalin (Vors.)
Molotow (St. V.)
Woroschilow
Malenkow, Berija
später: Mikojan, Kaganowitsch,
Wosnessenskij, Bulganin
(STAWKA) Sowjet. Ob. Kdo.
Chef d. Genst.: Armeegen. Shukow bis Juli 41
später: Marschall Shaposhnikow
Mitglieder: Stalin, Shaposhnikow
Budjonny
Timoschenko
Woroschilow
später: Wassilewski, Woronow,
Worobjew, Fedorenko,
Golovanow, Peresypkin
Marine
Luftwaffe
Kriegskommissare
in den Einheiten
(v. 16. 7. 41)
10. 7. 1941
OB: Nordwestabschnitt
Woroschilow
Mitgl. d. Kriegsr: Shdanow
OB: Westabschnitt
Timoschenko
Mitgl. d. Kriegsr.: Bulganin
OB: Südwestabschnitt
Budjonny
Mitgl. d. Kriegsr.: Chruschtschow
OB: Ferner Osten
Zentr. Stab d. Partisanenbew.
ab Sept. 41
Chef: Marschall Woroschilow
Armeen
Armeen
Armeen
Armeen
Operat. Gruppen

11. Der deutsch-italienische Feldzug auf dem Balkan 1941
("Marita"; "Operation Nr. 25")

I. Zur Vorgeschichte:

1939 — 7. 4.: Italien besetzt Albanien

1940 — 12. 10.: Deutsche Militärmission nach Bukarest entsandt; 28. 10.: Beginn der italienischen Offensive gegen Griechenland; 4. 11.: Hitler befiehlt, eine dt. Operation zur Entlastung der Italiener vorzubereiten; 5. 12.: Gen. Oberst Halder erläutert im F. H. Q. den geplanten Ansatz der Operation gegen Griechenland; 13. 12.: Führerweisung Nr. 20 "Marita"

1941 — 13. 1.: Griechenland lehnt ein brit. Truppenangebot ab; 19./20. 1.: Treffen Hitlers und Mussolinis (Entschluß: Deutschland wird Griechenland angreifen); 20. 1.: Das brit. Verteid. Komitee beschließt, Benghasi und den Dodekanes zu besetzen, ferner strategische Reserven für den Balkan bereitzustellen; 8. 2.: Die griech. Regierung nimmt die Verhandlungen mit Großbritannien wieder auf; 17. 2.: Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen Bulgarien und der Türkei; am 18. 2.: entscheidet Hitler, daß der Übergang über die Donau am 2. 3. erfolgen soll (12. Armee: Feldm. List); 24. 2.: Brit. Kabinett billigt die "Griechenland-Expedition"; 5. 3.: Die ersten brit. Truppen verlassen Ägypten (Landungen beginnen am 7. 3. in Piräus und Volos) (Operation "Lustre"); 9. 3.: Erneute italienische Offensive gegen Griechenland (am 16. 3. festgelaufen).

Kräfteverteilung des deutschen Feldheeres: 27. 3. 41					
Westen	:	56 + 6*) = 62	Norw./Dä	:	10 + 0 = 10
Osten	:	30 + 4 = 34	Afrika	:	– + 1 = 1
Heimat	:	51 + 15 = 66			
Balkan	:	9 + 8 = 17	156 + 34		= 190

*Schnelle Verbände

27. 3.: Führerweisung Nr. 25 (Angriff gegen Jugoslawien); 29. 3.: Besprechung der dt. Befehlshaber über die geplante Operation auf dem Balkan; 3. 4.: Führerweisung Nr. 26 über die Zusammenarbeit mit den verbündeten Truppen auf dem Balkan (Ungarn, Bulgarien, Rumänien).

6. April 1941: Beginn des deutschen Feldzuges auf dem Balkan

5.15 Uhr

Kräfte:	
Deutschland: (AOK 12 u. 2) gegen Jug./Griechenl.	Jugos. / Griechenl. / Brit. Exp. Korps:
Inf. Div. 7 6 (einschl. Geb.Div.) mot. Div. 4 2/3 Pz. Div. 4 2 Pz. rd. 1200 Luftwaffe: Luftfl. 4 : Jäger/Aufkl. 210/170 Bomber 400 ——— Ungarn: 10 Brig. Italiener: 38 Div. Flugz.: 320	29 Inf. Div. / 5 / 2 Inf. Div. 3 Kav. Div. / 1 mot. / 1 Pz. Brig. + 3 K. Brig. / 15 Div. gegenüber Italienern in Albanien 1 Fest. Div. / Festungstruppen: 2 Brig. 6 Pz. Brig. Luftwaffe: 400 (darunter 144 Jäger) / 80 Flugzeuge (meist veraltet)

6. 4.	Dt. Luftangriff auf Belgrad (Verwirrung der jugoslawischen Führung)
6.–17. 4.	Operationen gegen Jugoslawien; Bulgaren besetzen Mazedonien und Thrazien nach Abschluß der Kämpfe (19. 4.)
10. 4.	Besetzung von Agram durch dt. Truppen
11. 4.	Einmarsch ungarischer Verbände in Jugoslawien (–14. 4.)
12.–13. 4.	Besetzung von Belgrad; Einkreisung der letzten Teile der jugoslawischen Armee in Bosnien
17. 4.	Kapitulation der jug. Armee (344 000 Gefangene)
	(seit 11. 4.: Beteiligung ung. Truppen an den Kampfhandlungen; gleichzeitig rücken die Italiener v. Görz auf Laibach und an der dalmat. Küste vor).
6.–27. 4.	Besetzung Griechenlands nach Durchbruch durch die Metaxas-Linie am 11. 4.
9. 4.	Einnahme von Saloniki
bis 19. 4.	Vorstoß über das Pindos-Gebirge
21. 4.	Unterzeichnung der griechischen Kapitulation
23. 4.	In Saloniki erneute Unterzeichnung der Kapitulation (auf Drängen Mussolinis) unter Einbeziehung der Italiener
24. 4.	Durchbruch durch die brit. Auffangstellung am Thermopylenpaß (Einschiffung der brit. Verbände rd. 50 000 Mann; am 29. 4. abgeschlossen); (sog. Operation "Demon")
27. 4.	Besetzung Athens
bis 11. 5.	Besetzung des Peloponnes und der griech. Inseln
	Dt. Verluste: 2559 Tote, 5820 Verwundete, 3169 Vermißte.
20. 5.– 1. 6.	"Unternehmen Merkur"; IX. Fl. Korps (Student); Luftlandung auf der Insel Kreta. Dt. Verluste: 6 580 Mann (rd. 4 000 Tote); 151 Transportflugzeuge.

12. Der deutsch-italienische Feldzug in Nordafrika 1941

I. Zur Vorgeschichte:

1940	(s. S. 532)
1941	5. 1.: Bardia kapituliert; Briten nehmen 45 000 Italiener gefangen; 8. 1.: Gen. Guzzoni (Chef des ital. Heeresgenst.) sendet dem OKW einen Lagebericht (Bitte um Unterstützung durch ein Pz. Korps); 9. 1.: Hitler faßt auf einer Besprechung auf dem Berghof den Entschluß, einen Pz.-Sperrverband nach Libyen zu schicken; 11. 1.: Führerweisung Nr. 22 zur Aufstellung dieser Einheit; 19.–20. 1.: Deutsch-italienische Besprechung (Hitler-Mussolini) (Zeitpunkt für das Eintreffen der dt. Verbände in Nordafrika: 15. 2. 41); Ende des italienischen "Parallelkrieges"; 22. 1.: Briten erobern Tobruk; 1. 1.: Pessimistischer Bericht des dt. Gen. v. Funk (Kdr. d. 5. le. Div.) im F. H. Q. über seine Eindrücke von der libyschen Front; 3. 2.: Besprechung Hitlers mit den OB's der Wehrmachtteile und Chefs d. Genst. über die Lage im Mittelmeer.
	(Gen. Rommel zum "Befehlshaber der dt. Heerestruppen in Libyen" vorgesehen; mit Wirkung v. 6./15. 2. ernannt)
	6. 2.: Briten erobern Benghasi; OKW-Weisung für den Einsatz der dt. Truppen in Nordafrika ("Sonnenblume"); 8. 2.: Erste dt. Seetransportstaffel aus Neapel ausgelaufen (Landung in Tripolis: 11. 2.); 12. 2.: Gen. Rommel trifft in Tripolis ein (am 20. 3. gibt er den ersten Lagebericht im FHQ); 18. 2.: Hitler legt als Bezeichnung für die dt. Kräfte in Nordafrika fest: 'Deutsches Afrikakorps"; 4. 3.: Abzug von Teilen brit. Truppen aus Ägypten beginnt (Balkanfeldzug; vgl. S. 111 ff); 25. 3.: Neuer ital. OB in Libyen: Gen. Gariboldi; 28. 3.: Seeschlacht bei Kap Matapan (vgl. S. 536).

II. 31. März 1941: Beginn der deutsch-italienischen Gegenoffensive in Nordafrika
9.44 Uhr

Kräfte:			
	Dt. - Ital.:	Engländer: (in Ägypten)	
Inf. Div.	2	1	(2 2/3)
mot. Div.	–	2/3	
Pz. Div.	1 le. Div.	1 2/3	
Flugz.	50 Bomber	---	
	20 Jäger	---	

31. 3.– 3. 4. Erkundungsvorstoß auf die Cyrenaika

4. 4.–13. 4. Wiedereroberung der Cyrenaika (4. 4.: Benghasi; 9. 4.: Bardia)

14. 4.–17. 11. Kämpfe um die Festung Tobruk

14. 4.–17. 11. Abwehrkämpfe an der ägyptischen Grenze

16. 5.– 18. 5. Kapitulation der ital. Hauptkräfte in Abessinien

27. 5. Das dt. Afrikakorps erobert den Halfaya-Paß an der libysch-ägyptischen Grenze zurück

18. 11.	Beginn einer britischen Gegenoffensive

Britische Kräfte (8. Armee: Cunningham) (ab 23. 11.: Gen. Ritchie)	Dt.-italienische Kräfte:
6 Div. + 3 Res. Brig. 724 Panzer 1072 Flugzeuge	3 dt. Div. (darunter 1 Pz. Div.) 7 ital. Div. 558 Panzer 320 (davon 200 ital.) Flugzeuge

2. 12. GFM Kesselring zum OB Süd (Italien/Mittelm./Griechenland) ernannt

bis 17. 12. Schlacht in der Marmarica. Zugleich schwere Angriffe gegen den dt.-ital. Nachschub zur See von der Insel Malta aus.

10. 12. Die Engländer entsetzen Tobruk

18. 12.–24. 12. Dt.-italienische Rückzugskämpfe in der Cyrenaika

Ende Dez. Dt. Luftwaffe greift Malta an (60 Angriffe)

29. 12. Mussolini fordert Hitler auf, Tunis entweder gewaltsam oder auf dem Ver handlungswege für den dt.-ital. Nachschub sicherzustellen

13. Seekrieg

April – Dezember 41 *3. Phase der Schlacht im Atlantik* Suchbewegungen mit U-Bootgruppen über den ganzen Nordatlantik. Einzelunternehmungen in den Mittel- und Südatlantik, durchschn. 30 U-Boote in See. 1 528 659 BRT versenkt, 21 Verluste, 6 Hilfskreuzer versenken 125 851 BRT, 3 Verluste, Schnellboote versenken im Kanal 35 514 BRT, Minenerfolge (meist Luftminen um England) 173 643 BRT

15.–16. 4. 41 4 brit. Zerstörer vernichten an der tunes. Küste ital. Konvoi mit 5 Dampfern und 3 Zerstörern.

21. 4. 41	Britische Mittelmeerflotte beschießt Tripolis
24. 4. 41	Mittelmeerflotte räumt Griechenland, 50 000 Mann evakuiert
20. 5.– 1. 6. 41	Atlantik-Unternehmung des Schlachtschiffes "Bismarck" und des Kreuzers "Prinz Eugen". 24. 5. Gefecht in der Dänemarkstr., brit. Schlachtkreuzer "Hood" vernichtet; 26./27. 5. "Bismarck" von brit. Flugz.Träger, Schlachtschiffen, Kreuzern und Zerstörern niedergekämpft, anschl. selbst versenkt.
20.–27. 5. 41	Schlacht um Kreta. Deutsche Luftlandungen, Luftwaffe drängt Mittelmeerflotte ab, die 2 Kreuzer und 3 Zerstörer verliert, während 2 Schlachtschiffe 1 Träger, 3 Kreuzer und 4 Zerstörer schwer beschädigt werden
28. 5.– 1. 6. 41	Räumung Kretas durch brit. Mittelmeerflotte, 17 000 Mann evakuiert, durch Luftwaffe 2 Kreuzer, 2 Zerstörer versenkt, 1 Schlachtschiff, 4 Kreuzer, 5 Zerstörer besch.
Juni	Aufrollung der deutschen Versorgungsorganisation im Atlantik, 9 Tanker und Versorgungsschiffe aufgebracht und versenkt, damit Atlantik-Kriegführung mit Überwasserkriegschiffen zum Erliegen gebracht
30. 7. 41	Brit. Trägerraid gegen Petsamo und Kirkenes
28. 8. 41	Räumung Revals durch die sowj. Ostseeflotte, schwere Verluste auf den deutsch-finnischen Minensperren
8.– 11. 9. 41	17 U-Boote versenken aus Konvoi SC. 42 vor Grönland 16 Schiffe mit 65 409 BRT, 2 Verluste
September	U.S. Atlantik-Flotte übernimmt Bewachung der Dänemark-Straße und Sicherung der schnellen Konvois im Nordatlantik westlich 26 Grad West. (11. 9. Bekanntgabe des "Schießbefehls" durch den Präsidenten)
18. 9. 41	Brit. U-Boot "Upholder" versenkt vor Tripolis zwei große Truppentransporter
8.– 9. 11. 41	Brit. Force K vernichtet bei Malta ital. Geleitzug mit 7 Schiffen
14. 11. 41	"U 81" versenkt brit. Träger "Ark Royal" bei Gibraltar
22. 11.–27. 12.	Nach Versenkung des Hilfskreuzers "Atlantis" und des Versorgers "Python" im Südatlantik beide Besatzungen mit 4 deutschen 4 ital. U-Booten nach Bordeaux gebracht
25. 11. 41	"U 331" versenkt brit. Schlachtschiff "Barham" vor Sollum
14.– 22. 12. 41	Schwerer Mißerfolg gegen den Konvoi HG 76 westlich Gibraltar, bei 5 Verlusten nur 1 Geleitträger, 1 Zerstörer und 3 Schiffe versenkt
17. 12. 41	1. Gefecht in der Syrte zwischen ital. und brit. Geleit-Deckungskräften
19. 12. 41	Ital. Kleinkampfmittel beschädigen in Alexandrien brit. Schlachtschiffe "Queen Elizabeth" und "Valiant"

14. Luftkrieg in Europa

15./16. 4.	180 deutsche Flugzeuge werfen 203 t Sprengbomben und 808 Brandschüttkästen auf Belfast.
16./17. 4.	685 deutsche Flugzeuge werfen 890 t Spreng- und 151 t Brandbomben auf London.
17./18. 4.	249 deutsche Flugzeuge werfen 346 t Sprengbomben und 1 280 Brandschüttkästen auf Portsmouth.
	118 britische Bomber gegen Berlin eingesetzt (nur wenige über dem Ziel).
19./20. 4.	712 deutsche Flugzeuge werfen 1 026 t Spreng- und 153 t Brandbomben auf London.
21.–23. 4.	354 deutsche Flugzeuge werfen in 3 aufeinander folgenden Nächten insgesamt 403 t Spreng- und 92,5 t Brandbomben auf Plymouth-Devonport.

21.–24. 4. Durch deutsche Luftangriffe in griechischen Gewässern das alte griechische Schlachtschiff Kilkis, 1 Zerstörer, 5 Torpedoboote, 1 Vermessungsschiff und 43 Handelsschiffe mit zusammen 63 975 BRT versenkt.

28.–29. 4. 286 deutsche Flugzeuge werfen in 2 aufeinander folgenden Nächten insgesamt 369 t Sprengbomben und 1 351 Brandschüttkästen auf Plymouth-Devonport.

5./6. 5. 386 deutsche Flugzeuge werfen 351 t Sprengbomben und 1 300 Brandschüttkästen auf Glasgow-Clydeside. Angriff durch 232 Flugzeuge (271 t Sprengbomben und 1 140 Brandschüttkästen) in der Nacht zum 7. 5. wiederholt.

8./9. 5. 120 deutsche Flugzeuge werfen 157 t Sprengbomben und 540 Brandschüttkästen auf Hull. Schwächere Angriffe (120 bzw. 34 Bomber) auf Nottingham und Sheffield.

Bisher stärkster Einsatz der RAF gegen Deutschland: Insgesamt 359 Bomber eingesetzt, davon führen 317 Angriffe gegen Hamburg und Bremen durch.

10./11. 5. 507 deutsche Flugzeuge werfen 711 t Sprengbomben und 2 393 Brandschüttkästen auf London: rd. 2 000 Brände, 1 212 Tote und 1 769 Schwerverletzte. Letzter Großangriff für 3 Jahre.

110 britische Bomber greifen Hamburg an.

16./17. 5. 111 deutsche Flugzeuge werfen 160 t Sprengbomben und 58 Brandschüttkästen auf Birmingham.

15. Der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion 1941

("Fritz" bzw. "Otto"; ab Dezember 1940: "Fall Barbarossa")

I. Zur Vorgeschichte:
(s. auch S. 520)

1940 21. 7.: Hitler befiehlt dem ObdH, das russische Problem in Angriff zu nehmen; AOK 18 übernimmt den Befehl über die dt.-sowj. Interessensgrenze; 31. 7.: Besprechung bei Hitler: Offensive im Osten für Frühjahr 1941 geplant; 5. 8.: Erste Aufmarschstudie Ost im OKH fertiggestellt; 9. 8.: OKW-Weisung über "Aufbau Ost", d. h. Ausbau des Gen. Gouvernements als Operationsbasis für einen Feldzug gegen die UdSSR;
14. 8.: Hitler wünscht pünktliche Belieferung der Russen bis Frühjahr 1941, später bestehe an einer "vollen Befriedigung" kein Interesse mehr. 2. 9.: Entschluß Hitlers zur Entsendung einer dt. Militärmission nach Rumänien (endgültig: 19. 9.).

20. 9.: Weisung für die Verlegung deutscher Truppen nach Rumänien.(Beginn: 12. 10). (22. 9.) Zwischen dt. und finnischer Regierung wird das Recht des dt. Durchmarsches durch Finnland vereinbart

12.–13. 11.: Molotows Besuch in Berlin

29. 11., 3. 12., 7. 12.: Planspiel des OKH: Ansatz der Operationen gegen die Sowjetunion (Leitung: Gen. Paulus);

13. 12.: Erste Einweisung der Chefs der HGr. und Armeen in ihre Aufgaben

16. 12.: Besprechung des OKH mit dem finn. Gen. Talvela

18. 12.: Führerweisung Nr. 21 "Barbarossa"

21. 12.: Hitler äußert im WFStab: 1941 müsse Deutschland alle "kontinental europäischen" Probleme gelöst haben, da ab 1942 die USA in der Lage wären, einzugreifen.

1941 14. 1.: Besprechung Hitler–Antonescu (Rumänien: Angebot, sich an der Seite Deutschlands an dem Kampf zu beteiligen

23. 1.: Besuch des ungarischen Honved-Min. Bartha in Berlin

30. 1.: Besuch des finn. Chefs d. Genst., Gen. Heinrichs, im OKH (Ostoperation);

31. 1.: Erste Aufmarschanweisung "Barbarossa" des OKH fertiggestellt.

6. 3.: Weisung des OKM über den Einsatz der Kriegsmarine im Falle "B"; 13. 3. und 1. 5.: OKW-Richtlinien auf Sondergebieten f. d. Verwaltung der besetzten Gebiete und über die Beteiligung fremder Staaten an der Vorbereitung "B".

27. 3.: Staatsstreich in Jugoslawien. Verschiebung des Unternehmens "B" um mindestens 3 Wochen;

30. 3.: Ansprache Hitlers an die Generalität: Vernichtungskrieg im Osten wird angekündigt.

5. 4.: Sowjetisch-jugoslawischer Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag

24. 4.: Aussprache d. ung. Reichsverwesers, Adm. Horthy, mit Hitler; 13. 5.: Hitlers Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet "Barbarossa" und über besondere Maßnahmen der Truppe. 6. 6.: Hitler erläßt "Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" ("Kommissarbefehl": Liquidierung der Kommissare der Roten Armee)

11. 6.: Entwurf zur Führerweisung Nr. 32 (Strategie nach Beendigung von "Barbarossa")

14. 6.: Letzte Besprechung Hitlers mit den Befehlshabern

Deutscher Aufmarsch im Osten:

Bis 20. 7. 1940 im Osten vorhanden .... 23 Div.
7. 10. " " " .... 30 Div.
26. 10. Neugliederung d. Heeres (Auftakt des Ostaufmarsches)
21. 12. im Osten vorhanden .... 34 Div.
Februar-April 1941 (1.–2. Aufmarschstaffel) 103 Div.
bis 20. 5. 1941 .... (3. Aufmarschstaffel) 120 Div.
Mitte Mai: Beginn der Verlegung der dt. Luftstreitkräfte von West nach Ost.

bis 2. 6. 1941 .... 129 Div.
(vom 3.–23. 6. 1941: Zuführung v. 12 Pz. - und 12 mot. Div.) = ... 75 % d. Feldheeres

Verteilung der dt. Div.-Verbände auf die Kriegsschauplätze 22. 6. 1941:

Zugehörigkeit	Osten	Finnland	Norweg	Dänem.	Westen	Afrika	Balkan	Summe
Heer Waffen-SS	144 5	3 1/2	8 –	1 –	38 –	2 –	7 –	203 5 1/2
Summe	149	3 1/2	8	1	38	2	7	208 1/2

Deutsche Luftwaffe am 20. 6. 1941 eingesetzt:

Osten:	61 %	Mittelmeer:	11 %
Reichsverteidigung:	5 %	Westen:	20 %
		Norwegen:	3 %

II. Die 1. Phase des Feldzuges: 22. Juni 1941: Beginn der dt. Offensive gegen die Sowjetunion

3.15 Uhr ohne Kriegserklärung

Kräfte:		
Verbündete:	Deutsche:	Sowjetunion: Westfront vermutet
Rumänien: 12 Inf. Div. 4 Kav. Br. 1 Pz. Br. 2 Fest. u. 3 Geb. Brig.	Inf. Div. (einschl. Kav. Div.) 119 mot. Div. 15¹/₄ Pz. Div. 19	138 (davon 20 Kav. Div.) Pz.-und mot. Brig. 40
Ungarn: 2 mot. 1 Kav. Brig.	Dt. Kräfte: 3,050 000 Mann (Bei einer Gesamtst. der Wehrmacht v. 7,24 Mill.) Mot. Fahrz. : 600 000 Pz. Kampfw. : 3 580 Geschütze : 7 184	Insges. an der europ. Front: 4,7 Mill. Mann .... (Bisher liegen .... keine verläßlichen .... Angaben vor) (10–14 000 Pz.)
Slowakei: 2 Inf. Div. 1 mot. Br. Italien: 3 mot. Div. (im August) Finnland: rd. 18 Div.	Kampfflug- *) zeuge : 1 160 [510] Jagdflugz. : 720 [440] Aufkl. Flugz. : 710 [120] Transporter : 150 (davon: 70 % einsatzbereit) (= 61 % der Gesamtst. der dt. Lw.) *) einsatzbereit	 1 800 (dav. rd. 1 500 mod.) 2 000 (300 moderne) 800 (1 400 andere; größtenteils veraltet)

HGr. Süd:	(Gen. Feldm. v. Rundstedt) mit 11., 17., 6. Armee, Pz. Gr. 1., 3. u. 4. rum. Armee, Ung., Slowaken Unterstützt durch Luftflotte 4 (Gen. Oberst Löhr) gegen: Sowjetische HGr. "Südwest" (Marschall Budjonny)

22. 6.–12. 7.	Grenzschlacht in Bessarabien, Galizien und Wolhynien
2. 7.–25. 7.	Durchbruch auf Kiew und Vorstoß an den Dnjepr
14. 7.–21. 8.	Kämpfe im Raum nördl. Shitomir
25. 7.– 5. 10.	Verfolgungskämpfe gegen den Dnjepr und Angriff über den Dnjepr
21. 8.–27. 9.	Schlacht bei Kiew (über 600 000 Gefangene
26. 9.–11. 10.	Schlacht am Asowschen Meer
1. 10.–21. 11.	Verfolgung gegen den Donez
18. 10. 41 – 4. 7. 42	Schlacht auf der Krim

26. 10. 41 – 29. 6. 42	Kämpfe am oberen Donez und am Don Ssemina
22. 11. 41 – 21. 7. 42	Abwehrschlachten im Donezgebiet

HGr. Nord:	(Gen. Feldm. W. Ritter von Leeb) mit 18. und 16. Armee, Pz. Gr. 4 Unterstützt von Luftflotte 1 (Gen. Oberst Keller) gegen sowj. HGr. "Baltikum" (Marschall Woroschilow)

22. 6.–29. 6.	Grenzkämpfe in Litauen
27. 6.–12. 7.	Vorstoß über die Düna
4. 7.– 5. 9.	Eroberung Estlands
8. 7.–23. 9.	Operationen bis südl. des Ilmen Sees
13. 7.–25. 9.	Operationen gegen Leningrad
8. 9.–21. 10.	Eroberung der baltischen Inseln
26. 9. 41–30. 6. 42	Abwehrkämpfe vor Leningrad und Oranienbaum
26. 9. – 15. 10. 41	Abwehr zwischen Ilmen- und Ladogasee

im Norden:	Finnen (OB: Feldm. Mannerheim) und AOK Norwegen (Gen. Oberst v. Falkenhorst)

29. 8.	Finnen erobern Wiborg; Operationen gegen die Murmanbahn und Murmansk; kommen an der Liza und westl. Kandalakscha zum Stehen (Dt. Gebirgsjäger-Korps); Finnen erobern Ostkarelien bis zum Onega-See und Swir

HGr. Mitte:	(Gen. Feldm. v. Bock) mit Pz. Gr. 2 und 3; 4., 9. und 2. Armee Unterstützt von Luftflotte 2 (Gen. Feldm. Kesselring) gegen: sowjetische HGr. "Westfront" (Armeegeneral Pawlow; ab 2. 7. Marschall Timoschenko)

22. 6.–10. 7.	Doppelschlacht bei Bialystok und Minsk (über 300 000 Gefangene)
2. 7.–15. 7.	Schlacht an Dnjepr und Düna
8. 7.– 5. 8.	Schlacht bei Smolensk
1., 8.– 9. 8.	Schlacht bei Roslawl
26. 7.– 1. 10.	Abwehrschlacht bei Jelnja und Smolensk
9. 8.–20. 8.	Schlacht bei Kritschew und bei Gomel
21. 8.–27. 9.	Schlacht bei Kiew
22. 8.–27. 8.	Schlacht bei Welikije Luki

III. Die Schlacht um Moskau
Zur Vorgeschichte:

Deutschland: 8. 7. 41: Hitlers Entschluß, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen; 19. 7.: Führerweisung Nr. 33 über die Fortsetzung der Operation im Osten (HGr. Mitte: Vormarsch auf Moskau mit Inf. Div. und Abdrehen der schnellen Verbände nach Nord und Südost zur Unterstützung der HGr Nord und Süd); 23. 7.: Ergänzung zur Weisung Nr. 33; 30. 7.: Führerweisung Nr. 34 (HGr. Mitte geht zur Verteidigung über); Anfang August: Hitler nennt als vordringliche, weitere Angriffsziele: Leningrad und Donezgebiet; 3. 8.: Der Gen. Quartiermeister im OKH leitet die Bereitstellung der Winterbekleidung für die Truppe ein (Vorbesprechungen hierzu mit dem Chef d. Heeresverwaltung am 29. 7., mit dem Gen. Intendanten am 2. 8.; am 14. 9. hält der Gen. Qu. dem Chef d. Genst. d. H. Vortrag über die vom Generalstab "einheitlich gesteuerte Wintervorbereitung".)

18. 8.: Denkschrift des OKH über die Weiterführung der Operationen (Stoß auf Moskau). Zerschlagung des feindlichen mil. Kräftepotentials; 21. 8.: Gegendenkschrift Hitlers; 6. 9.: Führerweisung Nr. 35. Vorbereitung der HGr. Mitte für den Angriff auf Moskau (Ende September); 26. 9.: Angriffsbefehl der HGr. Mitte zur Einleitung der Schlacht um Moskau.

Sowjetunion: 29. 6.: Das ZK der KPdSU erklärt den Abwehrkampf zum "Vaterländischen Krieg"; 30. 6.: Bildung des staatlichen Verteidigungskomitees; ab 10. 7.: Aufstellung des "Stabes der zentralen Partisanenbewegung" in Moskau; (ab September dem Zentralkomitee der KPdSU unmittelbar unterstellt); 18. 7.: Stalin fordert Churchill auf, eine zweite Front zur Entlastung der sowjetischen Truppen zu errichten. 22. 7.: Neugliederung der sowjetischen Westfront: in "Südwestfront" (Budjonny mit Chruschtschow): "Westfront" (Timoschenko mit Bulganin) – "Nordwestfront" (Woroschilow mit Shdanow); 7. 8.: Stalin Oberster Befehlshaber der Sowjetstreitkräfte; 16. 8.: Parteidirektive für den Kriegswirtschaftsplan 1941/42: Bedeutender Ausbau (Verstärkung) der Wehrwirtschaft in östl. Gebieten (Sibirien, Ural, Kasachstan, mittl. Asien); 3. 9.: Brief Stalins an Churchill (SU in tödlicher Gefahr. Forderung nach Errichtung einer 2. Front)

2. Oktober 1941: Beginn der Schlacht um Moskau ("Taifun")

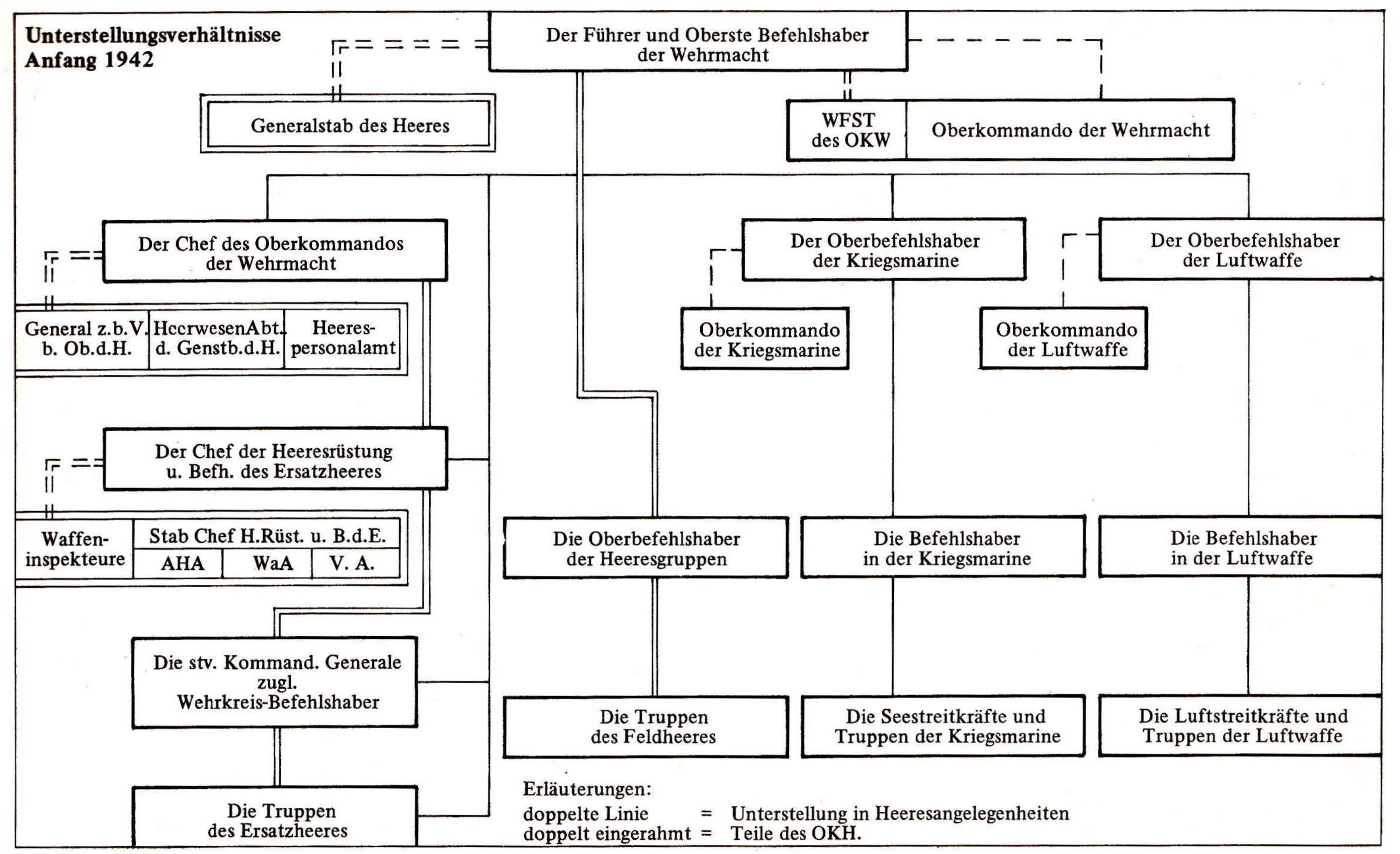
Stärken:	
Deutsche:	Sowjetische:
(OB: GFM v. Bock)	(Brjansker Front: Gen. Jeromenko) (Westfront: Gen. Konev)
3 Armeen und 3 Pz. Gruppen mit 78 Div. (darunter 14 Pz. Div.)	95 Div. (darunter 9 Kav. Div.); 13 Pz. Brig.
Gesamtstärke: 1.929 406 Mann	1.252 591 Mann
Luftflotte 2 (Kesselring)	
....	Pz. : 849 Geschütze: 5637 Flugz. : 936

2. 10.–20. 10.	Doppelschlacht bei Wjasma und Brjansk (über 600 000 Gefangene);
3. 10.	Hitler erklärt in seiner Rede zur Eröffnung des Winterhilfswerkes: "Dieser Gegner ist bereits gebrochen und wird sich nie mehr erheben."
4. 10.– 5. 12.	Vorstoß gegen Moskau und Woronesh
7. 10.	Hitler verbietet die Annahme der Kapitulation von Moskau
	Beginn der Herbstschlammperiode;

10. 10	Armeegen. Shukow zum OB der sowj. "Westfront" ernannt. (Chef d. Genst., Gen. Lt. Sokolowski)
14. 10.	OKH-Befehl: Moskau eng einzuschließen
19. 10.	In Moskau wird der Belagerungszustand verhängt
31. 10.	1. Tagung der Gebietsuntergrundbewegung (Tschernigow) in Malo Devitscha
15./17. 11.	Beginn der 2. Phase der Schlacht um Moskau
18. 11.–14. 12.	Abwehrkämpfe um Kalinin
28. 11.	Pz. Gruppe 4 (Hoepner) erreicht den Wolga-Moskau-Kanal
30. 11.	Stalin billigt den Op. Entwurf des Chefs d. sowj. Genst. (Marschall Shaposhnikow) für eine Gegenoffensive vor den Toren Moskaus
1. 12.	Fernschreiben Bocks an das OKH: "Kraft der Truppe (bald) völlig erschöpft."
Anfang Dez.:	Kälte erreicht 30 Grad;
5. 12. 41	Beginn der sowj. Gegenoffensive an der "Kalininfront" (Konjew) gegen den Nordflügel der HGr. Mitte und
6. 12.	an der "Westfront" (Shukow) gegen den Südflügel der HGr. Mitte; unterstützt vom rechten Flügel der "Südwestfront" (Timoschenko)
(bis 18. 4. 42	Abwehrschlachten vor Moskau)

Kräfte:	
Deutsche:	Sowjetische:
. . . .	110 Div., 21 Schützen u. 23 Pz. Brig. u. a. Gesamtstärke: 1.060 300 Mann
. . . .	Geschütze: 8000 Pz. : 720 Flugzeuge: 1370

8. 12.	Führerweisung Nr. 39: "Sofortige Einstellung aller größeren Angriffsoperationen und Übergang zur Verteidigung."
16. 12.	Führerbefehl für die HGr. Mitte "Fanatischen Widerstand" leisten ("Halt-Befehl")
19. 12.	Ablösung des ObdH, Gen. Feldm. v. Brauchitsch. Hitler jetzt auch Oberbefehlshaber des Heeres; Neuer OB der HGr. Mitte (16. 12.): Gen. Feldm. v. Kluge
25. 12.	Ablösung des Gen. Oberst Guderian (2. Pz. Armee)
26. 12. 41 – 18. 4. 42	Abwehrkämpfe nordostw. Orel, in der Winterstellung der 9. Armee und im Raum um Bolchoff.
14. 1. 42 – 18. 4. 42	Winterschlachten von Rshew und Juchnoff (Abwehr bei Welik. Luki-Orel-Ssuchinitschi) Stabilisierung der Front



Unterstellungsverhältnisse
Anfang 1942
Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht
Generalstab des Heeres
WFST des OKW
Oberkommando der Wehrmacht
Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
General z.b.V. b. Ob.d.H.
HeerwesenAbt. d. Genstb.d.H.
Heeres-personalamt
Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Oberkommando der Kriegsmarine
Oberkommando der Luftwaffe
Der Chef der Heeresrüstung u. Befh. des Ersatzheeres
Waffen-inspekteure
Stab Chef H.Rüst. u. B.d.E.
AHA
WaA
V. A.
Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen
Die Befehlshaber in der Kriegsmarine
Die Befehlshaber in der Luftwaffe
Die stv. Kommand. Generale zugl. Wehrkreis-Befehlshaber
Die Truppen des Feldheeres
Die Seestreitkräfte und Truppen der Kriegsmarine
Die Luftstreitkräfte und Truppen der Luftwaffe
Die Truppen des Ersatzheeres
Erläuterungen:
doppelte Linie = Unterstellung in Heeresangelegenheiten
doppelt eingerahmt = Teile des OKH.

16. Luftkrieg (1941)

12./13. 6. Bisher schwerster britischer Luftangriff auf Ziele im Ruhrgebiet (u. a. in Duisburg und Bochum), 445 t Bomben abgeworfen.

11./12. 7. 30 deutsche Bomber des K. G. 4 greifen Port Said und Ismailia am Suez-Kanal an.

19./20. 7. Britischer Luftangriff auf Hannover

19./21. 7. Britische Bomber greifen Köln und Neapel an.

21./22. 7. Erster deutscher Luftangriff auf Moskau durch rd. 200 Bomber. Angriff in der Nacht zum 23. 7. durch 150 Flugzeuge wiederholt.

12./13. 8. Bisher schwerster britischer Luftangriff auf Berlin: 82 t Sprengbomben abgeworfen.

14./15. 8. Über 300 Flugzeuge des RAF Bomber Command greifen Hannover, Braunschweig und Magdeburg an.

29./30. 8. 101 britische Flugzeuge (von 143 gestarteten) werfen bei 2 Verlusten 91 t Bomben auf Frankfurt/Main.

16./17. 9. Erster deutscher Luftangriff auf Kairo.

23.–24. 9. Angriffe der Luftflotte 1 gegen die schweren Einheiten der sowjetischen Baltischen Flotte: Schlachtschiff Marat muß in Kronstadt nach schweren Treffern auf Grund gesetzt werden, ein Teil der Artillerie bleibt jedoch einsatzbereit. Schlachtschiff Oktjabrskaja Revoljucija erhält außerhalb des Hafens Bombentreffer, der Schwere Kreuzer Maksim Gorkij wird in Leningrad beschädigt.

20./21. 10. 92 britische Flugzeuge (von 154 gestarteten) werfen bei 4 Verlusten 140 t Bomben auf Bremen.

7./8. 11. Die RAF setzt 400 Bomber gegen Deutschland ein: 169 Flugzeuge greifen bei 21 Verlusten Berlin an, 55 bei 7 Verlusten Mannheim und 43 bis 9 Verlusten Ziele im Ruhrgebiet. 133 weitere Flugzeuge bombardieren ohne Verluste Köln, Ostende und Boulogne.

30. 11./ 1. 12. 84 britische Flugzeuge (von 129 gestarteten) werfen bei 13 Verlusten 138 t Bomben auf Hamburg.

27./28. 12. 96 britische Flugzeuge (von 132 gestarteten) werfen bei 7 Verlusten 126 t Bomben auf Düsseldorf.

Das Kriegsjahr 1942: Politik

1. 1. Pakt der "Vereinten Nationen", die im Kriege mit den "Achsenmächten" stehen, keinen Sonderwaffenstillstand mit Deutschland zu schließen.

3. 1. Bildung des alliierten "ABDA (American,British, Dutch, Australian)-Command" unter Gen. Wavell in Niederländisch-Indien.

10. 1. Hitler erteilt grundlegende neue Richtlinien für die deutsche Rüstung (Schwerpunktverlagerung wieder auf die Heeresrüstung).

15. 1. Die jugoslawische und griechische Exilregierung in London schließen einen Vertrag, in dem die Bildung einer Balkan-Union für die Nachkriegszeit vorgesehen wird.

18. 1. Militärbündnis zwischen Deutschland, Japan und Italien (Abgrenzung von Operationszonen).

20. 1. "Wannseekonferenz" in Deutschland: Die Judenfrage soll durch "Aussiedlung in den Osten" und durch "andere Maßnahmen" gelöst werden. Bis Kriegsende werden in Europa über 5 Millionen Juden planmäßig vernichtet (Vergasungen, Erschießungen, Verelendung in zahlreichen KZ-Lagern).

23. 1. Polnische und tschechoslowakische Exilpolitiker sehen für die Nachkriegszeit einen Staatenbund beider Länder vor (Bündnisprotokoll).

26. 1. Die ersten amerikanischen Truppen treffen in Nordirland ein.

1. 2. Reichskommissar Terboven setzt eine neue norwegische Regierung unter Min. Präs. Quisling ein.

8. 2. Albert Speer wird zum neuen Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt (ab 2. 9. 1943: für Rüstung und Kriegsproduktion)

Februar Unter dem Vorsitz von H. Göring findet eine Geheimsitzung führender deutscher Wissenschaftler statt (Herstellung von Atomwaffen in Deutschland in den nächsten Jahren noch völlig ausgeschlossen).

11. 2. Besuch von Gen. Antonescu bei Hitler im F. H. Qu. "Wolfsschanze".

14. 2. Zusammenfassung der polnischen Widerstandskräfte zur "Heimatarmee" ("Armia Krajowa"). OB: Gen. Rowecki; Stellv.: Gen. Bor–Komorowski.

19. 2. Prozeß von Riom (Frankreich) beginnt, in dem die Verantwortung für die französische Niederlage von 1940 geklärt werden soll.

8. 3. Kapitulation der niederländischen Truppen auf Java.

17. 3. General D. MacArthur wird zum alliierten Oberbefehlshaber im südwestlichen Pazifik ernannt. .

21. 3. Gauleiter Sauckel wird zum Generalbevollmächtigten für den deutschen Arbeitseinsatz ernannt. Eingliederung von rd. 7,5 Millionen Fremdarbeitern und 30 Millionen ziviler Arbeitskräfte in die deutsche Wirtschaft bis Kriegsende.

23. 3. –
12. 4. Lordsiegelbewahrer Sir Stafford Cripps verhandelt in Indien über eine Lösung der indischen Unabhängigkeitsfrage.

31. 3. Die Regierung von Liberia räumt den USA das Recht zur Anlage von Luftstützpunkten für die Dauer des Krieges ein.

8. 4. –
17. 4. Besprechungen in London zwischen Churchill und dem Vertrauten Roosevelts, H. Hopkins, über Probleme der alliierten Kriegführung ("Zweite Front").

10. 4. In Griechenland vereinigen sich die Partisanengruppen zur Volksbefreiungsarmee (E. L. A. S.).

16. 4. Der japanische Operationsplan für die "zweite Kriegsphase" wird fertiggestellt.

17. 4. Flucht des französischen Gen. Giraud (seit 1940 in dt. Kriegsgefangenschaft) aus der Festung Königstein.

18. 4. Winterkämpfe an der ganzen Ostfront flauen ab.
P. Laval wird neuer Min. Präs. der Vichy-Regierung. Admiral Darlan bleibt OB der franz. Streitkräfte.

26. 4. Hitler verlangt vom deutschen Reichstag Vollmacht, als Oberster Gerichtsherr allein entscheiden zu können, wenn es das "Wohl" des deutschen Volkes erfordert.

29./30. 4. Besprechungen zwischen Hitler und Mussolini auf dem Berghof (Kriegführung in Afrika).

5. 5. Das kaiserliche H. Qu. in Tokio befiehlt die Durchführung der geplanten Midway-Operation für die erste Juni-Woche (Weisung Nr. 18).

7. 5. "Führererlaß" über die einheitliche Steuerung der Wirtschaft (Trennung von Wehrwirtschaft und Rüstungsamt).

9. 5. Beginn einer sowjetischen Großoffensive aus dem Donezbrückenkopf (Isjum) zur Rückeroberung von Charkow.

12. 5. Erste genau datierbare Massenvernichtung eines Transports von Juden (1 500) durch Gas in Auschwitz.

17. 5. Beginn einer deutschen Gegenoffensive im Osten.

21. 5. Hitler verschiebt das Unternehmen "Herkules" (Eroberung von Malta) auf unbestimmte Zeit.

26. 5. Beginn der deutsch-italienischen Operationen in Nordafrika

Abschluß eines sowjetisch-britischen Bündnisses (Molotow in London) auf 20 Jahre (kein Separatfrieden).

R. Heydrich, stellv. "Reichsprotektor für Böhmen und Mähren", erliegt den Verletzungen eines Attentates.

29. 5. Hitler empfängt den "Führer des Freien Indien", Subhas Chandras Bose.

Molotow in Washington (2. Front; Wirtschaftshilfe)

30. 5. Luxemburg wird dem Deutschen Reich eingegliedert

3.–7. 6. Schlacht bei Midway (s. S. 563). Damit kündigt sich die Kriegswende im Pazifik an.

4. 6. Hitler besucht FM v. Mannerheim (anläßlich dessen 75. Geburtstages).

10. 6. Als Vergeltung für das Attentat auf Heydrich wird das tschechische Dorf Lidice vernichtet.

11. 6. Abkommen über gegenseitige Hilfeleistungen zwischen den USA und der Sowjetunion (in Washington unterzeichnet).

12. 6. Reichsführer SS H. Himmler billigt den sog. "Generalplan Ost", d. h. die Aussiedlung der Völker Osteuropas nach Sibirien: etwa 85 % der Polen, 65 % der Ukrainer, 75 % der Weißruthenen und 50 % der Tschechen.

18.–26. 6. Zweite Konferenz von Washington (Roosevelt und Churchill mit ihren Stäben. Fragen der Zweiten Front. Atomforschung).

28. 6. Beginn der deutschen Sommeroffensive an der Ostfront

18.–25. 7. Besprechungen in London zwischen Churchill, Hopkins und den Chefs der Genst. (Entschluß, in Nordafrika zu landen. Unternehmen "TORCH", (s. S. 564).

21. 7. Beginn der systematischen Deportierung der im Warschauer Ghetto zusammengedrängten rd. 350 000 Juden in das Vernichtungslager Treblinka.

6. 8. Präs. Roosevelt ernennt Gen. Eisenhower zum OB für das Unternehmen "TORCH" (Landung in Nordafrika).

11. 8.	Hitler entscheidet, daß Norwegen erst nach Kriegsende durch eine einseitige Erklärung der Reichsregierung erfahren wird, wie sich sein künftiges Verhältnis zum Deutschen Reich gestalten wird.
12.–15. 8.	Besprechungen in Moskau zwischen Stalin, Churchill und Harriman (Vertreter Roosevelts). Gemeinsame Maßnahmen gegen Deutschland werden festgelegt (Unterrichtung über das Unternehmen "TORCH").
1. 9.	Rücktritt des japanischen Außenministers Togo (Konflikt mit dem Prem. Min. Gen. Tojo).
24. 9.	Rücktritt des Chefs des dt. Genst., Gen. Oberst Halder. Sein Nachfolger wird Gen. Zeitzler.
1. 10.	Südkärnten und Südsteiermark (seit Mai 1941 dt. Zivilverwaltung unterstehend) werden zum Deutschen Reichsgebiet erklärt.
9. 10.	In der Roten Armee werden die Truppenkommissare abgeschafft.
18. 10.	Sog. "Kommandobefehl" von Hitler erlassen (Gegner bei Kdo. Unternehmen, ob mit oder ohne Uniform, sind im Kampf oder auf der Flucht niederzumachen).
23. 10.	Beginn der britischen Gegenoffensive in Nordafrika (s. S. 564).
1. 11.	In Tokio wird ein Ministerium für Großostasien unter Kazuo Aoki gebildet.
5. 11.	W. Best wird zum "Reichsbevollmächtigten" in Dänemark ernannt.
	Waffenstillstand zwischen den britischen und franz. Truppen auf Madagaskar.
7./8. 11.	Landung der Alliierten in Französisch-Nordafrika (s. S. 564).
9. 11./10. 11.	Zusammentreffen Hitlers mit Graf Ciano und Min. Präs. Laval
9. 11.	Scavenius wird neuer dänischer Min. Präsident.
11. 11.	Deutsch-italienische Truppen besetzen Süd (-Rest)-Frankreich ("Anton") und Korsika.
13. 1.	Militärabkommen zwischen Gen. Eisenhower und Admiral Darlan.
16. 11.	Marschall Pètain enthebt Adm. Darlan aller seiner Ämter. Laval Nachfolger.
	Verordnung über die Reichsverteidigungskommissare und Vereinheitlichung der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland.
19. 11.	Beginn der sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (s. S. 567).
26. 11.	1. Tagung des "Antifasch. Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens" in Bihač.
27. 11.	Selbstversenkung der französischen Flotte im Hafen von Toulon
2. 12.	Fermi, amerikanischer Kernphysiker, setzt den ersten Atomreaktor in Chikago in Gang.
24. 12.	Admiral Darlan ermordet. Nachfolger Gen. Giraud.
27. 12.	Gründung des sog. "Smolensker-Komitees unter Führung von Gen. Wlassow (später: "Zur Befreiung der Völker Rußlands"). Am 8. 7. 1943 verbietet Hitler den Einsatz der "Befreiungsarmee". Erst durch das Himmler-Wlassow-Abkommen vom 16. 9. 1944 wird die "ROA" zum Kampf gegen den "Bolschewismus" ermächtigt.

29. 12. Französisch-Somaliland (Dschibuti) schließt sich de Gaulle an (Ende der britischen Blockade).

17. Der Krieg im Pazifik 1941–1942

(Vgl. auch S. 563)

a).

I. Zur Vorgeschichte

1937 7. 7.: Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke. Ausbruch des japan.-chines. Konfliktes; 28. 7.: Japaner erobern Peking und nehmen am 6. 6.

1938 Kaifeng. Vormarsch von Nanking nach Westen entlang dem Yangtsetal; 25. 10.: Eroberung von Hankou;

1939 Erstarrung der Fronten; 26. 7.: Die USA kündigen den Handelsvertrag mit Japan vom Jahre 1911 (Mit Wirkung vom 26. 1. 1940)

1940 27. 9.: Abschluß des Dreimächtepaktes Deutschland-Italien-Japan (Vgl. S. 524)

1941 13. 4.: Abschluß des sowjetisch-japanischen Neutralitätsabkommens; 25. 7.: alle japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten eingefroren; August–September: Vorschläge des jap. Min. Präs. Konoye für eine allgemeine Konferenz; nach Fehlschlag erfolgt sein Rücktritt. Neues Kabinett unter Gen. Tojo; 5. 11.: "Grundkriegsplan" des japan. H. Qu. angenommen; 26. 11.: Die Verhandlungen in Washington werden ergebnislos abgebrochen; 6. 12.: Dringender Appell Roosevelts an den japan. Kaiser mit ultimativen Forderungen

II. 7. Dezember 1941: Japanischer Überfall auf die amerikanische Flotte von Pearl Harbour (vgl. S. 563)
7.00 Uhr Ortszeit

Kräfte:					
Japan			USA/Großbr./Holland		
Schlachtsch. :	10			16	(11) +)
Flugz. Träger :	11	(10) +)		6	(3)
Kreuzer :	41	(36)		37	(36)
Zerstörer :	129	(112)		93	(100)
U-Boote :	67	(65)		70	(69)
Flugzeuge :	ca. 4300		ca.	1000	
Heeresverb. :	51 Inf. Div.		rd.	12–14 Div.	
	1 Kav. Gr.				
	9 Pz. Rgt.				
+) Nach brit. Angaben: Dezember 1941					

Dezember 1941: Nach schweren Luftangriffen Landung japanischer Streitkräfte auf Malaya (8.), Nordluzon (8.), Gilbert-Inseln (9.), Guam (10.), Südluzon (11.), Nordbornea (17.), Mindanao (20.), Lingayen-Bucht (21.) und Wake (22. 12.)

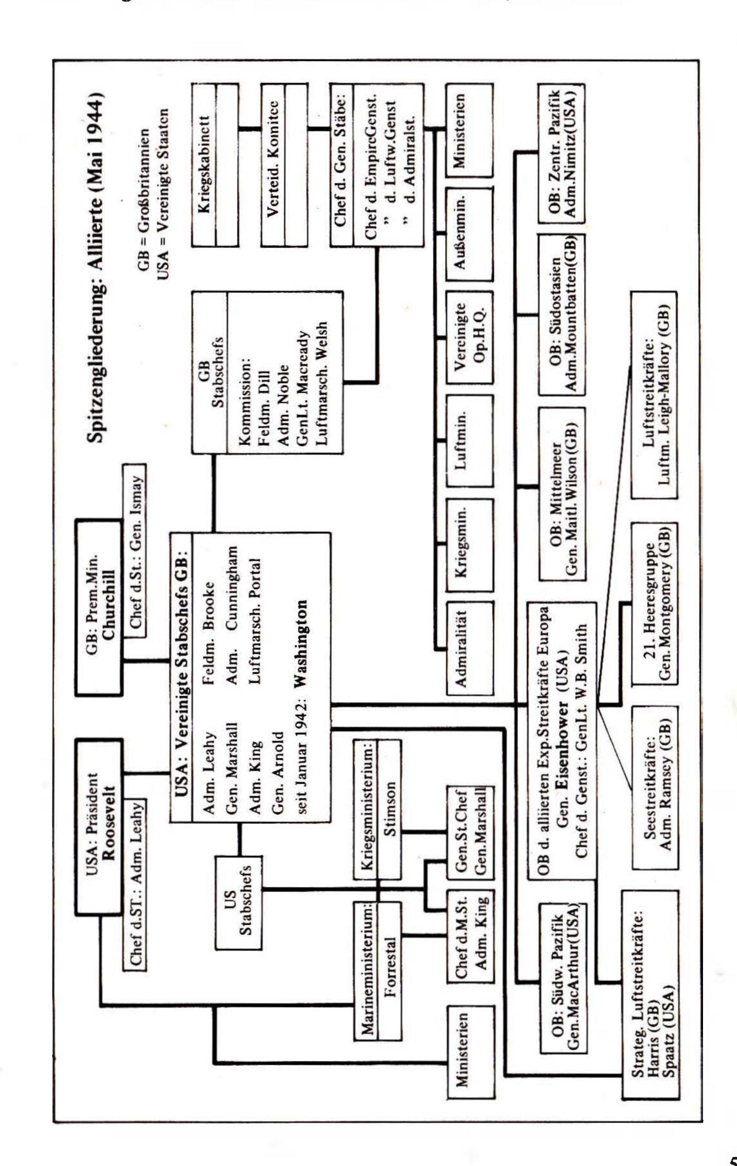
27. 12. Hongkong kapituliert

1942

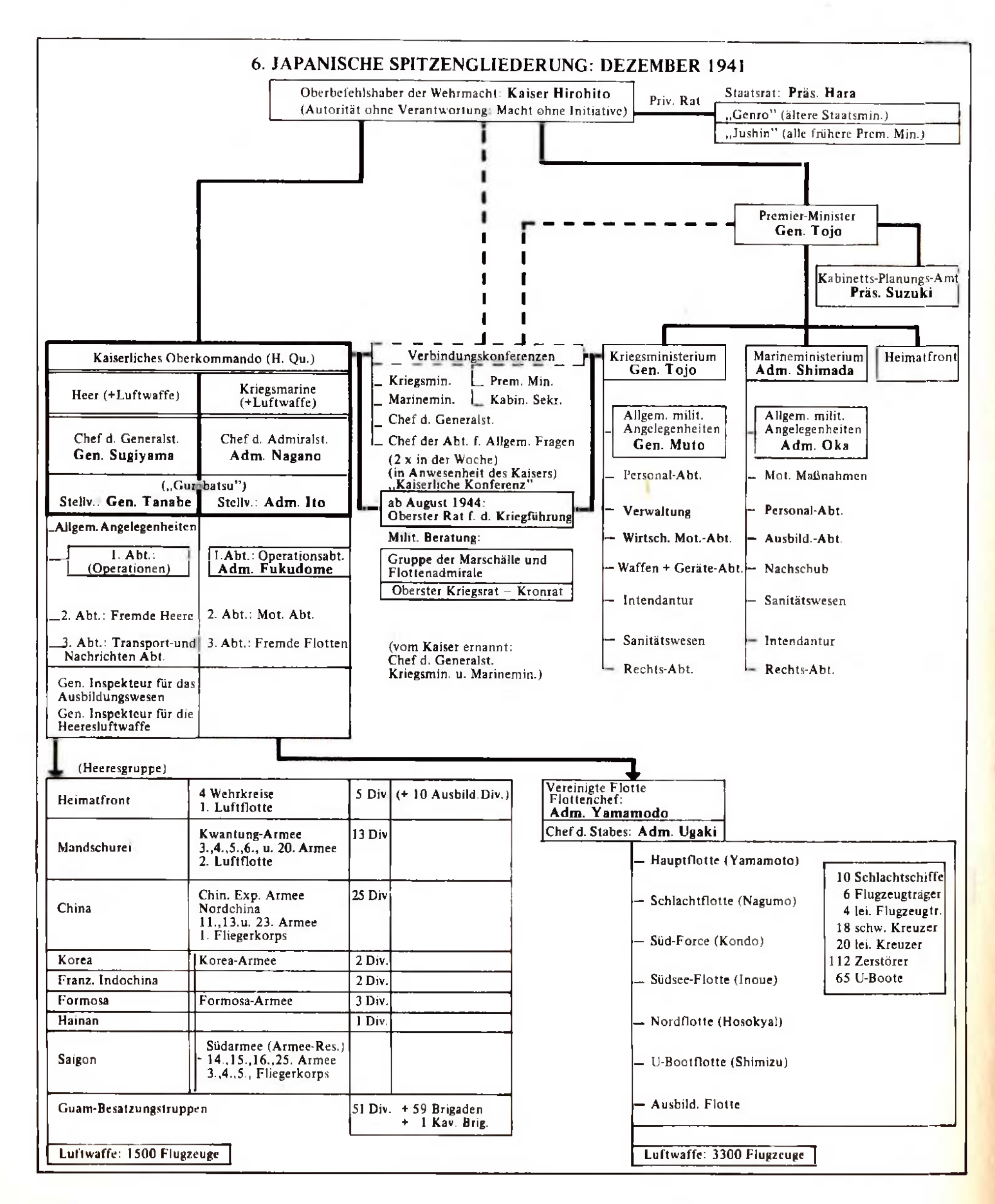
Januar Japanische Landungen in Nordwest-, Nordost- und Südostborneo, Celebes, Neu Irland, Bougainville, Neu-Britannien, Badeong (Java-See) und Ambon

9.–15. 2. Eroberung von Singapore

18. 2.	Tokio und Yokohama zum ersten Mal von Trägerflugzeugen bombardiert
Februar	Japanische Landungen auf Sumatra, Bali, Timor und Java
17. 3.	Gen. MacArthur zum neuen OB der alliierten Streitkräfte im Südwestpazifik ernannt
März	Japanische Landungen auf Neu-Guinea und Andamanen
5. 5.	Weisung Nr. 18 des Kais. H. Qu. für die Midway-Operationen
3.–7. 6.	Seeluftschlacht bei den Midway-Inseln (vgl. S. 563).
7. 8.	Landung der 1. US-Marine-Div. auf Guadalcanal (Salomonen)



JAPANISCHE SPITZENGLIEDERUNG: DEZEMBER 1941



7. 12. 41	Japan. Trägerflotte greift Pearl Harbour überraschend an, 8 Schlachtschiffe, 3 Kreuzer, 3 Zerstörer vernichtet oder schwer beschädigt
10. 12. 41	Japan. Marineflugzeuge versenken brit. Schlachtschiffe “Prince of Wales” und “Repulse” vor Malaya
1. 2. 42	Erster US-Trägerraid gegen die Gilbert- und Marshall-Inseln
19. 2. 42	Japan. Trägerraid gegen Port Darwin (Australien)
27. 2.– 1. 3. 42	Seeschlacht in der Java-See, Vernichtung eines niederl. brit. austral., amerik. Verbandes
31. 3.–9.4. 42	Japan. Trägerangriff gegen Ceylon und Handelskrieg im Bengalen-Golf. 1 brit. Träger, 2 Kreuzer, 2 Zerstörer, 1 Korvette, 1 Hilfskr. und 153 603 BRT vernichtet
18. 4. 42	US-Trägerraid gegen japan. Mutterland mit 16 zweimotorigen Bombern, die nach China weiterfliegen
4.–8. 5. 42	Seeluftschlacht in der Korallensee, takt. japan. Erfolg; doch brechen sie geplante Landung bei Port Moresby ab
30.–31. 5. 42	Japan. Klein-U-Bootangriffe gegen Diego Suarez (Madagaskar) und Sydney. 1 brit. Schlachtschiff beschädigt
5. 6.–10. 7. 42	4 japan. U-Kreuzer versenken in Mozambique-Straße 103 495 BRT
3.–7. 6. 42	Seeluftschlacht bei Midway. Weit überlegene, aber verzettelt angesetzte japan. Flotte verliert in Trägerluftschlacht 4 Träger, (und 253 Flugzeuge), Amerikaner nur 1 von 3. Wendepunkt des Pazifischen Krieges
9. 8. 42	Japan. Kreuzerverband versenkt bei Savo Island nachts 4 alliierte Kreuzer und torpediert 1 weiteren
23.–25. ,8. 42	See-Luftschlacht ostwärts der Salomonen zwischen japanischen und amerikan. Trägergruppen, endet ohne Entscheidung
15. 9. 42	Angriff jap. U-Kreuzergruppe gegen US-Trägergruppe, Träger “Wasp” versenkt, 1 Schlachtschiff, 1 Zerstörer torpediert
11.–12. 10. 42	Seeschlacht bei Cape Esperance (Guadalcanal) zwischen japan. und amerik. Kreuzerverbänden, US-Erfolg
26.–27. 10. 42	See-Luftschlacht bei Santa Cruz (ostwärts Salomonen), taktischer Erfolg der Japaner
12.–15. 11. 42	Zwei Nacht-Seeschlachten bei Guadalcanal, für beide Seiten sehr verlustreich
30. 11. 42	Japan. Zerstörerverband torpediert vor Tassafaronga (Guadalcanal) 4 US-Kreuzer, von denen einer sinkt
1.– 8. 2. 43	Japan. Zerstörer evakuieren 11 000 Mann von Guadalcanal
2. 3. 43	US-Armee-Luftwaffe vernichtet einen japan. Konvoi in der Bismarck-See mit 8 Transportern und 4 Zerst.
26. 3. 43	Seegefecht bei den Komandorski-Inseln (Aleuten) zwischen amerik. und japan. Kreuzergruppen. Einziges größeres Tag-Artilleriegefecht im Pazifik
18. 4. 43	Admiral Yamamoto, OB. der japan. Flotte, gefallen

18. Die Kämpfe in Nordafrika 1942/43

bis 12. 1.	Verteidigung in der Agedabia- und Rückzug in die Marada-Marsa el Brega-Stellung; Januar: Starke dt. Luftangriffe auf Malta (263 Angriffe)
21. 1.	Rommels Gegenangriff zur Wiedereroberung der Cyrenaika
7. 2.	Westl. El Gazala kommt dieser Vorstoß zum Stehen
Mitte März	Italiener erklären, Ende Juli mit den Vorbereitungen zur Eroberung der Insel Malta fertig zu sein

2. 4.	Beginn der verstärkten Luftangriffe gegen Malta
30. 4.	Hitler schlägt Angriff in Libyen für Ende Mai und Eroberung Maltas für Mitte Juli vor ("Unternehmen Herkules")
5. 5.	Marschall Cavallero (Chef d. ital. Wehrm. Genst.) ist mit Rommels Plan einverstanden (Angriff in L.) unter der Voraussetzung, daß das Unternehmen "Herkules" nicht beeinträchtigt wird
26. 5.	Beginn der letzten deutsch-italienischen Offensive in Nordafrika (' Theseus")
20./21. 6.	Eroberung der Festung Tobruk
22. 6.	Die dt.-ital. Truppen erreichen die libysch.-ägypt. Grenze. Hitler verlangt von Mussolini weiteren Vormarsch zur Eroberung Ägyptens; Vichy-Regierung regt in Berlin die Verstärkung frz. Nordafrikas an
24. 6.	Das ital. Cdo. Supremo verschiebt das Unternehmen "Herkules" auf September
26. 6.	Rommel bestimmt als nächste Angriffsziele: El-Alamein – Nil –– Alexandria – Kairo (bis zum 30. 6.) unter Zurückstellung der Eroberung Maltas
30. 6.	Dt.-ital. Truppen erreichen die El Alamein-Stellung. (100 km vor Kairo; Erschöpfung der Kräfte; nur noch 70 Pz. u. Pz.-Spähw.)
13. 8.	Gen. Lt. Montgomery – zum neuen OB der brit. 8. Armee in Nordafrika ernannt – trifft in Ägypten ein
17. 8.	Weisung des ital. Ob. Kdo an Rommel, Feind westl. des Deltas zu schlagen, Alexandria zu gewinnen und gegen den Suez-Kanal vorzugehen
31. 8.–2. 9.	Die Front in Nordafrika erstarrt nach einem letzten vergeblichen Offensiv-Stoß Rommels (jetzt Deutsch-italienische Pz. Armee)
10. 10.	Erneute dt. Luftoffensive gegen die Insel Malta

23. Oktober 1942: Beginn der britischen Offensive ("Lightfoot")

21.40 Uhr bei El Alamein

Kräfte:				
(OB Gen. Rommel)		Dt.-Ital.	(davon It.)	(OB Gen. Montgomery) Briten/Verbündete
Inf. Div.	rd. 96000 Mann	6 2/3	(4)	3 Brig. — rd. 150 000 Mann
mot. Div.		2	(1)	7
Pz. Div.		4	(2)	4 + (7 selbst. Pz. Rgt)
Pz.		530	(280)	1100 (davon 480 Schwere)
Luftwaffe				880 Flugzeuge
Bomber/Stuka/Schlachtfl.		- 129/65/55		
Jäger		- 123		
		(davon 185 ital. Masch.)		

2. 11.	die 8. brit. Armee setzt zum Durchbruch an ("Supercharge")
3. 11.	Hitler befiehlt Gen. Rommel: "Halten um jeden Preis"
5. 11.	Dt.-ital. Rückzugskämpfe beginnen

7./8. November 1942: Landung amerikanisch-englischer Streitkräfte in Marokko und Algerien ("Torch") (Rund 110 000 Mann)

(OB: Gen. Eisenhower) Damit: Zweifrontenkrieg der dt.-ital. Truppen.

I. Zur Vorgeschichte:

1942 — Auf der "Arcadia"-Konferenz (Washington Dez. 1941 bis 14. 1. 1942) erste Planung einer Operation gegen Nordafrika (Beginn: Anfang März 1942 für den Fall, daß die Franz. dazu auffordern oder Hitler in Spanien einfällt), Deckname: "Gymnast", dann "Supergymnast"; ab Juli 1942 "Torch" (Vorschlag Churchills; von Roosevelt unterstützt)

1. 4. 42: Der amerik. Kriegsminister Stimson (auch Chef d. Genst. Gen. Marshall) schlägt stattdessen eine baldige Landung in Nordfrankreich vor. Vorbereitungen dafür sollen sofort anlaufen; 28. 5.: Telegramm Churchills an Roosevelt: "Nordafrika nicht aus den Augen zu verlieren". Bei den Besprechungen im Juli 1942 (Hopkins als Vertr. Roosevelts mit Chef d. Genst.) in London drängen die engl. Vertreter auf Durchführung der z. Z. einzig möglichen Operation "Gymnast"; 23. 7.: Roosevelt unterstützt den brit. Vorschlag (Telegramm an Churchill).

24. 7. 42: Einigung zwischen den britischen und amerikan. Chefs der Stäbe: Sofortiger Angriff auf Europa wird fallengelassen. Vorbereitungen für "Torch" beschleunigen; August: Stalin wird von den Absichten "T." unterrichtet.

26. 8.: Churchill empfiehlt als 1. Angriffstermin 14. 10.; am 22. 9. setzt Gen. Eisenhower (am 6. 8. zum OB der all. Streitkräfte für "T." ernannt) den Termin auf den 7. 11. 42 fest. 22. 10.: Die ersten Geleitzüge von den brit. Inseln und von Nordamerika gehen in See.

1. Westgruppe (Patton) → an der Westküste Marokkos

3 Div. 35 000 (250 Pz.)

Sicherung: 3 Schlachtsch.
7 Kreuzer
38 Zerstörer
5 Träger

2. Mittelgruppe (Freudall) → im Raum Oran

2 Div. 39 000

Sicherung: 1 Schlachtschiff
3 Träger
1 Kreuzer
13 Zerstörer

3. Ostgruppe (Anderson) → im Raum Algier

3 Div. (33 000)

Sicherung: 2 Geleitträger
3 Kreuzer
3 Flackschiffe
13 Zerstörer

4. Deckungsverb. für Operationen im Mittelmeer

4 Schlachtschiffe
2 Träger
4 Kreuzer
17 Zerstörer

II. Endkämpfe in Nordafrika

10. 11.	Erste deutsche Luftlandungen in Tunis
ab 11. 11.	Abwehrkämpfe der 5. Pz. Armee im Raume Tunesien
12. 11.	Der französische Widerstand (Vichy-Truppen) wird eingestellt

12./13. 11.	Briten besetzen Tobruk
13. 11.–28. 12.	Dt.-ital. Rückzugskämpfe im Syrte-Bogen
1943	
25. 1.	Britische Truppen besetzen Tripolis
bis 30. 1.	Rückzugskämpfe in Tripolitanien
23. 2.–15. 3.	HGr. Afrika verteidigt sich in der Mareth-Stellung und in West-Tunesien
9. 3.	Gen. Oberst v. Arnim neuer OB; anstelle (des erkrankten Rommel)
28. 3.	Die brit. 8. Armee durchbricht die dt.-ital. Mareth-Stellung
13. Mai	Kapitulation der HGr. Tunis (252 000 Mann geraten in Gefangenschaft. Abschluß der Kämpfe in Nordafrika).

19.Seekrieg (1942/43)

1942	
Januar – Juli 1942	*4. Phase der Schlacht im Atlantik* Einzeloperationen der U-Boote vor den nord- und mittelamerikanischen Küsten, durchschnittlich 54 U-Boote in See, 2 967 179 BRT versenkt bei 22 Verlusten
11. 1.–7. 2.	Operation "Paukenschlag", die ersten 5 U-Boote versenken vor USA 142 373 BRT
12.–13. 2. 42	Kanaldurchbruch der "Scharnhorst", "Gneisenau" und "Prinz Eugen" mit 5 Zerstörern, 13 T-Booten sowie S- und M-Booten unter starker Luftsicherung
22. 3. 42	2. Gefecht in der Syrte zwischen ital. und brit. Geleit-Deckungskräften
27.–28. 3. 42	Brit. Commando-Raid gegen St. Nazaire
5.–7. 5. 42	Brit. Landung an der Nordküste Madagaskars
28. 5.	Brasilian. Flugzeuge bomben dt. U-Boot
12.–16. 6. 42	Brit. Doppel-Konvoioperation zur Verstärkung Maltas, Angriffe durch deutsch-italienische Luftwaffe, Seestreitkräfte und U-Boote. Von 17 Dampfern erreichen nur 2 Malta
17. 6.	Hitler genehmigt den Plan des BdU, einen Überrasch. Angriff gegen bras. Häfen zu führen (am 29. 6. zieht Hitler Genehmigung zurück nach Einspruch des Ausw. Amtes)
1.–10. 7. 42	Luftwaffe und U-Boote versenken aus Konvoi PQ. 17 im Eismeer 24 von 32 Schiffen mit 143 961 BRT
August 42 – Mai 43	*5. Phase der Schlacht im Atlantik.* Höhepunkt der U-Boot-Gruppenoperationen gegen Nordatlantik-Konvois, Einzelunternehmungen im Mittel- und Südatlantik. Durchschn. 102 U-Boote in See, 3 857 705 BRT versenkt bei 123 Verlusten
5.–11. 8. 42	16 U-Boote versenken aus Konvoi SC. 94 im Nordatlantik 53 421 BRT bei 2 verlorenen und 4 beschädigten U-Booten
10.–16. 8. 42	Operation "Pedestal", brit. Versorgungskonvoi nach Malta, von 14 Dampfern werden durch deutsch-italienische U-Boote, S-Boote Luftwaffe und Minen 10 versenkt, dazu Träger "Eagle" durch "U 73", 1 Kreuzer, 1 Zerstörer versenkt, 1 Träger, 2 Kreuzer, 1 Zerstörer besch.
16.–30. 8. 42	Operation "Wunderland". Kreuzer "Scheer" operiert in der Kara-See
8.–22. 9. 42	Luftwaffe und U-Boote versenken aus dem Konvoipaar PQ. 18/Qp. 14 im Eismeer 17 Schiffe mit 94 791 BRT, 4 U-Boote und 41 Flugzeuge verloren
12. 9. 42	"Laconia"-Fall, "U 156" wird bei Bergung Schiffbrüchiger von US-Flugzeug gebombt
7.–17. 10. 42	4 U-Boote versenken vor Kapstadt 114 039 BRT

27.–30. 10. 42	10 U-Boote versenken aus Konvoi SL 125 vor Marokko 12 Schiffe mit 80 005 BRT, 1 U-Boot beschädigt
31. 10.– 7. 11. 42	15 U-Boote versenken aus Konvoi SC. 107 im Nordatlantik 15 Schiffe mit 82 817 BRT, 2 U-Boote verloren
27. 11. 42	Selbstversenkung der französischen Flotte vor Toulon
27. 12. 42	Bei Einholung eines Blockadebrechers in der Biskaya Gefecht zwischen deutschen Zerstörern und Torpedobooten und 2 brit. Kreuzern, 3 deutsche Boote gesunken
27.–30. 12. 42	17 U-Boote versenken aus Konvoi ON. 154 im Nordatlantik 14 Schiffe mit 69 893 BRT bei 1 eig. Verlust
31. 12. 42	Mißlungener Angriff einer deutschen Kampfgruppe mit 2 Kreuzern und 6 Zerstörern gegen den Konvoi JW. 51 B im Eismeer
1943	
8.–10. 1. 43	7 U-Boote versenken aus Konvoi TM. 1 im Mittelatlantik 6 von 9 Tankern mit 48 360 BRT
17.–19. 1. 43	Brit. Zerstörergruppe versenkt aus mehreren ital. Konvois 10 Schiffe
30. 1. 43	Rücktritt des ObdM, Großadm. Raeder (Meinungsstreit mit Hitler um die Außendienststellung der großen Schiffe). Nachfolger Großadm. Dönitz
4.– 9. 2. 43	19 U-Boote versenken aus Konvoi SC. 118 im Nordatlantik 11 Schiffe mit 59 765 BRT bei 3 Verlusten
18.–25. 2. 43	20 U-Boote versenken aus Konvoi ON. 166 im Nordatlantik 15 Schiffe mit 97 382 BRT bei 2 Verlusten
6.–11. 3. 43	23 U-Boote versenken aus Konvoi SC. 121 im Nordatlantik 13 Schiffe mit 59 331 BRT bei 1 Verlust
9.–10. 3. 43	"U 510" torpediert aus Konvoi BT. 6 vor Brasilien 9 Schiffe mit 54 130 BRT
16.–20. 3. 43	42 U-Boote versenken aus den Konvois SC. 122 und XH. 229 21 Schiffe mit 140 942 BRT bei 1 Verlust. Größte Geleitzugschlacht des Krieges
April 43 Ende	Erster Einsatz von Geleitflugzeugträgern, Langstreckenbombern, "Support"-Gruppen zur Konvoi-Sicherung im Nordatlantik, damit Wende im U-Bootkrieg eingeleitet
29. 4.– 5. 5. 43	43 U-Boote versenken aus Konvoi ONS. 5 im Nordatlantik 13 Schiffe mit 61 959 BRT. Am letzten Tage gehen d. Support-Groups 6 U-Boote verloren
30. 4.–1. 5. 43	"U 515" versenkt aus Konvoi TS. 37 westlich Freetown 7 Schiffe mit 43 256 BRT
24. 5. 43	BdU. bricht Geleitzugbekämpfung im Nordatlantik nach mehreren schweren Mißerfolgen ab. Insgesamt im Mai im Nordatlantik bei Konvoi-Operationen 19, auf Wartestellungen 5, in entfernten Op.-Geb. 2 und auf dem An- und Abmarsch 12 U-Boote verloren

20. Die militärische Wende im Osten: Die Schlacht um Stalingrad 1942/43

Zur Vorgeschichte:

1940	31. 7.: Hitler äußert bei der Befehlshaberbesprechung: "Zur Zerschlagung der russischen Lebenskraft muß eine Teiloperation gegen das Ölgebiet von Baku geführt werden."
1941	11. 6.: Vorbereitende Weisung Nr. 32; 24. 7.: Erste Denkschrift der Op. Abt. des Genst. d. H. für eine Offensive in Richtung Kaukasus; 24. 10.: Erster Op. Entwurf für ein solches Angriffsunternehmen (Unter Abdeckung der Nordflanke: Stalingrad-Astrachan = Wolga); 7. 11.: Hitler erklärt dem Chef Genst. d. H.: "Die Besitznahme des Ölgebietes wird bis zum nächsten

	Jahr zurückgestellt werden müssen." Am 19. 11. legt er als Angriffsziel für das Jahr 1942 fest: Kaukasus und russische Südgrenze
1942	12. 2.: Vorbereitende Weisung der Op. Abt. des Genst. d. H. für die deut schen Operationen nach Abschluß der Winterperiode; 5. 3.: OKW-Weisung zur Eroberung der Krim, der Halbinsel Kertsch und Sewastopols
	5. 4.: Führerweisnung Nr. 41 für die Sommeroffensive 1942 ("Blau") (Vier Operationsabschnitte)
8. 5.–15. 5.	Eroberung der Halbinsel Kertsch
17. 5.–28. 5.	Schlacht bei Charkow (240 000 Gefangene)
7. 6.–4. 7.	Eroberung der Krim und Sewastopols (11. Armee unter Gen. Oberst v. Manstein)

Verteilung der dt. Divn.-Verbände auf Kriegsschauplätze:

		Osten	Finnl.	Norw.	Dänem.	Westen	Afrika	Balkan	Summe:
1. 7. 1942:	Heer Waffen-SS	173 4²/₂	4 1	12 –	1 –	28 1	3 –	5 –	226 6²/₂
	Summe	177²/₂	5	12	1	29	3	5	232²/₂

Der Weg nach Stalingrad:

28. Juni 1942	**HGr. Süd** (Gen. Feldm. v. Bock) mit: 17., 6., 2., 1. Pz., 4. Pz. Armee; rum. 3. (i. A.), ung. 2. Armee (Res.: 8. ital. Armee); 11. Armee

5. 7.	greift aus dem Raum östlich Charkow-Kursk an.
	Nordflügel erreicht den Don bei Woronesh

9. 7.	Bildung der **HGr. B.** (Gen. Oberst v. Weichs) mit 6. -, 2. -, 2. - ung. -, 8. ital. Armee und der **HGr. A** (Gen. Feldm. List) mit 17. Armee, 1. u. 4. Pz. Armee; 3. rum. Armee u. 11. Armee

23. 7.	HGr. A nimmt Rostow (zum 2. Mal)
	Führerweisung Nr. 45: Gleichzeitige, exzentrische Operation auf Batum-Baku und Stalingrad
HGr. A	
9. 8.	HGr. A erobert das Gebiet von Maikop und Pjatigorsk
21. 8.	Deutsche Kriegsflagge wird auf dem Elbrus gehißt
HGr. B	
30. 7.	Hitler befiehlt Abdrehen der 4. Pz. Armee vom Kaukasus zum Angriff auf Stalingrad (von Süden) (Der HGr. B unterstellt)
19. 8.	Gen. Paulus (OB d. 6. Armee) gibt den Befehl zum Angriff auf die Stadt Stalingrad
20. 8.	4. Pz. Armee (Gen. Oberst Hoth) läuft südlich Stalingrad fest, erreicht aber am 23. 8. den Westrand der Stadt.
1. 9.–15. 9.	6. Armee und 4. Pz. Armee kämpfen sich von Nord-West und Süd an die Stadt heran und dringen in die Vororte ein

Sowjetunion:

Herbst 1941 — Beginn des Ausbaues der Verteidigungsstellungen von Stalingrad

1942 — 10. 7.: Auf Befehl des sowjetischen Ob. Kdos (Stawka) werden die 62. und 64. Armee aus den strategischen Reserven zur Verteidigung Stalingrads herangeführt; 12. 7.: Beide Armeen bilden die HGr. "Stalingrad" (OB Marschall Timoschenko; ab 23. 7.: Gen. Lt. Gorodow); 28. 7.: Weisung des sowjetischen Ob. Kdos. an die HGr. "Stalingrad": "Keinen Schritt zurück. Hinter der Wolga gibt es für uns kein Land mehr." 5. 8.: Aufgliederung der HGr. "Stalingrad" in HGr. "Stalingrad" und HGr. "Südostfront"; 25. 8.: Belagerungszustand von Stalingrad erklärt; 12. 9.: Die 62. Armee (Gen. Lt. Tschuikow) übernimmt die Verteidigung von Stalingrad

Das Ringen um die Behauptung der Stadt

16. 9.–18. 11. — Kämpfe in Stalingrad

24. 9. — Ablösung des Chefs des Genst. d. H., Gen. Oberst Halder.
Nachfolger: Gen. d. Inf. K. Zeitzler

3. 10. — Einnahme des Vorortes Orlowka

14. 10. — Angriff auf das Traktorenwerk Dsherschinski
Führerweisung: "Russe geschwächt und nicht mehr kampfkräftig".

6. 1. — Feindlagebeurteilung der Abt. Fremde Heere Ost (OKH): Ein sowjetischer Angriff ist in erster Linie gegen die HGr. Mitte zu erwarten.

8. 11. — Hitler im Bürgerbräukeller: "Wir haben Stalingrad schon

10. 11. — Angriff der 6. Armee auf die chem. Fabrik Lazur und auf das Hüttenwerk "Roter Oktober"

12. 11. — Die Abt. Fremde Heere Ost (OKH) rechnet mit begrenzten sowjetischen Angriffen gegen die Front der 3. rum. Armee (Don)

Sowjetunion:

Ende Sept. — Das sowjetische Ob. Kdo. arbeitet einen Plan zur Gegenoffensive aus

30. 9.	Umgliederung der Front: "Südwestfront" (OB: Gen. Lt. Watutin); "Donfront" (OB: Gen. Lt. Rokossowski) und "Stalingradfront" (OB: Gen. Oberst Jeromenko)

4. 10. — Armeegen. Shukow und Gen. Oberst Wassilewski (Vertreter des Ob. Kdos) besprechen mit den OB's der Fronten die Organisation der geplanten Umfassungsoperation

9. 10. — Abschaffung der Kommissare und Einführung der alleinigen Befehlsgewalt der Kdre

19. Nov. 1942: — Beginn der sowjetischen Großoffensive ("Südwestfront")

7.30 Uhr — Die Front der 3. rumänischen Armee bei Kletskaja und Blinoff wird durchstoßen

Südwestfront:	1. Garde-Armee, 5. Pz. Armee und 21. Schützen-Armee
Donfront:	65., 24., 66. Schützen-Armee
Stalingradfront:	62., 64., 57., 51. Schützen-Armee
(alle mit Pz. Korps) + 17., 2., 16. u. 18. Luftarmee	

20. 11. — Angriff der HGr. "Stalingrad" südlich der Stadt (2 Pz. Korps, 9 Schützen Div.). Durchbruch bei der 4. rum. Armee.

Stärken:	
Sowjetunion:	Deutschland/Rumänien:
rd. 50 Divn. rd. 1000 Pz.	. . . . 250 000 Mann 1 800 Geschütze 100 Panzer

21. 11.	Gen. Feldm. v. Manstein wird mit der Führung der neugebildeten HGr. Don beauftragt: Aufgabe: den feindlichen Angriff zum Stehen zu bringen. (Kräfte: 3., 4. rum. Armee: 6. Armee und 4. Pz. Armee)
22. 11.	Hitler befiehlt abends: "6. Armee igelt sich ein und wartet Entsatz von außen ab".
23. 11.	16 Uhr vereinigen sich die beiden Angriffsspitzen der sowjetischen HGr. "Südwestfront" und "Stalingrad" bei Kalatsch. (Nach sowj Angaben). Damit sind die 6. Armee und Teile der 4. Pz. Armee eingekesselt (rund 300 000 Mann). (Nach deutschen Berichten erfolgte die Schließung des Kessels am 22. 11)
23. 11.	21.30 Uhr: Gen. Paulus bittet Hitler um Handlungsfreiheit
24. 11.	Hitler verspricht Entsatz der 6. Armee, nachdem Göring täglich 300 t Nachschubgüter für den Kessel zugesagt hat. (Versorgung durch die Luftwaffe)
27. 11.	Gfm. v. Manstein übernimmt den Oberbefehl über die HGr. Don
Ende Nov.	Entschluß des sowj. OB. Kdos, durch eine weitere Operation die hinter Don und Tschir stehenden deutschen Truppen zu vernichten
12. 12.	Beginn der Befreiungsoffensive (Armee-Gen. Hoth mit 2 Pz. Div. ab 17. 12. 1 weitere zugeführt, 1 mot. Div.–LVII. A. K.). Diese Kräfte erreichen bis zum 21. 12. den Raum 48 km vor Stalingrad, Kampf an der Myschkowa gegen sowjetische Truppen unter Gen. Lt. Malinowski
16. 12.	Truppen des Südflügels der HGr. "Woronesh" und der HGr. "Südwestfront" greifen über den Don mit Stoßrichting Tschir-Rostow an
19. 12.	"Wintergewitter" für 6. Armee befohlen. (Entgegenkommen mit Teilkräften der Entsatzarmee Hoth)
22./23. Dez.	Die Auslösung des Unternehmens "Donnerschlag" (Gesamtausbruch der 6. Armee; Letzte Möglichkeit) kann nicht befohlen werden, da Hitler die Genehmigung verweigert
23.–25. 12.	Die fortschreitende sowjetische Offensive gegen die Tschirfront zwingt zum Abbruch des Befreiungsvorstoßes (Hoth)
1943	
8. 1.	Das sowjetische Ob. Kdo. fordert die 6. Armee zur Übergabe auf
10. 1.	Beginn der "gewaltsamen Liquidation" des Stalingrader Kessels durch die Truppen der HGr. "Donfront" (Unter dem Befehl des Marschalls Woronew vom sowj. Ob. Kdo.)
25. 1.	Spaltung des Kessels in Nord- und Südfront
31. 1.	Der Südkessel (mit Gen. Feldm. Paulus) kapituliert
2. 2.	Der Nordkessel stellt den Kampf ein. (Von den Eingeschlossenen: 34 000 Mann = Verwundete – herausgeflogen; 90 000 Mann in Gefangenschaft – nach sowjetischen Angaben: 130 000 Mann –.)

Verteilung der deutschen Divisionsverbände auf die Kriegsschauplätze am 1. 7. 1943 und 1. 6. 1944									
Datum	Zugehörigkeit	Osten	Finnland	Norwegen	Dänemark	Westen	Italien	Balkan	Summe
1. 7. 1943	Feldheer	168	6	13	2	36	5	13	243
	Waffen-SS	$6^{2}/_{2}$	1	–	–	2	1	1	$11^{2}/_{2}$
	Luftwaffe	12	–	1	1	6	1	1	22
		$186^{2}/_{2}$	7	14	3	44	7	15	$276^{2}/_{2}$
1. 6. 1944	Feldheer	$148^{1}/_{2}$	6	12	3	47	$23^{1}/_{2}$	18	$257^{2}/_{2}$
	Waffen-SS	$8^{1}/_{2}$	1	–	–	4	1	7	$21^{1}/_{2}$
	Luftwaffe	–	–	–	–	3	3	–	6
		$156^{2}/_{2}$	7	12	3	54	$27^{1}/_{2}$	25	$284^{2}/_{2}$
		55%	2,5%	4,2%	1,1%	19%	9,6%	8,8%	100%

Verteilung des Feldheeres auf den Osten und Westen 1942 bis 1944			
Zeitpunkt	Stärke des Feldheeres		Bemerkung
	im Westen	im Osten	
1. 7. 1942	520 000	2 635 000	*) einschließlich Erdkampfkräfte von Luftwaffe und Waffen-SS
1. 7. 1943	746 000*)	3 138 000*)	
1. 10. 1943	722 000*)	2 568 000*)	
1. 7. 1944	892 000*)	2 160 000	

Die Waffen-SS				
Zahlenmäßige Entwicklung der SS 1935 bis 1945				
	Allgemeine SS	Mitglieder der Allg. SS in der Waffen-SS	Waffen-SS*)	gesamte SS
1935 Mai	196 875	–	10 700	207 575
1936 Januar	188 974	–	12 067	201 041
1937 Dezember	196 976	6 000	17 386	208 364
1938 Dezember	226 753	12 000	23 406	238 159
1939 Dezember	223 615	20 000	40 000	243 615
1940 Dezember	227 699	30 000	50 074	247 773
1941 Dezember	256 821	58 447	198 364	396 738
1942 Dezember	260 845	60 081	230 000	430 764
1943 Juli	262 323	61 723	433 400	634 000
1944 Juni	264 379	63 881	594 443	794 941
1945 März	263 929	63 881	829 400	1 029 448
*) = 1935 bis 1939: SS-Verfügungstruppe und SS-Totenkopfverbände.				

Stärke der Osttruppen Anfang 1943		
	Inf., Kav., Art. in Batl.-Stärke	Arbeits-, Wach-, Ausbild.-Einheiten (Komp.)
Ostfreiwillige	51	10
Turkmenen	33	11
Nordkaukasier	13	–
Wolgatataren	12	1
Kosaken	24	1
Armenier	8	–
Asserbeidschaner	11	–
Georgier	11	2
Esten	4	–
Finnen	1	–
Litauer	3	6
Fernöstliche	1	–
Griechen	1	1
Ukrainer	–	2
Russen	–	2
Letten	–	2
Kalmücken	3	–
	176	38

Das Kriegsjahr 1943: Politik

9. 1. Die "Nanking-Regierung" (von Japan gestützt) erklärt den USA und Großbritannien den Krieg.

10., 1. Zusammentreffen Hitlers mit Marschall Antonescu im F. H. Qu. (Neuaufbau der rumänischen Armee).

11. 1. Vertrag zwischen China (Tschiang Kai-schek) und Großbritannien/USA über die Aufgabe der alliierten exterritorialen Rechte in China

13. 1. Erlaß Hitlers über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung (totale Mobilmachung).

14. 1. –
25. 1. Konferenz von Casablanca. Churchill, Roosevelt, Stabchefs. Verkündigung der Formel von der "Bedingungslosen Kapitulation". Roosevelt vermittelt zwischen den französischen Generalen de Gaulle und Giraud.

20. 1. Abschluß eines deutsch-japanischen Wirtschaftsabkommens.

Beginn des Unternehmens "Weiß" deutscher, italienischer und kroatischer Verbände zur Bekämpfung der Tito-Partisanen.

27. 1. Verordnung für den Arbeitseinsatz zur Führung des totalen Krieges (Sauckel).

30./31. 1. Besprechungen Churchills mit dem türkischen Staatspräs. Inönü in Adana ("wohlwollende Neutralität" der Türkei).

31. 1. Rücktritt des dt. OdM., Gr. Adm. Raeder. Nachfolger: Gr. Admiral Dönitz.

Gen. Oberst Ambrosio wird zum neuen Chef des italien. Wehrmachtgenst. (anstelle von Cavallero) ernannt.

2. 2. Die letzten Kräfte der deutschen 6. Armee kapitulieren im Kessel von Stalingrad.

3. 2. Die finnische Führung erwägt, das Land bei der ersten möglichen Gelegenheit aus dem Kriege herauszuführen.

5. 2. Graf Ciano wird als italien. Außenminister abgelöst. Mussolini übernimmt das Amt selbst.

Konferenz von Algier (Churchill, Eisenhower, Giraud und de Gaulle).

6. 2. Reichsführer SS H. Himmler wird ermächtigt, die "gesamte germanische Arbeit" in den besetzten Gebieten (Niederlande, Dänemark und Norwegen) in die Hand zu nehmen (erste Vollmachten v. 12. 8. 42).

11. 2. Schüler der dt. höheren Schulen (mit Vollendung des 15. Lebensjahres) werden in Deutschland zur Dienstleistung als Luftwaffenhelfer einberufen.

13. 2. R. Ryti wird erneut zum Staatspräsidenten von Finnland gewählt.

16. 2. Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für Franzosen in der deutschen Wirtschaft.

18. 2. Reichspropagandaminister Goebbels ruft im Sportpalast zum "totalen Krieg" auf.

1. 3. In Moskau wird die "Union polnischer Patrioten" gegründet (Keimzelle des späteren kommunistischen "Lubliner-Komitees").

14. 3. Wirtschafts- und Finanzabkommen zwischen Japan und Deutschland unterzeichnet.

26. 3. Deutsche Forderung an Finnland, nicht ohne dt. Zustimmung Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen.

27. 3. Vertrag Japans mit der Nanking-Regierung (China) über die Rückgabe der japanischen Konzessionen in Tsientsin, Hankow, Shasi, Soodow, Hangchow und Amoy an China

1. 4. Der ungarische Min. Präs. von Kàllay besucht Mussolini in Rom (Versuch, diesen für einen Separatfrieden zu gewinnen).

8./9. 4. Zusammentreffen Hitlers mit Mussolini in Klessheim bei Salzburg.

12./13. 4. Antonescu bei Hitler.

13. 4. Bei Katyn (Smolensk) werden Massengräber mit Leichen erschossener polnischer Offiziere entdeckt (über 4 000). Nach internationalen Untersuchungen sind die Gräber vor dem deutschen Einmarsch angelegt worden.

15. 4. Shigemitsu wird neuer japanischer Außenminister.

16. 4. Admiral Horthy bei Hitler.

18. 4. Tod des Admirals Yamamoto, OB der japanischen Flotte.

19. 4./16. 5. Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto (von 360 000 sind bereits 300 000 in Vernichtungslager abtransportiert worden). Waf-

fen-SS und Polizeieinheiten machen über 56 000 Juden nieder.

26. 4. Die Sowjetunion und die polnische Exilregierung in London brechen die diplomatischen Beziehungen ab (s. Katyn).

8. 5.–3. 6. Konferenz von Hotsprings, Virginia/USA (Organisation für Lebensmittel und Landwirtschaft, später als UN-Organ anerkannt).

12. 5.–25. 5. Konferenz von Washington ("Trident") Churchill und Roosevelt beschließen: Landung in Süditalien; Besetzung der Azoren. "Overlord": 1944 (s. S. 588)

Roosevelt gibt Benesch (Exilpräs. der ČSR) die Zusage: Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende.

13. 5. Kapitulation der dt. HGr. von Arnim in Tunesien. Ende der Kämpfe in Afrika. 130 000 Deutsche und 120 000 Italiener geraten in Gefangenschaft.

14./27. 5. Bildung des "Conseil National de la Résistance" in Frankreich (Programm 15. 3. 44 unterzeichnet).

15. 5. Auflösung der 1919 gegründeten kommunistischen Internationale.

Unternehmen "Schwarz" gegen die Tito-Partisanen und Četniks in Montenegro beginnt.

24. 5. Großadmiral Dönitz bricht die Geleitzugsbekämpfung im Nordatlantik nach großen Mißerfolgen ab. (Wende im U-Boot-Krieg s. S. 567).

27. 5. Gen. Anders wird OB der polnischen Truppen im Nahen Osten.

31. 5. Die erste britische Militärmission trifft beim Stabe Titos in Jugoslawien ein.

10. 6. Beginn der in Casablanca beschlossenen Bomberoffensive gegen das Deutsche Reich

28. 6. Forderungen des kommunistisch beherrschten "Verbandes Polnischer Patrioten" in Moskau: Abtretung Oberschlesiens, Danzigs- und Westpreußens an Polen.

30. 6. Gen. Bor-Komorowski wird neuer OB der polnischen "Heimatarmee" (nach der Verhaftung v. Gen. Rowecki durch die Gestapo).

Japan tritt die Internationale Niederlassung in Shanghai an China ab.

4. 7. Gen. Sikorski, Min. Präs. der poln. Exilregierung, stürzt bei Gibraltar mit einem Flugzeug ab. Nachfolger: Mikolajczyk.

5. 7. Beginn des Unternehmens "Zitadelle" an der Ostfront (Deutsche Sommeroffensive).

9./10. 7. Landung der Alliierten auf Sizilien ("Husky").

12./13. 7. Gründung des "Nationalkomitees Freies Deutschland" in Krasnogorsk b. Moskau.

16. 7. Roosevelt und Churchill fordern das italienische Volk auf, den Kampf einzustellen und sich gegen das faschistische System zu erheben.

19. 7. Letztes Zusammentreffen Hitlers mit Mussolini in Feltre vor dem Sturz des faschistischen Systems.

24. 7. Der "Große Faschistische Rat" bittet Kg. Viktor Emmanuel II, wieder den Oberbefehl über die italienischen Streitkräfte (am 10. 6. 1940 an Mussolini abgetreten) zu übernehmen.

25. 7. Umsturz in Italien:

Mussolini bietet dem italienischen König seinen Rücktritt an. Verhaftung Mussolinis. Marschall Badoglio wird zum neuen Regierungschef ernannt.

30. 7. Gen. de Gaulle bildet in Algier ein Kabinett.

1. 8. Burma (unter japanischer Herrschaft) erklärt seine Unabhängigkeit. Reg. Chef: Ba Maw. Kriegserklärung an Großbritannien und die USA.

3. 8. Erste Fühlungnahme zwischen italienischen und alliierten Vertretern in Lissabon. 12. 8. Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen.

6. 8. Deutsch-italienisches Treffen in Tarvis (äußerstes gegenseitiges Mißtrauen).

11. 8. Bildung einer neuen jugoslawischen Exilregierung unter Purić (Übersiedlung nach Kairo).

14.–24. 8. Konferenz von Quebec ("Quadrant") zwischen Churchill und Roosevelt. (Erörterung der Lage: Italien, Burma; "Overlord").

28. 8. Plötzlicher Tod des bulgarischen Königs Boris III.

29. 8. Verhängung des Ausnahmezustandes in Dänemark, nachdem die dänische Regierung die deutschen Forderungen abgelehnt hatte, ihrerseits zur Bekämpfung von Sabotage Schnellgerichte und die Todesstrafe einzuführen. Selbstversenkung der dänischen Flotte. Rücktritt der dänischen Regierung. Beginn von Streiks und erhöhter Sabotage. Bildung eines "Freiheitsrates".

2. 9. Hitlers Erlaß über die Konzentration der Kriegswirtschaft.

2./3. 9. Besuch von Antonescu bei Hitler (Räumung des Kubanbrückenkopfes).

3. 9. Abschluß des geheimgehaltenen Waffenstillstandes Italiens mit den Alliierten (am 8. 9. verkündet).

Stalins Gespräche mit dem Metropoliten Sergius und Nikolaus ("Bündnis" mit der orthodoxen Kirche). Wiederherstellung des Patriachats von Moskau.

8. 9. Deutsche Gegenmaßnahmen Fall "Achse" in Italien; laufen an. Besetzung Roms.

9. 9. Bildung einer faschistischen Gegenregierung unter Pavolini (im deutschen Machtbereich).

Bildung des Zentralkomitees der Nationalen Befreiung in Rom (CLN).

Kroatien schließt sich die im Vertrag vom 18. 5. 41 an Italien abgetretenen Gebiete Dålmatiens wieder an.

Geheimverhandlungen zwischen Ungarn und Großbritannien mit dem Ziel, einen Waffenstillstand abzuschließen, sobald alliierte Verbände die ungarische Grenze erreicht haben.

11./12. 9. Gründung des "Bundes deutscher Offiziere" im sowjetischen Kriegsgef. Lager Lunjowo.

12. 9. Befreiung Mussolinis durch deutsche Fallschirmjäger (Berghotel Campo Imperatore am Gran Sasso Massiv/Abruzzen).

15. 9.	Mussolini übernimmt die Führung der italienischen Gegenregierung. Sitz: Salo/Gardasee.
8. 10.	Spanien fordert die Rückkehr der "Blauen Div." von der Ostfront.
12. 10.	Portugal räumt den Alliierten Stützpunkte auf den Azoren ein ("Operation Alcrity").
13. 10.	Italien (Reg. Badoglio) erklärt erklärt Deutschland den Krieg.
16.–25. 10.	Nationalversammlung von Tirana beschließt die Unabhängigkeit Albaniens.
19.–30. 10.	Konferenz von Moskau (Nachkriegsplanungen, Int. Organisation, militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion s. S. 612).
30. 10.	Japanisch-chinesischer (Nanking) Freundschafts- und Bündnispakt unterzeichnet
5. 11.	Großostasiatischer Kongreß in Tokio mit Verboten zu projapanischer Regierungen von China, der Mandschurei, Burmas, Siams den Philippinen und dem "Freien Indien".
9. 11.	Gründung der UNRRA ("United Nations Relief and Rehabilitation Administration") zur Unterstützung der "befreiten Gebiete".
20. 11.	Vorbereitung der polnischen Aktion "Burza" (verstärkte Sabotage- und Partisanentätigkeit gegen die dt. Armeen) befohlen (von Gen. Bor-Komorowski).
22. 11. – 26. 11.	1. Konferenz von Kairo ("Sextant") zwischen Roosevelt, Churchill, Tschiang kai-Schek (Nachkriegspläne und Strategiefragen im Fernen Osten).
28. 11. – 1. 12.	Konferenz von Teheran (s. S. 611). Roosevelt-Stalin-Churchill (Nachkriegsplanungen, "Overlord").
3.–6. 12.	2. Konferenz von Kairo (Roosevelt, Churchill und der türkische Staatspräs. Inönü). Türkei lehnt Kriegseintritt ab.
9. 12.	Himmler entschließt sich, in Schweden mit einem Vertreter der USA (Hewitt) die Möglichkeiten von Friedensverhandlungen zu erörtern. (1. Gespräch durch Schellenberg am 9. 11. geführt). Jedoch ist Hewitt bereits wieder in die USA zurückgekehrt.
12. 12.	Vertrag zwischen der UdSSR und der tschechischen Exilregierung unter Benesch über wechselseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach Kriegsende.
15. 12.	In London nimmt die Europäische Beratende Kommission (EAC) ihre Arbeit auf (s. S. 611).
17. 12.	Roosevelt unterschreibt ein Gesetz, das die Einschränkungen der Einwanderung von Chinesen in den USA aufhebt.
22. 12.	Hitler befiehlt die Einführung von NS-Führungsoffizieren in der deutschen Wehrmacht.
24. 12.	Gen. Eisenhower wird zum OB der alliierten Streitkräfte für die Invasion in Frankreich ernannt.
	Geheime sowjetisch-rumänische Waffenstillstandsverhandlungen beginnen in Stockholm.

21. Luftkrieg 1942/43

10./11. 1.	91 britische Flugzeuge (von 124 gestarteten) werfen bei 6 Verlusten 116 t Bomben auf Wilhelmshaven. 23 weitere Bomber greifen Emden an. Deutsche Luftangriffe auf Liverpool und Merseyside.
3./4. 3.	223 britische Flugzeuge (von 235 gestarteten) werfen bei 1 Verlust 462 t Bomben auf die Renault-Werke in Billancourt bei Paris. 2/3 der Werke zerstört.
8./10. 3.	389 britische Flugzeuge (von 524 gestarteten) werfen in 3 aufeinanderfolgenden Nächten insgesamt 672 t Bomben auf Essen.
13./14. 3.	104 britische Flugzeuge (von 135 gestarteten) werfen 160 t Bomben auf Köln.
28./29. 3.	234 Wellington und Stirling des RAF Bomber Command führen ersten "Area-Bombing"-Angriff auf Lübeck durch. 304 t Bomben abgeworfen. Innenstadt hauptsächlich durch Brandbomben vernichtet: 1 425 Gebäude völlig zerstört, 1 976 schwer beschädigt. 320 Tote und 785 Verwundete unter der Zivilbevölkerung. 12 Bomber abgeschossen.
2.–8. 4.	Heftige Luftangriffe des deutschen II. Flieger-Korps (Loerzer) und italienischer Bomber gegen Malta, mit dem Ziel, die Inselfestung "sturmreif" zu machen. 2 Zerstörer und 4 U-Boote werden im Hafen versenkt, so daß die restlichen Boote der 10. britischen U-Flottille Mitte des Monats Malta räumen müssen. Die Luftangriffe halten bis zum 10. 5. 1942 an.
4.–30. 4.	Das I. Flieger-Korps greift an 6 Tagen mit insgesamt 162 Stuka und 434 Bombern und Jägern Schiffsziele, Flakstellungen und Hafenanlagen in Leningrad an. Das Schlachtschiff Oktjabrskaja Revoljucija und 3 Kreuzer erhalten Treffer.
5./6. 4.	212 britische Flugzeuge (von 263 gestarteten) werfen bei 5 Verlusten 313 t Bomben auf Köln.
8. 4.	Die deutsche Luftwaffe verlor seit 1941 268 Bomber-Flugzeuge. 199 sonstige. Damit seit dem 22. 6. 1941 an der Ostfront insgesamt 1 026 Bomber 762 Jänger und 1 163 Stuka, Aufklärer, Zerstörer, Transporter usw. = Totalverlust: 2 951 Flugzeuge, 1 997 wurden beschädigt.
8./9. 4.	168 britische Flugzeuge (von 172 gestarteten) werfen bei 5 Verlusten 250 t Bomben auf Hamburg.
14.–16. 4.	215 britische Flugzeuge (von 360 gestarteten) werfen in 2 aufeinander folgenden Nächten bei 15 Verlusten 278 t Bomben auf Dortmund.
24.–27. 4.	In 4 Angriffen werfen 468 britische Bomber 442 t Spreng- und 305 t Brandbomben auf Wohnviertel in Rostock: 60 % der bebauten Altstadtfläche ausgebrannt, 204 Tote, 89 Schwerverletzte, 12 britische Bomber abgeschossen.
25./26. 4.	Vergeltungsangriff gegen die südenglische Hafenstadt Bath (am 26./27. wiederholt): 400 Tote, rd. 400 Schwerverletzte, starke Schäden.
3./4. 5.	90 deutsche Bomber greifen Exeter an: 163 Tote und 131 Verletzte unter der Zivilbevölkerung.
30./31. 5.	Erster 1 000-Bomber-Angriff auf eine deutsche Stadt. Von 52 Flugplätzen starten 1 047 britische Bomber zum Angriff auf Köln. 868 Flugzeuge gelangen über das Ziel und werfen 1 459 t Bomben auf die Kölner Innenstadt: 474 Tote, über 5 000 Verletzte, 45 000 Obdachlose, 3 330 Gebäude vernichtet, 9 510 schwer beschädigt. Der Angreifer verliert 40 Bomber, 45 weitere werden schwer beschädigt, von denen 12 bei der Landung zu Bruch gehen.
1./2. 6.	726 britische Flugzeuge (von 957 gestarteten, darunter 347 von Schulverbänden) werfen bei 32 Verlusten 1 235 t Bomben auf Essen, Duisburg und Oberhausen.

25./26. 6. — 713 britische Flugzeuge (von 1 006 gestarteten, darunter 102 Bomber des Coastal Command und 272 von Schulverbänden) werfen bei 49 Verlusten 1 450 t Bomben auf Bremen.

26./27. 7. — 304 britische Flugzeuge (von 403 gestarteten) werfen bei 30 Verlusten 724 t Bomben auf Hamburg.

29./30. 7. — 245 britische Flugzeuge (von 291 gestarteten) werfen bei 9 Verlusten 576 t Bomben auf Saarbrücken.

31. 7//1. 8. — 470 britische Flugzeuge (von 630 gestarteten) werfen bei 30 Verlusten 907 t Bomben auf Düsseldorf.

10./11. 9. — 360 britische Flugzeuge (von 476 gestarteten) werfen bei 30 Verlusten 760 t Bomben auf Düsseldorf; 44 Tote, 170 Verletzte, 4 000 Obdachlose 400 Großbrände.

22./23. 11. — 222 britische Flugzeuge werfen bei 10 Verlusten 335 t Bomben auf Stuttgart.

1943

27. 1. — Die 8. USAAF führt mit 55 B 17 ohne Jagdschutz ihren ersten Tagesangriff auf deutsches Gebiet durch: Ziel Wilhelmshaven.

30. 1. — Erster Tagesangriff britischer Mosquito-Schnellbomber auf Berlin: Störung der 10-Jahres-Feier der "Machtübernahme".

30./31. 1. — 92 (von 148 gestarteten) britische Flugzeuge werfen 315 t Bomben auf Hamburg. Dabei erster Einsatz des 9-cm-Radar-Bordgerätes H 2 S (erstes Gerät für Navigation auf Fernsehbasis). Eines dieser Geräte wird am 3. 2. auf einem bei Rotterdam abgeschossenen britischem Bomber geborgen (daher deutsche Bezeichnung "Rotterdam-Gerät")

3./4. 3. — 344 britische Flugzeuge (von 417 gestarteten) werfen bei 10 Verlusten 913 t Bomben auf Hamburg.

117 deutsche Bomber greifen London an und verlieren 6 Maschinen.

1943/44

5./6. 3. — Beginn einer neuen Luftoffensive des RAF Bomber Command gegen das Ruhrgebiet.

Nächtlicher Großangriff (durch "Pfadfinder"-Verband mit 22 Lancaster und 8 Mosquito nach dem "Oboe"-System geführt) auf Essen. Von 412 eingesetzten Bombern (140 Lancaster, 89 Halifax, 52 Stirling und 131 Wellington) kommen 369 zum Angriff. 14 Bomber abgeschossen (3 016 Häuser zerstört. 2 050 schwer, 21 000 leichter beschädigt, 397 Tote und Vermißte sowie 1 440 Verletzte unter der Bevölkerung.)

27./28. 3. — 329 britische Flugzeuge (von 396 gestarteten) werfen 873 t Bomben auf Berlin. 9 Bomber abgeschossen.

28./29. 3. — 295 britische Flugzeuge (von 323 gestarteten) werfen bei 2 Verlusten 667 t Bomben auf St. Nazaire.

29./30. — 213 britische Flugzeuge (von 329 gestarteten) werfen bei 21 Verlusten 578 t Bomben auf Berlin.

31. 3. — Amerikanische Bomber greifen Rotterdam und Cagliari (Sardinien) an. Insgesamt wurden im März 1943 rd. 8 000 t Bomben auf Deutschland abgeworfen.

8./9. 4. — 304 britische Flugzeuge (von 392 gestarteten) werfen bei 19 Verlusten 846 t Bomben auf Duisburg. In der Nacht zum 10. 4. durch 99 Bomber (321 t Bomben abgeworfen, 8 Verluste), wiederholt.

10./11. 4. — 436 britische Flugzeuge (von 502 gestarteten) werfen bei 18 Verlusten 1 037 t Bomben auf Frankfurt/M.

14./15. 4. — 365 britische Flugzeuge (von 462 gestarteten) werfen bei 23 Verlusten 801 t

Bomben auf Stuttgart; 619 Tote und 703 Verletzte unter der Zivilbevölkerung.

91 deutsche Bomber greifen bei 6 Verlusten Chelmsford (NO London) an.

14.–16. 4. 215 britische Flugzeuge (von 360 gestarteten) werfen in 2 aufeinanderfolgenden Nächten 278 t Bomben auf Dortmund. 15 Bomber abgeschossen.

4./5. 5. 495 britische Flugzeuge (von 596 gestartet) werfen bei 31 Verlusten 1 436 t Bomben auf Dortmund.

26./27. 4. 499 britische Flugzeuge (von 561 gestarteten) werfen bei 17 Verlusten 1 450 t Bomben auf Duisburg; 80 Tote und 150 Verletzte unter der Zivilbevölkerung.

16./17. 5. Britische Lancaster-Bomber zerstören die Sperrmauern der Möhne- und Eder-Talsperren. Staudamm der Sorpe-Talsperre hält trotz Treffer. Von 18 eingesetzten Bombern gehen 8 verloren. Im Möhne-Ruhr-Teil 1 217 Tote unter der Zivilbevölkerung, darunter 718 Fremdarbeiter.

23./24. 5. Schwerer britischer Luftangriff auf Dortmund: 724 Flugzeuge (von 826 gestarteten) werfen bei 38 Verlusten (darunter 22 durch Nachtjäger) 2 042 t Bomben.

10. 6. Beginn der in Casablanca (14. bis 25. 1. 1943) beschlossenen "Combined Bomber Offensive" der Alliierten gegen Deutschland: Angriffe durch US-Verbände in Präzisionsbombardierungen am Tage, Flächenwürfe der RAF bei Nacht.

Die Bekämpfung der deutschen Jägerstützpunkte und -Werke wird von den Alliierten an die Spitze der Prioritätsliste ihrer Luftkriegführung gesetzt.

24.–30. 7. Die Operation "Gomorrha": Schwere alliierte Luftangriffe auf Hamburg.

24./25. 7. 740 britische Flugzeuge werfen 2 300 t Bomben. 12 Bomber abgeschossen.

25. 7. 122 B 17 der 8. USAAF greifen bei Tage an, um Löscharbeiten zu verhindern.

27./28. 7. 739 britische Flugzeuge werfen bei 17 Verlusten 2 312 t Bomben.

26. 7. 54 B 17 greifen den Stadtteil Wilhelmsburg an.

29./30. 7. 726 britische Flugzeuge werfen erneut 2 277 t Bomben. 28 Flugzeuge abgeschossen.

Ergebnis der Angriffe: 30 482 Tote, 277 330 Wohngebäude völlig zerstört sowie 580 Industriebetriebe. 2 632 gewerbliche Betriebe, 80 Anlagen der Wehrmacht, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen, 58 Kirchen.

17./18. 8. 597 britische Flugzeuge werfen 1 593 t Spreng- und 281 t Brandbomben auf die wissenschaftlichen Versuchsanstalten des Heeres für Gleitbomben und Raketenwaffen (V-Waffen) in Peenemünde. Entwicklungs- und Fertigungswerk stark beschädigt. 735 Tote, darunter viele Zwangsarbeiter. 40 Bomber durch Nachtjäger abgeschossen.

64 Bomber des "Angriffsführers England" greifen Lincoln, Colchester und Brighton an.

23./24. 8. Die RAF setzt 335 Lancaster, 251 Halifax, 124 Stirling und 17 Mosquito = 727 Bomber gegen Berlin ein. 625 Flugzeuge gelangen ans Ziel und werfen 1 765 t Bomben auf die Stadt. 57 Flugzeuge abgeschossen, davon 33 durch Nachtjäger.

14. 10. Tagesangriff der 8. USAAF auf Schweinfurt. Von den 291 eingesetzten viermotorigen Bombern 60 über Deutschland abgeschossen, 17 gehen über See und über England verloren, 121 werden beschädigt, 50 deutsche Jugdflugzeuge abgeschossen. Herbstkrise der amerikanischen Tagesangriffe auf deutsches Gebiet.

18. 11.– 3. 12.	In 5 Großangriffen in den Nächten vom 18./19. 11., 22./23. 11., 23./24. 11., 26./27. 11. und 2./3. 12. werfen 2 212 britische Flugzeuge (von 2 498 gestarteten) insgesamt 8 656 t Bomben auf Berlin. 123 Bomber abgeschossen. Die Zivilbevölkerung verliert über 2,700 Tote; 250 000 Obdachlose.
13. 12.	1 462 Flugzeuge der 8. und 9. USAAF führen ihren bisher größten Tagesangriff auf Deutschland durch. Kiel, Bremen und Hamburg sowie Fliegerhorst Schipol (bei Amsterdam) bombardiert.

22. Sturm auf die "Festung Europa" 1943

Im Osten:

Nord

noch 1942	Abwehrkämpfe im Raum Leningrad und Oranienbaum; Stellungskämpfe
18. 1. 43	Sowjetische Truppen stellen Landzugang nach Leningrad her (Truppen der HGr. "Leningrad" vereinen sich mit der HGr. "Wolchow-Front")
	Abwehr bei Demjansk, Ladogasee, Nowgorod, Staraja Russa
6. 10.–1. 1. 44	Verteidigung im Raume Newel

Mitte

1943	Stellungskämpfe bei Welikije Luki, Bolchoff, Orelbogen
5. 7.	Abwehrschlachten um Kursk; dann Orel, Wjasma, Rshew ('Büffelbewegung"), Gomel, Orscha, Smolensk ("Panther")
7. 7.–3. 8.	Hinter der dt. Front bringen sowj. Partisanen 65 Züge zum Entgleisen. (Kowel). Operative Auswirkungen der Partisanentätigkeit in Rußland nimmt zu. (Stärke auf 80 000 Mann – organisiert – geschätzt). Im Laufe des August (vor allem 2./3. 8.) zerstören sie die Schienenwege an über 12 000 Stellen.
16. 8.	Beendigung der dt. Absetzbewegungen auf die "Hagen-Stellung"
17. 9.	Sowjets nehmen Brjansk
24. 9.	Deutsche Truppen räumen Smolensk
2. 10.	Rückzug auf die "Panther-Stellung" abgeschlossen (Gomel – östl. Witebsk)
25. 11.	Verlust von Gomel

Süd

bis März 43	Winterabwehrschlachten im Raume Mius-Don
14. 2.	Räumung von Rostow
5. 7.	Beginn der letzten deutschen Offensive im Osten ("Zitadelle") im Kursk-Bogen; am 13./15. 7. eingestellt
ab 13. 7.	Verteidigung bei Charkow, Issjum
5. 8.	Sowjets nehmen Orel
4. 9.	Befehl zur Räumung des Kubanbrückenkopfes (7. 10. abgeschlossen)
7. 9.	Stalino aufgegeben. Damit Verlust des Donzezbeckens
23. 10.	Durchbruch der Sowjets zum unteren Dnjepr, dadurch sind die dt. Kräfte
ab 1. 11.	auf der Krim abgeschnitten
6. 11.	Die Sowjets dringen in Kiew ein (auch: 129)

Im Süden/Südosten:

14.–26. 1. 43	Alliierter Beschluß, auf Sizilien und im Süden Italiens zu landen,
10. 7.	Alliierte Landung auf Sizilien (unter Gen. Alexander mit 8. brit. und 7. US-Armee) ("Husky")

Kräfte:	
OB: General Eisenhower	OB: General Guzzoni
Brit. – 5 Div. US – 1 Pz. Div. 3 Inf. Div. 280 Kriegsschiffe 3680 Flugzeuge Luftlandung mit 400 Transportern u. 170 Lastenseglern	Italiener: 4 Inf. Divn. 5 Küstensch. Divn. Deutsche: 1 Pz. Div. 1 Pz. Gren. Div.

12. 7. Eroberung von Syrakus und Augusta

25. 7. Zusammenbruch des fasch. Systems in Italien

17. 8. Ende der Kämpfe auf Sizilien

3. 9. Verbände der 8. brit. Armee landen an der Südspitze Kalabriens (Messina-Reggio) ("Baytown") und bei Tarent

9. 9. Landung der 5. US-Armee bei Salerno ("Avalanche")

Beginn der Entwaffnung der ital. Verbände

10. 9. Besetzung Roms durch deutsche Truppen

18. 9. Die alliierten Angriffsspitzen (8. brit. und 5. US-Armee) nehmen Kontakt auf; 1. 10.: Neapel erobert

28. 11. Britische Truppen überschreiten den Sangro

Im Westen

1943 Ausbau des "Atlantik-Walls" (Beginn: Herbst 1942)

28. 10. Umfassende Lagebeurteilung des OB West

5. 11. Führerweisung Nr. 51 für die Kampfführung im Westen

Im Norden

1943 Stellungskämpfe an der Liza- und Kandalakscha-Front (Finnen und 20. Geb. Arm.: Dietl)

Das Kriegsjahr 1944: Politik

1. 1. Bildung eines kommunistischen "Landesnationalrates" in Warschau unter Bierut.

4. 1. Bei Sarny (Wohlynien) überschreiten Verbände der 1. Ukrainischen Front erstmals die polnisch-sowjetische Ostgrenze von 1939.

In einer Note an alle Alliierten fordert die polnische Regierung die Achtung der Rechte und Interessen Polens durch die Sowjetunion.

9. 1. Moskau veröffentlicht eine Erklärung zur polnischen Frage: Wiedererrichtung eines starken und unabhängigen polnischen Staates auf der Grundlage der Curzon-Linie und Rückgabe von Ländern an Polen, die "ihm seit undenklichen Zeiten gehört... und von Deutschen geraubt worden" sind.

14. 1. Churchill betrachtet die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze.

22. 1.	Landung alliierter Streitkräfte im Rücken der deutschen Front bei Anzio und Nettuno.
23. 2.	Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und Tito-Partisanen beginnt.
26.–28. 2.	Zusammentreffen Hitler-Antonescu in Klessheim (Frage der Bündnistreue).
17. 3.	Geheime Waffenstillstandsverhandlungen zwischen rumänischen Oppositionspolitikern und den Alliierten beginnen in Kairo.
19. 3.	Deutsche Truppen besetzen in Ungarn strategisch wichtige Punkte ("Fall Margarete I").
	Sonderkommando Eichmann beginnt in Budapest mit der Organisation für den Abtransport ungarischer Juden in das KZ-Auschwitz.
22. 3.	"Gleichschaltung" Ungarns unter Min. Präs. Sztojay.
23./24. 3.	Zusammentreffen Hitler-Antonescu in Klessheim.
24./25. 3.	Als Abschreckung läßt Hitler 50 britische Offiziere, die aus dem Gef. Lager Sagan ausgebrochen und wieder ergriffen wurden, erschießen.
15. 4.	Badoglio bildet die italienische Regierung. um Der italienische Kommunistenführer Togliatti wird Minister ohne Portefeuille.
22./23. 4.	Zusammentreffen Hitler-Mussolini in Klessheim
15. 5.	Beginn der Judendeportation aus Ungarn (am 6. 7. veranlaßt Adm. v. Horthy die Einstellung derselben).
25. 5.	Island löst sich von Dänemark und proklamiert die unabhängige Republik (17. 6.).
Juni:	Aufbau des illegalen dänischen Heeres.
4. 6.	Alliierte Verbände marschieren in Rom ein.
6. 6.	Beginn der alliierten Invasion in Nordfrankreich (s. S. 589).
9. 6.	Regierungsumbildung in Italien: nach dem Rücktritt von Marschall Badoglio wird Bonomi neuer Min. Präs. (alle "antifasch. Parteien" eingeschlossen).
10. 6.	Einheiten der 2. SS-Pz-Div. "Das Reich" zerstören das französische Dorf Oradour und töten die gesamte Bevölkerung als Vergeltungsmaßnahme für Überfälle von französischen Partisanen auf die Wehrmacht.
12./13. 6.	Beginn des V-1-Beschusses von London
22. 6.	Beginn der sowjetischen Großoffensive gegen die deutsche HGr. Mitte
1. 7.–22. 7.	Konferenz von Bretton Woods (Wirtschaftsfragen: Errichtung eines internationalen Geldfonds von 10 Milliarden Dollar).
11. 7.	USA erkennen das französische Nationale Befreiungskomitee von Gen. de Gaulle an.
17. 7.	Gen. Feldm. Rommel wird verwundet.
18. 7.	In Japan tritt die Regierung Tojo zurück; Gen. Koiso bildet ein neues Kabinett.
20. 7.	12.42 Uhr Bombenattentat des Obersten Graf Stauffenberg auf Adolf Hitler im FH.Qu. "Wolfsschanze" mißglückt. Letztes Treffen

Hitler-Mussolini. Reichsführer SS-H. Himmler wird zum Befehlshaber des dt. Ersatzheeres ernannt.

Zur Vorgeschichte des 20. Juli.

Nach Errichtung des NS-Systems bilden sich zahlreiche Einzelkreise (Sozialdemokraten/Leber, Mierendorf/; Gewerkschaftler/ Leuschner, Maass/; Geistliche/ Delp, Bonhoeffer, Niemöller; Konservative und Diplomaten/ v. Hassell, Trott zu Solz und v. Schulenburg;"Kreisauer"/Moltke, York v. Wartenburg; Heer/Beck, Oster, Witzleben; Kommunisten/ Breitscheid, Harnack, Jacob und Bästlein

1934 30. 6. (sog. "Röhm-Putsch") offenbart Unrechtcharakter des NS-Systems;

1937 5. 11.: Hitler deckt seine aggressive Politik auf; Goerdelers Auslandsreise zur Aufklärung über das 3. Reich (1937/1938);

1938 30. 5.: Hitlers "unabänderlicher Entschluß", die Tschechoslowakei zu zerschlagen; 29. 7.: Vortrag des Chefs d. Genst., Gen. Beck, beim ObdH., Gen. Oberst v. Brauchitsch (erster Keim für eine Staatsstreichplanung); 19. 8.: Unterredung v. Kleists mit Churchill; 7. 9.: E. Kordt legt dem britischen Außenminister Halifax eine Erklärung des Staatssekr. v. Weizsäcker vor (W. fordert unzweideutige Stellungnahme der brit. Regierung gegen Hitlers Kriegspolitik); 28. 9.: Festnahme Hitlers zum ersten Mal vorgesehen (Halder-Witzleben-Aktion). Die Münchner Verhandlungen lassen dieses Vorhaben scheitern.

1939 Sommer: Im Ausland "klären auf": Goerdeler (England/Frankreich), Pechel (England), Trott zu Solz und Brüder Kordt; September: Absicht d. Gen. Oberst v. Hammerstein, Hitler bei einem Frontbesuch festzunehmen (wird abgesagt); 11. 10. und 31. 10.: Denkschriften des OB d. HGr. C., Gen. Oberst v. Leeb, gegen die Westoffensive; November-Februar 1940: Trott zu Solz sondiert in den USA (Kriegszielerklärung der Alliierten); November: Geplantes Attentat d. Kordt (durch Bürgerbräu-Attentat und Zögern der Generale unausführbar).

1940 Januar-Februar: Erstes (bisher bekanntes) Verfassungsprogramm für den Fall des Umsturzes ausgearbeitet (Goerdeler-Hassell) mit Primärforderung, "Würde des Gesetzes" wiederherzustellen.

1941 30. 5.: Friedensplan Goerdelers (für die brit. Regierung bestimmt); November: Erneuter Versuch, direkte Verbindung zwischen Widerstandsgruppe und den USA herzustellen (über L. P. Lochner).

1942 26. 5.–31. 5.: Fühlungnahme Schoenfelds und Bonhoeffers mit dem engl. Bischof v. Chichester in Schweden (Auskunft über Möglichkeiten, Friedensverhandlungen im Falle des Sturzes des NS-Regimes durchzuführen).

1942/43 Pfingsten 1942, Oktober 1942 und Pfingsten 1943: Zusammenkünfte des "Kreisauer-Kreises" auf dem schles. Besitztum des Grafen v. Moltke (bei Schweidnitz); November 1942–November 1943: Goerdeler läßt über seinen Vertrauensmann in Schweden (den Bankier Wallenberg) die Verhandlungs- und Friedensmöglichkeiten der Alliierten erkunden.

1943 24. 1.: Alliierte Forderung nach "Bedingungsloser Kapitulation" (Verhärtung des all. Standpunktes: Kontaktaufnahme mit Widerst. Gr. wird abgelehnt); 18. 2.: Flugblatt d. Geschwister Scholl (' Wiederherstellung der Ehre – Kampf gegen die Partei"); 13. 3.: Zeit-

bombe in Hitlers Flugzeug versagt (Schlabrendorff); 21. 3.: Attentat im Zeughaus unausführbar (Gersdorff); 26. 3.: Geheime Denkschrift Goerdelers für die Generalität (Notwendigkeit eines Staatsstreiches); April: Widerstandsgruppe in der dt. Abwehr wird verhaftet; 17. 5.: Goerdeler an Gen. Olbricht: den rechten Moment für den Staatsstreich herbeizuführen; Anfang Juni: Graf Stauffenberg in die Verschwörung eingeweiht; 25. 7.: Brief Goerdelers an GFM v. Kluge; 9. 8.: Letzter Reformentwurf der "Kreisauer" (Weisung an die Landesverweser und Grundsätze für die Neuordnung mit der Anweisung "Bestrafung von Rechtsschändern"); 26. 8.: Aussprache Popitz mit Himmler; September: Aussprache Becks mit Goerdeler und v. Kluge in der Wohnung Gen. Olbrichts ("Geburtsstunde des 20. 7."); Anfang Oktober: Oberstlt. Graf Stauffenberg zum Chef des AHA ernannt. Anknüpfend an die Vorarbeiten Tresckows hat St. die technischen Vorbereitungen für den Umsturz bis Ende November abgeschlossen.

1944 Januar: Mitglieder des "Solf-Kreises" verhaftet; "Kreisauer" durch die Verhaftung Moltkes gesprengt; 11. 2.: Absicht, Hitler und Himmler durch Bombenattentat zu beseitigen (Aufgegeben, da Himmler nicht erschienen ist); 9. 3.: Absicht, Hitler bei einer Lagebesprechung zu erschießen (der betr. Offz. wird zur Besprechung nicht zugelassen); 15. 5.: GFM Rommel und Gen. v. Stülpnagel (Paris) planen die Festnahme Hitlers. (Aburteilung durch ein deutsches Gericht); 4./5. 6.: Verhaftung der Sozialdem. Leber und Reichwein; Juni: Adm. Canaris als Chef der dt. Abwehr abgelöst; 1. 7.: Oberst Graf Stauffenberg zum Chef des Stabes d. BdE ernannt; 11. 7.: Erste Attentatabsicht im FHQ: 15. 7.: Zweite Attentatsabsicht; in Berlin wird der Übungsalarm "Walküre" ausgelöst; 17. 7.: Rommel auf einer Frontfahrt schwer verletzt

Opfer des 20. 7.: unmittelbar Beteiligte rd. 200; im Zusammenhang bis Kriegsende etwa 5 000.

23. 7. Auf Vorschlag Görings wird in der deutschen Wehrmacht der "Deutsche Gruß" eingeführt.

25. 7. Erlaß Hitlers über den totalen Kriegseinsatz.

30. 7. "Führerbefehl" über die Bekämpfung von Terroristen und Saboteuren in besetzten Gebieten.

31. 7. Durchbruch der Alliierten bei Avranches.

1. 8. Beginn des polnischen Aufstandes in Warschau (Gen. Bor.-Komorowski); die Aufständischen müssen am 2. 10. kapitulieren, da sie von den sowjetischen Truppen nicht unterstützt werden.

1. 8. Verfügung Hitlers über Sippenhaftung: Bei allen Soldaten, die "Verrat an Deutschland verüben", soll gegen die Familie vorgegangen werden.

2. 8. Die Sowjetunion erkennt das kommunistische polnische sog. "Lubliner Komitee" an (am 22. 7. 44 eingesetzt).

5./6. 8. Letztes Treffen Hitler-Antonescu im F. H. Qu.

15. 8. Landung der Alliierten an der französischen Mittelmeerküste (s. S. 590).

17. 8. Gen. Feldm. Keitel bei Mannerheim (Versuch, den Abfall Finnlands zu verhindern).

17. 8.	Die französische Regierung Laval erklärt in Paris ihre Demission; sie überträgt die Regierungsgewalt in Frankreich den Präfekten als Spitzen der örtlichen Verwaltung.
	Auf Befehl Hitlers werden Marschall Pétain und seine Mitarbeiter von Vichy nach Belfort gebracht. Den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Laval empfängt Hitler am 27./28. 8. in der "Wolfsschanze".
21. 8.–9. 10.	Konferenz von Dumbarton Oaks in den USA (USA, Großbritannien, UdSSR, China: Internationale Org.)
23. 8.	Umsturz in Rumänien. Verhaftung Antonescus durch Kg. Michael I.
25. 8.	Franz. Truppen besetzen Paris (De Gaulle).
	Rumänien erklärt Deutschland den Krieg.
29. 8.	Beginn eines z. T. kommunistischen, z. T. nationalen Aufstandes in der mittleren Slowakei (um Neusohl), dem sich der größte Teil der slowakischen Armee unter Verteidigungsminister Čatloš anschließt.
30. 8.	Verlust des rum. Ölgebietes v. Ploesti
4. 9.	Finnland stellt den Kampf gegen die Sowjetunion ein
5. 9.	Die Sowjetunion erklärt Bulgarien den Krieg. Sowjetische Truppen rücken in das Land ein.
8. 9.	Bulgarien erklärt Deutschland den Krieg
8. 9.	Die belgische Exilregierung Pierlot trifft in Brüssel ein.
9. 9.	Bildung einer provisorischen Regierung Frankreichs unter de Gaulle mit Bidault als Außenminister.
11. 9.–26. 9.	Die 1. US-Armee erreicht die dt. Grenze ndl v. Trier
	2. Konferenz von Quebec zwischen Roosevelt und Churchill (s. S. 610).
12. 9.	Rumänisch-sowjetischer Waffenstillstand in Moskau unterzeichnet.
19. 9.	Finnisch-sowjetischer Waffenstillstand in Moskau unterzeichnet; Die dänische Polizei wird außer Funktion gesetzt (2 000 Poliz. werden deportiert).
22. 9.	Roosevelt distanziert sich von der revidierten Fassung des Morgenthau-Planes.
25. 9.	Hitler befiehlt die Aufstellung des dt. Volkssturms.
5. 10.	Tito schließt ein Freundschaftsabkommen mit Bulgarien (Beginn der Balkanpakt-Politik Titos, die zu Spannungen mit Stalin führt).
9. 10.	Die vom 21. 8.–26. 9. und vom 30. 9. an tagende Konferenz von Dumbarton Oaks (bei Washington), auf der die USA, Großbritannien, die UdSSR und China vertreten sind, empfiehlt die Gründung der Organisation der "Vereinten Nationen" (die an die Stelle des Völkerbundes treten soll.).
14. 10.	Erzwungener Freitod Rommels.
15. 10.	Ungarisches Waffenstillstandsangebot an die Sowjetunion; Horthy wird von deutscher Seite zur Zurücknahme gezwungen.
18. 10.	Gen. Stillwell (Stabchef von Marschall Tschiang-Kai-shek), wird von der amerikanischen Regierung zurückberufen.
19. 10.	Zerstörung von Warschau wird eingeleitet (Hitlerbefehl)

28. 10.	Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Bulgarien in Moskau.
2. 11.	Abschluß der Räumung Griechenlands.
7. 11.	Roosevelt wird zum vierten Mal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.
24. 11.	Mikolajczyk tritt als polnischer Exil-Ministerpräsident zurück. Der Sozialist Arciszewski bildet ein neues Kabinett.
3. 12.	Beginn des Aufstandes der E. L. A. S. gegen die griechische Regierung.
10. 12.	Französisch-sowjetisches Bündnis beim Besuch de Gaulles in Moskau abgeschlossen (10 Jahre)
16. 12.	Beginn der letzten deutschen Offensive in den Ardennen (die bereits am 18. 12. zum Stehen kommt).
25.–27. 12.	W. Churchill in Athen (Versuch, zwischen den kämpfenden Parteien zu vermitteln).

23. Sturm auf die "Festung Europa" 1944

a) Vom Osten

Deutschland:	**HGr. Nord** (Küchler, Model, Lindemann, Frießner, Schörner) mit 16., 18. Armee, Armee-Abt. Narwa (im Sept.: 3. Pz. Armee) (Luftflotte 1)
Sowjetunion:	"Leningrad Front" (Goworow); "Wolchow-Front" (Merezkow); "2. Balt. Front" (Popow)

14. 1.–23. 4.	Abwehrschlachten in Nordrußland und vor den baltischen Ländern
20. 1.	Sowjetische Truppen erobern Nowgorod
24. 4.–21. 6.	Stellungskämpfe im Raum Peipussee.
ab 22. 6.	Abwehrkämpfe während der sowjetischen Sommeroffensive.
13. 7.	Beginn der sowjetischen Offensive (2. und 3. Balt. Front) gegen die HGr. Nord.
15. 9.	Durchbruch bei Narwa;
21. 9.	Besetzung von Reval.
5. 10.	Sowjetischer Durchbruch zur Ostsee südl. Riga;
	Einschließung der HGr. Nord ("Kurland").

Einschließung der HGr. Nord ("Kurland").

11. 10.	Erster Einbruch der sowjetischen Truppen in Ostpreußen.

Dt. Kräfte:	**HGr. Mitte** (Busch, Model, Reinhardt) mit 2., 9., 4. Armee, 3. Pz. Armee, Luftflotte 6
Sowj. Kräfte:	"1. Balt. Front" (Bagramjan); "2. Weißr. Front" (Sacharow); "3. Weißr. Front" (Tschernjachowski); "1. Weißr. Front" (Rokossowski). Die vier HGr. stehen unter dem Oberbefehl von Marschall Wassilewski und Shukow.

bis 19. 4.	Abwehrkämpfe im Abschnitt der Pripjetsümpfe.
20. 4.–21. 6.	Stellungskämpfe in der Linie Polozk–Orscha–Rogatschew

20. 5.	Hitler befiehlt dem OB d. HGr. Mitte, die eingenommene Frontlinie "unter allen Umständen zu halten".
19./20. 6.	Sowj. Partisanen führen eines der größten Saboteunternehmen des Krieges durch. (Im Abschnitt d. HGr. Mitte werden an rd. 9 600 Stellen die Schienen-Nachschubwege zerstört; nach sowjetischen Angaben beträgt die Stärke der sowjetischen Partisanenbewegung in Weißrußland: 240 000 Mann).
22. 6.	Beginn der sowjetischen Sommeroffensive gegen die deutsche HGr. Mitte (GFM Busch). Eingesetzt werden die sowjetischen HGr: 1. Baltische Front, 3. Weiß-Russische Front. 2. Weiß-Russische Front und 1. Weiß-Russische Front mit der 2. Pz.-Armee, der 5. Garde-Pz.-Armee und der 4. Stoß-Armee sowie den Schützen-Armeen 3, 5. 6 (Garde), 8 (Garde), 11 (Garde), 28, 31, 33, 39, 47, 48, 49, 50, 61, 69 und 70 (nach deutschen Schätzungen 45 Pz.-Brig., 16 mot. Brig., 6 Kav.-Div. und 126 Schützen-Div.). Luftsicherung und Unterstützung der Erdtruppen durch die Luftarmeen 1, 6 und 16 und 3 (ab 4. 7.) mit etwa 4 000 Flugzeugen.
	Auf deutscher Seite stehen: 2 Armee, 9. Armee, 4. Armee und 3. Pz.-Armee mit 12 Korps = insgesamt 40 Div. Die in Richtung Witebsk, Orscha, Mogilew und Bobruisk vorstoßenden sowjetischen Verbände erzielen sofort tiefe Einbrüche. (Im Verlaufe der Schlacht: Vernichtung von 25 dt. Div.).

Stärkevergleich:	
Dt. Kräfte:	Sowjetunion:
40 Div. (keine Reserven) (davon 1 Pz. Div.) 829 Flugzeuge	126 Schützen Div. 6 Kav. Div. 16 mot. Brig. 45 Pz. Brig. 400 Flugzeuge

26. 6.	Die Gefahr einer doppelten Umfassung der HGr. Mitte zeichnet sich ab.
27. 6.	Vergeblicher Versuch des OB d. HGr., Hitler zur rechtzeitigen Aufgabe der "Festen Plätze" Bobruisk, Mogilew und Orscha zu bewegen.
3. 7.	Sowjetische Div. erobern Minsk (damit Zusammenbruch der HGr. Mitte).
Ende Sept.	Die Rote Armee erreicht die Linie Narew-Suwalki-Schaulen.

Deutschland:	**HGr. Süd** = "Nordukraine" (Model, Harpe) und "Südukraine" (Schörner, Frießner) mit 6., 8., rum. 4., 1. Pz., 4. Pz., 17. rum., 1. ung. Armeen (Luftflotte)
Sowjetunion:	"1.–4. Ukrainische Front" (Watutin, Konjew, Malinowski, Tolbuchin)

4. 3.	Beginn der sowjetischen Offensive gegen die HGr. Süd.
28. 3.	Die sowjetischen Truppen erreichen den Pruth nördl. v. Jassy.
10. 4.	Eroberung von Odessa.
April–Mai	Räumung der Krim durch dt. Verbände (8. 4. Beginn der sowjetischen Offensive)
13. 7.	Sowjetische Offensive gegen die HGr. Nordukraine wird eröffnet.
20. 8.	Beginn des sowjetischen Großangriffs gegen die HGr. Südukraine. Einschließung der 6. Armee (150 000 Mann in sowjetische Gefangenschaft); Auflösung der rumän. Truppen.
31. 8.	Eroberung von Bukarest durch die 53. sowjetische Armee.
24. 12.	Einschließung von Budapest.

b) Vom Süden:

22. 1.	Landung der 5. US-Armee bei Anzio und Nettuno (im Rücken d. rechten dt. Flügels)
15. 2.	Völlige Zerstörung des Klosters Monte Cassino.
4. 6.	Alliierte Truppen besetzen Rom.
26. 7.	Einnahme von Pisa durch die 5. US-Armee.
4. 8.	Deutsche Truppen räumen Florenz.
Herbst	Die deutsche Heersgruppe C verteidigt die "Grüne Linie" (südöstl. von La Spezia–Appennin–ndl. Rimini).

c) Vom Südosten:

Kräfte:			
Deutsche / Verbündete:	20 Div. 5 Brig.	Jugsl. Partis.	83 000 Mann
		Griech. "	38 000 Mann
Flugzeuge:	325		

25./26. 8.	Räumung der Ägäischen Inseln und Griechenlands befohlen.
2. 9.	Abtransport der dt. Truppen von den meisten ägäischen Inseln.
3. 10.	Hitler befiehlt die Räumung Griechenlands, Südalbaniens und Südmazedoniens (HGr. F: Weichs; HGr. E: Löhr).
12. 10.	Die letzten deutschen Truppen verlassen Athen.
20. 10.	Belgrad von sowjetischen Truppen des IV. Garde-Korps und Verbänden des I. und XII. jugoslawischen Korps erobert.
Ende Okt.	Beginn der Räumung Albaniens.

d) Vom Westen: Die Invasion ("Overlord")

I. Zur Vorgeschichte:

1940	4. 6.: "Operation Dynamo" (Evakuierung britisch-franz. Streitkräfte vom Festland) abgeschlossen.
1941	18. 7.: Stalin bittet, eine zweite Front gegen Deutschland entweder in Frankreich oder im Norden (Arktis) zu errichten; 3. 9.: Stalin fordert von Churchill erneut die "Zweite Front" (Frankreich oder Balkan); 8. 9.: Der Chef des brit. Empire-Genst. wird von Churchill aufgefordert, einen Plan für einen "Scheinangriff auf die Halbinsel Cherbourg" auszuarbeiten, um den deutschen Druck auf die Sowjets abzuschwächen. Sept.: Amerikan. Genst. stellt Überlegungen für das "Victory"-Programm an (Aufstellung von 215 Div. mit 8,8 Mill. Mann bis Juni 44); 24. 12.: Erster Operations-Plan "Roundup".
1942	27. 3.: Der amerikan. Kriegsminister Stimson und der Chef des Genst. d. Heeres, Gen. Marshall, legen einen Plan für eine Landung in Nordfrankreich vor – "Marshall-Plan" – (vom Chef der Op. Abt., Gen. Major Eisenhower ausgearbeitet); Landetermin: 1. 4. 43 mit rd. 48 Div. und 5 800 Flugzeugen; 11. 4.: Roosevelts Telegramm an Stalin, er sei im Begriff, „einen sehr wichtigen militärischen Plan" zur Entlastung der russischen Westfront zu verwirklichen.
	14. 4.: Ein Plan wird angenommen, mit den Vorbereitungen für eine Landung (1943, notfalls 1942) zu beginnen ("Bolero": Aufstellung von Land- und Luftstreitkräften der USA in England bis zum 1. 4. 43: 1 Million Mann; Aufstellung von insges. 18 brit. Div. Sofortmaßnahmen im Falle eines russischen Zusammenbruches: "Sledge-Hammer")

30. 5.: Roosevelt läßt Stalin durch Molotow mitteilen, daß er im Laufe des Jahres mit der Errichtung der 2. Front rechne. 11. 6.: Das brit. Kabinett beschließt, eine solche Landung erst zu riskieren, wenn genügend Kräfte dafür bereit stehen; in diesem Sinne schickt Churchill am 20. 6. ein Memorandum an Roosevelt. Vorschlag, stattdessen in Nordafrika ("Torch") zu landen (vgl. S. 564).

15. 8.: Churchill stellt Stalin in Moskau die Errichtung der 2. Front für 1943 in Aussicht.

1943 — 14. 1.–21. 1.: Konferenz von Casablanca (Churchill, Roosevelt, Vereint. Stabschefs). Entscheidungen: Vorrang 1943 Landungen im Süden: Sizilien (Wiederbewaffnung der Franzosen in Nordafrika). "Overlord" erst 1944. Einsetzung eines gemeinsamen Genst. für die Invasion. Festlegung der Grundsätze für den systematischen Bombenterror gegen Deutschland.

15. 7.: Gen. Morgan, Chef des Genst. d. Obersten Befehlshabers, legt den Vereinigten Stabschefs einen Op. Entwurf vor:
"Overlord" (Nordfrankreich) und "Anvil" (Südfrankreich) 23. 8.: "Overlord" als erstes Erd- und Luftziel für das Kriegsjahr 1944 angenommen (auf der Konferenz von Quebec); Angriffstermin: 1. Mai 1944 (auf "Trident"-Konferenz bereits beschlossen).

28. 11.–1. 12.: Konferenz von Teheran. Stalin wird von den alliierten Planungen unterrichtet.

1944 — Januar (ab 6. 1.): Die Op. Pläne "Overlord" und "Anvil" werden abgeändert (Angriffsbeginn); 1. 2.: "Neptun"-Plan fertig (Amphib. Unternehmen).

8. 2.: Endplan "Overlord" fertiggestellt; 14. 2.: Gen. Eisenhower offiziell zum "Obersten Befehlshaber der alliierten Invasionsstreitkräfte" ernannt.

7./8. 4.: Zweitägiges Kriegsspiel im HQ Gen. Montgomerys (OB der alliierten Landstreitkräfte) über das Unternehmen "Overlord".

15. 5.: Eisenhower gibt in der St. Paul-Schule (London) den Spitzen von Staat und Wehrmacht einen Überblick über "Overlord". 16. 5.: Eisenhower legt den Angriffsbeginn auf den 5. 6. fest; 26. 5.: Operation "Pointblank"; Bombardierung d. frz. Eisenbahnnetzes hinter der Normandie.

Am 5. 6. 21,45 Uhr befiehlt er: X-Tag: 6. 6.

II. 6. Juni 1944: 6.30 Uhr — *Beginn der alliierten Invasion* in Nordfrankreich zwischen Cherbourg und Caen unter General Eisenhower.

K r ä f t e :

Deutschland:		Alliierte:
Inf. Div.	49	6 (Geb./L. L. Div.)
mot. Div.	1	55) davon 40 Div. 1. Welle
Pz. Div.	9	25)
Pz.	rd. 1 600	......(?)
Bombenflugz.	198	mittlere 3 467
Jagdflugz.	125	+ leichte 1 645
Transport/Sonst.	115	Torpedo 5 409
Gleitflugz.	- - -	Bomber 2 316
Schlachtsch.	- - -	7
Kreuzer	- - -	23 (+ 2 Monitore)
Zerstörer	3	105
T-Boote	5	- - - - -
Schnellboote	34	- - - - -
U-Boote	34	Kl. Kriegssch. 1 073
Minensuchfahrz.	163	Landungsfahrzeuge 4 126
		Gesamtstärke der Alliierten: Oktober: 3,05 Mill. Mann, davon 0,8 in Engl.

14. 6. Amerikanischer Durchbruch auf der Halbinsel Cotentin

26. 6. Einnahme des Hafens und der Stadt Cherbourg

9. 7. Britisch-kanadische Truppen nehmen Caen, amerikanische am
18. 7. St. Lo

25. 7. Durchbruch der Amerikaner unter Gen. Patton auf Avranches ("Operation Cobra"); damit Beginn des Bewegungskrieges im Westen

27./28. 7. Die dt. 7. Armee bricht die Schlacht ab.

Bis zum 29. 7. haben die Alliierten 1,5 Mill. Mann in Frankreich gelandet.

6. 8. Deutscher Gegenangriff bei Mortain (5. Pz. Armee).

9. 8. Einnahme von Le Mans durch die Amerikaner.

15. 8. Operation "Dragoon": Landung der 7. US-Armee (GenLt. Patton) mit dem VI. US-Korps und dem II. französischen Korps an der französischen Mittelmeerküste zwischen Cannes und Toulon. Zur Sicherung der Landung und der Transportflotte werden 5 Schlachtschiffe, 9 Geleitträger, 28 Kreuzer und zahlreiche kleinere Kriegsschiffe eingesetzt. Bis zum Abend des 17. 8. sind bereits 86 575 Soldaten, 12 250 Fahrzeuge und 46 140 t Material an Land gesetzt.

Hitler entschließt sich angesichts der kritischen Lage in der Normandie, GFM Model anstelle des GFM v. Kluge den Oberbefehl im Westen zu übertragen.

16. 8. Durchbruch der Engländer unter Montgomery von Caen nach Falaise; Einkesselung der Pz. Verb. d. HGr. B (am 19. 8.) (120 000 Gefangene). Nur Teile können entkommen.

19. 8. In Paris bricht der Aufstand der Widerstandsbewegung aus.

25. 8. Gen. de Gaulle zieht in Paris ein.

29. 8. Einnahme von Toulon und Marseille durch das II. französische Korps (Lattre de Tassigny).

30. 8. Die Alliierten überschreiten die Seine.

Gliederung (ab September 1944)

Alliierte: HGr. Mitte (Bradley) mit 1., 3. und 9. US-Armee;
HGr. Nord (Montgomery) mit 1. Kanad., und 2. brit. Armee;
1. alliierte L. L.-Armee; HGr. Süd (Devers) 7. US-Armee,
1. Frz. Armee
Luftstreitkräfte: (Leigh-Mallory)
Seestreitkräfte: (Ramsay)

Deutsche: (ab 5. 9. wieder Rundstedt) 1. Fallsch. Armee
HGr. B (Model) mit 15., 7., 5. Pz. Armee,
HGr. G (Blaskowitz) mit 1. und 19. Armee
Luftflotte 3 (dann Luftw.Kdo. West) (Deßloch, Schmidt, J.)
Marine-Ob.Kdo. West (Marschall)

3. 9. Einnahme von Brüssel durch die 2. britische Armee und am

4. 9. Einnahme von Antwerpen;

6. 9. Einnahme von Lüttich durch die 1. US-Armee

11. 9. Die Alliierten erreichen die deutsche Reichsgrenze ndl. v. Trier (2. britische Armee).

15. 9. Nancy fällt in die Hand der Alliierten

17. 9.	Luftlandungen all. Verbände bei Arnheim und Nimwegen. ("Market Gowden"); am 26. 9. kapitulieren die bei Arnheim gelandeten Kräfte.
21. 10.	Einnahme von Aachen durch die 9. US-Armee
14. 11.	Beginn der amerikan.-französischen Offensive beiderseits der Vogesen.
22. 11.	Verlust von Metz, Belfort, Mühlhausen.
23. 11.	Verlust von Straßburg
3. 12.	Amerikaner brechen bei Saarlautern in den Westwall ein (3. US-Armee)

Die letzte deutsche Offensive in den Ardennen – 1944/1945

I. Zur Vorgeschichte:

1944

5. 9.: Gen. Feldm. v. Rundstedt wieder OB West; 6. 9.: Gen. Oberst Jodl trägt Hitler vor: ein Flankenangriff aus der Rückzugsbewegung–Gegenangriff ist nicht vor dem 1. 11. möglich; 13. 9.: Hitler befiehlt Aufstellung der 6. Pz. Armee für eine Gegenoffensive;

25. 9.: Hitlers Entschluß, eine Gegenoffensive zu wagen; 11. 10.: Jodls erster Op. Entwurf (v. 8. 10.) Hitler vorgelegt ("Wacht am Rhein": frühester Termin 25. 11.); 27. 10.: Deutscher Gegenstoß westl. des Maasufers; 1. 11.: Jodls Op. Entwurf wird an OB West weitergegeben (Einweisung in die Aufträge erfolgte bereits am 24. bzw. 28. 10.)

2. 11.–3. 11.: Erste Besprechung über das geplante Unternehmen im HQ des OB West (ostw. v. Krefeld) (Kontroverse: "Große Lösung" von Hitler vorgeschlagen: Angriffsziel Antwerpen; "Kleine Lösung"; erst sicherer Erfolg bis zur Maas, dann dynamischer Ausbau nach Westen)

5. 11.: OKW-Befehl über die "Ardennen-Offensive". Termin: 1. 12.; 16. 11.: Beginn der Schlacht an der Roer. Einsatz weiterer dt. Kräfte, die für die Gegenoffensive ausfallen; 25. 11.: Hitler entscheidt endgültig, "Große Lösung" des Unternehmens durchzuführen; 28. 11.: Lagebericht OB West an das OKW; 29. 11.: Ausgabe des Angriffsbefehls vom HGr. Kdo B: "Herbstnebel".

2. 12.: Besprechung Hitlers mit den OB's der HGr. und Armeen; Angriffsbeginn auf den 10. 12. festgelegt. Hitler lehnt erneut "Kleine Lösung" ab.

7. 12.: Angriffstermin auf den 14. 12. verschoben; 10. 12.: Armeen geben abschließende Angriffsbefehle heraus; 11. 12.: Hitler fährt zum vorbereiteten Gef. Stand "Adlerhorst" (ndl. Frankfurt a. M. bei Ziegenberg); dort 11./12. 12.: Besprechung mit den OB's und Kdr. vor der Offensive; 12. 12. Angriffstermin endgültig auf den 16. 12. festgelegt.

II. 16. Dezember 1944: Beginn der deutschen Ardennen-Offensive
OB West: GFM v. Rundstedt

Kräfte:		
Deutschland		Alliierte
Inf. Div.	23 + 4 (OKW-Res.)	
mot. Div.	4	16 (einschl. L. L. Div.)
Pz. Div.	8 + 2 (OKW-Res.)	4
Pz.		
Flugz.:	Bomber 171	....
(einsatz-	1 492 + 91 Schlachtflugz.	
bereit)	Jäger	
Aufklärer	40	

18. 12. — Die Ardennenoffensive läuft bei der 6. SS. Pz. Armee fest; am

24. 12. — bei der 5. Pz. Armee

26. 1. — Die Amerikaner sprengen den Einschließungsring um Bastogne.

Vom Norden

1944

10. 6. — Beginn der sowj. Offensive an der karelischen Front

20. 6. — Besetzung Wiborgs

28. 6. — Eroberung Petrosawodsk (Ostkarelien)

4. 9. — Die Finnen stellen den Kampf ein.

7. 10. — Beginn der sowj. Offensive ("Karelische Front")

15. 10. — Dt. Truppen räumen Petsamo.

25. 10. — Dt. Truppen räumen Kirkenes.

27. 10. — Die Sowjets haben die Linie Kirkenes-Nieden-Nautsi erreicht.

24. Luftkrieg 1944

11. 1. — 663 Bomber der 8. USAAF greifen unter starkem Jagdschutz Flugzeugwerke in Halberstadt, Braunschweig, Magdeburg und Oschersleben an. Die deutschen Jagd.-Div. setzen 239 Jäger ein, von denen 207 an die Bomberverbände herankommen. Sie schießen bei rd. 40 eigenen Verlusten 59 Bomber und 5 Jäger ab. Erstmalig werden mit Raketen ausgerüstete Jäger mit Erfolg eingesetzt.

20./21. 1. — 697 britische Flugzeuge werfen 2 401 t Bomben auf Berlin. 35 Bomber abgeschossen.

21./22. 1. — 585 britische Flugzeuge werfen 2 024 t Bomben auf Magdeburg. (55 Bomber abgeschossen).

21./22. 1. — Das IX. Flieger-Korps greift mit 447 Flugzeugen in 2 Wellen London an. Angriff in der Nacht zum 30. 1. mit 285 Flugzeugen wiederholt. In beiden Angriffen 310 t Spreng- und 715 t Brandbomben abgeworfen (57 Flugzeuge verloren). Damit Beginn einer bis zum 26./27. 4. 1944 andauernden Serie von schwächeren Luftangriffen auf London und Ziele in Süd- und Südostengland ("Little Blitz").

29. 1.	806 Bomber der 8. USAAF greifen Industrieziele in Frankfurt und Ludwigshafen (BASF) an. 12 B 17 durch Jagdflugzeuge abgeschossen.
29./30. 1.	Rund 60 Bomber des IX. Flieger-Korps greifen Ziele in London und Südostengland an.
30. 1.	Großangriff der 8. USAAF auf Braunschweig und Hannover.
30./31. 1.	489 britische Flugzeuge werfen bei 33 Verlusten 1 961 t Bomben auf Berlin.
31. 1.	Amerikanische Luftangriffe auf Klagenfurt und die Ölraffinerie von Triest.
19./20. 2.	730 britische Flugzeuge werfen 2 291 t Bomben auf Leipzig. 78 Bomber abgeschossen.
20. 2.	971 amerikanische Bomber werfen unter starkem Jagdschutz 3 833 t Bomben auf Braunschweig, Leipzig, Oschersleben, Tutow und auf Ziele im Raum Posen. B 17 bombardieren Hamburg. 7 Bomber und 13 Jäger abgeschossen, 85 Bomber werden (meist durch Flak) beschädigt.
20./21. 2.	552 britische Flugzeuge werfen 1 990 t Bomben auf Stuttgart.
20.–25. 2.	"Big Week": Schwere Tagesangriffe amerikanischer Bomber gegen Deutschland, besonders gegen die deutsche Flugzeug-Industrie. Die 8. USAAF setzt insgesamt 3 300, die 15. USAAF rd. 500 Flugzeuge ein. Davon werden 226 Bomber und 28 Jäger durch deutsche Jäger und Flak abgeschossen. Beide Luftflotten verlieren 2 600 Mann fliegendes Personal.
5. 4.	Beginn der alliierten Luftoffensive von Italien aus gegen das rumänische Erdölgebiet und die deutschen Verbindungswege in Rumänien. 230 Bomber der 15. USAAF greifen Ploesti, andere Ölraffinierien und Hydrierwerke bei Wien, Budapest, Blechhamer und Odenthal in Oberschlesien an.
18. 4.	Bisheriger Tagesrekord alliierter Bombeabwürfe auf deutsche Städte: 4 000 t. Angriffe starker Verbände der 8. USAAF auf Cuxhaven, Oranienburg, Rathenow u. a. 40 Bomber abgeschossen.
18./19. 4.	125 Flugzeuge (60 Ju 88, 29 Ju 188, 13 Do 217, 5 He 177 und 10 Me 410) des IX. Flieger-Korps greifen London an.
12. 5.	Beginn der alliierten Luftoffensive zur systematischen Zerschlagung der Werke zur synthetischen Treibstofferzeugung in Deutschland. Amerikanische Luftangriffe auf die Leuna-Werke in Merseburg (60 % Ausfall), auf Tröglitz (100 % Ausfall), Böhlau (50 % Ausfall). Rd. 150 Bomber greifen die Hydrierwerke von Brüx (bei Prag) an (100 % Ausfall). Deutsche Jäger schießen aus diesem Verband 46 Bomber ab.
1.–5. 6.	Unter Verzicht auf größere Angriffe gegen das Reichsgebiet konzentrieren sich die amerikanischen und britischen Bomber-Verbände auf die systematische Zerschlagung der Verkehrsziele und Küstenanlagen in Frankreich und Belgien.
6. 6.	Die alliierte Luftwaffe fliegt am Invasionstag 14 674 Einsätze (davon 5 656 der RAF) und verliert dabei 133 Maschinen (davon 71 amerikanische). Demgegenüber bringt es die schwache deutsche Luftflotte 3 auf ganze 319 Einsätze, davon 59 bei Nacht.
12./13. 6.	Das Flak-Rgt. 155 beginnt mit dem Abschuß von V 1 (unbemannte Flugkörper) gegen den Großraum London, ab 15./16. 6. mit vollem Einsatz.
15./16. 6.	Von 144 gegen den Großraum London gerstarteten V 1 werden 21 von der britischen Abwehr abgeschossen.
20. 6.	Die 8. USAAF greift mit rd. 1 500 Bombern und über 1 000 Begleitjägern Hydrierwerke in Ostermoor, Hamburg, Pölitz, Misburg, Fallersleben und Magdeburg an. 4 252 t Bomben abgeworfen, schwere Schäden. Deutsche Jäger und Flak schießen 50 Bomber und 5 Jäger ab. 468 Bomber kehren z. T. mit erheblichen Beschädigungen zurück, 28 deutsche Jäger verloren.
21. 6.	Rd. 2 500 Bomber und Jäger der 8. USAAF greifen Flugzeugwerke und Eisenbahnanlagen im Raum Berlin sowie das Regierungsviertel der Stadt mit 2 000 t Bomben an. 44 Bomber abgeschossen. 114 B 17 und 70 P 51

bombardieren die Hydrierwerke Ruhland in Niederschlesien. Sie fliegen weiter nach Rußland, wo am Abend 73 B 17 in Poltawa und 41 B 17 in Mirgorod, die Jäger in Pirjatin landen. Eine He 177 folgt den amerikanischen Flugzeugen, worauf in der Nacht vom 21. zum 22. 6. das IV. Flieger-Korps mit rd. 200 He 111 und Ju 88 Poltawa angreifen. 47 B 17 werden vernichtet, andere so schwer beschädigt, daß sie nicht mehr zurückfliegen können. Bei einem 2. Angriff werden der gesamte Bombenvorrat und die Treibstofflager vernichtet. Nach diesen Verlusten gibt die US-Luftwaffe weitere Versuche der "Weberschiffchentaktik" auf.

25. Seekrieg 1943/45

Jun–Aug. 43	*6. Phase der Schlacht im Atlantik.* Übergangszeit – Ausweichen in die Randgebiete des Atlantik, Durchschn. 68 U-Boote in See, 328 564 BRT versenkt bei 70 Verlusten
5. 6. 43	Schwerer alliierter Luftangriff auf La Spezia, 3 Schlachtschiffe beschädigt
3.–17. 8. 43	Evakuierung der deutsch-ital. Verbände von Sizilien, 100 000 Mann mit Material ohne Verluste aus See überführt
25. 8. 43	Erster Einsatz der He-177 mit Lenkbomben gegen brit. U-Jagdgruppen in westl. Biskaya bringt vorübergehende Erleichterung für U-Boote
29. 8. 43	Selbstversenkung der dänischen Marine
3. 9. 43	Brit. Landung an der Südspitze Kalabriens
8. 9. 43	Raid einer deutschen Kampfgruppe gegen Spitzbergen
9. 9. 43	Ital. Kapitulation tritt in Kraft, ital. Flotte entkommt von La Spezia nach Malta, Flaggschiff "Roma" dabei durch Lenkbombe versenkt. – Landung von 4 brit.-amerik. Divisionen im Golf von Salerno.
20.–23. 9. 43	22 U-Boote greifen mit neuen Geräuschtorpedos den Konvoi ON 202/ONS. 18 an und versenken 4 Geleitfahrzeuge und 6 Dampfer, bei 2 Verlusten
Sept. 43 – Mai 44	*7. Phase der Schlacht im Atlantik.* Fehlgeschlagener dt. Versuch, die Konvoibekämpfung im Nordatlantik mit neuen Waffen wiederaufzunehmen, Einzelunternehmungen im Mittel- und Südatlantik und Indischen Ozean. Durchschn. 61 U-Boote in See, 411 216 BRT versenkt bei 119 Verlusten
22. 9. 43	Brit. Klein-U-Bootangriff gegen das Schlachtschiff "Tirpitz" im Altafjord
3.–22. 10. 43	Wiedereinnahme der brit.-ital. besetzten Inseln im Dodekanes
5. 10. 43	Abschluß der Räumung Korsikas
7. 11. 43	Letzte U-Boot-Gruppenaufstellung im Nordatlantik nach völligem Mißerfolg aufgelöst, in der Folge lockere Einzelaufstellungen
11.–14. 11. 43	Deutsche Landung auf Lero (Dodekanes)
25.–26. 12. 43	Erfolgloser Angriffsversuch des Schlachtschiffes "Scharnhorst" mit 5 Zerstörern gegen den Konvoi JW. 55 B im Eismeer. "Scharnhorst" im Gefecht mit brit. Deckungskräften gesunken
27. 12. 43	Bei Einholung eines Blockadebrechers in der Biskaya Gefecht zwischen 11 deutschen Zerstörern und T-Booten mit 2 brit. Kreuzern, 3 deutsche Boote gesunken
14.–18. 2. 44	Letzter Versuch einer geführten Gruppen-Operation mit U-Booten und Luftaufklärung im Nordatlantik
15. 2. 44	Landung neuseeländischer Truppen auf Neu-Irland
Februar	Das erste dt. Schnorchel-U-Boot (U 264) geht in den Atlantik
3.–5. 4. 44	Brit. Trägerraid gegen die "Tirpitz" im Kaafjord

5.–11. 4. 44	Evakuierung der Stadt Odessa über See ohne Verluste
5.–12. 5. 44	Sowjet. Großangriff gegen Sewastopol und Räumung der Festung, insgesamt 130 000 Mann über See, 21 450 Mann a. d. Luftweg evakuiert
6. 6. 44	Beginn der alliierten Großlandung in der Normandie
	(Operation "Neptune") mit starker Flotten- und Luftwaffenunterstützung am ersten Tage über See 5, aus der Luft 2 Divisionen gelandet. Unter Einsatz von über 4 000 Schiffen und Landungsbooten bis 12. 6. 326 000 Mann, 104 000 t Material und 54 000 Fahrzeuge, bis 2. 7. 929 000 Mann, 586 000 t Material und 177 000 Fahrzeuge gelandet
6.–13. 6. 44	Angriffe deutscher Zerstörer, T-Boote, S-Boote und U-Boote gegen den Landungsraum vor der Normandie schlagen bei größeren Verlusten nicht durch
25. 6. 44	Schweres Gefecht deutscher Küstenbatterien bei Cherbourg mit US-Schlachtschiffen und Kreuzern
Juni 44 – Mai 45	*8. Phase der Schlacht im Atlantik* Einzelunternehmungen mit Schnorchelbooten unter den englischen und amerikanischen Küsten. Durchschn. 48 U-Boote in See. 544 526 BRT versenkt bei 151 Verlusten
6.–27. 8. 44	Raids brit. Kreuzer und Zerstörer gegen deutschen Schiffsverkehr an der Biskaya- und Bretagne-Küste
15. 8. 44	Großlandung eines US und eines franz. Korps in Südfrankreich (Operation "Dragoon") mit starker Unterstützung durch alliierte Seestreitkräfte und brit. Trägerflugzeuge
20.–25. 8. 44	Räumung der deutschen Stützpunkte an der Biskaya-Küste und der rumänisch-bulgarischen Küste, Selbstversenkung der dort verbleibenen Schiffe
22.–29. 8. 44	Brit. Trägerraids gegen die "Tirpitz" im Altafjord
4.–15. 9. 44	Räumung Finnlands z. T. über See
ab 12. 9. 44 – April 45	Zahlreiche Raids brit. Träger- und Kreuzer/Zerstörergruppen gegen deutschen Schiffsverkehr an der norwegischen Küste
16.–23. 9. 44	Räumung Estlands über See, ca. 34 500 Soldaten und Flüchtlinge ca. 50 000 t Material evakuiert
24. 9.–29. 10. 44	Operationen starker brit. Verbände zur Eroberung des Ägäischen Raumes mit Trägern, Kreuzern, Zerstörern und Landungsschiffen. 14. 10. Landung bei Piräus
22. 10.–23. 11. 44	Kampf um die Halbinsel Sworbe, Feuerunterstützung von See durch Kreuzer "Prinz Eugen", "Scheer", "Lützow". 18 195 Soldaten und Flüchtlinge evakuiert
2. 11. 44	Nach Zerbombung der Seedeiche von Walcheren Landung brit. Commando-Einheiten mit Unterstützung durch schwere Schiffe
12. 11. 44	Schwere Bomber der RAF vernichten das Schlachtschiff "Tirpitz" bei Tromsö
22. 12. 44	S-Bootsangriff gegen alliierten Konvoi in der Schelde-Mündung
Dezember	Das erste Walter-U-Boot (U-1405) in Dienst gestellt
23. 1.–8. 5. 45	Räumungstransporte von Ostpreußen und aus der Danziger Bucht. Insgesamt 2 002 602 Flüchtlinge, Soldaten und Verwundete evakuiert, dabei etwa 14 000 Verluste auf Seetransport (Verlust der Dampfer "Gustloff", "Steuben" und "Goya" durch sowj. U-Boote)
21,–22. 3.45	S-Bootsangriff gegen brit. Konvoi an der engl. Ostküste
7.–8. 4. 45	S-Bootsangriff gegen brit. Konvoi vor der belg. Küste
9. 4. 45	Schwerer Luftangriff der RAF auf Kiel, Kreuzer "Scheer" und "Hipper" vernichtet
16. 4. 45	Schwerer RAF-Luftangriff vernichtet Kreuzer "Lützow" bei Swinemünde

5.–9. 4. 45	Letzte Evakuierungsfahrt der noch fahrbereiten Zerstörer, T-Boote und S-Boote nach Hela, 43 000 Menschen evakuiert

26. Luftkrieg 1944/45

8. 9.	Erstmaliger Abschuß einer Fernrakete vom Typ A 4 (V 2) gegen England. 485 (aus dem Raum nordöstlich von Den Haag). Bis zur Einstellung des Beschusses am 27. 3. 1945 schlagen 1 115 V-2-Rakten in Großbritannien ein. (Die britische Zivilbevölkerung verliert 2 724 Tote und 6 467 Schwerverletzte).
17. 9.	110 B 17 der 8. USAAF werfen unter Jagdschutz 1 248 Versorgungsbehälter mit Waffen und Lebensmitteln über Warschau ab. 90 % aller Behälter fallen in die Hände der Deutschen.
7. 10.	Mehr als 3 000 alliierte Flugzeuge gleichzeitigber dem Reichsgebiet. Die 8. USAAF wirft u. a, 1 270 t Bomben auf Anlagen zur Gewinnung synthetischen Treibstoffs.
14. 10.	1 063 britische Bomber führen unter dem Schutz von Jägern einen Tagesangriff auf Duisburg durch. 15 Bomber angeschossen.
	Rd. 1 000 Bomber der 8. USAAF, greifen Köln an (14 Bomber und 8 Jäger verloren).
14./15. 10.	RAF-Bomber greifen mit 1 005 Lancaster, Halifax und Mosquito Duisburg an. (Nur 6 Bomber abgeschossen).
	Die 5. RAF-Bomber Group greift mit 240 Lancaster und Mosquitos Braunschweig an.
25. 11.	Flugzeuge der 9. USAAF sowie der 1. und 2. Taktischen Luftflotte fliegen 2 052 Einsätze über der deutschen Westfront, am 26. 11. 3 014.
	Bomber der 8. USAAF werfen 1 581 t Bomben auf die Leuna-Werke bei Merseburg und 663 t auf Bingen.
26. 11.	Bomber der 8. USAAF werfen 1 993 t Bomben auf Eisenbahnanlagen von Paderborn, Bielefeld, Hamm, Osnabrück, Hannover und Gütersloh, außerdem 771 t auf die Ölraffinerie Misburg bei Hannover.
26./27. 11.	Das RAF-Bomber Command wirft 784 t Bomben auf München.
24. 12.	Die alliierten Luftflotten im Westen fliegen 6 000 Einsätze gegen das Gebiet der Ardennenoffensive. Seit dem 16. 12. 1 088 deutsche Flugzeuge von den Alliierten vernichtet.
1945 3. 2.	937 Bomber der 8. USAAF werfen 2 264 t Bomben auf Berlin. 26 B 17 und 8 Jäger durch Flak und Jagdflugzeuge abgeschossen. Rd. 22 000 Tote unter der Zivilbevölkerung. (Bei diesem Angriff wird der Vorsitzende des deutschen "Volksgerichtshofes" Freisler getötet)
3./4. 3.	Zum erstenmal nach langer Zeit werfen deutsche Störflugzeuge wieder Bomben auf Ziele in Großbritannien (Midlands, Ost- und Nordengland).
	Über 100 deutsche Nachtjäger schließen sich einem britischen Bomberverband, der die Treibstoffwerke Kamen bei Dortmund angegriffen hat, an und schießen über England 19 Bomber ab.
13./14. 2.	In zwei Angriffen werfen 244 bzw. 529 Lancaster des RAF-Bomber Command 2,659 t Bomben auf Dresden. Verwüstung der Innenstadt. Am Mittag des 14. 2. wird der Angriff durch 311 B 17 der 8. USAAF, die weitere 771 t Bomben abwerfen, wiederholt. Die begleitenden Jäger greifen im Tiefflug Menschen auf den Straßen und Flüchtlingstrecks an. Tote: bis zu 245 000 Menschen; Berechnungen des Statistischen Bundesamtes: 60 000.
2./3. 5.	Letzter Angriff des RAF Bomber Command auf Deutschland: Abwurf von 174 t Bomben auf den Kieler Hafen.

Das Kriegsjahr 1945: **Politik**

1. 1.	Das kommunistische "Lubliner Komitee" erklärt sich zur provisorischen Regierung Polens; die polnische Exilregierung protestiert vergeblich. (Es wird am 3. 1. von der sowjetischen Regierung anerkannt).
11. 1.	Die britischen Streitkräfte in Griechenland, die griechischen Reg. Truppen und die kommunistischen E. L. A. S.-Kräfte unterzeichnen ein Abkommen (Räumung Athens, Salonikis und Patras von allen kommunistischen Verbänden; Gefangenenaustausch).
18. 1.	Die provisorische Regierung Polens siedelt von Lublin nach Warschau über.
20. 1.	Die ungarische Gegenregierung in Debrecen (sowjetischer Machtbereich) schließt mit der Sowjetunion einen Waffenstillstand ab.
30. 1.	Letzte Rundfunkrede Hitlers.
4.–12. 2.	Konferenz von Jalta (Stalin, Churchill, Roosevelt und Stabchefs). Stalin sagt zu, drei Monate nach Kriegsende in Europa in den Krieg gegen Japan einzutreten. (Polenfrage, Stimmenverhältnis im Sicherheitsrat der UN und Deutschlandfrage stehen im Mittelpunkt der Beratungen). (s. S. 613).
11. 2.	In Belgien bildet der Sozialist van Acker eine neue Regierung.
5. 2.	Präsident Bierut kündigt an, daß Polen Schlesien und Ostpreußen unter eigene Verwaltung nehmen werde.
19. 2.	Himmler nimmt mit dem schwedischen Grafen Bernadotte Kontakt auf, um Möglichkeiten eines Separatfriedens mit den Westmächten zu erkunden.
26. 2.	Erlaß Himmlers über Errichtung von "Sonderstandgerichten zur Bekämpfung von Auflösungserscheinungen".
27. 2.	Der stellv. sowjetische Außenminister Wyshinski zwingt in Bukarest König Michael I zur Einsetzung der kommunistischen Regierung Goza (am 6. 3. bestätigt).
3. 3.	Finnland erklärt Deutschland den Krieg.
8. 3.	SS-Gen. Wolff beginnt in der Schweiz Verhandlungen mit Vertretern des alliierten Obkdos. (Waffenstillstand für die Truppen in Italien).
11. 3.	Die japanische Regierung hebt einseitig die franz. Protektorate und Kolonialstatute über Indochina (Vietnam unter Kaiser Bao Dai) auf.
12. 3.	Himmler vereinbart mit seinem Arzt Kersten, entgegen "Führerbefehl" die KZ-Lager beim Herannahen der Alliierten nicht zu sprengen und die Gefangenen nicht zu töten.
14. 3.	Die polnische Regierung errichtet die Gebietshoheit über die besetzten deutschen Ostgebiete; Bildung von 4 Wojewodschaften (Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien und Pommern) (in Ausübung der ihr von Moskau einseitig übertragenen Rechte).
15. 3.	Sondierungen des Mitarbeiters von Ribbentrop, F. Hesse, in Stockholm (Separatfrieden mit den Westmächten).
19. 9.	Hitler erläßt den sog. "Nero-Befehl" zur Zerstörung sämtlicher

	Industrie- und Versorgungsanlagen in Deutschland (Ausführungsbestimmungen des OKW heben den Befehl praktisch wieder auf).
27. 3.	Letzte V-2-Raketen gegen Großbritannien abgeschossen.
5. 4.	Die UdSSR kündigt den Nichtangriffspakt mit Japan vom 13. 4. 1941. Rücktritt der japanischen Regierung Koiso. Suzuki – mit Togo als Außenminister – bildet ein neues Kabinett.
11. 4.	Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Jugoslawien (Tito in Moskau).
12. 4.	Plötzlicher Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Nachfolger wird Vizepräsident H. Truman.
21. 4.	Zusammenbruch der deutschen Front in Italien. Abschluß eines Freundschafts- und Hilfeleistungsabkommens zwischen der Warschauer "Prov. Regierung" und der UdSSR (Osóbka-Morawski in Moskau).
	Himmler trifft sich mit dem Vertreter des jüdischen Weltkongresses Masur auf dem Gut Hartzfelde b. Berlin. 1 000 jüdische Frauen (aus dem KZ Ravensbrück) werden freigegeben.
22. 4.	Hitler entschließt sich nach einer Führungskrise, in Berlin zu bleiben.
23. 4.	Hitler entläßt H. Göring aus sämtlichen Ämtern
24. 4.–26. 6.	Konferenz von San Franzisco (Gründung der UNO).
25. 4.	Himmlers Waffenstillstandsangebot (über Graf Bernadotte) erreicht London.
26. 4.	Italienische Partisanen nehmen Mussolini und dessen Geliebte Clara Petacci in Oberitalien gefangen (Dongo/Lago di Como).
	Beide werden am 29. 4. erschossen.
27. 4.	Karl Renner bildet in Wien eine provisorische österreichische Regierung aus Vertretern der Sozialisten, Christlich-Sozialen und Kommunisten.
29. 4.	Hitler heiratet Eva Braun. Abfassung seines privaten und "politischen" Testaments. Dönitz zum "Reichspräsident" ernannt.
30. 4., 15.30 Uhr	Hitler verübt (zusammen mit Eva Braun) Selbstmord im Bunker zu Berlin.
	Die sog. "Gruppe Ulbricht" wird von Moskau nach Berlin eingeflogen. Sie soll mit der "demokratischen Umgestaltung" Deutschlands beginnen.
	Churchill schlägt der amerikanischen Regierung vor, Prag zu besetzen.
2. 5.	Neue deutsche Reichsregierung unter Gr. Admiral Dönitz bildet sich in Flensburg.
	Übergabe Berlins an sowjetische Truppen.
4. 5.	Kapitulation sämtlicher deutscher Streitkräfte in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark.
5. 5.	Aufstand tschechischer Nationalisten in Prag.
6. 5.	Dönitz entläßt Himmler aus all seinen Ämtern.
7. 5.	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.
23. 5.	Verhaftung und Gefangennahme aller Mitglieder der Regierung

Dönitz und des OKW in Flensburg-Mürwik. Himmler verübt Selbstmord in Lüneburg.

5\. 6. Die vier Siegermächte (USA, Großbritannien, UdSSR und Frankreich) übernehmen die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland (Vier Zonen und Sondergebiet von Berlin).

26\. 6. Gründung der UNO.

4\. 7. Die Alliierten anerkennen Österreich in den Grenzen von 1937.

17\. 7.–2. 8. Konferenz von Potsdam (s. S. 613).

6\. 8. Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima (erster Versuchsabwurf am 16. 7. in Los Alamos).

9\. 8. Kriegserklärung der Sowjetunion an Japan.

Abwurf der 2. Atombombe über Nagasaki.

14\. 8. Unterzeichnung eines sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrages.

2\. 9. Japan unterzeichnet die bedingungslose Kapitulation.

27. Sturm auf das Reich

1945:

12\. 1. Die 1. Ukrainische Front (Marschall Konjew) tritt mit den Garde-Pz.-Armeen 3 und 4 sowie den Schützen-Armeen 3 (Garde), 5 (Garde), 13, 52 und 60 aus dem Brückenkopf Baranow zur Großoffensive an und durchstößt rasch die schwache Abwehrfront der 4. deutschen Pz.-Armee. Am 15. 1. nehmen die 13. Armee und die 4. Garde-Pz.-Armee im Zusammenwirken mit der 3. Garde-Armee Kielce, am 18. 1. Petrikau, während die 5. Garde-Armee am 17. 1. Tschenstochau erobert.

13\. 1. Die 3. Weißrussische Front (ArmeeGen. Tschernjachowski) beginnt im Raum von Pillkallen (Ostpreußen) eine Großoffensive mit den Schützen-Armeen 39, 5, 28, 11 (Garde), 2 (Garde) und 31 sowie dem I. und II. Garde-Pz.-Korps mit Stoßrichtung West, um die deutsche 3. Pz.-Armee zu zerschlagen und die Ostsee (Kurisches Haff) zu erreichen. Luftunterstützung durch die Luftarmee 1. Die 43. Armee der 1. Baltischen Front unterstützt den Angriff der 3. Weißrussischen Front durch einen Angriff aus dem Raum nördlich Tilsit. Nach 5 Tagen gelingt der sowjetischen HGr. der operative Durchbruch nach Westen.

Die den Vormarsch der 1. Ukrainischen Front unterstützende sowjetische Luftarmee 2 fliegt bei schlechtem Wetter 692 Einsätze gegen die 4. deutsche Pz.-Armee.

Der Rückmarsch der deutschen HGr. E (GenOberst Löhr) aus Griechenland. Albanien und Südjugoslawien findet an der Drina-Linie seinen vorläufigen Abschluß.

14\. 1. Die 1. Weißrussische Front (Marschall Shukow) tritt aus den Weichselbrückenköpfen von Magnuszew und Pulawy mit der 2. Garde-Pz.-Armee, den Armeen 1 (poln.) und 61 sowie der 5. Stoßarmee nach Westen und Nordwesten zum Großangriff an und durchbricht die Abwehrfront der 9. deutschen Armee. Am 15. 1. überschreitet die 47. Armee der 1. Weißrussischen Front die Weichsel von Warschau. In wenigen Tagen wird die deutsche HGr. A mit Ausnahme der 17. Armee zwischen der Weichsel südlich Krakau und den Karpathen zerschlagen.

Die 2. Weißrussische Front (Marschall Rokossowski) tritt aus den Narew-Brückenköpfen beiderseits Rozan mit der 5. Garde-Pz.-Armee der 2. Stoß-Armee, den Schützen-Armeen 48, 49, 65 und 70 sowie dem III. Garde-Kav.-

Korps, dem VII. mech. Korps, dem I. und VIII. Garde-Pz.-Korps nach Nordwesten in Richtung Elbing–Frisches Haff gegen die Front der 2. deutschen Armee an. Damit wird die im Frontbogen um die Südostgrenze Ostpreußens haltende 4. deutsche Armee an beiden Flanken bedroht, die HGr. Mitte als Ganzes droht in Ostpreußen eingeschlossen zu werden.
Kräfteüberlegenheit an der Ostfront zwischen Ostsee und den Karpathen: Infanterie: 7,7:1, Artillerie 6,9:1, Granatwerfer 10,2:1, Panzer 4,7:1. Starke Luftüberlegenheit durch die sowjetischen Luftflotten1, 2, 4, 6 und 16.

16. 1. Die Stoßkeile der seit dem 3. 1. eingeleiteten Gegenoffensive der 1. US-Armee von Norden (XXX. britische, VII. und XVIII. US-Korps) und der 3. US-Armee (VIII. und III.) von Süden gegen den deutschen Frontvorsprung in den Ardennen treffen bei Houffalize zusammen.

17. 1. Warschau von dt. Truppen geräumt

23. 1. Die Sowjets erreichen die Oder in Niederschlesien

8. 2. Beginn der brit.-kanad. Offensive am Unterrhein.

13. 2. Abschluß der Kämpfe um Budapest.

23. 2. Die amerikanische Großoffensive (1. und 9. Armee) zum Rhein beiderseits Köln beginnt.

26. 2. Die "1. Weißrussische Front" bricht in Hinterpommern zur Ostsee durch.

7. 3. Die Amerikaner bilden einen Brückenkopf bei Remagen (3. US-Armee).

10. 3. Feldm. Kesselring übernimmt den Oberbefehl über die HGr. West.

20. 3. Die jugoslawischen Partisanen (Tito) eröffnen die Offensive.

23. 3. Truppen der 2. britischen, 1. kanadischen und 9. US-Armee setzen über den Rhein.

30. 3. Die 2. sowjetische Stoßarmee erobert Danzig.

6. 4. Jugoslawische Partisanen besetzen Sarajewo.

9. 4. Alliierte Offensive in Italien beginnt (8. britische Armee).

9. 4. Königsberg kapituliert (General Lasch).

13. 4. Besetzung von Wien durch die 4. sowjetische Garde-Armee.

14. 4. Der Ruhrkessel (Model) wird durch die Amerikaner gespalten; die 5. US-Armee eröffnet die Offensive in Italien.

16. 4. Beginn der sowj. Großoffensive an der Oder und Neiße zur Einschließung von Berlin (1. ukrainische und 1. weißrussische Front).

18. 4. Der dt. Widerstand im Ruhrkessel wird eingestellt.

19. 4. Amerikanische Truppen brechen nach Bologna durch. Besetzung von Leipzig.

24. 4. Einschließung Berlins vollendet; die sowjetischen Angriffsspitzen treffen sich bei Nauen.

25. 4. Zusammentreffen amerikanischer und sowjetischer Truppen bei Torgau an der Elbe.

29. 4. Die 12. dt. Armee (Wenck) zum Entsatz von Berlin angetreten; Abschluß eines Sonderwaffenstillstandes in Italien.

30. 4. Jugoslawische Partisanen erreichen Vororte von Triest.

1. 5. Die Kampfhandlungen in Italien werden eingestellt.

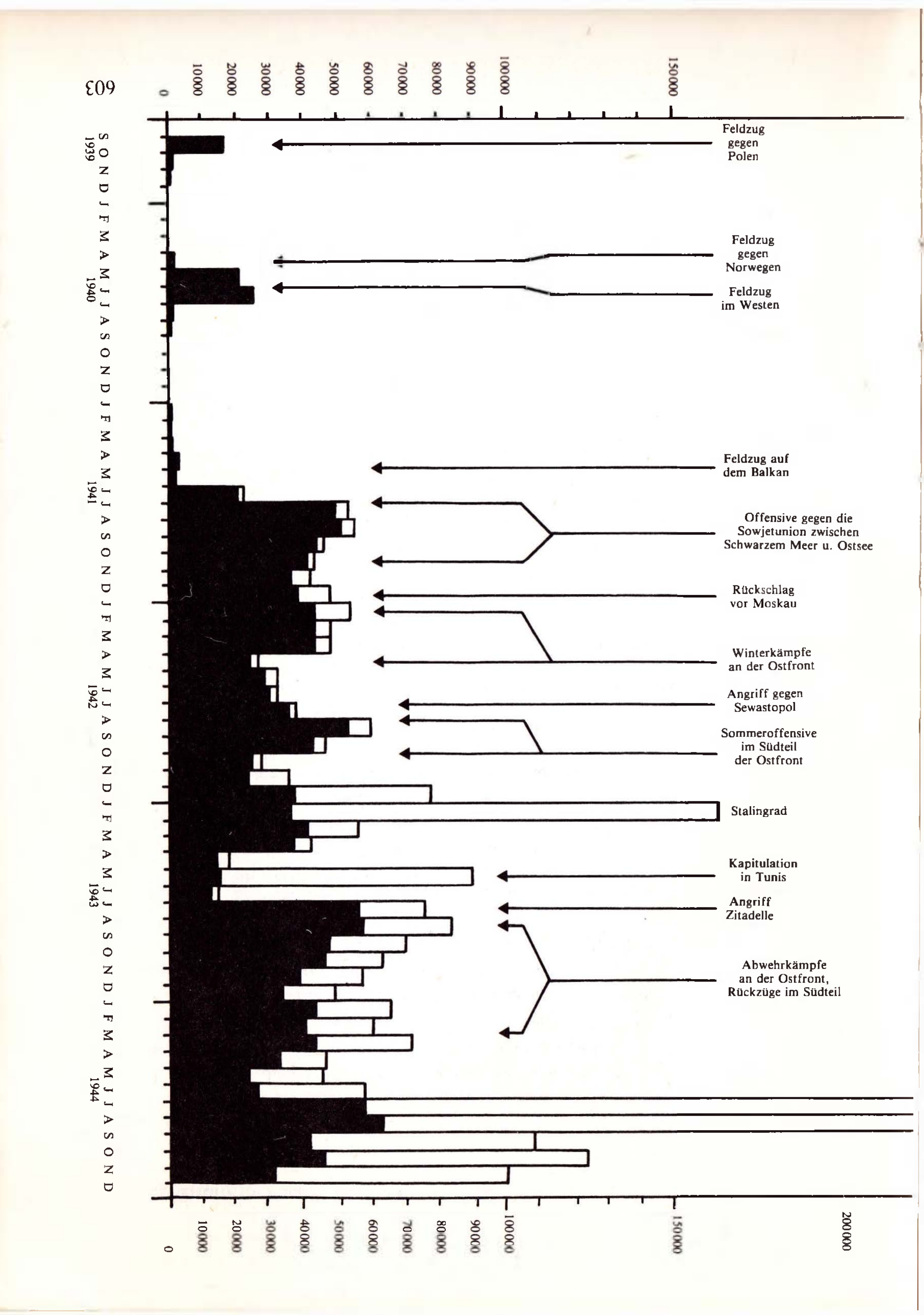
Britische Truppen stoßen über die Elbe nach Mecklenburg und Holstein vor.

2. 5. Kapitulation Berlins.

4. 5. Die Kämpfe in Norddeutschland werden eingestellt (Kapitulation gegenüber der britischen HGr. Montgomery).

4. 5. Zusammentreffen der amerikanischen Truppen aus Süddeutschland und Italien am Brenner.

7. 5.	02.41 Uhr: Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht im Hauptquartier Gen. Eisenhowers in Reims: von GenOberst Jodl unterzeichnet. (In Kraft ab 9. 5. 00.01 Uhr).
8. 5.	Rundfunkansprache Dönitz' über den Flensburger Sender.
	Einnahme Dresdens durch die 5. sowjetische Garde-Armee (GenOberst Shadow).
	Titos Streitkräfte dringen in Agram ein.
9. 5.	00.16 Uhr: Wiederholung der Unterzeichnung der Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst durch GFM Keitel, GenOberst Stumpff und GenAdm. v. Friedeburg.
10. 5.	Kapitulation der HGr. Kurland (GenOberst Hilpert).



Feldzug gegen Polen
Feldzug gegen Norwegen
Feldzug im Westen
Feldzug auf dem Balkan
Offensive gegen die Sowjetunion zwischen Schwarzem Meer u. Ostsee
Rückschlag vor Moskau
Winterkämpfe an der Ostfront
Angriff gegen Sewastopol
Sommeroffensive im Südteil der Ostfront
Stalingrad
Kapitulation in Tunis
Angriff Zitadelle
Abwehrkämpfe an der Ostfront, Rückzüge im Südteil
0
10000
20000
30000
40000
50000
60000
70000
80000
90000
100000
150000
200000
1939
1940
1941
1942
1943
1944
S O N D J F M A M J J A S O N D

Verluste des Heeres an Toten und Vermißten vom 1.9.39—30.11.44

Erläuterung: = Vermißte = Tote

Invasionskämpfe im Westen
Zusammenbrüche
H. Gruppe Mitte (Juli). Süden
u. in Rumänien (August)

350000
300000
250000

28. Kriegführung im Pazifik 1943/45

a)

1943	
12.–28. 3.	Paz. Militärkonferenz in Washington (unter Leitung von Adm. Cooke und Gen. Wedemeyer); (Kdo-Fragen; Operationen, Nachschub).
1. 7.	Landung amerikanischer Truppen auf der Insel Neu Georgia
Juni–Juli	Beginn der alliierten Großoffensive im Südpazifik.
15. 8.	US-Landung auf Vella-Lavella (Salomonen).
4. 9.	Amerikanisch-australische Landung bei Lae (Neu Guinea).
1. 11.	US-Landung auf Bougainville.
15. 12.	Australisch-amerikanische Landung auf Arawe (Neu-Britannien).
1944	
(bis April 1945)	Britische, amerikanische und chinesische Truppen eröffnen die Offensive zur Rückeroberung von Burma.
18.–19. 2.	Landung von 2 US-Div. auf Eniwetok.
29. 2.	US-Landung auf den Admiralitätsinseln.
20. 3.	US-Landung auf Emirau (Bismarck-Archipel).
21.–22. 4.	Unter Deckung von Task Force 58 Landung starker US-Verbände bei Hollandia (Neu Guinea).
21. 7.	Nach tägl. Bombardierungen und Beschießungen seit 16. 6. Landung starker Kräfte der USA auf Guam (Marianen).
15. 9.	Landung einer US-Marine-Div. auf Palau-Peleliu und einer US-Armee-Div. auf Morotai.
19. 10.	Beginn der Offensive Mac Arthurs zur Wiedereroberung der Philippinen.
23.–26. 10.	Schlacht um den Leyte-Golf (Landungen)
15. 12.	Landung eines US-Korps auf Mindoro.
1945	
4. 2.	Manila besetzt (Eroberung von Luzon am 24. 2. abgeschlossen).
19. 2.	Landung amerikanischer Truppen auf der Volcano-Insel Iwojima. (Damit Beginn des Angriffs gegen Japan).
28. 2.	Corredigor zurückgewonnen.
1. 4.	Landung auf der Insel Okinawa (Ryukyu-Inseln).
Mai	Landung bei Tarakan (1.), südl. Rangoon/Burma (2.) und Davao/Mindanao (3. 5.).
10. 6.	Landung australischer Truppen auf Borneo.
6./9. 8.	Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.
8. 8.	Kriegserklärung der UdSSR an Japan (die Rote Armee besetzt die Mandschurei und Nordkorea).
10. 8.	Kapitulationsangebot der Japaner.
2. 9.	Unterzeichnung der Kapitulation. (Bis zum 24. 10. 45 werden die letzten japanischen Truppen entwaffnet).

b) See-Luftkrieg 1943/45

30. 6. 43	US-Landungen auf Rendova und Neu Georgia (Salomonen).
. 7. 43	Seeschlacht im Kula-Golf (Salomonen) zwischen amerikanischen und japanischen Kreuzern und Zerstörern, beiders. Verluste.
12.–13. 7. 43	Seeschlacht im Golf von Kolombangara zwischen japanischen und amerikanischen Kreuzern und Zerstörern, 1. jap. Kreuzer, 1 US-Zerst. versenkt, 3 alliierte Kreuzer torpediert.
6.–7. 8. 43	Seeschlacht im Vella-Golf (Salomonen) zwischen japanischen und amerikanischen Zerstörern, 3 japan. Zerst. versenkt.
6. 10. 43	Seegefecht von Vella Lavella zwischen japanischen und amerikanischen Zerstörern, je 1 Zerst. gesunken, 2 amerikanische Zerst. torpediert.
2. 11. 43	Seeschlacht in der Kaiserin-Augusta-Bay zwischen amerikanischen und japanischen Kreuzer-Zerstörer-Gruppen, je 3 Kreuzer und 2 Zerstörer ausgefallen, aber Amerikaner konnten Landungsraum decken.
5. 11. 43	US-Trägerraid gegen Rabaul, 6 japanische Kreuzer schwer beschädigt.
11. 11. 43	Neuer US-Trägerraid gegen Rabaul, 2 Kreuzer beschädigt.
20. 11. 43	US-Landung auf den Gilbert-Inseln Tarrawa und Makin unter Deckung durch die schnelle Trägerflotte.
1944	
1.–4. 1. 44	Zwei US-Trägerraids gegen Kavieng (Neu Irland) und Landung bei Saidor (Neu Guinea).
29. 1.–6. 2.	Nach mehreren Raids der schnellen US-Trägerflotte (Task Force 58) gegen die Marschall-Inseln am 31. 1. Landung von 2 Divisionen auf Kwajalein.
17. 2. 44	Schwerer Raid der Task Force 58 gegen Truk, große Verluste an japanischem Schiffsraum.
23. 2. 44	Erster amerikanischer Trägerraid gegen die Marianen.
30. 3.–1. 4. 44	US-Task Force 58 (11 Träger) greift Palau, Yap und Woleai an, dabei erstmalig Mineneinsatz von Trägerflugzeugen, 104 000 BRT versenkt.
19. 4. 44	Britisch-amerikanischer Trägerraid gegen Sabang (Sumatra).
29.–30. 4. 44	Raid der Task Force 58 gegen Truk (Karolinen).
17. 5. 44	Britisch-amerikanischer Trägerraid gegen Soerabaja (Java).
19.–23. 5. 44	US-Trägerraid gegen Marcus und Wake (Pazifik).
12.–15. 6. 44	Vorbereitende Luft- und Artillerie-Angriffe der Task Force 58 gegen Saipan, anschl. Landung des amerikanischen V. amphib. Korps.
19.–20. 6. 44	See-Luftschlacht in der Philippinen-See zwischen japanischer Flotte mit 9 Trägern und landgestützter Marine-Luftwaffe und Task Force 58 mit 15 Trägern. Japaner verlieren durch U-Boote und Trägerflugzeuge 3 Träger und über 400 Flugzeuge.
25.–26. 2. 45	Task Force 38 führt Raid gegen den Raum Tokyo.
18.–21. 3. 45	Task Force 38 führt Raid gegen Kyushu und Honshu mit Gegenangriffen japanischer Bomber und Kamikaze-Flugz. 5 Träger beschädigt. Erster Einsatz bemannter Bomben schlägt fehl.
21.–22. 3. 45	S-Bootangriff gegen brit. Konvoi an der englischen Ostküste.
23.–31. 3. 45	Vorbereitungsangriffe der Task-Force 38 und einer britischen Trägergruppe gegen Okinawa und die Ryukyu-Ins. Abwehr von Kamikaze-Angriffen.
1. 4. 45	Landung der 10. US-Armee mit 4 Div. auf Okinawa. Kämpfe dauern mit beiderseitigen schweren Verlusten bis 21. 6. 45.

9. 4. 45	Landung von US-Truppen auf Jolo, Sulu-See.
15.–16. 4. 45	Task Force 38 führt Raid gegen Süd-Kyushu.
22.–30. 4. 45	Britische und amerikanische Trägergruppen greifen Ryukyu-Inseln an.
1. 4. 45	Landung der 10. US-Armee mit 4 Div. auf Okinawa. Kämpfe dauernd mit beiderseitigen schweren Verlusten bis 21. 6. 45. Laufende Kamikazeangriffe gegen die Landungsflotte und Deckungsstreitkräfte, dabei vom 26. 3.– 29. 7. 45 versenkt: 11 Zerstörer und 11 kleinere Schiffe, getroffen wurden 17mal Träger, 10mal Schlachtschiffe, 4mal Kreuzer, 75mal Zerstörer, über 100mal kleinere Schiffe und Fahrzeuge.
7. 4. 45	Selbstopferangriff einer japanischen Flottenkampfgruppe gegen Okinawa wird von Task Force 38 abgefangen. Schlachtschiff "Yamato", 1 Kreuzer und 4 Zerstörer versenkt.
11.–16. 5. 45	Task Force 38 und britische Trägergruppe führen Raids gegen Ryukyu-Inseln.
16. 5. 45	Japan. Kreuzer "Haguro" vor Malakka-Str. durch 4 brit. Zerstörer in klassischem Torpedoangriff versenkt.
24.–25. 5. 45	Task Force 38 führt Raid gegen Süd Kyushu.
2.–3. 6. 45	Task Force 58 führt Raid gegen Süd-Kyushu.
5. 6. 45	Teile der 5. US-Flotte geraten in Philippinen-See in schweren Taifun, 4 Flottenträger, 4 Geleitträger, 4 Schlachtschiffe, 7 Kreuzer, 14 Zerstörer und 2 Tanker z. T. schwer beschädigt.
8. 6. 45	Task Force 58 führt Raid gegen Kyushu.
14.–15. 6. 45	Britischer Trägerraid gegen Truk.
10.–30. 7. 45	Task Force 38 führt zusammen mit brit. Trägergruppe laufende Raids gegen Ziele auf Hokkaido, Honshu und in der
4. 7. 44	US-Trägerraid gegen die Volcano-Gruppe und Iwojima.
25.–28. 7. 44	Task Force 58 greift Palau und die West-Karolinen an.
4.–5. 8. 44	US-Trägerraids gegen Iwojima und die Bonin-Inseln.
31. 8.–14. 9. 44	US-Task Force 38 (bisher T. F. 58) führt nacheinander Raids gegen Iwojima und die Bonin-Inseln, die Westkarolinen mit Palau, gegen Mindanao und gegen den Visayas-Archipel (Zentral-Philippinen).
21.–24. 9. 44	Task Force 38 (12 Träger) führt eine Serie von Raids gegen Luzon und den Visayas-Archipel.
10.–13. 10. 44	Luftschlacht von Formosa zwischen Task Force 38 (17 Träger) und der 2. japan. Marine-Luftflotte. Schwere Schäden und Flugzeugverluste auf japan. Seite, 2 amerikanische Kreuzer torpediert.
15.–18. 10. 44	Task Force 38 führt 3 große Raids gegen Luzon, schwere Verluste der japan. 1. Marine-Luftflotte.
20. 10. 44	Landung der 6. US-Armee mit 4 Div. auf Leyte, unterstützt durch 7. Flotte und Task Force 38.
23.–26. 10. 44	*Schlacht um den Leyte-Golf* Großangriff der japan. Flotte gegen Landungsraum von 7. Flotte und Task Force 38 abgewehrt, 4 japan. Träger, 3 Schlachtschiffe, 10 Kreuzer, 9 Zerstörer versenkt. 1 amerik. Träger, 2 Geleitträger, 2 Zerstörer, 1 Geleitzerstörer gesunken. Erster Einsatz japan. Kamikaze-Flieger, Treffer auf 7 Geleitträgern.
27.–30. 10. 44	Task Force 38 bombardiert Ziele in Zentral-Philippinen, 3 Träger, 1 Kreuzer durch Kamikazeflugz. beschäd.
5.–6. 11. 44	Task Force 38 führt schwere Raids gegen Luzon, 1 Träger durch Kamikaze beschäd., 1 japan. Kreuzer versenkt.

11.–19. 11. 44	Task Force 38 führt Raids gegen die Westküste von Leyte und Luzon, schwere Schäden auf japan. Seite.
25.–29. 11. 44	Japan. Kamikaze-Flieger beschädigen vor Luzon und im Leyte-Golf 4 Träger, 2 Schlachtschiffe, 2 Kreuzer und 2 Zerstörer.
7. 12. 44	Landung einer US-Division in der Ormoc-Bay (West-Leyte), Kamikaze-Angriffe treffen 7 Zerstörer und Landungsfahrzeuge.
Dezember 44– Juli 45	Regelmäßige britische Trägerraids gegen Ziele auf Sumatra und den Nikobaren.
17.–18. 12. 44	Task Force 38 gerät in schweren Taifun, 3 Zerstörer gesunken, 21 Schiffe beschädigt.
1945	
2. 1. 45	Landung brit. Kräfte bei Akyab (Bengalen-Golf), gedeckt durch "British Eastern Fleet".
3. 4. 45	Task Force 58 (bisher 38) führt Raids gegen Formosa und Ryukyu-Inseln.
4.–8. 1. 45	Schwere Kamikaze-Angriffe gegen US-Landungsflotte auf dem Marsch zum Lingayen-Golf. 1 Geleitträger, 2 Minensucher versenkt, 2 Geleitträger und weitere Schiffe schwer beschädigt u. a. 2 Schlachtschiffe).
9. 1. 45	Landung der 6. US-Armee mit 4 Div. im Lingayen-Golf (Luzon) Bis 13. 1. laufende Kamikaze-Angriffe: 2 Landungsschiffe versenkt, 3 Geleitträger, 1 Schlachtschiff, 1 Kreuzer, 4 Zerstörer, 6 Landungsschiffe und Transporter beschädigt.
12.–22. 1. 45	Task Force 58 führt Raid in die Süd-China-See durch und greift mit großem Erfolg Ziele in Indochina, Süd- und Südwestchina, Nordluzon, Formosa und Ryukyus an.
24.–29. 1. 45	Britischer Trägerraid gegen Palembang, Sumatra.
16.–17. 2. 45	Task Force 38 führt Raid gegen den Raum Tokyo.
19. 2. 45	Nach zahlreichen Trägerraids und einem 3-tägigen Bombardement durch Schlachtschiffe und Kreuzer landen 2 US-Marine-Divisionen auf Iwojima, das nach schweren beiderseits verlustreichen Kämpfen bis zum 16. 3. erobert wird.

29. Kriegsziele der Alliierten und der Sowjetunion von 1940–1945

Alliierte	Gemeinsame Konferenzen	Sowjetunion
1940 25. 2.–19. 3.: Der am. U.Staatss. S. Welles sondiert in Europa die Friedensmöglichkeiten. (Vom 7.–11. 3. in Paris: Teilung Deutschlands als "Präventivmaßnahme" gegen dt. Aggressionen? Sicherheit durch Zerstückelung D.).		
1941 *9.–12. 8.: Atlantikkonferenz.* Roosevelt und Churchill verkünden die Atlantik-Charta (Antiimperialismus, internat. Kooperation, Verzicht auf gewaltsame Politik). (Ein nicht nationals. Deutschland Nutznießer der neuen Friedensordnung).	30./31. 7.: Moskau: Stalin und Hopkins (Vertrauter Roosevelts): Analyse der milit. Lage (St. wünscht Kriegseintritt der USA)	3. 7.: Stalins Rundfunkrede: Vaterländischer Volkskrieg soll Gefahr beseitigen und unterjochten Völkern helfen.
11. 12.: Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA	28. 9.–1. 10.: Moskau: (Stalin, Harriman, USA, und Beaverbrook, GB): (Stalin erkundigt sich nach "deutschen Kriegsentschädigungen").	
20. 12.: Churchill spricht sich gegen die Anerkennung der sowj. Grenzen von 1941 aus.	26./17. 12.: Moskau: (Stalin und Eden). Stalin entwickelt ein umfassendes Programm für die Neugestaltung Europas. Politische Teilung Deutschlands, Schwächung der europäischen Mitte, Anerkennung der Osteuropäischen Annektion der SU durch die Westmächte. ("Curzon-Linie" neue Westgrenze der SU)).	
22. 12.: – = (1. Phase der Kriegszielpolitik).		
1942 13. 1.: Washington (Roosevelt und Churchill) "Joint Declaration": Sieg für Verteidigung von Leben, Freiheit, Unabhängigkeit und Religionsfreiheit. Deutschland zuerst schlagen"		
6. 1.: Roosevelt verkündet als eindeutiges Ziel der US-Politik "die Zerschmetterung des deutschen Militarismus".		
12. 2.: US-State-Departement Advisery Comm. on Postwar Foreign Policy beginnt zu arbeiten (u. a. Mosely; Harris):		

Jahr	Alliierte	Gemeinsame Konferenzen	Sowjetunion
	S. Welles vertritt Teilung Deutschlands, Hull ist – wie die Mehrheit des "Comm." – Gegner der zwangsweisen Teilung. Er fordert unbedingte Handlungsfreiheit zu wahren (gegen Kriegszielgespräche auf internat. Ebene vor Ende der Kampfhandlungen). (Anfang 1942): Roosevelt bedeutet S. Welles, die Frage der Teilung Deutschlands verdient vom Außenministerium studiert zu werden.		23. 2.: Stalin erklärt: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der dt. Staat bleibt". (Befehl Nr. 55).
	18. 6.–26. 6.: Washington-Konferenz (Roosevelt und Churchill) (Vorzeitig abgebrochen wegen kritischer Lage in Nordafrika).	21–26. 5.: London (SU u. GB). Die Sowjetunion stellt unter all. Druck sämtliche Gebietsforderungen zurück. 29. 5.–2. 6.: Washington (SU u. USA). Roosevelt entwickelt seine Gedanken über die Entwaffnung D., über Kontrolle und Beaufsichtigung der deutschen Rüstungsindustrie. Zur Verhütung heimlicher Wiederaufrüstung, über zukünftige Polizeifunktionen der Großmächte. Molotow bestätigt volle Übereinstimmung Stalins mit diesen Vorschlägen.	Juni: Sowj. Regierung erkennt erneut die Vor-München-Grenzen der CSR an.
	21. 10.: Churchills Entwurf für ein "Vereinigtes Europa" (Preußen entmilitarisiert). 2. 12.: Das poln. Exilparlament bezeichnet als wünschenswert: "Einen breiten Zugang zur See und eine Grenze mit D., die sowohl hinreichend nach Westen verschoben als auch begradigt und verkürzt werden soll."	12.–15. 8.: Moskau: (Stalin u. Churchill) Beschluß, den "gerechten Befreiungskrieg bis zur völligen Vernichtung des Hitlerismus und jeder ähnlichen Tyrannei" weiterzuführen.	
1943	14.–23. 1.: CASABLANCA = (2. Phase der Kriegszielpolitik) Roosevelt (im Einverständnis mit Churchill) fordert die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands, Italiens und Japans (nicht improvisiert). (Handlungsfreiheit gegenüber Besiegten).		
	März: Hopkins weist auf Notwendigkeit hin, die Frage von Besatzungszonen in D. zu erörtern.		

14. 4.: Roosevelt vereinbart mit Eden, Polen soll Ostpreußen erhalten. (R. schlägt Aussiedlung der Deutschen vor).

17. 4.: Die "Civil Affairs Div." des am. Kriegsministeriums nimmt ihre Arbeit auf (Planungen für die zukünftige Besetzung D.).

12.–25. 5.: Washington-Konferenz (Roosevelt und Churchill)s,
"Inoffizielle Aussprache": Churchill äußert Gedanken über regionale Konföderationen auf dem Balkan und im Donauraum. (Letzterer solle außer Österreich und Ungarn evtl. auch Bayern angegliedert werden); er empfiehlt die staatliche Isolierung Preußens. (Unverbindlicher Gedankenaustausch).

14.–24. 8.: Quebec

(Roosevelt und Churchill)

(Die Außenminister lehnen erzwungene Teilung D. ab; spontane Separationsbestrebungen sollten allerdings gefördert werden).

17. 8.: State Department-Bericht

(Gegen eine Teilung D.; für ein gemäßigt-liberales Regime in D.).

23. 9.: State Department-Memorandum

(Über die politische Reorganisation D.: Entnazifiz. und Entmilitar.; Dezentralisierung eines geeinten D. auf föderalistischer Grundlage).

5. 10.: Roosevelt befürwortet entschieden eine Aufteilung D. (Anregungen u. a. von S. Welles? s. 25. 2.–19. 3. 1940 – oben –)

19.–30. 10.: Moskau

(Eden, Hull, Molotow)

Beschluß, eine "Europäische beratende Kommission" (EAC) zu bilden (s. 15. 12.); D. muß zu den Grenzen von 1938 zurückkehren unter Abtretung Ostpreußens. Hull fordert, Deutsche, jap. und ital. Kriegsverbrecher insgesamt zu exekutieren. Er legt State-Dep. Memorandum v. 23. 9. vor. Erklärung über die Unabhängigkeit Österreichs.

16. 3.: Litwinow bestätigt: SU würde zustimmen, daß Polen Ostpreußen erhält.

März: Der sowj. Botschafter in GB betont gegenüber Eden, die SU trete entschlossen für eine Teilung D. ein. (Gewisse föderative Bindungen könnten bestehen bleiben).

26. 4.: Die SU bricht Beziehungen zur poln. Exilregierung ab (13. 4. Katyn).

1. 5.: Tagesbefehl Stalins:
"Einzig und allein die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands" könne Europa den Frieden geben.

4. 5.: Erklärung Stalins über ein mit der SU eng verbundenes starkes Polen.

28. 6.: "Union poln. Patrioten" fordert die Abtretung Oberschlesiens, der Weichselmündung, Danzigs und Westpreußens an Polen.

Ende August: In Lunjowo unterbreitet General Melnikow (i. A. der sowj. Regierung) dt. Generalen den Vorschlag: Moskau würde sich für ein Dt. Reich mit den Grenzen von 1938 (mit Österreich) und die Erhaltung der dt. Wehrmacht einsetzen, falls es den Offz. Bund gelinge, die dt. Wehrmachtführung zu einer Aktion gegen Hitler zu bewegen, die den Krieg beende, noch bevor er auf dt. Boden ausgefochten würde.

Alliierte	Gemeinsame Konferenz	Sowjetunion
3. 12.: Meinungsverschiedenheiten zwischen Roosevelt und Churchill über die künftige Zoneneinteilung D. (s. Sept. 1944). 15. 12.: In London nimmt die Europäische beratende Kommission (EAC) ihre Arbeit auf (Winant, Strang, Gusew); sie erarbeitet bis Kriegsende: Besatzungszonenplan, Beschluß über Kapitulationsformular und Errichtung des Kontrollrates.	**28. 11. –1. 12.:** **TEHERAN (die "Großen Drei")** Die drei Staatschefs einigen sich "im Prinzip" über die Teilung D. (Roosevelt schlägt fünf autonome Staaten vor; Churchill tritt für Isolierung Preußens und Bildung einer Donauföderation ein. Stalin sympathisiert mit R.-Vorschlägen. Kein entgültiger Beschluß.) Stalin und Churchill: Für Abtretung deutscher Ostgebiete; Westverschiebung Polens bis an die östliche, Glatzer Neiße. Stalin erhebt Anspruch auf Königsberg: als Ostgrenze Polens wird Curzon-Linie vereinbart; Aussiedlung der deutschen Bevölkerung. Stalin fordert 4 Mill. Männer zum Wiederaufbau der SU für unbestimmte Zeit und die Entindustrialisierung D. nach Kriegsende. (Stalins Trinkspruch auf die Exekution von 50 000 deutschen Offizieren ohne Gerichtsverfahren). Churchill über den alliierten "Geist" seit Teheran: "Der Wunsch nach Vergeltung am gemeinsamen Feind beherrschte unser Denken".	6. 11.: Stalin proklamiert als wichtigste Kriegs-Friedensziele der SU: – Sieg der verbündeten Länder über Hitler-Deutschland zur Befreiung der unterjochten Völker – für volles Recht und Freiheit der befreiten Völker Europas, selbst die Frage ihrer staatlichen Einheit zu entscheiden – Ordnung in Europa aufzurichten, die Möglichkeit neuer dt. Aggression auszuschließt – Zusammenarbeit der Völker Europas – wirt., polit. u. kulturell – getragen von gegenseitigem Vertrauen. 11.–12. 12.: Moskau: SU u. CSR Abschluß eines Bündnispaktes (gegenseitige Nichteinmischung).
1944 14. 1.: Churchill sieht die Oderlinie als endgültig beschlossen an. 15. 1.: Briten legen einen Plan für die zukünftige Zoneneinteilung D. vor (seit Sommer 1943 arbeitet daran ein Kabinettsausschuß unter Attlee): Drei fast gleichgroße Zonen; Berlin gemeinsame Zone. Ostdtschld. (mit 40 % des Territ., 36 % der Bevölk. und 33 % der Produktion des D. R. v. 1937) = Sowjet. Zone Nordwestdtschld. (einschl. Ruhrgebiet) = Brit. Zone Saar und Süddtschld. = Amerikan. Zone. Februar: Maßvoller Deutschlandplan von J. Warburg (Office of War Information) in Washington vorgelegt. Juni: Der Stab Eisenhowers stellt das "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" fertig (von Roosevelt im August abgelehnt). 1. 6.: Der britische Plan für die Aufteilung D. in Zonen von USA gebilligt (auf der Grundlage polit. u. wirtschaftl. Einheit D.).		11. 1.: Sowj. Erklärung über Wiedererrichtung eines „starken und unabhängigen Polens" u. Rückgabe von Ländern an Polen, die "ihm seit undenklichen Zeiten" gehörten. 18. 1.: Sowj. Regierung stimmt generell der Zoneneinteilung (s. 15. 1.) D. zu.

25. 7.: "Europ. Ber. Komm." (EAC) billigt den Entwurf für die Kapitulation Deutschlands

25. 8.: Roosevelt ernennt einen Kabinettsausschuß für das Deutschlandproblem (Hull, Stimson, Morgenthau).

2. 9.: Dreier-Kommission des am. Finanzministers Morgenthau legt einen neuen Deutschlandplan vor, der von Morgenthau selbst noch verschärft wird (Völlige Zerstörung der deutschen Industrie und des Bergbaues): sogenannter "Morgenthau-Plan". (Deutschland = Agrar- und Weideland).

11.–19. 9.: Quebec-Konferenz
(= 3. Phase der Kriegszielpolitik)
Roosevelt und Churchill paraphieren eine von Churchill abgeänderte Fassung des "Morgenthau-Planes" (nach anfänglicher Ablehnung stimmt Churchill zu als Kompensationsobjekt für die Gewährung eines am. Dollarkredites?).

21.–29. 9.: Bericht über den M.-Plan in der am. Presse und Gegenargumente von Hull und Stimson veranlassen Roosevelt zu einem Dementi; am

3. 10.: sagt er sich erneut von dem unterzeichneten Programm (s. 15./16. 9.) los. (Aus taktischen Gründen? Neuwahlen 1944).

Sept.: Zoneneinteilung zwischen USA und GB dahin abgeändert.

Zur britischen Zone: Saarpfalz und Pfalz;
zur amerikanischen Zone: Hessen – Nassau, Hessen - Kassel (u. Bremer Enklave).

27. 11.: Ein Vertreter Frankreichs (Massigli) wird Mitglied der "Europ. beratenden Kommission" (EAC).

9.–18. 10.: Moskau:
(Stalin, Churchill, Harriman).
Diskussion über den Morgenthau-Plan: Stalin befürwortet einen Gürtel von unabhängigen, antinat., prorussischen Staaten – Polen, CSR und Ungarn –; einen süddeutschen Staatenbund (mit Wien als Hauptstadt); Ruhr und Saar unter internationaler Kontrolle: Rheinland selbst. Staat. In der Kriegsverbrecherfrage stimmt St. mit Morgenthau nicht überein. Keine festen Beschlüsse.

Mikolajczyk (Min. Präs. d. poln. Exilregierung) lehnt sowj. Grenzforderungen ab.

Juli–August: Sowjets geben Vertreter des "Nationalkomitees Freies Deutschland" zu verstehen, die SU bedürfe dieser Organisation nicht länger, um Hitler-Deutschland endgültig zu schlagen.

Alliierte	Gemeinsame Konferenzen	Sowjetunion
17. 12.: Die neue polnische Exilregierung Arciszewski wünscht "weder Breslau noch Stettin".		2.–10. 12.: Moskau: (Stalin, De Gaulle) Franz. Delegation ist für die Abtretung der deutschen Ostgebiete wie Stalin. Im Westen soll die deutsche Souveränität den Rhein "nicht überschreiten". De Gaulle wünscht das Rheinland für Frankreich; Internationalisierung des Ruhrgebietes. Abrüstung D. u. Bündnis der Gr. Mächte zum Schutz gegen erneute deutsche Aggression. Stalin: Diese Fragen können nur von den Großmächten gemeinsam entschieden werden.
21. 12.: Der franz. Minister Bidault bestätigt, Frankreich sei mit der Abtretung Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens an Polen einverstanden.		
1945 12. 1.: State Department Vorschläge für die Konf. von Jalta (Briefing Book) (relativ maßvoll): – Entmilitarisierung; Entnazifiz.; langfristige Kontrollen, – Eingliederung D. in Gesellschaft friedliebender Nationen. – Entwicklung zu stabilen Verhältnissen und demokratischer Ordnung; – Föderative Struktur; keine Teilung. Beseitigung der Wirtschaftshegemonie; – Reparationen, befristige Niederhaltung des Lebensstandards auf dem Existenzminimum. – Nur geringe Gebietsabtretungen im Osten (nicht bis zur Oder-Neiße).		
	4. 2. – 11. 1.: JALTA (Die "Großen Drei") Kriegsverbrecherproblem; Teilungsfrage; Deutsch-polnische Grenze; Reparationen; Endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt. Einigung: Aus den beiden Westzonen wird eine französische Zone "herausgeschnitten".	
19. 1.: Roosevelt ist "im Prinzip" mit der Errichtung einer französischen Besatzungszone einverstanden.		20. 1.: Sowj. Regierung befürwortet Teilung D., Beschränkung der Industrie und des Exports, Verlagerung der dt. Wirtschaft auf landw. Produktion u. "leichte" Industrie. Hohe Reparationen; Umerziehung der Deutschen.
10. 3.: State-Department-Entwurf für eine Weisung zur milit. Besetzung D. (am 12. 3. von R. gebilligt, dann aber infolge des Widerstandes vom Finanz- und Kriegsminister Unterschrift wieder zurückgezogen).		19.–21. 4.: Moskau-Konferenz (SU u. Polen)
26. 4.: Weisung JCS 1067 für die am. Militärregierung in D. (kurzfristig; in manchen Punkten an den Morgenthau-Plan angelehnt).		2. 5.: Die sog. "Gruppe Ulbricht" (von Moskau im Flugzeug nach D. transportiert) beginnt in der SBZ mit der "demokratischen Umgestaltung" D.
10. 5.: Der neue am. Präsident Truman genehmigt die leicht abgeänderte Weisung JCS 1067.	17. 7. – 2. 8.: POTSDAM (Die "Großen Drei") (vgl. die Vereinbarungen: S. 419).	9. 5.: Stalin deutet den Verzicht auf Zerstörung und Teilung D. an.

30. Bis 1945 geraten mit Deutschland in Kriegszustand

(Soweit vor der Kriegserklärung an Deutschland die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden, ist dieses Datum durch * bezeichnet)

Jahr	Datum	Staat
1939	1. Sept.	Polen
	3. Sept.	Großbritannien, Australien, Indien und Neuseeland sowie Frankreich.
	4. Sept.	Südafrikanische Union, 7. Sept. Kanada.
1940	9. April	Norwegen (einen Tag lang auch Dänemark).
	10. Mai	Die Niederlande, Belgien, Luxemburg.
1941	6. April	Jugoslawien und Griechenland.
	22. Juni	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.
	8. Dez.	China (Tschungking-Regierung) (*2. Sept. 1941).
	11. Dez.	Vereinigte Staaten (durch deutsche Kriegserklärung) sowie Kuba, Dominikanische Republik, Guatemala, Nikaragua.
	12. Dez.	Haiti, Honduras und El Salvador.
	16. Dez.	Tschechoslowakei (Exilregierung).
1942	13. Jan.	Panama
	28. Mai	Mexiko (*12. Dez. 1941).
	28. Aug.	Brasilien (*22. Jan. 1942)
	9. Okt.	Abessinien (durch die inzwischen wieder eingesetzte Regierung).
1943	16. Jan.	Irak (*19. Sept. 1939).
	7. April	Bolivien (*26. Jan. 1942).
	9. Sept.	Iran (*16. Sept. 1941).
	13. Okt.	Italien (Badoglio-Regierung).
	29. Nov.	Kolumbien (*19. Dez. 1941).
1944	26. Jan.	Liberia.
	25. Aug.	Rumänien
	8. Sept.	Bulgarien.
	21. Sept.	San Marino (nach erfolgter Räumung).
	31. Dez.	Ungarn (Gegenregierung).
1945	2. Febr.	Ekuador (*29. Jan. 1942).
	8. Febr.	Paraguay (*26. Jan. 1942).
	12. Febr.	Peru (*24. Jan. 1942).
	15. Febr.	Uruguay (*25. Jan. 1942).
	16. Febr.	Venezuela (*23. Dez. 1941).
	23. Febr.	Türkei (*2. Aug. 1944).
	24. Febr.	Ägypten (*3. Sept. 1939).
	26. Febr.	Syrien.
	27. Febr.	Libanon.
	1. März	Saudi-Arabien (*11. Sept. 1939).
	3. März	Finnland (*19. Sept. 1944).
	27. März	Argentinien (*26. Jan. 1944).

Bis zum Zusammenbruch bleiben in Europa neutral: Schweden, Irland, Portugal, Spanien und die Schweiz; nicht im Kriegszustand: Island. Außerhalb Europas neutral: Afghanistan. Chile brach am 20. Jan. 1943 die diplomatischen Beziehungen ab, erklärte aber nur Japan den Krieg (12. Febr. 1945).

31. Unabhängikeits- und Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und in den arabischen Staaten (1940–1945)

Indien:

März 1940: Der Indische Kongreß fordert als "einzige Lösung" die vollständige Unabhängigkeit. Moslem-Liga (unter Mohammed Ali Jinnah) tritt in Lahore für Schaffung zweier unabhängiger Moslem-Staaten im Nordwesten und Osten Indiens ein (sog. "Pakistan-Resolution" v. 23. 3. 1940). Beginn der Antikriegs-Satyagraha unter Gandhi (Oktober 1940). Mission von Sir Stafford Cripps in Indien 22. 3.–12. 4. 1942: Unterbreitung eines Vorschlages zur Bildung einer freien indischen Union (mit Dominion-Status) nach Kriegsende. Einigungsformel zwischen Großbritannien und den politischen Führern Indiens nicht erreicht. Juli–August 1942: Gandhis Aufrufe "Handeln oder Sterben" (auch: "Raus aus Indien"-Bewegung genannt. Letzte "non-cooperation"-Kampagne) und Verhaftung (9. 8.). Britische Regierung erklärt den Kongreß zur illegalen Organisation; Internierung der Kongreßführer. Seitdem in Teilen Indiens Unruhen (begleitet von Sabotageunternehmen: 318 Bahnhöfe niedergebrannt, 945 Postämter gestürmt und 11 285 Telefon-Telegr.-Leitungen unterbrochen). 1942–1943 Guerilla-Krieg gegen die Briten; Niederschlagen durch die britisch-indische Armee.

Erster Kongreß des "unabhängigen Indiens" in Bangkok: Juni 1942; Führer: R. B. Bose. Japaner errichten in Singapore "provisorische Regierung" des "Freien Indiens" unter S. Ch. Bose (von einem deutschen U-Boot einem japanischen übergeben: 28. 4. 1943): 21. 10. 1943 Kriegserklärungen an die USA und Großbritannien. Übergabe der Andamanen und Nikobaren durch Japan an die Regierung des "Freien Indiens". Aufbau einer "Indischen Nationalarmee": J. N. A. (Ab Dezember 1941 unter Mohan Singh. Dezember 1942 aufgelöst. Reorganisation durch S. Ch. Bose. Einsatz im Rahmen der japanischen Frühjahrsoffensive: 19. 3. 1944 in Burma).

Freilassung Gandhis aus Gesundheitsgründen: 6. 5. 1944. Lord Wavell, seit 20. 10. 1943 Vizekönig von Indien, deutet im "Times"-Artikel Notwendigkeit der Machtübergabe an Indien an: 20. 3. 1945. Neuer britischer Plan für Indien, Entlassung aller indischen Freiheitskämpfer (darunter Nehru): 14. 6. 1945. Konferenz von Simla zur Bildung eines 15köpfigen indischen Exekutiv-Rates, der stärker die politisch-öffentliche Meinung repräsentiert (25. 6.–14. 7. 1945); scheitert an Bedingungen der Moslems (Unabhängigkeit: 15. 8. 1947).

Ceylon: Juli 1943 Keunemann gründet formal Kommunistische Partei v. C.

Südostasien:

Burma: (seit 1885 unter britischer Oberherrschaft). Aufbau einer Burmesischen Unabhängigkeitsarmee (BIA); Ende Dezember 1941: 1 000 Mann (unter Aung San aus der Gruppe der "30"). Auflösung der Armee durch die Japaner (24. 7. 1942). Die "Chindits" (Ind. 77. Brig.) unter Wingate führen Guerilla-Krieg hinter den feindlichen Linien (8. 2.–20. 5. 1943). Nationalversammlung in Rangoon pro-

klamiert Unabhängigkeit Burmas (unter Ba Maw): 1. 8. 1943. Kriegserklärung an die Alliierten. Bündnisvertrag mit Japan. Aufbau einer burmesischen Verteidigungsarmee: 26. 8. 1943; Umbenennung in Nationalarmee (BNA): 16. 9. 1943. Thakin Soe und Thein Pe (Kommunisten) bilden mit Wissen von Aung San (Kriegsmin. der Regierung Ba Maw) antijapanische Partisanen-Untergrundarmeen (Juni); Antifaschistische Organisation gegründet: 1. August 1944. Exilregierung in Simla. Nach Geheimkontakten mit den Alliierten (August 1944) eröffnet die BNA den Kampf gegen die Japaner zur Unterstützung des britischen Generals Slim: 28. 3. 1945. Die antifaschistische Organisation nennt sich "antifaschistische Volksliga für Freiheit" (AFPFL): 19. 8. 1945 (unter U Nu). (Seit 4. 1. 1948 selbständiger Staat außerhalb des Commonwealth).
Thailand (Siam bis 1939): (Seit 1851 selbständige Monarchie; 1932 konstitutionell.) Ministerpräsident Phibul Songgram (1938): Bündnisvertrag mit Japan (21. 12. 1941). Kriegserklärung an die USA und Großbritannien: 25. 1. 1942. Rückgewinnung von Teilen der burmesischen Schan-Staaten, von britisch beherrschten Teilen Malayas und der Provinz Batambang und Siemreap in Kambodscha aus französischem Besitz (11. 3. 1941: Vertrag von Tokio; von Rangoon mit Japan: 25. 9. 1943). Bildung der Organisation "Freie Thai" (unter Pridi Phanomyong) über 50 000 Guerilla-Kämpfer; deren Zusammenarbeit mit den Alliierten (Ausbildung von Agenten in den USA). Herausgabe der 1940–1943 gewonnenen Gebiete (1945). (Regierung Pridi: März 1946).

Malaya: (Seit 1874 unter britischer Oberherrschaft). Ende 1942: Bildung einer kommunistisch-antijapanischen malaiischen Volksarmee (MPAJA) – 7 000 Guerilla-Kämpfer; 1943 unter Führung des Chinesen Chen Ping (seit Januar 1944 von Alliierten mit neuen Waffen, Munition und Sprengkörpern unterstützt). Herbst 1943: Im britischen Kolonialministerium wird ein Planungsstab für Malaya (der Nachkriegszeit) gebildet. (Unabhängiger Gliedstaat im Commonwealth: 31. 8. 1957, Malaiischer Bund).

Indochina (Vietnam): (Seit 1787 unter französischer Oberherrschaft). Seit Juni 1940 französischer Generalgouverneur Adm. Decoux, der durch Verträge Vichy-Frankreich mit Japan (30. 8. 1940 und 29. 7. 1941) und den japanischen Angriff im Pazifik zur Zusammenarbeit mit Japan genötigt wird. Gründung der unabhängigen Liga von Viet Nam (19. 5. 1941) unter Ho Chi Minh; Bildung einer provisorischen Republikanischen Regierung (28. 3. 1944). Bildung der vietnamesischen Befreiungsarmee unter Vo Nguyen Giap: 22. 12. 1944. (Verbindung mit dem "US-Office of Strategic Services" OSS).

Französische Untergrundgruppen bekämpfen japanische Besatzungsmacht. 9. 3. 1945: Japanische Truppen überwältigen die französischen Garnisonen; Kaiser Bao Dai (Kaiser von Annam) proklamiert die Unabhängigkeit. Japaner heben französischen Protektorats- bzw. Kolonialstatus auf. Abdankung Bao Dais und Proklamation der unabhängigen, demokratischen Republik von Viet Nam durch Ho Chi Minh (2. 9. 1945).

Kambodscha: (Seit 1863 unter französischer Oberherrschaft). Aggression Thailands (9. 1.–28. 1. 1941); Vertrag mit Tokio (11. 3. 1941). Revolte Son Ngoc Minh gegen die französische Herrschaft (1942); Bildung von Widerstandsgruppen gegen die französische Protektoratsherrschaft ("Khmer Issarak"). Unter japanischem Ein-

fluß erklärt König Norodom Sihanouk die Unabhängigkeit (12. 3. 1945). Son Ngoc Thanh Außenminister (1. 6. 1945). (Seit 6. 5. 1947 konstitutionelle Monarchie).

Laos: (Seit 1893 französisches Protektorat). Seit 1940 laotische Opposition ("Lao Issarak", d. h. "Freie Laotier") gegen französische Protektoratsherrschaft. Von Thailand aus seit 1943 Zusammenarbeit mit den Alliierten. Unabhängigkeitserklärung durch König Sisavang Vong (April 1945). Fürst Phetsarath proklamiert ein von Frankreich unabhängiges Königreich Laos (15. 9. 1945). (Verfassung seit 11. 5. 1947; unabhängig: 1954).

Indonesien: (Seit 1922 "Reichsteil" der Niederlande). Japaner gründen die "Drei A-Bewegung" (29. 4. 1942): "Japaner Führer, Beschützer und Licht Asiens". Königin Wilhelmina der Niederlande proklamiert die Politik vollwertiger Partnerschaft Niederländisch-Indiens im Königreich und völlige Freiheit in seiner Innenpolitik: 6. 12. 1942. Bildung einer antijapanischen Untergrundbewegung der Nationalisten (unter Sjarifuddin): 1941. Japaner unterstützen Bildung des "Zentrums der Volksgewalt" ("putera") – erste Stufe der Selbstverwaltung (9. 3. 1943). Mai 1943: Tokio beschließt Einverleibung Indonesiens. "Central advisory Board" für Indonesien. "Freiwillige Armee der Verteidiger des Vaterlandes" ("peta"). (September 1943) japan. ausgebildet (unter Gatot Mangkoepradja). Auflösung der "putera" und Ersetzung durch die "loyale Organis. des Volkes" (1. 3. 1944). Untergrundbewegungen unter dem Sozialisten Soetan Sjahrir – und "Studenten-Union". "Pet" Revolte gegen die japanische Besatzungsmacht in Blitar (1944); Mitte 1944 in Indramaju. Oktober 1944 verkündet der japanische Ministerpräsident Koiso die baldige "Unabhängigkeit" Indonesiens. Bildung des Untersuchungs-Komitees zur Vorbereitung der Unabhängigkeit (1. 3. 1945). Zusammenarbeit mit den mit Japan kollaborierenden Nationalisten unter Sukarno. Mai 1945: Subardjo wirbt für antijapanische Untergrundorganisation (die von Japan – Adm. Mayeda – finanziert wird).

1. 6. 1945 Rede Sukarnos (Fünf Prinzipien = "Pantja Sila": Internationalismus und Humanismus; Volksherrschaft; soziale Gerechtigkeit; Glaube an einen Gott). "Djakarta-Charta" vom 22. 6. 1945. Hatta und Sukarno proklamieren die Unabhängigkeit: 17. 8. 1945.

Philippinen: (Seit 1935 Commonwealth der Philippinen unter USA-Oberherrschaft). Exilkabinett (unter dem Führer der Nationalisten: Quezon) in Washington (August 1944: neuer Präsident Osmena. Rückkehr: 20. 10. 1944). Einsetzung eines philippinischen Exekutiv-Komitees (unter Vargas) durch die japanische Militärregierung in Manila (23. 1. 1942). Bildung der projapanischen "Vereinigung für den Dienst an den Neuen Philippinen" (Dezember 1942 unter Ramos. Ausrufung der unabhängigen Republik durch Gen. Auguinaldo (Präs.: Laurel) und Bündnis mit Japan: 14. 10. 1943.

Aufbau einer antijapanischen Volksarmee (unter dem Kommunisten Taruc) der sog. "Huks": 29. März 1942; seit Herbst 1943 in Verbindung mit dem US-Hauptquartier unter Mac Arthur. Im Juni 1945 gründen (kommunistische) "Huks" die "Nationale Bauern-Union". (4. 7. 1946: unabhängige Republik; Roxas erster Präsident).

Ostasien

Korea: (Seit 1910 unter japanischer Herrschaft). (Im Exil prov. koreanische Regierung unter Syngman Rhee: 1919 in Tschungking). 12. 8. 1945: Sowjetische Truppen marschieren in Nordkorea ein. 25. 8.: Sowjetisches Oberkommando setzt ein Exekutiv-Komitee des koreanischen Volkes ein. 8. 9.: Landung amerikanischer Truppen in Korea. Komm. Partisanenarmee unter Kim Ir Sen.

Gen. Mac Arthur erläßt Order Nr. 1: 2. 9. 1945 (datiert vom 17. 8.): diese formalisiert Kapitulation aller japanischen Streitkräfte nördlich des 38. Breitengrades gegenüber dem sowjetischen Oberkommando (auf Empfehlung der Vereinigten Stabchefs, vereinbart mit dem sowjetischen Oberkommando in Jalta und Potsdam: als temporäre militärische Besetzung gedacht. Spätere Treuhänderschaft durch 4 Staaten, USA, Großbritannien, China und UdSSR vorgesehen).

6. 9. 1945: Revolutionskongreß in Seoul proklamiert Errichtung der Volksrepublik Korea. Präs. Lyuh Woonhyng; von den USA nicht anerkannt. 9. 2. 1946: prov. Volksrepublik von Nordkorea (Kim Il Sung).

China: 15. 4. 1941: Roosevelt gibt Liste des China-Materials (im Rahmen des Leih- und Pachtabkommens) bekannt.

25. 4. 1941: USA und Großbritannien unterzeichnen Abkommen mit China über Stabilität der chinesischen Währung. 3. 1. 1942: General Tschiang Kai-schek übernimmt Oberbefehl über den chinesischen Kriegsschauplatz.

1. 2. 1942: USA bewilligen 500 Millionen Dollar Finanzhilfe für China (21. 3. in Kraft) zur Stützung und Stabilisierung der chinesischen Währung; Mao Tse-tung verkündet den "richtigen Arbeitsstil der Partei".

9. 1. 1943: Kriegserklärung der Nanking-Regierung an die USA und Großbritannien, Forderung Tschiang Kai-scheks, autonome Kommunistische Verwaltungen aufzulösen und die "Achte Armee" mit der Armee der Nationalregierung zu verschmelzen: Sommer 1943. 6. 9. 1943: 11. Plenarsitzung der Kuomintang in Tschungking. Tschian Kai-schek zum Vorsitzenden der Nationalen Regierung gewählt.

6. 9. 1944: Zusammentreffen der Spezialtruppen der Chinesischen Exped. Armee in West-Yunnan mit der chinesischen Armee im nördlichen Burma am Kaolingkung-Paß an der Yunnan-Burma-Grenze. Erste Landverbindung hergestellt zwischen China und Südostasien seit der japanischen Besetzung Burmas (21. 1. 1945).

15. 9. 1944: Vorschlag des Komm. Lin Tsu-hau zur Einberufung einer nationalen Notstandskonferenz. Vertretung aller antijapanischen Parteien. Bildung einer demokratischen "Koalitionsregierung".

10. 11. 1944: Tod von Wang Ching Wai; Chen Kiung-Po "amtierender Präsident" – 15. 12. 1944: Fünfzehn-Punkte-Programm Mao Tse-tungs ("Unsere Aufgabe 1945").

3. 2. 1945: Entwurf eines Abkommens zur Einberufung einer politischen Konsultativ-Konferenz der Kuomintang, der KPC und anderer (ausgearbeitet von Wang Shih-Chieh, nationalchinesischer Informationsminister, und Tschu En-lai). 24. 4. 1945: Mao Tse-tungs Rede über "Koalitionsregierung". 28. 8. 1945: Eintreffen Mao Tse-tungs in Tschungking.

Arabische Staaten
und Afrika

Liga der arabischen Staaten: 30. 3. 1943: Nahas Pasha, Ministerpräsident von Ägypten, greift Gedanken Edens über die Bildung einer arabischen Union auf (Konferenzen mit den Vertretern der einzelnen Regierungen: 31. 7. 1943–9. 2. 1944). 25. 9.–8. 10. 1944: Arabische Konferenz in Alexandria; Unterzeichnung eines Protokolls zur Bildung der Liga (Syrien, Transjordanien, Irak, Libanon und Ägypten). 17. bis 22. 3. 1945: 2. Konferenz; Unterzeichnung des Paktes (zusätzlich: Saudi-Arabien und Jemen). 4.–7. 6. 1945: Erörterung der franz.-syrischen Krise; Frankreich der Aggression bezichtigt.

Syrien und Libanon: 8. 6. 1941: Proklamation von General Catroux (im Auftrage des Gaulles) über Ende der Mandatsherrschaft u. Versprechen der Unabhängigkeit. 27. 9. 1941: Unabhängigkeitserklärung (Bildung einer prov. Regierung). 7. 10. 1943: "Charta der Unabhängigkeit" des Libanon bekanntgegeben; 11. 11. 1943: Gen. Helleu (neuer Hochkommissar) löst Kammer auf und läßt Präsidenten und Minister verhaften. Auf britischen Druck am 22. 11. 1943 wieder freigelassen. 19. 5.–20. 7. 1945: Krise zwischen Syrien und Frankreich. (Unruhen und Terrorakte). Forderung nach Rückführung franz. Truppen und Übernahme der syr.-liban. Truppen durch eigenes Kommando. (Bisher franz. Offiziere).

Nordafrika

Tunesien: 1. 12. 1942 Admiral Esteva läßt die seit 1938 verhafteten Nationalisten frei. Bourguiba wird den Italienern ausgeliefert; Rückkehr nach Tunesien: April 1943 (März 1945: Flucht ins Ausland). 22. 2. 1945: Manifest der tunesischen Front mit der Forderung nach innerer Autonomie.

Algerien: Tausende von Moslems dienen in der franz. Armee (Ben Bella kämpft in der franz. Armee in Italien). 12. 2. 1943: Ferhat Abbas veröffentlicht algerisches Manifest: Forderung nach Autonomie und Reformen (nach dem Massaker in der Provinz Constantine im Mai 1945 verhaftet).

Marokko: Juni 1943 Treffen zwischen Roosevelt und dem Sultan (König Mohammed V.) in Anfa. Dezember 1943: Gründung der Unabhängigkeitspartei (Istiqlal), Manifest vom 11. 1. 1944.
Kenya (Ostafrika): 1944 gründet Eliud Mathu "Kenya African Study Union" (spätere afrikanische Kenya-Union). Liberia (West-
Liberia (Westafrika): 1942: Verteidigungsabkommen mit den USA (erster Stützpunkt der USA wird am 6. 5. 1942 besetzt). 18. Präsident Tubman (3. 1. 1944): Politik der "offenen Tür", 27. 1. 1944: Kriegserklärung an Deutschland und Japan.

Nigeria: Azikiwe, Generalsekretär des "National Council of Nigeria and Cameroon", veröffentlicht 1943 im "Zik" historisches Memorandum "Atlantik-Charta und Britisch-Westafrika: Forderung nach Anwendung des Punktes 3 der Charta auf Britisch-Westafrika. Inauguralkonferenz des Nationalrats von Nigeria (Azikiwe und Macaulay): 26. 8. 1944 (Teilnahme von über 40 Organisationen, polit. Parteien und Stämmen). Annahme einer Resolution über Entschlossenheit des Nationalen Rates, sich in Einheit für Verwirklichung des letzten Zieles einzusetzen: Selbstregierung innerhalb des Commonwealth.

Franz.-Kongo: 30. 1.–8. 2. 1944 Konferenz von Brazzaville ("Letzte Kundgebung der Gouverneurs-Herrschaft"). De Gaulles drei Punkte: 1. Band zwischen Frankreich und seinem Empire unlöslich, 2. Einleitung fortschrittlicher Kolonialpolitik nach Kriegs-

ende, um Eingeborenen Behandlung ihrer eigenen Angelegenheiten zu ermöglichen; 3. Notwendige Verfassungsreform ist nur durch souveräne franz. Nation zu beschließen.

Panafrikanische Konferenz in Manchester (Du Bois, Padmore): 1945.

32. Statistiken: a. Ungefähre S t ä r k e n der dt. Wehrmachtsteile 1939–1945*

(Nach OKW Unterlagen)

Jahr	Feldheer	Ersatz-Heer	Summe Heer	Luftwaffe	Kriegs-Marine	Waffen-SS	Summe Wehrm. u. Waff.-SS	Ziv. Pers.[2]) einschl. weibl. Pers.
1939	1 400 000 (45)[1])	1 200 000 (39)	2 600 000 (85)	400 000 (13)	50 000 (1)	35 000 (1)	3 085 000	500 000
1940	3 650 000 (60)	900 000 (15)	4 550 000 (75)	1 200 000 (20)	250 000 (4)	50 000 (1)	6 050 000	550 000
1941	3 800 000 (53)	1 200 000 (17)	5 000 000 (70)	1 680 000 (23)	404 000 (5)	150 000 (2)	7 234 000	900 000
1942	4 000 000 (48)	1 800 000 (22)	5 800 000 (70)	1 700 000 (20)	580 000 (7)	230 000 (3)	8 310 000	1 200 000
1943	4 250 000 (45)	2 300 000 (24)	6 550 000 (69)	1 700 000 (18)	780 000 (8)	450 000 (5)	9 480 000	1 700 000
1944	4 000 000 (42)	2 510 000 (26)	6 510 000 (69)	1 500 000 (16)	810 000 (9)	600 000 (6)	9 420 000	2 300 000
1945	3 800 000 (48)	1 500 000 (19)	5 300 000 (67)	1 000 000 (13)	700 000 (9)	830 000 (11)	7 830 000	1 600 000

Bestand der Wehrmacht am 1. Mai 1945: 7 590 000 Mann

[1]) Die in Klammern gesetzte Zahl gibt jeweils den Anteil der oberen Zahl an der Gesamtsumme in % an.
[2]) Schätzungen

b. Gesamtausfälle der Wehrmacht*

bis zum 30. 11. 1944

(Nach Unterlagen der WVN/OKW 1944)

		Tote	Vermißte/ Kriegsgefangene	aus W entlassen	bisher nicht ergriffene Fahnenflüchtige	Insgesamt
1. Kriegsjahr 1939/40	Heer	76 848	2 038	16 644	4	95 534
	Km	3 425	1 393	151	–	4 969
	Lw	8 080	1 989	1 989	–	11 618
Summe		88 353	5 420	18 344	4	112 121
2. Kriegsjahr 1940/41	Heer	140 378	8 769	38 894	3	188 044
	Km	5 480	1 099	360	–	6 939
	Lw	14 313	4 360	3 948	1	22 622
Summe		160 171	14 228	43 202	4	217 605
3. Kriegsjahr 1941/42	Heer	455 635	58 049	58 818	22	572 524
	Km	7 418	1 316	2 968	7	11 709
	Lw	22 248	6 479	14 291	–	43 018
Summe		485 301	65 844	76 077	29	627 251
4. Kriegsjahr 1942/43	Heer	413 009	330 904	98 987	230	843 130
	Km	15 202	5 070	2 491	49	22 812
	Lw	36 313	53 993	11 025	13	101 344
Summe		464 524	389 967	112 503	292	967 286
5. Kriegsjahr 1943/44	Heer	502 534	925 088	139 503	329	1 567 454
	Km	17 997	19 845	3 403	45	41 290
	Lw	52 707	29 316	15 226	18	97 267
Summe		573 238	974 249	158 132	392	1 706 011
6. Kriegsjahr 1944/45	Heer	121 335	215 981	26 262	5	363 583
	Km	2 252	3 482	1 011	6	6 751
	Lw	16 125	44 883	2 821	–	63 830
Summe		139 713	264 346	30 094	11	434 164
Summe: (1.–6. Kriegsj.)		1 911 300	1 714 054	438 352	732	4 064 438

Summe alle Ausfälle der Wehrmacht bis zum 30. 11. 1944: 4 774 148
========

(In Lazaretten am 30. 11. 44 399 345 Verwundete
310 365 Kranke)

c. Entwicklung der US-Heeresstärken 1941–1945 Reguläres Heer einschließlich Nationalgarde			
	Offiziere	Mannschaften	gesamt
1941	99 536	1 341 462	1 460 998
1942	206 422	2 867 762	3 074 184
1943	579 576	6 413 526	6 993 102
1944	776 980	7 215 888	7 992 868
1945	991 663	7 374 710	8 266 373

d. Übersicht über die Kriegsschiffe der USA			
	vorhanden 1. Sept. 1939 () im Bau	vorhanden 1. August 1945	verloren bis 1. August 1945
Schlachtschiffe	15 (8)	25	2
Flugzeugträger	6 (1)	30	7
Eskortträger	– (–)	84	6
Flugzeugmutterschiffe	2 (–)	–	–
Schwere Kreuzer	18 (–)	24	6
Leichte Kreuzer	19 (6)	51	4
Minenkreuzer, Minenleger	10 (1)	23	5
Zerstörer	222 (33)	391	81
Eskorter, schnelle	– (–)	154	12
U-Boote	90 (18)	277	54
Minenräumer	41 (2)	107	23
Motor-Minenräumer	– (–)	~ 530	22
Patroler (Fregatten, Korvetten)	*112 (3)	~1200	68
Motor-Torpedoboote u. ä.	– (4)	~1100	69
*davon 89 der Coast Guard			

e. US-Aufmarsch 1942–1945				
	31. Dez. 42	31. Dez. 43	30. Sept. 44	Höchststand
Europa	119 702	768 274	2 053 417	3 065 505 (April 45)
Mittelmeer	227 092	597 658	712 915	742 700 (Aug. 44)
Afrika und Mittel-Ost	24 943	21 796	9 354	40 654 (Juni 43)
Pers. Golf-Kom.	3 907	28 757	27 739	29 691 (Febr. 44)
Pazifik	350 720	696 847	1 102 422	1 552 303 (Sept. 45)
China-Burma-Indien	17 087	94 560	149 014	199 035 (Mai 45)
Alaska-Kom.	96 061	121 535	63 495	148 167 (Aug. 43)
Karib. Kom.	119 286	91 466	70 556	119 286 (Dez. 42)

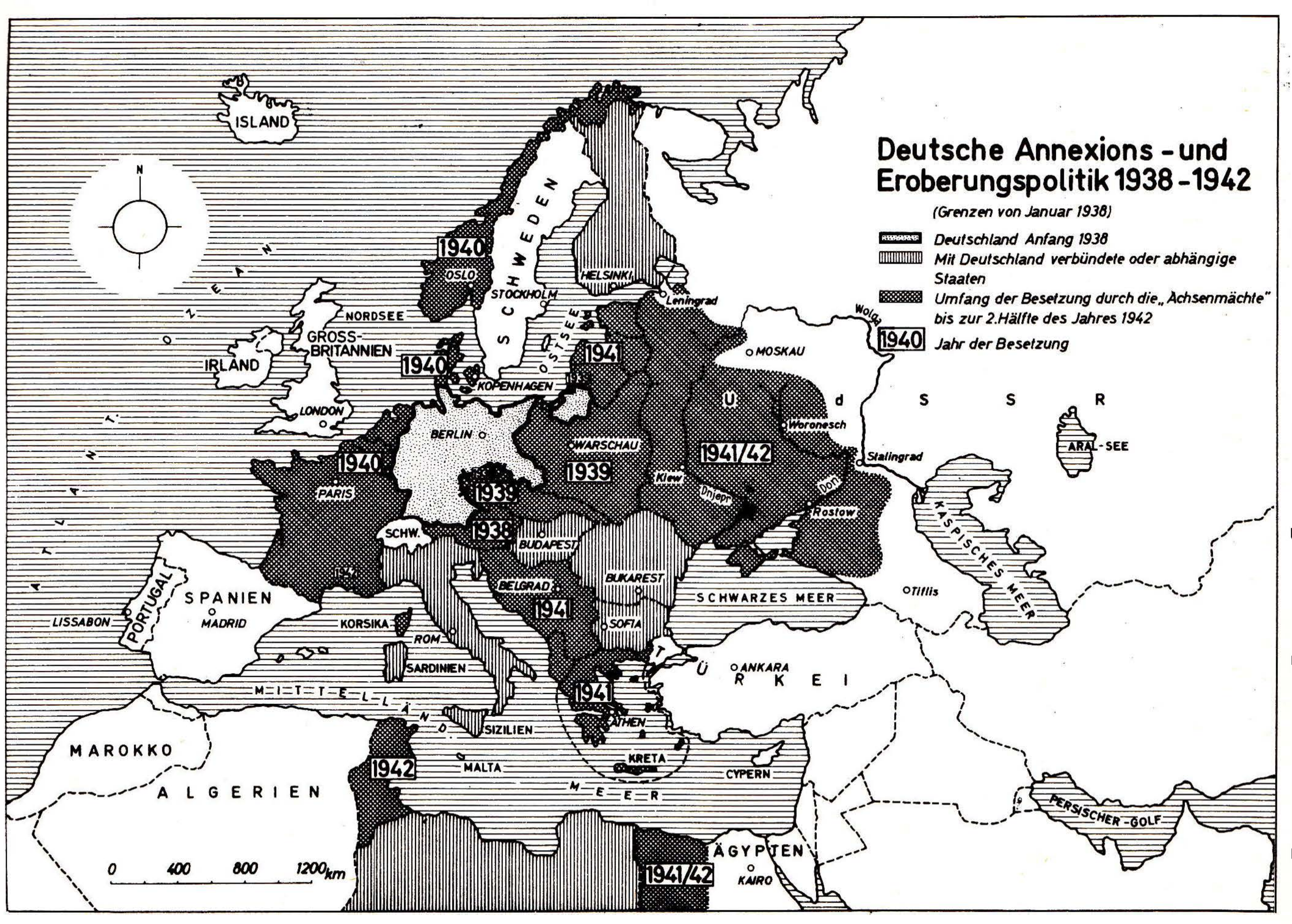
f. Übersicht
US-Übersee-Aufmarsch am 31. Dezember 1943

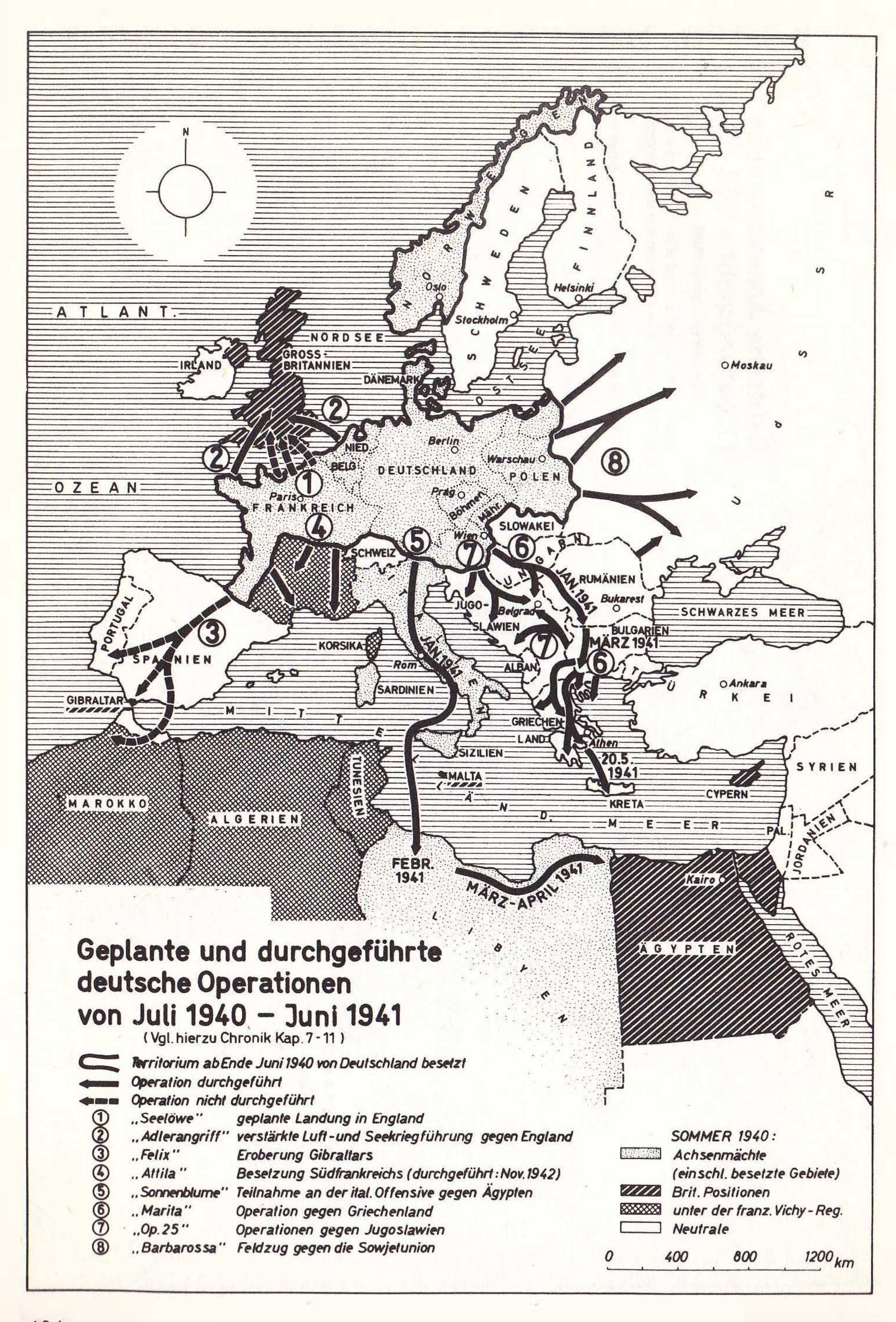
	Gegen Deutschland					Gegen Japan			
	Total	Europa	Mittel-meer	Mittel-Ost	Atlant. Ozean	Total	Pazifik	CBI*	Alaska
Personal	1 810 367	805 792	615 958	50 553	338 064	1 878 152	1 629 023	94 660	154 469
Heer	979 310	473 889	454 868	50 553	–	688 711	534 471	52 624	101 616
Luftwaffe	473 175	294 385	142 790	–	–	224 231	162 376	41 936	19 919
Kr. Marine	391 400	36 400	18 300	–	336 700	804 800	772 800	100	31 900
Marine	2 482	1 118	–	–	1 364	160 410	159 376	–	1 034
Divisionen	17	11	6	–	–	16+	16+	–	–
Heer	17	11	6	–	–	13	13	–	–
Marine	–	–	–	–	–	3+	3+	–	–
Luftwaffe	8 807					7 857			
Heeresluftwaffe	8 237	4 618	3 619	–	–	4 254	3 073	933	248
Schwere Bomber	2 263	1 686	577	–	–	716	532	167	17
Mittl. Bomber	1 084	444	640	–	–	544	428	84	32
Leichte Bomber	167	53	114	–	–	179	179	–	–
Jäger	3 456	1 866	1 590	–	–	1 897	1 327	422	148
Aufklärer	268	193	75	–	–	152	93	58	1
Transporter	849	253	596	–	–	545	427	79	39
Verschiedene	150	123	27	–	–	221	87	123	11
Marine	570					3 603			
Bomber	204					1 098			
Zerstörer	–					564			
Maschinen auf Flugzeugträgern	366					1 941			
Kampfschiffe	515					713			
Schlachtschiffe	6 = 2 neue, 4 alte					13 = 6 neue, 7 alte			
Flugzeugträger	10 = 1 großer, 9 Geleit-.					28 = 7 große, 7 lei., 14 Gel.			
Kreuzer	10 = 2 schw., 3 lei., 5 alte lei.					32 = 12 schw., 13 lei., 2 Flak-, 5 alte lei.			
Zerstörer	120 = 80 neue, 40 alte					188 = 175 neue, 13 alte			
U-Boote	40 = 6 neue 34 alte					123 = 105 neue, 18 alte			
Gel. Zerstörer	122 = 112 neue					57 = 57 neue			
LST's	92 = 92 neue					125 = 125 neue			
LCI's	110 = 110 neue					99 = 99 neue			
APA	10 = 10 neue					34 = 34 neue			
AKA	5 = 5 neue					14 = 14 neue			

*China-Burma-Indien

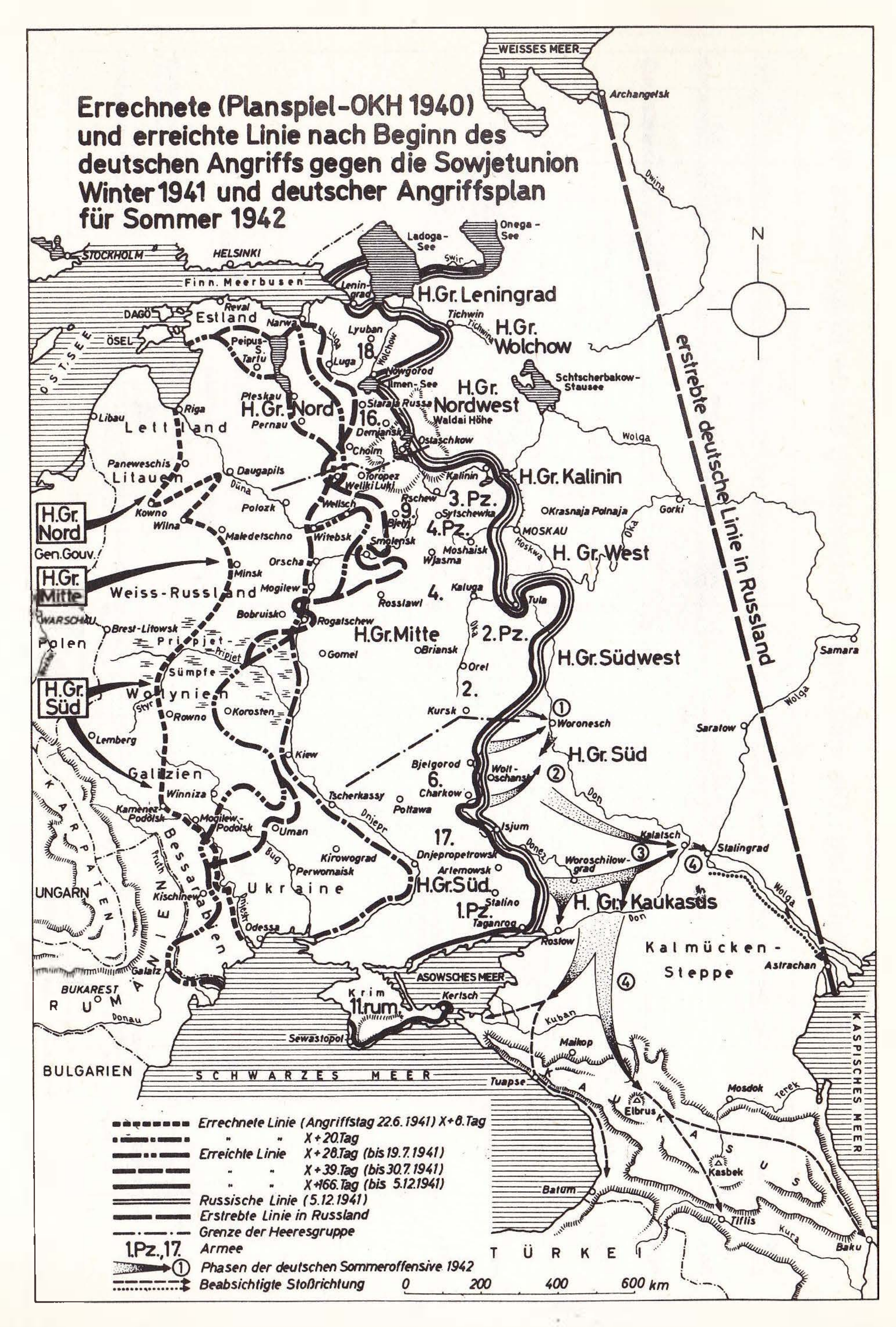
Abkürzungen: LST = Landungsfahrzeuge für Panzer; LCI = Landungsfahrzeug für Infanterie; APA = Transportschiff für den Angriff; AKA = Frachtschiff für den Angriff

Karten, Skizzen und Spitzengliederungen





Geplante und durchgeführte deutsche Operationen von Juli 1940 – Juni 1941
(Vgl. hierzu Chronik Kap. 7 - 11)
Territorium ab Ende Juni 1940 von Deutschland besetzt
Operation durchgeführt
Operation nicht durchgeführt
① „Seelöwe" geplante Landung in England
② „Adlerangriff" verstärkte Luft- und Seekriegführung gegen England
③ „Felix" Eroberung Gibraltars
④ „Attila" Besetzung Südfrankreichs (durchgeführt: Nov. 1942)
⑤ „Sonnenblume" Teilnahme an der ital. Offensive gegen Ägypten
⑥ „Marita" Operation gegen Griechenland
⑦ „Op. 25" Operationen gegen Jugoslawien
⑧ „Barbarossa" Feldzug gegen die Sowjetunion
SOMMER 1940:
Achsenmächte (einschl. besetzte Gebiete)
Brit. Positionen
unter der franz. Vichy-Reg.
Neutrale
0 400 800 1200 km
N
ATLANT.
OZEAN
NORDSEE
IRLAND
GROSS-BRITANNIEN
DÄNEMARK
NORWEGEN
SCHWEDEN
FINNLAND
Oslo
Stockholm
Helsinki
OSTSEE
Moskau
U D S S R
NIED.
BELG.
DEUTSCHLAND
Berlin
Warschau
POLEN
Paris
FRANKREICH
Prag
Böhmen
Mähr.
Wien
SLOWAKEI
UNGARN
SCHWEIZ
RUMÄNIEN
Bukarest
JUGOSLAWIEN
Belgrad
BULGARIEN
SCHWARZES MEER
PORTUGAL
SPANIEN
GIBRALTAR
KORSIKA
SARDINIEN
ITALIEN
Rom
ALBAN.
GRIECHENLAND
Athen
TÜRKEI
Ankara
JAN. 1941
MÄRZ 1941
20.5. 1941
SIZILIEN
MALTA
KRETA
CYPERN
SYRIEN
PAL.
JORDANIEN
MITTELLÄNDISCHES MEER
MAROKKO
ALGERIEN
TUNESIEN
FEBR. 1941
MÄRZ-APRIL 1941
LIBYEN
ÄGYPTEN
Kairo
ROTES MEER


Errechnete (Planspiel-OKH 1940) und erreichte Linie nach Beginn des deutschen Angriffs gegen die Sowjetunion Winter 1941 und deutscher Angriffsplan für Sommer 1942
Errechnete Linie (Angriffstag 22.6.1941) X+8.Tag
" " X+20.Tag
Erreichte Linie X+28.Tag (bis 19.7.1941)
" " X+39.Tag (bis 30.7.1941)
" " X+166.Tag (bis 5.12.1941)
Russische Linie (5.12.1941)
Erstrebte Linie in Russland
Grenze der Heeresgruppe
1.Pz., 17. Armee
Phasen der deutschen Sommeroffensive 1942
Beabsichtigte Stoßrichtung
0 200 400 600 km
erstrebte deutsche Linie in Russland
H.Gr. Nord
H.Gr. Mitte
H.Gr. Süd
H.Gr. Leningrad
H.Gr. Wolchow
H.Gr. Nordwest
H.Gr. Kalinin
H.Gr. West
H.Gr. Südwest
H.Gr. Süd
H. Gr. Kaukasus
WEISSES MEER
SCHWARZES MEER
ASOWSCHES MEER
KASPISCHES MEER
OSTSEE
TÜRKEI
BULGARIEN
UNGARN
RUMÄNIEN
Kalmücken-Steppe

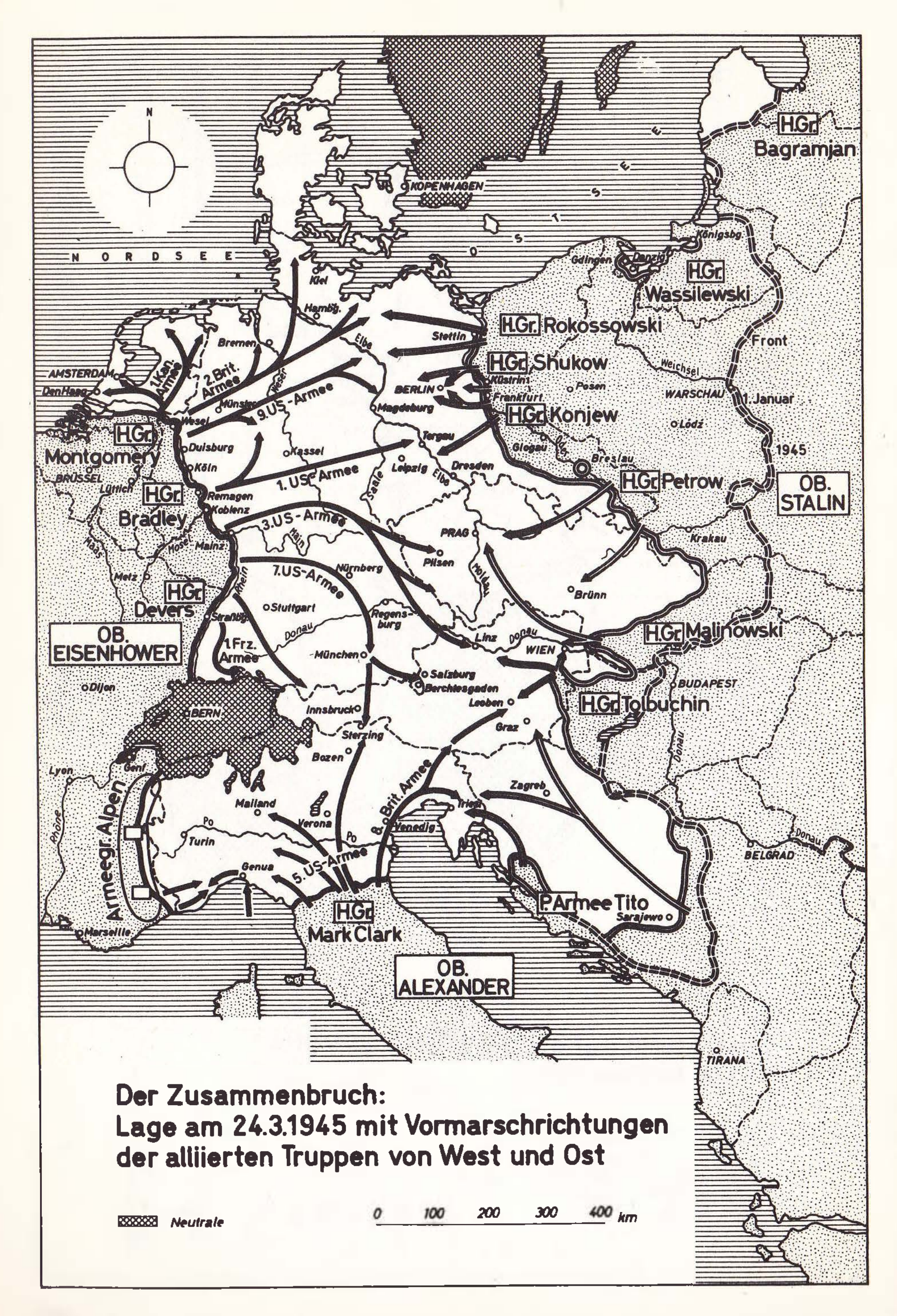
Der 2. Weltkrieg: Die militärische Entwicklung bis zur Kriegswende 1942/43

Kriegsschauplatz | 1940: Sept. Okt. Nov. Dez. | 1941: Jan. Febr. März Apr. Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez. | 1942: Jan. Febr. März Apr. Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez. | 1943: Jan. Febr. März

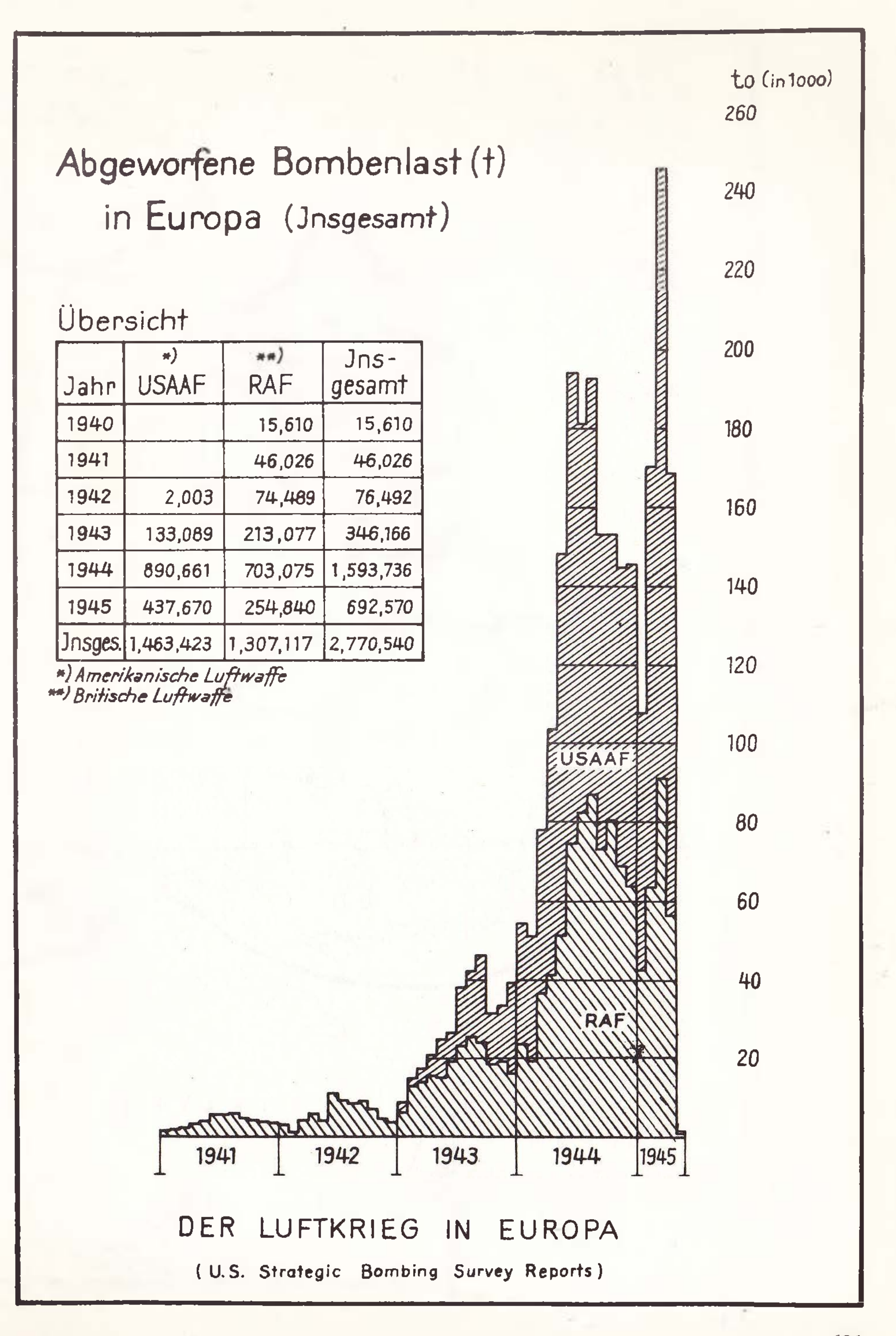
- **Sowjetunion:** 22.6.: Beginn der deutschen Offensive; 5./6.12. sowjet. Gegenoffensive; Deutsche Sommeroffensive 1942; 19.11. Stalingrad
- **Pazifik:** 7.12. jap. Überfall auf Pearl Harbor; 7.8. Landung der Amerikaner auf Guadalcanar
- **England:** Luftschlacht über England; 19.8. Unternehmen Dieppe
- **Balkan:** 28.10. ital. Einmarsch in Griechenland; 6.-30.4. Balkanfeldzug; 20.-31.5. Erob. v. Kreta
- **Mittelmeer:** 11.11. Tarent; 28.3. Matapan; 20.-23.3. Syrte; 11.-27.11. Besetzung Südfrankreichs
- **Afrika:** 19.1.-21.5. Erob. der ital. Kolonien in Ostafrika; 13.-27.11. Gondar
- **Irak:** 3.4.; 2.-31.5. Achsenfreundl. Reg. niedergeworfen
- **Syrien:** 8.6.-14.7. Erob. durch engl. Truppen
- **Iran:** Besetzung durch sowjet.-engl. Truppen
- **Madagaskar:** 5.-6.5. Besch. von Diego-Suarez; 10.9.-5.11. Besetzung der Insel
- **Nordafrika:** 7./8.11. Landung in Nordafrika (Algier Marok.)
- **Libyen:** 13.-18.9. 1. ital. Offensive; 9.12.-10.2. 1. engl. Offensive; 31.3. 2. Offensive der Achsenmächte; 18.11. 2. engl. Offensive; 21.1. 3. Offensive Rommels; 27.5.-1.7.; 31.8.-7.9.; 23.10. engl. Offensive

▭ Initiative der Achsenmächte ▬ Initiative der Alliierten

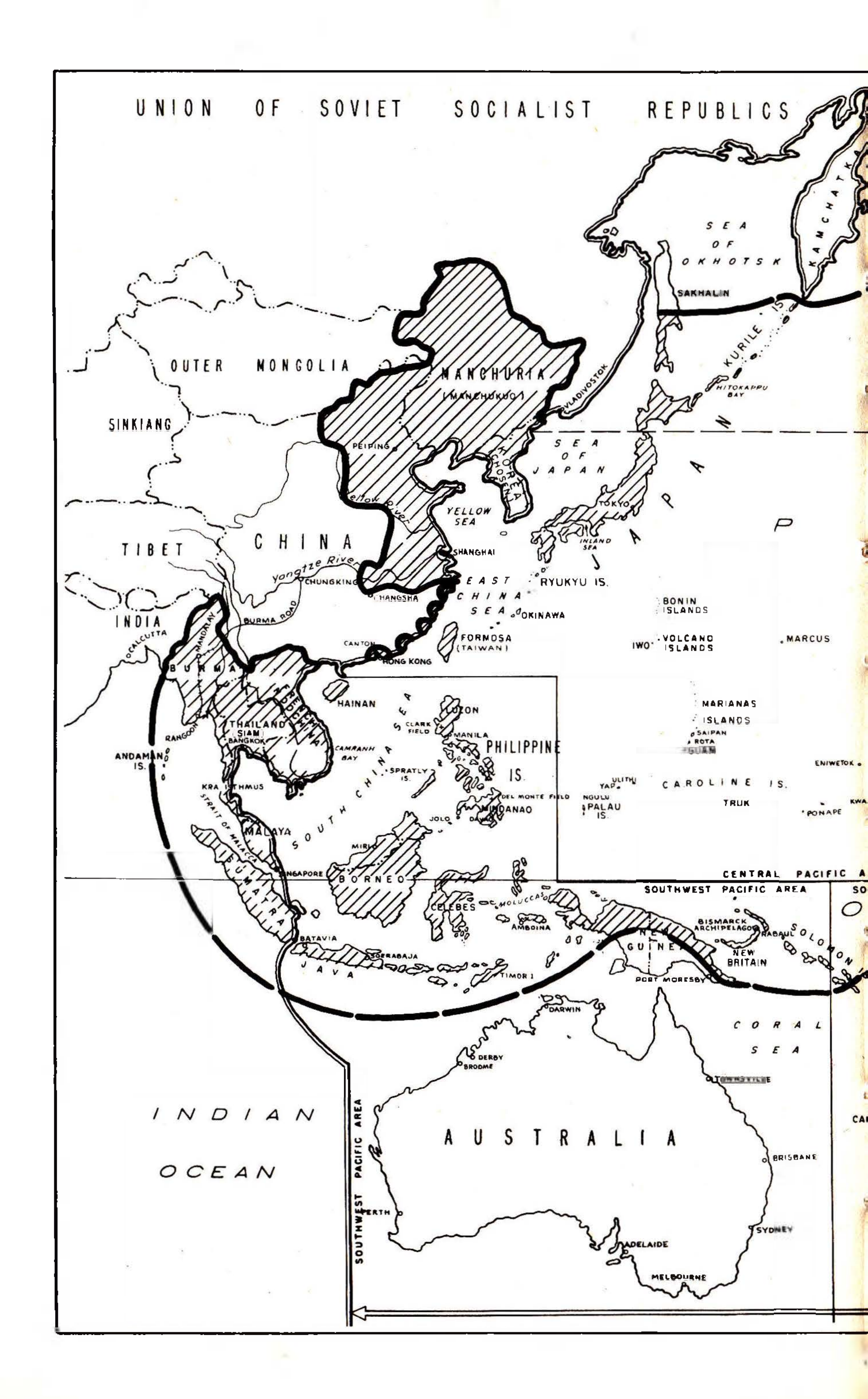

ATLANT.
OZEAN
NORDSEE
GROSS-BRITANNIEN
IRLAND
LONDON
NORWEGEN
OSLO
SCHWEDEN
STOCKHOLM
FINNLAND
Leningrad
OSTSEE
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
DÄNEMARK
KOPENHAGEN
MOSKAU
UdSSR
NIED.
BELG.
BERLIN
DEUTSCHLAND
WARSCHAU
POLEN
Ukraine
Dnjepr
Don
Stalingrad
PARIS
FRANKREICH
TSCHECHO-SLOWAKEI
SCHWEIZ
ÖSTERREICH
UNGARN
RUMÄNIEN
SCHWARZES MEER
JUGOSLAWIEN
BULGARIEN
PORTUGAL
SPANIEN
GIBRALTAR
KORSIKA
ROM
ITALIEN
SARDINIEN
ALBAN.
GRIECHENLAND
TÜRKEI
SIZILIEN
MALTA
MITTELLÄNDMEER
KRETA
CYPERN
SYRIEN
PAL.
Tobruk
Bengasi
El Alamein
KAIRO
AFRIKA
ARABIEN
ROTES MEER
Der Sturm auf die „FESTUNG EUROPA"
Lage Oktober 1944
Besetzt durch die Achsenmächte
Besetzt durch Partisanen
Alliierte Frontlinie
Besetzt durch Alliierte
Sowjetischer Angriff
Neutrale
0 400 800 1200 km

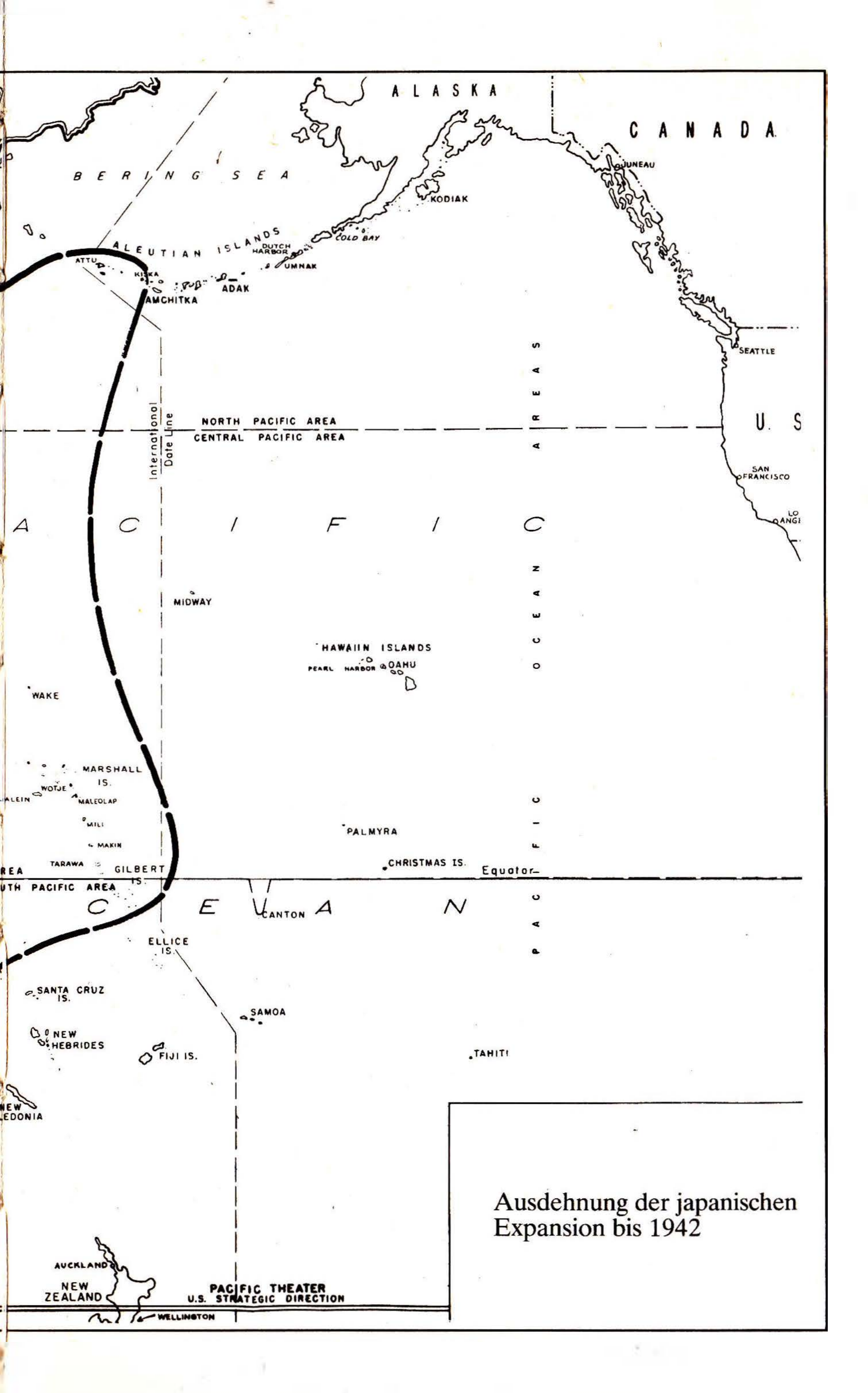


Der Zusammenbruch:
Lage am 24.3.1945 mit Vormarschrichtungen der alliierten Truppen von West und Ost

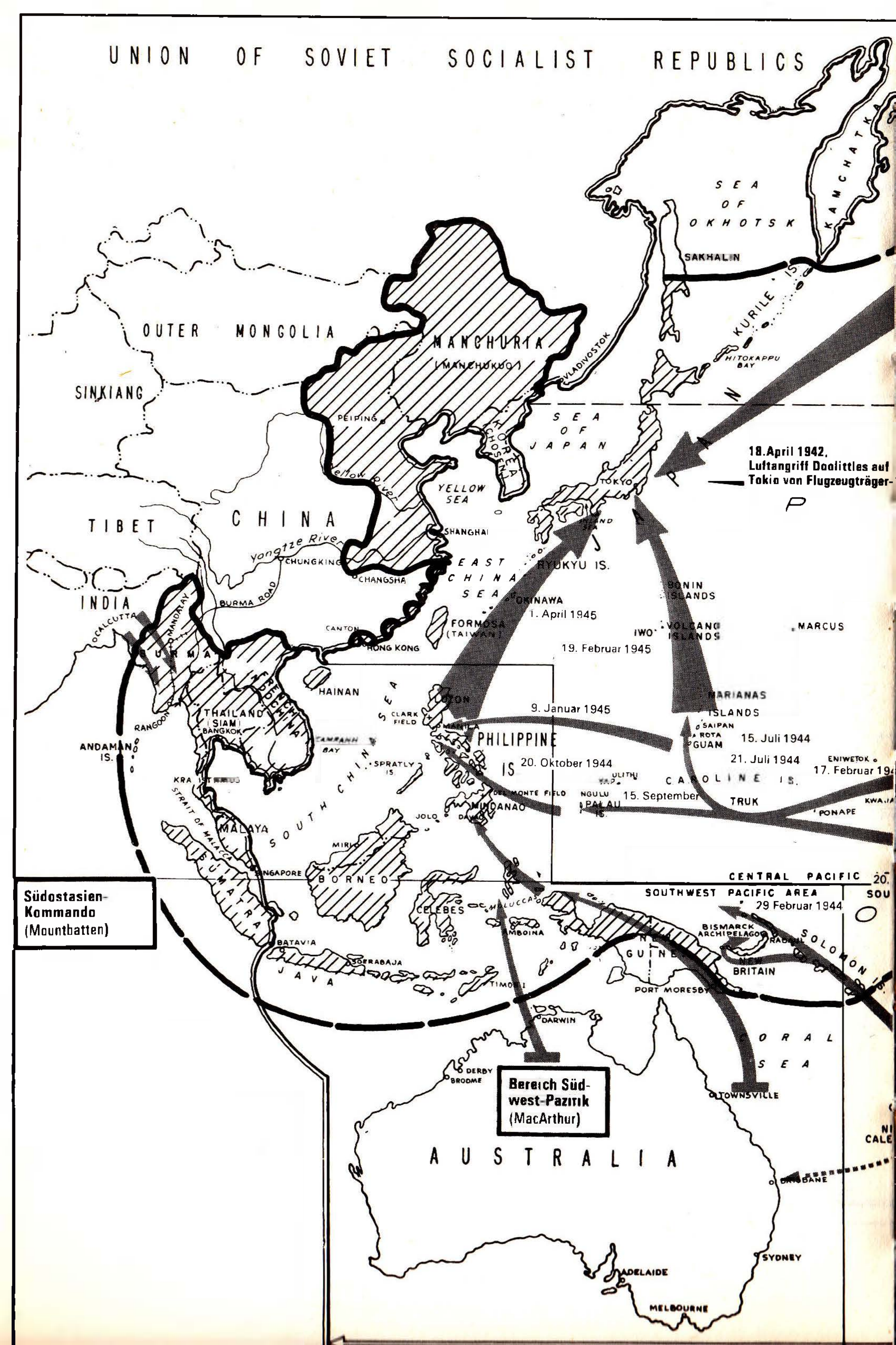


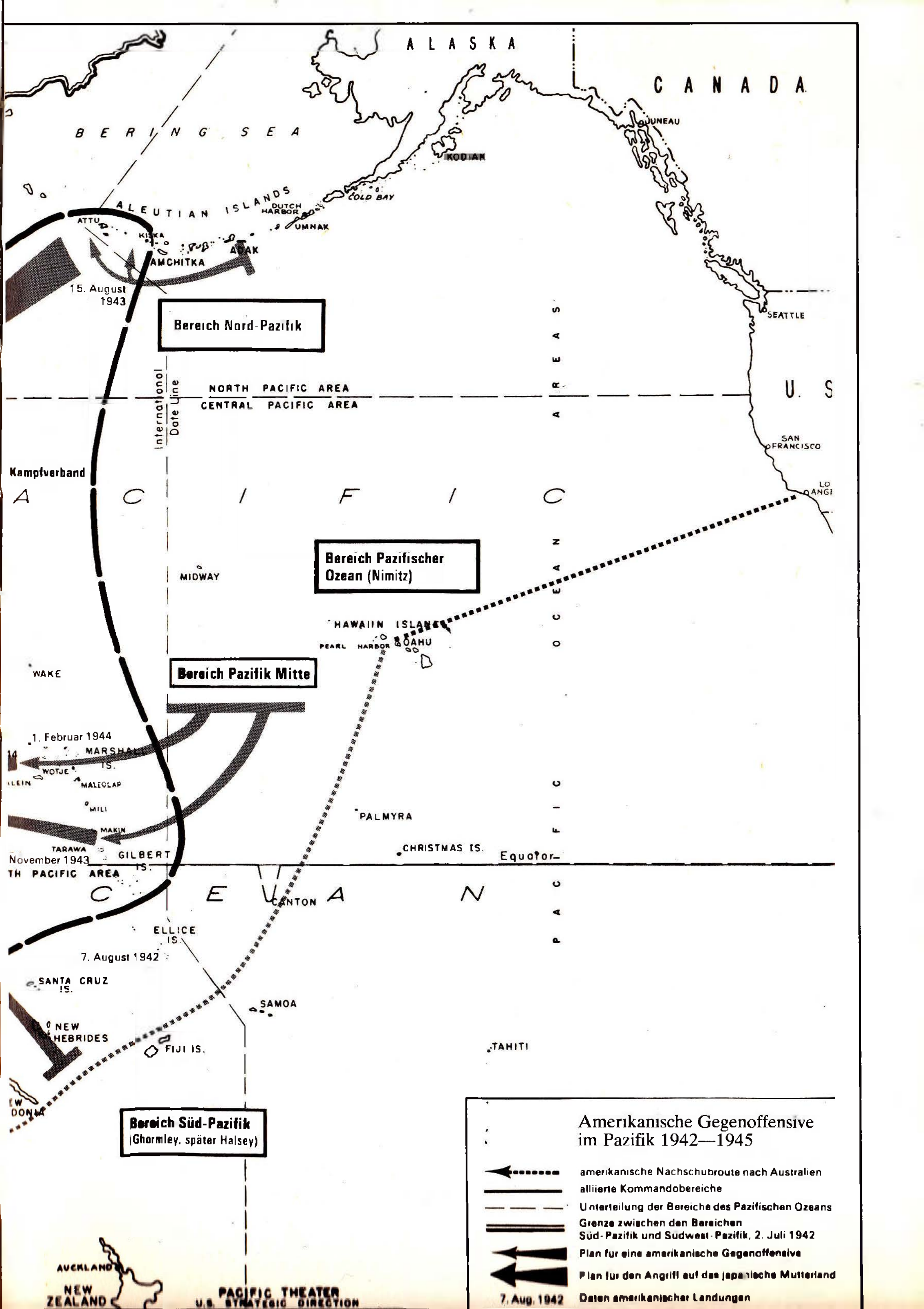
Jahr	*) USAAF	**) RAF	Jnsgesamt
1940		15,610	15,610
1941		46,026	46,026
1942	2,003	74,489	76,492
1943	133,089	213,077	346,166
1944	890,661	703,075	1,593,736
1945	437,670	254,840	692,570
Jnsges.	1,463,423	1,307,117	2,770,540


UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS
SEA OF OKHOTSK
KAMCHATKA
SAKHALIN
KURILE IS.
HITOKAPPU BAY
OUTER MONGOLIA
MANCHURIA (MANCHUKUO)
VLADIVOSTOK
SINKIANG
PEIPING
KOREA (CHOSEN)
SEA OF JAPAN
JAPAN
TOKYO
INLAND SEA
YELLOW SEA
Yellow River
TIBET
CHINA
SHANGHAI
Yangtze River
CHUNGKING
CHANGSHA
EAST CHINA SEA
RYUKYU IS.
OKINAWA
BONIN ISLANDS
IWO
VOLCANO ISLANDS
MARCUS
INDIA
CALCUTTA
MANDALAY
BURMA ROAD
BURMA
CANTON
HONG KONG
FORMOSA (TAIWAN)
HAINAN
LUZON
MARIANAS ISLANDS
SAIPAN
ROTA
THAILAND (SIAM)
BANGKOK
RANGOON
CLARK FIELD
MANILA
CAMRANH BAY
PHILIPPINE IS.
ANDAMAN IS.
SPRATLY IS.
ENIWETOK
YAP
ULITHI
CAROLINE IS.
KRA ISTHMUS
STRAIT OF MALACCA
DEL MONTE FIELD
NGULU
PALAU IS.
TRUK
PONAPE
MINDANAO
JOLO
DAVAO
SOUTH CHINA SEA
MALAYA
SUMATRA
SINGAPORE
BORNEO
CENTRAL PACIFIC AREA
SOUTHWEST PACIFIC AREA
CELEBES
MOLUCCAS
AMBOINA
BISMARCK ARCHIPELAGO
RABAUL
SOLOMON
NEW GUINEA
NEW BRITAIN
BATAVIA
SOERABAJA
JAVA
TIMOR I.
PORT MORESBY
DARWIN
CORAL SEA
DERBY
BROOME
TOWNSVILLE
INDIAN OCEAN
SOUTHWEST PACIFIC AREA
AUSTRALIA
BRISBANE
PERTH
SYDNEY
ADELAIDE
MELBOURNE



Ausdehnung der japanischen Expansion bis 1942


UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS
SEA OF OKHOTSK
KAMCHATKA
SAKHALIN
KURILE IS.
HITOKAPPU BAY
OUTER MONGOLIA
MANCHURIA
(MANCHUKUO)
VLADIVOSTOK
SINKIANG
PEIPING
KOREA CHOSEN
SEA OF JAPAN
JAPAN
18. April 1942.
Luftangriff Doolittles auf
Tokio von Flugzeugträger-
TOKYO
YELLOW SEA
Yellow River
CHINA
TIBET
SHANGHAI
Yangtze River
CHUNGKING
EAST CHINA SEA
RYUKYU IS.
CHANGSHA
BURMA ROAD
INDIA
OKINAWA
1. April 1945
BONIN ISLANDS
CALCUTTA
MANDALAY
CANTON
FORMOSA (TAIWAN)
IWO
VOLCANO ISLANDS
MARCUS
BURMA
HONG KONG
19. Februar 1945
HAINAN
LUZON
MARIANAS ISLANDS
9. Januar 1945
THAILAND (SIAM)
BANGKOK
RANGOON
CLARK FIELD
MANILA
SAIPAN
ROTA
GUAM
15. Juli 1944
ANDAMAN IS.
PHILIPPINE IS
SPRATLY IS.
20. Oktober 1944
21. Juli 1944
ENIWETOK
17. Februar 19
SOUTH CHINA SEA
ULITHI
CAROLINE IS.
NGULU
PALAU IS.
15. September
TRUK
PONAPE
STRAIT OF MALACCA
MALAYA
MINDANAO
JOLO
MIRI
BORNEO
SUMATRA
SINGAPORE
CENTRAL PACIFIC
SOUTHWEST PACIFIC AREA
29 Februar 1944
Südostasien-
Kommando
(Mountbatten)
CELEBES
MOLUCCAS
AMBOINA
BISMARCK ARCHIPELAGO
RABAUL
SOLOMON IS.
NEW GUINEA
NEW BRITAIN
BATAVIA
SOERABAJA
JAVA
TIMOR
PORT MORESBY
DARWIN
CORAL SEA
DERBY
BROOME
Bereich Süd-
west-Pazifik
(MacArthur)
TOWNSVILLE
AUSTRALIA
BRISBANE
SYDNEY
ADELAIDE
MELBOURNE


ALASKA
CANADA
BERING SEA
JUNEAU
KODIAK
ALEUTIAN ISLANDS
DUTCH HARBOR
COLD BAY
UMNAK
ATTU
KISKA
ADAK
AMCHITKA
15. August 1943
Bereich Nord-Pazifik
SEATTLE
NORTH PACIFIC AREA
CENTRAL PACIFIC AREA
International Date Line
U. S
SAN FRANCISCO
Kampfverband
PACIFIC
Bereich Pazifischer Ozean (Nimitz)
MIDWAY
HAWAIIN ISLANDS
PEARL HARBOR
OAHU
WAKE
Bereich Pazifik Mitte
1. Februar 1944
MARSHALL IS.
WOTJE
MALEOLAP
MILI
MAKIN
TARAWA
November 1943
GILBERT IS.
PALMYRA
CHRISTMAS IS.
Equator
OCEAN
CANTON
ELLICE IS.
7. August 1942
SANTA CRUZ IS.
SAMOA
NEW HEBRIDES
FIJI IS.
TAHITI
Bereich Süd-Pazifik
(Ghormley, später Halsey)
PACIFIC OCEAN AREAS
AUCKLAND
NEW ZEALAND
PACIFIC THEATER
U.S. STRATEGIC DIRECTION
Amerikanische Gegenoffensive im Pazifik 1942—1945
amerikanische Nachschubroute nach Australien
alliierte Kommandobereiche
Unterteilung der Bereiche des Pazifischen Ozeans
Grenze zwischen den Bereichen Süd-Pazifik und Südwest-Pazifik, 2. Juli 1942
Plan für eine amerikanische Gegenoffensive
Plan für den Angriff auf das japanische Mutterland
7. Aug. 1942
Daten amerikanischer Landungen

IV. Dokumentenverzeichnis

Erläuterungen:

In Fettdruck:	Nr. des Kapitels
In [ ] Klammern:	Nr. des betr. Dokuments
In ( ) Klammern:	Quellennachweis
*):	Dokument wird zum ersten Mal veröffentlicht (Eigene Übersetzung)
a. a. O.:	am angegebenen Ort (Querverweis)
IMT:	Internationales Militärtribunal Nürnberg (Hauptkriegsverbrecherprozeß. Blaue Serie, Bd. I–XLII); (PS = Serie usw.)

1.

[1]	22. 8. 1939:	Ansprache Hitlers (IMT, Dok. PS–798)
[2]	23. 8. 1939:	Deutschland-Sowjetunion Nichtangriffsvertrag (Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939–1941, hrsg. v. Carroll und Epstein, Washington 1948, S. 84 ff)
[3]	22./24.8. 1939:	NS-Propaganda Richtlinien (Boelcke, W., Hrsg., Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbelskonferenzen 1939–1943, München 1969)
[4]	31. 8. 1939:	Weisung Nr. 1 für die deutsche Kriegführung (Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939/40, hrsg. v. H.-A. Jacobsen, Göttingen 1956, S. 1 f)
[5]	1. 9. 1939:	Rede Hitlers im Reichstag (Der Großdeutsche Freiheitskampf. Reden A. Hitlers, München 1943, S. 25 ff)
[6]	1. 9. 1939:	Britisch-französisches Ultimatum (Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1939, Nr. 472, 473, 477)
[7]	3. 9. 1939:	Telegramm Hitlers an den Duce (IMT, Dok. PS–1831)
[8]	28. 9. 1939:	Deutsch-sowjetischer Vertrag (s. Dok. 2, a. a. O., S. 116 f)
[9]	17. 10. 1939– 15. 2. 1940:	NS-Polenpolitik (IMT, PS–864; Archiv d. Inst. f. Zg. München)
[10]	30. 5. 1940:	Tagebuch von Hans Frank (Das Dienst-Tagebuch des deutschen Gen. Gouverneurs in Polen 1939–45, hrsg. v. W. Präg/W. Jacobmeyer, Stuttgart 1975)

2.

[11]	31. 10. 1939:	Rede Molotows (Soviet Documents on F. P., ed. by I. Degras, Bd. 3; 1933–41, London 1953 (eigene Übersetzung))
[12]	Oktober 1939:	Flugschrift Ulbrichts (Archiv des DGB, Düsseldorf)
[13]	3. 1. 1940:	Brief Mussolinis an Hitler (Akten z. dt. Ausw. Politik, Serie D, Bd. VIII, 1961, S. 476 f)
[14]	8. 3. 1940:	Brief Hitlers an Mussolini (s. Dok. Nr. 13, a. a. O., S. 689 f)
[15]	12. 3. 1940:	Friedensvertrag UdSSR-Finnland (Monatshefte für Ausw. Politik, Jhrg. 7, 1940, S. 284 ff)

3.

[16]	27. 9. 1939/ 20. 5. 1940	Kriegsziele Hitlers im Westen (KTB-Halder, Bd. 1, Stuttgart 1962, v. v. 27. 9. 39; s. Dok. Nr. 4, a. a. O., S. 5 ff; GFM W. Ritter v. Leeb. Tgb., hrsg. v. G. Meyer, Stuttgart 1976, Eintragung vom 3. 10. 39, S. 184 f; Jodl-Tgb., IMT–PS–1809)
[17]	7. 11. 1939:	Telegramm des Königs der Belgier und der Königin der Niederlande (s. Dok. Nr. 13, a. a. O., S. 301 f)
[18]	23. 11. 1939:	Befehlshaberbesprechung bei Hitler (IMT, Dok. PS–789)
[19]	24. 2. 1940:	Aufmarschanweisung “Gelb” (s. Dok. Nr. 4, a. a. O., S. 64 ff)
[20]	1. 3. 1940:	Weisung “Weserübung” (Hubatsch, W., “Weserübung”, Göttingen, 2. Aufl. 1960, S. 438 ff)

[21] 2. 3. 1940: Unterredung Hitler-Sumner Welles (Hillgruber, A., Hrsg., Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, I, Frankfurt 1967, S. 68 ff)

[22] 9. 5. 1940: Verwaltung der besetzten Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands (Akten der Historical Division, Washington)

[23] 1. 6. 1940: Vorschläge für einen deutschen Friedensvertrag (s. Dok. 13, a. a. O., Bd. IX, S. 407 ff)

[24] 16. 7. 1940: Weisung Nr. 16 (Dokumente zum Unternehmen "Seelöwe", hrsg. v. K. Klee, Göttingen 1958, S. 310 ff)

[25] 19. 7. 1940: Reichstagsrede Hitlers (s. Dok. Nr. 5, a. a. O., S. 231 ff)

[26] 21. 7. 1940: Halder Tagebuch (KTB-Gen. Oberst Halder, Bd. II, Stuttgart 1963, v. 21. 7., 31 f)

[27] 31. 7. 1940: Halder-Tagebuch (s. Dok. Nr. 26, a. a. O.)

[28] 1. 8. 1940: Weisung Nr. 17 (s. Dok. Nr. 24, a. a. O., S. 333 f)

4.

[29] 10. 6. 1940: Rede Mussolinis (Keesings Archiv der Gegenwart 1940)

[30] 17. 7. 1940: Telegramm des deutschen Botschafters v. Mackensen (s. Dok. Nr. 13, a. a. O., Bd. X, S. 207 f)

[31] 12.–17. 10. 1940: Tagebücher Cianos (Ciano, Tagebücher, 1939–43, Bern 1946)

[32] 18. 11. 1940: Rede Mussolinis (Jahrbuch für Ausw. Politik, 7. Jhrg., 1941, S. 357 ff)

5.

[33] 30. 8. 1940: Zweiter Wiener Schiedspruch (Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd. V, Berlin-München o. J., hrsg. v. Hohlfeld, S. 217 ff)

[34] 27. 9. 1940: Dreimächtepakt (Reichgesetzblatt 1940, II, S. 280)

[35] 24. 10. 1940: Halder-Tagebuch (s. Dok. Nr. 26, a. a. O.)

[36] 12. 11. 1940: Weisung Nr. 18 (IMT-Dok. PS–444)

[37] 13. 11. 1940: Unterredung Hitler-Molotow (s. Dok. Nr. 2, a. a. O., S. 265 ff)

[38] 20. 11. 1940: Brief Hitlers an Mussolini (de Mendelssohn, P., Die Nürnberger Dokumente, Hamburg 1947, S. 211 ff)

[39] 5. 12. 1940: Darlegungen Hitlers (Halder-Tgb., a. a. O., Bd. II, S. 211 ff)

[40] 13. 12. 1940: Schreiben Pétains an Hitler (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XI / 2, S. 722 f)

[41] 18. 5. 1941: Abkommen Italien-Kroatien (Monatshefte f. Ausw. Politik, 7. Jhrg. 1941, S. 468 ff)

[42] 5. 3. 1941: Weisung Nr. 24 (IMT, Dok. PS–384)

[43] 27. 3. 1941: Weisung Nr. 25 (IMT, Dok. PS–1746)

[44] 9. 4. 1941: Memorandum von Subhas Chandra Bose (Werth, A., Der Tiger Indiens, München 1971, S. 122 ff)

[45] 23. 5. 1941: Weisung Nr. 30 (Dokumentensammlung zur Geschichte der dt. Luftwaffe, Hamburg)

[46] 27./28. 5. 1941: Deutsch-französische Protokolle (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–45, Serie D, Bd. XII / 2, S. 743 ff)

[47] 18. 6. 1941: Deutsch-türkischer Vertrag (Reichsgesetzblatt, Jhrg. 1941, Teil II, S. 261)

6.

[48] 18. 12. 1940: Weisung Nr. 21 (IMT, Dok. PS–446)

[49] 30. 3. 1941: Ideologische Kriegführung (Halder, a. a. O., s. Dok. Nr. 16, Bd. II, v. 30. 3. 41)

[50] 28. 4. 1941: Warnung Weizsäckers (s. Dok. Nr. 2 a. a. O., S. 373 f)

[51] 3. 6. 1941: Unterredung Hitler-Oshima (Hillgruber, A., Japan und der Fall "Barbarossa", in: Wehrw. Rdsch., 18. Jhrg., 1968, S. 333 f)

[52] 11. 6. 1941: Weisung Nr. 32 (Klee, K., in: Wehrwissenschaftl. Rundschau, Frankfurt 1956, S. 127 ff)

[53] 18./21. 6. 1941: Ciano-Tagebücher (s. Dok. Nr. 31, a. a. O.)

[54] 22. 6. 1941: Presserichtlinien (s. Dok. Nr. 3, a. a. O.)

[55] 23. 6. 1941: Schreiben Kazys Sirpas an Hitler (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XIII / 1, S. 6)

[56] 22./27. 6. 1941: Proklamationen zum "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" (Monatshefte f. Ausw. Politik, 8. Jhrg., 1941, S. 664; 674 ff)

[57] 3. 7. 1941: Halder-Tagebuch (s. Dok. Nr. 16, a. a. O.)

[58] 16. 7. 1941: NS-Besatzungspolitik (IMT, Dok. L–221)

[59] 14. 8. 1941: Bandera an Rosenberg (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XIII / 1, S. 261 f)

[60] Septemb. 1941: OKW-Denkschrift (Halder-Tgb. a. a. O., s. Dok. Nr. 16, v. 13. 9. 1941)

[61] 7. 10. 1941: Ereignismeldung UdSSR Nr. 106 (Archiv des Inst. für Zeitgeschichte, München)

[62] 13. 10. 1941: Ausführungen von Hans Fritzsche (s. Dok. Nr. 3, a. a. O.)

[63] 25. 11. 1941: "Europäische Front" gegen den Bolschewismus (Monatshefte für Ausw. Politik, 8. Jhrg., 1944, S. 1049 ff)

[64] 29. 11. 1941: Unterredung Hitler-Ciano (Hillgruber, A., Hrsg., s. Dok. Nr. 21, S. 675ff)

[65] 28. 11. 1941: Unterredung Hitler-Großmufti von Jerusalem (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XII / 2, S. 718 ff)

[66] 7. 12. 1941: Aufzeichnung des OB der HGr. Mitte (Tagebuch v. Bock. Abschrift im Privatbesitz; Original: BA-Militärarchiv)

[67] 11. 12. 1941: Deutsch-italienisch-japanisches Abkommen (Reichsgesetzblatt 1942, II, S. 132)

[68] 11. 12. 1941: Aus der Rede Hitlers im Reichstag (Der großdeutsche Freiheitskampf, a. a. O., s. Dok. Nr. 5, Bd. III, S. 113 ff)

[69] 20. 12. 1941: Weisung Hitlers für die HGr. Mitte (Dok. NOKW-539, Institut für Zeitgeschichte München)

[70] 3. 1. 1942: Unterredung Hitlers mit dem japanischen Botschafter Oshima (IMT, Bd. XXXV, S. 94 ff)

[71] 24. 5. 1942: Besprechung Hitlers mit RM Speer (Deutschlands Rüstung im 2. Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit A. Speer, Frankfurt 1969, S. 126 ff)

7.

[72] 13. 5. 1940: Rede Churchills (W. S. Churchill, Reden 1938–1940, Zürich 1946, S. 319 ff)

[73] 16. 5. 1940: Botschaft Roosevelts (Roosevelt spricht. Die Kriegsreden des Präsidenten, Stockholm 1945)

[74] 2. 9. 1940: Schreiben des Marquess of Lothian an St. S. C. Hull (The Dpt. of State. Bulletin v. 7. 9. 40, Bd. III, Nr. 63)

[75] 8. 12. 1940: Churchill an Roosevelt (W. S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bern 1950, Bd. II, S. 288 ff)

[76] 17. 12. 1940: Rede Roosevelts (Roosevelt, F. D., Links von der Mitte. Briefe, Reden.., Frankfurt/M. 1951, S. 375)

[77] 6. 1. 1941: Botschaft Roosevelts (The Public Papers and Addresses of F. D. Roosevelt, 1940, N. Y. 1941, S. 663 ff)

[78] 11. 3. 1941: Leih- und Pachtgesetz der USA (Stettinius, E. R., Welt in Abwehr. Leih-Pacht, München 1946, S. 416 ff)

[79] 27. 5. 1941: Nationaler Notstand in den USA (Monatshefte f. Ausw. Politik, 8. Jhrg., 1944, S. 536 f)

[80] 22. 6. 1941: Rundfunkansprache Churchills (Churchill. Reden, Bd. II, Zürich 1947, S. 258 ff)

[81] 3. 7. 1941: Rundfunkrede Stalins (Stalin, J., Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1951, S. 5 ff)

[82] 12. 7. 1941: Abkommen Großbritannien-UdSSR (Deuerlein, E., Die Einheit Deutschlands, Frankfurt 1957, S. 212)

[83] 14. 8. 1941: Atlantik-Charta (Europa-Archiv, Frankfurt 1947, S. 343)

[84] 3. 9. 1941: Stalins Botschaft an Churchill (Stalin, J. V., Briefwechsel mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–45, Berlin (Ost) 1961, S. 25 ff)

[85] 11. 9. 1941: Memorandum des US-Generalstabs (Sherwood, R. E., Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1948, S. 323 ff)

[86] 6. 11. 1941: Erklärung Stalins (Stalin, J. V., Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1951, S. 36 f)

[87] 22. 11. 1941: Churchill an Stalin (s. Dok. 84, a. a. O., S. 43 f)

[88] 23. 11. 1941: Stalin an Churchill (s. Dok. 84, a. a. O., S. 44 f)

[89] 5. 1. 1942: Bericht Edens aus Moskau (s. Dok. 75, a. a. O., Bd. III, S. 294 f)

[90] 8. 1. 1942: Telegramm Churchills an Eden (s. Dok. 89, S. 367 f)

[91] 1. 1. 1942: Washington-Pakt (Europa-Archiv, 2. Jhrg., 1947, S. 343)

[92] 6. 1. 1942: Botschaft Roosevelts (The Public Papers, a. a. O., s. Dok. 77, N. Y. 1950, S. 32 ff)

[93] 14. 2. 1942: Direktive für britische Luftwaffe (Rumpf, Das war der Bombenkrieg 1943–45, Hamburg 1961, S. 320 ff)

[94] 23. 2. 1942: Tagesbefehl Stalins (s. Dok. Nr. 86, a. a. O., S. 49 f)

[95] 29. 3. 1942: ABC – 1-Plan (Command Decisions, ed. by K. R. Greenfield, N. Y. 1959, S. 33 (eigene Übersetzung))

[96] 26. 5. 1942: Bündnisvertrag UdSSR-Großbritannien (Deuerlein a. a. O., s. Dok. Nr. 82, S. 213 f)

[97] 11. 6. 1942: Abkommen UdSSR und USA (Stettinius, a. a. O., s. Dok. Nr. 78, S. 423 ff)

[98] 27. 1. 1943: Roosevelt und Churchill an Stalin (s. Dok. 84)

8.

[99] 13. 4. 1941: Neutralitätspakt Sowjetunion-Japan (Europa-Archiv, Frankfurt 1947, S. 1044)

[100] Herbst 1941: Japanischer Operationsplan (Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1957, S. 262 ff)

[101] 5. 11. 1941: Sitzung des japanischen Kronrates (Japan's Decision for War, ed. by N. Ike, Stanford 1967, S. 208 ff)

[102] 5. 11. 1941: Japanischer Bericht über Verhandlungen mit den USA (s. Dok. Nr. 101, a. a. O., S. 308 ff)

[103] 26. 11. 1941: Note von Cordell Hull an die japanische Regierung (Togo, S., Japan im 2. Weltkrieg, Bonn 1958, S. 148 ff)

[104] 8. 12. 1941: Botschaft des Tennos an die japanische Nation (Keesings Archiv der Gegenwart 1941)

[105] 21. 12. 1941: Bündnisvertrag Japan-Thailand (Monatshefte f. Auswärtige Politik, 9. Jhrg., 1942, S. 355)

[106] 18. 1. 1942: Militärabkommen Deutschland-Italien-Japan (Mikrofilm National Archives, Washington, Rolle T-82)

[107] 3. 3. 1942: Telegramm Otts an von Ribbentrop (Akten zur Dt. Auswärtigen Politik 1918–45, Serie E, Bd. II, S. 8 ff)

[108] 15. 5. 1942: Bericht Otts über die militärischen Erfolge Japans (s. Dok. Nr. 107, a. a. O., S. 363 ff)

[109] 1943: Währungs- und Finanzpolitik Japans (Monatshefte für Auswärtige Politik, 11. Jhrg., 1944, S. 176 ff)

9.

[110] 16. 2. 1942: Roosevelt Memorandum (Sherwood, R. E., Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 401 f)

[111] 16. 7. 1942: Memorandum Roosevelts (s. Dok. Nr. 110)

[112] 20. 7. 1942: Tagebuch Lord Alan Brook (Bryant, A., Kriegswende, 1939–43,, Düsseldorf 1957, S. 401 ff)

[113] 23. 7. 1942: Erklärung von Cordell Hull (The Record of American Diplomacy, N. Y. 1948)

10.

[114] 28. 6. 1942: Denkschrift von Sir Arthur Harris (Verrier, A., Bomberoffensive gegen Deutschland 1939–1945, Frankfurt 1970, S. 333 ff)

[115] 23. 7. 1942: Weisung Nr. 45 des OKH (Doerr, H., Der Feldzug nach Stalingrad, Darmstadt 1955, S. 124)

[116]*) 21. 8. 1942: Operationsplan "Torch" (National Archives, Washington. Eigene Übersetzung)

[117] 22. 10. 1942: Ansprache von Gen. Montgomery (Montgomery, Memoiren, München 1958, S. 143 ff)

[118] 3. 11. 1942: Führerbefehl (El Alamein) (Rommel, E., Krieg ohne Hass, Heidenheim 1950, S. 268)

[119] 8. 11. 1942: Hitler-Rede (Keesing's Archiv der Gegenwart, 1942)

[120] 10. 11. 1942: Churchill-Rede (s. Dok. 72, Bd. III, S. 332 ff)

[121] 13. 11. 1942: Lagevortrag des Gen. Shukows (Samsonow, A. M., Schlacht von Stalingrad, Moskau 1960) (Deutsche Übersetzung)

[122] 26. 11. 1942: Lagebeurteilung Hitlers (Kehrig, M., Stalingrad, Stuttgart 1975, Anh.: Dok. Nr. 18)

[123] 29. 11. 1942: Rundfunkrede Churchills (Churchill, Reden, Zürich 1948, S. 373 ff)

[124] 18. 12. 1942: Unterredung Hitler-Ciano (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. Nr. 21, II, S. 161 ff)

[125] Januar-Februar 1943: Totaler Krieg (Goebbels) (Berndt, A. J., - v. Wedel, Deutschland im Kampf, Berlin 1943, S. 80 ff)

[126] 1942/43: Stimmen der Neutralen (Giovanetti, A., Der Vatikan und der Krieg, Köln 1961, S. 332 f; Hoare, Gesandter in besonderer Mission, Hamburg 1949, S. 311 ff)

[127] 15. 4. 1943: Dt. Operationsbefehl Nr. 6 (Dokumentensammlung St. Gr. der Luftwaffe, Hamburg)

[128] 31. 5. 1943: Besprechung Dönitz-Hitler (Lagevorträge des OBdM vor Hitler 1939–1945, hrsg v. G. Wagner, München 1972, S. 507 ff)

11.

[129] 13. 12. 1939: Volksdeutsche Rückwanderung und Umsiedlung (B. Archiv Koblenz, R-57 DAJ 1748)

[130] 5. 4. 1940: Erklärung Goebbels (Archiv d. Forschungsstelle zur Geschichte des NS in Hamburg)

[131] Mai 1940: Denkschrift Himmlers (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1957, S. 194 ff)

[132] 2. 7. 1940: Heydrich zur polizeilichen Arbeit (Vierteljahrhefte für Zg., Jhrg. 11, 1963, S. 196 ff)

[133] 28. 8. 1940: Denkschrift K. H. Franks (IMT, Bd. XXXIII, S. 260 ff)

[134] 21. 11. 1940: Unterredung Hitler-Kg. Leopold v. Belgien (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. Nr. 21, I, S. 336 ff)

[135] 10. 3. 1942: Schreiben Quislings an Lammers (Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–45, Serie D, Bd. XII / 1, S. 214 ff)

[136] 3. 5. 1941: Brief Seyß-Inquarts an Lammers (s. Dok. 135, a. a. O.)

[137] 1. 10. 1941: Schreiben O. Benes (s. Dok. Nr. 135,ebd., Bd. XIII / 2, S. 489 ff)

[138] 8. 11. 1941: Bericht der Reichsgruppe Industrie (Dt. Zentralarchiv Potsdam, Filmsamml. Nr. 5628, Bl. 448 258 ff)

[139] 19. 3. 1942: Aufzeichnung über die wirtschaftlichen Leistungen Frankreichs an Deutschland (Akten z. Dt. Ausw. Pol., a. a. O., Serie E, Bd. 89 ff)

[140] 20. 4. 1942: Rundfunkansprache Lavals (Monatshefte f. Ausw. Politik, 9. Jhrg. 1942, S. 543 ff)
[141] Juni 1942: Generalplan Ost (Polish Western Affairs, Vol. III, Nr. 2, 1962, S. 435 ff)
[142] 21. 7. 1942: Vortrag Franks (IMT, PS–2233)
[143] 6. 8. 1942: Sitzung Görings mit den Leitern der dt. Dienststellen i. d. besetzten Ländern u. Gebieten (IMT, Bd. XXXIX, S. 408 ff)
[144] 9. 10. 1942: Endlösung der europäischen Judenfrage (Archiv Jf Zeitgeschichte, München)
[145] 20. 1. 1943: Bericht Himmlers (Umsiedlung) (BArchiv Koblenz, R 43 II / 1411 a)
[146] 22. 3. 1943: Nationaler Arbeitseinsatz in Norwegen (Deutsche Zeitung in Norwegen Nr. 45 v. 23. 2. 43)
[147] 1. 4. 1943: Stimmungsbericht aus der Ukraine (KTB-OKW, Bd. III / 2, Frankfurt 1963, S. 1424 f)
[148] 13. 4. 1943: Unterredung Hitler-Antonescu (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. Nr. 21, II, S. 232 f)
[149] 14. 4. 1943: Brief Sauckels an Hitler (Archiv Jf Zeitgeschichte, München)
[150] 16. 4. 1943: Unterredung Hitler-Horthy (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. 21, II, S. 234 ff)
[151] 8. 5. 1943: Aus dem Goebbels-Tagebuch/ (Goebbels-Tagebücher, hrsg. v. L. P. Lochner, Zürich 1948)
[152] 9. 9. 1943: Leitsätze des "Europa-Ausschusses" des Auswärtigen Amtes (ZA, Potsdam, Filmsammlung 5582, Bl. D 514 547 ff)
[153] 14. 1. 1944: Straßenexekution in Warschau (Archiv Jf Zg. München)
[154] 29. 1. 1944: Denkschrift Bormanns (S. Aldermann Library, Univ. of Virginia/USA)
[155] 22. 6. 1944: Rede Hitlers (Hauptarchiv der NSDAP, Fasc. 51 C; jetzt Bundesarchiv Koblenz)

12.

[156] 7. 3. und 13. 3. 1942: Richtlinien für japanische Kriegführung (Morton, L., The War in the Pacific, Washington 1962, S. 611 ff (eigene Übersetzung))
[157] 17. 6. 1942: Hamilton-Memorandum (Foreign Relations of the United States, 1942. China, Washington 1956, S. 74 ff)
[158] 2. 7. 1942: Direktive für die Angriffsoperationen im Südwestpazifik (s. Dok. Nr. 156, a. a. O., S. 619 ff)
[159] 5. 8. 1942: Besprechung Jodl-Nomura-Banzai (Martin, B., Deutschland und Japan im 2. Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 263 f)
[160] 1. 11. 1942: Japanische Kriegsziele (Keesing's Archiv der Gegenwart, 1942)
[161] 9. 12. 1942: Koalitionskriegführung der "Achse" (s. Dok. 160, a. a. O.)

13.

[162]*10. 1. 1943: Operationsplan "Husky"(National Archives, Washington. Eigene Übersetzung)
[163] 14./25. 1. 1943: Konferenz von Casablanca (Sherwood, R. E., Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 565 ff)
[164] Frühjahr 1943: Strategie der Alliierten (National Archives, Washington)
[165] 28. 5. 1943: Stalin-Interview (s. Dok. Nr. 81, a. a. O., S. 120 f)
[166] 11. 6. 1943: Stalin an Roosevelt (s. Dok. Nr. 84, a. a. O., S. 166 f)
[167] 24. 8. 1943: Quadrant-Konferenz (s. Dok. 156, a. a. O., S. 650 ff)

14.

[168] 18. 12. 1942: Schreiben O. Lattimore an Tschiang-Kai-Schek (s. Dok. Nr. 157)
[169] 1. 3. 1943: Vorläufiger Friedensvertrag mit Deutschland (Studies of American Interests in the War and the Peace. Political Series, N. Y. 1. 3. 1943 (eigene Übersetzung))
[170] 21. 4. 1943: Botschaft Stalins an Churchill (s. Dok. Nr. 84; S. 150 ff)

[171] 13. 7. 1943: Manifest des Nationalkomitees "Freies Deutschland" (Weinert, E., Das N.K."F.D." 1943–1945, Berlin (O), 19 1957, S. 19 ff)

[172]*19. 7. 1943: Britisches Memorandum über die Nachkriegsregelung (Deutschland) (Cabinet Office, London. Übersetzung: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bonn)

[173] 10. 8. 1943: Gutachten über "Rußlands Lage" (s. Dok. 85; S. 612)

[174] 23. 9. 1943: US-Ausschussbericht über die Teilung Deutschlands (Postwar Foreign Policy Preparation 1939–1945, Washington 1949, S. 558 f (eigene Übersetzung))

[175]*) 27. 9. 1943: Deutschland-Memorandum des britischen Außenministers (s. Dok. Nr. 172)

[176] 11. 10. 1943: Telegramm Gauss an C. Hull (F. R. of the USA, 1943, China, Washington 1957, S. 822 f (eigene Übersetzung))

[177] 1. 11. 1943: Vier-Nationen Erklärung (s. Dok. 82 (Neuaufl. 1961) a. a. O., S. 309)

[178] 20. 11. 1943: Hurby an Präsident Roosevelt (s. Dok. Nr. 176, a. a. O., S. 164 f)

[179] 22./26. 11. 1943: Konferenz von Kairo (Europa-Archiv, 2. Jhrg. 1947, S. 405)

[180] 28. 11. – 1. 12. 1943: Konferenz von Teheran (For. Rel. of the USA. The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961, S. 600 ff)

[181] 1. 12. 1943: Erklärung von Teheran (s. Dok. 82, a. a. O., S. 218)

[182] 15. 12. 1943: Memorandum von Bohlen (s. Dok. Nr. 180, a. a. O., S. 845 ff)

[183] 24. 12. 1943: Rundfunkrede Roosevelts (The Public Papers, a. a. O., s. Dok. 77, S. 530 ff)

[184] 27. 12. 1943: Memorandum des State Dpt. (s. Dok. 176, a. a. O., S. 486)

[185] 14. 1. 1944: Memorandum von Churchill (Churchill, Der 2. Weltkrieg, Bd. IV/2, 1952, S. 316 ff)

[186] 11. 2. 1944: Botschaft Roosevelts an Stalin (s. Dok. Nr. 84, a. a. O., S. 598 ff)

[187] 16. 2. 1944: Botschaft Stalins an Roosevelt (s. Dok. Nr. 84, a. a. O., S. 600 f)

[188] 23. 3. 1944: Botschaft Stalins an Churchill (s. Dok. Nr. 84, a. a. O., S. 266)

[189] 1943/44: Zur polnischen Frage (Rozek, E. J., Allied Wartime Diplomacy, N. Y. 1958, S. 142 f; s. Dok. Nr. 75, a. a. O., Bd V/1, S. 320 ff)

[190] 16. 3. 1944: Vereinigte Stabschef an AM Stettinius (National Archives, Washington)

[191]*) 20. 7. 1944: Britisches Memorandum über die Besetzung Österreichs (s. Dok. Nr. 172)

[192] Septemb. 1944: "Morgenthau-Plan" (Deuerlein, s. Dok. Nr. 82, S. 318 ff)

[193] 12. 9. 1944: Zonenprotokoll für Deutschland (s. Dok. Nr. 82, a. a. O., S. 314 ff)

[194] 11. 10. 1944: Churchill an Stalin (s. Dok. Nr. 75, a. a. O., Bd. VI/1, S. 273 f)

[195] 14. 11. 1944: Abkommen über alliierte Kontrolleinrichtungen (Die Konferenzen von Malta und Jalta, Düsseldorf 1957, S. 116 ff)

[196] November 1944/ Januar 1945: Gutachten des State Dpt. (s. Dok. Nr. 195, a. a. O., S. 172 ff)

[197]*) 27. 11. 1944: Note des britischen Außenministers (s. Dok. Nr. 172)

[198]*) 29. 11. 1944: Zur Deutschlandplitik der brit. Regierung (s. Dok. Nr. 172)

[199] 10. 12. 1944: Sowjetisch-französischer Vertrag (Europa-Archiv, 2. Jhrg., 1947, S. 1046)

15.

[200] 14. 5. 1943: Britische Bomberoffensive (Verrier, A., Bomberoffensive gegen Deutschland 1939–1945, Frankfurt 1970, S. 324 ff)

[201]*) 15. 7. 1943: Operationsplan "Overlord" (National Archives, Washington. Eigene Übersetzung)

[202] 17. 7. 1943: Botschaft Roosevelts und Churchills an das italienische Volk (Churchill, Der 2. Weltkrieg, Bd. V/1, S. 59 f)

[203] 19. 7. 1943: Unterredung Hitler-Mussolini (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. 21, II, S. 287 ff)

[204] 31. 8. 1943: Smuts an Churchill (s. Dok. Nr. 202, a. a. O., Bd. V, S. 148)

[205] 5. 9. 1943: Churchill an Smuts (s. Dok. Nr. 204, a. a. O., S. 150 ff)

[206] 15. 9. 1943: Anordnung des Duce (Dt. Allg. Zeitung Nr. 443 v. 16. 9. 43, v. 18. 9. 43; Nr. 449 v. 19. 9. 43)
[207] 20. 10. 1943: Churchill an Eden (s. Dok. 204, a. a. O., S. 329 f)
[208] 17. 2. 1944: Weisung an das alliierte Bomberkommando (Akten der Historical Division, Washington)
[209] 1. 5. 1944: Befehl Stalins (Stalin, s. Dok. Nr. 81, a. a. O., S. 163 ff)
[210] 5. 6. 1944: Ansprache des Gen. Montgomerys (Montgomery, s. Dok. , a. a. O., S. 268 ff)
[211] 15. 7. 1944: Fernschreiben Rommels an Hitler (Speidel, H., Invasion 1944, Tübingen-Stuttgart 1949, S. 137 f)
[212] 12. 9. 1944: Waffenstillstand Rumäniens (Monatshefte für Ausw. Politik, Jhrg. 11, Heft 9, S. 550 ff)
[213] 15. 9. 1944: Eisenhower an Montgomery (Montgomery, s. Dok. 117, a. a. O., S. 311 ff)
[214] 19. 9. 1944: Waffenstillstand Finnlands (s. Dok. Nr. 212, S. 539 ff)

16.

[215] 30. 6. 1943: Vertrag zwischen Japan und Nationalchina (s. Dok. 212; 10. Jhrg. 1943, S. 681)
[216] 18. 5. 1943: Memorandum der US-Stabschefs (Morton, s. Dok. 156, a. a. O., S. 644 f. eigene Übersetzung)
[217] 30. 9. 1943: Weitere Kriegführung Japans (s. Dok. 217; S. 655 ff. eigene Übersetzung)
[218] 26. 10. 1943: Rede des japanischen Min.Präs. Tojos (Monatshefte f. Ausw. Politik, 10. Jhrg., 1943, S. 763 ff)

17.

[219]*) 2. 9. 1944: Memorandum des Economic and Industrial Planning Staff (s. Dok. Nr. 172)
[220] 19. 9. 1944: Roosevelt und Churchill an Stalin (s. Dok. 84)
[221] 27. 10. 1944: Rede Churchills (s. Dok. 72, a. a. O.)
[222] 31. 12. 1944: Operationsplan der Alliierten (Montgomery, a. a. O., s. Dok. 117, S. 360 ff)
[223] 10. 1. 1945: Memorandum Harrimans (s. Dok. Nr. 95, a. a. O., S. 420)
[224] 5. 2. 1945: Konferenz von Jalta (s. Dok. Nr. 95, a. a. O.)
[225] 12. 2. 1945: Um die Friedensordnung in Europa (s. Dok. Nr. 95, S. 649 f; S. 905; 898; S. 903)
[226]*) 7. 3. 1945: Memorandum des britischen Schatzkanzlers (s. Dok. Nr. 172)
[227] 1. 4. 1945: Roosevelt an Stalin (Stalin, a. a. O., Dok. 81, S. 696 f)
[228] April 1945: Direktive JCS 1067 (s. Dok. Nr. 82, a. a. O., S. 335 f)
[229] 29. 4. 1945: Politisches Testament Hitlers (Dok. der Dt. Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. v. Hohlfeld, München o. J., Bd. V, S. 526 ff)
[230] 4. 5. 1945: Churchill über die Lage Europas (s. Dok. 185, a. a. O., Bd. VI, S. 181 ff)
[231] 7./8. 5. 1945: Bedingungslose Kapitulation Deutschlands (Deuerlein, a. a. O., s. Dok. Nr. 82, S. 242)
[232] 7. 5. 1945: Rundfunkansprache des Grafen Schwerin v. Krosigk (Lüdde–Neurath, W., Regierung Dönitz, Göttingen 1952, S. 154 ff)
[233] 9. 5. 1945: Ansprache Stalins (Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der "Großen Drei", hrsg. v. E. Deuerlein, München 1963, S. 40 ff)
[234] 26./28. 5. 1945: Unterredung Stalin-Hopkin (s. Dok. Nr. 233, a. a. O., S. 102 ff, 110 ff)
[235] 7. 6. 1945: Truman an Stalin (s. Dok. Nr. 84, a. a. O., S. 742 ff)
[236] 11. 6. 1945: Aufruf der KPD (s. Dok. Nr. 233, a. a. O., S. 63 ff)
[237] 12. 6. 1945: Gespräch Davies mit Churchill (s. Dok. Nr. 233, a. a. O., S. 130 ff)
[238] 2. 8. 1945: Potsdamer Erklärung (Deuerlein, a. a. O., Dok. Nr. 82, S. 63 ff)

[239]*) 4. 7. 1945: Richtlinien für die amerikanische Delegation (s. Dok. 172, a. a. O.)
[240]*) 4. 7. 1945: Britischer Plan für einen westeuropäischen Block (s. Dok. 172, a. a. O.)
[241]*) 1. 8. 1945: Aufzeichnung von Mikolajczyk (s. Dok. 172, a. a. O.)

18.

[242] 4. 5. 1944: Nachkriegsziele der USA (s. Dok. Nr. 174, a. a. O., S. 591 ff)
[243] 1944/45: Japans Ostasienpolitik (Monatshefte f. Ausw. Politik, 11. Jhrg., 1944, S. 534 ff)
[244] 11. 2. 1945: Geheimabkommen von Jalta (s. Dok. Nr. 95, a. a. O., S. 359 ff)
[245] 26. 7. 1945: "Potsdamer Erklärung" (s. Dok. Nr. 82, a. a. O., S. 271 f)
[246] 14. 8. 1945: Chinesich-sowjetischer Vertrag (Europa-Archiv, 2. Jhrg., 1947, S. 412)
[247] 2. 9. 1945: Japans Kapitulation (s. Dok. Nr. 246, a. a. O., S. 407)

19.

[248] August 1941: Programm Polski Ludowej (Vierteljahrshefte f. Zg., (C. Kleßmann Hrg.) 1969, S. 107 ff)
[249] 3. 4. 1942: Erklärung des Politbüros der KPD (Geschichte der dt. Arbeiterbewegung, Hrsg. v. J. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 5, Berlin (O) 1966, S. 559 ff)
[250] Mai 1942: Deutsche Opposition gegen Hitler (Bonhoeffer, D., Gesammelte Schriften, Bd. 1, München 1958, S. 488 ff)
[251] Oktober 1942: Richtlinien der Association of Free Germans (Mit dem Gesicht nach Deutschland, hrg. v. E. Matthias, Düsseldorf 1968, S. 567 ff)
[252] 13. 12. 1942: Goerdelers Erklärung zur Atlantik-Charta (Anlage 1 zum Kaltenbrunner-Bericht v. 16. 8. 1944, Mikrofilm Washington)
[253] Februar 1943: Flugblatt der Geschwister Scholl (Scholl I., Die weiße Rose, Frankfurt 1955, S. 151 ff)
[254] Juli 1943: Abkommen der "Nationalen Widerstandsgruppen in Griechenland" (Documents on Int. Affairs 1939–1946, Vol.2, ed. by M. Carlyle, London 1954, S. 343 f)
[255] 15. 3. 1944: Französischer Widerstand (Dok.-Sammlung: Comité d'Historie de la deuxième guerre mondiale, Paris. Eigene Übersetzung)
[256] 1944: Deklaration für die Europäische Zusammenarbeit (L'Europe de Demain, Neuchâtel 1954, S. 70 ff. Eigene Übersetzung)
[257] Juni 1944: Erklärung des Französischen Ausschusses für den Europäischen Bund (s. Dok. Nr. 256, a. a. O., S. 75 ff)
[258] 16. 6. 1944: Vereinbarungen Subasitsch-Tito (Monatshefte für Ausw. Politik, 11. Jhrg., 1944, S. 549)
[259] 1. 8. 1944: Polnischer Aufstand in Warschau (Akten des Militärarchivs, Freiburg; Stalin, J. V., Briefwechsel, s. Dok. Nr. 84, S. 316)
[260] 26. 7. 1944: Abkommen UdSSR - Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung (Polen, Deutschland und die Oder-Grenze, Berlin (Ost) 1959, S. 299 f)

20.

[261] 29. 5. 1942: Unterredung Hitler-S. Ch. Bose (Hillgruber, a. a. O., s. Dok. 21, II, S. 80 ff)
[262] 6. 12. 1942: Erklärung der Königin Wilhelmina der Niederlande (Europa-Archiv, 2. Jhrg., 1947, S. 381 ff)
[263] 23. 1. 1943: Amerikanisches Memorandum (Foreign Relations, a. a. O., s. Dok. Nr. 176, S. 193 ff)
[264] 5. 11. 1943: Erklärung der Konferenz großostasiatischer Staaten (Jones, F. C., Japans New Order in East Asia, London 1954, S. 470)
[265] 30. 1. 1944: Rede Charles de Gaulle (De Gaulle, Ch., Mémoirs de Guerre, Bd. II, Paris 1959, S. 555 ff)
[266] 22. 3. 1945: Pakt der Liga der Arabischen Staaten (Europa-Archiv, 12. Jhrg., 1957, S. 9790 f)

[267] 24. 5. 1945: "Über die Koalitionsregierung" von Mao Tse-tung (Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften, Bd. IV, Berlin (Ost) 1960, S. 353 ff)

[268] 1. 6. 1945: Rede von A. Sukarno (Sarkisyanz, E., Südostasien seit 1945, München 1961, S. 139 ff)

21.

[269] 26. 6. 1945: Charta der Vereinten Nationen (Siegler, H., Die Vereinten Nationen. Eine Bilanz nach 20 Jahren, Bonn 1966, S. 173 ff)

22.

[270] 20. 7. 1941: Instruktion für Partisanenabteilungen (Hesse, E., Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941–44, Göttingen 1969, S. 259 ff)

[271] 28. 9. 1941: Deutsche Vergeltungsmaßnahmen in Frankreich (IMT, Bd. XXVII, S. 366 ff)

[272] Januar 1942: Englisches Flugblatt über die Vorgänge in Rußland (Niedersächs. St. A., Hannover 122 a, XXXIV, Nr. 413)

[273]*) 10. 7. 1942: Geheime deutsche Presseanweisung (Bundesarchiv, Koblenz, Sammlung Oberheitmann 109/35)

[274] 24. 12. 1942: "Rote Kapelle"-SD-Bericht (Trepper, L., Die Wahrheit. Autobiographie, München 1975, 128 ff)

[275] 1. 12. 1943: Bericht über Luftangriff auf Hamburg (Der Luftkrieg über Deutschland, München 1963, S. 35 ff)

[276] 28. 3. 1944: Richtlinien für die NS-Führung im Heer (Archiv JfZg. München)

[277] 23. 8. 1944: Trümmerbefehl zur Zerstörung von Paris (Anlage zum KTB-West. Militärarchiv Freiburg). Von Warschau, v. 11. 10. 1944 (Dok. PS–3288)

[278] 25. 7.– 5. 8. 1945: Zum Beginn des Atomzeitalters (Truman, H., Memoiren, 1956, S. 425 ff)

[279] : Judenausrottung (Reitlinger, G., Die Endlösung, Berlin 1956, S. 573)

[280] : Zur Rüstung und Wirtschaft im 2. Weltkrieg (Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1954)

V. Bibliographie zur Geschichte des 2. Weltkrieges (Auswahl)

1. Allgemeine Darstellungen zur Geschichte des 2. Weltkrieges

Arnold-Forster, M., The World at War, New York 1974

Bloomberg, M. and Weber, H., World War II and Its Origins. A Select Annotated Bibliography of Books in English, Littleton, Colo. 1975

Calvocoressi, P., and Wint, G., Total War. The Story of World War II, New York 1972

Cartier, Raymond, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945, 2 Bde. München 1975

Churchill, Winston S., Der Zweite Weltkrieg, 6 Bde., Bern 1948–1954

Collier, B., The Second World War, New York 1967

Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Bd. 1. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. 6. 1941. Leitung: Gerhart Hass. 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). Leitung: Karl Drechsler, Berlin (Ost), 1975

Förster, Gerhard u. a., Der Zweite Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß. Berlin 1972

Encyclopédie de la guerre 1939–1945 (Hrsg. v. M. Baudot; H. Bernard; H. Brugmans; M. R. Foot und H.-A. Jacobsen), Brüssel 1977.

Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, 1941–1945. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU. 6 Bde., Berlin 1962–1968

Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Teil I: Die militärischen und politischen Ereignisse. Teil II: Die Kriegsmittel der kriegführenden Staaten – Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie – Wehrmacht, Technik und Waffen-Transport und Verkehr – psycholog. Kriegführung – Geheimes Nachrichtenwesen, Würzburg 1960

Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945. In 12 Bänden. Hauptred.-Kommission: A. A. Gretschko u. a. Moskau 1973 ff.; dt. Ausgabe: Berlin, Bd. 1, 1975; Bd. 2, 1975, Bd. 3, 1977

Gruchmann, L., Der 2. Weltkrieg, München 1967

Hillgruber, Andreas – Gerhard Hümmelchen, Chronik des Zweiten Weltkrieges, Hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, Frankfurt a. M. 1966

Hillgruber, Andreas (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges, Köln, Berlin 1967

Jacobsen, Hans-Adolf – Jürgen Rohwer (Hrsg.), Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1960

Jacobsen, H.–A., Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945, Frankfurt a. M. 1964

Liddell-Hart, Basil, Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Die großen strategischen Entscheidungen, 2 Bde. Düsseldorf 1972

Michaelis, H., Der 2. Weltkrieg, Konstanz 1964/65

Michel, H., La seconde guerre mondiale, 2 vols., Paris 1968–69

La seconda guerra mondiale nella prospettiva storica a trent'anni dall' epilogo, Como 1977

Tippelskirch, K. v., Geschichte des 2. Weltkrieges, Bonn 1956

Walters, F. P., A History of the Leagues of Nations, London 1969

Wright, G., The Ordeal of Total War, New York 1968

2. Zur Vorgeschichte

Baer, G. W., The Coming of the Italian-Ethiopian War, Cambridge Mass. 1967

Hildebrand, K., Deutsche Außenpolitik 1933–1945, Stuttgart 1971

Hillgruber, A., Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967

Hofer, Walther, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939. Mit Dokumenten, Frankfurt a. M. 1964 (neubearb.)

Jacobsen, H.-A., NS-Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt 1968

Kimball, Warren F. (Hrsg.), Franklin D. Roosevelt and the World Crisis, 1937–1945, Lexington, Mass. 1973

Robertson, E. M., ed., The Origins of the Second World War, London 1971

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des 2. Weltkrieges, Düsseldorf 1975

3. Memoiren, Biographien, Tagebücher

Ambrose, Stephen, E., The Supreme Commander. The War Years of General Dwight D. Eisenhower, N. Y. 1970

Burns, James MacGregor, Roosevelt. The soldier of freedom 1940–1945, London 1971

Bereshkow, Valentin M., Mit Stalin in Teheran, Frankfurt a. M. 1968

Bryant, Arthur, Kriegswende (1939–1943). Aus den Kriegstagebüchern des Feldmarschalls Lord Alanbrooke, Chef des Empire-Generalstabs, Düsseldorf 1957

Dilks, David (Hrsg.), The Diaries of Sir Alexander Cadogan, O. M., 1938–1945, London 1971

Dönitz, K., Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958

Gräfin Schall-Riaucour, H., Aufstand und Gehorsam (Halder), Wiesbaden 1972

Fest, H., Hitler, Frankfurt–Berlin 1973

Grečko, Andrei A. (Red.), Die Befreiungsmission der Sowjet-Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1973

Konew, Iwan Stepanowitsch, Das Jahr fünfundvierzig, Berlin 1969

Leeb, Wilhelm Ritter von, Tagebuchaufzeichnungen und Lageburteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus d. Nachlaß hrsg. v. Georg Meyer, Stuttgart 1976

Manstein, E. v., Verlorene Siege, Bonn 1955

Pogue, Forrest C., George C. Marshall. Organizer of Victory, 1943–1945, New York 1973

Pratt, Julius W., Cordell Hull, 1933–44, 2 Bde. New York 1964

Scheurig, B., Henning von Tresckow, Oldenburg 1973

Schukow, Georgi K. (Marschall), Erinnerungen und Gedanken, Stuttgart 1969

Speer, A., Erinnerungen, Berlin 1969

Truman, Harry S., Memoiren, Stuttgart, 2 Bde. Stuttgart 1955/56

Truchanowski, W. G., Winston Churchill. Eine politische Biographie, Berlin 1972

Tschuikow, Wassilij, Das Ende des Dritten Reiches, München 1966, 240 S.

Warlimont, W., Im H.-Quartier der deutschen Wehrmacht 1939–45, Frankfurt 1962

Weizsäcker, E. v., Die Weizsäcker-Papiere, 1933–1950, Berlin 1974

Williams, Francis, A Prime Minister Remembers. The War and Post War Memoirs of the Rt. Hon. Earl Attlee. Based on His Private Papers and a Series of Recorded Conservations, London 1961

4. Dokumentationen

Akten zur Auswärtigen Politik 1918–45, Serie D, 1961 ff.

Boelcke, Willi A. (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt a. M. 1969

Boelcke, Willi A. (Hrsg.), Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, München 1969

Bullitt, Orville H. (Hrsg.), For the President. Personal and Secret. Correspondence between Franklin D. Roosevelt and William C. Bullitt, Boston 1972

Chandler, Alfred D. u. a. (Hrsg.), The Papers of Dwight David Eisenhower. The War Years, 5 Bde., Baltimore 1970

The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, 2 Bde. Washington, U.S. Government Printing Office 1960

The Conferences at Malta and Yalta 1945. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Washington, D. C.; U.S. Government Printing Office 1955. Die Konferenzen von Malta und Jalta. Department of State USA. Dokumente vom 17. Juli 1944 bis 3. Juni 1945. Deutsche Ausgabe. Düsseldorf 1957

Documents of Polish-Soviet relations 1939–1945. 2 Bde. Bd. 1: 1939–1943. 1961, Bd. 2: 1943–1945. 1967, (Hrsg. v. General Sikorski Historical Institute. London)

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, München 1954–1961, 5 Bde.

Fischer, Alexander (Hrsg.), Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1973

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Washington, D. C.; U. S. Government Printing Office. Für die Jahre 1941–1945. Mehrere Bände mit Teilbänden 1958–1968

Halder, Generaloberst, Kriegstagebuch, Stuttgart 1962–64, 3 Bde.

Hitlers Lagebesprechungen, Stuttgart 1962

Hubatsch, Walther (Hrsg.). Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962

KTB-OKW, Frankfurt 1961–65, Bd. I–IV

Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Stuttgart 1963

Lagevorträge des ObdM vor Hitler 1939–45, Hrsg v. W. Wagner, München 1972

Loewenheim, F. L., Langley, H. D., and Jonas, M., eds. Roosevelt and Churchill: Their Secret Wartime Correspondence, London 1975

Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler 1939–44. Hrsg. v. A. Hillgruber, Frankfurt 1967–70, 2 Bde.

5. Zur deutschen Kriegszielpolitik

Adam, U. D., Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972

Bracher, K. D., Die deutsche Diktatur, Köln 1969

Broszat, M., Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961

Buchheim, H., Broszat, M., Jacobsen, H.-A., Krausnick, H., Anatomie des SS-Staates, Olten 1965, 2 Bde.

Dallin, Alexander, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958

Douglas-Hamilton, James, Geheimflug nach England. Der „Friedensbote" Rudolf Heß und seine Hintermänner, Düsseldorf 1973

Fenyo, Mario D., Hitler, Horthy and Hungary. German-Hungarian relations 1941–1944, New Haven 1972

Fricke, Gert, Kroatien 1941–1944. Der „Unabhängige Staat" in der Sicht des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Agram, Glaise von Horstenau, Freiburg 1972

Friedländer, Saul, Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939–1941, Stuttgart 1965

Funke, M., (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1976

Hildebrand, K., Vom Reich zum Weltreich, München 1969

Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965

Jäckel, E., Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966

Kwiet, K., Reichskommissariat Niederlande, Stuttgart 1968

Littlejohn, D., The Patriotic Traitors. A History of Collaboration in German-Occupied Europe, 1940–1945, London 1972

Loock, H. D., Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970

Martin, B., Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942, Düsseldorf 1974

Mühlen, Patrick von zur, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker, Düsseldorf 1971

Olshausen, Klaus, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941, Stuttgart 1973

Orlow, Dietrich, The Nazis in the Balkans. A case study of totalitarian politics, Pittsburgh 1968

Rich, N., Hitler's War Aims: Ideology, The Nazi State and the Course of Expansion; The Establishment of the New Order, 2 vols., New York 1973–74

Roos, H., Geschichte der polnischen Nation, Stuttgart 1961

Schröder, Bernd P., Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975

Strik-Strikfeldt, Wilfried, Gegen Stalin und Hitler. Die russische Befreiungsbewegung 1941–1945, Mainz 1970

Thomsen, M. E., Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940–45, Düsseldorf 1971

Wagner, Wilfried, Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppardt 1972

6. Zur deutschen Kriegführung

Baum, W., Weichold, E., Der Krieg der „Achsenmächte" im Mittelmeerraum, Göttingen 1973
Böhme, H., Der deutsch-französische Waffenstillstand im 2. Weltkrieg, Stuttgart 1963
Förster, I., Stalingrad. Risse im Bündnis 1942/43, Freiburg 1975
Gemzell, Carl-Axel, Raeder, Hitler und Skandinavien. Kampf für einen maritimen Operationsplan, Lund 1965
Hansen, R., Das Ende des Dritten Reiches, Stuttgart 1966
Hubatsch, W., „Weserübung". Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, Göttingen 1960
Jacobsen, H.-A., Fall Gelb, Wiesbaden 1957
Jacobsen, H.-A., Dünkirchen, Neckargemünd 1958
Jung, H., Die Ardennen-Offensive, Göttingen 1971
Kehrig, M., Stalingrad, Stuttgart 1974
Klee, K., Das Unternehmen „Seelöwe", Göttingen 1958
Leach, Barry A., German strategy against Russia 1939–1941, Oxford 1973
Philippi, H. / Heim, F., Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941–45, Stuttgart 1962
Reinhard, K., Die Wende vor Moskau, Stuttgart 1972
Salewski, M., Die deutsche Seekriegsleitung 1935–45, Frankfurt 1970, Bd. 1
Seaton, Albert, Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945. Hrsg. v. Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1973
Vormann, N. v., Der Feldzug in Polen 1939, Weißenburg 1958

7. Zur Rolle Italiens

Deakin, Frederic W., Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus, Köln, Berlin 1964
Schröder, J., Italiens Kriegsaustritt 1943, Frankfurt 1969
Siebert, F., Italiens Weg in den 2. Weltkrieg, Frankfurt 1962

8. Balkanprobleme

Broszat, M., Deutschland – Ungarn – Rumänien (1938–1941), in: „HZ", 206 (1968)
Hillgruber, A., Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, Wiesbaden 1965
Hnilicka, K., Das Ende auf dem Balkan 1944/45, Göttingen 1972
Roberts, Walter R., Tito Mihailovic and the Allies. 1941–1945, New Brunswick 1973

9. Zum Kriegsschauplatz Ostasien

Boyle, John, China and Japan at war, 1937–1945. The politics of collaboration, Stanford 1972
Craig, William, Als Japans Sonne unterging. Das Ende des Krieges im Pazifik, Wien–München 1970
Kindermann, G.-K., Der Ferne Osten in der Weltpolitik des industriellen Zeitalters, München 1970
Lensen, George A., The strange neutrality. Soviet-Japanese relations during the second world war, 1941–1945, Tallahassee, Fl. 1972
Libal, M., Japans Weg in den Krieg, Düsseldorf 1971
Martin, B., Deutschland und Japan im 2. Weltkrieg, Göttingen 1969
Sommer, Th., Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940, Tübingen 1962
Toland, John, The rising sun. The decline and fall of the Japanese Empire. 1936–1945, New York 1970

10. Europäischer Widerstand

Armstrong, J. A., e. a., Soviet Partisans in World War II, Madison 1964

Bocca, G., Storia dell'Italia Partigiana, Bari 1966

Deutsch, H. C., Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969

Graml, H. u.a., Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln-Berlin 1966

Groscurth, H., Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, Stuttgart 1970

Hoffmann, P., Widerstand, Staatsstreich, Attentat, München 1970

Kleßmann, C., Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1974

Kjeldstadli, S., Hjemmestyrkene, Oslo 1959

Laschitza, H., Kämpferische Demokratie gegen den Faschismus, Berlin (Ost) 1960

Lipgens, W., Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968

Loverdo, C., di, Les maquis rouges des Balkans 1941–1945, Paris 1967

Mammach, K., Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Berlin 1974

Matthias, E. / Link, M., Mit dem Gesicht nach Deutschland, (Dokumentation), Düsseldorf 1968

Michel, H., Les mouvements clandestin en Europe 1938–45, Paris 1961

Müller, Chr., Oberst i. G. Stauffenberg, Düsseldorf 1971

Ritter, G., Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956

Roon, G. v., Neuordnung im Widerstand, München 1967

Rothfels, H., Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt 1969

Scheurig, B., Verrat hinter Stacheldraht? , München 1965

Warmbrunn, W., The Dutch under German occupation, Stanford 1963

Zeller, E., Geist der Freiheit, München 1963

11. Zur alliierten-sowjetischen Politik und Kriegführung

Blum, John Morton, Deutschland ein Ackerland? Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941–1945, Düsseldorf 1968

Clemens, D. S., Yalta, New York 1970

Compton, James V. (Hrsg.), America and the Origins of the Cold War, Boston 1972

Fischer, Alexander, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975

Gaddis, J. L., The United States and the Origins of the Cold War, 1941–1948, New York 1972

Herring, George C., Aid to Russia, 1941–1946. Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War, New York 1973

Hillgruber, A., Der 2. Weltkrieg 1939–45, in: Sowjetunion. Außenpolitik 1917–55, Köln-Wien 1972 (Osteuropa-Handbuch)

Israelian, Victor, The Anti-Hitler Coalition. Diplomatic Cooperation between the USSR, USA and Britain during the Second World War, 1941–1945, Moscow 1971

Kolko, G., The Politics of War. Allied Diplomacy and the World Crisis of 1943–1945, London 1969

Kowalski, Wlodzimierz, T., Walka dyplomatycna o miejsce Polski w Europie (1939–1945), Warszawa 1970 (erweitert)

Kuklick, Bruce, American policy and the division of Germany. The clash with Russia over reparations, Ithaca (N. Y.) 1972

Latour, Conrad F. / Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart 1973

Maass, Walter B., The Netherlands at war, 1940–1945, London 1970

McNeill, W. H., America, Britain and Russia. Their Cooperation and Conflict, 1941–1946, New York 1970

Moltmann, G., Amerikas Deutschlandpolitik im 2. Weltkrieg, Heidelberg 1958

Morison, S. E., History of United States Naval Operations in World War II, 15 vols., Boston 1947–62

Nolte, E., Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974

O'Connor, Raymond G., Diplomacy for Victory. FDR(oosevelt) and Unconditional Surrender, New York 1971

Orzechowski, Marian, Odra – Nysa Luzycka – Baltyk w polskiej mysli poltiycznej okresu drugiej wojny swiatowej, Wrocław 1969

Porte, Anton William de, De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge, Mass. 1968

Stacey C. P., Arms, men and governments. The war policies of Canada, 1939–1945, Ottawa 1970

Tyrell, A., Die britische Kriegszielpolitik im 2. Weltkrieg, Bonn 1978

Vierheller, Viktoria, Polen und die Deutschlandfrage 1939–1949, Köln 1970

Wettig, Gerhard, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967

Wheeler-Bennett, J. W., and Nicholls, A. J., The Semblance of Peace. The Political Settlement After the Second World War, London 1972

Woodward, Llewellyn, British Foreign Policy in the Second World War. 5 Bde. London (erschienen Band 1–3) 1970

12. Zum Kriegsbild

Birkenfeld, W., Thomas, G., Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft, Boppard 1966

Brown, Anthony, C., Die unsichtbare Front. Entschieden Geheimdienste den 2.Weltkrieg?, München 1976

Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Berlin 1969

Gersdorf, U. v., Frauen im Kriegsdienst 1914–45, Stuttgart 1969

Hesse, M., Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941–44, Göttingen 1969

Hoffmann, Gabriele, NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München-Pullach 1972

Janssen, G., Das Ministerium Speer, Berlin 1968

Lüdde-Neurath, Walter, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1965

Messerschmidt, M., Die Wehrmacht im NS-Staat, Hamburg 1969

Milward, A. S., Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945, München 1977

Montgomery, Bernard L., Kriegsgeschichte. Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge, Frankfurt 1972

Murawski, E., Der Deutsche Wehrmachtsbericht 1939–45, Boppard 1962

Petzina, D., Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968

Pfahlmann, H., Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft, Darmstadt 1968

Rohwer, J., Seemacht, in: Potter/Nimitz, München 1974

Steinert, M., Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf–Wien 1970

Sywottek, Jutta, Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1975

Wagenführ, R., Die deutsche Industrie im Kriege 1939–45, Berlin 1965

VI. Abkürzungsverzeichnis

I a	Erster Generalstabsoffizier (Leiter der Führungsabteilung)
I c	Dritter Generalstabsoffizier (Feindbild)
I a F	Generalstabsoffizier (Festungswesen)
A.A.(A.Amt)	Auswärtiges Amt
A-Bombe	Atombombe
Abt.	Abteilung
Adm.	Admiral
A. H. A.	Allgemeines Heeresamt
A. H. Qu.	Armeehauptquartier
A. K.	Armeekorps
all.	alliierte
allg.	allgemein
A. O. K.	Armeeoberkommando
Armeegen.	Armeegeneral
Art.	Artillerie
Ausl./Abw.	Amt Ausland / Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht
Battr., Bttr.	Batterie
BdE	Befehlshaber des Ersatzheeres
BdU	Befehlshaber der U-Boote
Befh.	Befehlshaber
Brig.	Brigade
brit.	britisch
BRT	Bruttoregistertonnen
Btl.	Bataillon
Capt.	Captain
Cdr.	Commander
Chef Ausl.	Chef der Auslandsabteilung im Amt Ausland/Abwehr des OKW
Chef Genst.	Chef des Generalstabes
(d. H.)	(des Heeres)
(d. L.)	(der Luftwaffe)
Chef H.Rüst. u. BdE	Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres
Chefs.	Chefsache (Geheimhaltungsgrad-Verschlußsache)
Div.	Division
dt.	deutsch
Exped.	Expedition
F. H.	Feldhaubitze
F. H. Qu.	Führerhauptquartier
finn.	finnisch
Flieg. Div.	Fliegerdivision
Fl. Korps	Fliegerkorps
Flugz.	Flugzeug
franz.	französisch
FüSt.	Führungsstab
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Geb.	Gebirgs
geh.	geheim
Gen.	General
Gen d. Artl.	General der Artillerie
Gen. Feldm. (GFM)	Generalfeldmarschall
Gen. Kdo.	Generalkommando
Gen. d. Fl.	General der Flieger
Gen. Lt.	Generalleutnant
Gen. Major	Generalmajor
Gen. Oberst (GO)	Generaloberst
Gen. Qu.	Generalquartiermeister
Genst. d. H.	Generalstab des Heeres
gKdos.	geheime Kommandosache (Geheimhaltungsgrad)
Gr.	Gruppe
Gr. Adm.	Großadmiral
He	Heinkel
HGr.	Heeresgruppe
HGr. Kdo.	Heeresgruppenkommando
Hptm.	Hauptmann
H. Qu.	Hauptquartier
hs(handschr.)	handschriftlich
i. A.	in Aufstellung
ID	Infanteriedivision
i. G.	im Generalstab
IMT	Internationales Militärtribunal (Nürnberg)
Inf.	Infanterie
ital.	italienisch
IR	Infanterieregiment
Kav. Div. (KD)	Kavalleriedivision
KdF	Kraft durch Freude
Kdo.	Kommando
Kdr.	Kommandeur
Kdr. Gen.	kommandierender General
Kfz.	Kraftfahrzeug
KG	Kampfgeschwader
Kg.	König
Kp.	Kompanie
Kpt.	Kapitän

KTB	Kriegstagebuch
Ktr. Adm.	Konteradmiral
Küst. Div.	Küstendivision
L	Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtführungsamt-/stab des OKW
l.	leichte
le. Div.	leichte Division
Leg. Rat	Legationsrat
LKW	Lastkraftwagen
L.L.-Div.	Luftlandedivision
Luftfl.	Luftflotte
Luftw.	Luftwaffe
LwFüSt.	Luftwaffenführungsstab im Genst. d. Luftwaffe
m.	mittlere
Mar.Inf.Div.	Marineinfanteriedivision
M-Boot	Minenboot
mech.	mechanisiert
MG	Maschinengewehr
Mil. Att.	Militärattaché
Min.	Minister
mot.	motorisiert
Mun.	Munition
Nachr.	Nachrichten
NOKW	Nazi-Oberkommando der Wehrmacht (Dokumentenserie)
norw.	norwegisch
NSFO	Nationalsozialistischer Führungsoffizier
OB	Oberbefehlshaber
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
ObdL	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
ObdM	Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
Ob. Kdo.	Oberkommando
Obstlt.	Oberstleutnant
Offz.	Offizier
OKH	Oberkommando des Heeres
OKL	Oberkommando der Luftwaffe
OKM	Oberkommando der Kriegsmarine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Op. Abt.	Operationsabteilung im Genst. d. H.
OQu.	Oberquartiermeister
I	(f. Führungsfragen im Genst. d. H.)
Org. Abt.	Organisationsabteilung im Genst. d. H.
Pi.	Pionier
poln.	polnisch
Prem. Min.	Premier-Minister
PS	Nürnberger Dokumentenserie
Pz. Div.	Panzerdivision
Pz. Gr.	Panzergrenadier
Pz. Gr.	Panzergruppe
Pz. Kpfw.	Panzerkampfwagen
Qu.	Quartiermeister
RAM	Reichsaußenminister
RAF	Royal Air Force (kgl. brit. Luftwaffe)
RdL	Reichsminister der Luftfahrt
Res.	Reserve
Rgt.	Regiment
RM	Reichsminister
RN	Royal Navy
ROA	Russische Befreiungsarmee
s.	schwere
S-Boot	Schnellboot
SD	Sicherheitsdienst
Sich. Rgt.	Sicherungsregiment
SKl	Seekriegsleitung (OKM)
sog.	sogenannt
sowj.	sowjetisch
span.	spanisch
SS	Schutzstaffel
SS	Höchste Dringlichkeitsstufe in der Wehrwirtschaft
SU	Sowjetunion
T-Boot	Torpedoboot
Tr.	Truppe
Transp.	Transport
Uffz.	Unteroffizier
US	United States
USAAF	United States Army Air Force
USN	United States Navy
verst.	verstärkt
VGD	Volksgrenadierdivision
vgl.	vergleiche
VO	Verbindungsoffizier
V-Waffen	Vergeltungswaffen (Raketen)
Wehrm.	Wehrmacht
WFA	Wehrmachtführungsamt im OKW

WFSt	Wehrmachtführungsstab (ab: 8. 8. 1940) im OKW
WiRüAmt	Wehrwirtschaft und Rüstungsamt im OKW
WNV	Wehrmachtnachrichten-verbindung
WPr.	Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW
z. b. V.	zur besonderen Verwendung

Englische Abkürzungen

Amph	Amphibious
CC	Combined Commanders
CCS	Combined Chiefs of Staff
COSSAC	Chief of Staff to the Supreme Allied Commander (Designate)
G–1	Personell section of divisional or higher staff
G–2	Intelligence section
G–3	Operation section
JB	Joint Board
JCS	Joint Chief of Staff
LCA	Landing Craft, Assault
LCG	Landing Craft, Gun
LCI	Landing Craft, Infantry
LCM	Landing Craft, Mechanized
LCT	Landing Craft, Tank
LCT (R)	Landing Craft, Tank (Rocket).
LCVP	Landing Craft, Vehicle and Personnel
LSH	Landing Ship, Headquarters
LST	Landing Ship, Tank
S–1	Personnel section of regimental or lower staff
SAC	Supreme Allied Commander
SAS	Special Air Service
SCAEF	Supreme Commander, Allied Expeditionary Force
SF	Special Force
SFHQ	Special Force Headquarters
SGS	Secretary General Staff
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
SIS	Special Intelligence Service
Sitrep	Situation report
USA	United States Army
USAFBI	United States Army Forces in the British Isles
USN	United States Navy
USSAFE	United States Strategic Air Forces in Europe
USSTAF	United States Strategic Air Forces

VII. Sach- und Personenregister

AAA-Bewegung, (Drei A-Bewegung), 278, 617
Aalandinseln, 44
Abbessinien, 81, 140, 539
ABC-1-Plan, 169, 538
Abkommen,
– deutsch-italienisches-japanisches vom 11. 12. 1941, 278, 284, 543
– deutsch-britisches, 52
– UdSSR – USA, 171
– Persien–Gr. Br.–Sowjetunion, 542
– Großbritannien – UdSSR, 558
Abrüstung, (Konferenzen, Pläne), 57, 317, 449, 480
"Achse", (Kriegführung der), 27, 54, 77, 79, 83, 91, 96 f, 98, 105 f, 124, 134, 153, 160, 202 f, 219, 221, 222, 272, 387, 404, 489
"Adlertag", 51, 530
Afghanistan, 96, 460, 464
Afrika, (Krieg in), 20 f, 66, 72, 80, 99 f, 112, 123, 137, 144, 152, 208, 216 f, 243, 287, 461, 546, 582, 619
Aggression, deutsche, 42, 342, 403
Ägypten, 73, 85, 91, 103, 112, 114, 140, 173, 212, 460, 463
Alaska, 140, 384
Albanien, 24, 75, 89 ff, 243, 309, 448, 545, 576
Aleuten, 137, 192
Algerien, (s. auch Afrika), 54, 72, 619
Antibolschewismus, 47, 103, 108, 115, 253, 267, 584
"Anti-Hitler-Koalition", 17 f, 287, 309, 353, 392, 481
Antikomintern(-pakt), 127 f, 543
Antisemitismus (s. auch: Rassenpolitik), 271, 276
"Anton" (Unternehmen), 559
"Anvil" (Operation), 287, 589
Anzio (Landung bei), 582, 588
Arabische Staaten, 81, 97, 113, 129 f, 464, 470, 619
Arbeitseinsatz, 261, 268, 557, 573
Ardennenoffensive (1944), 392
"Arsenal der Demokratie" (USA), 142, 525
Asien, 21, 142, 152, 281
Atlantik-Charta (1941), 17, 20, 142, 157, 172, 218, 322, 328, 404, 447, 453, 465, 474, 480, 542, 608
"Atlantikwall", 581
Atomzeitalter, 431, 490, 507, 557, 559, 599, 604
Aufrüstung, deutsche, 57
Aufstand,
– in Warschau, 584
– in der Slowakei, 585
– der E.L.A.S., 586
– der tschech. Nationalisten, 598
Auschwitz (KZ), 558
Außenhandelsausschuß (der dt. Industrie), 248
Ausrottungspolitik (s. Rassenpolitik)
Australien, 22, 95, 137, 142, 152, 163, 170, 175, 197, 280, 384, 480
Auswärtiges Amt (Berlin), 36, 51, 98, 108, 121
Autarkie, 25
Avalanche, 581
Azoren, 85, 144
Balkanstaaten, 24, 69 f, 79 f, 85, 91, 95, 231, 338 f, 378, 392, 396, 427, 585
– feldzug (deutscher), 524, 535, 539, 545
Baltische Staaten, 27, 40, 43 f, 65, 103, 119 f, 122, 156, 162, 522f
Banat, 261
"Barbarossa" (Unternehmen 1940/41), 80, 94 f, 98, 108, 112, 154, 549 f
"Battle of Britain", 531
Bayern, 400
Beistandspakte (Bündnis-),
– UdSSR – Litauen, 513
– UdSSR – Großbritannien, 170
– brit.-franz.-türk., 513
– Japan – Thailand, 188
– UdSSR – Deutschland, 311
– UdSSR – USA, 182
– UdSSR – China, 434 f
– UdSSR – Frankreich, 586
Belgien, 17, 25, 28, 50, 55, 57, 65, 118, 152, 154, 219, 239, 241, 260, 309, 319, 424, 426 ff, 455, 480, 597
Berlin, 337, 346, 382
Besatzungspolitik (d. Alliierten), 420 ff, 434
– in Deutschland, 316 f, 323, 334 ff, 343, 345, 393, 399 ff, 413, 423

Besatzungspolitik (dt.) in:
– Nordeuropa, 525 f
– Osteuropa, 31 ff, 35 ff, 107, 118 ff, 266, 273, 404, 407
– Westeuropa, 232 ff
Besatzungszonen (Deutschland) 393, 399, 609
Bessarabien, 87, 103, 117, 120, 522
"Blitzkrieg" (dt.), 23, 51, 72, 77 f, 103 f, 489
Böhmen, 57, 234, 237
"Bolero" (Unternehmen), 588
Bolschewismus, 15, 40, 108, 114, 118, 127, 190, 218, 230, 265, 267, 271, 316, 463
– Kreuzzug" gegen den B., 103, 114, 116, 127
Bomber-Offensive (d. Alliierten) 166, 203, 287, 301, 354, 378, 574
Boykottbewegung (in den USA), 61 f
Brasilien, 144, 163
Britisch-Borneo, 175
Britisch-Honduras, 163
Britisch-Malaga, 175
Britisch-Somaliland, 76
Bromberger Blutsonntag (1939), 513
Brussilow-Offensive, 224
Bukowina, 117
Bulgarien, 24, 70, 80, 83, 85, 87 ff, 90 ff, 103, 112 f, 118, 325, 354, 394, 397, 411, 416 f, 426, 428, 524, 539, 543
Bund,
– poln. Patrioten, 543
– deutscher Offiziere, 575
Bürgerbräu Attentat (auf Hitler), 583
Burma (Krieg in...), 12, 137, 142, 175 f, 191, 220, 278, 303, 306, 374, 385, 388, 430, 432, 461, 475 f, 575, 615, 618
"Burza", 576

Casablanca, Konferenz v., 609
Ceylon, 615
Chapultepec (Akt v.), 428
Charta der Vereinten Nationen, 20, 482 ff
China (Krieg in...), 17, 19, 25, 88, 137, 142, 154, 158 f., 163 f, 173, 175 f, 180, 185, 192, 218, 281, 282, 303, 306, 312 ff, 323, 327 f, 385, 388, 390, 394, 403, 415, 430, 432, 434, 437, 460, 462, 468, 475, 543, 574, 618
Comitee on Postwar Foreign Politics, 480
Commonwealth, 22, 140, 158, 170, 214, 334, 354, 373 f, 406 f, 424, 426, 429, 465, 481, 616
Conseil National de la Résistance, 574
Cordon sanitaire, 15, 316, 415
CSR (s. Tschechoslowakai)
Curzon Linie, 162, 311, 325, 330, 393, 403, 581, 608, 611
Dalmatien, 575
Dänemark, 17, 50, 59 f, 65, 118, 127, 154, 219, 309, 322, 424, 426 ff, 453, 526, 543, 575, 582
Danzig, 22, 24, 28, 75, 320, 344, 422, 574
Dardanellen, 72
Demokratien, 42, 47, 54, 61, 393
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 19
Deutschland, 12, 14 f, 17, 20, 23, 27 ff, 42 42 f, 60 ff, 63 f, 75, 79, 82 f, 86 f,
– 112, 127, 132, 134, 137, 147, 158 f, 165, 169, 173, 179, 188, 196, 218, 219, 270, 280, 283, 284, 318, 321, 326, 328, 343, 351, 374, 377, 380 f, 384, 396, 405, 425, 437, 448, 463, 508, 524, 556
– Nachkriegsschicksal (s. Besatzungspolitik d. Alliierten) 316 f, 345
Direktive JCS 1067, 409, 613
Division, blaue (spanische), 576
Dreimächtepakt (1940), 77, 80, 82, 89, 94, 111, 132, 134, 175, 185, 190, 463, 524, 539 f, 560
Dritte Welt, 9, 11
Dumbarton Oaks (Konferenz v. ...) 403, 425
Dünkirchen, 10, 50, 76, 106
"Dynamo" (Operation), 529

E.A.C., Europäische Beratende Kommission, 309, 334, 345, 350, 393, 576, 610 ff
"East-Asia Co-Prosperity Sphere" (s. Großasiatische Wohlstandssphäre)
Eben-Emael (belgisches Fort), 529
Einheit Deutschlands (s. auch: Teilung Deutschlands), 345
Eiserne Garde (Rumänien), 538
El Alamein, 10, 203, 211
E.L.A.S. (Griechenland), 597
El Salvador, 163
Elsaß-Lothringen, 119, 245, 320, 343, 448
Emigration, 234, 330
Endlösung der europäishcen Judenfrage (s. auch: Rassenpolitik der NS), 262, 541
England – Kampf Deutschlands gegen, 52, 85 f, 113, 123, 124
Entkolonialisierung, 18, 20

Entmilitarisierung (Deutschlands) (s. auch: Besatzungspolitik der Alliierten), 318, 320, 335, 349, 394, 420
Eritrea, 140
Estland, 522 f, 595
Eupen-Malmedy, 521
Europa
- Ordnung (s. auch: Neuordnung Europas), 87, 121, 125, 152, 233, 309, 326, 334, 393, 403, 425, 456 f, 536, 548, 609
- Europa-Rat, 428
- Festung Europa, 10, 17, 203, 224, 287, 353, 510, 586
- Friedensordnung in Europa, 402 ff
Euthanasieprogramm (NS), 231, 521
Falange, 117
Fall (Operation) (s. auch: "Barbarossa" usw.),
- "Margarete", 582
- "Achse", 353
- "Barbarossa", 541, 549
- "Weserübung", 525
- "Laconia" (Zwischenfall), 566
- "Gelb", 58, 521, 527 f
- "Weiß", 516
Faschismus, 17, 218, 298, 338, 376, 403
"Felix" (Unternehmen), 54, 84, 92 f, 113
"Festung Europa" (s. Europa)
"Festung Holland", 529
Fidschi-Inseln, 310
Finnland, 16, 27, 40, 44, 48 f, 65 f, 80, 86, 92, 109, 111, 127, 161, 163, 231, 353, 384, 394, 416 f, 427, 543, 584
Fischerinseln, 323
Flottenpolitik (des 3. Reiches), 52, 75
Foreign Office, 309
Formosa, 310, 323, 432
Frankreich, 12, 17, 19, 22, 24 f, 28 ff, 31, 40 ff, 50, 55, 57, 60 f, 70, 73 ff, 76 f, 83, 86 f, 91, 123 f, 130 f, 140, 158, 162, 166, 217, 219, 231, 252, 253, 254, 260, 309, 319, 326, 394, 403, 424, 426 ff, 448, 453, 455, 470, 582
Französisch-Indochina, 176, 185
- Afrika, 54, 470
- Aequatorialafrika, 66
Freiheit der Meere (Prinzip), 149
Freiheiten (Vier) – Freiheitsrechte, 322, 480, 538
Freimaurer, 234
Freundschaftsvertrag (s. Abkommen, Beistand usw.)
- Japan – Thailand, 522
- Sowjet. – jugosl., 80, 539, 550, 598
- Ungarn – Jugoslawien, 524
- bulgarisch – türkisch, 539
- deutsch – türkisch, 102, 540
- japanisch – chinesischer, 576
- deutsch - sowjetischer, 31, 41
Friedenskonferenz (-verhandlungen), 56, 66 163, 310, 330, 385, 415, 421, 428, 513, 523, 540, 576
- –bemühungen, 242
- –ordnung, 74, 325, 421, 428,
- –vertrag mit Deutschland, 312, 394
- in Europa u. der Welt, 60, 414, 454
- Sidney, 56, 481
"Fritz" (Operation), 549
Front, Zweite, 12, 141, 158, 286, 305, 309, 557
"Führerweisungen": 554, 584
Nr.: 16 530 Nr.: 32 (Entwurf) 550
Nr.: 18 531 Nr.: 35 553
Nr.: 19 531 Nr.: 39 554
Nr.: 20 545 Nr.: 41 568
Nr.: 21 549 Nr.: 45 568
Nr.: 22 546 Nr.: 51 581
Nr.: 25 545
Fullbright-Connally-Resolution, 481

Geheimverhandlungen,
- deutsch-sowjetische, 103, 286
- Ungarn – GBr., 575
- (Abkommen) (brit.-franz.), 524
"Gelb" (s. Fall ...)
Generalgouvernement (Polen), 23, 34 ff, 37 ff, 234, 245, 255, 260, 265, 274, 513, 549
Generalplan Ost, 254, 558
Germanisierung, 35 f, 70, 231, 237, 246, 258, 440
"Germany-first-Strategie" (d. Alliierten), 17, 196, 384, 538
Gestapo, 166
Gewerkschaften, 583
Ghetto – Warschauer, 437, 524. 558, 573
Gibraltar (s. auch "Felix"), 53 f, 72, 83, 89, 91, 112, 114, 123,
Glatzer-Neiße-Oder, 310
Gleichgewicht(spolitik), 20, 24, 70, 158, 426
Grenzen (Grenzfragen) 319, 325, 337, 346, 393, 448, 609
- Sowjetisch-polnische, 330
- Deutschlands, 335, 343
- deutsch-polnische, 424, 613
- Grenzregelungen, 343
- München–G., 344
- territoriale, 429
- geographische, 454
- Vertrag, deutsch-kroatischer, 540

Griechenland, 17, 72 ff, 75, 77 f, 83, 86 f, 91 f, 154, 162 f, 219, 309, 322, 397, 447 f, 486, 535, 545
Grönland, 142
Großbritannien, 12, 15 ff, 18 ff, 22 ff, 28 ff, 31, 40 ff, 50 f, 53 ff, 60 f, 63, 70, 72, 77, 79, 83, 87, 91, 94, 97, 103 f, 106, 108 ff, 125 ff, 130, 132, 134, 140, 143, 147, 150, 154, 160 f, 163, 166, 180, 183, 195 f, 203, 217, 310, 317, 328, 333, 337 f, 381, 384, 387, 389, 394, 397, 403, 426, 428 f, 462, 476 480, 489, 508, 540
Großostasiatische Wohlstandssphäre, 14 f, 159, 192, 284, 348 f, 351, 389 f, 461
Großraumwirtschaft, 65 f, 250
Guadalcanal, 203
Guerilla Krieg, 615
"Gymnast" (Operation"), 565

Haiti, 163
"Haltbefehl" (vor Dünkirchen), 554
Holland (s. Niederlande),
"Husky" (Operation), 574, 586
Imperialismus, 9, 15, 42, 47, 164, 322, 461
Indien, 12, 17, 22, 24, 80, 96, 137, 140, 154, 163, 175, 280, 306, 391, 460, 462 ff, 557, 615
Indochina, 524, 610
Indonesien, 461, 465, 475 f, 617
Industrie (s. auch: Wirtschaftskrieg), 316, 372
Invasion (1944, s. auch: "Overlord"), 196, 353, 379, 582, 588
Irak, 81, 97 ff, 129 ff, 136, 460, 540
Iran, 112, 118, 129, 131 f, 136, 141, 158, 460, 542
Irland, 24, 150
Islam, 460
Island, 142, 541, 582
Italien, 12, 14 f, 17, 20, 22, 24 f, 31, 40, 47, 51, 53, 55, 60, 62 f, 70, 74 f, 79 ff, 82 f, 86 f, 91 ff, 96, 104, 106, 109, 111, 123, 127, 129, 134, 158, 169, 179, 188, 201, 218, 219, 231, 279, 280, 284, 302, 322, 326, 371, 373, 396, 437, 453, 463, 524, 556, 581,
- (s.) Besetzung, 287
- (s.) Parallelkrieg, 72, 532
- Neue sozialistische Republik, 353
- It.-Ostafrika, 219

Jalta, (Konferenz v.), 393, 404, 416, 613
- Erklärung von, 426
- Geheimabkommen v., 433
Japan, 12, 14 f, 17 ff, 20, 24, 45, 70, 79, 82 f, 86 f, 94 f, 104, 107, 111, 127, 132, 134, 136 f, 142 f, 149, 158 f, 164 f, 169, 173, 179, 183, 186, 188, 191 f, 219, 231, 277, 284 f, 285, 327, 374, 377, 380, 387, 396, 431 f. 460 476, 508, 524, 556, 599,
- Japaner, 277, 384
- Kriegsziele, 159, 284
- Neuordnung, 175, 278, 432
- Wehrmacht, 283
- Operationsplan, 177, 389
- Kronrat, 179
- Niederwerfung, 303, 387
Judentum (-Verfolgung), 33, 36, 47, 124 f, 234
- internationales, 212, 409
- Juden, 13, 129 ff, 268, 269
- -frage, 247, 267, 541, 556
- -stern, 542
- ungarisches, 582
Jugoslawien, 24, 66, 73, 75, 83, 85, 89 ff, 95, 111, 163, 217, 219, 309, 322, 347, 397, 411, 425, 428, 448, 457, 486, 539, 559

Kairo, (Erklärung von), 432, 434
Kaiserreich (Dt.), 15
Kambodscha, 616
Kamikaze, 430, 607
Kanada, 22, 68, 163, 480
"Kapelle, Rote", 499
Kapitalismus, 45 f, 130
Kapitulation,
- bedingungslose, 17, 371, 387, 399 f, 405, 411, 572, 583, 598 f,
- (Deutschlands + Japans + Italiens) 286, 300, 328 f, 337
- -angebot, 604
- -bedingungen, 345
- -surkunde, jap., 435
- der dt. Wehrmacht, 412, 601
Kapp-Putsch, 316
"Katharina", 525
Katyn (Morde von), 310, 314, 324, 573 f, 610
Kanarische Inseln, 53, 83
Kaukasus, 104, 118, 128 f, 131 f, 136, 201
Kenya, 619
Kirche, 121
- orthodoxe, 286, 575
- bekennende, 443
- katholische, 33
Koalitionskriegführung der "Achse", 135 ff, 176, 188 f, 283
Koalitionskriegführung (d. Alliierten), 137, 146 ff, 176, 188, 284

Kollaborateure, 461
Kollektive Sicherheit, 18, 460, 482
Kolonien (-Frage), 54, 63, 66, 80, 109, 119, 326, 394, 448, 460 f
"Kolonne, Fünfte", 144
Komintern, 339
Komitee,
- "Lubliner", 311, 344, 393, 584, 597
- National-K. Freies Deutschland, 314 f
- polnisches K. der nationalen Befreiung, 458 f
- Smolensker K., 559
Kommandobefehl, 559
Kommissarbefehl, 540, 559
Kommissare, politische, 110
Kommunismus (Internationaler), 16 f, 19 f, 40, 46, 117, 127, 129 f, 141, 154, 226, 286, 305, 322, 393, 417, 431, 442, 466 ff, 583
Konferenz(en),
- Algier, 573
- Casablanca, 572
- Dumbarton Oaks, 474, 481, 585
- Pariser, 482
- Moskau, 329, 331, 346, 347, 350, 350 f, 576
- Jalta, 342, 392, 399, 403, 406, 408, 416, 421, 429, 474, 481, 597
- Panamerikanische, 513, 620
- Hotsprings, 574
- Bretton Woods, 582
- "Arcadia" 565
- San Franzisko, 428, 482, 598
- Potsdam, 599
Konferenz von Washington (Trident) 196, 287, 300, 543
- Teheran, 311, 323, 325, 348, 430, 576, 589
- zweite v. Washington, 558, 574, 604, 609 f,
- Casablanca (Jan. 1943), 286, 299, 304
- Brazzaville, 469, 619
- Quebec, 287, 349, 575, 585, 589
- "Quadrant" 306 f
- Kairo, 322 f, 576
- Wannsee, 556
Konföderation, 324, 344
Konfuzianismus, 460
Kongo (Belgisch), 66
Kongo, 619
Königsberg, 311, 421
Kontrollrat (d. Alliierten), 393, 415 f, 420
Konzentrationslager (KZ), 37 ff, 231, 269, 270, 582, 597, 598
Korea, 310, 312, 323, 431 f, 618
Korsika, 72
KPdSU, 553
Kreisauer Kreis, 583 f
Kreta, 81, 111, 322, 535
Kriegsbild, 488 ff usw.
Kriegsschuldfrage, 14
Kriegsverbrecher, 313, 350, 420, 434, 610, 613
Kriegswirtschaft, (dt.), 208, 489, 575
Kriegsziele (Kriegführung)
- Deutschlands, 14 ff, 22 ff, 32 ff, 47, 50 ff, 79 ff, 94, 103 ff, 212 f, 218 ff, 222 ff, 230 ff usw.
- Italiens, 14 ff, 47, 72 ff, 79 ff, 374 ff
- Japans, 14 ff, 82 f, 94, 175 ff, 187 ff, 192 ff, 277 ff, 389 ff, 432 f
- Finnland, 16
- Rumänien, 16, 116
- Ungarn, 16
- Slowakei, 16
- Spaniens, 117
- Großbritannien, 17 f, 140 ff, 157, 161 ff, 170, 195 f, 214, 286 ff, 309, 392 ff, 608 ff
- Frankreich, 17 f, 140 ff, 157
- Sowjetunion, 17 ff, 40 ff, 85 ff, 140 ff, 161 ff, 169 ff, 286 ff usw., 309 ff, 379, 392 ff usw., 608 ff usw.
- USA, 17 ff, 140 ff, 162 f, 171 ff, 195 ff, 286 ff usw., 309 ff, 392 ff usw., 431 f, 608 ff usw.
- China, 17, 310
- Polen, 331 f
Krim, 87, 107, 119 f
Kroatien, 81, 93, 448, 539 f, 543, 575
Kuba, 163
Kuomintang (China), 17, 466 ff, 472 ff, 475, 618
Kurilen, 433

Laos, 617
Lebensraum (Kampf um...; s. auch: Neuordnung Europas usw.), 28, 46 f, 57, 63, 79, 107, 165, 220, 222, 230, 233, 262, 391
Legion Condor, 98
Leih- und Pachtsystem ("Lend-Lease"), 12, 141, 153, 489, 511, 538 f, 618
Leninismus, 12, 19 f
Libanon, 99, 619
Liberia, 557, 619
Libyen, 76, 80 f, 91, 100, 103, 112, 114, 137, 219, 535
Lidice (Vernichtung v.), 558

"Lightfoot" (Operation), 211, 564
Litauen (s. auch: Baltische Staaten), 115 f, 156, 219, 320, 448, 523
Luftkrieg,
– britischer-amerikanischer, 10, 50 f, 79, 202
– allgemein, 143, 203, 374, 488, 490, 500, 520, 527, 530, 536, 548, 556, 577, 592, 596, 606
Luxemburg, 28 f, 50, 55, 65, 163, 320, 322, 486

Mackinac-Charta, 480
Madeira, 85
Maginot-Linie, 25
Mähren, 234, 237, 57
Malaya, 142, 475, 616
Malmedy, 521
Malta, 72, 81, 136, 201
Mandschurei, 127, 158, 175, 177, 180, 191 f, 310, 323, 431 f
"Marita"-Operation, 92 f
Marokko, 54, 91, 203, 619
Marxismus, 12, 19 f
Memelland, 24, 320
Mers-el-Kebir, 523
Midway (Schlacht um...), 10, 203, 488, 558
Militärpakt (Deutschland-Italien), 72
Militarismus, 319, 323, 327, 393
Ministerium für Großostasien, 278, 559
Mittelmeer (-zone usw.), 53, 72, 81, 90, 113, 124, 129, 136, 173, 302, 305, 317, 397
Mobilmachung, (totale), 572
Monarchie (italienische), 377
Mongolei (äußere), 45, 431, 433
Monroe-Doktrin, 80
Monte Cassino, 353, 588
Moresnet, 521
Morgenthau-Plan, 335, 349, 585, 612
Münchener Abkommen, 45

Nacht und Nebel (Erlaß), 543
Nationalkomitee der Freien Franzosen, 522, 574, 612
Nationalsozialismus, 15, 42, 47, 77, 124, 130, 141, 155, 218, 233, 358, 309, 327, 339, 393, 403, 410, 437, 499
– Führungsoffiziere, 576
"Nero"-Befehl (1945), 597
Nettuno, 582, 588
Neuordnung Europas (bzw. Asiens), 14, 22, 79, 149, 230, 258
– Asiens, 14, 22, 179, 230, 259, 272 ff
Neuseeland, 22, 163, 170, 197, 480
Neutralität, 24 f, 28, 42, 50, 55, 56 f, 158, 176, 179, 225
– -sgesetz der USA, 514, 542
Nicaragua, 162
Nichtangriffsabkommen (sowjetisch-japanisch), 539
Nichtangriffsabkommen (Dschld.-UdSSR), 22, 25 ff, 28, 41
Niederlande, 17, 25, 28, 50, 57 f, 65, 118, 152, 154, 163, 219, 247, 259 f, 309, 319 f, 322, 347, 424, 426 ff, 453, 455, 460, 465, 480
Niederländisch Indien, 142, 158, 175, 197
Nigeria, 17, 619
Nordafrika (s. auch: Afrika), 129, 140, 173, 199, 221, 304, 535, 563, 619
Nordbukowina, 103, 163, 522
Nordirland, 163, 557
Norwegen, 15, 50, 59 f, 109, 118, 138, 152, 162 f, 219, 243 f, 260, 265, 309, 322, 424, 426 ff, 453, 480, 524
Notstand, unbegrenzten nationaler (USA) 142, 153
Nürnberger Gesetze, 44

Oberschlesien, 319 f, 344, 574
Oder-Neiße-Linie, 328, 346, 348, 385, 422, 423, 424, 581, 611, 613
OKH, 53 f, 104 f, 489, 530
OKL, 489
OKM, 29, 53, 489, 530
OKW, 28, 60, 96, 103, 122, 489, 526, 531
Okinawa, 430
Operationen,
– "Lustre", 545
– "Pedestal", 566
– "Alcrity", 576
– "Wunderland", 566
– "Dynamo", 588
– "Husky", 288, 302
– "Pointblank", 589
– "Dragoon", 590, 595
– "Cobra", 590
– Nr. 25, 545
– Nordafrika, 558
Opposition, deutsche, 286, 309, 443, 583
Oradour, 582
"Overlord" (Unternehmen, s. auch: Invasion), 20
Österreich, 161, 309, 320 f, 324, 333 f, 343, 348, 351, 399, 411, 419, 464, 610
Ostwall, 103
Ost-West Konflikt, 18, 20
"Otto" (Operation), 93, 549

Pakistan-Resolution, 615
Palästina, 114, 129 f
Panama, 163
Pan-Asiatentum, 175
Pantja-Sila, 617
Partisanen (Kampf), 10, 110, 261, 325, 330, 353 f, 541, 553, 557, 572, 580, 587, 598, 600, 616
Pearl Harbor, 10, 142, 175, 195, 543, 560
Persien, 140
Philippinen, 142, 175, 278, 385, 390, 432, 475, 617
Polen, 17, 23 ff, 28, 30 f, 33, 42, 45 ff, 55, 57, 93, 163, 219, 234, 269, 286, 309 ff, 316, 319 f, 322, 325 f, 329, 354, 376, 393, 403, 406, 421 ff, 427, 439, 448, 453, 455, 480, 574, 610 f,
– Teilung (poln. Frage), 22 f, 310, 324, 330 f, 344, 347, 393, 408, 411, 414,
– Aufstand in, 457
– Union poln. Patrioten, 425, 573, 574, 610
– Exilregierung, 324, 609, 613
– Grenzfrage, 393, 385, 403, 421
Port Arthur, 430, 433, 499
Portugal, 70, 79, 83 f, 158, 231
Potsdam, Konferenz (Erklärung) v., 385, 394, 419, 430, 434, 613
Präventivkrieg, 103
Preußen, 161, 309, 323 f, 329, 348, 399 f
Propaganda, 27, 33, 36, 223, 266, 336, 490, 498, 520
– Erziehung, 336
Protektorat (Böhmen und Mähren), 234, 260, 265
Punischer Krieg (3.), 76

Quebec, 396, 610

Rassen (Politik) (NS-), 23, 107, 155, 166, 231, 263, 410, 542
Reparationen, 335, 350, 394, 399, 404, 405 ff, 407, 409, 411, 613
Rhein-/Ruhrgebiet, 55, 57, 319, 329, 334, 399
Rote Armee, 23, 40 f, 43, 46, 104, 156, 169, 286, 311, 354, 379, 559
Rotes Kreuz, 314, 324
"Round-up" (Operation), 197, 588
Rumänien, 23 f, 66, 69 f, 74, 79 ff, 82, 87, 90 ff, 104, 111, 115 f, 119, 162, 201, 324, 347, 354, 381, 394, 397, 411, 416, 417, 426 f, 524, 538, 543
Rüstung (s. auch: Kriegswirtschaft, Industrie), 13, 25, 51, 61 f, 64, 113, 159, 489, 508, 510

Saargebiet, 410
Sagan (Gefangenenlager), 582
Schiedsspruch, zweiter Wiener, 74, 79, 523
"Schießbefehl" (des US-Präsidenten), 542, 548
Schlesien, 347
Schweiz, 25, 28, 73
Schweden, 40 f, 59, 65, 70, 86
"Seelöwe", 53, 67, 79, 85, 93
Selbstbestimmungsrecht der Völker, 460
Sezessionskrieg (amerik.), 490
Shanghai, 574
Siam, 176
"Sichelschnittplan", 58
Sicherheitssysteme (regional), 309, 321, 332, 342, 428, 480 f, 484, 486 f.
Siebenbürgen, 523
Singapur, 136
Sippenhaftung, 584
"Sitzkrieg", 40
Sizilien (s. auch: "Husky"), 287, 353
Skandinavien, 25, 50, 59, 411
"Sledge Hammer" (Operation), 588
Slowakei, 16, 80, 83, 269, 448, 524, 543
Solf-Kreis, 584
Somaliland (franz.), 560
"Sonnenblume" (Unternehmen), 546
Sowjetunion, 12 ff, 15 ff, 19 f, 23, 25 ff, 28, 40 f, 46 f, 50, 61, 69 f, 79 f, 80, 83, 85 f, 89, 92, 104, 108, 112, 117, 124, 127 f, 130, 142 f, 154, 158 f, 161, 163 f, 176, 181, 189, 201, 203, 261, 280, 310 ff, 314, 317 f, 322, 325 f, 328, 333 f, 338, 374, 381, 384, 393, 397 f, 403, 413, 422, 425, 431, 489, 508, 599

Spanien, 24, 54, 70, 79, 83, 87, 89 f, 109, 112, 115, 117, 123 f, 127, 158, 222, 231, 522
SS, 34, 36 ff, 51, 234, 247, 271
"Stahlpakt" (1939), 14
Stalingrad, 10, 107, 201 f, 213, 215, 216, 266, 272, 379, 450, 568, 573
Straßenexekutionen (in Warschau), 273
Südafrika, 22, 24, 163, 480
Südamerika, 66, 137
Sudan, 72
Sudetenland, 162, 234

Südostausschuß d. dt. Ind., 249
Süd(west)pazifik, 282, 283, 311
Südsachalin, 430, 433
Südtirol, 448
Suez(-Kanal), 72, 98
"Supergymnast" (Operation), 564
Syrien, 98 ff, 103, 129 f, 619
"Taifun", 553
Tauroggen, 311
Teheran (Konf. v.), 322, 328 f, 385, 399 f, 416, 611
Teilung (Deutschlands) (s. Kriegsziele: Alliierte...), 9, 20, 342, 610 f
Thailand, 179, 182, 390, 432, 460 f, 616
"Theseus", 564
Todt (Organisation), 68
"Torch" (Unternehmen), 558 f, 564 f
Totalitarismus, 230
Transjordanien, 130
Tschechoslowakei, 17, 45 f, 162 f, 219, 234, 309, 316, 320, 322, 344, 347, 413, 421, 425, 448, 453, 480, 583, 611
Tunesien, 10, 72, 217, 305, 619
Türkei, 44 f, 72, 75, 81, 85, 88 ff, 92, 103 f, 112 ff, 118, 123, 130, 190, 199, 231, 302, 304, 378, 380, 394, 411, 572

U-Boot (-Krieg), 52, 70, 90, 106, 124, 128, 134, 136, 141, 192, 202, 216, 218, 222, 228, 272, 283, 287, 301, 464, 574
UdSSR (s. Sowjetunion)
Ukraine, 43, 104, 109, 119, 122, 158, 266, 267, 325, 372, 481
"Ulbricht" (Gruppe), 393, 613
Umsiedlungsmaßnahmen, 34, 263, 319, 329, 334, 347 f, 385
Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen, 460 ff usw.
Ungarn, 16, 24, 70, 79 ff, 82 f, 90, 120, 127, 162, 269, 324, 347, 354, 374, 381, 397, 411, 416 f, 421, 426, 447 f, 524, 610
UNO, 598 f
UNRRA, 576
Unternehmen
- "Overlord", 287, 374, 377 f, 575 f, 588 f
- "Seelöwe", 488, 524, 530
- "Barbarossa", 532, 539
- "Merkur", 540
- "Herkules", 558, 564
- "Felix", 531
- "Donnerschlag", 570
- "Weiß", 572
- "Zitadelle", 203, 226, 228, 353, 574, 580
- "Juno", 527
Untersteiermark und Oberkrain, 265
USA, 12, 14, 16, 19 f, 22, 61 ff, 64, 69 f, 79, 86, 92, 94 f, 106, 109, 114, 125, 128, 137, 140 ff, 143, 146 f, 149 ff, 153, 155, 161, 163, 180, 183 ff, 186, 195, 203, 218, 231, 317 f, 328, 333 ff, 337, 339, 342, 346, 374, 381, 389, 394, 397, 403, 406, 426, 429, 431, 489, 508
- US Kongress, 141 f, 195
- Generalstab, 158
- Rüstung, 164
- Heeresstärken, 623
- Aufmarsch, 624

V-1 Beschuß, 582
Venlo-Zwischenfall (1939), 514
Verbrannte Erde, Politik der ..., 135, 506
Verdun, 213
Vereinte Nationen (UN), 20, 142, 163, 165 f, 170, 281, 313 f, 320 ff, 325, 327, 332, 403 f, 455, 474, 479 ff, usw. 482, 486, 556, 585
Vergeltungsmaßnahmen, 124, 495
Versailles, 115, 152, 230, 422
Verwaltung der besetzten Gebiete (Frankreich, Luxbg., Holland), 64
Vichy-Regierung, 53, 79, 91, 149, 158, 190
"Victory-Programm", 588
Vietnam, 475
Völkerbund, 40, 57, 73, 75, 422, 449, 456, 460, 480, 514
Volkssturm, 392
Volkstumskampf, 33

"Wacht am Rhein", 591
"Walküre", 584
Warschau (Zerstörung v.), 505, 585
Weimarer Republik, 46
Weißrußland, 43, 482
Weisungen (f. d. dt. Kriegführung):
16 : 66, 530
17 : 71
18 : 83
21 : 108, 525
24 : 94, 539
25 : 95, 539
30 : 97
32 : 112, 567
33 : 553
45 : 207

Weltkrieg, Erster, 9, 11, 25
Weltsicherheitsorganisation (s. auch: UN), 414, 424
"Weserübung", 50, 59 f, 521
Westwall, 23, 29, 55, 57
Widerstand (europäischer), 13, 17, 37, 353, 437 ff usw.
Wiedervereinigung Deutschlands (s. auch: Teilung Ds.), 324
"Wintergewitter", 570
Winterkrieg (sowj.-finn.), 514, 520
Wirtschaftskrieg, 10, 13, 51, 61, 63, 141, 252, 319, 336, 372, 385, 449, 572
Zerstückelung Deutschlands (s. Teilung Deutschlands), 318 f, 323, 344 f, 348, 394, 396, 404 f, 407
Zollunion, 334
Zoneneinteilung (Deutschlands), 400, 411, 611 f
Z-Plan (der dt. Kriegsmarine), 52

Personenregister

Abbas, Ferhat, 619
Abetz, O., 102, 523
Agung, Hanjokrokusumo (Sultan), 476
Alexander, (Gen.), 371, 580
Alfieri, D., 132
Ambrosio, (Gen.), 573
Anders, (Gen.), 542, 574
Anderson, 385, 565
Antonescu, J., 16, 116, 120, 523, 538, 540, 549, 557, 572 f, 575, 582, 585
Aoki, T., 175, 284, 559
Aosta, Herzog v., 81
Archinard, 470
Arciszewski, 429, 586, 613
Arnim, v., (Gen.), 566, 574
Arndt, 316
Arrese, J., 117
Attlee, Cl., 70, 334, 348, 394, 421, 431, 611
Auchinleck, (Gen.), 199
Aufhäuser, 447
Auguinaldo, (Gen.), 617
Aung San, 615 f
Azikiwe, 17, 619

Bach, von dem, 458, 506 f
Badoglio, (Marsch.), 74 f, 353, 376, 399, 535, 576, 582
Bagramjan, (Gen.), 586
Ba Maw, 461, 575, 616
Bandera, St., 122, 124
Bandmann, 447
Banzai, (Gen.), 284
Bärensprung, S., 447
Bartha, 550
Bästlein, 583
Beaverbrook, Lord, 608
Beck, (Gen.-Ob.), 445, 516, 583 f
Ben Bella, 615
Benesch, E., 128, 574, 576
Bennecke, 120
Bernadotte, Graf, 598
Bernhard, 447
Best, W., 559
Bevin, 334
Bidault, G., 352, 585, 613
Bierut, 429, 581
Binger, 470
Birse, 323
Bismarck, O. v., 54, 114
Blaskowitz, (Gen.), 33, 590
Bock, F. v., (GFM), 50, 104, 131, 445, 517, 528, 552 ff, 568
Bohlen, Ch., 323, 326, 399, 429
Bonhoeffer, D., 583
Bonomi, 582
Borgnis-Desbordes, 470
Boris III, König v. Bulgarien, 575

Bor-Komorowski, (Gen.), 457, 507, 557, 576, 584
Bormann, M., 107, 118, 540
Bose, S. Ch., 79, 96, 391, 462 ff, 465, 558, 615
Bourguiba, 619
Bradly, (Gen.), 590
Brauchitsch, v., (ObdH), 25, 33, 53, 55 f, 67, 85, 104 f, 516, 521, 528, 554
Brauer, 447
Braun, E., 598
Braunthal, 447
Brazza, 470
Breitscheid, 583
Brooke, A., (Chef Emp.Genst.), 198
Broz (s. Tito)
Budjonny, (Marsch.), 551, 553
Bulganin, (Marsch.), 553
Busch, (Feldm.), 586 f
Byrnes, 394, 429

Cadogan, Sir Alexander, 332
Caffery, 427
Canaris (Adm.), 84, 531, 584
Carol II, v. Rumänien, 69 f, 514, 522 f
Catroux, (Gen.), 619
Cavallero, (Marsch.), 524, 564, 573
Chamberlain, N., 50, 323, 521
Chen Kiung Po, 618
Chen Ping, 616
Chichester, Bischof von, 443, 585
Churchill, Sir Winston (Premierminister), 12, 15, 54, 68 f, 76, 79, 129, 140, 142 f, 147, 154, 156 f, 161 f, 173, 196, 198 f, 286 f, 300, 305 f, 309 ff, 314, 321, 323 ff, 326, 328 ff, 332, 328, 348, 354, 371, 373, 376 f, 392 ff, 396, 399 ff, 403, 411, 446 f, 419, 421, 434, 458, 480, 521, 542 f, 553, 557 ff, 565, 572 f, 575 f, 581, 585 f, 588 f, 597 f, 608 f, 611
Ciano, G., Graf, 70, 74, 81 ff, 105, 114, 128, 513 f, 540, 559
Clausewitz, C., v., 11, 15, 17, 19, 106 f 316, 410, 488
Columbus, 62
Coulondre, 30
Cranborne, 334 f
Cripps, 70, 462, 557, 615
Chruschtschow, N. S., 553
Cunningham, 547
Csaky, Graf, 81

Dai-Bao (Kaiser), 597, 616
Daladier, E., 50, 520
Darlan, J.-F., 101 f, 525, 539 f, 557, 559
Davies, 419
Decoux, 541, 616
Deßloch, (Gen.), 590
Devers, 590
Dietl, (Gen.), 555, 581
Dietrich, O., 114 f
Dodd, 470
Dönhoff, Gräfin, 439
Dönitz, (ObdM, 1943), 52, 203, 392, 410, 412, 573 f, 598 f, 601
Donnersmark, 442
Dorpmüller, 139
Drexler, Dr., 120
Dubois, 499, 620
Dunn, 429

Eden, A., 141, 162, 170, 199, 316, 320 f, 323, 325, 331, 335, 344, 377, 425, 608, 610, 619
Eichmann, 582
Eisenhower, D. D., (Gen.), 287, 353, 371, 382 f, 392, 398, 415, 558 f, 564 f, 573, 576, 581
Elliot, W., 288
Elser, 514
Emanuel III, Kg. v. Italien, 73, 353, 375 f, 574
Erkko, 40
Esteva, (Adm.), 619
Etzdorf, H. v., 70

Falkenhausen, A. v., (Gen.), 522
Falkenhorst, v., (Gen.), 59, 525 f, 552
Feisal, König v. Ägypten, 130
Felmy, (Gen.), 98
Ferl, 447
Fermi, 559
Filippo, 114
Fischer, Dr., 38, 507
Flandin, E., 93, 524, 539
Flick, 442
Forell, 447
Fou Ping-Sheung, 321
Foureaŭ, 470
Franco, (Gen.), 24, 54, 524, 531, 539
Frank, H., 35 ff, 38 f, 506
Franke, W., 462
Fratti, A., 77

Frauenfeld, 120 f
Frederich, J., 447
Freisler, R.,. 596
Frießner, (Gen.-Ob.), 586 f
Freudall, 565
Freund, M., 19
Friedeburg, v., (Adm.), 412, 601
Friedrich II (der Große) von Preußen, 29
Fritzsche, H., 125 f
Funk, W., 521, 546

Gallieni, 470
Gamelin, (Gen.), 528
Ganzenmüller, 139
Garibaldi, 546
de Gaulle, Ch., (Gen.), 54, 83, 101, 140, 311, 334, 401, 427, 447, 469, 480, 522, 542 f, 560, 570, 572, 575, 582, 585 f, 590, 619
Gauss, 320 f
Gavrilovič, 70
Gentil, 470
Georg II, König von England, 540
Gersdorff, v., 584
Geyer, 447
Ghailani, Raschid Ali el -, 81, 539
Ghandi, 462, 464, 476, 615
Giesler, 410
Gigurtu, J., 523
Giraud, H.-H., (Gen.), 557 559, 572 f
Glaser, 447
Goebbels, J., 103, 105, 201, 203, 444, 520, 573
Goerdeler, C., 445, 447, 584
Göring, H., Reichsmarschall, (ObdL), 23 f, 26, 29, 51, 56, 67, 85, 90, 118 ff, 121, 139, 316, 410, 442, 444, 521, 541, 557, 570, 584, 598
Gorodow, (Gen.), 569
Gort, Lord, (Gen.), 528
Gouraud, 470
Gousev, 335, 341, 348, 416, 611
Goworow, (Gen.), 586
Grabski, 429
Graziani, (Marsch.), 74 f
Grigg, 199, 334, 348
Griotto, 499
Gromyko, A., 330
Großmufti von Jerusalem (s. Hadji Mohammed Amin el Hussein)
Grundherr, v., 116
Grzesinki, 447
Guderian, H., (Gen.), 529, 554
Guzzoni, 546, 581

Hadji Mohammed Amin el Hussein, Großmufti v. Jerusalem, 129 ff
Haile Selassie, Kaiser, Negro v. Abessinien, 78, 81
Halder, F., (Chef Genst. d. H.), 53 f, 69 f, 83, 104 f, 109, 117, 528, 545, 553, 559, 567, 569
Halifax, Lord, 426
Hammerstein, v., 445
Handy, 507
Hanke, 410
Hansen, 447
Hara, Y., 179 ff, 182
Harnack, 500, 583
Harpe, (Gen.), 587
Harrimann, A., 323, 329, 392, 398, 403, 415, 417, 429, 559, 608, 612
Harris, 203, 608
Hassell, U. v., 583
Hatta, 617
Hearst, 413
Heinrich, 550
Hellen, 619
Henderson, (brit. Botschafter), 30, 62
Hess, R., 13, 29, 139, 540
Hesse, 597
Hewel, W., 121
Hewitt, 576
Heydrich, R., 541 f
Hilferding, 45 ff
Hillgruber, A., 16
Himmler, H., 23, 33, 107, 115, 121, 399, 410, 443, 513, 558 f, 573, 576, 583 f, 598 f
Hindenburg, P. v., 316
Hirohito, (Tenno), Kaiser v. Japan, 187, 390, 431, 435
Hirschfeld, 447
Hitler, Adolf, 12, 14 ff, 17, 19, 22 f, 29 ff, 40, 47 f, 50 ff, 53 ff, 60, 62, 68, 70 ff, 73, 77 ff, 83 ff, 87 f, 91 ff, 94, 96, 98, 103 ff, 107 ff, 110 ff, 114 f, 117 f, 120 ff, 128 ff, 133 ff, 136 ff, 140 f, 142 f, 148, 154 f, 162, 164 ff, 169 f, 183, 190, 196, 201 ff, 286 f, 310 f, 315 f, 339, 353 f, 371 ff, 375 ff, 379, 381, 392, 399 f, 409, 413, 438, 442 f, 445, 455, 461 ff, 464 f, 488 f, 498, 505 ff, 513 f, 516, 521 ff, 524 ff, 527 f, 530 f, 538 ff, 541, 543, 545 ff, 549, 553 f, 556 ff, 559, 564, 566 f, 570, 572, 574 ff, 582 f, 585, 587 f, 590 f, 598, 611

Ho Chi Minh, 616
Hoepner, (Gen.), 559
Hoffmann-Scholtz, 500
Hopkins, H., 199, 299, 310, 323, 393, 413 ff, 416, 482, 557, 565, 608 f
Horthy, v., (Adm.), 540, 550, 573, 585
Hull, Cordell, 146, 173, 186, 199, 320 f, 330, 480
Humbert-Droz, 500
Hurby, P., 322

Inönü, I., 572, 576
Ipi, Fakir v., 97

Jacomoni, 74
Jakob, 583
Jaures, 477
Jeromenko, (Marsch.), 553
Jinnah, 462, 615
Jodl, A., (Gen.), 56, 591, 601
Joffre, 470
Jordanas, 203
Joschijiro, 436
Juin, (Marsch.), 100
Jungnitsch, 447

Kaiser, (Kath.), 445
Kalinin, 70
Kallay, v., 573
Kasche, S., 121
Kaupisch, (Gen.), 525
Keitel, W., (Chef OKW), 32, 95, 98, 118 f, 121, 412, 535, 584, 601
Keller, 552
Kemal Atatürk, 24
Kennau, G., 18
Kerr, A. C., 323, 403, 427
Kersten, 597
Kesselring, A., (GFM), 353, 517, 528, 530, 547, 552 f, 600
Kesten, H., 447
Ketz, 447
Keunemann, 615
Kim Ir Sen, 618
Kim Il sung, 618
King, 198
Kleinmann, 139
Kleist, E. v., 583
Kleist, v., (Feldm.), 529
Klopfer, 121
Kluge, v., (FM), 445, 584, 590
Koch, E., 107, 120 ff, 541
Koiso, 582, 598, 617
Konjew, (Marsch.), 553 f, 587, 599
Konoye, Fürst, 523, 560
Kordt, E., 583
Kretschmer, 190, 536
Krueger, 447
Krupp, A., 442
Küchler, v., (GFM), 445, 586
Kvaternik, 539

Lambe, C. E., 288
Lammers, H., 118, 121
Lamy, 470
Largeau, 470
Lasch, (Gen.), 600
Lattimore, O., 310
Lattre de Tassigny, (Gen.), 598
Laurel, 390, 617
Laval, P., 80, 93, 523 f, 557, 559, 585
Leber, 583 f
Leeb, W. Ritter v., (GFM), 55, 527, 530, 552
Leibbrand, 139
Lenin, J., 19, 460
Leuschner, 445, 583
Leopold III., Kg. d. Belgier, 50, 56
Lindemann, 586
Lin Tsuh-hau, 618
Lipski, J., 516
List, (GFM), 545, 568
Litwinow, M., 25, 48, 173, 610
Litzmann, 120
Liu Piao, 468
Loerzer, B., (Gen.), 577
Löhr, (Gen.), 517, 551, 588, 599
Lohse, 120 f, 541
Lossberg, B. v., 525
Lothian, Marquess of, 146
Louis Ferdinand, Prinz, 445
Lutze, 120
Lyautey, 470
Lyttelton, 334
Lyuh-Woonhyng, 618

Maass (Gewerksch.), 583
Mac Arthur, (Gen.), 384 f, 507, 557, 602, 617 f
Macanlay, 619
Mackensen, v., 74
Malinowski (Marsch.), 587
Malkin, 349 f
Mallory, 590

Manderbach, 120
Mangin, 470
Mannerheim, v., (FM), 40, 520, 552, 558, 584
Manoilescu, M., 81
Manstein, E. v., (GFM), 10, 202, 568, 525, 570
Manthey, 120
Mao Tse-tung, 19 f, 431, 462, 472, 618
Marchand, 470
Mark, 447
Markovič, 539
Marshall, G., (Chef Genst.), 196, 198 f, 518, 565, 588, 590
Massigli, 612
Mathu, 619
Matsumoto, Schunitschi, 284
Matsuoka, Y., 176 f, 190, 523, 539
Matthews, 429
Maximowitch, A., 499 f
McCormick, 414
Melnikow, (Gen.), 610
Mende, Dr. v., 122
Merezkow, (Gen.), 586
Messe, G., (Marsch.), 74
Meyer, Dr., 121
Michael I. v. Rumänien, 523, 585
Mierendorf, C., 583
Mikolajczyk, 310, 330, 429, 458, 574, 586, 612
Milch, E., (GFM), 138 f
Misch, 447
Modzelewski, 429
Mohammed (König), 619
Molotow, W. M., 26 f, 32, 41, 49, 80, 83, 85 ff, 88 f, 162, 170, 176 f, 321, 323, 325, 329 f, 352, 403, 408, 415, 427, 435, 459, 513, 524, 540, 558, 588, 610
Moltke, v., 57, 438, 583 f
Moltmann, G., 310
Montgomery, (FM), 202, 379, 382 f, 392, 564, 590, 600
Morgan, 287, 588
Morgenthau, 309, 612
Mosley, Ph., 341, 608
Mountbatten, Graf, 287, 374
Münzenberg, 500
Muselier, (Adm.), 543
Mussert, A., 524
Mussolini, B., (Duce), 12, 15 f, 24, 30 f, 40, 47 f, 62, 72 ff, 75, 88, 90, 111 f, 117, 148, 154, 201, 353, 371, 374 f, 461, 521 f, 524, 535, 538 ff, 546 f, 558, 564, 573 ff, 576, 583, 598
Muto, 190

Nagona, 181 f
Nahas Pasha, 619
Napoleon I., 135, 138
Nehru, 464
Nelson, 195
Neurath, C., v., 542
Niemöller, M., 582
Nietzsche, 375
Nikolaus (Metropolit), 575
Nimitz, (Adm.), 384 f, 507
Nuri el Said, 542

Olbricht, (Gen.), 589
Oshima, H., 110, 132, 135 f, 138
Osmena, 617
Osóbka-Morawski, 311, 459
Oster, H., 583
Ott, E., 189, 191

Paasikivi, J., 49, 520
Papagos, 535
Papen, F. v., 102
Patton, (Gen.), 565
Paul v. Jugoslawien, 539
Paulus, (Gen.), 549, 568, 570
Pavelič, A., 539
Pavolini, 575
Pawlow, 323, 552
Pechel, R., 583
Peiser, 447
Petacci, Cl., 598
Pétain, (Marschall), 54, 80, 83, 89, 93, 522 ff, 539, 559, 585
Phetsarath, 617
Phibul, 461
Pieck, W., 394
Pius XII. (Papst), 36, 203
Pivič, 575
Pleven, 469
Poensgen, 442
Popitz, 584
Popow, 586
Preysing, Bischof von, 445
Pridi, 616
Prien, (Kptlt), 518

Quisling, V., 155, 514, 529, 557

Radziwill, Fürst, 33
Raeder, E., (ObdM), 52 f, 67, 69, 573
Ramos, 617
Ramsay, 590
Reichstadt, Hrzg. v., 103
Reichwein, 584
Reinhardt, (Gen.), 529
Renner, K., 598
Reynaud, 521 f
Reza Pahlewi, (Schah v. Persien), 542
Ribbentrop, J. v., 132, 189, 325, 513, 516, 521, 524, 540, 597
Riecke, 121
Ritchie, (Gen.), 547
Ritter, 65 f
Rintelen, E. v., (Gen.), 113
Robinson, 499
Rokossowski, (Gen.), 569, 586, 599
Rommel, E., (Gen.), 81, 198, 201 f, 381, 463, 543, 563 f, 582, 584 f
Romer, 332
Roos, H., 310, 395
Roosevelt, F. D., (Präsident), 133 f, 137, 142 f, 147, 151 ff, 157, 163 f, 172 f, 195 ff, 198 f, 286 f, 300, 305 f, 309 ff, 312, 321 ff, 324 ff, 329 f, 371, 384 f, 393, 396, 399 f, 403 f, 408, 414, 416, 430, 434, 458, 480 ff, 523 ff, 538, 541, 542 f, 548, 557 ff, 560, 565 f, 574 ff, 585 f, 597 f, 608 ff, 611 ff, 618
Rosenberg, A., 107, 118 ff, 121 f, 541
Rothfels, H., 395
Rowecki, 557
Roxas, 617
Rührmann, 34
Rundstedt, G. v., (GFM), 50, 517, 529, 541, 590 ff
Ryti, R., 49, 573
Sacharow, (Gen.), 586
Santarosa, Santorre, 72
Saracoglu, S., 102
Sarkisyanz, E., 460
Satos, N., 190
Sauckel, 120, 557, 571
Scavenius, E., 127, 559
Schabbel, K., 500
Schacht, H., 445
Schaposhnikow, (Gen.), 554
Schepke, 536
Scheppmann, 120
Schickedanz, A., 120 f
Schieder, Th., 11, 14 f
Schlabrendorff, v., 584
Schlesinger, 155
Schlotterer, 121
Schmeer, 120
Schmidt, (Gesandter), 69, 85
Schmidt, J., (Gen.), 590
Schoenfeld, 583
Scholl, (Geschwister), 438, 447, 583
Schörner, (GFM), 506, 586 f
Schuh, 34
Schukow, (Marsch.), 415, 554, 569, 586 599
Schulze-Boysen, H., 500
Schwerin von Krosigk, 412
Seger, 447
Selzner, 120
Sender, 447
Sergius, (Metropolit), 575
Serrano, Suñer, R., 531
Seyß-Inquart, A., 521
Shadow, 601
Shdanow, A., 49, 553
Sherwood, 300
Shigemitsu, 432, 436, 573
Siarifuddin, 617
Siebert, 37
Sihanouk, Prinz, 617
Sikorski, (Gen.), 311, 314, 543, 574
Sima, H., 538
Singh, Mohan, 615
Sirpa, K., 115
Sisa Vang Yong, (König), 617
Slim, 616
Smigly, R., 516
Smuts, (Prem.-M.), 373, 424 ff, 428
Soddu, 74, 78
Songgram, 616
Soong, 430
Son Ngoc Minh, 616
Son Ngoc Than, 617
Sosnkowski, 330
Spaak, P. H., 309
Spaatz, (Gen.), 507
Speer, A., 138 f, 489 f, 557
Spengler, O., 47
Sperrle, H., (GFM), 529 f
Springer, 500
Stalin, J. W., 19, 23, 25 f, 40, 46 f, 69 f, 83, 87, 110, 141 f, 154, 156 f, 161 f, 169, 173, 190, 286 ff, 305, 309 ff, 314, 321 ff, 324 ff, 328 ff, 331 ff, 338 f, 348, 379, 393 f, 396, 399 ff,

403, 408, 413 f, 416 f, 419, 421, 430, 433 f, 458, 481 f, 541, 553 f, 559, 575 f, 585, 588, 597, 608, 612 f
Stampfer, 447
Stauffenberg, Graf v., 582, 584
Stein, v., 316
Stettinius, 332
Stewart, G. M., 288
Stilwell, 287, 585
Stimson, 507, 565, 588, 612
Strang, W., 333, 335, 341, 610
Streckenbach, 36 f
Stroelin, 121
Student, (Gen.), 546
Stülpnagel, H. v., 495, 498
Stumpff, (Gen.), 412, 601
Surbardjo, 617
Subasitsch, 397, 457
Sugiyama, Hajime, 180
Sukarno, A., 461, 475, 617
Sukoloff, V., 500
Sun Yat-sen, 473
Sussmann, 447
Suzuki, 182
Syngman Rhee, 618

Ta Kung Pao, 467
Talvela, (Gen.), 549
Tatekawa, 176 f
Tejessy, 447
Teleki, Graf P., 523, 539
Terboven, J., 121, 521, 524
Thakin Nu, 461
Thein Pe, 616
Thomas, (Gen.), 195, 489
Thyssen, 46
Timoschenko, (Marsch.), 552 ff, 569
Tippelskirch, v., (Gen.-Quart.), 553
Tito (Broz), 353, 396, 411, 437, 457, 541 f, 572, 574, 582, 585, 597, 600 f
Todt, 521
Togliatti, 582
Togo, 179, 542, 559, 598
Tojo, 175, 179, 182 f, 190, 192, 284, 285, 389, 542, 559, 582
Tolbuchin, (Gen.), 586
Toyoda, 541
Truman, H., 394, 413 ff, 416, 419, 421, 429 ff, 433, 598, 613
Tschammer und Osten, v., 34
Tschernjachowski, (Gen.), 586, 599
Tschiang Kai-schek (Generalissimus), 137, 310 f, 320 ff, 323, 430 f, 433, 462, 464, 468, 482
Tschou En-lai, 468, 618
Tschuikow, (Gen.), 569
Tsolakoglu, 540
Tsuderos, 540
Tubmann, 619
Tuka, A., 127

Ulbricht, W., 45
Ulex, (Gen.), 34
Umberto, Prinz von Piemont, 376
U Nu, 616

Vercellino, 74
Vincent, J. Ch., 468
Visconti Prasca, 74, 535
Volbach, 447

Wagner, F. W., 447
Walden, R., 49
Wang Ching Wai, 390, 618
Wang Shih-chieh, 435, 618
Warburg, 610
Warlimont, (Gen.), 101
Wassilewski, A., (Gen.), 49, 543, 569, 586
Watutin, (Gen.), 587
Wavell, (Gen.), 535, 556, 615
Weeks, 199
Weichmann, 447
Weichs, v., (GFM), 568, 588
Weizsäcker, E. v., 110, 583
Welles, Sumner, 60 ff, 63 f, 521, 608 f
Wenck, (Gen.), 600
Wenneker, 189
Weygand, (Gen.), 129, 528 f, 541 f
Wilhelmina, Königin d. Ndl., 50, 56, 465, 521, 617
Willkie, Wendell, 21
Wilmot, Ch., 196
Wilson, (Präs.), 460, 481
Winant, 416, 611
Wingate, 374, 615
Witting, 127
Wittram, R., 14
Witzleben, v., (GFM), 445, 583
Wlassow, (Gen.), 108, 559
Wojonmaa, W., 49
Wolff, (Gen.), 597

Woronew, (Gen.), 570
Woroschilow, (Marsch.), 552 f
Wyschinski, A., 597

Yamamoto, (Adm.), 563, 573
Yamoto, Kumaitschi, 189, 284
Yen Shi-shan, 467
Yonai, 523
Yorck, Feldm. Gr. v. Wartenburg, 316
Yorck v. Wartenburg, P. Graf, 583

Zangen, 442
Zebrowski, 429
Zeitzler, (Gen.), 559, 569
Zjusanmi, (Gen.), 176
Zörner, 38

